



A9-0356/2022

20.12.2021

*****I**

BERICHT

über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (COM(2020)0825 – C9-0418/2020 – 2020/0361(COD))

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

Berichterstatlerin: Christel Schaldemose

Verfasser der Stellungnahme (*):

Henna Virkkunen, Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

Geoffrey Didier, Rechtsausschuss

Patrick Breyer, Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

(*) Assoziierter Ausschuss – Artikel 57 der Geschäftsordnung

Erklärung der benutzten Zeichen

- * Anhörungsverfahren
- *** Zustimmungsverfahren
- ***I Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (erste Lesung)
- ***II Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (zweite Lesung)
- ***III Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (dritte Lesung)

(Die Angabe des Verfahrens beruht auf der im Entwurf eines Rechtsakts vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Änderungsanträge zu einem Entwurf eines Rechtsakts

Änderungsanträge des Parlaments in Spaltenform

Streichungen werden durch ***Fett- und Kursivdruck*** in der linken Spalte gekennzeichnet. Textänderungen werden durch ***Fett- und Kursivdruck*** in beiden Spalten gekennzeichnet. Neuer Text wird durch ***Fett- und Kursivdruck*** in der rechten Spalte gekennzeichnet.

Aus der ersten und der zweiten Zeile des Kopftextes zu jedem der Änderungsanträge ist der betroffene Abschnitt des zu prüfenden Entwurfs eines Rechtsakts ersichtlich. Wenn sich ein Änderungsantrag auf einen bestehenden Rechtsakt bezieht, der durch den Entwurf eines Rechtsakts geändert werden soll, umfasst der Kopftext auch eine dritte und eine vierte Zeile, in der der bestehende Rechtsakt bzw. die von der Änderung betroffene Bestimmung des bestehenden Rechtsakts angegeben werden.

Änderungsanträge des Parlaments in Form eines konsolidierten Textes

Neue Textteile sind durch ***Fett- und Kursivdruck*** gekennzeichnet. Auf Textteile, die entfallen, wird mit dem Symbol ■ hingewiesen oder diese Textteile erscheinen durchgestrichen. Textänderungen werden gekennzeichnet, indem der neue Text in ***Fett- und Kursivdruck*** steht und der bisherige Text gelöscht oder durchgestrichen wird.

Rein technische Änderungen, die von den Dienststellen im Hinblick auf die Erstellung des endgültigen Textes vorgenommen werden, werden allerdings nicht gekennzeichnet.

INHALT

	Seite
ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS	5
BEGRÜNDUNG.....	258
STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR INDUSTRIE, FORSCHUNG UND ENERGIE	263
STELLUNGNAHME DES RECHTSAUSSCHUSSES	391
STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR BÜRGERLICHE FREIHEITEN, JUSTIZ UND INNERES	594
STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR WIRTSCHAFT UND WÄHRUNG	734
STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR VERKEHR UND TOURISMUS	853
STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR KULTUR UND BILDUNG	917
STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR DIE RECHTE DER FRAUEN UND DIE GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER	1048
VERFAHREN DES FEDERFÜHRENDEN AUSSCHUSSES	1118
NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM FEDERFÜHRENDEN AUSSCHUSS	1119

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

**zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG
(COM(2020)0825 – C9-0418/2020 – 2020/0361(COD))**

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2020)0825),
 - gestützt auf Artikel 294 Absatz 2 und Artikel 114 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C9-0418/2020),
 - unter Hinweis auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,
 - unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 27. April 2021¹,
 - unter Hinweis auf die Stellungnahme des Ausschusses der Regionen vom 1. Juli 2021²,
 - gestützt auf Artikel 59 seiner Geschäftsordnung,
 - unter Hinweis auf die Stellungnahmen des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie, des Rechtsausschusses, des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, des Ausschusses für Wirtschaft und Währung, des Ausschusses für Verkehr und Tourismus, des Ausschusses für Kultur und Bildung und des Ausschusses für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter,
 - unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (A9-0356/2021),
1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest;
 2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;
 3. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

¹ ABl. C 0 vom 0.0.0000, S. 0 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

² ABl. C 0 vom 0.0.0000, S. 0 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

Änderungsantrag 1
Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 1

Vorschlag der Kommission

(1) Dienste der Informationsgesellschaft und insbesondere Vermittlungsdienste sind mittlerweile ein wichtiger Bestandteil der Volkswirtschaft der EU und des Alltags ihrer Bürgerinnen und Bürger. Zwanzig Jahre nach der Annahme des bestehenden, auf derlei Dienste anwendbaren Rechtsrahmens, der in der Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates²⁵ festgelegt ist, bieten neue und innovative Geschäftsmodelle und Dienste wie soziale Netzwerke und Marktplätze im Internet Geschäftskunden und Verbrauchern nun die Möglichkeit, auf neuartige Weise Informationen weiterzugeben und darauf zuzugreifen und Geschäftsvorgänge durchzuführen. Eine Mehrheit der Bürgerinnen und -bürger der Union nutzt diese Dienste inzwischen täglich. Der digitale Wandel und die verstärkte Nutzung dieser Dienste haben jedoch auch neue Risiken und Herausforderungen mit sich gebracht, und zwar sowohl für den einzelnen Nutzer als auch für die Gesellschaft als Ganzes.

²⁵ Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“) (ABl. L 178 vom 17.7.2000, S. 1).

Geänderter Text

(1) Dienste der Informationsgesellschaft und insbesondere Vermittlungsdienste sind mittlerweile ein wichtiger Bestandteil der Volkswirtschaft der EU und des Alltags ihrer Bürgerinnen und Bürger. Zwanzig Jahre nach der Annahme des bestehenden, auf derlei Dienste anwendbaren Rechtsrahmens, der in der Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates²⁵ festgelegt ist, bieten neue und innovative Geschäftsmodelle und Dienste wie soziale Netzwerke und Marktplätze im Internet Geschäftskunden und Verbrauchern nun die Möglichkeit, auf neuartige **und innovative** Weise Informationen weiterzugeben und darauf zuzugreifen und Geschäftsvorgänge durchzuführen, **wodurch sich ihre Kommunikation, Verbrauchs- und Geschäftsmuster veränderten**. Eine Mehrheit der Bürgerinnen und -bürger der Union nutzt diese Dienste inzwischen täglich. Der digitale Wandel und die verstärkte Nutzung dieser Dienste haben jedoch auch neue Risiken und Herausforderungen mit sich gebracht, und zwar sowohl für den einzelnen Nutzer **und Unternehmen** als auch für die Gesellschaft als Ganzes.

²⁵ Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“) (ABl. L 178 vom 17.7.2000, S. 1).

Änderungsantrag 2

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 2

Vorschlag der Kommission

(2) Die Mitgliedstaaten führen zunehmend nationale Rechtsvorschriften zu den von dieser Verordnung abgedeckten Angelegenheiten ein, oder ziehen dies in Erwägung, und schaffen damit insbesondere Sorgfaltspflichten für Anbieter von Vermittlungsdiensten. Unter Berücksichtigung des von Natur aus grenzüberschreitenden Charakters des Internets, das im Allgemeinen für die Bereitstellung dieser Dienste verwendet wird, beeinträchtigen diese unterschiedlichen nationalen Rechtsvorschriften den Binnenmarkt, der gemäß Artikel 26 des Vertrags ein Raum ohne Binnengrenzen ist, in dem der freie Verkehr von Waren und Dienstleistungen sowie die Niederlassungsfreiheit gewährleistet sind. Die Bedingungen für die Erbringung von Vermittlungsdiensten im gesamten Binnenmarkt sollten harmonisiert werden, um Unternehmen Zugang zu neuen Märkten und Chancen zur Nutzung der Vorteile des Binnenmarkts zu verschaffen und gleichzeitig den Verbrauchern und anderen Nutzern eine größere Auswahl zu bieten.

Geänderter Text

(2) Die Mitgliedstaaten führen zunehmend nationale Rechtsvorschriften zu den von dieser Verordnung abgedeckten Angelegenheiten ein, oder ziehen dies in Erwägung, und schaffen damit insbesondere Sorgfaltspflichten für Anbieter von Vermittlungsdiensten, ***was zudem zur Zersplitterung des Binnenmarktes führt.*** Unter Berücksichtigung des von Natur aus grenzüberschreitenden Charakters des Internets, das im Allgemeinen für die Bereitstellung dieser Dienste verwendet wird, beeinträchtigen diese unterschiedlichen nationalen Rechtsvorschriften den Binnenmarkt, der gemäß Artikel 26 des Vertrags ein Raum ohne Binnengrenzen ist, in dem der freie Verkehr von Waren und Dienstleistungen sowie die Niederlassungsfreiheit gewährleistet sind. Die Bedingungen für die Erbringung von Vermittlungsdiensten im gesamten Binnenmarkt sollten harmonisiert werden, um Unternehmen Zugang zu neuen Märkten und Chancen zur Nutzung der Vorteile des Binnenmarkts zu verschaffen und gleichzeitig den Verbrauchern und anderen Nutzern eine größere Auswahl zu bieten, ***ohne dass es zu Lock-in-Effekten kommt, sowie den Verwaltungsaufwand für Vermittlungsdienste zu mindern, insbesondere für Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen.***

Änderungsantrag 3

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 3

Vorschlag der Kommission

(3) Damit das Online-Umfeld sicher, berechenbar und vertrauenswürdig ist und sowohl Bürgerinnen und **-bürger** der Union als auch andere Personen die ihnen in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) garantierten Grundrechte ausüben können, insbesondere das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit, auf unternehmerische Freiheit und auf Nichtdiskriminierung, ist unbedingt ein verantwortungsvolles und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von Vermittlungsdiensten erforderlich.

Geänderter Text

(3) Damit das Online-Umfeld sicher, **zugänglich**, berechenbar und vertrauenswürdig ist und sowohl Bürgerinnen und **Bürger** der Union als auch andere Personen die ihnen in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) garantierten Grundrechte **und -freiheiten** ausüben können, insbesondere das Recht auf **Privatsphäre, auf Schutz personenbezogener Daten, Achtung der Würde des Menschen sowie des Privat- und Familienlebens, auf** Meinungs- und Informationsfreiheit, auf **Medienfreiheit und Medienpluralismus, auf** unternehmerische Freiheit, **auf ein hohes Maß an Verbraucherschutz, auf die Gleichstellung von Frauen und Männern** und auf Nichtdiskriminierung, ist unbedingt ein verantwortungsvolles und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von Vermittlungsdiensten erforderlich. **Kinder genießen besondere Rechte, die in Artikel 24 der Charta und im Kinderrechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (KRK) verankert sind. Daher sollte das Wohl des Kindes in allen Angelegenheiten, die Kinder betreffen, eine vorrangige Erwägung sein. In der Allgemeinen Bemerkung Nr. 25 des KRK zu den Rechten des Kindes in Bezug auf das digitale Umfeld ist förmlich niedergelegt, wie diese Rechte auf die digitale Welt anwendbar sind.**

Änderungsantrag 4

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 4

Vorschlag der Kommission

(4) Um das Funktionieren des Binnenmarkts **zu** sicherzustellen und zu verbessern, sollten **daher** auf Unionsebene

Geänderter Text

(4) Um das Funktionieren des Binnenmarkts sicherzustellen und zu verbessern, sollten auf Unionsebene

verbindliche gezielte, einheitliche, wirksame und verhältnismäßige Vorschriften festgelegt werden. Mit dieser Verordnung werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass im Binnenmarkt innovative digitale Dienste entstehen und expandieren können. Die Angleichung der nationalen Regulierungsmaßnahmen bezüglich der Anforderungen an Anbieter von Vermittlungsdiensten auf Unionsebene ist erforderlich, um eine Fragmentierung des Binnenmarkts zu vermeiden und zu beenden, die Rechtssicherheit zu gewährleisten und somit die Unsicherheit für Entwickler zu verringern und die Interoperabilität zu fördern. Durch die technologieneutrale Gestaltung der Anforderungen sollte die Innovation nicht gehemmt, sondern vielmehr gefördert werden.

verbindliche gezielte, einheitliche, wirksame und verhältnismäßige Vorschriften festgelegt werden. Mit dieser Verordnung werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass im Binnenmarkt innovative digitale Dienste entstehen und expandieren können. Die Angleichung der nationalen Regulierungsmaßnahmen bezüglich der Anforderungen an Anbieter von Vermittlungsdiensten auf Unionsebene ist erforderlich, um eine Fragmentierung des Binnenmarkts zu vermeiden und zu beenden, die Rechtssicherheit zu gewährleisten und somit die Unsicherheit für Entwickler zu verringern, **die Verbraucher zu schützen** und die Interoperabilität zu fördern. Durch die technologieneutrale Gestaltung der Anforderungen sollte die Innovation nicht gehemmt, sondern vielmehr **unter Achtung der Grundrechte** gefördert werden.

Änderungsantrag 5

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Angesichts der Bedeutung digitaler Dienste muss mit dieser Verordnung unbedingt für einen Regelungsrahmen gesorgt werden, der allen Nutzern, einschließlich Menschen mit Behinderungen, vollständigen, gleichberechtigten und uneingeschränkten Zugang zu Vermittlungsdiensten bietet. Daher müssen die Barrierefreiheitsanforderungen für Vermittlungsdienste, einschließlich ihrer Nutzerschnittstellen, mit den geltenden Rechtsvorschriften der Union, wie dem Europäischen Rechtsakt zur Barrierefreiheit und der Richtlinie über Barrierefreiheit im Internet, im Einklang stehen, und das Unionsrecht muss weiterentwickelt werden, damit niemand

aufgrund von digitalen Innovationen zurückgelassen wird.

Änderungsantrag 6

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 6

Vorschlag der Kommission

(6) In der Praxis vermitteln bestimmte Anbieter von Vermittlungsdiensten Dienstleistungen, die auf elektronischem oder nicht elektronischem Wege erbracht werden können, etwa IT-Dienstleistungen auf Distanz oder **Transport-,** Beherbergungs- oder Lieferdienste. Diese Verordnung sollte nur für Vermittlungsdienste gelten und die Anforderungen unberührt lassen, die im Unions- oder nationalen Recht für über Vermittlungsdienste vermittelte Produkte oder Dienstleistungen festgelegt sind; dies gilt auch, wenn der Vermittlungsdienst fester Bestandteil einer anderen Dienstleistung ist, bei der es sich nicht um einen Vermittlungsdienst im Sinne der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union handelt.

Geänderter Text

(6) In der Praxis vermitteln bestimmte Anbieter von Vermittlungsdiensten Dienstleistungen, die auf elektronischem oder nicht elektronischem Wege erbracht werden können, etwa IT-Dienstleistungen auf Distanz oder **Transportdienste für Personen und Waren,** Beherbergungs- oder Lieferdienste. Diese Verordnung sollte nur für Vermittlungsdienste gelten und die Anforderungen unberührt lassen, die im Unions- oder nationalen Recht für über Vermittlungsdienste vermittelte Produkte oder Dienstleistungen festgelegt sind; dies gilt auch, wenn der Vermittlungsdienst fester Bestandteil einer anderen Dienstleistung ist, bei der es sich nicht um einen Vermittlungsdienst im Sinne der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union handelt.

Änderungsantrag 7

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 8

Vorschlag der Kommission

(8) Eine solche wesentliche Verbindung zur Union sollte dann als gegeben gelten, wenn der Diensteanbieter eine Niederlassung in der Union hat, oder – in Ermangelung einer solchen – anhand der Existenz einer erheblichen Zahl von Nutzern in einem oder mehreren Mitgliedstaaten oder der Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere

Geänderter Text

(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)

Mitgliedstaaten beurteilt werden. Die Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten lässt sich anhand aller relevanten Umstände bestimmen, einschließlich Faktoren wie der Verwendung einer in dem betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Sprache oder Währung oder der Möglichkeit, Produkte oder Dienstleistungen zu bestellen, oder der Nutzung einer nationalen Domäne oberster Stufe. Ferner ließe sich die Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen Mitgliedstaat auch aus der Verfügbarkeit einer Anwendung im jeweiligen nationalen App-Store, der Schaltung lokaler Werbung oder von Werbung in der im betreffenden Mitgliedstaat verwendeten Sprache oder dem Management der Kundenbeziehungen, zum Beispiel durch die Bereitstellung eines Kundendienstes in der im betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Sprache, ableiten. Das Vorhandensein einer wesentlichen Verbindung sollte auch dann angenommen werden, wenn ein Diensteanbieter seine Tätigkeit nach Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates²⁷ auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten ausrichtet. Die bloße technische Zugänglichkeit einer Website in der EU reicht allerdings nicht aus, damit allein aus diesem Grund eine wesentliche Verbindung angenommen wird.

²⁷ Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. L 351 vom 20.12.2012, S. 1).

Änderungsantrag 8

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 9

Vorschlag der Kommission

(9) Diese Verordnung sollte die Vorschriften, die sich aus anderen Rechtsakten der Union zur Regelung bestimmter Aspekte der Bereitstellung von Vermittlungsdiensten ergeben, ergänzen, deren Anwendung jedoch unberührt lassen; dies gilt insbesondere für die Richtlinie 2000/31/EG, mit Ausnahme der mit dieser Verordnung eingeführten Änderungen, die Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in ihrer geänderten Fassung²⁸ und die vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte, genauer die Verordnung (EU) .../... des Europäischen Parlaments und des Rates²⁹. Diese Verordnung berührt daher nicht diese anderen Rechtsakte, die in Bezug auf den in dieser Verordnung festgelegten allgemein anwendbaren Rahmen als *lex specialis* gelten. Die Vorschriften dieser Verordnung **gelten** jedoch für Fragen, die von den genannten anderen Rechtsakten nicht oder nicht vollständig behandelt werden, und Fragen, in denen diese anderen Rechtsakte den Mitgliedstaaten die Möglichkeit lassen, bestimmte Maßnahmen **auf nationaler Ebene zu ergreifen**.

Geänderter Text

(9) Diese Verordnung sollte die Vorschriften, die sich aus anderen Rechtsakten der Union zur Regelung bestimmter Aspekte der Bereitstellung von Vermittlungsdiensten ergeben, ergänzen, deren Anwendung jedoch unberührt lassen; dies gilt insbesondere für die Richtlinie 2000/31/EG, mit Ausnahme der mit dieser Verordnung eingeführten Änderungen, die Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in ihrer geänderten Fassung²⁸ und die vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte, genauer die Verordnung (EU) **2021/784** des Europäischen Parlaments und des Rates²⁹. Diese Verordnung berührt daher nicht diese anderen Rechtsakte, die in Bezug auf den in dieser Verordnung festgelegten allgemein anwendbaren Rahmen als *lex specialis* gelten. Die Vorschriften dieser Verordnung **sollten** jedoch für Fragen, die von den genannten anderen Rechtsakten nicht oder nicht vollständig behandelt werden, und Fragen, in denen diese anderen Rechtsakte den Mitgliedstaaten die Möglichkeit lassen, bestimmte Maßnahmen **zu ergreifen, gelten. Um die Mitgliedstaaten und Diensteanbieter zu unterstützen, sollte die Kommission Leitlinien zur Auslegung der Wechselbeziehung zwischen verschiedenen Rechtsakten der Union und dieser Verordnung sowie ihres einander ergänzenden Charakters und zur Vermeidung einer Doppelung von Anforderungen an Anbieter oder von potenziellen Konflikten bei der Auslegung ähnlicher Anforderungen bereitstellen. Insbesondere sollten mit den Leitlinien etwaige potenzielle Konflikte zwischen den Bedingungen und Verpflichtungen gemäß Rechtsakten, auf die in dieser**

Verordnung verwiesen wird, geklärt werden, indem erläutert wird, welcher Rechtsakt Vorrang haben sollte.

²⁸ Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) (Text von Bedeutung für den EWR) (ABl. L 95 vom 15.4.2010, S. 1).

²⁹ Verordnung (EU) .../... des Europäischen Parlaments und des Rates – vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte.

²⁸ Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) (Text von Bedeutung für den EWR) (ABl. L 95 vom 15.4.2010, S. 1).

²⁹ Verordnung (EU) .../... des Europäischen Parlaments und des Rates – vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte.

Änderungsantrag 9

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 9 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(9a) Im Einklang mit Artikel 167 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sollten kulturelle Aspekte berücksichtigt werden, damit insbesondere die kulturelle und sprachliche Vielfalt gewahrt und gefördert wird. Diese Verordnung muss unbedingt dazu beitragen, die Meinungs- und Informationsfreiheit sowie die Medienfreiheit zu schützen und den Medienpluralismus ebenso zu schützen wie die kulturelle und sprachliche Vielfalt.

Änderungsantrag 10

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 10

(10) Im Interesse der Klarheit sollte auch darauf hingewiesen werden, dass diese Verordnung die folgenden Rechtsakte des Unionsrechts unberührt lässt: Verordnung (EU) 2019/1148 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁰ und Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates³¹, Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates³² und Verordnung .../... über eine vorübergehende Ausnahme von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2002/58/EG³³ und das Unionsrecht über den Verbraucherschutz, insbesondere Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates³⁴, Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates³⁵ und Richtlinie 93/13/EWG des Rates³⁶ in der durch Richtlinie (EU) 2019/2161 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁷ geänderten Fassung sowie das Unionsrecht über den Schutz personenbezogener Daten, insbesondere Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁸. Der Schutz von Einzelpersonen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten wird einzig durch die Vorschriften des Unionsrechts in diesem Bereich geregelt, insbesondere durch die Verordnung (EU) 2016/679 und die Richtlinie 2002/58/EG. Diese Verordnung lässt auch die Vorschriften des Unionsrechts über Arbeitsbedingungen unberührt.

(10) Im Interesse der Klarheit sollte auch darauf hingewiesen werden, dass diese Verordnung die folgenden Rechtsakte des Unionsrechts unberührt lässt: Verordnung (EU) 2019/1148 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁰ und Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates³¹, Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates³² und Verordnung .../... über eine vorübergehende Ausnahme von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2002/58/EG³³, **Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates^{33a}** und das Unionsrecht über den Verbraucherschutz, insbesondere Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates³⁴, Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates³⁵ und Richtlinie 93/13/EWG des Rates³⁶ in der durch Richtlinie (EU) 2019/2161 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁷ geänderten Fassung, **Richtlinie (EU) 2019/882 des Europäischen Parlaments und des Rates, Verordnung (EU) 2019/1020, Richtlinie 2001/95/EG, Richtlinie 2013/11/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, Verordnung 2017/2394^{37a}** sowie das Unionsrecht über den Schutz personenbezogener Daten, insbesondere Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁸. Der Schutz von Einzelpersonen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten wird einzig durch die Vorschriften des Unionsrechts in diesem Bereich geregelt, insbesondere durch die Verordnung (EU) 2016/679 und die Richtlinie 2002/58/EG. Diese Verordnung lässt auch die Vorschriften des Unionsrechts oder der nationalen Rechtsvorschriften über Arbeitsbedingungen unberührt.

³⁰ Verordnung (EU) 2019/1148 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Vermarktung und Verwendung von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 98/2013 (ABl. L 186 vom 11.7.2019, S. 1).

³¹ Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten (ABl. L 186 vom 11.7.2019, S. 57).

³² Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation) (ABl. L 201 vom 31.7.2002, S. 37).

³³ Verordnung .../... über eine vorübergehende Ausnahme von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2002/58/EG.

³⁴ Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken).

³⁵ Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober

³⁰ Verordnung (EU) 2019/1148 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Vermarktung und Verwendung von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 98/2013 (ABl. L 186 vom 11.7.2019, S. 1).

³¹ Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten (ABl. L 186 vom 11.7.2019, S. 57).

³² Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation) (ABl. L 201 vom 31.7.2002, S. 37).

³³ Verordnung .../... über eine vorübergehende Ausnahme von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2002/58/EG.

^{33a} ***Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung).***

³⁴ Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken).

³⁵ Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober

2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

³⁶ Richtlinie 93/13/EWG des Rates vom 5. April 1993 über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen.

³⁷ Richtlinie (EU) 2019/2161 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 zur Änderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinien 98/6/EG, 2005/29/EG und 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur besseren Durchsetzung und Modernisierung der Verbraucherschutzvorschriften der Union.

³⁸ Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1).

2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

³⁶ Richtlinie 93/13/EWG des Rates vom 5. April 1993 über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen.

³⁷ Richtlinie (EU) 2019/2161 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 zur Änderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinien 98/6/EG, 2005/29/EG und 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur besseren Durchsetzung und Modernisierung der Verbraucherschutzvorschriften der Union.

^{37a} Verordnung (EU) 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004.

³⁸ Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1).

Änderungsantrag 11

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 11

Vorschlag der Kommission

(11) Es sollte präzisiert werden, dass

Geänderter Text

(11) Es sollte präzisiert werden, dass

diese Verordnung die Vorschriften des Unionsrechts über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte nicht berührt, **mit** denen bestimmte Vorschriften und Verfahren festgelegt sind, die unberührt bleiben sollten.

diese Verordnung die Vorschriften des Unionsrechts über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte – **insbesondere die Richtlinie (EU) 2019/790 des Europäischen Parlaments und des Rates** – nicht berührt, **in** denen bestimmte Vorschriften und Verfahren festgelegt sind, die unberührt bleiben sollten.

Änderungsantrag 12

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 12

Vorschlag der Kommission

(12) Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte die Definition des Begriffs „illegale Inhalte“ für die Zwecke dieser Verordnung **weit gefasst werden; er umfasst** auch Informationen im Zusammenhang mit illegalen Inhalten, Produkten, Dienstleistungen oder Tätigkeiten. Insbesondere sollte der Begriff so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale Hassrede, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder mit **rechtswidrigen** Handlungen **zusammenhängen**, etwa der Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, **der rechtswidrigen** Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, **dem** Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, **der** nicht **genehmigten** Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht. In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung sich aus dem Unionsrecht oder aus mit dem Unionsrecht im Einklang stehendem

Geänderter Text

(12) Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, **zugängliches**, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte die Definition des Begriffs „illegale Inhalte“ für die Zwecke dieser Verordnung **auf dem allgemeinen Gedanken beruhen, dass alles, was offline illegal ist, auch online illegal sein sollte. Der Begriff „illegale Inhalte“ sollte entsprechend definiert sein und** Informationen im Zusammenhang mit illegalen Inhalten, Produkten, Dienstleistungen oder Tätigkeiten **umfassen**. Insbesondere sollte der Begriff so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem **Unionsrecht oder nationalem** Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale Hassrede, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder **nicht mit Unionsrecht vereinbar sind, da sie sich auf rechtswidrige Handlungen beziehen**, etwa **die** Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, **die rechtswidrige** Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, **den** Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, **illegalen Handel mit Tieren, Pflanzen oder Substanzen, die** nicht **genehmigte** Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im

nationalem Recht ergibt, um welche Art von Rechtsvorschriften es geht und was diese zum Gegenstand haben.

Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht, **die Erbringung illegaler Dienstleistungen, insbesondere im Bereich von Beherbergungsdiensten auf Plattformen für Kurzzeitvermietungen, die nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem nationalen Recht stehen.** In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung sich aus dem Unionsrecht oder aus mit dem Unionsrecht – **einschließlich der Charta** – im Einklang stehendem nationalem Recht ergibt, um welche Art von Rechtsvorschriften es geht und was diese zum Gegenstand haben.

Änderungsantrag 13

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 13

Vorschlag der Kommission

(13) Aufgrund der besonderen Merkmale der betreffenden Dienste und der daraus folgenden Notwendigkeit, deren Anbietern bestimmte spezifische Verpflichtungen aufzuerlegen, ist innerhalb der weiter gefassten Kategorie Hosting-Diansteanbieter gemäß der Definition in dieser Verordnung die Unterkategorie Online-Plattformen abzugrenzen. Online-Plattformen wie soziale Netzwerke oder Online-Marktplätze sollten als Hosting-Diansteanbieter definiert werden, die nicht nur im Auftrag der Nutzer von diesen bereitgestellte Informationen speichern, sondern diese Informationen, wiederum im Auftrag der Nutzer, auch öffentlich verbreiten. Um übermäßig weit gefasste Verpflichtungen zu vermeiden, sollten Hosting-Diansteanbieter jedoch nicht als Online-Plattformen betrachtet werden, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nur um eine unbedeutende **und** mit einem anderen Dienst verbundene reine Nebenfunktion handelt, die aus objektiven und technischen

Geänderter Text

(13) Aufgrund der besonderen Merkmale der betreffenden Dienste und der daraus folgenden Notwendigkeit, deren Anbietern bestimmte spezifische Verpflichtungen aufzuerlegen, ist innerhalb der weiter gefassten Kategorie Hosting-Diansteanbieter gemäß der Definition in dieser Verordnung die Unterkategorie Online-Plattformen abzugrenzen. Online-Plattformen wie soziale Netzwerke oder Online-Marktplätze sollten als Hosting-Diansteanbieter definiert werden, die nicht nur im Auftrag der Nutzer von diesen bereitgestellte Informationen speichern, sondern diese Informationen, wiederum im Auftrag der Nutzer, auch öffentlich verbreiten. Um übermäßig weit gefasste Verpflichtungen zu vermeiden, sollten Hosting-Diansteanbieter jedoch nicht als Online-Plattformen betrachtet werden, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nur um eine unbedeutende **oder eine** mit einem anderen Dienst verbundene reine Nebenfunktion **des Hauptdienstes** handelt,

Gründen nicht ohne diesen anderen Hauptdienst genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit der Vorschriften dieser Verordnung für Online-Plattformen zu umgehen. Ein Kommentarbereich einer Online-Zeitung etwa könnte eine solche Funktion darstellen, die eindeutig eine Nebenfunktion des Hauptdienstes ist, nämlich der Veröffentlichung von Nachrichten unter der redaktionellen Verantwortung des Verlegers.

die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen anderen Hauptdienst genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit der Vorschriften dieser Verordnung für Online-Plattformen zu umgehen. Ein Kommentarbereich einer Online-Zeitung etwa könnte eine solche Funktion darstellen, die eindeutig eine Nebenfunktion des Hauptdienstes ist, nämlich der Veröffentlichung von Nachrichten unter der redaktionellen Verantwortung des Verlegers. ***Für die Zwecke dieser Verordnung sollten Cloud-Computing-Dienste in Fällen, in denen die Verbreitung von bestimmten Inhalten eine untergeordnete Funktion oder Nebenfunktion darstellt, nicht als „Online-Plattform“ gelten. Darüber hinaus sollten Cloud-Computing-Dienste, wenn sie als Infrastruktur dienen, beispielsweise als zugrunde liegender infrastruktureller Speicher- und Rechendienst einer internetbasierten Anwendung oder Online-Plattform, an sich nicht als Mittel zur öffentlichen Verbreitung von Informationen angesehen werden, die im Auftrag eines Nutzers einer von ihnen betriebenen Anwendung oder Online-Plattform gespeichert oder verarbeitet werden.***

Änderungsantrag 14

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 14

Vorschlag der Kommission

(14) Der Begriff „öffentliche Verbreitung“ sollte im Sinne dieser Verordnung die Bereitstellung von Informationen für eine potenziell unbegrenzte Zahl von Personen umfassen, also die Bereitstellung eines leichten Zugangs für die Nutzer im Allgemeinen, ohne dass weiteres Tätigwerden durch den

Geänderter Text

(14) Der Begriff „öffentliche Verbreitung“ sollte im Sinne dieser Verordnung die Bereitstellung von Informationen für eine potenziell unbegrenzte Zahl von Personen umfassen, also die Bereitstellung eines leichten Zugangs für die Nutzer im Allgemeinen, ohne dass weiteres Tätigwerden durch den

Nutzer, der die Informationen bereitstellt, erforderlich wäre; dabei spielt es keine Rolle, ob diese Personen tatsächlich auf die betreffenden Informationen zugreifen.

Allein die Möglichkeit, Nutzergruppen innerhalb eines bestimmten Dienstes zu schaffen, sollte kein hinreichendes Kriterium dafür sein, dass die auf diese Weise verbreiteten Informationen nicht öffentlich verbreitet werden. Der Begriff sollte jedoch nicht die Verbreitung von Informationen innerhalb geschlossener Gruppen mit einer begrenzten Anzahl an vorab festgelegten Mitgliedern erfassen.

Interpersonelle Kommunikationsdienste im Sinne der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁹, etwa E-Mail oder Instant Messaging-Dienste, fallen nicht in den Anwendungsbereich dieser Verordnung. Informationen sollten nur dann als öffentlich verbreitet im Sinne dieser Verordnung gelten, wenn dies direkt im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat, geschieht.

Nutzer, der die Informationen bereitstellt, erforderlich wäre; dabei spielt es keine Rolle, ob diese Personen tatsächlich auf die betreffenden Informationen zugreifen.

Dementsprechend sollte in Fällen, in denen eine Registrierung oder die Aufnahme in eine Nutzergruppe erforderlich ist, um Zugang zu Informationen zu erlangen, nur dann von einer öffentlichen Verbreitung von Informationen ausgegangen werden, wenn die Nutzer, die auf die Informationen zugreifen möchten, automatisch registriert oder aufgenommen werden, ohne dass eine menschliche Entscheidung darüber gefällt wird, wer Zugang erhält.

Informationen, die im Wege interpersoneller Kommunikationsdienste im Sinne der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁹ – wie etwa E-Mail oder Instant Messaging-Dienste – ausgetauscht werden, gelten nicht als öffentlich verbreitet. Informationen sollten nur dann als öffentlich verbreitet im Sinne dieser Verordnung gelten, wenn dies direkt im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat, geschieht.

³⁹ Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36).

³⁹ Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36).

Änderungsantrag 15

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 16

Vorschlag der Kommission

(16) Die mit dem horizontalen Rahmen für bedingte Haftungsausschlüsse für Anbieter von Vermittlungsdiensten gemäß

Geänderter Text

(16) Die mit dem horizontalen Rahmen für bedingte Haftungsausschlüsse für Anbieter von Vermittlungsdiensten gemäß

der Richtlinie 2000/31/EG geschaffene Rechtssicherheit hat dazu geführt, dass im ganzen Binnenmarkt viele neuartige Dienste entstehen und expandieren konnten. Der Rahmen sollte daher bestehen bleiben. Angesichts der Abweichungen bei der Umsetzung und Anwendung der einschlägigen Vorschriften auf nationaler Ebene und aus Gründen der Klarheit und Kohärenz sollte dieser Rahmen jedoch in diese Verordnung aufgenommen werden. Zudem müssen bestimmte Elemente dieses Rahmens unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union präzisiert werden.

der Richtlinie 2000/31/EG geschaffene Rechtssicherheit hat dazu geführt, dass im ganzen Binnenmarkt viele neuartige Dienste entstehen und expandieren konnten. Der Rahmen sollte daher bestehen bleiben. Angesichts der Abweichungen bei der Umsetzung und Anwendung der einschlägigen Vorschriften auf nationaler Ebene und aus Gründen der Klarheit, ***Einheitlichkeit, Berechenbarkeit, Zugänglichkeit*** und Kohärenz sollte dieser Rahmen jedoch in diese Verordnung aufgenommen werden. Zudem müssen bestimmte Elemente dieses Rahmens unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union ***sowie technologischer und marktbezogener Entwicklungen*** präzisiert werden.

Änderungsantrag 16

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 18

Vorschlag der Kommission

(18) Die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse sollten nicht gelten, wenn der Anbieter sich nicht darauf beschränkt, die Dienstleistungen auf neutrale Weise und durch die bloße technische und automatische Verarbeitung der vom Nutzer bereitgestellten Informationen zu erbringen, sondern dahingehend eine aktive Rolle einnimmt, dass er Wissen oder Kontrolle über diese Informationen erhält. Diese Ausschlüsse sollten dementsprechend nicht für die Haftung im Zusammenhang mit Informationen gelten, die nicht vom Nutzer bereitgestellt werden, sondern vom Anbieter des Vermittlungsdienstes selbst, auch wenn diese Informationen im Rahmen der redaktionellen Verantwortung dieses Anbieters entwickelt wurden.

Geänderter Text

(18) Die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse sollten nicht gelten, wenn der Anbieter sich nicht darauf beschränkt, die Dienstleistungen auf neutrale Weise und durch die bloße technische und automatische Verarbeitung der vom Nutzer bereitgestellten Informationen zu erbringen, sondern dahingehend eine aktive Rolle einnimmt, dass er Wissen oder Kontrolle über diese Informationen erhält. ***Die bloße Einstufung bzw. Anzeige in einer Reihenfolge oder die Verwendung eines Empfehlungssystems sollte jedoch nicht als Kontrolle über eine Information angesehen werden.*** Diese Ausschlüsse sollten dementsprechend nicht für die Haftung im Zusammenhang mit Informationen gelten, die nicht vom Nutzer bereitgestellt werden, sondern vom Anbieter des Vermittlungsdienstes selbst,

auch wenn diese Informationen im Rahmen der redaktionellen Verantwortung dieses Anbieters entwickelt wurden.

Änderungsantrag 17

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 20

Vorschlag der Kommission

(20) **Ein** Anbieter von Vermittlungsdiensten, **der** bewusst mit einem Nutzer **zusammenarbeitet**, um illegale Tätigkeiten auszuüben, **erbringt** die Dienstleistung nicht auf neutrale Weise und sollte dementsprechend die in dieser Verordnung vorgesehenen Haftungsausschlüsse nicht in Anspruch nehmen können.

Geänderter Text

(20) **Arbeitet ein** Anbieter von Vermittlungsdiensten bewusst mit einem Nutzer **zusammen**, um illegale Tätigkeiten auszuüben, **sollte davon ausgegangen werden, dass** die Dienstleistung nicht auf neutrale Weise **erbracht wurde**, und **der Anbieter** sollte dementsprechend die in dieser Verordnung vorgesehenen Haftungsausschlüsse nicht in Anspruch nehmen können.

Änderungsantrag 18

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 21

Vorschlag der Kommission

(21) Ein Anbieter sollte die Haftungsausschlüsse für die „reine Durchleitung“ und das „Caching“ in Anspruch nehmen können, wenn er in keiner Weise **mit den** übermittelten Informationen **in Verbindung steht**. Voraussetzung dafür ist unter anderem, dass er die von ihm übermittelten Informationen nicht verändert. Unter diese Anforderung sollten jedoch keine Eingriffe technischer Art im Verlauf der Übermittlung fallen, da sie die Integrität der übermittelten Informationen nicht verändern.

Geänderter Text

(21) Ein Anbieter sollte die Haftungsausschlüsse für die „reine Durchleitung“ und das „Caching“ in Anspruch nehmen können, wenn er in keiner Weise **am Inhalt der** übermittelten Informationen **mitwirkt**. Voraussetzung dafür ist unter anderem, dass er die von ihm übermittelten Informationen nicht verändert. Unter diese Anforderung sollten jedoch keine Eingriffe technischer Art im Verlauf der Übermittlung fallen, da sie die Integrität der übermittelten Informationen nicht verändern.

Änderungsantrag 19

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 22

Vorschlag der Kommission

(22) Um den Haftungsausschluss für Hosting-Dienste in Anspruch nehmen zu können, sollte der Anbieter unverzüglich tätig werden und illegale Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren, sobald er tatsächliche Kenntnis davon oder Wissen darüber erhält. Die Entfernung oder Sperrung des Zugangs sollte unter Beachtung des Grundsatzes der Freiheit der Meinungsäußerung erfolgen. Der Anbieter kann **diese** tatsächliche Kenntnis **oder dieses** Wissen insbesondere durch Untersuchungen aus eigener Initiative oder durch Meldungen erhalten, die bei ihm von Personen oder Stellen im Einklang mit dieser Verordnung eingehen, sofern diese Meldungen ausreichend präzise und hinreichend begründet sind, damit ein sorgfältiger **Wirtschaftsteilnehmer** die mutmaßlich illegalen Inhalte angemessen erkennen und bewerten und gegebenenfalls dagegen vorgehen kann.

Geänderter Text

(22) Um den Haftungsausschluss für Hosting-Dienste in Anspruch nehmen zu können, sollte der Anbieter unverzüglich tätig werden und illegale Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren, sobald **ihm bewusst wird, dass die Inhalte illegal sind, und er somit** tatsächliche Kenntnis davon oder Wissen darüber erhält. Die Entfernung oder Sperrung des Zugangs sollte unter Beachtung **eines hohen Maßes an Verbraucherschutz und der Charta der Grundrechte, einschließlich** des Grundsatzes der Freiheit der Meinungsäußerung **und des Rechts, Nachrichten und Ideen ohne Einmischung öffentlicher Stellen zu empfangen und mitzuteilen**, erfolgen. Der Anbieter kann tatsächliche Kenntnis **davon, dass die Inhalte illegal sind, oder** Wissen **darüber** insbesondere durch Untersuchungen aus eigener Initiative oder durch Meldungen erhalten, die bei ihm von Personen oder Stellen im Einklang mit dieser Verordnung eingehen, sofern diese Meldungen ausreichend präzise und hinreichend begründet sind, damit ein sorgfältiger **Hosting-Diensteanbieter** die mutmaßlich illegalen Inhalte angemessen erkennen und bewerten und gegebenenfalls dagegen vorgehen kann. **Wenn Anbieter nach Erlangung der tatsächlichen Kenntnis tätig werden, sollten ihnen die in dieser Verordnung genannten Haftungsausschlüsse gewährt werden.**

Änderungsantrag 20

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 23

(23) Um den wirksamen Schutz der Verbraucher bei Geschäftsvorgängen im Internet über Vermittlungsdienste zu gewährleisten, sollten bestimmte Anbieter von Hosting-Diensten, nämlich Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmen ermöglichen, den Haftungsausschluss für Anbieter von Hosting-Diensten gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch nehmen können, sofern diese Online-Plattformen die einschlägigen Informationen bezüglich der betreffenden Vorgänge in einer Weise darstellen, bei der Verbraucher davon ausgehen können, dass die Informationen entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht oder Kontrolle unterstehenden Nutzer bereitgestellt werden und die Online-Plattformen deshalb Kenntnis von oder Kontrolle über die Informationen haben müssen, selbst wenn dem nicht tatsächlich so ist. In dieser Hinsicht sollte objektiv und auf Grundlage aller relevanten Umstände ermittelt werden, ob die Darstellung bei einem **durchschnittlichen und angemessen informierten** Verbraucher diesen Eindruck erwecken kann.

(23) Um den wirksamen Schutz der Verbraucher bei Geschäftsvorgängen im Internet über Vermittlungsdienste zu gewährleisten, sollten bestimmte Anbieter von Hosting-Diensten, nämlich Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmen ermöglichen, den Haftungsausschluss für Anbieter von Hosting-Diensten gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch nehmen können, sofern diese Online-Plattformen die einschlägigen Informationen bezüglich der betreffenden Vorgänge in einer Weise darstellen, bei der Verbraucher davon ausgehen können, dass die Informationen entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht oder Kontrolle unterstehenden Nutzer bereitgestellt werden und die Online-Plattformen deshalb Kenntnis von oder Kontrolle über die Informationen haben müssen, selbst wenn dem nicht tatsächlich so ist. In dieser Hinsicht sollte objektiv und auf Grundlage aller relevanten Umstände ermittelt werden, ob die Darstellung bei einem Verbraucher diesen Eindruck erwecken kann. **Dieser Eindruck kann beispielsweise entstehen, wenn die Online-Plattform, die Fernabsatzverträge mit Unternehmen ermöglicht, die Identität nicht gemäß dieser Verordnung eindeutig offenlegt oder das Produkt oder die Dienstleistung in ihrem eigenen Namen vermarktet, statt den Namen des Unternehmers zu verwenden, der es bzw. sie bereitstellt, oder wenn der Anbieter den endgültigen Preis der von dem Unternehmer angebotenen Waren oder Dienstleistungen festlegt.**

Änderungsantrag 21

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 25

(25) Um Rechtssicherheit zu schaffen und Abschreckung vor Tätigkeiten zu vermeiden, die Anbieter von Vermittlungsdiensten auf freiwilliger Basis zur Erkennung und Feststellung von illegalen Inhalten sowie zum Vorgehen dagegen durchführen können, sollte präzisiert werden, dass die bloße Durchführung solcher Tätigkeiten durch Anbieter nicht dazu führt, dass die Haftungsausschlüsse gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch genommen werden können, sofern diese Tätigkeiten nach Treu und Glauben und sorgfältig durchgeführt werden. Zudem sollte präzisiert werden, dass das bloße Ergreifen von Maßnahmen durch die Anbieter nach Treu und Glauben zur Einhaltung der Anforderungen des Unionsrechts, einschließlich derer gemäß dieser Verordnung im Hinblick auf ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen, nicht dazu führen sollte, dass diese Ausschlüsse nicht in Anspruch genommen werden können. Jegliche Tätigkeiten und Maßnahmen, die ein Anbieter möglicherweise durchgeführt bzw. ergriffen hat, sollten daher nicht berücksichtigt werden, um zu ermitteln, ob der Anbieter einen Haftungsausschluss in Anspruch nehmen kann, insbesondere in Bezug darauf, ob der Anbieter die Dienstleistung auf neutrale Weise erbringt und die einschlägige Vorschrift daher für ihn gelten kann, ohne dass dies jedoch bedeutet, dass sich der Anbieter zwangsläufig darauf berufen kann.

(25) Um Rechtssicherheit zu schaffen und Abschreckung vor Tätigkeiten zu vermeiden, die Anbieter von Vermittlungsdiensten auf freiwilliger Basis zur Erkennung und Feststellung von illegalen Inhalten sowie zum Vorgehen dagegen durchführen können, sollte präzisiert werden, dass die bloße Durchführung solcher Tätigkeiten durch Anbieter nicht dazu führt, dass die Haftungsausschlüsse gemäß dieser Verordnung **nur deshalb** nicht in Anspruch genommen werden können, **weil sie freiwillig und auf eigenes Betreiben Untersuchungen anstellen**, sofern diese Tätigkeiten nach Treu und Glauben und sorgfältig durchgeführt **werden und mit zusätzlichen Schutzvorkehrungen vor übermäßiger Beseitigung legaler Inhalte verbunden sind. Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten nach Kräften dafür Sorge tragen, dass in Fällen, in denen automatische Werkzeuge für die Moderation von Inhalten genutzt werden, die Technologie ausreichend zuverlässig ist, damit die Fehlerrate möglichst weitgehend reduziert wird, wenn Informationen fälschlicherweise als illegaler Inhalt erachtet** werden. Zudem sollte präzisiert werden, dass das bloße Ergreifen von Maßnahmen durch die Anbieter nach Treu und Glauben zur Einhaltung der Anforderungen des Unionsrechts, einschließlich derer gemäß dieser Verordnung im Hinblick auf ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen, nicht dazu führen sollte, dass diese Ausschlüsse nicht in Anspruch genommen werden können. Jegliche Tätigkeiten und Maßnahmen, die ein Anbieter möglicherweise durchgeführt bzw. ergriffen hat, sollten daher nicht berücksichtigt werden, um zu ermitteln, ob der Anbieter einen Haftungsausschluss in Anspruch nehmen kann, insbesondere in Bezug darauf, ob der Anbieter die

Dienstleistung auf neutrale Weise erbringt und die einschlägige Vorschrift daher für ihn gelten kann, ohne dass dies jedoch bedeutet, dass sich der Anbieter zwangsläufig darauf berufen kann.

Änderungsantrag 22

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 26

Vorschlag der Kommission

(26) Während es bei den Vorschriften in Kapitel II dieser Verordnung vor allem um den Haftungsausschluss für Anbieter von Vermittlungsdiensten geht, ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass trotz der wichtigen Rolle, die diese Anbieter im Allgemeinen einnehmen, das Problem der illegalen Inhalte und Tätigkeiten im Internet nicht allein durch den Fokus auf deren Haftung und Verantwortung bewältigt werden sollte. Wenn möglich sollten Dritte, die von im Internet übertragenen oder gespeicherten illegalen Inhalten betroffen sind, versuchen, Konflikte im Zusammenhang mit solchen Inhalten beizulegen, ohne die betreffenden Anbieter von Vermittlungsdiensten zu beteiligen. Die Nutzer sollten für die von ihnen bereitgestellten und möglicherweise über Vermittlungsdienste verbreiteten illegalen Inhalte haften, sofern die geltenden Vorschriften des Unionsrechts und des nationalen Rechts zur Festlegung solcher Haftung dies vorsehen. Gegebenenfalls sollten auch andere Akteure, etwa Gruppenmoderatoren im nicht öffentlichen Online-Umfeld, insbesondere in großen Gruppen, dabei helfen, die Verbreitung illegaler Inhalte im Internet im Einklang mit dem geltenden Recht zu verhindern. Ist es erforderlich, die Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft zu beteiligen, einschließlich der Anbieter von Vermittlungsdiensten, so sollten zudem

Geänderter Text

(26) Während es bei den Vorschriften in Kapitel II dieser Verordnung vor allem um den Haftungsausschluss für Anbieter von Vermittlungsdiensten geht, ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass trotz der wichtigen Rolle, die diese Anbieter im Allgemeinen einnehmen, das Problem der illegalen Inhalte und Tätigkeiten im Internet nicht allein durch den Fokus auf deren Haftung und Verantwortung bewältigt werden sollte. Wenn möglich sollten Dritte, die von im Internet übertragenen oder gespeicherten illegalen Inhalten betroffen sind, versuchen, Konflikte im Zusammenhang mit solchen Inhalten beizulegen, ohne die betreffenden Anbieter von Vermittlungsdiensten zu beteiligen. Die Nutzer sollten für die von ihnen bereitgestellten und möglicherweise über Vermittlungsdienste verbreiteten illegalen Inhalte haften, sofern die geltenden Vorschriften des Unionsrechts und des nationalen Rechts zur Festlegung solcher Haftung dies vorsehen. Gegebenenfalls sollten auch andere Akteure, etwa Gruppenmoderatoren im nicht öffentlichen **und offenen** Online-Umfeld, insbesondere in großen Gruppen, dabei helfen, die Verbreitung illegaler Inhalte im Internet im Einklang mit dem geltenden Recht zu verhindern. Ist es erforderlich, die Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft zu beteiligen, einschließlich der Anbieter von Vermittlungsdiensten, so sollten zudem

sämtliche Aufforderungen zu einer solchen Beteiligung oder entsprechende Anordnungen grundsätzlich an **denjenigen Akteur** gerichtet werden, der über die technischen und operativen Fähigkeiten verfügt, gegen bestimmte illegale Inhalte vorzugehen, um jegliche negativen Auswirkungen auf die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von nicht illegalen Informationen zu vermeiden und so gering wie möglich zu halten.

sämtliche Aufforderungen zu einer solchen Beteiligung oder entsprechende Anordnungen grundsätzlich an **den spezifischen Anbieter** gerichtet werden, der über die technischen und operativen Fähigkeiten verfügt, gegen bestimmte illegale Inhalte vorzugehen, um jegliche negativen Auswirkungen auf die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von nicht illegalen Informationen zu vermeiden und so gering wie möglich zu halten.
Folglich sollten Anbieter tätig werden, wenn sie am ehesten dazu in der Lage sind.

Änderungsantrag 23

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 27

Vorschlag der Kommission

(27) Seit dem Jahr 2000 wurden neue Technologien entwickelt, die für eine bessere Verfügbarkeit, Wirksamkeit, Geschwindigkeit, Verlässlichkeit, Kapazität und Sicherheit von Systemen für die Übermittlung und Speicherung von Daten im Internet sorgen, wodurch ein immer komplexeres digitales Ökosystem entstanden ist. In dieser Hinsicht sollte daran erinnert werden, dass Anbieter von Diensten zur Bereitstellung und Vereinfachung der zugrundeliegenden logischen Architektur und des reibungslosen Funktionierens des Internets, einschließlich technischer Hilfsfunktionen, ebenfalls die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse in Anspruch nehmen können, sofern ihre Dienste als „reine Durchleitung“, „Caching“ oder „Hosting“ einzuordnen sind. Zu solchen Diensten gehören gegebenenfalls lokale Funknetze (WLAN), DNS-Dienste, die Dienste von Namenregistern der Domäne oberster Stufe und Zertifizierungsstellen, die digitale Zertifikate ausstellen, oder Netze zur

Geänderter Text

(27) Seit dem Jahr 2000 wurden neue Technologien entwickelt, die für eine bessere Verfügbarkeit, Wirksamkeit, Geschwindigkeit, Verlässlichkeit, Kapazität und Sicherheit von Systemen für die Übermittlung und Speicherung von Daten im Internet sorgen, wodurch ein immer komplexeres digitales Ökosystem entstanden ist. In dieser Hinsicht sollte daran erinnert werden, dass Anbieter von Diensten zur Bereitstellung und Vereinfachung der zugrundeliegenden logischen Architektur und des reibungslosen Funktionierens des Internets, einschließlich technischer Hilfsfunktionen, ebenfalls die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse in Anspruch nehmen können, sofern ihre Dienste als „reine Durchleitung“, „Caching“ oder „Hosting“ einzuordnen sind. Zu solchen Diensten gehören gegebenenfalls **u. a.** lokale Funknetze (WLAN), DNS-Dienste, die Dienste von Namenregistern der Domäne oberster Stufe und Zertifizierungsstellen, die digitale Zertifikate ausstellen, **virtuelle private**

Bereitstellung von Inhalten, die Funktionen anderer Anbieter von Vermittlungsdiensten bereitstellen oder verbessern. Auch Dienste für Kommunikationszwecke und die technischen Mittel für ihre Bereitstellung haben sich stark entwickelt und zur Entstehung von Online-Diensten wie der Internet-Sprachtelefonie (VoIP), Nachrichtenübermittlungsdiensten und webgestützten E-Mail-Diensten geführt, bei denen die Kommunikation über einen Internetzugangsdienst ermöglicht wird. Bei diesen Diensten ist ebenfalls eine Inanspruchnahme der Haftungsausschlüsse möglich, sofern sie als „reine Durchleitung“, „Caching“ oder „Hosting“ einzuordnen sind.

Netzwerke, Cloud-Infrastrukturdienste oder Netze zur Bereitstellung von Inhalten, die Funktionen anderer Anbieter von Vermittlungsdiensten bereitstellen oder verbessern. Auch Dienste für Kommunikationszwecke und die technischen Mittel für ihre Bereitstellung haben sich stark entwickelt und zur Entstehung von Online-Diensten wie der Internet-Sprachtelefonie (VoIP), Nachrichtenübermittlungsdiensten und webgestützten E-Mail-Diensten geführt, bei denen die Kommunikation über einen Internetzugangsdienst ermöglicht wird. Bei diesen Diensten ist ebenfalls eine Inanspruchnahme der Haftungsausschlüsse möglich, sofern sie als „reine Durchleitung“, „Caching“ oder „Hosting“ einzuordnen sind.

Änderungsantrag 24

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 27 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(27a) Eine einzelne Website kann Elemente enthalten, die zwischen „reinen Durchleitungs-“, „Caching-“ oder „Hosting“-Diensten unterscheiden, und die Bestimmungen über Haftungsausschlüsse sollten für jeden dieser Dienste entsprechend gelten. Beispielsweise könnte eine Suchmaschine lediglich als „Caching“-Dienst für Informationen dienen, die in den Ergebnissen einer Anfrage enthalten sind. Neben diesen Ergebnissen angezeigte Elemente wie Online-Werbung würden jedoch immer noch einem „Hosting“-Dienst entsprechen.

Änderungsantrag 25

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 28

Vorschlag der Kommission

(28) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten **keiner** allgemeinen Überwachungspflicht unterliegen. Dies betrifft nicht die Überwachungspflichten in spezifischen Fällen und berührt insbesondere nicht Anordnungen, die von nationalen Behörden nach nationalem Recht im Einklang mit den in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen erlassen werden. Diese Verordnung sollte in keinem Fall so ausgelegt werden, dass sie eine allgemeine Überwachungspflicht, eine Verpflichtung zur aktiven Nachforschung oder eine allgemeine Verpflichtung der Anbieter zum Ergreifen proaktiver Maßnahmen in Bezug auf illegale Inhalte auferlegt.

Geänderter Text

(28) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten **weder von Rechts wegen noch tatsächlich einer** allgemeinen Überwachungspflicht unterliegen. Dies betrifft nicht die **spezifischen und ordnungsgemäß festgestellten** Überwachungspflichten in spezifischen Fällen, **wenn sie in Rechtsakten der Union festgelegt sind**, und berührt insbesondere nicht Anordnungen, die von nationalen Behörden nach nationalem Recht, **mit dem Rechtsakte der Union umgesetzt werden**, im Einklang mit den in dieser Verordnung **und anderen Rechtsvorschriften der Union, die als lex specialis erachtet werden**, festgelegten Bedingungen erlassen werden. Diese Verordnung sollte in keinem Fall so ausgelegt werden, dass sie eine allgemeine Überwachungspflicht, eine Verpflichtung zur aktiven Nachforschung oder eine allgemeine Verpflichtung der Anbieter zum Ergreifen proaktiver Maßnahmen in Bezug auf illegale Inhalte auferlegt. **Ebenso sollten die Mitgliedstaaten Anbieter von Vermittlungsdiensten nicht daran hindern, von Endstelle zu Endstelle verschlüsselte Dienste anzubieten. Die Anwendung einer effektiven Ende-zu-Ende-Verschlüsselung von Daten ist für das Vertrauen und die Sicherheit im Internet unerlässlich und verhindert wirksam den unbefugten Zugriff durch Dritte. Im Sinne des wirksamen Datenschutzes im Internet sollten außerdem die Mitgliedstaaten die Anbieter von Vermittlungsdiensten nicht generell verpflichten, die anonyme Nutzung ihrer Dienste einzuschränken.**

Änderungsantrag 26

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 29

Vorschlag der Kommission

(29) In Abhängigkeit von dem Rechtssystem der Mitgliedstaaten und dem betreffenden Rechtsgebiet können nationale Justiz- oder Verwaltungsbehörden die Anbieter von Vermittlungsdiensten anweisen, gegen bestimmte illegale Inhalte vorzugehen oder bestimmte Informationen zur Verfügung zu stellen. Die nationalen Rechtsvorschriften, nach denen solche Anordnungen erlassen werden, unterscheiden sich erheblich, und die Anordnungen erfolgen zunehmend im grenzüberschreitenden Kontext. Um sicherzustellen, dass derlei Anordnungen wirksam und effizient befolgt werden können, damit die betreffenden Behörden ihre Aufgaben erfüllen können und die Anbieter keinen unverhältnismäßigen Belastungen ausgesetzt sind, und dabei Auswirkungen auf die Rechte und berechtigten Interessen von Dritten zu vermeiden, ist es erforderlich, bestimmte Bedingungen, denen diese Anordnungen genügen sollten, und einige zusätzliche Anforderungen im Zusammenhang mit der Bearbeitung dieser Anordnungen festzulegen.

Geänderter Text

(29) In Abhängigkeit von dem Rechtssystem der Mitgliedstaaten und dem betreffenden Rechtsgebiet können nationale Justiz- oder Verwaltungsbehörden die Anbieter von Vermittlungsdiensten anweisen, gegen bestimmte illegale Inhalte vorzugehen oder bestimmte Informationen zur Verfügung zu stellen. Die nationalen Rechtsvorschriften ***im Einklang mit dem Unionsrecht, einschließlich der Charta***, nach denen solche Anordnungen erlassen werden, unterscheiden sich erheblich und die Anordnungen erfolgen zunehmend im grenzüberschreitenden Kontext. Um sicherzustellen, dass derlei Anordnungen wirksam und effizient befolgt werden können, damit die betreffenden Behörden ihre Aufgaben erfüllen können und die Anbieter keinen unverhältnismäßigen Belastungen ausgesetzt sind, und dabei Auswirkungen auf die Rechte und berechtigten Interessen von Dritten zu vermeiden, ist es erforderlich, bestimmte Bedingungen, denen diese Anordnungen genügen sollten, und einige zusätzliche Anforderungen im Zusammenhang mit der ***wirksamen*** Bearbeitung dieser Anordnungen festzulegen.

Änderungsantrag 27

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 30

Vorschlag der Kommission

(30) Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte oder zur Bereitstellung von Informationen sollten im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen werden, insbesondere der Verordnung (EU) 2016/679 und dem in dieser Verordnung festgelegten Verbot

Geänderter Text

(30) Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte oder zur Bereitstellung von Informationen sollten im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen werden, ***auch mit der Charta und insbesondere mit*** der Verordnung (EU) 2016/679 und dem in

allgemeiner Verpflichtungen zur Überwachung von Informationen oder zur aktiven Ermittlung von Tatsachen oder Umständen, die auf illegale Tätigkeiten hindeuten. Die in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen und Anforderungen, die für Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte gelten, lassen andere Rechtsakte der Union unberührt, die ähnliche Mechanismen für das Vorgehen gegen bestimmte Arten illegaler Inhalte vorsehen, etwa die Verordnung (EU) .../... (**vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung** der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte) oder die Verordnung (EU) 2017/2394, mit der spezifische Befugnisse zur Anordnung der Bereitstellung von Informationen an die Verbraucherschutzbehörden der Mitgliedstaaten übertragen werden, während die Bedingungen und Anforderungen, die für Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen gelten, andere Rechtsakte der Union unberührt lassen, die ähnliche einschlägige Vorschriften für bestimmte Sektoren vorsehen. Diese Bedingungen und Anforderungen sollten unbeschadet der Vorschriften des anwendbaren nationalen Rechts zur Speicherung und Aufbewahrung im Einklang mit dem Unionsrecht und Ersuchen von Strafverfolgungsbehörden um vertrauliche Behandlung im Zusammenhang mit der Nichtoffenlegung von Informationen gelten.

dieser Verordnung festgelegten Verbot allgemeiner Verpflichtungen zur Überwachung von Informationen oder zur aktiven Ermittlung von Tatsachen oder Umständen, die auf illegale Tätigkeiten hindeuten. Die in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen und Anforderungen, die für Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte gelten, lassen andere Rechtsakte der Union unberührt, die ähnliche Mechanismen für das Vorgehen gegen bestimmte Arten illegaler Inhalte vorsehen, etwa die Verordnung (EU) **2021/784** zur **Bekämpfung** der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte oder die Verordnung (EU) 2017/2394, mit der spezifische Befugnisse zur Anordnung der Bereitstellung von Informationen an die Verbraucherschutzbehörden der Mitgliedstaaten übertragen werden, während die Bedingungen und Anforderungen, die für Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen gelten, andere Rechtsakte der Union unberührt lassen, die ähnliche einschlägige Vorschriften für bestimmte Sektoren vorsehen. Diese Bedingungen und Anforderungen sollten unbeschadet der Vorschriften des anwendbaren nationalen Rechts zur Speicherung und Aufbewahrung im Einklang mit dem Unionsrecht und Ersuchen von Strafverfolgungsbehörden um vertrauliche Behandlung im Zusammenhang mit der Nichtoffenlegung von Informationen gelten.

Änderungsantrag 28

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 31

Vorschlag der Kommission

(31) Der räumliche Geltungsbereich solcher Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte sollte auf der Grundlage

Geänderter Text

(31) Der räumliche Geltungsbereich solcher Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte sollte auf der Grundlage

des geltenden Unions- oder nationalen Rechts, das den Erlass der Anordnung ermöglicht, eindeutig festgelegt werden und nicht über das zur Erreichung ihrer Ziele unbedingt erforderliche Maß hinausgehen. In dieser Hinsicht sollte die nationale Justiz- oder Verwaltungsbehörde, die die Anordnung erlässt, die Ziele der Anordnung im Einklang mit ihrer Rechtsgrundlage gegen die Rechte und berechtigten Interessen aller Dritten abwägen, die von der Anordnung betroffen sein könnten, insbesondere ihre Grundrechte nach der Charta. Kann eine Anordnung, die sich auf spezifische Informationen bezieht, Auswirkungen über das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats der betreffenden Behörde hinaus haben, so sollte die Behörde **zudem** bewerten, ob diese Informationen auch in anderen betroffenen Mitgliedstaaten illegale Inhalte darstellen könnten und gegebenenfalls sowohl die einschlägigen Vorschriften des Unionsrechts und Völkerrechts als auch die Interessen diplomatischer Gepflogenheiten berücksichtigen.

des geltenden Unions- oder nationalen Rechts **im Einklang mit dem Unionsrecht, einschließlich der Richtlinie 2000/31/EG und der Charta**, das den Erlass der Anordnung ermöglicht, eindeutig festgelegt werden und nicht über das zur Erreichung ihrer Ziele unbedingt erforderliche Maß hinausgehen. In dieser Hinsicht sollte die nationale Justiz- oder Verwaltungsbehörde, die die Anordnung erlässt, die Ziele der Anordnung im Einklang mit ihrer Rechtsgrundlage gegen die Rechte und berechtigten Interessen aller Dritten abwägen, die von der Anordnung betroffen sein könnten, insbesondere ihre Grundrechte nach der Charta. Kann eine Anordnung, die sich auf spezifische Informationen bezieht, Auswirkungen über das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats der betreffenden Behörde hinaus haben, so sollte die Behörde **ausnahmsweise** bewerten, ob diese Informationen auch in anderen betroffenen Mitgliedstaaten illegale Inhalte darstellen könnten und gegebenenfalls sowohl die einschlägigen Vorschriften des Unionsrechts und Völkerrechts als auch die Interessen diplomatischer Gepflogenheiten berücksichtigen.

Änderungsantrag 29

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 32

Vorschlag der Kommission

(32) Die in dieser Verordnung geregelten Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen betreffen die Vorlage spezifischer Informationen über einzelne Nutzer der betreffenden Vermittlungsdienste, die in diesen Anordnungen genannt sind, um festzustellen, ob die Nutzer die anwendbaren Rechtsvorschriften auf Unions- oder nationaler Ebene einhalten. Daher sollten Anordnungen bezüglich

Geänderter Text

(32) Die in dieser Verordnung geregelten Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen betreffen die Vorlage spezifischer Informationen über einzelne Nutzer der betreffenden Vermittlungsdienste, die in diesen Anordnungen genannt sind, um festzustellen, ob die Nutzer die anwendbaren Rechtsvorschriften auf Unions- oder nationaler Ebene einhalten. Daher sollten Anordnungen bezüglich

Informationen über eine Gruppe von Nutzern, die nicht im Einzelnen genannt werden, einschließlich Anordnungen über die Bereitstellung von für statistische Zwecke oder eine faktengestützte Politikgestaltung erforderlichen aggregierten Informationen, von den Vorschriften dieser Verordnung über die Bereitstellung von Informationen unberührt bleiben.

Informationen über eine Gruppe von Nutzern, die nicht im Einzelnen genannt werden, einschließlich Anordnungen über die Bereitstellung von für statistische Zwecke oder eine faktengestützte Politikgestaltung erforderlichen aggregierten Informationen, von den Vorschriften dieser Verordnung über die Bereitstellung von Informationen unberührt bleiben. ***Die Mitgliedstaaten sollten dafür sorgen, dass der Rechtsrahmen der Union zur Geheimhaltung von Mitteilungen und zum Datenschutz im Internet sowie zum Schutz natürlicher Personen in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten, wie in der Richtlinie (EU) 2016/680 verankert, uneingeschränkt umgesetzt wird. Vor allem sollten die Mitgliedstaaten die Rechte von Einzelpersonen und Journalisten achten und keine Informationen einholen, die gegen die Medienfreiheit oder die Freiheit der Meinungsäußerung verstoßen könnten.***

Änderungsantrag 30

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 33

Vorschlag der Kommission

(33) Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte und zur Bereitstellung von Informationen unterliegen den Vorschriften zur Wahrung der Zuständigkeit des Mitgliedstaats, in dem der Anbieter niedergelassen ist, und zur Festlegung möglicher Ausnahmen von dieser Zuständigkeit in bestimmten Fällen gemäß Artikel 3 der Richtlinie 2000/31/EG, sofern die Bedingungen des genannten Artikels erfüllt sind. Da sich die betreffenden Anordnungen auf bestimmte illegale Inhalte bzw. bestimmte Informationen beziehen, ***beschränken*** Anordnungen, die an in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassene Anbieter gerichtet sind,

Geänderter Text

(33) Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte und zur Bereitstellung von Informationen unterliegen den Vorschriften zur Wahrung der Zuständigkeit des Mitgliedstaats, in dem der Anbieter niedergelassen ist, und zur Festlegung möglicher Ausnahmen von dieser Zuständigkeit in bestimmten Fällen gemäß Artikel 3 der Richtlinie 2000/31/EG, sofern die Bedingungen des genannten Artikels erfüllt sind. Da sich die betreffenden Anordnungen auf bestimmte illegale Inhalte bzw. bestimmte Informationen beziehen, ***wie im Unionsrecht oder nationalen Recht im Einklang mit dem Unionsrecht festgelegt ist, sollten***

grundsätzlich nicht die Freiheit dieser Anbieter, ihre Dienste grenzüberschreitend zu erbringen. Die *Vorschriften* des Artikels 3 der *Richtlinie 2000/31/EG*, einschließlich derer über die *Notwendigkeit, Maßnahmen zu rechtfertigen, die aus bestimmten genau festgelegten Gründen eine Ausnahme* von der *Zuständigkeit des Mitgliedstaats*, in dem der Anbieter niedergelassen ist, darstellen und über die *Mitteilung solcher Maßnahmen*, gelten daher nicht für diese *Anordnungen*.

Anordnungen, die an in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassene Anbieter gerichtet sind, grundsätzlich nicht die Freiheit dieser Anbieter *beschränken*, ihre Dienste grenzüberschreitend zu erbringen. Die *zuständige Behörde sollte die Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte und zur Bereitstellung von Informationen durch elektronische Mittel, die einen schriftlichen Nachweis unter Bedingungen ermöglichen, die dem Diensteanbieter die Authentifizierung des Absenders, einschließlich der Richtigkeit des Datums und der Zeit der Absendung und des Eingangs der Anordnung, gestatten* (z. B. über ein gesichertes E-Mail-System und Plattformen oder sonstige gesicherte Kanäle, einschließlich der vom Diensteanbieter zur Verfügung gestellten), im Einklang mit den *Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten direkt an den betreffenden Adressaten übermitteln. Diese Anforderung sollte insbesondere durch die Verwendung von qualifizierten Diensten für die Zustellung elektronischer Einschreiben gemäß der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates erfüllt werden. Diese Verordnung sollte unbeschadet den Bestimmungen zur gegenseitigen Anerkennung und Durchsetzung von Urteilen gelten, insbesondere in Bezug auf das Recht, die Anerkennung und Durchsetzung eines Urteils zum Vorgehen gegen illegale Inhalte zu verweigern, vor allem wenn diese Anordnung der öffentlichen Politik in dem Mitgliedstaat widerspricht, in dem sie anerkannt oder durchgesetzt werden soll.*

Änderungsantrag 31

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 33 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(33a) Durch diese Verordnung sollten die einschlägigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden nicht aufgrund des geltenden Unionsrechts oder nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht daran gehindert werden, die Wiederherstellung von Inhalten anzuordnen, wenn diese Inhalte im Einklang mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters von Vermittlungsdiensten standen, aber fälschlicherweise von dem Diensteanbieter als illegal erachtet und entfernt wurden.

Änderungsantrag 32

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 33 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(33b) Damit diese Verordnung wirksam umgesetzt wird, sollten Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte und zur Bereitstellung von Informationen im Einklang mit dem Unionsrecht, einschließlich der Charta, stehen. Die Kommission sollte dafür sorgen, dass mit Vertragsverletzungsverfahren wirksam auf Verstöße gegen das Unionsrecht reagiert wird.

Änderungsantrag 33

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 34

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(34) Um die Ziele dieser Verordnung zu erreichen und insbesondere das Funktionieren des Binnenmarkts zu

(34) Um die Ziele dieser Verordnung zu erreichen und insbesondere das Funktionieren des Binnenmarkts zu

verbessern und ein sicheres und transparentes Online-Umfeld zu gewährleisten, ist es erforderlich, eindeutige und ausgewogene harmonisierte Sorgfaltspflichten für die Anbieter von Vermittlungsdiensten festzulegen. Mit diesen Verpflichtungen sollte insbesondere darauf abgezielt werden, die Verwirklichung verschiedener politischer Ziele wie der Sicherheit und des Vertrauens der Nutzer, einschließlich der minderjährigen und schutzbedürftigen Nutzer, **zu gewährleisten, die** einschlägigen in der Charta verankerten Grundrechte **zu schützen, die sinnvolle** Rechenschaftspflicht der Anbieter **sicherzustellen und die** Nutzer sowie **andere betroffene** Parteien zu **stärken** und den zuständigen Behörden zugleich die erforderliche Aufsicht zu erleichtern.

verbessern und ein sicheres und transparentes Online-Umfeld zu gewährleisten, ist es erforderlich, eindeutige, **wirksame, berechenbare** und ausgewogene harmonisierte Sorgfaltspflichten für die Anbieter von Vermittlungsdiensten festzulegen. Mit diesen Verpflichtungen sollte insbesondere darauf abgezielt werden, die Verwirklichung verschiedener politischer Ziele wie **eines hohen Maßes an Verbraucherschutz**, der Sicherheit und des Vertrauens der Nutzer, einschließlich der minderjährigen und schutzbedürftigen Nutzer, **des Schutzes der** einschlägigen in der Charta verankerten Grundrechte, **der sinnvollen** Rechenschaftspflicht der Anbieter **und der Stärkung der** Nutzer sowie **anderer betroffener** Parteien zu **gewährleisten** und den zuständigen Behörden zugleich die erforderliche Aufsicht zu erleichtern.

Änderungsantrag 34

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 35

Vorschlag der Kommission

(35) In dieser Hinsicht ist es wichtig, Sorgfaltspflichten an die Beschaffenheit und **Art** der betreffenden Vermittlungsdienste anzupassen. In dieser Verordnung werden daher grundlegende Verpflichtungen festgelegt, die für alle Anbieter von Vermittlungsdiensten gelten, sowie zusätzliche Verpflichtungen für Anbieter von Hosting-Diensten und, im Einzelnen, für Online-Plattformen und sehr große Online-Plattformen. Sofern Anbieter von Vermittlungsdiensten aufgrund der Art ihrer Dienste und ihrer Größe in diese verschiedenen Kategorien fallen, sollten sie alle entsprechenden Verpflichtungen aus dieser Verordnung erfüllen. Diese harmonisierten Sorgfaltspflichten, die angemessen und nicht willkürlich sein

Geänderter Text

(35) In dieser Hinsicht ist es wichtig, Sorgfaltspflichten an die Beschaffenheit, **Art** und **Größe** der betreffenden Vermittlungsdienste anzupassen. In dieser Verordnung werden daher grundlegende Verpflichtungen festgelegt, die für alle Anbieter von Vermittlungsdiensten gelten, sowie zusätzliche Verpflichtungen für Anbieter von Hosting-Diensten und, im Einzelnen, für Online-Plattformen und sehr große Online-Plattformen. Sofern Anbieter von Vermittlungsdiensten aufgrund der Art ihrer Dienste und ihrer Größe in diese verschiedenen Kategorien fallen, sollten sie alle **im Zusammenhang mit diesen Diensten stehenden** entsprechenden Verpflichtungen aus dieser Verordnung erfüllen. Diese harmonisierten

sollten, sind erforderlich, um die ermittelten politischen Ziele umzusetzen, etwa die Wahrung der berechtigten Interessen der Nutzer, die Bekämpfung illegaler Praktiken und den Schutz der Grundrechte im Internet.

Sorgfaltspflichten, die angemessen und nicht willkürlich sein sollten, sind erforderlich, um die ermittelten politischen Ziele umzusetzen, etwa die Wahrung der berechtigten Interessen der Nutzer, die Bekämpfung illegaler Praktiken und den Schutz der Grundrechte im Internet.

Änderungsantrag 35

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 36

Vorschlag der Kommission

(36) Um die reibungslose und wirksame Kommunikation im Zusammenhang mit den Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen, zu **gewährleisten**, sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten verpflichtet werden, eine zentrale Kontaktstelle **einzurichten** und einschlägige Informationen zu ihrer Kontaktstelle zu veröffentlichen, einschließlich der für diese Kommunikation zu verwendenden Sprachen. Die Kontaktstelle kann auch von vertrauenswürdigen Hinweisgebern und Gewerbetreibenden, die in einer bestimmten Beziehung zum Anbieter von Vermittlungsdiensten stehen, genutzt werden. Im Gegensatz zum Rechtsvertreter sollte die Kontaktstelle operativen Zwecken dienen und benötigt nicht unbedingt einen physischen Standort.

Geänderter Text

(36) Um die reibungslose und wirksame Kommunikation im Zusammenhang mit den Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen, zu **erleichtern**, sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten verpflichtet werden, eine zentrale Kontaktstelle **zu benennen** und einschlägige **und aktuelle** Informationen zu ihrer Kontaktstelle zu veröffentlichen, einschließlich der für diese Kommunikation zu verwendenden Sprachen. **Diese Informationen sollten dem Koordinator für digitale Dienste im Niederlassungsmitgliedstaat übermittelt werden.** Die Kontaktstelle kann auch von vertrauenswürdigen Hinweisgebern und Gewerbetreibenden, die in einer bestimmten Beziehung zum Anbieter von Vermittlungsdiensten stehen, genutzt werden. **Diese Kontaktstelle sollte dieselbe Kontaktstelle sein können, wie sie gemäß anderen Rechtsakten der Union vorgesehen ist.** Im Gegensatz zum Rechtsvertreter sollte die Kontaktstelle operativen Zwecken dienen und benötigt nicht unbedingt einen physischen Standort.

Änderungsantrag 36

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 36 a (neu)

(36a) Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten außerdem verpflichtet werden, eine zentrale Kontaktstelle für Nutzer zu benennen, die eine schnelle, direkte und wirksame Kommunikation insbesondere über leicht zugängliche Mittel wie Telefonnummern, E-Mail-Adressen, elektronische Kontaktformulare, Chatbots oder Sofortnachrichtenübermittlung ermöglicht. Es sollte ausdrücklich angegeben werden, wenn ein Nutzer mit Chatbots kommuniziert. Um eine schnelle, direkte und wirksame Kommunikation zu ermöglichen, sollten die Nutzer nicht mit langen Telefonmenüs oder versteckten Kontaktinformationen konfrontiert werden. Insbesondere sollten Telefonmenüs immer die Option enthalten, mit einer Person zu sprechen. Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten den Nutzern die Möglichkeit geben, Mittel der direkten und effizienten Kommunikation zu wählen, die nicht ausschließlich auf automatisierten Werkzeugen beruhen. Diese Anforderung sollte keine Auswirkungen auf die interne Organisation der Anbieter von Vermittlungsdiensten haben, einschließlich der Möglichkeit, Dienste Dritter in Anspruch zu nehmen, um dieses Kommunikationssystem bereitzustellen, etwa externe Diensteanbieter und Call-Center.

Änderungsantrag 37

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 37

(37) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten mit Sitz in einem Drittstaat, die Dienste in der Union anbieten, sollten einen hinreichend

(37) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten mit Sitz in einem Drittstaat, die Dienste in der Union anbieten, sollten einen hinreichend

bevollmächtigten Rechtsvertreter in der Union benennen und Informationen über ihren Rechtsvertreter bereitstellen, um die wirksame Aufsicht und erforderlichenfalls die Durchsetzung dieser Verordnung in Bezug auf diese Anbieter zu ermöglichen. Die Rechtsvertreter sollten auch als Kontaktstellen fungieren können, sofern die einschlägigen Anforderungen dieser Verordnung eingehalten werden.

bevollmächtigten Rechtsvertreter in der Union benennen und Informationen über ihren Rechtsvertreter bereitstellen, um die wirksame Aufsicht und erforderlichenfalls die Durchsetzung dieser Verordnung in Bezug auf diese Anbieter zu ermöglichen. Die Rechtsvertreter sollten auch als Kontaktstellen fungieren können, sofern die einschlägigen Anforderungen dieser Verordnung eingehalten werden. ***Es sollte möglich sein, dass ein Rechtsvertreter im Einklang mit dem nationalen Recht von mehr als einem Anbieter von Vermittlungsdiensten beauftragt wird, sofern diese Anbieter als Kleinst-, kleine oder mittlere Unternehmen gemäß der Definition in der Empfehlung 2003/361/EG eingestuft werden.***

Änderungsantrag 38

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 38

Vorschlag der Kommission

(38) Während die Vertragsfreiheit für Anbieter von Vermittlungsdiensten grundsätzlich geachtet werden sollte, ist es angemessen, für den Inhalt, die Anwendung und die Durchsetzung der allgemeinen Geschäftsbedingungen dieser Anbieter bestimmte Vorschriften festzulegen, um für Transparenz, den Schutz der Nutzer und die Vermeidung von unlauteren oder willkürlichen Ergebnissen zu sorgen.

Geänderter Text

(38) Während die Vertragsfreiheit für Anbieter von Vermittlungsdiensten grundsätzlich geachtet werden sollte, ist es angemessen, für den Inhalt, die Anwendung und die Durchsetzung der allgemeinen Geschäftsbedingungen dieser Anbieter bestimmte Vorschriften festzulegen, um für ***den Schutz der Grundrechte, insbesondere der Meinungs- und der Informationsfreiheit***, Transparenz, den Schutz der Nutzer und die Vermeidung von ***diskriminierenden***, unlauteren oder willkürlichen Ergebnissen zu sorgen. ***Insbesondere muss sichergestellt werden, dass die Bedingungen in einer klaren und unmissverständlichen Sprache im Einklang mit dem geltenden Unionsrecht und nationalen Recht verfasst sind. Die Geschäftsbedingungen sollten Informationen über alle Strategien,***

Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge enthalten, die zum Zweck der Inhaltsmoderation eingesetzt werden, einschließlich der algorithmischen Entscheidungsfindung und der menschlichen Überprüfung, sowie über das Recht, die Nutzung des Dienstes zu beenden. Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten den Nutzern der Dienste auch eine präzise und leicht lesbare Zusammenfassung der wichtigsten Elemente der Geschäftsbedingungen, einschließlich der verfügbaren Rechtsbehelfe, zur Verfügung stellen, wobei gegebenenfalls grafische Elemente wie Bildsymbole zu nutzen sind.

Änderungsantrag 39

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 39

Vorschlag der Kommission

(39) Um ein angemessenes Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten im Einklang mit den harmonisierten Anforderungen dieser Verordnung **jährlich Bericht** über die von ihnen betriebene Moderation von Inhalten **erstatten**, einschließlich der Maßnahmen, die sie zur Anwendung und Durchsetzung ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen ergreifen. Um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden, sollten diese Transparenzberichtspflichten **jedoch** nicht für Anbieter gelten, die Kleinstunternehmen oder kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission⁴⁰ sind.

Geänderter Text

(39) Um ein angemessenes Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten im Einklang mit den harmonisierten Anforderungen dieser Verordnung **Jahresberichte** über die von ihnen betriebene Moderation von Inhalten **in einem standardisierten maschinenlesbaren Format verfassen**, einschließlich der Maßnahmen, die sie zur Anwendung und Durchsetzung ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen ergreifen. Um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden, sollten diese Transparenzberichtspflichten nicht für Anbieter gelten, die Kleinstunternehmen oder kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission⁴⁰ sind **und bei denen es sich nicht um sehr große Online-Plattformen handelt**.

⁴⁰ Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).

⁴⁰ Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).

Änderungsantrag 40

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 39 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(39a) Die Nutzer sollten eine freie, selbstständige und fundierte Entscheidung oder Wahl treffen können, wenn sie einen Dienst in Anspruch nehmen, und die Anbieter von Vermittlungsdiensten dürfen mit keinerlei Mitteln – auch nicht über ihre Schnittstelle – diese Entscheidungsfindung verzerren oder behindern. Insbesondere sollten die Nutzer befugt sein, bei der Interaktion mit Vermittlungsdiensten diese Entscheidungen zu treffen, unter anderem in Bezug auf die Annahme und Änderung von Geschäftsbedingungen, Werbepraktiken, Privatsphäre- und anderen Einstellungen sowie Empfehlungssystemen. Allerdings nutzen bestimmte Praktiken typischerweise kognitive Verzerrungen aus und veranlassen die Nutzer, Waren und Dienstleistungen zu erwerben, die sie nicht wollen, oder personenbezogene Informationen preiszugeben, die sie lieber nicht offenlegen würden. Daher sollte es Anbietern von Vermittlungsdiensten untersagt sein, die Nutzer in die Irre zu führen oder zu verleiten und die Autonomie, Entscheidungsfindung oder Auswahl der Nutzer über die Struktur, das Design oder die Funktionen einer Online-Schnittstelle oder eines Teils davon zu verzerren oder zu beeinträchtigen („dark pattern“). Dazu sollten unter anderem die

ausbeuterische Gestaltung von Wahlmöglichkeiten, mit denen die Nutzer zu Handlungen geleitet werden, die dem Erbringer von Vermittlungsdiensten zugutekommen, aber möglicherweise nicht im Interesse der Nutzer liegen, die Präsentation von Wahlmöglichkeiten in einer nicht neutralen Weise, indem z. B. eine bestimmte Einwilligungsoption visuell stärker hervorgehoben wird, oder auch wiederholte Aufforderungen oder dringende Aufforderungen an den Nutzer, eine Entscheidung zu treffen, indem etwa das Verfahren zur Stornierung eines Dienstes deutlich umständlicher gestaltet wird als die entsprechende Inanspruchnahme, gehören. Allerdings sollten Bestimmungen zur Verhinderung von „dark patterns“ nicht so verstanden werden, als dass Anbieter daran gehindert werden, direkt mit Nutzern zu interagieren und ihnen neue oder zusätzliche Dienste anzubieten. Insbesondere sollte es im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 möglich sein, nach angemessener Zeit erneut an einen Nutzer heranzutreten, auch wenn der Nutzer keine Einwilligung zu konkreten Datenverarbeitungszwecken gegeben hat. Die Kommission sollte befugt sein, einen delegierten Rechtsakt zur Festlegung von Verfahren anzunehmen, die als „dark patterns“ betrachtet werden könnten.

Änderungsantrag 41

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 40

Vorschlag der Kommission

(40) Hosting-Diansteanbieter spielen beim Umgang mit illegalen Online-Inhalten eine besonders wichtige Rolle, da sie im Auftrag der Nutzer von diesen übermittelte Informationen speichern und üblicherweise anderen Nutzern –

Geänderter Text

(40) Hosting-Diansteanbieter spielen beim Umgang mit illegalen Online-Inhalten eine besonders wichtige Rolle, da sie im Auftrag der Nutzer von diesen übermittelte Informationen speichern und üblicherweise anderen Nutzern –

manchmal in großem Umfang – den Zugang zu diesen Informationen ermöglichen. Es ist wichtig, dass sämtliche Anbieter von Hosting-Diensten, ungeachtet ihrer Größe, benutzerfreundliche Melde- und Abhilfeverfahren schaffen, die es erleichtern, einem Anbieter von Hosting-Diensten bestimmte Informationen zu melden, die die meldende Partei als rechtswidrige Inhalte ansieht (im Folgenden „Meldung“), woraufhin der Anbieter *entscheiden* kann, *ob er* der *Bewertung zustimmt* und diese Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren *möchte* (im Folgenden „Abhilfe“). Sofern die Anforderungen an Meldungen erfüllt sind, sollte es Einzelpersonen oder Einrichtungen möglich sein, mehrere bestimmte mutmaßlich *illegale* Inhalte in einem zu melden. Die Verpflichtung zur Schaffung eines Melde- und Abhilfeverfahrens sollte etwa für Datenspeicher- und Weitergabedienste, Web-Hosting-Dienste, Werbeserver und Pastebin-Dienste gelten, sofern sie als von dieser Verordnung erfasste Anbieter von Hosting-Diensten einzustufen sind.

manchmal in großem Umfang – den Zugang zu diesen Informationen ermöglichen. Es ist wichtig, dass sämtliche Anbieter von Hosting-Diensten, ungeachtet ihrer Größe, *leicht zugängliche, umfassende und* benutzerfreundliche Melde- und Abhilfeverfahren schaffen, die es erleichtern, einem Anbieter von Hosting-Diensten bestimmte Informationen zu melden, die die meldende Partei als rechtswidrige Inhalte ansieht (im Folgenden „Meldung“), woraufhin der Anbieter *feststellen* kann, *dass der fragliche Inhalt eindeutig illegal ist, ohne dass die in der Meldung genannten Informationen zusätzlich einer rechtlichen Prüfung oder Sachprüfung unterzogen werden*, und diese Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren *kann* (im Folgenden „Abhilfe“). *Dieses Verfahren sollte ein eindeutig feststellbares Meldeverfahren umfassen, das sich in der Nähe des betreffenden Inhalts befindet, sodass Informationselemente, die gemäß Unionsrecht oder nationalem Recht als illegale Inhalte gelten, rasch und einfach gemeldet werden können.* Sofern die Anforderungen an Meldungen erfüllt sind, sollte es Einzelpersonen oder Einrichtungen möglich sein, mehrere bestimmte mutmaßlich *rechtswidrige* Inhalte in einem zu melden, *um das wirksame Funktionieren der Melde- und Abhilfeverfahren zu gewährleisten. Einzelpersonen sollten zwar immer anonym Meldung erstatten können, aber diese Meldungen sollten nicht dazu führen, dass tatsächlich Kenntnis von Informationen erlangt wird, außer bei Informationen, bei denen davon ausgegangen wird, dass sie eine der in der Richtlinie 2011/93/EU genannten Straftaten umfassen.* Die Verpflichtung zur Schaffung eines Melde- und Abhilfeverfahrens sollte etwa für Datenspeicher- und Weitergabedienste, Web-Hosting-Dienste, Werbeserver und Pastebin-Dienste gelten, sofern sie als von

dieser Verordnung erfasste Anbieter von Hosting-Diensten einzustufen sind.

Änderungsantrag 42

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 40 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(40a) Die Meldungen sollten jedoch an den Akteur gerichtet werden, der über die technische und operative Handlungsfähigkeit und die engste Beziehung zu dem Nutzer verfügt, der die Informationen oder den Inhalt bereitgestellt hat. Diese Hosting-Diensteanbieter sollten derartige Meldungen an die betreffende Online-Plattform weiterleiten und den Koordinator für digitale Dienste davon in Kenntnis setzen.

Änderungsantrag 43

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 40 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(40b) Darüber hinaus sollten Hosting-Diensteanbieter bestrebt sein, nur gegen die gemeldeten Einzelinformationen vorzugehen. Wenn die Entfernung oder Sperrung des Zugangs zu Einzelinformationen aus rechtlichen oder technologischen Gründen wie verschlüsselten Datei- und Datenspeicher- und Weitergabediensten technisch oder operativ nicht umsetzbar ist, sollte der Hosting-Diensteanbieter den Nutzer von der Meldung in Kenntnis setzen und Abhilfe schaffen.

Änderungsantrag 44

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 41

Vorschlag der Kommission

(41) Die Vorschriften zu solchen Melde- und Abhilfeverfahren sollten auf Unionsebene harmonisiert werden, um die rasche, sorgfältige und **objektive** Bearbeitung von Meldungen auf der Grundlage einheitlicher, transparenter und klarer Regeln zu gewährleisten, die belastbare Mechanismen zum Schutz der Rechte und berechtigten Interessen sämtlicher betroffener Parteien unabhängig von dem Mitgliedstaat, in dem diese Parteien ansässig oder niedergelassen sind und von dem betreffenden Rechtsgebiet schaffen, insbesondere zum Schutz ihrer Grundrechte aus der Charta. Zu diesen Grundrechten gehören gegebenenfalls das Recht der Nutzer auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit, ihr Recht auf die Achtung des Privat- und Familienlebens, ihr Recht auf Schutz personenbezogener Daten, ihr Recht auf Nichtdiskriminierung und ihr Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf, zudem die unternehmerische Freiheit, einschließlich der Vertragsfreiheit, der Anbieter von Vermittlungsdiensten und das Recht auf Menschenwürde, die Rechte des Kindes, das Recht auf Schutz des Eigentums, einschließlich des geistigen Eigentums, und das Recht auf Nichtdiskriminierung der von illegalen Inhalten betroffenen Parteien.

Geänderter Text

(41) Die Vorschriften zu solchen Melde- und Abhilfeverfahren sollten auf Unionsebene harmonisiert werden, um die rasche, sorgfältige, **objektive, nicht willkürliche und diskriminierungsfreie** Bearbeitung von Meldungen auf der Grundlage einheitlicher, transparenter und klarer Regeln zu gewährleisten, die belastbare Mechanismen zum Schutz der Rechte und berechtigten Interessen sämtlicher betroffener Parteien unabhängig von dem Mitgliedstaat, in dem diese Parteien ansässig oder niedergelassen sind, und von dem betreffenden Rechtsgebiet schaffen, insbesondere zum Schutz ihrer Grundrechte aus der Charta. Zu diesen Grundrechten gehören gegebenenfalls das Recht der Nutzer auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit, ihr Recht auf die Achtung des Privat- und Familienlebens, ihr Recht auf Schutz personenbezogener Daten, ihr Recht auf Nichtdiskriminierung und ihr Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf, zudem die unternehmerische Freiheit, einschließlich der Vertragsfreiheit, der Anbieter von Vermittlungsdiensten und das Recht auf Menschenwürde, die Rechte des Kindes, das Recht auf Schutz des Eigentums, einschließlich des geistigen Eigentums, und das Recht auf Nichtdiskriminierung der von illegalen Inhalten betroffenen Parteien.

Änderungsantrag 45

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 41 a (neu)

(41a) Hosting-Diensteanbieter sollten auf Meldungen unverzüglich reagieren und dabei die Art des gemeldeten rechtswidrigen Inhalts und die Dringlichkeit von Maßnahmen berücksichtigen. Der Hosting-Diensteanbieter sollte die Person oder Stelle, die den konkreten Inhalt gemeldet hat, unverzüglich in Kenntnis setzen, nachdem er darüber entschieden hat, ob in Bezug auf die Meldung Maßnahmen ergriffen werden.

Änderungsantrag 46

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 42

(42) Wenn ein Hosting-Diensteanbieter entscheidet, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen, etwa nach Erhalt einer Meldung oder auf eigene Initiative, zu entfernen **oder** den Zugang dazu zu sperren, auch unter Einsatz automatisierter Mittel, so sollte der Anbieter den Nutzer über seine Entscheidung, die Gründe dafür und die verfügbaren Rechtsbehelfsmöglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidung im Hinblick auf mögliche negative Folgen für den Nutzer, einschließlich bezüglich der Ausübung seines Grundrechts auf freie Meinungsäußerung, informieren. Diese Verpflichtung sollte unabhängig von den Gründen für die Entscheidung gelten, insbesondere davon, ob die Abhilfe durchgeführt wurde, weil die gemeldeten Informationen als illegale Inhalte oder als nicht mit den geltenden allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbar angesehen werden. Die verfügbaren Rechtsmittel zur Anfechtung der Entscheidung des Hosting-Diensteanbieters

(42) Wenn ein Hosting-Diensteanbieter entscheidet, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen, etwa nach Erhalt einer Meldung oder auf eigene Initiative, zu entfernen, den Zugang dazu zu sperren, **sie herabzustufen oder andere Maßnahmen in Bezug auf diese Informationen zu ergreifen**, auch unter Einsatz automatisierter Mittel, **die sich als wirksam, angemessen und präzise erwiesen haben**, so sollte der **betreffende** Anbieter den Nutzer **eindeutig und benutzerfreundlich** über seine Entscheidung, die Gründe dafür und die verfügbaren Rechtsbehelfsmöglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidung im Hinblick auf mögliche negative Folgen für den Nutzer, einschließlich bezüglich der Ausübung seines Grundrechts auf freie Meinungsäußerung, informieren. Diese Verpflichtung sollte unabhängig von den Gründen für die Entscheidung gelten, insbesondere davon, ob die Abhilfe durchgeführt wurde, weil die gemeldeten Informationen als illegale Inhalte oder als

sollten stets gerichtliche Rechtsbehelfe umfassen.

nicht mit den geltenden allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbar angesehen werden. Die verfügbaren Rechtsmittel zur Anfechtung der Entscheidung des Hosting-Diensteanbieters sollten stets gerichtliche Rechtsbehelfe umfassen. ***Die Verpflichtung sollte jedoch in verschiedenen Situationen nicht gelten, nämlich wenn der Inhalt irreführend oder Teil eines umfangreichen kommerziellen Inhalts ist oder wenn eine Justiz- oder Strafverfolgungsbehörde aufgrund eines laufenden Ermittlungsverfahrens darum ersucht hat, den Nutzer nicht zu informieren, bis das Ermittlungsverfahren abgeschlossen ist. Verfügt ein Hosting-Diensteanbieter nicht über die Informationen, die erforderlich sind, um den Nutzer mithilfe eines dauerhaften Mediums zu informieren, so sollte er nicht hierzu verpflichtet sein.***

Änderungsantrag 47

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 42 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(42a) Ein Hosting-Diensteanbieter könnte in bestimmten Fällen, etwa über eine Meldung durch eine meldende Partei oder durch seine eigenen freiwilligen Maßnahmen, Kenntnis von Informationen über bestimmte Tätigkeiten eines Nutzers erhalten, etwa die Bereitstellung bestimmter Arten illegaler Inhalte, die unter Berücksichtigung aller relevanten Umstände, von der eine Online-Plattform Kenntnis hat, den Verdacht angemessen rechtfertigen, dass der Nutzer eine schwere Straftat begangen hat, begeht oder vermutlich begehen wird, die das Leben oder die Sicherheit von Personen unmittelbar in Gefahr bringt, wie eine der in der Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates¹

genannten Straftaten. In diesen Fällen sollte der Hosting-Diensteanbieter die zuständigen Strafverfolgungsbehörden unverzüglich über einen solchen Verdacht informieren und ihnen auf Anfrage alle einschlägigen ihm verfügbaren Informationen übermitteln, gegebenenfalls auch die jeweiligen Inhalte und eine Erläuterung seines Verdachts, und – sofern keine anderweitigen Anweisungen vorliegen – die jeweiligen Inhalte entfernen oder sperren. Die von dem Hosting-Diensteanbieter übermittelten Informationen sollten nur für die unmittelbar mit der jeweiligen schweren Straftat, die gemeldet wurde, im Zusammenhang stehenden Zwecke verwendet werden. Diese Verordnung bildet keine Rechtsgrundlage für die Erstellung von Profilen von Nutzern für eine mögliche Feststellung von Straftaten durch Hosting-Diensteanbieter. Hosting-Diensteanbieter sollten auch andere anwendbare Vorschriften des Unionsrechts oder des nationalen Rechts zum Schutz der Rechte und Freiheiten von Einzelpersonen beachten, wenn sie die Strafverfolgungsbehörden informieren. Um die Meldung des Verdachts auf eine Straftat zu erleichtern, übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission die Liste der zuständigen Strafverfolgungs- oder Justizbehörden.

¹ Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI des Rates (ABl. L 335 vom 17.12.2011, S. 1).

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 43 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(43a) Um sicherzustellen, dass die Verpflichtungen nur für die Anbieter von Vermittlungsdiensten gelten, bei denen der Nutzen die Belastung für den Anbieter überwiegen würde, sollte die Kommission in ähnlicher Weise befugt sein, diejenigen Anbieter von Vermittlungsdiensten, die nicht gewinnorientiert sind oder bei denen es sich um mittlere Unternehmen handelt, bei denen jedoch keine systemischen Risiken im Zusammenhang mit illegalen Inhalten vorliegen und die nur beschränkt illegalen Inhalten ausgesetzt sind, ganz oder teilweise von den Anforderungen des Kapitels III Abschnitt 3 zu befreien. Die Anbieter sollten begründen, warum sie eine Befreiung erhalten sollten, und ihren Antrag zunächst zur vorläufigen Beurteilung an den jeweiligen Koordinator für digitale Dienste an ihrem Niederlassungsort senden. Die Kommission sollte diese Anträge unter Berücksichtigung einer vorläufigen Beurteilung durch den jeweiligen Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort prüfen. Die vorläufige Beurteilung sollte zusammen mit dem Antrag an die Kommission übermittelt werden. Die Kommission sollte den Antrag auf Befreiung überwachen und das Recht haben, eine Befreiung jederzeit zu widerrufen. Die Kommission sollte ein öffentliches Verzeichnis aller gewährten Befreiungen samt der entsprechenden Bedingungen führen.

Änderungsantrag 49

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 44

(44) Die Nutzer sollten in der Lage sein, bestimmte Entscheidungen von Online-Plattformen, die sich negativ auf sie auswirken, einfach und wirksam anzufechten. Die Online-Plattformen sollten daher verpflichtet werden, interne Beschwerdemanagementsysteme einzurichten, die bestimmte Bedingungen erfüllen, um sicherzustellen, dass diese Systeme leicht zugänglich sind und zu raschen und fairen Ergebnissen führen. Zudem sollte die Möglichkeit **einer außergerichtlichen** Beilegung von Streitigkeiten, einschließlich solcher Streitigkeiten, die über die internen Beschwerdemanagementsysteme nicht zufriedenstellend beigelegt werden konnten, durch zertifizierte Stellen **vorgesehen werden**, die über die erforderliche Unabhängigkeit sowie die nötigen Mittel und Fachkenntnisse verfügen, ihre Tätigkeiten auf faire, rasche und kosteneffiziente Weise durchzuführen. Die so geschaffenen Möglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidungen von Online-Plattformen sollten die Möglichkeit des gerichtlichen Rechtsbehelfs im Einklang mit den Rechtsvorschriften des betreffenden Mitgliedstaats ergänzen, doch in jeder Hinsicht unberührt lassen.

(44) Die Nutzer sollten in der Lage sein, bestimmte Entscheidungen von Online-Plattformen, die sich negativ auf sie auswirken, einfach und wirksam anzufechten. **Hierzu sollten auch Entscheidungen von Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmern ermöglichen, zur Aufhebung der Bestimmungen ihrer Dienste für Unternehmer gehören.** Die Online-Plattformen sollten daher verpflichtet werden, interne Beschwerdemanagementsysteme einzurichten, die bestimmte Bedingungen erfüllen, um sicherzustellen, dass diese Systeme leicht zugänglich sind und zu raschen, **diskriminierungsfreien, nicht willkürlichen** und fairen Ergebnissen **innerhalb von zehn Arbeitstagen ab dem Datum, an dem die Beschwerde bei der Online-Plattform eingegangen ist**, führen. Zudem sollte die Möglichkeit **vorgesehen werden, nach Treu und Glauben eine außergerichtliche** Beilegung von Streitigkeiten, einschließlich solcher Streitigkeiten, die über die internen Beschwerdemanagementsysteme nicht zufriedenstellend beigelegt werden konnten, durch zertifizierte Stellen **einzuleiten**, die über die erforderliche Unabhängigkeit sowie die nötigen Mittel und Fachkenntnisse verfügen, ihre Tätigkeiten auf faire, rasche und kosteneffiziente Weise **und innerhalb eines angemessenen Zeitraums** durchzuführen. Die so geschaffenen Möglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidungen von Online-Plattformen sollten die Möglichkeit des gerichtlichen Rechtsbehelfs im Einklang mit den Rechtsvorschriften des betreffenden Mitgliedstaats ergänzen, doch in jeder Hinsicht unberührt lassen.

Änderungsantrag 50

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 46

Vorschlag der Kommission

(46) Abhilfe bei illegalen Inhalten kann schneller und zuverlässiger erfolgen, wenn Online-Plattformen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass von vertrauenswürdigen Hinweisgebern im Rahmen der in dieser Verordnung vorgeschriebenen Melde- und Abhilfemechanismen eingereichte Meldungen vorrangig bearbeitet werden, unbeschadet der Verpflichtung, sämtliche über diese Mechanismen eingereichte Meldungen **rasch, sorgfältig und** objektiv zu bearbeiten und Entscheidungen dazu zu treffen. Dieser Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers sollte nur an Stellen, nicht an Einzelpersonen, vergeben werden, die unter anderem nachgewiesen haben, dass sie über besondere Sachkenntnis und Kompetenz im Umgang mit illegalen Inhalten verfügen, dass sie kollektive Interessen vertreten **und** dass sie ihre Tätigkeit sorgfältig und objektiv durchführen. Es kann sich dabei um öffentliche Stellen handeln, bei terroristischen Inhalten etwa die Meldestellen für Internetinhalte der nationalen Strafverfolgungsbehörden oder der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), oder um Nichtregierungsorganisationen und halböffentliche Stellen, etwa Organisationen, die Teil des INHOPE-Meldestellennetzes zur Meldung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch sind, oder Organisationen für die Meldung illegaler rassistischer und fremdenfeindlicher Darstellungen im Internet. Bei Rechten des geistigen Eigentums könnten Branchenorganisationen und Organisationen von Rechtsinhabern den

Geänderter Text

(46) Abhilfe bei illegalen Inhalten kann schneller und zuverlässiger erfolgen, wenn Online-Plattformen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass von vertrauenswürdigen Hinweisgebern, **die innerhalb ihres ausgewiesenen Fachgebiets handeln**, im Rahmen der in dieser Verordnung vorgeschriebenen Melde- und Abhilfemechanismen eingereichte Meldungen vorrangig **und zügig** bearbeitet werden, **und zwar unter Berücksichtigung der ordnungsgemäßen Verfahren und** unbeschadet der Verpflichtung, sämtliche über diese Mechanismen eingereichte Meldungen objektiv zu bearbeiten und Entscheidungen dazu zu treffen. Dieser Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers sollte nur **für zwei Jahre** an Stellen, nicht an Einzelpersonen, vergeben werden, die unter anderem nachgewiesen haben, dass sie über besondere Sachkenntnis und Kompetenz im Umgang mit illegalen Inhalten verfügen, dass sie kollektive Interessen vertreten, dass sie ihre Tätigkeit sorgfältig und objektiv durchführen **und dass sie über eine transparente Finanzierungsstruktur verfügen. Der Koordinator für digitale Dienste sollte befugt sein, den Status zu erneuern, wenn der betreffende vertrauenswürdige Hinweisgeber weiterhin die Anforderungen dieser Verordnung erfüllt**. Es kann sich dabei um öffentliche Stellen handeln, bei terroristischen Inhalten etwa die Meldestellen für Internetinhalte der nationalen Strafverfolgungsbehörden oder der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), oder um Nichtregierungsorganisationen,

Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers erhalten, sofern sie nachgewiesen haben, dass sie die geltenden Bedingungen erfüllen. Die Vorschriften dieser Verordnung in Bezug auf vertrauenswürdige Hinweisgeber sollten nicht so ausgelegt werden, dass sie die Online-Plattformen daran hindern, Meldungen von Stellen oder Einzelpersonen ohne den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers im Sinne dieser Verordnung auf ähnliche Weise zu behandeln oder im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates⁴³, auf andere Art mit weiteren Stellen zusammenzuarbeiten.

Verbraucherorganisationen und halböffentliche Stellen, etwa Organisationen, die Teil des INHOPE-Meldestellennetzes zur Meldung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch sind, oder Organisationen für die Meldung illegaler rassistischer und fremdenfeindlicher Darstellungen im Internet. **Vertrauenswürdige Hinweisgeber sollten leicht verständliche und ausführliche Berichte über gemäß Artikel 14 erfolgte Meldungen veröffentlichen. In diesen Berichten sollten Informationen wie nach Einrichtung des Hosting-Diensteanbieters geordnete Meldungen, die Art der gemeldeten Inhalte, die Rechtsvorschriften, gegen die der betreffende Inhalt mutmaßlich verstößt, und die vom Anbieter ergriffenen Maßnahmen genannt werden. Außerdem sollten die Berichte Informationen über etwaige potenzielle Interessenkonflikte und Finanzierungsquellen sowie das von dem vertrauenswürdigen Hinweisgeber verwendete Verfahren zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit umfassen.** Bei Rechten des geistigen Eigentums könnten Branchenorganisationen und Organisationen von Rechteinhabern den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers erhalten, sofern sie nachgewiesen haben, dass sie die geltenden Bedingungen erfüllen **und die Ausnahmen und Beschränkungen in Bezug auf die Rechte des geistigen Eigentums achten.** Die Vorschriften dieser Verordnung in Bezug auf vertrauenswürdige Hinweisgeber sollten nicht so ausgelegt werden, dass sie die Online-Plattformen daran hindern, Meldungen von Stellen oder Einzelpersonen ohne den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers im Sinne dieser Verordnung auf ähnliche Weise zu behandeln oder im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen

Parlaments und des Rates⁴³, auf andere Art mit weiteren Stellen zusammenzuarbeiten. ***Damit der Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers nicht missbräuchlich verwendet wird, sollte es möglich sein, diesen Status aufzuheben, wenn ein Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort aus rechtmäßigen Gründen eine Untersuchung eingeleitet hat. Die Aufhebung sollte nur so lange dauern wie die Zeit, die für die Durchführung der Untersuchung erforderlich ist, und sollte beibehalten werden, wenn der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort zu dem Schluss gekommen ist, dass die betreffende Einrichtung weiterhin als vertrauenswürdiger Hinweisgeber erachtet werden könnte.***

⁴³ Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).

⁴³ Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).

Änderungsantrag 51

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 46 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(46a) Die strikte Anwendung des universellen Designs auf alle neuen Technologien und Dienstleistungen sollte den vollen, gleichberechtigten und uneingeschränkten Zugang für alle potenziellen Verbraucher, einschließlich Menschen mit Behinderungen, in einer Form sicherstellen, die die ihnen

innewohnende Würde und Vielfalt vollständig berücksichtigt. Es ist unbedingt dafür Sorge zu tragen, dass Anbieter von Online-Plattformen, die in der Union Dienstleistungen anbieten, diese Dienstleistungen im Einklang mit den Bestimmungen zur Barrierefreiheit gemäß der Richtlinie (EU) 2019/882 gestalten und erbringen. Insbesondere sollten die Anbieter von Online-Plattformen dafür sorgen, dass bereitgestellte Informationen, bereitgestellte Formulare und angewandte Maßnahmen so zur Verfügung gestellt werden, dass sie leicht auffindbar, leicht verständlich und für Menschen mit Behinderungen barrierefrei zugänglich sind.

Änderungsantrag 52

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 47

Vorschlag der Kommission

(47) Der Missbrauch von Diensten von Online-Plattformen durch die häufige Bereitstellung **von offensichtlich illegalen Inhalten** oder die häufige Einreichung von offensichtlich unbegründeten Meldungen oder Beschwerden über die jeweiligen durch diese Verordnung eingerichteten Mechanismen und Systeme führt zu Vertrauensverlust und der Beeinträchtigung der Rechte und berechtigten Interessen der betroffenen Parteien. Daher ist es erforderlich, angemessene und **verhältnismäßige** Vorkehrungen zum Schutz vor solchem Missbrauch einzurichten. Inhalte **sollten als** offensichtlich illegal **und** Meldungen oder Beschwerden als offensichtlich unbegründet gelten, wenn es für einen Laien ohne inhaltliche Analyse klar ersichtlich ist, dass die Inhalte illegal bzw. die Meldungen oder Beschwerden unbegründet sind. Unter bestimmten

Geänderter Text

(47) Der Missbrauch von Diensten von Online-Plattformen durch die häufige Bereitstellung **illegaler Inhalte** oder die häufige Einreichung von offensichtlich unbegründeten Meldungen oder Beschwerden über die jeweiligen durch diese Verordnung eingerichteten Mechanismen und Systeme führt zu Vertrauensverlust und der Beeinträchtigung der Rechte und berechtigten Interessen der betroffenen Parteien. Daher ist es erforderlich, angemessene, **verhältnismäßige** und **wirksame** Vorkehrungen zum Schutz vor solchem Missbrauch einzurichten. **Der Missbrauch der Dienstleistungen von Online-Plattformen könnte in Bezug auf häufig bereitgestellte illegale Inhalte festgestellt werden, wenn offensichtlich ist, dass diese Inhalte illegal sind, ohne dass eine eingehende Rechts- oder Sachprüfung vorgenommen wird.**

Bedingungen sollten Online-Plattformen ihre einschlägigen Dienste für die an missbräuchlichem Verhalten beteiligte Person vorübergehend **aussetzen**. Die Freiheit der Online-Plattformen, ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen festzulegen und strengere Maßnahmen im Falle **offensichtlich** illegaler Inhalte im Zusammenhang mit schweren Straftaten zu ergreifen, bleibt hiervon unberührt. Aus Transparenzgründen sollte diese Möglichkeit klar und hinreichend präzise in den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Online-Plattformen festgelegt werden. Bei den Entscheidungen der Online-Plattformen diesbezüglich sollten stets Rechtsbehelfe möglich sein und sie sollten der Aufsicht durch den zuständigen Koordinator für digitale Dienste unterliegen. Die Vorschriften dieser Verordnung über Missbrauch sollten Online-Plattformen nicht daran hindern, andere Maßnahmen zu ergreifen, um im Einklang mit dem geltenden Unionsrecht und dem geltenden nationalen Recht gegen die Bereitstellung illegaler Inhalte oder den sonstigen Missbrauch ihrer Dienste durch die Nutzer vorzugehen. Diese Vorschriften lassen jegliche im Unionsrecht oder im nationalen Recht vorgesehenen Möglichkeiten unberührt, die am Missbrauch beteiligten Personen haftbar zu machen, einschließlich für Schadensersatz.

Meldungen oder Beschwerden **sollten** als offensichtlich unbegründet gelten, wenn es für einen Laien ohne inhaltliche Analyse klar ersichtlich ist, dass die Inhalte illegal bzw. die Meldungen oder Beschwerden unbegründet sind. Unter bestimmten Bedingungen sollten Online-Plattformen **dazu befugt sein**, ihre einschlägigen Dienste für die an missbräuchlichem Verhalten beteiligte Person vorübergehend **oder, in wenigen Situationen, dauerhaft auszusetzen**. Die Freiheit der Online-Plattformen, ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen festzulegen und strengere Maßnahmen im Falle illegaler Inhalte im Zusammenhang mit schweren Straftaten zu ergreifen bleibt hiervon unberührt. Aus Transparenzgründen sollte diese Möglichkeit klar und hinreichend präzise in den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Online-Plattformen festgelegt werden. Bei den Entscheidungen der Online-Plattformen diesbezüglich sollten stets Rechtsbehelfe möglich sein und sie sollten der Aufsicht durch den zuständigen Koordinator für digitale Dienste unterliegen. Die Vorschriften dieser Verordnung über Missbrauch sollten Online-Plattformen nicht daran hindern, andere Maßnahmen zu ergreifen, um im Einklang mit dem geltenden Unionsrecht und dem geltenden nationalen Recht gegen die Bereitstellung illegaler Inhalte oder den sonstigen Missbrauch ihrer Dienste durch die Nutzer vorzugehen. Diese Vorschriften lassen jegliche im Unionsrecht oder im nationalen Recht vorgesehenen Möglichkeiten unberührt, die am Missbrauch beteiligten Personen haftbar zu machen, einschließlich für Schadensersatz.

Änderungsantrag 53

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 48

(48) *Eine Online-Plattform könnte in bestimmten Fällen, etwa über eine Meldung durch eine meldende Partei oder durch ihre eigenen freiwilligen Maßnahmen, Kenntnis von Informationen über bestimmte Tätigkeiten eines Nutzers erhalten, etwa die Bereitstellung bestimmter Arten illegaler Inhalte, die unter Berücksichtigung aller relevanten Umstände, von der eine Online-Plattform Kenntnis hat, den Verdacht angemessen rechtfertigen, dass der Nutzer eine schwere Straftat begangen hat, begeht oder vermutlich begehen wird, die das Leben oder die Sicherheit von Personen in Gefahr bringt, wie eine der in der Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates¹ genannten Straftaten. In solchen Fällen sollte die Online-Plattform die zuständigen Strafverfolgungsbehörden unverzüglich über einen solchen Verdacht informieren und ihnen alle einschlägigen ihr verfügbaren Informationen übermitteln, gegebenenfalls auch die jeweiligen Inhalte und eine Erläuterung ihres Verdachts. Diese Verordnung bildet keine Rechtsgrundlage für die Erstellung von Profilen von Nutzern für eine mögliche Feststellung von Straftaten durch Online-Plattformen. Online-Plattformen sollten auch andere anwendbare Vorschriften des EU-Rechts oder des nationalen Rechts zum Schutz der Rechte und Freiheiten von Einzelpersonen beachten, wenn sie die Strafverfolgungsbehörden informieren.*

entfällt

1 Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie sowie zur

Änderungsantrag 54

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 49

Vorschlag der Kommission

(49) Um zu einem sicheren, vertrauenswürdigen und transparenten Online-Umfeld für Verbraucher sowie für andere Beteiligte, etwa konkurrierende Unternehmer oder Inhaber von Rechten des geistigen Eigentums, beizutragen und Unternehmer vom Verkauf von Produkten und Dienstleistungen unter Verstoß gegen die geltenden Vorschriften abzuhalten, sollten Online-Plattformen, auf denen Verbraucher Fernabsatzverträge mit Unternehmern abschließen können, **sicherstellen, dass diese Unternehmer nachverfolgt werden können.** Der Unternehmer sollte daher verpflichtet sein, der Online-Plattform **bestimmte grundlegende Informationen zur Verfügung zu stellen, auch um für Produkte zu werben oder sie anzubieten.** Diese Anforderung sollte auch für Unternehmer gelten, die auf der Grundlage **entsprechender** Vereinbarungen im Namen von Marken für Produkte werben oder diese anbieten. Diese Online-Plattformen sollten sämtliche Informationen für einen angemessenen Zeitraum, der nicht über das erforderliche Maß hinausgeht, sicher speichern, damit diese im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich des Rechts auf Schutz personenbezogener Daten, von Behörden und privaten Parteien mit einem berechtigten Interesse eingesehen werden können, auch aufgrund von in dieser Verordnung genannten Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen.

Geänderter Text

(49) Um zu einem sicheren, vertrauenswürdigen und transparenten Online-Umfeld für Verbraucher sowie für andere Beteiligte, etwa konkurrierende Unternehmer oder Inhaber von Rechten des geistigen Eigentums, beizutragen und Unternehmer vom Verkauf von Produkten und Dienstleistungen unter Verstoß gegen die geltenden Vorschriften abzuhalten, sollten Online-Plattformen, auf denen Verbraucher Fernabsatzverträge mit Unternehmern abschließen können, **zusätzliche Informationen über die Unternehmer und die Produkte und Dienstleistungen, die sie auf der Plattform anbieten möchten, einholen.** Die Online-Plattform sollte daher verpflichtet sein, **Informationen über den Namen, die Telefonnummer und die E-Mail des Wirtschaftsteilnehmers und die Art des Produkts oder der Dienstleistung, die der Unternehmer auf der Online-Plattform anbieten möchte, einzuholen.** **Bevor der Betreiber der Online-Plattform dem Unternehmer seine Dienste anbietet, sollte er nach Kräften bewerten, ob die von dem Unternehmer bereitgestellten Informationen zuverlässig sind. Darüber hinaus sollte die Plattform angemessene Maßnahmen ergreifen, z. B. gegebenenfalls stichprobenartige Kontrollen, um illegale Inhalte zu identifizieren und zu verhindern, dass sie auf ihrer Schnittstelle erscheinen.** **Die Erfüllung der Verpflichtungen zur Rückverfolgbarkeit der Unternehmer, Produkte und Dienstleistungen sollte es Plattformen, auf denen Verbraucher**

*Fernabsatzverträge abschließen können, erleichtern, die in der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegte Verpflichtung zur Information der Verbraucher über die Identität ihres Vertragspartners sowie die in der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 festgelegten Verpflichtungen in Bezug auf den Mitgliedstaat, in dem Verbraucher ihre Verbraucherrechte geltend machen können, einzuhalten. Die Anforderung, grundlegende Informationen zur Verfügung zu stellen, sollte auch für Unternehmer gelten, die auf der Grundlage zugrunde liegender Vereinbarungen im Namen von Marken für Produkte werben oder diese anbieten. Diese Online-Plattformen sollten sämtliche Informationen für einen angemessenen Zeitraum, der nicht über das erforderliche Maß hinausgeht, **und nicht länger als sechs Monate nach der Beendigung des Verhältnisses mit dem Unternehmer** sicher speichern, damit diese im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich des Rechts auf Schutz personenbezogener Daten, von Behörden und privaten Parteien mit einem **unmittelbaren** berechtigten Interesse eingesehen werden können, auch aufgrund von in dieser Verordnung genannten Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen.*

Änderungsantrag 55

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 50

Vorschlag der Kommission

(50) Um eine effiziente und angemessene Anwendung dieser Verpflichtung sicherzustellen, ohne unverhältnismäßige Belastungen aufzuerlegen, sollten die erfassten Online-Plattformen angemessene Bemühungen um die **Überprüfung** der Zuverlässigkeit der

Geänderter Text

(50) Um eine effiziente und angemessene Anwendung dieser Verpflichtung sicherzustellen, ohne unverhältnismäßige Belastungen aufzuerlegen, sollten die erfassten Online-Plattformen, **bevor sie die Anzeige des Produkts oder der Dienstleistungen auf**

von den betreffenden Unternehmern bereitgestellten Informationen unternehmen, insbesondere durch die Nutzung frei zugänglicher amtlicher Online-Datenbanken oder Online-Schnittstellen, etwa nationaler Handelsregister und des Mehrwertsteuer-Informationsaustauschsystems⁴⁵, oder indem sie die betreffenden Unternehmer auffordern, belastbare Unterlagen als Nachweise vorzulegen, etwa Kopien von Identitätsdokumenten, zertifizierte Bankauszüge, Unternehmenszertifikate oder Auszüge aus dem Handelsregister. Sie können für die Einhaltung dieser Verpflichtung auch auf andere für die Nutzung auf Distanz verfügbare Quellen zurückgreifen, die vergleichbare Zuverlässigkeit bieten. Die erfassten Online-Plattformen sollten jedoch nicht verpflichtet werden, übermäßige oder kostspielige Nachforschungen im Internet anzustellen oder Kontrollen vor Ort durchzuführen. Auch sollte nicht davon ausgegangen werden, dass Online-Plattformen, die bereits *angemessene* Bemühungen gemäß dieser Verordnung unternommen haben, die Zuverlässigkeit der Informationen gegenüber Verbrauchern oder anderen Beteiligten gewährleisten. Solche Online-Plattformen sollten ihre Online-Schnittstelle zudem so gestalten und aufbauen, dass Unternehmer ihren Verpflichtungen gemäß dem EU-Recht nachkommen können, insbesondere den Anforderungen gemäß Artikel 6 und 8 der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁶, Artikel 7 der Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁷ und Artikel 3 der Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁸.

45

https://ec.europa.eu/taxation_customs/vies/

ihrer Online-Schnittstelle erlauben, angemessene Bemühungen um die **Bewertung** der Zuverlässigkeit der von den betreffenden Unternehmern bereitgestellten Informationen unternehmen, insbesondere durch die Nutzung frei zugänglicher amtlicher Online-Datenbanken oder Online-Schnittstellen, etwa nationaler Handelsregister und des Mehrwertsteuer-Informationsaustauschsystems⁴⁵, oder indem sie die betreffenden Unternehmer auffordern, belastbare Unterlagen als Nachweise vorzulegen, etwa Kopien von Identitätsdokumenten, zertifizierte Bankauszüge, Unternehmenszertifikate oder Auszüge aus dem Handelsregister. Sie können für die Einhaltung dieser Verpflichtung auch auf andere für die Nutzung auf Distanz verfügbare Quellen zurückgreifen, die vergleichbare Zuverlässigkeit bieten. Die erfassten Online-Plattformen sollten jedoch nicht verpflichtet werden, übermäßige oder kostspielige Nachforschungen im Internet anzustellen oder Kontrollen vor Ort durchzuführen. Auch sollte nicht davon ausgegangen werden, dass Online-Plattformen, die bereits *möglichst umfassende* Bemühungen gemäß dieser Verordnung unternommen haben, die Zuverlässigkeit der Informationen gegenüber Verbrauchern oder anderen Beteiligten gewährleisten. Solche Online-Plattformen sollten ihre Online-Schnittstelle zudem so **benutzerfreundlich** gestalten und aufbauen, dass Unternehmer ihren Verpflichtungen gemäß dem EU-Recht nachkommen können, insbesondere den Anforderungen gemäß Artikel 6 und 8 der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁶, Artikel 7 der Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁷ und Artikel 3 der Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁸.

45

https://ec.europa.eu/taxation_customs/vies/

vieshome.do?locale=de

⁴⁶ Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

⁴⁷ Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken).

⁴⁸ Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 über den Schutz der Verbraucher bei der Angabe der Preise der ihnen angebotenen Erzeugnisse.

Änderungsantrag 56

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 50 a (neu)

Vorschlag der Kommission

vieshome.do?locale=de

⁴⁶ Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

⁴⁷ Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken).

⁴⁸ Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 über den Schutz der Verbraucher bei der Angabe der Preise der ihnen angebotenen Erzeugnisse.

Geänderter Text

(50a) Online-Plattformen, auf denen Verbraucher Fernabsatzverträge mit Unternehmen abschließen können, sollten nachweisen, dass sie nach Kräften die Verbreitung von Unternehmen verhindern, die mit illegalen Produkten und Dienstleistungen handeln, was im Einklang mit dem Grundsatz steht, wonach keine allgemeine Verpflichtung

zur Überwachung vorgesehen ist. Die betroffenen Online-Plattformen sollten die Nutzer informieren, wenn die Dienstleistung oder das Produkt, die bzw. das sie über ihre Dienste erworben haben, illegal ist.

Änderungsantrag 57

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 52

Vorschlag der Kommission

(52) Online-Werbung spielt im Online-Umfeld eine wichtige Rolle, auch bei der Erbringung von Diensten von Online-Plattformen. Werbung im Internet kann jedoch erhebliche Risiken bergen – von Werbung, die selbst illegale Inhalte aufweist, bis hin zu Beiträgen zu finanziellen Anreizen für die Veröffentlichung oder Verstärkung illegaler oder anderweitig schädlicher Internetinhalte und entsprechender Tätigkeiten oder einer diskriminierenden Darstellung von Werbung, die der Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Bürger zuwiderläuft. Neben den Anforderungen aus Artikel 6 der Richtlinie 2000/31/EG sollten Online-Plattformen daher verpflichtet werden sicherzustellen, dass die Nutzer bestimmte individuelle Informationen darüber **erhalten**, wann und in wessen Auftrag die Werbung angezeigt wird. Zudem sollten die Nutzer Informationen darüber erhalten, anhand welcher Hauptparameter bestimmt wird, welche Werbung ihnen angezeigt wird, wobei aussagekräftige Erläuterungen zur zugrunde liegenden Logik bereitgestellt werden sollten, einschließlich der Angabe, wann Profiling genutzt wird. Die Anforderungen dieser Verordnung an die Bereitstellung von Informationen in Bezug auf Werbung gelten unbeschadet der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Verordnung

Geänderter Text

(52) Online-Werbung spielt im Online-Umfeld eine wichtige Rolle, auch bei der Erbringung von Diensten von Online-Plattformen. Werbung im Internet kann jedoch erhebliche Risiken bergen – von Werbung, die selbst illegale Inhalte aufweist, bis hin zu Beiträgen zu finanziellen Anreizen für die Veröffentlichung oder Verstärkung illegaler oder anderweitig schädlicher Internetinhalte und entsprechender Tätigkeiten oder einer diskriminierenden Darstellung von Werbung, die der Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Bürger zuwiderläuft. **Neue Werbemodelle haben Veränderungen im Hinblick auf die Art und Weise, wie Informationen präsentiert werden, mit sich gebracht und neue Muster der Erhebung personenbezogener Daten sowie neue Geschäftsmodelle entstehen lassen, die sich auf die Privatsphäre, die persönliche Autonomie, die Demokratie und die hochwertige Berichterstattung auswirken könnten und Manipulation und Diskriminierung ermöglichen. Daher sind größere Transparenz auf Online-Werbemärkten sowie unabhängige Forschung erforderlich, um die Wirksamkeit von verhaltensorientierter Werbung zu bewerten.** Neben den Anforderungen aus Artikel 6 der Richtlinie 2000/31/EG sollten Online-Plattformen daher verpflichtet werden

(EU) 2016/679, insbesondere was das Widerspruchsrecht und die automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall betrifft, einschließlich des Profiling und insbesondere der Notwendigkeit, vor der Verarbeitung personenbezogener Daten für gezielte Werbung die Einwilligung der betroffenen Person einzuholen. Zudem gilt sie unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie 2002/58/EG, insbesondere in Bezug auf die Speicherung von Informationen auf Endgeräten und den Zugang zu dort gespeicherten Informationen.

sicherzustellen, dass die Nutzer bestimmte individuelle Informationen darüber, wann und in wessen Auftrag die Werbung angezeigt wird, **wie auch über die natürliche oder juristische Person, die die Werbung finanziert, erhalten.** Zudem sollten die Nutzer **einfachen Zugang zu** Informationen darüber erhalten, anhand welcher Hauptparameter bestimmt wird, welche Werbung ihnen angezeigt wird, wobei aussagekräftige Erläuterungen zur zugrunde liegenden Logik bereitgestellt werden sollten, einschließlich der Angabe, wann Profiling genutzt wird. Die Anforderungen dieser Verordnung an die Bereitstellung von Informationen in Bezug auf Werbung gelten unbeschadet der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679, insbesondere was das Widerspruchsrecht und die automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall betrifft, einschließlich des Profiling und insbesondere der Notwendigkeit, vor der Verarbeitung personenbezogener Daten für gezielte Werbung die Einwilligung der betroffenen Person einzuholen. Zudem gilt sie unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie 2002/58/EG, insbesondere in Bezug auf die Speicherung von Informationen auf Endgeräten und den Zugang zu dort gespeicherten Informationen. **Zusätzlich zu diesen Informationsverpflichtungen sollten Online-Plattformen dafür sorgen, dass Nutzer ihre Einwilligung zu Zwecken gezielter Werbung gemäß der Verordnung (EU) 2016/679 in einer Art und Weise verweigern oder widerrufen können, die nicht schwieriger oder zeitaufwändiger ist als die Einwilligung. Online-Plattformen sollten außerdem keine personenbezogenen Daten zu gewerblichen Zwecken im Zusammenhang mit Direktwerbung, Profiling und auf das Nutzungsverhalten Minderjähriger abgestimmter Werbung nutzen. Die Online-Plattform sollte nicht verpflichtet sein, zusätzliche**

Informationen zu behalten, zu erlangen oder zu verarbeiten, um das Alter des Nutzers zu bewerten.

Änderungsantrag 58

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 52 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(52a) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten einer digitalen Plattform ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der digitalen Schnittstelle dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Verhaltensweisen im Internet. Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer verstehen können, wie sich Empfehlungssysteme auf die Art und Weise auswirken, wie Informationen angezeigt werden, und die Darbietung von Informationen beeinflussen können. Sie sollten die Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, damit die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden.

Änderungsantrag 59

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 53

Vorschlag der Kommission

(53) Da sehr große Online-Plattformen aufgrund ihrer Reichweite – insbesondere der Zahl der Nutzer – als Plattform für öffentliche Debatten, Wirtschaftstransaktionen und die Verbreitung von Informationen, Meinungen und Ideen sowie bei der Beeinflussung der Informationsbeschaffung und -übermittlung im Internet eine bedeutende Rolle spielen, ist es notwendig, diesen Plattformen neben den für alle Online-Plattformen geltenden Pflichten besondere Pflichten aufzuerlegen. Diese zusätzlichen Pflichten sehr großer Online-Plattformen sind erforderlich, um diesen ordnungspolitischen Bedenken Rechnung zu tragen, da sich durch alternative, weniger restriktive Maßnahmen nicht dieselben Ergebnisse erzielen lassen.

Geänderter Text

(53) Da sehr große Online-Plattformen aufgrund ihrer Reichweite – insbesondere der Zahl der Nutzer – als Plattform für öffentliche Debatten, Wirtschaftstransaktionen und die Verbreitung von Informationen, Meinungen und Ideen sowie bei der Beeinflussung der Informationsbeschaffung und -übermittlung im Internet eine bedeutende Rolle spielen, ist es notwendig, diesen Plattformen neben den für alle Online-Plattformen geltenden Pflichten besondere Pflichten aufzuerlegen. Diese zusätzlichen Pflichten sehr großer Online-Plattformen sind erforderlich, um diesen ordnungspolitischen Bedenken Rechnung zu tragen, da sich durch **verhältnismäßige** alternative, weniger restriktive Maßnahmen nicht dieselben Ergebnisse erzielen lassen.

Änderungsantrag 60

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 54

Vorschlag der Kommission

(54) Sehr große Online-Plattformen können gesellschaftliche Risiken nach sich ziehen, die sich hinsichtlich Umfang und Auswirkungen von denen kleinerer Plattformen unterscheiden. Sobald die Zahl der Nutzer einer Plattform in der Union einen erheblichen Bevölkerungsanteil erreicht, haben auch die mit der Plattform verbundenen systemischen Risiken in der Union unverhältnismäßige negative Auswirkungen. Von einer solchen erheblichen Reichweite sollte ausgegangen

Geänderter Text

(54) Sehr große Online-Plattformen können gesellschaftliche Risiken nach sich ziehen, die sich hinsichtlich Umfang und Auswirkungen von denen kleinerer Plattformen unterscheiden. Sobald die Zahl der Nutzer einer Plattform in der Union einen erheblichen Bevölkerungsanteil erreicht, haben auch die mit der Plattform verbundenen systemischen Risiken in der Union unverhältnismäßige negative Auswirkungen. Von einer solchen erheblichen Reichweite sollte ausgegangen

werden, wenn die Zahl der Nutzer eine operative Schwelle von 45 Millionen – 10 % der Bevölkerung in der EU – überschreitet. Die operative Schwelle sollte durch Änderungen im Wege delegierter Rechtsakte aktualisiert werden, soweit dies erforderlich ist. Solche sehr großen Online-Plattformen sollten daher höchsten Sorgfaltspflichten unterliegen, die in einem angemessenen Verhältnis zu ihren gesellschaftlichen Auswirkungen und Mitteln stehen.

werden, wenn die Zahl der Nutzer eine operative Schwelle von 45 Millionen – 10 % der Bevölkerung in der EU – überschreitet. Die operative Schwelle sollte durch Änderungen im Wege delegierter Rechtsakte aktualisiert werden, soweit dies erforderlich ist. Solche sehr großen Online-Plattformen sollten daher höchsten Sorgfaltspflichten unterliegen, die in einem angemessenen Verhältnis zu ihren gesellschaftlichen Auswirkungen und Mitteln stehen. ***Entsprechend sollte die Zahl der durchschnittlichen monatlichen Nutzer die Nutzer widerspiegeln, die von dem Dienst tatsächlich erreicht werden, sei es indem sie Inhalte ausgesetzt sind oder in dem entsprechenden Zeitraum auf der Schnittstelle der Plattformen Inhalte bereitstellen.***

Änderungsantrag 61

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 56

Vorschlag der Kommission

(56) Die Art und Weise, in der sehr große Online-Plattformen genutzt werden, hat großen Einfluss auf die Online-Sicherheit, die öffentliche Meinungsbildung und den öffentlichen Diskurs sowie den Online-Handel. Die Gestaltung der Dienste ist im Allgemeinen auf eine Optimierung ihres oft werbegestützten Geschäftsmodells ausgerichtet und kann Anlass zu gesellschaftlichen Bedenken geben. Besteht keine wirksame Regulierung und Durchsetzung, können die Plattformen die Spielregeln bestimmen, ohne dass dabei die mit ihnen verbundenen Risiken und der dadurch möglicherweise entstehende gesellschaftliche und wirtschaftliche Schaden wirksam ermittelt und gemindert werden kann. Im Rahmen dieser Verordnung sollten sehr große Online-Plattformen daher prüfen, welche

Geänderter Text

(56) Die Art und Weise, in der sehr große Online-Plattformen genutzt werden, hat großen Einfluss auf die Online-Sicherheit, die öffentliche Meinungsbildung und den öffentlichen Diskurs sowie den Online-Handel. Die Gestaltung der Dienste ist im Allgemeinen auf eine Optimierung ihres oft werbegestützten Geschäftsmodells ausgerichtet und kann Anlass zu gesellschaftlichen Bedenken geben. Besteht keine wirksame Regulierung und Durchsetzung, können die Plattformen die Spielregeln bestimmen, ohne dass dabei die mit ihnen verbundenen Risiken und der dadurch möglicherweise entstehende gesellschaftliche und wirtschaftliche Schaden wirksam ermittelt und gemindert werden kann. Im Rahmen dieser Verordnung sollten sehr große Online-Plattformen daher prüfen, welche

systemischen Risiken mit der Funktionsweise und Nutzung ihres Dienstes sowie mit einem möglichen Missbrauch durch die Nutzer verbunden sind, und angemessene Gegenmaßnahmen treffen.

systemischen Risiken mit der Funktionsweise und Nutzung ihres Dienstes sowie mit einem möglichen Missbrauch durch die Nutzer verbunden sind, und angemessene Gegenmaßnahmen treffen, ***sofern diese Gegenmaßnahmen ohne Beeinträchtigung der Grundrechte ergriffen werden können.***

Änderungsantrag 62

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 57

Vorschlag der Kommission

(57) Dabei sollten **drei** Kategorien systemischer Risiken eingehend geprüft werden. Eine erste Kategorie betrifft die Risiken, die durch einen Missbrauch ihres Dienstes durch Verbreitung illegaler Inhalte entstehen können, darunter die Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch oder von illegaler Hetze sowie illegale Tätigkeiten wie ein nach EU- oder nationalem Recht untersagter Verkauf von Waren oder Dienstleistungen, wie z. B. nachgeahmter Güter. Unbeschadet der persönlichen Verantwortung der Nutzer von sehr großen Online-Plattformen für die mögliche Rechtswidrigkeit ihrer Tätigkeit nach geltendem Recht können eine solche Verbreitung oder solche Tätigkeiten z. B. dann ein erhebliches systemisches Risiko darstellen, wenn der Zugang zu diesen Inhalten durch Konten mit einer besonders großen Reichweite verstärkt werden kann. Eine zweite Kategorie betrifft die Auswirkungen des Dienstes auf die Ausübung der durch die Charta der Grundrechte geschützten Grundrechte, einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit, des Rechts auf Achtung des Privatlebens, des Rechts auf Nichtdiskriminierung und der Rechte des Kindes. Diese Risiken können

Geänderter Text

(57) Dabei sollten **vier** Kategorien systemischer Risiken eingehend geprüft werden. Eine erste Kategorie betrifft die Risiken, die durch einen Missbrauch ihres Dienstes durch Verbreitung **und Verstärkung** illegaler Inhalte entstehen können, darunter die Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch oder von illegaler Hetze sowie illegale Tätigkeiten wie ein nach EU- oder nationalem Recht untersagter Verkauf von Waren oder Dienstleistungen, wie z. B. **gefährlicher und** nachgeahmter Güter **und illegal gehandelter Tiere**. Unbeschadet der persönlichen Verantwortung der Nutzer von sehr großen Online-Plattformen für die mögliche Rechtswidrigkeit ihrer Tätigkeit nach geltendem Recht können eine solche Verbreitung oder solche Tätigkeiten z. B. dann ein erhebliches systemisches Risiko darstellen, wenn der Zugang zu diesen Inhalten durch Konten mit einer besonders großen Reichweite verstärkt werden kann. Eine zweite Kategorie betrifft die **tatsächlichen und vorhersehbaren** Auswirkungen des Dienstes auf die Ausübung der durch die Charta der Grundrechte geschützten Grundrechte, einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit, **der Pressefreiheit, der Menschenwürde**, des Rechts auf

beispielsweise auf die Gestaltung der Algorithmensysteme sehr großer Online-Plattformen oder auf den Missbrauch ihres Dienstes für die Übermittlung missbräuchlicher Nachrichten oder auf andere Methoden zur Verhinderung der freien Meinungsäußerung oder zur Behinderung des Wettbewerbs zurückzuführen sein. Eine dritte Kategorie von Risiken betrifft die absichtliche und oftmals auch koordinierte Manipulation des Dienstes der Plattform, die absehbare Auswirkungen auf **Gesundheit**, den gesellschaftlichen Diskurs, Wahlprozesse, die öffentliche Sicherheit und den Schutz Minderjähriger haben kann, sodass es erforderlich ist, die öffentliche Ordnung und die Privatsphäre zu schützen und betrügerische und irreführende Handelspraktiken zu bekämpfen. Solche Risiken können beispielsweise auf die Einrichtung von Scheinkonten, die Nutzung von Bots und anderen automatisierten oder teilautomatisierten Verhaltensweisen zurückzuführen sein, die zu einer schnellen und umfangreichen Verbreitung von Informationen führen können, die illegale Inhalte darstellen oder mit den Geschäftsbedingungen einer Online-Plattform unvereinbar sind.

Achtung des Privatlebens, des Rechts auf **Gleichstellung der Geschlechter**, des **Rechts auf** Nichtdiskriminierung und der Rechte des Kindes. Diese Risiken können beispielsweise auf die Gestaltung der Algorithmensysteme sehr großer Online-Plattformen oder auf den Missbrauch ihres Dienstes für die Übermittlung missbräuchlicher Nachrichten oder auf andere Methoden zur Verhinderung der freien Meinungsäußerung oder zur Behinderung des Wettbewerbs zurückzuführen sein. Eine dritte Kategorie von Risiken betrifft die absichtliche und oftmals auch koordinierte Manipulation des Dienstes der Plattform, die absehbare Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Diskurs, Wahlprozesse, die öffentliche Sicherheit und den Schutz Minderjähriger haben kann, sodass es erforderlich ist, die öffentliche Ordnung und die Privatsphäre zu schützen und betrügerische und irreführende Handelspraktiken zu bekämpfen. Solche Risiken können beispielsweise auf die Einrichtung von Scheinkonten, die Nutzung von Bots und anderen automatisierten oder teilautomatisierten Verhaltensweisen zurückzuführen sein, die zu einer schnellen und umfangreichen Verbreitung von Informationen führen können, die illegale Inhalte darstellen oder mit den Geschäftsbedingungen einer Online-Plattform unvereinbar sind. **Eine vierte Kategorie von Risiken betrifft etwaige tatsächliche und vorhersehbare nachteilige Auswirkungen auf den Schutz der öffentlichen Gesundheit, z. B. verhaltensbezogenes Suchtverhalten aufgrund der übermäßigen Nutzung eines Dienstes oder andere schwerwiegende nachteilige Auswirkungen auf das körperliche, geistige, soziale und finanzielle Wohlbefinden der Person.**

Änderungsantrag 63

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 58

Vorschlag der Kommission

(58) Sehr große Online-Plattformen sollten die erforderlichen Instrumente einsetzen, um die bei der Risikobewertung festgestellten systemischen Risiken sorgfältig zu mindern. Für diese Risikominderungsmaßnahmen sollten sehr große Online-Plattformen es beispielsweise in Betracht ziehen, die Gestaltung und Funktionsweise der Moderation von Inhalten, der algorithmischen Empfehlungssysteme und der Online-Schnittstellen zu verbessern oder anderweitig anzupassen, um der Verbreitung illegaler Inhalte entgegenzuwirken und sie einzuschränken, oder Anpassungen ihrer Entscheidungsverfahren oder ihrer Geschäftsbedingungen **vorzunehmen**. Dazu können auch Korrekturmaßnahmen zählen, wie z. B. die Beendigung von Werbeeinnahmen für bestimmte Inhalte, oder andere Maßnahmen wie eine Verbesserung der Sichtbarkeit verlässlicher Informationsquellen. Sehr große Online-Plattformen können ihre internen Verfahren oder die interne Überwachung ihrer Tätigkeiten verstärken, insbesondere um systemische Risiken zu ermitteln. Zudem können sie die Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern einleiten oder verstärken, Schulungsmaßnahmen und den Austausch mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern organisieren und mit anderen Anbietern zusammenarbeiten, etwa durch Einführung von Verhaltenskodizes oder anderen Selbstregulierungsmaßnahmen oder die Beteiligung an bestehenden einschlägigen Kodizes oder Maßnahmen. Alle Maßnahmen sollten mit den Sorgfaltspflichten aus dieser Verordnung im Einklang stehen, wirksam und angemessen zur Minderung der festgestellten spezifischen Risiken

Geänderter Text

(58) Sehr große Online-Plattformen sollten die erforderlichen Instrumente einsetzen, um die bei der Risikobewertung festgestellten systemischen Risiken sorgfältig zu mindern, **sofern diese Risiken ohne Beeinträchtigung der Grundrechte gemindert werden können**. Für diese Risikominderungsmaßnahmen sollten sehr große Online-Plattformen es beispielsweise in Betracht ziehen, die Gestaltung und Funktionsweise der Moderation von Inhalten, der algorithmischen Empfehlungssysteme und der Online-Schnittstellen zu verbessern oder anderweitig anzupassen, um der Verbreitung illegaler Inhalte **und von Inhalten, die nicht mit ihren Geschäftsbedingungen vereinbar sind**, entgegenzuwirken und sie einzuschränken. **Ferner sollten sie bei einer Fehlfunktion oder mutwilligen Manipulation und Ausbeutung des Dienstes oder bei für den geplanten Betrieb des Dienstes charakteristischen Risiken – etwa der Verstärkung von illegalen Inhalten, Inhalten, die gegen ihre Geschäftsbedingungen verstoßen, oder sonstigen Inhalten, die nachteilige Auswirkungen haben – Abhilfemaßnahmen in Erwägung ziehen, indem sie Anpassungen ihrer Entscheidungsverfahren oder ihrer Geschäftsbedingungen und Strategien zur Moderation von Inhalten und der Durchsetzung dieser Strategien vornehmen, wobei sie gegenüber den Nutzern uneingeschränkt transparent bleiben**. Dazu können auch Korrekturmaßnahmen zählen, wie z. B. die Beendigung von Werbeeinnahmen für bestimmte Inhalte, oder andere Maßnahmen wie eine Verbesserung der Sichtbarkeit verlässlicher Informationsquellen. Sehr große Online-

beitragen und der Wahrung der öffentlichen Ordnung, dem Schutz der Privatsphäre sowie der Bekämpfung betrügerischer und irreführender Handelspraktiken dienen; sie sollten zudem in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der sehr großen Online-Plattform stehen und der Notwendigkeit Rechnung tragen, unnötige Beschränkungen für die Nutzung ihrer Dienste zu vermeiden, wobei mögliche negative Auswirkungen auf die Grundrechte der Nutzer angemessen zu berücksichtigen sind.

Plattformen können ihre internen Verfahren oder die interne Überwachung ihrer Tätigkeiten verstärken, insbesondere um systemische Risiken zu ermitteln. Zudem können sie die Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern einleiten oder verstärken, Schulungsmaßnahmen und den Austausch mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern organisieren und mit anderen Anbietern zusammenarbeiten, etwa durch Einführung von Verhaltenskodizes oder anderen Selbstregulierungsmaßnahmen oder die Beteiligung an bestehenden einschlägigen Kodizes oder Maßnahmen. **Die sehr große Online-Plattform sollte selbst über die zu wählenden Maßnahmen entscheiden.** Alle Maßnahmen sollten mit den Sorgfaltspflichten aus dieser Verordnung im Einklang stehen, wirksam und angemessen zur Minderung der festgestellten spezifischen Risiken beitragen und der Wahrung der öffentlichen Ordnung, dem Schutz der Privatsphäre sowie der Bekämpfung betrügerischer und irreführender Handelspraktiken dienen; sie sollten zudem in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der sehr großen Online-Plattform stehen und der Notwendigkeit Rechnung tragen, unnötige Beschränkungen für die Nutzung ihrer Dienste zu vermeiden, wobei mögliche negative Auswirkungen auf die Grundrechte der Nutzer angemessen zu berücksichtigen sind. **Die Kommission sollte die Umsetzung und die Wirksamkeit der Abhilfemaßnahmen bewerten und Empfehlungen aussprechen, wenn die umgesetzten Maßnahmen für unzureichend oder unwirksam in Bezug auf die Bekämpfung des betreffenden systemischen Risikos erachtet werden.**

Änderungsantrag 64

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 59

Vorschlag der Kommission

(59) Soweit angemessen, sollten sehr große Online-Plattformen bei ihren Risikobewertungen und bei der Gestaltung ihrer Risikominderungsmaßnahmen Vertreterinnen und Vertreter der Nutzer **und der möglicherweise von ihren Diensten betroffenen Gruppen** sowie unabhängige Sachverständige und zivilgesellschaftliche Organisationen einbeziehen.

Änderungsantrag 65

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 60

Vorschlag der Kommission

(60) Da eine Überprüfung durch unabhängige Sachverständige notwendig ist, sollten sehr große Online-Plattformen einer Rechenschaftspflicht hinsichtlich der Einhaltung der Pflichten aus dieser Verordnung und gegebenenfalls **zusätzlicher** Verpflichtungszusagen im Rahmen von Verhaltenskodizes und Krisenprotokollen **unterliegen, was durch unabhängige Prüfungen sichergestellt** werden **sollte**. Sie sollten den Prüfern Zugang zu allen relevanten Daten gewähren, die für eine ordnungsgemäße Durchführung der Prüfung erforderlich sind. Zudem sollten die Prüfer andere objektive Informationsquellen nutzen können, wie z. B. Studien zugelassener Forscherinnen und Forscher. Die Prüfer sollten die Vertraulichkeit, Sicherheit und Integrität der Informationen sicherstellen, die sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten, einschließlich Geschäftsgeheimnissen, und über die erforderlichen Kenntnisse im Bereich des Risikomanagements sowie über die

Geänderter Text

(59) Soweit angemessen, sollten sehr große Online-Plattformen bei ihren Risikobewertungen und bei der Gestaltung ihrer Risikominderungsmaßnahmen Vertreterinnen und Vertreter der Nutzer sowie unabhängige Sachverständige und zivilgesellschaftliche Organisationen einbeziehen.

Geänderter Text

(60) Da eine Überprüfung durch unabhängige Sachverständige notwendig ist, sollten sehr große Online-Plattformen einer Rechenschaftspflicht hinsichtlich der Einhaltung der Pflichten aus dieser Verordnung **unterliegen, was durch externe unabhängige Prüfungen sichergestellt werden sollte. Bei diesen Prüfungen sollten insbesondere die Klarheit, Kohärenz und berechenbare Durchsetzung der Geschäftsbedingungen, die Vollständigkeit, das Vorgehen und die Konsistenz der Transparenzberichtspflichten, die Genauigkeit, Vorhersehbarkeit und Klarheit der Folgemaßnahmen des Anbieters für die Nutzer und die meldenden Personen hinsichtlich Meldungen über illegale Inhalte und Verstöße gegen die Geschäftsbedingungen, die Genauigkeit der Einstufung entfernter Informationen, das interne Verfahren für den Umgang mit Beschwerden, die Interaktion mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern und**

technische Kompetenz für die Prüfung von Algorithmen verfügen. Die Prüfer sollten unabhängig sein, damit sie ihre Aufgaben auf angemessene und vertrauenswürdige Weise wahrnehmen können. Ist ihre Unabhängigkeit nicht über jeden Zweifel erhaben, sollten sie ihre Funktion niederlegen oder auf den Prüfauftrag verzichten.

die Bewertung ihrer Genauigkeit, die Sorgfalt in Bezug auf die Prüfung der Nachverfolgbarkeit der Unternehmer, die Angemessenheit und Richtigkeit der Risikobewertung, die Angemessenheit und Wirksamkeit der getroffenen Risikominderungsmaßnahmen und gegebenenfalls zusätzliche Verpflichtungszusagen im Rahmen von Verhaltenskodizes und Krisenprotokollen **bewertet** werden. Sie sollten den **zugelassenen** Prüfern Zugang zu allen relevanten Daten gewähren, die für eine ordnungsgemäße Durchführung der Prüfung erforderlich sind. Zudem sollten die Prüfer andere objektive Informationsquellen nutzen können, wie z. B. Studien zugelassener Forscherinnen und Forscher. Die **zugelassenen** Prüfer sollten die Vertraulichkeit, Sicherheit und Integrität der Informationen sicherstellen, die sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten, einschließlich Geschäftsgeheimnissen, und über die erforderlichen Kenntnisse im Bereich des Risikomanagements sowie über die technische Kompetenz für die Prüfung von Algorithmen verfügen. **Diese Sicherstellung sollte kein Mittel sein, die Anwendbarkeit von für sehr große Online-Plattformen geltenden Prüfvorschriften dieser Verordnung zu umgehen.** Die Prüfer sollten **rechtlich und finanziell** unabhängig sein **und keine Interessenkonflikte mit der betreffenden sehr großen Online-Plattform und anderen sehr großen Online-Plattformen haben**, damit sie ihre Aufgaben auf angemessene und vertrauenswürdige Weise wahrnehmen können. **Darüber hinaus sollten die zugelassenen Prüfer und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den vergangenen zwölf Monaten vor der Prüfung keinerlei Dienste für die geprüfte sehr große Online-Plattform erbracht haben. Sie sollten sich außerdem verpflichten, für einen Zeitraum von zwölf Monaten nach Beendigung ihrer Tätigkeit für die Prüfstelle weder für die**

geprüfte sehr große Online-Plattform noch für einen Berufs- oder Wirtschaftsverband, dessen Mitglied die Plattform ist, tätig zu werden. Ist ihre Unabhängigkeit nicht über jeden Zweifel erhaben, sollten sie ihre Funktion niederlegen oder auf den Prüfauftrag verzichten.

Änderungsantrag 66

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 61

Vorschlag der Kommission

(61) Der Prüfbericht sollte begründet werden, um eine aussagekräftige Bilanz über die durchgeführten Tätigkeiten und die erzielten Schlussfolgerungen ziehen zu können. Er sollte Informationen darüber enthalten, welche Maßnahmen die sehr großen Online-Plattformen zur Erfüllung ihrer Pflichten im Rahmen dieser Verordnung getroffen haben, und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge für diese Maßnahmen aufführen. Der Bericht sollte dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und dem Gremium zusammen mit der Risikobewertung, den Risikominderungsmaßnahmen und den Plänen der Plattform zur Umsetzung der Empfehlungen aus der Prüfung unverzüglich übermittelt werden. Der Bericht sollte einen Bestätigungsvermerk enthalten, der auf den Schlussfolgerungen aus den Prüfbelegen beruht. Ein positiver Vermerk sollte erstellt werden, wenn alle Belege zeigen, dass die sehr große Online-Plattform die Pflichten aus dieser Verordnung oder die gegebenenfalls im Rahmen eines Verhaltenskodex oder Krisenprotokolls eingegangenen Verpflichtungszusagen erfüllt, insbesondere durch die Ermittlung, Bewertung und Minderung der mit ihrem System und ihren Diensten verbundenen

Geänderter Text

(61) Der Prüfbericht sollte begründet werden, um eine aussagekräftige Bilanz über die durchgeführten Tätigkeiten und die erzielten Schlussfolgerungen ziehen zu können. Er sollte Informationen darüber enthalten, welche Maßnahmen die sehr großen Online-Plattformen zur Erfüllung ihrer Pflichten im Rahmen dieser Verordnung getroffen haben, und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge für diese Maßnahmen aufführen. Der Bericht sollte dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und dem Gremium zusammen mit der Risikobewertung, den Risikominderungsmaßnahmen und den Plänen der Plattform zur Umsetzung der Empfehlungen aus der Prüfung unverzüglich übermittelt werden.
Gegebenenfalls sollte der Bericht eine Beschreibung spezifischer Elemente, die nicht geprüft werden konnten, sowie eine Erläuterung der Gründe, aus denen keine Prüfung stattfinden konnte, umfassen. Der Bericht sollte einen Bestätigungsvermerk enthalten, der auf den Schlussfolgerungen aus den Prüfbelegen beruht. Ein positiver Vermerk sollte erstellt werden, wenn alle Belege zeigen, dass die sehr große Online-Plattform die Pflichten aus dieser Verordnung oder die gegebenenfalls im Rahmen eines

systemischen Risiken. Ein positiver Vermerk sollte durch Anmerkungen ergänzt werden, wenn der Prüfer Bemerkungen hinzufügen möchte, die keine wesentlichen Auswirkungen auf das Prüfergebnis haben. Ein negativer Vermerk sollte erstellt werden, wenn der Prüfer der Ansicht ist, dass die sehr große Online-Plattform diese Verordnung nicht einhält oder die eingegangenen Verpflichtungszusagen nicht erfüllt.

Verhaltenskodex oder Krisenprotokolls eingegangenen Verpflichtungszusagen erfüllt, insbesondere durch die Ermittlung, Bewertung und Minderung der mit ihrem System und ihren Diensten verbundenen systemischen Risiken. Ein positiver Vermerk sollte durch Anmerkungen ergänzt werden, wenn der Prüfer Bemerkungen hinzufügen möchte, die keine wesentlichen Auswirkungen auf das Prüfergebnis haben. Ein negativer Vermerk sollte erstellt werden, wenn der Prüfer der Ansicht ist, dass die sehr große Online-Plattform diese Verordnung nicht einhält oder die eingegangenen Verpflichtungszusagen nicht erfüllt. ***Falls in dem Bestätigungsvermerk keine Schlussfolgerung für spezifische Elemente, die Teil des Prüfungsumfangs sind, gezogen werden konnte, sollten die Gründe hierfür angegeben werden.***

Änderungsantrag 67

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 62

Vorschlag der Kommission

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten sehr großer Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der Online-Schnittfläche dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie

Geänderter Text

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten sehr großer Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der Online-Schnittfläche dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. ***Vielfach erleichtern***

eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Verhaltensweisen im Internet. Sehr große Online-Plattformen sollten **daher** sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und Einfluss **darauf haben, welche** Informationen **ihnen angezeigt werden**. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar **und** leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. **Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer über alternative Optionen für die wichtigsten Parameter verfügen, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen.**

sie die Suche nach für die Nutzer relevanten Inhalten und tragen zu einer verbesserten Nutzererfahrung bei. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Verhaltensweisen im Internet. **Folglich sollten** sehr große Online-Plattformen **die Nutzer entscheiden lassen, ob sie auf Profiling basierenden Empfehlungssystemen unterworfen werden wollen, und sie sollten dafür sorgen, dass es eine Option gibt, die nicht auf Profiling beruht.** **Digitale Plattformen sollten überdies** sicherstellen, dass die Nutzer angemessen **über den Einsatz von Empfehlungssystemen** informiert werden und Einfluss **auf die ihnen dargebotenen Informationen nehmen können, indem sie aktiv Entscheidungen treffen.** Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar, leicht verständlich **und benutzerfreundlich** darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie **und warum** die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden **und wie die Parameter für die Kuratierung der Inhalte, die den Nutzern präsentiert werden, geändert werden können.** **Sehr große Online-Plattformen sollten angemessene technische und organisatorische Maßnahmen ergreifen, damit Empfehlungssysteme benutzerfreundlich gestaltet sind und das Verhalten der Endnutzer nicht durch „dark patterns“ beeinflussen.**

Änderungsantrag 68

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 63

Vorschlag der Kommission

(63) Von sehr großen Online-Plattformen genutzte Werbesysteme sind mit besonderen Risiken verbunden und machen angesichts ihres Umfangs und der

Geänderter Text

(63) Von sehr großen Online-Plattformen genutzte Werbesysteme sind mit besonderen Risiken verbunden und machen angesichts ihres Umfangs und der

Tatsache, dass sie die Nutzer auf der Grundlage ihres Verhaltens innerhalb und außerhalb der Online-Schnittstelle der Plattform gezielt erreichen können, eine weitergehende öffentliche und regulatorische Aufsicht erforderlich. Sehr große Online-Plattformen sollten Archive für Werbung, die auf ihren Online-Schnittstellen angezeigt wird, öffentlich zugänglich machen, um die Aufsicht und die Forschung zu neu entstehenden Risiken im Zusammenhang mit der Online-Verbreitung von Werbung zu unterstützen; dies betrifft etwa illegale Werbung oder manipulative Techniken und Desinformation mit realen und absehbaren negativen Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit oder Sicherheit, den gesellschaftlichen Diskurs, die politische Teilhabe und die Gleichbehandlung. Die Archive sollten den Inhalt der Werbung sowie damit verbundene Daten zum Werbetreibenden und zur Bereitstellung der Werbung enthalten, insbesondere was gezielte Werbung betrifft.

Tatsache, dass sie die Nutzer auf der Grundlage ihres Verhaltens innerhalb und außerhalb der Online-Schnittstelle der Plattform gezielt erreichen können, eine weitergehende öffentliche und regulatorische Aufsicht erforderlich. Sehr große Online-Plattformen sollten Archive für Werbung, die auf ihren Online-Schnittstellen angezeigt wird, öffentlich zugänglich machen, um die Aufsicht und die Forschung zu neu entstehenden Risiken im Zusammenhang mit der Online-Verbreitung von Werbung zu unterstützen; dies betrifft etwa illegale Werbung oder manipulative Techniken und Desinformation mit realen und absehbaren negativen Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit oder Sicherheit, den gesellschaftlichen Diskurs, die politische Teilhabe und die Gleichbehandlung. Die Archive sollten den Inhalt der Werbung – ***u. a. den Namen des Produkts, der Dienstleistung oder Marke und den Gegenstand der Werbung*** – sowie damit verbundene Daten zum Werbetreibenden und, ***falls diese nicht mit ihm identisch ist, zur natürlichen oder juristischen Person, die für die Werbung bezahlt hat, und zur Bereitstellung der Werbung enthalten, insbesondere was gezielte Werbung betrifft. Darüber hinaus sollten sehr große Online-Plattformen bekannte gefälschte Videos, Audiodateien oder andere Dateien kennzeichnen.***

Änderungsantrag 69

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 64

Vorschlag der Kommission

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission

Geänderter Text

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission

Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von Algorithmensystemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen. Alle Bestimmungen über den Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime Interessen angemessen schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer.

Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten **und Algorithmen** verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von Algorithmensystemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von **zugelassenen** Forscherinnen und Forschern, **zugelassenen gemeinnützigen Stellen, Organisationen oder Vereinigungen** zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher, **gemeinnützige Stellen, Organisationen oder Vereinigungen** zugänglich zu machen. Alle Bestimmungen über den Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime Interessen angemessen schützen, darunter **personenbezogene Daten**, Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer. **Zugelassene Forscherinnen und Forscher, gemeinnützige Stellen, Organisationen oder Vereinigungen sollten die Geheimhaltung, Sicherheit und Unversehrtheit von Informationen wie z. B. Geschäftsgeheimnissen gewährleisten, die sie im Rahmen der**

Änderungsantrag 70

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 66

Vorschlag der Kommission

(66) Zur Erleichterung einer wirksamen und einheitlichen Anwendung der Pflichten aus dieser Verordnung, für deren Umsetzung möglicherweise technische Instrumente erforderlich sind, ist es wichtig, freiwillige **Branchennormen**, die bestimmte technische Verfahren umfassen, zu unterstützen, soweit die Industrie dazu beitragen kann, genormte Instrumente für die Einhaltung dieser Verordnung zu entwickeln, z. B. durch die Möglichkeit, Mitteilungen etwa über Anwendungsprogrammierschnittstellen zu übermitteln, **oder** durch eine bessere Interoperabilität von Werbearchiven. Besonders für relativ kleine Anbieter von Vermittlungsdiensten könnten solche Normen nützlich sein. Bei den Normen könnte erforderlichenfalls zwischen verschiedenen Arten illegaler Inhalte oder verschiedenen Arten von Vermittlungsdiensten unterschieden werden.

Geänderter Text

(66) Zur Erleichterung einer wirksamen und einheitlichen Anwendung der Pflichten aus dieser Verordnung, für deren Umsetzung möglicherweise technische Instrumente erforderlich sind, ist es wichtig, freiwillige **Normen**, die bestimmte technische Verfahren umfassen, zu unterstützen, soweit die Industrie dazu beitragen kann, genormte Instrumente für die Einhaltung dieser Verordnung zu entwickeln, z. B. durch die Möglichkeit, Mitteilungen etwa über Anwendungsprogrammierschnittstellen zu übermitteln, durch eine bessere Interoperabilität von Werbearchiven **oder durch Geschäftsbedingungen**. Besonders für relativ kleine Anbieter von Vermittlungsdiensten könnten solche Normen nützlich sein. Bei den Normen könnte erforderlichenfalls zwischen verschiedenen Arten illegaler Inhalte oder verschiedenen Arten von Vermittlungsdiensten unterschieden werden. **Werden nicht innerhalb von [24 Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung] einschlägige Normen vereinbart, sollte die Kommission im Wege von Durchführungsrechtsakten technische Spezifikationen festlegen können, bis eine freiwillige Norm vereinbart wird.**

Änderungsantrag 71

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 67

Vorschlag der Kommission

(67) Die Kommission und das Gremium sollten die Erstellung von Verhaltenskodizes als Beitrag zur Anwendung dieser Verordnung fördern. Die Umsetzung der Verhaltenskodizes sollte messbar sein und der öffentlichen Aufsicht unterliegen, doch sollte dies den Freiwilligkeitscharakter dieser Kodizes und die Wahlfreiheit der Interessenträger hinsichtlich ihrer Beteiligung nicht beeinträchtigen. Unter bestimmten Umständen kann es wichtig sein, dass sehr große Online-Plattformen bestimmte Verhaltenskodizes gemeinsam erstellen und diese einhalten. Diese Verordnung hält andere Anbieter in keiner Weise davon ab, durch Beteiligung an denselben Verhaltenskodizes dieselben Sorgfaltsstandards einzuhalten, bewährte Verfahren zu übernehmen und die Leitlinien der Kommission und des Gremiums anzuwenden.

Geänderter Text

(67) Die Kommission und das Gremium sollten die Erstellung von Verhaltenskodizes **sowie die Einhaltung der Bestimmungen dieser Kodizes** als Beitrag zur Anwendung dieser Verordnung fördern. **Die Kommission und das Gremium sollten darauf hinwirken, dass in den Verhaltenskodizes eindeutig die Art der Ziele des öffentlichen Interesses festgelegt ist, die angestrebt werden, dass sie Verfahren zur unabhängigen Bewertung der Umsetzung dieser Ziele enthalten und dass die Rolle der zuständigen staatlichen Stellen eindeutig festgelegt ist.** Die Umsetzung der Verhaltenskodizes sollte messbar sein und der öffentlichen Aufsicht unterliegen, doch sollte dies den Freiwilligkeitscharakter dieser Kodizes und die Wahlfreiheit der Interessenträger hinsichtlich ihrer Beteiligung nicht beeinträchtigen. Unter bestimmten Umständen kann es wichtig sein, dass sehr große Online-Plattformen bestimmte Verhaltenskodizes gemeinsam erstellen und diese einhalten. Diese Verordnung hält andere Anbieter in keiner Weise davon ab, durch Beteiligung an denselben Verhaltenskodizes dieselben Sorgfaltsstandards einzuhalten, bewährte Verfahren zu übernehmen und die Leitlinien der Kommission und des Gremiums anzuwenden.

Änderungsantrag 72

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 68

Vorschlag der Kommission

(68) In dieser Verordnung sollten bestimmte Bereiche bestimmt werden, die für solche Verhaltenskodizes in Betracht kommen. Insbesondere sollten Risikominderungsmaßnahmen für

Geänderter Text

(68) In dieser Verordnung sollten bestimmte Bereiche bestimmt werden, die für solche Verhaltenskodizes in Betracht kommen. Insbesondere sollten Risikominderungsmaßnahmen für

bestimmte Arten illegaler Inhalte Gegenstand von Selbst- und Koregulierungsvereinbarungen sein. Ein weiteres relevantes Thema sind die möglichen negativen Auswirkungen systemischer Risiken auf Gesellschaft und Demokratie, etwa aufgrund von Desinformation oder manipulativen und missbräuchlichen Tätigkeiten. Dazu zählen koordinierte Tätigkeiten zur Verstärkung von Informationen einschließlich Desinformation, etwa durch Nutzung von Bots oder Scheinkonten für die Erstellung **falscher** oder irreführender Informationen, die mitunter auch mit einer Gewinnerzielungsabsicht verbunden sein können und für schutzbedürftige Nutzer wie z. B. Kinder besonders schädlich sind. In diesen Bereichen kann die Beteiligung einer sehr großen Online-Plattform an einem Verhaltenskodex und dessen Einhaltung als geeignete Risikominderungsmaßnahme angesehen werden. ***Weigert sich eine Online-Plattform ohne angemessene Begründung, sich auf Aufforderung der Kommission an der Anwendung eines solchen Verhaltenskodex zu beteiligen, könnte dies hinsichtlich möglicher Zuwiderhandlungen der Online-Plattform im Rahmen dieser Verordnung berücksichtigt werden.***

Änderungsantrag 73

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 69

Vorschlag der Kommission

(69) Die Bestimmungen über Verhaltenskodizes in dieser Verordnung könnten als Grundlage für bereits bestehende Selbstregulierungsmaßnahmen auf Unionsebene dienen, darunter die Verpflichtungserklärung für mehr Produktsicherheit („Product Safety Pledge“), die gemeinsame

bestimmte Arten illegaler Inhalte Gegenstand von Selbst- und Koregulierungsvereinbarungen sein. Ein weiteres relevantes Thema sind die möglichen negativen Auswirkungen systemischer Risiken auf Gesellschaft und Demokratie, etwa aufgrund von Desinformation, oder **von** manipulativen und missbräuchlichen Tätigkeiten. Dazu zählen koordinierte Tätigkeiten zur Verstärkung von Informationen einschließlich Desinformation, etwa durch Nutzung von Bots oder Scheinkonten für die Erstellung **vorsätzlich unrichtiger** oder irreführender Informationen, die mitunter auch mit einer Gewinnerzielungsabsicht verbunden sein können und für schutzbedürftige Nutzer wie z. B. Kinder besonders schädlich sind. In diesen Bereichen kann die Beteiligung einer sehr großen Online-Plattform an einem Verhaltenskodex und dessen Einhaltung als geeignete Risikominderungsmaßnahme angesehen werden.

Geänderter Text

(69) Die Bestimmungen über Verhaltenskodizes in dieser Verordnung könnten als Grundlage für bereits bestehende Selbstregulierungsmaßnahmen auf Unionsebene dienen, darunter die Verpflichtungserklärung für mehr Produktsicherheit („Product Safety Pledge“), die gemeinsame

Absichtserklärung zum Verkauf nachgeahmter Güter, der Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet sowie der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation. **Wie im Aktionsplan für Demokratie angekündigt,** wird die **Kommission Leitlinien zur Stärkung des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation herausgeben.**

Absichtserklärung zum Verkauf nachgeahmter Güter, der Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet sowie der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation. **Die Kommission sollte außerdem Anreize für die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes fördern, damit die Einhaltung von Verpflichtungen in Bereichen wie Schutz Minderjähriger oder kurzzeitige Vermietungen erleichtert wird. Außerdem könnten die Förderung der Informationsvielfalt durch Unterstützung eines hochwertigen Journalismus und die Stärkung der Glaubwürdigkeit der Informationen unter Achtung der Vertraulichkeit journalistischer Quellen in Erwägung gezogen werden. Darüber hinaus muss für Kohärenz mit bereits bestehenden Durchsetzungsmechanismen, beispielsweise in Bezug auf elektronische Kommunikation oder Medien, und mit unabhängigen Regulierungsstrukturen in diesen Bereichen, wie sie im EU-Recht und im nationalen Recht festgelegt sind, gesorgt werden.**

Änderungsantrag 74

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 70

Vorschlag der Kommission

(70) An der Bereitstellung von Online-Werbung sind im Allgemeinen mehrere Akteure beteiligt, darunter Vermittlungsdienste, die die Werbetreibenden mit dem Anbieter, der die Werbung veröffentlicht, zusammenbringen. Die Verhaltenskodizes sollten die für Werbung festgelegten Transparenzpflichten von Online-Plattformen und sehr großen Online-Plattformen gemäß dieser Verordnung unterstützen und ergänzen, um für flexible und wirksame Mechanismen zur

Geänderter Text

(70) An der Bereitstellung von Online-Werbung sind im Allgemeinen mehrere Akteure beteiligt, darunter Vermittlungsdienste, die die Werbetreibenden mit dem Anbieter, der die Werbung veröffentlicht, zusammenbringen. Die Verhaltenskodizes sollten die für Werbung festgelegten Transparenzpflichten von Online-Plattformen und sehr großen Online-Plattformen gemäß dieser Verordnung unterstützen und ergänzen, um für flexible und wirksame Mechanismen zur

Unterstützung und Verbesserung der Einhaltung dieser Pflichten zu sorgen, insbesondere was die Modalitäten für die Übermittlung der relevanten Informationen betrifft. Durch die Beteiligung einer Vielzahl von Interessenträgern sollte sichergestellt sein, dass diese Verhaltenskodizes breite Unterstützung erfahren, technisch solide und wirksam sind und höchsten Standards hinsichtlich der Nutzerfreundlichkeit entsprechen, damit die Ziele der Transparenzpflichten erreicht werden.

Unterstützung und Verbesserung der Einhaltung dieser Pflichten zu sorgen, insbesondere was die Modalitäten für die Übermittlung der relevanten Informationen betrifft. Durch die Beteiligung einer Vielzahl von Interessenträgern sollte sichergestellt sein, dass diese Verhaltenskodizes breite Unterstützung erfahren, technisch solide und wirksam sind und höchsten Standards hinsichtlich der Nutzerfreundlichkeit entsprechen, damit die Ziele der Transparenzpflichten erreicht werden. ***Die Wirksamkeit der Verhaltenskodizes sollte regelmäßig bewertet werden. Anders als Rechtsvorschriften unterliegen Verhaltenskodizes keiner demokratischen Kontrolle, und ihre Übereinstimmung mit Grundrechten unterliegt keiner juristischen Prüfung. Im Interesse einer besseren Rechenschaftspflicht, Teilhabe und Transparenz bedarf es verfahrensrechtlicher Garantien für die Erstellung von Verhaltenskodizes. Bevor die Abfassung oder Überarbeitung von Verhaltenskodizes eingeleitet oder erleichtert wird, kann die Kommission gegebenenfalls die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte oder den Europäischen Datenschutzbeauftragten auffordern, Stellung zu nehmen.***

Änderungsantrag 75

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 71

Vorschlag der Kommission

(71) Falls außergewöhnliche Umstände Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit haben, kann die Kommission zur Erstellung **von Krisenprotokollen** auffordern, um eine rasche, kollektive und grenzüberschreitende Reaktion im Online-Umfeld zu koordinieren.

Geänderter Text

(71) Falls außergewöhnliche Umstände Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit haben, kann die Kommission zur Erstellung **freiwilliger Krisenprotokolle** auffordern, um eine rasche, kollektive und grenzüberschreitende Reaktion im Online-Umfeld zu koordinieren.

Außergewöhnliche Umstände können jedes unvorhersehbare Ereignis wie z. B. Erdbeben, Wirbelstürme, Pandemien und andere ernste grenzüberschreitende Bedrohungen für die öffentliche Gesundheit sowie Krieg und terroristische Handlungen umfassen, bei denen Online-Plattformen z. B. für eine schnelle Verbreitung von illegalen Inhalten oder Desinformation missbraucht werden können oder eine rasche Verbreitung verlässlicher Informationen erforderlich ist. Angesichts der wichtigen Rolle sehr großer Online-Plattformen bei der Verbreitung von Informationen auf gesellschaftlicher und internationaler Ebene sollten diese Plattformen dazu aufgefordert werden, spezielle Krisenprotokolle zu erstellen und anzuwenden. Solche Krisenprotokolle sollten nur für einen begrenzten Zeitraum aktiviert werden, und die getroffenen Maßnahmen sollten sich auf das für die Bewältigung der außergewöhnlichen Umstände absolut notwendige Maß beschränken. Diese Maßnahmen sollten mit dieser Verordnung im Einklang stehen und nicht zu einer allgemeinen Verpflichtung der teilnehmenden sehr großen Online-Plattformen führen, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Fakten oder Umständen zu forschen, die auf illegale Inhalte hindeuten.

Außergewöhnliche Umstände können jedes unvorhersehbare Ereignis wie z. B. Erdbeben, Wirbelstürme, Pandemien und andere ernste grenzüberschreitende Bedrohungen für die öffentliche Gesundheit sowie Krieg und terroristische Handlungen umfassen, bei denen Online-Plattformen z. B. für eine schnelle Verbreitung von illegalen Inhalten oder Desinformation missbraucht werden können oder eine rasche Verbreitung verlässlicher Informationen erforderlich ist. Angesichts der wichtigen Rolle sehr großer Online-Plattformen bei der Verbreitung von Informationen auf gesellschaftlicher und internationaler Ebene sollten diese Plattformen dazu aufgefordert werden, spezielle Krisenprotokolle zu erstellen und anzuwenden. Solche Krisenprotokolle sollten nur für einen begrenzten Zeitraum aktiviert werden, und die getroffenen Maßnahmen sollten sich auf das für die Bewältigung der außergewöhnlichen Umstände absolut notwendige Maß beschränken. Diese Maßnahmen sollten mit dieser Verordnung im Einklang stehen und nicht zu einer allgemeinen Verpflichtung der teilnehmenden sehr großen Online-Plattformen führen, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Fakten oder Umständen zu forschen, die auf illegale Inhalte hindeuten.

Änderungsantrag 76

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 72

Vorschlag der Kommission

(72) Für die Sicherstellung einer angemessenen Aufsicht und Durchsetzung in Bezug auf die in dieser Verordnung festgelegten Pflichten sollten grundsätzlich die Mitgliedstaaten verantwortlich sein. Sie sollten daher mindestens eine Behörde **mit der** Anwendung und Durchsetzung dieser

Geänderter Text

(72) Für die Sicherstellung einer angemessenen Aufsicht und Durchsetzung in Bezug auf die in dieser Verordnung festgelegten Pflichten sollten grundsätzlich die Mitgliedstaaten verantwortlich sein. Sie sollten daher mindestens eine Behörde **für die** Anwendung und Durchsetzung dieser

Verordnung **betrauen**. Die Mitgliedstaaten sollten jedoch je nach konstitutioneller, organisatorischer und administrativer Struktur des Landes mehr als einer zuständigen Behörde bestimmte Aufsichts- oder Durchsetzungsaufgaben und -zuständigkeiten im Zusammenhang mit der Anwendung dieser Verordnung übertragen können, etwa für einzelne Wirtschaftszweige, wie z. B. den Regulierungsbehörden für elektronische Kommunikation oder die Medien oder den Verbraucherschutzbehörden.

Verordnung **benennen**. Die Mitgliedstaaten sollten jedoch je nach konstitutioneller, organisatorischer und administrativer Struktur des Landes mehr als einer zuständigen Behörde bestimmte Aufsichts- oder Durchsetzungsaufgaben und -zuständigkeiten im Zusammenhang mit der Anwendung dieser Verordnung übertragen können, etwa für einzelne Wirtschaftszweige, wie z. B. den Regulierungsbehörden für elektronische Kommunikation oder die Medien oder den Verbraucherschutzbehörden.

Änderungsantrag 77

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 73

Vorschlag der Kommission

(73) Angesichts der grenzüberschreitenden Natur der relevanten Dienste und des breiten Spektrums der mit dieser Verordnung eingeführten Pflichten sollte die mit der Überwachung der Anwendung und erforderlichenfalls der Durchsetzung dieser Verordnung betraute Behörde in jedem Mitgliedstaat als Koordinator für digitale Dienste benannt werden. Ist mehr als eine zuständige Behörde mit der Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung betraut, sollte dennoch nur eine Behörde in diesem Mitgliedstaat als Koordinator für digitale Dienste benannt werden. Der Koordinator für digitale Dienste sollte hinsichtlich aller Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Anwendung dieser Verordnung als zentrale Kontaktstelle für die Kommission, das Gremium, die Koordinatoren für digitale Dienste der anderen Mitgliedstaaten sowie für andere zuständige Behörden des jeweiligen Mitgliedstaates fungieren. Wurden in einem bestimmten Mitgliedstaat mehrere zuständige Behörden mit Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung betraut, sollte

Geänderter Text

(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)

sich der Koordinator für digitale Dienste im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften bei der Festlegung der jeweiligen Aufgaben mit diesen Behörden abstimmen und mit ihnen zusammenarbeiten und für eine wirksame Beteiligung aller relevanten Behörden an der Überwachung und Durchsetzung auf Unionsebene sorgen.

Änderungsantrag 78

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 74

Vorschlag der Kommission

(74) Der Koordinator für digitale Dienste und andere gemäß dieser Verordnung benannte zuständige Behörden spielen eine entscheidende Rolle bei der Gewährleistung der Wirksamkeit der Rechte und Pflichten aus dieser Verordnung und bei der Verwirklichung ihrer Ziele. Daher muss sichergestellt werden, dass diese Behörden völlig unabhängig von privaten und öffentlichen Einrichtungen handeln und keine Verpflichtung oder Möglichkeit besteht, Anweisungen, auch von der Regierung, einzuholen oder entgegenzunehmen, unbeschadet der spezifischen Pflichten zur Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Behörden, dem Koordinator für digitale Dienste, dem Gremium und der Kommission. Andererseits sollte die Unabhängigkeit dieser Behörden nicht bedeuten, dass sie keinen nationalen Kontroll- oder Überwachungsmechanismen hinsichtlich ihrer finanziellen Ausgaben oder keiner gerichtlichen Überprüfung unterliegen können oder keine Möglichkeit haben, andere nationale Behörden wie z. B. Strafverfolgungsbehörden oder Krisenmanagementbehörden zu konsultieren, soweit dies mit der nationalen Verfassung im Einklang steht und die

Geänderter Text

(74) Der Koordinator für digitale Dienste und andere gemäß dieser Verordnung benannte zuständige Behörden spielen eine entscheidende Rolle bei der Gewährleistung der Wirksamkeit der Rechte und Pflichten aus dieser Verordnung und bei der Verwirklichung ihrer Ziele. Daher muss ***dafür gesorgt werden, dass diese Behörden über die finanziellen und personellen Ressourcen verfügen, die für die Ausführung ihrer Aufgaben gemäß dieser Verordnung erforderlich sind. Außerdem muss*** sichergestellt werden, dass diese Behörden völlig unabhängig von privaten und öffentlichen Einrichtungen handeln und keine Verpflichtung oder Möglichkeit besteht, Anweisungen, auch von der Regierung, einzuholen oder entgegenzunehmen, unbeschadet der spezifischen Pflichten zur Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Behörden, dem Koordinator für digitale Dienste, dem Gremium und der Kommission. Andererseits sollte die Unabhängigkeit dieser Behörden nicht bedeuten, dass sie keinen nationalen Kontroll- oder Überwachungsmechanismen hinsichtlich ihrer finanziellen Ausgaben oder keiner gerichtlichen Überprüfung unterliegen können oder keine Möglichkeit haben,

Verwirklichung der Ziele dieser
Verordnung nicht beeinträchtigt.

andere nationale Behörden wie z. B.
Strafverfolgungsbehörden oder
Krisenmanagementbehörden zu
konsultieren, soweit dies mit der nationalen
Verfassung im Einklang steht und die
Verwirklichung der Ziele dieser
Verordnung nicht beeinträchtigt.

Änderungsantrag 79

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 75

Vorschlag der Kommission

(75) Die Mitgliedstaaten können einer bestehenden nationalen Behörde die Funktion des Koordinators für digitale Dienste oder bestimmte Aufgaben im Zusammenhang mit der Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung übertragen, soweit diese benannte Behörde unter anderem in Bezug auf ihre Unabhängigkeit die Anforderungen dieser Verordnung erfüllt. Zudem ist es den Mitgliedstaaten grundsätzlich nicht untersagt, Funktionen innerhalb einer bestehenden Behörde im Einklang mit dem Unionsrecht zusammenzufassen. Die betreffenden Maßnahmen können unter anderem das Verbot umfassen, den Präsidenten/die Präsidentin oder ein Mitglied eines Organs einer bestehenden Behörde vor dem Ende seiner/ihrer Amtszeit nur aus dem Grund zu entlassen, dass eine institutionelle Reform durchgeführt wurde, bei der verschiedene Funktionen innerhalb einer Behörde zusammengefasst werden, wenn keine Bestimmungen vorhanden sind, die gewährleisten, dass diese Entlassungen die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit dieser Mitglieder nicht gefährden.

Geänderter Text

(75) Die Mitgliedstaaten können einer bestehenden nationalen Behörde die Funktion des Koordinators für digitale Dienste oder bestimmte Aufgaben im Zusammenhang mit der **Überwachung der** Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung übertragen, soweit diese benannte Behörde unter anderem in Bezug auf ihre Unabhängigkeit die Anforderungen dieser Verordnung erfüllt. Zudem ist es den Mitgliedstaaten grundsätzlich nicht untersagt, Funktionen innerhalb einer bestehenden Behörde im Einklang mit dem Unionsrecht zusammenzufassen. Die betreffenden Maßnahmen können unter anderem das Verbot umfassen, den Präsidenten/die Präsidentin oder ein Mitglied eines Organs einer bestehenden Behörde vor dem Ende seiner/ihrer Amtszeit nur aus dem Grund zu entlassen, dass eine institutionelle Reform durchgeführt wurde, bei der verschiedene Funktionen innerhalb einer Behörde zusammengefasst werden, wenn keine Bestimmungen vorhanden sind, die gewährleisten, dass diese Entlassungen die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit dieser Mitglieder nicht gefährden.

Änderungsantrag 80

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 76

Vorschlag der Kommission

(76) Da Anbieter von Vermittlungsdiensten nicht generell verpflichtet sind, für eine physische Präsenz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates zu sorgen, ist es erforderlich zu klären, welcher rechtlichen Zuständigkeit diese Anbieter bei der Durchsetzung von Bestimmungen **der Kapitel III und IV** durch zuständige nationale Behörden unterliegen. Anbieter sollten der rechtlichen Zuständigkeit des Mitgliedstaates unterliegen, in dem sich ihre Hauptniederlassung befindet, d. h. in dem der Anbieter seine Hauptverwaltung oder seinen eingetragenen Sitz hat, an dem die wichtigsten finanziellen Funktionen und die operative Kontrolle ausgeübt werden. Anbieter, die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienste in der Union erbringen und daher in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, sollten angesichts der Funktion der Rechtsvertreter im Rahmen dieser Verordnung der rechtlichen Zuständigkeit des Mitgliedstaates unterliegen, in dem sie ihren Rechtsvertreter bestellt haben. Im Interesse einer wirksamen Anwendung dieser Verordnung sollten jedoch alle Mitgliedstaaten zuständig sein, wenn Anbieter keinen Rechtsvertreter benannt haben, sofern das Verbot der doppelten Strafverfolgung (*ne bis in idem*) eingehalten wird. Zu diesem Zweck sollte jeder Mitgliedstaat bei der Ausübung rechtlicher Zuständigkeiten für diese Anbieter alle anderen Mitgliedstaaten unverzüglich über die dabei getroffenen Maßnahmen informieren.

Änderungsantrag 81

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 77

Geänderter Text

(76) Da Anbieter von Vermittlungsdiensten nicht generell verpflichtet sind, für eine physische Präsenz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates zu sorgen, ist es erforderlich zu klären, welcher rechtlichen Zuständigkeit diese Anbieter bei der Durchsetzung von Bestimmungen **dieser Verordnung** durch zuständige nationale Behörden unterliegen. Anbieter sollten der rechtlichen Zuständigkeit des Mitgliedstaates unterliegen, in dem sich ihre Hauptniederlassung befindet, d. h. in dem der Anbieter seine Hauptverwaltung oder seinen eingetragenen Sitz hat, an dem die wichtigsten finanziellen Funktionen und die operative Kontrolle ausgeübt werden. Anbieter, die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienste in der Union erbringen und daher in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, sollten angesichts der Funktion der Rechtsvertreter im Rahmen dieser Verordnung der rechtlichen Zuständigkeit des Mitgliedstaates unterliegen, in dem sie ihren Rechtsvertreter bestellt haben. Im Interesse einer wirksamen Anwendung dieser Verordnung sollten jedoch alle Mitgliedstaaten zuständig sein, wenn Anbieter keinen Rechtsvertreter benannt haben, sofern das Verbot der doppelten Strafverfolgung (*ne bis in idem*) eingehalten wird. Zu diesem Zweck sollte jeder Mitgliedstaat bei der Ausübung rechtlicher Zuständigkeiten für diese Anbieter alle anderen Mitgliedstaaten unverzüglich über die dabei getroffenen Maßnahmen informieren.

Vorschlag der Kommission

(77) Die Mitgliedstaaten sollten dem Koordinator für digitale Dienste und jeder anderen im Rahmen dieser Verordnung benannten zuständigen Behörde ausreichende Befugnisse und Mittel zuweisen, um die Wirksamkeit der Untersuchungen und Durchsetzung sicherzustellen. Insbesondere sollte der Koordinator für digitale Dienste Informationen, die sich in seinem Gebiet befinden, ermitteln und einholen können, auch im Rahmen gemeinsamer Untersuchungen, wobei der Tatsache angemessen Rechnung zu tragen ist, dass Aufsichts- und Durchsetzungsmaßnahmen in Bezug auf Anbieter, die der rechtlichen Zuständigkeit eines anderen Mitgliedstaates unterliegen, vom Koordinator für digitale Dienste dieses anderen Mitgliedstaates, gegebenenfalls im Einklang mit den Verfahren für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, beschlossen werden sollten.

Geänderter Text

(77) Die Mitgliedstaaten sollten dem Koordinator für digitale Dienste und jeder anderen im Rahmen dieser Verordnung benannten zuständigen Behörde ausreichende Befugnisse und Mittel zuweisen, um die Wirksamkeit der Untersuchungen und Durchsetzung sicherzustellen. Insbesondere sollte der Koordinator für digitale Dienste **bei Gefahr eines ernsthaften Schadens angemessene vorläufige Maßnahmen treffen und** Informationen, die sich in seinem Gebiet befinden, ermitteln und einholen können, auch im Rahmen gemeinsamer Untersuchungen, wobei der Tatsache angemessen Rechnung zu tragen ist, dass Aufsichts- und Durchsetzungsmaßnahmen in Bezug auf Anbieter, die der rechtlichen Zuständigkeit eines anderen Mitgliedstaates unterliegen, vom Koordinator für digitale Dienste dieses anderen Mitgliedstaates, gegebenenfalls im Einklang mit den Verfahren für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, beschlossen werden sollten.

Änderungsantrag 82

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 78

Vorschlag der Kommission

(78) Die Mitgliedstaaten sollten in ihrem nationalen Recht die Bedingungen und Grenzen der Ausübung der Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse ihrer Koordinatoren für digitale Dienste und gegebenenfalls anderer zuständiger Behörden im Rahmen dieser Verordnung detailliert festlegen und dabei die Bestimmungen des Unionsrechts, insbesondere dieser Verordnung und der

Geänderter Text

(78) Die Mitgliedstaaten sollten in ihrem nationalen Recht die Bedingungen und Grenzen der Ausübung der Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse ihrer Koordinatoren für digitale Dienste und gegebenenfalls anderer zuständiger Behörden im Rahmen dieser Verordnung detailliert festlegen und dabei die Bestimmungen des Unionsrechts, insbesondere dieser Verordnung und der Charta, einhalten. **Im Sinne einer**

Charta, einhalten.

kohärenten und einheitlichen Anwendung dieser Verordnung sollte die Kommission Leitlinien zu den Bestimmungen und Verfahren im Zusammenhang mit den Befugnissen der Koordinatoren für digitale Dienste annehmen.

Änderungsantrag 83

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 79

Vorschlag der Kommission

(79) Bei der Ausübung dieser Befugnisse sollten die zuständigen Behörden die anwendbaren nationalen verfahrensrechtlichen und materiellen Bestimmungen einhalten, darunter z. B. die Verpflichtung, vor dem Betreten bestimmter Räumlichkeiten eine gerichtliche Genehmigung einzuholen und die Privilegien der Angehörigen von Rechtsberufen zu achten. Durch diese Bestimmungen sollten insbesondere die Achtung der Grundrechte auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht, einschließlich der Verteidigungsrechte und des Rechts auf Achtung des Privatlebens, sichergestellt werden. Als geeigneter Anhaltspunkt könnten in diesem Zusammenhang die für die Verfahren der Kommission gemäß dieser Verordnung vorgesehenen Garantien dienen. Vor jeder endgültigen Entscheidung sollte ein faires und unparteiisches Verfahren garantiert sein, einschließlich des Anspruchs der betroffenen Personen auf rechtliches Gehör und auf Akteneinsicht, wobei die Vertraulichkeit sowie Berufs- und Geschäftsgeheimnisse zu wahren und die Entscheidungen aussagekräftig zu begründen sind. Dies sollte Dringlichkeitsmaßnahmen in angemessen begründeten Fällen und bei geeigneten Bedingungen und Verfahrensvorkehrungen jedoch nicht ausschließen. Zudem sollte

Geänderter Text

(79) Bei der Ausübung dieser Befugnisse sollten die zuständigen Behörden die anwendbaren nationalen verfahrensrechtlichen und materiellen Bestimmungen einhalten, darunter z. B. die Verpflichtung, vor dem Betreten bestimmter Räumlichkeiten eine gerichtliche Genehmigung einzuholen und die Privilegien der Angehörigen von Rechtsberufen zu achten. Durch diese Bestimmungen sollten insbesondere die Achtung der Grundrechte auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht, einschließlich der Verteidigungsrechte und des Rechts auf Achtung des Privatlebens, sichergestellt werden. Als geeigneter Anhaltspunkt könnten in diesem Zusammenhang die für die Verfahren der Kommission gemäß dieser Verordnung vorgesehenen Garantien dienen. Vor jeder endgültigen Entscheidung sollte ein faires und unparteiisches Verfahren garantiert sein, einschließlich des Anspruchs der betroffenen Personen auf rechtliches Gehör und auf Akteneinsicht, wobei die Vertraulichkeit sowie Berufs- und Geschäftsgeheimnisse zu wahren und die Entscheidungen aussagekräftig zu begründen sind. Dies sollte Dringlichkeitsmaßnahmen in angemessen begründeten Fällen und bei geeigneten Bedingungen und Verfahrensvorkehrungen jedoch nicht ausschließen. Zudem sollte

die Ausübung von Befugnissen unter anderem in einem angemessenen Verhältnis zur Art der Zuwiderhandlung oder der mutmaßlichen Zuwiderhandlung und des dadurch verursachten tatsächlichen oder potentiellen Gesamtschadens stehen. Die zuständigen Behörden sollten **grundsätzlich** alle relevanten Fakten und Umstände des Falles berücksichtigen, darunter auch Informationen, die von zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten eingeholt wurden.

Änderungsantrag 84

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 80

Vorschlag der Kommission

(80) Die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass Verstöße gegen die Pflichten aus dieser Verordnung auf wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Weise sanktioniert werden können, wobei die Art, Schwere, Häufigkeit und Dauer des Verstoßes, das verfolgte öffentliche Interesse, Umfang und Art der ausgeübten Tätigkeiten sowie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Zuwiderhandelnden zu berücksichtigen sind. Insbesondere sollte im Strafmaß berücksichtigt werden, ob der betreffende Anbieter der Vermittlungsdienste seine Pflichten aus dieser Verordnung systematisch oder wiederholt nicht erfüllt und ob er **gegebenenfalls** in mehreren Mitgliedstaaten tätig ist.

die Ausübung von Befugnissen unter anderem in einem angemessenen Verhältnis zur Art der Zuwiderhandlung oder der mutmaßlichen Zuwiderhandlung und des dadurch verursachten tatsächlichen oder potentiellen Gesamtschadens stehen. Die zuständigen Behörden sollten alle relevanten Fakten und Umstände des Falles berücksichtigen, darunter auch Informationen, die von zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten eingeholt wurden.

Geänderter Text

(80) Die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass Verstöße gegen die Pflichten aus dieser Verordnung auf wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Weise sanktioniert werden können, wobei die Art, Schwere, Häufigkeit und Dauer des Verstoßes, das verfolgte öffentliche Interesse, Umfang und Art der ausgeübten Tätigkeiten sowie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Zuwiderhandelnden zu berücksichtigen sind. Insbesondere sollte im Strafmaß **gegebenenfalls die Zahl der betroffenen Nutzer** berücksichtigt werden, ob der betreffende Anbieter der Vermittlungsdienste seine Pflichten aus dieser Verordnung systematisch oder wiederholt nicht erfüllt, **ob er vorsätzlich oder fahrlässig gehandelt hat** und ob er in mehreren Mitgliedstaaten tätig ist. **Die Kommission sollte den Mitgliedstaaten Leitlinien in Bezug auf die Kriterien und Bedingungen für die Verhängung verhältnismäßiger Sanktionen an die Hand geben.**

Änderungsantrag 85

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 81

Vorschlag der Kommission

(81) Im Interesse einer wirksamen Durchsetzung dieser Verordnung sollten natürliche Personen oder Vertretungsorganisationen in dem Hoheitsgebiet, in dem sie die Dienstleistung in Anspruch genommen haben, jede Beschwerde hinsichtlich der Einhaltung dieser Verordnung beim Koordinator für digitale Dienste einreichen können, unbeschadet der Bestimmungen dieser Verordnung über die rechtliche Zuständigkeit. Beschwerden sollten einen faktengetreuen Überblick über die Bedenken hinsichtlich der Einhaltung der Verordnung durch einen bestimmten Anbieter von Vermittlungsdiensten geben und könnten auch Informationen über übergreifende Probleme für den Koordinator für digitale Dienste enthalten. Der Koordinator für digitale Dienste sollte andere zuständige nationale Behörden und, soweit eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit erforderlich ist, den Koordinator für digitale Dienste eines anderen Mitgliedstaates einbeziehen, insbesondere den Koordinator des Mitgliedstaates, in dem der betreffende Anbieter der Vermittlungsdienste seine Niederlassung hat.

Geänderter Text

(81) Im Interesse einer wirksamen Durchsetzung **der in** dieser Verordnung **festgelegten Verpflichtungen** sollten natürliche Personen oder Vertretungsorganisationen in dem Hoheitsgebiet, in dem sie die Dienstleistung in Anspruch genommen haben, jede Beschwerde hinsichtlich der Einhaltung dieser Verordnung beim Koordinator für digitale Dienste einreichen können, unbeschadet der Bestimmungen dieser Verordnung über die rechtliche Zuständigkeit. Beschwerden sollten einen faktengetreuen Überblick über die Bedenken hinsichtlich der Einhaltung der Verordnung durch einen bestimmten Anbieter von Vermittlungsdiensten geben und könnten auch Informationen über übergreifende Probleme für den Koordinator für digitale Dienste enthalten. Der Koordinator für digitale Dienste sollte andere zuständige nationale Behörden und, soweit eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit erforderlich ist, den Koordinator für digitale Dienste eines anderen Mitgliedstaates einbeziehen, insbesondere den Koordinator des Mitgliedstaates, in dem der betreffende Anbieter der Vermittlungsdienste seine Niederlassung hat. ***Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort sollte die Beschwerde zeitnah prüfen und den Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, darüber informieren, wie die Beschwerde behandelt wurde.***

Änderungsantrag 86

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 82

Vorschlag der Kommission

(82) Die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass die Koordinatoren für digitale Dienste wirksame und verhältnismäßige Maßnahmen treffen können, um bestimmten besonders schweren und dauerhaften Zuwiderhandlungen entgegenzuwirken. Insbesondere wenn diese Maßnahmen die Rechte und Interessen von Dritten berühren können, was besonders bei Einschränkungen des Zugangs zu Online-Schnittstellen der Fall sein kann, sollte dafür gesorgt werden, dass die Maßnahmen auf Antrag der Koordinatoren für digitale Dienste von einer zuständigen Justizbehörde angeordnet werden müssen und weiteren Schutzmaßnahmen unterliegen. Insbesondere sollten möglicherweise betroffene Dritte Anspruch auf rechtliches Gehör haben, und diese Anordnungen sollten nur erteilt werden, wenn nach anderen Unionsvorschriften oder nach nationalem Recht keine Befugnisse zur Durchführung solcher Maßnahmen in angemessener Weise zur Verfügung stehen, etwa um kollektive Verbraucherinteressen zu schützen, für eine umgehende Entfernung von Websites, die Kinderpornographie enthalten oder verbreiten, zu sorgen oder den Zugang zu Diensten, die von Dritten für Zuwiderhandlungen gegen Rechte des geistigen Eigentums missbraucht werden, zu unterbinden.

Änderungsantrag 87

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 83 a (neu)

Geänderter Text

(82) Die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass die Koordinatoren für digitale Dienste wirksame und verhältnismäßige Maßnahmen treffen können, um bestimmten besonders schweren und dauerhaften Zuwiderhandlungen **gegen diese Verordnung** entgegenzuwirken. Insbesondere wenn diese Maßnahmen die Rechte und Interessen von Dritten berühren können, was besonders bei Einschränkungen des Zugangs zu Online-Schnittstellen der Fall sein kann, sollte dafür gesorgt werden, dass die Maßnahmen auf Antrag der Koordinatoren für digitale Dienste von einer zuständigen Justizbehörde angeordnet werden müssen und weiteren Schutzmaßnahmen unterliegen. Insbesondere sollten möglicherweise betroffene Dritte Anspruch auf rechtliches Gehör haben, und diese Anordnungen sollten nur erteilt werden, wenn nach anderen Unionsvorschriften oder nach nationalem Recht keine Befugnisse zur Durchführung solcher Maßnahmen in angemessener Weise zur Verfügung stehen, etwa um kollektive Verbraucherinteressen zu schützen, für eine umgehende Entfernung von Websites, die Kinderpornographie enthalten oder verbreiten, zu sorgen oder den Zugang zu Diensten, die von Dritten für Zuwiderhandlungen gegen Rechte des geistigen Eigentums missbraucht werden, zu unterbinden.

(83a) Unbeschadet der Bestimmungen über den Haftungsausschluss gemäß dieser Verordnung in Bezug auf die auf Ersuchen eines Nutzers übermittelten oder gespeicherten Informationen sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten für Verstöße gegen ihre Verpflichtungen gemäß dieser Verordnung haften. Nutzer und Nutzervertretungsorganisationen sollten Anspruch auf Zugang zu verhältnismäßigen und wirksamen Rechtsmitteln haben. Insbesondere sollten sie das Recht haben, im Einklang mit dem nationalen Recht oder Unionsrecht Schadenersatz von diesen Anbietern von Vermittlungsdiensten für etwaige unmittelbare Schäden oder Verluste zu fordern, die aufgrund eines Verstoßes der Anbieter von Vermittlungsdiensten gegen die in dieser Verordnung festgelegten Verpflichtungen entstanden sind.

Änderungsantrag 88

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 84

(84) Der Koordinator für digitale Dienste sollte **regelmäßige** Berichte über die gemäß dieser Verordnung durchgeführten Tätigkeiten veröffentlichen. Da der Koordinator für digitale Dienste über das gemeinsame Informationsaustauschsystem auch über Anordnungen zu Maßnahmen gegen illegale Inhalte oder zur Bereitstellung von Informationen gemäß dieser Verordnung informiert wird, sollte er in seinem jährlichen Bericht auch die Zahl und die Kategorien dieser Anordnungen von Justiz- und Verwaltungsbehörden gegenüber Anbietern von Vermittlungsdiensten in

(84) Der Koordinator für digitale Dienste sollte **regelmäßig in einem standardisierten und maschinenlesbaren Format** Berichte über die gemäß dieser Verordnung durchgeführten Tätigkeiten veröffentlichen. Da der Koordinator für digitale Dienste über das gemeinsame Informationsaustauschsystem **auf der Grundlage des Binnenmarktinformationssystems** auch über Anordnungen zu Maßnahmen gegen illegale Inhalte oder zur Bereitstellung von Informationen gemäß dieser Verordnung informiert wird, sollte er in seinem jährlichen Bericht auch die Zahl und die Kategorien dieser Anordnungen von Justiz-

seinem Mitgliedstaat angeben.

und Verwaltungsbehörden gegenüber Anbietern von Vermittlungsdiensten in seinem Mitgliedstaat angeben.

Änderungsantrag 89

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 86

Vorschlag der Kommission

(86) Zur Erleichterung grenzüberschreitender Aufsichtstätigkeiten und Untersuchungen, an denen mehrere Mitgliedstaaten beteiligt sind, sollten die Koordinatoren für digitale Dienste permanent oder vorübergehend an gemeinsamen Aufsichts- und Untersuchungstätigkeiten teilnehmen können, die unter diese Verordnung fallende Angelegenheiten betreffen. Bei diesen Tätigkeiten können auch andere zuständige Behörden einbezogen und unterschiedliche Fragen behandelt werden, die von einer koordinierten Datenerhebung bis hin zu Auskunftsverlangen oder Aufforderungen zu Nachprüfungen von Räumlichkeiten reichen können, wobei Umfang und Grenzen der Befugnisse jeder teilnehmenden Behörde zu beachten sind. Das Gremium kann in Bezug auf diese Tätigkeiten um Beratung ersucht werden, die z. B. Vorschläge für Fahrpläne und Zeitpläne von Tätigkeiten oder Vorschläge für Ad-hoc-Arbeitsgruppen mit Beteiligung der betreffenden Behörden umfassen kann.

Geänderter Text

(86) Zur Erleichterung grenzüberschreitender Aufsichtstätigkeiten und Untersuchungen, an denen mehrere Mitgliedstaaten beteiligt sind, sollten die Koordinatoren für digitale Dienste ***auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen den betreffenden Mitgliedstaaten und, falls es keine Vereinbarung gibt, im Rahmen der Zuständigkeit des Koordinators für digitale Dienste des Mitgliedstaats der Niederlassung*** permanent oder vorübergehend an gemeinsamen Aufsichts- und Untersuchungstätigkeiten teilnehmen können, die unter diese Verordnung fallende Angelegenheiten betreffen. Bei diesen Tätigkeiten können auch andere zuständige Behörden einbezogen und unterschiedliche Fragen behandelt werden, die von einer koordinierten Datenerhebung bis hin zu Auskunftsverlangen oder Aufforderungen zu Nachprüfungen von Räumlichkeiten reichen können, wobei Umfang und Grenzen der Befugnisse jeder teilnehmenden Behörde zu beachten sind. Das Gremium kann in Bezug auf diese Tätigkeiten um Beratung ersucht werden, die z. B. Vorschläge für Fahrpläne und Zeitpläne von Tätigkeiten oder Vorschläge für Ad-hoc-Arbeitsgruppen mit Beteiligung der betreffenden Behörden umfassen kann.

Änderungsantrag 90

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 88

Vorschlag der Kommission

(88) Im Interesse einer einheitlichen Anwendung dieser Verordnung ist es erforderlich, auf Unionsebene eine unabhängige Beratungsgruppe einzusetzen, die die Kommission unterstützt und zur Koordinierung der Tätigkeiten der Koordinatoren für digitale Dienste beiträgt. Dieses Europäische Gremium für digitale Dienste sollte die Koordinatoren für digitale Dienste umfassen, wobei die Koordinatoren für digitale Dienste jedoch die Möglichkeit haben sollten, ad hoc auch Vertreterinnen und Vertreter anderer zuständiger Behörden, denen bestimmte Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung zugewiesen wurden, zu Sitzungen einzuladen oder zu ernennen, wenn dies aufgrund der Zuweisung von Aufgaben und Zuständigkeiten auf nationaler Ebene erforderlich ist. Nehmen mehrere Personen aus einem Mitgliedstaat teil, sollte sich das Stimmrecht auf eine(n) Vertreter(in) je Mitgliedstaat beschränken.

Geänderter Text

(88) Im Interesse einer einheitlichen Anwendung dieser Verordnung ist es erforderlich, auf Unionsebene eine unabhängige Beratungsgruppe einzusetzen, die die Kommission unterstützt und zur Koordinierung der Tätigkeiten der Koordinatoren für digitale Dienste beiträgt. Dieses Europäische Gremium für digitale Dienste sollte die Koordinatoren für digitale Dienste umfassen, wobei die Koordinatoren für digitale Dienste jedoch die Möglichkeit haben sollten, ad hoc auch Vertreterinnen und Vertreter anderer zuständiger Behörden, denen bestimmte Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung zugewiesen wurden, zu Sitzungen einzuladen oder zu ernennen, wenn dies aufgrund der Zuweisung von Aufgaben und Zuständigkeiten auf nationaler Ebene erforderlich ist. Nehmen mehrere Personen aus einem Mitgliedstaat teil, sollte sich das Stimmrecht auf eine(n) Vertreter(in) je Mitgliedstaat beschränken. ***Mit der Geschäftsordnung des Gremiums sollte für die Wahrung der Vertraulichkeit der Informationen gesorgt werden.***

Änderungsantrag 91

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 90

Vorschlag der Kommission

(90) Zu diesem Zweck sollte das Gremium Stellungnahmen, Aufforderungen und Empfehlungen an die Koordinatoren für digitale Dienste oder andere zuständige nationale Behörden abgeben können. Wenngleich diese nicht rechtlich bindend sind, sollte eine Entscheidung, davon abzuweichen, ordnungsgemäß begründet werden und

Geänderter Text

(90) Zu diesem Zweck sollte das Gremium Stellungnahmen, Aufforderungen und Empfehlungen an die Koordinatoren für digitale Dienste oder andere zuständige nationale Behörden abgeben können. Wenngleich diese nicht rechtlich bindend sind, sollte eine Entscheidung, davon abzuweichen, ordnungsgemäß begründet werden und

könnte von der Kommission bei der Prüfung der Einhaltung dieser Verordnung durch den betreffenden Mitgliedstaat berücksichtigt werden.

könnte von der Kommission bei der Prüfung der Einhaltung dieser Verordnung durch den betreffenden Mitgliedstaat berücksichtigt werden. ***Das Gremium sollte einen Jahresbericht über seine Tätigkeiten verfassen.***

Änderungsantrag 92

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 91

Vorschlag der Kommission

(91) Das Gremium sollte Vertreterinnen und Vertreter der Koordinatoren für digitale Dienste und gegebenenfalls anderer zuständiger Behörden umfassen und unter dem Vorsitz der Kommission stehen, um die ihm vorgelegten Angelegenheiten aus umfassender europäischer Perspektive bewerten zu können. Angesichts möglicher weiterreichender Aspekte, die auch für andere Regulierungsrahmen auf Unionsebene von Bedeutung sein können, sollte das Gremium mit anderen Einrichtungen, Ämtern, Agenturen und Beratungsgruppen der Union zusammenarbeiten können, die z. B. in den Bereichen Gleichbehandlung, auch von Männern und Frauen, Nichtdiskriminierung, Datenschutz, elektronische Kommunikation, audiovisuelle Dienste, Aufdeckung und Untersuchung von Betrug zulasten des EU-Haushalts im Zusammenhang mit Zöllen oder Verbraucherschutz tätig sind, soweit dies für die Ausübung der Aufgaben erforderlich ist.

Geänderter Text

(91) Das Gremium sollte Vertreterinnen und Vertreter der Koordinatoren für digitale Dienste und gegebenenfalls anderer zuständiger Behörden umfassen und unter dem Vorsitz der Kommission stehen, um die ihm vorgelegten Angelegenheiten aus umfassender europäischer Perspektive bewerten zu können. Angesichts möglicher weiterreichender Aspekte, die auch für andere Regulierungsrahmen auf Unionsebene von Bedeutung sein können, sollte das Gremium mit anderen Einrichtungen, Ämtern, Agenturen und Beratungsgruppen der Union zusammenarbeiten können, die z. B. in den Bereichen Gleichbehandlung, auch von Männern und Frauen, Nichtdiskriminierung, ***Gleichstellung der Geschlechter, Beseitigung aller Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen und sonstiger Formen von Gewalt aufgrund des Geschlechts***, Datenschutz, ***Achtung der Rechte des geistigen Eigentums, Wettbewerb***, elektronische Kommunikation, audiovisuelle Dienste, ***Marktaufsicht***, Aufdeckung und Untersuchung von Betrug zulasten des EU-Haushalts im Zusammenhang mit Zöllen oder Verbraucherschutz tätig sind, soweit dies für die Ausübung der Aufgaben erforderlich ist.

Änderungsantrag 93

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 96

Vorschlag der Kommission

(96) Wird die Zuwiderhandlung gegen eine der nur für sehr große Online-Plattformen geltenden Bestimmungen von der Plattform nicht gemäß dem Maßnahmenplan wirksam behoben, **kann** nur die Kommission von Amts wegen oder auf Rat des Gremiums **entscheiden, die betreffende** Zuwiderhandlung und **die** von der Plattform anschließend getroffenen Maßnahmen **genauer zu untersuchen**, nicht jedoch der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort. Nach Durchführung der erforderlichen Untersuchungen sollte die Kommission erforderlichenfalls Beschlüsse zur Feststellung einer Zuwiderhandlung und zur Verhängung von Sanktionen gegenüber den sehr großen Online-Plattformen fassen können. **Diese Möglichkeit einzugreifen** sollte **sie** auch in grenzüberschreitenden Fällen **haben**, in denen der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort trotz Verlangens der Kommission keine Maßnahmen getroffen hat, oder in Fällen, in denen der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort die Kommission selbst ersucht hat, in Bezug auf eine Zuwiderhandlung einer sehr großen Online-Plattform gegen eine andere Bestimmung dieser Verordnung einzugreifen.

Geänderter Text

(96) Wird die Zuwiderhandlung gegen eine der nur für sehr große Online-Plattformen geltenden Bestimmungen von der Plattform nicht gemäß dem Maßnahmenplan wirksam behoben, **sollte** nur die Kommission von Amts wegen oder auf Rat des Gremiums **eine eingehendere Untersuchung der betreffenden** Zuwiderhandlung und **der** von der Plattform anschließend getroffenen Maßnahmen **einleiten**, nicht jedoch der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort. Nach Durchführung der erforderlichen Untersuchungen sollte die Kommission erforderlichenfalls Beschlüsse zur Feststellung einer Zuwiderhandlung und zur Verhängung von Sanktionen gegenüber den sehr großen Online-Plattformen fassen können. **Sie** sollte auch in grenzüberschreitenden Fällen **eingreifen**, in denen der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort trotz Verlangens der Kommission keine Maßnahmen getroffen hat, oder in Fällen, in denen der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort die Kommission selbst ersucht hat, in Bezug auf eine Zuwiderhandlung einer sehr großen Online-Plattform gegen eine andere Bestimmung dieser Verordnung einzugreifen. **Die Kommission sollte Verfahren mit Blick auf die mögliche Annahme von Entscheidungen in Bezug auf das jeweilige Verhalten der sehr großen Online-Plattform beispielsweise dann einleiten, wenn der Verdacht besteht, dass diese Plattform gegen diese Verordnung verstoßen hat, u. a. wenn festgestellt wurde, dass die Plattform die operativen Empfehlungen aus der unabhängigen Prüfung nicht umgesetzt hat, die von dem Koordinator für digitale**

Dienste am Niederlassungsort gebilligt wurde, und wenn der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort keine Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen ergriffen hat.

Änderungsantrag 94

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 97

Vorschlag der Kommission

(97) ***Die Kommission sollte selbst entscheiden können, ob sie in den Fällen, in denen sie nach dieser Verordnung entsprechend befugt ist, eingreift oder nicht.*** Wenn die Kommission das Verfahren eingeleitet hat, sollte es den Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort untersagt sein, ihre Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse in Bezug auf das fragliche Verhalten der betreffenden sehr großen Online-Plattform auszuüben, um Doppelmaßnahmen, Uneinheitlichkeit und Risiken unter dem Gesichtspunkt des Verbots der Doppelbestrafung (ne bis in idem) zu vermeiden. Im Interesse der Wirksamkeit sollte es diesen Koordinatoren für digitale Dienste jedoch nicht untersagt sein, ihre Befugnisse auszuüben, um entweder die Kommission auf deren Verlangen bei der Ausübung der Aufsichtsaufgaben zu unterstützen oder anderen Verhaltensweisen nachzugehen, die auch Verhaltensweisen derselben sehr großen Online-Plattform umfassen können, die mutmaßlich eine neue Zuwiderhandlung darstellen. Diese Koordinatoren für digitale Dienste sowie das Gremium und gegebenenfalls andere Koordinatoren für digitale Dienste sollten der Kommission alle erforderlichen Informationen und Unterstützungsleistungen bereitstellen, damit diese ihre Aufgaben wirksam erfüllen kann, und im Gegenzug sollte die

Geänderter Text

(97) Wenn die Kommission das Verfahren eingeleitet hat, sollte es den Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort untersagt sein, ihre Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse in Bezug auf das fragliche Verhalten der betreffenden sehr großen Online-Plattform auszuüben, um Doppelmaßnahmen, Uneinheitlichkeit und Risiken unter dem Gesichtspunkt des Verbots der Doppelbestrafung (ne bis in idem) zu vermeiden. Im Interesse der Wirksamkeit sollte es diesen Koordinatoren für digitale Dienste jedoch nicht untersagt sein, ihre Befugnisse auszuüben, um entweder die Kommission auf deren Verlangen bei der Ausübung der Aufsichtsaufgaben zu unterstützen oder anderen Verhaltensweisen nachzugehen, die auch Verhaltensweisen derselben sehr großen Online-Plattform umfassen können, die mutmaßlich eine neue Zuwiderhandlung darstellen. Diese Koordinatoren für digitale Dienste sowie das Gremium und gegebenenfalls andere Koordinatoren für digitale Dienste sollten der Kommission alle erforderlichen Informationen und Unterstützungsleistungen bereitstellen, damit diese ihre Aufgaben wirksam erfüllen kann, und im Gegenzug sollte die Kommission sie angemessen über die Ausübung ihrer Befugnisse informieren. In diesem Zusammenhang sollte die Kommission gegebenenfalls relevante

Kommission sie angemessen über die Ausübung ihrer Befugnisse informieren. In diesem Zusammenhang sollte die Kommission gegebenenfalls relevante Bewertungen durch das Gremium oder die betreffenden Koordinatoren für digitale Dienste sowie von ihnen gesammelte einschlägige Nachweise und Informationen berücksichtigen, unbeschadet der Befugnisse und Verantwortung der Kommission, bei Bedarf zusätzliche Untersuchungen durchzuführen.

Bewertungen durch das Gremium oder die betreffenden Koordinatoren für digitale Dienste sowie von ihnen gesammelte einschlägige Nachweise und Informationen berücksichtigen, unbeschadet der Befugnisse und Verantwortung der Kommission, bei Bedarf zusätzliche Untersuchungen durchzuführen.

Änderungsantrag 95

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 97 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(97a) Die Kommission sollte dafür Sorge tragen, dass sie bei ihrer Entscheidungsfindung sowohl gegenüber den Koordinatoren für digitale Dienste als auch gegenüber den Diensteanbietern im Rahmen dieser Verordnung unabhängig und unparteiisch ist.

Änderungsantrag 96

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 99

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(99) Insbesondere sollte die Kommission Zugang zu allen einschlägigen Unterlagen, Daten und Informationen haben, die für die Einleitung und Durchführung von Untersuchungen und die Überwachung der Einhaltung der in dieser Verordnung festgelegten einschlägigen Pflichten erforderlich sind, unabhängig davon, in wessen Besitz sich die betreffenden Unterlagen, Daten oder Informationen befinden und ungeachtet

(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)

ihrer Form oder ihres Formats, ihres Speichermediums oder des genauen Orts der Speicherung. Die Kommission sollte die betreffende sehr große Online-Plattform, einschlägige Dritte oder natürliche Personen direkt dazu verpflichten können, ihr alle einschlägigen Belege, Daten und Informationen vorzulegen. Darüber hinaus sollte die Kommission einschlägige Informationen für die Zwecke dieser Verordnung bei jeder Behörde, Einrichtung oder Agentur innerhalb des Mitgliedstaates sowie bei jeder natürlichen oder juristischen Person einholen können. Die Kommission sollte befugt sein, Zugang zu Datenbanken und Algorithmen relevanter Personen sowie diesbezügliche Erläuterungen zu verlangen und alle Personen, die nützliche Informationen besitzen können, mit deren Zustimmung zu befragen und die gemachten Aussagen aufzunehmen. Zudem sollte die Kommission befugt sein, die für die Durchsetzung der einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung erforderlichen Nachprüfungen durchzuführen. Diese Untersuchungsbefugnisse sollen die Möglichkeit der Kommission ergänzen, Koordinatoren für digitale Dienste und andere Behörden der Mitgliedstaaten um Unterstützung zu ersuchen, etwa durch Bereitstellung von Informationen oder die Ausübung ihrer Befugnisse.

Änderungsantrag 97

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 100

Vorschlag der Kommission

(100) Die Einhaltung der einschlägigen Pflichten aus dieser Verordnung sollte durch Geldbußen und Zwangsgelder durchgesetzt werden können. Zu diesem Zweck sollten Geldbußen und Zwangsgelder in angemessener Höhe auch

Geänderter Text

(100) Die Einhaltung der einschlägigen Pflichten aus dieser Verordnung sollte durch Geldbußen und Zwangsgelder durchgesetzt werden können. Zu diesem Zweck sollten Geldbußen und Zwangsgelder in angemessener Höhe auch

für die Nichteinhaltung verfahrensrechtlicher Pflichten und Bestimmungen festgelegt werden, vorbehaltlich angemessener Verjährungsfristen.

für die Nichteinhaltung verfahrensrechtlicher Pflichten und Bestimmungen festgelegt werden, vorbehaltlich angemessener Verjährungsfristen. ***Insbesondere sollte die Kommission dafür sorgen, dass die Sanktionen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sind, wobei sie die Art, die Schwere, die Häufigkeit und die Dauer des Verstoßes im Hinblick auf das verfolgte öffentliche Interesse, das Ausmaß und die Art der ausgeführten Tätigkeiten, die Zahl der betroffenen Nutzer, den Umstand, ob die Zuwiderhandlung vorsätzlich oder fahrlässig begangen wurde, und die Wirtschaftskapazität der Person, die die Zuwiderhandlung begangen hat, berücksichtigt.***

Änderungsantrag 98

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 102

Vorschlag der Kommission

(102) Im Interesse der Wirksamkeit und Effizienz sollte die Kommission nach der anfänglichen Einführungsphase die Tätigkeiten des Gremiums und seine Struktur auf der Grundlage der ersten drei Jahre der Anwendung dieser Verordnung bewerten; diese Bewertung sollte zusätzlich zu der binnen **fünf** Jahren nach dem Inkrafttreten durchzuführenden allgemeinen Bewertung der Verordnung erfolgen.

Geänderter Text

(102) ***Die Kommission sollte eine allgemeine Evaluierung dieser Verordnung durchführen und dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss einen Bericht vorlegen. In diesem Bericht sollte es insbesondere um die Definition des Begriffs „sehr große Online-Plattformen“ und die Zahl der durchschnittlich monatlich aktiven Nutzer gehen. Außerdem sollte der Bericht die Anwendung von Verhaltenskodizes und die Verpflichtung zur Benennung eines Vertreters mit Sitz in der Union behandeln, und es sollten die Auswirkungen vergleichbarer Verpflichtungen bewertet werden, die im Ausland tätigen europäischen Diensteanbietern durch Drittstaaten auferlegt werden. Insbesondere sollte die Kommission etwaige Auswirkungen auf***

die Kosten aller vergleichbaren Anforderungen für europäische Diensteanbieter, u. a. der Benennung eines Rechtsvertreters, die von Drittstaaten eingeführt werden, und etwaiger neuer Hindernisse für den Zugang zum Markt außerhalb der Union nach der Annahme dieser Verordnung bewerten. Die Kommission sollte zudem die Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Unternehmen und Verbraucher aus der EU im Hinblick auf den Zugang zu und den Erwerb von Produkten und Dienstleistungen von außerhalb der EU bewerten. Im Interesse der Wirksamkeit und Effizienz sollte die Kommission nach der anfänglichen Einführungsphase die Tätigkeiten des Gremiums und seine Struktur auf der Grundlage der ersten drei Jahre der Anwendung dieser Verordnung bewerten; diese Bewertung sollte zusätzlich zu der binnen **drei** Jahren nach dem Inkrafttreten durchzuführenden allgemeinen Bewertung der Verordnung erfolgen.

Änderungsantrag 99

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Gegenstand **und Anwendungsbereich**

Gegenstand

Änderungsantrag 100

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) Vorschriften über die Durchführung und Durchsetzung dieser Verordnung, einschließlich der Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den zuständigen

c) Vorschriften über die Durchführung und Durchsetzung **der in** dieser Verordnung **festgelegten Anforderungen**, einschließlich der Zusammenarbeit und

Behörden.

Koordinierung zwischen den zuständigen
Behörden.

Änderungsantrag 101

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Festlegung einheitlicher Regeln für ein sicheres, vorhersehbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld, in dem die in der Charta verankerten Grundrechte wirksam geschützt sind.

Geänderter Text

b) Festlegung einheitlicher Regeln für ein sicheres, **barrierefreies**, vorhersehbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld, in dem die in der Charta verankerten Grundrechte wirksam geschützt sind.

Änderungsantrag 102

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) Förderung eines hohen Maßes an Verbraucherschutz und Beitrag zu mehr Wahlmöglichkeiten für die Verbraucher sowie Förderung von Innovation, Unterstützung des digitalen Wandels und Anreize für Wirtschaftswachstum im Binnenmarkt.

Änderungsantrag 103

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Diese Verordnung gilt für Vermittlungsdienste, die für Nutzer mit Niederlassungsort oder Wohnsitz in der Union erbracht werden, ungeachtet des Orts der Niederlassung des Anbieters dieser Dienste.

entfällt

Änderungsantrag 104

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) Diese Verordnung gilt weder für Dienstleistungen, die keine Vermittlungsdienste sind, noch für Anforderungen, die an eine solche Dienstleistung gestellt werden, ungeachtet dessen, ob die Dienstleistung durch Inanspruchnahme eines Vermittlungsdienstes erbracht wird. **entfällt**

Änderungsantrag 105

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5) Diese Verordnung lässt die folgenden Vorschriften unberührt: **entfällt**

- a) die Richtlinie 2000/31/EG,**
- b) die Richtlinie 2010/13/EG,**
- c) die Unionsvorschriften auf dem Gebiet des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte,**
- d) die Verordnung (EU) .../... zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte [„TOI“, sobald erlassen],**
- e) die Verordnung (EU) .../... über Europäische Herausgabebeanordnungen und Sicherungsanordnungen für elektronische Beweismittel in Strafsachen und die Richtlinie (EU) .../... zur Festlegung einheitlicher Regeln für die Bestellung von Vertretern zu Zwecken der Beweiserhebung in Strafverfahren [„E-Beweismittel“, sobald erlassen],**
- f) die Verordnung (EU) 2019/1148,**

- g) die Verordnung (EU) 2019/1150,*
- h) die Unionsvorschriften auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes und der Produktsicherheit, einschließlich der Verordnung (EU) 2017/2394,*
- i) die Unionsvorschriften zum Schutz personenbezogener Daten, insbesondere die Verordnung (EU) 2016/679 und die Richtlinie 2002/58/EG,*

Änderungsantrag 106

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 1a

Anwendungsbereich

- (1) Diese Verordnung gilt für Vermittlungsdienste, die für Nutzer mit Niederlassungsort oder Wohnsitz in der Union erbracht werden, ungeachtet des Orts der Niederlassung des Anbieters dieser Dienste.*
- (2) Diese Verordnung gilt weder für Dienstleistungen, die keine Vermittlungsdienste sind, noch für Anforderungen, die an eine solche Dienstleistung gestellt werden, ungeachtet dessen, ob die Dienstleistung durch Inanspruchnahme eines Vermittlungsdienstes erbracht wird.*
- (3) Diese Verordnung lässt die folgenden Vorschriften unberührt:*
 - a) die Richtlinie 2000/31/EG,*
 - b) die Richtlinie 2010/13/EG,*
 - c) die Unionsvorschriften auf dem Gebiet des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte, insbesondere die Richtlinie (EU) 2019/790 über das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte im digitalen Binnenmarkt,*

- d) *die Verordnung (EU) 2021/784 zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte,*
- e) *die Verordnung (EU) .../... über Europäische Herausgabeanordnungen und Sicherungsanordnungen für elektronische Beweismittel in Strafsachen und die Richtlinie (EU) .../... zur Festlegung einheitlicher Regeln für die Bestellung von Vertretern zu Zwecken der Beweiserhebung in Strafverfahren [„E-Beweismittel“, sobald erlassen],*
- f) *die Verordnung (EU) 2019/1148,*
- g) *die Verordnung (EU) 2019/1150,*
- h) *die Unionsvorschriften auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes und der Produktsicherheit, einschließlich der Verordnung (EU) 2017/2394, der Verordnung (EU) 2019/1020 und der Verordnung 2001/95/EG über die allgemeine Produktsicherheit,*
- i) *die Unionsvorschriften zum Schutz personenbezogener Daten, insbesondere die Verordnung (EU) 2016/679 und die Richtlinie 2002/58/EG,*
- j) *die Richtlinie (EU) 2019/882,*
- k) *die Richtlinie (EU) 2018/1972,*
- l) *die Richtlinie 2013/11/EU.*
- (4) *Bis zum [zwölf Monate nach Inkrafttreten dieser Verordnung] veröffentlicht die Kommission Leitlinien für das Verhältnis zwischen dieser Verordnung und den in Artikel 1a Absatz 3 aufgeführten Gesetzgebungsakten.*

Änderungsantrag 107

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) „Dienste der

Geänderter Text

a) „Dienste der

Informationsgesellschaft“ Dienste *im Sinne des Artikels* 1 Absatz 1 Buchstabe b der Richtlinie (EU) 2015/1535;

Informationsgesellschaft“ Dienste *laut Definition in Artikel* 1 Absatz 1 Buchstabe b der Richtlinie (EU) 2015/1535;

Änderungsantrag 108

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) „Nutzer“ jede natürliche oder juristische Person, die den betreffenden Vermittlungsdienst in Anspruch nimmt;

Geänderter Text

b) „Nutzer“ jede natürliche oder juristische Person, die den betreffenden Vermittlungsdienst in Anspruch nimmt, **um Informationen zu erhalten oder sie zugänglich zu machen**;

Änderungsantrag 109

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) „Verbraucher“ jede natürliche Person, die zu Zwecken handelt, die außerhalb ihrer gewerblichen, geschäftlichen oder beruflichen Tätigkeit liegen;

Geänderter Text

c) „Verbraucher“ jede natürliche Person, die zu Zwecken handelt, die außerhalb ihrer gewerblichen, geschäftlichen, **handwerklichen** oder beruflichen Tätigkeit liegen;

Änderungsantrag 110

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe d – Einleitung

Vorschlag der Kommission

d) „in der Union Dienstleistungen anbieten“ die Schaffung der Möglichkeit für juristische oder natürliche Personen in einem oder mehreren Mitgliedstaaten zur Nutzung der Dienste **des** Anbieters von Diensten der Informationsgesellschaft, der eine wesentliche Verbindung zur Union

Geänderter Text

d) „in der Union Dienstleistungen anbieten“ die Schaffung der Möglichkeit für juristische oder natürliche Personen in einem oder mehreren Mitgliedstaaten zur Nutzung der Dienste **eines** Anbieters von Diensten der Informationsgesellschaft, der eine wesentliche Verbindung zur Union

hat; *eine solche wesentliche Verbindung gilt als gegeben, wenn der Diensteanbieter eine Niederlassung in der Union hat; besteht keine solche Niederlassung, erfolgt die Beurteilung einer wesentlichen Verbindung anhand besonderer faktischer Kriterien wie*

hat;

Änderungsantrag 111

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe d – Spiegelstrich 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– *eine erhebliche Zahl von Nutzern in einem oder mehreren Mitgliedstaaten; oder*

entfällt

Änderungsantrag 112

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe d – Spiegelstrich 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– *der Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten;*

entfällt

Änderungsantrag 113

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe d a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

da) „wesentliche Verbindung zur EU“ die Verbindung eines Anbieters zu einem oder mehreren Mitgliedstaaten, die entweder aus seinen Niederlassungen in der EU oder, falls es dort keine Niederlassung gibt, aus der Tatsache hervorgeht, dass die Tätigkeit des Anbieters auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten ausgerichtet ist;

Änderungsantrag 114

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

e) „Unternehmer“ jede natürliche oder juristische Person, unabhängig davon, ob sie in privatem oder öffentlichem Eigentum steht, die für die Zwecke ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit entweder selbst oder durch eine andere in ihrem Namen oder Auftrag handelnde Person tätig wird;

Geänderter Text

e) „Unternehmer“ jede natürliche oder juristische Person, unabhängig davon, ob sie in privatem oder öffentlichem Eigentum steht, die für die **unmittelbaren** Zwecke ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit entweder selbst oder durch eine andere in ihrem Namen oder Auftrag handelnde Person tätig wird;

Änderungsantrag 115

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe f – Spiegelstrich 1

Vorschlag der Kommission

– eine „reine Durchleitung“, die darin besteht, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen in einem Kommunikationsnetz zu übermitteln oder den Zugang zu einem Kommunikationsnetz zu vermitteln,

Geänderter Text

– eine „reine Durchleitung“, die darin besteht, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen in einem Kommunikationsnetz zu übermitteln oder den Zugang zu einem Kommunikationsnetz zu vermitteln, **einschließlich funktioneller technischer Hilfsdienste,**

Änderungsantrag 116

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe f – Spiegelstrich 2

Vorschlag der Kommission

– eine „Caching“-Leistung, die darin besteht, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen in einem Kommunikationsnetz zu übermitteln, wobei eine automatische, zeitlich begrenzte

Geänderter Text

(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)

Zwischenspeicherung dieser Informationen zu dem alleinigen Zweck erfolgt, die Übermittlung der Information an andere Nutzer auf deren Anfrage effizienter zu gestalten,

Änderungsantrag 117

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe g

Vorschlag der Kommission

g) „illegale Inhalte“ alle Informationen, **die als solche** oder **durch ihre Bezugnahme auf eine Tätigkeit**, einschließlich des Verkaufs von Produkten oder der Erbringung von Dienstleistungen, nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem Recht eines Mitgliedstaats stehen, ungeachtet des genauen Gegenstands oder der Art der betreffenden Rechtsvorschriften;

Geänderter Text

g) „illegale Inhalte“ alle Informationen oder **Tätigkeiten**, einschließlich des Verkaufs von Produkten oder der Erbringung von Dienstleistungen, **die** nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem Recht eines Mitgliedstaats stehen, ungeachtet des genauen Gegenstands oder der Art der betreffenden Rechtsvorschriften;

Änderungsantrag 118

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe h

Vorschlag der Kommission

h) „Online-Plattform“ einen Hosting-Diensteanbieter, der im Auftrag eines Nutzers Informationen speichert und öffentlich verbreitet, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nicht nur um eine unbedeutende **und** mit einem anderen Dienst verbundene reine Nebenfunktion handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen anderen Dienst genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit dieser Verordnung zu umgehen;

Geänderter Text

h) „Online-Plattform“ einen Hosting-Diensteanbieter, der im Auftrag eines Nutzers Informationen speichert und öffentlich verbreitet, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nicht nur um eine unbedeutende **Funktion oder eine** mit einem anderen Dienst **oder einer anderen Funktion des Hauptdienstes** verbundene reine Nebenfunktion handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen anderen Dienst genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit dieser Verordnung zu umgehen;

Änderungsantrag 119

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe k

Vorschlag der Kommission

k) „Online-Schnittstelle“ eine Software, darunter auch Websites oder Teile davon sowie Anwendungen, einschließlich Mobil-Apps;

Geänderter Text

k) „Online-Schnittstelle“ eine Software, darunter auch Websites oder Teile davon sowie Anwendungen, einschließlich Mobil-Apps, **die es den Nutzern des Dienstes ermöglichen, auf den betreffenden Vermittlungsdienst zuzugreifen und mit ihm zu interagieren**;

Änderungsantrag 120

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe k a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ka) „vertrauenswürdiger Hinweisgeber“ eine Stelle, der ein Koordinator für digitale Dienste diesen Status verliehen hat;

Änderungsantrag 121

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe n

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

n) „Werbung“ Informationen, die dazu bestimmt sind, die Botschaft einer juristischen oder natürlichen Person zu verbreiten, unabhängig davon, ob damit gewerbliche oder nichtgewerbliche Zwecke verfolgt werden, und die von einer Online-Plattform auf ihrer Online-Schnittstelle gegen Entgelt speziell zur Bekanntmachung dieser **Informationen** angezeigt werden;

n) „Werbung“ Informationen, die dazu bestimmt sind, die Botschaft einer juristischen oder natürlichen Person zu verbreiten, **und zu diesem Zweck verbreitet werden**, unabhängig davon, ob damit gewerbliche oder nichtgewerbliche Zwecke verfolgt werden, und die von einer Online-Plattform auf ihrer Online-Schnittstelle gegen Entgelt speziell **im Gegenzug** zur Bekanntmachung dieser

Botschaft angezeigt werden;

Änderungsantrag 122

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe n a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

na) „Vergütung“ einen wirtschaftlichen Ausgleich, der in einer direkten oder indirekten Zahlung für die erbrachte Dienstleistung besteht, auch wenn der Anbieter von Vermittlungsdiensten nicht direkt vom Nutzer entschädigt wird oder wenn der Nutzer dem Diensteanbieter Daten zur Verfügung stellt, es sei denn, diese Daten werden ausschließlich zum Zweck der Erfüllung rechtlicher Anforderungen erhoben;

Änderungsantrag 123

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe o

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

o) „Empfehlungssystem“ ein vollständig oder teilweise automatisiertes System, das von einer Online-Plattform verwendet wird, um auf ihrer Online-Schnittstelle den Nutzern bestimmte Informationen vorzuschlagen, auch infolge einer vom Nutzer veranlassten Suche, oder das auf andere Weise die relative Reihenfolge oder Hervorhebung der angezeigten Informationen bestimmt;

o) „Empfehlungssystem“ ein vollständig oder teilweise automatisiertes System, das von einer Online-Plattform verwendet wird, um auf ihrer Online-Schnittstelle den Nutzern bestimmte Informationen vorzuschlagen, **zu priorisieren und zu kuratieren**, auch infolge einer vom Nutzer veranlassten Suche, oder das auf andere Weise die relative Reihenfolge oder Hervorhebung der angezeigten Informationen bestimmt;

Änderungsantrag 124

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe p

Vorschlag der Kommission

p) „Moderation von Inhalten“ die Tätigkeiten der Anbieter von Vermittlungsdiensten, mit denen illegale Inhalte oder Informationen, die von Nutzern bereitgestellt werden und mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters unvereinbar sind, erkannt, festgestellt und bekämpft werden sollen, darunter auch Maßnahmen in Bezug auf die Verfügbarkeit, Sichtbarkeit und Zugänglichkeit der illegalen Inhalte oder Informationen, z. B. Herabstufung, Sperrung des Zugangs oder Entfernung, oder in Bezug auf die Möglichkeit der Nutzer, solche Informationen bereitzustellen, z. B. Schließung oder Aussetzung des Kontos eines Nutzers;

Geänderter Text

p) „Moderation von Inhalten“ die ***automatisch oder nicht automatisch ausgeführten*** Tätigkeiten der Anbieter von Vermittlungsdiensten, mit denen illegale Inhalte oder Informationen, die von Nutzern bereitgestellt werden und mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters unvereinbar sind, erkannt, festgestellt und bekämpft werden sollen, darunter auch Maßnahmen in Bezug auf die Verfügbarkeit, Sichtbarkeit und Zugänglichkeit der illegalen Inhalte oder Informationen, z. B. Herabstufung, Sperrung des Zugangs, ***Streichung von der Liste, Demonetisierung*** oder Entfernung, oder in Bezug auf die Möglichkeit der Nutzer, solche Informationen bereitzustellen, z. B. Schließung oder Aussetzung des Kontos eines Nutzers;

Änderungsantrag 125

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe q

Vorschlag der Kommission

q) „allgemeine Geschäftsbedingungen“ alle Bestimmungen, Bedingungen oder Spezifikationen, ungeachtet ihrer Bezeichnung oder Form, die die vertraglichen Beziehungen zwischen dem Anbieter von Vermittlungsdiensten und den Nutzern regeln.

Geänderter Text

q) „allgemeine Geschäftsbedingungen“ alle Bestimmungen, Bedingungen oder Spezifikationen ***des Diensteanbieters***, ungeachtet ihrer Bezeichnung oder Form, die die vertraglichen Beziehungen zwischen dem Anbieter von Vermittlungsdiensten und den Nutzern regeln.

Änderungsantrag 126

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe q a (neu)

**qa) „Personen mit Behinderungen“
Personen mit Behinderungen im Sinne
von Artikel 3 Absatz 1 der Richtlinie (EU)
2019/882.**

Änderungsantrag 127

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 3 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass **ein Gericht** oder **eine** Verwaltungsbehörde nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Geänderter Text

(3) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass eine Justiz- oder Verwaltungsbehörde nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Änderungsantrag 128

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 4 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Bei der Durchführung eines Dienstes der Informationsgesellschaft, der darin besteht, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen in einem Kommunikationsnetz zu übermitteln, haftet der Diensteanbieter nicht für die automatische, zeitlich begrenzte Zwischenspeicherung, die dem alleinigen Zweck dient, die Übermittlung der Information an andere Nutzer auf deren Anfrage effizienter zu gestalten, sofern folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

Geänderter Text

(1) Bei der Durchführung eines Dienstes der Informationsgesellschaft, der darin besteht, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen in einem Kommunikationsnetz zu übermitteln, haftet der Diensteanbieter nicht für die automatische, zeitlich begrenzte Zwischenspeicherung, die dem alleinigen Zweck dient, die Übermittlung der Information an andere Nutzer auf deren Anfrage effizienter **oder sicherer** zu gestalten, sofern **seitens des Anbieters** folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

Änderungsantrag 129

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 4 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

a) er verändert die Informationen nicht,

(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)

Änderungsantrag 130

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 4 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) er beachtet die Bedingungen für den Zugang zu den Informationen,

(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)

Änderungsantrag 131

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 4 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) er beachtet die Regeln für die Aktualisierung der Informationen, die in weithin anerkannten und verwendeten Branchennormen festgelegt sind,

(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)

Änderungsantrag 132

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 4 – Absatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

d) er beeinträchtigt nicht die erlaubte Anwendung von Technologien zur Sammlung von Daten über die Nutzung der Informationen, die in weithin anerkannten und verwendeten Branchennormen festgelegt sind, und

(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)

Änderungsantrag 133

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 4 – Absatz 1 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

e) er handelt zügig, um von ihm gespeicherte Informationen zu entfernen oder den Zugang zu ihnen zu sperren, sobald er tatsächliche Kenntnis davon erhält, dass die Informationen am ursprünglichen Ausgangsort der Übermittlung aus dem Netz entfernt wurden oder der Zugang zu ihnen gesperrt wurde oder ein Gericht oder eine Verwaltungsbehörde die Entfernung oder Sperrung angeordnet hat.

Geänderter Text

(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)

Änderungsantrag 134

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 4 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass **ein Gericht** oder **eine** Verwaltungsbehörde nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Geänderter Text

(2) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass **eine Justiz-** oder Verwaltungsbehörde nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Änderungsantrag 135

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Absatz 1 findet keine Anwendung auf die verbraucherschutzrechtliche Haftung von Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von

Geänderter Text

(3) Absatz 1 findet keine Anwendung auf die verbraucherschutzrechtliche Haftung von Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von

Fernabsatzverträgen mit Unternehmen ermöglichen, wenn die Online-Plattform die spezifischen Einzelinformationen dazu darstellt oder die betreffende Einzeltransaktion anderweitig in einer Weise ermöglicht, bei der ein **durchschnittlicher und angemessen informierter** Verbraucher davon ausgehen kann, dass die Information oder das Produkt oder die Dienstleistung, die bzw. das Gegenstand der Transaktion ist, entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht unterstehenden Nutzer bereitgestellt wird.

Änderungsantrag 136

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass **ein Gericht** oder **eine** Verwaltungsbehörde nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Änderungsantrag 137

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 6 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse auch dann in Betracht, wenn sie auf Eigeninitiative freiwillige Untersuchungen oder **andere Tätigkeiten** zur Erkennung, Feststellung und Entfernung illegaler Inhalte oder zur Sperrung des Zugangs zu illegalen Inhalten durchführen oder die erforderlichen

Fernabsatzverträgen mit Unternehmen ermöglichen, wenn die Online-Plattform die spezifischen Einzelinformationen dazu darstellt oder die betreffende Einzeltransaktion anderweitig in einer Weise ermöglicht, bei der ein Verbraucher davon ausgehen kann, dass die Information oder das Produkt oder die Dienstleistung, die bzw. das Gegenstand der Transaktion ist, entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht unterstehenden Nutzer bereitgestellt wird.

Geänderter Text

(4) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass **eine Justiz-** oder Verwaltungsbehörde nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Geänderter Text

(1) Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse auch dann in Betracht, wenn sie auf Eigeninitiative freiwillige Untersuchungen oder **Maßnahmen** zur Erkennung, Feststellung und Entfernung illegaler Inhalte oder zur Sperrung des Zugangs zu illegalen Inhalten durchführen oder die erforderlichen

Maßnahmen ergreifen, um den Anforderungen des Unionsrechts und insbesondere dieser Verordnung nachzukommen.

Maßnahmen ergreifen, um den Anforderungen des ***nationalen Rechts und des Unionsrechts, einschließlich der Charta***, und insbesondere dieser Verordnung nachzukommen.

Änderungsantrag 138

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 6 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten sorgen dafür, dass die gemäß Absatz 1 auf Eigeninitiative durchgeführten freiwilligen Untersuchungen und ergriffenen Maßnahmen wirksam und spezifisch sind. Solche Untersuchungen und Maßnahmen auf Eigeninitiative gehen mit angemessenen Schutzmaßnahmen einher, wie etwa menschliche Aufsicht, Dokumentation oder etwaige zusätzliche Maßnahmen, mit denen dafür gesorgt und nachgewiesen wird, dass diese Untersuchungen und Maßnahmen genau, nichtdiskriminierend, verhältnismäßig und transparent sind und nicht dazu führen, dass zu viele Inhalte entfernt werden. Anbieter von Vermittlungsdiensten tragen nach Kräften dafür Sorge, dass in Fällen, in denen automatische Hilfsmittel genutzt werden, die Technologie ausreichend zuverlässig ist, damit die Fehlerrate möglichst weitgehend reduziert wird, wenn Informationen fälschlicherweise als illegaler Inhalt erachtet werden.

Änderungsantrag 139

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 7 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Anbietern von Vermittlungsdiensten wird keine allgemeine Verpflichtung auferlegt, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hindeuten.

Geänderter Text

(1) Anbietern von Vermittlungsdiensten wird keine allgemeine Verpflichtung auferlegt – **weder de jure noch de facto – , mit automatischen oder nicht automatischen Hilfsmitteln** die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hindeuten, **oder das Verhalten natürlicher Personen zu überwachen.**

Änderungsantrag 140

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 7 – Absatz 1 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Anbieter von Vermittlungsdiensten sind nicht verpflichtet, automatisierte Werkzeuge für die Moderation von Inhalten oder für die Überwachung des Verhaltens natürlicher Personen zu verwenden.

Änderungsantrag 141

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 7 – Absatz 1 b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1b) Die Mitgliedstaaten hindern Anbieter von Vermittlungsdiensten nicht daran, von Endstelle zu Endstelle verschlüsselte Dienste zu erbringen.

Änderungsantrag 142

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 7 – Absatz 1 c (neu)**

(1c) Die Mitgliedstaaten verpflichten die Anbieter von Vermittlungsdiensten nicht generell, die anonyme Nutzung ihrer Dienste einzuschränken. Die Mitgliedstaaten verpflichten Anbieter von Vermittlungsdiensten nicht, personenbezogene Daten der Nutzer ihrer Dienste generell und anlasslos zu speichern. Eine gezielte Speicherung der Daten eines bestimmten Nutzers wird von einer Justizbehörde im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem nationalen Recht angeordnet.

Änderungsantrag 143

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 1

(1) Nach Eingang einer Anordnung zum Vorgehen gegen **einen bestimmten illegalen** Inhalt, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt ergriffen wurden.

(1) Nach Eingang einer Anordnung **über einen sicheren Kommunikationskanal** zum Vorgehen gegen **ein oder mehrere bestimmte Elemente von illegalem** Inhalt, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht **übermittelt und** erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt ergriffen wurden.

Änderungsantrag 144

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich -1 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- **die Angabe der Rechtsgrundlage der Anordnung,**

Änderungsantrag 145

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- eine Begründung, warum es sich bei den Informationen um illegale Inhalte handelt, mit Bezugnahme auf die besonderen Bestimmungen des Unionsrechts oder des nationalen Rechts, **gegen die verstoßen wurde,**

- eine **ausreichend ausführliche** Begründung, warum es sich bei den Informationen um illegale Inhalte handelt, mit Bezugnahme auf die besonderen Bestimmungen des Unionsrechts oder des **mit dem Unionsrecht im Einklang stehenden** nationalen Rechts,

Änderungsantrag 146

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- **Angaben zur erlassenden Behörde, einschließlich Datum, Zeitstempel und elektronischer Unterschrift der Behörde, damit der Nutzer die Anordnung authentisieren kann, und Kontaktangaben einer Kontaktperson bei der besagten Behörde,**

Änderungsantrag 147

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- eine oder mehrere präzise URL-Adresse(n) (Uniform Resource Locator)

- **eine eindeutige Angabe des genauen elektronischen Speicherorts**

und nötigenfalls weitere Angaben zur Ermittlung der betreffenden illegalen Inhalte,

dieser Informationen, etwa die präzise(n) URL-Adresse(n), falls dies angemessen ist oder wenn der genaue elektronische Speicherort nicht präzise ermittelbar ist, eine oder mehrere präzise URL-Adresse(n) (Uniform Resource Locator) und nötigenfalls weitere Angaben zur Ermittlung der betreffenden illegalen Inhalte,

Änderungsantrag 148

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 3

Vorschlag der Kommission

– Angaben über **Rechtsbehelfe**, die dem Diensteanbieter und dem Nutzer, der den Inhalt bereitgestellt hat, zur Verfügung stehen.

Geänderter Text

– **leicht verständliche** Angaben über **Rechtsbehelfsmechanismen**, die dem Diensteanbieter und dem Nutzer, der den Inhalt bereitgestellt hat, zur Verfügung stehen, **sowie Angaben zu den Fristen für die Rechtsbehelfe**,

Änderungsantrag 149

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– **sofern notwendig und angemessen den Beschluss, höchstens sechs Wochen ab dem Datum des Beschlusses aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, etwa der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung und Verfolgung von schweren Straftaten, keine Informationen über die Entfernung von Inhalten oder die Sperrung des Zugangs zu Inhalten offenzulegen.**

Änderungsantrag 150

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Der räumliche Geltungsbereich der Anordnung darf auf der Grundlage der geltenden Vorschriften des Unionsrechts und des nationalen Rechts, einschließlich der Charta, und gegebenenfalls der allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts nicht über das zur Erreichung ihres Ziels unbedingt erforderliche Maß hinausgehen.

Geänderter Text

b) Der räumliche Geltungsbereich der Anordnung darf auf der Grundlage der geltenden Vorschriften des Unionsrechts und des ***mit dem Unionsrecht im Einklang stehenden*** nationalen Rechts, einschließlich der Charta, und gegebenenfalls der allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts nicht über das zur Erreichung ihres Ziels unbedingt erforderliche Maß hinausgehen. ***Der räumliche Geltungsbereich der Anordnung ist auf das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats beschränkt, der die Anordnung erlässt, es sei denn, der illegale Charakter des Inhalts leitet sich unmittelbar aus dem Unionsrecht ab, oder die fraglichen Rechte erfordern einen größeren räumlichen Geltungsbereich im Einklang mit dem Unionsrecht und dem Völkerrecht.***

Änderungsantrag 151

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe c**

Vorschlag der Kommission

c) Die Anordnung wird in der vom Diensteanbieter angegebenen Sprache abgefasst und an die vom Anbieter gemäß Artikel 10 benannte Kontaktstelle geschickt.

Geänderter Text

c) Die Anordnung wird in der vom Diensteanbieter angegebenen Sprache ***oder in einer der Amtssprachen des die Anordnung gegen den bestimmten illegalen Inhalt erlassenden Mitgliedstaates*** abgefasst und an die vom Anbieter gemäß Artikel 10 benannte Kontaktstelle geschickt. ***In diesem Fall kann die Kontaktstelle des Diensteanbieters die zuständige Behörde auffordern, eine Übersetzung in die vom Anbieter angegebene Sprache zur Verfügung zu stellen.***

Änderungsantrag 152

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**ca) Die Anordnung entspricht
Artikel 3 der Richtlinie 2000/31/EG.**

Änderungsantrag 153

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe c b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**cb) Ist mehr als ein Anbieter von
Vermittlungsdiensten für das Hosting der
betreffenden Elemente des illegalen
Inhalts verantwortlich, so wird die
Anordnung an den am ehesten
zuständigen Anbieter gerichtet, der über
die technische und operative Fähigkeit
verfügt, gegen die betreffenden Elemente
vorzugehen.**

Änderungsantrag 154

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**(2a) Die Kommission erlässt nach
Anhörung des Gremiums
Durchführungsrechtsakte gemäß
Artikel 70, in denen sie ein bestimmtes
Muster und eine bestimmte Form für die
in Absatz 1 genannten Anordnungen
festlegt.**

Änderungsantrag 155

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2b) Anbieter von Vermittlungsdiensten, die eine Anordnung erhalten haben, haben das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf. Der Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats der Niederlassung kann beschließen, im Namen des Anbieters bei Rechtsbehelfen oder sonstigen Rechtsverfahren im Zusammenhang mit der Anordnung tätig zu werden.

Der Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats der Niederlassung kann die Behörde, die die Anordnung erlässt, auffordern, die Anordnung zurückzuziehen oder zu widerrufen oder den räumlichen Geltungsbereich der Anordnung an das unbedingt erforderliche Maß anzupassen. Wird dieser Aufforderung nicht Folge geleistet, ist der Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats der Niederlassung befugt, bei den Justizbehörden des Mitgliedstaats, der die Anordnung erlässt, die Annullierung, Beendigung oder Anpassung der Auswirkungen der Anordnung zu beantragen. Entsprechende Verfahren sind unverzüglich abzuschließen.

Änderungsantrag 156

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2c) Kann der Anbieter der Anordnung zur Entfernung nicht nachkommen, weil sie offensichtliche Fehler oder keine ausreichenden Informationen für die Ausführung enthält, unterrichtet er umgehend die Justiz- oder

Verwaltungsbehörde, die die Anordnung erlassen hat, und ersucht um die erforderliche Klarstellung.

Änderungsantrag 157

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 2 d (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2d) Die die Anordnung erlassende Behörde übermittelt diese Anordnung und die vom Anbieter von Vermittlungsdiensten erhaltenen Angaben über die Befolgung der Anordnung an den Koordinator für digitale Dienste im Mitgliedstaat der erlassenden Behörde.

Änderungsantrag 158

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) Die in diesem Artikel festgelegten Bedingungen und Anforderungen lassen die im Einklang mit dem Unionsrecht stehenden Anforderungen des nationalen Strafprozessrechts unberührt.

(4) Die in diesem Artikel festgelegten Bedingungen und Anforderungen lassen die im Einklang mit dem Unionsrecht, **einschließlich der Charta**, stehenden Anforderungen des nationalen Strafprozessrechts **und Verwaltungsverfahrensrechts** unberührt. **Die Behörden müssen zwar im Einklang mit diesen Rechtsvorschriften handeln, dürfen aber nicht über das zur Erreichung der verfolgten Ziele erforderliche Maß hinausgehen.**

Änderungsantrag 159

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 4 a (neu)

(4a) Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass die zuständigen Behörden auf Antrag eines Antragstellers, dessen Rechte durch die illegalen Inhalte verletzt werden, gemäß diesem Artikel eine einstweilige Verfügung gegen den entsprechenden Anbieter von Vermittlungsdiensten erlassen können, diese Inhalte zu entfernen oder den Zugang zu ihnen zu sperren.

Änderungsantrag 160

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 1

(1) Nach Eingang einer Auskunftsanordnung in Bezug auf eine bestimmte Einzelinformation über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, dass sie die Anordnung erhalten haben und wie sie der Anordnung nachgekommen sind.

(1) Nach Eingang einer Auskunftsanordnung **über einen sicheren Kommunikationskanal** in Bezug auf eine bestimmte Einzelinformation über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen **und übermittelt** wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, dass sie die Anordnung erhalten haben und wie sie der Anordnung nachgekommen sind.

Änderungsantrag 161

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich -1 (neu)

– **Angaben zur Identität der anordnenden Justiz- oder**

*Verwaltungsbehörde und die
Authentisierung der Anordnung durch
diese Behörde einschließlich Datum,
Zeitstempel und elektronischer
Unterschrift der Behörde, die die
Auskunftsanordnung erlassen hat;*

Änderungsantrag 162

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich -1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– *die Angabe der Rechtsgrundlage
der Anordnung,*

Änderungsantrag 163

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich -1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– *eine eindeutige Angabe des
genauen elektronischen Speicherortes,
einen Kontonamen oder eine individuelle
Kennung des Nutzers, zu dem
Informationen angefordert werden;*

Änderungsantrag 164

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– eine Begründung, wozu die Information benötigt wird und warum die Auskunftsanordnung erforderlich und verhältnismäßig ist, um festzustellen, ob die Nutzer des Vermittlungsdienstes das geltende Unionsrecht oder nationale Recht einhalten, es sei denn, eine solche Begründung kann aus Gründen der

– eine **ausreichend ausführliche** Begründung, wozu die Information benötigt wird und warum die Auskunftsanordnung erforderlich und verhältnismäßig ist, um festzustellen, ob die Nutzer des Vermittlungsdienstes das geltende Unionsrecht oder nationale Recht einhalten, es sei denn, eine solche

Verhütung, Untersuchung, Erkennung und Verfolgung von Straftaten nicht gegeben werden;

Begründung kann aus Gründen der Verhütung, Untersuchung, Erkennung und Verfolgung von Straftaten nicht gegeben werden;

Änderungsantrag 165

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- ***wenn die angeforderten Informationen personenbezogene Daten im Sinne von Artikel 4 Nummer 1 der Verordnung (EU) 2016/679 oder Artikel 3 Nummer 1 der Richtlinie (EU) 2016/680 darstellen, eine Bestätigung, dass die Anordnung im Einklang mit den anwendbaren Datenschutzvorschriften steht;***

Änderungsantrag 166

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- Angaben über Rechtsbehelfe, die dem Diensteanbieter und den betreffenden Nutzern zur Verfügung stehen.

- Angaben über Rechtsbehelfe, die dem Diensteanbieter und den betreffenden Nutzern zur Verfügung stehen, ***einschließlich Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen;***

Änderungsantrag 167

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- ***Angaben dazu, ob der Anbieter den betroffenen Nutzer unverzüglich informieren sollte, einschließlich***

Informationen über die geforderten Daten; falls Informationen im Zusammenhang mit Strafverfahren angefordert werden, muss das Ersuchen um diese Informationen im Einklang mit der Richtlinie (EU) 2016/680 stehen, und die Information des betroffenen Nutzers über dieses Ersuchen kann so lange aufgeschoben werden, wie erforderlich und angemessen ist, um zu verhindern, dass das entsprechende Strafverfahren behindert wird, und zwar unter Berücksichtigung der Rechte der unter Verdacht stehenden und beschuldigten Personen und unbeschadet der Rechte auf Verteidigung und wirksame Rechtsbehelfe. Dieses Ersuchen muss hinreichend begründet sein, Angaben zur Dauer der Geheimhaltungsverpflichtung enthalten und regelmäßig überprüft werden.

Änderungsantrag 168

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) Die Anordnung wird in der vom Diensteanbieter angegebenen Sprache abgefasst und an die vom Anbieter gemäß Artikel 10 benannte Kontaktstelle geschickt.

Geänderter Text

c) Die Anordnung wird in der vom Diensteanbieter angegebenen Sprache **oder in einer der Amtssprachen des die Anordnung gegen den illegalen Inhalt erlassenden Mitgliedstaates** abgefasst und an die vom Anbieter gemäß Artikel 10 benannte Kontaktstelle geschickt. **In diesem Fall kann die Kontaktstelle die zuständige Behörde auffordern, eine Übersetzung in die vom Anbieter angegebene Sprache zur Verfügung zu stellen.**

Änderungsantrag 169

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums Durchführungsrechtsakte gemäß Artikel 70, in denen sie eine bestimmte Vorlage und Form für die in Absatz 1 genannten Anordnungen festlegt.

Änderungsantrag 170

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2b) Anbieter von Vermittlungsdiensten, die eine Anordnung erhalten haben, haben das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf. Dieses Recht umfasst das Recht auf Anfechtung der Anordnung vor den Justizbehörden des Mitgliedstaats der erlassenden zuständigen Behörde, vor allem wenn die Anordnung gegen Artikel 3 der Richtlinie 2000/31/EG verstößt. Der Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats der Niederlassung kann beschließen, im Namen des Anbieters bei Rechtsbehelfen oder sonstigen Rechtsverfahren im Zusammenhang mit der Anordnung tätig zu werden.

Der Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats der Niederlassung kann die Behörde, die die Anordnung erlässt, auffordern, die Anordnung zurückzuziehen oder zu widerrufen. Wird dieser Aufforderung nicht Folge geleistet, ist der Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats der Niederlassung befugt, bei der Justiz des Mitgliedstaats der Anordnung die Annullierung, Beendigung oder Anpassung der Auswirkungen der Anordnung zu beantragen. Entsprechende Verfahren

sind unverzüglich abzuschließen.

Änderungsantrag 171

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 2 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2c) Kann der Anbieter der Anordnung nicht nachkommen, weil sie offensichtliche Fehler oder keine ausreichenden Informationen enthält, um die Ausführung zu ermöglichen, unterrichtet er umgehend die Justiz- oder Verwaltungsbehörde, die die Auskunftsanordnung erlassen hat, und fordert die erforderlichen Klarstellungen an.

Änderungsantrag 172

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 2 d (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2d) Die die Auskunftsanordnung in Bezug auf eine bestimmte Einzelinformation erlassende Behörde übermittelt diese Anordnung und die vom Anbieter von Vermittlungsdiensten erhaltenen Angaben über die Befolgung der Anordnung an den Koordinator für digitale Dienste im Mitgliedstaat der erlassenden Behörde.

Änderungsantrag 173

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) Die in diesem Artikel festgelegten

(4) Die in diesem Artikel festgelegten

Bedingungen und Anforderungen lassen die im Einklang mit dem Unionsrecht stehenden Anforderungen des nationalen Strafprozessrechts unberührt.

Bedingungen und Anforderungen lassen die im Einklang mit dem Unionsrecht stehenden Anforderungen des nationalen Strafprozessrechts **oder** **Verwaltungsverfahrenrechts** unberührt.

Änderungsantrag 174

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 9a

Wirksame Rechtsbehelfe für Nutzer

(1) Nutzer, deren Inhalte gemäß Artikel 8 entfernt oder deren Informationen gemäß Artikel 9 angefordert wurden, haben unbeschadet der gemäß der Richtlinie (EU) 2016/680 und der Verordnung (EU) 2016/679 zur Verfügung stehenden Rechtsbehelfe das Recht, einen wirksamen Rechtsbehelf gegen solche Anordnungen einzulegen, gegebenenfalls einschließlich der Wiederherstellung von Inhalten, wenn die Inhalte den Geschäftsbedingungen entsprachen, aber fälschlicherweise vom Diensteanbieter für illegal erachtet wurden.

(2) Dieses Recht auf Einlegung eines wirksamen Rechtsbehelfs wird vor einer Justizbehörde des anordnenden Mitgliedstaats nach dessen nationalem Recht ausgeübt und beinhaltet die Möglichkeit, die Rechtmäßigkeit der Maßnahme, einschließlich ihrer Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit, anzufechten.

(3) Die Koordinatoren für digitale Dienste erarbeiten für die Nutzer nationale Werkzeuge und Leitlinien in Bezug auf Beschwerde- und Rechtsbehelfsmechanismen, die in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet anwendbar sind.

Änderungsantrag 175

Vorschlag für eine Verordnung Kapitel III – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Sorgfaltspflichten für ein transparentes und
sicheres Online-Umfeld

Geänderter Text

Sorgfaltspflichten für ein transparentes,
barrierefreies und sicheres Online-Umfeld

Änderungsantrag 176

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 10 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Kontaktstellen

Geänderter Text

Kontaktstellen **für Behörden der
Mitgliedstaaten, die Kommission und das
Gremium**

Änderungsantrag 177

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 10 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Anbieter von
Vermittlungsdiensten **richten** eine zentrale
Kontaktstelle **ein, die eine direkte
elektronische Kommunikation** mit den
Behörden der Mitgliedstaaten, der
Kommission und dem in Artikel 47
genannten Gremium in Bezug auf die
Anwendung dieser Verordnung
ermöglicht.

Geänderter Text

(1) Die Anbieter von
Vermittlungsdiensten **benennen** eine
zentrale Kontaktstelle, **damit sie auf
elektronischem Wege direkt** mit den
Behörden der Mitgliedstaaten, der
Kommission und dem in Artikel 47
genannten Gremium in Bezug auf die
Anwendung dieser Verordnung
kommunizieren können.

Änderungsantrag 178

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 10 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten **veröffentlichen** die Informationen, die nötig sind, um ihre zentrale Kontaktstelle leicht aufzufinden und mit ihr zu kommunizieren.

Geänderter Text

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten **übermitteln den Behörden der Mitgliedstaaten, der Kommission und dem Gremium** die Informationen, die nötig sind, um ihre zentrale Kontaktstelle leicht aufzufinden und mit ihr zu kommunizieren, **einschließlich des Namens, der E-Mail-Adresse, der physischen Anschrift und der Telefonnummer, und sorgen dafür, dass die Informationen auf dem neuesten Stand gehalten werden.**

Änderungsantrag 179

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 10 – Absatz 2 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten können eine zentrale Kontaktstelle für diese Verordnung und eine andere zentrale Kontaktstelle gemäß anderen Rechtsvorschriften der Union einrichten. In diesem Fall unterrichten sie die Kommission über diese Entscheidung.

Änderungsantrag 180

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 10 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 10a

Kontaktstellen für Nutzer

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten benennen eine zentrale Kontaktstelle, damit die Nutzer direkt mit ihnen kommunizieren können.

(2) Insbesondere ermöglichen die Anbieter von Vermittlungsdiensten es den Nutzern, mit ihnen zu kommunizieren, indem sie schnelle, direkte und effiziente Kommunikationsmittel wie Telefonnummern, E-Mail-Adressen, elektronische Kontaktformulare, Chatbots oder Sofortnachrichten sowie die physische Anschrift der Niederlassung des Anbieters von Vermittlungsdiensten benutzerfreundlich und leicht zugänglich angeben. Ferner geben die Anbieter von Vermittlungsdiensten den Nutzern die Möglichkeit, Mittel der direkten Kommunikation zu wählen, die nicht ausschließlich auf automatisierten Werkzeugen beruhen.

(3) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten treffen alle angemessenen Maßnahmen, um dafür Sorge zu tragen, dass ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen bereitstehen, damit die in Absatz 1 genannte Kommunikation schnell und effizient durchgeführt wird.

Änderungsantrag 181

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 11 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Anbieter von Vermittlungsdiensten, die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienstleistungen in der Union anbieten, benennen schriftlich eine juristische oder natürliche Person in einem der Mitgliedstaaten, in denen sie ihre Dienste anbieten, als **ihren** Rechtsvertreter.

Geänderter Text

(1) Anbieter von Vermittlungsdiensten, die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienstleistungen in der Union anbieten, benennen schriftlich eine juristische oder natürliche Person, **die** in einem der Mitgliedstaaten, in denen sie ihre Dienste anbieten, als **ihr** Rechtsvertreter **fungiert**.

Änderungsantrag 182

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 11 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten beauftragen ihre Rechtsvertreter, sodass diese zusätzlich oder anstelle des Diensteanbieters von den Behörden der Mitgliedstaaten, der Kommission und dem Gremium in allen Fragen in Anspruch genommen werden können, die für die Entgegennahme, Einhaltung und Durchsetzung von Beschlüssen im Zusammenhang mit dieser Verordnung erforderlich sind. Die Anbieter von Vermittlungsdiensten stellen ihren Rechtsvertreter mit den notwendigen Befugnissen und Ressourcen aus, damit dieser mit den Behörden der Mitgliedstaaten, der Kommission und dem Gremium zusammenarbeiten und deren Beschlüssen nachkommen kann.

Geänderter Text

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten beauftragen ihre Rechtsvertreter, sodass diese zusätzlich oder anstelle des Diensteanbieters von den Behörden der Mitgliedstaaten, der Kommission und dem Gremium in allen Fragen in Anspruch genommen werden können, die für die Entgegennahme, Einhaltung und Durchsetzung von Beschlüssen im Zusammenhang mit dieser Verordnung erforderlich sind. Die Anbieter von Vermittlungsdiensten stellen ihren Rechtsvertreter mit den notwendigen Befugnissen und **hinreichenden** Ressourcen aus, damit dieser **wirksam und zeitnah** mit den Behörden der Mitgliedstaaten, der Kommission und dem Gremium zusammenarbeiten und deren **sämtlichen** Beschlüssen nachkommen kann.

Änderungsantrag 183

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 11 – Absatz 4**

Vorschlag der Kommission

(4) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten melden dem Koordinator für digitale Dienste in dem Mitgliedstaat, in dem ihr Rechtsvertreter ansässig oder niedergelassen ist, den Namen, die **Anschrift**, die E-Mail-Adresse und die Telefonnummer ihres Rechtsvertreters. Sie sorgen dafür, dass diese Angaben stets aktuell **sind**.

Geänderter Text

(4) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten melden dem Koordinator für digitale Dienste in dem Mitgliedstaat, in dem ihr Rechtsvertreter ansässig oder niedergelassen ist, den Namen, die **Postanschrift**, die E-Mail-Adresse und die Telefonnummer ihres Rechtsvertreters. Sie sorgen dafür, dass diese Angaben stets aktuell **bleiben**. **Der Koordinator für digitale Dienste in dem Mitgliedstaat, in dem dieser Vertreter ansässig oder niedergelassen ist, unternimmt nach Erhalt dieser Informationen angemessene Anstrengungen, um deren Gültigkeit zu prüfen.**

Änderungsantrag 184

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 11 – Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5a) Dieser Artikel gilt unbeschadet des Umstands, dass im Einklang mit nationalem Recht ein Rechtsvertreter von mehr als einem Anbieter von Vermittlungsdiensten beauftragt werden kann, sofern diese Anbieter Kleinst-, kleine oder mittlere Unternehmen gemäß der Empfehlung 2003/361/EG sind.

Änderungsantrag 185

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten ***machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt.***

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten ***nutzen faire, diskriminierungsfreie und transparente allgemeine Geschäftsbedingungen. Die Anbieter von Vermittlungsdiensten verfassen diese allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, benutzerfreundlicher und eindeutiger Sprache und stellen sie in leicht zugänglicher und maschinenlesbarer Form in den Amtssprachen des Mitgliedstaats, auf den der Dienst ausgerichtet ist, öffentlich zur Verfügung.***

Änderungsantrag 186

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen oder Änderungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Inhalte, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Die Anbieter von Vermittlungsdiensten stellen auch leicht zugängliche Informationen über das Recht der Nutzer, die Nutzung des Dienstes zu beenden, bereit. Die Anbieter von Vermittlungsdiensten beziehen auch Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge ein, die von den Anbietern von Vermittlungsdiensten zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung.

Änderungsantrag 187

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1b) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten informieren die Nutzer über etwaige wesentliche Änderungen der allgemeinen Geschäftsbedingungen und erklären diese.

Änderungsantrag 188

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 1 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1c) Richtet sich ein Vermittlungsdienst in erster Linie an Minderjährige oder wird er überwiegend von Minderjährigen genutzt, erläutert der Anbieter die Bedingungen und Einschränkungen für die Nutzung des Dienstes so, dass Minderjährige sie verstehen können.

Änderungsantrag 189

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten gehen bei der Anwendung und Durchsetzung der in Absatz 1 genannten Beschränkungen sorgfältig, **objektiv** und verhältnismäßig vor und berücksichtigen dabei die Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten sowie die geltenden Grundrechte der Nutzer, die in der Charta verankert sind.

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten gehen bei der Anwendung und Durchsetzung der in Absatz 1 genannten Beschränkungen **fair, transparent, kohärent, sorgfältig, zeitnah, nicht willkürlich, diskriminierungsfrei** und verhältnismäßig vor und berücksichtigen dabei die Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten sowie die geltenden Grundrechte der Nutzer, die in der Charta verankert sind.

Änderungsantrag 190

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten stellen den Nutzern eine präzise, leicht zugängliche Zusammenfassung der allgemeinen Geschäftsbedingungen in maschinenlesbarem Format und in klarer, benutzerfreundlicher und eindeutiger Sprache zur Verfügung. In dieser Zusammenfassung sind die

Hauptelemente der Informationspflichten zu nennen, einschließlich der Möglichkeit des einfachen Ausstiegs aus optionalen Klauseln und der verfügbaren Rechtsmittel und Rechtsbehelfe.

Änderungsantrag 191

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2b) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten können grafische Elemente wie Symbole oder Bilder verwenden, um die Hauptelemente der Informationspflichten zu veranschaulichen.

Änderungsantrag 192

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2c) Sehr große Online-Plattformen im Sinne von Artikel 25 veröffentlichen ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen in den Amtssprachen aller Mitgliedstaaten, in denen sie ihre Dienste anbieten.

Änderungsantrag 193

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2 d (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2d) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten verlangen von keinen anderen Nutzern als Unternehmern, dass sie ihre rechtliche Identität offenlegen, um den Dienst

nutzen zu können.

Änderungsantrag 194

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten veröffentlichen mindestens einmal jährlich klare, leicht verständliche und ausführliche Berichte über eine Moderation von Inhalten, die sie im betreffenden Zeitraum durchgeführt haben. Diese Berichte enthalten – soweit zutreffend – insbesondere folgende Angaben:

Geänderter Text

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten veröffentlichen mindestens einmal jährlich ***in einem standardisierten und maschinenlesbaren Format und auf leicht zugängliche Art und Weise*** klare, leicht verständliche und ausführliche Berichte über eine Moderation von Inhalten, die sie im betreffenden Zeitraum durchgeführt haben. Diese Berichte enthalten – soweit zutreffend – insbesondere folgende Angaben:

Änderungsantrag 195

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die Anzahl der von Behörden der Mitgliedstaaten erhaltenen Anordnungen, aufgeschlüsselt nach der Art der betroffenen illegalen Inhalte, einschließlich der gemäß den Artikeln 8 und 9 erlassenen Anordnungen, und die durchschnittliche Dauer bis zur ***Ergreifung*** der ***in diesen Anordnungen geforderten*** Maßnahmen;

Geänderter Text

a) die Anzahl der von Behörden der Mitgliedstaaten erhaltenen Anordnungen, aufgeschlüsselt nach der Art der betroffenen illegalen Inhalte, einschließlich der gemäß den Artikeln 8 und 9 erlassenen Anordnungen, und die durchschnittliche Dauer bis zur ***Information*** der ***anordnenden Behörde über den Eingang der Anordnung und die zur Umsetzung der Anordnung ergriffenen*** Maßnahmen;

Änderungsantrag 196

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe a a (neu)

aa) gegebenenfalls die vollständige Anzahl der Moderatoren von Inhalten für jede Amtssprache pro Mitgliedstaat und eine qualitative Darlegung, ob und in welcher Form automatisierte Werkzeuge zur Moderation von Inhalten in jeder Amtssprache verwendet werden;

Änderungsantrag 197

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) die Anzahl der nach Artikel 14 gemachten Meldungen, aufgeschlüsselt nach der Art der betroffenen mutmaßlich illegalen Inhalte, alle aufgrund der Meldungen ergriffenen Maßnahmen, unterschieden danach, ob dies auf gesetzlicher Grundlage oder gemäß den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters erfolgt ist, und die durchschnittliche Dauer bis zur Ergreifung der Maßnahmen;

Geänderter Text

b) die Anzahl der nach Artikel 14 gemachten Meldungen, aufgeschlüsselt nach der Art der betroffenen mutmaßlich illegalen Inhalte, **die Anzahl der von vertrauenswürdigen Hinweisgebern übermittelten Meldungen**, alle aufgrund der Meldungen ergriffenen Maßnahmen, unterschieden danach, ob dies auf gesetzlicher Grundlage oder gemäß den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters erfolgt ist, und die durchschnittliche **und mittlere** Dauer bis zur Ergreifung der Maßnahmen; **dabei können die Anbieter von Vermittlungsdiensten zusätzliche Angaben zu den Gründen für die durchschnittliche Dauer bis zur Ergreifung der Maßnahme machen;**

Änderungsantrag 198

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) **die** auf Eigeninitiative des Anbieters durchgeführte Moderation von

Geänderter Text

c) **sinnvolle und verständliche Informationen über die** auf Eigeninitiative

Inhalten, einschließlich der Anzahl und Art der ergriffenen Maßnahmen, die sich auf die Verfügbarkeit, Sichtbarkeit und Zugänglichkeit der von den Nutzern bereitgestellten Informationen auswirken, und der Möglichkeiten der Nutzer, solche Informationen bereitzustellen, aufgeschlüsselt nach der Art des Grundes und der Grundlage für das Ergreifen dieser Maßnahmen;

des Anbieters durchgeführte Moderation von Inhalten, einschließlich **der Nutzung automatisierter Werkzeuge**, der Anzahl und Art der ergriffenen Maßnahmen, die sich auf die Verfügbarkeit, Sichtbarkeit und Zugänglichkeit der von den Nutzern bereitgestellten Informationen auswirken, und der Möglichkeiten der Nutzer, solche Informationen bereitzustellen, aufgeschlüsselt nach der Art des Grundes und der Grundlage für das Ergreifen dieser Maßnahmen **sowie gegebenenfalls der Maßnahmen, die mit Blick auf die Schulung und Unterstützung von Beschäftigten, die sich mit der Moderation von Inhalten befassen, und mit Blick darauf getroffen wurden, dass Inhalte, bei denen keine Zuwiderhandlung vorliegt, nicht beeinträchtigt werden;**

Änderungsantrag 199

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) die Anzahl der Beschwerden, die über das in Artikel 17 genannte interne Beschwerdemanagementsystem eingegangen sind, die Grundlage dieser Beschwerden, die zu diesen Beschwerden getroffenen Entscheidungen, die durchschnittliche Entscheidungsdauer und die Anzahl der Fälle, in denen diese Entscheidungen rückgängig gemacht wurden.

Geänderter Text

d) die Anzahl der Beschwerden, die über das in Artikel 17 genannte interne Beschwerdemanagementsystem eingegangen sind, die Grundlage dieser Beschwerden, die zu diesen Beschwerden getroffenen Entscheidungen, die durchschnittliche **und mittlere** Entscheidungsdauer und die Anzahl der Fälle, in denen diese Entscheidungen rückgängig gemacht wurden.

Änderungsantrag 200

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Die bereitgestellten Informationen werden nach den Mitgliedstaaten aufgeschlüsselt, in denen Dienste angeboten werden, und umfassen auch Informationen zur Lage in der Union insgesamt.

Änderungsantrag 201

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Absatz 1 gilt nicht für Anbieter von Vermittlungsdiensten, bei denen es sich um Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Anbieter von Vermittlungsdiensten, bei denen es sich um Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt **und die auch keine sehr großen Online-Plattformen sind.**

Änderungsantrag 202

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 13a

Gestaltung und Organisation der Online-Schnittstelle

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten nutzen die Struktur, Funktion oder Funktionsweise ihrer Online-Schnittstelle oder von Teilen davon nicht, um die Fähigkeit der Nutzer, eine freie, selbstständige und fundierte Entscheidung oder Wahl zu treffen, zu verzerren oder zu behindern. Insbesondere sehen die Anbieter von Vermittlungsdiensten davon ab,

- a) eine Einwilligungsoption visuell stärker hervorzuheben, wenn der Nutzer eine Entscheidung treffen muss,*
- b) den Nutzer wiederholt aufzufordern, in die Datenverarbeitung einzuwilligen, wenn die Einwilligung gemäß Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2016/679 verweigert wurde, und zwar unabhängig vom Umfang oder Zweck dieser Verarbeitung, insbesondere wenn diese wiederholte Aufforderung durch ein Pop-up-Fenster erfolgt, das das Nutzererlebnis beeinträchtigt,*
- c) den Nutzer nachdrücklich dazu aufzufordern, eine Einstellung oder Konfiguration zu ändern, nachdem der Nutzer bereits eine Auswahl getroffen hat,*
- d) das Verfahren zur Beendigung eines Dienstes deutlich aufwändiger zu gestalten als die Anmeldung zu diesem Dienst, oder*
- e) zur Erteilung der Einwilligung aufzufordern, wenn der Nutzer sein Widerspruchsrecht mittels automatisierter Verfahren, bei denen technische Spezifikationen verwendet werden, im Einklang mit Artikel 21 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2016/679 ausübt.*

Dieser Absatz gilt unbeschadet der Verordnung (EU) 2016/679.

(2) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, einen delegierten Rechtsakt zur Aktualisierung der in Absatz 1 genannten Liste von Vorgehensweisen zu erlassen.

(3) Falls zutreffend, nehmen die Anbieter von Vermittlungsdiensten eigene Gestaltungsmerkmale an, damit sie ein hohes Maß an Datenschutz, Sicherheit und konzeptionsintegrierter Sicherheit für Minderjährige bieten können.

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Die in Absatz 1 genannten Verfahren müssen das Übermitteln hinreichend genauer und angemessen begründeter Meldungen erleichtern, **sodass ein sorgfältig handelnder Wirtschaftsteilnehmer auf ihrer Grundlage die Rechtswidrigkeit der fraglichen Inhalte feststellen kann**. Dazu ergreifen die Anbieter die erforderlichen Maßnahmen, um die Übermittlung von Meldungen zu ermöglichen und zu erleichtern, die alle folgenden Elemente enthalten:

Änderungsantrag 204

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 2 – Buchstabe a a (neu)

Vorschlag der Kommission

Änderungsantrag 205

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) eine eindeutige Angabe des elektronischen Speicherorts dieser Informationen, **insbesondere** die präzise(n) URL-Adresse(n), **und** nötigenfalls weitere Angaben zur Ermittlung der illegalen Inhalte;

Geänderter Text

(2) Die in Absatz 1 genannten Verfahren müssen das Übermitteln hinreichend genauer und angemessen begründeter Meldungen erleichtern. Dazu ergreifen die Anbieter die erforderlichen Maßnahmen, um die Übermittlung von **gültigen** Meldungen zu ermöglichen und zu erleichtern, die alle folgenden Elemente enthalten:

Geänderter Text

aa) gegebenenfalls Nachweise, die die Behauptung stützen;

Geänderter Text

b) **gegebenenfalls** eine eindeutige Angabe des **genauen** elektronischen Speicherorts dieser Informationen, **zum Beispiel** die präzise(n) URL-Adresse(n), **oder** nötigenfalls weitere Angaben zur Ermittlung der illegalen Inhalte, **die für die Art der Inhalte und die konkrete Art des Hosting-Dienstes gelten;**

Änderungsantrag 206

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Meldungen mit den in Absatz 2 genannten Angaben bewirken, dass für die Zwecke des Artikels 5 von einer tatsächlichen Kenntnis oder einem Bewusstsein in Bezug auf die betreffende Einzelinformation ausgegangen wird.

Geänderter Text

(3) Meldungen mit den in Absatz 2 genannten Angaben, **auf deren Grundlage ein sorgfältig handelnder Hosting-Diensteanbieter die Rechtswidrigkeit der fraglichen Inhalte ohne Rechts- oder Sachprüfung feststellen kann**, bewirken, dass für die Zwecke des Artikels 5 von einer tatsächlichen Kenntnis oder einem Bewusstsein in Bezug auf die betreffende Einzelinformation ausgegangen wird.

Änderungsantrag 207

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Informationen, die Gegenstand einer Meldung waren, bleiben zugänglich, solange die Bewertung ihrer Rechtmäßigkeit aussteht, und zwar unbeschadet des Rechts der Hosting-Diensteanbieter, ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen anzuwenden. Die Hosting-Diensteanbieter werden nicht dafür haftbar gemacht, wenn gemeldete Informationen nicht entfernt werden, solange die Bewertung der Rechtmäßigkeit aussteht.

Änderungsantrag 208

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) Enthält die Meldung den Namen

(4) Enthält die Meldung den Namen

und eine E-Mail-Adresse der meldenden Person oder Einrichtung, so schickt der Hosting-Diensteanbieter dieser Person oder Einrichtung **unverzüglich** eine Empfangsbestätigung.

und eine E-Mail-Adresse der meldenden Person oder Einrichtung, so schickt der Hosting-Diensteanbieter dieser Person oder Einrichtung **ohne ungebührliche Verzögerung** eine Empfangsbestätigung.

Änderungsantrag 209

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Ferner teilt der Anbieter der betreffenden Person oder Einrichtung unverzüglich seine **Entscheidung** in Bezug auf die gemeldeten Informationen mit und weist dabei auf die möglichen Rechtsbehelfe **gegen diese Entscheidung** hin.

Geänderter Text

(5) Ferner teilt der Anbieter der betreffenden Person oder Einrichtung unverzüglich seine **Maßnahme** in Bezug auf die gemeldeten Informationen mit und weist dabei auf die möglichen Rechtsbehelfe hin.

Änderungsantrag 210

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5a) Die Anonymität von Einzelpersonen, die eine Meldung übermittelt haben, ist gegenüber dem Nutzer, der den Inhalt bereitgestellt hat, zu wahren, es sei denn, es handelt sich um mutmaßliche Verletzungen von Persönlichkeitsrechten oder Rechten des geistigen Eigentums.

Änderungsantrag 211

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6) Hosting-Diensteanbieter bearbeiten

(6) Hosting-Diensteanbieter bearbeiten

alle Meldungen, die sie im Rahmen der in Absatz 1 genannten Verfahren erhalten, und entscheiden über die gemeldeten Informationen in zeitnaher, sorgfältiger und **objektiver** Weise. Wenn sie zu dieser Bearbeitung oder Entscheidungsfindung automatisierte Mittel einsetzen, machen sie in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch Angaben über den Einsatz dieser Mittel.

alle Meldungen, die sie im Rahmen der in Absatz 1 genannten Verfahren erhalten, und entscheiden über die gemeldeten Informationen in zeitnaher, sorgfältiger, **diskriminierungsfreier** und **nicht willkürlicher** Weise. Wenn sie zu dieser Bearbeitung oder Entscheidungsfindung automatisierte Mittel einsetzen, machen sie in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch Angaben über den Einsatz dieser Mittel. **Verfügt der Anbieter nicht über die technischen und operativen Fähigkeiten oder die vertragliche Möglichkeit, gegen bestimmte illegale Inhalte vorzugehen, so kann er eine Meldung an den Anbieter weiterleiten, der die direkte Kontrolle über bestimmte illegale Inhalte ausübt, wobei er die meldende Person oder Einrichtung und den zuständigen Koordinator für digitale Dienste davon in Kenntnis setzt.**

Änderungsantrag 212

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Entscheidet ein Hosting-Diensteanbieter, eine bestimmte von einem Nutzer bereitgestellte Einzelinformation zu entfernen **oder** den Zugang dazu zu sperren, so gibt er – ungeachtet der zur Erkennung, Feststellung, Entfernung oder Sperrung dieser Information verwendeten Mittel und der Gründe seiner Entscheidung – dem Nutzer spätestens zum Zeitpunkt der Entfernung oder der Zugangssperrung seine Entscheidung mit einer klaren und spezifischen Begründung bekannt.

Geänderter Text

(1) Entscheidet ein Hosting-Diensteanbieter, eine bestimmte von einem Nutzer bereitgestellte Einzelinformation zu entfernen, den Zugang dazu zu sperren, **sie herabzustufen oder andere Maßnahmen in Bezug auf die Information zu ergreifen**, so gibt er – ungeachtet der zur Erkennung, Feststellung, Entfernung oder Sperrung dieser Information verwendeten Mittel und der Gründe seiner Entscheidung – dem Nutzer spätestens zum Zeitpunkt der Entfernung oder der Zugangssperrung seine Entscheidung mit einer klaren und spezifischen Begründung bekannt.

Diese Verpflichtung gilt nicht, wenn es sich bei dem Inhalt um einen irreführenden, umfangreichen kommerziellen Inhalt handelt oder wenn eine Justiz- oder Strafverfolgungsbehörde

aufgrund eines laufenden Ermittlungsverfahrens darum ersucht hat, den Nutzer nicht zu informieren, bis das Ermittlungsverfahren abgeschlossen ist.

Änderungsantrag 213

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) ob die **Entscheidung** die Entfernung der Information **oder** die Sperrung des Zugangs zu der Information betrifft, und gegebenenfalls den räumlichen Geltungsbereich der **Zugangssperrung**;

Geänderter Text

a) ob die **Maßnahme** die Entfernung der Information, die Sperrung des Zugangs zu der Information, **die Herabstufung der Information oder andere Maßnahmen in Bezug auf die Information** betrifft, und gegebenenfalls den räumlichen Geltungsbereich der **Maßnahme und ihre Dauer, u. a. eine Erklärung, warum die Maßnahme nicht über das streng für die Erreichung ihres Ziels erforderliche Maß hinausging, falls die Maßnahme gemäß Artikel 14 getroffen wurde**;

Änderungsantrag 214

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) die Tatsachen und Umstände, auf denen die **Entscheidung** beruht, und gegebenenfalls ob die **Entscheidung** infolge einer nach Artikel 14 gemachten Meldung getroffen wurde;

Geänderter Text

b) die Tatsachen und Umstände, auf denen die **Maßnahme** beruht, und gegebenenfalls ob die **Maßnahme** infolge einer nach Artikel 14 gemachten Meldung **oder aufgrund freiwilliger Untersuchungen auf Eigeninitiative oder aufgrund einer gemäß Artikel 8 erteilten Anordnung** getroffen wurde, **sowie, falls zutreffend, die Identität der meldenden Person**;

Änderungsantrag 215

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) gegebenenfalls Angaben über die Verwendung automatisierter Mittel zur **Entscheidungsfindung** und ob die **Entscheidung** in Bezug auf Inhalte getroffen wurde, die mit automatisierten Mitteln erkannt oder festgestellt wurden;

Geänderter Text

c) gegebenenfalls Angaben über die Verwendung automatisierter Mittel zur **Ergreifung der Maßnahme** und ob die **Maßnahme** in Bezug auf Inhalte getroffen wurde, die mit automatisierten Mitteln erkannt oder festgestellt wurden;

Änderungsantrag 216

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) falls die **Entscheidung** mutmaßlich illegale Inhalte betrifft, einen Verweis auf die Rechtsgrundlage und Erläuterungen, warum die Informationen auf dieser Grundlage als illegale Inhalte angesehen werden;

Geänderter Text

d) falls die **Maßnahme** mutmaßlich illegale Inhalte betrifft, einen Verweis auf die Rechtsgrundlage und Erläuterungen, warum die Informationen auf dieser Grundlage als illegale Inhalte angesehen werden;

Änderungsantrag 217

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

e) falls die **Entscheidung** auf der mutmaßlichen Unvereinbarkeit der Informationen mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Diensteanbieters beruht, einen Verweis auf die betreffende vertragliche Bestimmung und Erläuterungen, warum die Informationen als damit unvereinbar angesehen werden;

Geänderter Text

e) falls die **Maßnahme** auf der mutmaßlichen Unvereinbarkeit der Informationen mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Diensteanbieters beruht, einen Verweis auf die betreffende vertragliche Bestimmung und Erläuterungen, warum die Informationen als damit unvereinbar angesehen werden;

Änderungsantrag 218

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe f

Vorschlag der Kommission

f) Informationen über die dem Nutzer gegen die **Entscheidung** zur Verfügung stehenden Rechtsbehelfe, insbesondere interne Beschwerdemanagementverfahren, außergerichtliche Streitbeilegung und gerichtliche Rechtsmittel.

Geänderter Text

f) **klare und benutzerfreundliche** Informationen über die dem Nutzer gegen die **Maßnahme** zur Verfügung stehenden Rechtsbehelfe, insbesondere **gegebenenfalls** interne Beschwerdemanagementverfahren, außergerichtliche Streitbeilegung und gerichtliche Rechtsmittel.

Änderungsantrag 219

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Hosting-Diensteanbieter veröffentlichen die in Absatz 1 genannten **Entscheidungen** und Begründungen in einer öffentlich zugänglichen Datenbank, die von der Kommission verwaltet wird. Diese Informationen dürfen keine personenbezogenen Daten enthalten.

Geänderter Text

(4) Hosting-Diensteanbieter veröffentlichen **mindestens einmal jährlich** die in Absatz 1 genannten **Maßnahmen** und Begründungen in einer öffentlich zugänglichen, **maschinenlesbaren** Datenbank, die von der Kommission verwaltet **und veröffentlicht** wird. Diese Informationen dürfen keine personenbezogenen Daten enthalten.

Änderungsantrag 220

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 15a

Meldung des Verdachts auf Straftaten

(1) **Erhält ein Hosting-Diensteanbieter Kenntnis von Informationen, die den Verdacht**

begründen, dass eine schwere Straftat, die eine unmittelbare Bedrohung für das Leben oder die Sicherheit von Personen darstellt, begangen wurde, begangen wird oder begangen werden soll, so teilt er seinen Verdacht unverzüglich den Strafverfolgungs- oder Justizbehörden des betreffenden Mitgliedstaats oder der betreffenden Mitgliedstaaten mit und stellt auf Anforderung alle vorliegenden einschlägigen Informationen zur Verfügung.

(2) Kann der Hosting-Dienstanbieter den betreffenden Mitgliedstaat nicht mit hinreichender Gewissheit ermitteln, so unterrichtet er die Strafverfolgungsbehörden des Mitgliedstaats, in dem er niedergelassen ist oder seinen Rechtsvertreter hat, und kann Europol in Kenntnis setzen.

Für die Zwecke dieses Artikels gilt als betreffender Mitgliedstaat der Mitgliedstaat, in dem die Straftat begangen wurde, begangen wird oder begangen werden soll, oder der Mitgliedstaat, in dem der Verdächtige seinen Wohnsitz oder Aufenthaltsort hat, oder der Mitgliedstaat, in dem das Opfer seinen Wohnsitz oder Aufenthaltsort hat. Für die Zwecke dieses Artikels übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission die Liste ihrer zuständigen Strafverfolgungs- oder Justizbehörden.

(3) Sofern die unterrichtete Behörde keine gegenteilige Anweisung erteilt, entfernt oder sperrt der Hosting-Dienstanbieter die betreffenden Inhalte.

(4) Die Informationen, die eine Strafverfolgungs- oder Justizbehörde eines Mitgliedstaats gemäß Absatz 1 erhält, werden ausschließlich für Zwecke verwendet, die unmittelbar mit der jeweiligen gemeldeten schweren Straftat im Zusammenhang stehen.

(5) Die Kommission erlässt einen Durchführungsrechtsakt, in dem sie ein Muster für Meldungen nach Absatz 1

festlegt.

Änderungsantrag 221

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 16 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Dieser Abschnitt gilt nicht für Online-Plattformen, bei denen es sich um Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt.

Geänderter Text

(1) Dieser Abschnitt gilt nicht für Online-Plattformen, bei denen es sich um Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt **und die keine sehr großen Online-Plattformen nach Artikel 25 dieser Verordnung sind.**

(2) **Anbieter von Vermittlungsdiensten können einen begründeten Antrag auf Befreiung von den Anforderungen gemäß diesem Abschnitt stellen, sofern sie**

a) keine systemischen Risiken darstellen und nur beschränkt illegalen Inhalten ausgesetzt sind und

b) gemeinnützige oder mittlere Unternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG sind.

(3) **Der Antrag ist bei dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort zu stellen, der eine vorläufige Beurteilung vornimmt. Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort übermittelt der Kommission den Antrag nebst seiner Beurteilung und gegebenenfalls einer Empfehlung in Bezug auf die Entscheidung der Kommission. Die Kommission prüft den Antrag und kann nach Anhörung des Gremiums eine vollständige oder teilweise Befreiung von den Anforderungen dieses Abschnitts erteilen.**

(4) **Erteilt die Kommission diese Befreiung, überwacht sie die Nutzung der Befreiung durch den Anbieter von**

Vermittlungsdiensten, damit die Nutzungsbedingungen der Befreiung eingehalten werden.

(5) Auf Verlangen des Gremiums, des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder des Anbieters oder auf eigene Initiative kann die Kommission die Befreiung überprüfen und ganz oder teilweise widerrufen.

(6) Die Kommission führt ein Verzeichnis aller erteilten Befreiungen und deren Bedingungen und macht das Verzeichnis öffentlich zugänglich.

(7) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, einen delegierten Rechtsakt nach Artikel 69 in Bezug auf den Prozess und das Verfahren zur Anwendung des Befreiungssystems im Zusammenhang mit diesem Artikel zu erlassen.

Änderungsantrag 222

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Entscheidungen über die Entfernung der Information oder die Sperrung des Zugangs zu der Information;

Geänderter Text

a) Entscheidungen über die Entfernung **oder Herabstufung** der Information oder die Sperrung des Zugangs zu der Information **oder die Ergreifung anderer Maßnahmen, die die Sichtbarkeit, Verfügbarkeit oder Zugänglichkeit der Information beschränken**;

Änderungsantrag 223

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Entscheidungen über die vollständige oder teilweise Aussetzung oder Kündigung des Dienstes gegenüber

Geänderter Text

b) Entscheidungen über die vollständige oder teilweise Aussetzung, **Einschränkung** oder Kündigung des

den Nutzern;

Dienstes gegenüber den Nutzern;

Änderungsantrag 224

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) Entscheidungen über die Beschränkung der Möglichkeit der Monetisierung der von Nutzern bereitgestellten Inhalte.

Änderungsantrag 225

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Der Tag, an dem der Nutzer im Einklang mit Artikel 15 über die Entscheidung in Kenntnis gesetzt wird, gilt als Beginn des in Absatz 1 genannten Zeitraums von mindestens sechs Monaten.

Änderungsantrag 226

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Online-Plattformen stellen sicher, dass ihre internen Beschwerdemanagementsysteme leicht zugänglich und benutzerfreundlich sind und die Einreichung hinreichend präziser und angemessen begründeter Beschwerden ermöglichen und erleichtern.

(2) Online-Plattformen stellen sicher, dass ihre internen Beschwerdemanagementsysteme leicht zugänglich und benutzerfreundlich sind, **auch für Menschen mit Behinderungen und Minderjährige, dass sie diskriminierungsfrei sind** und die Einreichung hinreichend präziser und angemessen begründeter Beschwerden ermöglichen und erleichtern. **Online-**

Plattformen geben die Verfahrensregeln ihres internen Beschwerdemanagementsystems in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, benutzerfreundlicher und leicht zugänglicher Weise an.

Änderungsantrag 227

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Online-Plattformen bearbeiten Beschwerden, die über ihr internes Beschwerdemanagementsystem eingereicht werden, zeitnah, sorgfältig und **in objektiver Weise**. Enthält eine Beschwerde ausreichende Gründe für die Annahme, dass die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, weder rechtswidrig sind noch gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen, oder enthält sie Informationen, aus denen hervorgeht, dass das Verhalten des Beschwerdeführers keine Aussetzung oder Kündigung des Dienstes oder Schließung des Kontos rechtfertigt, so macht die Online-Plattform ihre in Absatz 1 genannte Entscheidung unverzüglich rückgängig.

Geänderter Text

(3) Online-Plattformen bearbeiten Beschwerden, die über ihr internes Beschwerdemanagementsystem eingereicht werden, zeitnah, **diskriminierungsfrei**, sorgfältig und **nicht willkürlich binnen zehn Arbeitstagen ab dem Tag, an dem die jeweilige Online-Plattform die Beschwerde erhalten hat**. Enthält eine Beschwerde ausreichende Gründe für die Annahme, dass die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, weder rechtswidrig sind noch gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen, oder enthält sie Informationen, aus denen hervorgeht, dass das Verhalten des Beschwerdeführers keine Aussetzung oder Kündigung des Dienstes oder Schließung des Kontos rechtfertigt, so macht die Online-Plattform ihre in Absatz 1 genannte Entscheidung unverzüglich rückgängig.

Änderungsantrag 228

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Online-Plattformen stellen sicher, dass die in Absatz 4 genannten Entscheidungen nicht allein mit

Geänderter Text

(5) Online-Plattformen stellen sicher, dass **Nutzern die Möglichkeit geboten wird, zum Zeitpunkt der Einreichung der**

automatisierten Mitteln getroffen werden.

Beschwerde erforderlichenfalls einen menschlichen Ansprechpartner zu kontaktieren, und dass die in Absatz 4 genannten Entscheidungen nicht allein mit automatisierten Mitteln getroffen werden. Online-Plattformen sorgen dafür, dass Entscheidungen von qualifiziertem Personal getroffen werden.

Änderungsantrag 229

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5a) Nutzer haben die Möglichkeit, im Einklang mit den Rechtsvorschriften des betreffenden Mitgliedstaats rasch einen Rechtsbehelf einzulegen.

Änderungsantrag 230

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 18 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Nutzer, die von den in Artikel 17 Absatz 1 genannten Entscheidungen betroffen sind, haben das Recht, zur Beilegung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit diesen Entscheidungen sowie mit Beschwerden, die nicht mit den Mitteln des in dem Artikel genannten internen Beschwerdemanagementsystems gelöst werden konnten, eine gemäß Absatz 2 zugelassene außergerichtliche Streitbeilegungsstelle zu wählen. ***Online-Plattformen arbeiten nach Treu und Glauben mit der für die Streitbeilegung ausgewählten Stelle zusammen und sind an die Entscheidung dieser Stelle gebunden.***

(1) Nutzer, die von den in Artikel 17 Absatz 1 genannten Entscheidungen betroffen sind, ***die von der Online-Plattform getroffen wurden, weil es sich bei den von den Nutzern bereitgestellten Informationen um illegale Inhalte handelt oder diese Informationen nicht mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbar sind,*** haben das Recht, zur Beilegung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit diesen Entscheidungen sowie mit Beschwerden, die nicht mit den Mitteln des in dem Artikel genannten internen Beschwerdemanagementsystems gelöst werden konnten, eine gemäß Absatz 2 zugelassene außergerichtliche Streitbeilegungsstelle zu wählen.

Änderungsantrag 231

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 18 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Beide Parteien arbeiten nach Treu und Glauben mit der für die Streitbeilegung ausgewählten externen unabhängigen, zugelassenen Stelle zusammen und sind an die Entscheidung dieser Stelle gebunden. Die Möglichkeit, eine außergerichtliche Streitbeilegungsstelle auszuwählen, muss auf der Online-Schnittstelle der Online-Plattform eindeutig, benutzerfreundlich und leicht zugänglich zur Verfügung stehen.

Änderungsantrag 232

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 18 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Der Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem die außergerichtliche Streitbeilegungsstelle niedergelassen ist, lässt diese Stelle auf deren Antrag hin zu, nachdem die Stelle nachgewiesen **hat**, dass **sie** alle folgenden Bedingungen erfüllt:

(2) Der Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem die außergerichtliche Streitbeilegungsstelle niedergelassen ist, lässt diese Stelle **für einen Zeitraum von höchstens drei Jahren, der erneuert werden kann**, auf deren Antrag hin zu, nachdem die Stelle **und die für die außergerichtliche Streitbeilegungsstelle verantwortlichen Personen** nachgewiesen **haben**, dass **die Stelle** alle folgenden Bedingungen erfüllt:

Änderungsantrag 233

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 18 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) sie ist **unparteiisch und unabhängig von Online-Plattformen** und Nutzern der von Online-Plattformen erbrachten Dienste;

Geänderter Text

a) sie ist – **auch finanziell – unabhängig und unparteiisch gegenüber Online-Plattformen**, Nutzern der von Online-Plattformen erbrachten Dienste **sowie gegenüber Personen oder Stellen, die Meldungen gemacht haben**;

Änderungsantrag 234

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) **ihre Vertreter werden auf eine Weise vergütet, die nicht vom Ergebnis des Verfahrens abhängt**;

Änderungsantrag 235

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 2 – Buchstabe b b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

bb) **die für die Streitbeilegung zuständigen natürlichen Personen verpflichten sich, für einen Zeitraum von drei Jahren nach Ablauf ihrer in der Streitbeilegungsstelle zurückgelegten Amtszeit weder für die Online-Plattform noch für einen Berufs- oder Wirtschaftsverband, dessen Mitglied die Online-Plattform ist, tätig zu sein, und dürfen in den zwei Jahren vor der Übernahme dieser Aufgabe nicht für diese Organisationen tätig gewesen sein**;

Änderungsantrag 236

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 2 – Buchstabe c**

Vorschlag der Kommission

c) die Streitbeilegung ist über elektronische Kommunikationsmittel leicht zugänglich;

Geänderter Text

c) die Streitbeilegung ist über elektronische Kommunikationsmittel leicht zugänglich, ***auch für Menschen mit Behinderungen, und es besteht die Möglichkeit, Beschwerden und die erforderlichen einschlägigen Dokumente online einzureichen;***

Änderungsantrag 237

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 2 – Buchstabe e**

Vorschlag der Kommission

e) die Streitbeilegung erfolgt nach klaren und fairen Verfahrensregeln.

Geänderter Text

e) die Streitbeilegung erfolgt nach klaren und fairen Verfahrensregeln, ***die deutlich sichtbar und leicht und öffentlich zugänglich sind.***

Änderungsantrag 238

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 2 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Der Koordinator für digitale Dienste prüft jährlich, ob die außergerichtliche Streitbeilegungsstelle die Bedingungen nach Absatz 2 weiterhin erfüllt. Ist dies nicht der Fall, so erkennt der Koordinator für digitale Dienste ihr den Status als außergerichtliche Streitbeilegungsstelle ab.

Änderungsantrag 239

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 2 b (neu)**

(2b) Der Koordinator für digitale Dienste verfasst alle zwei Jahre einen Bericht, in dem die Anzahl der jährlich bei der außergerichtlichen Streitbeilegungsstelle eingegangenen Beschwerden, die ergangenen Entscheidungen, etwaige systematische oder sektorale Probleme, die ermittelt wurden, und die durchschnittliche Dauer bis zur Beilegung der Streitigkeiten angegeben werden. Der Bericht umfasst insbesondere

a) eine Beschreibung der bewährten Verfahren der außergerichtlichen Streitbeilegungsstellen,

b) gegebenenfalls eine statistisch belegte Berichterstattung über Unzulänglichkeiten, die das Funktionieren der außergerichtlichen Streitbeilegungsstellen im Hinblick auf die Beilegung sowohl inländischer als auch grenzübergreifender Streitigkeiten behindern,

c) gegebenenfalls Empfehlungen dazu, wie das wirksame und effiziente Funktionieren der außergerichtlichen Streitbeilegungsstellen verbessert werden könnte.

Änderungsantrag 240

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 18 – Absatz 2 c (neu)

(2c) Zugelassene außergerichtliche Streitbeilegungsstellen haben das Streitbeilegungsverfahren innerhalb einer angemessenen Frist, spätestens jedoch 90 Kalendertage nach Eingang der Beschwerde bei der zugelassenen Stelle abzuschließen. Das Verfahren gilt an dem

Tag als abgeschlossen, an dem die zugelassene Stelle die Entscheidung in dem außergerichtlichen Streitbeilegungsverfahren bekanntgegeben hat.

Änderungsantrag 241

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 18 – Absatz 3 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(3) Entscheidet die Stelle die Streitigkeit zugunsten des Nutzers, so erstattet die Online-Plattform dem Nutzer alle Gebühren und sonstigen angemessenen Kosten, die **dieser** im Zusammenhang mit der Streitbeilegung gezahlt **hat** oder noch zahlen **muss**. Entscheidet die Stelle die Streitigkeit zugunsten der Online-Plattform, so **ist** der Nutzer nicht verpflichtet, Gebühren oder sonstige Kosten zu erstatten, die die Online-Plattform im Zusammenhang mit der Streitbeilegung gezahlt hat oder noch zahlen muss.

Geänderter Text

(3) Entscheidet die Stelle die Streitigkeit zugunsten des Nutzers, **der Einzelpersonen oder der gemäß Artikel 68 beauftragten Stellen, die Meldungen gemacht haben**, so erstattet die Online-Plattform dem Nutzer, **den Einzelpersonen oder den Stellen, die Meldungen gemacht haben**, alle Gebühren und sonstigen angemessenen Kosten, die **diese** im Zusammenhang mit der Streitbeilegung gezahlt **haben** oder noch zahlen **müssen**. Entscheidet die Stelle die Streitigkeit zugunsten der Online-Plattform **und befindet sie nicht, dass der Nutzer in der Streitigkeit wider Treu und Glauben gehandelt hat**, so **sind** der Nutzer **oder die Einzelpersonen oder Stellen, die Meldungen gemacht haben**, nicht verpflichtet, Gebühren oder sonstige Kosten zu erstatten, die die Online-Plattform im Zusammenhang mit der Streitbeilegung gezahlt hat oder noch zahlen muss.

Änderungsantrag 242

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 18 – Absatz 3 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Die von der Streitbeilegungsstelle erhobenen Gebühren müssen angemessen

Geänderter Text

Die von der Streitbeilegungsstelle erhobenen Gebühren müssen angemessen

sein und dürfen in keinem Fall die hierdurch entstehenden Kosten übersteigen.

sein und dürfen in keinem Fall die hierdurch entstehenden Kosten **für Online-Plattformen** übersteigen.

Außergerichtliche Streitbeilegungsverfahren sind für Nutzer kostenlos oder für eine Schutzgebühr verfügbar.

Änderungsantrag 243

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 18 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Die Koordinatoren für digitale Dienste teilen der Kommission die außergerichtlichen Streitbeilegungsstellen **mit**, die sie gemäß Absatz 2 zugelassen haben, gegebenenfalls einschließlich der im zweiten Unterabsatz jenes Absatzes genannten Spezifikationen. Die Kommission veröffentlicht auf einer eigens hierfür eingerichteten Website eine Liste dieser Stellen, einschließlich der genannten Spezifikationen, und hält diese auf dem neuesten Stand.

Geänderter Text

(5) Die Koordinatoren für digitale Dienste teilen der Kommission die außergerichtlichen Streitbeilegungsstellen, die sie gemäß Absatz 2 zugelassen haben, gegebenenfalls einschließlich der im zweiten Unterabsatz jenes Absatzes genannten Spezifikationen, **sowie die außergerichtlichen Streitbeilegungsstellen, denen der Status aberkannt wurde, mit**. Die Kommission veröffentlicht auf einer eigens hierfür eingerichteten Website eine Liste dieser Stellen, einschließlich der genannten Spezifikationen, und hält diese auf dem neuesten Stand.

Änderungsantrag 244

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 19 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Online-Plattformen ergreifen die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen, damit Meldungen, die von vertrauenswürdigen Hinweisgebern über die in Artikel 14 genannten Mechanismen übermittelt werden, vorrangig und **unverzüglich** bearbeitet werden und darüber entschieden

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen ergreifen die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen, damit Meldungen, die von vertrauenswürdigen Hinweisgebern, **die innerhalb ihres ausgewiesenen Fachbereichs tätig sind**, über die in Artikel 14 genannten Mechanismen übermittelt werden, **unter**

wird.

Berücksichtigung des ordnungsgemäßen Verfahrens vorrangig und **zügig** bearbeitet werden und darüber entschieden wird.

Änderungsantrag 245

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 19 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Online-Plattformen ergreifen die technischen und organisatorischen Maßnahmen, die erforderlich sind, damit vertrauenswürdige Hinweisgeber Korrekturmeldungen in Bezug auf die fälschliche Beseitigung von bzw. Beschränkung oder Sperrung des Zugangs zu Inhalten oder auf die Aussetzung oder Schließung von Konten machen können und damit diese Meldungen zur Wiederherstellung von Informationen vorrangig und unverzüglich bearbeitet werden und darüber entschieden wird.

Änderungsantrag 246

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 19 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Der Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers nach dieser Verordnung wird auf Antrag einer Stelle vom Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Antragsteller niedergelassen ist, zuerkannt, nachdem der Antragsteller nachgewiesen hat, dass er alle folgenden Bedingungen erfüllt:

(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)

Änderungsantrag 247

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) sie übt ihre Tätigkeiten zur Übermittlung von Meldungen ***rechtzeitig, sorgfältig*** und ***in*** objektiver Weise aus.

Geänderter Text

c) sie übt ihre Tätigkeiten zur Übermittlung von Meldungen ***in präziser*** und objektiver Weise aus.

Änderungsantrag 248

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 2 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) sie verfügt über eine transparente Finanzierungsstruktur, was auch die jährliche Veröffentlichung der Quellen und Beträge der Einnahmen umfasst;

Änderungsantrag 249

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 2 – Buchstabe c b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

cb) sie veröffentlicht mindestens einmal jährlich einen klaren, leicht verständlichen, detaillierten und standardisierten Bericht über alle Meldungen, die während des entsprechenden Zeitraums gemäß Artikel 14 gemacht wurden. In dem Bericht ist Folgendes aufgeführt:

- die Meldungen, aufgeschlüsselt nach der Identität des Hosting-Diensteanbieters,***
- die Art der gemeldeten Inhalte,***
- die konkreten rechtlichen Bestimmungen, die mit dem gemeldeten Inhalt mutmaßlich verletzt wurden,***
- die vom Anbieter ergriffenen***

Maßnahmen,

– etwaige potenzielle Interessenkonflikte und Finanzierungsquellen sowie eine Erläuterung der bestehenden Verfahren, mit denen sichergestellt wird, dass der vertrauenswürdige Hinweisgeber seine Unabhängigkeit behält.

Die in Buchstabe cb genannten Berichte werden der Kommission übermittelt, die sie öffentlich zur Verfügung stellt.

Änderungsantrag 250

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 3**

Vorschlag der Kommission

(3) Die Koordinatoren für digitale Dienste teilen der Kommission und dem Gremium die Namen, Anschriften und E-Mail-Adressen der Stellen mit, denen sie den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers nach Absatz 2 zuerkannt haben.

Geänderter Text

(3) **Die Koordinatoren für digitale Dienste verleihen den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers für einen Zeitraum von zwei Jahren, wonach der Status erneuert werden kann, wenn der betreffende vertrauenswürdige Hinweisgeber die Bestimmungen dieser Verordnung weiterhin erfüllt.** Die Koordinatoren für digitale Dienste teilen der Kommission und dem Gremium die Namen, Anschriften und E-Mail-Adressen der Stellen mit, denen sie den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers nach Absatz 2 zuerkannt **oder im Einklang mit Absatz 6 aberkannt** haben. **Die Koordinatoren für digitale Dienste des Mitgliedstaats der Niederlassung der Plattform pflegen den Dialog mit Plattformen und Interessenträgern, um die Genauigkeit und Wirksamkeit des Systems der vertrauenswürdigen Hinweisgeber zu wahren.**

Änderungsantrag 251

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die Kommission veröffentlicht die in Absatz 3 genannten Angaben in einer öffentlich zugänglichen Datenbank und hält diese auf dem neuesten Stand.

Geänderter Text

(4) Die Kommission veröffentlicht die in Absatz 3 genannten Angaben in **einem leicht zugänglichen und maschinenlesbaren Format** in einer öffentlich zugänglichen Datenbank und hält diese auf dem neuesten Stand.

Änderungsantrag 252

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Hat eine Online-Plattform Informationen, aus denen hervorgeht, dass ein vertrauenswürdiger Hinweisgeber über die in Artikel 14 genannten Mechanismen eine erhebliche Anzahl nicht hinreichend präziser oder unzureichend begründeter Meldungen übermittelt hat, was auch Informationen einschließt, die im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Beschwerden über die in Artikel 17 Absatz 3 genannten internen Beschwerdemanagementsysteme erfasst wurden, so übermittelt sie dem Koordinator für digitale Dienste, der der betreffenden Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, diese Informationen zusammen mit den nötigen Erläuterungen und Nachweisen.

Geänderter Text

(5) Hat eine Online-Plattform Informationen, aus denen hervorgeht, dass ein vertrauenswürdiger Hinweisgeber über die in Artikel 14 genannten Mechanismen eine erhebliche Anzahl nicht hinreichend präziser, **ungenauer** oder unzureichend begründeter Meldungen übermittelt hat, was auch Informationen einschließt, die im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Beschwerden über die in Artikel 17 Absatz 3 genannten internen Beschwerdemanagementsysteme erfasst wurden, so übermittelt sie dem Koordinator für digitale Dienste, der der betreffenden Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, diese Informationen zusammen mit den nötigen Erläuterungen und Nachweisen. **Bei Erhalt der Information von den Online-Plattformen und in dem Fall, dass der Koordinator für digitale Dienste der Ansicht ist, dass es berechnigte Gründe für die Einleitung einer Untersuchung gibt, wird der Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers für den Zeitraum der Untersuchung aufgehoben.**

Änderungsantrag 253

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 19 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

(6) Der Koordinator für digitale Dienste, der einer Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, widerruft diesen Status, wenn er infolge einer Untersuchung, die er von Amts wegen oder aufgrund von Informationen durchführt, die er von Dritten erhalten hat, auch der von einer Online-Plattform nach Absatz 5 vorgelegten Informationen, feststellt, dass die betreffende Stelle die in Absatz 2 genannten Bedingungen nicht mehr erfüllt. Bevor er diesen Status widerruft, gibt der Koordinator für digitale Dienste der Stelle Gelegenheit, sich zu den Ergebnissen seiner Untersuchung und zu dem beabsichtigten Widerruf des Status der Stelle als vertrauenswürdiger Hinweisgeber zu äußern.

Geänderter Text

(6) Der Koordinator für digitale Dienste, der einer Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, widerruft diesen Status, wenn er infolge einer Untersuchung, die er von Amts wegen oder aufgrund von Informationen **unverzüglich** durchführt, die er von Dritten erhalten hat, auch der von einer Online-Plattform nach Absatz 5 vorgelegten Informationen, feststellt, dass die betreffende Stelle die in Absatz 2 genannten Bedingungen nicht mehr erfüllt. Bevor er diesen Status widerruft, gibt der Koordinator für digitale Dienste der Stelle Gelegenheit, sich zu den Ergebnissen seiner Untersuchung und zu dem beabsichtigten Widerruf des Status der Stelle als vertrauenswürdiger Hinweisgeber zu äußern.

Änderungsantrag 254

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 19 – Absatz 7

Vorschlag der Kommission

(7) Die Kommission **kann** nach Anhörung des Gremiums Leitlinien **herausgeben**, um die Online-Plattformen und die Koordinatoren für digitale Dienste bei der Anwendung der Absätze 5 und 6 zu unterstützen.

Geänderter Text

(7) Die Kommission **gibt** nach Anhörung des Gremiums Leitlinien **heraus**, um die Online-Plattformen und die Koordinatoren für digitale Dienste bei der Anwendung der Absätze 2, 5 und 6 zu unterstützen.

Änderungsantrag 255

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 19 a (neu)

Artikel 19a

**Anforderungen an die Barrierefreiheit
von Online-Plattformen**

(1) Anbieter von Online-Plattformen, die Dienste in der Union anbieten, sorgen dafür, dass sie ihre Dienste im Einklang mit den Anforderungen an die Barrierefreiheit gemäß Anhang I Abschnitte III, IV, VI und VII der Richtlinie (EU) 2019/882 gestalten und erbringen.

(2) Die Anbieter von Online-Plattformen erstellen die erforderlichen Informationen gemäß Anhang V der Richtlinie (EU) 2019/882 und erläutern, wie die Dienste die geltenden Anforderungen an die Barrierefreiheit erfüllen. Diese Informationen werden der Allgemeinheit in einer für Menschen mit Behinderungen zugänglichen Form bereitgestellt. Die Anbieter von Online-Plattformen bewahren die Informationen so lange auf, wie der Dienst angeboten wird.

(3) Die Anbieter von Online-Plattformen sorgen dafür, dass Informationen, Formulare und Maßnahmen nach dieser Verordnung so zur Verfügung gestellt werden, dass sie leicht auffindbar, leicht verständlich und für Menschen mit Behinderungen zugänglich sind.

(4) Die Anbieter von Online-Plattformen, die Dienste in der Union anbieten, tragen dafür Sorge, dass Verfahren vorgesehen sind, damit die Erbringung von Diensten auch in Zukunft in Übereinstimmung mit den geltenden Anforderungen an die Barrierefreiheit erfolgt. Die Anbieter von Vermittlungsdiensten tragen Veränderungen bei den Merkmalen der Erbringung der Dienste, Veränderungen bei den geltenden

Barrierefreiheitsanforderungen und Änderungen der harmonisierten Normen oder technischer Spezifikationen, auf die bei Erklärung der Übereinstimmung der Dienste mit den Barrierefreiheitsanforderungen verwiesen wird, gebührend Rechnung.

(5) Bei Nichtkonformität ergreifen die Anbieter von Online-Plattformen die erforderlichen Korrekturmaßnahmen, um für die Konformität des Dienstes mit den geltenden Barrierefreiheitsanforderungen zu sorgen.

(6) Sie arbeiten mit dieser Behörde auf deren Verlangen bei allen Maßnahmen zusammen, die ergriffen werden, um für die Übereinstimmung der Dienste mit den genannten Anforderungen zu sorgen.

(7) Bei Online-Plattformen, die den harmonisierten Normen oder Teilen davon, die sich aus der Richtlinie (EU) 2019/882 ableiten und deren Fundstellen im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht wurden, entsprechen, wird insofern eine Konformität mit den Barrierefreiheitsanforderungen dieser Verordnung vermutet, als sich diese Normen oder Teile davon auf diese Anforderungen erstrecken.

(8) Bei Online-Plattformen, die mit den für die Richtlinie (EU) 2019/882 angenommenen technischen Spezifikationen oder Teilen davon übereinstimmen, wird insofern eine Konformität mit den Barrierefreiheitsanforderungen dieser Verordnung vermutet, als sich diese technischen Spezifikationen oder Teile davon auf diese Anforderungen erstrecken.

Änderungsantrag 256

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Online-Plattformen **setzen** die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die häufig **und offensichtlich** illegale Inhalte **bereitstellen**, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung **aus**.

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen **sind berechtigt**, die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die häufig **illegale Inhalte bereitstellen, deren illegaler Charakter ohne Rechts- oder Sachprüfung festgestellt werden kann oder für die sie in den vorausgegangenen zwölf Monaten mindestens zwei Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte erhalten haben, die nicht zu einem späteren Zeitpunkt aufgehoben wurden**, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung **auszusetzen**.

Änderungsantrag 257

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Online-Plattformen **setzten** die Bearbeitung von Meldungen und Beschwerden, die über die in den Artikeln 14 und 17 genannten Melde- und Abhilfeverfahren bzw. interne Beschwerdemanagementsysteme von Personen oder Stellen oder von Beschwerdeführern eingehen, die **häufig** offensichtlich unbegründete Meldungen oder Beschwerden einreichen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung **aus**.

Geänderter Text

(2) Online-Plattformen **sind berechtigt**, die Bearbeitung von Meldungen und Beschwerden, die über die in den Artikeln 14 und 17 genannten Melde- und Abhilfeverfahren bzw. interne Beschwerdemanagementsysteme von Personen oder Stellen oder von Beschwerdeführern eingehen, die **wiederholt** offensichtlich unbegründete Meldungen oder Beschwerden einreichen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung **auszusetzen**.

Änderungsantrag 258

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 3 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(3) **Online-Plattformen** bewerten von Fall zu Fall zeitnah, sorgfältig und in objektiver Weise, ob ein Nutzer, eine Person, eine Einrichtung oder ein Beschwerdeführer an einem in den Absätzen 1 und 2 genannten Missbrauch beteiligt ist, wobei sie alle einschlägigen Tatsachen und Umstände berücksichtigen, die aus den der Online-Plattform vorliegenden Informationen ersichtlich sind. Zu solchen Umständen gehören zumindest:

Geänderter Text

(3) **Bei der Entscheidung über die Aussetzung** bewerten **Anbieter von Online-Plattformen** von Fall zu Fall zeitnah, sorgfältig und in objektiver Weise, ob ein Nutzer, eine Person, eine Einrichtung oder ein Beschwerdeführer an einem in den Absätzen 1 und 2 genannten Missbrauch beteiligt ist, wobei sie alle einschlägigen Tatsachen und Umstände berücksichtigen, die aus den **dem Anbieter** der Online-Plattform vorliegenden Informationen ersichtlich sind. Zu solchen Umständen gehören zumindest:

Änderungsantrag 259

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 3 – Buchstabe a**

Vorschlag der Kommission

a) die absolute Anzahl der **offensichtlich** illegalen Inhalte oder der offensichtlich unbegründeten Meldungen oder Beschwerden, die im vergangenen Jahr bereitgestellt bzw. eingereicht wurden;

Geänderter Text

a) die absolute Anzahl der illegalen Inhalte oder der offensichtlich unbegründeten Meldungen oder Beschwerden, die im vergangenen Jahr bereitgestellt bzw. eingereicht wurden;

Änderungsantrag 260

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 3 – Buchstabe d**

Vorschlag der Kommission

d) die von dem Nutzer, der Person, der Einrichtung oder dem Beschwerdeführer verfolgten Absichten.

Geänderter Text

d) **sofern feststellbar**, die von dem Nutzer, der Person, der Einrichtung oder dem Beschwerdeführer verfolgten Absichten;

Änderungsantrag 261

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 3 – Buchstabe d a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

da) der Umstand, ob eine Meldung von einem einzelnen Nutzer, einer Stelle oder mehreren Personen, der bzw. die in Bezug auf den fraglichen Inhalt über spezifische Sachkenntnis verfügt bzw. verfügen, oder infolge des Einsatzes eines automatischen Inhaltserkennungssystems eingereicht wurde.

Änderungsantrag 262

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Aussetzungen gemäß den Absätzen 1 und 2 können für dauerhaft erklärt werden, wenn

a) zwingende rechtliche Gründe oder Gründe der öffentlichen Ordnung vorliegen, etwa laufende Ermittlungsverfahren,

b) die entfernten Inhalte Teil einer Massenkampagne zur Täuschung der Nutzer oder zur Manipulation der Moderation von Inhalten sind,

c) ein Unternehmer wiederholt Produkte und Dienste angeboten hat, die nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem nationalen Recht stehen,

d) die entfernten Elemente im Zusammenhang mit schweren Straftaten standen.

Änderungsantrag 263

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) **Online-Plattformen** legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen klar und ausführlich ihre Regeln für den Umgang mit dem in den Absätzen 1 und 2 genannten Missbrauch dar, auch **bezüglich der** Tatsachen und Umstände, die sie bei der Beurteilung, ob ein bestimmtes Verhalten einen Missbrauch darstellt, berücksichtigen, und **der** Dauer der Aussetzung.

Geänderter Text

(4) **Anbieter von Online-Plattformen** legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen klar, **benutzerfreundlich** und ausführlich **unter ordnungsgemäßer Berücksichtigung ihrer Verpflichtungen nach Artikel 12 Absatz 2** ihre Regeln für den Umgang mit dem in den Absätzen 1 und 2 genannten Missbrauch dar, auch **Beispiele für** Tatsachen und Umstände, die sie bei der Beurteilung, ob ein bestimmtes Verhalten einen Missbrauch darstellt, berücksichtigen, und **die** Dauer der Aussetzung.

Änderungsantrag 264

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 22 – Absatz 1 – Einleitung**

Vorschlag der Kommission

(1) **Ermöglicht eine Online-Plattform** Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmern, **so stellt sie** sicher, dass Unternehmer ihre Dienste nur dann benutzen können, um bei Verbrauchern in der Union für ihre Produkte oder Dienstleistungen zu werben und ihnen diese anzubieten, wenn **die Online-Plattform** vor der Benutzung ihrer Dienste folgende Informationen erhalten **hat**:

Geänderter Text

(1) **Online-Plattformen, die** Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmern **ermöglichen, stellen** sicher, dass Unternehmer ihre Dienste nur dann benutzen können, um bei Verbrauchern in der Union für ihre Produkte oder Dienstleistungen zu werben und ihnen diese anzubieten, wenn **sie** vor der Benutzung ihrer Dienste **zu diesen Zwecken** folgende Informationen erhalten **haben**:

Änderungsantrag 265

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 22 – Absatz 1 – Buchstabe d**

Vorschlag der Kommission

d) Name, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse des Wirtschaftsakteurs

Geänderter Text

d) Name, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse des Wirtschaftsakteurs

im Sinne des Artikels 3 Nummer 13 und des Artikels 4 der Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates⁵¹ oder anderer einschlägiger Rechtsakte der Union,

⁵¹ Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über Marktüberwachung und die Konformität von Produkten sowie zur Änderung der Richtlinie 2004/42/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 765/2008 und (EU) Nr. 305/2011 (ABl. L 169 vom 25.6.2019, S. 1).

Änderungsantrag 266

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 1 – Buchstabe f

Vorschlag der Kommission

f) Selbstbescheinigung des Unternehmers, in der sich dieser verpflichtet, nur Produkte oder Dienstleistungen anzubieten, die den geltenden Vorschriften des Unionsrechts entsprechen.

Änderungsantrag 267

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 1 – Buchstabe f a (neu)

im Sinne des Artikels 3 Nummer 13 und des Artikels 4 der Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates⁵¹ oder anderer einschlägiger Rechtsakte der Union, ***u. a. im Bereich der Produktsicherheit,***

⁵¹ Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über Marktüberwachung und die Konformität von Produkten sowie zur Änderung der Richtlinie 2004/42/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 765/2008 und (EU) Nr. 305/2011 (ABl. L 169 vom 25.6.2019, S. 1).

Geänderter Text

f) Selbstbescheinigung des Unternehmers, in der sich dieser verpflichtet, nur Produkte oder Dienstleistungen anzubieten, die den geltenden Vorschriften des Unionsrechts entsprechen, ***und in der dieser gegebenenfalls bestätigt, dass alle Produkte anhand verfügbarer Datenbanken, etwa im Rahmen des Systems der Union zum raschen Austausch von Informationen über die Gefahren bei der Verwendung von Konsumgütern (RAPEX), überprüft wurden;***

fa) Art der Produkte oder Dienstleistungen, die der Unternehmer auf der Online-Plattform anbieten möchte.

Änderungsantrag 268

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 2

(2) **Nach** Erhalt dieser Informationen **unternimmt die Online-Plattform angemessene** Bemühungen, um zu prüfen, ob die in Absatz 1 Buchstaben a, **d und e** genannten Informationen verlässlich sind, indem sie frei zugängliche amtliche Online-Datenbanken abfragt oder Online-Schnittstellen nutzt, die von einem Mitgliedstaat oder der Union zur Verfügung gestellt werden, oder indem sie vom Unternehmer Nachweise aus verlässlichen Quellen verlangt.

(2) **Die Online-Plattform, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmern ermöglicht, unternimmt nach** Erhalt dieser Informationen **und vor Ermöglichung der Anzeige des Produkts oder der Dienstleistung auf ihrer Online-Schnittstelle sowie bis zum Ende des Vertragsverhältnisses alle in ihrer Macht stehenden** Bemühungen, um zu prüfen, ob die in Absatz 1 Buchstaben a **bis fa** genannten Informationen verlässlich **und vollständig** sind. **Die Online-Plattform unternimmt alle in ihrer Macht stehenden Bemühungen, um die von dem Unternehmer bereitgestellten Informationen zu prüfen**, indem sie frei zugängliche amtliche Online-Datenbanken abfragt oder Online-Schnittstellen nutzt, die von einem **zugelassenen Administrator oder einem** Mitgliedstaat oder der Union zur Verfügung gestellt werden, oder indem sie **direkt** vom Unternehmer Nachweise aus verlässlichen Quellen verlangt.

Spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieser Verordnung veröffentlicht die Kommission die in obigem Absatz genannte Liste der Online-Datenbanken und Online-Schnittstellen und sorgt dafür, dass sie aktuell bleibt. Die Verpflichtung für Online-Plattformen nach den Absätzen 1 und 2 gilt in Bezug

auf neue und bestehende Unternehmer.

Änderungsantrag 269

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die Online-Plattform unternimmt alle in ihrer Macht stehenden Bemühungen, um Angebote für Produkte oder Dienstleistungen, die nicht dem Unionsrecht oder dem nationalen Recht entsprechen, zu ermitteln und ihre Verbreitung durch Unternehmer, die ihre Dienste in Anspruch nehmen, zu verhindern, indem sie Maßnahmen wie stichprobenartige Kontrollen der Produkte und Dienstleistungen, die den Verbrauchern angeboten werden, zusätzlich zu den in den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels genannten Verpflichtungen ergreift.

Änderungsantrag 270

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 3 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Erhält die Online-Plattform Hinweise darauf, dass eine in Absatz 1 genannte Einzelinformation, die sie vom betreffenden Unternehmer erhalten hat, unrichtig oder unvollständig ist, fordert sie den Unternehmer unverzüglich oder innerhalb der im Unionsrecht und im nationalen Recht festgelegten Frist auf, die Information insoweit zu berichtigen, wie dies erforderlich ist, damit alle Informationen richtig und vollständig sind.

(3) Erhält die Online-Plattform **ausreichende** Hinweise darauf **oder hat sie Grund zu der Annahme**, dass eine in Absatz 1 genannte Einzelinformation, die sie vom betreffenden Unternehmer erhalten hat, unrichtig oder unvollständig ist, fordert sie den Unternehmer unverzüglich oder innerhalb der im Unionsrecht und im nationalen Recht festgelegten Frist auf, die Information insoweit zu berichtigen, wie dies erforderlich ist, damit alle Informationen richtig und vollständig sind.

Änderungsantrag 271

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 3 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Versäumt es der Unternehmer, diese Informationen zu berichtigen oder zu vervollständigen, setzt die Online-Plattform ihre Dienste für den Unternehmer aus, bis dieser der Aufforderung nachgekommen ist.

Geänderter Text

Versäumt es der Unternehmer, diese Informationen zu berichtigen oder zu vervollständigen, setzt die Online-Plattform ihre Dienste ***in Bezug auf das Angebot von Produkten oder Dienstleistungen für Verbraucher in der Union*** für den Unternehmer ***zügig*** aus, bis dieser der Aufforderung ***vollständig*** nachgekommen ist.

Änderungsantrag 272

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Lehnt eine Online-Plattform einen Antrag auf Dienstleistungen ab oder setzt sie Dienstleistungen für einen Unternehmer aus, kann der Unternehmer auf die Verfahren gemäß Artikel 17 und Artikel 43 dieser Verordnung zurückgreifen.

Änderungsantrag 273

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 3 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3b) Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von Verträgen mit Unternehmern ermöglichen, tragen dafür Sorge, dass die Identität, etwa die Handelsmarke oder das Logo, des gewerblichen Nutzers, der die Inhalte, Produkte oder Dienstleistungen

bereitstellt, neben den angebotenen Inhalten, Produkten oder Dienstleistungen deutlich sichtbar ist. Zu diesem Zweck richtet die Online-Plattform eine standardisierte Schnittstelle für gewerbliche Nutzer ein.

Änderungsantrag 274

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 3 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3c) Unternehmer haften allein für die Richtigkeit der bereitgestellten Informationen und unterrichten die Online-Plattform unverzüglich über etwaige Änderungen der bereitgestellten Informationen.

Änderungsantrag 275

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) Die Online-Plattform speichert die nach den Absätzen 1 und 2 erhaltenen Informationen für die Dauer ihres Vertragsverhältnisses mit dem betreffenden Unternehmer in sicherer Weise. Anschließend löscht sie die Informationen.

(4) Die Online-Plattform speichert die nach den Absätzen 1 und 2 erhaltenen Informationen für die Dauer ihres Vertragsverhältnisses mit dem betreffenden Unternehmer in sicherer Weise. Anschließend löscht sie die Informationen *spätestens sechs Monate nach dem endgültigen Abschluss eines Fernabsatzvertrags.*

Änderungsantrag 276

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

(6) Die Online-Plattform stellt den Nutzern die in Absatz 1 Buchstaben a, d, e und *f* genannten Informationen in klarer, leicht zugänglicher und verständlicher Weise zur Verfügung.

Geänderter Text

(6) Die Online-Plattform stellt den Nutzern die in Absatz 1 Buchstaben a, d, e, *f* und *fa* genannten Informationen in klarer, leicht zugänglicher und verständlicher Weise ***im Einklang mit den Anforderungen an die Barrierefreiheit gemäß Anhang I der Richtlinie (EU) 2019/882*** zur Verfügung.

Änderungsantrag 277

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 22 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 22a

Verpflichtung zur Information der Verbraucher und Behörden über illegale Produkte und Dienstleistungen

(1) Erlangt eine Online-Plattform, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmen ermöglicht, unabhängig von den dafür verwendeten Mitteln Kenntnis davon, dass ein Produkt oder eine Dienstleistung, das bzw. die auf der Schnittstelle dieser Plattform von einem Unternehmer angeboten wird, in Bezug auf die geltenden Bestimmungen des Unionsrechts oder des nationalen Rechts illegal ist, trifft sie folgende Maßnahmen:

a) Sie entfernt das illegale Produkt bzw. die illegale Dienstleistung zügig von ihrer Schnittstelle und setzt gegebenenfalls die einschlägigen Behörden, etwa die Marktaufsichtsbehörde oder die Zollbehörde, von der getroffenen Entscheidung in Kenntnis.

b) Verfügt die Online-Plattform über die Kontaktdaten der Nutzer, informiert sie diese Nutzer, die das betreffende

Produkt bzw. die betreffende Dienstleistung erworben haben, über die Rechtswidrigkeit, die Identität des Unternehmers und die Möglichkeiten zur Einlegung von Rechtsmitteln.

c) Sie stellt über Anwendungsprogrammierschnittstellen ein Archiv zusammen, das Informationen über illegale Produkte und Dienstleistungen, die sie in den vergangenen zwölf Monaten von ihrer Plattform entfernt hat, sowie Informationen über den betroffenen Unternehmer und Optionen für die Einlegung von Rechtsmitteln enthält, und macht dieses Archiv öffentlich zugänglich.

(2) Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmern ermöglichen, führen eine interne Datenbank der entfernten illegalen Produkte und Dienstleistungen bzw. der ausgesetzten Nutzer gemäß Artikel 20.

Änderungsantrag 278

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 23 – Absatz 1 – Buchstabe a a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

aa) Anzahl der Beschwerden, die über das in Artikel 17 genannte interne Beschwerdemanagementsystem eingegangen sind, die Grundlage dieser Beschwerden, die zu diesen Beschwerden getroffenen Entscheidungen, die durchschnittliche und mittlere Entscheidungsdauer und die Anzahl der Fälle, in denen diese Entscheidungen rückgängig gemacht wurden;

Änderungsantrag 279

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 23 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Anzahl der Aussetzungen nach Artikel 20, wobei zwischen Aussetzungen wegen **offensichtlich** illegaler Inhalte, wegen Übermittlung offensichtlich unbegründeter Meldungen und wegen Einreichung offensichtlich unbegründeter Beschwerden zu unterscheiden ist;

Geänderter Text

b) Anzahl der Aussetzungen nach Artikel 20, wobei zwischen Aussetzungen wegen illegaler Inhalte, wegen Übermittlung offensichtlich unbegründeter Meldungen und wegen Einreichung offensichtlich unbegründeter Beschwerden zu unterscheiden ist;

Änderungsantrag 280

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 23 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) Anzahl der Werbeanzeigen, die von der Online-Plattform entfernt, gekennzeichnet oder gesperrt wurden, und Begründung der diesbezüglichen Entscheidungen.

Änderungsantrag 281

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 23 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Online-Plattformen veröffentlichen mindestens alle **sechs** Monate Informationen über die durchschnittliche monatliche Zahl ihrer aktiven Nutzer in jedem Mitgliedstaat, berechnet als Durchschnitt der letzten sechs Monate nach der Methode, die in den gemäß Artikel 25 Absatz 2 erlassenen delegierten Rechtsakten festgelegt wird.

(2) Online-Plattformen veröffentlichen mindestens alle **zwölf** Monate Informationen über die durchschnittliche monatliche Zahl ihrer aktiven Nutzer in jedem Mitgliedstaat, berechnet als Durchschnitt der letzten sechs Monate nach der Methode, die in den gemäß Artikel 25 Absatz 2 erlassenen delegierten Rechtsakten festgelegt wird.

Änderungsantrag 282

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 23 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die Mitgliedstaaten sehen davon ab, den Online-Plattformen zusätzliche Transparenzberichtspflichten aufzuerlegen, bei denen es sich nicht um spezifische Anfragen im Zusammenhang mit der Ausübung ihrer Aufsichtsbefugnisse handelt.

Änderungsantrag 283

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 23 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) Die Kommission **kann** Durchführungsrechtsakte **erlassen**, in denen sie Muster für Form, Inhalt und sonstige Einzelheiten der Berichte nach Absatz 1 festlegt.

(4) Die Kommission **erlässt** Durchführungsrechtsakte, in denen sie **einen Satz wesentlicher Leistungsindikatoren und** Muster für Form, Inhalt und sonstige Einzelheiten der Berichte nach Absatz 1 festlegt.

Änderungsantrag 284

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, gewährleisten, dass die Nutzer für jede einzelne Werbung, die jedem einzelnen Nutzer angezeigt wird, in klarer und eindeutiger Weise und in Echtzeit Folgendes sehen können:

(1) Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, gewährleisten, dass die Nutzer für jede einzelne Werbung, die jedem einzelnen Nutzer angezeigt wird, in klarer, **präziser** und eindeutiger Weise und in Echtzeit Folgendes sehen können:

Änderungsantrag 285

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) dass es sich bei den angezeigten Informationen um **Werbung** handelt,

Geänderter Text

a) dass es sich bei den **auf der Schnittstelle oder Teilen davon** angezeigten Informationen um **Online-Werbung** handelt, **auch durch eine deutlich sichtbare und einheitliche Kennzeichnung,**

Änderungsantrag 286

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) die natürliche oder juristische Person, die die Werbung finanziert, wenn sich diese Person von der in Buchstabe b genannten natürlichen oder juristischen Person unterscheidet,

Änderungsantrag 287

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) aussagekräftige Informationen über die **wichtigsten** Parameter zur Bestimmung der Nutzer, denen die Werbung angezeigt wird.

c) **eindeutige, aussagekräftige und einheitliche** Informationen über die Parameter zur Bestimmung der Nutzer, denen die Werbung angezeigt wird, **und gegebenenfalls über die Möglichkeiten zur Änderung dieser Parameter.**

Änderungsantrag 288

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Online-Plattformen sorgen dafür, dass Nutzer problemlos eine fundierte Wahl treffen können, wenn sie in die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gemäß der Verordnung 2016/679 für die Zwecke gezielter Werbung einwilligen, indem sie sinnvolle Informationen erhalten, etwa Informationen darüber, wie ihre Daten monetisiert werden. Online-Plattformen sorgen ferner dafür, dass eine Verweigerung der Einwilligung für den Nutzer weder schwieriger noch zeitaufwändiger ist als deren Erteilung.

Änderungsantrag 289

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1b) Die in Absatz 2 genannten personenbezogenen Daten dürfen nicht zu gewerblichen Zwecken im Zusammenhang mit Direktwerbung, Profiling und auf das Nutzungsverhalten Minderjähriger abgestimmter Werbung genutzt werden.

Änderungsantrag 290

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 24a

Transparenz der Empfehlungssysteme

(1) Online-Plattformen legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen und über eine benannte Online-Quelle, die von der Online-Schnittstelle der Online-

Plattform aus direkt erreichbar und leicht auffindbar ist, wenn Inhalte empfohlen werden, in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die wichtigsten Parameter, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, sowie alle Optionen dar, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können.

(2) Die wichtigsten Parameter nach Absatz 1 umfassen mindestens

- a) die von dem einschlägigen System verwendeten Hauptkriterien, die einzeln oder zusammengefasst am wichtigsten für die Festlegung von Empfehlungen sind,*
- b) die relative Bedeutung dieser Parameter,*
- c) die Angabe, für welche Zielvorgaben das jeweilige System optimiert wurde, und*
- d) eine Erläuterung der Rolle, die das Nutzerverhalten dabei spielt, wie das betreffende System seine Leistungen erzeugt, falls zutreffend.*

Die Bestimmungen aus Absatz 2 gelten unbeschadet der Bestimmungen zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen und Rechten des geistigen Eigentums.

(3) Stehen mehrere Optionen nach Absatz 1 zur Verfügung, so stellen Online-Plattformen auf ihrer Online-Schnittstelle eine eindeutige und leicht zugängliche Funktion bereit, die es dem Nutzer ermöglicht, jederzeit für jedes Empfehlungssystem, das die relative Reihenfolge der ihm angezeigten Informationen bestimmt, seine bevorzugte Option auszuwählen und zu ändern.

Änderungsantrag 291

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 24b

***Zusätzliche Verpflichtungen für
Plattformen, die in erster Linie für die
Verbreitung von von Nutzern erzeugten
pornografischen Inhalten verwendet
werden***

***Wird eine Online-Plattform in erster Linie
für die Verbreitung von pornografischen
Inhalten genutzt, die von Nutzern selbst
erzeugt wurden, so trifft die Plattform die
erforderlichen technischen und
organisatorischen Maßnahmen, damit***

- a) sich Nutzer, die Inhalte verbreiten,
durch eine Registrierung im Rahmen von
Double-Opt-In-Verfahren per E-Mail-
und Handy verifiziert haben,***
- b) die Moderation von Inhalten
professionell und von Menschen
durchgeführt wird, die darin geschult
wurden, bildbasierten sexuellen
Missbrauch zu ermitteln, einschließlich
Inhalte, die mit hoher Wahrscheinlichkeit
illegal sind,***
- c) ein qualifiziertes Meldeverfahren
in der Form verfügbar ist, dass
Einzelpersonen zusätzlich zu dem in
Artikel 14 genannten Verfahren der
Plattform melden können, dass
Bildmaterial, auf dem sie abgebildet oder
mutmaßlich abgebildet sind, ohne ihre
Zustimmung verbreitet wird, und der
Plattform einen Prima-facie-Beweis für
ihre physische Identität liefern können.
Über dieses Verfahren gemeldete Inhalte
sind unverzüglich auszusetzen.***

Änderungsantrag 292

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 25 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

(1) Dieser Abschnitt gilt für Online-Plattformen, die ihre Dienste für aktive Nutzer in der Union erbringen, deren durchschnittliche monatliche Zahl sich auf mindestens 45 Mio. Personen beläuft, berechnet nach der Methode, die in den in Absatz 3 genannten delegierten Rechtsakten festgelegt wird.

Geänderter Text

(1) Dieser Abschnitt gilt für Online-Plattformen, die

*a) ihre Dienste **für einen Zeitraum von mindestens vier aufeinanderfolgenden Monaten** für aktive Nutzer in der Union erbringen, deren durchschnittliche monatliche Zahl sich auf mindestens 45 Mio. Personen beläuft, berechnet nach der Methode, die in den in Absatz 3 genannten delegierten Rechtsakten festgelegt wird. **Bei dieser Methode werden insbesondere die folgenden Parameter berücksichtigt:***

*i) **Die Anzahl der aktiven Nutzer beruht auf den einzelnen Diensten.***

*ii) **Die aktiven Nutzer, die sich mit mehreren Geräten verbinden, werden nur einmal gezählt.***

*iii) **Die indirekte Nutzung eines Dienstes über einen Dritten oder durch Verlinken wird nicht gezählt.***

*iv) **Wird eine Online-Plattform von einem anderen Anbieter von Vermittlungsdiensten betrieben, werden die aktiven Nutzer nur jener Online-Plattform zugeschrieben, der sie näher sind.***

*v) **Automatisierte Interaktionen, Konten oder Datenscans durch nicht menschliche Bots werden nicht einbezogen.***

Änderungsantrag 293

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 25 – Absatz 3**

Vorschlag der Kommission

(3) Die Kommission erlässt – nach Anhörung des Gremiums – delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 69, um für die Zwecke des Absatzes 1 eine besondere Methode zur Berechnung der durchschnittlichen monatlichen Zahl der aktiven Nutzer in der Union festzulegen. In der Methode wird insbesondere festgelegt, wie die Bevölkerung der Union bestimmt wird und anhand welcher Kriterien die durchschnittliche monatliche Zahl der aktiven Nutzer in der Union unter Berücksichtigung unterschiedlicher Barrierefreiheitsmerkmale ermittelt wird.

Geänderter Text

(3) Die Kommission erlässt – nach Anhörung des Gremiums – delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 69, um für die Zwecke des Absatzes 1 **Buchstabe a** eine besondere Methode zur Berechnung der durchschnittlichen monatlichen Zahl der aktiven Nutzer in der Union festzulegen. In der Methode wird insbesondere festgelegt, wie die Bevölkerung der Union bestimmt wird und anhand welcher Kriterien die durchschnittliche monatliche Zahl der aktiven Nutzer in der Union unter Berücksichtigung unterschiedlicher Barrierefreiheitsmerkmale ermittelt wird.

Änderungsantrag 294

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen ermitteln, analysieren und bewerten ab dem in Artikel 25 Absatz 4 Unterabsatz 2 genannten Anwendungsbeginn und danach mindestens einmal jährlich **alle** erheblichen systemischen Risiken, die sich aus dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste in der Union ergeben. Diese Risikobewertung erfolgt spezifisch für ihre Dienste und umfasst die folgenden systemischen Risiken:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen ermitteln, analysieren und bewerten ab dem in Artikel 25 Absatz 4 Unterabsatz 2 genannten Anwendungsbeginn und danach mindestens einmal jährlich **sowie stets vor der Einführung neuer Dienste wirksam und sorgfältig die Wahrscheinlichkeit und Schwere aller** erheblichen systemischen Risiken, die sich aus **der Gestaltung, algorithmischen Systemen, intrinsischen Merkmalen**, dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste in der Union ergeben. **Bei der Risikobewertung werden Risiken nach Mitgliedstaaten, in denen der Dienst angeboten wird, und für die Union als Ganzes angegeben, insbesondere für eine bestimmte Sprache oder Region.** Diese Risikobewertung erfolgt spezifisch für ihre Dienste **und Tätigkeiten, einschließlich Entscheidungen über technologische Gestaltung und Geschäftsmodelle**, und umfasst die folgenden systemischen

Risiken:

Änderungsantrag 295

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Verbreitung illegaler Inhalte über ihre Dienste;

Geänderter Text

a) Verbreitung illegaler Inhalte **oder von Inhalten, die gegen ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen**, über ihre Dienste;

Änderungsantrag 296

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) etwaige nachteilige Auswirkungen auf die Ausübung der Grundrechte auf Achtung des Privat- und Familienlebens, auf die Meinungs- und Informationsfreiheit, auf das Diskriminierungsverbot und auf die Rechte des Kindes, die in den Artikeln 7, 11, 21 **und** 24 der Charta verankert sind;

Geänderter Text

b) etwaige **tatsächliche und vorhersehbare** nachteilige Auswirkungen auf die Ausübung der Grundrechte, **einschließlich des Verbraucherschutzes, des Rechts** auf Achtung **der Menschenwürde**, des Privat- und Familienlebens, auf **Schutz personenbezogener Daten und auf** die Meinungs- und Informationsfreiheit **sowie auf Medienfreiheit und -pluralismus**, auf das Diskriminierungsverbot und auf **die Gleichstellung der Geschlechter sowie** die Rechte des Kindes, die in den Artikeln **1, 7, 8, 11, 21, 23, 24 und 38** der Charta verankert sind;

Änderungsantrag 297

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) vorsätzliche Manipulationen ihres

Geänderter Text

c) **etwaige Fehlfunktionen oder**

Dienstes, auch durch unauthentische Nutzung oder automatisierte Ausnutzung des Dienstes, mit tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen Auswirkungen auf den Schutz **der öffentlichen Gesundheit**, auf **Minderjährige** und auf die gesellschaftliche Debatte oder tatsächlichen oder vorhersehbaren Auswirkungen auf Wahlprozesse und die öffentliche Sicherheit.

vorsätzliche Manipulationen ihres Dienstes, auch durch unauthentische Nutzung oder automatisierte Ausnutzung des Dienstes, **oder mit dem geplanten Betrieb des Dienstes einhergehende Risiken, etwa die Verstärkung illegaler Inhalte, von Inhalten, die gegen ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen, oder jedweden sonstigen Inhalten** mit tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen Auswirkungen auf den Schutz **Minderjähriger und anderer gefährdeter Nutzergruppen**, auf **demokratische Werte, die Medienfreiheit, die Meinungsfreiheit** und auf die gesellschaftliche Debatte oder tatsächlichen oder vorhersehbaren Auswirkungen auf Wahlprozesse und die öffentliche Sicherheit;

Änderungsantrag 298

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) etwaige tatsächliche oder absehbare nachteilige Auswirkungen auf den Schutz der öffentlichen Gesundheit sowie verhaltensbezogenes Suchtverhalten oder andere schwerwiegende nachteilige Auswirkungen auf das körperliche, geistige, soziale und finanzielle Wohlbefinden der Person.

Änderungsantrag 299

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Bei der Durchführung der Risikobewertung berücksichtigen sehr große Online-Plattformen insbesondere,

(2) Bei der Durchführung der Risikobewertung berücksichtigen sehr große Online-Plattformen insbesondere, **ob**

wie ihre Systeme zur Moderation von Inhalten, ihre Empfehlungssysteme und ihre Systeme zur Auswahl und Anzeige von Werbung die in Absatz 1 genannten systemischen Risiken beeinflussen, sowie die Möglichkeit der raschen und weiten Verbreitung von illegalen Inhalten und von Informationen, die mit ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen unvereinbar sind.

und wie ihre Systeme zur Moderation von Inhalten, ihre **allgemeinen Geschäftsbedingungen, ihre Gemeinschaftsstandards, ihre algorithmischen Systeme, ihre** Empfehlungssysteme und ihre Systeme zur Auswahl und Anzeige von Werbung **sowie die zugrundeliegende Erhebung, Verarbeitung und Profilierung von Daten** die in Absatz 1 genannten systemischen Risiken beeinflussen, sowie die Möglichkeit der raschen und weiten Verbreitung von illegalen Inhalten und von Informationen, die mit ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen unvereinbar sind.

Änderungsantrag 300

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Bei der Durchführung der Risikobewertung konsultieren sehr große Online-Plattformen gegebenenfalls Vertreterinnen und Vertreter der Nutzer und der möglicherweise von ihren Diensten betroffenen Gruppen sowie unabhängige Sachverständige und zivilgesellschaftliche Organisationen. Ihre Einbeziehung ist auf die besonderen systemischen Risiken zugeschnitten, die von der sehr großen Online-Plattform bewertet werden sollen.

Änderungsantrag 301

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2b) Die Dokumente zur Stützung der Risikobewertung werden dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort

und der Kommission übermittelt.

Änderungsantrag 302

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 2 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2c) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Verpflichtungen dürfen keinesfalls zu einer allgemeinen Verpflichtung zur Überwachung führen.

Änderungsantrag 303

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene, **transparente**, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Änderungsantrag 304

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

a) Anpassung der Systeme zur Moderation von Inhalten oder der Empfehlungssysteme, ihrer Entscheidungsprozesse, der Merkmale oder der Funktionsweise ihrer Dienste oder ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen;

a) Anpassung der Systeme zur Moderation von Inhalten, **der algorithmischen Systeme** oder der Empfehlungssysteme **und Online-Schnittstellen**, ihrer Entscheidungsprozesse, der **Gestaltung, der** Merkmale oder der Funktionsweise ihrer Dienste, **ihres Werbemodells** oder ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen;

Änderungsantrag 305

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe a a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

aa) Bereitstellung angemessener Ressourcen für die Bearbeitung von Meldungen und internen Beschwerden, einschließlich geeigneter technischer und operativer Maßnahmen oder Kapazitäten;

Änderungsantrag 306

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) gezielte Maßnahmen zur Beschränkung der Anzeige von Werbung in Verbindung mit dem von ihnen erbrachten Dienst;

b) gezielte Maßnahmen zur Beschränkung der Anzeige von Werbung in Verbindung mit dem von ihnen erbrachten Dienst **oder die alternative Platzierung und Anzeige von Beiträgen im Dienst der Öffentlichkeit oder anderen damit zusammenhängenden Sachinformationen;**

Änderungsantrag 307

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) gezielte Maßnahmen zur Anpassung von Online-Schnittstellen und Merkmalen zum Schutz Minderjähriger, falls zutreffend;

Änderungsantrag 308

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) Stärkung der internen Prozesse oder der Beaufsichtigung ihrer Tätigkeiten, insbesondere im Hinblick auf die Erkennung systemischer Risiken;

Geänderter Text

c) Stärkung der internen Prozesse **und Ressourcen, der Prüfung, der Dokumentation** oder der Beaufsichtigung ihrer Tätigkeiten, insbesondere im Hinblick auf die Erkennung systemischer Risiken;

Änderungsantrag 309

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Soweit angemessen, beziehen sehr große Online-Plattformen bei der Gestaltung ihrer Risikominderungsmaßnahmen Vertreterinnen und Vertreter der Nutzer sowie unabhängige Sachverständige und zivilgesellschaftliche Organisationen ein. Ist diese Einbeziehung nicht vorgesehen, wird dies in dem in Artikel 33 genannten Transparenzbericht deutlich gemacht.

Änderungsantrag 310

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1b) Sehr große Online-Plattformen stellen den unabhängigen Prüfern eine detaillierte Auflistung der ergriffenen Risikominderungsmaßnahmen und ihre Begründung zur Verfügung, damit der Prüfbericht nach Artikel 28 erstellt werden kann.

Änderungsantrag 311

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1c) Die Kommission bewertet die Umsetzung und Wirksamkeit der gemäß Artikel 27 Absatz 1 von sehr großen Online-Plattformen ergriffenen Risikominderungsmaßnahmen und kann gegebenenfalls Empfehlungen abgeben.

Änderungsantrag 312

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Das Gremium veröffentlicht in Zusammenarbeit mit der Kommission einmal jährlich einen umfassenden Bericht, **der Folgendes enthält:**

(2) Das Gremium veröffentlicht in Zusammenarbeit mit der Kommission einmal jährlich einen umfassenden Bericht. **Die Berichte enthalten Folgendes:**

Änderungsantrag 313

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

a) Ermittlung und Bewertung der auffälligsten wiederkehrenden systemischen Risiken, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

a) Ermittlung und Bewertung der auffälligsten wiederkehrenden systemischen Risiken, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel **30**, 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

Änderungsantrag 314

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Die Berichte enthalten Angaben, aufgeschlüsselt nach den Mitgliedstaaten, in denen die systemischen Risiken auftraten, und zur Lage in der Union insgesamt. Sie werden in allen Amtssprachen der Mitgliedstaaten der Union veröffentlicht.

Änderungsantrag 315

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Die Kommission ***kann*** in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste allgemeine Leitlinien für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere Risiken ***herausgeben***, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu empfehlen, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. ***Im Hinblick auf die Ausarbeitung dieser Leitlinien führt die Kommission öffentliche Konsultationen durch.***

(3) Die Kommission ***gibt*** in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste ***und infolge einer öffentlichen Konsultation*** allgemeine Leitlinien für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere Risiken ***heraus***, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu empfehlen, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt.

Änderungsantrag 316

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 27 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Aus der Anforderung, Risikominderungsmaßnahmen zu ergreifen, folgt keine allgemeine Verpflichtung zur Überwachung oder

aktiven Nachforschung.

Änderungsantrag 317

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 28 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten einer Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung folgender Pflichten und Verpflichtungszusagen bewertet wird:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten einer **unabhängigen** Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung folgender Pflichten und Verpflichtungszusagen bewertet wird:

Änderungsantrag 318

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 28 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Sehr große Online-Plattformen sorgen dafür, dass Prüfer Zugang zu allen einschlägigen Daten haben, die sie für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfung benötigen.

Änderungsantrag 319

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 28 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Die Prüfungen gemäß Absatz 1 werden von Stellen durchgeführt, die

Geänderter Text

(2) Die Prüfungen gemäß Absatz 1 werden von Stellen durchgeführt, die **von der Kommission anerkannt und zugelassen wurden und die**

Änderungsantrag 320

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) von der betreffenden sehr großen Online-Plattform unabhängig sind,

Geänderter Text

a) von der betreffenden sehr großen Online-Plattform **und anderen sehr großen Online-Plattformen juristisch und finanziell** unabhängig sind **und sich in keinen Interessenkonflikten mit diesen sehr großen Online-Plattformen befinden,**

Änderungsantrag 321

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 2 – Buchstabe a a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

aa) Prüfer und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben in den zwölf Monaten vor der Prüfung keine weiteren Dienste für die geprüfte sehr große Online-Plattform erbracht und sollten sich verpflichten, für einen Zeitraum von zwölf Monaten nach Beendigung ihrer Tätigkeit für die Prüfungsstelle weder für die geprüfte sehr große Online-Plattform noch für einen Berufs- oder Wirtschaftsverband, dessen Mitglied die Plattform ist, tätig zu werden,

Änderungsantrag 322

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 3 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Die Stellen, die die Prüfungen durchführen, fertigen für **jede Prüfung** einen Prüfbericht an. Der Bericht wird schriftlich abgefasst und muss mindestens Folgendes enthalten:

(3) Die Stellen, die die Prüfungen durchführen, fertigen für **jeden Prüfungsgegenstand gemäß Absatz 1** einen Prüfbericht an. Der Bericht wird schriftlich abgefasst und muss mindestens Folgendes enthalten:

Änderungsantrag 323

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) Interessenerklärung,

Änderungsantrag 324

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

d) Beschreibung der wichtigsten
Erkenntnisse aus der Prüfung,

d) Beschreibung **und
Zusammenfassung** der wichtigsten
Erkenntnisse aus der Prüfung,

Änderungsantrag 325

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe d a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**da) Bezeichnung der Dritten, die im
Rahmen der Prüfung konsultiert wurden,**

Änderungsantrag 326

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe f a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**fa) Beschreibung der konkreten
Elemente, die nicht geprüft werden
konnten, und Erklärung, warum sie nicht
geprüft werden konnten,**

Änderungsantrag 327

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe f b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fb) falls in der Stellungnahme für bestimmte Elemente innerhalb des Prüfungsumfangs keine Schlussfolgerung erzielt wurde, eine sachdienliche Begründung.

Änderungsantrag 328

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die Kommission veröffentlicht eine Liste der zugelassenen Stellen und aktualisiert diese Listelmäßig.

Änderungsantrag 329

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 4 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4b) Erhält eine sehr große Online-Plattform einen positiven Prüfbericht, ist sie befugt, bei der Kommission ein Exzellenzsiegel anzufordern.

Änderungsantrag 330

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 29 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, *legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht*

(1) *Zusätzlich zu den Bestimmungen aus Artikel 24a stellen* sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, *auf ihrer Online-Schnittstelle*

verständlicher Weise die wichtigsten Parameter dar, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, sowie alle Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, darunter mindestens eine Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.

mindestens ein Empfehlungssystem zur Verfügung, das nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/679 beruht, sowie eine leicht zugängliche Funktion, die es dem Nutzer ermöglicht, jederzeit für jedes Empfehlungssystem, das die relative Reihenfolge der ihm angezeigten Informationen bestimmt, seine bevorzugte Option auszuwählen und zu ändern.

Änderungsantrag 331

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 29 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Stehen mehrere Optionen nach Absatz 1 zur Verfügung, so stellen sehr große Online-Plattformen auf ihrer Online-Schnittstelle eine leicht zugängliche Funktion bereit, die es dem Nutzer ermöglicht, jederzeit für jedes Empfehlungssystem, das die relative Reihenfolge der ihm angezeigten Informationen bestimmt, seine bevorzugte Option auszuwählen und zu ändern.

Geänderter Text

entfällt

Änderungsantrag 332

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 30 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, stellen die in Absatz 2 genannten Angaben in einem Archiv zusammen und machen diese über Anwendungsprogrammierschnittstellen ein Jahr lang nach der letzten Anzeige der Werbung auf ihren Online-Schnittstellen öffentlich zugänglich. Sie stellen sicher, dass das Archiv keine personenbezogenen

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, stellen die in Absatz 2 genannten Angaben in einem Archiv zusammen und machen diese über Anwendungsprogrammierschnittstellen ein Jahr lang nach der letzten Anzeige der Werbung auf ihren Online-Schnittstellen *mithilfe leicht zugänglicher, effizienter und verlässlicher Instrumente* öffentlich

Daten der Nutzer enthält, denen die Werbung angezeigt wurde oder hätte angezeigt werden können.

zugänglich **und durchsuchbar**. Sie stellen sicher, dass **Anfragen mit mehreren Kriterien nach Werbetreibenden und nach allen Datenpunkten der Werbung, dem Ziel der Werbung und dem Publikum, das der Werbetreibende erreichen möchte, durchgeführt werden können. Sie stellen ferner sicher, dass** das Archiv keine personenbezogenen Daten der Nutzer enthält, denen die Werbung angezeigt wurde oder hätte angezeigt werden können, **und treffen angemessene Maßnahmen, damit die Informationen präzise und vollständig sind.**

Änderungsantrag 333

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Inhalt der Werbung,

Geänderter Text

a) Inhalt der Werbung, **einschließlich des Namens des Produkts, der Dienstleistung oder der Marke und des Gegenstands der Werbung,**

Änderungsantrag 334

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) die natürliche oder juristische Person, die für die Werbung bezahlt hat, wenn sich diese Person von der in Buchstabe b genannten Person unterscheidet,

Änderungsantrag 335

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) ob die Werbung gezielt einer oder mehreren bestimmten Gruppen von Nutzern angezeigt werden sollte, und falls ja, welche Hauptparameter zu diesem Zweck verwendet wurden,

Geänderter Text

d) ob die Werbung gezielt einer oder mehreren bestimmten Gruppen von Nutzern angezeigt werden sollte, und falls ja, welche Hauptparameter zu diesem Zweck verwendet wurden, ***was auch alle Parameter einschließt, die zum Ausschluss bestimmter Gruppen verwendet werden,***

Änderungsantrag 336

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe d a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

da) falls dies offengelegt ist, eine Kopie der Inhalte der auf einer sehr großen Online-Plattform veröffentlichten kommerziellen Kommunikation, die nicht von der sehr großen Online-Plattform vermarktet, verkauft oder zusammengestellt wird und die der sehr großen Online-Plattform über geeignete Kanäle als solche gemeldet wurde,

Änderungsantrag 337

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe e a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ea) Fälle, in denen die Werbung aufgrund einer im Einklang mit Artikel 14 übermittelten Meldung oder einer Anordnung nach Artikel 8 entfernt wurde.

Änderungsantrag 338

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Das Gremium veröffentlicht nach Konsultation zugelassener Forscher Leitlinien für die Struktur und Organisation der gemäß Absatz 1 eingerichteten Archive.

Änderungsantrag 339

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 30a

Deep Fakes

Erhält eine sehr große Online-Plattform Kenntnis davon, dass es sich bei einem Inhalt um einen erzeugten oder manipulierten Bild-, Audio- oder Videoinhalt handelt, der bestehenden Personen, Objekten, Orten oder sonstigen Stellen oder Ereignissen deutlich ähnelt und für eine Person fälschlicherweise echt oder wahrheitsgetreu wirkt (sogenannte Deep Fakes), kennzeichnet der Anbieter in einer für die Nutzer klar erkennbaren Form den Inhalt als nicht authentisch.

Änderungsantrag 340

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen gewähren dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission auf deren begründetes Verlangen innerhalb einer darin genannten

(1) Sehr große Online-Plattformen gewähren dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission auf deren begründetes Verlangen innerhalb einer darin genannten

angemessenen Frist Zugang zu den Daten, die für die Überwachung und Bewertung der Einhaltung dieser Verordnung erforderlich sind. Dieser Koordinator für digitale Dienste und die Kommission **verwenden** diese Daten ausschließlich für diese Zwecke.

angemessenen Frist **und unverzüglich** Zugang zu den Daten, die für die Überwachung und Bewertung der Einhaltung dieser Verordnung erforderlich sind. Dieser Koordinator für digitale Dienste und die Kommission **verlangen** diese Daten **ausschließlich für diese Zwecke, greifen ausschließlich für diese Zwecke darauf zu und verwenden sie** ausschließlich für diese Zwecke.

Änderungsantrag 341

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Die sehr große Online-Plattform ist verpflichtet, den Aufbau, die Logik und die Funktionsweise der Algorithmen zu erläutern, wenn der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort dies verlangt.

Änderungsantrag 342

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung und zum Verständnis systemischer Risiken gemäß Artikel 26 Absatz 1 beitragen.

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, **zugelassenen gemeinnützigen Einrichtungen, Organisationen oder Vereinigungen**, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung, **zur Minderung** und zum Verständnis systemischer Risiken gemäß

Artikel 26 *Absatz 1 und Artikel 27*
Absatz 1 beitragen.

Änderungsantrag 343

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Zugelassene Forschende und zugelassene gemeinnützige Stellen, Organisationen und Vereinigungen haben Zugang zu aggregierten Zahlen für die Gesamtansichten und die Ansichtsrate von Inhalten vor einer Entfernung auf der Grundlage von Anordnungen, die gemäß Artikel 8 erlassen wurden, oder der Moderation von Inhalten, die auf eigene Initiative des Anbieters und gemäß seinen allgemeinen Geschäftsbedingungen betrieben wurde.

Änderungsantrag 344

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Den Zugang zu Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 gewähren sehr große Online-Plattformen über Online-Datenbanken oder über Anwendungsprogrammierschnittstellen.

(3) Den Zugang zu Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 gewähren sehr große Online-Plattformen über Online-Datenbanken oder über Anwendungsprogrammierschnittstellen **und mit einem leicht zugänglichen und benutzerfreundlichen Verfahren für die Suche nach mehreren Kriterien.**

Änderungsantrag 345

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 4

(4) Um zugelassen zu werden, müssen die Forscher mit akademischen Einrichtungen verbunden sein, unabhängig von gewerblichen Interessen sein, nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

(4) Um vom Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission zugelassen zu werden, müssen die Forscher, gemeinnützigen Einrichtungen, Organisationen oder Vereinigungen

a) mit akademischen Einrichtungen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen verbunden sein, die das öffentliche Interesse vertreten und den Bestimmungen aus Artikel 68 entsprechen,

b) unabhängig von gewerblichen Interessen, einschließlich sehr großer Online-Plattformen, sein,

c) die Finanzierung der Forschung offenlegen,

d) unabhängig von Regierungen, Verwaltungseinrichtungen oder sonstigen staatlichen Stellen sein, ausgenommen öffentliche akademische Einrichtungen, mit denen sie verbunden sind,

e) nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und

f) die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einhalten.

Änderungsantrag 346

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Hat eine sehr große Online-Plattform Grund zu der Annahme, dass ein Forscher, eine gemeinnützige Stelle, eine Organisation oder Vereinigung nicht zu den in Absatz 2 genannten Zwecken handelt oder die Bedingungen nach Absatz 4 nicht mehr erfüllt, setzt sie umgehend die zuständige Behörde, entweder den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission, davon in Kenntnis, die unverzüglich entscheidet, ob der Zugang entzogen und wann und unter welchen Bedingungen der Zugang wiederhergestellt wird.

Änderungsantrag 347

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 4 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4b) Hat der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission Grund zu der Annahme, dass ein Forscher, eine gemeinnützige Stelle, eine Organisation oder Vereinigung nicht zu den in Absatz 2 genannten Zwecken handelt oder die Bedingungen nach Absatz 4 nicht mehr erfüllt, setzt sie umgehend die sehr große Online-Plattform davon in Kenntnis. Die sehr große Online-Plattform kann nach Erhalt der Information den Zugang zu Daten entziehen. Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission entscheidet, ob und wann und unter welchen Bedingungen der Zugang wiederhergestellt wird.

Änderungsantrag 348

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 zur Verfügung stellen müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe an zugelassene Forscher im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen der sehr großen Online-Plattformen und der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von vertraulichen Informationen, **insbesondere von Geschäftsgeheimnissen**, und der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Dienstes.

Geänderter Text

(5) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums **und spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Rechtsakts** delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 zur Verfügung stellen müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe an zugelassene Forscher **oder gemeinnützige Einrichtungen, Organisationen oder Vereinigungen** im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen der sehr großen Online-Plattformen und der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von vertraulichen Informationen und der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Dienstes.

Änderungsantrag 349

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 6 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) die Gewährung des Zugangs zu den Daten wird zu erheblichen Schwachstellen bei der Sicherheit ihres Dienstes oder beim Schutz vertraulicher Informationen, **insbesondere von Geschäftsgeheimnissen**, führen.

Geänderter Text

b) die Gewährung des Zugangs zu den Daten wird zu erheblichen Schwachstellen bei der Sicherheit ihres Dienstes oder beim Schutz vertraulicher Informationen führen.

Änderungsantrag 350

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 7 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(7a) Die Koordinatoren für digitale Dienste und die Kommission übermitteln einmal jährlich folgende Informationen:

- a) die Zahl der an sie gerichteten Verlangen gemäß den Absätzen 1, 2 und 6,**
- b) die Zahl der vom Koordinator für digitale Dienste oder von der Kommission abgelehnten oder aufgehobenen Verlangen und die Gründe für deren Ablehnung oder Aufhebung, auch nachdem eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste oder die Kommission aufgefordert hatte, ein in den Absätzen 1, 2 und 6 genanntes Verlangen zu ändern.**

Änderungsantrag 351

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 7 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(7b) Zugelassene Forscher, denen Zugang zu Daten gewährt wurde, müssen nach Abschluss ihrer Forschungsarbeiten ihre gewonnenen Erkenntnisse veröffentlichen, ohne vertrauliche Daten offenzulegen, und müssen dabei die Verordnung (EU) 2016/679 einhalten.

Änderungsantrag 352

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 32 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Sehr große Online-Plattformen benennen **als Compliance-Beauftragte** nur Personen, die über die zur Erfüllung der in Absatz 3 genannten Aufgaben erforderlichen beruflichen Qualifikationen, Kenntnisse, Erfahrungen und Fähigkeiten verfügen. Compliance-Beauftragte können entweder Mitarbeiter der betreffenden sehr großen Online-Plattform sein oder diese Aufgaben auf der Grundlage eines Vertrags mit der Plattform wahrnehmen.

Geänderter Text

(2) Sehr große Online-Plattformen benennen nur Personen **als Compliance-Beauftragte**, die über die zur Erfüllung der in Absatz 3 genannten Aufgaben erforderlichen beruflichen Qualifikationen, Kenntnisse, Erfahrungen und Fähigkeiten verfügen. Compliance-Beauftragte können entweder Mitarbeiter der betreffenden sehr großen Online-Plattform sein oder diese Aufgaben auf der Grundlage eines Vertrags mit der Plattform wahrnehmen.

Änderungsantrag 353

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 32 – Absatz 3 – Buchstabe a**

Vorschlag der Kommission

a) Zusammenarbeit mit dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und mit der Kommission für die Zwecke dieser Verordnung;

Geänderter Text

a) Zusammenarbeit mit dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort, **mit dem Gremium** und mit der Kommission für die Zwecke dieser Verordnung;

Änderungsantrag 354

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 33 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen veröffentlichen innerhalb von sechs Monaten nach dem in Artikel 25 Absatz 4 genannten Anwendungsbeginn und danach alle sechs Monate die in Artikel 13 genannten Berichte.

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen veröffentlichen innerhalb von sechs Monaten nach dem in Artikel 25 Absatz 4 genannten Anwendungsbeginn und danach alle sechs Monate **in einem standardisierten, maschinenlesbaren und leicht zugänglichen Format** die in Artikel 13 genannten Berichte.

Änderungsantrag 355

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 33 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Diese Berichte enthalten Informationen zur Moderation von Inhalten, die nach Mitgliedstaaten aufgeschlüsselt sind und für die einzelnen Mitgliedstaaten, in denen die Dienste angeboten werden, und die Union insgesamt aufgeführt sind. Die Berichte werden in mindestens einer der Amtssprachen der Mitgliedstaaten der Union, in denen die Dienste angeboten werden, veröffentlicht.

Änderungsantrag 356

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 33 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) die gemäß Artikel 27 ermittelten und umgesetzten **Risikominderungsmaßnahmen,**

b) die gemäß Artikel 27 ermittelten und umgesetzten **besonderen Abhilfemaßnahmen,**

Änderungsantrag 357

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 33 – Absatz 2 – Buchstabe d a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

da) Informationen über die Vertreterinnen und Vertreter der Nutzer, unabhängigen Sachverständigen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die für die Risikobewertung nach Artikel 26 konsultiert wurden, falls zutreffend.

Änderungsantrag 358

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 33 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Ist eine sehr große Online-Plattform der Auffassung, dass die Veröffentlichung von Informationen gemäß Absatz 2 zur Offenlegung vertraulicher Informationen dieser Plattform oder der Nutzer führen, erhebliche Schwachstellen für die Sicherheit ihres Dienstes verursachen, die öffentliche Sicherheit beeinträchtigen oder Nutzern schaden könnte, so kann sie diese Informationen aus den Berichten entfernen. In diesem Fall übermittelt die Plattform dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und der Kommission die vollständigen Berichte zusammen mit einer Begründung für die Entfernung der Informationen aus der öffentlichen Fassung der Berichte.

Geänderter Text

(3) Ist eine sehr große Online-Plattform der Auffassung, dass die Veröffentlichung von Informationen gemäß Absatz 2 zur Offenlegung vertraulicher Informationen dieser Plattform oder der Nutzer führen, erhebliche Schwachstellen für die Sicherheit ihres Dienstes verursachen, die öffentliche Sicherheit beeinträchtigen oder Nutzern schaden könnte, so kann sie diese Informationen aus den Berichten entfernen. In diesem Fall übermittelt die Plattform dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und der Kommission die vollständigen Berichte zusammen mit einer Begründung für die Entfernung der Informationen aus der öffentlichen Fassung der Berichte ***im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679.***

Änderungsantrag 359

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 34 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission unterstützt und fördert die Entwicklung und Umsetzung freiwilliger Branchennormen, die einschlägige europäische und internationale Normungsgremien zumindest für folgende Bereiche festlegen:

Geänderter Text

(1) Die Kommission unterstützt und fördert die Entwicklung und Umsetzung freiwilliger Branchennormen, die einschlägige europäische und internationale Normungsgremien ***im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012*** zumindest für folgende Bereiche festlegen:

Änderungsantrag 360

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe a a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

aa) allgemeine Geschäftsbedingungen nach Artikel 12, auch in Bezug auf die Annahme und Änderungen dieser Geschäftsbedingungen;

Änderungsantrag 361

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe a b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ab) Informationen über die Nachverfolgbarkeit von Unternehmern nach Artikel 22;

Änderungsantrag 362

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe a c (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ac) Werbeverfahren nach Artikel 24 und Empfehlungssysteme nach Artikel 24a;

Änderungsantrag 363

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe f a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fa) Transparenzberichtspflichten nach Artikel 13;

Änderungsantrag 364

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe f b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fb) technische Spezifikationen, damit Vermittlungsdienste für Menschen mit Behinderungen zugänglich gemacht werden, im Einklang mit den Barrierefreiheitsanforderungen der Richtlinie 2019/882.

Änderungsantrag 365

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 34 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Die Kommission unterstützt und fördert die Entwicklung und Umsetzung freiwilliger Normen, die einschlägige europäische und internationale Normungsgremien zum Schutz Minderjähriger festlegen.

Änderungsantrag 366

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 34 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, Durchführungsrechtsakte zu erlassen, in denen allgemeine Spezifikationen für die in Absatz 1 Buchstaben a bis fb aufgeführten Elemente festgelegt sind, wenn die Kommission mindestens eine europäische Normungsorganisation aufgefordert hat, eine einheitliche Norm zu entwickeln, und es binnen [24 Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung] nicht zu einer Veröffentlichung des Verweises auf diese Norm im Amtsblatt der Europäischen Union kam oder der Antrag nicht von einer europäischen

Normungsorganisation angenommen wurde.

Änderungsantrag 367

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission und das Gremium fördern und erleichtern die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, **insbesondere in Bezug** auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, **verbunden** sind.

Geänderter Text

(1) Die Kommission und das Gremium fördern und erleichtern die Ausarbeitung von **freiwilligen** Verhaltenskodizes auf Unionsebene, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht **verbunden sind. Es ist in besonderem Maße darauf zu achten, nachteilige Auswirkungen** auf den **lauteren** Wettbewerb, **den Zugang zu Daten und die Sicherheit, das Verbot einer allgemeinen Überwachungspflicht** und den Schutz **der Privatsphäre und** personenbezogener Daten **zu vermeiden. Die Kommission und das Gremium fördern und erleichtern zudem die regelmäßige Überprüfung und Anpassung der Verhaltenskodizes, damit diese zweckmäßig sind.**

Änderungsantrag 368

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Treten erhebliche systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, kann die Kommission die betreffenden sehr großen

Geänderter Text

(2) Treten erhebliche systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, kann die Kommission die betreffenden sehr großen

Online-Plattformen und gegebenenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und andere **Beteiligte** auffordern, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Online-Plattformen und gegebenenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie **einschlägige zuständige Behörden**, Organisationen der Zivilgesellschaft und andere **einschlägige Interessenträger** auffordern, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Änderungsantrag 369

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Bei der Umsetzung der Absätze 1 und 2 setzen sich die Kommission und das Gremium dafür ein, dass in den Verhaltenskodizes die damit verfolgten Ziele klar dargelegt werden und wesentliche Leistungsindikatoren enthalten sind, um die Verwirklichung dieser Ziele zu messen, und dass die Kodizes den Bedürfnissen und Interessen aller Beteiligten, **einschließlich** der Bürger, auf Unionsebene gebührend Rechnung tragen. Darüber hinaus bemühen sich die Kommission und das Gremium, dass die Beteiligten der Kommission und ihren jeweiligen Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort regelmäßig über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse Bericht erstatten, gemessen anhand der wesentlichen Leistungsindikatoren in den Kodizes.

Geänderter Text

(3) Bei der Umsetzung der Absätze 1 und 2 setzen sich die Kommission und das Gremium dafür ein, dass in den Verhaltenskodizes die damit verfolgten **konkreten** Ziele klar dargelegt werden, **die Art des verfolgten Ziels der öffentlichen Ordnung und, falls zutreffend, die Rolle der zuständigen Behörden festgelegt wird** und wesentliche Leistungsindikatoren enthalten sind, um die Verwirklichung dieser Ziele zu messen, und dass die Kodizes den Bedürfnissen und Interessen aller Beteiligten, **insbesondere** der Bürger, auf Unionsebene gebührend Rechnung tragen. Darüber hinaus bemühen sich die Kommission und das Gremium, dass die Beteiligten der Kommission und ihren jeweiligen Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort regelmäßig über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse Bericht erstatten, gemessen anhand der wesentlichen Leistungsindikatoren in den Kodizes. **Die wesentlichen Leistungsindikatoren und**

die Berichtspflichten tragen den Größen- und Kapazitätsunterschieden der einzelnen Beteiligten Rechnung.

Änderungsantrag 370

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die Kommission und das Gremium bewerten, ob die Verhaltenskodizes den in den Absätzen 1 und 3 genannten Zielen entsprechen, und überwachen und bewerten regelmäßig die Erreichung der damit verfolgten Ziele. Sie veröffentlichen ihre Schlussfolgerungen.

Geänderter Text

(4) Die Kommission und das Gremium bewerten, ob die Verhaltenskodizes den in den Absätzen 1 und 3 genannten Zielen entsprechen, und überwachen und bewerten regelmäßig die Erreichung der damit verfolgten Ziele. Sie veröffentlichen ihre Schlussfolgerungen ***und fordern die beteiligten Organisationen auf, ihre Verhaltenskodizes entsprechend zu ändern.***

Änderungsantrag 371

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) ***Das*** Gremium ***überwacht*** und ***bewertet*** regelmäßig, inwieweit die Ziele der Verhaltenskodizes erreicht wurden, und ***berücksichtigt*** dabei ***gegebenenfalls*** die gegebenenfalls darin enthaltenen wesentlichen Leistungsindikatoren.

Geänderter Text

(5) ***Die Kommission und das*** Gremium ***überwachen*** und ***bewerten*** regelmäßig, inwieweit die Ziele der Verhaltenskodizes erreicht wurden, und ***berücksichtigen*** dabei die gegebenenfalls darin enthaltenen wesentlichen Leistungsindikatoren. ***Bei systematischen Verstößen gegen die Verhaltenskodizes können die Kommission und das Gremium als letztes Mittel beschließen, Plattformen, die ihren Verpflichtungen als Unterzeichner der Verhaltenskodizes nicht nachkommen, vorübergehend zu suspendieren oder endgültig auszuschließen.***

Änderungsantrag 372

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 36 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission fördert und erleichtert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene zwischen Online-Plattformen und anderen einschlägigen Diensteanbietern, einschließlich Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung, oder Organisationen, die Nutzer vertreten, und Organisationen der Zivilgesellschaft oder einschlägigen Behörden, um über die Anforderungen der Artikel 24 und 30 hinaus zu mehr Transparenz **bei** Online-Werbung beizutragen.

Geänderter Text

(1) Die Kommission fördert und erleichtert die Ausarbeitung von **freiwilligen** Verhaltenskodizes auf Unionsebene zwischen Online-Plattformen und anderen einschlägigen Diensteanbietern, einschließlich Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung, oder Organisationen, die Nutzer vertreten, und Organisationen der Zivilgesellschaft oder einschlägigen Behörden, um über die Anforderungen der Artikel 24 und 30 hinaus zu mehr Transparenz **für alle Beteiligten im Ökosystem der** Online-Werbung beizutragen.

Änderungsantrag 373

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 36 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Die Kommission setzt sich dafür ein, dass mit den Verhaltenskodizes eine wirksame Informationsübermittlung unter uneingeschränkter Achtung der Rechte und Interessen aller Beteiligten sowie ein wettbewerbsorientiertes, transparentes und faires Umfeld in der Online-Werbung im Einklang mit dem Unionsrecht und dem nationalen Recht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, angestrebt werden. Die Kommission setzt sich dafür ein, dass sich die Verhaltenskodizes mindestens auf Folgendes erstrecken:

Geänderter Text

(2) Die Kommission setzt sich dafür ein, dass mit den Verhaltenskodizes eine wirksame Informationsübermittlung unter uneingeschränkter Achtung der Rechte und Interessen aller Beteiligten sowie ein wettbewerbsorientiertes, transparentes und faires Umfeld in der Online-Werbung im Einklang mit dem Unionsrecht und dem nationalen Recht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz **der Privatsphäre und** personenbezogener Daten, angestrebt werden. Die Kommission setzt sich dafür ein, dass sich die Verhaltenskodizes mindestens auf Folgendes erstrecken:

Änderungsantrag 374

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 36 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**ba) die verschiedenen Arten von
Daten, die verwendet werden können.**

Änderungsantrag 375

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 36 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Die Kommission fördert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes innerhalb eines Jahres nach dem Geltungsbeginn dieser Verordnung und ihre Anwendung spätestens sechs Monate nach diesem Zeitpunkt.

(3) Die Kommission fördert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes innerhalb eines Jahres nach dem Geltungsbeginn dieser Verordnung und ihre Anwendung spätestens sechs Monate nach diesem Zeitpunkt. **Die Kommission bewertet die Anwendung dieser Kodizes drei Jahre nach der Anwendung dieser Verordnung.**

Änderungsantrag 376

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 36 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Die Kommission fordert alle Beteiligten im Ökosystem der Online-Werbung nach Absatz 1 auf, die in den Verhaltenskodizes festgelegten Verpflichtungen zu fördern und einzuhalten.

Änderungsantrag 377

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 37 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Das Gremium kann der Kommission empfehlen, gemäß den Absätzen 2, 3 und 4 die Ausarbeitung von Krisenprotokollen zur Bewältigung von Krisensituationen einzuleiten, die strikt auf außergewöhnliche Umstände beschränkt sind, die die öffentliche Sicherheit oder Gesundheit beeinträchtigen.

Geänderter Text

(1) Das Gremium kann der Kommission empfehlen, gemäß den Absätzen 2, 3 und 4 die Ausarbeitung von **freiwilligen** Krisenprotokollen zur Bewältigung von Krisensituationen einzuleiten, die strikt auf außergewöhnliche Umstände beschränkt sind, die die öffentliche Sicherheit oder Gesundheit beeinträchtigen.

Änderungsantrag 378

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 37 – Absatz 4 – Buchstabe f a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fa) Maßnahmen zur Gewährleistung der Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen bei der Umsetzung von Krisenprotokollen, unter anderem durch die Bereitstellung einer barrierefreien Beschreibung dieser Protokolle.

Änderungsantrag 379

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 37 – Absatz 5**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5) Ist die Kommission der Auffassung, dass ein Krisenprotokoll der Krisensituation nicht wirksam begegnet oder die Ausübung der in Absatz 4 Buchstabe e genannten Grundrechte nicht schützt, **kann** sie die Beteiligten **auffordern**, das Krisenprotokoll zu überarbeiten, auch durch die Ergreifung zusätzlicher Maßnahmen.

(5) Ist die Kommission der Auffassung, dass ein Krisenprotokoll der Krisensituation nicht wirksam begegnet oder die Ausübung der in Absatz 4 Buchstabe e genannten Grundrechte nicht schützt, **fordert** sie die Beteiligten **auf**, das Krisenprotokoll zu überarbeiten, auch durch die Ergreifung zusätzlicher Maßnahmen.

Änderungsantrag 380

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 38 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass den zuständigen Behörden nach Absatz 1 und insbesondere ihren Koordinatoren für digitale Dienste angemessene technische, finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stehen, damit sie ihre Aufgaben im Sinne dieser Verordnung erfüllen können.

Änderungsantrag 381

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 39 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ihre Koordinatoren für digitale Dienste ihre Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung unparteiisch, transparent und zeitnah erfüllen. **Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass ihren Koordinatoren für digitale Dienste angemessene technische, finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stehen, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können.**

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ihre Koordinatoren für digitale Dienste ihre Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung unparteiisch, transparent und zeitnah erfüllen.

Änderungsantrag 382

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 40 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke der **Kapitel III** und **IV** dieser Verordnung liegt bei dem Mitgliedstaat, in dem sich die Hauptniederlassung des Anbieters von Vermittlungsdiensten

(1) Die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke der **Aufsicht** und **Durchsetzung der Verpflichtungen für Vermittler im Sinne** dieser Verordnung **durch die zuständigen nationalen Behörden im**

befindet.

Einklang mit diesem Kapitel liegt bei dem Mitgliedstaat, in dem sich die Hauptniederlassung des Anbieters von Vermittlungsdiensten befindet.

Änderungsantrag 383

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 40 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Ein Anbieter von Vermittlungsdiensten, der keine Niederlassung in der Union hat, aber Dienste in der Union anbietet, gilt für die Zwecke **der Kapitel III und IV** als der rechtlichen Zuständigkeit des Mitgliedstaats unterworfen, in dem der Rechtsvertreter ansässig oder niedergelassen ist.

Geänderter Text

(2) Ein Anbieter von Vermittlungsdiensten, der keine Niederlassung in der Union hat, aber Dienste in der Union anbietet, gilt für die Zwecke **dieses Artikels** als der rechtlichen Zuständigkeit des Mitgliedstaats unterworfen, in dem der Rechtsvertreter ansässig oder niedergelassen ist.

Änderungsantrag 384

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 40 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Benennt ein Anbieter von Vermittlungsdiensten keinen Rechtsvertreter gemäß Artikel 11, so liegt die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke **der Kapitel III und IV** bei allen Mitgliedstaaten. Beschließt ein Mitgliedstaat, die rechtliche Zuständigkeit nach diesem Absatz auszuüben, so unterrichtet er alle anderen Mitgliedstaaten und stellt sicher, dass der Grundsatz „ne bis in idem“ eingehalten wird.

Geänderter Text

(3) Benennt ein Anbieter von Vermittlungsdiensten keinen Rechtsvertreter gemäß Artikel 11, so liegt die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke **dieses Artikels** bei allen Mitgliedstaaten. Beschließt ein Mitgliedstaat, die rechtliche Zuständigkeit nach diesem Absatz auszuüben, so unterrichtet er alle anderen Mitgliedstaaten und stellt sicher, dass der Grundsatz „ne bis in idem“ eingehalten wird.

Änderungsantrag 385

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 41 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die Befugnis, von diesen Anbietern sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und Artikel 50 Absatz 3 durchführen, zu verlangen, dass sie diese Informationen innerhalb **einer angemessenen Frist** übermitteln;

Geänderter Text

a) die Befugnis, von diesen Anbietern sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und Artikel 50 Absatz 3 durchführen, zu verlangen, dass sie diese Informationen **unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von drei Monaten** übermitteln;

Änderungsantrag 386

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 41 – Absatz 2 – Buchstabe e**

Vorschlag der Kommission

e) die Befugnis, einstweilige Maßnahmen zur Vermeidung der Gefahr eines schwerwiegenden Schadens zu ergreifen.

Geänderter Text

e) die Befugnis, **verhältnismäßige** einstweilige Maßnahmen zur Vermeidung der Gefahr eines schwerwiegenden Schadens zu ergreifen **oder die zuständigen Justizbehörden hierzu aufzufordern**.

Änderungsantrag 387

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 41 – Absatz 2 – Unterabsatz 1**

Vorschlag der Kommission

In Bezug auf Unterabsatz 1 Buchstaben c und d verfügen die Koordinatoren für digitale Dienste auch gegenüber den anderen in Absatz 1 genannten Personen bei Nichtbefolgung von Anordnungen, die ihnen gemäß dem genannten Absatz erteilt wurden, über die in diesen Buchstaben

Geänderter Text

(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)

genannten Durchsetzungsbefugnisse. Sie üben diese Durchsetzungsbefugnisse erst aus, nachdem sie diesen anderen Personen rechtzeitig alle einschlägigen Informationen im Zusammenhang mit solchen Anordnungen zur Kenntnis gebracht haben, einschließlich des Geltungszeitraums, der Geldbußen oder Zwangsgelder, die wegen Nichtbefolgung verhängt werden können, und der Rechtsbehelfsmöglichkeiten.

Änderungsantrag 388

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 41 – Absatz 3 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(3) Soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist, haben die Koordinatoren für digitale Dienste in Bezug auf Anbieter von Vermittlungsdiensten, die der rechtlichen Zuständigkeit ihres Mitgliedstaats unterliegen, in Fällen, in denen alle anderen Befugnisse nach diesem Artikel zur Einstellung einer Zuwiderhandlung ausgeschöpft wurden, die Zuwiderhandlung anhält und einen schwerwiegenden Schaden verursacht, der durch die Ausübung anderer Befugnisse nach Unionsrecht oder nationalem Recht nicht vermieden werden kann, die Befugnis, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

Geänderter Text

(3) Soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist, haben die Koordinatoren für digitale Dienste in Bezug auf Anbieter von Vermittlungsdiensten, die der rechtlichen Zuständigkeit ihres Mitgliedstaats unterliegen, in Fällen, in denen alle anderen Befugnisse nach diesem Artikel zur Einstellung einer Zuwiderhandlung ausgeschöpft wurden, die Zuwiderhandlung anhält **oder unablässig wiederholt wird** und einen schwerwiegenden Schaden verursacht, der durch die Ausübung anderer Befugnisse nach Unionsrecht oder nationalem Recht nicht vermieden werden kann, die Befugnis, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

Änderungsantrag 389

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 41 – Absatz 3 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) vom Leitungsorgan des Anbieters

Geänderter Text

a) vom Leitungsorgan des Anbieters

zu verlangen, dass es innerhalb einer angemessenen Frist die Lage prüft, einen Aktionsplan annimmt und vorlegt, in dem die zur Einstellung der Zuwiderhandlung erforderlichen Maßnahmen dargelegt werden, sicherstellt, dass der Anbieter diese Maßnahmen ergreift, und über die getroffenen Maßnahmen Bericht erstattet;

zu verlangen, dass es innerhalb einer angemessenen Frist **von höchstens drei Monaten** die Lage prüft, einen Aktionsplan annimmt und vorlegt, in dem die zur Einstellung der Zuwiderhandlung erforderlichen Maßnahmen dargelegt werden, sicherstellt, dass der Anbieter diese Maßnahmen ergreift, und über die getroffenen Maßnahmen Bericht erstattet;

Änderungsantrag 390

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 41 – Absatz 3 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) ist der Koordinator für digitale Dienste der Auffassung, dass der Anbieter die Anforderungen des ersten Spiegelstrichs nicht **ausreichend** erfüllt hat, dass die Zuwiderhandlung anhält und einen schwerwiegenden Schaden verursacht und dass die Zuwiderhandlung eine schwere Straftat darstellt, die das Leben oder die Sicherheit von Personen bedroht, so fordert er die zuständige Justizbehörde dieses Mitgliedstaats auf, anzuordnen, dass der Zugang der Nutzer zu dem von der Zuwiderhandlung betroffenen Dienst oder – nur wenn dies technisch nicht möglich ist – zur Online-Schnittstelle des Anbieters von Vermittlungsdiensten, auf der die Zuwiderhandlung erfolgt, vorübergehend eingeschränkt wird.

Geänderter Text

b) ist der Koordinator für digitale Dienste der Auffassung, dass der Anbieter die Anforderungen des ersten Spiegelstrichs nicht erfüllt hat, dass die Zuwiderhandlung anhält **oder unablässig wiederholt wird** und einen schwerwiegenden Schaden verursacht und dass die Zuwiderhandlung eine schwere Straftat darstellt, die das Leben oder die Sicherheit von Personen bedroht, so fordert er die zuständige Justizbehörde dieses Mitgliedstaats auf, anzuordnen, dass der Zugang der Nutzer zu dem von der Zuwiderhandlung betroffenen Dienst oder – nur wenn dies technisch nicht möglich ist – zur Online-Schnittstelle des Anbieters von Vermittlungsdiensten, auf der die Zuwiderhandlung erfolgt, vorübergehend eingeschränkt wird.

Änderungsantrag 391

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 41 – Absatz 6 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6a) Die Kommission veröffentlicht spätestens am [sechs Monate nach

***Inkrafttreten dieser Verordnung/
Leitlinien für die Befugnisse und
Verfahren, die für die Koordinatoren für
digitale Dienste gelten.***

Änderungsantrag 392

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 42 – Absatz 2**

Vorschlag der Kommission

(2) Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission diese Vorschriften und Maßnahmen mit und melden **ih**r unverzüglich alle diesbezüglichen Änderungen.

Geänderter Text

(2) Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission **und dem Gremium** diese Vorschriften und Maßnahmen mit und melden **ihnen** unverzüglich alle diesbezüglichen Änderungen.

Änderungsantrag 393

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 42 – Absatz 3**

Vorschlag der Kommission

(3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Höchstbetrag der Sanktionen, die bei Nichteinhaltung der in dieser Verordnung festgelegten Verpflichtungen verhängt werden, 6 % **der Jahreseinnahmen oder** des Jahresumsatzes des betreffenden Anbieters von Vermittlungsdiensten nicht übersteigt. Sanktionen für die Bereitstellung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen, für das Versäumnis einer Antwort oder der Berichtigung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen sowie für die Nichtduldung einer Nachprüfung vor Ort dürfen 1 % **der Jahreseinnahmen oder** des Jahresumsatzes des betreffenden Anbieters nicht übersteigen.

Geänderter Text

(3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Höchstbetrag der Sanktionen, die bei Nichteinhaltung der in dieser Verordnung festgelegten Verpflichtungen verhängt werden, 6 % des **weltweit erzielten** Jahresumsatzes des betreffenden Anbieters von Vermittlungsdiensten nicht übersteigt. Sanktionen für die Bereitstellung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen, für das Versäumnis einer Antwort oder der Berichtigung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen sowie für die Nichtduldung einer Nachprüfung vor Ort dürfen 1 % des **weltweit erzielten** Jahresumsatzes des betreffenden Anbieters nicht übersteigen.

Änderungsantrag 394

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 42 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Höchstbetrag eines Zwangsgelds 5 % des durchschnittlichen Tagesumsatzes des betreffenden Anbieters von Vermittlungsdiensten im vorangegangenen Geschäftsjahr, berechnet ab dem in dem betreffenden Beschluss genannten Datum, nicht übersteigt.

Geänderter Text

(4) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Höchstbetrag eines Zwangsgelds 5 % des durchschnittlichen **weltweit erzielten** Tagesumsatzes des betreffenden Anbieters von Vermittlungsdiensten im vorangegangenen Geschäftsjahr, berechnet ab dem in dem betreffenden Beschluss genannten Datum, nicht übersteigt.

Änderungsantrag 395

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 42 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Verwaltungs- oder Justizbehörden, die Anordnungen nach Artikel 8 und 9 erlassen, nur im Einklang mit diesem Artikel Sanktionen oder Geldbußen verhängen.

Änderungsantrag 396

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 43 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Die Nutzer haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls

Geänderter Text

(1) Die Nutzer haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. **Während dieser Verfahren haben beide Parteien das Recht, angehört zu werden**

an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter.

und angemessen über den Stand der Verfahren unterrichtet zu werden. Der Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls **unverzüglich** an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie **unverzüglich** an diese Behörde weiter.

Änderungsantrag 397

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 43 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Bei Eingang der Beschwerde, die gemäß Absatz 1 übermittelt wurde, bewertet der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort zeitnah die Angelegenheit und teilt binnen sechs Monaten dem Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, mit, ob er plant, eine Untersuchung einzuleiten. Falls er eine Untersuchung einleitet, stellt er mindestens alle drei Monate aktuelle Informationen zur Verfügung. Der Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, setzt den Nutzer entsprechend in Kenntnis.

Änderungsantrag 398

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 43 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 43a

Schadenersatz

Unbeschadet des Artikels 5 haben Nutzer das Recht, im Einklang mit dem einschlägigen Unionsrecht und nationalen Recht Schadenersatz von Anbietern von Vermittlungsdiensten für etwaige unmittelbare Schäden oder Verluste zu fordern, die aufgrund eines Verstoßes der Anbieter von Vermittlungsdiensten gegen die in dieser Verordnung festgelegten Verpflichtungen entstanden sind.

Änderungsantrag 399

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 44 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Koordinatoren für digitale Dienste erstellen einen Jahresbericht über ihre Tätigkeiten im Rahmen dieser Verordnung. Sie machen die Jahresberichte der Öffentlichkeit zugänglich und übermitteln sie der Kommission und dem Gremium.

Geänderter Text

(1) Die Koordinatoren für digitale Dienste erstellen einen Jahresbericht über ihre Tätigkeiten im Rahmen dieser Verordnung. Sie machen die Jahresberichte der Öffentlichkeit **in einem standardisierten, maschinenlesbaren Format** zugänglich und übermitteln sie der Kommission und dem Gremium.

Änderungsantrag 400

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 44 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Anzahl und Gegenstand der Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte und der Auskunftsanordnungen, die gemäß den Artikeln 8 und 9 von einer nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörde des Mitgliedstaats des Koordinators für digitale Dienste erlassen wurden;

Geänderter Text

a) Anzahl und Gegenstand der Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte und der Auskunftsanordnungen, die gemäß den Artikeln 8 und 9 von einer nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörde des Mitgliedstaats des Koordinators für digitale Dienste erlassen wurden, **einschließlich Informationen über den Namen der erlassenden Behörde, den Namen des**

Anbieters und die in der Anordnung genannte Art der Maßnahme sowie einer Begründung, dass die Anordnung im Einklang mit Artikel 3 der Richtlinie 2000/31/EG steht;

Änderungsantrag 401

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 44 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) die Befolgung dieser Anordnungen, wie dem Koordinator für digitale Dienste gemäß den Artikeln 8 und 9 mitgeteilt.

Geänderter Text

b) die Befolgung dieser Anordnungen, wie dem Koordinator für digitale Dienste gemäß den Artikeln 8 und 9 mitgeteilt, **die Anzahl der Rechtsbehelfe gegen diese Anordnungen sowie das Ergebnis der Rechtsbehelfe.**

Änderungsantrag 402

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 44 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die Kommission stellt einen Zweijahresbericht, in dem die gemäß Absatz 1 übermittelten Jahresberichte geprüft werden, öffentlich zur Verfügung und übermittelt ihn dem Europäischen Parlament und dem Rat.

Änderungsantrag 403

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 1 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Hat das Gremium Grund zu der Annahme, dass ein Anbieter von Vermittlungsdiensten auf eine Weise gegen diese Verordnung verstoßen hat, die

Geänderter Text

Hat das Gremium Grund zu der Annahme, dass ein Anbieter von Vermittlungsdiensten auf eine Weise gegen diese Verordnung verstoßen hat, die

mindestens drei Mitgliedstaaten betrifft, kann es **dem** Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort **empfehlen**, die Angelegenheit zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen.

mindestens drei Mitgliedstaaten betrifft, kann es **den** Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort **auffordern**, die Angelegenheit zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen.

Änderungsantrag 404

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Eine Aufforderung **oder Empfehlung** gemäß Absatz 1 enthält zumindest folgende Informationen:

Geänderter Text

(2) Eine Aufforderung gemäß Absatz 1 enthält zumindest folgende Informationen:

Änderungsantrag 405

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Eine Aufforderung gemäß Absatz 1 wird gleichzeitig auch an die Kommission übermittelt. Wenn die Kommission der Auffassung ist, dass die Aufforderung unbegründet ist, oder sie gerade in Bezug auf dieselbe Angelegenheit Maßnahmen ergreift, kann sie fordern, dass die Aufforderung zurückgezogen wird.

Änderungsantrag 406

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Der Koordinator für digitale

Geänderter Text

(3) Der Koordinator für digitale

Dienste am Niederlassungsort trägt der Aufforderung **oder Empfehlung** gemäß Absatz 1 weitestgehend Rechnung. Ist er der Auffassung, dass er nicht über ausreichende Informationen verfügt, um der Aufforderung **oder der Empfehlung** Folge zu leisten, und hat er Grund zu der Annahme, dass der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder das Gremium zusätzliche Informationen bereitstellen könnte, kann er diese Informationen anfordern. Die Frist gemäß Absatz 4 ruht, bis diese zusätzlichen Informationen vorliegen.

Dienste am Niederlassungsort trägt der Aufforderung gemäß Absatz 1 weitestgehend Rechnung. Ist er der Auffassung, dass er nicht über ausreichende Informationen verfügt, um der Aufforderung Folge zu leisten, und hat er Grund zu der Annahme, dass der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder das Gremium zusätzliche Informationen bereitstellen könnte, kann er diese Informationen anfordern. Die Frist gemäß Absatz 4 ruht, bis diese zusätzlichen Informationen vorliegen.

Änderungsantrag 407

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort teilt dem Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder dem Gremium unverzüglich, in jedem Fall aber spätestens zwei Monate nach Eingang der Aufforderung **oder der Empfehlung**, seine Bewertung der mutmaßlichen Zuwiderhandlung oder gegebenenfalls die Bewertung einer etwaigen anderen nach nationalem Recht zuständigen Behörde sowie eine Erläuterung etwaiger Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen mit, die in diesem Zusammenhang ergriffen wurden oder geplant sind, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen.

Geänderter Text

(4) Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort teilt dem Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder dem Gremium unverzüglich, in jedem Fall aber spätestens zwei Monate nach Eingang der Aufforderung, seine Bewertung der mutmaßlichen Zuwiderhandlung oder gegebenenfalls die Bewertung einer etwaigen anderen nach nationalem Recht zuständigen Behörde sowie eine Erläuterung etwaiger Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen mit, die in diesem Zusammenhang ergriffen wurden oder geplant sind, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen.

Änderungsantrag 408

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Hat der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder gegebenenfalls das Gremium innerhalb der in Absatz 4 genannten Frist keine Antwort erhalten oder stimmt er der Bewertung des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort nicht zu, so kann er die Kommission unter Vorlage aller einschlägigen Informationen mit der Angelegenheit befassen. Diese Informationen umfassen mindestens die an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort gerichtete Aufforderung **oder Empfehlung**, alle zusätzlichen Informationen gemäß Absatz 3 und die in Absatz 4 genannte Mitteilung.

Geänderter Text

(5) Hat der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder gegebenenfalls das Gremium innerhalb der in Absatz 4 genannten Frist keine Antwort erhalten oder stimmt er der Bewertung des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort nicht zu, so kann er die Kommission unter Vorlage aller einschlägigen Informationen mit der Angelegenheit befassen. Diese Informationen umfassen mindestens die an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort gerichtete Aufforderung, alle zusätzlichen Informationen gemäß Absatz 3 und die in Absatz 4 genannte Mitteilung.

Änderungsantrag 409

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 7

Vorschlag der Kommission

(7) Gelangt die Kommission gemäß Absatz 6 zu dem Schluss, dass die Bewertung oder die gemäß Absatz 4 ergriffenen oder geplanten Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen nicht mit dieser Verordnung vereinbar sind, fordert sie den Koordinator für den digitalen Dienst am Niederlassungsort auf, die Angelegenheit weiter zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen, und sie innerhalb von zwei Monaten nach dieser Aufforderung über diese Maßnahmen zu unterrichten.

Geänderter Text

(7) Gelangt die Kommission gemäß Absatz 6 zu dem Schluss, dass die Bewertung oder die gemäß Absatz 4 ergriffenen oder geplanten Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen nicht mit dieser Verordnung vereinbar sind, fordert sie den Koordinator für den digitalen Dienst am Niederlassungsort auf, die Angelegenheit weiter zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen, und sie innerhalb von zwei Monaten nach dieser Aufforderung über diese Maßnahmen zu unterrichten. **Diese Informationen werden auch an den Koordinator für digitale Dienste oder das Gremium, das das Verfahren gemäß Absatz 1 eingeleitet hat, übermittelt.**

Änderungsantrag 410

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 46 – Absatz 1 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Diese gemeinsamen Untersuchungen berühren nicht die Aufgaben und Befugnisse der beteiligten Koordinatoren für digitale Dienste und die Anforderungen, die für die Wahrnehmung dieser Aufgaben und die Ausübung dieser Befugnisse gemäß dieser Verordnung gelten. Die beteiligten Koordinatoren für digitale Dienste stellen die Ergebnisse der gemeinsamen Untersuchungen anderen Koordinatoren für digitale Dienste, der Kommission und dem Gremium über das in Artikel 67 vorgesehene System zur Verfügung, damit diese ihren jeweiligen Aufgaben gemäß dieser Verordnung nachkommen können.

entfällt

Änderungsantrag 411

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 46 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Hat ein Koordinator für digitale Dienste mit Sitz in einem Mitgliedstaat den begründeten Verdacht, dass ein Anbieter von Vermittlungsdiensten in einer Weise gegen diese Verordnung verstoßen hat, an der mindestens ein weiterer Mitgliedstaat beteiligt ist, kann er dem Koordinator für digitale Dienste am jeweiligen Bestimmungsort vorschlagen, eine gemeinsame Untersuchung einzuleiten. Die gemeinsame Untersuchung beruht auf einer Vereinbarung zwischen den betreffenden Mitgliedstaaten.

Änderungsantrag 412

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 46 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1b) Auf Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Bestimmungsort, der den begründeten Verdacht hat, dass ein Anbieter von Vermittlungsdiensten in seinem Mitgliedstaat gegen diese Verordnung verstoßen hat, kann das Gremium dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort empfehlen, eine gemeinsame Untersuchung mit dem Koordinator für digitale Dienste am jeweiligen Bestimmungsort einzuleiten. Die gemeinsame Untersuchung beruht auf einer Vereinbarung zwischen den betreffenden Mitgliedstaaten.

Wird nicht binnen eines Monats eine Vereinbarung getroffen, steht die gemeinsame Untersuchung unter der Aufsicht des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort.

Diese gemeinsamen Untersuchungen berühren nicht die Aufgaben und Befugnisse der beteiligten Koordinatoren für digitale Dienste und die Anforderungen, die für die Wahrnehmung dieser Aufgaben und die Ausübung dieser Befugnisse gemäß dieser Verordnung gelten. Die beteiligten Koordinatoren für digitale Dienste stellen die Ergebnisse der gemeinsamen Untersuchungen anderen Koordinatoren für digitale Dienste, der Kommission und dem Gremium über das in Artikel 67 vorgesehene System zur Verfügung, damit diese ihren jeweiligen Aufgaben gemäß dieser Verordnung nachkommen können.

Änderungsantrag 413

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 47 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Koordinierung und **Mitwirkung an** Leitlinien und Analysen der Kommission, der Koordinatoren für digitale Dienste und anderer zuständiger Behörden zu neu auftretenden Fragen in Bezug auf Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen, im gesamten Binnenmarkt;

Geänderter Text

b) Koordinierung und **Bereitstellung von** Leitlinien und Analysen der Kommission, der Koordinatoren für digitale Dienste und anderer zuständiger Behörden zu neu auftretenden Fragen in Bezug auf Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen, im gesamten Binnenmarkt;

Änderungsantrag 414

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 47 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) Beitrag zur wirksamen Anwendung von Artikel 3 der Richtlinie 2000/31/EG zur Verhinderung einer Fragmentierung des digitalen Binnenmarkts;

Änderungsantrag 415

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 47 – Absatz 2 – Buchstabe c a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) Beitrag zur wirksamen Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden von Drittstaaten und mit internationalen Organisationen;

Änderungsantrag 416

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 48 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Das Gremium setzt sich aus den

(1) Das Gremium setzt sich aus den

Koordinatoren für digitale Dienste zusammen, die durch hochrangige Beamte vertreten werden. Sofern dies im nationalen Recht vorgesehen ist, **beteiligen** sich neben dem Koordinator für digitale Dienste auch andere zuständige Behörden, die mit spezifischen operativen Zuständigkeiten für die Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung betraut sind, an der Arbeit des Gremiums. Weitere nationale Behörden können zu den Sitzungen eingeladen werden, wenn die erörterten Fragen für sie von Belang sind.

Koordinatoren für digitale Dienste zusammen, die durch hochrangige Beamte vertreten werden. Sofern dies im nationalen Recht vorgesehen ist, **können** sich neben dem Koordinator für digitale Dienste auch andere zuständige Behörden, die mit spezifischen operativen Zuständigkeiten für die Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung betraut sind, an der Arbeit des Gremiums **beteiligen**. Weitere nationale Behörden können zu den Sitzungen eingeladen werden, wenn die erörterten Fragen für sie von Belang sind. **Die Sitzung gilt als beschlussfähig, wenn mindestens zwei Drittel ihrer Mitglieder anwesend sind.**

Änderungsantrag 417

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 48 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Den Vorsitz des Gremiums führt die Kommission. Die Kommission beruft die Sitzungen ein und bereitet die Tagesordnung im Einklang mit den Aufgaben des Ausschusses gemäß dieser Verordnung und seiner Geschäftsordnung vor.

Änderungsantrag 418

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 48 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Jeder Mitgliedstaat verfügt über eine Stimme. Die Kommission hat kein Stimmrecht.

(2) Jeder Mitgliedstaat verfügt über eine Stimme, **die vom Koordinator für digitale Dienste abgegeben wird**. Die Kommission hat kein Stimmrecht.

Änderungsantrag 419

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 48 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Den Vorsitz des Gremiums führt die Kommission. Die Kommission beruft die Sitzungen ein und bereitet die Tagesordnung im Einklang mit den Aufgaben des Gremiums gemäß dieser Verordnung und seiner Geschäftsordnung vor.

entfällt

Änderungsantrag 420

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 48 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5) Das Gremium kann Sachverständige und Beobachter zu seinen Sitzungen einladen und mit anderen Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union sowie Beratergruppen und gegebenenfalls mit externen Sachverständigen *zusammenarbeiten*. Das Gremium macht der Öffentlichkeit die Ergebnisse *der* dieser Zusammenarbeit zugänglich.

(5) Das Gremium kann Sachverständige und Beobachter zu seinen Sitzungen einladen und *arbeitet* mit anderen Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union sowie Beratergruppen und gegebenenfalls mit externen Sachverständigen *zusammen*. Das Gremium macht der Öffentlichkeit die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit zugänglich.

Änderungsantrag 421

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 48 – Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5a) Das Gremium konsultiert gegebenenfalls interessierte Kreise und stellt die Ergebnisse der Konsultation öffentlich zur Verfügung.

Änderungsantrag 422

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 48 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

(6) Das Gremium gibt sich nach Zustimmung der Kommission eine Geschäftsordnung.

Geänderter Text

(6) Das Gremium gibt sich **mit Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder und** nach Zustimmung der Kommission eine Geschäftsordnung.

Änderungsantrag 423

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 49 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) Abgabe konkreter Empfehlungen zur Umsetzung von Artikel 13a;

Änderungsantrag 424

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 49 – Absatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

d) Beratung der Kommission beim Ergreifen der in Artikel 51 genannten Maßnahmen und – **auf Aufforderung der Kommission** – Abgabe von Stellungnahmen zu Entwürfen von Maßnahmen der Kommission in Bezug auf sehr große Online-Plattformen gemäß dieser Verordnung;

d) Beratung der Kommission beim Ergreifen der in Artikel 51 genannten Maßnahmen und Abgabe von Stellungnahmen zu Entwürfen von Maßnahmen der Kommission in Bezug auf sehr große Online-Plattformen gemäß dieser Verordnung;

Änderungsantrag 425

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 49 – Absatz 1 – Buchstabe d a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

da) Überwachung der Einhaltung von Artikel 3 der Richtlinie 2000/31/EG bei Maßnahmen eines Mitgliedstaats zur Beschneidung der Freiheit zur Erbringung der Dienste von Anbietern von Vermittlungsdiensten aus einem anderen Mitgliedstaat und Gewährleistung, dass diese Maßnahmen unbedingt erforderlich sind und die Anwendung dieser Verordnung nicht einschränken;

Änderungsantrag 426

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 49 – Absatz 1 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

e) Unterstützung und Förderung der Entwicklung und Umsetzung europäischer Normen, Leitlinien, Berichte, Formulare und Verhaltenskodizes gemäß dieser Verordnung sowie Bestimmung neu auftretender Fragen in Bezug auf Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen.

e) Unterstützung und Förderung der Entwicklung und Umsetzung europäischer Normen, Leitlinien, Berichte, Formulare und Verhaltenskodizes **in enger Zusammenarbeit mit den einschlägigen Interessenträgern** gemäß dieser Verordnung, **u. a. durch Abgabe von Stellungnahmen, Empfehlungen oder Ratschlägen zu Angelegenheiten im Zusammenhang mit Artikel 34**, sowie Bestimmung neu auftretender Fragen in Bezug auf Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen.

Änderungsantrag 427

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 49 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Die Koordinatoren für digitale Dienste und andere zuständige nationale Behörden, die den vom Gremium an sie

(2) Die Koordinatoren für digitale Dienste und andere zuständige nationale Behörden, die den vom Gremium an sie

gerichteten Stellungnahmen, Aufforderungen oder Empfehlungen nicht folgen, geben bei der Berichterstattung gemäß dieser Verordnung oder bei der Annahme ihrer einschlägigen Beschlüsse gegebenenfalls die Gründe dafür an.

gerichteten Stellungnahmen, Aufforderungen oder Empfehlungen nicht folgen, geben bei der Berichterstattung gemäß dieser Verordnung oder bei der Annahme ihrer einschlägigen Beschlüsse gegebenenfalls die Gründe dafür ***und eine Erläuterung zu den Untersuchungen und Maßnahmen, die sie durchgeführt haben,*** an.

Änderungsantrag 428

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 49 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 49a

Berichte

(1) Das Gremium verfasst einen Jahresbericht über seine Tätigkeiten. Der Bericht wird in allen Amtssprachen der EU veröffentlicht und dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission übermittelt.

(2) Der Jahresbericht umfasst unter anderem Informationen und eine Überprüfung der praktischen Anwendung der Stellungnahmen, Leitlinien, Empfehlungen und Ratschläge und anderer gemäß Artikel 49 Absatz 1 ergriffener Maßnahmen.

Änderungsantrag 429

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 50 – Absatz 1 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Besteht Grund zu der Annahme, dass eine sehr große Online-Plattform gegen eine ***dieser*** Bestimmungen verstoßen hat, kann die Kommission von Amts wegen bzw. das Gremium auf eigene Initiative oder auf

Besteht Grund zu der Annahme, dass eine sehr große Online-Plattform gegen eine ***der*** Bestimmungen ***aus Kapitel III Abschnitt 4*** verstoßen hat, kann die Kommission von Amts wegen bzw. das Gremium auf eigene

Aufforderung von mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort empfehlen, die mutmaßliche Zuwiderhandlung zu untersuchen, damit dieser Koordinator für digitale Dienste innerhalb einer angemessenen Frist eine diesbezügliche Entscheidung trifft.

Initiative oder auf Aufforderung von mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort empfehlen, die mutmaßliche Zuwiderhandlung zu untersuchen, damit dieser Koordinator für digitale Dienste innerhalb einer angemessenen Frist, **spätestens aber nach drei Monaten** eine diesbezügliche Entscheidung trifft.

Änderungsantrag 430

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 50 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Bei der Mitteilung der in Absatz 1 Unterabsatz 1 genannten Entscheidung an die betreffende sehr große Online-Plattform fordert der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort diese auf, innerhalb eines Monats nach der Entscheidung einen Aktionsplan zu erstellen, in dem dargelegt wird, wie diese Plattform die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen gedenkt, und dem Koordinator für digitale Dienste, der Kommission und dem Gremium zu übermitteln. **Die** im Aktionsplan vorgesehenen Maßnahmen **können** gegebenenfalls die Beteiligung an einem Verhaltenskodex gemäß Artikel 35 **umfassen**.

Geänderter Text

(2) Bei der Mitteilung der in Absatz 1 Unterabsatz 1 genannten Entscheidung an die betreffende sehr große Online-Plattform fordert der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort diese auf, innerhalb eines Monats nach der Entscheidung einen Aktionsplan zu erstellen, in dem dargelegt wird, wie diese Plattform die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen gedenkt, und dem Koordinator für digitale Dienste, der Kommission und dem Gremium zu übermitteln. **In den** im Aktionsplan vorgesehenen Maßnahmen **kann** gegebenenfalls die Beteiligung an einem Verhaltenskodex gemäß Artikel 35 **empfohlen werden**.

Änderungsantrag 431

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 51 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Eingreifen der Kommission und
Einleitung von Verfahren

Geänderter Text

Einleitung von Verfahren **durch die**
Kommission

Änderungsantrag 432

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 51 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission **kann** entweder auf Empfehlung des Gremiums oder von Amts wegen nach Konsultation des Gremiums Verfahren im Hinblick auf den möglichen Erlass von Beschlüssen gemäß den Artikeln 58 und 59 in Bezug auf das einschlägige Verhalten der sehr großen Online-Plattform **einleiten**, wenn

Geänderter Text

(1) Die Kommission **leitet** entweder auf Empfehlung des Gremiums oder von Amts wegen nach Konsultation des Gremiums Verfahren im Hinblick auf den möglichen Erlass von Beschlüssen gemäß den Artikeln 58 und 59 in Bezug auf das einschlägige Verhalten der sehr großen Online-Plattform **ein**, wenn

Änderungsantrag 433

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 51 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) **Beschließt** die Kommission, ein Verfahren nach Absatz 1 **einzuleiten**, so teilt sie dies allen Koordinatoren für digitale Dienste, dem Gremium und der betreffenden sehr großen Online-Plattform mit.

Geänderter Text

(2) **Leitet** die Kommission ein Verfahren nach Absatz 1 **ein**, so teilt sie dies allen Koordinatoren für digitale Dienste, dem Gremium und der betreffenden sehr großen Online-Plattform mit.

Änderungsantrag 434

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 52 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die Kommission durch **einfaches** Verlangen oder im Wege eines Beschlusses von den betreffenden sehr großen Online-Plattformen sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen,

Geänderter Text

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die Kommission durch **begründetes** Verlangen oder im Wege eines Beschlusses von den betreffenden sehr großen Online-Plattformen, **ihren Rechtsvertretern** sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen,

handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und Artikel 50 Absatz 3 durchführen, die Übermittlung dieser Informationen innerhalb einer angemessenen Frist verlangen.

geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und Artikel 50 Absatz 3 durchführen, die Übermittlung dieser Informationen innerhalb einer angemessenen Frist verlangen.

Änderungsantrag 435

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 52 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Die Angabe des Zwecks dieses Verlangens umfasst Ausführungen dazu, warum und inwiefern die Informationen erforderlich und dem verfolgten Ziel angemessen sind und warum sie nicht auf anderem Wege beschafft werden können.

Änderungsantrag 436

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 52 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) Die Eigentümer der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 oder deren Vertreter und im Falle juristischer Personen, von Gesellschaften oder Unternehmen oder, wenn sie keine Rechtspersönlichkeit besitzen, die nach Gesetz oder Satzung zur Vertretung der betreffenden sehr großen Online-Plattform berufenen Personen stellen die angeforderten Informationen im Namen der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 bereit.

(4) Die Eigentümer der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 oder deren Vertreter und im Falle juristischer Personen, von Gesellschaften oder Unternehmen oder, wenn sie keine Rechtspersönlichkeit besitzen, die nach Gesetz oder Satzung zur Vertretung der betreffenden sehr großen Online-Plattform berufenen Personen stellen die angeforderten Informationen im Namen der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 bereit.

Ordnungsgemäß bevollmächtigte Rechtsanwälte können die Informationen im Namen ihrer Mandanten erteilen. Letztere bleiben in vollem Umfang dafür verantwortlich, dass die erteilten Informationen vollständig, sachlich richtig und nicht irreführend sind.

Änderungsantrag 437

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 55 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Im Rahmen eines Verfahrens, das zum Erlass eines Beschlusses wegen Nichteinhaltung gemäß Artikel 58 Absatz 1 führen kann, kann die Kommission bei Dringlichkeit aufgrund der Gefahr einer schwerwiegenden Schädigung der Nutzer auf der Grundlage einer prima facie festgestellten Zuwiderhandlung im Wege eines Beschlusses einstweilige Maßnahmen gegen die betreffende sehr große Online-Plattform anordnen.

Geänderter Text

(1) Im Rahmen eines Verfahrens, das zum Erlass eines Beschlusses wegen Nichteinhaltung gemäß Artikel 58 Absatz 1 führen kann, kann die Kommission bei Dringlichkeit aufgrund der Gefahr einer schwerwiegenden Schädigung der Nutzer auf der Grundlage einer prima facie festgestellten Zuwiderhandlung im Wege eines Beschlusses **angemessene** einstweilige Maßnahmen **im Einklang mit den Grundrechten** gegen die betreffende sehr große Online-Plattform anordnen.

Änderungsantrag 438

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 56 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Die Kommission **kann** das Verfahren **auf Antrag oder von Amts wegen** wieder **aufnehmen**,

Geänderter Text

(2) Die Kommission **nimmt** das Verfahren wieder **auf**,

Änderungsantrag 439

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 58 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) gemäß Artikel 55 angeordnete einstweilige Maßnahmen;

Geänderter Text

b) gemäß Artikel 55 angeordnete einstweilige Maßnahmen; **oder**

Änderungsantrag 440

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 58 – Absatz 3**

Vorschlag der Kommission

(3) In dem gemäß Absatz 1 erlassenen Beschluss ordnet die Kommission an, dass die betreffende sehr große Online-Plattform die erforderlichen Maßnahmen ergreift, um die Einhaltung des Beschlusses nach Absatz 1 innerhalb **einer angemessenen Frist** sicherzustellen und Informationen über die Maßnahmen zu übermitteln, die diese Plattform zu ergreifen beabsichtigt, um dem Beschluss nachzukommen.

Geänderter Text

(3) In dem gemäß Absatz 1 erlassenen Beschluss ordnet die Kommission an, dass die betreffende sehr große Online-Plattform die erforderlichen Maßnahmen ergreift, um die Einhaltung des Beschlusses nach Absatz 1 innerhalb **eines Monats** sicherzustellen und Informationen über die Maßnahmen zu übermitteln, die diese Plattform zu ergreifen beabsichtigt, um dem Beschluss nachzukommen.

Änderungsantrag 441

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 58 – Absatz 5**

Vorschlag der Kommission

(5) Stellt die Kommission fest, dass die Bedingungen des Absatzes 1 nicht erfüllt sind, so schließt sie die Untersuchung mit einem Beschluss ab.

Geänderter Text

(5) Stellt die Kommission fest, dass die Bedingungen des Absatzes 1 nicht erfüllt sind, so schließt sie die Untersuchung mit einem Beschluss ab. **Der Beschluss ist sofort anwendbar.**

Änderungsantrag 442

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 59 – Absatz 1 – Einleitung**

Vorschlag der Kommission

(1) In ihrem Beschluss gemäß Artikel 58 kann die Kommission gegen die betreffende sehr große Online-Plattform Geldbußen bis zu einem Höchstbetrag von 6 % ihres im vorangegangenen Geschäftsjahr erzielten Gesamtumsatzes verhängen, wenn sie feststellt, dass **diese** Plattform vorsätzlich oder fahrlässig

Geänderter Text

(1) In ihrem Beschluss gemäß Artikel 58 kann die Kommission gegen die betreffende sehr große Online-Plattform Geldbußen bis zu einem Höchstbetrag von 6 % ihres im vorangegangenen Geschäftsjahr **weltweit** erzielten Gesamtumsatzes verhängen, wenn sie feststellt, dass **die** Plattform vorsätzlich oder fahrlässig

Änderungsantrag 443

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 59 – Absatz 2 – Einleitung**

Vorschlag der Kommission

(2) Die Kommission kann gegen die betreffende sehr große Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 im Wege eines Beschlusses Geldbußen bis zu einem Höchstbetrag von 1 % des im vorangegangenen Geschäftsjahr erzielten Gesamtumsatzes verhängen, wenn diese vorsätzlich oder fahrlässig

Geänderter Text

(2) Die Kommission kann gegen die betreffende sehr große Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 im Wege eines Beschlusses **und im Einklang mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit** Geldbußen bis zu einem Höchstbetrag von 1 % des im vorangegangenen Geschäftsjahr **weltweit** erzielten Gesamtumsatzes verhängen, wenn diese vorsätzlich oder fahrlässig

Änderungsantrag 444

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 59 – Absatz 4**

Vorschlag der Kommission

(4) Bei der Festsetzung der Höhe der Geldbuße berücksichtigt die Kommission Art, Schwere, Dauer und Wiederholung der Zuwiderhandlung sowie bei gemäß Absatz 2 verhängten Geldbußen die im Verfahren verursachte Verzögerung.

Geänderter Text

(4) Bei der Festsetzung der Höhe der Geldbuße berücksichtigt die Kommission Art, Schwere, Dauer und Wiederholung der Zuwiderhandlung, **gemäß Artikel 42 verhängte Geldbußen für denselben Verstoß** sowie bei gemäß Absatz 2 verhängten Geldbußen die im Verfahren verursachte Verzögerung.

Änderungsantrag 445

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 60 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission kann – im Wege eines Beschlusses – gegen die betreffende sehr große Online-Plattform oder gegebenenfalls eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 ein Zwangsgeld pro Tag bis zu einem Höchstbetrag von 5 % des im vorangegangenen Geschäftsjahr erzielten durchschnittlichen Tagesumsatzes, berechnet ab dem im Beschluss genannten Tag, verhängen, um diese dazu zu zwingen,

Geänderter Text

(1) Die Kommission kann – im Wege eines Beschlusses – gegen die betreffende sehr große Online-Plattform oder gegebenenfalls eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 ein Zwangsgeld pro Tag bis zu einem Höchstbetrag von 5 % des im vorangegangenen Geschäftsjahr **weltweit** erzielten durchschnittlichen Tagesumsatzes, berechnet ab dem im Beschluss genannten Tag, verhängen, um diese dazu zu zwingen,

Änderungsantrag 446

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 64 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission veröffentlicht die Beschlüsse, die sie gemäß Artikel 55 Absatz 1 und Artikel 56 Absatz 1 sowie gemäß den Artikeln 58, 59 und 60 erlässt. Bei dieser Veröffentlichung gibt sie die Namen der Parteien, den wesentlichen Inhalt des Beschlusses und die gegebenenfalls verhängten Sanktionen an.

Geänderter Text

(1) Die Kommission veröffentlicht die Beschlüsse, die sie gemäß Artikel 55 Absatz 1 und Artikel 56 Absatz 1 sowie gemäß den Artikeln 58, 59 und 60 erlässt. Bei dieser Veröffentlichung gibt sie die Namen der Parteien, den wesentlichen Inhalt des Beschlusses und die gegebenenfalls verhängten Sanktionen an **und fügt, wenn möglich und begründet, nicht vertrauliche Dokumente oder andere Arten von Informationen bei, auf die sich der Beschluss stützt.**

Änderungsantrag 447

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 65 – Absatz 1 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Bevor die Kommission eine solche Aufforderung an den Koordinator für digitale Dienste richtet, gibt sie Beteiligten Gelegenheit, innerhalb einer Frist von mindestens **zwei Wochen** schriftlich dazu Stellung zu nehmen, wobei sie die beabsichtigten Maßnahmen beschreibt und den bzw. die Adressaten der Aufforderung nennt.

Geänderter Text

Bevor die Kommission eine solche Aufforderung an den Koordinator für digitale Dienste richtet, gibt sie Beteiligten Gelegenheit, innerhalb einer Frist von mindestens **14 Arbeitstagen** schriftlich dazu Stellung zu nehmen, wobei sie die beabsichtigten Maßnahmen beschreibt und den bzw. die Adressaten der Aufforderung nennt.

Änderungsantrag 448

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 66 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) die Ausarbeitung und Anwendung von Normen gemäß Artikel 34.

Änderungsantrag 449

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 68 – Absatz 1 – Einleitung**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Unbeschadet der Richtlinie 2020/**XX/EU** des Europäischen Parlaments und des Rates⁵² haben die Nutzer von Vermittlungsdiensten das Recht, eine Einrichtung, Organisation oder Vereinigung mit der Wahrnehmung der in den Artikeln 17, 18 **und** 19 genannten Rechte in ihrem Namen zu beauftragen, sofern die Einrichtung, Organisation oder Vereinigung alle folgenden Bedingungen erfüllt:

Unbeschadet der Richtlinie **(EU) 2020/1818** des Europäischen Parlaments und des Rates⁵² haben die Nutzer von Vermittlungsdiensten das Recht, eine Einrichtung, Organisation oder Vereinigung mit der Wahrnehmung der in den Artikeln **8, 12, 13, 14, 15**, 17, 18, 19, **43 und 43a** genannten Rechte in ihrem Namen zu beauftragen, sofern die Einrichtung, Organisation oder Vereinigung alle folgenden Bedingungen erfüllt:

⁵² [Verweis]

⁵² [Verweis]

Änderungsantrag 450

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 69 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte gemäß den Artikeln 23, 25 und 31 wird der Kommission **auf unbestimmte Zeit** ab dem [voraussichtliches Datum der Annahme der Verordnung] übertragen.

Geänderter Text

(2) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte gemäß den Artikeln **13a, 16**, 23, 25 und 31 wird der Kommission **für fünf Jahre** ab dem [voraussichtliches Datum der Annahme der Verordnung] übertragen. **Die Kommission erstellt spätestens neun Monate vor Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren einen Bericht über die Befugnisübertragung. Die Befugnisübertragung verlängert sich stillschweigend um Zeiträume gleicher Länge, es sei denn, das Europäische Parlament oder der Rat widersprechen einer solchen Verlängerung spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums.**

Änderungsantrag 451

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 69 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Die Befugnisübertragung gemäß den Artikeln 23, 25 und 31 kann vom Europäischen Parlament oder vom Rat jederzeit widerrufen werden. Der Beschluss über den Widerruf beendet die Übertragung der in diesem Beschluss angegebenen Befugnis. Er wird am Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union oder zu einem im Beschluss über den Widerruf angegebenen späteren Zeitpunkt wirksam. Die Gültigkeit von delegierten Rechtsakten, die bereits in Kraft sind, wird von dem Beschluss über den Widerruf nicht berührt.

Geänderter Text

(3) Die Befugnisübertragung gemäß den Artikeln **13a, 16**, 23, 25 und 31 kann vom Europäischen Parlament oder vom Rat jederzeit widerrufen werden. Der Beschluss über den Widerruf beendet die Übertragung der in diesem Beschluss angegebenen Befugnis. Er wird am Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union oder zu einem im Beschluss über den Widerruf angegebenen späteren Zeitpunkt wirksam. Die Gültigkeit von delegierten Rechtsakten, die bereits in Kraft sind, wird von dem Beschluss über den Widerruf nicht berührt.

Änderungsantrag 452

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 69 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Ein delegierter Rechtsakt, der gemäß den Artikeln 23, 25 und 31 erlassen wurde, tritt nur in Kraft, wenn weder das Europäische Parlament noch der Rat innerhalb einer Frist von **drei** Monaten nach Übermittlung dieses Rechtsakts an das Europäische Parlament und den Rat Einwände erhoben haben oder wenn vor Ablauf dieser Frist das Europäische Parlament und der Rat beide der Kommission mitgeteilt haben, dass sie keine Einwände erheben werden. Auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates wird diese Frist um drei Monate verlängert.

Geänderter Text

(5) Ein delegierter Rechtsakt, der gemäß den Artikeln **13a, 16**, 23, 25 und 31 erlassen wurde, tritt nur in Kraft, wenn weder das Europäische Parlament noch der Rat innerhalb einer Frist von **vier** Monaten nach Übermittlung dieses Rechtsakts an das Europäische Parlament und den Rat Einwände erhoben haben oder wenn vor Ablauf dieser Frist das Europäische Parlament und der Rat beide der Kommission mitgeteilt haben, dass sie keine Einwände erheben werden. Auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates wird diese Frist um drei Monate verlängert.

Änderungsantrag 453

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 70 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission wird **vom** Ausschuss für digitale Dienste unterstützt. Dieser Ausschuss ist ein Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

Geänderter Text

(1) Die Kommission wird **von einem** Ausschuss für digitale Dienste unterstützt. Dieser Ausschuss ist ein Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

Änderungsantrag 454

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 73 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Fünf Jahre nach dem Inkrafttreten und danach alle fünf Jahre bewertet die Kommission diese Verordnung und erstattet dem Europäischen Parlament, dem

Geänderter Text

(1) Spätestens drei Jahre nach dem Inkrafttreten und danach alle drei Jahre bewertet die Kommission diese Verordnung und erstattet dem

Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss hierüber Bericht.

Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss hierüber Bericht. **In diesem Bericht wird insbesondere Folgendes behandelt:**

- a) **die Anwendung des Artikels 25, auch in Bezug auf die Zahl der durchschnittlich monatlich aktiven Nutzer,**
- b) **die Anwendung des Artikels 11,**
- c) **die Anwendung des Artikels 14,**
- d) **die Anwendung der Artikel 35 und 36.**

Änderungsantrag 455

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 73 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Dem in Absatz 1 genannten Bericht wird, falls zutreffend, ein Vorschlag zur Änderung dieser Verordnung beigelegt.

Änderungsantrag 456

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 73 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Bei den in Absatz 1 genannten Bewertungen berücksichtigt die Kommission die Standpunkte und Feststellungen des Europäischen Parlaments, des Rates und anderer einschlägiger Stellen oder Quellen.

(3) Bei den in Absatz 1 genannten Bewertungen berücksichtigt die Kommission die Standpunkte und Feststellungen des Europäischen Parlaments, des Rates und anderer einschlägiger Stellen oder Quellen **und widmet den kleinen und mittleren Unternehmen und der Stellung neuer Wettbewerber besondere Aufmerksamkeit.**

Änderungsantrag 457

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 74 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Sie gilt ab dem [Datum – drei Monate nach ihrem Inkrafttreten].

Geänderter Text

(2) Sie gilt ab dem [Datum – sechs Monate nach ihrem Inkrafttreten].

BEGRÜNDUNG

Einleitung

Der Vorschlag der Kommission für ein Gesetz über digitale Dienste wird begrüßt. Digitale Dienste sind ein wichtiges Rückgrat der europäischen Wirtschaft und bringen neue Möglichkeiten sowohl für Verbraucher als auch für Unternehmen, die die verschiedenen digitalen Dienste täglich nutzen.

Gleichzeitig gehen mit den digitalen Diensten aber auch ernsthafte Herausforderungen und Risiken einher. Art, Umfang und Bedeutung digitaler Dienste für Wirtschaft und Gesellschaft haben sich seit der Einführung der geltenden Rechtsvorschriften drastisch verändert. Ein aktualisierter Rechtsrahmen für digitale Dienste, in dem klare Zuständigkeiten festgelegt werden, ist notwendig, um diese Herausforderungen zu bewältigen und gleiche Wettbewerbsbedingungen im digitalen Binnenmarkt sowie ein sichereres digitales Umfeld für die Nutzer zu gewährleisten.

Der horizontale Charakter dieser Verordnung wird anerkannt, gleichzeitig wird jedoch die Ansicht vertreten, dass der einheitliche Ansatz nicht ausreicht, um die Probleme mit illegalen Produkten und Dienstleistungen, die über Online-Marktplätze verkauft werden, zu lösen. Es müssen strengere Vorschriften für Online-Marktplätze eingeführt werden, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen und den Grundsatz „was offline illegal ist, sollte auch online illegal sein“ zu gewährleisten.

Das Ziel der Kommission, die Transparenz von Online-Werbung und Empfehlungssystemen zu erhöhen, wird begrüßt, wobei die Ansicht vertreten wird, dass es dem Vorschlag der Kommission an konkreten Verpflichtungen fehlt, um die Rechenschaftspflicht sicherzustellen und die Verbreitung illegaler Inhalte zu verhindern. Daher müssen weitere Transparenzmaßnahmen und -anforderungen vorgeschlagen werden, damit für den Schutz der Nutzer durch Design und durch entsprechende Voreinstellungen gesorgt ist.

Schließlich wird die Konzentration auf die Durchführungs- und Durchsetzungsbestimmungen begrüßt und die Auffassung vertreten, dass angesichts des grenzüberschreitenden Charakters digitaler Dienste mit dem von der Kommission vorgeschlagenen hybriden Durchsetzungsmodell für eine wirksame und effiziente Durchsetzung dieser Verordnung gesorgt werden könnte. Allerdings sollten einige Bestimmungen verschärft werden, damit kein Mitgliedstaat zu einem Paradies für Online-Plattformen wird.

Verbraucherschutz und Online-Marktplätze

Obwohl der horizontale Ansatz des Gesetzes über digitale Dienste anerkannt wird, müssen von den Online-Marktplätzen spezifischere Maßnahmen gefordert werden, damit die Verbraucher sichere Produkte und Dienstleistungen online erwerben können. Bestimmte Aspekte des Entwurfs der Kommission werden begrüßt, nämlich die Rückverfolgbarkeit von Händlern, die spezifische Bedingung für den Haftungsausschluss, der auf Online-Marktplätze abzielt, und der Umstand, dass Hinweise unter bestimmten Bedingungen als tatsächliche Kenntnis gelten und damit Online-Plattformen haftbar werden, wenn sie die Inhalte nicht entfernen.

Um jedoch das Problem mit illegalen Produkten anzugehen und somit zu gewährleisten, dass der Grundsatz „was offline illegal ist, sollte auch online illegal sein“ nicht nur eine Worthülse ist, müssen weitere Bedingungen für den Haftungsausschluss und die Verpflichtungen eingeführt werden, damit der Verbraucherschutz und gleiche Wettbewerbsbedingungen für europäische Unternehmen im digitalen Binnenmarkt gewährleistet sind.

Es wird ein neuer Artikel vorgeschlagen, in dem strengere Bedingungen für den Haftungsausschluss festgelegt werden und der speziell auf Online-Marktplätze abzielt. Zu diesen Bedingungen gehören unter anderem Anforderungen an die Einhaltung bestimmter Sorgfaltspflichten und Bedingungen, mit denen dafür gesorgt wird, dass für den Marktplatz kein Haftungsausschluss gilt, wenn ein Händler aus einem Drittstaat keinen für die Produktsicherheit haftenden Wirtschaftsakteur hat. So soll die Haftung für alle Produkte sichergestellt werden, die an europäische Verbraucher verkauft werden, auch im elektronischen Handel. Darüber hinaus sollen die Verbraucher die Möglichkeit haben, von der Online-Plattform Schadenersatz für Schäden zu verlangen, die durch die Produkte oder Dienstleistungen verursacht wurden.

Schließlich wird vorgeschlagen, die Verpflichtung zur Rückverfolgbarkeit von Händlern zu verstärken, und zwar durch die Einführung eines neuen Artikels, mit dem der Anwendungsbereich bestimmter in Artikel 22 genannter Bestimmungen auf alle Vermittlungsdienste ausgeweitet wird, und durch die Einführung neuer Bestimmungen, die auf Online-Marktplätze abzielen. Zu diesen Bestimmungen gehören die Verpflichtung, zu verhindern, dass gefährliche bzw. nicht konforme Produkte online angeboten werden, und die Verpflichtung, bei Bedarf in Bezug auf bereits verkaufte gefährliche Produkte mit den nationalen Behörden zusammenzuarbeiten.

Beseitigung illegaler Inhalte

Illegale Inhalte sollten so schnell wie möglich von Vermittlungsdiensten beseitigt werden, wobei die Grundrechte zu berücksichtigen sind. Mit dem Gesetz über digitale Dienste sollte ein Rahmen für die Meldung und Entfernung von Inhalten mit klar definierten Verfahren, Schutzvorkehrungen und Fristen für die Reaktion auf Meldungen über illegale Inhalte geschaffen und für einheitliche Verfahren in allen Mitgliedstaaten gesorgt werden. Während digitalen Plattformen Zeit gewährt werden muss, um die Rechtmäßigkeit von Inhalten zu beurteilen, haben einige Inhalte eine sehr große Wirkung und können eine größere Bedrohung für die Gesellschaft oder einen erheblichen Schaden für den Einzelnen darstellen. Daher sind zwei Reihen von Fristen sinnvoll, wobei für Inhalte mit großer Wirkung kürzere Fristen gelten. Im Sinne der Kohärenz mit geltenden Rechtsvorschriften wird festgelegt, dass diese Fristen unbeschadet der in sektoralen Rechtsvorschriften oder Rechtsverordnungen festgelegten Fristen gelten.

Darüber hinaus wird die in Artikel 20 eingeführte Verpflichtung zu Maßnahmen und zum Schutz vor Missbrauch begrüßt. Wenn ein Nutzer jedoch häufig illegale Inhalte auf einer Schnittstelle bereitstellt, indem er z. B. Produkte anbietet, die nicht mit Unionsrecht vereinbar sind, sollte die Plattform den Nutzer für einen angemessenen Zeitraum suspendieren. Das sollte nicht nur auf offensichtlich illegale Inhalte beschränkt sein.

Nutzerrechte

Auch der Vorschlag der Kommission für ein internes Beschwerdemanagementsystem und die

außergerichtliche Streitbeilegungsstelle wird begrüßt. Im Sinne eines effizienten Verfahrens sollten jedoch Zeitrahmen vorgesehen werden. Außerdem sollte das interne Beschwerdemanagementsystem nicht nur für diejenigen zur Verfügung stehen, deren Inhalte entfernt wurden, sondern auch für diejenigen, deren Meldung abgelehnt wurde.

Nicht nur die nationalen Behörden und die Kommission sollten Zugang zu direkten und effizienten Wegen der Kommunikation mit Vermittlungsdiensten haben, sondern auch die Nutzer. Es wird ein neuer Artikel vorgeschlagen, der es den Nutzern ermöglicht, zwischen verschiedenen Wegen der Kommunikation mit den Vermittlungsdiensten zu wählen.

Schließlich sollten die zusätzlichen Verpflichtungen, die Online-Plattformen gemäß Kapitel II Abschnitt 3 dieser Verordnung auferlegt werden, mit Ausnahme von Artikel 23 auch für Kleinst- und Kleinunternehmen gelten. Das Verbraucherschutzrecht unterscheidet nicht zwischen kleinen und großen Unternehmen, daher sollten die Verpflichtungen nicht auf größere Plattformen beschränkt werden.

Online-Werbung

Die Erhebung und Verwendung von Nutzerdaten zu kommerziellen Zwecken für gezielte, mikrogezielte und verhaltensorientierte Werbung ist außer Kontrolle geraten. Die neuen Transparenzverpflichtungen zu diesem Thema werden begrüßt, jedoch kann Transparenz allein die Probleme im Zusammenhang mit gezielter Online-Werbung nicht lösen.

Es wird ein neuer Artikel vorgeschlagen, der es den Verbrauchern ermöglichen soll, durch Online-Plattformen zu navigieren, ohne gezielter Werbung ausgesetzt zu sein. Daher wird angeregt, dass gezielte Werbung standardmäßig ausgeschaltet wird und dass die Verbraucher sich leicht dagegen entscheiden können. Ferner wird vorgeschlagen, dass Online-Vermittler, wenn sie Daten für gezielte Werbung verarbeiten, keine Aktivitäten durchführen dürfen, die zu einer Nachverfolgung zu kommerziellen Zwecken führen können.

Darüber hinaus wird angeregt, den Anwendungsbereich des Artikels über die Transparenz der Online-Werbung auf alle Vermittlungsdienste auszuweiten, und es werden neue Transparenzbestimmungen vorgeschlagen. Die Vermittlungsdienste sollten unter anderem angeben, welche Person die Werbung finanziert und wo die Werbung angezeigt wurde. Darüber hinaus sollte der Vermittlungsdienst regierungsunabhängigen Organisationen, Forschern und Behörden auf deren Anfrage Zugang zu Informationen über direkte und indirekte Zahlungen oder erhaltene Vergütungen gewähren.

Schließlich sollte Werbung auffällig und einheitlich gekennzeichnet werden, um das Bewusstsein der Verbraucher für kommerzielle Inhalte zu verbessern. Derzeit ist es dem einzelnen Unternehmer überlassen, wie er die Werbung kennzeichnet, solange dies als ausreichend klar für einen durchschnittlichen Verbraucher der erwarteten Zielgruppe erachtet wird. Diese Freiheit führt zu einer Vielzahl unterschiedlicher Kennzeichnungen, die es dem Verbraucher erschweren, eine Werbung zu erkennen. Daher wird eine auffällige und einheitliche Kennzeichnung der Werbung benötigt.

Empfehlungssysteme und algorithmische Verantwortlichkeit

Es wird begrüßt, dass die Kommission anerkennt, dass Empfehlungssysteme einen erheblichen Einfluss auf die Fähigkeit der Nutzer haben können, Informationen auszuwählen, und dass die Kommission beschlossen hat, den damit verbundenen Aspekten einen eigenen

Artikel zu widmen. Allerdings müssen die Befugnisse der Verbraucher in Bezug auf Empfehlungssysteme weiter gestärkt werden.

Es wird vorgeschlagen, den Anwendungsbereich des Artikels auf alle Online-Plattformen auszuweiten, da Empfehlungssysteme, die auf Plattformen mit weniger als 45 Millionen aktiven Nutzern eingesetzt werden, ebenfalls einen erheblichen Einfluss auf die Nutzer haben. Darüber hinaus sollten alle Empfehlungssysteme standardmäßig nicht auf Profiling beruhen, und Verbraucher, die Empfehlungssystemen mit Profiling unterliegen, sollten in der Lage sein, alle Profile, die zur Kuratierung der ihnen angezeigten Inhalte verwendet werden, einzusehen und zu löschen. Ferner wird die Auffassung vertreten, dass die in Empfehlungssystemen verwendeten Algorithmen so gestaltet sein sollten, dass Dark Patterns und Dilemmata verhindert werden. Ferner wird eine Übertragungsverpflichtung vorgeschlagen, damit Informationen von öffentlichem Interesse in den Algorithmen der Plattformen einen hohen Stellenwert erhalten.

Schließlich sollte eine größere Rechenschaftspflicht für Algorithmen in den Vorschlag aufgenommen werden. Die Kommission sollte in der Lage sein, die von sehr großen Online-Plattformen verwendeten Algorithmen zu bewerten und festzustellen, ob sie eine Reihe von Anforderungen erfüllen. Die Kommission sollte die Möglichkeit haben, bei Verstößen gegen bestimmte Anforderungen Sanktionen zu verhängen.

Anwendung und Durchsetzung

Das von der Kommission vorgeschlagene Durchsetzungsmodell wird begrüßt. Es wurden jedoch einige Änderungen vorgenommen, um das Modell zu stärken. In Anlehnung an die Verordnung (EU) 2017/2394 wird vorgeschlagen, dass der Koordinator für digitale Dienste und die Kommission die Möglichkeit haben sollten, den Zugang zur Schnittstelle eines Vermittlungsdienstes zu beschränken, wenn der Anbieter wiederholt gegen die in dieser Verordnung festgelegten Verpflichtungen verstößt. Darüber hinaus sollte die Kommission nicht nur die Möglichkeit haben, tätig zu werden, sondern verpflichtet sein, tätig zu werden, wenn sie Grund zu der Annahme hat, dass eine sehr große Online-Plattform gegen diese Verordnung verstößt.

29.9.2021

STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR INDUSTRIE, FORSCHUNG UND ENERGIE

für den Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG
(COM(2020)0825 – C9-0418/2020 – 2020/0361(COD))

Verfasserin der Stellungnahme: Henna Virkkunen

(*) Assoziierter Ausschuss – Artikel 57 der Geschäftsordnung

KURZE BEGRÜNDUNG

In ihrem Vorschlag für das Gesetz über digitale Dienste hat die Kommission eine Reihe von Möglichkeiten dargelegt, wie die grundlegenden Menschenrechte im Internet besser geschützt und Online-Plattformen stärker zu Transparenz und Rechenschaftspflicht verpflichtet werden können.

Ziel dieser neuen Verordnung sollte es sein, die Demokratie zu stärken, den fairen Wettbewerb zu steigern sowie das Innovationstempo zu beschleunigen. Die digitale Welt muss sich an die gleichen europäischen Werte halten wie die übrigen Gesellschaften, d. h. an die Demokratie, das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Menschenrechte. Was außerhalb des Internets verboten ist, sollte auch im Internet verboten sein. Außerdem ist es für europäische Unternehmen, insbesondere KMU, von entscheidender Bedeutung, dass Unternehmen mit Sitz in Drittstaaten, die aber im Binnenmarkt tätig sind, denselben Regeln unterliegen wie europäische Unternehmen.

In dem Entwurf einer Stellungnahme wird nur auf Teile der Verordnung eingegangen, die in die Zuständigkeit des ITRE-Ausschusses fallen. Dies war eine bewusste Entscheidung, die auch allen Berichterstattem und anderen Kollegen nahegelegt wird, wenn sie den Kommissionsvorschlag analysieren und Änderungen vorschlagen. Als für Industrie, Forschung, Energie, IKT und KMU zuständiger Ausschuss des Parlaments hat der ITRE-Ausschuss großes Interesse an vielen Teilen der Verordnung und ist auch eindeutig für viele Teile der Verordnung zuständig. Er sollte aber auch die wichtige Rolle anderer assoziierter Ausschüsse und des federführenden Ausschusses anerkennen.

Der Vorschlag enthält Verpflichtungen zur Entfernung illegaler Inhalte von Plattformen, zur Rückverfolgbarkeit gewerblicher Nutzer, zur Anfechtung von Moderationsentscheidungen und zum Zugang von Forschern zu Daten. In vielen Teilen der Verordnung muss ein angemessenes Gleichgewicht zwischen verschiedenen legitimen Interessen und Argumenten gefunden werden. Eine sorgfältige Prüfung des Kommissionsvorschlags hat ergeben, dass die

von der Kommission in ihrem Vorschlag getroffene Entscheidung in vielen dieser Fälle gerechtfertigt und begründet war. Für diese Artikel werden keine Änderungen vorgeschlagen, auch wenn viele dieser Artikel in die Zuständigkeit des ITRE-Ausschusses fallen.

Der Schwerpunkt des Entwurfs einer Stellungnahme liegt auf dem Ausmaß des Verwaltungsaufwands und den Anforderungen, die nicht nur für große Unternehmen, sondern insbesondere für kleine Unternehmen gelten. In dem Entwurf einer Stellungnahme werden mehrere Anforderungen genannt, die aufgrund ihrer Art, ihrer Detailliertheit oder der erwarteten Höhe der Befolgungskosten nicht für Kleinst- und Kleinunternehmen gelten sollten. Dies entspricht auch den Beiträgen, die ich von verschiedenen Fraktionen vor der Veröffentlichung dieses Entwurfs einer Stellungnahme erhalten habe.

Neben dem Schwerpunkt auf Kleinst- und Kleinunternehmen wurden einige Präzisierungen und Änderungen vorgenommen, die eher technischer Natur sind. Es sollte sichergestellt werden, dass die in dieser Verordnung festgelegten Standards klar sind und Unternehmen und Verbrauchern die erforderliche Rechtssicherheit bieten. Außerdem sollte dafür gesorgt werden, dass die Mechanismen, die mit dieser Verordnung eingeführt werden, effizient sind und die ihnen zugewiesene Aufgabe erfüllen.

ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie ersucht den federführenden Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, folgende Änderungsanträge zu berücksichtigen:

Änderungsantrag 1 Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 2

Vorschlag der Kommission

(2) Die Mitgliedstaaten führen zunehmend nationale Rechtsvorschriften zu den von dieser Verordnung abgedeckten Angelegenheiten ein, oder ziehen dies in Erwägung, und schaffen damit insbesondere Sorgfaltspflichten für Anbieter von Vermittlungsdiensten. Unter Berücksichtigung des von Natur aus grenzüberschreitenden Charakters des Internets, das im Allgemeinen für die Bereitstellung dieser Dienste verwendet wird, beeinträchtigen diese unterschiedlichen nationalen Rechtsvorschriften den Binnenmarkt, der gemäß Artikel 26 des Vertrags ein Raum ohne Binnengrenzen ist, in dem der freie Verkehr von Waren und Dienstleistungen sowie die Niederlassungsfreiheit gewährleistet sind. Die Bedingungen für die Erbringung von Vermittlungsdiensten im gesamten Binnenmarkt sollten harmonisiert werden, um Unternehmen Zugang zu neuen Märkten und Chancen zur Nutzung der Vorteile des Binnenmarkts zu verschaffen und gleichzeitig den Verbrauchern und anderen Nutzern eine größere Auswahl zu bieten.

Geänderter Text

(2) Die Mitgliedstaaten führen zunehmend nationale Rechtsvorschriften zu den von dieser Verordnung abgedeckten Angelegenheiten ein, oder ziehen dies in Erwägung, und schaffen damit insbesondere Sorgfaltspflichten für Anbieter von Vermittlungsdiensten. Unter Berücksichtigung des von Natur aus grenzüberschreitenden Charakters des Internets, das im Allgemeinen für die Bereitstellung dieser Dienste verwendet wird, beeinträchtigen diese unterschiedlichen nationalen Rechtsvorschriften den Binnenmarkt, der gemäß Artikel 26 des Vertrags ein Raum ohne Binnengrenzen ist, in dem der freie Verkehr von Waren und Dienstleistungen sowie die Niederlassungsfreiheit gewährleistet sind. Die Bedingungen für die Erbringung von Vermittlungsdiensten im gesamten Binnenmarkt sollten harmonisiert werden, um Unternehmen Zugang zu neuen Märkten und Chancen zur Nutzung der Vorteile des Binnenmarkts zu verschaffen und gleichzeitig den Verbrauchern und anderen Nutzern eine größere Auswahl zu bieten, ***ohne dass es zu Lock-in-Effekten kommt.***

Änderungsantrag 2

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 3

Vorschlag der Kommission

(3) Damit das Online-Umfeld sicher, berechenbar und vertrauenswürdig ist und sowohl Bürgerinnen und **-bürger** der Union als auch andere Personen die ihnen in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) garantierten Grundrechte ausüben können, insbesondere das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit, auf unternehmerische Freiheit und auf Nichtdiskriminierung, ist unbedingt ein verantwortungsvolles und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von Vermittlungsdiensten erforderlich.

Geänderter Text

(3) Damit das Online-Umfeld sicher, berechenbar und vertrauenswürdig ist und sowohl Bürgerinnen und **Bürger** der Union als auch andere Personen die ihnen in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) garantierten Grundrechte ausüben können, insbesondere **das Recht auf Privatsphäre, das Recht auf den Schutz personenbezogener Daten**, das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit, auf unternehmerische Freiheit und auf Nichtdiskriminierung, ist unbedingt ein verantwortungsvolles und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von Vermittlungsdiensten erforderlich.

Änderungsantrag 3

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 4

Vorschlag der Kommission

(4) Um das Funktionieren des Binnenmarkts zu sicherzustellen und zu verbessern, sollten daher auf Unionsebene verbindliche gezielte, einheitliche, wirksame und verhältnismäßige Vorschriften festgelegt werden. Mit dieser Verordnung werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass im Binnenmarkt innovative digitale Dienste entstehen und expandieren können. Die Angleichung der nationalen Regulierungsmaßnahmen bezüglich der Anforderungen an Anbieter von Vermittlungsdiensten auf Unionsebene ist erforderlich, um eine Fragmentierung des Binnenmarkts zu vermeiden und zu beenden, die Rechtssicherheit zu gewährleisten und somit die Unsicherheit für Entwickler zu verringern und die Interoperabilität zu fördern. Durch die

Geänderter Text

(4) Um das Funktionieren des Binnenmarkts sicherzustellen und zu verbessern, sollten daher auf Unionsebene verbindliche gezielte, einheitliche, **klare**, wirksame und verhältnismäßige Vorschriften festgelegt werden. Mit dieser Verordnung werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass im Binnenmarkt innovative digitale Dienste entstehen und expandieren können. Die Angleichung der nationalen Regulierungsmaßnahmen bezüglich der Anforderungen an Anbieter von Vermittlungsdiensten auf Unionsebene ist erforderlich, um eine Fragmentierung des Binnenmarkts zu vermeiden und zu beenden, die Rechtssicherheit zu gewährleisten und somit die Unsicherheit für Entwickler zu verringern und die Interoperabilität zu fördern. Durch die

technologieneutrale Gestaltung der Anforderungen sollte die Innovation nicht gehemmt, sondern vielmehr gefördert werden.

technologieneutrale Gestaltung der Anforderungen sollte die Innovation nicht gehemmt, sondern vielmehr gefördert werden.

Änderungsantrag 4

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 5

Vorschlag der Kommission

(5) Diese Verordnung sollte für die Anbieter bestimmter Dienste der Informationsgesellschaft im Sinne der Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates²⁶ gelten, also für jede in der Regel gegen Entgelt elektronisch im Fernabsatz und im individuellen Auftrag eines Nutzers erbrachte Dienstleistung. Im Einzelnen sollte diese Verordnung für die Anbieter von Vermittlungsdiensten gelten, insbesondere für Anbieter einer „reinen Durchleitung“, von „Caching-Leistungen“ und von „Hosting-Diensten“, da die Nutzung dieser Dienste – hauptsächlich zu verschiedensten berechtigten und gesellschaftlich vorteilhaften Zwecken – exponentiell angestiegen ist und ***sie dadurch auch bei der Vermittlung und Verbreitung rechtswidriger oder anderweitig schädlicher Informationen und Tätigkeiten eine immer wichtigere Rolle spielen.***

²⁶ Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1).

Geänderter Text

(5) Diese Verordnung sollte für die Anbieter bestimmter Dienste der Informationsgesellschaft im Sinne der Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates²⁶ gelten, also für jede in der Regel gegen Entgelt elektronisch im Fernabsatz und im individuellen Auftrag eines Nutzers erbrachte Dienstleistung. Im Einzelnen sollte diese Verordnung für die Anbieter von Vermittlungsdiensten gelten, insbesondere für Anbieter einer „reinen Durchleitung“, von „Caching-Leistungen“ und von „Hosting-Diensten“, da die Nutzung dieser Dienste – hauptsächlich zu verschiedensten berechtigten und gesellschaftlich vorteilhaften Zwecken – exponentiell angestiegen ist und ***ihnen auch eine größere Verantwortung mit Blick auf die Wahrung der Grundrechte zukommt.***

²⁶ Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1).

Änderungsantrag 5

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 8

Vorschlag der Kommission

(8) Eine solche wesentliche Verbindung zur Union sollte dann als gegeben gelten, wenn der Diensteanbieter eine Niederlassung in der Union hat, oder – in Ermangelung einer solchen – anhand **der Existenz einer erheblichen Zahl von Nutzern in einem oder mehreren Mitgliedstaaten oder der** Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten beurteilt werden. Die Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten lässt sich anhand aller relevanten Umstände bestimmen, einschließlich Faktoren wie der Verwendung einer in dem betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Sprache oder Währung oder der Möglichkeit, Produkte oder Dienstleistungen zu bestellen, oder der Nutzung einer nationalen Domäne oberster Stufe. Ferner ließe sich die Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen Mitgliedstaat auch aus der Verfügbarkeit einer Anwendung im jeweiligen nationalen App-Store, der Schaltung lokaler Werbung oder von Werbung in der im betreffenden Mitgliedstaat verwendeten Sprache oder dem Management der Kundenbeziehungen, zum Beispiel durch die Bereitstellung eines Kundendienstes in der im betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Sprache, ableiten. Das Vorhandensein einer wesentlichen Verbindung sollte auch dann angenommen werden, wenn ein Diensteanbieter seine Tätigkeit nach Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates²⁷ auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten ausrichtet. Die bloße technische Zugänglichkeit einer Website in der Union reicht allerdings nicht aus, damit allein aus diesem Grund eine wesentliche

Geänderter Text

(8) Eine solche wesentliche Verbindung zur Union sollte dann als gegeben gelten, wenn der Diensteanbieter eine Niederlassung in der Union hat, oder – in Ermangelung einer solchen – anhand **seiner** Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten beurteilt werden. Die Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten lässt sich anhand aller relevanten Umstände bestimmen, einschließlich Faktoren wie der Verwendung einer in dem betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Sprache oder Währung oder der Möglichkeit, Produkte oder Dienstleistungen zu bestellen, oder der Nutzung einer nationalen Domäne oberster Stufe. Ferner ließe sich die Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen Mitgliedstaat auch aus der Verfügbarkeit einer Anwendung im jeweiligen nationalen App-Store, der Schaltung lokaler Werbung oder von Werbung in der im betreffenden Mitgliedstaat verwendeten Sprache oder dem Management der Kundenbeziehungen, zum Beispiel durch die Bereitstellung eines Kundendienstes in der im betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Sprache, ableiten. Das Vorhandensein einer wesentlichen Verbindung sollte auch dann angenommen werden, wenn ein Diensteanbieter seine Tätigkeit nach Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates²⁷ auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten ausrichtet. Die bloße technische Zugänglichkeit einer Website in der Union reicht allerdings nicht aus, damit allein aus diesem Grund eine wesentliche Verbindung angenommen wird.

Verbindung angenommen wird.

²⁷ Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. L 351 vom 20.12.2012, S. 1).

²⁷ Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. L 351 vom 20.12.2012, S. 1).

Änderungsantrag 6

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 9

Vorschlag der Kommission

(9) Diese Verordnung sollte die Vorschriften, die sich aus anderen Rechtsakten der Union zur Regelung bestimmter Aspekte der Bereitstellung von Vermittlungsdiensten ergeben, **ergänzen, deren Anwendung jedoch** unberührt lassen; dies gilt insbesondere für die Richtlinie 2000/31/EG, mit Ausnahme der mit dieser Verordnung eingeführten Änderungen, die Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in ihrer geänderten Fassung²⁸ und die vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte, genauer die Verordnung (EU) .../... des Europäischen Parlaments und des Rates²⁹. Diese Verordnung berührt daher nicht diese anderen Rechtsakte, die in Bezug auf den in dieser Verordnung festgelegten allgemein anwendbaren Rahmen als *lex specialis* gelten. **Die Vorschriften dieser Verordnung gelten jedoch für Fragen, die von den genannten anderen Rechtsakten nicht oder nicht vollständig behandelt werden, und Fragen, in denen diese anderen Rechtsakte den Mitgliedstaaten die Möglichkeit lassen, bestimmte Maßnahmen auf nationaler Ebene zu**

Geänderter Text

(9) Diese Verordnung sollte die **Anwendung von** Vorschriften, die sich aus anderen Rechtsakten der Union zur Regelung bestimmter Aspekte der Bereitstellung von Vermittlungsdiensten ergeben, unberührt lassen; dies gilt insbesondere für die Richtlinie 2000/31/EG, mit Ausnahme der mit dieser Verordnung eingeführten Änderungen, die Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in ihrer geänderten Fassung²⁸ und die vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte, genauer die Verordnung (EU) .../... des Europäischen Parlaments und des Rates²⁹. Diese Verordnung berührt daher nicht diese anderen Rechtsakte, die in Bezug auf den in dieser Verordnung festgelegten allgemein anwendbaren Rahmen als *lex specialis* gelten. **Im Falle eines Konflikts zwischen den als *lex specialis* geltenden Rechtsvorschriften, einschließlich nationaler Durchführungsmaßnahmen, und dieser Verordnung sind die als *lex specialis* geltenden Bestimmungen maßgebend.**

ergreifen.

²⁸ Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) (Text von Bedeutung für den EWR) (ABl. L 95 vom 15.4.2010, S. 1).

²⁹ Verordnung (EU) .../... des Europäischen Parlaments und des Rates – vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte.

²⁸ Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) (Text von Bedeutung für den EWR) (ABl. L 95 vom 15.4.2010, S. 1).

²⁹ Verordnung (EU) .../... des Europäischen Parlaments und des Rates – vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte.

Änderungsantrag 7

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 11

Vorschlag der Kommission

(11) Es sollte präzisiert werden, dass diese Verordnung die Vorschriften des Unionsrechts über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte nicht berührt, mit denen bestimmte Vorschriften und Verfahren festgelegt sind, die unberührt bleiben sollten.

Geänderter Text

(11) Es sollte präzisiert werden, dass diese Verordnung die Vorschriften des Unionsrechts über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte ***sowie jegliche Bestimmungen des nationalen Rechts über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte, die im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurden***, nicht berührt, ***damit für den größtmöglichen Schutz dieser Rechte gesorgt ist***, mit denen bestimmte Vorschriften und Verfahren festgelegt sind, die unberührt bleiben sollten.

Änderungsantrag 8

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 12

(12) Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte **die Definition des Begriffs** „illegale Inhalte“ für die Zwecke dieser Verordnung **weit gefasst** werden; **er umfasst auch** Informationen im Zusammenhang mit illegalen Inhalten, Produkten, Dienstleistungen oder Tätigkeiten. Insbesondere sollte der Begriff so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale Hassrede, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängen, etwa der Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, dem Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, der nicht genehmigten Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht. In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung sich aus dem Unionsrecht oder aus mit dem Unionsrecht im Einklang stehendem nationalem Recht ergibt, um welche Art von Rechtsvorschriften es geht und was diese zum Gegenstand haben.

(12) Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte **der Begriff** „illegale Inhalte“ für die Zwecke dieser Verordnung **dahingehend definiert** werden, **dass der Begriff** Informationen im Zusammenhang mit illegalen Inhalten, Produkten, Dienstleistungen oder Tätigkeiten **umfasst**. Insbesondere sollte der Begriff so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem **Unionsrecht oder nationalem** Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale Hassrede, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängen, etwa der Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, dem Verkauf nicht konformer, **gefährlicher** oder gefälschter Produkte, **dem illegalen Handel mit Tieren**, der nicht genehmigten Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht. In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung sich aus dem Unionsrecht oder aus mit dem Unionsrecht im Einklang stehendem nationalem Recht ergibt, um welche Art von Rechtsvorschriften es geht und was diese zum Gegenstand haben. **Die Kommission sollte Leitlinien dafür zur Verfügung stellen, wie illegale Inhalte bestimmt werden können.**

Änderungsantrag 9

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 13

(13) Aufgrund der besonderen Merkmale der betreffenden Dienste und der daraus folgenden Notwendigkeit, deren Anbietern bestimmte spezifische Verpflichtungen aufzuerlegen, ist innerhalb der weiter gefassten Kategorie Hosting-Diensteanbieter gemäß der Definition in dieser Verordnung die Unterkategorie Online-Plattformen abzugrenzen. Online-Plattformen wie soziale Netzwerke oder Online-Marktplätze sollten als Hosting-Diensteanbieter definiert werden, die nicht nur im Auftrag der Nutzer von diesen bereitgestellte Informationen speichern, sondern diese Informationen, wiederum im Auftrag der Nutzer, auch öffentlich verbreiten. Um übermäßig weit gefasste Verpflichtungen zu vermeiden, sollten Hosting-Diensteanbieter jedoch nicht als Online-Plattformen betrachtet werden, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nur um eine unbedeutende und mit **einem anderen Dienst** verbundene reine Nebenfunktion handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen anderen Hauptdienst genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit der Vorschriften dieser Verordnung für Online-Plattformen zu umgehen. Ein Kommentarbereich einer Online-Zeitung etwa könnte eine solche Funktion darstellen, die eindeutig eine Nebenfunktion des Hauptdienstes ist, nämlich der Veröffentlichung von Nachrichten unter der redaktionellen Verantwortung des Verlegers.

(13) Aufgrund der besonderen Merkmale der betreffenden Dienste und der daraus folgenden Notwendigkeit, deren Anbietern bestimmte spezifische Verpflichtungen aufzuerlegen, ist innerhalb der weiter gefassten Kategorie Hosting-Diensteanbieter gemäß der Definition in dieser Verordnung die Unterkategorie Online-Plattformen abzugrenzen. Online-Plattformen wie soziale Netzwerke, **Plattformen zum Austausch von Inhalten, Livestream-Plattformen** oder Online-Marktplätze sollten als Hosting-Diensteanbieter definiert werden, die nicht nur im Auftrag der Nutzer von diesen bereitgestellte Informationen speichern, sondern diese Informationen, wiederum im Auftrag der Nutzer, auch öffentlich verbreiten **oder anderweitig eine aktive Rolle bei der Verbreitung von nutzergenerierten Inhalten einnehmen. Suchmaschinen und gleichwertige Dienste können ebenfalls als Online-Plattformen betrachtet werden, wenn diese Dienste der in der vorliegenden Verordnung festgelegten Definition von Online-Plattformen entsprechen.** Um übermäßig weit gefasste Verpflichtungen zu vermeiden, sollten Hosting-Diensteanbieter jedoch **in Bezug auf ihren gesamten Dienst oder einen Teil davon** nicht als Online-Plattformen betrachtet werden, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nur um eine unbedeutende und mit **dem Hauptdienst** verbundene reine Nebenfunktion handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen anderen Hauptdienst genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit der Vorschriften dieser Verordnung für Online-Plattformen zu umgehen. Ein Kommentarbereich einer Online-Zeitung etwa könnte eine solche Funktion darstellen, die eindeutig eine Nebenfunktion des Hauptdienstes ist,

nämlich der Veröffentlichung von Nachrichten unter der redaktionellen Verantwortung des Verlegers. ***Ebenso könnten Optionen für die gemeinsame Nutzung oder ähnliche Merkmale cloudgestützter Lösungen für die Speicherung nutzergenerierter Inhalte eine solche Funktion darstellen, wenn die Möglichkeit der öffentlichen Verbreitung von Inhalten eindeutig eine Nebenfunktion zu dem Hauptdienst – der Speicherung von Informationen und Inhalten – darstellt.***

Änderungsantrag 10

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 14

Vorschlag der Kommission

(14) Der Begriff „öffentliche Verbreitung“ sollte im Sinne dieser Verordnung die Bereitstellung von Informationen für eine potenziell unbegrenzte Zahl von Personen umfassen, also die Bereitstellung eines leichten Zugangs für die Nutzer im Allgemeinen, ohne dass weiteres Tätigwerden durch den Nutzer, der die Informationen bereitstellt, erforderlich wäre; dabei spielt es keine Rolle, ob diese Personen tatsächlich auf die betreffenden Informationen zugreifen. Allein die Möglichkeit, Nutzergruppen innerhalb eines bestimmten Dienstes zu schaffen, sollte kein hinreichendes Kriterium dafür sein, dass die auf diese Weise verbreiteten Informationen nicht öffentlich verbreitet werden. Der Begriff sollte jedoch nicht die Verbreitung von Informationen innerhalb geschlossener Gruppen mit einer begrenzten Anzahl an vorab festgelegten Mitgliedern erfassen. Interpersonelle Kommunikationsdienste im Sinne der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁹, etwa E-Mail oder Instant Messaging-Dienste, fallen nicht in den

Geänderter Text

(14) Der Begriff „öffentliche Verbreitung“ sollte im Sinne dieser Verordnung die Bereitstellung von Informationen für eine potenziell unbegrenzte Zahl von Personen umfassen, also die Bereitstellung eines leichten Zugangs für die Nutzer im Allgemeinen, ohne dass weiteres Tätigwerden durch den Nutzer, der die Informationen bereitstellt, erforderlich wäre; dabei spielt es keine Rolle, ob diese Personen tatsächlich auf die betreffenden Informationen zugreifen. ***Dementsprechend sollte in Fällen, in denen eine Registrierung oder die Aufnahme in eine Nutzergruppe erforderlich ist, um Zugang zu Informationen zu erlangen, nur dann von einer öffentlichen Verbreitung der Informationen ausgegangen werden, wenn die Nutzer, die auf die Informationen zugreifen möchten, automatisch registriert oder aufgenommen werden, ohne dass die Entscheidung über den Zugang oder die Auswahl der Nutzer, die Zugang erhalten, von Menschen getroffen wird.*** Allein die Möglichkeit, Nutzergruppen innerhalb

Anwendungsbereich **dieser** Verordnung. Informationen sollten nur dann als öffentlich verbreitet im Sinne dieser Verordnung gelten, wenn dies direkt im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat, geschieht.

eines bestimmten Dienstes zu schaffen, sollte kein hinreichendes Kriterium dafür sein, dass die auf diese Weise verbreiteten Informationen nicht öffentlich verbreitet werden. Der Begriff sollte jedoch nicht die Verbreitung von Informationen innerhalb geschlossener Gruppen mit einer begrenzten Anzahl an vorab festgelegten Mitgliedern erfassen, **wobei zu berücksichtigen ist, dass Gruppen zu Instrumenten für die breite öffentliche Verbreitung von Inhalten werden können.** Interpersonelle Kommunikationsdienste im Sinne der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁹, etwa E-Mail oder Instant Messaging-Dienste, fallen nicht in den Anwendungsbereich **der Definition von Online-Plattformen der vorliegenden Verordnung. Bei diesen Diensten sollte eine Inanspruchnahme der in der vorliegenden Verordnung vorgesehenen Haftungsausschlüsse möglich sein, sofern sie als „reine Durchleitung“, „Caching“ oder „Hosting“ einzuordnen sind.** Informationen sollten nur dann als öffentlich verbreitet im Sinne dieser Verordnung gelten, wenn dies direkt im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat, geschieht.

³⁹ Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36).

³⁹ Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36).

Änderungsantrag 11

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 15 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(15a) Die Anwendung einer wirksamen Übermittlungsverschlüsselung für Daten

ist für das Vertrauen in das Internet und die Sicherheit im Internet unerlässlich, zumal sie den unbefugten Zugriff Dritter wirksam verhindert und dazu beiträgt, die Vertraulichkeit der Kommunikation zu wahren.

Änderungsantrag 12

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 18

Vorschlag der Kommission

(18) Die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse sollten nicht gelten, wenn der Anbieter sich nicht darauf beschränkt, die Dienstleistungen auf neutrale Weise und durch die bloße technische und automatische Verarbeitung der vom Nutzer bereitgestellten Informationen zu erbringen, sondern dahingehend eine aktive Rolle einnimmt, dass er Wissen oder Kontrolle über diese Informationen erhält. Diese Ausschlüsse sollten dementsprechend nicht für die Haftung im Zusammenhang mit Informationen gelten, die nicht vom Nutzer bereitgestellt werden, sondern vom Anbieter des Vermittlungsdienstes selbst, auch wenn diese Informationen im Rahmen der redaktionellen Verantwortung dieses Anbieters entwickelt wurden.

Geänderter Text

(18) Die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse sollten nicht gelten, wenn der Anbieter sich nicht darauf beschränkt, die Dienstleistungen auf neutrale Weise und durch die bloße technische, automatische und *passive* Verarbeitung der vom Nutzer bereitgestellten Informationen zu erbringen, sondern dahingehend eine aktive Rolle einnimmt, dass er Wissen oder Kontrolle über diese Informationen erhält. Diese Ausschlüsse sollten dementsprechend nicht für die Haftung im Zusammenhang mit Informationen gelten, die nicht vom Nutzer bereitgestellt werden, sondern vom Anbieter des Vermittlungsdienstes selbst, auch wenn diese Informationen im Rahmen der redaktionellen Verantwortung dieses Anbieters entwickelt wurden *oder wenn der Anbieter des Vermittlungsdienstes derartige Inhalte bewirbt oder auf sie verweist.*

Änderungsantrag 13

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 20

Vorschlag der Kommission

(20) *Ein* Anbieter von Vermittlungsdiensten, *der* bewusst mit

Geänderter Text

(20) *Wenn der Hauptzweck der Dienstleistung der*

einem Nutzer zusammenarbeitet, um illegale Tätigkeiten auszuüben, **erbringt** die Dienstleistung nicht auf neutrale Weise und sollte dementsprechend die in dieser Verordnung vorgesehenen Haftungsausschlüsse nicht in Anspruch nehmen können.

Informationsgesellschaft darin besteht, illegale Tätigkeiten auszuüben oder zu ermöglichen, oder wenn ein Anbieter von Vermittlungsdiensten bewusst mit einem Nutzer zusammenarbeitet, um illegale Tätigkeiten auszuüben, **sollte** die Dienstleistung **als** nicht auf neutrale Weise **erbrachte Dienstleistung gelten**, und **der Anbieter** sollte dementsprechend die in dieser Verordnung vorgesehenen Haftungsausschlüsse nicht in Anspruch nehmen können.

Änderungsantrag 14

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 21

Vorschlag der Kommission

(21) Ein Anbieter sollte die Haftungsausschlüsse für die „reine Durchleitung“ und das „Caching“ in Anspruch nehmen können, wenn er in keiner Weise **mit den** übermittelten Informationen **in Verbindung steht**. Voraussetzung dafür ist unter anderem, dass er die von ihm übermittelten Informationen nicht verändert. Unter diese Anforderung sollten jedoch keine Eingriffe technischer Art im Verlauf der Übermittlung fallen, da sie die Integrität der übermittelten Informationen nicht verändern.

Geänderter Text

(21) Ein Anbieter sollte die Haftungsausschlüsse für die „reine Durchleitung“ und das „Caching“ in Anspruch nehmen können, wenn er in keiner Weise **am Inhalt der** übermittelten Informationen **mitwirkt**. Voraussetzung dafür ist unter anderem, dass er die von ihm übermittelten Informationen nicht verändert. Unter diese Anforderung sollten jedoch keine Eingriffe technischer Art im Verlauf der Übermittlung fallen, da sie die Integrität der übermittelten Informationen nicht verändern.

Änderungsantrag 15

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 22

Vorschlag der Kommission

(22) Um den Haftungsausschluss für Hosting-Dienste in Anspruch nehmen zu können, sollte der Anbieter unverzüglich tätig werden **und illegale Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren**, sobald er

Geänderter Text

(22) Um den Haftungsausschluss für Hosting-Dienste in Anspruch nehmen zu können, sollte der Anbieter unverzüglich tätig werden, **um die Gründe für eine eventuelle Entfernung oder Sperrung von**

tatsächliche Kenntnis davon oder Wissen darüber erhält. Die Entfernung oder Sperrung des Zugangs sollte *unter Beachtung* des Grundsatzes der Freiheit der Meinungsäußerung *erfolgen*. Der Anbieter kann diese tatsächliche Kenntnis oder dieses Wissen insbesondere durch Untersuchungen aus eigener Initiative oder durch Meldungen erhalten, die bei ihm von Personen oder Stellen im Einklang mit dieser Verordnung eingehen, sofern diese Meldungen ausreichend präzise und hinreichend begründet sind, damit ein sorgfältiger Wirtschaftsteilnehmer die mutmaßlich illegalen Inhalte angemessen erkennen und bewerten und gegebenenfalls dagegen vorgehen kann.

Inhalten zu prüfen, und erforderlichenfalls alle Kopien von diesen Inhalten entfernen oder den Zugang zu ihnen sperren, sobald er tatsächliche Kenntnis davon oder Wissen darüber erhält. Die Entfernung oder Sperrung des Zugangs sollte *mit den in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Grundsätzen, einschließlich* des Grundsatzes der Freiheit der Meinungsäußerung, *vereinbar sein*. Der Anbieter kann diese tatsächliche Kenntnis oder dieses Wissen insbesondere durch *regelmäßige* Untersuchungen aus eigener Initiative oder durch Meldungen erhalten, die bei ihm von Personen oder Stellen im Einklang mit dieser Verordnung eingehen, sofern diese Meldungen ausreichend präzise und hinreichend begründet sind, damit ein sorgfältiger Wirtschaftsteilnehmer die mutmaßlich illegalen Inhalte angemessen erkennen und bewerten und gegebenenfalls dagegen vorgehen kann.

Änderungsantrag 16

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 23

Vorschlag der Kommission

(23) Um den wirksamen Schutz der Verbraucher bei Geschäftsvorgängen im Internet über Vermittlungsdienste zu gewährleisten, sollten bestimmte Anbieter von Hosting-Diensten, nämlich **Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmen ermöglichen**, den Haftungsausschluss für Anbieter von Hosting-Diensten gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch nehmen können, sofern diese Online-Plattformen die einschlägigen Informationen bezüglich der betreffenden Vorgänge in einer Weise darstellen, bei der Verbraucher davon ausgehen können, dass die Informationen

Geänderter Text

(23) Um den wirksamen Schutz der Verbraucher bei Geschäftsvorgängen im Internet über Vermittlungsdienste zu gewährleisten, sollten bestimmte Anbieter von Hosting-Diensten, nämlich **Online-Marktplätzen**, den Haftungsausschluss für Anbieter von Hosting-Diensten gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch nehmen können, sofern diese Online-Plattformen die einschlägigen Informationen bezüglich der betreffenden Vorgänge in einer Weise darstellen, bei der Verbraucher davon ausgehen können, dass die Informationen entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht oder Kontrolle

entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht oder Kontrolle unterstehenden Nutzer bereitgestellt werden und die Online-Plattformen deshalb Kenntnis von oder Kontrolle über die Informationen haben müssen, selbst wenn dem nicht tatsächlich so ist. In dieser Hinsicht sollte objektiv und auf Grundlage aller relevanten Umstände ermittelt werden, ob die Darstellung bei einem durchschnittlichen **und angemessen informierten** Verbraucher diesen Eindruck erwecken kann.

Änderungsantrag 17

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 24

Vorschlag der Kommission

(24) Die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse sollten die Möglichkeit von Verfügungen unterschiedlicher Art gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten unberührt lassen, selbst wenn diese die im Rahmen dieser Ausschlüsse festgelegten Bedingungen erfüllen. Solche Verfügungen könnten insbesondere in gerichtlichen oder behördlichen Anordnungen bestehen, die die Abstellung oder Verhinderung einer Zuwiderhandlung verlangen, einschließlich der Entfernung illegaler Inhalte, die in der im Einklang mit dem Unionsrecht erlassenen Anordnung spezifiziert werden, oder der Sperrung des Zugangs zu ihnen.

unterstehenden Nutzer bereitgestellt werden und die Online-Plattformen deshalb Kenntnis von oder Kontrolle über die Informationen haben müssen, selbst wenn dem nicht tatsächlich so ist. In dieser Hinsicht sollte objektiv und auf Grundlage aller relevanten Umstände ermittelt werden, ob die Darstellung bei einem durchschnittlichen Verbraucher diesen Eindruck erwecken kann.

Geänderter Text

(24) Die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse sollten die Möglichkeit von Verfügungen unterschiedlicher Art gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten unberührt lassen, selbst wenn diese die im Rahmen dieser Ausschlüsse festgelegten Bedingungen erfüllen. Solche Verfügungen könnten insbesondere in gerichtlichen oder behördlichen Anordnungen bestehen, die die Abstellung oder Verhinderung einer Zuwiderhandlung verlangen, einschließlich der Entfernung illegaler Inhalte, die in der im Einklang mit dem Unionsrecht erlassenen Anordnung spezifiziert werden, oder der Sperrung des Zugangs zu ihnen.

In der Regel sollten an Vermittlungsdienste gerichtete Verfügungen als letztes Mittel betrachtet werden, wenn keine anderen angemessenen und verhältnismäßigen Maßnahmen zur Verfügung stehen, die der Eigentümer der Inhalte ergreifen kann.

Änderungsantrag 18

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 25

Vorschlag der Kommission

(25) Um Rechtssicherheit zu schaffen und Abschreckung vor Tätigkeiten zu vermeiden, die Anbieter von Vermittlungsdiensten auf freiwilliger Basis zur Erkennung und Feststellung von illegalen Inhalten sowie zum Vorgehen dagegen durchführen können, sollte präzisiert werden, dass die bloße Durchführung solcher Tätigkeiten durch Anbieter nicht dazu führt, dass die Haftungsausschlüsse gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch genommen werden können, sofern diese Tätigkeiten **nach Treu und Glauben und sorgfältig durchgeführt werden**. Zudem sollte präzisiert werden, dass das bloße Ergreifen von Maßnahmen durch die Anbieter nach Treu und Glauben zur Einhaltung der Anforderungen des Unionsrechts, einschließlich derer gemäß dieser Verordnung im Hinblick auf ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen, nicht dazu führen sollte, dass **diese** Ausschlüsse nicht in Anspruch genommen werden können. Jegliche Tätigkeiten und Maßnahmen, die ein Anbieter möglicherweise durchgeführt bzw. ergriffen hat, sollten daher nicht berücksichtigt werden, um zu ermitteln, ob der Anbieter einen Haftungsausschluss in Anspruch nehmen kann, insbesondere in Bezug darauf, ob der Anbieter die Dienstleistung auf neutrale Weise erbringt und die einschlägige Vorschrift daher für ihn gelten kann, ohne dass dies jedoch bedeutet, dass sich der Anbieter zwangsläufig darauf berufen kann.

Geänderter Text

(25) Um Rechtssicherheit zu schaffen und Abschreckung vor **automatisierten oder nicht automatisierten** Tätigkeiten zu vermeiden, die Anbieter von Vermittlungsdiensten auf freiwilliger Basis zur Erkennung und Feststellung von illegalen Inhalten sowie zum Vorgehen dagegen durchführen können, sollte präzisiert werden, dass die bloße Durchführung solcher Tätigkeiten durch Anbieter nicht dazu führt, dass die Haftungsausschlüsse gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch genommen werden können, sofern diese Tätigkeiten **sorgfältig durchgeführt werden, um illegale Inhalte zu erkennen, festzustellen und dagegen vorzugehen. Solche Tätigkeiten sollten mit zusätzlichen Schutzvorkehrungen einhergehen**. Zudem sollte präzisiert werden, dass das bloße Ergreifen von Maßnahmen durch die Anbieter nach Treu und Glauben zur Einhaltung der Anforderungen des Unionsrechts **oder des nationalen Rechts**, einschließlich derer gemäß dieser Verordnung im Hinblick auf ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen, nicht dazu führen sollte, dass **die** Ausschlüsse **gemäß dieser Verordnung** nicht in Anspruch genommen werden können. Jegliche Tätigkeiten und Maßnahmen, die ein Anbieter möglicherweise durchgeführt bzw. ergriffen hat, sollten daher nicht berücksichtigt werden, um zu ermitteln, ob der Anbieter einen Haftungsausschluss in Anspruch nehmen kann, insbesondere in Bezug darauf, ob der Anbieter die Dienstleistung auf neutrale Weise erbringt und die einschlägige Vorschrift daher für ihn gelten kann, ohne dass dies jedoch bedeutet, dass sich der Anbieter zwangsläufig darauf berufen kann.

Änderungsantrag 19

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 26

Vorschlag der Kommission

(26) Während es bei den Vorschriften in Kapitel II dieser Verordnung vor allem um den Haftungsausschluss für Anbieter von Vermittlungsdiensten geht, ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass trotz der wichtigen Rolle, die diese Anbieter im Allgemeinen einnehmen, das Problem der illegalen Inhalte und Tätigkeiten im Internet nicht allein durch den Fokus auf deren Haftung und Verantwortung bewältigt werden sollte. Wenn möglich sollten Dritte, die von im Internet übertragenen oder gespeicherten illegalen Inhalten betroffen sind, versuchen, Konflikte im Zusammenhang mit solchen Inhalten beizulegen, ohne die betreffenden Anbieter von Vermittlungsdiensten zu beteiligen. Die Nutzer sollten für die von ihnen bereitgestellten und möglicherweise über Vermittlungsdienste verbreiteten illegalen Inhalte haften, sofern die geltenden Vorschriften des Unionsrechts und des nationalen Rechts zur Festlegung solcher Haftung dies vorsehen. Gegebenenfalls sollten auch andere Akteure, etwa Gruppenmoderatoren im nicht öffentlichen Online-Umfeld, insbesondere in großen Gruppen, dabei helfen, die Verbreitung illegaler Inhalte im Internet im Einklang mit dem geltenden Recht zu verhindern. Ist es erforderlich, die Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft zu beteiligen, einschließlich der Anbieter von Vermittlungsdiensten, so sollten zudem sämtliche Aufforderungen zu einer solchen Beteiligung oder entsprechende Anordnungen grundsätzlich an denjenigen Akteur gerichtet werden, der über die technischen und operativen Fähigkeiten

Geänderter Text

(26) Während es bei den Vorschriften in Kapitel II dieser Verordnung vor allem um den Haftungsausschluss für Anbieter von Vermittlungsdiensten geht, ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass trotz der wichtigen Rolle, die diese Anbieter im Allgemeinen einnehmen, das Problem der illegalen Inhalte und Tätigkeiten im Internet nicht allein durch den Fokus auf deren Haftung und Verantwortung bewältigt werden sollte. Wenn möglich sollten Dritte, die von im Internet übertragenen oder gespeicherten illegalen Inhalten betroffen sind, versuchen, Konflikte im Zusammenhang mit solchen Inhalten beizulegen, ohne die betreffenden Anbieter von Vermittlungsdiensten zu beteiligen. Die Nutzer sollten für die von ihnen bereitgestellten und möglicherweise über Vermittlungsdienste verbreiteten illegalen Inhalte haften, sofern die geltenden Vorschriften des Unionsrechts und des nationalen Rechts zur Festlegung solcher Haftung dies vorsehen. Gegebenenfalls sollten auch andere Akteure, etwa Gruppenmoderatoren im nicht öffentlichen Online-Umfeld, insbesondere in großen Gruppen, dabei helfen, die Verbreitung illegaler Inhalte im Internet im Einklang mit dem geltenden Recht zu verhindern. Ist es erforderlich, die Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft zu beteiligen, einschließlich der Anbieter von Vermittlungsdiensten, so sollten zudem sämtliche Aufforderungen zu einer solchen Beteiligung oder entsprechende Anordnungen grundsätzlich an denjenigen Akteur gerichtet werden, der über die technischen und operativen Fähigkeiten

verfügt, gegen bestimmte illegale Inhalte vorzugehen, um jegliche negativen Auswirkungen auf die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von nicht illegalen Informationen zu vermeiden und so gering wie möglich zu halten.

verfügt, gegen bestimmte illegale Inhalte vorzugehen, um jegliche negativen Auswirkungen auf die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von nicht illegalen Informationen zu vermeiden und so gering wie möglich zu halten. ***Nur wenn dieser Vermittler dem Ersuchen nicht nachkommt, sollten als letztes Mittel Ersuchen oder Anordnungen an Vermittler gerichtet werden, die in dem Internetstapel weiter unten angesiedelt sind, um den Zugang zu den Inhalten zu entfernen oder zu sperren, einschließlich aller erforderlichen Informationen, um die illegalen Inhalte möglichst genau zu lokalisieren.***

Änderungsantrag 20

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 27

Vorschlag der Kommission

(27) ***Seit dem Jahr 2000*** wurden ***neue*** Technologien entwickelt, die für eine bessere Verfügbarkeit, Wirksamkeit, Geschwindigkeit, Verlässlichkeit, Kapazität und Sicherheit von Systemen für die Übermittlung und Speicherung von Daten im Internet sorgen, wodurch ein immer komplexeres Online-Ökosystem entstanden ist. In dieser Hinsicht sollte daran erinnert werden, dass Anbieter von Diensten zur Bereitstellung und Vereinfachung der zugrunde liegenden logischen Architektur und des reibungslosen Funktionierens des Internets, einschließlich technischer Hilfsfunktionen, ebenfalls die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse in Anspruch nehmen können, sofern ihre Dienste als „reine Durchleitung“, „Caching“ oder „Hosting“ einzuordnen sind. Zu solchen Diensten gehören gegebenenfalls lokale Funknetze (WLAN), DNS-Dienste, die Dienste von Namenregistern der Domäne oberster Stufe

Geänderter Text

(27) ***Neue*** Technologien wurden entwickelt, die für eine bessere Verfügbarkeit, Wirksamkeit, Geschwindigkeit, Verlässlichkeit, Kapazität und Sicherheit von Systemen für die Übermittlung und Speicherung von Daten im Internet sorgen, wodurch ein immer komplexeres Online-Ökosystem entstanden ist. In dieser Hinsicht sollte daran erinnert werden, dass Anbieter von Diensten zur Bereitstellung und Vereinfachung der zugrunde liegenden logischen Architektur und des reibungslosen Funktionierens des Internets, einschließlich technischer Hilfsfunktionen, ebenfalls die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse in Anspruch nehmen können, sofern ihre Dienste als „reine Durchleitung“, „Caching“ oder „Hosting“ einzuordnen sind. Zu solchen Diensten gehören gegebenenfalls lokale Funknetze (WLAN), DNS-Dienste, die Dienste von Namenregistern der Domäne oberster Stufe

und Zertifizierungsstellen, die digitale Zertifikate ausstellen, **oder** Netze zur Bereitstellung von Inhalten, die Funktionen anderer Anbieter von Vermittlungsdiensten bereitstellen oder verbessern. Auch Dienste für Kommunikationszwecke und die technischen Mittel für ihre Bereitstellung haben sich stark entwickelt und zur Entstehung von Online-Diensten wie der Internet-Sprachtelefonie (VoIP), Nachrichtenübermittlungsdiensten und webgestützten E-Mail-Diensten geführt, bei denen die Kommunikation über einen Internetzugangsdienst ermöglicht wird. Bei diesen Diensten ist ebenfalls eine Inanspruchnahme der Haftungsausschlüsse möglich, sofern sie als „reine Durchleitung“, „Caching“ oder „Hosting“ einzuordnen sind.

und Zertifizierungsstellen, die digitale Zertifikate ausstellen, Netze zur Bereitstellung von Inhalten **oder Anbieter von Diensten, die in einer tieferen Schicht des Internetstapels tätig sind, wie Anbieter von IT-Infrastrukturdiensten (vor Ort erbrachte, cloudgestützte und hybride Hosting-Dienste)**, die Funktionen anderer Anbieter von Vermittlungsdiensten bereitstellen oder verbessern. Auch Dienste für Kommunikationszwecke und die technischen Mittel für ihre Bereitstellung haben sich stark entwickelt und zur Entstehung von Online-Diensten wie der Internet-Sprachtelefonie (VoIP), Nachrichtenübermittlungsdiensten und webgestützten E-Mail-Diensten geführt, bei denen die Kommunikation über einen Internetzugangsdienst ermöglicht wird. Bei diesen Diensten ist ebenfalls eine Inanspruchnahme der Haftungsausschlüsse möglich, sofern sie als „reine Durchleitung“, „Caching“ oder „Hosting“ einzuordnen sind. **Anbieter von Diensten, die in einer tieferen Schicht des Internetstapels tätig sind und als Online-Vermittler fungieren, können verpflichtet werden, angemessene Maßnahmen zu ergreifen, wenn der Kunde die illegalen Inhalte nicht entfernt, es sei denn, dies ist technisch nicht möglich.**

Änderungsantrag 21

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 28

Vorschlag der Kommission

(28) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten **keiner** allgemeinen Überwachungspflicht unterliegen. Dies betrifft nicht die Überwachungspflichten in spezifischen Fällen und berührt insbesondere nicht Anordnungen, die von nationalen Behörden nach nationalem Recht im Einklang mit den in dieser Verordnung

Geänderter Text

(28) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten **weder einer** allgemeinen Überwachungspflicht unterliegen **noch sollten sie verpflichtet sein, automatisierte Instrumente für die Moderation von Inhalten zu verwenden.** Dies betrifft nicht die Überwachungspflichten in spezifischen Fällen und berührt insbesondere nicht

festgelegten Bedingungen erlassen werden. Diese Verordnung sollte in keinem Fall so ausgelegt werden, dass sie eine allgemeine Überwachungspflicht, **eine Verpflichtung zur aktiven Nachforschung oder eine allgemeine Verpflichtung der Anbieter zum Ergreifen proaktiver Maßnahmen in Bezug auf illegale Inhalte** auferlegt.

Anordnungen, die von nationalen Behörden nach nationalem Recht im Einklang mit den in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen erlassen werden. **Solche Anordnungen sollten nicht darin bestehen, dass ein Diensteanbieter verpflichtet wird, ausschließlich auf eigene Kosten ein Überprüfungssystem einzuführen, das eine allgemeine und ständige Überwachung beinhaltet, um künftige Verstöße zu verhindern. Solche Anordnungen könnten jedoch einen Hosting-Anbieter dazu verpflichten, von ihm gespeicherte Informationen zu entfernen, deren Inhalt mit dem Inhalt von Informationen, die zuvor für rechtswidrig erklärt wurden, identisch oder gleichwertig ist, oder den Zugang zu diesen Informationen zu sperren, unabhängig davon, wer die Speicherung dieser Informationen beantragt hat, sofern sich die Überwachung der und die Suche nach den betreffenden Informationen auf die in der Verfügung ordnungsgemäß bezeichneten Informationen beschränkt wie den Namen der von der zuvor festgestellten Zuwiderhandlung betroffenen Person, die Umstände, unter denen diese Zuwiderhandlung festgestellt wurde, und den Inhalt, der dem für rechtswidrig erklärten Inhalt gleichwertig ist, und verpflichten den Hosting-Anbieter nicht, eine unabhängige Bewertung dieses Inhalts vorzunehmen.** Diese Verordnung sollte in keinem Fall so ausgelegt werden, dass sie eine allgemeine Überwachungspflicht auferlegt. **Die Verordnung sollte nicht so verstanden werden, dass sie die Anbieter daran hindert, proaktive Maßnahmen zu ergreifen, um illegale Inhalte zu erkennen und zu entfernen und ihr erneutes Auftauchen zu verhindern.**

Änderungsantrag 22

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 30

Vorschlag der Kommission

(30) Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte oder zur Bereitstellung von Informationen sollten im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen werden, insbesondere der Verordnung (EU) 2016/679 und dem in dieser Verordnung festgelegten Verbot allgemeiner Verpflichtungen zur Überwachung von Informationen oder zur aktiven Ermittlung von Tatsachen oder Umständen, die auf illegale Tätigkeiten hindeuten. Die in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen und Anforderungen, die für Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte gelten, lassen andere Rechtsakte der Union unberührt, die ähnliche Mechanismen für das Vorgehen gegen bestimmte Arten illegaler Inhalte vorsehen, etwa die Verordnung (EU) .../... (vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte) oder die Verordnung (EU) 2017/2394, mit der spezifische Befugnisse zur Anordnung der Bereitstellung von Informationen an die Verbraucherschutzbehörden der Mitgliedstaaten übertragen werden, während die Bedingungen und Anforderungen, die für Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen gelten, andere Rechtsakte der Union unberührt lassen, die ähnliche einschlägige Vorschriften für bestimmte Sektoren vorsehen. Diese Bedingungen und Anforderungen sollten unbeschadet der Vorschriften des anwendbaren nationalen Rechts zur Speicherung und Aufbewahrung im Einklang mit dem Unionsrecht und Ersuchen von Strafverfolgungsbehörden um vertrauliche Behandlung im Zusammenhang mit der Nichtoffenlegung von Informationen gelten.

Geänderter Text

(30) Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte oder zur Bereitstellung von Informationen sollten im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen werden, insbesondere der Verordnung (EU) 2016/679 und dem in dieser Verordnung festgelegten Verbot allgemeiner Verpflichtungen zur Überwachung von Informationen oder zur aktiven Ermittlung von Tatsachen oder Umständen, die auf illegale Tätigkeiten hindeuten. ***Es sollte möglich sein, dass Anbieter von Vermittlungsdiensten aufgrund der Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte verpflichtet sind, in konkreten Fällen Maßnahmen zu ergreifen, um identische oder gleichwertige illegale Inhalte in demselben Kontext zu entfernen. Auf der Grundlage solcher Anordnungen sollte es auch möglich sein, dass Anbieter von Vermittlungsdiensten verpflichtet sind, Maßnahmen zu ergreifen, um ein erneutes Auftreten der illegalen Inhalte zu verhindern.*** Die in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen und Anforderungen, die für Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte gelten, lassen andere Rechtsakte der Union unberührt, die ähnliche Mechanismen für das Vorgehen gegen bestimmte Arten illegaler Inhalte vorsehen, etwa die Verordnung (EU) .../... (vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte) oder die Verordnung (EU) 2017/2394, mit der spezifische Befugnisse zur Anordnung der Bereitstellung von Informationen an die Verbraucherschutzbehörden der Mitgliedstaaten übertragen werden, während die Bedingungen und Anforderungen, die für Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen gelten, andere Rechtsakte der Union unberührt lassen, die ähnliche einschlägige

Vorschriften für bestimmte Sektoren vorsehen. Diese Bedingungen und Anforderungen sollten unbeschadet der Vorschriften des anwendbaren nationalen Rechts zur Speicherung und Aufbewahrung im Einklang mit dem Unionsrecht und Ersuchen von Strafverfolgungsbehörden um vertrauliche Behandlung im Zusammenhang mit der Nichtoffenlegung von Informationen gelten.

Änderungsantrag 23

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 31

Vorschlag der Kommission

(31) Der räumliche Geltungsbereich solcher Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte sollte auf der Grundlage des geltenden Unions- oder nationalen Rechts, das den Erlass der Anordnung ermöglicht, eindeutig festgelegt werden und nicht über das zur Erreichung ihrer Ziele unbedingt erforderliche Maß hinausgehen. In dieser Hinsicht sollte die nationale Justiz- oder Verwaltungsbehörde, die die Anordnung erlässt, die Ziele der Anordnung im Einklang mit ihrer Rechtsgrundlage gegen die Rechte und berechtigten Interessen aller Dritten abwägen, die von der Anordnung betroffen sein könnten, insbesondere ihre Grundrechte nach der Charta. Kann eine Anordnung, die sich auf spezifische Informationen bezieht, Auswirkungen über das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats der betreffenden Behörde hinaus haben, so sollte die Behörde zudem bewerten, ob diese Informationen auch in anderen betroffenen Mitgliedstaaten illegale Inhalte darstellen könnten und gegebenenfalls sowohl die einschlägigen Vorschriften des Unionsrechts und Völkerrechts als auch die Interessen diplomatischer Gepflogenheiten

Geänderter Text

(31) Der räumliche Geltungsbereich solcher Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte sollte auf der Grundlage des geltenden Unions- oder nationalen Rechts, das den Erlass der Anordnung ermöglicht, eindeutig festgelegt werden und nicht über das zur Erreichung ihrer Ziele unbedingt erforderliche Maß hinausgehen. In dieser Hinsicht sollte die nationale Justiz- oder Verwaltungsbehörde, die die Anordnung erlässt, die Ziele der Anordnung im Einklang mit ihrer Rechtsgrundlage gegen die Rechte und berechtigten Interessen aller Dritten abwägen, die von der Anordnung betroffen sein könnten, insbesondere ihre Grundrechte nach der Charta. Kann eine Anordnung, die sich auf spezifische Informationen bezieht, Auswirkungen über das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats der betreffenden Behörde hinaus haben, so sollte die Behörde zudem bewerten, ob diese Informationen auch in anderen betroffenen Mitgliedstaaten illegale Inhalte darstellen könnten und gegebenenfalls sowohl die einschlägigen Vorschriften des Unionsrechts, ***nationalen Rechts*** und Völkerrechts als auch die Interessen diplomatischer Gepflogenheiten

berücksichtigen.

berücksichtigen.

Änderungsantrag 24

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 33

Vorschlag der Kommission

(33) Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte und zur Bereitstellung von Informationen unterliegen den Vorschriften zur Wahrung der Zuständigkeit des Mitgliedstaats, in dem der Anbieter niedergelassen ist, und zur Festlegung möglicher Ausnahmen von dieser Zuständigkeit in bestimmten Fällen gemäß Artikel 3 der Richtlinie 2000/31/EG, sofern die Bedingungen des genannten Artikels erfüllt sind. Da sich die betreffenden Anordnungen auf bestimmte illegale Inhalte bzw. bestimmte Informationen beziehen, beschränken Anordnungen, die an in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassene Anbieter gerichtet sind, grundsätzlich nicht die Freiheit dieser Anbieter, ihre Dienste grenzüberschreitend zu erbringen. Die Vorschriften des Artikels 3 der Richtlinie 2000/31/EG, einschließlich derer über die Notwendigkeit, Maßnahmen zu rechtfertigen, die aus bestimmten genau festgelegten Gründen eine Ausnahme von der Zuständigkeit des Mitgliedstaats, in dem der Anbieter niedergelassen ist, darstellen und über die Mitteilung solcher Maßnahmen, gelten daher nicht für diese Anordnungen.

Geänderter Text

(33) Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte und zur Bereitstellung von Informationen unterliegen den Vorschriften zur Wahrung der Zuständigkeit des Mitgliedstaats, in dem der Anbieter niedergelassen ist, und zur Festlegung möglicher Ausnahmen von dieser Zuständigkeit in bestimmten Fällen gemäß Artikel 3 der Richtlinie 2000/31/EG, sofern die Bedingungen des genannten Artikels erfüllt sind. Da sich die betreffenden Anordnungen auf bestimmte illegale Inhalte bzw. bestimmte Informationen beziehen, **die entweder dem Unionsrecht oder dem nationalen Recht im Einklang mit dem Unionsrecht unterliegen**, beschränken Anordnungen, die an in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassene Anbieter **von Vermittlungsdiensten** gerichtet sind, grundsätzlich nicht die Freiheit dieser Anbieter, ihre Dienste grenzüberschreitend zu erbringen. Die Vorschriften des Artikels 3 der Richtlinie 2000/31/EG, einschließlich derer über die Notwendigkeit, Maßnahmen zu rechtfertigen, die aus bestimmten genau festgelegten Gründen eine Ausnahme von der Zuständigkeit des Mitgliedstaats, in dem der Anbieter niedergelassen ist, darstellen und über die Mitteilung solcher Maßnahmen, gelten daher nicht für diese Anordnungen.

Änderungsantrag 25

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 34

Vorschlag der Kommission

(34) Um die Ziele dieser Verordnung zu erreichen und insbesondere das Funktionieren des Binnenmarkts zu verbessern und ein sicheres und transparentes Online-Umfeld zu gewährleisten, ist es erforderlich, eindeutige und ausgewogene harmonisierte Sorgfaltspflichten für die Anbieter von Vermittlungsdiensten festzulegen. Mit diesen Verpflichtungen sollte insbesondere darauf abgezielt werden, die **Verwirklichung verschiedener politischer Ziele** wie der Sicherheit und des **Vertrauens** der Nutzer, einschließlich der minderjährigen **und schutzbedürftigen** Nutzer, zu **gewährleisten**, die einschlägigen in der Charta verankerten Grundrechte zu schützen, die sinnvolle Rechenschaftspflicht der Anbieter sicherzustellen und die Nutzer sowie andere betroffene Parteien zu stärken und den zuständigen Behörden zugleich die erforderliche Aufsicht zu erleichtern.

Geänderter Text

(34) Um die Ziele dieser Verordnung zu erreichen und insbesondere das Funktionieren des Binnenmarkts zu verbessern und ein sicheres und transparentes Online-Umfeld zu gewährleisten, ist es erforderlich, eindeutige, **wirksame** und ausgewogene harmonisierte Sorgfaltspflichten für die Anbieter von Vermittlungsdiensten festzulegen. Mit diesen Verpflichtungen sollte insbesondere darauf abgezielt werden, die **Rechtsvorschriften und Rechte** wie **die** Sicherheit und **das Vertrauen** der Nutzer, einschließlich der minderjährigen Nutzer, zu **verstärken und zu garantieren**, die einschlägigen in der Charta verankerten Grundrechte zu schützen, die sinnvolle Rechenschaftspflicht der Anbieter sicherzustellen und die Nutzer sowie andere betroffene Parteien zu stärken und den zuständigen Behörden zugleich die erforderliche Aufsicht zu erleichtern.

Änderungsantrag 26

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 36

Vorschlag der Kommission

(36) Um die reibungslose und wirksame Kommunikation im Zusammenhang mit den Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen, zu gewährleisten, sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten verpflichtet werden, eine zentrale Kontaktstelle einzurichten und einschlägige Informationen zu ihrer Kontaktstelle zu veröffentlichen, einschließlich der für diese Kommunikation zu verwendenden Sprachen. Die Kontaktstelle kann **auch** von **vertrauenswürdigen Hinweisgebern** und Gewerbetreibenden, die in einer

Geänderter Text

(36) Um die reibungslose und wirksame Kommunikation im Zusammenhang mit den Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen, zu gewährleisten, sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten verpflichtet werden, eine zentrale Kontaktstelle einzurichten und einschlägige Informationen zu ihrer Kontaktstelle zu veröffentlichen, einschließlich der für diese Kommunikation zu verwendenden Sprachen. Die Kontaktstelle kann von Gewerbetreibenden und **Nutzern von Diensten**, die in einer bestimmten

bestimmten Beziehung zum Anbieter von Vermittlungsdiensten stehen, genutzt werden. Im Gegensatz zum Rechtsvertreter sollte die Kontaktstelle operativen Zwecken dienen und benötigt nicht unbedingt einen physischen Standort.

Beziehung zum Anbieter von Vermittlungsdiensten stehen, genutzt werden. Im Gegensatz zum Rechtsvertreter sollte die Kontaktstelle operativen Zwecken dienen und benötigt nicht unbedingt einen physischen Standort. .

Änderungsantrag 27

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 37

Vorschlag der Kommission

(37) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten mit Sitz in einem Drittstaat, die Dienste in der Union anbieten, sollten einen hinreichend bevollmächtigten Rechtsvertreter in der Union benennen und Informationen über ihren Rechtsvertreter bereitstellen, um die wirksame Aufsicht und erforderlichenfalls die Durchsetzung dieser Verordnung in Bezug auf diese Anbieter zu ermöglichen. Die Rechtsvertreter sollten auch als Kontaktstellen fungieren können, sofern die einschlägigen Anforderungen dieser Verordnung eingehalten werden.

Geänderter Text

(37) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten mit Sitz in einem Drittstaat, die Dienste in der Union anbieten, sollten einen hinreichend bevollmächtigten Rechtsvertreter in der Union benennen und Informationen über ihren Rechtsvertreter bereitstellen, um die wirksame Aufsicht und erforderlichenfalls die Durchsetzung dieser Verordnung in Bezug auf diese Anbieter zu ermöglichen. Die Rechtsvertreter sollten auch als Kontaktstellen fungieren können, sofern die einschlägigen Anforderungen dieser Verordnung eingehalten werden. ***Den Anbietern von Vermittlungsdiensten wird mit dieser Verordnung nicht verboten, eine kollektive Vertretung einzurichten oder die Dienste eines Rechtsvertreters auf anderem Wege, einschließlich vertraglicher Mittel, in Anspruch zu nehmen, sofern der Rechtsvertreter die ihm in der vorliegenden Verordnung zugewiesene Rolle wahrnehmen kann. Anbieter von Vermittlungsdiensten, die als Kleinstunternehmen, kleine oder mittlere Unternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG gelten und denen es nach Aufwendung zumutbarer Bemühungen nicht gelungen ist, die Dienste eines Rechtsvertreters in Anspruch zu nehmen, sollten den Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem das Unternehmen einen Rechtsvertreter einsetzen will,***

ersuchen können, die weitere Zusammenarbeit zu erleichtern und mögliche Lösungen, einschließlich Möglichkeiten der kollektiven Vertretung, zu empfehlen.

Änderungsantrag 28

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 40

Vorschlag der Kommission

(40) Hosting-Diensteanbieter spielen beim Umgang mit illegalen Online-Inhalten eine besonders wichtige Rolle, da sie im Auftrag der Nutzer von diesen übermittelte Informationen speichern und üblicherweise anderen Nutzern – manchmal in großem Umfang – den Zugang zu diesen Informationen ermöglichen. Es ist wichtig, dass sämtliche Hosting-Diensteanbieter, ungeachtet ihrer Größe, benutzerfreundliche Melde- und Abhilfeverfahren schaffen, die es erleichtern, dem Hosting-Diensteanbieter bestimmte Informationen zu melden, die die meldende Partei als illegale Inhalte ansieht (im Folgenden „Meldung“), woraufhin der Anbieter entscheiden kann, ob er der **Bewertung** zustimmt und diese Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren möchte (im Folgenden „Abhilfe“). Sofern die Anforderungen an Meldungen erfüllt sind, sollte es Einzelpersonen oder Einrichtungen möglich sein, mehrere bestimmte mutmaßlich illegale Inhalte in einem zu melden. Die Verpflichtung zur Schaffung eines Melde- und Abhilfeverfahrens sollte etwa für Datenspeicher- und Weitergabedienste, Web-Hosting-Dienste, Werbeserver und Pastebin-Dienste gelten, sofern sie als von dieser Verordnung erfasste Anbieter von Hosting-Diensten einzustufen sind.

Geänderter Text

(40) Hosting-Diensteanbieter spielen beim Umgang mit illegalen Online-Inhalten eine besonders wichtige Rolle, da sie im Auftrag der Nutzer von diesen übermittelte Informationen speichern und üblicherweise anderen Nutzern – manchmal in großem Umfang – den Zugang zu diesen Informationen ermöglichen. Es ist wichtig, dass sämtliche Hosting-Diensteanbieter, ungeachtet ihrer Größe, **leicht zugängliche und** benutzerfreundliche Melde- und Abhilfeverfahren schaffen, die es erleichtern, dem Hosting-Diensteanbieter bestimmte Informationen zu melden, die die meldende Partei als illegale Inhalte ansieht (im Folgenden „Meldung“), woraufhin der Anbieter **die Rechtswidrigkeit der ermittelten Inhalte bewerten sollte und auf der Grundlage dieser Bewertung** entscheiden kann, ob er der **Meldung illegaler Inhalte** zustimmt und diese Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren möchte (im Folgenden „Abhilfe“). **Falls der Anbieter von Hosting-Diensten aufgrund einer Bewertung zu der Auffassung gelangt, dass die Meldung illegaler Inhalte zutreffend ist, und folglich beschließt, diese Inhalte zu entfernen oder den Zugang zu diesen Inhalten zu sperren, stellt er sicher, dass diese Inhalte nach der Entfernung unzugänglich bleiben.** Sofern die Anforderungen an Meldungen erfüllt sind, sollte es Einzelpersonen oder

Einrichtungen möglich sein, mehrere bestimmte mutmaßlich illegale Inhalte in einem zu melden. Die Verpflichtung zur Schaffung eines Melde- und Abhilfeverfahrens sollte etwa für Datenspeicher- und Weitergabedienste, Web-Hosting-Dienste, Werbeserver und Pastebin-Dienste gelten, sofern sie als von dieser Verordnung erfasste Anbieter von Hosting-Diensten einzustufen sind.

Änderungsantrag 29

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 41

Vorschlag der Kommission

(41) Die Vorschriften zu solchen Melde- und Abhilfeverfahren sollten auf Unionsebene harmonisiert werden, um die rasche, sorgfältige und objektive Bearbeitung von Meldungen auf der Grundlage einheitlicher, transparenter und klarer Regeln zu gewährleisten, die belastbare Mechanismen zum Schutz der Rechte und berechtigten Interessen sämtlicher betroffener Parteien unabhängig von dem Mitgliedstaat, in dem diese Parteien ansässig oder niedergelassen sind und von dem betreffenden Rechtsgebiet schaffen, insbesondere zum Schutz ihrer Grundrechte aus der Charta. Zu diesen Grundrechten gehören gegebenenfalls das Recht der Nutzer auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit, ihr Recht auf die Achtung des Privat- und Familienlebens, ihr Recht auf Schutz personenbezogener Daten, ihr Recht auf Nichtdiskriminierung und ihr Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf, zudem die unternehmerische Freiheit, einschließlich der Vertragsfreiheit, der Anbieter von Vermittlungsdiensten und die Menschenwürde, die Rechte des Kindes, das Recht auf Schutz des Eigentums, einschließlich des geistigen Eigentums,

Geänderter Text

(41) Die Vorschriften zu solchen Melde- und Abhilfeverfahren sollten auf Unionsebene harmonisiert werden, um die rasche, sorgfältige und objektive Bearbeitung von Meldungen auf der Grundlage einheitlicher, transparenter und klarer Regeln zu gewährleisten, die belastbare Mechanismen zum Schutz der Rechte und berechtigten Interessen sämtlicher betroffener Parteien unabhängig von dem Mitgliedstaat, in dem diese Parteien ansässig oder niedergelassen sind und von dem betreffenden Rechtsgebiet schaffen, insbesondere zum Schutz ihrer Grundrechte aus der Charta. Zu diesen Grundrechten gehören gegebenenfalls das Recht der Nutzer auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit, ihr Recht auf die Achtung des Privat- und Familienlebens, ihr Recht auf Schutz personenbezogener Daten, ihr Recht auf Nichtdiskriminierung und ihr Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf, zudem die unternehmerische Freiheit, einschließlich der Vertragsfreiheit, der Anbieter von Vermittlungsdiensten und die Menschenwürde, die Rechte des Kindes, das Recht auf Schutz des Eigentums, einschließlich des geistigen Eigentums,

und das Recht auf Nichtdiskriminierung der von illegalen Inhalten betroffenen Parteien.

und das Recht auf Nichtdiskriminierung der von illegalen Inhalten betroffenen Parteien. *Auch wenn es keine absolute Hierarchie zwischen diesen Rechten gibt, sollte das Recht auf freie Meinungsäußerung als ein Eckpfeiler einer demokratischen Gesellschaft anerkannt werden.*

Änderungsantrag 30

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 42 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(42a) Hosting-Diensteanbieter sollten nicht verpflichtet sein, eine Begründung vorzulegen, wenn dadurch unbeabsichtigte Sicherheitsbedenken für den Nutzer des Dienstes entstehen würden. Insbesondere im Falle von Plattformen, die eine Schnittstelle zwischen Einzelpersonen bieten, wie Dating-Anwendungen und anderen ähnlichen Diensten, sollte davon ausgegangen werden, dass eine Begründung für die meldende Partei wahrscheinlich unbeabsichtigte Sicherheitsbedenken aufwirft. Diese Dienste sollten daher standardmäßig davon absehen, Begründungen vorzulegen. Darüber hinaus sollten andere Hosting-Diensteanbieter angemessene Anstrengungen unternehmen, um zu bewerten, ob eine Begründung für die meldende Partei unbeabsichtigte Sicherheitsbedenken hervorrufen könnte, und sollten, wenn dies der Fall ist, von einer Begründung absehen.

Änderungsantrag 31

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 42 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(42b) Der Diensteanbieter sollte sicherstellen, dass ein Mitarbeiter, der eine Entscheidung auf der Grundlage illegaler Inhalte trifft oder anderweitig häufig damit konfrontiert wird, eine angemessene Schulung erhält und angemessene Arbeitsbedingungen vorfindet, wozu erforderlichenfalls auch die Möglichkeit gehört, professionelle Unterstützung und qualifizierte psychologische Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Änderungsantrag 32

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 43 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(43a) Die zusätzlichen Verpflichtungen, die Online-Plattformen im Rahmen der vorliegenden Verordnung auferlegt werden, sollten nicht für nicht gewinnorientierte wissenschaftliche oder bildungsbezogene Archiven oder für Online-Plattformen gelten, die Produkte und Dienste von Drittunternehmen mit Sitz in der Europäischen Union anbieten, wenn der Zugang dieser Anbieter ausschließlich, kuratiert und zur Gänze von den Anbietern der Online-Plattform kontrolliert wird und ihre Produkte und Dienste von den Anbietern der Online-Plattform überprüft und vorab genehmigt werden, bevor sie auf der Plattform angeboten werden.

Änderungsantrag 33

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 43 b (neu)

(43b) Um unnötigen Regelungsaufwand zu verhindern, sollten bestimmte Verpflichtungen nicht für Online-Marktplätze gelten, die Produkte und Dienste von Drittunternehmern mit Sitz in der Europäischen Union anbieten, wenn der Zugang dieser Anbieter ausschließlich, kuratiert und zur Gänze von den Anbietern des Online-Marktplatzes kontrolliert wird und ihre Produkte und Dienste von den Anbietern des Online-Marktplatzes überprüft und vorab genehmigt werden, bevor sie auf dem Marktplatz angeboten werden. Diese Online-Plattformen werden häufig als „geschlossene Online-Plattformen“ bezeichnet. Da die darauf angebotenen Produkte und Dienste von den Online-Plattformen überprüft und vorab genehmigt werden, kommen illegale Inhalte und Produkte auf diesen Plattformen selten vor; diese Plattformen können in den meisten Fällen die in der vorliegenden Verordnung dargelegten einschlägigen Haftungsausschlüsse nicht in Anspruch nehmen. Für diese Plattformen sollten daher nicht die Verpflichtungen gelten, die bei Plattformen mit anderen operativen Modellen gelten müssen, bei denen illegale Inhalte häufiger vorkommen und die einschlägigen Haftungsausschlüsse in Anspruch genommen werden können.

Änderungsantrag 34

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 44

(44) Die Nutzer sollten in der Lage sein, bestimmte Entscheidungen von Online-Plattformen, die sich negativ auf sie auswirken, einfach und wirksam

(44) Die Nutzer sollten in der Lage sein, bestimmte Entscheidungen von Online-Plattformen, die sich negativ auf sie auswirken, einfach und wirksam

anzufechten. Die Online-Plattformen sollten daher verpflichtet werden, interne Beschwerdemanagementsysteme einzurichten, die bestimmte Bedingungen erfüllen, um sicherzustellen, dass diese Systeme leicht zugänglich sind und zu raschen und fairen Ergebnissen führen. Zudem sollte die Möglichkeit einer außergerichtlichen Beilegung von Streitigkeiten, einschließlich solcher Streitigkeiten, die über die internen Beschwerdemanagementsysteme nicht zufriedenstellend beigelegt werden konnten, durch zertifizierte Stellen vorgesehen werden, die über die erforderliche Unabhängigkeit sowie die nötigen Mittel und Fachkenntnisse verfügen, ihre Tätigkeiten auf faire, *rasche* und kosteneffiziente Weise durchzuführen. Die so geschaffenen Möglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidungen von Online-Plattformen sollten die Möglichkeit des gerichtlichen Rechtsbehelfs im Einklang mit den Rechtsvorschriften des betreffenden Mitgliedstaats ergänzen, doch in jeder Hinsicht unberührt lassen.

anzufechten. Die Online-Plattformen sollten daher verpflichtet werden, interne Beschwerdemanagementsysteme einzurichten, die bestimmte Bedingungen erfüllen, um sicherzustellen, dass diese Systeme leicht zugänglich sind und zu raschen und fairen Ergebnissen führen. Zudem sollte die Möglichkeit einer außergerichtlichen Beilegung von Streitigkeiten, einschließlich solcher Streitigkeiten, die über die internen Beschwerdemanagementsysteme nicht zufriedenstellend beigelegt werden konnten, durch zertifizierte Stellen vorgesehen werden, die über die erforderliche Unabhängigkeit sowie die nötigen Mittel und Fachkenntnisse, *auch im Zusammenhang mit der Meinungsfreiheit*, verfügen, ihre Tätigkeiten auf faire und kosteneffiziente Weise *und innerhalb eines angemessenen Zeitraums* durchzuführen. Die so geschaffenen Möglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidungen von Online-Plattformen sollten die Möglichkeit des gerichtlichen Rechtsbehelfs im Einklang mit den Rechtsvorschriften des betreffenden Mitgliedstaats ergänzen, doch in jeder Hinsicht unberührt lassen.

Änderungsantrag 35

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 44 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(44a) Entscheidet eine außergerichtliche Streitbeilegungsstelle die Streitigkeit zugunsten des Nutzers, sollte die Online-Plattform dem Nutzer alle Gebühren und sonstigen angemessenen Kosten erstatten, die dieser im Zusammenhang mit der Streitbeilegung gezahlt hat oder noch zahlen muss. Entscheidet die Stelle die Streitigkeit zugunsten der Online-Plattform, sollte der Nutzer nicht verpflichtet sein, Gebühren oder sonstige

Kosten zu erstatten, die die Online-Plattform im Zusammenhang mit der Streitbeilegung gezahlt hat oder noch zahlen muss, es sei denn die Stelle befindet, dass die Beschwerde offenkundig unbegründet oder missbräuchlich ist.

Änderungsantrag 36

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 46

Vorschlag der Kommission

(46) Abhilfe bei illegalen Inhalten kann schneller und zuverlässiger erfolgen, wenn Online-Plattformen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass von vertrauenswürdigen Hinweisgebern im Rahmen der in dieser Verordnung vorgeschriebenen Melde- und Abhilfemechanismen eingereichte Meldungen vorrangig bearbeitet werden, unbeschadet der Verpflichtung, sämtliche über diese Mechanismen eingereichte Meldungen rasch, sorgfältig und objektiv zu bearbeiten und Entscheidungen dazu zu treffen. Dieser Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers sollte nur an Stellen, nicht an Einzelpersonen, vergeben werden, die unter anderem nachgewiesen haben, dass sie über besondere Sachkenntnis und Kompetenz im Umgang mit illegalen Inhalten verfügen, dass sie kollektive Interessen vertreten und dass sie ihre Tätigkeit sorgfältig und objektiv durchführen. Es kann sich dabei um öffentliche Stellen handeln, bei terroristischen Inhalten etwa die Meldestellen für Internetinhalte der nationalen Strafverfolgungsbehörden oder der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), oder um Nichtregierungsorganisationen und halböffentliche Stellen, etwa Organisationen, die Teil des INHOPE-

Geänderter Text

(46) Abhilfe bei illegalen Inhalten kann schneller und zuverlässiger erfolgen, wenn Online-Plattformen, ***nachdem sie von den Behörden Leitlinien zur Ermittlung illegaler Inhalte erhalten haben***, die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass von vertrauenswürdigen Hinweisgebern im Rahmen der in dieser Verordnung vorgeschriebenen Melde- und Abhilfemechanismen eingereichte Meldungen vorrangig bearbeitet werden, unbeschadet der Verpflichtung, sämtliche über diese Mechanismen eingereichte Meldungen rasch, sorgfältig und objektiv zu bearbeiten und Entscheidungen dazu zu treffen. Dieser Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers sollte nur an Stellen, nicht an Einzelpersonen, vergeben werden, die unter anderem nachgewiesen haben, dass sie über besondere Sachkenntnis und Kompetenz im Umgang mit illegalen Inhalten verfügen, ***und bei denen bekannt ist, dass sie häufig und mit einer großen Genauigkeit Inhalte melden***, dass sie kollektive Interessen vertreten und dass sie ihre Tätigkeit sorgfältig, ***effektiv*** und objektiv durchführen. Es kann sich dabei um öffentliche Stellen handeln, bei terroristischen Inhalten etwa die Meldestellen für Internetinhalte der nationalen Strafverfolgungsbehörden oder

Meldestellennetzes zur Meldung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch sind, oder Organisationen für die Meldung illegaler rassistischer und fremdenfeindlicher Darstellungen im Internet. Bei Rechten des geistigen Eigentums könnten Branchenorganisationen und Organisationen von Rechtsinhabern den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers erhalten, sofern sie nachgewiesen haben, dass sie die geltenden Bedingungen erfüllen. Die Vorschriften dieser Verordnung in Bezug auf vertrauenswürdige Hinweisgeber sollten nicht so ausgelegt werden, dass sie die Online-Plattformen daran hindern, Meldungen von Stellen oder Einzelpersonen ohne den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers im Sinne dieser Verordnung auf ähnliche Weise zu behandeln oder im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates⁴³, auf andere Art mit weiteren Stellen zusammenzuarbeiten.

⁴³ Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI

der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), oder um Nichtregierungsorganisationen und halböffentliche Stellen, etwa Organisationen, die Teil des INHOPE-Meldestellennetzes zur Meldung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch sind, oder Organisationen für die Meldung illegaler rassistischer und fremdenfeindlicher Darstellungen im Internet. Bei Rechten des geistigen Eigentums könnten Branchenorganisationen, **die kollektive Interessen vertreten**, und Organisationen von Rechtsinhabern, **die speziell zu diesem Zweck gegründet wurden**, den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers erhalten, sofern sie nachgewiesen haben, dass sie die geltenden Bedingungen erfüllen **und dass ihre Bewertung dessen, was einen Verstoß gegen Rechte des geistigen Eigentums darstellt, unvoreingenommen und konsequent ist**. Die Vorschriften dieser Verordnung in Bezug auf vertrauenswürdige Hinweisgeber sollten nicht so ausgelegt werden, dass sie die Online-Plattformen daran hindern, Meldungen von Stellen oder Einzelpersonen ohne den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers im Sinne dieser Verordnung auf ähnliche Weise zu behandeln oder im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates⁴³, auf andere Art mit weiteren Stellen zusammenzuarbeiten.

⁴³ Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI

des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).

des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).

Änderungsantrag 37

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 47

Vorschlag der Kommission

(47) Der Missbrauch von Diensten von Online-Plattformen durch die häufige Bereitstellung **von offensichtlich** illegalen Inhalten oder die häufige Einreichung von **offensichtlich** unbegründeten Meldungen oder Beschwerden über die jeweiligen durch diese Verordnung eingerichteten Mechanismen und Systeme führt zu Vertrauensverlust und der Beeinträchtigung der Rechte und berechtigten Interessen der betroffenen Parteien. Daher ist es erforderlich, angemessene und verhältnismäßige Vorkehrungen zum Schutz vor solchem Missbrauch einzurichten. ***Inhalte sollten als offensichtlich illegal und Meldungen oder Beschwerden als offensichtlich unbegründet gelten, wenn es für einen Laien ohne inhaltliche Analyse klar ersichtlich ist, dass die Inhalte illegal bzw. die Meldungen oder Beschwerden unbegründet sind.*** Unter bestimmten Bedingungen sollten Online-Plattformen ihre einschlägigen Dienste für die an missbräuchlichem Verhalten beteiligte Person vorübergehend aussetzen. Die Freiheit der Online-Plattformen, ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen festzulegen und strengere Maßnahmen im Falle **offensichtlich** illegaler Inhalte im Zusammenhang mit schweren Straftaten zu ergreifen bleibt hiervon unberührt. Aus Transparenzgründen sollte diese Möglichkeit klar und hinreichend präzise in den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Online-Plattformen festgelegt werden. Bei den Entscheidungen der Online-Plattformen diesbezüglich sollten stets

Geänderter Text

(47) Der Missbrauch von Diensten von Online-Plattformen durch die häufige Bereitstellung **oder Verbreitung von** illegalen Inhalten oder die häufige Einreichung von unbegründeten Meldungen oder Beschwerden über die jeweiligen durch diese Verordnung eingerichteten Mechanismen und Systeme führt zu Vertrauensverlust und der Beeinträchtigung der Rechte und berechtigten Interessen der betroffenen Parteien. Daher ist es erforderlich, angemessene und verhältnismäßige Vorkehrungen zum Schutz vor solchem Missbrauch einzurichten. Unter bestimmten Bedingungen sollten Online-Plattformen ihre einschlägigen Dienste für die an missbräuchlichem Verhalten beteiligte Person vorübergehend aussetzen. Die Freiheit der Online-Plattformen, ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen festzulegen und strengere Maßnahmen im Falle illegaler Inhalte im Zusammenhang mit schweren Straftaten zu ergreifen bleibt hiervon unberührt. Aus Transparenzgründen sollte diese Möglichkeit klar und hinreichend präzise in den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Online-Plattformen festgelegt werden. Bei den Entscheidungen der Online-Plattformen diesbezüglich sollten stets Rechtsbehelfe möglich sein und sie sollten der Aufsicht des zuständigen Koordinators für digitale Dienste unterliegen. Die Vorschriften dieser Verordnung über Missbrauch sollten Online-Plattformen nicht daran hindern, andere Maßnahmen zu ergreifen, um im Einklang mit dem

Rechtsbehelfe möglich sein und sie sollten der Aufsicht des zuständigen Koordinators für digitale Dienste unterliegen. Die Vorschriften dieser Verordnung über Missbrauch sollten Online-Plattformen nicht daran hindern, andere Maßnahmen zu ergreifen, um im Einklang mit dem geltenden Unionsrecht und dem geltenden nationalen Recht gegen die Bereitstellung illegaler Inhalte oder den sonstigen Missbrauch ihrer Dienste durch die Nutzer vorzugehen. Diese Vorschriften lassen jegliche im Unionsrecht oder im nationalen Recht vorgesehenen Möglichkeiten unberührt, die am Missbrauch beteiligten Personen haftbar zu machen, einschließlich für Schadensersatz.

Änderungsantrag 38

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 49

Vorschlag der Kommission

(49) Um zu einem sicheren, vertrauenswürdigen und transparenten Online-Umfeld für Verbraucher sowie für andere Beteiligte, etwa konkurrierende Unternehmer oder Inhaber von Rechten des geistigen Eigentums, beizutragen und Unternehmer vom Verkauf von Produkten und Dienstleistungen unter Verstoß gegen die geltenden Vorschriften abzuhalten, sollten **Online-Plattformen, auf denen Verbraucher Fernabsatzverträge mit Unternehmern abschließen können**, sicherstellen, dass diese Unternehmer nachverfolgt werden können. Der Unternehmer sollte daher verpflichtet sein, **der Online-Plattform** bestimmte grundlegende Informationen zur Verfügung zu stellen, auch um für Produkte zu werben oder sie anzubieten. Diese Anforderung sollte auch für Unternehmer gelten, die auf der Grundlage zugrunde liegender Vereinbarungen im Namen von Marken für Produkte werben

geltenden Unionsrecht und dem geltenden nationalen Recht gegen die Bereitstellung illegaler Inhalte oder den sonstigen Missbrauch ihrer Dienste durch die Nutzer vorzugehen. Diese Vorschriften lassen jegliche im Unionsrecht oder im nationalen Recht vorgesehenen Möglichkeiten unberührt, die am Missbrauch beteiligten Personen haftbar zu machen, einschließlich für Schadensersatz.

Geänderter Text

(49) Um zu einem sicheren, vertrauenswürdigen und transparenten Online-Umfeld für Verbraucher **und andere Nutzer** sowie für andere Beteiligte, etwa konkurrierende Unternehmer oder Inhaber von Rechten des geistigen Eigentums, beizutragen und Unternehmer vom Verkauf **und der Verbreitung** von Produkten und Dienstleistungen unter Verstoß gegen die geltenden Vorschriften abzuhalten, sollten **Online-Marktplätze** sicherstellen, dass diese Unternehmer nachverfolgt werden können. Der Unternehmer sollte daher verpflichtet sein, **dem Anbieter des Online-Marktplatzes** bestimmte grundlegende Informationen zur Verfügung zu stellen, auch um für Produkte zu werben oder sie anzubieten. Diese Anforderung sollte auch für Unternehmer gelten, die auf der Grundlage zugrunde liegender Vereinbarungen im Namen von Marken für Produkte werben oder diese anbieten. **Die Online-**

oder diese anbieten. **Diese Online-Plattformen** sollten sämtliche Informationen für einen angemessenen Zeitraum, der nicht über das erforderliche Maß hinausgeht, sicher speichern, damit diese im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich des Rechts auf Schutz personenbezogener Daten, von Behörden und privaten Parteien mit einem berechtigten Interesse eingesehen werden können, auch aufgrund von in dieser Verordnung genannten Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen.

Marktplätze sollten sämtliche Informationen für einen angemessenen Zeitraum, der nicht über das erforderliche Maß hinausgeht, sicher speichern, damit diese im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich des Rechts auf Schutz personenbezogener Daten, von Behörden und privaten Parteien mit einem berechtigten Interesse eingesehen werden können, auch aufgrund von in dieser Verordnung genannten Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen.

Gelegentliche Unternehmer, die natürliche Personen sind, sollten auf Online-Marktplätzen keinen unverhältnismäßigen Identifizierungsanforderungen unterliegen. Anbieter von Online-Marktplätzen sollten von natürlichen Personen keine Informationen anfordern, die über die bloße Registrierung der Nutzer des jeweiligen Marktplatzes hinausgehen.

Änderungsantrag 39

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 50

Vorschlag der Kommission

(50) Um eine effiziente und angemessene Anwendung dieser Verpflichtung sicherzustellen, ohne unverhältnismäßige Belastungen aufzuerlegen, sollten die **erfassten Online-Plattformen** angemessene Bemühungen um die Überprüfung der Zuverlässigkeit der von den betreffenden Unternehmern bereitgestellten Informationen unternehmen, insbesondere durch die Nutzung frei zugänglicher amtlicher Online-Datenbanken oder Online-Schnittstellen, etwa nationaler Handelsregister und des Mehrwertsteuer-Informationsaustauschsystems⁴⁵, oder indem sie die betreffenden Unternehmer auffordern, belastbare Unterlagen als

Geänderter Text

(50) Um eine effiziente und angemessene Anwendung dieser Verpflichtung sicherzustellen, ohne unverhältnismäßige Belastungen aufzuerlegen, sollten die **Anbieter von Online-Marktplätzen** angemessene Bemühungen um die Überprüfung der Zuverlässigkeit der von den betreffenden Unternehmern bereitgestellten Informationen unternehmen, insbesondere durch die Nutzung frei zugänglicher amtlicher Online-Datenbanken oder Online-Schnittstellen, etwa nationaler Handelsregister und des Mehrwertsteuer-Informationsaustauschsystems⁴⁵, oder indem sie die betreffenden Unternehmer auffordern, belastbare Unterlagen als

Nachweise vorzulegen, etwa Kopien von Identitätsdokumenten, zertifizierte Bankauszüge, Unternehmenszertifikate oder Auszüge aus dem Handelsregister. Sie können für die Einhaltung dieser Verpflichtung auch auf andere für die Nutzung auf Distanz verfügbare Quellen zurückgreifen, die vergleichbare Zuverlässigkeit bieten. Die **erfassten Online-Plattformen** sollten jedoch nicht verpflichtet werden, übermäßige oder kostspielige Nachforschungen im Internet anzustellen oder Kontrollen vor Ort durchzuführen. Auch sollte nicht davon ausgegangen werden, dass **Online-Plattformen**, die bereits angemessene Bemühungen gemäß dieser Verordnung unternommen haben, die Zuverlässigkeit der Informationen gegenüber Verbrauchern oder anderen Beteiligten gewährleisten. **Solche Online-Plattformen** sollten ihre Online-Schnittstelle zudem so gestalten und aufbauen, dass Unternehmer ihren Verpflichtungen gemäß dem Unionsrecht nachkommen können, insbesondere den Anforderungen gemäß Artikel 6 und 8 der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁶, Artikel 7 der Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁷ und Artikel 3 der Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁸.

Nachweise vorzulegen, etwa Kopien von Identitätsdokumenten, zertifizierte Bankauszüge, Unternehmenszertifikate oder Auszüge aus dem Handelsregister. Sie können für die Einhaltung dieser Verpflichtung auch auf andere für die Nutzung auf Distanz verfügbare Quellen zurückgreifen, die vergleichbare Zuverlässigkeit bieten. Die **Anbieter von Online-Marktplätze** sollten jedoch nicht verpflichtet werden, übermäßige oder kostspielige Nachforschungen im Internet anzustellen oder Kontrollen vor Ort durchzuführen, **da dies unverhältnismäßig wäre**. Auch sollte nicht davon ausgegangen werden, dass **Anbieter von Online-Marktplätzen**, die bereits angemessene Bemühungen gemäß dieser Verordnung unternommen haben, die Zuverlässigkeit der Informationen gegenüber Verbrauchern oder anderen Beteiligten gewährleisten, **und sie sollten für diese Informationen nicht haften, wenn sie sich als unrichtig erweisen**. **Anbieter von Online-Marktplätzen** sollten ihre Online-Schnittstelle zudem so **nutzerfreundlich** gestalten und aufbauen, dass Unternehmer ihren Verpflichtungen gemäß dem Unionsrecht nachkommen können, insbesondere den Anforderungen gemäß Artikel 6 und 8 der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁶, Artikel 7 der Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁷ und Artikel 3 der Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁸. **Die Online-Schnittstelle sollte den Unternehmern die Bereitstellung der Informationen ermöglichen, die eine eindeutige Identifizierung des Produkts bzw. der Dienstleistung erlauben, einschließlich Kennzeichnungsvorschriften und im Einklang mit den Rechtsvorschriften über die Sicherheit und die Konformität von Produkten.**

https://ec.europa.eu/taxation_customs/vies/vieshome.do?locale=de

⁴⁶ Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

⁴⁷ Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken).

⁴⁸ Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 über den Schutz der Verbraucher bei der Angabe der Preise der ihnen angebotenen Erzeugnisse.

https://ec.europa.eu/taxation_customs/vies/vieshome.do?locale=de

⁴⁶ Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

⁴⁷ Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken).

⁴⁸ Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 über den Schutz der Verbraucher bei der Angabe der Preise der ihnen angebotenen Erzeugnisse.

Änderungsantrag 40

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 50 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(50a) Unbeschadet der einschlägigen Ausnahmen für Kleinstunternehmen und kleine Unternehmen müssen zur Stärkung der Pflichten von Online-Marktplätzen weitere Ex-ante-Vorschriften eingeführt werden, um im Voraus sicherzustellen, dass die Verbraucher über die erforderlichen

Informationen für Produktangebote verfügen, um Produkte und Produktkategorien, die unsicher sind und nicht den Vorschriften entsprechen, zu vermeiden, um Ex-ante-Maßnahmen gegen Produktfälschungen zu verstärken und erforderlichenfalls im Zusammenhang mit gefährlichen Produkten, die bereits verkauft wurden, ex post zusammenzuarbeiten. Anbieter von Online-Marktplätzen sollten die Empfänger über ihre Dienste informieren, wenn die Dienstleistung oder das Produkt, die sie über ihre Dienste erworben haben, illegal ist. Sobald sie eine Entscheidung getroffen haben, ein rechtswidriges Angebot aus ihrem Dienst zu entfernen, sollten die Anbieter von Online-Marktplätzen Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass solche illegalen Angebote sowie identische oder gleichwertige Angebote erneut auf ihrem Marktplatz hochgeladen werden.

Änderungsantrag 41

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 51

Vorschlag der Kommission

(51) Angesichts der besonderen Verantwortung und Pflichten von Online-Plattformen sollten ihnen – neben den von allen Anbietern von Vermittlungsdiensten im Rahmen dieser Verordnung zu erfüllenden Transparenzberichtspflichten – zusätzliche Transparenzberichtspflichten auferlegt werden. Damit festgestellt werden kann, ob eine Online-Plattform als sehr große Online-Plattform anzusehen ist, der im Rahmen dieser Verordnung bestimmte zusätzliche Pflichten auferlegt werden, sollten die Transparenzberichtspflichten von Online-Plattformen auch bestimmte Pflichten zur Veröffentlichung und Mitteilung von Informationen über die durchschnittliche

Geänderter Text

(51) Angesichts der besonderen Verantwortung und Pflichten von Online-Plattformen sollten ihnen – neben den von allen Anbietern von Vermittlungsdiensten im Rahmen dieser Verordnung zu erfüllenden Transparenzberichtspflichten – zusätzliche Transparenzberichtspflichten auferlegt werden. Damit festgestellt werden kann, ob eine Online-Plattform als sehr große Online-Plattform anzusehen ist, der im Rahmen dieser Verordnung bestimmte zusätzliche Pflichten auferlegt werden, sollten die Transparenzberichtspflichten von Online-Plattformen auch bestimmte Pflichten zur Veröffentlichung und Mitteilung von Informationen über die durchschnittliche

Zahl aktiver Nutzer in der Union umfassen.

monatliche Zahl aktiver Nutzer in der Union *in standardisierten Formaten und über standardisierte Anwendungsprogrammierschnittstellen* umfassen.

Änderungsantrag 42

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 52

Vorschlag der Kommission

(52) Online-Werbung spielt im Online-Umfeld eine wichtige Rolle, auch bei der Erbringung von Diensten von Online-Plattformen. Online-Werbung kann jedoch erhebliche Risiken bergen – von Werbung, die selbst illegale Inhalte aufweist, bis hin zu Beiträgen zu finanziellen Anreizen für die Veröffentlichung oder Verstärkung illegaler oder anderweitig schädlicher Online-Inhalte und -Tätigkeiten oder einer diskriminierenden Darstellung von Werbung, die der Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Bürgerinnen und Bürger **zuwiderläuft**. Neben den Anforderungen aus Artikel 6 der Richtlinie 2000/31/EG sollten Online-Plattformen daher verpflichtet werden sicherzustellen, dass die Nutzer **bestimmte** individuelle Informationen darüber erhalten, wann und in wessen Auftrag die Werbung angezeigt wird. Zudem sollten die Nutzer Informationen darüber erhalten, anhand welcher Hauptparameter bestimmt wird, welche Werbung ihnen angezeigt wird, wobei aussagekräftige Erläuterungen zur zugrunde liegenden Logik bereitgestellt werden sollten, einschließlich der Angabe, wann Profiling genutzt wird. Die Anforderungen dieser Verordnung an die Bereitstellung von Informationen in Bezug auf Werbung gelten unbeschadet der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679, insbesondere was das Widerspruchsrecht und die automatisierte

Geänderter Text

(52) Online-Werbung spielt im Online-Umfeld eine wichtige Rolle, auch bei der Erbringung von Diensten von Online-Plattformen. Online-Werbung kann jedoch erhebliche Risiken bergen – von Werbung, die selbst illegale Inhalte aufweist, bis hin zu Beiträgen zu finanziellen Anreizen für die Veröffentlichung oder Verstärkung illegaler oder anderweitig schädlicher Online-Inhalte und -Tätigkeiten oder einer diskriminierenden Darstellung von Werbung, die **sowohl** der Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Bürgerinnen und Bürger **zuwiderlaufen als auch schädliche Stereotype und Normen verfestigen kann. Neue Werbemodelle haben Veränderungen im Hinblick auf die Art und Weise, wie Informationen präsentiert werden, mit sich gebracht und neue Muster der Erhebung personenbezogener Daten sowie neue Geschäftsmodelle entstehen lassen, die sich nachteilig auf die Privatsphäre, die persönliche Autonomie, die Demokratie und die hochwertige Berichterstattung auswirken könnten und Manipulation und Diskriminierung ermöglichen. Daher sind größere Transparenz auf Online-Werbemärkten sowie unabhängige Forschung erforderlich, um die Wirksamkeit von verhaltensorientierter Werbung zu bewerten**. Neben den Anforderungen aus Artikel 6 der Richtlinie 2000/31/EG sollten Online-Plattformen daher verpflichtet

Entscheidungsfindung im Einzelfall betrifft, einschließlich des Profiling und insbesondere der Notwendigkeit, vor der Verarbeitung personenbezogener Daten für gezielte Werbung die Einwilligung der betroffenen Person einzuholen. Zudem gilt sie unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie 2002/58/EG, insbesondere in Bezug auf die Speicherung von Informationen auf Endgeräten und den Zugang zu dort gespeicherten Informationen.

werden, sicherzustellen, dass die ***Datenerhebung auf ein Mindestmaß begrenzt wird, dass die Einnahmenmaximierung aufgrund von Werbung die Qualität des Dienstes nicht beeinträchtigt und dass die*** Nutzer ***umfangreiche*** individuelle Informationen darüber erhalten, wann und in wessen Auftrag die Werbung angezeigt wird. Zudem sollten die Nutzer Informationen darüber erhalten, anhand welcher Hauptparameter bestimmt wird, welche Werbung ihnen angezeigt wird, wobei aussagekräftige Erläuterungen zur zugrunde liegenden Logik bereitgestellt werden sollten, einschließlich der Angabe, wann Profiling genutzt wird. Die Anforderungen dieser Verordnung an die Bereitstellung von Informationen in Bezug auf Werbung gelten unbeschadet der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679, insbesondere was das Widerspruchsrecht und die automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall betrifft, einschließlich des Profiling und insbesondere der Notwendigkeit, vor der Verarbeitung personenbezogener Daten für gezielte Werbung die Einwilligung der betroffenen Person einzuholen. Zudem gilt sie unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie 2002/58/EG, insbesondere in Bezug auf die Speicherung von Informationen auf Endgeräten und den Zugang zu dort gespeicherten Informationen.

Änderungsantrag 43

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 52 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(52a) Von sehr großen Online-Plattformen genutzte Werbesysteme sind mit besonderen Risiken verbunden und machen angesichts ihres Umfangs und

der Tatsache, dass sie die Nutzer auf der Grundlage ihres Verhaltens innerhalb und außerhalb der Online-Schnittstelle der Plattform gezielt erreichen können, eine weitergehende öffentliche und regulatorische Aufsicht erforderlich. Sehr große Online-Plattformen sollten Archive für Werbung, die auf ihren Online-Schnittstellen angezeigt wird, öffentlich zugänglich machen, um die Aufsicht und die Forschung zu neu entstehenden Risiken im Zusammenhang mit der Online-Verbreitung von Werbung zu unterstützen; dies betrifft etwa illegale Werbung oder manipulative Techniken und Desinformation mit realen und absehbaren negativen Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit oder Sicherheit, den gesellschaftlichen Diskurs, die politische Teilhabe und die Gleichbehandlung. Die Archive sollten den Inhalt der Werbung sowie damit verbundene Daten zum Werbetreibenden und zur Bereitstellung der Werbung enthalten, insbesondere was gezielte Werbung betrifft.

Änderungsantrag 44

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 53

Vorschlag der Kommission

(53) Da sehr große Online-Plattformen aufgrund ihrer Reichweite – insbesondere der Zahl der Nutzer – als Plattform für öffentliche Debatten, Wirtschaftstransaktionen und die Verbreitung von Informationen, Meinungen und Ideen sowie bei der Beeinflussung der Informationsbeschaffung und -übermittlung im Internet eine bedeutende Rolle spielen, ist es notwendig, diesen Plattformen neben den für alle Online-Plattformen geltenden Pflichten besondere Pflichten aufzuerlegen. Diese zusätzlichen

Geänderter Text

(53) Da sehr große Online-Plattformen aufgrund ihrer Reichweite – insbesondere der Zahl der Nutzer – als Plattform für öffentliche Debatten, Wirtschaftstransaktionen und die Verbreitung von Informationen, Meinungen und Ideen sowie bei der Beeinflussung der Informationsbeschaffung und -übermittlung im Internet eine bedeutende Rolle spielen, ist es notwendig, diesen Plattformen neben den für alle Online-Plattformen geltenden Pflichten besondere Pflichten aufzuerlegen. Diese zusätzlichen

Pflichten sehr großer Online-Plattformen sind erforderlich, um diesen ordnungspolitischen Bedenken Rechnung zu tragen, da sich durch alternative, weniger restriktive Maßnahmen nicht dieselben Ergebnisse erzielen lassen.

Pflichten sehr großer Online-Plattformen sind erforderlich, um diesen Herausforderungen für die Grundrechte Rechnung zu tragen, da sich durch alternative, weniger restriktive Maßnahmen nicht dieselben Ergebnisse erzielen lassen. ***Nur in seltenen Ausnahmefällen sollte Nutzern der Zugang zu einer sehr großen Online-Plattform dauerhaft verweigert werden. Der Beschluss, den Zugang dauerhaft zu verweigern, sollte stets von einem zuständigen Gericht aufgehoben werden können.***

Änderungsantrag 45

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 54

Vorschlag der Kommission

(54) Sehr große Online-Plattformen können gesellschaftliche Risiken nach sich ziehen, die sich hinsichtlich Umfang und Auswirkungen von denen kleinerer Plattformen unterscheiden. Sobald die Zahl der Nutzer einer Plattform in der Union einen erheblichen Bevölkerungsanteil erreicht, haben auch die mit der Plattform verbundenen systemischen Risiken in der Union unverhältnismäßige negative Auswirkungen. Von einer solchen erheblichen Reichweite sollte ausgegangen werden, wenn die Zahl der Nutzer eine operative Schwelle von 45 Millionen – 10 % der Bevölkerung in der Union – überschreitet. Die operative Schwelle sollte durch Änderungen im Wege delegierter Rechtsakte aktualisiert werden, soweit dies erforderlich ist. Solche sehr großen Online-Plattformen sollten daher höchsten Sorgfaltspflichten unterliegen, die in einem angemessenen Verhältnis zu ihren gesellschaftlichen Auswirkungen und Mitteln stehen.

Geänderter Text

(54) Sehr große Online-Plattformen können gesellschaftliche Risiken nach sich ziehen, die sich hinsichtlich Umfang und Auswirkungen von denen kleinerer Plattformen unterscheiden. Sobald die Zahl der Nutzer einer Plattform in der Union einen erheblichen Bevölkerungsanteil erreicht, haben auch die mit der Plattform verbundenen systemischen Risiken in der Union unverhältnismäßige negative Auswirkungen. Von einer solchen erheblichen Reichweite sollte ausgegangen werden, wenn die Zahl der Nutzer eine operative Schwelle von 45 Millionen – 10 % der Bevölkerung in der Union – überschreitet. Die operative Schwelle sollte durch Änderungen im Wege delegierter Rechtsakte aktualisiert werden, soweit dies erforderlich ist. Solche sehr großen Online-Plattformen sollten daher höchsten Sorgfaltspflichten unterliegen, die in einem angemessenen Verhältnis zu ihren gesellschaftlichen Auswirkungen und Mitteln stehen. ***In bestimmten Fällen sollte es auch möglich sein, dass Online-Plattformen, deren Nutzerzahl die auf***

10 % der Bevölkerung der Union festgelegte operative Schwelle nicht überschreitet, aufgrund ihres Umsatzes, ihrer Rolle bei der Förderung der öffentlichen Debatte, ihrer wirtschaftlicher Transaktionen und der Verbreitung von Informationen, Meinungen und Ideen sowie aufgrund ihrer Einflussnahme auf die Art und Weise, wie die Nutzer Informationen online erhalten und kommunizieren, als sehr große Online-Plattformen gelten.

Änderungsantrag 46

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 56

Vorschlag der Kommission

(56) Die Art und Weise, in der sehr große Online-Plattformen genutzt werden, hat großen Einfluss auf die Online-Sicherheit, die öffentliche Meinungsbildung und den öffentlichen Diskurs sowie den Online-Handel. Die Gestaltung der Dienste ist im Allgemeinen auf eine Optimierung ihres oft werbegestützten Geschäftsmodells ausgerichtet und kann Anlass zu gesellschaftlichen Bedenken geben. **Besteht keine** wirksame Regulierung und Durchsetzung, **können die** Plattformen die Spielregeln bestimmen, ohne dass dabei die mit ihnen verbundenen Risiken und der dadurch möglicherweise entstehende gesellschaftliche und wirtschaftliche Schaden wirksam ermittelt und gemindert werden **kann**. Im Rahmen dieser Verordnung sollten sehr große Online-Plattformen daher prüfen, welche systemischen Risiken mit der Funktionsweise und Nutzung ihres Dienstes sowie mit einem möglichen Missbrauch durch die Nutzer verbunden sind, und angemessene Gegenmaßnahmen treffen.

Geänderter Text

(56) Die Art und Weise, in der sehr große Online-Plattformen genutzt werden, hat großen Einfluss auf die Online-Sicherheit, die öffentliche Meinungsbildung und den öffentlichen Diskurs sowie den Online-Handel. Die Gestaltung der Dienste ist im Allgemeinen auf eine Optimierung ihres oft werbegestützten Geschäftsmodells ausgerichtet und kann Anlass zu gesellschaftlichen Bedenken geben. **Ohne** wirksame Regulierung und Durchsetzung **war es den** Plattformen **möglich**, die Spielregeln **zu** bestimmen, ohne dass dabei die mit ihnen verbundenen Risiken und der dadurch möglicherweise entstehende gesellschaftliche und wirtschaftliche Schaden wirksam ermittelt und gemindert werden **konnten**. Im Rahmen dieser Verordnung sollten sehr große Online-Plattformen daher prüfen, welche systemischen Risiken mit der Funktionsweise und Nutzung ihres Dienstes sowie mit einem möglichen Missbrauch durch die Nutzer verbunden sind, und angemessene Gegenmaßnahmen treffen, **damit insbesondere gegen Filterblasen und Filtereffekte**

vorgegangen werden kann.

Änderungsantrag 47

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 57

Vorschlag der Kommission

(57) Dabei sollten drei Kategorien systemischer Risiken eingehend geprüft werden. Eine erste Kategorie betrifft die Risiken, die durch einen Missbrauch ihres Dienstes durch Verbreitung illegaler Inhalte entstehen können, darunter die Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch oder von illegaler Hassrede sowie illegale Tätigkeiten wie ein nach Unions- oder nationalem Recht untersagter Verkauf von Waren oder Dienstleistungen, wie z. B. nachgeahmter Güter. Unbeschadet der persönlichen Verantwortung der Nutzer von sehr großen Online-Plattformen für die mögliche Rechtswidrigkeit ihrer Tätigkeit nach geltendem Recht können eine solche Verbreitung oder solche Tätigkeiten z. B. dann ein erhebliches systemisches Risiko darstellen, wenn der Zugang zu diesen Inhalten durch Konten mit einer besonders großen Reichweite verstärkt werden kann. Eine zweite Kategorie betrifft die Auswirkungen des Dienstes auf die Ausübung der durch die Charta der Grundrechte geschützten Grundrechte, einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit, des Rechts auf Achtung des Privatlebens, des Rechts auf Nichtdiskriminierung und der Rechte des Kindes. Diese Risiken können beispielsweise auf die Gestaltung der Algorithmensysteme sehr großer Online-Plattformen oder auf den Missbrauch ihres Dienstes für die Übermittlung missbräuchlicher Nachrichten oder auf andere Methoden zur Verhinderung der freien Meinungsäußerung oder zur

Geänderter Text

(57) Dabei sollten drei Kategorien systemischer Risiken eingehend geprüft werden. Eine erste Kategorie betrifft die Risiken, die durch einen Missbrauch ihres Dienstes durch Verbreitung illegaler Inhalte entstehen können, darunter die Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch oder von illegaler Hassrede sowie illegale Tätigkeiten wie ein nach Unions- oder nationalem Recht untersagter Verkauf von Waren oder Dienstleistungen, wie z. B. nachgeahmter Güter **und illegal gehandelter Tiere**. Unbeschadet der persönlichen Verantwortung der Nutzer von sehr großen Online-Plattformen für die mögliche Rechtswidrigkeit ihrer Tätigkeit nach geltendem Recht können eine solche Verbreitung oder solche Tätigkeiten z. B. dann ein erhebliches systemisches Risiko darstellen, wenn der Zugang zu diesen Inhalten durch Konten mit einer besonders großen Reichweite verstärkt werden kann. Eine zweite Kategorie betrifft die Auswirkungen des Dienstes auf die Ausübung der durch die Charta der Grundrechte geschützten Grundrechte, einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit, des Rechts auf Achtung des Privatlebens, des Rechts auf Nichtdiskriminierung und der Rechte des Kindes. Diese Risiken können beispielsweise auf die Gestaltung der Algorithmensysteme sehr großer Online-Plattformen oder auf den Missbrauch ihres Dienstes für die Übermittlung missbräuchlicher Nachrichten oder auf andere Methoden zur Verhinderung der

Behinderung des Wettbewerbs zurückzuführen sein. Eine dritte Kategorie von Risiken betrifft die absichtliche und oftmals auch koordinierte Manipulation des Dienstes der Plattform, die absehbare Auswirkungen auf Gesundheit, den gesellschaftlichen Diskurs, Wahlprozesse, die öffentliche Sicherheit und den Schutz Minderjähriger haben kann, sodass es erforderlich ist, die öffentliche Ordnung und die Privatsphäre zu schützen und betrügerische und irreführende Handelspraktiken zu bekämpfen. Solche Risiken können beispielsweise auf die Einrichtung von Scheinkonten, die Nutzung von Bots und anderen automatisierten oder teilautomatisierten Verhaltensweisen zurückzuführen sein, die zu einer schnellen und umfangreichen Verbreitung von Informationen führen können, die illegale Inhalte darstellen oder mit den Geschäftsbedingungen einer Online-Plattform unvereinbar sind.

freien Meinungsäußerung oder zur Behinderung des Wettbewerbs zurückzuführen sein. Eine dritte Kategorie von Risiken betrifft die absichtliche und oftmals auch koordinierte Manipulation des Dienstes der Plattform, die absehbare Auswirkungen auf Gesundheit, den gesellschaftlichen Diskurs, Wahlprozesse, die öffentliche Sicherheit und den Schutz Minderjähriger haben kann, sodass es erforderlich ist, die öffentliche Ordnung und die Privatsphäre zu schützen und betrügerische und irreführende Handelspraktiken zu bekämpfen. Solche Risiken können beispielsweise auf die Einrichtung von Scheinkonten, die Nutzung von Bots und anderen automatisierten oder teilautomatisierten Verhaltensweisen zurückzuführen sein, die zu einer schnellen und umfangreichen Verbreitung von Informationen führen können, die illegale Inhalte darstellen oder mit den Geschäftsbedingungen einer Online-Plattform unvereinbar sind.

Änderungsantrag 48

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 60

Vorschlag der Kommission

(60) Da eine Überprüfung durch unabhängige Sachverständige notwendig ist, sollten sehr große Online-Plattformen einer Rechenschaftspflicht hinsichtlich der Einhaltung der Pflichten aus dieser Verordnung und gegebenenfalls zusätzlicher Verpflichtungszusagen im Rahmen von Verhaltenskodizes und Krisenprotokollen unterliegen, was durch unabhängige Prüfungen sichergestellt werden sollte. Sie sollten den Prüfern Zugang zu allen relevanten Daten gewähren, die für eine ordnungsgemäße Durchführung der Prüfung erforderlich sind. Zudem sollten die Prüfer andere objektive Informationsquellen nutzen

Geänderter Text

(60) Da eine Überprüfung durch unabhängige, **externe** Sachverständige notwendig ist, sollten sehr große Online-Plattformen einer Rechenschaftspflicht hinsichtlich der Einhaltung der Pflichten aus dieser Verordnung und gegebenenfalls zusätzlicher Verpflichtungszusagen im Rahmen von Verhaltenskodizes und Krisenprotokollen unterliegen, was durch unabhängige Prüfungen sichergestellt werden sollte. Sie sollten den Prüfern Zugang zu allen relevanten Daten gewähren, die für eine ordnungsgemäße Durchführung der Prüfung erforderlich sind. Zudem sollten die Prüfer andere objektive Informationsquellen nutzen

können, wie z. B. Studien zugelassener Forscherinnen und Forscher. Die Prüfer sollten die Vertraulichkeit, Sicherheit und Integrität der Informationen sicherstellen, die sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten, einschließlich Geschäftsgeheimnissen, und über die erforderlichen Kenntnisse im Bereich des Risikomanagements sowie über die technische Kompetenz für die Prüfung von Algorithmen verfügen. Die Prüfer sollten unabhängig sein, damit sie ihre Aufgaben auf angemessene und vertrauenswürdige Weise wahrnehmen können. Ist ihre Unabhängigkeit nicht über jeden Zweifel erhaben, sollten sie ihre Funktion niederlegen oder auf den Prüfauftrag verzichten.

können, wie z. B. Studien zugelassener Forscherinnen und Forscher. Die Prüfer sollten die Vertraulichkeit, Sicherheit und Integrität der Informationen sicherstellen, die sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten, einschließlich Geschäftsgeheimnissen, und über die erforderlichen Kenntnisse im Bereich des Risikomanagements sowie über die technische Kompetenz für die Prüfung von Algorithmen verfügen. Die Prüfer sollten unabhängig sein, damit sie ihre Aufgaben auf angemessene und vertrauenswürdige Weise wahrnehmen können. ***Als Hinweis auf die Unabhängigkeit sollten die Prüfer zum Zeitpunkt der Durchführung der Prüfung während der vorangegangenen zwölf Monate keine anderen Dienstleistungen als Prüfungsleistungen für die jeweilige sehr große Online-Plattform erbracht haben.*** Ist ihre Unabhängigkeit nicht über jeden Zweifel erhaben, sollten sie ihre Funktion niederlegen oder auf den Prüfauftrag verzichten.

Änderungsantrag 49

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 61

Vorschlag der Kommission

(61) Der Prüfbericht sollte begründet werden, um eine aussagekräftige Bilanz über die durchgeführten Tätigkeiten und die erzielten Schlussfolgerungen ziehen zu können. Er sollte Informationen darüber enthalten, welche Maßnahmen die sehr großen Online-Plattformen zur Erfüllung ihrer Pflichten im Rahmen dieser Verordnung getroffen haben, und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge für diese Maßnahmen aufführen. Der Bericht sollte dem für den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und dem Gremium zusammen mit der Risikobewertung, den

Geänderter Text

(61) Der Prüfbericht sollte begründet werden, um eine aussagekräftige Bilanz über die durchgeführten Tätigkeiten und die erzielten Schlussfolgerungen ziehen zu können. Er sollte Informationen darüber enthalten, welche Maßnahmen die sehr großen Online-Plattformen zur Erfüllung ihrer Pflichten im Rahmen dieser Verordnung getroffen haben, und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge für diese Maßnahmen aufführen, wovon der Umstand, dass die Plattform allein für die Einhaltung dieser Verordnung verantwortlich bleibt, sowie die unternehmerische Freiheit und die

Risikominderungsmaßnahmen und den Plänen der Plattform zur Umsetzung der Empfehlungen aus der Prüfung unverzüglich übermittelt werden. Der Bericht sollte einen Bestätigungsvermerk enthalten, der auf den Schlussfolgerungen aus den Prüfbelegen beruht. Ein positiver Vermerk sollte erstellt werden, wenn alle Belege zeigen, dass die sehr große Online-Plattform die Pflichten aus dieser Verordnung oder die gegebenenfalls im Rahmen eines Verhaltenskodex oder Krisenprotokolls eingegangenen Verpflichtungszusagen erfüllt, insbesondere durch die Ermittlung, Bewertung und Minderung der mit ihrem System und ihren Diensten verbundenen systemischen Risiken. Ein positiver Vermerk sollte durch Anmerkungen ergänzt werden, wenn der Prüfer Bemerkungen hinzufügen möchte, die keine wesentlichen Auswirkungen auf das Prüfergebnis haben. Ein negativer Vermerk sollte erstellt werden, wenn der Prüfer der Ansicht ist, dass die sehr große Online-Plattform diese Verordnung nicht einhält oder die eingegangenen Verpflichtungszusagen nicht erfüllt.

Fähigkeit der Online-Plattformen, wirksame Maßnahmen auszuarbeiten und umzusetzen, die ihrem spezifischen Geschäftsmodell entsprechen, allerdings unberührt bleiben sollten. Der Bericht sollte dem für den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und dem Gremium zusammen mit der Risikobewertung, den Risikominderungsmaßnahmen und den Plänen der Plattform zur Umsetzung der Empfehlungen aus der Prüfung unverzüglich übermittelt werden. Der Bericht sollte einen Bestätigungsvermerk enthalten, der auf den Schlussfolgerungen aus den Prüfbelegen beruht. Ein positiver Vermerk sollte erstellt werden, wenn alle Belege zeigen, dass die sehr große Online-Plattform die Pflichten aus dieser Verordnung oder die gegebenenfalls im Rahmen eines Verhaltenskodex oder Krisenprotokolls eingegangenen Verpflichtungszusagen erfüllt, insbesondere durch die Ermittlung, Bewertung und Minderung der mit ihrem System und ihren Diensten verbundenen systemischen Risiken. Ein positiver Vermerk sollte durch Anmerkungen ergänzt werden, wenn der Prüfer Bemerkungen hinzufügen möchte, die keine wesentlichen Auswirkungen auf das Prüfergebnis haben. Ein negativer Vermerk sollte erstellt werden, wenn der Prüfer der Ansicht ist, dass die sehr große Online-Plattform diese Verordnung nicht einhält oder die eingegangenen Verpflichtungszusagen nicht erfüllt. ***Dem Bestätigungsvermerk sollte ein Haftungsausschluss hinzugefügt werden, wenn der Prüfer aufgrund der Neuartigkeit der zu prüfenden Fragen nicht über ausreichende Informationen verfügt, um sein Prüfungsurteil abzugeben.***

Änderungsantrag 50

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 62

Vorschlag der Kommission

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten sehr großer Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der Online-Schnittfläche dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. Sehr große Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und ***Einfluss darauf haben, welche Informationen*** ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer über alternative Optionen für die wichtigsten Parameter verfügen, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen.

Geänderter Text

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten sehr großer Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der Online-Schnittfläche dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. Sehr große Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen ***über den Einsatz von Empfehlungssystemen*** informiert werden und ***leicht kontrollieren können, wie ihnen Informationen*** angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar, ***getrennt, präzise, barrierefrei*** und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer über alternative Optionen für die wichtigsten Parameter verfügen, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen. ***Sehr große Online-Plattformen sorgen dafür, dass ihre Online-Schnittstelle so konzipiert ist, dass keine Gefahr besteht, dass die Nutzer in die Irre***

geführt oder manipuliert werden.

Änderungsantrag 51

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 63

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(63) Von sehr großen Online-Plattformen genutzte Werbesysteme sind mit besonderen Risiken verbunden und machen angesichts ihres Umfangs und der Tatsache, dass sie die Nutzer auf der Grundlage ihres Verhaltens innerhalb und außerhalb der Online-Schnittstelle der Plattform gezielt erreichen können, eine weitergehende öffentliche und regulatorische Aufsicht erforderlich. Sehr große Online-Plattformen sollten Archive für Werbung, die auf ihren Online-Schnittstellen angezeigt wird, öffentlich zugänglich machen, um die Aufsicht und die Forschung zu neu entstehenden Risiken im Zusammenhang mit der Online-Verbreitung von Werbung zu unterstützen; dies betrifft etwa illegale Werbung oder manipulative Techniken und Desinformation mit realen und absehbaren negativen Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit oder Sicherheit, den gesellschaftlichen Diskurs, die politische Teilhabe und die Gleichbehandlung. Die Archive sollten den Inhalt der Werbung sowie damit verbundene Daten zum Werbetreibenden und zur Bereitstellung der Werbung enthalten, insbesondere was gezielte Werbung betrifft.

entfällt

Änderungsantrag 52

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 63 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(63a) Durch die Verbindung von Werbung mit von Nutzern hochgeladenen Inhalten könnten sehr große Online-Plattformen indirekt zur Werbung für illegale Inhalte oder Inhalte führen, die gegen ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen, wodurch die Käufer von Werbeflächen erheblichen Schaden nehmen könnten. Um eine solche Praxis zu verhindern, sollten sehr große Online-Plattformen – auch durch vertragliche Garantien für die Käufer von Werbeflächen – dafür sorgen, dass die Inhalte, mit denen sie Werbung verbinden, rechtmäßig sind und ihren Geschäftsbedingungen entsprechen. Zu diesen Schritten könnten unabhängige Prüfungen gehören, die eine quantitative und qualitative Bewertung der Fälle umfassen, in denen Werbung mit illegalen Inhalten oder mit Inhalten, die nicht mit den Geschäftsbedingungen der Plattformen vereinbar sind, in Verbindung gebracht wird.

Änderungsantrag 53

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 63 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(63b) Sehr große Online-Plattformen sollten sich nach besten Kräften bemühen, im Einklang mit der Datenschutz-Grundverordnung keine verhaltensorientierte und mikrogezielte Werbung für Kinder unter 18 Jahren zuzulassen.

Änderungsantrag 54

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 64

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von Algorithmensystemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die Verpflichtung, **die Daten** sehr **großer** Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen. Alle Bestimmungen über den Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime Interessen angemessen schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer.

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission Zugang zu bestimmten **Informationen oder Daten** oder die Meldung dieser **Informationen oder Daten** verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von Algorithmensystemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die Verpflichtung **für** sehr **große** Online-Plattformen, **die Informationen und Daten** für zugelassene Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen. Alle Bestimmungen über **die Bereitstellung von Informationen und** den Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime Interessen angemessen schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer. **Die im Rahmen dieser Regelung durchgeführten Forschungsarbeiten sollten nach Möglichkeit auf der Grundlage der Grundsätze des offenen**

Zugangs durchgeführt werden und standardisierte Datensätze verwenden, um für ein hohes Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht hinsichtlich der Verwendung der bereitgestellten Daten zu sorgen.

Änderungsantrag 55

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 65 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(65a) Interoperabilität mit sehr großen Online-Plattformen ist wünschenswert, da dies neue Möglichkeiten für die Entwicklung innovativer Dienste eröffnet und damit der Lock-in-Effekt geschlossener Plattformen überwunden werden kann sowie Wettbewerb und Wahlmöglichkeiten für die Nutzer sichergestellt werden können. Diese Möglichkeiten könnten es den Nutzern ermöglichen, von einer plattformübergreifenden Interaktion zu profitieren. Sehr große Online-Plattformen können eine Anwendungsprogrammierschnittstelle bereitstellen, über die Plattformen von Drittanbietern und deren Nutzer mit den Hauptfunktionen und Nutzern der Plattform interagieren können. Zu den wichtigsten Funktionen könnte die Möglichkeit gehören, Informationen von bestimmten Konten zu erhalten, bereitgestellte Inhalte zu teilen und darauf zu reagieren. Darüber hinaus müssen sehr große Online-Plattformen dafür sorgen, dass die Hauptfunktionen ihrer Dienste mit anderen Online-Plattformen interoperabel sind, um einen plattformübergreifenden Informationsaustausch zu ermöglichen. Diese Möglichkeit sollte die Fähigkeit sehr großer Online-Plattformen, Sicherheitsprobleme zu lösen, nicht einschränken, behindern oder

verlangsamen und sollte mit all ihren Pflichten, insbesondere in Bezug auf die Grundrechte und den Schutz der Privatsphäre, im Einklang stehen. Die Kommission sollte die europäischen Normungsgremien mit der Ausarbeitung der für die Interoperabilität erforderlichen technischen Normen beauftragen, z. B. zur Interoperabilität der Protokolle und zur Dateninteroperabilität und -übertragbarkeit.

Änderungsantrag 56

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 65 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(65b) Sehr große Online-Plattformen müssen bei Beendigung des Vertrags zwischen Plattform und Nutzer die Übertragbarkeit von Rezensionen auf das Reputationssystem eines anderen Plattformbetreibers sicherstellen. Im Sinne der Transparenz müssen Informationen über die Prozesse, technischen Anforderungen, den Zeitrahmen und die Gebühren, die für den Fall gelten, dass ein Plattformnutzer Rezensionen auf das Reputationssystem eines anderen Plattformbetreibers übertragen möchte, vorab bereitgestellt werden. Bei der Anzeige von von einer anderen Plattform importierten Rezensionen sollte der erhaltende Plattformbetreiber den Ursprung dieser Rezensionen nach Möglichkeit angeben.

Änderungsantrag 57

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 68

Vorschlag der Kommission

(68) In dieser Verordnung sollten bestimmte Bereiche bestimmt werden, die für solche Verhaltenskodizes in Betracht kommen. Insbesondere sollten Risikominderungsmaßnahmen für bestimmte Arten illegaler Inhalte Gegenstand von Selbst- und Koregulierungsvereinbarungen sein. Ein weiteres relevantes Thema sind die möglichen negativen Auswirkungen systemischer Risiken auf Gesellschaft und Demokratie, etwa aufgrund von Desinformation oder manipulativen und missbräuchlichen Tätigkeiten. Dazu zählen koordinierte Tätigkeiten zur Verstärkung von Informationen einschließlich Desinformation, etwa durch Nutzung von Bots **oder Scheinkonten** für die Erstellung falscher oder irreführender Informationen, die mitunter auch mit einer Gewinnerzielungsabsicht verbunden sein können und für schutzbedürftige Nutzer wie z. B. Kinder besonders schädlich sind. In diesen Bereichen kann die Beteiligung einer sehr großen Online-Plattform an einem Verhaltenskodex und dessen Einhaltung als geeignete Risikominderungsmaßnahme angesehen werden. Weigert sich eine Online-Plattform ohne angemessene Begründung, sich auf Aufforderung der Kommission an der Anwendung eines solchen Verhaltenskodex zu beteiligen, könnte dies hinsichtlich möglicher Zuwiderhandlungen der Online-Plattform im Rahmen dieser Verordnung berücksichtigt werden.

Geänderter Text

(68) In dieser Verordnung sollten bestimmte Bereiche bestimmt werden, die für solche Verhaltenskodizes in Betracht kommen. Insbesondere sollten Risikominderungsmaßnahmen für bestimmte Arten illegaler Inhalte Gegenstand von Selbst- und Koregulierungsvereinbarungen sein. Ein weiteres relevantes Thema sind die möglichen negativen Auswirkungen systemischer Risiken auf Gesellschaft und Demokratie, etwa aufgrund von Desinformation oder manipulativen und missbräuchlichen Tätigkeiten. Dazu zählen koordinierte Tätigkeiten zur Verstärkung von Informationen einschließlich Desinformation, etwa durch Nutzung von Bots für die Erstellung falscher oder irreführender Informationen, die mitunter auch mit einer Gewinnerzielungsabsicht verbunden sein können und für schutzbedürftige Nutzer wie z. B. Kinder besonders schädlich sind. In diesen Bereichen kann die Beteiligung einer sehr großen Online-Plattform an einem Verhaltenskodex und dessen Einhaltung als geeignete Risikominderungsmaßnahme angesehen werden. Weigert sich eine Online-Plattform ohne angemessene Begründung, sich auf Aufforderung der Kommission an der Anwendung eines solchen Verhaltenskodex zu beteiligen, könnte dies hinsichtlich möglicher Zuwiderhandlungen der Online-Plattform im Rahmen dieser Verordnung berücksichtigt werden.

Änderungsantrag 58

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 70

Vorschlag der Kommission

(70) An der Bereitstellung von Online-

PE693.594v02-00

Geänderter Text

(70) An der Bereitstellung von Online-

318/1119

RR\1246056DE.docx

Werbung sind im Allgemeinen mehrere Akteure beteiligt, darunter Vermittlungsdienste, die die Werbetreibenden mit dem Anbieter, der die Werbung veröffentlicht, zusammenbringen. Die Verhaltenskodizes sollten die für Werbung festgelegten Transparenzpflichten von Online-Plattformen und sehr großen Online-Plattformen gemäß dieser Verordnung unterstützen und ergänzen, um für flexible und wirksame Mechanismen zur Unterstützung und Verbesserung der Einhaltung dieser Pflichten zu sorgen, insbesondere was die Modalitäten für die Übermittlung der relevanten Informationen betrifft. Durch die Beteiligung einer Vielzahl von Interessenträgern sollte sichergestellt sein, dass diese Verhaltenskodizes breite Unterstützung erfahren, technisch solide und wirksam sind und höchsten Standards hinsichtlich der Nutzerfreundlichkeit entsprechen, damit die Ziele der Transparenzpflichten erreicht werden.

Werbung sind im Allgemeinen mehrere Akteure beteiligt, darunter Vermittlungsdienste, die die Werbetreibenden mit dem Anbieter, der die Werbung veröffentlicht, zusammenbringen. Die Verhaltenskodizes sollten die für Werbung festgelegten Transparenzpflichten von Online-Plattformen und sehr großen Online-Plattformen gemäß dieser Verordnung unterstützen und ergänzen, um für flexible und wirksame Mechanismen zur Unterstützung und Verbesserung der Einhaltung dieser Pflichten zu sorgen, insbesondere was die Modalitäten für die Übermittlung der relevanten Informationen betrifft. Durch die Beteiligung einer Vielzahl von Interessenträgern sollte sichergestellt sein, dass diese Verhaltenskodizes breite Unterstützung erfahren, technisch solide und wirksam sind und höchsten Standards hinsichtlich der Nutzerfreundlichkeit entsprechen, damit die Ziele der Transparenzpflichten erreicht werden. ***Die Kodizes sollten eindeutige und präzise Ziele im Hinblick auf den Verbraucherschutz und die Menschenrechte umfassen und transparent geregelt sein. Die Effektivität der Verhaltenskodizes sollte regelmäßig bewertet werden.***

Änderungsantrag 59

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 97

Vorschlag der Kommission

(97) Die Kommission sollte selbst entscheiden können, ob sie in den Fällen, in denen sie nach dieser Verordnung entsprechend befugt ist, eingreift oder nicht. Wenn die Kommission das Verfahren eingeleitet hat, sollte es den Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort untersagt sein, ihre Untersuchungs- und

Geänderter Text

(97) Die Kommission sollte selbst entscheiden können, ob sie in den Fällen, in denen sie nach dieser Verordnung entsprechend befugt ist, eingreift oder nicht. ***Sie sollte allerdings eine Begründung vorlegen, wenn sie nicht eingreift.*** Wenn die Kommission das Verfahren eingeleitet hat, sollte es den Koordinatoren für digitale Dienste am

Durchsetzungsbefugnisse in Bezug auf das fragliche Verhalten der betreffenden sehr großen Online-Plattform auszuüben, um Doppelmaßnahmen, Uneinheitlichkeit und Risiken unter dem Gesichtspunkt des Verbots der Doppelbestrafung (ne bis in idem) zu vermeiden. Im Interesse der Wirksamkeit sollte es diesen Koordinatoren für digitale Dienste jedoch nicht untersagt sein, ihre Befugnisse auszuüben, um entweder die Kommission auf deren Verlangen bei der Ausübung der Aufsichtsaufgaben zu unterstützen oder anderen Verhaltensweisen nachzugehen, die auch Verhaltensweisen derselben sehr großen Online-Plattform umfassen können, die mutmaßlich eine neue Zuwiderhandlung darstellen. Diese Koordinatoren für digitale Dienste sowie das Gremium und gegebenenfalls andere Koordinatoren für digitale Dienste sollten der Kommission alle erforderlichen Informationen und Unterstützungsleistungen bereitstellen, damit diese ihre Aufgaben wirksam erfüllen kann, und im Gegenzug sollte die Kommission sie angemessen über die Ausübung ihrer Befugnisse informieren. In diesem Zusammenhang sollte die Kommission gegebenenfalls relevante Bewertungen durch das Gremium oder die betreffenden Koordinatoren für digitale Dienste sowie von ihnen gesammelte einschlägige Nachweise und Informationen berücksichtigen, unbeschadet der Befugnisse und Verantwortung der Kommission, bei Bedarf zusätzliche Untersuchungen durchzuführen.

Niederlassungsort untersagt sein, ihre Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse in Bezug auf das fragliche Verhalten der betreffenden sehr großen Online-Plattform auszuüben, um Doppelmaßnahmen, Uneinheitlichkeit und Risiken unter dem Gesichtspunkt des Verbots der Doppelbestrafung (ne bis in idem) zu vermeiden. Im Interesse der Wirksamkeit sollte es diesen Koordinatoren für digitale Dienste jedoch nicht untersagt sein, ihre Befugnisse auszuüben, um entweder die Kommission auf deren Verlangen bei der Ausübung der Aufsichtsaufgaben zu unterstützen oder anderen Verhaltensweisen nachzugehen, die auch Verhaltensweisen derselben sehr großen Online-Plattform umfassen können, die mutmaßlich eine neue Zuwiderhandlung darstellen. Diese Koordinatoren für digitale Dienste sowie das Gremium und gegebenenfalls andere Koordinatoren für digitale Dienste sollten der Kommission alle erforderlichen Informationen und Unterstützungsleistungen bereitstellen, damit diese ihre Aufgaben wirksam erfüllen kann, und im Gegenzug sollte die Kommission sie angemessen über die Ausübung ihrer Befugnisse informieren. In diesem Zusammenhang sollte die Kommission gegebenenfalls relevante Bewertungen durch das Gremium oder die betreffenden Koordinatoren für digitale Dienste sowie von ihnen gesammelte einschlägige Nachweise und Informationen berücksichtigen, unbeschadet der Befugnisse und Verantwortung der Kommission, bei Bedarf zusätzliche Untersuchungen durchzuführen.

Änderungsantrag 60

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 1 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***ca) Interoperabilitätsanforderungen
für sehr große Online-Plattformen.***

Änderungsantrag 61

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

a) Beitrag zum reibungslosen
Funktionieren des Binnenmarkts für
Vermittlungsdienste;

a) Beitrag zum reibungslosen
Funktionieren des Binnenmarkts für
***digitale Dienste, auch durch Schaffung
gleicher Wettbewerbsbedingungen***;

Änderungsantrag 62

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) Festlegung einheitlicher Regeln für
ein sicheres, vorhersehbares und
vertrauenswürdiges Online-Umfeld, in dem
die in der Charta verankerten Grundrechte
wirksam geschützt sind.

b) Festlegung einheitlicher Regeln für
ein sicheres, ***zugängliches***, vorhersehbares
und vertrauenswürdiges Online-Umfeld, in
dem die in der Charta verankerten
Grundrechte wirksam geschützt sind;

Änderungsantrag 63

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***ba) Erleichterung von Innovation,
Unterstützung des digitalen Wandels,
Förderung des Wirtschaftswachstums und
des Wettbewerbs um digitale Dienste
unter gleichzeitigem Schutz der Rechte
der Nutzer und Verbraucher.***

Änderungsantrag 64

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 5 – Buchstabe i a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ia) Richtlinie (EU) 2019/882,

Änderungsantrag 65

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe d – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

d) „in der Union Dienstleistungen anbieten“ die Schaffung der Möglichkeit für juristische oder natürliche Personen in einem oder mehreren Mitgliedstaaten zur Nutzung der Dienste des Anbieters von Diensten der Informationsgesellschaft, der eine wesentliche Verbindung zur Union hat; eine solche wesentliche Verbindung gilt als gegeben, wenn der Diensteanbieter eine Niederlassung in der Union hat; **besteht keine solche Niederlassung, erfolgt die Beurteilung einer wesentlichen Verbindung anhand besonderer faktischer Kriterien wie**

d) „in der Union Dienstleistungen anbieten“ die Schaffung der Möglichkeit für juristische oder natürliche Personen in einem oder mehreren Mitgliedstaaten zur Nutzung der Dienste des Anbieters von Diensten der Informationsgesellschaft, der eine wesentliche Verbindung zur Union hat; eine solche wesentliche Verbindung gilt als gegeben, wenn der Diensteanbieter eine Niederlassung in der Union hat **oder – sofern dies nicht der Fall ist – seine Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten ausrichtet;**

Änderungsantrag 66

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe d – Spiegelstrich 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– **einer erheblichen Zahl von Nutzern in einem oder mehreren Mitgliedstaaten oder**

entfällt

Änderungsantrag 67

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe d – Spiegelstrich 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– **der Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten;** **entfällt**

Änderungsantrag 68

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe h

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

h) „Online-Plattform“ einen Hosting-Diensteanbieter, der im Auftrag eines Nutzers Informationen speichert und öffentlich verbreitet, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nicht nur um eine unbedeutende und mit **einem anderen Dienst** verbundene reine Nebenfunktion handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen **anderen Dienst** genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit dieser Verordnung zu umgehen;

h) „Online-Plattform“ einen Hosting-Diensteanbieter, der **spezifische Modalitäten und Bedingungen anwendet und** im Auftrag eines Nutzers Informationen speichert und öffentlich verbreitet, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nicht nur um eine unbedeutende und mit **dem Hauptdienst** verbundene reine Nebenfunktion handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen **Hauptdienst** genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit dieser Verordnung zu umgehen;

Änderungsantrag 69

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe h a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ha) „Online-Marktplatz“ eine Online-Plattform, die es Verbrauchern ermöglicht, Fernabsatzverträge mit anderen Unternehmern oder Verbrauchern auf der Plattform abzuschließen;

Änderungsantrag 70

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe l

Vorschlag der Kommission

l) „Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort“ den Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Anbieter eines Vermittlungsdienstes **niedergelassen ist** oder in dem sein Rechtsvertreter **ansässig oder** niedergelassen ist;

Geänderter Text

l) „Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort“ den Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Anbieter eines Vermittlungsdienstes **seine Hauptniederlassung hat** oder, **sofern der Vermittlungsdienst nicht in der Europäischen Union niedergelassen ist**, in dem sein Rechtsvertreter niedergelassen ist;

Änderungsantrag 71

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe n

Vorschlag der Kommission

n) „Werbung“ Informationen, die dazu bestimmt sind, die Botschaft einer juristischen oder natürlichen Person zu verbreiten, unabhängig davon, ob damit gewerbliche oder nichtgewerbliche Zwecke verfolgt werden, und die von einer Online-Plattform auf ihrer Online-Schnittstelle gegen Entgelt speziell zur Bekanntmachung dieser Informationen angezeigt werden;

Geänderter Text

n) „Werbung“ Informationen, die dazu bestimmt sind, die Botschaft einer juristischen oder natürlichen Person zu verbreiten, unabhängig davon, ob damit gewerbliche oder nichtgewerbliche Zwecke verfolgt werden, und die von einer Online-Plattform auf ihrer Online-Schnittstelle gegen **direktes oder indirektes** Entgelt speziell zur Bekanntmachung dieser Informationen angezeigt werden;

Änderungsantrag 72

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe o

Vorschlag der Kommission

o) „Empfehlungssystem“ ein vollständig oder teilweise automatisiertes System, das von einer Online-Plattform verwendet wird, um auf ihrer Online-Schnittstelle **den Nutzern** bestimmte

Geänderter Text

o) „Empfehlungssystem“ ein vollständig oder teilweise automatisiertes System, das von einer Online-Plattform verwendet wird, um auf ihrer Online-Schnittstelle bestimmte Informationen

Informationen vorzuschlagen, auch infolge einer vom Nutzer veranlassten Suche, oder das auf andere Weise die relative Reihenfolge oder Hervorhebung der angezeigten Informationen bestimmt;

einzustufen und zu priorisieren und sie den Nutzern vorzuschlagen, auch infolge einer vom Nutzer veranlassten Suche, oder das auf andere Weise die relative Reihenfolge oder Hervorhebung der angezeigten Informationen bestimmt;

Änderungsantrag 73

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 4 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Bei der Durchführung eines Dienstes der Informationsgesellschaft, der darin besteht, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen in einem Kommunikationsnetz zu übermitteln, haftet der Diensteanbieter nicht für die automatische, zeitlich begrenzte Zwischenspeicherung, die dem alleinigen Zweck dient, die Übermittlung der Information an andere Nutzer auf deren Anfrage effizienter zu gestalten, ***sofern folgende Voraussetzungen erfüllt sind:***

Geänderter Text

(1) Bei der Durchführung eines Dienstes der Informationsgesellschaft, der darin besteht, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen in einem Kommunikationsnetz zu übermitteln, haftet der Diensteanbieter nicht für die automatische, zeitlich begrenzte Zwischenspeicherung, die dem alleinigen Zweck dient, die Übermittlung der Information an andere Nutzer auf deren Anfrage effizienter zu gestalten, ***vorausgesetzt der Anbieter***

Änderungsantrag 74

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 4 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) ***er*** verändert die Informationen nicht,

Geänderter Text

a) verändert die Informationen nicht,

Änderungsantrag 75

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 4 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) ***er*** beachtet die Bedingungen für den Zugang zu den Informationen,

Geänderter Text

b) beachtet die Bedingungen für den Zugang zu den Informationen,

Änderungsantrag 76

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 4 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) **er** beachtet die Regeln für die Aktualisierung der Informationen, die in weithin anerkannten und verwendeten Branchennormen festgelegt sind,

Geänderter Text

c) beachtet die Regeln für die Aktualisierung der Informationen, die in weithin anerkannten und verwendeten Branchennormen festgelegt sind,

Änderungsantrag 77

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 4 – Absatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) **er** beeinträchtigt nicht die erlaubte Anwendung von Technologien zur Sammlung von Daten über die Nutzung der Informationen, die in weithin anerkannten und verwendeten Branchennormen festgelegt sind, und

Geänderter Text

d) beeinträchtigt nicht die erlaubte Anwendung von Technologien zur Sammlung von Daten über die Nutzung der Informationen, die in weithin anerkannten und verwendeten Branchennormen festgelegt sind, und

Änderungsantrag 78

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 4 – Absatz 1 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

e) **er** handelt zügig, um von ihm gespeicherte Informationen zu entfernen oder den Zugang zu ihnen zu sperren, sobald er tatsächliche Kenntnis davon erhält, dass die **Informationen** am ursprünglichen Ausgangsort der Übermittlung aus dem Netz entfernt wurden oder der Zugang zu ihnen gesperrt wurde oder ein Gericht oder eine Verwaltungsbehörde die Entfernung oder Sperrung angeordnet hat.

Geänderter Text

e) handelt zügig, um von ihm gespeicherte Informationen zu entfernen oder den Zugang zu ihnen zu sperren, sobald er tatsächliche Kenntnis davon erhält, dass die **illegalen Inhalte** am ursprünglichen Ausgangsort der Übermittlung aus dem Netz entfernt wurden oder der Zugang zu ihnen gesperrt wurde oder ein Gericht oder eine Verwaltungsbehörde die Entfernung oder Sperrung angeordnet hat.

Änderungsantrag 79

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Absatz 1 findet keine Anwendung, wenn der Hauptzweck der Dienstleistung der Informationsgesellschaft darin besteht, illegale Tätigkeiten auszuüben oder zu ermöglichen, oder wenn ein Anbieter von Dienstleistungen der Informationsgesellschaft bewusst mit einem Nutzer zusammenarbeitet, um illegale Tätigkeiten auszuüben.

Änderungsantrag 80

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Absatz 1 findet keine Anwendung auf die verbraucherschutzrechtliche Haftung von Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmen ermöglichen, wenn die Online-Plattform die spezifischen Einzelinformationen dazu darstellt oder die betreffende Einzeltransaktion anderweitig in einer Weise ermöglicht, bei der ein durchschnittlicher und angemessen informierter Verbraucher davon ausgehen kann, dass die Information oder das Produkt oder die Dienstleistung, die bzw. das Gegenstand der Transaktion ist, entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht unterstehenden Nutzer bereitgestellt wird.

(3) Absatz 1 findet keine Anwendung auf die verbraucherschutzrechtliche Haftung von Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmen **auf der Plattform** ermöglichen, wenn die Online-Plattform die spezifischen Einzelinformationen dazu darstellt oder die betreffende Einzeltransaktion anderweitig in einer Weise ermöglicht, bei der ein durchschnittlicher und angemessen informierter Verbraucher davon ausgehen kann, dass die Information oder das Produkt oder die Dienstleistung, die bzw. das Gegenstand der Transaktion ist, entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht unterstehenden Nutzer bereitgestellt wird.

Änderungsantrag 81

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 6 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse auch dann in Betracht, wenn sie auf Eigeninitiative freiwillige **Untersuchungen oder andere Tätigkeiten zur** Erkennung, Feststellung und Entfernung illegaler Inhalte oder zur Sperrung des Zugangs zu illegalen Inhalten **durchführen oder die erforderlichen Maßnahmen** ergreifen, um den Anforderungen des Unionsrechts und insbesondere dieser Verordnung nachzukommen.

Geänderter Text

Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse auch dann in Betracht, wenn sie auf Eigeninitiative freiwillige **Untersuchungsmaßnahmen zum Zweck der** Erkennung, Feststellung und Entfernung illegaler Inhalte oder zur Sperrung des Zugangs zu illegalen Inhalten, **auch unter Nutzung technologischer Werkzeuge und Instrumente**, ergreifen, um den Anforderungen des Unionsrechts und insbesondere dieser Verordnung nachzukommen.

Änderungsantrag 82

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 6 – Absatz 1 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Die Anbieter von Vermittlungsdiensten stellen sicher, dass freiwillige Untersuchungen von geeigneten Schutzmaßnahmen, erforderlichenfalls einschließlich menschlicher Aufsicht, begleitet werden, um sicherzustellen, dass sie transparent, gerecht und diskriminierungsfrei sind.

Änderungsantrag 83

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 3**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– Angaben über **Rechtsbehelfe**, die dem Diensteanbieter und dem Nutzer, der den Inhalt bereitgestellt hat, zur Verfügung stehen.

– Angaben über **Rechtsbehelfsmechanismen**, die dem Diensteanbieter und dem Nutzer, der den Inhalt bereitgestellt hat, zur Verfügung stehen.

Änderungsantrag 84

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) Die Einhaltung der in der Anordnung genannten Maßnahmen ist unter Berücksichtigung der verfügbaren technischen Möglichkeiten des betreffenden Diensteanbieters technisch machbar.

Änderungsantrag 85

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Anbieter von Vermittlungsdiensten können aufgrund der Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte verpflichtet sein, im konkreten Fall Maßnahmen zu ergreifen, um identische oder gleichwertige illegale Inhalte zu entfernen.

Änderungsantrag 86

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 10 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Alle Anfragen an Anbieter von Vermittlungsdiensten, die auf der Grundlage dieser Rechtsvorschriften gestellt werden, werden über den Koordinator für digitale Dienste im Mitgliedstaat der Niederlassung übermittelt, der dafür zuständig ist, Anfragen und Informationen aus allen einschlägigen Quellen

zusammenzutragen.

Änderungsantrag 87

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 11 – Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5a) Anbieter von Vermittlungsdiensten, die als Kleinstunternehmen, kleine oder mittlere Unternehmen (KMU) im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG gelten und denen es nach Aufwendung zumutbarer Bemühungen nicht gelungen ist, die Dienste eines Rechtsvertreters in Anspruch zu nehmen, können den Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem das Unternehmen einen Rechtsvertreter einsetzen will, ersuchen, die weitere Zusammenarbeit zu erleichtern und mögliche Lösungen, einschließlich Möglichkeiten der kollektiven Vertretung, zu empfehlen.

Änderungsantrag 88

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu **den von ihnen durchgeführten Tätigkeiten und** etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und

klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt.

menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt.

Änderungsantrag 89

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten gehen bei der Anwendung und Durchsetzung der in Absatz 1 genannten **Beschränkungen** sorgfältig, **objektiv** und verhältnismäßig vor und berücksichtigen dabei die Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten sowie die geltenden Grundrechte der Nutzer, die in der Charta verankert sind.

Geänderter Text

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten gehen bei der Anwendung und Durchsetzung der in Absatz 1 genannten **allgemeinen Geschäftsbedingungen transparent, nichtdiskriminierend, kohärent, vorhersehbar, sorgfältig, nicht willkürlich, in erforderlicher Weise** und verhältnismäßig vor und berücksichtigen dabei die Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten sowie die geltenden Grundrechte der Nutzer, die in der Charta verankert sind.

Änderungsantrag 90

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die Teile der allgemeinen Geschäftsbedingungen, die diesem Artikel nicht entsprechen, sind für die Nutzer nicht verbindlich. Anbieter von Vermittlungsdiensten informieren die Nutzer ihrer Dienste vorab über alle Änderungen der allgemeinen Geschäftsbedingungen.

Änderungsantrag 91

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2b) Ermöglichen sehr große Online-Plattformen im Sinne von Artikel 25 dieser Verordnung die öffentliche Verbreitung von Presseveröffentlichungen im Sinne von Artikel 2 Nummer 4 der Richtlinie (EU) 2019/790, so dürfen diese Plattformen diese Inhalte oder den zugehörigen Dienst aufgrund einer mutmaßlichen Unvereinbarkeit dieser Inhalte mit ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen nicht entfernen, den Zugang zu ihnen sperren, sie aussetzen oder anderweitig beeinträchtigen oder das zugehörige Konto aussetzen oder löschen.

Änderungsantrag 92

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 2 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2c) Alle Beschränkungen, die Anbieter von Vermittlungsdiensten in Bezug auf die Nutzung ihres Dienstes und die von den Nutzern bereitgestellten Informationen auferlegen, müssen in vollem Einklang mit den in der Charta verankerten Grundrechten der Nutzer stehen.

Änderungsantrag 93

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 13 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Die Anbieter von

(1) Die Anbieter von

Vermittlungsdiensten veröffentlichen mindestens einmal jährlich klare, leicht verständliche und ausführliche Berichte über eine Moderation von Inhalten, die sie im betreffenden Zeitraum durchgeführt haben. Diese Berichte enthalten – soweit zutreffend – insbesondere folgende Angaben:

Vermittlungsdiensten veröffentlichen mindestens einmal jährlich klare, leicht verständliche und ausführliche Berichte über eine Moderation von Inhalten, die sie im betreffenden Zeitraum durchgeführt haben. **Die veröffentlichten Informationen sind, wenn möglich, nach den Mitgliedstaaten aufgeschlüsselt, in denen Dienste angeboten werden.** Diese Berichte enthalten – soweit zutreffend – insbesondere folgende Angaben:

Änderungsantrag 94

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die Anzahl der von Behörden der Mitgliedstaaten erhaltenen Anordnungen, aufgeschlüsselt nach der Art der betroffenen illegalen Inhalte, einschließlich der gemäß den Artikeln 8 und 9 erlassenen Anordnungen, **und die durchschnittliche Dauer bis zur Ergreifung der in diesen Anordnungen geforderten Maßnahmen;**

Geänderter Text

a) die Anzahl der von Behörden der Mitgliedstaaten erhaltenen Anordnungen, **wenn möglich** aufgeschlüsselt nach der Art der betroffenen illegalen Inhalte, einschließlich der gemäß den Artikeln 8 und 9 erlassenen Anordnungen;

Änderungsantrag 95

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) die Anzahl der nach Artikel 14 gemachten Meldungen, aufgeschlüsselt nach der Art der betroffenen mutmaßlich illegalen Inhalte, alle aufgrund der Meldungen ergriffenen Maßnahmen, unterschieden danach, ob dies auf gesetzlicher Grundlage oder gemäß den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters erfolgt ist, **und die durchschnittliche Dauer bis zur Ergreifung der Maßnahmen;**

Geänderter Text

b) die Anzahl der nach Artikel 14 gemachten Meldungen, aufgeschlüsselt nach der Art der betroffenen mutmaßlich illegalen Inhalte, **die Anzahl der von vertrauenswürdigen Hinweisgebern eingereichten Meldungen,** alle aufgrund der Meldungen ergriffenen Maßnahmen, unterschieden danach, ob dies auf gesetzlicher Grundlage oder gemäß den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters erfolgt ist;

Änderungsantrag 96

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) die auf Eigeninitiative des Anbieters durchgeführte Moderation von Inhalten, einschließlich der Anzahl und Art der ergriffenen Maßnahmen, die sich auf die Verfügbarkeit, Sichtbarkeit und Zugänglichkeit der von den Nutzern bereitgestellten Informationen auswirken, **und der Möglichkeiten der Nutzer, solche Informationen bereitzustellen, aufgeschlüsselt nach der Art des Grundes und der Grundlage für das Ergreifen dieser Maßnahmen;**

Geänderter Text

c) die auf Eigeninitiative des Anbieters durchgeführte Moderation von Inhalten, einschließlich der Anzahl und Art der ergriffenen Maßnahmen, die sich auf die Verfügbarkeit, Sichtbarkeit und Zugänglichkeit der von den Nutzern bereitgestellten Informationen auswirken, **sowie die Maßnahmen, die zur Schulung der Moderatoren von Inhalten ergriffen werden, und die Schutzmaßnahmen, mit denen sichergestellt wird, dass Inhalte, bei denen kein Verstoß vorliegt, nicht beeinträchtigt werden;**

Änderungsantrag 97

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) die Anzahl der Beschwerden, die über das in Artikel 17 genannte interne Beschwerdemanagementsystem eingegangen sind, die Grundlage dieser Beschwerden, die zu diesen Beschwerden getroffenen Entscheidungen, **die durchschnittliche Entscheidungsdauer** und die Anzahl der Fälle, in denen **diese Entscheidungen** rückgängig gemacht wurden.

Geänderter Text

d) die Anzahl der Beschwerden, die über das in Artikel 17 genannte interne Beschwerdemanagementsystem eingegangen sind, die Grundlage dieser Beschwerden, **wenn diese festgestellt werden kann**, die zu diesen Beschwerden getroffenen Entscheidungen und die Anzahl der Fälle, in denen **Entscheidungen über die Moderation von Inhalten** rückgängig gemacht wurden.

Änderungsantrag 98

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Hosting-Diensteanbieter richten Verfahren ein, nach denen Personen oder Einrichtungen ihnen das Vorhandensein von Einzelinformationen in ihren Diensten melden können, die die betreffende Person oder Einrichtung als illegale Inhalte ansieht. Diese Verfahren müssen leicht zugänglich und benutzerfreundlich sein und eine Übermittlung von Meldungen ausschließlich auf elektronischem Weg erlauben.

Geänderter Text

(1) Hosting-Diensteanbieter richten Verfahren ein, nach denen Personen oder Einrichtungen ihnen das Vorhandensein von Einzelinformationen in ihren Diensten melden können, die die betreffende Person oder Einrichtung als illegale Inhalte ansieht. Diese Verfahren müssen leicht zugänglich und benutzerfreundlich sein und eine Übermittlung von Meldungen **in großem Umfang und** ausschließlich auf elektronischem Weg erlauben. **Diese Mechanismen dürfen eine Entscheidung einer unabhängigen Justiz- und Verwaltungsbehörde darüber, ob ein Inhalt illegal ist, nicht ersetzen.**

Änderungsantrag 99

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 2 – Einleitung**

Vorschlag der Kommission

(2) Die in Absatz 1 genannten **Verfahren** müssen **das Übermitteln** hinreichend **genauer** und angemessen **begründeter Meldungen erleichtern**, sodass ein sorgfältig handelnder Wirtschaftsteilnehmer auf ihrer Grundlage die Rechtswidrigkeit der fraglichen Inhalte feststellen kann. Dazu ergreifen die Anbieter die erforderlichen Maßnahmen, um die Übermittlung von Meldungen zu ermöglichen und zu erleichtern, die alle folgenden Elemente enthalten:

Geänderter Text

(2) Die in Absatz 1 genannten **Meldungen** müssen hinreichend **genau** und angemessen **begründet sein**, sodass ein sorgfältig handelnder Wirtschaftsteilnehmer auf ihrer Grundlage die Rechtswidrigkeit der fraglichen Inhalte feststellen **und prüfen** kann. Dazu ergreifen die Anbieter die erforderlichen Maßnahmen, um die Übermittlung von Meldungen zu ermöglichen und zu erleichtern, die alle folgenden Elemente enthalten:

Änderungsantrag 100

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 2 – Buchstabe b**

Vorschlag der Kommission

b) eine eindeutige Angabe **des**

Geänderter Text

b) eine eindeutige Angabe **der**

elektronischen *Speicherorts* dieser Informationen, *insbesondere* die *präzise(n)* URL-Adresse(n), und nötigenfalls weitere Angaben zur Ermittlung der illegalen Inhalte;

elektronischen *Identifizierung* dieser Informationen, *etwa, wenn möglich*, die URL-Adresse(n), und nötigenfalls weitere Angaben zur Ermittlung der illegalen Inhalte;

Änderungsantrag 101

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 2 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) eine Erklärung darüber, dass die meldende natürliche oder juristische Person in gutem Glauben davon überzeugt ist, dass die in der Meldung enthaltenen Angaben und Anführungen richtig und vollständig sind.

Geänderter Text

d) eine Erklärung darüber, dass die meldende natürliche oder juristische Person in gutem Glauben davon überzeugt ist, dass die in der Meldung enthaltenen Angaben und Anführungen *ihres Wissens nach* richtig und vollständig sind.

Änderungsantrag 102

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Meldungen *mit den* in Absatz 2 genannten Angaben bewirken, dass für die Zwecke des Artikels 5 von einer tatsächlichen Kenntnis oder einem Bewusstsein in Bezug auf die betreffende Einzelinformation ausgegangen wird.

Geänderter Text

(3) Meldungen, *die die* in Absatz 2 genannten Angaben *enthalten und somit hinreichend genau und angemessen begründet sind und auf deren Grundlage ein sorgfältig handelnder Hosting-Diensteanbieter die Rechtswidrigkeit des konkreten Inhalts ermitteln kann*, bewirken, dass für die Zwecke des Artikels 5 von einer tatsächlichen Kenntnis oder einem Bewusstsein in Bezug auf die betreffende Einzelinformation ausgegangen wird.

Änderungsantrag 103

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Enthält die **Meldung** den Namen und eine E-Mail-Adresse der meldenden Person oder Einrichtung, so schickt der Hosting-Diensteanbieter dieser Person oder Einrichtung unverzüglich eine Empfangsbestätigung.

Geänderter Text

(4) Enthält die **Mitteilung** den Namen und eine E-Mail-Adresse der meldenden Person oder Einrichtung, so schickt der Hosting-Diensteanbieter dieser Person oder Einrichtung unverzüglich eine Empfangsbestätigung.

Änderungsantrag 104

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 5**

Vorschlag der Kommission

(5) Ferner teilt der Anbieter der betreffenden Person oder Einrichtung unverzüglich seine Entscheidung in Bezug auf die gemeldeten Informationen mit und weist dabei auf die möglichen Rechtsbehelfe gegen diese Entscheidung hin.

Geänderter Text

(5) Ferner teilt der Anbieter der betreffenden Person oder Einrichtung **und dem Anbieter des Inhalts** unverzüglich seine Entscheidung in Bezug auf die gemeldeten Informationen mit und weist dabei auf die möglichen Rechtsbehelfe gegen diese Entscheidung hin.

Änderungsantrag 105

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 6**

Vorschlag der Kommission

(6) Hosting-Diensteanbieter **bearbeiten** alle **Meldungen**, die sie im Rahmen der in Absatz 1 genannten Verfahren erhalten, und entscheiden über die gemeldeten Informationen in zeitnaher, sorgfältiger und **objektiver** Weise. Wenn sie zu dieser Bearbeitung **oder Entscheidungsfindung** automatisierte Mittel einsetzen, machen sie in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch Angaben über den Einsatz dieser Mittel.

Geänderter Text

(6) Hosting-Diensteanbieter **werden auf alle Mitteilungen hin**, die sie im Rahmen der in Absatz 1 genannten Verfahren erhalten, **unter Berücksichtigung ihrer technischen und operativen Fähigkeiten, gegen bestimmte rechtswidrige Inhalte vorzugehen**, und **sofern die in den Mitteilungen enthaltenen Informationen ausreichend klar sind, tätig und** entscheiden über die gemeldeten Informationen in zeitnaher, sorgfältiger und **nicht willkürlicher** Weise. Wenn sie zu dieser Bearbeitung automatisierte Mittel einsetzen, machen sie in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch

Angaben über den Einsatz dieser Mittel.

Änderungsantrag 106

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 6 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6a) Die Absätze 4 und 5 gelten nicht für Anbieter von Vermittlungsdiensten, bei denen es sich um Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt. Wenn Unternehmen den Status eines Kleinst- oder Kleinunternehmens im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG verlieren, finden die Absätze 4 und 5 auch in den zwölf Monaten nach dem Verlust dieses Status gemäß Artikel 4 Absatz 2 der Empfehlung keine Anwendung auf diese Unternehmen.

Änderungsantrag 107

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Entscheidet ein Hosting-Diensteanbieter, eine bestimmte von einem Nutzer bereitgestellte Einzelinformation zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren, so gibt er – ungeachtet der zur Erkennung, Feststellung, Entfernung oder Sperrung dieser Information verwendeten Mittel und der Gründe seiner Entscheidung – dem Nutzer spätestens ***zum Zeitpunkt*** der Entfernung oder der Zugangssperrung seine Entscheidung mit einer klaren und spezifischen Begründung bekannt.

(1) Entscheidet ein Hosting-Diensteanbieter, eine bestimmte von einem Nutzer bereitgestellte Einzelinformation zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren ***oder deren Form oder Verbreitung auf andere Weise zu moderieren oder dies nicht zu tun***, so gibt er – ungeachtet der zur Erkennung, Feststellung, Entfernung oder Sperrung dieser Information verwendeten Mittel und der Gründe seiner Entscheidung – dem Nutzer ***unverzüglich und*** spätestens ***innerhalb von 24 Stunden nach*** der Entfernung oder der Zugangssperrung ***oder anderen Maßnahmen zur Moderation und Kuratierung von Inhalten*** seine

Entscheidung mit einer klaren und spezifischen Begründung bekannt.

Änderungsantrag 108

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) ob die Entscheidung die Entfernung der Information oder die Sperrung des Zugangs zu der Information betrifft, und **gegebenenfalls** den räumlichen Geltungsbereich der Zugangsspernung;

Geänderter Text

a) ob die Entscheidung die Entfernung der Information oder die Sperrung des Zugangs zu der Information betrifft, und den räumlichen Geltungsbereich der Zugangsspernung;

Änderungsantrag 109

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) gegebenenfalls Angaben über die **Verwendung automatisierter Mittel zur Entscheidungsfindung und ob die Entscheidung in Bezug auf Inhalte getroffen wurde, die mit automatisierten Mitteln erkannt oder festgestellt wurden;**

Geänderter Text

c) gegebenenfalls Angaben über die **bei der Entscheidungsfindung verwendeten Mittel;**

Änderungsantrag 110

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Hosting-Diansteanbieter veröffentlichen die in Absatz 1 genannten Entscheidungen und Begründungen in einer öffentlich zugänglichen Datenbank, die von der Kommission verwaltet wird. Diese Informationen dürfen keine personenbezogenen Daten enthalten.

Geänderter Text

entfällt

Änderungsantrag 111

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Hosting-Diensteanbieter sind nicht verpflichtet, eine Begründung nach Absatz 1 vorzulegen, wenn die Begründung unbeabsichtigte Sicherheitsbedenken für die meldende Partei hervorrufen könnte. Außerdem sind Hosting-Diensteanbieter nicht verpflichtet, eine Begründung nach Absatz 1 vorzulegen, wenn sie nachweisen können, dass der Nutzer wiederholt rechtswidrige Inhalte bereitgestellt hat.

Änderungsantrag 112

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 4 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4b) Die Absätze 2 und 3 gelten nicht für Anbieter von Vermittlungsdiensten, bei denen es sich um Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt. Wenn Unternehmen den Status eines Kleinst- oder Kleinunternehmens im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG verlieren, finden diese Absätze auch in den zwölf Monaten nach dem Verlust dieses Status gemäß Artikel 4 Absatz 2 der Empfehlung keine Anwendung auf diese Unternehmen.

Änderungsantrag 113

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 15a

Schutz vor wiederholtem Missbrauch und Straftaten

(1) Anbieter von Vermittlungsdiensten müssen nach vorheriger Verwarnung die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die häufig rechtswidrige Inhalte bereitstellen, aussetzen oder unter geeigneten Umständen beenden, nachdem eine umfassende Erklärung vorgelegt wurde.

(2) Erlangt ein Anbieter von Vermittlungsdiensten Kenntnis von Informationen, die den Verdacht begründen, dass eine schwere Straftat, die eine Gefahr für das Leben oder die Sicherheit von Personen darstellt, begangen wurde, begangen wird oder begangen werden könnte, so teilt er seinen Verdacht unverzüglich den Strafverfolgungs- oder Justizbehörden des betreffenden Mitgliedstaats oder der betreffenden Mitgliedstaaten mit und stellt alle vorliegenden einschlägigen Informationen zur Verfügung. Kann der Anbieter von Vermittlungsdiensten den betreffenden Mitgliedstaat nicht mit hinreichender Gewissheit ermitteln, so unterrichtet er die Strafverfolgungsbehörden des Mitgliedstaats, in dem er niedergelassen ist oder seinen Rechtsvertreter hat, und übermittelt diese Informationen zudem für geeignete Folgemaßnahmen an Europol.

Änderungsantrag 114

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 15 b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 15b

Schutz beim Markteintritt

Die Bestimmungen dieses Abschnitts werden gegenüber Kleinst- und Kleinunternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG für einen Zeitraum von einem Jahr nach ihrer Gründung nicht durchgesetzt. Während dieses Zeitraums unternehmen derartige Unternehmen alle zumutbaren Anstrengungen, um die Bestimmungen dieses Abschnitts einzuhalten, und handeln in gutem Glauben.

Änderungsantrag 115

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 16 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Dieser Abschnitt gilt nicht für Online-Plattformen, bei denen es sich um Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt.

Geänderter Text

Dieser Abschnitt gilt nicht für Online-Plattformen, bei denen es sich um Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt, *es sei denn, sie erfüllen die Kriterien für eine Einstufung als sehr große Online-Plattformen im Sinne dieser Verordnung. Wenn Unternehmen den Status eines Kleinst- oder Kleinunternehmens im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG verlieren, findet dieser Abschnitt auch in den zwölf Monaten nach dem Verlust dieses Status gemäß Artikel 4 Absatz 2 der Empfehlung keine Anwendung auf diese Unternehmen, es sei denn, sie erfüllen die Kriterien für eine Einstufung als sehr große Online-Plattformen im Sinne dieser Verordnung.*

Änderungsantrag 116

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Online-Plattformen gewähren den Nutzern während eines Zeitraums von mindestens sechs Monaten nach einer in diesem Absatz genannten Entscheidung Zugang zu einem wirksamen internen Beschwerdemanagementsystem, das eine elektronische und kostenlose Einreichung von Beschwerden gegen folgende Entscheidungen der Online-Plattform ermöglicht, die damit begründet worden sind, dass die von den Nutzern bereitgestellten Informationen illegale Inhalte darstellen oder mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattform unvereinbar sind:

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen gewähren den Nutzern ***und den qualifizierten Einrichtungen im Sinne von Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie (EU) 2020/1828*** während eines Zeitraums von mindestens sechs Monaten nach einer in diesem Absatz genannten Entscheidung Zugang zu einem wirksamen internen Beschwerdemanagementsystem, das eine elektronische und kostenlose Einreichung von Beschwerden gegen folgende Entscheidungen der Online-Plattform ermöglicht, die damit begründet worden sind, dass die von den Nutzern bereitgestellten Informationen illegale Inhalte darstellen oder mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattform unvereinbar sind:

Änderungsantrag 117

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe a**

Vorschlag der Kommission

a) Entscheidungen über die Entfernung der Information ***oder*** die Sperrung des Zugangs zu der Information;

Geänderter Text

a) Entscheidungen über die Entfernung der Information, die Sperrung des Zugangs zu der Information ***oder darüber, die Information zu degradieren, zu demonetisieren, einzuschränken oder anderweitig Sanktionen gegen sie zu verhängen;***

Änderungsantrag 118

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 17 – Absatz 2**

Vorschlag der Kommission

(2) Online-Plattformen stellen sicher, dass ihre internen

Geänderter Text

(2) Online-Plattformen stellen sicher, dass ihre internen

Beschwerdemanagementsysteme leicht zugänglich und benutzerfreundlich sind **und** die Einreichung hinreichend präziser und angemessen begründeter Beschwerden ermöglichen und erleichtern.

Beschwerdemanagementsysteme leicht zugänglich und benutzerfreundlich sind, die Einreichung hinreichend präziser und angemessen begründeter Beschwerden ermöglichen und erleichtern **und eine von Menschen durchgeführte Überprüfung umfassen.**

Änderungsantrag 119

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Online-Plattformen bearbeiten Beschwerden, die über ihr internes Beschwerdemanagementsystem eingereicht werden, zeitnah, sorgfältig und in **objektiver** Weise. Enthält eine Beschwerde ausreichende Gründe für die Annahme, dass die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, weder rechtswidrig sind noch gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen, oder enthält sie Informationen, aus denen hervorgeht, dass das Verhalten des Beschwerdeführers keine Aussetzung oder Kündigung des Dienstes oder Schließung des Kontos rechtfertigt, so macht die Online-Plattform ihre in Absatz 1 genannte Entscheidung unverzüglich rückgängig.

Geänderter Text

(3) Online-Plattformen bearbeiten Beschwerden, die über ihr internes Beschwerdemanagementsystem eingereicht werden, zeitnah, sorgfältig und in **nicht willkürlicher** Weise. Enthält eine Beschwerde ausreichende Gründe für die Annahme, dass die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, weder rechtswidrig sind noch gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen, oder enthält sie Informationen, aus denen hervorgeht, dass das Verhalten des Beschwerdeführers keine Aussetzung oder Kündigung des Dienstes oder Schließung des Kontos rechtfertigt, so macht die Online-Plattform ihre in Absatz 1 genannte Entscheidung unverzüglich rückgängig. **Wenn der Beschwerdeführer dies wünscht, bestätigt die Online-Plattform öffentlich, dass die Entscheidung rückgängig gemacht wurde.**

Änderungsantrag 120

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Online-Plattformen teilen den

Geänderter Text

(4) Online-Plattformen teilen den

Beschwerdeführern unverzüglich die Entscheidung mit, die sie in Bezug auf die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, getroffen haben, und weisen die Beschwerdeführer auf die Möglichkeit der außergerichtlichen Streitbeilegung gemäß Artikel 18 und auf andere verfügbare Rechtsbehelfe hin.

Beschwerdeführern unverzüglich die Entscheidung mit, die sie in Bezug auf die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, getroffen haben, und weisen die Beschwerdeführer auf die Möglichkeit der außergerichtlichen Streitbeilegung gemäß Artikel 18 und auf andere verfügbare Rechtsbehelfe hin. ***Dabei wird eine Frist von drei Wochen ab Einreichung der Beschwerde nicht überschritten.***

Änderungsantrag 121

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 18 – Absatz 1 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Nutzer, die von den in Artikel 17 Absatz 1 genannten Entscheidungen betroffen sind, **haben** das Recht, zur Beilegung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit diesen Entscheidungen sowie mit Beschwerden, die nicht mit den Mitteln des in dem Artikel genannten internen Beschwerdemanagementsystems gelöst werden konnten, eine gemäß Absatz 2 zugelassene außergerichtliche Streitbeilegungsstelle zu wählen. Online-Plattformen arbeiten nach Treu und Glauben mit der für die Streitbeilegung ausgewählten Stelle zusammen und sind an die Entscheidung dieser Stelle gebunden.

Geänderter Text

Nachdem die internen Beschwerdemechanismen ausgeschöpft sind, haben Nutzer, die von den in Artikel 17 Absatz 1 genannten Entscheidungen betroffen sind, ***und qualifizierte Einrichtungen im Sinne von Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie (EU) 2020/1828*** das Recht, zur Beilegung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit diesen Entscheidungen sowie mit Beschwerden, die nicht mit den Mitteln des in dem Artikel genannten internen Beschwerdemanagementsystems gelöst werden konnten, eine gemäß Absatz 2 zugelassene außergerichtliche Streitbeilegungsstelle zu wählen. Online-Plattformen arbeiten nach Treu und Glauben mit der ***vom Nutzer*** für die Streitbeilegung ausgewählten Stelle zusammen und sind an die Entscheidung dieser Stelle gebunden.

Änderungsantrag 122

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 18 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) sie besitzt die erforderliche Sachkenntnis in Bezug auf Fragen, die sich in einem oder mehreren bestimmten Bereichen illegaler Inhalte ergeben, oder in Bezug auf die Anwendung und Durchsetzung der allgemeinen Geschäftsbedingungen einer oder mehrerer Arten von Online-Plattformen, sodass die Stelle einen wirksamen Beitrag zur Beilegung einer Streitigkeit leisten kann;

b) sie besitzt die erforderliche **juristische** Sachkenntnis in Bezug auf Fragen, die sich in einem oder mehreren bestimmten Bereichen illegaler Inhalte ergeben, oder in Bezug auf die Anwendung und Durchsetzung der allgemeinen Geschäftsbedingungen einer oder mehrerer Arten von Online-Plattformen, sodass die Stelle einen wirksamen Beitrag zur Beilegung einer Streitigkeit leisten kann;

Änderungsantrag 123

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 18 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) **die** Streitbeilegung **ist** über elektronische Kommunikationsmittel leicht zugänglich;

c) **sie bietet eine** Streitbeilegung **an, die** über elektronische Kommunikationsmittel leicht zugänglich **ist**;

Änderungsantrag 124

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 18 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

d) sie ist in der Lage, Streitigkeiten rasch, effizient und kostengünstig in mindestens einer Amtssprache der Union beizulegen;

d) sie ist in der Lage, Streitigkeiten rasch, effizient, **transparent** und kostengünstig in mindestens einer Amtssprache der Union beizulegen;

Änderungsantrag 125

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 18 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

e) **die** Streitbeilegung **erfolgt** nach

e) **sie bietet eine** Streitbeilegung **an,**

klaren und fairen Verfahrensregeln.

*die nach klaren und fairen
Verfahrensregeln **erfolgt und
ausreichende Maßnahmen zur
Sicherstellung der Vertraulichkeit
vorsieht.***

Änderungsantrag 126

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 18 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe e a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

*ea) sie verfügt gegebenenfalls über
besondere juristische Kenntnisse im
Zusammenhang mit den geltenden
Rechtsvorschriften in Bezug auf das
Recht auf freie Meinungsäußerung und
dessen Grenzen und die geltende
Rechtsprechung, einschließlich der
Rechtsprechung des Europäischen
Gerichtshofs für Menschenrechte;*

Änderungsantrag 127

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 18 – Absatz 3 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Entscheidet die Stelle die Streitigkeit zugunsten des Nutzers, so erstattet die Online-Plattform dem Nutzer alle Gebühren und sonstigen angemessenen Kosten, die dieser im Zusammenhang mit der Streitbeilegung gezahlt hat oder noch zahlen muss. Entscheidet die Stelle die Streitigkeit zugunsten der Online-Plattform, so ist der Nutzer nicht verpflichtet, Gebühren oder sonstige Kosten zu erstatten, die die Online-Plattform im Zusammenhang mit der Streitbeilegung gezahlt hat oder noch zahlen muss.

Entscheidet die Stelle die Streitigkeit zugunsten des Nutzers, so erstattet die Online-Plattform dem Nutzer alle Gebühren und sonstigen angemessenen Kosten, die dieser im Zusammenhang mit der Streitbeilegung gezahlt hat oder noch zahlen muss. Entscheidet die Stelle die Streitigkeit zugunsten der Online-Plattform, so ist der Nutzer nicht verpflichtet, Gebühren oder sonstige Kosten zu erstatten, die die Online-Plattform im Zusammenhang mit der Streitbeilegung gezahlt hat oder noch zahlen muss, *es sei denn die Stelle befindet, dass die Beschwerde offenkundig unbegründet oder*

missbräuchlich ist.

Änderungsantrag 128

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 18 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

(6) Dieser Artikel lässt die Richtlinie 2013/11/EU sowie die alternativen Streitbeilegungsverfahren und -stellen für Verbraucher, die nach dieser Richtlinie eingerichtet wurden, unberührt.

Geänderter Text

(6) Dieser Artikel lässt die Richtlinie 2013/11/EU sowie die alternativen Streitbeilegungsverfahren und -stellen für Verbraucher, die nach dieser Richtlinie eingerichtet wurden, unberührt. ***Versuche, im Einklang mit diesem Artikel eine Einigung auf dem Wege einer außergerichtlichen Streitbeilegung herbeizuführen, berühren nicht das Recht der Anbieter von Online-Plattformdiensten und der Nutzer der betreffenden Dienste, zu jedem Zeitpunkt während oder nach der außergerichtlichen Streitbeilegung Klage vor Gericht zu erheben.***

Änderungsantrag 129

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 19 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Online-Plattformen ergreifen die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen, damit Meldungen, die von vertrauenswürdigen Hinweisgebern über die in Artikel 14 genannten Mechanismen übermittelt werden, vorrangig und unverzüglich bearbeitet werden und darüber entschieden wird.

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen ergreifen die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen, damit Meldungen, die von vertrauenswürdigen Hinweisgebern über die in Artikel 14 genannten Mechanismen übermittelt werden, vorrangig und unverzüglich bearbeitet werden und darüber entschieden wird. ***Ähnliche Priorität kann anderen Meldungen eingeräumt werden, wenn die Vertrauenswürdigkeit der Personen, die sie übermitteln, und die Schwere und Dringlichkeit der betreffenden Situationen als außergewöhnlich***

einzustufen sind.

Änderungsantrag 130

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 19 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die Stelle **besitzt** besondere Sachkenntnis und **Kompetenz** in Bezug auf die Erkennung, Feststellung und Meldung illegaler Inhalte;

Geänderter Text

a) die Stelle **hat** besondere Sachkenntnis und **Genauigkeit** in Bezug auf die Erkennung, Feststellung und Meldung illegaler Inhalte **bewiesen**;

Änderungsantrag 131

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 19 – Absatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) sie übt ihre Tätigkeiten zur Übermittlung von Meldungen **rechtzeitig, sorgfältig und** in objektiver Weise aus.

Geänderter Text

c) sie übt ihre Tätigkeiten zur Übermittlung von Meldungen in objektiver Weise aus.

Änderungsantrag 132

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 19 – Absatz 2 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) sie verfügt gegebenenfalls über besondere juristische Kenntnisse im Zusammenhang mit den geltenden Rechtsvorschriften in Bezug auf das Recht auf freie Meinungsäußerung und dessen Grenzen und die geltende Rechtsprechung, einschließlich der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte;

Änderungsantrag 133

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Der Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats kann den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers an eine Stelle vergeben, die in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassen ist, wenn die betreffende Stelle in dem Mitgliedstaat, in dem sie niedergelassen ist, den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers bereits besitzt. Haben mehrere Mitgliedstaaten derselben Stelle diesen Status zuerkannt, so kann die Stelle als europäischer vertrauenswürdiger Hinweisgeber bezeichnet werden.

Änderungsantrag 134

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Die Koordinatoren für digitale Dienste teilen der Kommission und dem Gremium die Namen, Anschriften und E-Mail-Adressen der Stellen mit, denen sie den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers nach Absatz 2 zuerkannt haben.

(3) Die Koordinatoren für digitale Dienste teilen der Kommission und dem Gremium die Namen, Anschriften und E-Mail-Adressen der Stellen mit, denen sie den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers nach Absatz 2 zuerkannt haben. ***Die Koordinatoren für digitale Dienste des Mitgliedstaats der Niederlassung pflegen den Dialog mit Plattformen und Interessenträgern, um die Genauigkeit und Wirksamkeit des Systems vertrauenswürdiger Hinweisgeber aufrechtzuerhalten.***

Änderungsantrag 135

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Hat eine Online-Plattform Informationen, aus denen hervorgeht, dass ein vertrauenswürdiger Hinweisgeber über die in Artikel 14 genannten Mechanismen eine erhebliche Anzahl nicht hinreichend präziser oder unzureichend begründeter Meldungen übermittelt hat, was auch Informationen einschließt, die im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Beschwerden über die in Artikel 17 Absatz 3 genannten internen Beschwerdemanagementsysteme erfasst wurden, so übermittelt sie dem Koordinator für digitale Dienste, der der betreffenden Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, diese Informationen zusammen mit den nötigen Erläuterungen und Nachweisen.

Geänderter Text

(5) Hat eine Online-Plattform Informationen, aus denen hervorgeht, dass ein vertrauenswürdiger Hinweisgeber über die in Artikel 14 genannten Mechanismen eine erhebliche Anzahl nicht hinreichend präziser oder unzureichend begründeter Meldungen ***oder Meldungen über rechtmäßige Inhalte*** übermittelt hat, was auch Informationen einschließt, die im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Beschwerden über die in Artikel 17 Absatz 3 genannten internen Beschwerdemanagementsysteme erfasst wurden, so übermittelt sie dem Koordinator für digitale Dienste, der der betreffenden Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, diese Informationen zusammen mit den nötigen Erläuterungen und Nachweisen.

Änderungsantrag 136

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 7 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(7a) Online-Plattformen bieten vertrauenswürdigen Hinweisgebern, soweit möglich, Zugang zu technischen Mitteln, die ihnen das Aufdecken rechtswidriger Inhalte in großem Maßstab erleichtern.

Änderungsantrag 137

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen setzen die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die

(1) Online-Plattformen setzen die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die

häufig und offensichtlich illegale Inhalte bereitstellen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung aus.

häufig und offensichtlich illegale Inhalte bereitstellen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung **und Bereitstellung einer umfassenden Erläuterung** aus **oder kündigen sie gegebenenfalls. Wenn Nutzer die geltenden Bestimmungen dieser Verordnung nicht einhalten oder der Dienst nach Überprüfung der wiederholten Bereitstellung rechtswidriger Inhalte mindestens drei Mal ausgesetzt wurde, kann die Kündigung erfolgen.**

Änderungsantrag 138

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 20 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Online-Plattformen setzten die Bearbeitung von Meldungen und Beschwerden, die über die in den Artikeln 14 und 17 genannten Melde- und Abhilfeverfahren bzw. interne Beschwerdemanagementsysteme von Personen oder Stellen oder von Beschwerdeführern eingehen, die häufig **offensichtlich** unbegründete Meldungen oder Beschwerden einreichen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung aus.

Geänderter Text

(2) Online-Plattformen setzten die Bearbeitung von Meldungen und Beschwerden, die über die in den Artikeln 14 und 17 genannten Melde- und Abhilfeverfahren bzw. interne Beschwerdemanagementsysteme von Personen oder Stellen oder von Beschwerdeführern eingehen, die häufig unbegründete Meldungen oder Beschwerden einreichen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung aus.

Änderungsantrag 139

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 20 – Absatz 3 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die absolute Anzahl der **offensichtlich** illegalen Inhalte oder der **offensichtlich** unbegründeten Meldungen oder Beschwerden, die im vergangenen Jahr bereitgestellt bzw. eingereicht wurden;

Geänderter Text

a) die absolute Anzahl der illegalen Inhalte oder der unbegründeten Meldungen oder Beschwerden, die im vergangenen Jahr bereitgestellt bzw. eingereicht wurden;

Änderungsantrag 140

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 20 – Absatz 3 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) die von dem Nutzer, der Person, der Einrichtung oder dem Beschwerdeführer verfolgten Absichten.

Geänderter Text

d) **sofern feststellbar**, die von dem Nutzer, der Person, der Einrichtung oder dem Beschwerdeführer verfolgten Absichten.

Änderungsantrag 141

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 20 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Online-Plattformen legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen klar und ausführlich ihre Regeln für den Umgang mit dem in den Absätzen 1 und 2 genannten Missbrauch dar, auch bezüglich der Tatsachen und Umstände, die sie bei der Beurteilung, ob ein bestimmtes Verhalten einen Missbrauch darstellt, berücksichtigen, und der Dauer der Aussetzung.

Geänderter Text

(4) Online-Plattformen legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen klar und ausführlich ihre Regeln für den Umgang mit dem in den Absätzen 1 und 2 genannten Missbrauch dar, auch bezüglich der Tatsachen und Umstände, die sie bei der Beurteilung, ob ein bestimmtes Verhalten einen Missbrauch darstellt, berücksichtigen, und der Dauer der Aussetzung **sowie der Umstände, unter denen sie ihre Dienste kündigen**.

Änderungsantrag 142

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 21 – Absatz 2 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Kann die Online-Plattform den betreffenden Mitgliedstaat nicht mit hinreichender Gewissheit ermitteln, so unterrichtet sie die Strafverfolgungsbehörden des Mitgliedstaats, in dem sie **niedergelassen ist** oder ihren Rechtsvertreter hat, **oder** Europol.

Geänderter Text

Kann die Online-Plattform den betreffenden Mitgliedstaat nicht mit hinreichender Gewissheit ermitteln, so unterrichtet sie die Strafverfolgungsbehörden des Mitgliedstaats, in dem sie **ihre Hauptniederlassung** oder ihren Rechtsvertreter hat, **und übermittelt diese Informationen zudem für geeignete**

Änderungsantrag 143

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) *Ermöglicht eine Online-Plattform Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmern, so stellt sie* sicher, dass Unternehmer ihre Dienste nur dann **benutzen** können, um bei Verbrauchern in der Union für ihre Produkte oder Dienstleistungen zu werben und ihnen diese anzubieten, wenn die **Online-Plattform** vor der **Benutzung** ihrer Dienste folgende Informationen erhalten **hat**:

Geänderter Text

(1) *Anbieter von Online-Marktplätzen stellen* sicher, dass Unternehmer ihre Dienste nur dann **nutzen** können, um bei Verbrauchern in der Union für ihre Produkte oder Dienstleistungen zu werben und ihnen diese anzubieten, wenn die **Online-Marktplätze von dem Unternehmer** vor der **Nutzung** ihrer Dienste folgende Informationen erhalten **haben**:

Änderungsantrag 144

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) *Bankverbindung des Unternehmers, wenn es sich bei dem Unternehmer um eine natürliche Person handelt,*

Geänderter Text

entfällt

Änderungsantrag 145

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) *Name, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse des Wirtschaftsakteurs im Sinne des Artikels 3 Nummer 13 und des Artikels 4 der Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates*⁵¹

Geänderter Text

d) *sofern sich der Vertrag auf Produkte bezieht, die den in Artikel 4 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates genannten Verordnungen der Union unterliegen, Name, Anschrift,*

oder anderer einschlägiger Rechtsakte der Union,

Telefonnummer und E-Mail-Adresse des in der Union niedergelassenen Wirtschaftsakteurs nach Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates⁵¹ oder anderer einschlägiger Rechtsakte der Union,

⁵¹ Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über Marktüberwachung und die Konformität von Produkten sowie zur Änderung der Richtlinie 2004/42/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 765/2008 und (EU) Nr. 305/2011 (ABl. L 169 vom 25.6.2019, S. 1).

⁵¹ Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über Marktüberwachung und die Konformität von Produkten sowie zur Änderung der Richtlinie 2004/42/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 765/2008 und (EU) Nr. 305/2011 (ABl. L 169 vom 25.6.2019, S. 1).

Änderungsantrag 146

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Nach Erhalt dieser Informationen **unternimmt die Online-Plattform angemessene Bemühungen**, um zu prüfen, ob die in Absatz 1 Buchstaben a, d und e genannten Informationen verlässlich sind, indem **sie** frei zugängliche amtliche Online-Datenbanken abfragt oder Online-Schnittstellen nutzt, die von einem Mitgliedstaat oder der Union zur Verfügung gestellt werden, oder indem **sie** vom Unternehmer Nachweise aus verlässlichen Quellen verlangt.

Geänderter Text

(2) Nach Erhalt dieser Informationen **ergreift der Anbieter des Online-Marktplatzes wirksame Maßnahmen, die von einem sorgfältigen Betreiber nach Maßgabe hoher branchenüblicher Standards für die berufliche Sorgfalt sinnvollerweise ergriffen würden**, um zu prüfen, ob die in Absatz 1 Buchstaben a, d und e genannten Informationen **richtig, auf dem neuesten Stand und** verlässlich sind, indem **er unabhängige und verlässliche Quellen, darunter auch** frei zugängliche amtliche Online-Datenbanken, abfragt oder Online-Schnittstellen nutzt, die von **einer bevollmächtigten Verwaltungsfachkraft**, einem Mitgliedstaat oder der Union zur Verfügung gestellt werden, oder indem **er** vom Unternehmer Nachweise aus verlässlichen Quellen verlangt.

Änderungsantrag 147

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 3 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Erhält **die Online-Plattform** Hinweise darauf, dass eine in Absatz 1 genannte Einzelinformation, die **sie** vom betreffenden Unternehmer erhalten hat, unrichtig oder unvollständig ist, fordert **sie** den Unternehmer unverzüglich oder innerhalb der im Unionsrecht und im nationalen Recht festgelegten Frist auf, die Information insoweit zu berichtigen, wie dies erforderlich ist, damit alle Informationen richtig und vollständig sind.

Geänderter Text

Erhält **der Anbieter des Online-Marktplatzes** Hinweise darauf, dass eine in Absatz 1 genannte Einzelinformation, die **er** vom betreffenden Unternehmer erhalten hat, unrichtig oder unvollständig ist, fordert **er** den Unternehmer unverzüglich oder innerhalb der im Unionsrecht und im nationalen Recht festgelegten Frist auf, die Information insoweit zu berichtigen, wie dies erforderlich ist, damit alle Informationen richtig und vollständig sind.

Änderungsantrag 148

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 3 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission

Versäumt es der Unternehmer, diese Informationen zu berichtigen oder zu vervollständigen, setzt die Online-Plattform ihre Dienste für den Unternehmer aus, bis dieser der Aufforderung nachgekommen ist.

Geänderter Text

entfällt

Änderungsantrag 149

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Der Anbieter des Online-Marktplatzes sollte von Unternehmern verlangen, dass sie ihn unverzüglich über jede Änderung an den in Absatz 1 genannten Informationen in Kenntnis setzen, und in diesen Fällen die in

Absatz 2 genannten einschlägigen Schritte wiederholen. Erhält der Anbieter eines Online-Marktplatzes Hinweise darauf, dass eine in Artikel 22 genannte Einzelinformation unrichtig ist, fordert der Anbieter des Online-Marktplatzes den Unternehmer auf, die Richtigkeit dieser Einzelinformation nachzuweisen oder sie unverzüglich zu berichtigen. Versäumt es der Unternehmer, die Richtigkeit dieser Informationen nachzuweisen oder die Informationen zu berichtigen oder zu vervollständigen, setzt die Online-Plattform ihre Dienste für den Unternehmer aus, bis dieser der Aufforderung nachgekommen ist.

Änderungsantrag 150

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) **Die Online-Plattform** speichert die nach den Absätzen 1 und 2 erhaltenen Informationen für die Dauer **ihres** Vertragsverhältnisses mit dem betreffenden Unternehmer in sicherer Weise. Anschließend löscht **sie** die Informationen.

Geänderter Text

(4) **Der Anbieter des Online-Marktplatzes** speichert die nach den Absätzen 1 und 2 erhaltenen Informationen für die Dauer **seines** Vertragsverhältnisses mit dem betreffenden Unternehmer, **einschließlich des Zeitraums für Rechtsbehelfe**, in sicherer Weise. Anschließend löscht **er** die Informationen.

Änderungsantrag 151

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Unbeschadet des Absatzes 2 gibt **die Online-Plattform** die Informationen nur dann an Dritte weiter, wenn **sie** nach geltendem Recht, einschließlich der in Artikel 9 genannten Anordnungen und der Anordnungen, die von den zuständigen

Geänderter Text

(5) Unbeschadet des Absatzes 2 gibt **der Anbieter des Online-Marktplatzes** die Informationen nur dann an Dritte weiter, wenn **er** nach geltendem Recht, einschließlich der in Artikel 9 genannten Anordnungen und der Anordnungen, die

Behörden der Mitgliedstaaten oder der Kommission zur Erfüllung **ihrer** Aufgaben gemäß dieser Verordnung erlassen werden, dazu verpflichtet ist.

von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten oder der Kommission zur Erfüllung **seiner** Aufgaben gemäß dieser Verordnung erlassen werden, dazu verpflichtet ist.

Änderungsantrag 152

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

(6) **Die Online-Plattform** stellt den Nutzern die in Absatz 1 Buchstaben a, d, e und f genannten Informationen in klarer, leicht zugänglicher und verständlicher Weise zur Verfügung.

Geänderter Text

(6) **Der Anbieter des Online-Marktplatzes** stellt den Nutzern die in Absatz 1 Buchstaben a, d, e und f genannten Informationen in klarer, leicht zugänglicher und verständlicher Weise zur Verfügung.

Änderungsantrag 153

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 7

Vorschlag der Kommission

(7) **Die Online-Plattform** konzipiert und organisiert **ihre** Online-Schnittstelle so, dass Unternehmer ihren Verpflichtungen in Bezug auf vorvertragliche Informationen und Produktsicherheitsinformationen gemäß dem geltendem Unionsrecht nachkommen können.

Geänderter Text

(7) **Der Anbieter des Online-Marktplatzes** konzipiert und organisiert **seine** Online-Schnittstelle **angemessen und benutzerfreundlich und** so, dass Unternehmer ihren Verpflichtungen in Bezug auf vorvertragliche Informationen und Produktsicherheitsinformationen gemäß dem geltendem Unionsrecht nachkommen können.

Änderungsantrag 154

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 7 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(7a) **Der Anbieter des Online-**

Marktplatzes konzipiert seine Dienstleistung so, dass Unternehmer ihren Kunden alle für die Identifizierung des Produkts oder der Dienstleistung relevanten Informationen und gegebenenfalls die Angaben zur Kennzeichnung, einschließlich der CE-Kennzeichnung, mitteilen können.

Änderungsantrag 155

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 7 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(7b) Online-Plattformen stellen sicher, dass Unternehmer unverzüglich zugelassen werden, sobald sie die in Absatz 1 genannten Informationen erhalten und die in Absatz 2 genannten Schritte unternommen haben.

Änderungsantrag 156

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 22a

Zusätzliche Bestimmungen für Online-Marktplätze in Bezug auf rechtswidrige Angebote

(1) Erhält ein Anbieter eines Online-Marktplatzes Kenntnis von der Rechtswidrigkeit von über seine Dienste angebotenen Produkten oder Dienstleistungen, setzt er jene Nutzer, die ein solches Produkt erworben oder einen Vertrag über eine solche Dienstleistung abgeschlossen haben, darüber in Kenntnis.

(2) Der Anbieter des Online-Marktplatzes setzt die Erbringung seiner Dienste für Unternehmer unverzüglich

aus, die wiederholt rechtswidrige Produkt- oder Dienstleistungsangebote bereitstellen. Er unterrichtet die Unternehmer unverzüglich über seine Entscheidung.

(3) Im Falle von Produkten, Produktkategorien oder Produktgruppen, die in Anbetracht der im Product Safety Business Alert Gateway registrierten Unfälle, der Produktsicherheitsstatistiken des Safety Gate, der Ergebnisse der gemeinsamen Tätigkeiten zur Produktsicherheit oder anderer einschlägiger Indikatoren oder Nachweise gemäß der Verordnung (EU) [.../...] über die allgemeine Produktsicherheit, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 und zur Aufhebung der Richtlinie 87/357/EWG und der Richtlinie 2001/95/EG potenziell ein ernstes Risiko für die Gesundheit und Sicherheit der Verbraucher darstellen, überprüft der Anbieter des Online-Marktplatzes im Hinblick auf die in Artikel 22 Absatz 7a genannten Informationen, bevor das Angebot des Unternehmers auf dem Online-Marktplatz bereitgestellt wird, ob das Angebot, das der Unternehmer Verbrauchern in der Union unterbreiten möchte, in der Liste bzw. den Listen von Produkten oder Produktkategorien aufgeführt ist, die gemäß einer frei zugänglichen amtlichen Online-Datenbank oder Online-Schnittstelle als nicht konform ermittelt wurden, und gestattet dem Unternehmer nicht, das Angebot bereitzustellen, wenn das Produkt in einer solchen Liste aufgeführt ist.

(4) Der Anbieter des Online-Marktplatzes stellt sicher, dass als illegal eingestufte Inhalte nach der Entfernung unzugänglich bleiben, und ergreift im konkreten Fall Maßnahmen, um identische oder gleichwertige illegale Inhalte zu entfernen.

Änderungsantrag 157

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 23 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Anzahl der Aussetzungen nach Artikel 20, wobei zwischen Aussetzungen wegen **offensichtlich** illegaler Inhalte, wegen Übermittlung **offensichtlich** unbegründeter Meldungen und wegen Einreichung **offensichtlich** unbegründeter Beschwerden zu unterscheiden ist;

Geänderter Text

b) Anzahl der Aussetzungen nach Artikel 20, wobei zwischen Aussetzungen wegen illegaler Inhalte, wegen Übermittlung unbegründeter Meldungen und wegen Einreichung unbegründeter Beschwerden zu unterscheiden ist;

Änderungsantrag 158

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – title

Vorschlag der Kommission

Transparenz der Online-Werbung

Geänderter Text

Transparenzanforderungen an Online-Werbung

Änderungsantrag 159

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, gewährleisten, dass die Nutzer für jede einzelne Werbung, die jedem einzelnen Nutzer angezeigt wird, in klarer und eindeutiger Weise und **in Echtzeit** Folgendes sehen können:

Geänderter Text

Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, gewährleisten, dass die Nutzer für jede einzelne Werbung, die jedem einzelnen Nutzer angezeigt wird, in klarer, **sinnvoller** und eindeutiger Weise und **jederzeit** Folgendes sehen können:

Änderungsantrag 160

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) dass es sich bei den angezeigten Informationen um Werbung handelt,

Geänderter Text

a) dass es sich bei den angezeigten Informationen **oder Teilen davon** um Werbung handelt,

Änderungsantrag 161

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe b a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) die natürliche oder juristische Person, die die Werbung finanziert, wenn sie sich von der gemäß Buchstabe b ermittelten natürlichen oder juristischen Person unterscheidet,

Änderungsantrag 162

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe c**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) aussagekräftige Informationen über die wichtigsten Parameter zur Bestimmung der Nutzer, denen die Werbung angezeigt wird.

c) **klare**, aussagekräftige Informationen über die wichtigsten Parameter zur Bestimmung der Nutzer, denen die Werbung angezeigt wird, **und über die Möglichkeiten der Änderung dieser Parameter,**

Änderungsantrag 163

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) ob die Werbung mithilfe eines automatisierten Systems ausgewählt wurde und, falls dies zutrifft, die Identität der natürlichen oder juristischen Person,

die für das System verantwortlich ist.

Änderungsantrag 164

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Online-Plattformen bieten Nutzern die Möglichkeit, sich ohne Weiteres gegen mikrogezielte Nachverfolgung und Werbung zu entscheiden, die auf ihren verhaltensbezogenen Daten oder anderen Profiling-Techniken im Sinne von Artikel 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/679 beruhen.

Änderungsantrag 165

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 25 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Dieser Abschnitt gilt für Online-Plattformen, die ihre Dienste für aktive Nutzer in der Union erbringen, deren durchschnittliche monatliche Zahl sich auf mindestens 45 Mio. Personen beläuft, berechnet nach der Methode, die in den in Absatz 3 genannten delegierten Rechtsakten festgelegt wird.

(1) Dieser Abschnitt gilt für Online-Plattformen, die ihre Dienste für aktive Nutzer in der Union erbringen, deren durchschnittliche monatliche Zahl sich auf mindestens 45 Mio. Personen beläuft, berechnet nach der Methode, die in den in Absatz 3 genannten delegierten Rechtsakten festgelegt wird, **und für Online-Plattformen, die gemäß Absatz 4a als sehr große Online-Plattformen benannt worden sind.**

Änderungsantrag 166

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 25 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Die Kommission erlässt – nach Anhörung des Gremiums – delegierte

(3) Die Kommission erlässt – nach Anhörung des Gremiums – delegierte

Rechtsakte gemäß Artikel 69, um für die Zwecke des Absatzes 1 eine besondere Methode zur Berechnung der durchschnittlichen monatlichen Zahl der aktiven Nutzer in der Union festzulegen. In der Methode wird insbesondere festgelegt, wie die Bevölkerung der Union bestimmt wird **und** anhand welcher Kriterien die durchschnittliche monatliche Zahl der aktiven Nutzer in der Union unter Berücksichtigung unterschiedlicher Barrierefreiheitsmerkmale ermittelt wird.

Rechtsakte gemäß Artikel 69, um für die Zwecke des Absatzes 1 eine besondere Methode zur Berechnung der durchschnittlichen monatlichen Zahl der aktiven Nutzer in der Union **und zur Bewertung dessen** festzulegen, **ob der Umsatz, das Betriebsmodell und die Art der Plattform ein systemisches Risiko bergen**. In der Methode wird insbesondere festgelegt, wie die Bevölkerung der Union bestimmt wird, anhand welcher Kriterien die durchschnittliche monatliche Zahl der aktiven Nutzer in der Union unter Berücksichtigung unterschiedlicher Barrierefreiheitsmerkmale ermittelt wird **und wie festgestellt wird, ob der Umsatz, das Betriebsmodell und die Größe der Plattform ein systemisches Risiko bergen**.

Änderungsantrag 167

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 25 – Absatz 4 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission

Die Kommission sorgt dafür, dass die Liste der benannten sehr großen Online-Plattformen im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht wird, und hält diese Liste auf dem neuesten Stand. Die Pflichten dieses Abschnitts gelten bzw. gelten nicht mehr für die betreffenden sehr großen Online-Plattformen nach Ablauf von vier Monaten nach dieser Veröffentlichung.

Geänderter Text

entfällt

Änderungsantrag 168

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 25 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die Kommission erlässt delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 69, um Online-Plattformen, die ihre Dienste für aktive

Nutzer in der Union erbringen, deren durchschnittliche monatliche Zahl sich auf weniger als 45 Mio. Personen beläuft, die aber ein sehr hohes systemisches Risiko darstellen, als sehr große Online-Plattformen zu benennen. Die Bewertung eines systemischen Risikos stützt sich auf die folgenden Kriterien:

- a) den Jahresumsatz der Online-Plattform mit einem Schwellenwert von 50 Mio. EUR, der überschritten werden muss, damit eine Online-Plattform für eine weitere Bewertung auf der Grundlage der Buchstaben b bis e in Betracht kommt;*
- b) die Rolle der Online-Plattform als öffentliches Forum;*
- c) die Rolle, die Art und den Umfang der wirtschaftlichen Transaktionen auf der Online-Plattform;*
- d) die Rolle der Online-Plattform bei der Verbreitung von Informationen, Meinungen und Ideen und bei der Beeinflussung der Art, wie die Nutzer Informationen im Internet erhalten und mitteilen; und*
- e) die Tragweite und den Umfang der systemischen Risiken, die sich aus dem Betrieb und der Nutzung der Dienste der Online-Plattform gemäß Artikel 26 ergeben, sowie die bisherige Häufigkeit illegaler Inhalte auf dem Dienst.*

Änderungsantrag 169

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 25 – Absatz 4 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4b) Die Kommission sorgt dafür, dass die Liste der benannten sehr großen Online-Plattformen im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht wird, und hält diese Liste auf dem neuesten

Stand. Die Pflichten dieses Abschnitts gelten bzw. gelten nicht mehr für die betreffenden sehr großen Online-Plattformen nach Ablauf von vier Monaten nach dieser Veröffentlichung.

Änderungsantrag 170

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen ermitteln, analysieren und bewerten ab dem in Artikel 25 Absatz 4 Unterabsatz 2 genannten Anwendungsbeginn und danach mindestens einmal jährlich alle erheblichen systemischen Risiken, die sich aus dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste in der Union ergeben. Diese Risikobewertung erfolgt spezifisch für ihre Dienste und umfasst die folgenden systemischen Risiken:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen ermitteln, analysieren und bewerten ab dem in Artikel 25 Absatz 4 Unterabsatz 2 genannten Anwendungsbeginn und danach mindestens einmal jährlich alle erheblichen systemischen Risiken, die sich aus dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste in der Union ergeben. **Die Risikobewertung wird nach Mitgliedstaaten, in denen der Dienst angeboten wird, aufgeschlüsselt und für die Union als Ganzes angegeben.** Diese Risikobewertung erfolgt spezifisch für ihre Dienste und umfasst die folgenden systemischen Risiken:

Änderungsantrag 171

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) etwaige nachteilige Auswirkungen auf die Ausübung der Grundrechte auf Achtung des Privat- und Familienlebens, auf die Meinungs- und Informationsfreiheit, auf das Diskriminierungsverbot und auf die Rechte des Kindes, die in den Artikeln 7, 11, 21 und 24 der Charta verankert sind;

Geänderter Text

b) etwaige nachteilige Auswirkungen auf die Ausübung der Grundrechte, **einschließlich des Rechts** auf Achtung des Privat- und Familienlebens, auf die Meinungs- und Informationsfreiheit, auf **die Freiheit und den Pluralismus der Medien**, auf das Diskriminierungsverbot und auf die Rechte des Kindes, die in den Artikeln 7, 11, 21 und 24 der Charta verankert sind, **sowie aller anderen in der Charta verankerten Grundrechte, auf die**

*sich diese Risiken jetzt oder künftig
nachteilig auswirken können;*

Änderungsantrag 172

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) vorsätzliche Manipulationen ihres Dienstes, ***auch durch unauthentische Nutzung oder automatisierte Ausnutzung des Dienstes***, mit tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen Auswirkungen auf den Schutz der öffentlichen Gesundheit, auf Minderjährige und auf die gesellschaftliche Debatte oder tatsächlichen oder ***vorhersehbaren*** Auswirkungen auf Wahlprozesse und die öffentliche Sicherheit.

Geänderter Text

c) vorsätzliche Manipulationen ihres Dienstes mit tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen ***systemischen*** Auswirkungen auf den Schutz der öffentlichen Gesundheit, auf Minderjährige und auf die gesellschaftliche Debatte oder tatsächlichen oder ***absehbaren*** Auswirkungen auf Wahlprozesse und die öffentliche Sicherheit, ***einschließlich des Risikos der Manipulation ihres Dienstes durch unauthentische Nutzung, Deep Fakes oder automatisierte Ausnutzung des Dienstes.***

Änderungsantrag 173

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame ***Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind.*** Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame ***Maßnahmen zur Beseitigung, Verhinderung und Minderung der*** gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Änderungsantrag 174

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe a a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

aa) Sicherstellung einer angemessenen Ausstattung mit Personal, um Meldungen und Beschwerden bearbeiten zu können;

Änderungsantrag 175

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

d) **Beginn oder** Anpassung der Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern gemäß Artikel 19;

d) Anpassung der Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern gemäß Artikel 19;

Änderungsantrag 176

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) bewährte Verfahren für sehr große Online-Plattformen zur Minderung der ermittelten systemischen Risiken.

b) bewährte Verfahren für sehr große Online-Plattformen zur **Beseitigung, Verhinderung und** Minderung der ermittelten systemischen Risiken.

Änderungsantrag 177

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Die Kommission kann in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste allgemeine **Leitlinien** für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere Risiken herausgeben, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu

(3) Die Kommission kann in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste allgemeine **Empfehlungen** für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere Risiken herausgeben, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche

empfehlen, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. Im Hinblick auf die Ausarbeitung dieser **Leitlinien** führt die Kommission öffentliche Konsultationen durch.

Maßnahmen zu empfehlen, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. Im Hinblick auf die Ausarbeitung dieser **Empfehlungen** führt die Kommission öffentliche Konsultationen durch.

Änderungsantrag 178

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Die in Absatz 2 genannten Berichte werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und enthalten standardisierte, offene Daten zur Beschreibung der systemischen Risiken, insbesondere der Risiken für die Grundrechte.

Änderungsantrag 179

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 28 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten einer Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung folgender Pflichten und Verpflichtungszusagen bewertet wird:

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten einer **unabhängigen** Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung folgender Pflichten und Verpflichtungszusagen bewertet wird:

Änderungsantrag 180

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 28 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Die Prüfungen gemäß Absatz 1 werden von **Stellen** durchgeführt, die

Geänderter Text

(2) Die Prüfungen gemäß Absatz 1 werden von **Organisationen oder Vereinigungen** durchgeführt, die **nach dem Recht eines Mitgliedstaats gegründet wurden und die**

Änderungsantrag 181

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 2 – Buchstabe a**

Vorschlag der Kommission

a) von der betreffenden sehr großen Online-Plattform unabhängig sind,

Geänderter Text

a) von der betreffenden sehr großen Online-Plattform unabhängig sind **und in den vorangegangenen 12 Monaten außer Prüfungen und Nebendienstleistungen keine Dienstleistungen für die Plattform erbracht haben,**

Änderungsantrag 182

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 2 – Buchstabe c a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) die betreffende sehr große Online-Plattform nicht mehr als drei Jahre in Folge einer Prüfung unterzogen haben.

Änderungsantrag 183

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe f**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

f) falls die Stellungnahme **nicht positiv** ist, **operative** Empfehlungen für besondere Maßnahmen im Hinblick auf die Einhaltung aller Pflichten und

f) falls die Stellungnahme **negativ** ist, Empfehlungen für besondere Maßnahmen im Hinblick auf die Einhaltung aller Pflichten und Verpflichtungszusagen **und**

Verpflichtungszusagen.

*risikobasierte Zeitpläne für die
Abhilfemaßnahmen zur Beseitigung von
Mängeln, wobei der Schwerpunkt
vorrangig auf der Behebung der
Probleme liegt, die den Nutzern den
größten Schaden zufügen können,*

Änderungsantrag 184

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe f a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

*fa) falls die Stelle, die die Prüfung
durchführt, aufgrund der Neuartigkeit
der geprüften Sachverhalte nicht über
genügend Informationen verfügt, um eine
Stellungnahme abzugeben, einen
entsprechenden Hinweis.*

Änderungsantrag 185

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 28 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) Sehr große Online-Plattformen, die einen nicht **positiven** Prüfbericht erhalten, tragen allen an sie gerichteten operativen Empfehlungen gebührend Rechnung und ergreifen die erforderlichen Maßnahmen zu deren Umsetzung. Sie nehmen innerhalb eines Monats nach Erhalt dieser Empfehlungen einen Bericht über die Umsetzung der Prüfergebnisse an, in dem sie diese Maßnahmen darlegen. Falls sie die operativen Empfehlungen nicht umsetzen, begründen sie dies in dem Bericht und legen etwaige alternative Maßnahmen dar, die sie ergriffen haben, um festgestellte Verstöße zu beheben.

(4) Sehr große Online-Plattformen, die einen Prüfbericht erhalten, **der Hinweise darauf enthält, dass sie systemische Risiken, die sich aus dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste in der Union ergeben, nicht ordnungsgemäß bewerten und mindern**, tragen allen an sie gerichteten operativen Empfehlungen gebührend Rechnung und ergreifen die erforderlichen Maßnahmen zu deren Umsetzung. Sie nehmen innerhalb eines Monats nach Erhalt dieser Empfehlungen einen Bericht über die Umsetzung der Prüfergebnisse an, in dem sie diese Maßnahmen darlegen. Falls sie die operativen Empfehlungen nicht umsetzen, begründen sie dies in dem Bericht und legen etwaige alternative Maßnahmen dar,

die sie ergriffen haben, um festgestellte Verstöße zu beheben.

Änderungsantrag 186

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 28 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die Koordinatoren für digitale Dienste stellen sehr großen Online-Plattformen, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, einen jährlichen Prüfungsplan zur Verfügung, in dem die zentralen Aspekte für den kommenden Prüfungszyklus festgelegt sind.

Änderungsantrag 187

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 28 – Absatz 4 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4b) Die Prüfungen werden den Koordinatoren für digitale Dienste, der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte und der Kommission vorgelegt. Eine Zusammenfassung der Prüfungsfeststellungen, die keine sensiblen Informationen enthalten, wird veröffentlicht. Die Koordinatoren für digitale Dienste, die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte und die Kommission können eine öffentliche Stellungnahme zu den Prüfungen abgeben.

Änderungsantrag 188

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 29 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die wichtigsten Parameter dar, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, **sowie alle Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen**, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, darunter mindestens eine Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.

Geänderter Text

(1) **Sehr große Online-Plattformen dürfen die Nutzer nicht einem auf Profiling basierenden Empfehlungssystem unterwerfen, es sei denn, ein Nutzer hat freiwillig, für den konkreten Fall, in Kenntnis der Sachlage und unmissverständlich seine Zustimmung erteilt. Sehr große Online-Plattformen**, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die wichtigsten **technischen** Parameter dar, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, **bieten den Nutzern Optionen an und stellen sie** zur Verfügung, damit diese die wichtigsten **technischen** Parameter ändern oder beeinflussen können, darunter mindestens eine Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/679 beruht, **und protokollieren wenn möglich alle wesentlichen Änderungen, die an dem Empfehlungssystem vorgenommen wurden.**

Änderungsantrag 189

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 29 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Stehen mehrere Optionen nach Absatz 1 zur Verfügung, so stellen sehr große Online-Plattformen auf ihrer Online-Schnittstelle eine leicht zugängliche Funktion bereit, die es dem Nutzer ermöglicht, jederzeit für jedes Empfehlungssystem, das die relative Reihenfolge der ihm angezeigten Informationen bestimmt, seine bevorzugte Option auszuwählen und zu ändern.

Geänderter Text

(2) Stehen mehrere Optionen nach Absatz 1 zur Verfügung, so stellen sehr große Online-Plattformen auf ihrer Online-Schnittstelle eine leicht zugängliche, **nutzerfreundliche** Funktion bereit, die es dem Nutzer ermöglicht, jederzeit für jedes Empfehlungssystem, das die relative Reihenfolge der ihm angezeigten Informationen bestimmt, seine bevorzugte Option auszuwählen und zu ändern.

Änderungsantrag 190

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 29 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die in Absatz 1 genannten Parameter enthalten unter anderem folgende Angaben:

- a) Angaben dazu, ob das Empfehlungssystem ein automatisiertes System ist, und, falls dies zutrifft, die Identität der natürlichen oder juristischen Person, die für das Empfehlungssystem verantwortlich ist, falls es sich dabei nicht um den Plattformanbieter handelt;**
- b) klare Angaben zu den wichtigsten von den Empfehlungssystemen verwendeten Kriterien;**
- c) wenn möglich Angaben zu der Relevanz und der Gewichtung der einzelnen wichtigsten Kriterien, die zu den empfohlenen Informationen führen;**
- d) die Ziele, für die das System optimiert wurde;**
- e) gegebenenfalls eine Erläuterung der Rolle, die das Verhalten der Nutzer im Hinblick darauf spielt, wie das betreffende System seine Leistungen erzielt.**

Änderungsantrag 191

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 29 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 29a

Übertragbarkeit von Daten und Rezensionen

(1) Sehr große Online-Plattformen sorgen für die effektive Übertragbarkeit der Daten, die durch die Tätigkeit eines

gewerblichen Nutzers oder Endnutzers generiert werden, und stellen insbesondere Instrumente bereit, die Endnutzern im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 die Datenübertragung erleichtern, indem unter anderem ein permanenter Echtzeitzugang gewährleistet wird.

(2) Sehr große Online-Plattformen stellen bei Beendigung des Vertrags zwischen Plattform und Nutzer die Übertragbarkeit von Rezensionen auf das Reputationssystem eines anderen Plattformbetreibers sicher.

Änderungsantrag 192

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) die natürliche oder juristische Person, die die Werbung finanziert, wenn sie sich von der gemäß Buchstabe b ermittelten natürlichen oder juristischen Person unterscheidet,

Änderungsantrag 193

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

e) die Gesamtzahl der erreichten Nutzer und gegebenenfalls aggregierte Zahlen für die Gruppe oder Gruppen von Nutzern, an die die Werbung gezielt gerichtet war.

e) die Gesamtzahl der erreichten Nutzer und gegebenenfalls aggregierte Zahlen für die Gruppe oder Gruppen von Nutzern, an die die Werbung gezielt gerichtet war, *und Angaben dazu, ob andere Gruppe ausdrücklich aus der Zielgruppe ausgeschlossen waren.*

Änderungsantrag 194

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 31 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen gewähren dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission auf deren begründetes Verlangen innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist Zugang zu den Daten, die für die Überwachung und Bewertung der Einhaltung dieser Verordnung erforderlich sind. Dieser Koordinator für digitale Dienste und die Kommission verwenden diese Daten ausschließlich für diese Zwecke.

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen gewähren dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission auf deren begründetes Verlangen innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist **die Informationen sowie** Zugang zu den Daten, die für die Überwachung und Bewertung der Einhaltung dieser Verordnung erforderlich sind. Dieser Koordinator für digitale Dienste und die Kommission verwenden diese Daten ausschließlich für diese Zwecke.

Änderungsantrag 195

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 31 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Sehr große Online-Plattformen **gewähren** auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung und zum Verständnis systemischer Risiken gemäß Artikel 26 Absatz 1 beitragen.

Geänderter Text

(2) Sehr große Online-Plattformen **stellen** auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern **oder nach dem Recht eines Mitgliedstaats gegründeten Einrichtungen, Organisationen oder Vereinigungen ohne Erwerbszweck**, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, **Informationen bereit und gewähren ihnen** Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der **Förderung und der** Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung und zum Verständnis systemischer Risiken gemäß Artikel 26 Absatz 1 beitragen, **und der Ermöglichung der Prüfung der Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit der Risikominderungsmaßnahmen gemäß Artikel 27 Absatz 1.**

Änderungsantrag 196

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Den Zugang zu Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 gewähren sehr große Online-Plattformen über Online-Datenbanken oder über Anwendungsprogrammierschnittstellen.

Geänderter Text

(3) Den Zugang zu Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 gewähren sehr große Online-Plattformen über Online-Datenbanken oder über Anwendungsprogrammierschnittstellen. ***Der Zeitraum, für den Informationen und Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 zu übermitteln sind, ist in dem Verlangen anzugeben. Die Daten, die den zugelassenen Forschern zur Verfügung gestellt werden, sind so gut wie möglich aufzuschlüsseln, es sei denn, der Forscher wünscht etwas anderes.***

Änderungsantrag 197

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Um zugelassen zu werden, müssen die Forscher mit akademischen Einrichtungen verbunden sein, unabhängig von gewerblichen Interessen sein, nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

Geänderter Text

(4) Um zugelassen zu werden, müssen die Forscher mit akademischen Einrichtungen verbunden sein, unabhängig von gewerblichen Interessen sein, ***die Finanzierung der Forschung offenlegen,*** nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

Änderungsantrag 198

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 7 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(7a) Zugelassene Forscher, denen Zugang zu Daten gewährt wurde, müssen nach Abschluss ihrer Forschungsarbeiten ihre gewonnenen Erkenntnisse veröffentlichen, ohne personenbezogene Daten offenzulegen.

Änderungsantrag 199

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 33 – Absatz 2 – Buchstabe d a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

da) relevante Angaben zur Moderation von Inhalten, aufgeschlüsselt nach Mitgliedstaaten, in denen die Dienste angeboten werden, und in der Union insgesamt.

Änderungsantrag 200

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 33 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Ist eine sehr große Online-Plattform der Auffassung, dass die Veröffentlichung von Informationen gemäß Absatz 2 zur Offenlegung vertraulicher Informationen dieser Plattform oder der Nutzer führen, erhebliche Schwachstellen für die Sicherheit ihres Dienstes verursachen, die öffentliche Sicherheit beeinträchtigen oder Nutzern schaden könnte, so kann sie diese Informationen aus den Berichten entfernen. In diesem Fall übermittelt die Plattform dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und der Kommission die vollständigen Berichte zusammen mit einer Begründung für die Entfernung der

(3) Ist eine sehr große Online-Plattform der Auffassung, dass die Veröffentlichung von Informationen gemäß Absatz 2 zur Offenlegung vertraulicher Informationen dieser Plattform oder der Nutzer führen, erhebliche Schwachstellen für die Sicherheit ihres Dienstes verursachen, die öffentliche Sicherheit beeinträchtigen oder Nutzern schaden könnte, so kann sie diese Informationen aus den Berichten entfernen. In diesem Fall übermittelt die Plattform dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und der Kommission die vollständigen Berichte zusammen mit einer Begründung für die Entfernung der

Informationen aus der öffentlichen Fassung der Berichte.

Informationen aus der öffentlichen Fassung der Berichte. ***Die Plattform gibt in solchen Fällen an, dass Informationen aus dem Bericht entfernt wurden, und macht Angaben zu dem Umfang der entfernten Inhalte und zu den Gründen für die Entfernung.***

Änderungsantrag 201

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 36 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) die verschiedenen Arten von Daten, die verwendet werden können.

Änderungsantrag 202

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 37 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Die Kommission ist für die Ausarbeitung und Kontrolle der in Absatz 1 genannten Krisenprotokolle zuständig. Sie erstattet dem Europäischen Parlament jährlich darüber Bericht.

Änderungsantrag 203

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 38 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Die in Unterabsatz 1 genannten zuständigen Behörden verfügen über einschlägige Fachkenntnisse auf dem Gebiet des Datenschutzes, des Verbraucherschutzes oder der Regulierung nutzergenerierter Inhalte.

Änderungsantrag 204

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 38 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Die gemäß der Verordnung (EU) 2016/679 benannten Aufsichtsbehörden werden mit der Anwendung und Durchsetzung der in dieser Verordnung festgelegten Maßnahmen im Zusammenhang mit der Datenverarbeitung beauftragt.

Änderungsantrag 205

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 38 – Absatz 2 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Die Mitgliedstaaten benennen eine der zuständigen Behörden als ihren Koordinator für digitale Dienste. Der Koordinator für digitale Dienste ist für ***alle Fragen im Zusammenhang mit der*** Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in diesem Mitgliedstaat zuständig, es sei denn, der betreffende Mitgliedstaat hat bestimmte besondere Aufgaben oder Sektoren anderen zuständigen Behörden übertragen. Der Koordinator für digitale Dienste ist in jedem Fall dafür zuständig, die Koordinierung ***dieser*** Angelegenheiten auf nationaler Ebene sicherzustellen und zu einer wirksamen und einheitlichen Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in der gesamten Union beizutragen.

Die Mitgliedstaaten benennen eine der zuständigen Behörden als ihren Koordinator für digitale Dienste. Der Koordinator für digitale Dienste ist für ***die*** Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in diesem Mitgliedstaat zuständig, es sei denn, der betreffende Mitgliedstaat hat bestimmte besondere Aufgaben oder Sektoren anderen zuständigen Behörden übertragen. Der Koordinator für digitale Dienste ist in jedem Fall dafür zuständig, die Koordinierung ***von*** Angelegenheiten ***im Zusammenhang mit dieser Verordnung*** auf nationaler Ebene sicherzustellen und zu einer wirksamen und einheitlichen Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in der gesamten Union beizutragen.

Änderungsantrag 206

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 38 – Absatz 2 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission

Zu diesem Zweck arbeiten die Koordinatoren für digitale Dienste untereinander sowie mit anderen zuständigen nationalen Behörden, dem Gremium und der Kommission zusammen, unbeschadet der Möglichkeit der Mitgliedstaaten, einen regelmäßigen Meinungsaustausch mit anderen Behörden vorzusehen, sofern dies für die Wahrnehmung der Aufgaben dieser anderen Behörden und des Koordinators für digitale Dienste von Bedeutung ist.

Geänderter Text

Zu diesem Zweck arbeiten die Koordinatoren für digitale Dienste untereinander sowie mit anderen zuständigen nationalen Behörden, dem Gremium und der Kommission zusammen, unbeschadet der Möglichkeit der Mitgliedstaaten, einen regelmäßigen Meinungsaustausch mit anderen Behörden vorzusehen, sofern dies für die Wahrnehmung der Aufgaben dieser anderen Behörden und des Koordinators für digitale Dienste von Bedeutung ist, ***darunter den Austausch von Informationen zu grenzüberschreitenden Fällen und die Leistung von gegenseitiger Unterstützung während laufender Maßnahmen und Untersuchungen.***

Änderungsantrag 207

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 38 – Absatz 2 – Unterabsatz 2 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Das Gremium erstellt eine öffentlich zugängliche Liste aller Koordinatoren für digitale Dienste und der zuständigen Behörden. Es aktualisiert und überwacht diese Liste regelmäßig.

Änderungsantrag 208

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 38 – Absatz 3 – Unterabsatz 2 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Die Kommission gibt den Mitgliedstaaten Leitlinien an die Hand, um ein einheitliches Konzept im Hinblick darauf sicherzustellen, wie nationale, lokale und regionale Behörden mit ihrem

Koordinator für digitale Dienste zusammenarbeiten sollten.

Änderungsantrag 209

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 38 – Absatz 3 – Unterabsatz 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Die Kommission veröffentlicht und aktualisiert ein Register, das die Namen und Kontaktdaten der in den einzelnen Mitgliedstaaten zuständigen Koordinatoren für digitale Dienste enthält.

Änderungsantrag 210

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 39 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ihre Koordinatoren für digitale Dienste ihre Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung unparteiisch, transparent und zeitnah erfüllen. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass ihren Koordinatoren für digitale Dienste ***angemessene technische, finanzielle und personelle*** Ressourcen zur Verfügung stehen, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können.

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ihre Koordinatoren für digitale Dienste ihre Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung unparteiisch, ***unabhängig,*** transparent und zeitnah erfüllen. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass ihren Koordinatoren für digitale Dienste ***alle notwendigen technischen, finanziellen und personellen*** Ressourcen, ***einschließlich Qualifikations- und Kompetenzaufbau, sowie die erforderliche Infrastruktur*** zur Verfügung stehen, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können. ***Solche Ressourcen könnten unter anderem den Zugang zu Schulungen und den regelmäßigen Austausch mit Dienstleistern umfassen, um die Besonderheiten von deren jeweiligem Geschäftsmodell nachvollziehen zu können.***

Änderungsantrag 211

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 39 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Befugnisse gemäß dieser Verordnung handeln die Koordinatoren für digitale Dienste völlig unabhängig. Sie arbeiten frei von äußeren Einflüssen und dürfen weder direkt noch indirekt Weisungen von anderen Behörden oder privaten Stellen **einholen oder** entgegennehmen.

Geänderter Text

(2) Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Befugnisse gemäß dieser Verordnung handeln die Koordinatoren für digitale Dienste völlig unabhängig. Sie arbeiten frei von äußeren Einflüssen und dürfen weder direkt noch indirekt Weisungen von anderen Behörden oder privaten Stellen entgegennehmen.

Änderungsantrag 212

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 39 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Die Koordinatoren für digitale Dienste können Informationen von einer Behörde oder einer privaten Partei einholen, wenn sie dies für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben als notwendig erachten, ohne dabei ihre Unabhängigkeit und Neutralität zu gefährden.

Änderungsantrag 213

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 41 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Ausübung der Befugnisse gemäß den Absätzen 1, 2 und 3 **angemessenen** Garantien unterliegt, die im anwendbaren nationalen Recht im Einklang mit der Charta und den allgemeinen Grundsätzen des Unionsrechts festgelegt sind.

(6) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Ausübung der Befugnisse gemäß den Absätzen 1, 2 und 3 **höchsten** Garantien unterliegt, die im anwendbaren nationalen Recht **vollständig** im Einklang mit der Charta und den allgemeinen Grundsätzen des Unionsrechts festgelegt

Insbesondere dürfen diese Maßnahmen nur im Einklang mit dem Recht auf Achtung des Privatlebens und mit den Verteidigungsrechten, einschließlich des Rechts auf rechtliches Gehör und auf Akteneinsicht, und vorbehaltlich des Rechts aller betroffenen Parteien auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf getroffen werden.

sind. Insbesondere dürfen diese Maßnahmen nur im Einklang mit dem Recht auf Achtung des Privatlebens und mit den Verteidigungsrechten, einschließlich des Rechts auf rechtliches Gehör und auf Akteneinsicht, und vorbehaltlich des Rechts aller betroffenen Parteien auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf getroffen werden.

Änderungsantrag 214

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 42 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Höchstbetrag der Sanktionen, die bei Nichteinhaltung der in dieser Verordnung festgelegten Verpflichtungen verhängt werden, 6 % der Jahreseinnahmen oder des Jahresumsatzes des betreffenden Anbieters von Vermittlungsdiensten nicht übersteigt. Sanktionen für die Bereitstellung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen, für das Versäumnis einer Antwort oder der Berichtigung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen sowie für die Nichtduldung einer Nachprüfung vor Ort dürfen 1 % der Jahreseinnahmen oder des Jahresumsatzes des betreffenden Anbieters nicht übersteigen.

Geänderter Text

(3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Höchstbetrag der Sanktionen, die bei Nichteinhaltung der in dieser Verordnung festgelegten Verpflichtungen verhängt werden, 6 % der Jahreseinnahmen oder des **weltweiten** Jahresumsatzes des betreffenden Anbieters von Vermittlungsdiensten nicht übersteigt. Sanktionen für die Bereitstellung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen, für das Versäumnis einer Antwort oder der Berichtigung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen sowie für die Nichtduldung einer Nachprüfung vor Ort dürfen 1 % der Jahreseinnahmen oder des **weltweiten** Jahresumsatzes des betreffenden Anbieters nicht übersteigen.

Änderungsantrag 215

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 42 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Höchstbetrag eines Zwangsgelds 5 % des durchschnittlichen Tagesumsatzes

Geänderter Text

(4) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Höchstbetrag eines Zwangsgelds 5 % des durchschnittlichen **weltweiten**

des betreffenden Anbieters von Vermittlungsdiensten im vorangegangenen Geschäftsjahr, berechnet ab dem in dem betreffenden Beschluss genannten Datum, nicht übersteigt.

Tagesumsatzes des betreffenden Anbieters von Vermittlungsdiensten im vorangegangenen Geschäftsjahr, berechnet ab dem in dem betreffenden Beschluss genannten Datum, nicht übersteigt.

Änderungsantrag 216

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 43 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Die Nutzer haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter.

Geänderter Text

Die Nutzer ***sowie andere Parteien, die ein berechtigtes Interesse haben und von allen Anbietern von Vermittlungsdiensten unabhängig sind***, haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter.

Änderungsantrag 217

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 49 – Absatz 1 – Buchstabe e a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***ea) Abgabe von
Initiativstellungnahmen.***

Änderungsantrag 218

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 59 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) In ihrem Beschluss gemäß Artikel 58 kann die Kommission gegen die betreffende sehr große Online-Plattform Geldbußen bis zu einem Höchstbetrag von 6 % ihres im vorangegangenen Geschäftsjahr erzielten Gesamtumsatzes verhängen, wenn sie feststellt, dass diese Plattform vorsätzlich oder fahrlässig

Geänderter Text

(1) In ihrem Beschluss gemäß Artikel 58 kann die Kommission gegen die betreffende sehr große Online-Plattform Geldbußen bis zu einem Höchstbetrag von 6 % ihres im vorangegangenen Geschäftsjahr **weltweit** erzielten Gesamtumsatzes verhängen, wenn sie feststellt, dass diese Plattform vorsätzlich oder fahrlässig

Änderungsantrag 219

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 59 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Die Kommission kann gegen die betreffende sehr große Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 im Wege eines Beschlusses Geldbußen bis zu einem Höchstbetrag von 1 % des im vorangegangenen Geschäftsjahr erzielten Gesamtumsatzes verhängen, wenn diese vorsätzlich oder fahrlässig

Geänderter Text

(2) Die Kommission kann gegen die betreffende sehr große Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 im Wege eines Beschlusses Geldbußen bis zu einem Höchstbetrag von 1 % des im vorangegangenen Geschäftsjahr **weltweit** erzielten Gesamtumsatzes verhängen, wenn diese vorsätzlich oder fahrlässig

Änderungsantrag 220

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 60 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission kann – im Wege eines Beschlusses – gegen die betreffende sehr große Online-Plattform oder gegebenenfalls eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 ein Zwangsgeld pro Tag bis zu einem Höchstbetrag von 5 % des im vorangegangenen Geschäftsjahr erzielten durchschnittlichen

Geänderter Text

(1) Die Kommission kann – im Wege eines Beschlusses – gegen die betreffende sehr große Online-Plattform oder gegebenenfalls eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 ein Zwangsgeld pro Tag bis zu einem Höchstbetrag von 5 % des im vorangegangenen Geschäftsjahr **weltweit** erzielten durchschnittlichen

Tagesumsatzes, berechnet ab dem im Beschluss genannten Tag, verhängen, um diese dazu zu zwingen,

Tagesumsatzes, berechnet ab dem im Beschluss genannten Tag, verhängen, um diese dazu zu zwingen,

Änderungsantrag 221

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 64 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission veröffentlicht die Beschlüsse, die sie gemäß Artikel 55 Absatz 1 und Artikel 56 Absatz 1 sowie gemäß den Artikeln 58, 59 und 60 erlässt. Bei dieser Veröffentlichung gibt sie die Namen der Parteien, den wesentlichen Inhalt des Beschlusses und die gegebenenfalls verhängten Sanktionen an.

Geänderter Text

(1) Die Kommission veröffentlicht die Beschlüsse, die sie gemäß Artikel 55 Absatz 1 und Artikel 56 Absatz 1 sowie gemäß den Artikeln 58, 59 und 60 erlässt. Bei dieser Veröffentlichung gibt sie die Namen der Parteien, den wesentlichen Inhalt des Beschlusses und die gegebenenfalls verhängten Sanktionen an ***und fügt wenn möglich nicht vertrauliche Dokumente oder andere Arten von Informationen, auf die sich der Beschluss stützt, bei.***

Änderungsantrag 222

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 73 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Bei den in Absatz 1 genannten Bewertungen berücksichtigt die Kommission die Standpunkte und Feststellungen des Europäischen Parlaments, des Rates und anderer einschlägiger Stellen oder Quellen.

Geänderter Text

(3) Bei den in Absatz 1 genannten Bewertungen berücksichtigt die Kommission die Standpunkte und Feststellungen des Europäischen Parlaments, des Rates und anderer einschlägiger Stellen oder Quellen ***und widmet den kleinen und mittleren Unternehmen und der Stellung neuer Wettbewerber besondere Aufmerksamkeit.***

VERFAHREN DES MITBERATENDEN AUSSCHUSSES

Titel	Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und Änderung der Richtlinie 2000/31/EG
Bezugsdokumente – Verfahrensnummer	COM(2020)0825 – C9-0418/2020 – 2020/0361(COD)
Federführender Ausschuss Datum der Bekanntgabe im Plenum	IMCO 8.2.2021
Stellungnahme von Datum der Bekanntgabe im Plenum	ITRE 8.2.2021
Assoziierte Ausschüsse - datum der bekanntgabe im plenum	20.5.2021
Verfasser(in) der Stellungnahme Datum der Benennung	Henna Virkkunen 15.12.2020
Prüfung im Ausschuss	17.6.2021 15.7.2021
Datum der Annahme	27.9.2021
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 46 -: 22 0: 6
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Nicola Beer, François-Xavier Bellamy, Hildegard Bentele, Tom Berendsen, Vasile Blaga, Michael Bloss, Paolo Borchia, Marc Botenga, Markus Buchheit, Cristian-Silviu Buşoi, Jerzy Buzek, Carlo Calenda, Maria da Graça Carvalho, Ignazio Corrao, Ciarán Cuffe, Josianne Cutajar, Nicola Danti, Pilar del Castillo Vera, Martina Dlabajová, Valter Flego, Niels Fuglsang, Lina Gálvez Muñoz, Claudia Gamon, Nicolás González Casares, Christophe Grudler, András Gyürk, Henrike Hahn, Robert Hajšel, Ivo Hristov, Ivars Ijabs, Romana Jerković, Eva Kaili, Izabela-Helena Kloc, Łukasz Kohut, Zdzisław Krasnodębski, Andrius Kubilius, Miapetra Kumpula-Natri, Thierry Mariani, Marisa Matias, Joëlle Mélin, Dan Nica, Angelika Niebler, Ville Niinistö, Aldo Patriciello, Mauri Pekkarinen, Mikuláš Peksa, Tsvetelina Penkova, Morten Petersen, Markus Pieper, Clara Ponsatí Obiols, Manuela Ripa, Robert Roos, Sara Skytvedal, Maria Spyraiki, Jessica Stegrud, Beata Szydło, Riho Terras, Grzegorz Tobiszowski, Patrizia Toia, Evžen Tošenovský, Marie Toussaint, Isabella Tovaglieri, Viktor Uspaskich, Henna Virkkunen, Pernille Weiss, Carlos Zorrinho
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Erik Bergkvist, Izaskun Bilbao Barandica, Cornelia Ernst, Valérie Hayer, Elena Lizzi, Jutta Paulus, Sandra Pereira, Angelika Winzig

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

46	+
NI	Viktor Uspaskich#
PPE	François-Xavier Bellamy, Hildegard Bentele, Tom Berendsen, Vasile Blaga, Cristian-Silviu Buşoi, Jerzy Buzek, Maria da Graça Carvalho, Pilar del Castillo Vera, Andrius Kubilius, Angelika Niebler, Aldo Patriciello, Markus Pieper, Sara Skyttedal, Maria Spyraiki, Riho Terras, Henna Virkkunen, Pernille Weiss, Angelika Winzig
Renew	Nicola Beer, Izaskun Bilbao Barandica, Nicola Danti, Martina Dlabajová, Valter Flego, Claudia Gamon, Christophe Grudler, Valérie Hayer, Ivars Ijabs, Mauri Pekkarinen, Morten Petersen
S&D	Erik Bergkvist, Carlo Calenda, Josianne Cutajar, Niels Fuglsang, Lina Gálvez Muñoz, Nicolás González Casares, Robert Hajšel, Ivo Hristov, Romana Jerković, Eva Kaili, Łukasz Kohut, Miapetra Kumpula-Natri, Dan Nica, Tsvetelina Penkova, Patrizia Toia, Carlos Zorrinho

22	-
ECR	Izabela-Helena Kloc, Zdzisław Krasnodębski, Robert Roos, Jessica Stegrud, Beata Szydło, Grzegorz Tobiszowski, Evžen Tošenovský
ID	Paolo Borchia, Markus Buchheit, Elena Lizzi, Isabella Tovaglieri
The Left	Marc Botenga, Sandra Pereira
Verts/ALE	Michael Bloss, Ignazio Corrao, Ciarán Cuffe, Henrike Hahn, Ville Niinistö, Jutta Paulus, Mikuláš Peksa, Manuela Ripa, Marie Toussaint

6	0
ID	Thierry Mariani, Joëlle Mélin
NI	András Gyürk, Clara Ponsatí Obiols
The Left	Cornelia Ernst, Marisa Matias

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung

11.10.2021

STELLUNGNAHME DES RECHTSAUSSCHUSSES

für den Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG

(COM(2020)0825 – C9-0418/2020 – 2020/0361(COD))

Verfasser der Stellungnahme: Geoffroy Didier

(*) Assoziierter Ausschuss – Artikel 57 der Geschäftsordnung

KURZE BEGRÜNDUNG

Das Gesetz über digitale Dienste sollte alle digitalen Dienste erfassen, die bei der Verbreitung illegaler Inhalte eine wichtige Rolle spielen, um ihre Verfahren zur Moderation von Inhalten einer adäquaten Regulierung zu unterwerfen. Aus diesem Grund wird hier der Anwendungsbereich des Gesetzes über digitale Dienste dahingehend klargestellt, dass er ausdrücklich auf drei Arten von Diensten abstellt, die eine vorrangige Rolle bei der Verbreitung von Inhalten spielen: Suchmaschinen, Live-Streaming-Dienste für nutzergenerierte Inhalte und Messaging-Dienste.

Diese drei Kategorien von Diensten sollten erstens den Verpflichtungen unterliegen, die gegenwärtig für alle Vermittlungsdienste vorgesehen sind, und zweitens den Risikobewertungs- und Risikominderungspflichten, die für sehr große Plattformen gelten, wenn sie die maßgeblichen Schwellenwerte überschreiten. Live-Streaming-Dienste und Messaging-Dienste sollten außerdem bestimmten Verpflichtungen unterliegen, die für Hosting-Dienste und Online-Plattformen gelten, soweit diese Verpflichtungen auf sie angewandt werden können. Beispielsweise können und sollten diese Dienste Verpflichtungen in Bezug auf die Aussetzung von Konten und die Nutzer im Falle von Sanktionen gebotenen Garantien einhalten.

Im Zuge ihrer schnellen Expansion in den letzten Jahren und insbesondere während der COVID-19-Pandemie haben Online-Marktplätze eine Reihe von Bedrohungen für den Verbraucherschutz – sowohl im Hinblick auf die Durchsetzung von Verbraucherrechten als auch auf die Produktsicherheit und -konformität – bedingt. Darüber hinaus geben diese Marktplätze Anlass zu wachsender Besorgnis, was gewerbliche Schutzrechte und Nachahmungen sowie allgemeiner Wettbewerbsverzerrungen angeht, wodurch Unternehmen, die sich an die Vorschriften halten, zunehmend einem unlauteren Wettbewerb durch Unternehmen ausgesetzt sind, die die Vorschriften nicht befolgen.

Die Untersuchung der zehn wichtigsten Online-Marktplätze hat beispielsweise gezeigt, dass

im Durchschnitt 63 % der den europäischen Verbrauchern angebotenen Produkte nicht konform waren und dass 28 % dieser Produkte tatsächlich gefährlich waren. Diese Quoten sind deutlich höher als die bei Einzelhändlern mit physischen Verkaufsstätten festgestellten Quoten.

Diese Situation hängt zweifellos mit einer Lücke im geltenden Rechtsrahmen zusammen, die es Online-Marktplätzen ermöglicht, sich einer Reihe grundlegender Anforderungen zu entziehen, ohne die es unmöglich ist, ein angemessenes und zufriedenstellendes Schutzniveau für die europäischen Verbraucher beim Online-Kauf sicherzustellen. Je größer der Marktanteil von Online-Marktplätzen ist, desto höher und desto besorgniserregender ist dieses Risiko.

In Anbetracht des Vorstehenden erscheint es daher unerlässlich, zum Gesetz über digitale Dienste eine Reihe zusätzlicher spezifischer Bestimmungen für Online-Plattformen, die Marktplatzdienste anbieten, hinzuzufügen, um diese Lücke zu schließen und damit dieses zunehmende Risiko auszuschließen.

Ein weiteres Problem ist die Anwendung des sogenannten „Herkunftslandprinzips“, die angesichts der derzeitigen Niederlassung von Inhaltsplattformen in der EU dazu führen könnte, dass nur wenige nationale Behörden befugt sind, das Gesetz über digitale Dienste durchzusetzen. Diese Behörden sind möglicherweise nicht in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen. Darüber hinaus würde es die vorgeschlagene Regelung nicht gestatten, nationalen Besonderheiten bei der Regulierung von Inhalten angemessene Rechnung zu tragen. Das Gesetz über digitale Inhalte muss daher angepasst werden, um den zuständigen Behörden des Ziellandes ausdrücklich Interventionsbefugnisse zu übertragen (z. B. die Befugnis, auf Daten zuzugreifen, die Beteiligung an der Untersuchung und der Entscheidungsfindung, die Befugnis, im Falle eines Problems, das sein Hoheitsgebiet betrifft, Maßnahmen zu ergreifen, und die Befugnis zum direkten Eingreifen bei ungerechtfertigter Untätigkeit der Behörde des Niederlassungslandes).

ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Rechtsausschuss ersucht den federführenden Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, folgende Änderungsanträge zu berücksichtigen:

Änderungsantrag 1

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 1

Vorschlag der Kommission

(1) Dienste der Informationsgesellschaft und insbesondere Vermittlungsdienste sind mittlerweile ein wichtiger Bestandteil der Volkswirtschaft der Union und des Alltags ihrer Bürgerinnen und Bürger. Zwanzig Jahre

Geänderter Text

(1) Dienste der Informationsgesellschaft und insbesondere Vermittlungsdienste sind mittlerweile ein wichtiger Bestandteil der Volkswirtschaft der Union und des Alltags ihrer Bürgerinnen und Bürger. Zwanzig Jahre

nach der Annahme des bestehenden, auf derlei Dienste anwendbaren Rechtsrahmens, der in der Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates²⁵ festgelegt ist, bieten neue und innovative Geschäftsmodelle und Dienste wie soziale Netzwerke und Marktplätze im Internet Geschäftskunden und Verbrauchern nun die Möglichkeit, auf neuartige Weise Informationen weiterzugeben und darauf zuzugreifen und Geschäftsvorgänge durchzuführen. Eine Mehrheit der Bürgerinnen und **-bürger** der Union nutzt diese Dienste inzwischen täglich. Der digitale Wandel und die verstärkte Nutzung dieser Dienste haben jedoch auch neue Risiken und Herausforderungen mit sich gebracht, und zwar sowohl für den einzelnen Nutzer als auch für die Gesellschaft als Ganzes.

²⁵ Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“) (ABl. L 178 vom 17.7.2000, S. 1).

nach der Annahme des bestehenden, auf derlei Dienste anwendbaren Rechtsrahmens, der in der Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates²⁵ festgelegt ist, bieten neue und innovative Geschäftsmodelle und Dienste wie soziale Netzwerke und Marktplätze im Internet Geschäftskunden und Verbrauchern nun die Möglichkeit, auf neuartige **und innovative** Weise Informationen weiterzugeben und darauf zuzugreifen und Geschäftsvorgänge durchzuführen, **was einerseits zu einem Wandel der Gewohnheiten in Bezug darauf, wie sie miteinander kommunizieren, in Verbindung treten, konsumieren und Geschäfte tätigen, sowie andererseits zu einem Wandel auf gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene in der Union führt.** Eine Mehrheit der Bürgerinnen und **Bürger** der Union nutzt diese Dienste inzwischen täglich. Der digitale Wandel und die verstärkte Nutzung dieser Dienste haben jedoch auch neue Risiken und Herausforderungen mit sich gebracht, und zwar sowohl für den einzelnen Nutzer, **beispielsweise durch Finanzbetrug und Betrug über soziale Netzwerke**, als auch für die Gesellschaft als Ganzes.

²⁵ Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“) (ABl. L 178 vom 17.7.2000, S. 1).

Änderungsantrag 2

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 2

Vorschlag der Kommission

(2) Die Mitgliedstaaten führen zunehmend nationale Rechtsvorschriften zu den von dieser Verordnung abgedeckten Angelegenheiten ein, oder ziehen dies in Erwägung, und schaffen damit insbesondere Sorgfaltspflichten für Anbieter von Vermittlungsdiensten. Unter Berücksichtigung des von Natur aus grenzüberschreitenden Charakters des Internets, das im Allgemeinen für die Bereitstellung dieser Dienste verwendet wird, **beeinträchtigen** diese unterschiedlichen nationalen Rechtsvorschriften den Binnenmarkt, der gemäß Artikel 26 des Vertrags ein Raum ohne Binnengrenzen ist, in dem der freie Verkehr von Waren und Dienstleistungen sowie die Niederlassungsfreiheit gewährleistet sind. Die Bedingungen für die Erbringung von Vermittlungsdiensten im gesamten Binnenmarkt sollten harmonisiert werden, um Unternehmen Zugang zu neuen Märkten und Chancen zur Nutzung der Vorteile des Binnenmarkts zu verschaffen und gleichzeitig den Verbrauchern und anderen Nutzern eine größere Auswahl zu bieten.

Geänderter Text

(2) Die Mitgliedstaaten führen zunehmend nationale Rechtsvorschriften zu den von dieser Verordnung abgedeckten Angelegenheiten ein oder ziehen dies in Erwägung und schaffen damit insbesondere Sorgfaltspflichten für Anbieter von Vermittlungsdiensten. Unter Berücksichtigung des von Natur aus grenzüberschreitenden Charakters des Internets, das im Allgemeinen für die Bereitstellung dieser Dienste verwendet wird, **lassen** diese unterschiedlichen nationalen Rechtsvorschriften **eine rechtliche Fragmentierung entstehen und beeinträchtigen** den Binnenmarkt, der gemäß Artikel 26 des Vertrags ein Raum ohne Binnengrenzen ist, in dem der freie Verkehr von Waren und Dienstleistungen sowie die Niederlassungsfreiheit gewährleistet sind. Die Bedingungen für die Erbringung von Vermittlungsdiensten im gesamten Binnenmarkt sollten harmonisiert werden, um Unternehmen Zugang zu neuen Märkten und Chancen zur Nutzung der Vorteile des Binnenmarkts zu verschaffen und gleichzeitig den Verbrauchern und anderen Nutzern eine größere Auswahl zu bieten, **sodass ein angemessenes Gleichgewicht zwischen der Unterstützung von Innovation einerseits und dem Schutz der Verbraucher und der sonstigen Nutzer andererseits sichergestellt wird.**

Änderungsantrag 3

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 3

Vorschlag der Kommission

(3) Damit das Online-Umfeld sicher, berechenbar und vertrauenswürdig ist und sowohl Bürgerinnen und **-bürger** der Union als auch andere Personen die ihnen in der Charta der Grundrechte der

Geänderter Text

(3) Damit das Online-Umfeld sicher, **zugänglich**, berechenbar und vertrauenswürdig ist und sowohl Bürgerinnen und **Bürger** der Union als auch andere Personen die ihnen in der

Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) garantierten Grundrechte ausüben können, insbesondere das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit, auf unternehmerische Freiheit und auf Nichtdiskriminierung, ist unbedingt ein verantwortungsvolles und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von Vermittlungsdiensten erforderlich.

Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) garantierten Grundrechte ausüben können, insbesondere das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit, auf unternehmerische Freiheit, **auf Privatsphäre und Schutz personenbezogener Daten**, auf Nichtdiskriminierung **und auf Zugang zu den Gerichten**, ist unbedingt ein verantwortungsvolles und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von Vermittlungsdiensten erforderlich.

Änderungsantrag 4

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 4

Vorschlag der Kommission

(4) Um das Funktionieren des Binnenmarkts **zu** sicherzustellen und zu verbessern, sollten daher auf Unionsebene verbindliche gezielte, einheitliche, wirksame und verhältnismäßige Vorschriften festgelegt werden. Mit dieser Verordnung werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass im Binnenmarkt innovative digitale Dienste entstehen und expandieren können. Die Angleichung der nationalen Regulierungsmaßnahmen bezüglich der Anforderungen an Anbieter von Vermittlungsdiensten auf Unionsebene ist erforderlich, um eine Fragmentierung des Binnenmarkts zu vermeiden und zu beenden, die Rechtssicherheit zu gewährleisten und somit die Unsicherheit für Entwickler zu verringern und die Interoperabilität zu fördern. Durch die technologieneutrale Gestaltung der Anforderungen sollte die Innovation nicht gehemmt, sondern vielmehr gefördert werden.

Geänderter Text

(4) Um das Funktionieren des Binnenmarkts sicherzustellen und zu verbessern, sollten daher auf Unionsebene verbindliche gezielte, einheitliche, wirksame und verhältnismäßige Vorschriften festgelegt werden. Mit dieser Verordnung werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass im Binnenmarkt innovative digitale Dienste entstehen und expandieren können. Die Angleichung der nationalen Regulierungsmaßnahmen bezüglich der Anforderungen an Anbieter von Vermittlungsdiensten auf Unionsebene ist erforderlich, um eine Fragmentierung des Binnenmarkts zu vermeiden und zu beenden, die Rechtssicherheit zu gewährleisten und somit die Unsicherheit für Entwickler zu verringern und die Interoperabilität zu fördern. Durch die technologieneutrale Gestaltung der Anforderungen sollte die Innovation nicht gehemmt, sondern vielmehr gefördert **werden und die Grundrechte geachtet** werden.

Änderungsantrag 5

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 8

Vorschlag der Kommission

(8) Eine solche wesentliche Verbindung zur Union sollte dann als gegeben gelten, wenn der Diensteanbieter eine Niederlassung in der Union hat, oder – in Ermangelung einer solchen – anhand der Existenz einer erheblichen Zahl von Nutzern in einem oder mehreren Mitgliedstaaten oder der Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten beurteilt werden. Die Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten **lässt sich** anhand aller relevanten Umstände **bestimmen**, einschließlich Faktoren wie der Verwendung einer in dem betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Sprache oder Währung oder der Möglichkeit, Produkte oder Dienstleistungen zu bestellen, oder der Nutzung einer nationalen Domäne oberster Stufe. Ferner ließe sich die Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen Mitgliedstaat auch aus der Verfügbarkeit einer Anwendung im jeweiligen nationalen App-Store, der Schaltung lokaler Werbung oder von Werbung in der im betreffenden Mitgliedstaat verwendeten Sprache oder dem Management der Kundenbeziehungen, zum Beispiel durch die Bereitstellung eines Kundendienstes in der im betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Sprache, ableiten. Das Vorhandensein einer wesentlichen Verbindung sollte auch dann angenommen werden, wenn ein Diensteanbieter seine Tätigkeit nach Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates²⁷ auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten ausrichtet. Die bloße technische Zugänglichkeit einer Website in der Union reicht allerdings nicht aus, damit allein aus diesem Grund eine wesentliche Verbindung angenommen wird.

Geänderter Text

(8) Eine solche wesentliche Verbindung zur Union sollte dann als gegeben gelten, wenn der Diensteanbieter eine Niederlassung in der Union hat, oder – in Ermangelung einer solchen – anhand der Existenz einer erheblichen Zahl von Nutzern in einem oder mehreren Mitgliedstaaten oder der Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten beurteilt werden. Die Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten **sollte** anhand aller relevanten Umstände **bestimmt werden**, einschließlich Faktoren wie der Verwendung einer in dem betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Sprache oder Währung oder der Möglichkeit, Produkte oder Dienstleistungen zu bestellen, oder der Nutzung einer nationalen Domäne oberster Stufe. Ferner ließe sich die Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen Mitgliedstaat auch aus der Verfügbarkeit einer Anwendung im jeweiligen nationalen App-Store, der Schaltung lokaler Werbung oder von Werbung in der im betreffenden Mitgliedstaat verwendeten Sprache oder dem Management der Kundenbeziehungen, zum Beispiel durch die Bereitstellung eines Kundendienstes in der im betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Sprache, ableiten. Das Vorhandensein einer wesentlichen Verbindung sollte auch dann angenommen werden, wenn ein Diensteanbieter seine Tätigkeit nach Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates²⁷ auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten ausrichtet. Die bloße technische Zugänglichkeit einer Website in der Union reicht allerdings nicht aus, damit allein aus diesem Grund eine wesentliche Verbindung angenommen wird.

²⁷ Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. L 351 vom 20.12.2012, S. 1).

²⁷ Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. L 351 vom 20.12.2012, S. 1).

Änderungsantrag 6

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 9

Vorschlag der Kommission

(9) Diese Verordnung sollte die Vorschriften, die sich aus anderen Rechtsakten der Union zur Regelung bestimmter Aspekte der Bereitstellung von Vermittlungsdiensten ergeben, ergänzen, deren Anwendung jedoch unberührt lassen; dies gilt insbesondere für die Richtlinie 2000/31/EG, mit Ausnahme der mit dieser Verordnung eingeführten Änderungen, die Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in ihrer geänderten Fassung²⁸ und die vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte, genauer die Verordnung (EU) .../... des Europäischen Parlaments und des Rates²⁹. Diese Verordnung berührt daher nicht diese anderen Rechtsakte, die in Bezug auf den in dieser Verordnung festgelegten allgemein anwendbaren Rahmen als *lex specialis* gelten. **Die Vorschriften** dieser Verordnung **gelten jedoch für Fragen, die von den genannten anderen Rechtsakten nicht oder nicht vollständig behandelt werden, und** Fragen, in denen diese anderen Rechtsakte den Mitgliedstaaten die Möglichkeit lassen, bestimmte Maßnahmen auf nationaler Ebene zu ergreifen.

Geänderter Text

(9) Diese Verordnung sollte die Vorschriften, die sich aus anderen Rechtsakten der Union zur Regelung bestimmter Aspekte der Bereitstellung von Vermittlungsdiensten ergeben, ergänzen, deren Anwendung jedoch unberührt lassen; dies gilt insbesondere für die Richtlinie 2000/31/EG, mit Ausnahme der mit dieser Verordnung eingeführten Änderungen, die Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in ihrer geänderten Fassung²⁸ und die vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte, genauer die Verordnung (EU) .../... des Europäischen Parlaments und des Rates²⁹. Diese Verordnung berührt daher ***unter anderem*** nicht diese anderen Rechtsakte, die in Bezug auf den in dieser Verordnung festgelegten allgemein anwendbaren Rahmen als *lex specialis* gelten. **In** dieser Verordnung **sollten auch die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten für den Erlass von Gesetzen zur Förderung der Freiheit und des Pluralismus der Medien sowie der kulturellen und sprachlichen Vielfalt geachtet werden. Diese Verordnung sollte die Freiheit der Mitgliedstaaten unberührt lassen,** Fragen

genauer zu regeln, in denen diese anderen Rechtsakte den Mitgliedstaaten die Möglichkeit lassen, bestimmte Maßnahmen auf nationaler Ebene zu ergreifen. ***Im Falle eines Konflikts zwischen der Richtlinie 2010/13/EU in der geänderten Fassung und dieser Verordnung sollten die Richtlinie 2010/13/EU sowie die im Einklang mit dieser Richtlinie ergriffenen nationalen Maßnahmen Vorrang haben. Um die Mitgliedstaaten und Anbieter zu unterstützen, sollte die Kommission Leitlinien zur Auslegung der Wechselbeziehung zwischen verschiedenen Rechtsakten der Union und zur Vermeidung einer Doppelung von Anforderungen an Anbieter oder von potenziellen Konflikten bei der Auslegung ähnlicher Anforderungen bereitstellen.***

²⁸ Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) (Text von Bedeutung für den EWR) (ABl. L 95 vom 15.4.2010, S. 1).

²⁹ Verordnung (EU) .../... des Europäischen Parlaments und des Rates – vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte.

²⁸ Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) (Text von Bedeutung für den EWR) (ABl. L 95 vom 15.4.2010, S. 1).

²⁹ Verordnung (EU) .../... des Europäischen Parlaments und des Rates – vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte.

Änderungsantrag 7

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 10

Vorschlag der Kommission

(10) Im Interesse der Klarheit sollte auch darauf hingewiesen werden, dass diese Verordnung die folgenden

Geänderter Text

(10) Im Interesse der Klarheit sollte auch darauf hingewiesen werden, dass diese Verordnung die folgenden

Rechtsakte des Unionsrechts unberührt lässt: Verordnung (EU) 2019/1148 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁰ und Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates³¹, Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates³² und Verordnung .../... über eine vorübergehende Ausnahme von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2002/58/EG³³ und das Unionsrecht über den Verbraucherschutz, insbesondere Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates³⁴, Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates³⁵ und Richtlinie 93/13/EWG des Rates³⁶ in der durch Richtlinie (EU) 2019/2161 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁷ geänderten Fassung sowie das Unionsrecht über den Schutz personenbezogener Daten, insbesondere Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁸. Der Schutz von Einzelpersonen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten wird einzig durch die Vorschriften des Unionsrechts in diesem Bereich geregelt, insbesondere durch die Verordnung (EU) 2016/679 und die Richtlinie 2002/58/EG. Diese Verordnung lässt auch die Vorschriften des Unionsrechts über Arbeitsbedingungen unberührt.

³⁰ Verordnung (EU) 2019/1148 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Vermarktung und Verwendung von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 98/2013 (ABl. L 186 vom 11.7.2019, S. 1).

Rechtsakte des Unionsrechts unberührt lässt: Verordnung (EU) 2019/1148 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁰ und Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates³¹, Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates³² und Verordnung .../... über eine vorübergehende Ausnahme von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2002/58/EG³³ und das Unionsrecht über den Verbraucherschutz, insbesondere Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates³⁴, Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates³⁵ und Richtlinie 93/13/EWG des Rates³⁶ in der durch Richtlinie (EU) 2019/2161 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁷ geänderten Fassung, ***Richtlinie 2013/11/EU des Europäischen Parlaments und des Rates^{37a} und Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates^{37b} sowie das Unionsrecht über den Schutz personenbezogener Daten, insbesondere Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁸.*** Der Schutz von Einzelpersonen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten wird einzig durch die Vorschriften des Unionsrechts in diesem Bereich geregelt, insbesondere durch die Verordnung (EU) 2016/679 und die Richtlinie 2002/58/EG. Diese Verordnung lässt auch die Vorschriften des Unionsrechts über Arbeitsbedingungen unberührt.

³⁰ Verordnung (EU) 2019/1148 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Vermarktung und Verwendung von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 98/2013 (ABl. L 186 vom 11.7.2019, S. 1).

³¹ Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten (ABl. L 186 vom 11.7.2019, S. 57).

³² Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation) (ABl. L 201 vom 31.7.2002, S. 37).

³³ Verordnung .../... über eine vorübergehende Ausnahme von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2002/58/EG.

³⁴ Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken).

³⁵ Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

³⁶ Richtlinie 93/13/EWG des Rates vom 5. April 1993 über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen.

³⁷ Richtlinie (EU) 2019/2161 des Europäischen Parlaments und des Rates

³¹ Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten (ABl. L 186 vom 11.7.2019, S. 57).

³² Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation) (ABl. L 201 vom 31.7.2002, S. 37).

³³ Verordnung .../... über eine vorübergehende Ausnahme von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2002/58/EG.

³⁴ Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken).

³⁵ Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

³⁶ Richtlinie 93/13/EWG des Rates vom 5. April 1993 über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen.

³⁷ Richtlinie (EU) 2019/2161 des Europäischen Parlaments und des Rates

vom 27. November 2019 zur Änderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinien 98/6/EG, 2005/29/EG und 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur besseren Durchsetzung und Modernisierung der Verbraucherschutzvorschriften der Union.

vom 27. November 2019 zur Änderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinien 98/6/EG, 2005/29/EG und 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur besseren Durchsetzung und Modernisierung der Verbraucherschutzvorschriften der Union.

^{37a} Richtlinie 2013/11/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über die alternative Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2009/22/EG (Richtlinie über alternative Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten) (ABl. L 165 vom 18.6.2013, S. 63).

^{37b} Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 36).

³⁸ Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1).

³⁸ Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1).

Änderungsantrag 8

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 11

Vorschlag der Kommission

(11) Es sollte präzisiert werden, dass diese Verordnung die Vorschriften des Unionsrechts über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte nicht berührt, mit denen bestimmte Vorschriften und Verfahren festgelegt sind, die unberührt bleiben sollten.

Geänderter Text

(11) Es sollte präzisiert werden, dass diese Verordnung die Vorschriften des Unionsrechts über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte, ***insbesondere die Richtlinie (EU) 2019/790 des Europäischen Parlaments und des Rates^{1a}***, nicht berührt, mit denen bestimmte

Vorschriften und Verfahren festgelegt sind, die unberührt bleiben sollten **und die lex specialis sind und Vorrang vor dieser Verordnung haben.**

1a Richtlinie (EU) 2019/790 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte im digitalen Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinien 96/9/EG und 2001/29/EG (ABl. L 130 vom 17.5.2019, S. 92).

Änderungsantrag 9

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 12

Vorschlag der Kommission

(12) Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte die Definition des Begriffs „illegale Inhalte“ für die Zwecke dieser Verordnung weit gefasst werden; **er** umfasst auch Informationen im Zusammenhang mit illegalen Inhalten, Produkten, Dienstleistungen oder Tätigkeiten. Insbesondere sollte der Begriff so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale Hassrede, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder mit **rechtswidrigen** Handlungen **zusammenhängen**, etwa **der** Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, **der rechtswidrigen** Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, **dem** Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, **der** nicht **genehmigten** Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das

Geänderter Text

(12) Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, **zugängliches**, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte die Definition des Begriffs „illegale Inhalte“ für die Zwecke dieser Verordnung **auf dem allgemeinen Gedanken beruhen, dass alles, was offline illegal ist, auch online illegal sein sollte. Der Begriff sollte** weit gefasst werden **und** umfasst auch Informationen im Zusammenhang mit illegalen Inhalten, Produkten, Dienstleistungen oder Tätigkeiten. Insbesondere sollte der Begriff so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale Hassrede, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder **nicht im Einklang mit dem Unionsrecht stehen, da sie auf rechtswidrige Handlungen Bezug nehmen**, etwa **die** Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, **die rechtswidrige** Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, **den** Verkauf nicht konformer **gefährlicher** oder

Verbraucherschutzrecht. In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung sich aus dem Unionsrecht oder aus mit dem Unionsrecht im Einklang stehendem nationalem Recht ergibt, um welche Art von Rechtsvorschriften es geht und was diese zum Gegenstand haben.

gefälschter Produkte, **den illegalen Handel mit Tieren, Pflanzen oder Stoffen, die nicht genehmigte Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials, die Erbringung rechtswidriger Dienstleistungen wie Hosting-Dienstleistungen auf nicht mit dem Unionsrecht oder nationalem Recht im Einklang stehenden Onlineplattformen für die Kurzzeitvermietung** und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht. In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung sich aus dem Unionsrecht oder aus mit dem Unionsrecht im Einklang stehendem nationalem Recht ergibt, um welche Art von Rechtsvorschriften es geht und was diese zum Gegenstand haben.

Änderungsantrag 10

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 12 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(12a) Materialien, die für Bildungs-, Presse-, Forschungs- oder künstlerische Zwecke oder für die Zwecke der Verhütung oder Bekämpfung illegaler Inhalte verbreitet werden, einschließlich der Inhalte, die eine Formulierung polemischer oder kontroverser Ansichten in der öffentlichen Debatte darstellen, sollten nicht als illegale Inhalte gelten. Gleichmaßen sollten Materialien wie ein Augenzeugenvideo eines potenziellen Verbrechens nicht als illegal gelten, nur weil darin eine rechtswidrige Handlung dargestellt wird. Im Rahmen einer Bewertung sollte der wahre Zweck dieser Verbreitung ermittelt werden und geprüft werden, ob Materialien für die genannten Zwecke öffentlich verbreitet werden.

Änderungsantrag 11

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 13

Vorschlag der Kommission

(13) Aufgrund der besonderen Merkmale der betreffenden Dienste und der daraus folgenden Notwendigkeit, deren Anbietern bestimmte spezifische Verpflichtungen aufzuerlegen, ist innerhalb der weiter gefassten Kategorie Hosting-Diensteanbieter gemäß der Definition in dieser Verordnung die Unterkategorie Online-Plattformen abzugrenzen. Online-Plattformen *wie* soziale Netzwerke oder Online-Marktplätze sollten als Hosting-Diensteanbieter definiert werden, die nicht nur im Auftrag der Nutzer von diesen bereitgestellte Informationen speichern, sondern diese Informationen, wiederum im Auftrag der Nutzer, auch öffentlich verbreiten. Um übermäßig weit gefasste Verpflichtungen zu vermeiden, sollten Hosting-Diensteanbieter jedoch nicht als Online-Plattformen betrachtet werden, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nur um eine unbedeutende und *mit einem anderen Dienst verbundene reine Nebenfunktion* handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen anderen Hauptdienst genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit der Vorschriften dieser Verordnung für Online-Plattformen zu umgehen. Ein Kommentarbereich einer Online-Zeitung etwa könnte eine solche Funktion darstellen, die eindeutig eine Nebenfunktion des Hauptdienstes ist, nämlich der Veröffentlichung von Nachrichten unter der redaktionellen Verantwortung des Verlegers.

Geänderter Text

(13) Aufgrund der besonderen Merkmale der betreffenden Dienste und der daraus folgenden Notwendigkeit, deren Anbietern bestimmte spezifische Verpflichtungen aufzuerlegen, ist innerhalb der weiter gefassten Kategorie Hosting-Diensteanbieter gemäß der Definition in dieser Verordnung die Unterkategorie Online-Plattformen abzugrenzen. Online-Plattformen, *Suchmaschinen*, soziale Netzwerke, *Plattformen zum Austausch von Inhalten* oder Online-Marktplätze *und Live-Streaming-Plattformen oder Anbieter von Sofortnachrichtendiensten (Instant Messaging)* sollten als Hosting-Diensteanbieter definiert werden, die nicht nur im Auftrag der Nutzer von diesen bereitgestellte Informationen speichern, sondern diese Informationen, wiederum im Auftrag der Nutzer, auch öffentlich verbreiten. Um übermäßig weit gefasste Verpflichtungen zu vermeiden, sollten Hosting-Diensteanbieter jedoch nicht als Online-Plattformen betrachtet werden, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nur um eine unbedeutende und *reine Nebenfunktion des Hauptdienstes* handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen anderen Hauptdienst genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit der Vorschriften dieser Verordnung für Online-Plattformen zu umgehen. Ein Kommentarbereich einer Online-Zeitung etwa könnte eine solche Funktion darstellen, die eindeutig eine Nebenfunktion des Hauptdienstes ist, nämlich der Veröffentlichung von Nachrichten unter der redaktionellen Verantwortung des Verlegers.

Änderungsantrag 12

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 14

Vorschlag der Kommission

(14) Der Begriff „öffentliche Verbreitung“ sollte im Sinne dieser Verordnung die Bereitstellung von Informationen für eine potenziell unbegrenzte Zahl von Personen umfassen, also die Bereitstellung eines leichten Zugangs für die Nutzer im Allgemeinen, ohne dass weiteres Tätigwerden durch den Nutzer, der die Informationen bereitstellt, erforderlich wäre; dabei spielt es keine Rolle, ob diese Personen tatsächlich auf die betreffenden Informationen zugreifen. Allein die Möglichkeit, Nutzergruppen innerhalb eines bestimmten Dienstes zu schaffen, sollte kein hinreichendes Kriterium dafür sein, dass die auf diese Weise verbreiteten Informationen nicht öffentlich verbreitet werden. Der Begriff sollte jedoch nicht die Verbreitung von Informationen innerhalb geschlossener Gruppen mit einer **begrenzten** Anzahl an vorab festgelegten Mitgliedern erfassen. Interpersonelle Kommunikationsdienste im Sinne der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁹, etwa E-Mail oder Instant Messaging-Dienste, fallen nicht in den Anwendungsbereich dieser Verordnung. Informationen sollten nur dann als öffentlich verbreitet im Sinne dieser Verordnung gelten, wenn dies direkt im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat, geschieht.

³⁹ Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36).

Geänderter Text

(14) Der Begriff „öffentliche Verbreitung“ sollte im Sinne dieser Verordnung die Bereitstellung von Informationen für eine **große oder** potenziell unbegrenzte Zahl von Personen umfassen, also die Bereitstellung eines leichten Zugangs für die Nutzer im Allgemeinen, ohne dass weiteres Tätigwerden durch den Nutzer, der die Informationen bereitstellt, erforderlich wäre; dabei spielt es keine Rolle, ob diese Personen tatsächlich auf die betreffenden Informationen zugreifen. Allein die Möglichkeit, Nutzergruppen innerhalb eines bestimmten Dienstes zu schaffen, sollte kein hinreichendes Kriterium dafür sein, dass die auf diese Weise verbreiteten Informationen nicht öffentlich verbreitet werden. Der Begriff sollte jedoch nicht die Verbreitung von Informationen innerhalb geschlossener Gruppen mit einer Anzahl an vorab festgelegten Mitgliedern erfassen. Interpersonelle Kommunikationsdienste im Sinne der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁹, etwa E-Mail oder Instant Messaging-Dienste, fallen nicht in den Anwendungsbereich dieser Verordnung. Informationen sollten nur dann als öffentlich verbreitet im Sinne dieser Verordnung gelten, wenn dies direkt im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat, geschieht.

³⁹ Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36).

Änderungsantrag 13

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 16

Vorschlag der Kommission

(16) Die mit dem horizontalen Rahmen für bedingte Haftungsausschlüsse für Anbieter von Vermittlungsdiensten gemäß der Richtlinie 2000/31/EG geschaffene Rechtssicherheit hat dazu geführt, dass im ganzen Binnenmarkt viele neuartige Dienste entstehen und expandieren konnten. Der Rahmen sollte daher bestehen bleiben. Angesichts der Abweichungen bei der Umsetzung und Anwendung der einschlägigen Vorschriften auf nationaler Ebene und aus Gründen der Klarheit und Kohärenz sollte dieser Rahmen jedoch in diese Verordnung aufgenommen werden. Zudem müssen bestimmte Elemente dieses Rahmens unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union präzisiert werden.

Geänderter Text

(16) Die mit dem horizontalen Rahmen für bedingte Haftungsausschlüsse für Anbieter von Vermittlungsdiensten gemäß der Richtlinie 2000/31/EG geschaffene Rechtssicherheit hat dazu geführt, dass im ganzen Binnenmarkt viele neuartige Dienste entstehen und expandieren konnten. Der Rahmen sollte daher bestehen bleiben. Angesichts der Abweichungen bei der Umsetzung und Anwendung der einschlägigen Vorschriften auf nationaler Ebene und aus Gründen der Klarheit, ***Einheitlichkeit, Berechenbarkeit, Zugänglichkeit*** und Kohärenz sollte dieser Rahmen jedoch in diese Verordnung aufgenommen werden. Zudem müssen bestimmte Elemente dieses Rahmens unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union präzisiert werden.

Änderungsantrag 14

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 18

Vorschlag der Kommission

(18) Die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse sollten nicht gelten, wenn der Anbieter sich nicht darauf beschränkt, die Dienstleistungen auf neutrale Weise und durch die bloße technische ***und*** automatische Verarbeitung der vom Nutzer bereitgestellten Informationen zu erbringen, sondern dahingehend eine aktive Rolle einnimmt, dass er Wissen oder Kontrolle über diese Informationen erhält. Diese Ausschlüsse sollten dementsprechend nicht für die Haftung im Zusammenhang mit

Geänderter Text

(18) Die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse sollten nicht gelten, wenn der Anbieter sich nicht darauf beschränkt, die Dienstleistungen auf neutrale Weise und durch die bloße technische, automatische Verarbeitung der vom Nutzer bereitgestellten Informationen zu erbringen, sondern dahingehend eine aktive Rolle einnimmt, dass er Wissen oder Kontrolle über diese Informationen erhält. Diese Ausschlüsse sollten dementsprechend nicht für die Haftung im Zusammenhang mit Informationen gelten,

Informationen gelten, die nicht vom Nutzer bereitgestellt werden, sondern vom Anbieter des Vermittlungsdienstes selbst, auch wenn diese Informationen im Rahmen der redaktionellen Verantwortung dieses Anbieters entwickelt wurden.

die nicht vom Nutzer bereitgestellt werden, sondern vom Anbieter des Vermittlungsdienstes selbst, auch wenn diese Informationen im Rahmen der redaktionellen Verantwortung dieses Anbieters entwickelt wurden. **Anbietern von Vermittlungsdiensten wird eine aktive Rolle zugeschrieben, wenn sie die Inhalte organisieren und referenzieren, unabhängig davon, ob dies automatisch erfolgt oder nicht.**

Änderungsantrag 15

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 20

Vorschlag der Kommission

(20) Ein Anbieter von Vermittlungsdiensten, **der bewusst mit einem Nutzer zusammenarbeitet, um illegale Tätigkeiten auszuüben**, erbringt die Dienstleistung nicht auf neutrale Weise und sollte dementsprechend die in dieser Verordnung vorgesehenen Haftungsausschlüsse nicht in Anspruch nehmen können.

Geänderter Text

(20) Ein Anbieter von Vermittlungsdiensten, **deren Hauptzweck darin besteht, illegalen Tätigkeiten nachzugehen oder diese zu erleichtern**, erbringt die Dienstleistung nicht auf neutrale Weise und sollte dementsprechend die in dieser Verordnung vorgesehenen Haftungsausschlüsse nicht in Anspruch nehmen können.

Änderungsantrag 16

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 21

Vorschlag der Kommission

(21) Ein Anbieter sollte die Haftungsausschlüsse für die „reine Durchleitung“ und das „Caching“ in Anspruch nehmen können, wenn er in keiner Weise mit den übermittelten Informationen in Verbindung steht. Voraussetzung dafür ist unter anderem, dass er die von ihm übermittelten Informationen nicht verändert. Unter diese Anforderung sollten jedoch keine Eingriffe technischer Art im Verlauf der

Geänderter Text

(21) Ein Anbieter sollte die Haftungsausschlüsse für die „reine Durchleitung“ und das „Caching“ in Anspruch nehmen können, wenn er in keiner Weise mit den übermittelten Informationen in Verbindung steht. Voraussetzung dafür ist unter anderem, dass er die von ihm übermittelten Informationen nicht verändert. Unter diese Anforderung sollten jedoch keine Eingriffe technischer Art im Verlauf der

Übermittlung fallen, da sie die Integrität der übermittelten Informationen nicht verändern.

Übermittlung fallen – *etwa das Netzmanagement* –, da sie die Integrität der übermittelten Informationen nicht verändern.

Änderungsantrag 17

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 22

Vorschlag der Kommission

(22) Um den Haftungsausschluss für Hosting-Dienste in Anspruch nehmen zu können, sollte der Anbieter unverzüglich tätig werden und illegale Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren, sobald er tatsächliche Kenntnis davon oder Wissen darüber erhält. Die Entfernung oder Sperrung des Zugangs sollte unter Beachtung des Grundsatzes der Freiheit der Meinungsäußerung erfolgen. Der Anbieter kann diese tatsächliche Kenntnis oder dieses Wissen ***insbesondere durch Untersuchungen aus eigener Initiative oder*** durch Meldungen erhalten, die bei ihm von Personen oder Stellen im Einklang mit dieser Verordnung eingehen, sofern diese Meldungen ausreichend präzise und hinreichend begründet sind, damit ein sorgfältiger Wirtschaftsteilnehmer die mutmaßlich illegalen Inhalte angemessen erkennen und bewerten und gegebenenfalls dagegen vorgehen kann.

Geänderter Text

(22) Um den Haftungsausschluss für Hosting-Dienste in Anspruch nehmen zu können, sollte der Anbieter unverzüglich tätig werden und illegale Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren, sobald er tatsächliche Kenntnis davon oder Wissen darüber erhält. Die Entfernung oder Sperrung des Zugangs sollte unter Beachtung ***der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, einschließlich*** des Grundsatzes der Freiheit der Meinungsäußerung, erfolgen. Der Anbieter kann diese tatsächliche Kenntnis oder dieses Wissen durch Meldungen erhalten, die bei ihm von Personen oder Stellen im Einklang mit dieser Verordnung eingehen, sofern diese Meldungen ausreichend präzise und hinreichend begründet sind, damit ein sorgfältiger Wirtschaftsteilnehmer die mutmaßlich illegalen Inhalte angemessen erkennen und bewerten und gegebenenfalls dagegen vorgehen kann.

Änderungsantrag 18

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 23

Vorschlag der Kommission

(23) Um den wirksamen Schutz der Verbraucher bei Geschäftsvorgängen im Internet über Vermittlungsdienste zu gewährleisten, sollten ***bestimmte*** Anbieter

Geänderter Text

(23) Um den wirksamen Schutz der Verbraucher bei Geschäftsvorgängen im Internet, ***einschließlich Online-Finanztransaktionen***, über

von Hosting-Diensten, **nämlich** Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmern ermöglichen, den Haftungsausschluss für Anbieter von Hosting-Diensten gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch nehmen können, sofern diese Online-Plattformen die einschlägigen Informationen bezüglich der betreffenden Vorgänge in einer Weise darstellen, bei der Verbraucher davon ausgehen können, dass die Informationen entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht oder Kontrolle unterstehenden Nutzer bereitgestellt werden und die Online-Plattformen deshalb Kenntnis von oder Kontrolle über die Informationen haben müssen, selbst wenn dem nicht tatsächlich so ist. In dieser Hinsicht sollte objektiv und auf Grundlage aller relevanten Umstände ermittelt werden, ob die Darstellung bei einem durchschnittlichen und angemessen informierten Verbraucher diesen Eindruck erwecken kann.

Vermittlungsdienste zu gewährleisten, sollten Anbieter von Hosting-Diensten, Online-Plattformen **und andere Diensteanbieter wie Marktplätze**, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmern ermöglichen, den Haftungsausschluss für Anbieter von Hosting-Diensten gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch nehmen können, sofern diese Online-Plattformen die einschlägigen Informationen bezüglich der betreffenden Vorgänge, **einschließlich Online-Finanztransaktionen**, in einer Weise darstellen, bei der Verbraucher davon ausgehen können, dass die Informationen entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht oder Kontrolle unterstehenden Nutzer bereitgestellt werden und die Online-Plattformen deshalb Kenntnis von oder Kontrolle über die Informationen haben müssen, selbst wenn dem nicht tatsächlich so ist. In dieser Hinsicht sollte objektiv und auf Grundlage aller relevanten Umstände ermittelt werden, ob die Darstellung bei einem durchschnittlichen und angemessen informierten Verbraucher diesen Eindruck erwecken kann.

Änderungsantrag 19

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 25

Vorschlag der Kommission

(25) Um Rechtssicherheit zu schaffen und Abschreckung vor Tätigkeiten zu vermeiden, die Anbieter von Vermittlungsdiensten auf freiwilliger Basis zur Erkennung und Feststellung von illegalen Inhalten sowie zum Vorgehen dagegen durchführen können, sollte präzisiert werden, dass die bloße Durchführung solcher Tätigkeiten durch Anbieter nicht dazu führt, dass die Haftungsausschlüsse gemäß dieser

Geänderter Text

(25) Um Rechtssicherheit zu schaffen, **eine verhältnismäßige Anwendung des Regulierungsrahmens sicherzustellen** und Abschreckung vor Tätigkeiten zu vermeiden, die Anbieter von Vermittlungsdiensten auf freiwilliger Basis zur Erkennung und Feststellung von illegalen Inhalten sowie zum Vorgehen dagegen durchführen können, sollte präzisiert werden, dass die bloße Durchführung solcher Tätigkeiten durch

Verordnung nicht in Anspruch genommen werden können, sofern diese Tätigkeiten nach Treu und Glauben und sorgfältig durchgeführt werden. Zudem sollte präzisiert werden, dass das bloße Ergreifen von Maßnahmen durch die Anbieter nach Treu und Glauben zur Einhaltung der Anforderungen des Unionsrechts, einschließlich derer gemäß dieser Verordnung im Hinblick auf ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen, nicht dazu führen sollte, dass **diese Ausschlüsse** nicht in Anspruch genommen werden können. Jegliche Tätigkeiten und Maßnahmen, die ein Anbieter möglicherweise durchgeführt bzw. ergriffen hat, sollten daher nicht berücksichtigt werden, um zu ermitteln, ob der Anbieter einen Haftungsausschluss in Anspruch nehmen kann, insbesondere in Bezug darauf, ob der Anbieter die Dienstleistung auf neutrale Weise erbringt und die einschlägige Vorschrift daher für ihn gelten kann, ohne dass dies jedoch bedeutet, dass sich der Anbieter zwangsläufig darauf berufen kann.

Anbieter nicht dazu führt, dass die Haftungsausschlüsse gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch genommen werden können, sofern diese Tätigkeiten nach Treu und Glauben und sorgfältig durchgeführt werden **und mit zusätzlichen Schutzvorkehrungen einhergehen**. Zudem sollte präzisiert werden, dass das bloße Ergreifen von Maßnahmen durch die Anbieter nach Treu und Glauben zur Einhaltung der Anforderungen des Unionsrechts **oder des einzelstaatlichen Rechts**, einschließlich derer gemäß dieser Verordnung im Hinblick auf ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen, nicht dazu führen sollte, dass **die Haftungsausschlüsse gemäß dieser Verordnung** nicht in Anspruch genommen werden können. Jegliche Tätigkeiten und Maßnahmen, die ein Anbieter möglicherweise durchgeführt bzw. ergriffen hat, **um auf freiwilliger Basis illegale Inhalte zu erkennen, festzustellen und dagegen vorzugehen**, sollten daher nicht berücksichtigt werden, um zu ermitteln, ob der Anbieter einen Haftungsausschluss in Anspruch nehmen kann, insbesondere in Bezug darauf, ob der Anbieter die Dienstleistung auf neutrale Weise erbringt und die einschlägige Vorschrift daher für ihn gelten kann, ohne dass dies jedoch bedeutet, dass sich der Anbieter zwangsläufig darauf berufen kann.

Änderungsantrag 20

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 27

Vorschlag der Kommission

(27) Seit dem Jahr 2000 wurden neue Technologien entwickelt, die für eine bessere Verfügbarkeit, Wirksamkeit, Geschwindigkeit, Verlässlichkeit, Kapazität und Sicherheit von Systemen für die Übermittlung und Speicherung von

Geänderter Text

(27) Seit dem Jahr 2000 wurden neue Technologien entwickelt, die für eine bessere Verfügbarkeit, Wirksamkeit, Geschwindigkeit, Verlässlichkeit, Kapazität und Sicherheit von Systemen für die Übermittlung und Speicherung von

Daten im Internet sorgen, wodurch ein immer komplexeres Online-Ökosystem entstanden ist. In dieser Hinsicht sollte daran erinnert werden, dass Anbieter von Diensten zur Bereitstellung und Vereinfachung der zugrunde liegenden logischen Architektur und des reibungslosen Funktionierens des Internets, einschließlich technischer Hilfsfunktionen, ebenfalls die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse in Anspruch nehmen können, sofern ihre Dienste als „reine Durchleitung“, „Caching“ oder „Hosting“ einzuordnen sind. Zu solchen Diensten gehören gegebenenfalls lokale Funknetze (WLAN), DNS-Dienste, die Dienste von Namenregistern der Domäne oberster Stufe und Zertifizierungsstellen, die digitale Zertifikate ausstellen, oder Netze zur Bereitstellung von Inhalten, die Funktionen anderer Anbieter von Vermittlungsdiensten bereitstellen oder verbessern. Auch Dienste für Kommunikationszwecke und die technischen Mittel für ihre Bereitstellung haben sich stark entwickelt und zur Entstehung von Online-Diensten wie der Internet-Sprachtelefonie (VoIP), Nachrichtenübermittlungsdiensten und webgestützten E-Mail-Diensten geführt, bei denen die Kommunikation über einen Internetzugangsdienst ermöglicht wird. Bei diesen Diensten ist ebenfalls eine Inanspruchnahme der Haftungsausschlüsse möglich, sofern sie als „reine Durchleitung“, „Caching“ oder „Hosting“ einzuordnen sind.

Daten im Internet sorgen, wodurch ein immer komplexeres Online-Ökosystem entstanden ist. In dieser Hinsicht sollte daran erinnert werden, dass Anbieter von Diensten zur Bereitstellung und Vereinfachung der zugrunde liegenden logischen Architektur und des reibungslosen Funktionierens des Internets, einschließlich technischer Hilfsfunktionen, ebenfalls die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse in Anspruch nehmen können, sofern ihre Dienste als „reine Durchleitung“, „Caching“ oder „Hosting“ einzuordnen sind. Zu solchen Diensten gehören gegebenenfalls lokale Funknetze (WLAN), DNS-Dienste, die Dienste von Namenregistern der Domäne oberster Stufe und Zertifizierungsstellen, die digitale Zertifikate ausstellen, oder Netze zur Bereitstellung von Inhalten, die Funktionen anderer Anbieter von Vermittlungsdiensten bereitstellen oder verbessern. Auch Dienste für Kommunikationszwecke und die technischen Mittel für ihre Bereitstellung haben sich stark entwickelt und zur Entstehung von Online-Diensten wie der Internet-Sprachtelefonie (VoIP), Nachrichtenübermittlungsdiensten und webgestützten E-Mail-Diensten geführt, bei denen die Kommunikation über einen Internetzugangsdienst ermöglicht wird. Bei diesen Diensten ist ebenfalls eine Inanspruchnahme der Haftungsausschlüsse möglich, **obwohl sie nicht unter die Verpflichtungen gemäß dieser Verordnung fallen**, sofern sie als „reine Durchleitung“, „Caching“ oder „Hosting“ einzuordnen sind.

Änderungsantrag 21

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 28

Vorschlag der Kommission

(28) Die **Anbieter von**

RR\1246056DE.docx

Geänderter Text

(28) Die **Mitgliedstaaten sind nur**

411/1119

PE693.594v02-00

Vermittlungsdiensten sollten keiner allgemeinen Überwachungspflicht unterliegen. Dies betrifft nicht die Überwachungspflichten in spezifischen Fällen und berührt insbesondere nicht Anordnungen, die von nationalen Behörden nach nationalem Recht im Einklang mit den in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen erlassen werden. Diese Verordnung sollte in keinem Fall so ausgelegt werden, dass sie eine allgemeine Überwachungspflicht, eine Verpflichtung zur aktiven Nachforschung oder eine allgemeine Verpflichtung der Anbieter zum Ergreifen proaktiver Maßnahmen in Bezug auf illegale Inhalte auferlegt.

daran gehindert, den Diensteanbietern eine allgemeine Überwachungspflicht aufzuerlegen, bei der eine kontinuierliche Ermittlung aus der Gesamtheit der verfügbaren Inhalte verlangt wird. Dies betrifft nicht die Überwachungspflichten in spezifischen Fällen, ***wenn sie in Rechtsakten der Union festgelegt sind,*** und berührt insbesondere nicht Anordnungen, die von nationalen Behörden nach nationalem Recht, ***mit dem Rechtsakte der Union umgesetzt werden,*** im Einklang mit den in dieser Verordnung ***und anderen lex-specialis-Rechtsvorschriften der Union*** festgelegten Bedingungen erlassen werden. Diese Verordnung sollte in keinem Fall so ausgelegt werden, dass sie eine allgemeine Überwachungspflicht, eine Verpflichtung zur aktiven Nachforschung oder eine allgemeine Verpflichtung der Anbieter zum Ergreifen proaktiver Maßnahmen in Bezug auf illegale Inhalte ***oder eine Verpflichtung zur Verwendung automatisierter Instrumente zur Filterung von Inhalten*** auferlegt. ***Ebenso sollte diese Verordnung die Anbieter nicht daran hindern, eine Übermittlungsverschlüsselung ihrer Dienste einzuführen.***

Änderungsantrag 22

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 28 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(28a) Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten nicht dazu verpflichtet werden, automatisierte Instrumente für die Moderation von Inhalten zu verwenden, da solche Instrumente Schwierigkeiten haben, die Feinheiten von Inhalten und Bedeutungen in der menschlichen Kommunikation effektiv nachzuvollziehen, was jedoch erforderlich ist, um festzustellen, ob geprüfte Inhalte

gegen das Gesetz oder gegen die Bedingungen für die Verwendung des Dienstes verstoßen.

Änderungsantrag 23

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 29

Vorschlag der Kommission

(29) In Abhängigkeit von dem Rechtssystem der Mitgliedstaaten und dem betreffenden Rechtsgebiet können nationale Justiz- oder Verwaltungsbehörden die Anbieter von Vermittlungsdiensten anweisen, gegen bestimmte illegale Inhalte vorzugehen oder bestimmte Informationen zur Verfügung zu stellen. Die nationalen Rechtsvorschriften, nach denen solche Anordnungen erlassen werden, unterscheiden sich erheblich und die Anordnungen erfolgen zunehmend im grenzüberschreitenden Kontext. Um sicherzustellen, dass derlei Anordnungen wirksam und effizient befolgt werden können, damit die betreffenden Behörden ihre Aufgaben erfüllen können und die Anbieter keinen unverhältnismäßigen Belastungen ausgesetzt sind, und dabei Auswirkungen auf die Rechte und berechtigten Interessen von Dritten zu vermeiden, ist es erforderlich, bestimmte Bedingungen, denen diese Anordnungen genügen sollten, und einige zusätzliche Anforderungen im Zusammenhang mit der Bearbeitung dieser Anordnungen festzulegen.

Geänderter Text

(29) In Abhängigkeit von dem Rechtssystem der Mitgliedstaaten und dem betreffenden Rechtsgebiet können nationale Justiz- oder Verwaltungsbehörden die Anbieter von Vermittlungsdiensten anweisen, gegen bestimmte illegale Inhalte vorzugehen oder bestimmte Informationen zur Verfügung zu stellen. Die nationalen Rechtsvorschriften ***im Einklang mit dem Unionsrecht, einschließlich der Charta der Grundrechte der Europäischen Union,*** nach denen solche Anordnungen erlassen werden, unterscheiden sich erheblich und die Anordnungen erfolgen zunehmend im grenzüberschreitenden Kontext, ***was oft zu einer Fragmentierung des Binnenmarkts führt.*** Um sicherzustellen, dass derlei Anordnungen wirksam und effizient befolgt werden können, damit die betreffenden Behörden ihre Aufgaben erfüllen können und die Anbieter keinen unverhältnismäßigen Belastungen ausgesetzt sind, und dabei Auswirkungen auf die Rechte und berechtigten Interessen von Dritten zu vermeiden, ist es erforderlich, bestimmte ***einheitliche*** Bedingungen, denen diese Anordnungen genügen sollten, und einige zusätzliche Anforderungen im Zusammenhang mit der ***wirksamen*** Bearbeitung dieser Anordnungen festzulegen. ***Die geltenden Vorschriften über die gegenseitige Anerkennung gerichtlicher Urteile sollten unberührt bleiben.***

Änderungsantrag 24

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 30

Vorschlag der Kommission

(30) Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte oder zur Bereitstellung von Informationen sollten im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen werden, insbesondere der Verordnung (EU) 2016/679 und dem in dieser Verordnung festgelegten Verbot allgemeiner Verpflichtungen zur Überwachung von Informationen oder zur aktiven Ermittlung von Tatsachen oder Umständen, die auf illegale Tätigkeiten hindeuten. Die in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen und Anforderungen, die für Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte gelten, lassen andere Rechtsakte der Union unberührt, die ähnliche Mechanismen für das Vorgehen gegen bestimmte Arten illegaler Inhalte vorsehen, etwa die Verordnung (EU) .../... (vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte) oder die Verordnung (EU) 2017/2394, mit der spezifische Befugnisse zur Anordnung der Bereitstellung von Informationen an die Verbraucherschutzbehörden der Mitgliedstaaten übertragen werden, während die Bedingungen und Anforderungen, die für Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen gelten, andere Rechtsakte der Union unberührt lassen, die ähnliche einschlägige Vorschriften für bestimmte Sektoren vorsehen. Diese Bedingungen und Anforderungen sollten unbeschadet der Vorschriften des anwendbaren nationalen Rechts zur Speicherung und Aufbewahrung im Einklang mit dem Unionsrecht und Ersuchen von Strafverfolgungsbehörden um vertrauliche Behandlung im Zusammenhang mit der Nichtoffenlegung von Informationen gelten.

Geänderter Text

(30) Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte oder zur Bereitstellung von Informationen sollten im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen werden, ***einschließlich der Charta der Grundrechte der Europäischen Union*** und insbesondere der Verordnung (EU) 2016/679 und dem in dieser Verordnung festgelegten Verbot allgemeiner Verpflichtungen zur Überwachung von Informationen oder zur aktiven Ermittlung von Tatsachen oder Umständen, die auf illegale Tätigkeiten hindeuten. Die in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen und Anforderungen, die für Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte gelten, lassen andere Rechtsakte der Union unberührt, die ähnliche Mechanismen für das Vorgehen gegen bestimmte Arten illegaler Inhalte vorsehen, etwa die Verordnung (EU) .../... (vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte) oder die Verordnung (EU) 2017/2394, mit der spezifische Befugnisse zur Anordnung der Bereitstellung von Informationen an die Verbraucherschutzbehörden der Mitgliedstaaten übertragen werden, während die Bedingungen und Anforderungen, die für Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen gelten, andere Rechtsakte der Union unberührt lassen, die ähnliche einschlägige Vorschriften für bestimmte Sektoren vorsehen. Diese Bedingungen und Anforderungen sollten unbeschadet der Vorschriften des anwendbaren nationalen Rechts zur Speicherung und Aufbewahrung im Einklang mit dem Unionsrecht und Ersuchen von Strafverfolgungsbehörden um vertrauliche

Behandlung im Zusammenhang mit der Nichtoffenlegung von Informationen gelten.

Änderungsantrag 25

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 31

Vorschlag der Kommission

(31) Der räumliche Geltungsbereich solcher Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte sollte auf der Grundlage des geltenden Unions- oder nationalen Rechts, das den Erlass der Anordnung ermöglicht, eindeutig festgelegt werden und nicht über das zur Erreichung ihrer Ziele unbedingt erforderliche Maß hinausgehen. In dieser Hinsicht sollte die nationale Justiz- oder Verwaltungsbehörde, die die Anordnung erlässt, die Ziele der Anordnung im Einklang mit ihrer Rechtsgrundlage gegen die Rechte und berechtigten Interessen aller Dritten abwägen, die von der Anordnung betroffen sein könnten, insbesondere ihre Grundrechte nach der Charta. Kann eine Anordnung, die sich auf spezifische Informationen bezieht, Auswirkungen über das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats der betreffenden Behörde hinaus haben, so sollte die Behörde zudem bewerten, ob diese Informationen auch in anderen betroffenen Mitgliedstaaten illegale Inhalte darstellen könnten und gegebenenfalls sowohl die einschlägigen Vorschriften des Unionsrechts und Völkerrechts als auch die Interessen diplomatischer Gepflogenheiten berücksichtigen.

Geänderter Text

(31) Der räumliche Geltungsbereich solcher Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte sollte auf der Grundlage des geltenden Unions- oder nationalen Rechts, das den Erlass der Anordnung ermöglicht, eindeutig festgelegt werden und nicht über das zur Erreichung ihrer Ziele unbedingt erforderliche Maß hinausgehen. In dieser Hinsicht sollte die nationale Justiz- oder Verwaltungsbehörde, die die Anordnung erlässt, die Ziele der Anordnung im Einklang mit ihrer Rechtsgrundlage gegen die Rechte und berechtigten Interessen aller Dritten abwägen, die von der Anordnung betroffen sein könnten, insbesondere ihre Grundrechte nach der Charta. Kann eine Anordnung, die sich auf spezifische Informationen bezieht, Auswirkungen über das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats der betreffenden Behörde hinaus haben, so sollte die Behörde zudem bewerten, ob diese Informationen auch in anderen betroffenen Mitgliedstaaten illegale Inhalte darstellen könnten und gegebenenfalls sowohl die einschlägigen Vorschriften des Unionsrechts und Völkerrechts als auch die Interessen diplomatischer Gepflogenheiten berücksichtigen. ***In diesem Zusammenhang und zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit sollten Anordnungen, die an einen Anbieter gerichtet sind, der seine Hauptniederlassung in einem anderen Mitgliedstaat oder außerhalb der Union hat, auf den anordnenden Mitgliedstaat beschränkt sein, es sei denn, bei der***

Änderungsantrag 26

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 32

Vorschlag der Kommission

(32) Die in dieser Verordnung geregelten Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen betreffen die Vorlage spezifischer Informationen über einzelne Nutzer der betreffenden Vermittlungsdienste, die in diesen Anordnungen genannt sind, um festzustellen, ob die Nutzer die anwendbaren Rechtsvorschriften auf Unions- oder nationaler Ebene einhalten. Daher sollten Anordnungen bezüglich Informationen über eine Gruppe von Nutzern, die nicht im Einzelnen genannt werden, einschließlich Anordnungen über die Bereitstellung von für statistische Zwecke oder eine faktengestützte Politikgestaltung erforderlichen aggregierten Informationen, von den Vorschriften dieser Verordnung über die Bereitstellung von Informationen unberührt bleiben.

Geänderter Text

(32) Die in dieser Verordnung geregelten Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen betreffen die Vorlage spezifischer Informationen über einzelne Nutzer der betreffenden Vermittlungsdienste, die in diesen Anordnungen genannt sind, um festzustellen, ob die Nutzer die anwendbaren Rechtsvorschriften auf Unions- oder nationaler Ebene einhalten. ***Diese Informationen sollten die rechtmäßig erfassten Informationen wie die entsprechenden E-Mail-Adressen, Telefonnummern und weiteren Kontaktdaten, die für die Einhaltung der Vorschriften erforderlich sind, umfassen.*** Daher sollten Anordnungen bezüglich Informationen über eine Gruppe von Nutzern, die nicht im Einzelnen genannt werden, einschließlich Anordnungen über die Bereitstellung von für statistische Zwecke oder eine faktengestützte Politikgestaltung erforderlichen aggregierten Informationen, von den Vorschriften dieser Verordnung über die Bereitstellung von Informationen unberührt bleiben.

Änderungsantrag 27

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 33

Vorschlag der Kommission

(33) Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte und zur Bereitstellung von

Geänderter Text

(33) Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte und zur Bereitstellung von

Informationen unterliegen den Vorschriften zur Wahrung der Zuständigkeit des Mitgliedstaats, in dem der Anbieter niedergelassen ist, und zur Festlegung möglicher Ausnahmen von dieser Zuständigkeit in bestimmten Fällen gemäß Artikel 3 der Richtlinie 2000/31/EG, sofern die Bedingungen des genannten Artikels erfüllt sind. Da sich die betreffenden Anordnungen auf bestimmte illegale Inhalte bzw. bestimmte Informationen beziehen, beschränken Anordnungen, die an in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassene Anbieter gerichtet sind, grundsätzlich nicht die Freiheit dieser Anbieter, ihre Dienste grenzüberschreitend zu erbringen. Die Vorschriften des Artikels 3 der Richtlinie 2000/31/EG, einschließlich derer über die Notwendigkeit, Maßnahmen zu rechtfertigen, die aus bestimmten genau festgelegten Gründen eine Ausnahme von der Zuständigkeit des Mitgliedstaats, in dem der Anbieter niedergelassen ist, darstellen und über die Mitteilung solcher Maßnahmen, gelten daher nicht für diese Anordnungen.

Informationen unterliegen den Vorschriften zur Wahrung der Zuständigkeit des Mitgliedstaats, in dem der Anbieter niedergelassen ist, und zur Festlegung möglicher Ausnahmen von dieser Zuständigkeit in bestimmten Fällen gemäß Artikel 3 der Richtlinie 2000/31/EG, sofern die Bedingungen des genannten Artikels erfüllt sind. Da sich die betreffenden Anordnungen auf bestimmte illegale Inhalte bzw. bestimmte Informationen **gemäß ihrer Definition im Unionsrecht bzw. im nationalen Recht im Einklang mit dem Unionsrecht, einschließlich der Charta der Grundrechte der Europäischen Union**, beziehen, beschränken Anordnungen, die an in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassene Anbieter gerichtet sind, grundsätzlich nicht die Freiheit dieser Anbieter, ihre Dienste grenzüberschreitend zu erbringen. Die Vorschriften des Artikels 3 der Richtlinie 2000/31/EG, einschließlich derer über die Notwendigkeit, Maßnahmen zu rechtfertigen, die aus bestimmten genau festgelegten Gründen eine Ausnahme von der Zuständigkeit des Mitgliedstaats, in dem der Anbieter niedergelassen ist, darstellen, und über die Mitteilung solcher Maßnahmen, gelten daher nicht für diese Anordnungen.

Änderungsantrag 28

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 34

Vorschlag der Kommission

(34) Um die Ziele dieser Verordnung zu erreichen und insbesondere das Funktionieren des Binnenmarkts zu verbessern und ein sicheres und transparentes Online-Umfeld zu gewährleisten, ist es erforderlich, eindeutige und ausgewogene harmonisierte Sorgfaltspflichten für die Anbieter von Vermittlungsdiensten festzulegen. Mit

Geänderter Text

(34) Um die Ziele dieser Verordnung zu erreichen und insbesondere das Funktionieren des Binnenmarkts zu verbessern und ein **zugängliches**, sicheres und transparentes Online-Umfeld zu gewährleisten, ist es erforderlich, eindeutige, **berechenbare** und ausgewogene harmonisierte Sorgfaltspflichten für die Anbieter von

diesen Verpflichtungen sollte insbesondere darauf abgezielt werden, die Verwirklichung verschiedener politischer Ziele wie der Sicherheit und des Vertrauens der Nutzer, einschließlich der minderjährigen und schutzbedürftigen Nutzer, zu gewährleisten, die einschlägigen in der Charta verankerten Grundrechte zu schützen, die sinnvolle Rechenschaftspflicht der Anbieter sicherzustellen und die Nutzer sowie andere betroffene Parteien zu stärken und den zuständigen Behörden zugleich die erforderliche Aufsicht zu erleichtern.

Vermittlungsdiensten festzulegen. Mit diesen Verpflichtungen sollte insbesondere darauf abgezielt werden, die Verwirklichung verschiedener politischer Ziele wie der Sicherheit und des Vertrauens der Nutzer, einschließlich der minderjährigen und schutzbedürftigen Nutzer, **wie diejenigen mit geschützten Merkmalen gemäß Artikel 21 der Charta**, zu gewährleisten, die einschlägigen in der Charta verankerten Grundrechte zu schützen, die sinnvolle Rechenschaftspflicht der Anbieter sicherzustellen und die Nutzer sowie andere betroffene Parteien zu stärken und den zuständigen Behörden zugleich die erforderliche Aufsicht zu erleichtern, **wodurch gleichzeitig für ein geeignetes Gleichgewicht zwischen der Unterstützung von Innovation einerseits und dem Schutz der Verbraucher und Nutzer andererseits Sorge getragen wird.**

Änderungsantrag 29

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 35

Vorschlag der Kommission

(35) *In dieser Hinsicht ist es wichtig, Sorgfaltspflichten an die Beschaffenheit und Art der betreffenden Vermittlungsdienste anzupassen. In dieser Verordnung werden daher grundlegende Verpflichtungen festgelegt, die für alle Anbieter von Vermittlungsdiensten gelten, sowie zusätzliche Verpflichtungen für Anbieter von Hosting-Diensten und, im Einzelnen, für Online-Plattformen und sehr große Online-Plattformen. Sofern Anbieter von Vermittlungsdiensten aufgrund der Art ihrer Dienste und ihrer Größe in diese verschiedenen Kategorien fallen, sollten sie alle entsprechenden Verpflichtungen aus dieser Verordnung erfüllen. Diese harmonisierten Sorgfaltspflichten, die angemessen und*

Geänderter Text

(35) *Um sicherzustellen, dass die Verpflichtungen nur auf diejenigen Anbieter von Vermittlungsdiensten angewandt werden, bei denen der Nutzen die Belastung des Anbieters überwiegt, sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, Anbieter von Vermittlungsdiensten, die gemeinnützig tätig sind oder eine Aufgabe im öffentlichen Interesse verfolgen und bei denen es sich um KMU ohne systemisches Risiko im Zusammenhang mit illegalen Inhalten handelt, ganz oder teilweise von den Anforderungen des Kapitels III zu befreien. Die Anbieter müssen stichhaltige Gründe vorbringen, warum ihnen eine Befreiung erteilt werden sollte. Die Kommission sollte derartige Anträge*

nicht willkürlich sein sollten, sind erforderlich, um die ermittelten politischen Ziele umzusetzen, etwa die Wahrung der berechtigten Interessen der Nutzer, die Bekämpfung illegaler Praktiken und den Schutz der Grundrechte im Internet.

prüfen und jederzeit befugt sein, eine Befreiung zu erteilen oder zu widerrufen. Die Kommission sollte ein öffentliches Verzeichnis aller gewährten Befreiungen samt der entsprechenden Bedingungen führen, in dem erläutert wird, warum der Anbieter Anrecht auf eine Befreiung hat.

Änderungsantrag 30

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 36

Vorschlag der Kommission

(36) Um die reibungslose und wirksame Kommunikation im Zusammenhang mit den Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen, zu **gewährleisten**, sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten verpflichtet werden, eine zentrale Kontaktstelle einzurichten und einschlägige Informationen zu ihrer Kontaktstelle zu veröffentlichen, einschließlich der für diese Kommunikation zu verwendenden Sprachen. Die Kontaktstelle kann auch von vertrauenswürdigen Hinweisgebern und Gewerbetreibenden, die in einer bestimmten Beziehung zum Anbieter von Vermittlungsdiensten stehen, genutzt werden. Im Gegensatz zum Rechtsvertreter sollte die Kontaktstelle operativen Zwecken dienen und benötigt nicht unbedingt einen physischen Standort.

Geänderter Text

(36) Um die reibungslose und wirksame Kommunikation im Zusammenhang mit den Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen, zu **erleichtern**, sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten verpflichtet werden, eine zentrale Kontaktstelle einzurichten und einschlägige **und aktuelle** Informationen zu ihrer Kontaktstelle zu veröffentlichen, einschließlich der für diese Kommunikation zu verwendenden Sprachen. Die Kontaktstelle kann auch von vertrauenswürdigen Hinweisgebern und Gewerbetreibenden, die in einer bestimmten Beziehung zum Anbieter von Vermittlungsdiensten stehen, genutzt werden. Im Gegensatz zum Rechtsvertreter sollte die Kontaktstelle operativen Zwecken dienen und benötigt nicht unbedingt einen physischen Standort.

Änderungsantrag 31

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 37

Vorschlag der Kommission

(37) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten mit Sitz in einem Drittstaat, die Dienste in der Union anbieten, sollten einen hinreichend

Geänderter Text

(37) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten mit Sitz in einem Drittstaat, die Dienste in der Union anbieten, sollten einen hinreichend

bevollmächtigten Rechtsvertreter in der Union benennen und Informationen über ihren Rechtsvertreter bereitstellen, um die wirksame Aufsicht und erforderlichenfalls die Durchsetzung dieser Verordnung in Bezug auf diese Anbieter zu ermöglichen. Die Rechtsvertreter sollten auch als Kontaktstellen fungieren können, sofern die einschlägigen Anforderungen dieser Verordnung eingehalten werden.

bevollmächtigten Rechtsvertreter in der Union benennen und Informationen über ihren Rechtsvertreter bereitstellen, um die wirksame Aufsicht und erforderlichenfalls die Durchsetzung dieser Verordnung in Bezug auf diese Anbieter zu ermöglichen. Die Rechtsvertreter sollten auch als Kontaktstellen fungieren können, sofern die einschlägigen Anforderungen dieser Verordnung eingehalten werden. ***Um eine unverhältnismäßige Belastung zu vermeiden, sollten Kleinst- und Kleinunternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission^{1a}, die in Drittländern niedergelassen sind, von der Pflicht befreit werden, einen Rechtsvertreter zu benennen.***

^{1a} Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).

Änderungsantrag 32

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 38

Vorschlag der Kommission

(38) Während die Vertragsfreiheit für Anbieter von Vermittlungsdiensten grundsätzlich geachtet werden sollte, ist es angemessen, für den Inhalt, die Anwendung und die Durchsetzung der allgemeinen Geschäftsbedingungen dieser Anbieter bestimmte Vorschriften festzulegen, um für Transparenz, den Schutz der Nutzer und die Vermeidung von unlauteren oder willkürlichen Ergebnissen zu sorgen.

Geänderter Text

(38) Während die Vertragsfreiheit für Anbieter von Vermittlungsdiensten grundsätzlich geachtet werden sollte, ist es angemessen, für den Inhalt, die Anwendung und die Durchsetzung der allgemeinen Geschäftsbedingungen dieser Anbieter bestimmte Vorschriften festzulegen, um für Transparenz, den Schutz der Nutzer und die Vermeidung von unlauteren oder willkürlichen Ergebnissen zu sorgen. ***Insbesondere muss sichergestellt werden, dass die Bedingungen fair, nichtdiskriminierend und transparent sind und in einer klaren und unmissverständlichen Sprache im***

Einklang mit dem geltenden Unionsrecht verfasst sind. Die Geschäftsbedingungen sollten Informationen über alle Strategien, Verfahren, Maßnahmen und Instrumente enthalten, die zum Zweck der Inhaltsmoderation eingesetzt werden, einschließlich der algorithmischen Entscheidungsfindung, der menschlichen Überprüfung, der rechtlichen Konsequenzen, mit denen Nutzer zu rechnen haben, wenn sie wissentlich illegale Inhalte speichern oder hochladen, sowie über das Recht, die Nutzung des Dienstes zu beenden. Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten den Nutzern der Dienste auch eine präzise und leicht lesbare Zusammenfassung der wichtigsten Elemente der Geschäftsbedingungen, einschließlich der verfügbaren Rechtsbehelfe, zur Verfügung stellen.

Änderungsantrag 33

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 38 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(38a) Anbieter können freiwillige Maßnahmen zur allgemeinen Risikobewertung potenzieller Risiken im Zusammenhang mit ihren Diensten, beispielsweise im Umgang mit Minderjährigen, ergreifen. Diese Maßnahmen sollten nicht zu neuen Profiling-, Verfolgungs- oder Identifizierungsverpflichtungen für die Anbieter von Vermittlungsdiensten führen.

Änderungsantrag 34

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 38 b (neu)

(38b) Die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse sollten nicht von Anbietern von Vermittlungsdiensten geltend gemacht werden können, die den in dieser Verordnung festgelegten Pflichten nicht nachkommen. Die Nichteinhaltung kann sich auf die Möglichkeit auswirken, den Haftungsausschluss in Anspruch zu nehmen, da mit dieser Verordnung sichergestellt werden soll, dass die Standards für die Inanspruchnahme solcher Ausnahmeregelungen zu einem hohen Maß an Sicherheit und Vertrauen in das Online-Umfeld beitragen.

Änderungsantrag 35

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 39

(39) Um ein angemessenes Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten im Einklang mit den harmonisierten Anforderungen dieser Verordnung jährlich Bericht über die von ihnen betriebene Moderation von Inhalten erstatten, einschließlich der Maßnahmen, die sie zur Anwendung und Durchsetzung ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen ergreifen. Um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden, sollten diese Transparenzberichtspflichten nicht für Anbieter gelten, die Kleinstunternehmen oder kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission⁴⁰ sind.

(39) Um ein angemessenes Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten im Einklang mit den harmonisierten Anforderungen dieser Verordnung jährlich Bericht über die von ihnen betriebene Moderation von Inhalten erstatten, einschließlich der Maßnahmen, die sie zur Anwendung und Durchsetzung ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen ergreifen. Um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden, sollten diese Transparenzberichtspflichten nicht für Anbieter gelten, die Kleinstunternehmen oder kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG sind. **In sämtlichen veröffentlichten Fassungen derartiger Berichte sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten Informationen entfernen, die laufende Tätigkeiten zur Verhinderung, Aufdeckung oder Entfernung von illegalen Inhalten oder**

Inhalten, die den allgemeinen Geschäftsbedingungen eines Anbieters von Hosting-Diensten zuwiderlaufen, beeinträchtigen könnten.

⁴⁰ *Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).*

Änderungsantrag 36

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 40

Vorschlag der Kommission

(40) Hosting-Diansteanbieter spielen beim Umgang mit illegalen Online-Inhalten eine besonders wichtige Rolle, da sie im Auftrag der Nutzer von diesen übermittelte Informationen speichern und üblicherweise anderen Nutzern – manchmal in großem Umfang – den Zugang zu diesen Informationen ermöglichen. Es ist wichtig, dass sämtliche Hosting-Diansteanbieter, ungeachtet ihrer Größe, benutzerfreundliche Melde- und Abhilfeverfahren schaffen, die es erleichtern, dem Hosting-Diansteanbieter bestimmte Informationen zu melden, die die meldende Partei als illegale Inhalte ansieht (im Folgenden „Meldung“), woraufhin der Anbieter entscheiden kann, ob er der Bewertung zustimmt und diese Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren möchte (im Folgenden „Abhilfe“). Sofern die Anforderungen an Meldungen erfüllt sind, sollte es Einzelpersonen oder Einrichtungen möglich sein, mehrere bestimmte mutmaßlich illegale Inhalte in einem zu melden. Die Verpflichtung zur Schaffung eines Melde- und Abhilfeverfahrens sollte etwa für Datenspeicher- und Weitergabedienste,

Geänderter Text

(40) Hosting-Diansteanbieter spielen beim Umgang mit illegalen Online-Inhalten eine besonders wichtige Rolle, da sie im Auftrag der Nutzer von diesen übermittelte Informationen speichern und üblicherweise anderen Nutzern – manchmal in großem Umfang – den Zugang zu diesen Informationen ermöglichen. Es ist wichtig, dass sämtliche Hosting-Diansteanbieter, ungeachtet ihrer Größe, **leicht zugängliche, umfassende und** benutzerfreundliche Melde- und Abhilfeverfahren schaffen, die es erleichtern, dem Hosting-Diansteanbieter bestimmte Informationen zu melden, die die meldende Partei als illegale Inhalte ansieht (im Folgenden „Meldung“), woraufhin der Anbieter **auf der Grundlage seiner eigenen Bewertung** entscheiden kann, ob er der Bewertung zustimmt und diese Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren möchte (im Folgenden „Abhilfe“). Sofern die Anforderungen an Meldungen erfüllt sind, sollte es Einzelpersonen oder Einrichtungen möglich sein, mehrere bestimmte mutmaßlich illegale Inhalte in einem zu melden. **Online-Plattformen sollten**

Web-Hosting-Dienste, Werbeserver und Pastebin-Dienste gelten, sofern sie als von dieser Verordnung erfasste Anbieter von Hosting-Diensten einzustufen sind.

versuchen zu verhindern, dass Inhalte, die bereits als illegal erkannt und auf der Grundlage einer früheren Meldung entfernt wurden, wieder auftreten. Die Anwendung dieser Anforderung sollte nicht zu einer allgemeinen Verpflichtung führen und sollte einer Kontrolle durch den Menschen unterliegen. Die Verpflichtung zur Schaffung eines Melde- und Abhilfeverfahrens sollte etwa für Datenspeicher- und Weitergabedienste, Web-Hosting-Dienste, Werbeserver und Pastebin-Dienste gelten, sofern sie als von dieser Verordnung erfasste Anbieter von Hosting-Diensten einzustufen sind. *Darüber hinaus sollten die Melde- und Abhilfeverfahren um Bestimmungen über eine dauerhaft wirksame Entfernung („stay down“) ergänzt werden, wonach Anbieter von Hosting-Diensten nachweisen sollten, dass sie sich nach besten Kräften darum bemühen, zu verhindern, dass Inhalte, die sich mit Inhalten decken, die von ihnen bereits als rechtswidrig eingestuft und entfernt wurden, erneut auftreten. Die Anwendung dieser Anforderung sollte nicht zu einer Pflicht zur allgemeinen Überwachung führen.*

Änderungsantrag 37

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 40 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(40a) Die Meldungen sollten an den Akteur gerichtet werden, der über die technische und operative Handlungsfähigkeit und die engste Beziehung zu dem Nutzer verfügt, der die Informationen oder den Inhalt bereitgestellt hat, etwa an eine Online-Plattform und nicht an den Hosting-Diensteanbieter, der Dienste für diese Online-Plattform erbringt. Diese Hosting-Diensteanbieter sollten derartige

Meldungen an die betreffende Online-Plattform weiterleiten und die meldende Partei davon in Kenntnis setzen.

Änderungsantrag 38

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 40 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(40b) Hosting-Dienstanbieter sollten bestrebt sein, nur gegen die gemeldeten Einzelinformationen vorzugehen. Dies kann Maßnahmen wie die Deaktivierung von Hyperlinks zu den Einzelinformationen umfassen. Wenn die Entfernung oder Sperrung des Zugangs zu Einzelinformationen aus rechtlichen, vertraglichen oder technologischen Gründen wie verschlüsselten Datei- und Datenspeicher- und Weitergabediensten technisch oder operativ nicht umsetzbar ist, sollte der Hosting-Dienstanbieter den Nutzer von der Meldung in Kenntnis setzen und Abhilfe schaffen. Wenn ein Nutzer nicht oder verzögert tätig wird oder der Anbieter Grund zu der Annahme hat, dass er nicht tätig geworden ist oder in sonstiger Weise bösgläubig handelt, kann der Hosting-Dienstanbieter seinen Dienst im Einklang mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen aussetzen.

Änderungsantrag 39

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 41 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(41a) Wenn ein Hosting-Dienstanbieter entscheidet, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen zu entfernen oder zu deaktivieren, weil sie entweder rechtswidrig oder gemäß den allgemeinen Geschäftsbedingungen nicht zulässig

sind, sollte er dies rasch tun, wobei die möglichen Schäden durch den Verstoß und die technischen Fähigkeiten des Anbieters zu berücksichtigen sind.

Änderungsantrag 40

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 42

Vorschlag der Kommission

(42) Wenn ein Hosting-Diensteanbieter entscheidet, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen, etwa nach Erhalt einer Meldung oder auf eigene Initiative, zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren, auch unter Einsatz automatisierter Mittel, so **sollte** der Anbieter den Nutzer über seine Entscheidung, die Gründe dafür und die verfügbaren Rechtsbehelfsmöglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidung im Hinblick auf mögliche negative Folgen für den Nutzer, einschließlich bezüglich der Ausübung seines Grundrechts auf freie Meinungsäußerung, informieren. Diese Verpflichtung sollte unabhängig von den Gründen für die Entscheidung gelten, insbesondere davon, ob die Abhilfe durchgeführt wurde, weil die gemeldeten Informationen als illegale Inhalte oder als nicht mit den geltenden allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbar angesehen werden. Die verfügbaren Rechtsmittel zur Anfechtung der Entscheidung des Hosting-Diensteanbieters sollten stets gerichtliche Rechtsbehelfe umfassen.

Geänderter Text

(42) Wenn ein Hosting-Diensteanbieter entscheidet, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen, etwa nach Erhalt einer Meldung oder auf eigene Initiative, zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren, auch unter Einsatz automatisierter Mittel, **die sich als effizient, verhältnismäßig und zuverlässig erwiesen haben, so kann dieser Anbieter das erneute Auftreten der gemeldeten Informationen oder gleichwertiger rechtswidriger Informationen verhindern.** Der Anbieter **sollte ferner** den Nutzer über seine Entscheidung, die Gründe dafür und die verfügbaren Rechtsbehelfsmöglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidung im Hinblick auf mögliche negative Folgen für den Nutzer, einschließlich bezüglich der Ausübung seines Grundrechts auf freie Meinungsäußerung, informieren. Diese Verpflichtung sollte unabhängig von den Gründen für die Entscheidung gelten, insbesondere davon, ob die Abhilfe durchgeführt wurde, weil die gemeldeten Informationen als illegale Inhalte oder als nicht mit den geltenden allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbar angesehen werden. Die verfügbaren Rechtsmittel zur Anfechtung der Entscheidung des Hosting-Diensteanbieters sollten stets gerichtliche Rechtsbehelfe umfassen. **Die Unterrichtung des Nutzers sollte jedoch nicht verlangt werden, wenn es sich um Spam oder um ähnliche oder identische Inhalte handelt wie solche**

desselben Nutzers, die bereits entfernt wurden und über die er bereits eine Erklärung erhalten hat.

Änderungsantrag 41

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 43

Vorschlag der Kommission

(43) Um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden, sollten die zusätzlichen Verpflichtungen für Online-Plattformen im Rahmen dieser Verordnung nicht für Kleinstunternehmen und kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission⁴¹ gelten, es sei denn ihre Reichweite und Wirkung sind so erheblich, dass sie die Kriterien für eine Einstufung als sehr große Online-Plattformen im Sinne dieser Verordnung erfüllen. Die in der genannten Empfehlung enthaltenen Konsolidierungsvorschriften tragen dazu bei, sicherzustellen, dass jeglicher Umgehung dieser zusätzlichen Verpflichtungen vorgebeugt wird. Dass Kleinstunternehmen und kleine Unternehmen von diesen zusätzlichen Verpflichtungen ausgenommen sind, sollte nicht dahingehend ausgelegt werden, dass ihre Fähigkeit beeinträchtigt wäre, auf freiwilliger Basis ein System einzurichten, das einer oder mehreren dieser Verpflichtungen genügt.

⁴¹ Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).

Geänderter Text

(43) Um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden, sollten die zusätzlichen Verpflichtungen für Online-Plattformen im Rahmen dieser Verordnung nicht für Kleinstunternehmen und kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission⁴¹ gelten, es sei denn, ihre Reichweite und Wirkung sind so erheblich, dass sie die Kriterien für eine Einstufung als sehr große Online-Plattformen im Sinne dieser Verordnung erfüllen, **oder sie befinden sich im Besitz oder unter der Kontrolle von Einrichtungen mit Sitz außerhalb der Union.** Die in der genannten Empfehlung enthaltenen Konsolidierungsvorschriften tragen dazu bei, sicherzustellen, dass jeglicher Umgehung dieser zusätzlichen Verpflichtungen vorgebeugt wird. Dass Kleinstunternehmen und kleine Unternehmen von diesen zusätzlichen Verpflichtungen ausgenommen sind, sollte nicht dahingehend ausgelegt werden, dass ihre Fähigkeit beeinträchtigt wäre, auf freiwilliger Basis ein System einzurichten, das einer oder mehreren dieser Verpflichtungen genügt.

⁴¹ Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).

Änderungsantrag 42

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 43 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(43a) Hosting-Dienstanbieter spielen beim Umgang mit illegalen Online-Inhalten eine besonders wichtige Rolle, da sie im Auftrag der Nutzer von diesen übermittelte Informationen speichern und üblicherweise anderen Nutzern – manchmal in großem Umfang – den Zugang zu diesen Informationen ermöglichen. Es ist wichtig, dass sämtliche Hosting-Dienstanbieter, ungeachtet ihrer Größe, benutzerfreundliche Melde- und Abhilfeverfahren schaffen, die es erleichtern, dem Hosting-Dienstanbieter bestimmte Informationen zu melden, die die meldende Partei als illegale Inhalte ansieht (im Folgenden „Meldung“), woraufhin der Anbieter auf der Grundlage seiner eigenen Bewertung entscheiden kann, ob er der Bewertung zustimmt und diese Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren möchte (im Folgenden „Abhilfe“). Sofern die Anforderungen an Meldungen erfüllt sind, sollte es Einzelpersonen oder Einrichtungen möglich sein, mehrere bestimmte mutmaßlich illegale Inhalte in einem zu melden. Die Verpflichtung zur Schaffung eines Melde- und Abhilfeverfahrens sollte etwa für Datenspeicher- und Weitergabedienste, Web-Hosting-Dienste, Werbeserver und Pastebin-Dienste gelten, sofern sie als von dieser Verordnung erfasste Anbieter von Hosting-Diensten einzustufen sind.

Änderungsantrag 43

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 43 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(43b) Die Vorschriften zu solchen Melde- und Abhilfeverfahren sollten auf Unionsebene harmonisiert werden, um die rasche, sorgfältige und objektive Bearbeitung von Meldungen auf der Grundlage einheitlicher, transparenter und klarer Regeln zu gewährleisten, die belastbare Mechanismen zum Schutz der Rechte und berechtigten Interessen sämtlicher betroffenen Parteien unabhängig von dem Mitgliedstaat, in dem diese Parteien ansässig oder niedergelassen sind, und von dem betreffenden Rechtsgebiet schaffen, insbesondere zum Schutz ihrer Grundrechte aus der Charta. Zu diesen Grundrechten gehören gegebenenfalls das Recht der Nutzer auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit, ihr Recht auf die Achtung des Privat- und Familienlebens, ihr Recht auf Schutz personenbezogener Daten, ihr Recht auf Nichtdiskriminierung und ihr Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf, zudem die unternehmerische Freiheit, einschließlich der Vertragsfreiheit, der Anbieter von Vermittlungsdiensten und das Recht auf Menschenwürde, die Rechte des Kindes, das Recht auf Schutz des Eigentums, einschließlich des geistigen Eigentums, und das Recht auf Nichtdiskriminierung der von illegalen Inhalten betroffenen Parteien.

Änderungsantrag 44

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 44

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(44) Die Nutzer sollten in der Lage sein, bestimmte Entscheidungen von Online-

(44) Die Nutzer sollten in der Lage sein, bestimmte Entscheidungen von Online-

Plattformen, die sich negativ auf sie auswirken, einfach und wirksam anzufechten. Die Online-Plattformen sollten daher verpflichtet werden, interne Beschwerdemanagementsysteme einzurichten, die bestimmte Bedingungen erfüllen, um sicherzustellen, dass diese Systeme leicht zugänglich sind und zu raschen und fairen Ergebnissen führen. Zudem sollte die Möglichkeit einer außergerichtlichen Beilegung von Streitigkeiten, einschließlich solcher Streitigkeiten, die über die internen Beschwerdemanagementsysteme nicht zufriedenstellend beigelegt werden konnten, durch zertifizierte Stellen vorgesehen werden, die über die erforderliche Unabhängigkeit sowie die nötigen Mittel und Fachkenntnisse verfügen, ihre Tätigkeiten auf faire, rasche und kosteneffiziente Weise durchzuführen. Die so geschaffenen Möglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidungen von Online-Plattformen sollten die Möglichkeit des gerichtlichen Rechtsbehelfs im Einklang mit den Rechtsvorschriften des betreffenden Mitgliedstaats ergänzen, doch in jeder Hinsicht unberührt lassen.

Plattformen, die sich negativ auf sie auswirken, einfach und wirksam anzufechten. Die Online-Plattformen sollten daher verpflichtet werden, interne Beschwerdemanagementsysteme einzurichten, die bestimmte Bedingungen erfüllen, um sicherzustellen, dass diese Systeme leicht zugänglich sind und zu raschen und fairen Ergebnissen führen. Zudem sollte die Möglichkeit einer außergerichtlichen Beilegung von Streitigkeiten, einschließlich solcher Streitigkeiten, die über die internen Beschwerdemanagementsysteme nicht zufriedenstellend beigelegt werden konnten, durch zertifizierte Stellen vorgesehen werden, die ***sich entweder im Mitgliedstaat des Nutzers oder des Anbieters befinden und die*** über die erforderliche Unabhängigkeit sowie die nötigen Mittel und Fachkenntnisse verfügen, ihre Tätigkeiten auf faire, rasche und kosteneffiziente Weise durchzuführen. ***Streitbeilegungsverfahren sollten innerhalb eines angemessenen Zeitraums abgeschlossen werden.*** Die so geschaffenen Möglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidungen von Online-Plattformen sollten die Möglichkeit des gerichtlichen Rechtsbehelfs im Einklang mit den Rechtsvorschriften des betreffenden Mitgliedstaats ergänzen, doch in jeder Hinsicht unberührt lassen.

Änderungsantrag 45

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 46

Vorschlag der Kommission

(46) Abhilfe bei illegalen Inhalten kann schneller und zuverlässiger erfolgen, wenn Online-Plattformen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass von vertrauenswürdigen Hinweisgebern im Rahmen der in dieser Verordnung vorgeschriebenen Melde- und

Geänderter Text

(46) Abhilfe bei illegalen Inhalten kann schneller und zuverlässiger erfolgen, wenn Online-Plattformen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass von vertrauenswürdigen Hinweisgebern im Rahmen der in dieser Verordnung vorgeschriebenen Melde- und

Abhilfemechanismen eingereichte Meldungen vorrangig bearbeitet werden, unbeschadet der Verpflichtung, sämtliche über diese Mechanismen eingereichte Meldungen rasch, sorgfältig und objektiv zu bearbeiten und Entscheidungen dazu zu treffen. Dieser Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers sollte nur an Stellen, nicht an Einzelpersonen, vergeben werden, die unter anderem nachgewiesen haben, dass sie über besondere Sachkenntnis und Kompetenz im Umgang mit illegalen Inhalten verfügen, dass sie kollektive Interessen vertreten und dass sie ihre Tätigkeit sorgfältig und objektiv durchführen. Es kann sich dabei um öffentliche Stellen handeln, bei terroristischen Inhalten etwa die Meldestellen für Internetinhalte der nationalen Strafverfolgungsbehörden oder der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), oder um Nichtregierungsorganisationen und halböffentliche Stellen, etwa Organisationen, die Teil des INHOPE-Meldestellennetzes zur Meldung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch sind, oder Organisationen für die Meldung illegaler rassistischer und fremdenfeindlicher Darstellungen im Internet. Bei Rechten des geistigen Eigentums könnten Branchenorganisationen und Organisationen von Rechtsinhabern den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers erhalten, sofern sie nachgewiesen haben, dass sie die geltenden Bedingungen erfüllen. Die Vorschriften dieser Verordnung in Bezug auf vertrauenswürdige Hinweisgeber sollten nicht so ausgelegt werden, dass sie die Online-Plattformen daran hindern, Meldungen von Stellen oder Einzelpersonen ohne den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers im Sinne dieser Verordnung auf ähnliche Weise zu behandeln oder im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich dieser

Abhilfemechanismen eingereichte Meldungen vorrangig bearbeitet werden, unbeschadet der Verpflichtung, sämtliche über diese Mechanismen eingereichte Meldungen rasch, sorgfältig und objektiv zu bearbeiten und Entscheidungen dazu zu treffen. Dieser Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers sollte nur an Stellen, nicht an Einzelpersonen, vergeben werden, die unter anderem nachgewiesen haben, dass sie über besondere Sachkenntnis und Kompetenz im Umgang mit illegalen Inhalten verfügen, dass sie kollektive Interessen **oder die Interessen einzelner Rechteinhaber** vertreten und dass sie ihre Tätigkeit sorgfältig und objektiv durchführen. Es kann sich dabei um öffentliche Stellen handeln, bei terroristischen Inhalten etwa die Meldestellen für Internetinhalte der nationalen Strafverfolgungsbehörden oder der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), oder um Nichtregierungsorganisationen und halböffentliche Stellen, etwa Organisationen, die Teil des INHOPE-Meldestellennetzes zur Meldung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch sind, oder Organisationen für die Meldung illegaler rassistischer und fremdenfeindlicher Darstellungen im Internet. Bei Rechten des geistigen Eigentums könnten Branchenorganisationen und Organisationen von Rechtsinhabern den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers erhalten, sofern sie nachgewiesen haben, dass sie die geltenden Bedingungen erfüllen. **Gleiches sollte Antragstellern im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 608/2013 oder im Falle von Beschwerden gemäß der Verordnung (EU) 2019/1020 gewährt werden, um sicherzustellen, dass bestehende Vorschriften über die Durchsetzung der Zollbestimmungen oder über den Verbraucherschutz beim Online-**

Verordnung und der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates⁴³, auf andere Art mit weiteren Stellen zusammenzuarbeiten.

Verkauf wirksam umgesetzt werden. Die Vorschriften dieser Verordnung in Bezug auf vertrauenswürdige Hinweisgeber sollten nicht so ausgelegt werden, dass sie die Online-Plattformen daran hindern, Meldungen von Stellen oder Einzelpersonen ohne den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers im Sinne dieser Verordnung auf ähnliche Weise zu behandeln oder im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates⁴³, auf andere Art mit weiteren Stellen zusammenzuarbeiten.

⁴³ Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).

⁴³ Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).

Änderungsantrag 46

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 47

Vorschlag der Kommission

(47) Der Missbrauch von Diensten von Online-Plattformen durch die **häufige Bereitstellung von offensichtlich illegalen Inhalten** oder die häufige Einreichung von offensichtlich **unbegründeten** Meldungen oder Beschwerden über die jeweiligen durch diese Verordnung eingerichteten Mechanismen und Systeme führt zu Vertrauensverlust und der Beeinträchtigung der Rechte und berechtigten Interessen der betroffenen Parteien. Daher ist es erforderlich,

Geänderter Text

(47) Der Missbrauch von Diensten von Online-Plattformen durch die **wiederholte Verbreitung illegaler Inhalte, durch die Ermöglichung des wiederholten Hochladens illegaler Inhalte** oder **durch** die häufige Einreichung offensichtlich **unbegründeter** Meldungen oder Beschwerden über die jeweiligen durch diese Verordnung eingerichteten Mechanismen und Systeme führt zu Vertrauensverlust und der Beeinträchtigung der Rechte und

angemessene und **verhältnismäßige** Vorkehrungen zum Schutz vor solchem Missbrauch einzurichten. Inhalte sollten als **offensichtlich** illegal und Meldungen oder Beschwerden als offensichtlich unbegründet gelten, wenn es für einen Laien ohne inhaltliche Analyse klar ersichtlich ist, dass die Inhalte illegal bzw. die Meldungen oder Beschwerden unbegründet sind. Unter bestimmten Bedingungen sollten Online-Plattformen ihre einschlägigen Dienste für die an missbräulichem Verhalten beteiligte Person vorübergehend aussetzen. Die Freiheit der Online-Plattformen, ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen festzulegen und strengere Maßnahmen im Falle **offensichtlich** illegaler Inhalte im Zusammenhang mit schweren Straftaten zu ergreifen bleibt hiervon unberührt. Aus Transparenzgründen sollte diese Möglichkeit klar und hinreichend präzise in den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Online-Plattformen festgelegt werden. Bei den Entscheidungen der Online-Plattformen diesbezüglich sollten stets Rechtsbehelfe möglich sein und sie sollten der Aufsicht des zuständigen Koordinators für digitale Dienste unterliegen. Die Vorschriften dieser Verordnung über Missbrauch sollten Online-Plattformen nicht daran hindern, andere Maßnahmen zu ergreifen, um im Einklang mit dem geltenden Unionsrecht und dem geltenden nationalen Recht gegen die Bereitstellung illegaler Inhalte oder den sonstigen Missbrauch ihrer Dienste durch die Nutzer vorzugehen. Diese Vorschriften lassen jegliche im Unionsrecht oder im nationalen Recht vorgesehenen Möglichkeiten unberührt, die am Missbrauch beteiligten Personen haftbar zu machen, einschließlich für Schadensersatz.

berechtigten Interessen der betroffenen Parteien. Daher ist es erforderlich, angemessene, **verhältnismäßige** und **wirksame** Vorkehrungen zum Schutz vor solchem Missbrauch einzurichten. Inhalte sollten als illegal und Meldungen oder Beschwerden als offensichtlich unbegründet gelten, wenn es für einen Laien ohne inhaltliche Analyse klar ersichtlich ist, dass die Inhalte illegal bzw. die Meldungen oder Beschwerden unbegründet sind. Unter bestimmten Bedingungen sollten Online-Plattformen ihre einschlägigen Dienste für die an missbräulichem Verhalten beteiligte Person vorübergehend aussetzen **oder vollständig einstellen**. Die Freiheit der Online-Plattformen, ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen festzulegen und strengere Maßnahmen im Falle illegaler Inhalte im Zusammenhang mit schweren Straftaten zu ergreifen bleibt hiervon unberührt. Aus Transparenzgründen sollte diese Möglichkeit klar und hinreichend präzise in den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Online-Plattformen festgelegt werden. Bei den Entscheidungen der Online-Plattformen diesbezüglich sollten stets Rechtsbehelfe möglich sein und sie sollten der Aufsicht des zuständigen Koordinators für digitale Dienste unterliegen. Die Vorschriften dieser Verordnung über Missbrauch sollten Online-Plattformen nicht daran hindern, andere Maßnahmen zu ergreifen, um im Einklang mit dem geltenden Unionsrecht und dem geltenden nationalen Recht gegen die Bereitstellung illegaler Inhalte oder den sonstigen Missbrauch ihrer Dienste durch die Nutzer vorzugehen. Diese Vorschriften lassen jegliche im Unionsrecht oder im nationalen Recht vorgesehenen Möglichkeiten unberührt, die am Missbrauch beteiligten Personen haftbar zu machen, einschließlich für Schadensersatz.

Änderungsantrag 47

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 48

Vorschlag der Kommission

(48) Eine Online-Plattform könnte in bestimmten Fällen, etwa über eine Meldung durch eine meldende Partei oder durch ihre eigenen freiwilligen Maßnahmen, Kenntnis von Informationen über bestimmte Tätigkeiten eines Nutzers erhalten, etwa die Bereitstellung bestimmter Arten illegaler Inhalte, die unter Berücksichtigung aller relevanten Umstände, von der eine Online-Plattform Kenntnis hat, den Verdacht angemessen rechtfertigen, dass der Nutzer eine schwere Straftat begangen hat, begeht oder vermutlich begehen wird, die das Leben oder die Sicherheit von Personen in Gefahr bringt, wie eine der in der Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁴ genannten Straftaten. In solchen Fällen sollte die Online-Plattform die zuständigen Strafverfolgungsbehörden unverzüglich über einen solchen Verdacht informieren und ihnen alle einschlägigen ihr verfügbaren Informationen übermitteln, gegebenenfalls auch die jeweiligen Inhalte und eine Erläuterung ihres Verdachts. Diese Verordnung bildet keine Rechtsgrundlage für die Erstellung von Profilen von Nutzern für eine mögliche Feststellung von Straftaten durch Online-Plattformen. Online-Plattformen sollten auch andere anwendbare Vorschriften des Unionsrechts oder des nationalen Rechts zum Schutz der Rechte und Freiheiten von Einzelpersonen beachten, wenn sie die Strafverfolgungsbehörden informieren.

⁴⁴ Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie sowie zur Ersetzung des

Geänderter Text

(48) Eine Online-Plattform könnte in bestimmten Fällen, etwa über eine Meldung durch eine meldende Partei oder durch ihre eigenen freiwilligen Maßnahmen, Kenntnis von Informationen über bestimmte Tätigkeiten eines Nutzers erhalten, etwa die Bereitstellung bestimmter Arten illegaler Inhalte, die unter Berücksichtigung aller relevanten Umstände, von der eine Online-Plattform Kenntnis hat, den Verdacht angemessen rechtfertigen, dass der Nutzer eine schwere Straftat begangen hat, begeht oder vermutlich begehen wird, die das Leben oder die Sicherheit von Personen **unmittelbar** in Gefahr bringt, wie eine der in der Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁴ genannten Straftaten. In solchen Fällen sollte die Online-Plattform die zuständigen Strafverfolgungsbehörden unverzüglich über einen solchen Verdacht informieren und ihnen **auf Anfrage** alle einschlägigen ihr verfügbaren Informationen übermitteln, gegebenenfalls auch die jeweiligen Inhalte und eine Erläuterung ihres Verdachts. Diese Verordnung bildet keine Rechtsgrundlage für die Erstellung von Profilen von Nutzern für eine mögliche Feststellung von Straftaten durch Online-Plattformen. Online-Plattformen sollten auch andere anwendbare Vorschriften des Unionsrechts oder des nationalen Rechts zum Schutz der Rechte und Freiheiten von Einzelpersonen beachten, wenn sie die Strafverfolgungsbehörden informieren.

⁴⁴ Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie sowie zur Ersetzung des

Änderungsantrag 48

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 48 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(48a) Erlangt eine Online-Plattform Kenntnis von Informationen, die den Verdacht begründen, dass eine schwere Straftat, mit der eine Gefahr für das Leben oder die Sicherheit von Personen einhergeht, begangen wurde, gerade begangen wird oder wahrscheinlich begangen werden wird, so muss die Plattform die betreffenden Inhalte entfernen oder deaktivieren und ihren Verdacht unverzüglich den Strafverfolgungs- oder Justizbehörden des betreffenden Mitgliedstaats beziehungsweise der betreffenden Mitgliedstaaten mitteilen und alle einschlägigen verfügbaren Informationen zur Verfügung stellen.

Änderungsantrag 49

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 49

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(49) Um zu einem sicheren, vertrauenswürdigen und transparenten Online-Umfeld für Verbraucher sowie für andere Beteiligte, etwa konkurrierende Unternehmer oder Inhaber von Rechten des geistigen Eigentums, beizutragen und Unternehmer vom Verkauf von Produkten und Dienstleistungen unter Verstoß gegen die geltenden Vorschriften abzuhalten, sollten **Online-Plattformen, auf denen Verbraucher Fernabsatzverträge mit Unternehmern abschließen können,**

(49) Um zu einem sicheren, vertrauenswürdigen und transparenten Online-Umfeld für Verbraucher sowie für andere Beteiligte, etwa konkurrierende Unternehmer oder Inhaber von Rechten des geistigen Eigentums, beizutragen und Unternehmer vom Verkauf von Produkten und Dienstleistungen unter Verstoß gegen die geltenden Vorschriften abzuhalten, sollten **Online-Marktplätze** sicherstellen, dass diese Unternehmer nachverfolgt werden können. Der Unternehmer sollte

sicherstellen, dass diese Unternehmer nachverfolgt werden können. Der Unternehmer sollte daher verpflichtet sein, **der Online-Plattform** bestimmte grundlegende Informationen zur Verfügung zu stellen, auch um für Produkte zu werben oder sie anzubieten. Diese Anforderung sollte auch für Unternehmer gelten, die auf der Grundlage zugrunde liegender Vereinbarungen im Namen von Marken für Produkte werben oder diese anbieten. Diese **Online-Plattformen** sollten sämtliche Informationen für einen angemessenen Zeitraum, der nicht über das erforderliche Maß hinausgeht, sicher speichern, damit diese im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich des Rechts auf Schutz personenbezogener Daten, von Behörden und privaten Parteien mit einem berechtigten Interesse eingesehen werden können, auch aufgrund von in dieser Verordnung genannten Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen.

Änderungsantrag 50

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 50

Vorschlag der Kommission

(50) Um eine effiziente und angemessene Anwendung dieser Verpflichtung sicherzustellen, ohne unverhältnismäßige Belastungen aufzuerlegen, sollten die erfassten **Online-Plattformen** angemessene Bemühungen um die Überprüfung der Zuverlässigkeit der von den betreffenden Unternehmern bereitgestellten Informationen unternehmen, insbesondere durch die Nutzung frei zugänglicher amtlicher Online-Datenbanken oder Online-Schnittstellen, etwa nationaler Handelsregister und des Mehrwertsteuer-Informationsaustauschsystems⁴⁵, oder indem sie die betreffenden Unternehmer

daher verpflichtet sein, **den Anbietern von Online-Marktplätzen** bestimmte grundlegende **und korrekte** Informationen zur Verfügung zu stellen, auch um für Produkte zu werben oder sie anzubieten. Diese Anforderung sollte auch für Unternehmer gelten, die auf der Grundlage zugrunde liegender Vereinbarungen im Namen von Marken für Produkte werben oder diese anbieten. Diese **Online-Marktplätze** sollten sämtliche Informationen für einen angemessenen Zeitraum, der nicht über das erforderliche Maß hinausgeht, sicher speichern, damit diese im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich des Rechts auf Schutz personenbezogener Daten, von Behörden und privaten Parteien mit einem berechtigten Interesse eingesehen werden können, auch aufgrund von in dieser Verordnung genannten Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen.

Geänderter Text

(50) Um eine effiziente und angemessene Anwendung dieser Verpflichtung sicherzustellen, ohne unverhältnismäßige Belastungen aufzuerlegen, sollten die erfassten **Online-Marktplätze** angemessene Bemühungen um die Überprüfung der Zuverlässigkeit der von den betreffenden Unternehmern bereitgestellten Informationen unternehmen, insbesondere durch die Nutzung frei zugänglicher amtlicher Online-Datenbanken oder Online-Schnittstellen, etwa nationaler Handelsregister und des Mehrwertsteuer-Informationsaustauschsystems⁴⁵, oder indem sie die betreffenden Unternehmer

auffordern, belastbare Unterlagen als Nachweise vorzulegen, etwa Kopien von Identitätsdokumenten, zertifizierte Bankauszüge, Unternehmenszertifikate oder Auszüge aus dem Handelsregister. Sie können für die Einhaltung dieser Verpflichtung auch auf andere für die Nutzung auf Distanz verfügbare Quellen zurückgreifen, die vergleichbare Zuverlässigkeit bieten. Die erfassten **Online-Plattformen** sollten jedoch nicht verpflichtet werden, übermäßige oder kostspielige Nachforschungen im Internet anzustellen oder Kontrollen vor Ort durchzuführen. Auch sollte nicht davon ausgegangen werden, dass **Online-Plattformen**, die bereits angemessene Bemühungen gemäß dieser Verordnung unternommen haben, die Zuverlässigkeit der Informationen gegenüber Verbrauchern oder anderen Beteiligten gewährleisten. Solche **Online-Plattformen** sollten ihre Online-Schnittstelle zudem *so* gestalten und aufbauen, *dass* Unternehmer ihren Verpflichtungen gemäß dem Unionsrecht nachkommen können, insbesondere den Anforderungen gemäß Artikel 6 und 8 der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁶, Artikel 7 der Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁷ und Artikel 3 der Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁸.

45

https://ec.europa.eu/taxation_customs/vies/vieshome.do?locale=de

⁴⁶ Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des

auffordern, belastbare Unterlagen als Nachweise vorzulegen, etwa Kopien von Identitätsdokumenten, zertifizierte Bankauszüge, Unternehmenszertifikate oder Auszüge aus dem Handelsregister. Sie können für die Einhaltung dieser Verpflichtung auch auf andere für die Nutzung auf Distanz verfügbare Quellen zurückgreifen, die vergleichbare Zuverlässigkeit bieten. **Darüber hinaus sollten die vom Unternehmer bereitgestellten Informationen hinreichend spezifisch sein und nach Möglichkeit untermauert werden.** Die erfassten **Online-Marktplätze** sollten jedoch nicht verpflichtet werden, übermäßige oder kostspielige Nachforschungen im Internet anzustellen oder Kontrollen vor Ort durchzuführen. Auch sollte nicht davon ausgegangen werden, dass **Online-Marktplätze**, die bereits angemessene Bemühungen gemäß dieser Verordnung unternommen haben, die Zuverlässigkeit der Informationen gegenüber Verbrauchern oder anderen Beteiligten gewährleisten. Solche **Online-Marktplätze** sollten ihre Online-Schnittstelle zudem *nutzerfreundlich* gestalten und aufbauen, *sodass* Unternehmer ihren Verpflichtungen gemäß dem Unionsrecht nachkommen können, insbesondere den Anforderungen gemäß Artikel 6 und 8 der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁶, Artikel 7 der Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁷ und Artikel 3 der Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁸.

45

https://ec.europa.eu/taxation_customs/vies/vieshome.do?locale=de

⁴⁶ Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des

Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

⁴⁷ Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken).

⁴⁸ Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 über den Schutz der Verbraucher bei der Angabe der Preise der ihnen angebotenen Erzeugnisse.

Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

⁴⁷ Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken).

⁴⁸ Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 über den Schutz der Verbraucher bei der Angabe der Preise der ihnen angebotenen Erzeugnisse.

Änderungsantrag 51

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 52

Vorschlag der Kommission

(52) Online-Werbung spielt im Online-Umfeld eine wichtige Rolle, auch bei der Erbringung von Diensten von Online-Plattformen. Online-Werbung kann jedoch erhebliche Risiken bergen – von Werbung, die selbst illegale Inhalte aufweist, bis hin zu Beiträgen zu finanziellen Anreizen für die Veröffentlichung oder Verstärkung illegaler oder anderweitig schädlicher Online-Inhalte und -Tätigkeiten oder einer diskriminierenden Darstellung von Werbung, die der Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Bürgerinnen und Bürger zuwiderläuft. Neben den Anforderungen aus Artikel 6 der

Geänderter Text

(52) Online-Werbung spielt im Online-Umfeld eine wichtige Rolle, auch bei der Erbringung von Diensten von Online-Plattformen. Online-Werbung kann jedoch erhebliche Risiken bergen – von Werbung, die selbst illegale Inhalte aufweist, bis hin zu Beiträgen zu finanziellen Anreizen für die Veröffentlichung oder Verstärkung illegaler oder anderweitig schädlicher Online-Inhalte und -Tätigkeiten oder einer diskriminierenden Darstellung von Werbung, die der Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Bürgerinnen und Bürger zuwiderläuft. Neben den Anforderungen aus Artikel 6 der

Richtlinie 2000/31/EG sollten Online-Plattformen daher verpflichtet werden sicherzustellen, dass die Nutzer bestimmte individuelle Informationen darüber erhalten, wann und in wessen Auftrag die Werbung angezeigt wird. Zudem sollten die Nutzer Informationen darüber erhalten, anhand welcher Hauptparameter bestimmt wird, welche Werbung ihnen angezeigt wird, wobei aussagekräftige Erläuterungen zur zugrunde liegenden Logik bereitgestellt werden sollten, einschließlich der Angabe, wann Profiling genutzt wird. Die Anforderungen dieser Verordnung an die Bereitstellung von Informationen in Bezug auf Werbung gelten unbeschadet der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679, insbesondere was das Widerspruchsrecht und die automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall betrifft, einschließlich des Profiling und insbesondere der Notwendigkeit, vor der Verarbeitung personenbezogener Daten für gezielte Werbung die Einwilligung der betroffenen Person einzuholen. Zudem gilt sie unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie 2002/58/EG, insbesondere in Bezug auf die Speicherung von Informationen auf Endgeräten und den Zugang zu dort gespeicherten Informationen.

Richtlinie 2000/31/EG sollten Online-Plattformen daher verpflichtet werden sicherzustellen, dass die Nutzer bestimmte individuelle Informationen darüber erhalten, wann und in wessen Auftrag die Werbung angezeigt wird. Zudem sollten die Nutzer **leichten Zugang zu** Informationen darüber erhalten, anhand welcher Hauptparameter bestimmt wird, welche Werbung ihnen angezeigt wird, wobei aussagekräftige Erläuterungen zur zugrunde liegenden Logik bereitgestellt werden sollten, einschließlich der Angabe, wann Profiling genutzt wird. Die Anforderungen dieser Verordnung an die Bereitstellung von Informationen in Bezug auf Werbung gelten unbeschadet der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679, insbesondere was das Widerspruchsrecht und die automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall betrifft, einschließlich des Profiling und insbesondere der Notwendigkeit, vor der Verarbeitung personenbezogener Daten für gezielte Werbung die Einwilligung der betroffenen Person einzuholen. Zudem gilt sie unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie 2002/58/EG, insbesondere in Bezug auf die Speicherung von Informationen auf Endgeräten und den Zugang zu dort gespeicherten Informationen.

Änderungsantrag 52

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 53

Vorschlag der Kommission

(53) Da sehr große Online-Plattformen aufgrund ihrer Reichweite – insbesondere der Zahl der Nutzer – als Plattform für öffentliche Debatten, **Wirtschaftstransaktionen** und die Verbreitung von Informationen, Meinungen und Ideen sowie bei der

Geänderter Text

(53) Da sehr große Online-Plattformen aufgrund ihrer Reichweite – insbesondere der Zahl der Nutzer – als Plattform für öffentliche Debatten, **Wirtschafts- und Finanztransaktionen** und die Verbreitung von Informationen, Meinungen und Ideen sowie bei der Beeinflussung der

Beeinflussung der Informationsbeschaffung und -übermittlung im Internet eine bedeutende Rolle spielen, ist es notwendig, diesen Plattformen neben den für alle Online-Plattformen geltenden Pflichten besondere Pflichten aufzuerlegen. Diese zusätzlichen Pflichten sehr großer Online-Plattformen sind erforderlich, um diesen ordnungspolitischen Bedenken Rechnung zu tragen, da sich durch alternative, weniger restriktive Maßnahmen nicht dieselben Ergebnisse erzielen lassen.

Informationsbeschaffung und -übermittlung im Internet eine bedeutende Rolle spielen, ist es notwendig, diesen Plattformen neben den für alle Online-Plattformen geltenden Pflichten besondere Pflichten aufzuerlegen. Diese zusätzlichen Pflichten sehr großer Online-Plattformen sind erforderlich, um diesen ordnungspolitischen Bedenken Rechnung zu tragen, **auch in Bezug auf irreführende Informationen oder andere Arten von illegalen Inhalten**, da sich durch alternative, weniger restriktive Maßnahmen nicht dieselben Ergebnisse erzielen lassen.

Änderungsantrag 53

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 54

Vorschlag der Kommission

(54) Sehr große Online-Plattformen können gesellschaftliche Risiken nach sich ziehen, die sich hinsichtlich Umfang und Auswirkungen von denen kleinerer Plattformen unterscheiden. Sobald die Zahl der Nutzer einer Plattform in der Union einen erheblichen Bevölkerungsanteil erreicht, haben auch die mit der Plattform verbundenen systemischen Risiken in der Union unverhältnismäßige negative Auswirkungen. Von einer solchen erheblichen Reichweite sollte ausgegangen werden, wenn die Zahl der Nutzer eine operative Schwelle von 45 Millionen – 10 % der Bevölkerung in der Union – überschreitet. Die operative Schwelle sollte durch Änderungen im Wege delegierter Rechtsakte aktualisiert werden, soweit dies erforderlich ist. Solche sehr großen Online-Plattformen sollten daher höchsten Sorgfaltspflichten unterliegen, die in einem angemessenen Verhältnis zu ihren gesellschaftlichen Auswirkungen und Mitteln stehen.

Geänderter Text

(54) Sehr große Online-Plattformen können gesellschaftliche Risiken nach sich ziehen, die sich hinsichtlich Umfang und Auswirkungen von denen kleinerer Plattformen unterscheiden. Sobald die Zahl der Nutzer einer Plattform in der Union einen erheblichen Bevölkerungsanteil erreicht, **können** auch die mit der Plattform verbundenen systemischen Risiken in der Union unverhältnismäßige negative Auswirkungen **haben**. Von einer solchen erheblichen Reichweite sollte ausgegangen werden, wenn die Zahl der Nutzer eine operative Schwelle von 45 Millionen – 10 % der Bevölkerung in der Union – überschreitet. Die operative Schwelle sollte durch Änderungen im Wege delegierter Rechtsakte aktualisiert werden, soweit dies erforderlich ist. Solche sehr großen Online-Plattformen sollten daher höchsten Sorgfaltspflichten unterliegen, die in einem angemessenen Verhältnis zu ihren gesellschaftlichen Auswirkungen und Mitteln stehen.

Änderungsantrag 54

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 57

Vorschlag der Kommission

(57) Dabei sollten drei Kategorien systemischer Risiken eingehend geprüft werden. Eine erste Kategorie betrifft die Risiken, die durch einen Missbrauch ihres Dienstes durch Verbreitung illegaler Inhalte entstehen können, darunter die Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch oder von illegaler Hassrede sowie illegale Tätigkeiten wie ein nach Unions- oder nationalem Recht untersagter Verkauf von Waren oder Dienstleistungen, wie z. B. nachgeahmter Güter. Unbeschadet der persönlichen Verantwortung der Nutzer von sehr großen Online-Plattformen für die mögliche Rechtswidrigkeit ihrer Tätigkeit nach geltendem Recht können eine solche Verbreitung oder solche Tätigkeiten z. B. dann ein erhebliches systemisches Risiko darstellen, wenn der Zugang zu diesen Inhalten durch Konten mit einer besonders großen Reichweite verstärkt werden kann. Eine zweite Kategorie betrifft die Auswirkungen des Dienstes auf die Ausübung der durch die Charta der Grundrechte geschützten Grundrechte, einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit, des Rechts auf Achtung des Privatlebens, des Rechts auf Nichtdiskriminierung und der Rechte des Kindes. Diese Risiken können beispielsweise auf die Gestaltung der Algorithmensysteme sehr großer Online-Plattformen oder auf den Missbrauch ihres Dienstes für die Übermittlung missbräuchlicher Nachrichten oder auf andere Methoden zur Verhinderung der freien Meinungsäußerung oder zur Behinderung des Wettbewerbs

Geänderter Text

(57) Dabei sollten drei Kategorien systemischer Risiken eingehend geprüft werden. Eine erste Kategorie betrifft die Risiken, die durch einen Missbrauch ihres Dienstes durch Verbreitung illegaler Inhalte entstehen können, darunter die Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch oder von illegaler Hassrede sowie illegale Tätigkeiten wie ein nach Unions- oder nationalem Recht untersagter Verkauf von Waren oder Dienstleistungen, wie z. B. **gefährlicher und** nachgeahmter Güter, **oder die illegale Anzeige von urheberrechtlich geschützten Inhalten**. Unbeschadet der persönlichen Verantwortung der Nutzer von sehr großen Online-Plattformen für die mögliche Rechtswidrigkeit ihrer Tätigkeit nach geltendem Recht können eine solche Verbreitung oder solche Tätigkeiten z. B. dann ein erhebliches systemisches Risiko darstellen, wenn der Zugang zu diesen Inhalten durch Konten mit einer besonders großen Reichweite verstärkt werden kann. Eine zweite Kategorie betrifft die Auswirkungen des Dienstes auf die Ausübung der durch die Charta der Grundrechte geschützten Grundrechte, einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit, des Rechts auf Achtung des Privatlebens, des Rechts auf Nichtdiskriminierung und der Rechte des Kindes. Diese Risiken können beispielsweise auf die Gestaltung der Algorithmensysteme sehr großer Online-Plattformen oder auf den Missbrauch ihres Dienstes für die Übermittlung missbräuchlicher Nachrichten oder auf andere Methoden zur Verhinderung der

zurückzuführen sein. Eine dritte Kategorie von Risiken betrifft die absichtliche und oftmals auch koordinierte Manipulation des Dienstes der Plattform, die absehbare Auswirkungen auf Gesundheit, den gesellschaftlichen Diskurs, Wahlprozesse, die öffentliche Sicherheit und den Schutz Minderjähriger haben kann, sodass es erforderlich ist, die öffentliche Ordnung und die Privatsphäre zu schützen und betrügerische und irreführende Handelspraktiken zu bekämpfen. Solche Risiken können beispielsweise auf die Einrichtung von Scheinkonten, die Nutzung von Bots und anderen automatisierten oder teilautomatisierten Verhaltensweisen zurückzuführen sein, die zu einer schnellen und umfangreichen Verbreitung von Informationen führen können, die illegale Inhalte darstellen oder mit den Geschäftsbedingungen einer Online-Plattform unvereinbar sind.

freien Meinungsäußerung oder zur Behinderung des Wettbewerbs **oder auf den Missbrauch der allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattformen, einschließlich ihrer Strategien zur Moderation von Inhalten, sofern solche durchgesetzt werden**, zurückzuführen sein. Eine dritte Kategorie von Risiken betrifft die absichtliche und oftmals auch koordinierte Manipulation des Dienstes der Plattform, die absehbare Auswirkungen auf Gesundheit, **die Grundrechte**, den gesellschaftlichen Diskurs, Wahlprozesse, die öffentliche Sicherheit und den Schutz Minderjähriger haben kann, sodass es erforderlich ist, die öffentliche Ordnung und die Privatsphäre zu schützen und betrügerische und irreführende Handelspraktiken zu bekämpfen. Solche Risiken können beispielsweise auf die Einrichtung von Scheinkonten **und** die Nutzung von Bots und anderen automatisierten oder teilautomatisierten Verhaltensweisen zurückzuführen sein, die zu einer schnellen und umfangreichen Verbreitung von Informationen führen können, die illegale Inhalte darstellen oder mit den Geschäftsbedingungen einer Online-Plattform unvereinbar sind.

Änderungsantrag 55

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 58

Vorschlag der Kommission

(58) Sehr große Online-Plattformen sollten die erforderlichen Instrumente einsetzen, um die bei der Risikobewertung festgestellten systemischen Risiken sorgfältig zu mindern. Für diese Risikominderungsmaßnahmen sollten sehr große Online-Plattformen es beispielsweise in Betracht ziehen, die Gestaltung und Funktionsweise der Moderation von Inhalten, der algorithmischen Empfehlungssysteme und der Online-

Geänderter Text

(58) Sehr große Online-Plattformen sollten die erforderlichen **und verhältnismäßigen** Instrumente einsetzen, um die bei der Risikobewertung festgestellten systemischen Risiken sorgfältig zu mindern. Für diese Risikominderungsmaßnahmen sollten sehr große Online-Plattformen es beispielsweise in Betracht ziehen, die Gestaltung und Funktionsweise der Moderation von Inhalten, der algorithmischen

Schnittstellen zu verbessern oder anderweitig anzupassen, um der Verbreitung illegaler Inhalte entgegenzuwirken und sie einzuschränken, **oder** Anpassungen ihrer Entscheidungsverfahren oder ihrer Geschäftsbedingungen vorzunehmen. Dazu können auch Korrekturmaßnahmen zählen, wie z. B. die Beendigung von Werbeeinnahmen für bestimmte Inhalte, oder andere Maßnahmen wie eine Verbesserung der Sichtbarkeit verlässlicher Informationsquellen. Sehr große Online-Plattformen können ihre internen Verfahren oder die interne Überwachung ihrer Tätigkeiten verstärken, insbesondere um systemische Risiken zu ermitteln. Zudem können sie die Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern einleiten oder verstärken, Schulungsmaßnahmen und den Austausch mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern organisieren und mit anderen Anbietern zusammenarbeiten, etwa durch Einführung von Verhaltenskodizes oder anderen Selbstregulierungsmaßnahmen oder die Beteiligung an bestehenden einschlägigen Kodizes oder Maßnahmen. Alle Maßnahmen sollten mit den Sorgfaltspflichten aus dieser Verordnung im Einklang stehen, wirksam und angemessen zur Minderung der festgestellten spezifischen Risiken beitragen und der Wahrung der öffentlichen Ordnung, dem Schutz der Privatsphäre sowie der Bekämpfung betrügerischer und irreführender Handelspraktiken dienen; sie sollten zudem in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der sehr großen Online-Plattform stehen und der Notwendigkeit Rechnung tragen, unnötige Beschränkungen für die Nutzung ihrer Dienste zu vermeiden, wobei mögliche negative Auswirkungen auf die Grundrechte der Nutzer angemessen zu berücksichtigen sind.

Empfehlungssysteme und der Online-Schnittstellen zu verbessern oder anderweitig anzupassen, um der Verbreitung illegaler Inhalte entgegenzuwirken und sie einzuschränken, **die absichtliche Manipulation und Ausnutzung des Dienstes, einschließlich durch die Verstärkung illegaler Inhalte, zu verhindern**, Anpassungen ihrer Entscheidungsverfahren oder ihrer Geschäftsbedingungen vorzunehmen **sowie Richtlinien zur Moderation von Inhalten und die Art und Weise ihrer Durchsetzung für die Nutzer vollkommen transparent zu machen**. Dazu können auch Korrekturmaßnahmen zählen, wie z. B. die Beendigung von Werbeeinnahmen für bestimmte Inhalte, oder andere Maßnahmen wie eine Verbesserung der Sichtbarkeit verlässlicher Informationsquellen. Sehr große Online-Plattformen können ihre internen Verfahren oder die interne Überwachung ihrer Tätigkeiten verstärken, insbesondere um systemische Risiken zu ermitteln. Zudem können sie die Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern einleiten oder verstärken, Schulungsmaßnahmen und den Austausch mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern organisieren und mit anderen Anbietern zusammenarbeiten, etwa durch Einführung von Verhaltenskodizes oder anderen Selbstregulierungsmaßnahmen oder die Beteiligung an bestehenden einschlägigen Kodizes oder Maßnahmen. Alle Maßnahmen sollten mit den Sorgfaltspflichten aus dieser Verordnung im Einklang stehen, wirksam und angemessen zur Minderung der festgestellten spezifischen Risiken beitragen und der Wahrung der öffentlichen Ordnung, dem Schutz der Privatsphäre sowie der Bekämpfung betrügerischer und irreführender Handelspraktiken dienen; sie sollten zudem in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der sehr großen Online-Plattform stehen und

der Notwendigkeit Rechnung tragen, unnötige Beschränkungen für die Nutzung ihrer Dienste zu vermeiden, wobei mögliche negative Auswirkungen auf die Grundrechte der Nutzer angemessen zu berücksichtigen sind.

Änderungsantrag 56

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 59

Vorschlag der Kommission

(59) Soweit angemessen, sollten sehr große Online-Plattformen bei ihren Risikobewertungen und bei der Gestaltung ihrer Risikominderungsmaßnahmen Vertreterinnen und Vertreter der Nutzer und der möglicherweise von ihren Diensten betroffenen Gruppen sowie unabhängige Sachverständige und ***zivilgesellschaftliche Organisationen*** einbeziehen.

Geänderter Text

(59) Soweit angemessen, sollten sehr große Online-Plattformen bei ihren Risikobewertungen und bei der Gestaltung ihrer Risikominderungsmaßnahmen Vertreterinnen und Vertreter der Nutzer und der möglicherweise von ihren Diensten betroffenen Gruppen sowie unabhängige Sachverständige und ***relevante öffentliche Akteure*** einbeziehen.

Änderungsantrag 57

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 60

Vorschlag der Kommission

(60) Da eine Überprüfung durch unabhängige Sachverständige notwendig ist, sollten ***sehr*** große Online-Plattformen einer Rechenschaftspflicht hinsichtlich der Einhaltung der Pflichten aus dieser Verordnung und gegebenenfalls zusätzlicher Verpflichtungszusagen im Rahmen von Verhaltenskodizes und Krisenprotokollen unterliegen, was durch unabhängige Prüfungen sichergestellt werden sollte. Sie sollten den Prüfern Zugang zu allen relevanten Daten gewähren, die für eine ordnungsgemäße Durchführung der Prüfung erforderlich sind. Zudem sollten die Prüfer andere objektive Informationsquellen nutzen

Geänderter Text

(60) Da eine Überprüfung durch unabhängige Sachverständige notwendig ist, sollten große Online-Plattformen einer Rechenschaftspflicht hinsichtlich der Einhaltung der Pflichten aus dieser Verordnung und gegebenenfalls zusätzlicher Verpflichtungszusagen im Rahmen von Verhaltenskodizes und Krisenprotokollen unterliegen, was durch unabhängige Prüfungen sichergestellt werden sollte. Sie sollten den Prüfern Zugang zu allen relevanten Daten gewähren, die für eine ordnungsgemäße Durchführung der Prüfung erforderlich sind. Zudem sollten die Prüfer andere objektive Informationsquellen nutzen

können, **wie** z. B. Studien **zugelassener** Forscherinnen und **Forscher**. Die Prüfer sollten die Vertraulichkeit, Sicherheit und Integrität der Informationen sicherstellen, die sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten, einschließlich Geschäftsgeheimnissen, und über die erforderlichen Kenntnisse im Bereich des Risikomanagements sowie über die technische Kompetenz für die Prüfung von Algorithmen verfügen. Die Prüfer sollten unabhängig sein, damit sie ihre Aufgaben auf angemessene und vertrauenswürdige Weise wahrnehmen können. Ist ihre Unabhängigkeit nicht über jeden Zweifel erhaben, sollten sie ihre Funktion niederlegen oder auf den Prüfauftrag verzichten.

können, z. B. Studien **von von den zuständigen Behörden zugelassenen** Forscherinnen und **Forschern**. Die Prüfer sollten die Vertraulichkeit, Sicherheit und Integrität der Informationen sicherstellen, die sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten, einschließlich Geschäftsgeheimnissen, und über die erforderlichen Kenntnisse im Bereich des Risikomanagements sowie über die technische Kompetenz für die Prüfung von Algorithmen verfügen. Die Prüfer sollten unabhängig sein, damit sie ihre Aufgaben auf angemessene und vertrauenswürdige Weise wahrnehmen können. Ist ihre Unabhängigkeit nicht über jeden Zweifel erhaben, sollten sie ihre Funktion niederlegen oder auf den Prüfauftrag verzichten.

Änderungsantrag 58

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 61

Vorschlag der Kommission

(61) Der Prüfbericht sollte begründet werden, um eine aussagekräftige Bilanz über die durchgeführten Tätigkeiten und die erzielten Schlussfolgerungen ziehen zu können. Er sollte Informationen darüber enthalten, welche Maßnahmen die sehr großen Online-Plattformen zur Erfüllung ihrer Pflichten im Rahmen dieser Verordnung getroffen haben, und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge für diese Maßnahmen aufführen. Der Bericht sollte dem **für den** Koordinator für digitale Dienste **am Niederlassungsort** und dem Gremium zusammen mit der Risikobewertung, den Risikominderungsmaßnahmen und den Plänen der Plattform zur Umsetzung der Empfehlungen aus der Prüfung unverzüglich übermittelt werden. Der Bericht sollte einen Bestätigungsvermerk enthalten, der auf den Schlussfolgerungen

Geänderter Text

(61) Der Prüfbericht sollte **unabhängig erstellt und** begründet werden, um eine aussagekräftige Bilanz über die durchgeführten Tätigkeiten und die erzielten Schlussfolgerungen ziehen zu können. Er sollte Informationen darüber enthalten, welche Maßnahmen die sehr großen Online-Plattformen zur Erfüllung ihrer Pflichten im Rahmen dieser Verordnung getroffen haben, und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge für diese Maßnahmen aufführen. Der Bericht sollte dem Koordinator für digitale Dienste und dem Gremium zusammen mit der Risikobewertung, den Risikominderungsmaßnahmen und den Plänen der Plattform zur Umsetzung der Empfehlungen aus der Prüfung unverzüglich übermittelt werden. Der Bericht sollte einen Bestätigungsvermerk enthalten, der auf den Schlussfolgerungen

aus den Prüfbelegen beruht. Ein positiver Vermerk sollte erstellt werden, wenn alle Belege zeigen, dass die sehr große Online-Plattform die Pflichten aus dieser Verordnung oder die gegebenenfalls im Rahmen eines Verhaltenskodex oder Krisenprotokolls eingegangenen Verpflichtungszusagen erfüllt, insbesondere durch die Ermittlung, Bewertung und Minderung der mit ihrem System und ihren Diensten verbundenen systemischen Risiken. Ein positiver Vermerk sollte durch Anmerkungen ergänzt werden, wenn der Prüfer Bemerkungen hinzufügen möchte, die keine wesentlichen Auswirkungen auf das Prüfergebnis haben. Ein negativer Vermerk sollte erstellt werden, wenn der Prüfer der Ansicht ist, dass die sehr große Online-Plattform diese Verordnung nicht einhält oder die eingegangenen Verpflichtungszusagen nicht erfüllt.

aus den Prüfbelegen beruht. Ein positiver Vermerk sollte erstellt werden, wenn alle Belege zeigen, dass die sehr große Online-Plattform die Pflichten aus dieser Verordnung oder die gegebenenfalls im Rahmen eines Verhaltenskodex oder Krisenprotokolls eingegangenen Verpflichtungszusagen erfüllt, insbesondere durch die Ermittlung, Bewertung und Minderung der mit ihrem System und ihren Diensten verbundenen systemischen Risiken. Ein positiver Vermerk sollte durch Anmerkungen ergänzt werden, wenn der Prüfer Bemerkungen hinzufügen möchte, die keine wesentlichen Auswirkungen auf das Prüfergebnis haben. Ein negativer Vermerk sollte erstellt werden, wenn der Prüfer der Ansicht ist, dass die sehr große Online-Plattform diese Verordnung nicht einhält oder die eingegangenen Verpflichtungszusagen nicht erfüllt.

Änderungsantrag 59

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 62

Vorschlag der Kommission

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten sehr großer Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der Online-Schnittfläche dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können *wesentliche* Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit

Geänderter Text

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten sehr großer Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der Online-Schnittfläche dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit

ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. Sehr große Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und Einfluss darauf haben, welche Informationen ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer über alternative Optionen für die wichtigsten Parameter verfügen, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen.

ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. Sehr große Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und Einfluss darauf haben, welche Informationen ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer über alternative Optionen für die wichtigsten Parameter verfügen, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen.

Änderungsantrag 60

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 62 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(62a) Die Praxis der sehr großen Online-Plattformen, Werbung mit von Nutzern hochgeladenen Inhalten zu verbinden, könnte indirekt zur Monetarisierung und Förderung illegaler Inhalte oder von Inhalten, die gegen ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen, führen und das Markenimage der Käufer von Werbeflächen erheblich beschädigen. Um eine solche Praxis zu verhindern, sollten sehr große Online-Plattformen – auch durch standardmäßige vertragliche Garantien für die Käufer von Werbeflächen – sicherstellen, dass die Inhalte, mit denen sie Werbung verbinden, legal sind und ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen entsprechen. Darüber hinaus sollten sehr große Online-Plattformen es den

Werbetreibenden ermöglichen, direkten Zugang zu den Ergebnissen der unabhängig durchgeführten Prüfungen zu erhalten, in deren Rahmen die Verpflichtungen und Instrumente der Plattformen für den Schutz des Markenimage der Käufer von Werbeflächen bewertet werden („Markensicherheit“).

Änderungsantrag 61

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 63

Vorschlag der Kommission

(63) Von sehr großen Online-Plattformen genutzte Werbesysteme *sind* mit besonderen Risiken verbunden *und machen angesichts ihres Umfangs und der Tatsache, dass sie die Nutzer auf der Grundlage ihres Verhaltens innerhalb und außerhalb der Online-Schnittstelle der Plattform gezielt erreichen können*, eine weitergehende öffentliche und regulatorische Aufsicht erforderlich. Sehr große Online-Plattformen sollten Archive für Werbung, die auf ihren Online-Schnittstellen angezeigt wird, öffentlich zugänglich machen, um die Aufsicht und die Forschung zu neu entstehenden Risiken im Zusammenhang mit der Online-Verbreitung von Werbung zu unterstützen; dies betrifft etwa illegale Werbung oder manipulative Techniken und Desinformation mit realen und absehbaren negativen Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit oder Sicherheit, den gesellschaftlichen Diskurs, die politische Teilhabe und die Gleichbehandlung. Die Archive sollten den Inhalt der Werbung sowie damit verbundene Daten zum Werbetreibenden und zur Bereitstellung der Werbung enthalten, *insbesondere was gezielte Werbung betrifft*.

Geänderter Text

(63) Von sehr großen Online-Plattformen genutzte Werbesysteme *können* mit besonderen Risiken verbunden *sein* und eine weitergehende öffentliche und regulatorische Aufsicht erforderlich *machen*. Sehr große Online-Plattformen sollten Archive für Werbung, die auf ihren Online-Schnittstellen angezeigt wird, öffentlich zugänglich machen, um die Aufsicht und die Forschung zu neu entstehenden Risiken im Zusammenhang mit der Online-Verbreitung von Werbung zu unterstützen; dies betrifft etwa illegale Werbung oder manipulative Techniken und Desinformation mit realen und absehbaren negativen Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit oder Sicherheit, den gesellschaftlichen Diskurs, die politische Teilhabe und die Gleichbehandlung. Die Archive sollten den Inhalt der Werbung sowie damit verbundene Daten zum Werbetreibenden und zur Bereitstellung der Werbung enthalten. *Darüber hinaus sollten sehr große Online-Plattformen alle bekannten Deepfakes, darunter Videos, Audiodateien und andere Dateien, kennzeichnen.*

Änderungsantrag 62

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 64

Vorschlag der Kommission

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von **Algorithmensystemen** für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen. **Alle Bestimmungen über den** Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime Interessen angemessen schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer.

Geänderter Text

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, **wie beispielsweise die Verbreitung illegaler Inhalte oder die Verstärkung illegaler Inhalte**, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von **algorithmischen Systemen** für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die **Bereitstellung von Informationen oder die** Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher, **die die in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen erfüllen, gegebenenfalls für Forschungsprojekte** zugänglich zu machen. **Sämtliche Ersuchen um**

Bereitstellung von Informationen oder
Zugang zu Daten innerhalb dieses
Rahmens sollten verhältnismäßig sein und
Rechte und legitime Interessen angemessen
schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse
und andere vertrauliche Informationen der
Plattform und sonstiger Beteiligter,
einschließlich der Nutzer.

Änderungsantrag 63

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 65 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(65a) Mindestanforderungen an die Interoperabilität für sehr große Online-Plattformen könnten neue Möglichkeiten für die Entwicklung innovativer Dienste schaffen, den Lock-in-Effekt bestehender Plattformen aufgrund des Netzwerkeffekts überwinden und so den Wettbewerb und die Wahlmöglichkeiten für die Nutzer verbessern. Um den Nutzern die freie Wahl zwischen verschiedenen Diensten zu erleichtern, sollte daher die Interoperabilität von branchenüblichen Funktionen sehr großer Online-Plattformen in Betracht gezogen werden. Eine solche Interoperabilität würde es den Nutzern ermöglichen, einen Dienst auf der Grundlage seiner Funktionen und Merkmale zu wählen.

Änderungsantrag 64

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 67

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(67) Die Kommission und das Gremium sollten die Erstellung von Verhaltenskodizes als Beitrag zur Anwendung dieser Verordnung fördern. Die Umsetzung der Verhaltenskodizes

(67) Die Kommission und das Gremium sollten die Erstellung von Verhaltenskodizes als Beitrag zur Anwendung dieser Verordnung fördern ***und die Online-Plattformen dazu***

sollte messbar sein und der öffentlichen Aufsicht unterliegen, doch sollte dies den Freiwilligkeitscharakter dieser Kodizes und die Wahlfreiheit der Interessenträger hinsichtlich ihrer Beteiligung nicht beeinträchtigen. Unter bestimmten Umständen kann es wichtig sein, dass sehr große Online-Plattformen bestimmte Verhaltenskodizes gemeinsam erstellen und diese einhalten. Diese Verordnung hält andere Anbieter in keiner Weise davon ab, durch Beteiligung an denselben Verhaltenskodizes dieselben Sorgfaltsstandards einzuhalten, bewährte Verfahren zu übernehmen und die Leitlinien der Kommission und des Gremiums anzuwenden.

anhalten, die Bestimmungen dieser Kodizes einzuhalten. Die Umsetzung der Verhaltenskodizes sollte messbar sein und der öffentlichen Aufsicht unterliegen, doch sollte dies den Freiwilligkeitscharakter dieser Kodizes und die Wahlfreiheit der Interessenträger hinsichtlich ihrer Beteiligung nicht beeinträchtigen. Unter bestimmten Umständen kann es wichtig sein, dass sehr große Online-Plattformen bestimmte Verhaltenskodizes gemeinsam erstellen und diese einhalten. Diese Verordnung hält andere Anbieter in keiner Weise davon ab, durch Beteiligung an denselben Verhaltenskodizes dieselben Sorgfaltsstandards einzuhalten, bewährte Verfahren zu übernehmen und die Leitlinien der Kommission und des Gremiums anzuwenden.

Änderungsantrag 65

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 68

Vorschlag der Kommission

(68) In dieser Verordnung sollten bestimmte Bereiche bestimmt werden, die für solche Verhaltenskodizes in Betracht kommen. Insbesondere sollten Risikominderungsmaßnahmen für bestimmte Arten illegaler Inhalte Gegenstand von Selbst- und Koregulierungsvereinbarungen sein. Ein weiteres relevantes Thema sind die möglichen negativen Auswirkungen systemischer Risiken auf Gesellschaft und Demokratie, etwa aufgrund von Desinformation oder manipulativen und missbräuchlichen Tätigkeiten. Dazu zählen koordinierte Tätigkeiten zur Verstärkung von Informationen einschließlich Desinformation, etwa durch Nutzung von Bots oder Scheinkonten für die Erstellung falscher oder irreführender Informationen, die mitunter auch mit einer Gewinnerzielungsabsicht verbunden sein

Geänderter Text

(68) In dieser Verordnung sollten bestimmte Bereiche bestimmt werden, die für solche Verhaltenskodizes in Betracht kommen. Insbesondere sollten Risikominderungsmaßnahmen für bestimmte Arten illegaler Inhalte Gegenstand von Selbst- und Koregulierungsvereinbarungen sein. Ein weiteres relevantes Thema sind die möglichen negativen Auswirkungen systemischer Risiken auf Gesellschaft und Demokratie, etwa aufgrund von Desinformation, ***illegalen Inhalten*** oder manipulativen und missbräuchlichen Tätigkeiten. Dazu zählen koordinierte Tätigkeiten zur Verstärkung von Informationen einschließlich Desinformation, etwa durch Nutzung von Bots oder Scheinkonten für die Erstellung falscher oder irreführender Informationen, die mitunter auch mit einer

können und für schutzbedürftige Nutzer wie z. B. Kinder besonders schädlich sind. In diesen Bereichen kann die Beteiligung einer sehr großen Online-Plattform an einem Verhaltenskodex und dessen Einhaltung als geeignete Risikominderungsmaßnahme angesehen werden. Weigert sich eine Online-Plattform ohne angemessene Begründung, sich auf Aufforderung der Kommission an der Anwendung eines solchen Verhaltenskodex zu beteiligen, könnte dies hinsichtlich möglicher Zuwiderhandlungen der Online-Plattform im Rahmen dieser Verordnung berücksichtigt werden.

Gewinnerzielungsabsicht verbunden sein können und für schutzbedürftige Nutzer wie z. B. Kinder besonders schädlich sind. In diesen Bereichen kann die Beteiligung einer sehr großen Online-Plattform an einem Verhaltenskodex und dessen Einhaltung als geeignete Risikominderungsmaßnahme angesehen werden. Weigert sich eine Online-Plattform ohne angemessene Begründung, sich auf Aufforderung der Kommission an der Anwendung eines solchen Verhaltenskodex zu beteiligen, könnte dies hinsichtlich möglicher Zuwiderhandlungen der Online-Plattform im Rahmen dieser Verordnung berücksichtigt werden.

Änderungsantrag 66

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 69

Vorschlag der Kommission

(69) Die Bestimmungen über Verhaltenskodizes in dieser Verordnung könnten als Grundlage für bereits bestehende Selbstregulierungsmaßnahmen auf Unionsebene dienen, darunter die Verpflichtungserklärung für mehr Produktsicherheit („Product Safety Pledge“), die gemeinsame Absichtserklärung zum Verkauf nachgeahmter Güter, der Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet ***sowie der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation. Wie im Aktionsplan für Demokratie angekündigt, wird die Kommission Leitlinien zur Stärkung des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation herausgeben.***

Geänderter Text

(69) Die Bestimmungen über Verhaltenskodizes in dieser Verordnung könnten als Grundlage für bereits bestehende Selbstregulierungsmaßnahmen auf Unionsebene dienen, darunter die Verpflichtungserklärung für mehr Produktsicherheit („Product Safety Pledge“), die gemeinsame Absichtserklärung zum Verkauf nachgeahmter Güter, der Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet.

Änderungsantrag 67

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 70

Vorschlag der Kommission

(70) An der Bereitstellung von Online-Werbung sind im Allgemeinen mehrere Akteure beteiligt, darunter Vermittlungsdienste, die die Werbetreibenden mit dem Anbieter, der die Werbung veröffentlicht, zusammenbringen. Die Verhaltenskodizes sollten die für Werbung festgelegten Transparenzpflichten von Online-Plattformen und sehr großen Online-Plattformen gemäß dieser Verordnung unterstützen und ergänzen, um für flexible und wirksame Mechanismen zur Unterstützung und Verbesserung der Einhaltung dieser Pflichten zu sorgen, **insbesondere was die Modalitäten für die Übermittlung der relevanten Informationen betrifft**. Durch die Beteiligung einer Vielzahl von Interessenträgern sollte sichergestellt sein, dass diese Verhaltenskodizes breite Unterstützung erfahren, technisch solide und wirksam sind und höchsten Standards hinsichtlich der Nutzerfreundlichkeit entsprechen, damit die Ziele der Transparenzpflichten erreicht werden.

Änderungsantrag 68

**Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 76**

Vorschlag der Kommission

(76) Da Anbieter von Vermittlungsdiensten nicht generell verpflichtet sind, für eine physische Präsenz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates zu sorgen, ist es erforderlich zu klären, welcher rechtlichen Zuständigkeit diese Anbieter bei der Durchsetzung von Bestimmungen der Kapitel III und IV durch zuständige nationale Behörden unterliegen. Anbieter sollten der rechtlichen Zuständigkeit des

Geänderter Text

(70) An der Bereitstellung von Online-Werbung sind im Allgemeinen mehrere Akteure beteiligt, darunter Vermittlungsdienste, die die Werbetreibenden mit dem Anbieter, der die Werbung veröffentlicht, zusammenbringen. Die Verhaltenskodizes sollten die für Werbung festgelegten Transparenzpflichten von Online-Plattformen und sehr großen Online-Plattformen gemäß dieser Verordnung unterstützen und ergänzen, um für flexible und wirksame Mechanismen zur Unterstützung und Verbesserung der Einhaltung dieser Pflichten zu sorgen. Durch die Beteiligung einer Vielzahl von Interessenträgern sollte sichergestellt sein, dass diese Verhaltenskodizes breite Unterstützung erfahren, technisch solide und wirksam sind und höchsten Standards hinsichtlich der Nutzerfreundlichkeit entsprechen, damit die Ziele der Transparenzpflichten erreicht werden.

Geänderter Text

(76) Da Anbieter von Vermittlungsdiensten nicht generell verpflichtet sind, für eine physische Präsenz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates zu sorgen, ist es erforderlich zu klären, welcher rechtlichen Zuständigkeit diese Anbieter bei der Durchsetzung von Bestimmungen der Kapitel III und IV **und der Artikel 8 und 9** durch zuständige nationale Behörden unterliegen. Anbieter sollten der

Mitgliedstaates unterliegen, in dem sich ihre Hauptniederlassung befindet, d. h. in dem der Anbieter seine Hauptverwaltung oder seinen eingetragenen Sitz hat, an dem die wichtigsten finanziellen Funktionen und die operative Kontrolle ausgeübt werden. Anbieter, die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienste in der Union erbringen und daher in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, sollten angesichts der Funktion der Rechtsvertreter im Rahmen dieser Verordnung der rechtlichen Zuständigkeit des Mitgliedstaates unterliegen, in dem sie ihren Rechtsvertreter bestellt haben. Im Interesse einer wirksamen Anwendung dieser Verordnung sollten jedoch alle Mitgliedstaaten zuständig sein, wenn Anbieter keinen Rechtsvertreter benannt haben, sofern das Verbot der doppelten Strafverfolgung (ne bis in idem) eingehalten wird. Zu diesem Zweck sollte jeder Mitgliedstaat bei der Ausübung rechtlicher Zuständigkeiten für diese Anbieter alle anderen Mitgliedstaaten unverzüglich über die dabei getroffenen Maßnahmen informieren.

rechtlichen Zuständigkeit des Mitgliedstaates unterliegen, in dem sich ihre Hauptniederlassung befindet, d. h. in dem der Anbieter seine Hauptverwaltung oder seinen eingetragenen Sitz hat, an dem die wichtigsten finanziellen Funktionen und die operative Kontrolle ausgeübt werden. Anbieter, die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienste in der Union erbringen und daher in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, sollten angesichts der Funktion der Rechtsvertreter im Rahmen dieser Verordnung der rechtlichen Zuständigkeit des Mitgliedstaates unterliegen, in dem sie ihren Rechtsvertreter bestellt haben. Im Interesse einer wirksamen Anwendung dieser Verordnung sollten jedoch alle Mitgliedstaaten zuständig sein, wenn Anbieter keinen Rechtsvertreter benannt haben, sofern das Verbot der doppelten Strafverfolgung (ne bis in idem) eingehalten wird. Zu diesem Zweck sollte jeder Mitgliedstaat bei der Ausübung rechtlicher Zuständigkeiten für diese Anbieter alle anderen Mitgliedstaaten unverzüglich über die dabei getroffenen Maßnahmen informieren.

Änderungsantrag 69

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 77

Vorschlag der Kommission

(77) Die Mitgliedstaaten sollten dem Koordinator für digitale Dienste und jeder anderen im Rahmen dieser Verordnung benannten zuständigen Behörde ausreichende Befugnisse und Mittel zuweisen, um die Wirksamkeit der Untersuchungen und Durchsetzung sicherzustellen. Insbesondere sollte der Koordinator für digitale Dienste Informationen, die sich in seinem Gebiet befinden, ermitteln und einholen können, auch im Rahmen gemeinsamer

Geänderter Text

(77) Die Mitgliedstaaten sollten dem Koordinator für digitale Dienste und jeder anderen im Rahmen dieser Verordnung benannten zuständigen Behörde ausreichende Befugnisse und Mittel zuweisen, um die Wirksamkeit der Untersuchungen und Durchsetzung sicherzustellen. Insbesondere sollte der Koordinator für digitale Dienste Informationen, die sich in seinem Gebiet befinden, ermitteln und einholen können, auch im Rahmen gemeinsamer

Untersuchungen, wobei der Tatsache angemessen Rechnung zu tragen ist, dass Aufsichts- und Durchsetzungsmaßnahmen in Bezug auf Anbieter, die der rechtlichen Zuständigkeit eines anderen Mitgliedstaates unterliegen, vom Koordinator für digitale Dienstes dieses anderen Mitgliedstaates, gegebenenfalls im Einklang mit den Verfahren für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, beschlossen werden sollten.

Untersuchungen, wobei der Tatsache angemessen Rechnung zu tragen ist, dass Aufsichts- und Durchsetzungsmaßnahmen in Bezug auf Anbieter, die der rechtlichen Zuständigkeit eines anderen Mitgliedstaates unterliegen, vom Koordinator für digitale Dienstes dieses anderen Mitgliedstaates, gegebenenfalls im Einklang mit den Verfahren für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, beschlossen werden sollten. ***Die Mitgliedstaaten sollten in Zusammenarbeit mit den Einrichtungen, Ämtern und Agenturen der Union auch spezielle Schulungen für die zuständigen nationalen Behörden, insbesondere die Verwaltungsbehörden, die für die Anordnung von Maßnahmen gegen illegale Inhalte und die Bereitstellung von Informationen zuständig sind, in Erwägung ziehen.***

Änderungsantrag 70

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 78

Vorschlag der Kommission

(78) Die Mitgliedstaaten sollten in ihrem nationalen Recht die Bedingungen und Grenzen der Ausübung der Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse ihrer Koordinatoren für digitale Dienste und gegebenenfalls anderer zuständiger Behörden im Rahmen dieser Verordnung detailliert festlegen und dabei die Bestimmungen des Unionsrechts, insbesondere dieser Verordnung und der Charta, einhalten.

Geänderter Text

(78) Die Mitgliedstaaten sollten in ihrem nationalen Recht die Bedingungen und Grenzen der Ausübung der Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse ihrer Koordinatoren für digitale Dienste und gegebenenfalls anderer zuständiger Behörden im Rahmen dieser Verordnung detailliert festlegen und dabei die Bestimmungen des Unionsrechts, insbesondere dieser Verordnung und der Charta, einhalten. ***Um für Kohärenz zwischen den Mitgliedstaaten zu sorgen, sollte die Kommission Leitlinien zu den Verfahren und Vorschriften im Zusammenhang mit den Befugnissen der Koordinatoren für digitale Dienste annehmen.***

Änderungsantrag 71

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 91

Vorschlag der Kommission

(91) Das Gremium sollte Vertreterinnen und Vertreter der Koordinatoren für digitale Dienste und gegebenenfalls anderer zuständiger Behörden umfassen und unter dem Vorsitz der Kommission stehen, um die ihm vorgelegten Angelegenheiten aus umfassender europäischer Perspektive bewerten zu können. Angesichts möglicher weiterreichender Aspekte, die auch für andere Regulierungsrahmen auf Unionsebene von Bedeutung sein können, sollte das Gremium mit anderen Einrichtungen, Ämtern, Agenturen und Beratungsgruppen der Union zusammenarbeiten können, die z. B. in den Bereichen Gleichbehandlung, auch von Männern und Frauen, Nichtdiskriminierung, Datenschutz, elektronische Kommunikation, audiovisuelle Dienste, Aufdeckung und Untersuchung von Betrug zulasten des EU-Haushalts im Zusammenhang mit Zöllen oder Verbraucherschutz tätig sind, soweit dies für die Ausübung der Aufgaben erforderlich ist.

Geänderter Text

(91) Das Gremium sollte Vertreterinnen und Vertreter der Koordinatoren für digitale Dienste und gegebenenfalls anderer zuständiger Behörden umfassen und unter dem Vorsitz der Kommission stehen, um die ihm vorgelegten Angelegenheiten aus umfassender europäischer Perspektive bewerten zu können. Angesichts möglicher weiterreichender Aspekte, die auch für andere Regulierungsrahmen auf Unionsebene von Bedeutung sein können, sollte das Gremium mit anderen Einrichtungen, Ämtern, Agenturen und Beratungsgruppen der Union zusammenarbeiten können, die z. B. in den Bereichen Gleichbehandlung, auch von Männern und Frauen, Nichtdiskriminierung, Datenschutz, ***Achtung der Rechte des geistigen Eigentums, Wettbewerb***, elektronische Kommunikation, audiovisuelle Dienste, Aufdeckung und Untersuchung von Betrug zulasten des EU-Haushalts im Zusammenhang mit Zöllen oder Verbraucherschutz tätig sind, soweit dies für die Ausübung der Aufgaben erforderlich ist.

Änderungsantrag 72

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 97 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(97a) Die Kommission sollte sicherstellen, dass sie bei ihrer Entscheidungsfindung sowohl gegenüber den Koordinatoren für digitale Dienste als auch gegenüber den Diensteanbietern im

Änderungsantrag 73

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 99

Vorschlag der Kommission

(99) Insbesondere sollte die Kommission Zugang zu allen einschlägigen Unterlagen, Daten und Informationen haben, die für die Einleitung und Durchführung von Untersuchungen und die Überwachung der Einhaltung der in dieser Verordnung festgelegten einschlägigen Pflichten erforderlich sind, unabhängig davon, in wessen Besitz sich die betreffenden Unterlagen, Daten oder Informationen befinden und ungeachtet ihrer Form oder ihres Formats, ihres Speichermediums oder des genauen Orts der Speicherung. Die Kommission sollte die betreffende sehr große Online-Plattform, einschlägige Dritte oder natürliche Personen direkt dazu verpflichten können, ihr alle einschlägigen Belege, Daten und Informationen vorzulegen. Darüber hinaus sollte die Kommission einschlägige Informationen für die Zwecke dieser Verordnung bei jeder Behörde, Einrichtung oder Agentur innerhalb des Mitgliedstaates sowie bei jeder natürlichen oder juristischen Person einholen können. Die Kommission sollte befugt sein, Zugang zu Datenbanken und Algorithmen relevanter Personen sowie diesbezügliche Erläuterungen zu verlangen und alle Personen, die nützliche Informationen besitzen können, mit deren Zustimmung zu befragen und die gemachten Aussagen aufzunehmen. Zudem sollte die Kommission befugt sein, die für die Durchsetzung der einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung erforderlichen Nachprüfungen durchzuführen. Diese

Geänderter Text

(99) Insbesondere sollte die Kommission, ***wenn sie belegen kann, dass Grund zu der Annahme besteht, dass eine sehr große Online-Plattform diese Verordnung nicht einhält***, Zugang zu allen einschlägigen Unterlagen, Daten und Informationen haben, die für die Einleitung und Durchführung von Untersuchungen und die Überwachung der Einhaltung der in dieser Verordnung festgelegten einschlägigen Pflichten erforderlich sind, unabhängig davon, in wessen Besitz sich die betreffenden Unterlagen, Daten oder Informationen befinden und ungeachtet ihrer Form oder ihres Formats, ihres Speichermediums oder des genauen Orts der Speicherung. Die Kommission sollte die betreffende sehr große Online-Plattform, einschlägige Dritte oder natürliche Personen direkt dazu verpflichten können, ihr alle einschlägigen Belege, Daten und Informationen ***in Zusammenhang mit diesen Bedenken*** vorzulegen. Darüber hinaus sollte die Kommission einschlägige Informationen für die Zwecke dieser Verordnung bei jeder Behörde, Einrichtung oder Agentur innerhalb des Mitgliedstaates sowie bei jeder natürlichen oder juristischen Person einholen können. Die Kommission sollte befugt sein, Zugang zu Datenbanken und Algorithmen relevanter Personen sowie diesbezügliche Erläuterungen zu verlangen und alle Personen, die nützliche Informationen besitzen können, mit deren Zustimmung zu befragen und die gemachten Aussagen aufzunehmen. Zudem sollte die Kommission befugt sein, die für

Untersuchungsbefugnisse sollen die Möglichkeit der Kommission ergänzen, Koordinatoren für digitale Dienste und andere Behörden der Mitgliedstaaten um Unterstützung zu ersuchen, etwa durch Bereitstellung von Informationen oder die Ausübung ihrer Befugnisse.

die Durchsetzung der einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung erforderlichen Nachprüfungen durchzuführen. Diese Untersuchungsbefugnisse sollen die Möglichkeit der Kommission ergänzen, Koordinatoren für digitale Dienste und andere Behörden der Mitgliedstaaten um Unterstützung zu ersuchen, etwa durch Bereitstellung von Informationen oder die Ausübung ihrer Befugnisse.

Änderungsantrag 74

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 106 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(106a) Um die freie Meinungsäußerung und den Medienpluralismus im Internet zu fördern, muss der Bedeutung redaktioneller Inhalte und Dienste Rechnung getragen werden, indem die Anbieter von Vermittlungsdiensten verpflichtet werden, den Zugang zu diesen Inhalten und Diensten nicht zu entfernen, auszusetzen oder zu sperren. Daraus folgt, dass Anbieter von Vermittlungsdiensten von der Haftung für redaktionelle Inhalte und Dienste befreit sein sollten. Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten Mechanismen einrichten, die die praktische Anwendung erleichtern, beispielsweise die Kennzeichnung rechtmäßiger redaktioneller Inhalte und Dienste durch Anbieter von Inhalten. Anbieter von redaktionellen Inhalten und Diensten sollten durch den Mitgliedstaat identifiziert werden, in dem der Anbieter niedergelassen ist. Diese Anbieter sollten als Anbieter gelten, die eine Wirtschaftstätigkeit im Sinne der Artikel 56 und 57 AEUV ausüben.

Änderungsantrag 75

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) In dieser Verordnung werden harmonisierte Vorschriften für die Erbringung von Vermittlungsdiensten **im Binnenmarkt festgelegt**. Insbesondere wird Folgendes festgelegt:

Geänderter Text

(1) In dieser Verordnung werden harmonisierte Vorschriften für die Erbringung von Vermittlungsdiensten **festgelegt, um die Funktionsweise des Binnenmarkts zu verbessern und gleichzeitig die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Rechte, insbesondere die Meinungs- und Informationsfreiheit in einer offenen und demokratischen Gesellschaft, zu wahren**. Insbesondere wird Folgendes festgelegt:

Änderungsantrag 76

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Festlegung einheitlicher Regeln für ein sicheres, vorhersehbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld, in dem die in der Charta verankerten Grundrechte wirksam geschützt sind.

Geänderter Text

b) Festlegung einheitlicher, **verhältnismäßiger, harmonisierter** Regeln für ein sicheres, vorhersehbares, **zugängliches** und vertrauenswürdiges Online-Umfeld, in dem die in der Charta verankerten Grundrechte wirksam geschützt sind.

Änderungsantrag 77

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) Förderung von Innovationen, Unterstützung des digitalen Wandels, Förderung des Wirtschaftswachstums und Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen für digitale Dienste im Binnenmarkt;

Änderungsantrag 78

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 2 – Buchstabe b b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

bb) der Schutz der Verbraucher, die unter diese Verordnung fallende Dienste in Anspruch nehmen;

Änderungsantrag 79

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Diese Verordnung gilt für Sofortnachrichtendienste, die für andere als private oder nichtkommerzielle Zwecke genutzt werden.

Änderungsantrag 80

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 5 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) die Richtlinie 2010/13/EG,

b) die Richtlinie 2010/13/EG in der durch die Richtlinie (EU) 2018/1808 geänderten Fassung,

Änderungsantrag 81

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 5 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) die Unionsvorschriften auf dem Gebiet des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte,

c) die Unionsvorschriften auf dem Gebiet des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte, insbesondere die Richtlinie (EU) 2019/790,

Änderungsantrag 82

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 5 – Buchstabe h

Vorschlag der Kommission

h) die Unionsvorschriften auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes und der Produktsicherheit, einschließlich der Verordnung (EU) 2017/2394,

Geänderter Text

h) die Unionsvorschriften auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes und der Produktsicherheit, einschließlich der Verordnung (EU) 2017/2394, **der Verordnung (EU) 2019/1020 und der Verordnung XXX (Verordnung über die allgemeine Produktsicherheit),**

Änderungsantrag 83

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 5 – Buchstabe i a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ia) die Richtlinie (EU) 2019/882,

Änderungsantrag 84

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 5 – Buchstabe i b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ib) die Richtlinie 2006/123/EG.

Änderungsantrag 85

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5a) Die Kommission veröffentlicht bis zum ... [innerhalb eines Jahres nach Annahme dieser Verordnung] Leitlinien für das Verhältnis zwischen dieser Verordnung und den in Artikel 1 Absatz 5 aufgeführten Rechtsakten. In diesen

Leitlinien werden alle potenziellen Konflikte zwischen den in diesen Rechtsakten aufgeführten Bedingungen und Verpflichtungen sowie die Frage geklärt, welche Rechtsakte Vorrang haben, wenn Maßnahmen im Einklang mit dieser Verordnung die Verpflichtungen eines anderen Rechtsakts erfüllen, und welche Regulierungsbehörde zuständig ist.

Änderungsantrag 86

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 1a

Vertragsbestimmungen

Vertragsbestimmungen zwischen einem Anbieter von Vermittlungsdiensten und einem Unternehmer, einem gewerblichen Nutzer oder einem Nutzer von Vermittlungsdiensten, die dieser Verordnung zuwiderlaufen, sind nicht durchsetzbar.

Änderungsantrag 87

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) „aktiver Endnutzer“ eine Person, die erfolgreich auf eine Online-Schnittstelle zugreift und erhebliche Interaktionen mit ihr, ihrem Produkt oder ihrer Dienstleistung hat;

Änderungsantrag 88

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) „Verbraucher“ jede natürliche Person, die zu Zwecken handelt, die außerhalb ihrer gewerblichen, geschäftlichen oder beruflichen Tätigkeit liegen;

Geänderter Text

c) „Verbraucher“ jede natürliche Person, die zu Zwecken handelt, die außerhalb ihrer gewerblichen, geschäftlichen, **handwerklichen** oder beruflichen Tätigkeit liegen;

Änderungsantrag 89

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe e**

Vorschlag der Kommission

e) „Unternehmer“ jede natürliche oder juristische Person, unabhängig davon, ob sie in privatem oder öffentlichem Eigentum steht, die für die Zwecke ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit entweder selbst oder durch eine andere in ihrem Namen oder Auftrag **handelnde Person** tätig wird;

Geänderter Text

e) „Unternehmer“ jede natürliche **Person** oder **jede** juristische Person, unabhängig davon, ob sie in privatem oder öffentlichem Eigentum steht, die für die Zwecke ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit entweder selbst oder durch eine andere **Person, die** in ihrem Namen oder Auftrag **Produkte oder Dienstleistungen vermarktet**, tätig wird, **oder jede natürliche oder juristische Person, die Waren, digitale Inhalte oder Dienstleistungen in gewerblichem Ausmaß anbietet**;

Änderungsantrag 90

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe f – Einleitung**

Vorschlag der Kommission

f) „Vermittlungsdienst“ eine der folgenden Dienstleistungen:

Geänderter Text

f) „Vermittlungsdienst“ eine der folgenden Dienstleistungen **der Informationsgesellschaft**:

Änderungsantrag 91

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe f – Spiegelstrich 3**

Vorschlag der Kommission

- eine „Hosting“-Leistung, die darin besteht, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen in dessen Auftrag zu speichern;

Geänderter Text

- eine „Hosting“-Leistung, die darin besteht, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen in dessen Auftrag zu speichern, **und die bei der Datenverarbeitung keine aktive Rolle spielt;**

Änderungsantrag 92

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe f – Spiegelstrich 4 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- **eine Online-Plattform im Sinne von Buchstabe h;**

Änderungsantrag 93

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe f – Spiegelstrich 5 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- **eine Online-Suchmaschine im Sinne von Artikel 2 Nummer 5 der Verordnung (EU) 2019/1150;**

Änderungsantrag 94

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe f a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- fa) „Live-Streaming-Plattform-Dienste“ Dienste der Informationsgesellschaft, bei denen der Hauptzweck bzw. einer der Hauptzwecke darin besteht, Audio- oder Videomaterial, das von den Nutzern dieses Dienstes live übertragen wird, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wobei der**

**Diensteanbieter dieses Material
organisiert und zum Zwecke der
Gewinnerzielung bewirbt;**

Änderungsantrag 95

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe g

Vorschlag der Kommission

g) „illegale Inhalte“ alle Informationen, die als solche oder durch ihre Bezugnahme auf **eine Tätigkeit, einschließlich des Verkaufs von Produkten oder der Erbringung von Dienstleistungen**, nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem **Recht** eines Mitgliedstaats stehen, ungeachtet des genauen Gegenstands oder der Art der betreffenden Rechtsvorschriften;

Geänderter Text

g) „illegale Inhalte“ alle Informationen, die als solche oder durch ihre Bezugnahme auf **illegale Inhalte, Produkte, Dienstleistungen oder Tätigkeiten, einschließlich Finanzbetrug**, nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem **straf-, verwaltungs- oder zivilrechtlichen Rahmen** eines Mitgliedstaats stehen, ungeachtet des genauen Gegenstands oder der Art der betreffenden Rechtsvorschriften;

Änderungsantrag 96

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe h

Vorschlag der Kommission

h) „Online-Plattform“ einen Hosting-Diensteanbieter, der **im Auftrag eines Nutzers** Informationen speichert und öffentlich verbreitet, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nicht nur um eine unbedeutende und **mit einem anderen Dienst verbundene reine Nebenfunktion** handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen **anderen Dienst** genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit dieser Verordnung zu umgehen;

Geänderter Text

h) „Online-Plattform“ einen Hosting-Diensteanbieter, der Informationen speichert und öffentlich verbreitet **sowie ihren Inhalt optimiert**, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nicht nur um eine unbedeutende und **reine Nebenfunktion des Dienstes oder der Funktionalität des Hauptdienstes** handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen **Hauptdienst** genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion **oder Funktionalität** in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit dieser Verordnung zu umgehen;

Änderungsantrag 97

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe h a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ha) „Online-Marktplatz“ einen Dienst, der eine Software, einschließlich einer Website oder einer Anwendung, verwendet, die von einem Unternehmer oder in dessen Namen betrieben wird und es Verbrauchern ermöglicht, Fernabsatzverträge mit anderen Unternehmern oder Verbrauchern abzuschließen;

Änderungsantrag 98

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe h b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

hb) „redaktionelle Plattform“ einen Vermittlungsdienst, der im Zusammenhang mit einer Presseveröffentlichung im Sinne von Artikel 2 Nummer 4 der Richtlinie (EU) 2019/790 oder einem anderen redaktionellen Mediendienst steht und der es Nutzern ermöglicht, Themen zu erörtern, die im Allgemeinen von den jeweiligen Medien abgedeckt werden, oder redaktionelle Inhalte zu kommentieren, und der unter der Aufsicht des Redaktionsteams der Veröffentlichung oder anderer redaktioneller Medien steht;

Änderungsantrag 99

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe h c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

hc) „Online-Dienst eines sozialen Netzwerks“ eine Online-Plattform, auf der Endnutzer mit unterschiedlichen

Geräten insbesondere durch Chats, Posts, Videos und Empfehlungen miteinander in Kontakt treten und kommunizieren sowie Inhalte teilen und entdecken können;

Änderungsantrag 100

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe i

Vorschlag der Kommission

i) „öffentliche Verbreitung“ die Bereitstellung von Informationen für eine potenziell unbegrenzte Zahl von Dritten im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat;

Geänderter Text

i) „öffentliche Verbreitung“ die ***Ausübung einer aktiven Rolle bei der*** Bereitstellung von Informationen für eine ***erhebliche und*** potenziell unbegrenzte Zahl von Dritten im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat;

Änderungsantrag 101

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe i a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ia) „***Deepfake***“ einen erzeugten oder manipulierten Bild-, Ton- oder Videoinhalt, der bestehenden Personen, Gegenständen, Orten oder anderen Einrichtungen oder Ereignissen merklich ähnelt und einer Person fälschlicherweise als echt oder wahrheitsgemäß erscheint;

Änderungsantrag 102

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe o

Vorschlag der Kommission

o) „Empfehlungssystem“ ein vollständig oder teilweise automatisiertes System, das von einer Online-Plattform verwendet wird, um auf ihrer Online-Schnittstelle den Nutzern bestimmte

Geänderter Text

o) „Empfehlungssystem“ ein vollständig oder teilweise automatisiertes System, das von einer ***sehr großen*** Online-Plattform verwendet wird, um auf ihrer Online-Schnittstelle den Nutzern

Informationen vorzuschlagen, auch infolge einer vom Nutzer veranlassten Suche, oder das auf andere Weise die relative Reihenfolge oder Hervorhebung der angezeigten Informationen bestimmt;

bestimmte Informationen vorzuschlagen, **zu klassifizieren, zu priorisieren und zu organisieren**, auch infolge einer vom Nutzer veranlassten Suche, oder das auf andere Weise die relative Reihenfolge oder Hervorhebung der angezeigten Informationen bestimmt;

Änderungsantrag 103

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe p

Vorschlag der Kommission

p) „Moderation von Inhalten“ die Tätigkeiten der Anbieter von Vermittlungsdiensten, mit denen illegale Inhalte oder Informationen, die von Nutzern bereitgestellt werden und mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters unvereinbar sind, erkannt, festgestellt und bekämpft werden sollen, darunter auch Maßnahmen in Bezug auf die Verfügbarkeit, Sichtbarkeit und Zugänglichkeit der illegalen Inhalte oder Informationen, z. B. Herabstufung, Sperrung des Zugangs oder Entfernung, oder in Bezug auf die Möglichkeit der Nutzer, solche Informationen bereitzustellen, z. B. Schließung oder Aussetzung des Kontos eines Nutzers;

Geänderter Text

p) „Moderation von Inhalten“ die Tätigkeiten der Anbieter von Vermittlungsdiensten, **ob automatisiert oder von einer Person verarbeitet**, mit denen illegale Inhalte oder Informationen, die von Nutzern bereitgestellt werden und mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters unvereinbar sind, erkannt, festgestellt und bekämpft werden sollen, darunter auch Maßnahmen in Bezug auf die Verfügbarkeit, Sichtbarkeit und Zugänglichkeit der illegalen Inhalte oder Informationen, z. B. Herabstufung, Sperrung des Zugangs oder Entfernung, oder in Bezug auf die Möglichkeit der Nutzer, solche Informationen bereitzustellen, z. B. Schließung oder Aussetzung des Kontos eines Nutzers;

Änderungsantrag 104

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe q

Vorschlag der Kommission

q) „allgemeine Geschäftsbedingungen“ alle Bestimmungen, Bedingungen oder

Geänderter Text

q) „allgemeine Geschäftsbedingungen“ alle **vom Anbieter von Vermittlungsdiensten bereitgestellten**

Spezifikationen, ungeachtet ihrer Bezeichnung oder Form, die die vertraglichen Beziehungen zwischen dem Anbieter von Vermittlungsdiensten und den Nutzern regeln.

Bestimmungen, Bedingungen oder Spezifikationen, ungeachtet ihrer Bezeichnung oder Form, die die vertraglichen Beziehungen zwischen dem Anbieter von Vermittlungsdiensten und den Nutzern regeln;

Änderungsantrag 105

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe q a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

qa) „Dark Pattern“ eine Benutzeroberfläche, die so konzipiert oder manipuliert ist, dass sie die Autonomie, Entscheidungsfindung oder Auswahl des Nutzers erheblich untergräbt oder beeinträchtigt.

Änderungsantrag 106

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 2a

Digitaler Datenschutz

(1) Soweit technisch möglich, ermöglicht der Anbieter eines Dienstes der Informationsgesellschaft die Nutzung und Bezahlung dieses Dienstes, ohne personenbezogene Daten des Nutzers zu erheben.

(2) Anbieter eines Dienstes der Informationsgesellschaft verarbeiten personenbezogene Daten über die Nutzung des Dienstes durch einen Nutzer nur insoweit, als dies unbedingt erforderlich ist, um dem Nutzer die Nutzung des Dienstes zu ermöglichen oder dem Nutzer die Nutzung des Dienstes in Rechnung zu stellen.

Änderungsantrag 107

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 3 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Bei der Durchführung eines Dienstes der Informationsgesellschaft, der darin besteht, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen in einem Kommunikationsnetz zu übermitteln oder Zugang zu einem Kommunikationsnetz zu vermitteln, haftet der Diensteanbieter nicht für die übermittelten Informationen, sofern er

Geänderter Text

(1) Bei der Durchführung eines Dienstes der Informationsgesellschaft, der darin besteht, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen in einem Kommunikationsnetz zu übermitteln oder Zugang zu einem Kommunikationsnetz zu vermitteln **oder die Sicherheit dieser Übermittlung zu verbessern**, haftet der Diensteanbieter nicht für die übermittelten Informationen, sofern er

Änderungsantrag 108

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 3 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht oder eine Verwaltungsbehörde nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Geänderter Text

(3) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht oder eine **funktionell unabhängige** Verwaltungsbehörde nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Änderungsantrag 109

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 4 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht oder eine Verwaltungsbehörde nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom

Geänderter Text

(2) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht oder eine **funktionell unabhängige** Verwaltungsbehörde nach den

Diensteanbieter verlangt, eine
Zu widerhandlung abzustellen oder zu
verhindern.

Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom
Diensteanbieter verlangt, eine
Zu widerhandlung abzustellen oder zu
verhindern.

Änderungsantrag 110

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) sobald er diese Kenntnis oder
dieses Bewusstsein erlangt, **zügig tätig
wird, um** den Zugang zu den illegalen
Inhalten **zu sperren** oder **diese zu
entfernen**.

Geänderter Text

b) sobald er diese Kenntnis oder
dieses Bewusstsein erlangt, den Zugang zu
den illegalen Inhalten **zügig, entschieden
und dauerhaft sperrt oder diese Inhalte
entfernt, wenn die Inhalte oder
Tätigkeiten im Sinne von Artikel 2
Buchstabe g als illegal anzusehen sind;**

Änderungsantrag 111

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**(1a) Unbeschadet spezifischer Fristen,
die im Unionsrecht oder in behördlichen
oder gerichtlichen Anordnungen
festgelegt sind, müssen Anbieter von
Hosting-Diensten, sobald sie tatsächliche
Kenntnis oder Wissen von illegalen
Inhalten erlangen, diese entfernen oder
den Zugang zu ihnen sperren, und zwar
so schnell wie möglich und in jedem Fall:**

**a) innerhalb von 30 Minuten, wenn
es sich bei den illegalen Inhalten um die
Übertragung einer Live-Sport- oder
Unterhaltungsveranstaltung handelt;**

**b) innerhalb von 24 Stunden, wenn
die illegalen Inhalte die öffentliche
Ordnung, die öffentliche Sicherheit oder
die öffentliche Gesundheit ernsthaft
gefährden können oder die Gesundheit
oder Sicherheit der Verbraucher ernsthaft**

gefährden;

c) innerhalb von 72 Stunden in allen anderen Fällen, in denen die illegalen Inhalte die öffentliche Ordnung, die öffentliche Sicherheit, die öffentliche Gesundheit oder die Gesundheit oder Sicherheit der Verbraucher nicht ernsthaft gefährden;

Änderungsantrag 112

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Absatz 1 findet keine Anwendung, **wenn der Nutzer dem Diensteanbieter untersteht oder von ihm beaufsichtigt wird.**

Geänderter Text

(2) Absatz 1 findet keine Anwendung,

a) wenn der Nutzer dem Diensteanbieter untersteht oder von ihm beaufsichtigt wird,

b) wenn der Hauptzweck der Dienstleistung der Informationsgesellschaft darin besteht, illegale Tätigkeiten auszuüben oder zu ermöglichen, oder wenn ein Anbieter von Dienstleistungen der Informationsgesellschaft bewusst mit einem Nutzer zusammenarbeitet, um illegale Tätigkeiten auszuüben,

c) wenn der Anbieter von Vermittlungsdiensten eine aktive Rolle beispielsweise bei der Bereitstellung, Kontrolle, Optimierung, Klassifizierung, Organisation, Referenzierung oder Bewerbung von Inhalten spielt.

Änderungsantrag 113

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Absatz 1 findet keine Anwendung auf die **verbraucherschutzrechtliche** Haftung von **Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmen ermöglichen**, wenn **die Online-Plattform** die spezifischen Einzelinformationen dazu darstellt oder die betreffende Einzeltransaktion anderweitig in einer Weise ermöglicht, bei der ein durchschnittlicher und angemessen informierter Verbraucher davon ausgehen kann, dass die Information oder das Produkt oder die Dienstleistung, die bzw. das Gegenstand der Transaktion ist, entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht unterstehenden Nutzer bereitgestellt wird.

Geänderter Text

(3) Absatz 1 findet keine Anwendung auf die Haftung von **eines Online-Marktplatzes**, wenn **der Marktplatz** die spezifischen Einzelinformationen dazu darstellt oder die betreffende Einzeltransaktion anderweitig in einer Weise ermöglicht, bei der ein durchschnittlicher und angemessen informierter Verbraucher davon ausgehen kann, dass die Information oder das Produkt oder die Dienstleistung, die bzw. das Gegenstand der Transaktion ist, entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht unterstehenden Nutzer bereitgestellt wird.

Änderungsantrag 114

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht oder eine Verwaltungsbehörde nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Geänderter Text

(4) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht oder eine **funktionell unabhängige** Verwaltungsbehörde nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Änderungsantrag 115

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 6 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse auch dann in Betracht, wenn sie auf Eigeninitiative freiwillige Untersuchungen oder andere Tätigkeiten zur Erkennung, Feststellung und Entfernung illegaler Inhalte oder zur Sperrung des Zugangs zu illegalen Inhalten durchführen oder die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Anforderungen des Unionsrechts und insbesondere dieser Verordnung nachzukommen.

Geänderter Text

(1) Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse auch dann in Betracht, wenn sie auf Eigeninitiative freiwillige Untersuchungen oder andere Tätigkeiten zur Erkennung, Feststellung und Entfernung illegaler Inhalte oder zur Sperrung des Zugangs zu illegalen Inhalten durchführen oder die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Anforderungen des Unionsrechts ***oder nationalen Rechts gemäß Unionsrecht*** und insbesondere ***der Charta der Grundrechte der Europäischen Union*** sowie den Anforderungen dieser Verordnung nachzukommen.

Änderungsantrag 116

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 6 – Absatz 1 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Absatz 1 findet nur Anwendung, wenn Vermittlungsdienste den in dieser Verordnung festgelegten Sorgfaltspflichten nachkommen.

Änderungsantrag 117

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 6 – Absatz 1 b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1b) Freiwillige Untersuchungen aus Eigeninitiative dürfen nicht zu Ex-ante-Kontrollmaßnahmen auf der Grundlage automatisierter Instrumente zur Moderation von Inhalten führen.

Änderungsantrag 118

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 6 – Absatz 1 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1c) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten stellen sicher, dass die gemäß Absatz 1 ergriffenen Maßnahmen wirksam, spezifisch und zielgerichtet sind. Solche Maßnahmen gehen mit angemessenen Schutzmaßnahmen einher, wie etwa menschliche Aufsicht, Dokumentation, Rückverfolgbarkeit oder alle anderen zusätzlichen Maßnahmen, mit denen dafür gesorgt wird, dass Untersuchungen auf eigene Initiative genau, nichtdiskriminierend, verhältnismäßig und transparent sind und nicht dazu führen, dass zu viele Inhalte entfernt werden.

Änderungsantrag 119

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 7 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Keine allgemeine Verpflichtung zur Überwachung oder aktiven Nachforschung

Keine allgemeine Verpflichtung zur Überwachung, **automatisierten Moderation von Inhalten** oder aktiven Nachforschung

Änderungsantrag 120

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 7 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Anbietern von Vermittlungsdiensten wird keine allgemeine Verpflichtung auferlegt, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige

(1) Anbietern von Vermittlungsdiensten wird keine allgemeine Verpflichtung auferlegt, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Umständen zu forschen, die auf eine

Tätigkeit hindeuten.

rechtswidrige Tätigkeit hindeuten.
Anbieter von Vermittlungsdiensten sind nicht verpflichtet, automatisierte Instrumente für die Moderation von Inhalten zu verwenden.

Änderungsantrag 121

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 7 – Absatz 2 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Diese Verordnung hindert Anbieter nicht daran, Übermittlungsverschlüsselungsdienste anzubieten. Die Bereitstellung solcher Dienste stellt keinen Grund für eine Haftung oder für die Nichtanwendbarkeit der Haftungsausschlüsse dar.

Änderungsantrag 122

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Nach Eingang einer Anordnung zum Vorgehen gegen einen bestimmten illegalen Inhalt, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt ergriffen wurden.

(1) Nach Eingang einer Anordnung zum Vorgehen gegen einen bestimmten illegalen Inhalt, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht, **einschließlich der Charta der Grundrechte der Europäischen Union**, erlassen **und übermittelt** wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt ergriffen wurden.

Änderungsantrag 123

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Kann der Anbieter der Anordnung zur Entfernung nicht nachkommen, weil sie offensichtliche Fehler oder keine ausreichenden Informationen für die Ausführung enthält, unterrichtet er umgehend die Behörde, die die Anordnung erlassen hat.

Änderungsantrag 124

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– **die Angabe der zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde;**

Änderungsantrag 125

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– **die Angabe der Rechtsgrundlage für die Anordnung;**

Änderungsantrag 126

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– Angaben über **Rechtsbeihilfe**, die dem Diensteanbieter und dem Nutzer, der den Inhalt bereitgestellt hat, zur Verfügung stehen.

– Angaben über **Rechtsbeihilfemechanismen**, die dem Diensteanbieter und dem Nutzer, der den Inhalt bereitgestellt hat, zur Verfügung stehen.

Änderungsantrag 127

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) Die Anordnung wird in der vom Diensteanbieter angegebenen Sprache abgefasst und an die vom Anbieter gemäß Artikel 10 benannte Kontaktstelle geschickt.

Geänderter Text

c) Die Anordnung wird in der vom Diensteanbieter angegebenen Sprache **oder in der Amtssprache des die Anordnung gegen den bestimmten illegalen Inhalt erlassenden Mitgliedstaates** abgefasst und an die vom Anbieter gemäß Artikel 10 benannte Kontaktstelle geschickt. **In diesem Fall kann die Kontaktstelle die zuständige Behörde auffordern, eine Übersetzung in der vom Anbieter angegebenen Sprache zur Verfügung zu stellen.**

Änderungsantrag 128

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) Die Anordnung wird nur erlassen, wenn keine anderen wirksamen Mittel zur Verfügung stehen, um die Beendigung oder das Verbot des Verstoßes zu bewirken.

Änderungsantrag 129

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 69, in denen sie eine bestimmte Vorlage und Form für diese Anordnungen festlegt.

Änderungsantrag 130

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2b) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Anbieter das Recht haben, Rechtsmittel gegen die Durchführung der Anordnung einzulegen und Einwände dagegen zu erheben, und erleichtern die Ausübung dieses Rechts und den Zugang dazu.

Änderungsantrag 131

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) Die in diesem Artikel festgelegten Bedingungen und Anforderungen lassen die im Einklang mit dem Unionsrecht stehenden Anforderungen des nationalen Strafprozessrechts unberührt.

(4) Die in diesem Artikel festgelegten Bedingungen und Anforderungen lassen **die Urteile von Zivilgerichten und** die im Einklang mit dem Unionsrecht stehenden Anforderungen des nationalen Strafprozessrechts unberührt.

Änderungsantrag 132

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die in diesem Artikel festgelegten Bedingungen und Anforderungen lassen die im Einklang mit dem Unionsrecht, einschließlich der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, stehenden Anforderungen der Vorschriften im Bereich der Vertraulichkeit der Daten und des Geschäftsgeheimnisses unberührt.

Änderungsantrag 133

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 4 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4b) Die Kommission erlässt Durchführungsrechtsakte zur Organisation eines europäischen Informationsaustauschsystems, das eine sichere Kommunikation und Authentifizierung autorisierter Anordnungen zwischen den zuständigen Behörden, Koordinatoren für digitale Dienste und Anbietern gemäß Artikel 8 Absatz 1, Artikel 8a Absatz 1 und Artikel 9 Absatz 1 ermöglicht. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 70 genannten Beratungsverfahren erlassen.

Änderungsantrag 134

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 8a

Anordnungen zur Wiederherstellung legaler Inhalte

(1) Nachdem über einen sicheren Kommunikationskanal eine Anordnung zur Wiederherstellung eines oder mehrerer bestimmter entfernter Inhalte eingegangen ist, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt ergriffen wurden.

(2) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die in Absatz 1 genannten Anordnungen folgende Bedingungen erfüllen:

a) Die Anordnungen enthalten Folgendes:

i) eine Begründung, warum der betreffende Inhalt legal ist, mit Bezugnahme auf die besonderen Bestimmungen des Unionsrechts oder des nationalen Rechts oder die Gerichtsentscheidung,

ii) eine oder mehrere präzise URL-Adressen (Uniform Resource Locator) und nötigenfalls weitere Angaben zur Ermittlung der betreffenden legalen Inhalte,

iii) Angaben über Rechtsbehelfe, die dem Diensteanbieter, der den Inhalt entfernt hat, und dem Nutzer, der den Inhalt gemeldet hat, zur Verfügung stehen;

b) der räumliche Geltungsbereich der Anordnung darf auf der Grundlage der geltenden Vorschriften des Unionsrechts und des nationalen Rechts, einschließlich der Charta, und gegebenenfalls der allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts nicht über das zur Erreichung ihres Ziels unbedingt erforderliche Maß hinausgehen; und

c) die Anordnung wird in der vom Diensteanbieter angegebenen Sprache abgefasst und an die vom Anbieter gemäß Artikel 10 benannte Kontaktstelle geschickt.

Änderungsantrag 135

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Nach Eingang einer

Geänderter Text

(1) Nach Eingang einer

Auskunftsanordnung in Bezug auf eine bestimmte Einzelinformation über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, dass sie die Anordnung erhalten haben und wie sie der Anordnung nachgekommen sind.

Auskunftsanordnung in Bezug auf eine bestimmte Einzelinformation über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen **und übermittelt** wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, dass sie die Anordnung erhalten haben und wie sie der Anordnung nachgekommen sind. **Wurde der Anordnung nicht nachgekommen, werden in einer Erklärung des Anbieters die Gründe dargelegt, aus denen die Information der nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörde, die die Anordnung erlassen hat, nicht übermittelt werden kann.**

Änderungsantrag 136

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Kann der Anbieter der Auskunftsanordnung nicht nachkommen, weil sie offensichtliche Fehler oder keine ausreichenden Informationen für die Ausführung enthält, unterrichtet er umgehend die Behörde, die die Auskunftsanordnung erlassen hat.

Änderungsantrag 137

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– eine Begründung, **wozu** die Information benötigt wird und warum die **Auskunftsanordnung erforderlich und verhältnismäßig ist**, um festzustellen, ob

– eine Begründung, **weshalb** die Information benötigt wird und warum die **Anordnung notwendig ist** und um festzustellen, ob die Nutzer des

die Nutzer des Vermittlungsdienstes das geltende Unionsrecht oder nationale Recht einhalten, es sei denn, eine solche Begründung kann aus Gründen der Verhütung, Untersuchung, Erkennung und Verfolgung von Straftaten nicht gegeben werden;

Vermittlungsdienstes das geltende Unionsrecht oder nationale Recht einhalten, es sei denn, eine solche Begründung kann aus **amtlichen** Gründen der Verhütung, Untersuchung, Erkennung und Verfolgung von Straftaten nicht gegeben werden;

Änderungsantrag 138

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– **die Angabe der zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde;**

Änderungsantrag 139

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– **die Angabe der Rechtsgrundlage für die Anordnung;**

Änderungsantrag 140

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– Angaben über **Rechtsbehelfe**, die dem Diensteanbieter und den betreffenden Nutzern zur Verfügung stehen.

– Angaben über **Rechtsbehelfsmechanismen**, die dem Diensteanbieter und den betreffenden Nutzern zur Verfügung stehen.

Änderungsantrag 141

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Die Anordnung verpflichtet den Diensteanbieter nur zur Bereitstellung von Informationen, die er ohnehin bereits für die Zwecke der Erbringung des Dienstes erfasst hat und die seiner Verfügungsgewalt unterliegen.

Geänderter Text

b) Die Anordnung verpflichtet den Diensteanbieter nur zur Bereitstellung von Informationen, die er ohnehin bereits für die Zwecke der Erbringung des Dienstes ***rechtmäßig*** erfasst hat und die seiner Verfügungsgewalt unterliegen, ***darunter E-Mail-Adressen, Telefonnummern und andere Kontaktdaten, die zur Feststellung der unter Buchstabe a genannten Einhaltung erforderlich sind.***

Änderungsantrag 142

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe c**

Vorschlag der Kommission

c) Die Anordnung wird in der vom Diensteanbieter angegebenen Sprache abgefasst und an die vom Anbieter gemäß Artikel 10 benannte Kontaktstelle geschickt.

Geänderter Text

c) Die Anordnung wird in der vom Diensteanbieter angegebenen Sprache ***oder in der Amtssprache des die Anordnung erlassenden Mitgliedstaates*** abgefasst und an die vom Anbieter gemäß Artikel 10 benannte Kontaktstelle geschickt. ***In diesem Fall kann die Kontaktstelle die Behörde auffordern, eine Übersetzung in der vom Anbieter angegebenen Sprache zur Verfügung zu stellen.***

Änderungsantrag 143

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe c a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) Die Anordnung wird nur erlassen, wenn keine anderen wirksamen Mittel zur Einholung derselben spezifischen Information zur Verfügung stehen.

Änderungsantrag 144

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 69, in denen sie eine bestimmte Vorlage und Form für diese Anordnungen festlegt. Sie stellt sicher, dass es sich bei der Form um die im Anhang der [Verordnung XXX über Europäische Herausgabebeanordnungen und Sicherungsanordnungen für elektronische Beweismittel in Strafsachen] festgelegten Standards handelt.

Änderungsantrag 145

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) Die in diesem Artikel festgelegten Bedingungen und Anforderungen lassen die im Einklang mit dem Unionsrecht stehenden Anforderungen des nationalen Strafprozessrechts unberührt.

(4) Die in diesem Artikel festgelegten Bedingungen und Anforderungen lassen die im Einklang mit dem Unionsrecht stehenden **zivilgerichtlichen Entscheidungen und** Anforderungen des nationalen Strafprozessrechts unberührt.

Änderungsantrag 146

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die in diesem Artikel festgelegten Bedingungen und Anforderungen lassen die im Einklang mit dem Unionsrecht, einschließlich der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, stehenden Anforderungen der Vorschriften im Bereich der Vertraulichkeit der Daten und des

Geschäftsgeheimnisses unberührt.

Änderungsantrag 147

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 4 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4b) Die Verpflichtungen nach diesem Artikel verpflichten die Anbieter von Vermittlungsdiensten nicht dazu, neue Tracking- oder Profiling-Techniken für die Nutzer einzuführen, um Auskunftsanordnungen nachzukommen.

Änderungsantrag 148

Vorschlag für eine Verordnung Artikel -10 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel -10

Befreiung

(1) Anbieter von Vermittlungsdiensten können bei der Kommission eine Befreiung von den Anforderungen des Kapitels III beantragen, wenn sie nachweisen, dass sie

a) Kleinstunternehmen bzw. kleine und mittlere Unternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG sind, auch wenn sie ihre Tätigkeiten nicht gewinnorientiert oder im Rahmen eines im öffentlichen Interesse liegenden Auftrags ausüben, oder

b) mittlere Unternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG ohne systemische Risiken im Zusammenhang mit illegalen Inhalten sind. Die Anbieter legen eine Begründung für ihr Ersuchen vor;

c) redaktionelle Plattformen im Sinne des Artikels 2 Buchstabe ha dieser

Verordnung sind.

(2) Die Erbringer von Vermittlungsdiensten, die ihre Tätigkeiten nicht gewinnorientiert oder im Rahmen eines im öffentlichen Interesse liegenden Auftrags ausüben, müssen von Einrichtungen, die im Sinne dieses Artikels gewinnorientiert tätig sind, unabhängig sein.

(3) Die Kommission prüft ein solches Ersuchen und kann nach Anhörung des Gremiums ganz oder teilweise eine Befreiung von den Anforderungen dieses Kapitels erteilen.

(4) Auf Anfrage des Gremiums oder des Anbieters oder auf eigene Initiative kann die Kommission eine erteilte Befreiung überprüfen und die Befreiung ganz oder teilweise widerrufen.

(5) Die Kommission führt ein Verzeichnis aller erteilten Befreiungen und deren Bedingungen und stellt diese Liste der Öffentlichkeit bereit.

Änderungsantrag 149

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 11 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Anbieter von Vermittlungsdiensten, die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienstleistungen in der Union anbieten, benennen schriftlich eine juristische oder natürliche Person in einem der Mitgliedstaaten, in denen sie ihre Dienste anbieten, als ihren Rechtsvertreter.

Geänderter Text

(1) Anbieter von Vermittlungsdiensten, die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienstleistungen in der Union anbieten, benennen schriftlich eine juristische oder natürliche Person in einem der Mitgliedstaaten, in denen sie ihre Dienste anbieten, als ihren Rechtsvertreter, **und zwar so bald wie möglich, wenn sie ihre Tätigkeit bereits aufgenommen haben, und andernfalls vor Aufnahme der Tätigkeit. Die Mitgliedstaaten können von sehr großen Online-Plattformen verlangen, einen gesetzlichen Vertreter in ihrem Mitgliedstaat zu benennen.**

Änderungsantrag 150

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 11 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten beauftragen ihre Rechtsvertreter, sodass diese zusätzlich oder anstelle des Diensteanbieters von den Behörden der Mitgliedstaaten, der Kommission und dem Gremium in allen Fragen in Anspruch genommen werden können, die für die Entgegennahme, Einhaltung und Durchsetzung von Beschlüssen im Zusammenhang mit dieser Verordnung erforderlich sind. Die Anbieter von Vermittlungsdiensten statten ihren Rechtsvertreter mit den notwendigen Befugnissen und Ressourcen aus, **damit** dieser mit den Behörden der Mitgliedstaaten, der Kommission und dem Gremium zusammenarbeiten und deren Beschlüssen nachkommen kann.

Geänderter Text

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten beauftragen ihre Rechtsvertreter, sodass diese zusätzlich oder anstelle des Diensteanbieters von den Behörden der Mitgliedstaaten, der Kommission und dem Gremium in allen Fragen in Anspruch genommen werden können, die für die Entgegennahme, Einhaltung und Durchsetzung von Beschlüssen im Zusammenhang mit dieser Verordnung erforderlich sind. Die Anbieter von Vermittlungsdiensten statten ihren Rechtsvertreter mit den notwendigen Befugnissen und Ressourcen aus, **um sicherzustellen, dass** dieser **angemessen und zeitnah** mit den Behörden der Mitgliedstaaten, der Kommission und dem Gremium zusammenarbeiten und deren Beschlüssen nachkommen kann.

Änderungsantrag 151

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 11 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten melden dem Koordinator für digitale Dienste in dem Mitgliedstaat, in dem ihr Rechtsvertreter ansässig oder niedergelassen ist, den Namen, die Anschrift, die E-Mail-Adresse und die Telefonnummer ihres Rechtsvertreters. Sie sorgen dafür, dass diese Angaben stets aktuell sind.

Geänderter Text

(4) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten melden dem Koordinator für digitale Dienste in dem Mitgliedstaat, in dem ihr Rechtsvertreter ansässig oder niedergelassen ist, den Namen, die Anschrift, die E-Mail-Adresse und die Telefonnummer ihres Rechtsvertreters. Sie sorgen dafür, dass diese Angaben stets aktuell sind. **Der Koordinator für digitale Dienste in dem Mitgliedstaat, in dem dieser Vertreter ansässig oder niedergelassen ist,**

unternimmt nach Erhalt dieser Informationen angemessene Anstrengungen, um deren Gültigkeit zu prüfen.

Änderungsantrag 152

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 11 – Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5a) Anbieter von Vermittlungsdiensten, die als Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG gelten und denen es nach Aufwendung zumutbarer Bemühungen nicht gelungen ist, die Dienste eines Rechtsvertreters in Anspruch zu nehmen, können den Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem das Unternehmen einen Rechtsvertreter beauftragen will, ersuchen, die weitere Zusammenarbeit zu erleichtern und mögliche Lösungen, einschließlich Möglichkeiten der kollektiven Vertretung, zu empfehlen.

Änderungsantrag 153

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 11 – Absatz 5 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5b) Die Anbieter von Online-Diensten sozialer Netzwerke, die gemäß Artikel 25 als sehr große Online-Plattform gelten, benennen auf Ersuchen des Koordinators für digitale Dienste der Mitgliedstaaten, in denen diese Anbieter ihre Dienste anbieten, einen gesetzlichen Vertreter, der den in diesem Artikel festgelegten Pflichten unterliegt.

Änderungsantrag 154

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten ***machen in*** ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen ***Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen***, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt.

Geänderter Text

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten ***stellen sicher, dass es gemäß*** ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen ***den Nutzern ihrer Dienstleistungen untersagt ist, Inhalte bereitzustellen***, die ***nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem Recht des Mitgliedstaats, in dem diese Informationen zur Verfügung gestellt werden, stehen.***

Die allgemeinen Geschäftsbedingungen enthalten Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer, einfacher, verständlicher und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form in den Sprachen, in denen der Dienst angeboten wird, öffentlich zur Verfügung gestellt und enthalten ein durchsuchbares Archiv früherer, mit ihrem jeweiligen Geltungsbeginn versehener Versionen der allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters. Die Anbieter von Vermittlungsdiensten müssen den Nutzern eine präzise und

leicht lesbare Zusammenfassung der allgemeinen Geschäftsbedingungen zur Verfügung stellen, einschließlich der verfügbaren Rechtsmittel und gegebenenfalls der Opt-out-Möglichkeiten.

Änderungsantrag 155

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten ***gehen bei der Anwendung und Durchsetzung der in Absatz 1 genannten Beschränkungen sorgfältig, objektiv und verhältnismäßig vor und berücksichtigen dabei die Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten sowie die geltenden Grundrechte der Nutzer, die in der Charta verankert sind.***

Geänderter Text

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten ***stellen sicher, dass zusätzliche Beschränkungen, die sie in Bezug auf die Nutzung ihres Dienstes hinsichtlich der von den Nutzern des Dienstes bereitgestellten Informationen auferlegen, unter gebührender Berücksichtigung der in der Charta verankerten Grundrechte konzipiert werden.***

Die Anbieter von Vermittlungsdiensten setzen die in Unterabsatz 1 genannten Beschränkungen in sorgfältiger, objektiver und verhältnismäßiger Weise unter gebührender Berücksichtigung der Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten durch.

Änderungsantrag 156

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Ermöglichen sehr große Online-Plattformen im Sinne von Artikel 25 dieser Verordnung anderweitig die öffentliche Verbreitung von Presseveröffentlichungen im Sinne von Artikel 2 Absatz 4 der Richtlinie (EU) 2019/790 und von audiovisuellen

Mediendiensten im Sinne von Artikel 1 Buchstabe a der Richtlinie (EU) 2018/1808, so dürfen diese Plattformen diese Inhalte oder den zugehörigen Dienst aufgrund einer angeblichen Unvereinbarkeit dieser Inhalte mit ihren Geschäftsbedingungen nicht entfernen, den Zugang zu ihnen sperren, aussetzen oder anderweitig beeinträchtigen oder das zugehörige Konto aussetzen oder löschen, es sei denn, es handelt sich um illegale Inhalte.

Änderungsantrag 157

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2b) Der Koordinator für digitale Dienste jedes Mitgliedstaats hat das Recht, sehr große Online-Plattformen dazu aufzufordern, Werkzeuge und Maßnahmen zur Moderation von Inhalten, einschließlich der algorithmischen Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung, die den soziokulturellen Kontext des betreffenden Mitgliedstaats widerspiegeln, anzuwenden. Der Rahmen für diese Zusammenarbeit sowie spezifische Maßnahmen können in nationalen Rechtsvorschriften festgelegt und der Kommission mitgeteilt werden.

Änderungsantrag 158

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2c) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten sehen davon ab, „Dark Patterns“ oder andere Techniken zu nutzen, um die Annahme der

allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie die Einwilligung zur Weitergabe personenbezogener und nicht personenbezogener Daten zu fördern.

Änderungsantrag 159

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2 d (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

2d. Der Koordinator für digitale Dienste jedes Mitgliedstaats kann mittels nationaler Rechtsvorschriften eine sehr große Online-Plattform auffordern, mit dem Koordinator für digitale Dienste des betreffenden Mitgliedstaats bei der Bearbeitung bestimmter Fälle der Entfernung legaler Online-Inhalte, die fälschlicherweise entfernt wurden, zusammenzuarbeiten.

Änderungsantrag 160

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 12a

Allgemeine Risikobewertung und Maßnahmen zur Risikominderung

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten ermitteln, analysieren und bewerten mindestens einmal jährlich den potenziellen Missbrauch des Dienstes oder andere Risiken, die sich aus dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste in der Union ergeben. Die Anbieter von Vermittlungsdiensten erstellen für jeden ihrer Dienste eine eigene solche allgemeine Risikobewertung und erfassen dabei zumindest die Risiken in Bezug auf die Verbreitung illegaler Inhalte über ihre

Dienste sowie von Inhalten, die für Nutzer nachteilige Auswirkungen haben können.

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten bemühen sich nach Möglichkeit darum, angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen bezüglich der Risiken vorzusehen, die im Einklang mit geltendem Recht und auf der Grundlage ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen ermittelt wurden.

(3) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten erklären dem zuständigen Koordinator für digitale Dienste auf Verlangen, wie sie die Risikobewertung durchgeführt und welche Risikominderungsmaßnahmen sie ergriffen haben.

(4) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten berücksichtigen bei der Gestaltung, der Funktionsweise und der Nutzung ihrer Dienste insbesondere alle tatsächlichen, potenziellen oder absehbaren negativen Auswirkungen auf die Grundrechte, die Gleichstellung der Geschlechter und den Schutz von Minderjährigen und Menschen mit Behinderungen.

Änderungsantrag 161

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten veröffentlichen mindestens einmal jährlich klare, leicht verständliche und ausführliche Berichte über eine Moderation von Inhalten, die sie im betreffenden Zeitraum durchgeführt haben. Diese Berichte enthalten – soweit zutreffend – insbesondere folgende Angaben:

Geänderter Text

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten veröffentlichen mindestens einmal jährlich klare, leicht zugängliche, verständliche und ausführliche Berichte über eine Moderation von Inhalten, die sie im betreffenden Zeitraum durchgeführt haben. ***Die Berichte stehen in durchsuchbaren Archiven zur Verfügung.*** Diese Berichte enthalten – soweit zutreffend – insbesondere folgende

Angaben:

Änderungsantrag 162

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die Anzahl der von Behörden der Mitgliedstaaten erhaltenen Anordnungen, aufgeschlüsselt nach der Art der betroffenen illegalen Inhalte, einschließlich der gemäß den Artikeln 8 und 9 erlassenen Anordnungen, und die durchschnittliche Dauer bis zur Ergreifung der in diesen Anordnungen geforderten Maßnahmen;

Geänderter Text

a) die Anzahl der von Behörden der Mitgliedstaaten erhaltenen Anordnungen, **möglichst** aufgeschlüsselt nach der Art der betroffenen illegalen Inhalte, einschließlich der gemäß den Artikeln 8 und 9 erlassenen Anordnungen, und die durchschnittliche Dauer **bis zur Unterrichtung der erlassenden Behörde über den Erhalt und** bis zur Ergreifung der in diesen Anordnungen geforderten Maßnahmen;

Änderungsantrag 163

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) die Anzahl der nach Artikel 14 gemachten Meldungen, aufgeschlüsselt nach der Art der betroffenen mutmaßlich illegalen Inhalte, alle aufgrund der Meldungen ergriffenen Maßnahmen, unterschieden danach, ob dies auf gesetzlicher Grundlage oder gemäß den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters erfolgt ist, **und die durchschnittliche Dauer bis zur Ergreifung der Maßnahmen;**

Geänderter Text

b) die Anzahl der nach Artikel 14 gemachten Meldungen, aufgeschlüsselt nach der Art der betroffenen mutmaßlich illegalen Inhalte, **die Anzahl der von vertrauenswürdigen Hinweisgebern eingereichten Meldungen,** alle aufgrund der Meldungen ergriffenen Maßnahmen, unterschieden danach, ob dies auf gesetzlicher Grundlage oder gemäß den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters erfolgt ist;

Änderungsantrag 164

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

d) die Anzahl der Beschwerden, die über das in Artikel 17 genannte interne Beschwerdemanagementsystem eingegangen sind, die Grundlage dieser Beschwerden, die zu diesen Beschwerden getroffenen Entscheidungen, die durchschnittliche Entscheidungsdauer und die Anzahl der Fälle, in denen diese Entscheidungen rückgängig gemacht wurden.

d) die Anzahl der Beschwerden, die über das in Artikel 17 genannte interne Beschwerdemanagementsystem eingegangen sind, **sofern feststellbar**, die Grundlage dieser Beschwerden, die zu diesen Beschwerden getroffenen Entscheidungen, die durchschnittliche Entscheidungsdauer und die Anzahl der Fälle, in denen diese Entscheidungen rückgängig gemacht wurden.

Änderungsantrag 165

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten stellen sicher, dass die Identitäten des gewerblichen Nutzers, der Waren oder Dienstleistungen über Vermittlungsdienste anbietet, etwa die Handelsmarke oder das Logo oder sonstige Merkmale, neben den angebotenen Waren oder Dienstleistungen eindeutig zu erkennen ist.

Änderungsantrag 166

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Wo die in Absatz 1 genannten jährlichen Transparenzberichte öffentlich zugänglich gemacht werden, enthalten sie keine Informationen, die laufende Tätigkeiten zur Verhinderung, Erkennung oder Entfernung illegaler Inhalte oder von Inhalten, die mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Hosting-Diensteanbieters nicht vereinbar sind, beeinträchtigen können.

Änderungsantrag 167

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 13a

Gestaltung der Online-Schnittstelle

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten sehen davon ab, die autonome Entscheidungsfindung oder freie Auswahl von Nutzern durch die Gestaltung, Funktionsweise oder Bedienung von Online-Schnittstellen oder Teilen davon zu untergraben oder zu beeinträchtigen. Insbesondere sehen die Anbieter davon ab, folgende Techniken zu nutzen:

- a) stärkere optische Hervorhebung einer Option bei der Anforderung einer Einwilligung oder Entscheidung der Nutzer,**
- b) wiederholte Anforderung der Einwilligung in die Datenverarbeitung oder zur Änderung von Diensteeinstellungen oder Konfigurationsoptionen nachdem der Nutzer des Dienstes bereits eine Auswahl getroffen hat,**
- c) die Verweigerung der Einwilligung in die Datenverarbeitung für den Empfänger der Dienstleistung schwieriger oder zeitaufwändiger als die Einwilligung zu machen;**
- d) komplizierte Gestaltung des Kündigungsverfahrens, sodass es deutlich schwieriger ist als die Dienstanmeldung.**

(2) Eine Wahl oder Entscheidung des Nutzers des Dienstes über eine Online-Schnittstelle, die nicht den Bestimmungen nach Absatz 1 dieses Artikels entspricht, stellt keine Einwilligung im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 dar.

(3) Die Kommission veröffentlicht Leitlinien mit einer Liste bestimmter Gestaltungsmuster, die als Untergrabung oder Beeinträchtigung der Autonomie, Entscheidungsfindung oder Auswahl von Nutzern eingestuft werden.

Änderungsantrag 168

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 13b

Einhaltung der Verpflichtungen durch Online-Marktplätze

Online-Marktplätze stellen die Einhaltung der in dieser Verordnung festgelegten Verpflichtungen sicher, um die Ziele der betreffenden Verpflichtung wirksam zu erreichen.

Die Nichteinhaltung der in der Verordnung festgelegten Verpflichtungen kann die Möglichkeit eines Online-Marktplatzes beeinträchtigen, den Haftungs Ausschluss gemäß Artikel 5 Absatz 1 in Anspruch zu nehmen.

Änderungsantrag 169

Vorschlag für eine Verordnung Kapitel III – Abschnitt 2 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Zusätzliche Bestimmungen für Hosting-Diensteanbieter, einschließlich Online-Plattformen

Zusätzliche Bestimmungen für Hosting-Diensteanbieter, einschließlich Online-Plattformen, *und für Anbieter von Live-Streaming-Plattform- und Sofortnachrichtenübermittlungsdiensten, die für andere als private oder nichtkommerzielle Zwecke genutzt werden*

Änderungsantrag 170

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) **Hosting-Diensteanbieter** richten Verfahren ein, nach denen Personen oder Einrichtungen ihnen das Vorhandensein von Einzelinformationen in ihren Diensten melden können, die die betreffende Person oder Einrichtung als illegale Inhalte ansieht. Diese Verfahren müssen leicht zugänglich und benutzerfreundlich sein **und** eine Übermittlung von Meldungen ausschließlich auf elektronischem Weg erlauben.

Geänderter Text

(1) **Sofortnachrichtenübermittlungsdi-
enste, die für andere als private oder
nichtkommerzielle Zwecke genutzt
werden, und Hosting-Diensteanbieter,
einschließlich Online-Plattformen,** richten Verfahren ein, nach denen Personen oder Einrichtungen ihnen das Vorhandensein von Einzelinformationen in ihren Diensten melden können, die die betreffende Person oder Einrichtung als illegale Inhalte ansieht, **oder von Inhalten, die nicht mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters vereinbar sind.** Diese Verfahren müssen leicht zugänglich und benutzerfreundlich, **auf der Schnittstelle des Hosting-Diensteanbieters deutlich sichtbar und in der Nähe der fraglichen Inhalte angeordnet** sein sowie eine Übermittlung von Meldungen ausschließlich auf elektronischem Weg **in der Sprache der hinweisgebenden Einzelperson oder Einrichtung** erlauben.

Änderungsantrag 171

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) **Die** in Absatz 1 genannten Verfahren müssen das Übermitteln hinreichend genauer und angemessen begründeter Meldungen erleichtern, sodass ein sorgfältig handelnder **Wirtschaftsteilnehmer** auf ihrer Grundlage die Rechtswidrigkeit der fraglichen Inhalte feststellen kann. Dazu ergreifen die Anbieter die erforderlichen Maßnahmen, um die Übermittlung von Meldungen zu

Geänderter Text

(2) **Meldungen, die nach den** in Absatz 1 genannten Verfahren **übermittelt werden,** müssen das Übermitteln hinreichend genauer und angemessen begründeter Meldungen erleichtern, sodass ein sorgfältig handelnder **Überprüfer** auf ihrer Grundlage die Rechtswidrigkeit der fraglichen Inhalte **bzw. deren Unvereinbarkeit mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen** feststellen kann.

ermöglichen und zu erleichtern, die alle folgenden Elemente enthalten:

Dazu ergreifen die Anbieter die erforderlichen Maßnahmen, um die Übermittlung von Meldungen zu ermöglichen und zu erleichtern, die alle folgenden Elemente enthalten:

Änderungsantrag 172

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) eine Begründung, warum die betreffende Person oder Einrichtung die fraglichen Informationen als illegale Inhalte ansieht;

Geänderter Text

a) eine **hinreichend fundierte** Begründung, warum die betreffende Person oder Einrichtung die fraglichen Informationen als illegale Inhalte **oder als Inhalte** ansieht, **die nicht mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters vereinbar sind**;

Änderungsantrag 173

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) eine eindeutige Angabe des elektronischen Speicherorts dieser Informationen, **insbesondere die präzise(n) URL-Adresse(n), und nötigenfalls weitere Angaben zur Ermittlung der illegalen Inhalte**;

Geänderter Text

b) eine eindeutige Angabe des elektronischen Speicherorts dieser Informationen **zur Ermittlung der illegalen Inhalte, oder dessen, warum der Inhalt, wie das Warenzeichen bzw. Logo oder andere charakteristische Merkmale, gegen die Geschäftsbedingungen des Anbieters verstößt**;

Änderungsantrag 174

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Meldungen mit den in Absatz 2 genannten Angaben bewirken, dass für die

Geänderter Text

(3) Meldungen mit den in Absatz 2 genannten Angaben, **auf deren Grundlage**

Zwecke des Artikels 5 von einer tatsächlichen Kenntnis oder einem Bewusstsein in Bezug auf die betreffende Einzelinformation ausgegangen wird.

ein sorgfältig handelnder Anbieter mit wirtschaftlichen Interessen die Rechtswidrigkeit des fraglichen Inhalts feststellen kann, bewirken, dass für die Zwecke des Artikels 5 von einer tatsächlichen Kenntnis oder einem Bewusstsein in Bezug auf die betreffende Einzelinformation ausgegangen wird.

Änderungsantrag 175

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

(6) ***Hosting-Diensteanbieter*** bearbeiten alle Meldungen, die sie im Rahmen der in Absatz 1 genannten Verfahren erhalten, und entscheiden über die gemeldeten Informationen in ***zeitnaher, sorgfältiger*** und objektiver Weise. Wenn sie zu dieser Bearbeitung oder Entscheidungsfindung automatisierte Mittel einsetzen, machen sie in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch Angaben über den Einsatz dieser Mittel.

Geänderter Text

(6) ***Sofortnachrichtenübermittlungsdienste, die für andere als private oder nichtkommerzielle Zwecke genutzt werden, und Hosting-Diensteanbieter, einschließlich Online-Plattformen,*** bearbeiten ***unbeschadet des Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b*** alle Meldungen, die sie im Rahmen der in Absatz 1 genannten Verfahren erhalten, und entscheiden über die gemeldeten Informationen in ***unverzüglicher, diskriminierungsfreier*** und objektiver Weise, ***in jedem Fall aber innerhalb von höchstens 72 Stunden.*** ***Wenn sie beschließen, Inhalte zu entfernen oder den Zugang zu ihnen zu sperren, können sie alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass dieselben oder gleichwertige illegale Inhalte erneut in ihren Diensten hochgeladen werden. Die Anwendung dieses Absatzes darf nicht zu einer allgemeinen Überwachungsverpflichtung führen und muss einer Kontrolle durch den Menschen unterliegen.*** Wenn sie zu dieser Bearbeitung oder Entscheidungsfindung automatisierte Mittel einsetzen, machen sie in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch Angaben über den Einsatz dieser Mittel. ***Diese Angaben umfassen aussagekräftige Informationen über das angewandte***

Verfahren, die verwendete Technologie, die Kriterien und Gründe für die Entscheidung sowie die Logik der automatisierten Entscheidungsfindung.

Änderungsantrag 176

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 6 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6a) Verbraucher, die illegale Produkte in dem Zeitraum zwischen dem Zeitpunkt des Hochladens dieser Produkte auf die Website des Anbieters und dem Zeitpunkt, an dem diese Produkte im Anschluss an eine gültige Meldung von der Plattform wieder aus der Liste entfernt wurden, erworben haben, werden vom Hosting-Diensteanbieter unverzüglich und in jedem Falle vor Ablauf der in Artikel 5 festgelegten Fristen nach Eingang dieser Meldung in Kenntnis gesetzt. Diese Maßnahmen dürfen nicht zu neuen Profiling-, Verfolgungs- oder Identifizierungsverpflichtungen für die Anbieter führen.

Änderungsantrag 177

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 6 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6b) Haben die Anbieter von Hostingdiensten, Live-Streaming-Plattformdiensten und Sofortnachrichtenübermittlungsdiensten, die für andere als private oder nichtkommerzielle Zwecke genutzt werden, zuvor infolge eines gültigen Melde- und Abhilfeverfahrens, gegen das kein erfolgreicher Rechtsbehelf eingelegt wurde, illegale Inhalte entfernt oder den Zugang zu ihnen entzogen oder gesperrt,

so können sie alle angemessenen und verhältnismäßigen Maßnahmen ergreifen, um die illegalen Inhalte oder identische Inhalte dauerhaft zu blockieren, zu sperren oder zu entfernen.

Änderungsantrag 178

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 6 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6c) Die Sperrung, Entfernung oder Deaktivierung des Zugangs gemäß Absatz 6 kann durch folgende Maßnahmen aufgehoben werden: die erfolgreiche Einlegung eines Rechtsbehelfs oder eine gerichtliche Entscheidung eines zuständigen Gerichts eines Mitgliedstaats, des Gerichts oder des Gerichtshofs der Europäischen Union.

Änderungsantrag 179

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 6 d (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6d) Dieser Artikel gilt nicht für redaktionelle Inhalte, die von einem Gewerbetreibenden zur Verfügung gestellt werden, der die redaktionelle Verantwortung dafür übernimmt und die Vorschriften im Einklang mit dem Gemeinschaftsrecht und dem nationalen Recht einhält.

Änderungsantrag 180

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 19

Artikel 19

Vertrauenswürdige Hinweisgeber

(1) **Online-Plattformen** ergreifen die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen, damit Meldungen, die von vertrauenswürdigen Hinweisgebern über die in Artikel 14 genannten Mechanismen übermittelt werden, **vorrangig und unverzüglich** bearbeitet werden und **darüber** entschieden wird.

(2) **Der** Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers nach dieser Verordnung **wird** auf Antrag einer Stelle vom Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Antragsteller niedergelassen ist, zuerkannt, nachdem der Antragsteller nachgewiesen hat, dass er alle folgenden Bedingungen erfüllt:

a) die Stelle besitzt besondere Sachkenntnis und Kompetenz in Bezug auf die Erkennung, Feststellung und Meldung illegaler Inhalte;

b) sie vertritt kollektive Interessen und ist unabhängig von jeder Online-Plattform;

c) sie übt ihre Tätigkeiten zur Übermittlung von Meldungen rechtzeitig, sorgfältig und in objektiver Weise aus.

Artikel 14a

Vertrauenswürdige Hinweisgeber

(1) **Unbeschadet der Einrichtung von Beschwerde- und Rechtsbehelfsmechanismen** ergreifen **Online-Plattformen und Hosting-Diensteanbieter** die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen, damit Meldungen, die von vertrauenswürdigen Hinweisgebern über die in Artikel 14 genannten Mechanismen übermittelt werden, **sofort** bearbeitet werden und **sofort über sie** entschieden wird.

(2) **Unbeschadet der Einrichtung von Beschwerde- und Rechtsbehelfsmechanismen wird der** Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers nach dieser Verordnung auf Antrag einer Stelle vom Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Antragsteller niedergelassen ist, zuerkannt, nachdem der Antragsteller nachgewiesen hat, dass er alle folgenden Bedingungen erfüllt:

a) die Stelle besitzt besondere Sachkenntnis und Kompetenz, **die sie in einem oder mehreren Mitgliedstaaten zur Geltung bringen kann**, in Bezug auf die Erkennung, Feststellung und Meldung illegaler Inhalte **sowie auf die vorsätzliche Manipulation und Ausnutzung des Dienstes im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 Buchstabe c**;

b) sie vertritt kollektive Interessen **oder tritt als Rechtsinhaber auf** und ist unabhängig von jeder Online-Plattform, **Strafverfolgungs- oder sonstigen Regierungsstelle oder einschlägigen gewerblichen Einrichtung**;

c) sie übt ihre Tätigkeiten zur Übermittlung von Meldungen rechtzeitig, sorgfältig und in objektiver Weise **und**

unter uneingeschränkter Achtung der Grundrechte wie der Meinungs- und Informationsfreiheit aus und ist unabhängig.

ca) sie veröffentlicht mindestens einmal jährlich klare, leicht verständliche und ausführliche Berichte über alle im betreffenden Zeitraum gemäß Artikel 14 eingereichten Hinweise. In dem betreffenden Bericht werden die Hinweise angeführt, aufgeschlüsselt nach Identität des Hosting-Diensteanbieters, Art der betroffenen Inhalte, die mutmaßlich rechtswidrig sind oder Verstöße gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen darstellen, und vom Anbieter ergriffenen Maßnahmen. Ferner werden in den Berichten die Beziehungen zwischen vertrauenswürdigen Hinweisgebern und Online-Plattformen, Strafverfolgungs- oder sonstigen Regierungsstellen und einschlägigen gewerblichen Einrichtungen sowie die Methoden zur Wahrung der Unabhängigkeit des vertrauenswürdigen Hinweisgebers dargelegt.

(2a) Die in Absatz 2 festgelegten Bedingungen ermöglichen es, dass die Meldungen von vertrauenswürdigen Hinweisgebern ausreichen, um die von ihnen gemeldeten Inhalte unverzüglich zu entfernen oder zu sperren.

(3) Die Koordinatoren für digitale Dienste teilen der Kommission und dem Gremium die Namen, Anschriften und E-Mail-Adressen der Stellen mit, denen sie den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers nach Absatz 2 zuerkannt haben.

(3) Die Koordinatoren für digitale Dienste teilen der Kommission und dem Gremium die Namen, Anschriften und E-Mail-Adressen der Stellen mit, denen sie den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers nach Absatz 2 zuerkannt haben. ***Diese Mitteilung enthält die geografische Reichweite, innerhalb welcher besagter vertrauenswürdiger Hinweisgeber auf der Grundlage der Bestätigung durch einen bestimmten Koordinator für digitale Dienste und seiner eigenen Erklärung über seine Sachkenntnis und Kompetenz als zuständig anerkannt wurde.***

(4) Die Kommission veröffentlicht die in Absatz 3 genannten Angaben in einer öffentlich zugänglichen Datenbank und hält diese auf dem neuesten Stand.

(5) Hat eine Online-Plattform Informationen, aus denen hervorgeht, dass ein vertrauenswürdiger Hinweisgeber über die in Artikel 14 genannten Mechanismen eine erhebliche Anzahl nicht hinreichend präziser oder **unzureichend begründeter** Meldungen übermittelt hat, was auch Informationen einschließt, die im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Beschwerden über die in Artikel 17 Absatz 3 genannten internen Beschwerdemanagementsysteme erfasst wurden, so übermittelt sie dem Koordinator für digitale Dienste, der der betreffenden Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, diese Informationen zusammen mit den nötigen Erläuterungen und Nachweisen.

(6) Der Koordinator für digitale Dienste, der einer Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, widerruft diesen Status, wenn er infolge einer Untersuchung, die er von Amts wegen oder aufgrund von

(3a) Die Mitgliedstaaten können Stellen, denen in anderen Mitgliedstaaten der Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt wurde, in der gleichen Funktion in ihrem eigenen Hoheitsgebiet anerkennen. Auf Antrag eines Mitgliedstaats kann vertrauenswürdigen Hinweisgebern vom Gremium nach Artikel 48 Absatz 2 der Status eines Europäischen vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt werden. Die Kommission führt ein Register der europäischen vertrauenswürdigen Hinweisgeber.

(4) Die Kommission veröffentlicht die in Absatz 3 genannten Angaben in einer öffentlich zugänglichen Datenbank und hält diese auf dem neuesten Stand.

(5) Hat eine Online-Plattform **oder ein Hosting-Diensteanbieter** Informationen, aus denen hervorgeht, dass ein vertrauenswürdiger Hinweisgeber über die in Artikel 14 genannten Mechanismen eine erhebliche Anzahl nicht hinreichend präziser, **unzureichend begründeter** oder **unrichtiger Meldungen** oder Meldungen, **die gegen die die Grundrechte des Nutzers verstoßen oder den Wettbewerb verzerren sollen**, übermittelt hat, was auch Informationen einschließt, die im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Beschwerden über die in Artikel 17 Absatz 3 genannten internen Beschwerdemanagementsysteme erfasst wurden, so übermittelt sie dem Koordinator für digitale Dienste, der der betreffenden Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, diese Informationen zusammen mit den nötigen Erläuterungen und Nachweisen.

(6) Der Koordinator für digitale Dienste, der einer Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, widerruft diesen Status, wenn er infolge einer Untersuchung, die er von Amts wegen oder aufgrund von

Informationen durchführt, die er von Dritten erhalten hat, auch der von einer Online-Plattform nach Absatz 5 vorgelegten Informationen, feststellt, dass die betreffende Stelle die in Absatz 2 genannten Bedingungen nicht mehr erfüllt. Bevor er diesen Status widerruft, gibt der Koordinator für digitale Dienste der Stelle Gelegenheit, sich zu den Ergebnissen seiner Untersuchung und zu dem beabsichtigten Widerruf des Status der Stelle als vertrauenswürdiger Hinweisgeber zu äußern.

(7) Die Kommission **kann** nach Anhörung des Gremiums Leitlinien **herausgeben**, um die Online-Plattformen und die Koordinatoren für digitale Dienste bei der Anwendung der Absätze 5 und 6 zu unterstützen.

(Artikel 19 wird nach Artikel 14 eingefügt und geändert.)

Änderungsantrag 181

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Entscheidet ein Hosting-Diensteanbieter, eine bestimmte von einem Nutzer bereitgestellte Einzelinformation zu entfernen **oder** den Zugang dazu zu sperren, so gibt er – ungeachtet der zur Erkennung, Feststellung, Entfernung oder **Sperrung** dieser Information verwendeten Mittel und der Gründe seiner Entscheidung – dem Nutzer spätestens zum Zeitpunkt der Entfernung oder der **Zugangssperrung** seine Entscheidung mit einer klaren und spezifischen Begründung bekannt.

Informationen durchführt, die er von Dritten erhalten hat, auch der von einer Online-Plattform **oder einem Hosting-Diensteanbieter** nach Absatz 5 vorgelegten Informationen, feststellt, dass die betreffende Stelle die in Absatz 2 genannten Bedingungen nicht mehr erfüllt. **Der Koordinator für digitale Dienste kann außerdem alle Nachweise berücksichtigen, denen zufolge die Stelle ihren Status genutzt hätte, um den Wettbewerb zu verzerren.** Bevor er diesen Status widerruft, gibt der Koordinator für digitale Dienste der Stelle Gelegenheit, sich zu den Ergebnissen seiner Untersuchung und zu dem beabsichtigten Widerruf des Status der Stelle als vertrauenswürdiger Hinweisgeber zu äußern.

(7) Die Kommission **gibt** nach Anhörung des Gremiums Leitlinien **heraus**, um die Online-Plattformen und die Koordinatoren für digitale Dienste bei der Anwendung der Absätze 2, 4a, 6 und 7 zu unterstützen.

Geänderter Text

(1) Entscheidet ein Hosting-Diensteanbieter, eine bestimmte von einem Nutzer bereitgestellte Einzelinformation zu entfernen, den Zugang dazu zu sperren **oder ihre Sichtbarkeit anderweitig zu beschränken**, so gibt er – ungeachtet der zur Erkennung, Feststellung, Entfernung, **Sperrung** oder **Beschränkung der Sichtbarkeit** dieser Information verwendeten Mittel und der Gründe seiner Entscheidung – dem Nutzer spätestens zum Zeitpunkt der Entfernung, **Zugangssperrung** oder **Beschränkung** der

Sichtbarkeit seine Entscheidung mit einer klaren und spezifischen Begründung bekannt.

Änderungsantrag 182

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Werden bestimmte Einzelinformationen, nachdem sie entfernt wurden oder der Zugang dazu gesperrt wurde, nach Maßgabe von Artikel 15a weitergeleitet, kann die in Absatz 1 dieses Artikels festgelegte Anforderung, den Nutzer zu benachrichtigen, für sechs Wochen ausgesetzt werden, um etwaige laufende strafrechtliche Ermittlungen nicht zu behindern. Die Frist von sechs Wochen kann nur nach einer begründeten Entscheidung der zuständigen Behörde, an die die betreffende Einzelinformation übermittelt wurde, verlängert werden.

Änderungsantrag 183

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

a) ob die Entscheidung die Entfernung der Information **oder** die Sperrung des Zugangs zu der Information betrifft, und gegebenenfalls den räumlichen Geltungsbereich der Zugangssperrung;

a) ob die Entscheidung die Entfernung der Information, die Sperrung des Zugangs zu der Information **oder die Beschränkung der Sichtbarkeit der Information** betrifft, und gegebenenfalls den räumlichen Geltungsbereich der Zugangssperrung **bzw. der Beschränkung der Sichtbarkeit**;

Änderungsantrag 184

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Hosting-Diensteanbieter veröffentlichen die in Absatz 1 genannten Entscheidungen und Begründungen in einer **öffentlich** zugänglichen Datenbank, die von der Kommission verwaltet wird. Diese Informationen dürfen keine personenbezogenen Daten enthalten.

Geänderter Text

(4) Hosting-Diensteanbieter veröffentlichen die in Absatz 1 genannten Entscheidungen und Begründungen in einer **den nationalen und den EU-Behörden** zugänglichen Datenbank, die von der Kommission verwaltet wird. Diese Informationen dürfen keine personenbezogenen Daten enthalten.

Änderungsantrag 185

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 15 – Absatz 4 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die Absätze 2, 3 und 4 gelten nicht für Anbieter von Vermittlungsdiensten, bei denen es sich um Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt. Wenn Unternehmen den Status eines Kleinst- oder Kleinunternehmens im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG verlieren, finden diese Absätze auch in den zwölf Monaten nach dem Verlust dieses Status keine Anwendung auf diese Unternehmen.

Änderungsantrag 186

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 15 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 15a

Aufbewahrung von Inhalten und damit verbundenen Daten und obligatorische Übermittlung bestimmter Einzelinformationen

(1) Die Hosting-Diensteanbieter

speichern die illegalen Inhalte, die im Rahmen der Moderation von Inhalten oder aufgrund einer Anordnung zum Vorgehen gegen bestimmte illegale Inhalte nach Artikel 8 entfernt wurden oder zu denen der Zugang gesperrt wurde, sowie alle damit verbundenen Daten, die im Zuge der Entfernung der betreffenden illegalen Inhalte entfernt wurden, zu folgenden Zwecken:

a) verwaltungsrechtliche oder gerichtliche Überprüfung oder außergerichtliche Streitbeilegung in Bezug auf eine Entscheidung, illegale Inhalte und zugehörige Daten zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren; oder

b) Verhinderung, Erkennung, Ermittlung und Verfolgung von Straftaten.

(2) Illegale Inhalte im Sinne dieses Artikels sind Inhalte im Zusammenhang mit Menschenhandel und Kinderpornografie sowie Inhalte, die öffentlich zu Gewalt gegen eine nach Rasse, Hautfarbe, Religion, Abstammung oder nationale oder ethnische Herkunft definierte Gruppe von Personen oder gegen ein Mitglied einer solchen Gruppe gemäß dem Rahmenbeschluss 2008/913/JHA^{1a} des Rates und der Richtlinie 2011/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates^{1b} aufstacheln.

(3) Die Hosting-Diensteanbieter speichern die illegalen Inhalte und die damit verbundenen Daten gemäß Absatz 1 für sechs Monate ab dem Datum der Entfernung oder der Sperrung des Zugangs dazu. Auf Anordnung der zuständigen Behörde oder des zuständigen Gerichts werden die illegalen Inhalte nur dann für einen weiteren festgelegten Zeitraum aufbewahrt, wenn und solange dies für eine laufende behördliche oder gerichtliche Überprüfung nach Absatz 1 Buchstabe a erforderlich ist.

(4) Die Hosting-Diensteanbieter stellen sicher, dass die nach Absatz 1 gespeicherten illegalen Inhalte und damit verbundenen Daten angemessenen technischen und organisatorischen Schutzvorkehrungen unterliegen. Durch diese technischen und organisatorischen Schutzvorkehrungen wird sichergestellt, dass die gespeicherten illegalen Inhalte und damit verbundenen Daten nur für die in Absatz 1 genannten Zwecke abgerufen und verarbeitet werden und ein hohes Maß an Sicherheit der betreffenden personenbezogenen Daten gewährleistet ist. Die Hosting-Diensteanbieter überprüfen und aktualisieren diese Schutzvorkehrungen soweit erforderlich.

(5) Die Hosting-Diensteanbieter übermitteln den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten die illegalen Inhalte, die entweder im Zuge einer freiwilligen Moderation von Inhalten oder im Wege des Melde- und Abhilfeverfahrens gemäß Artikel 14 entfernt wurden oder zu denen der Zugang gesperrt wurde. Sie übermitteln diese illegalen Inhalte unter den folgenden Voraussetzungen:

- a) illegale Inhalte nach Absatz 2 dieses Artikels und**
- b) die zuständige Strafverfolgungsbehörde, an die diese illegalen Inhalte zu übermitteln sind, ist diejenige des Mitgliedstaats, in dem die Person, die die illegalen Inhalte bereitgestellt hat, wohnhaft oder niedergelassen ist, oder andernfalls diejenige des Mitgliedstaats, in dem der Hosting-Diensteanbieter niedergelassen ist oder seinen Rechtsvertreter hat; in allen anderen Fällen macht der Hosting-Diensteanbieter Mitteilung an Europol;**
- c) ist der Hosting-Diensteanbieter eine sehr große Online-Plattform gemäß Kapitel III Abschnitt 4, fügt er bei der Übermittlung der illegalen Inhalte eine Kennzeichnung mit dem Hinweis hinzu, dass die illegalen Inhalte eine Gefahr für**

das Leben oder die Sicherheit von Personen darstellen.

(6) Jeder Mitgliedstaat übermittelt der Kommission die Liste seiner für die Zwecke von Absatz 5 zuständigen Strafverfolgungsbehörden.

^{1a} Rahmenbeschluss 2008/913/JI des Rates vom 28. November 2008 zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (ABl. L 328 vom 6.12.2008, S. 55).

^{1b} Richtlinie 2011/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2011 zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/629/JI des Rates (ABl. L 101 vom 15.4.2011, S. 1).

Änderungsantrag 187

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 15b

Meldung des Verdachts auf schwere Straftaten

(1) Erhält ein Hosting-Diensteanbieter Kenntnis von Informationen, die den Verdacht begründen, dass eine schwere Straftat, die eine Gefahr für das Leben oder die Sicherheit von Personen darstellt, begangen wurde, begangen wird oder begangen werden könnte, so teilt er seinen Verdacht unverzüglich den Strafverfolgungs- oder Justizbehörden des betreffenden Mitgliedstaats oder der betreffenden Mitgliedstaaten mit und stellt alle vorliegenden einschlägigen

Informationen zur Verfügung.

(2) Kann der Hosting-Dienstanbieter den betreffenden Mitgliedstaat nicht mit hinreichender Gewissheit ermitteln, so unterrichtet er die Strafverfolgungsbehörden des Mitgliedstaats, in dem er niedergelassen ist oder seinen Rechtsvertreter hat, oder Europol.

(3) Die Informationen, die eine Strafverfolgungs- oder Justizbehörde eines Mitgliedstaats gemäß Absatz 1 erhält, werden ausschließlich für Zwecke verwendet, die unmittelbar mit der jeweiligen gemeldeten schweren Straftat im Zusammenhang stehen.

(4) Für die Zwecke dieses Artikels gilt als betreffender Mitgliedstaat der Mitgliedstaat, in dem die schwere Straftat begangen wurde, begangen wird oder begangen werden könnte, oder der Mitgliedstaat, in dem der Verdächtige seinen Wohnsitz oder Aufenthaltsort hat, oder der Mitgliedstaat, in dem das Opfer seinen Wohnsitz oder Aufenthaltsort hat.

(5) Für die Zwecke dieses Artikels übermittelt jeder Mitgliedstaat der Kommission die Liste seiner zuständigen Strafverfolgungs- oder Justizbehörden.

Änderungsantrag 188

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 15 c (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 15c

Grundsätze für den Umgang mit Inhalten

(1) Der Umgang mit Inhalten erfolgt in angemessener, rechtmäßiger und transparenter Weise. Der Umgang mit Inhalten erfolgt in zweckdienlicher und sachgerechter Weise, steht in einem angemessenen Verhältnis zu Art und

Umfang der Inhalte und beschränkt sich auf die Maßnahmen, die für den jeweiligen Zweck des Umgangs mit Inhalten erforderlich sind. Die Hosting-Plattformen für Inhalte sind dafür verantwortlich, dass ihr Umgang mit Inhalten fair, transparent und verhältnismäßig ist.

(2) Beim Umgang mit Inhalten durch die Hosting-Plattformen für Inhalte dürfen Nutzer keinen diskriminierenden Praktiken, ausbeuterischem oder ausschließendem Verhalten ausgesetzt werden, etwa der Entfernung von nutzergenerierten Inhalten aufgrund von Aussehen, ethnischer Herkunft, Geschlecht, sexueller Ausrichtung, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, Schwangerschaft oder Kindererziehung, Sprache oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gesellschaftsschicht.

(3) Die Hosting-Plattformen für Inhalte informieren die Nutzer in ausreichender Weise über ihre Profile mit Blick auf das Kuratieren von Inhalten und die individuellen Kriterien, nach denen Hosting-Plattformen für Inhalte für ihre Nutzer kuratieren, sowie darüber, ob und zu welchem Zweck Algorithmen verwendet werden.

(4) Die Hosting-Plattformen für Inhalte räumen den Nutzern in angemessenem Umfang Einfluss auf das Kuratieren der ihnen angezeigten Inhalte ein, wozu auch die Möglichkeit gehört, vollständig auf jegliches Kuratieren von Inhalten zu verzichten. Insbesondere dürfen Nutzern kuratierte Inhalte nur dann angezeigt werden, wenn sie aus freier Entscheidung, für den konkreten Fall, in Kenntnis der Sachlage und unzweideutig vorab darin einwilligen.

Änderungsantrag 189

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 16 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Dieser Abschnitt gilt nicht für Online-Plattformen, bei denen es sich um Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne **des Anhangs** der Empfehlung 2003/361/EG handelt.

Geänderter Text

Dieser Abschnitt gilt nicht für Online-Plattformen, bei denen es sich um Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG handelt, **sowie nicht für Online-Plattformen, die nicht mehr als Kleinst- oder Kleinunternehmen einzuordnen sind und nicht im Eigentum von Stellen mit Niederlassung außerhalb der Union stehen.**

Änderungsantrag 190

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Online-Plattformen gewähren den Nutzern während eines Zeitraums von mindestens sechs Monaten nach einer in diesem Absatz genannten Entscheidung Zugang zu einem wirksamen internen Beschwerdemanagementsystem, das eine elektronische und kostenlose Einreichung von Beschwerden gegen folgende Entscheidungen der Online-Plattform ermöglicht, die damit begründet worden sind, dass die von den Nutzern bereitgestellten Informationen illegale Inhalte darstellen oder mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattform unvereinbar sind:

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen gewähren den Nutzern **sowie Einzelpersonen oder Stellen, die eine Meldung übermittelt haben**, während eines Zeitraums von mindestens sechs Monaten nach einer in diesem Absatz genannten Entscheidung Zugang zu einem wirksamen internen Beschwerdemanagementsystem, das eine elektronische und kostenlose Einreichung von Beschwerden **gegen die Entscheidung der Online-Plattform, nach Erhalt einer Meldung keine Maßnahmen zu ergreifen, und** gegen folgende Entscheidungen der Online-Plattform ermöglicht, die damit begründet worden sind, dass die von den Nutzern bereitgestellten Informationen illegale Inhalte darstellen oder mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattform unvereinbar sind:

Änderungsantrag 191

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

- a) Entscheidungen über die Entfernung der Information oder die Sperrung des Zugangs zu der Information;

Geänderter Text

- a) Entscheidungen über die Entfernung der Information, **die Aussetzung der Kauf- oder Mietmöglichkeit**, die Sperrung des Zugangs zu der Information **oder die Beschränkung ihrer Sichtbarkeit**;

Änderungsantrag 192

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

- b) Entscheidungen über die vollständige oder teilweise Aussetzung oder Kündigung des Dienstes gegenüber den Nutzern;

Geänderter Text

(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)

Änderungsantrag 193

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

- c) Entscheidungen über die Aussetzung oder Schließung des Kontos des Nutzers.

Geänderter Text

(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)

Änderungsantrag 194

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- ca) Entscheidungen über die Beschränkung der Möglichkeit der**

*Monetisierung der von Nutzern
bereitgestellten Inhalte.*

Änderungsantrag 195

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe c b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**cb) Entscheidungen von Online-
Marktplätzen, ihre Dienste für
Unternehmer auszusetzen;**

Änderungsantrag 196

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe c c (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**cc) Entscheidungen, die sich negativ
auf den Zugang des Nutzers zu
bedeutenden Merkmalen der regulären
Dienstleistungen der Plattform
auswirken;**

Änderungsantrag 197

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe c d (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**cd) Entscheidungen, bei Eingang
einer Meldung nicht zu handeln;**

Änderungsantrag 198

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe c e (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ce) Entscheidungen für oder gegen

**die Anbringung von Kennzeichnungen
oder zusätzlichen Informationen zu von
Nutzern bereitgestellten Inhalten.**

Änderungsantrag 199

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**(1a) Wenn auf die Entscheidung über
die Entfernung der Information oder die
Sperrung des Zugangs dazu deren
Übermittlung gemäß Artikel 15a folgt, gilt
der Tag, an dem der Nutzer im Einklang
mit Artikel 15 Absatz 2 darüber in
Kenntnis gesetzt wurde, als Beginn des in
Absatz 1 dieses Artikels genannten
Zeitraums von mindestens sechs
Monaten.**

Änderungsantrag 200

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Online-Plattformen bearbeiten Beschwerden, die über ihr internes Beschwerdemanagementsystem eingereicht werden, zeitnah, sorgfältig **und in objektiver** Weise. Enthält eine Beschwerde ausreichende Gründe für die Annahme, dass die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, weder rechtswidrig sind noch gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen, oder enthält sie Informationen, aus denen hervorgeht, dass das Verhalten des Beschwerdeführers keine Aussetzung oder Kündigung des Dienstes oder Schließung des Kontos rechtfertigt, so macht die Online-Plattform ihre in Absatz 1 genannte Entscheidung unverzüglich rückgängig.

(3) Online-Plattformen bearbeiten Beschwerden, die über ihr internes Beschwerdemanagementsystem eingereicht werden, zeitnah, sorgfältig, in **nicht willkürlicher** Weise **und unverzüglich**. Enthält eine Beschwerde ausreichende Gründe für die Annahme, dass die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, weder rechtswidrig sind noch gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen, oder enthält sie Informationen, aus denen hervorgeht, dass das Verhalten des Beschwerdeführers keine Aussetzung oder Kündigung des Dienstes oder Schließung des Kontos rechtfertigt, so macht die Online-Plattform ihre in Absatz 1 genannte

Entscheidung unverzüglich rückgängig.

Änderungsantrag 201

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Online-Plattformen teilen den Beschwerdeführern unverzüglich die Entscheidung mit, die sie in Bezug auf die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, getroffen haben, und weisen die Beschwerdeführer auf die Möglichkeit der außergerichtlichen Streitbeilegung gemäß Artikel 18 und auf andere verfügbare Rechtsbehelfe hin.

Geänderter Text

(4) Online-Plattformen teilen den Beschwerdeführern unverzüglich die Entscheidung mit, die sie in Bezug auf die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, getroffen haben, und weisen die Beschwerdeführer **sowie die Personen oder Einrichtungen, die eine Meldung in Bezug auf das Ersuchen des Beschwerdeführers vorgenommen haben**, auf die Möglichkeit der außergerichtlichen Streitbeilegung gemäß Artikel 18 und auf andere verfügbare Rechtsbehelfe hin. **Die in diesem Absatz genannte Entscheidung enthält zudem folgende Angaben:**

- **Informationen darüber, ob die in Absatz 1 genannte Entscheidung auf einer menschlichen Überprüfung beruht oder mithilfe automatisierter Mittel getroffen wurde,**
- **im Fall der Aufrechterhaltung der in Absatz 1 genannten Entscheidung eine ausführliche Erläuterung, inwiefern die Information, auf die sich die Beschwerde bezieht, einen Verstoß gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Online-Plattform darstellt oder warum die Online-Plattform die Information für rechtswidrig erachtet.**

Änderungsantrag 202

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Online-Plattformen stellen sicher,

Geänderter Text

(5) Online-Plattformen stellen sicher,

dass die in Absatz 4 genannten Entscheidungen nicht allein mit automatisierten Mitteln getroffen werden.

dass *sich die Nutzer zum Zeitpunkt der Beschwerdeeinreichung mit einem menschlichen Ansprechpartner in Verbindung setzen können und dass* die in Absatz 4 genannten Entscheidungen nicht allein mit automatisierten Mitteln getroffen werden.

Änderungsantrag 203

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5a) Online-Plattformen stellen sicher, dass Nutzern alle einschlägigen Informationen in Bezug auf die im Rahmen des internen Beschwerdemanagementverfahrens gefällten Entscheidungen zum Zweck des Rechtsbehelfs über eine außergerichtliche Streitbeilegungsstelle gemäß Artikel 18 oder vor einem Gericht zur Verfügung stehen.

Änderungsantrag 204

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 18 – Absatz 1 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) **Nutzer**, die von den in Artikel 17 Absatz 1 genannten Entscheidungen betroffen sind, **haben** das Recht, zur Beilegung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit diesen Entscheidungen sowie mit Beschwerden, die nicht mit den Mitteln des in dem Artikel genannten internen Beschwerdemanagementsystems gelöst werden konnten, eine gemäß Absatz 2 zugelassene außergerichtliche Streitbeilegungsstelle zu wählen. Online-Plattformen arbeiten nach Treu und Glauben mit der für die Streitbeilegung ausgewählten Stelle zusammen und sind an

(1) **Nach Ausschöpfung der Möglichkeiten interner Beschwerdemanagementsysteme haben Nutzer sowie Personen oder Einrichtungen, die Meldungen eingereicht haben und** von den in Artikel 17 Absatz 1 genannten Entscheidungen betroffen sind, das Recht, zur Beilegung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit diesen Entscheidungen sowie mit Beschwerden, die nicht mit den Mitteln des in dem Artikel genannten internen Beschwerdemanagementsystems gelöst werden konnten, eine gemäß

die Entscheidung dieser Stelle gebunden.

Absatz 2 zugelassene außergerichtliche Streitbelegungsstelle zu wählen. Online-Plattformen arbeiten nach Treu und Glauben mit der für die Streitbeilegung ausgewählten Stelle zusammen und sind an die Entscheidung dieser Stelle gebunden.

Änderungsantrag 205

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 18 – Absatz 1 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission

Der Unterabsatz 1 lässt das Recht des betroffenen Nutzers unberührt, im Einklang mit dem anwendbaren Recht gegen die Entscheidung vor Gericht zu ziehen.

Geänderter Text

Der Unterabsatz 1 lässt das Recht des betroffenen Nutzers unberührt, im Einklang mit dem anwendbaren Recht gegen die Entscheidung vor Gericht zu ziehen. ***Rechtsmittel gegen die Entscheidung einer außergerichtlichen Streitbelegungsstelle richten sich gegen die Online-Plattform, nicht gegen die Streitbelegungsstelle.***

Änderungsantrag 206

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 18 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Wenn ein Nutzer um Beilegung mehrerer Beschwerden ersucht, können beide Parteien die außergerichtliche Streitbelegungsstelle auffordern, die betreffenden Beschwerden als ein Beschwerdeverfahren zu behandeln und die Angelegenheit mit einer Entscheidung beizulegen.

Änderungsantrag 207

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 18 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Der Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem die außergerichtliche Streitbeilegungsstelle niedergelassen ist, lässt diese Stelle **auf deren Antrag hin** zu, nachdem die Stelle nachgewiesen hat, dass sie alle folgenden Bedingungen erfüllt:

Geänderter Text

(2) Der Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem die außergerichtliche Streitbeilegungsstelle niedergelassen ist, lässt diese Stelle zu, nachdem die Stelle nachgewiesen hat, dass sie alle folgenden Bedingungen erfüllt:

Änderungsantrag 208

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 2 – Buchstabe a**

Vorschlag der Kommission

a) sie ist unparteiisch und unabhängig von Online-Plattformen und Nutzern der von Online-Plattformen erbrachten Dienste;

Geänderter Text

a) sie ist unparteiisch und unabhängig von Online-Plattformen und Nutzern der von Online-Plattformen erbrachten Dienste, **auch mit Blick auf Aspekte wie Finanzmittel und Personal, sowie rechtlich getrennt und funktional unabhängig von der Regierung des Mitgliedstaats und jeder anderen öffentlichen oder privaten Einrichtung sowie Einzelpersonen oder Stellen, die eine Meldung übermittelt haben**;

Änderungsantrag 209

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 2 – Buchstabe c**

Vorschlag der Kommission

c) die Streitbeilegung ist über elektronische Kommunikationsmittel leicht zugänglich;

Geänderter Text

c) die Streitbeilegung ist über elektronische Kommunikationsmittel leicht zugänglich, **auch für Menschen mit Behinderung**;

Änderungsantrag 210

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 2 – Buchstabe d**

Vorschlag der Kommission

d) sie ist in der Lage, Streitigkeiten rasch, effizient und kostengünstig in mindestens einer Amtssprache der Union beizulegen;

Geänderter Text

d) sie ist in der Lage, Streitigkeiten rasch, effizient, **für Menschen mit Behinderung zugänglich** und kostengünstig in mindestens einer Amtssprache der Union beizulegen;

Änderungsantrag 211

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 2 – Buchstabe e**

Vorschlag der Kommission

e) die Streitbeilegung erfolgt nach klaren und fairen Verfahrensregeln.

Geänderter Text

e) die Streitbeilegung erfolgt nach klaren und fairen Verfahrensregeln, **die leicht und öffentlich zugänglich sind.**

Änderungsantrag 212

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 2 – Unterabsatz 2**

Vorschlag der Kommission

Der Koordinator für digitale Dienste gibt gegebenenfalls in der Zulassung die besonderen Angelegenheiten an, in denen die Stelle Sachkenntnis besitzt, und nennt die Amtssprache(n) der Union, in der bzw. denen die Stelle in der Lage ist, Streitigkeiten gemäß Unterabsatz 1 Buchstaben b bzw. d beizulegen.

Geänderter Text

Der Koordinator für digitale Dienste gibt gegebenenfalls in der Zulassung die besonderen Angelegenheiten an, in denen die Stelle Sachkenntnis besitzt, und nennt die Amtssprache(n) der Union, in der bzw. denen die Stelle in der Lage ist, Streitigkeiten gemäß Unterabsatz 1 Buchstaben b bzw. d beizulegen.

Zertifizierte außergerichtliche Streitbeilegungsstellen schließen das Streitbeilegungsverfahren innerhalb einer angemessenen Frist nach Eingang der Beschwerde ab.

Änderungsantrag 213

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 3 – Unterabsatz 2**

Vorschlag der Kommission

Die von der Streitbeilegungsstelle erhobenen Gebühren müssen angemessen sein und dürfen in keinem Fall die hierdurch entstehenden Kosten übersteigen.

Geänderter Text

Die von der Streitbeilegungsstelle erhobenen Gebühren müssen angemessen sein und dürfen in keinem Fall die hierdurch entstehenden Kosten übersteigen. ***Außergerichtliche Streitbeilegungsverfahren sollten für Nutzer vorzugsweise kostenlos sein.***

Änderungsantrag 214

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 3 – Unterabsatz 3**

Vorschlag der Kommission

Die zugelassenen außergerichtlichen Streitbeilegungsstellen geben ***dem Nutzer und der Online-Plattform*** die Gebühren oder das zur Gebührenfestsetzung verwendete Verfahren ***vor der Einleitung der Streitbeilegung*** bekannt.

Geänderter Text

Die zugelassenen außergerichtlichen Streitbeilegungsstellen geben ***Informationen über*** die Gebühren oder das zur Gebührenfestsetzung verwendete Verfahren ***öffentlich*** bekannt.

Änderungsantrag 215

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 3 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Von einer außergerichtlichen Streitbeilegungsstelle gefällte Entscheidungen können nicht von einer anderen solchen Stelle angefochten werden, und nur eine außergerichtliche Streitbeilegungsstelle darf über die Beilegung einer bestimmten Streitigkeit beraten.

Änderungsantrag 216

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 a (neu)**

Artikel 19a

**Anforderungen an die Barrierefreiheit
von Online-Plattformen**

- (1) Die Anbieter von Online-Plattformen, die Dienste in der Union anbieten, stellen sicher, dass sie ihre Dienste im Einklang mit den Anforderungen an die Barrierefreiheit gemäß Anhang I Abschnitte III, IV, VI und VII der Richtlinie (EU) 2019/882 gestalten und erbringen.**
- (2) Die Anbieter von Online-Plattformen erstellen die erforderlichen Informationen gemäß Anhang V der Richtlinie (EU) 2019/882 sowie die gemäß dieser Verordnung bereitgestellten Informationen, Formulare und Maßnahmen und erläutern, wie die Dienste die geltenden Anforderungen an die Barrierefreiheit erfüllen. Diese Informationen werden der Allgemeinheit bereitgestellt, auch in einer für Menschen mit Behinderungen barrierefreien Form. Die Anbieter von Online-Plattformen bewahren die Informationen so lange auf, wie die Dienstleistung angeboten wird.**
- (3) Die Anbieter von Online-Plattformen, die Dienste in der Union anbieten, stellen sicher, dass Verfahren vorgesehen sind, damit die Erbringung von Diensten auch in Zukunft in Übereinstimmung mit den geltenden Anforderungen an die Barrierefreiheit erfolgt. Die Anbieter von Vermittlungsdiensten tragen Veränderungen bei den Merkmalen der Erbringung der Dienste, Veränderungen bei den geltenden Barrierefreiheitsanforderungen und Änderungen der harmonisierten Normen oder technischer Spezifikationen, auf die bei Erklärung der Übereinstimmung der Dienste mit den Barrierefreiheitsanforderungen verwiesen wird, gebührend Rechnung.**

(4) Bei Nichtkonformität ergreifen die Anbieter von Online-Plattformen die erforderlichen Korrekturmaßnahmen, um für die Konformität des Dienstes mit den geltenden Barrierefreiheitsanforderungen zu sorgen.

(5) Die Anbieter von Online-Plattformen händigen der zuständigen Behörde auf deren begründetes Verlangen alle Informationen aus, die für den Nachweis der Konformität des Dienstes mit den geltenden Barrierefreiheitsanforderungen erforderlich sind. Sie arbeiten mit dieser Behörde auf deren Verlangen bei allen Maßnahmen zusammen, die ergriffen werden, um für die Übereinstimmung der Dienste mit den genannten Anforderungen zu sorgen.

(6) Bei Online-Plattformen, die den harmonisierten Normen oder Teilen davon, deren Fundstellen im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht wurden, entsprechen, wird insofern eine Konformität mit den Barrierefreiheitsanforderungen dieser Verordnung vermutet, als sich diese Normen oder Teile davon auf diese Anforderungen erstrecken.

(7) Bei Online-Plattformen, die den für die Richtlinie (EU) 2019/882 angenommenen technischen Spezifikationen oder Teilen davon entsprechen, wird insofern eine Konformität mit den Barrierefreiheitsanforderungen dieser Verordnung vermutet, als sich diese technischen Spezifikationen oder Teile davon auf diese Anforderungen erstrecken.

Änderungsantrag 217

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

(1) **Online-Plattformen setzen** die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die **häufig und offensichtlich** illegale Inhalte bereitstellen, für einen **angemessenen** Zeitraum **nach vorheriger Warnung aus**.

Geänderter Text

(1) **Hosting-Diensteanbieter und Online-Plattformen ermöglichen nach vorheriger Warnung** die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die **wiederholt** illegale Inhalte bereitstellen, **setzen sie** für einen **bestimmten Zeitraum aus oder beenden sie**. **Die Online-Plattform kann Unterstützung vom Koordinator für digitale Dienste anfordern, um festzulegen, ab welcher Häufigkeit eine Kontoaussetzung als erforderlich angesehen wird und welche Aussetzungsdauer gelten sollte**.

Änderungsantrag 218

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 1 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Online-Marktplätze veröffentlichen die gemäß Artikel 22 Absatz 1 gesammelten Informationen zu Unternehmen, für die die Dienste gemäß Absatz 1 dieses Artikels ausgesetzt worden sind, in der in Artikel 15 Absatz 4 genannten Datenbank. Nach Aufhebung der Aussetzung sind die Daten aus der Datenbank zu löschen.

Änderungsantrag 219

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 2**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) **Online-Plattformen setzen** die Bearbeitung von Meldungen und Beschwerden, die über die in den Artikeln 14 und 17 genannten Melde- und Abhilfeverfahren bzw. interne Beschwerdemanagementsysteme von

(2) **Hosting-Diensteanbieter und Online-Plattformen setzen nach mindestens drei vorherigen Warnungen** die Bearbeitung von Meldungen und Beschwerden, die über die in den Artikeln 14 und 17 genannten Melde- und

Personen oder Stellen oder von Beschwerdeführern eingehen, die häufig offensichtlich unbegründete Meldungen oder Beschwerden einreichen, für einen **angemessenen** Zeitraum **nach vorheriger Warnung aus**.

Abhilfeverfahren bzw. interne Beschwerdemanagementsysteme von Personen oder Stellen oder von Beschwerdeführern eingehen, die häufig offensichtlich unbegründete Meldungen oder Beschwerden einreichen, für einen **bestimmten** Zeitraum **aus oder beenden sie**.

Änderungsantrag 220

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 20 – Absatz 3 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(3) Online-Plattformen bewerten von Fall zu Fall zeitnah, sorgfältig und in objektiver Weise, ob ein Nutzer, eine Person, eine Einrichtung oder ein Beschwerdeführer an einem in den Absätzen 1 und 2 genannten Missbrauch beteiligt ist, wobei sie alle einschlägigen Tatsachen und Umstände berücksichtigen, die aus den **der Online-Plattform** vorliegenden Informationen ersichtlich sind. Zu solchen Umständen gehören zumindest:

Geänderter Text

(3) **Hosting-Diensteanbieter und** Online-Plattformen bewerten von Fall zu Fall zeitnah, sorgfältig und in objektiver Weise, ob ein Nutzer, eine Person, eine Einrichtung oder ein Beschwerdeführer an einem in den Absätzen 1 und 2 genannten Missbrauch beteiligt ist, wobei sie alle einschlägigen Tatsachen und Umstände berücksichtigen, die aus den **ihnen** vorliegenden Informationen ersichtlich sind. Zu solchen Umständen gehören zumindest:

Änderungsantrag 221

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 20 – Absatz 3 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die absolute Anzahl der **offensichtlich** illegalen Inhalte oder der **offensichtlich** unbegründeten Meldungen oder Beschwerden, die im vergangenen Jahr bereitgestellt bzw. eingereicht wurden;

Geänderter Text

a) die absolute Anzahl der illegalen Inhalte oder der unbegründeten Meldungen oder Beschwerden, die im vergangenen Jahr bereitgestellt bzw. eingereicht wurden;

Änderungsantrag 222

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 20 – Absatz 3 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) die von dem Nutzer, der Person, der Einrichtung oder dem Beschwerdeführer verfolgten Absichten.

Geänderter Text

d) ***sofern feststellbar***, die von dem Nutzer, der Person, der Einrichtung oder dem Beschwerdeführer verfolgten Absichten.

Änderungsantrag 223

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 3 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Aussetzungen gemäß den Absätzen 1 und 2 können für dauerhaft erklärt werden, wenn

a) zwingende rechtliche oder ordnungspolitische Gründe, einschließlich laufender strafrechtlicher Ermittlungen, die Vermeidung oder Aufschiebung der Unterrichtung des Nutzers rechtfertigen,

b) die entfernten Inhalte Teil einer Massenkampagne zur Täuschung der Nutzer oder zur Manipulation der Moderation von Inhalten sind oder

c) die entfernten Elemente sich auf Inhalte bezogen, die unter die Richtlinie 2011/93/EU oder die Richtlinie (EU) 2017/541 fallen.

Änderungsantrag 224

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 3 b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3b) Die Bewertung muss von qualifizierten Mitarbeitern durchgeführt werden, die eine spezielle Schulung in Bezug auf den geltenden Rechtsrahmen erhalten haben.

Änderungsantrag 225

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 20 – Absatz 3 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3c) Unbeschadet des Artikels 4 der Verordnung (EU) 2019/1150 bemühen sich die Hosting-Dienstanbieter nach besten Kräften, sicherzustellen, dass Nutzer, deren Zugang zu dem Dienst gesperrt wurde, diesen erst wieder nutzen können, wenn die Aussetzung aufgehoben wurde.

Beendet eine Online-Plattform die Bereitstellung ihrer Dienste für einen gewerblichen Nutzer, so übermittelt sie diesem mindestens 15 Tage vor dem Wirksamwerden der Beendigung die Begründung für diese Entscheidung und informiert ihn über die Möglichkeit, die Entscheidung gemäß Artikel 17 anzufechten.

Änderungsantrag 226

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 20 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) Online-Plattformen legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen klar und ausführlich ihre Regeln für den Umgang mit dem in den Absätzen 1 und 2 genannten Missbrauch dar, auch bezüglich der Tatsachen und Umstände, die sie bei der Beurteilung, ob ein bestimmtes Verhalten einen Missbrauch darstellt, berücksichtigen, und der Dauer der Aussetzung.

(4) **Hosting-Dienstanbieter und** Online-Plattformen legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen klar und ausführlich ihre Regeln für den Umgang mit dem in den Absätzen 1 und 2 genannten Missbrauch dar, auch bezüglich der Tatsachen und Umstände, die sie bei der Beurteilung, ob ein bestimmtes Verhalten einen Missbrauch darstellt, berücksichtigen, und der Dauer der Aussetzung.

Änderungsantrag 227

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 21 – Absatz 2 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Für die Zwecke dieses Artikels gilt als betreffender Mitgliedstaat der Mitgliedstaat, in dem die Straftat begangen wurde, begangen wird oder begangen werden könnte, oder der Mitgliedstaat, in dem der Verdächtige seinen Wohnsitz oder Aufenthaltsort hat, oder der Mitgliedstaat, in dem das Opfer seinen Wohnsitz oder Aufenthaltsort hat.

entfällt

Änderungsantrag 228

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 21 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Sofern die unterrichtete Behörde keine gegenteilige Anweisung erteilt, entfernt oder sperrt der Anbieter die betreffenden Inhalte. Er speichert alle Inhalte und die damit verbundenen Daten mindestens sechs Monate lang.

Änderungsantrag 229

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 21 – Absatz 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2b) Die Informationen, die eine Strafverfolgungs- oder Justizbehörde eines Mitgliedstaats gemäß Absatz 1 erhält, werden ausschließlich für Zwecke verwendet, die unmittelbar mit der jeweiligen gemeldeten schweren Straftat im Zusammenhang stehen.

Änderungsantrag 230

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 22 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Nachverfolgbarkeit von Unternehmern

Geänderter Text

Nachverfolgbarkeit von Unternehmern **auf**
Online-Marktplätzen

Änderungsantrag 231

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 22 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Ermöglicht eine Online-Plattform Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmern, so stellt sie sicher, dass Unternehmer ihre Dienste nur dann benutzen können, um bei Verbrauchern in der Union für ihre Produkte oder Dienstleistungen zu werben und ihnen diese anzubieten, wenn die Online-Plattform vor der Benutzung ihrer Dienste folgende Informationen erhalten hat:

Geänderter Text

(1) **Der Online-Marktplatz** stellt sicher, dass Unternehmer **seine** Dienste nur dann benutzen können, um bei Verbrauchern in der Union für ihre Produkte oder Dienstleistungen zu werben und ihnen diese anzubieten, wenn **der Online-Marktplatz** vor der Benutzung **seiner** Dienste folgende Informationen erhalten hat:

Änderungsantrag 232

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 22 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) **Bankverbindung** des Unternehmers, **wenn es sich bei dem Unternehmer um eine natürliche Person handelt,**

Geänderter Text

c) **Angaben zum Zahlungskonto** des Unternehmers,

Änderungsantrag 233

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 22 – Absatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

d) Name, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse des Wirtschaftsakteurs im Sinne des Artikels 3 Nummer 13 und des Artikels 4 der Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates⁵¹ oder anderer einschlägiger Rechtsakte der Union,

⁵¹ Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über Marktüberwachung und die Konformität von Produkten sowie zur Änderung der Richtlinie 2004/42/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 765/2008 und (EU) Nr. 305/2011 (ABl. L 169 vom 25.6.2019, S. 1).

Änderungsantrag 234

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 1 – Buchstabe f

Vorschlag der Kommission

f) Selbstbescheinigung des Unternehmers, in der sich dieser verpflichtet, nur Produkte oder Dienstleistungen anzubieten, die den geltenden Vorschriften des Unionsrechts entsprechen.

Änderungsantrag 235

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Nach Erhalt dieser Informationen unternimmt **die Online-Plattform** angemessene Bemühungen, um zu prüfen, ob **die in Absatz 1 Buchstaben a, d und e**

d) Name, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse des Wirtschaftsakteurs im Sinne des Artikels 3 Nummer 13 und des Artikels 4 der Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates⁵¹ oder **[Artikel XX der Verordnung über die allgemeine Produktsicherheit] oder** anderer einschlägiger Rechtsakte der Union,

⁵¹ Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über Marktüberwachung und die Konformität von Produkten sowie zur Änderung der Richtlinie 2004/42/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 765/2008 und (EU) Nr. 305/2011 (ABl. L 169 vom 25.6.2019, S. 1).

Geänderter Text

f) Selbstbescheinigung des Unternehmers, in der sich dieser verpflichtet, nur Produkte oder Dienstleistungen **oder Inhalte, einschließlich Werbung,** anzubieten, die den geltenden Vorschriften des Unionsrechts entsprechen.

Geänderter Text

(2) Nach Erhalt dieser Informationen unternimmt **der Online-Marktplatz** angemessene Bemühungen, um zu prüfen, ob **diese** Informationen verlässlich sind,

genannten Informationen verlässlich sind, indem **sie frei zugängliche amtliche Online-Datenbanken abfragt oder Online-Schnittstellen nutzt, die von einem Mitgliedstaat oder der Union zur Verfügung gestellt werden, oder indem sie** vom Unternehmer Nachweise aus verlässlichen Quellen verlangt.

indem, **er** vom Unternehmer Nachweise aus verlässlichen Quellen verlangt.

Änderungsantrag 236

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 3 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

(3) Erhält **die Online-Plattform** Hinweise darauf, dass eine in Absatz 1 genannte Einzelinformation, die **sie** vom betreffenden Unternehmer erhalten hat, unrichtig oder unvollständig **ist**, fordert **sie** den Unternehmer unverzüglich oder innerhalb der im Unionsrecht und im nationalen Recht festgelegten Frist auf, die Information insoweit zu berichtigen, wie dies erforderlich ist, damit alle Informationen richtig und vollständig sind.

Geänderter Text

(3) Erhält **der Online-Marktplatz** Hinweise darauf, dass **Informationen nach Absatz 1 Buchstabe f unrichtig sind, entfernt er das Produkt oder die Dienstleistung direkt von der Online-Plattform. Ist** eine **sonstige** in Absatz 1 genannte Einzelinformation, die **er** vom betreffenden Unternehmer erhalten hat, unrichtig oder unvollständig, fordert **der Online-Marktplatz** den Unternehmer unverzüglich oder innerhalb der im Unionsrecht und im nationalen Recht festgelegten Frist auf, die Information insoweit zu berichtigen, wie dies erforderlich ist, damit alle Informationen richtig und vollständig sind.

Änderungsantrag 237

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 3 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission

Versäumt es der Unternehmer, diese Informationen zu berichtigen oder zu vervollständigen, **setzt die Online-Plattform** ihre Dienste für den Unternehmer aus, bis dieser der Aufforderung nachgekommen ist.

Geänderter Text

Versäumt es der Unternehmer, diese Informationen zu berichtigen oder zu vervollständigen, **setzen die Anbieter von Online-Marktplätzen** ihre Dienste **in Bezug auf das Angebot von Produkten oder Dienstleistungen für Verbraucher in der Union** für den Unternehmer aus, bis

dieser der Aufforderung **vollständig** nachgekommen ist.

Änderungsantrag 238

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Die Anbieter von Online-Marktplätzen sorgen dafür, dass Unternehmer als unrichtig oder unvollständig betrachtete Informationen direkt mit einem Unternehmer erörtern können, bevor es zu einer Aussetzung von Diensten kommt. Hierbei kann das interne Beschwerdemanagementsystem gemäß Artikel 17 zur Anwendung kommen.

Änderungsantrag 239

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 3 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3b) Lehnt ein Online-Marktplatz einen Antrag auf Dienstleistungen ab oder setzt er Dienstleistungen für einen Unternehmer aus, kann der Unternehmer auf die Systeme gemäß Artikel 17 und Artikel 43 dieser Verordnung zurückgreifen.

Änderungsantrag 240

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 3 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3c) Unternehmer haften allein für die Richtigkeit der bereitgestellten Informationen und unterrichten den

Online-Marktplatz unverzüglich über jede Änderung der bereitgestellten Informationen.

Änderungsantrag 241

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) **Die Online-Plattform** speichert die nach den Absätzen 1 und 2 erhaltenen Informationen für die Dauer ihres Vertragsverhältnisses mit dem betreffenden Unternehmer in sicherer Weise. Anschließend löscht **sie** die Informationen.

Geänderter Text

(4) **Der Online-Marktplatz** speichert die nach den Absätzen 1 und 2 erhaltenen Informationen für die Dauer ihres Vertragsverhältnisses mit dem betreffenden Unternehmer in sicherer Weise. Anschließend löscht **er** die Informationen.

Änderungsantrag 242

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Unbeschadet des Absatzes 2 **gibt die Online-Plattform** die Informationen nur dann an Dritte weiter, wenn sie nach geltendem Recht, einschließlich der in Artikel 9 genannten Anordnungen und der Anordnungen, die von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten oder der Kommission zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäß dieser Verordnung erlassen werden, dazu verpflichtet **ist**.

Geänderter Text

(5) Unbeschadet des Absatzes 2 **geben Online-Marktplätze** die Informationen nur dann an Dritte weiter, wenn sie nach geltendem Recht, einschließlich der in Artikel 9 genannten Anordnungen und der Anordnungen, die von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten oder der Kommission zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäß dieser Verordnung erlassen werden, dazu verpflichtet **sind**.

Änderungsantrag 243

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

(6) Die **Online-Plattform stellt** den Nutzern die in Absatz 1 Buchstaben a, d, e und f genannten Informationen in klarer,

Geänderter Text

(6) Die **Online-Marktplätze stellen** den Nutzern die in Absatz 1 Buchstaben a, d, e und f genannten Informationen in klarer,

leicht zugänglicher und verständlicher Weise zur Verfügung.

leicht zugänglicher und verständlicher Weise zur Verfügung.

Änderungsantrag 244

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 7

Vorschlag der Kommission

(7) **Die Online-Plattform** konzipiert und organisiert **ihre** Online-Schnittstelle so, dass Unternehmer ihren Verpflichtungen in Bezug auf vorvertragliche Informationen und Produktsicherheitsinformationen gemäß dem geltendem Unionsrecht nachkommen können.

Geänderter Text

(7) **Der Online-Marktplatz** konzipiert und organisiert **seine** Online-Schnittstelle so, dass Unternehmer ihren Verpflichtungen in Bezug auf vorvertragliche Informationen und Produktsicherheitsinformationen gemäß dem geltendem Unionsrecht nachkommen können.

Änderungsantrag 245

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 22a

Pflicht zur Unterrichtung

(1) **Über die den Unternehmern zur Verfügung gestellte Online-Schnittstelle können mindestens die folgenden Informationen abgerufen werden:**

- a) **die in Artikel 22 Absatz 6 genannten Informationen,**
- b) **die Informationspflichten gemäß den Artikeln 6 und 8 der Richtlinie 2011/83/EU,**
- c) **die Informationen, die eine eindeutige Identifizierung des Produkts oder der Dienstleistung ermöglichen, sowie ggf. die CE-Kennzeichnung und die Warnhinweise, Informationen und Etiketten, die nach den geltenden Rechtsvorschriften zur Produktsicherheit**

und Produktkonformität zwingend vorgeschrieben sind.

Die Kommission erlässt einen Durchführungsrechtsakt, in dem die gemäß Unterabsatz 1 vorgeschriebenen Einzelinformationen aufgeführt werden. Dieser Durchführungsrechtsakt wird spätestens ... [ein Jahr nach Inkrafttreten dieser Verordnung] erlassen.

(2) Der Online-Marktplatz prüft die von den Unternehmern übermittelten Informationen auf Vollständigkeit in Bezug auf die in Artikel 22 Absatz 2 Buchstaben a und b angeführten Einzelinformationen, bevor das Produkt- oder Dienstleistungsangebot online bereitgestellt wird, und er erlaubt den Unternehmern nicht, Angebote bereitzustellen, solange diese Informationen unvollständig sind.

(3) Stellt der Online-Marktplatz fest, dass die Informationen eines Unternehmers für ein bereits online gestelltes Angebot nicht mehr relevant sind und vervollständigt werden müssen, setzt er das Angebot unverzüglich aus oder macht es unzugänglich und fordert den Unternehmer auf, diese Informationen schnellstmöglich zu vervollständigen.

Änderungsantrag 246

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 22b

Zusätzliche Pflichten von Online-Marktplätzen

(1) Erlangt ein Online-Marktplatz Kenntnis davon, dass ein Produkt oder eine Dienstleistung, das bzw. die von einem Unternehmer auf seiner Schnittstelle angeboten wird, illegal ist, so

verführt er wie folgt:

a) Er entfernt das rechtswidrige Produkt oder die rechtswidrige Dienstleistung unverzüglich von seiner Schnittstelle und setzt die Behörden davon in Kenntnis;

b) er unterhält eine interne Datenbank mit entfernten Inhalten und/oder Nutzern, für die die Dienste gemäß Artikel 20 ausgesetzt wurden, die von internen Systemen zur Moderation von Inhalten, mit denen gegen die festgestellten Risiken vorgegangen wird, verwendet wird;

c) verfügt der Online-Marktplatz über die Kontaktdaten der Nutzer seiner Dienste, informiert er die Nutzer der Dienste, die die betreffende Ware oder Dienstleistung in den vergangenen zwölf Monaten erworben haben, über die Rechtswidrigkeit, die Identität des Unternehmers und die Möglichkeiten zur Einlegung von Rechtsmitteln;

d) er stellt über Anwendungsprogrammierschnittstellen ein Archiv zusammen, das Informationen über illegale Produkte und Dienstleistungen enthält, die er in den vergangenen sechs Monaten von seiner Plattform entfernt hat, sowie Informationen über den betroffenen Unternehmer und Optionen für die Einlegung von Rechtsmitteln, und er macht dieses Archiv öffentlich zugänglich.

Änderungsantrag 247

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 22c

Pflichten in Bezug auf rechtswidrige

Angebote von Unternehmern

- (1) Die Online-Marktplätze treffen angemessene Maßnahmen, um zu verhindern, dass Unternehmer, die ihre Dienste nutzen, Angebote für Produkte oder Dienstleistungen verbreiten, die nicht mit dem Unionsrecht oder mit dem Recht eines Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet diese Angebote bereitgestellt werden, vereinbar sind.*
- (2) Erhält der Online-Marktplatz Hinweise, die die in Artikel 14 Absatz 2 Buchstaben a und b aufgeführten Elemente enthalten und aus denen hervorgeht, dass eine Einzelinformation gemäß Artikel 22a Absatz 1 unrichtig ist, so fordert dieser Online-Marktplatz den Unternehmer auf, die Richtigkeit dieser Einzelinformation nachzuweisen oder sie unverzüglich zu berichtigen. Weist der Unternehmer nicht nach, dass die Einzelinformation richtig ist oder dass die vorgenommene Berichtigung korrekt ist, so setzt der Online-Marktplatz das Angebot des Produkts bzw. der Dienstleistung aus, bis der Unternehmer der Aufforderung nachgekommen ist.*
- (3) Bevor das Angebot des Unternehmers auf dem Online-Marktplatz bereitgestellt wird, prüft der Online-Marktplatz die Informationen, die die eindeutige Identifizierung des Produkts ermöglichen, einschließlich der Informationen gemäß Artikel 22a Absatz 1 Buchstabe b, darauf, ob das Angebot, das der Unternehmer Verbrauchern in der Union unterbreiten möchte, in der Liste oder den Listen von Produkten oder Produktkategorien aufgeführt ist, die nach der Einordnung in einer frei zugänglichen amtlichen Online-Datenbank oder Online-Schnittstelle, die die Kommission im Wege eines Durchführungsrechtsakts, der spätestens ... [ein Jahr nach Inkrafttreten dieser Verordnung] erlassen wird, zur Grundlage macht, als nicht konform*

identifiziert wurden, und gestattet dem Unternehmer nicht, das Angebot bereitzustellen, wenn diese Überprüfung ergibt, dass das Produkt in dieser Liste oder diesen Listen aufgeführt ist.

Änderungsantrag 248

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 d (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 22d

Pflichten in Bezug auf nach dem geltenden Recht über die Produktsicherheit und -konformität rechtswidrige Angebote von Unternehmern

(1) Sobald eine Marktüberwachungsbehörde, eine Zollbehörde, der Rechteinhaber oder eine Verbraucherorganisation den Online-Marktplatz davon in Kenntnis setzt, dass ein Produkt- oder Dienstleistungsangebot nach dem geltenden Recht über die Produktsicherheit und -konformität rechtswidrig ist, entfernt der Online-Marktplatz das Angebot oder sperrt den Zugang dazu.

Der Online-Marktplatz unterrichtet den Unternehmer, der das rechtswidrige Angebot veröffentlicht hat, gemäß den Artikeln 15 und 17 über die nach Maßgabe dieses Absatzes getroffene Entscheidung.

Wenn die Rechtswidrigkeit eines Angebots im Zusammenhang mit einem Mangel des Produkts oder der Dienstleistung steht, der eine Gefahr für die Gesundheit oder die Sicherheit von Verbrauchern bergen kann, fordert der Online-Marktplatz im Zuge der Unterrichtung des Unternehmers über die Entscheidung, das Angebot zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren, diesen

Unternehmer auf, alle Informationen bereitzustellen, durch die er nachweisen kann, dass er geeignete Korrekturmaßnahmen gemäß Artikel 16 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2019/1020 ergriffen hat.

(2) Erhält der Online-Marktplatz innerhalb von 48 Stunden nach dem Datum der Aufforderung gemäß Absatz 1 dieses Artikels keine Antwort von dem Unternehmer, ergreift er unverzüglich die erforderlichen Korrekturmaßnahmen gemäß Artikel 16 Absatz 3 Buchstaben c, d und g der Verordnung (EU) 2019/1020.

(3) Der Online-Marktplatz unterrichtet die Marktüberwachungsbehörde oder die Zollbehörde unverzüglich über die vom Unternehmer oder von ihm selbst zur Anwendung der Absätze 1 und 2 ergriffenen Maßnahmen. Sobald eine Marktüberwachungsbehörde oder eine Zollbehörde den Unternehmer auffordert, alternative oder zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, und den Online-Marktplatz hierüber in Kenntnis setzt, fordert der Online-Marktplatz den Unternehmer auf, alle Informationen bereitzustellen, durch die der Nachweis erbracht wird, dass er der Aufforderung gebührend nachgekommen ist.

Erhält der Online-Marktplatz nicht innerhalb von 48 Stunden die Mitteilung, dass der Unternehmer der Aufforderung vollumfänglich nachgekommen ist, ergreift er unverzüglich direkt die von der Marktüberwachungsbehörde oder der Zollbehörde angeordneten alternativen Maßnahmen.

(4) Der Online-Marktplatz kann dem Unternehmer die Kosten der Maßnahmen, die er gemäß diesem Artikel ergriffen hat, in geeigneter Weise in Rechnung stellen. Er unterrichtet den Unternehmer unverzüglich über diese Maßnahme und über dessen Recht, diese Entscheidung gemäß den Artikeln 17 und 18 oder auf

gerichtlichem Wege anzufechten.

Der Online-Marktplatz verlangt von den Unternehmern, die seine Dienste nutzen, keine Vorauszahlungen für Kosten im Zusammenhang mit den Maßnahmen, die er gemäß diesem Artikel treffen kann, noch macht er den Zugang zu seinen Diensten von der Zustimmung zu derartigen Zahlungen abhängig.

Änderungsantrag 249

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 e (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 22e

Aussetzung des Zugangs von Unternehmern zu den Diensten des Online-Marktplatzes

- (1) Nach Maßgabe von Artikel 20 setzt der Online-Marktplatz unverzüglich die Erbringung seiner Dienste für Unternehmer aus, die wiederholt oder ständig rechtswidrige Produkt- oder Dienstleistungsangebote bereitstellen. Er unterrichtet den Unternehmer unverzüglich über seine Entscheidung.***
- (2) Ein Online-Marktplatz, der eine Entscheidung gemäß Absatz 1 trifft, muss seinen Verpflichtungen gemäß diesem Abschnitt weiterhin nachkommen, insbesondere im Hinblick auf Verbraucher, die mit den von der Aussetzung betroffenen Unternehmern Verträge geschlossen haben.***
- (3) Der Online-Marktplatz setzt die zuständige Behörde unverzüglich über die gemäß Absatz 1 getroffene Entscheidung in Kenntnis.***

Änderungsantrag 250

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 f (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 22f

Anspruch auf Entschädigung

Der Online-Marktplatz hat gegenüber dem Unternehmer, der seine Dienste in Anspruch genommen hat, Anspruch auf Entschädigung, wenn der Händler seinen Verpflichtungen gegenüber dem Online-Marktplatz oder den Verbrauchern nicht nachgekommen ist, es sei denn, der Online-Marktplatz hat dem Unternehmer bereits die Kosten für die Maßnahmen in Rechnung gestellt, die er deswegen ergreifen musste.

Der Verbraucher hat gegenüber dem Online-Marktplatz Anspruch auf Entschädigung, wenn der Online-Marktplatz den Verpflichtungen gemäß diesem Abschnitt nicht nachkommt.

Änderungsantrag 251

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 23 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

a) Anzahl der Streitigkeiten, die den in Artikel 18 genannten außergerichtlichen Streitbeilegungsstellen vorgelegt wurden, Ergebnisse der Streitbeilegung und durchschnittliche Dauer bis zum Abschluss der Streitbeilegungsverfahren;

a) Anzahl der Streitigkeiten, die den in Artikel 18 genannten **zertifizierten**, außergerichtlichen Streitbeilegungsstellen vorgelegt wurden, Ergebnisse der Streitbeilegung und durchschnittliche Dauer bis zum Abschluss der Streitbeilegungsverfahren;

Änderungsantrag 252

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 23 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Anzahl der Aussetzungen nach Artikel 20, wobei zwischen Aussetzungen wegen ***offensichtlich*** illegaler Inhalte, wegen Übermittlung ***offensichtlich*** unbegründeter Meldungen und wegen Einreichung ***offensichtlich*** unbegründeter Beschwerden zu unterscheiden ist;

Geänderter Text

b) Anzahl der Aussetzungen nach Artikel 20, wobei zwischen Aussetzungen wegen illegaler Inhalte, wegen Übermittlung unbegründeter Meldungen und wegen Einreichung unbegründeter Beschwerden zu unterscheiden ist;

Änderungsantrag 253

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 23 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) Anzahl der Werbeanzeigen, die von der Online-Plattform entfernt, gekennzeichnet oder gesperrt wurden, und Begründung der diesbezüglichen Entscheidungen.

Änderungsantrag 254

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 23 – Absatz 4**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) Die Kommission ***kann*** Durchführungsrechtsakte ***erlassen***, in denen sie Muster für Form, Inhalt und sonstige Einzelheiten der Berichte nach Absatz 1 festlegt.

(4) Die Kommission ***erlässt*** Durchführungsrechtsakte, in denen sie Muster für Form, Inhalt und sonstige Einzelheiten der Berichte nach Absatz 1 festlegt.

Änderungsantrag 255

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 23 – Absatz 4 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Werden die in Absatz 1 genannten jährlichen Transparenzberichte der Öffentlichkeit zugänglich gemacht,

enthalten sie keine Informationen, die laufende Tätigkeiten zur Verhinderung, Aufdeckung oder Entfernung illegaler Inhalte oder von Inhalten, die den allgemeinen Geschäftsbedingungen eines Anbieters von Hosting-Diensten zuwiderlaufen, beeinträchtigen könnten.

Änderungsantrag 256

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Transparenz der Online-Werbung

Geänderter Text

Transparenz **und Kontrolle** der Online-Werbung

Änderungsantrag 257

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, gewährleisten, dass die Nutzer für jede einzelne Werbung, die jedem einzelnen Nutzer angezeigt wird, in klarer und eindeutiger Weise und in Echtzeit Folgendes sehen können:

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen, die ***direkt und indirekt*** Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, gewährleisten, dass die Nutzer für jede einzelne Werbung, die jedem einzelnen Nutzer angezeigt wird, in klarer und eindeutiger Weise und in Echtzeit Folgendes sehen können:

Änderungsantrag 258

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) dass es sich bei den angezeigten Informationen um **Werbung** handelt,

Geänderter Text

a) dass es sich bei den **auf der Schnittstelle oder Teilen davon** angezeigten Informationen **oder Teilen davon** um **Online-Werbung** handelt,

Änderungsantrag 259

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) aussagekräftige Informationen über die wichtigsten Parameter zur Bestimmung der Nutzer, denen die Werbung angezeigt wird.

Geänderter Text

c) **klare**, aussagekräftige **und einheitliche** Informationen über die Parameter zur Bestimmung der Nutzer, denen die Werbung angezeigt wird.

Änderungsantrag 260

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Die Online-Plattform gestaltet und organisiert ihre Online-Schnittstelle so, dass die Nutzer ihre Rechte bezüglich der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten für jede einzelne Werbung, die der betroffenen Person auf der Plattform angezeigt wird, nach geltendem Unionsrecht leicht und effizient ausüben können.

Änderungsantrag 261

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1b) Online-Plattformen, die auf ihrer Online-Schnittstelle Werbung anzeigen, stellen sicher, dass die Werbetreibenden

a) Informationen darüber anfordern und einholen können, wo ihre Werbung angezeigt wird,

b) Informationen über den Vermittler anfordern und einholen können, von dem ihre Daten bearbeitet wurden,

c) angeben können, an welcher konkreten Stelle ihre Werbung nicht geschaltet werden darf. Bei Nichteinhaltung dieser Bestimmung haben Werbetreibende das Recht auf gerichtlichen Rechtsbehelf.

Änderungsantrag 262

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1c) Werbung, die sich an Einzelpersonen oder Segmente von Einzelpersonen unter 18 Jahren aufgrund ihrer personenbezogenen Daten, ihres Verhaltens, der Nachverfolgung ihrer Aktivitäten oder des Profilings im Sinne von Artikel 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/679 richtet, ist nicht zulässig.

Änderungsantrag 263

Vorschlag für eine Verordnung Kapitel III – Abschnitt 4 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Zusätzliche Pflichten sehr großer Online-Plattformen in Bezug auf das Management systemischer Risiken

Zusätzliche Pflichten sehr großer Online-Plattformen, ***Live-Streaming-Plattformen, Sofortnachrichtendienste, die für andere als private oder nichtkommerzielle Zwecke genutzt werden, und Suchmaschinen*** in Bezug auf das Management systemischer Risiken

Änderungsantrag 264

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 25 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Sehr große Online-Plattformen

Geänderter Text

Sehr große Online-Plattformen, ***Live-Streaming-Plattformen, Sofortnachrichtendienste, die für andere als private oder nichtkommerzielle Zwecke genutzt werden, und Suchmaschinen***

Änderungsantrag 265

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 25 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

(1) Dieser Abschnitt gilt für ***Online-Plattformen***, die ihre Dienste für aktive Nutzer in der Union erbringen, deren durchschnittliche monatliche Zahl sich auf mindestens 45 Mio. Personen beläuft, berechnet nach der Methode, die in den in Absatz 3 genannten delegierten Rechtsakten festgelegt wird.

Geänderter Text

(1) Dieser Abschnitt gilt für ***Online-Plattform-Dienste, Live-Streaming-Plattform-Dienste, Sofortnachrichtendienste, die für andere als private oder nichtkommerzielle Zwecke genutzt werden, und Suchmaschinen-Dienste***, die ihre Dienste für aktive Nutzer in der Union erbringen, deren durchschnittliche monatliche Zahl sich auf mindestens 45 Mio. Personen beläuft, berechnet nach der Methode, die in den in Absatz 3 genannten delegierten Rechtsakten festgelegt wird.

Änderungsantrag 266

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 1 – Einleitung**

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große ***Online-Plattformen*** ermitteln, analysieren und bewerten ab dem in Artikel 25 Absatz 4 Unterabsatz 2 genannten Anwendungsbeginn und danach mindestens einmal jährlich ***alle*** erheblichen systemischen Risiken, die sich aus dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste in der Union ergeben. Diese Risikobewertung erfolgt spezifisch für ihre Dienste und

Geänderter Text

(1) Sehr große ***Online-Plattform-Dienste, Live-Streaming-Plattform-Dienste, Sofortnachrichtendienste, die für andere als private oder nichtkommerzielle Zwecke genutzt werden, und Suchmaschinen-Dienste*** ermitteln, analysieren und bewerten ab dem in Artikel 25 Absatz 4 Unterabsatz 2 genannten Anwendungsbeginn ***fortlaufend***

umfasst die folgenden systemischen Risiken:

und danach mindestens einmal jährlich **die Wahrscheinlichkeit und Schwere aller** erheblichen systemischen Risiken, **einschließlich der Wahrscheinlichkeit und Schwere**, die sich aus dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste **und Tätigkeiten** in der Union ergeben. Diese Risikobewertung erfolgt spezifisch für ihre Dienste und umfasst die folgenden systemischen Risiken:

Änderungsantrag 267

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) **Verbreitung** illegaler Inhalte über ihre Dienste;

Geänderter Text

a) **im Fall von Online-Marktplätzen Verbreitung und Verstärkung** illegaler Inhalte über ihre Dienste, **einschließlich unsicherer und nicht konformer Produkte und Dienstleistungen**;

Änderungsantrag 268

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) etwaige nachteilige Auswirkungen auf die Ausübung der Grundrechte auf Achtung des Privat- und Familienlebens, auf die Meinungs- und Informationsfreiheit, auf das Diskriminierungsverbot und auf die Rechte des Kindes, die in den Artikeln 7, 11, 21 und 24 der Charta verankert sind;

Geänderter Text

b) etwaige **durch eine illegale Aktivität verursachte** nachteilige Auswirkungen auf die Ausübung **der in der Charta aufgeführten Grundrechte, insbesondere** der Grundrechte auf Achtung des Privat- und Familienlebens, auf **Menschenwürde, auf die Meinungs- und Informationsfreiheit, auf die Freiheit und Pluralität der Medien**, auf das Diskriminierungsverbot und auf die Rechte des Kindes, die in den Artikeln 7, 11, 21 und 24 der Charta verankert sind;

Änderungsantrag 269

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) vorsätzliche Manipulationen ihres Dienstes, **auch** durch unauthentische Nutzung oder automatisierte Ausnutzung des Dienstes, mit tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen Auswirkungen auf den Schutz der öffentlichen Gesundheit, auf Minderjährige und auf die gesellschaftliche Debatte oder tatsächlichen oder vorhersehbaren Auswirkungen auf Wahlprozesse und die öffentliche Sicherheit.

Geänderter Text

c) vorsätzliche Manipulationen ihres Dienstes durch unauthentische Nutzung, **wie im Fall von Deepfakes**, oder automatisierte Ausnutzung des Dienstes, mit tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen **oder rechtswidrigen** Auswirkungen auf den Schutz der öffentlichen Gesundheit, auf Minderjährige, **auf demokratische Werte, auf die Medienfreiheit und die Meinungsfreiheit von Journalisten sowie auf deren Möglichkeiten zur Faktenprüfung** und auf die gesellschaftliche Debatte oder tatsächlichen oder vorhersehbaren Auswirkungen auf Wahlprozesse und die öffentliche Sicherheit.

Änderungsantrag 270

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Bei der Durchführung der Risikobewertung berücksichtigen sehr große Online-Plattformen insbesondere, wie ihre Systeme zur Moderation von Inhalten, ihre Empfehlungssysteme und ihre Systeme zur Auswahl und Anzeige von Werbung die in Absatz 1 genannten systemischen Risiken beeinflussen, sowie die Möglichkeit der raschen und weiten Verbreitung von illegalen Inhalten **und von Informationen, die mit ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen unvereinbar sind**.

Geänderter Text

(2) Bei der Durchführung der Risikobewertung berücksichtigen sehr große Online-Plattformen insbesondere **auch**, wie ihre Systeme zur Moderation von Inhalten, ihre Empfehlungssysteme und ihre Systeme zur Auswahl und Anzeige von Werbung die in Absatz 1 genannten systemischen Risiken beeinflussen, sowie die Möglichkeit der raschen und weiten Verbreitung von illegalen Inhalten.

Änderungsantrag 271

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 2 a (neu)

(2a) Das Ergebnis der Risikobewertung und die dazugehörigen Unterlagen werden dem Gremium der Koordinatoren für digitale Dienste und dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort übermittelt.

Änderungsantrag 272

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Einleitung

(1) Sehr große **Online-Plattformen** ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame **Risikominderungsmaßnahmen, die auf die** gemäß Artikel 26 ermittelten **besonderen** systemischen Risiken **zugeschnitten sind**. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

(1) Sehr große **Online-Plattform-Dienste, Live-Streaming-Plattform-Dienste, Sofortnachrichtendienste, die für andere als private oder nichtkommerzielle Zwecke genutzt werden, und Suchmaschinen-Dienste** ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame **Maßnahmen zur Minderung der Wahrscheinlichkeit und Schwere aller** gemäß Artikel 26 ermittelten **erheblichen** systemischen Risiken, **einschließlich der Wahrscheinlichkeit und Schwere, die sich aus dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste ergeben**. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Änderungsantrag 273

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe a

a) Anpassung der Systeme zur Moderation von Inhalten oder der Empfehlungssysteme, ihrer Entscheidungsprozesse, der Merkmale oder der Funktionsweise ihrer Dienste oder ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen;

a) Anpassung der Systeme zur Moderation von Inhalten oder der Empfehlungssysteme, ihrer Entscheidungsprozesse, der **Gestaltung, der** Merkmale oder der Funktionsweise ihrer Dienste oder ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen;

Änderungsantrag 274

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) Beginn oder Anpassung der Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern gemäß Artikel 19;

Geänderter Text

d) Beginn oder Anpassung der Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern gemäß Artikel 14a;

Änderungsantrag 275

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe d a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

da) im Fall von sehr großen Online-Marktplätzen Berücksichtigung der Informationen über Wiederholungstäter gemäß Artikel 20 Absatz 1a beim Beginn eines Vertragsverhältnisses mit einem Unternehmer;

Änderungsantrag 276

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

e) Beginn oder Anpassung der Zusammenarbeit mit anderen Online-Plattformen anhand der in Artikel 35 und Artikel 37 genannten Verhaltenskodizes bzw. Krisenprotokolle.

entfällt

Änderungsantrag 277

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 a (neu)

(1a) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene Maßnahmen, um gefälschte Videos („Deep Fakes“) zu erkennen. Wenn sie gefälschte Videos erkennen, müssen sie sie in einer Weise als gefälscht kennzeichnen, die für die Internetnutzer deutlich erkennbar ist.

Änderungsantrag 278

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 b (neu)

(1b) Wenn eine sehr große Online-Plattform entscheidet, keine der Risikominderungsmaßnahmen gemäß Artikel 27 Absatz 1 zu ergreifen, gibt sie eine schriftliche Erläuterung zur Darlegung der Gründe hierfür ab, die sie dem Gremium für die Abgabe spezifischer Empfehlungen und den unabhängigen Prüfern für die Zwecke des Prüfberichts vorlegt.

Nach der schriftlichen Erläuterung der Gründe der sehr großen Online-Plattformen dafür, keine Risikominderungsmaßnahmen zu ergreifen, gibt das Gremium nötigenfalls spezifische Empfehlungen in Bezug auf die Risikominderungsmaßnahmen ab, die sehr große Online-Plattformen anstelle der in Artikel 27 Absatz 1 aufgeführten Maßnahmen durchführen. Sehr große Online-Plattformen führen innerhalb eines Monats nach Eingang dieser Empfehlungen die empfohlenen Maßnahmen durch.

Wenn es eine sehr große Online-Plattform systematisch unterlässt, wirksame Risikominderungsmaßnahmen zu ergreifen, und sich wiederholt über die Empfehlungen hinwegsetzt, kann das Gremium der Kommission und den

Koordinatoren für digitale Dienste empfehlen, Sanktionen nach Kapitel IV zu verhängen.

Änderungsantrag 279

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Ermittlung und Bewertung ***der auffälligsten wiederkehrenden*** systemischen Risiken, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

Geänderter Text

a) Ermittlung und Bewertung ***aller*** systemischen Risiken, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

Änderungsantrag 280

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Die Kommission ***kann*** in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste allgemeine Leitlinien für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere Risiken ***herausgeben***, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu empfehlen, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. ***Im Hinblick auf die Ausarbeitung dieser Leitlinien führt die Kommission öffentliche Konsultationen durch.***

Geänderter Text

(3) Die Kommission ***gibt*** in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste ***und im Anschluss an öffentliche Konsultationen*** allgemeine Leitlinien für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere Risiken ***heraus***, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu empfehlen, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt.

Änderungsantrag 281

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 a (neu)

Artikel 27a

***Minderung von Risiken für die
Meinungsfreiheit und die Freiheit und
den Pluralismus der Medien***

(1) Sehr große Online-Plattformen stellen sicher, dass die Ausübung der Grundrechte auf die Meinungsfreiheit und auf die Freiheit und den Pluralismus der Medien stets angemessen und wirksam geschützt ist.

(2) Ermöglichen sehr große Online-Plattformen die Verbreitung von Presseveröffentlichungen im Sinne von Artikel 2 Absatz 4 der Richtlinie (EU) 2019/790, von audiovisuellen Mediendiensten im Sinne von Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie 2010/13/EU („AVMD-Richtlinie“) oder von anderen redaktionellen Medien, die im Einklang mit dem geltenden Unionsrecht und dem nationalen Recht unter der redaktionellen Verantwortung und Kontrolle eines Presseverlages, eines Anbieters audiovisueller Medien oder eines sonstigen Mediendiensteanbieters veröffentlicht werden, die nach dem Recht eines Mitgliedstaats haftbar gemacht werden können, ist es den Plattformen untersagt, diese Inhalte oder Dienste zu entfernen, den Zugang zu ihnen zu sperren oder anderweitig zu beeinträchtigen oder die Konten der Diensteanbieter aufgrund der angeblichen Unvereinbarkeit dieser Inhalte mit ihren Geschäftsbedingungen sowie aufgrund von Selbstregulierungs- und Koregulierungsstandards oder -maßnahmen, einschließlich Verhaltenskodizes gemäß Artikel 35 dieser Verordnung, zu sperren oder zu kündigen. Gleiches gilt für Bücher und Filme oder sonstige Meinungsäußerungen oder Tatsachenbehauptungen zum Zwecke der Ausübung des Rechts auf Freiheit der

Meinungsäußerung, das in Artikel 11 der Charta verankert ist.

(3) Sehr große Online-Plattformen stellen sicher, dass ihre Moderation von Inhalten, ihre Entscheidungsprozesse, die Merkmale oder die Funktionsweise ihrer Dienste, ihre Geschäftsbedingungen und Empfehlungssysteme objektiv, fair und diskriminierungsfrei sind.

Änderungsantrag 282

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 28 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten einer Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung folgender Pflichten und Verpflichtungszusagen bewertet wird:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten einer **unabhängigen** Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung folgender Pflichten und Verpflichtungszusagen bewertet wird:

Änderungsantrag 283

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 28 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die in Kapitel III festgelegten Pflichten,

Geänderter Text

a) die in Kapitel III festgelegten Pflichten, **insbesondere die Qualität der Ermittlung, Analyse und Bewertung der in Artikel 26 genannten Risiken sowie die Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit der Risikominderungsmaßnahmen gemäß Artikel 27,**

Änderungsantrag 284

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 29 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Die in Absatz 1 genannten wichtigsten Parameter enthalten mindestens die folgenden Elemente:

- a) die wichtigsten Empfehlungskriterien,**
- b) die Priorisierung dieser Kriterien,**
- c) das Optimierungsziel des jeweiligen Empfehlungssystems und**
- d) den etwaigen Stellenwert des Nutzerverhaltens bei der Bestimmung der Ergebnisse des Empfehlungssystems.**

Änderungsantrag 285

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 29 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Stehen mehrere Optionen nach Absatz 1 zur Verfügung, so stellen sehr große Online-Plattformen auf ihrer Online-Schnittstelle eine leicht zugängliche Funktion bereit, die es dem Nutzer ermöglicht, jederzeit für jedes Empfehlungssystem, das die relative Reihenfolge der ihm angezeigten Informationen bestimmt, seine bevorzugte Option auszuwählen und zu ändern.

entfällt

Änderungsantrag 286

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 29 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die Parameter der Empfehlungssysteme sind stets fair und diskriminierungsfrei.

Änderungsantrag 287

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 29 – Absatz 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2b) Online-Plattformen stellen sicher, dass ihre Online-Schnittstelle so gestaltet ist, dass keine Gefahr besteht, dass die Nutzer in die Irre geführt oder manipuliert werden.

Änderungsantrag 288

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Zusätzliche Transparenz der Online-Werbung

Zusätzliche Transparenz **und zusätzlicher Schutz** der Online-Werbung

Änderungsantrag 289

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, stellen die in Absatz 2 genannten Angaben in einem Archiv zusammen und machen diese über Anwendungsprogrammierschnittstellen **ein Jahr** lang nach der letzten Anzeige der Werbung auf ihren Online-Schnittstellen **öffentlich** zugänglich. Sie stellen sicher, dass das Archiv keine personenbezogenen Daten der Nutzer enthält, denen die Werbung angezeigt wurde oder hätte angezeigt werden können.

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, stellen die in Absatz 2 genannten Angaben in einem **leicht zugänglichen und durchsuchbaren** Archiv zusammen und machen diese über Anwendungsprogrammierschnittstellen **sechs Monate** lang nach der letzten Anzeige der Werbung auf ihren Online-Schnittstellen **den zuständigen Behörden und zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Artikel 31 Absatz 4 erfüllen**, zugänglich. Sie stellen sicher, dass das Archiv keine personenbezogenen Daten der Nutzer enthält, denen die Werbung angezeigt wurde oder hätte angezeigt werden können.

Änderungsantrag 290

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) die natürliche oder juristische Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird,

Geänderter Text

b) die natürliche oder juristische Person, in deren Namen die Werbung angezeigt **oder finanziert** wird,

Änderungsantrag 291

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) *ob die Werbung gezielt einer oder mehreren bestimmten Gruppen von Nutzern angezeigt werden sollte, und falls ja, welche Hauptparameter zu diesem Zweck verwendet wurden,*

Geänderter Text

entfällt

Änderungsantrag 292

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

e) *die Gesamtzahl der erreichten Nutzer und gegebenenfalls aggregierte Zahlen für die Gruppe oder Gruppen von Nutzern, an die die Werbung gezielt gerichtet war.*

Geänderter Text

entfällt

Änderungsantrag 293

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Sehr große Online-Plattformen, die Flächen zur Anzeige von Werbung auf ihrer Online-Schnittstelle verkaufen, garantieren den Käufern von

*Werbeflächen über
Standardvertragsklauseln, dass der mit
der Werbung verbundene Inhalt mit den
Geschäftsbedingungen der Plattform oder
mit dem Recht des Wohnsitzmitgliedstaats
der Nutzer, denen die Werbung angezeigt
wird, vereinbar ist.*

Änderungsantrag 294

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 30 – Absatz 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2b) Sehr großen Online-Plattformen ist das Profiling von Minderjährigen und die gezielte personalisierte Werbung bei Minderjährigen im Einklang mit den in Artikel 34 und der Verordnung (EU) 2016/679 festgelegten Branchennormen untersagt.

Änderungsantrag 295

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 30 – Absatz 2 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2c) Die sehr große Online-Plattform gestaltet und organisiert ihre Online-Schnittstelle so, dass die Nutzer ihre Rechte bezüglich der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten für jede einzelne Werbung, die der betroffenen Person auf der Plattform angezeigt wird, nach geltendem Unionsrecht leicht und effizient ausüben können, insbesondere

a) das Recht auf Widerruf der Einwilligung oder Widerspruch gegen die Verarbeitung,

b) das Recht auf Auskunft über die personenbezogenen Daten der betroffenen Person,

- c) *das Recht auf Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten der betroffenen Person,*
- d) *das Recht auf unverzügliche Löschung personenbezogener Daten.*
- e) *Wenn ein Nutzer eines dieser Rechte geltend macht, muss die Online-Plattform gemäß Artikel 19 der Verordnung (EU) 2016/679 alle Parteien, denen die unter den Buchstaben a bis d dieses Absatzes aufgeführten personenbezogenen Daten offengelegt wurden, davon in Kenntnis setzen.*

Änderungsantrag 296

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen gewähren dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission auf deren begründetes Verlangen innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist Zugang zu den Daten, die für die Überwachung und Bewertung der Einhaltung dieser Verordnung erforderlich sind. Dieser Koordinator für digitale Dienste und die Kommission verwenden diese Daten ausschließlich für diese Zwecke.

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen gewähren dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission auf deren begründetes Verlangen innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist ***und binnen höchstens 72 Stunden Informationen über sowie vollständigen und ununterbrochenen*** Zugang zu den Daten, die für die ***ordnungsgemäße*** Überwachung und Bewertung der Einhaltung dieser Verordnung erforderlich sind. Dieser Koordinator für digitale Dienste und die Kommission verwenden diese Daten ausschließlich für diese Zwecke. ***In Bezug auf Systeme zur Moderation von Inhalten und Empfehlungssysteme gewähren sehr große Online-Plattformen dem Koordinator für digitale Dienste oder der Kommission auf Verlangen Zugang zu Algorithmen und den zugehörigen Daten, die die Erkennung möglicher Verzerrungen ermöglichen, die dazu führen könnten, dass illegale Inhalte oder Inhalte verbreitet werden, die im Widerspruch zu ihren allgemeinen***

Geschäftsbedingungen stehen oder eine Bedrohung für die Grundrechte, etwa die Freiheit der Meinungsäußerung, darstellen. Wird eine Verzerrung erkannt, so sollten sehr große Online-Plattformen diese Verzerrung gemäß den Empfehlungen des Koordinators für digitale Dienste oder der Kommission sofort korrigieren. Sehr große Online-Plattformen sollten bei jedem Schritt des Verfahrens gemäß diesem Artikel nachweisen können, dass sie die Rechtsvorschriften einhalten.

Änderungsantrag 297

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung **und** zum Verständnis systemischer Risiken gemäß **Artikel 26 Absatz 1** beitragen.

Geänderter Text

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung, zum Verständnis **und zur Minderung** systemischer Risiken gemäß **den Artikeln 26 und 27** beitragen.

Änderungsantrag 298

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Den Zugang zu Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 gewähren sehr große Online-Plattformen über Online-Datenbanken oder über

Geänderter Text

(3) Den Zugang zu Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 gewähren sehr große Online-Plattformen **während eines begrenzten Zeitraums** über Online-Datenbanken oder über

Anwendungsprogrammierschnittstellen.

Anwendungsprogrammierschnittstellen **in einem leicht zugänglichen und nutzerfreundlichen Format. Für personenbezogene Daten gilt dies nur dann, wenn sie der Öffentlichkeit rechtmäßig zugänglich sind, und unbeschadet der Verordnung (EU) 2016/679.**

Änderungsantrag 299

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Um zugelassen zu werden, müssen die Forscher mit akademischen Einrichtungen verbunden sein, unabhängig von gewerblichen Interessen sein, nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

Geänderter Text

(4) Um zugelassen zu werden, müssen die **wissenschaftlichen** Forscher mit akademischen Einrichtungen verbunden sein, unabhängig von gewerblichen Interessen **der sehr großen Online-Plattform, von der sie Daten erlangen wollen, oder deren Wettbewerber** sein, **ihre Forschungsfinanzierungsquellen offenlegen**, nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

Änderungsantrag 300

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 zur Verfügung stellen

Geänderter Text

(5) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums **und spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieser Verordnung** delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen

müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe an zugelassene Forscher im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen der sehr großen Online-Plattformen und der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von vertraulichen Informationen, insbesondere von Geschäftsgeheimnissen, und der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Dienstes.

Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 zur Verfügung stellen müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe an zugelassene Forscher im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen der sehr großen Online-Plattformen und der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von vertraulichen Informationen, insbesondere von Geschäftsgeheimnissen, und der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Dienstes.

Änderungsantrag 301

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

(6) Innerhalb von 15 Tagen nach Eingang eines Verlangens gemäß den Absätzen 1 und 2 kann eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort bzw. die Kommission ersuchen, das Verlangen zu ändern, wenn sie sich aus **einem der beiden** folgenden **Gründe** außerstande sieht, Zugang zu den angeforderten Daten zu gewähren:

a) **sie** hat keinen Zugriff auf die Daten;

b) die Gewährung des Zugangs zu den Daten **wird** zu erheblichen Schwachstellen **bei der** Sicherheit ihres Dienstes oder beim Schutz vertraulicher Informationen, insbesondere von Geschäftsgeheimnissen, **führen**.

Geänderter Text

(6) Innerhalb von 15 Tagen nach Eingang eines Verlangens gemäß den Absätzen 1 und 2 kann eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort bzw. die Kommission ersuchen, das Verlangen zu ändern, wenn sie sich aus **den** folgenden **Gründen** außerstande sieht, Zugang zu den angeforderten Daten zu gewähren:

a) **eine sehr große Online-Plattform** hat **im Fall eines Verlangens nach Absatz 1** keinen Zugriff auf die Daten **und kann sie nicht mit vertretbarem Aufwand erhalten**,

b) **eine sehr große Online-Plattform** hat **im Fall eines Verlangens nach Absatz 2** keinen Zugriff auf die Daten, **oder** die Gewährung des Zugangs zu den Daten **führt** zu erheblichen Schwachstellen **für die** Sicherheit ihres Dienstes oder beim Schutz vertraulicher Informationen,

insbesondere von Geschäftsgeheimnissen.

Änderungsantrag 302

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 7

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(7) Änderungsanträge nach Absatz 6 Buchstabe b müssen Vorschläge für ein oder mehrere Alternativen enthalten, wie der Zugang zu den angeforderten Daten oder zu anderen Daten gewährt werden kann, die für die Zwecke des Verlangens angemessen und ausreichend sind.

entfällt

Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission entscheidet innerhalb von 15 Tagen über den Änderungsantrag und teilt der sehr großen Online-Plattform den betreffenden Beschluss sowie gegebenenfalls das geänderte Verlangen mit der neuen Frist für dessen Erfüllung mit.

Änderungsantrag 303

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 7 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(7) Nach Abschluss der in Artikel 31 Absatz 2 vorgesehenen Forschungsarbeiten machen die zugelassenen Forscher ihre Forschungsarbeiten unter Berücksichtigung der Rechte und Interessen der betroffenen Nutzer im Einklang mit der Verordnung (EU) 2019/679 öffentlich zugänglich.

Änderungsantrag 304

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 31 – Absatz 8 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(8) Die Koordinatoren für digitale Dienste und die Kommission übermitteln einmal jährlich folgende Informationen:

- a) die Zahl der an sie gerichteten Verlangen gemäß den Absätzen 1 und 2,**
- b) die Zahl der vom Koordinator für digitale Dienste oder von der Kommission abgelehnten Verlangen und die Gründe für ihre Ablehnung,**
- c) die Zahl der vom Koordinator für digitale Dienste oder von der Kommission abgelehnten Verlangen und die Gründe für ihre Ablehnung, nachdem eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste oder die Kommission aufgefordert hat, ein in den Absätzen 1 und 2 genanntes Verlangen zu ändern.**

Änderungsantrag 305

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 32 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5) Sehr große Online-Plattformen teilen dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und der Kommission die Namen und die Kontaktangaben der Compliance-Beauftragten mit.

(5) Sehr große Online-Plattformen veröffentlichen den Namen und die Kontaktangaben des Compliance-Beauftragten.

Änderungsantrag 306

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 33 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die Berichte enthalten Angaben zur Moderation von Inhalten und werden in den Amtssprachen der Mitgliedstaaten

der Union veröffentlicht.

Änderungsantrag 307

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe f

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**f) Datenübermittlung zwischen
Werbevermittlern im Rahmen der
Transparenzpflichten nach Artikel 24
Buchstaben b und c.**

entfällt

Änderungsantrag 308

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 34 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**(2a) Wird keine Einigung auf
freiwillige Branchennormen erzielt, so
steht dies der Anwendbarkeit oder
Umsetzung der in dieser Verordnung
vorgesehenen Maßnahmen nicht
entgegen.**

Änderungsantrag 309

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Die Kommission und das Gremium **fördern und erleichtern** die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb

(1) Die Kommission und das Gremium **haben das Recht**, die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene **zu verlangen und zu fördern**, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte **entsprechend der Definition im Unionsrecht und im**

und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

einzelstaatlichen Recht und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

Änderungsantrag 310

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Treten erhebliche systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, kann die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und **gegebenenfalls** andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und andere **Beteiligte** auffordern, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Geänderter Text

(2) Treten erhebliche systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 **in Bezug auf die Verbreitung illegaler Inhalte** auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, **so** kann die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und **erforderlichenfalls** andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und andere **einschlägige Interessenträger** auffordern, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Änderungsantrag 311

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Bei der Umsetzung der Absätze 1 und 2 **setzen sich** die Kommission und das Gremium **dafür ein**, dass in den Verhaltenskodizes die damit verfolgten

Geänderter Text

(3) Bei der Umsetzung der Absätze 1 und 2 **stellen** die Kommission und das Gremium **sicher**, dass in den Verhaltenskodizes die damit verfolgten

Ziele klar dargelegt werden und wesentliche Leistungsindikatoren enthalten sind, um die Verwirklichung dieser Ziele zu messen, und dass **die** Kodizes den Bedürfnissen und Interessen aller **Beteiligten**, einschließlich der Bürger, auf Unionsebene gebührend Rechnung **tragen**. Darüber hinaus **bemühen sich** die Kommission und das Gremium, dass die Beteiligten der Kommission und ihren jeweiligen Koordinatoren für digitale Dienste **am Niederlassungsort** regelmäßig über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse Bericht erstatten, gemessen anhand der wesentlichen Leistungsindikatoren in den Kodizes.

Ziele **in Bezug auf die Verbreitung illegaler Inhalte** klar dargelegt werden und **mehrere harmonisierte** wesentliche Leistungsindikatoren enthalten sind, um die Verwirklichung dieser Ziele zu messen, und dass **mit den** Kodizes den Bedürfnissen und Interessen aller **einschlägiger Interessenträger**, einschließlich der Bürger, auf Unionsebene gebührend Rechnung **getragen wird**. Darüber hinaus **stellen** die Kommission und das Gremium **sicher**, dass die Beteiligten der Kommission und ihren jeweiligen Koordinatoren für digitale Dienste regelmäßig über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse Bericht erstatten, gemessen anhand der wesentlichen Leistungsindikatoren in den Kodizes, **um die wirksame plattformübergreifende Überwachung zu erleichtern**.

Änderungsantrag 312

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die Kommission und das Gremium bewerten, ob die Verhaltenskodizes den in den Absätzen 1 und 3 genannten Zielen entsprechen, **und** überwachen und bewerten regelmäßig die Erreichung der damit verfolgten Ziele. **Sie** veröffentlichen ihre Schlussfolgerungen.

Geänderter Text

(4) Die Kommission und das Gremium bewerten, ob die Verhaltenskodizes den in den Absätzen 1 und 3 genannten Zielen entsprechen, überwachen und bewerten regelmäßig die Erreichung der damit verfolgten Ziele **und** veröffentlichen ihre Schlussfolgerungen. **Darüber hinaus stellen sie sicher, dass es einen gemeinsamen Warnmechanismus gibt, der auf Unionsebene verwaltet wird, um in Echtzeit koordinierte Reaktionen zu ermöglichen.**

Änderungsantrag 313

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Das Gremium überwacht und bewertet regelmäßig, inwieweit die Ziele der Verhaltenskodizes erreicht wurden, und berücksichtigt dabei gegebenenfalls die gegebenenfalls darin enthaltenen wesentlichen Leistungsindikatoren.

Geänderter Text

(5) Das Gremium überwacht und bewertet regelmäßig, inwieweit die Ziele der Verhaltenskodizes erreicht wurden, und berücksichtigt dabei gegebenenfalls die gegebenenfalls darin enthaltenen wesentlichen Leistungsindikatoren. ***Bei systematischen und wiederholten Verstößen gegen die Verhaltenskodizes beschließt das Gremium als letztes Mittel, Plattformen, die ihren Verpflichtungen als Unterzeichner der Verhaltenskodizes nicht nachkommen, nach vorheriger Warnung vorübergehend zu suspendieren oder endgültig auszuschließen.***

Änderungsantrag 314

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 36 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission fördert und erleichtert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene zwischen Online-Plattformen und anderen einschlägigen Diensteanbietern, einschließlich Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung, oder Organisationen, die Nutzer vertreten, und Organisationen der Zivilgesellschaft oder einschlägigen Behörden, um über die Anforderungen ***der Artikel 24 und 30*** hinaus zu mehr Transparenz bei Online-Werbung beizutragen.

Geänderter Text

(1) Die Kommission fördert und erleichtert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene zwischen Online-Plattformen und anderen einschlägigen Diensteanbietern, einschließlich Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung, oder Organisationen, die Nutzer vertreten, und Organisationen der Zivilgesellschaft oder einschlägigen Behörden, um über die Anforderungen ***des Artikels 30 der vorliegenden Verordnung und des Artikels 6 der Richtlinie 2000/31/EG*** hinaus zu mehr Transparenz bei Online-Werbung beizutragen.

Änderungsantrag 315

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 36 – Absatz 2**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Die Kommission setzt sich dafür ein, dass mit den Verhaltenskodizes eine wirksame Informationsübermittlung unter uneingeschränkter Achtung der Rechte und Interessen aller Beteiligten sowie ein wettbewerbsorientiertes, transparentes und faires Umfeld in der Online-Werbung im Einklang mit dem Unionsrecht und dem nationalen Recht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, angestrebt werden. Die Kommission setzt sich dafür ein, dass sich die Verhaltenskodizes mindestens auf **Folgendes** erstrecken:

a) **die Übermittlung von Informationen, die sich im Besitz von Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung befinden, an die Nutzer in Bezug auf die Anforderungen gemäß Artikel 24 Buchstaben b und c;**

b) **die Übermittlung von Informationen, die sich im Besitz von Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung befinden, an die Archive gemäß Artikel 30.**

Änderungsantrag 316

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 36 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Die Kommission fördert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes innerhalb eines Jahres nach dem Geltungsbeginn dieser Verordnung und ihre Anwendung spätestens sechs Monate nach diesem Zeitpunkt.

(2) Die Kommission setzt sich dafür ein, dass mit den Verhaltenskodizes eine wirksame Informationsübermittlung unter uneingeschränkter Achtung der Rechte und Interessen aller Beteiligten sowie ein wettbewerbsorientiertes, transparentes und faires Umfeld in der Online-Werbung im Einklang mit dem Unionsrecht und dem nationalen Recht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, angestrebt werden. Die Kommission setzt sich dafür ein, dass sich die Verhaltenskodizes mindestens auf **die Übermittlung von Informationen im Besitz der Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung an die in Artikel 30 genannten Werbearchive** erstrecken.

Geänderter Text

(3) Die Kommission fördert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes innerhalb eines Jahres nach dem Geltungsbeginn dieser Verordnung und ihre Anwendung spätestens sechs Monate nach diesem Zeitpunkt. **Die Kommission bewertet die Anwendung dieser Kodizes zwei Jahre nach dem Geltungsbeginn dieser Verordnung.**

Änderungsantrag 317

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 37 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ihre Koordinatoren für digitale Dienste von den zuständigen nationalen, lokalen und regionalen Behörden über die Vielfalt der Plattformsektoren und der unter diese Verordnung fallenden Sachverhalte informiert werden.

Änderungsantrag 318

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 37 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5) Ist die Kommission der Auffassung, dass ein Krisenprotokoll der Krisensituation nicht wirksam begegnet oder die Ausübung der in Absatz 4 Buchstabe e genannten Grundrechte nicht schützt, **kann** sie die Beteiligten **auffordern**, das Krisenprotokoll zu überarbeiten, auch durch die Ergreifung zusätzlicher Maßnahmen.

(5) Ist die Kommission der Auffassung, dass ein Krisenprotokoll der Krisensituation nicht wirksam begegnet oder die Ausübung der in Absatz 4 Buchstabe e genannten Grundrechte nicht schützt, **fordert** sie die Beteiligten **auf**, das Krisenprotokoll **zu streichen und erforderlichenfalls** zu überarbeiten, auch durch die Ergreifung zusätzlicher Maßnahmen.

Änderungsantrag 319

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 38 – Absatz 2 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Die Mitgliedstaaten benennen eine der zuständigen Behörden als ihren Koordinator für digitale Dienste. Der Koordinator für digitale Dienste ist für alle Fragen im Zusammenhang mit der

(2) Die Mitgliedstaaten benennen eine der zuständigen Behörden als ihren Koordinator für digitale Dienste. Der Koordinator für digitale Dienste ist für alle Fragen im Zusammenhang mit der

Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in diesem Mitgliedstaat zuständig, es sei denn, der betreffende Mitgliedstaat hat bestimmte besondere Aufgaben oder Sektoren anderen zuständigen Behörden übertragen. Der Koordinator für digitale Dienste ist in jedem Fall dafür zuständig, die Koordinierung dieser Angelegenheiten auf nationaler Ebene sicherzustellen und zu einer wirksamen und einheitlichen Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in der gesamten Union beizutragen.

Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in diesem Mitgliedstaat zuständig, es sei denn, der betreffende Mitgliedstaat hat bestimmte besondere Aufgaben oder Sektoren anderen zuständigen Behörden übertragen. ***Diese zuständigen Behörden haben die erforderlichen Befugnisse zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben oder zur Überwachung der ihnen zugewiesenen Sektoren, die auch dem Koordinator für digitale Dienste für die Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung übertragen wurden.*** Der Koordinator für digitale Dienste ist in jedem Fall dafür zuständig, die Koordinierung dieser Angelegenheiten auf nationaler Ebene sicherzustellen und zu einer wirksamen und einheitlichen Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in der gesamten Union beizutragen.

Änderungsantrag 320

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 38 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die zuständigen Behörden über angemessene finanzielle und personelle Ressourcen sowie über juristisches und technisches Fachwissen verfügen, um ihre Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung erfüllen zu können.

Änderungsantrag 321

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 39 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Absatz 2 lässt die Aufgaben der Koordinatoren für digitale Dienste innerhalb des in dieser Verordnung

(3) Absatz 2 lässt die Aufgaben der Koordinatoren für digitale Dienste innerhalb des in dieser Verordnung

vorgesehenen Überwachungs- und Durchsetzungssystems und die Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Behörden gemäß Artikel 38 Absatz 2 unberührt. Absatz 2 steht einer Aufsicht der betreffenden Behörden im Einklang mit dem nationalen Verfassungsrecht nicht entgegen.

vorgesehenen Überwachungs- und Durchsetzungssystems und die Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Behörden gemäß Artikel 38 Absatz 2 unberührt. Absatz 2 steht einer Aufsicht der betreffenden Behörden im Einklang mit dem nationalen Verfassungsrecht ***oder der Zuweisung von zusätzlichen Befugnissen gemäß anderen geltenden Rechtsvorschriften*** nicht entgegen.

Änderungsantrag 322

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 40 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke ***der*** Kapitel III und ***IV dieser Verordnung liegt*** bei dem Mitgliedstaat, in dem sich die Hauptniederlassung des Anbieters von Vermittlungsdiensten befindet.

Geänderter Text

(1) Die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke ***von*** Kapitel III und ***die endgültige rechtliche Zuständigkeit für Streitigkeiten über nach Maßgabe der Artikel 8 und 9 erlassene Anordnungen liegen*** bei dem Mitgliedstaat, in dem sich die Hauptniederlassung des Anbieters von Vermittlungsdiensten befindet.

Änderungsantrag 323

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 40 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Abweichend von Absatz 1 liegt die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke der Artikel 22, 22a und 22b bei dem Mitgliedstaat, in dem die Endnutzer ansässig sind, und die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke der Artikel 8 und 9 liegt bei dem Mitgliedstaat, in dem die die Anordnung erlassende Behörde ihren Sitz hat.

Änderungsantrag 324

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 40 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1b) Die rechtliche Zuständigkeit für die Zwecke von Kapitel III Abschnitt 3 liegt bei dem Mitgliedstaat, in dem die Verbraucher ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Änderungsantrag 325

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 40 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 lassen Artikel 50 Absatz 4 Unterabsatz 2 und Artikel 51 Absatz 2 Unterabsatz 2 sowie die Aufgaben und Befugnisse der Kommission nach Abschnitt 3 unberührt.

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 lassen Artikel **43 Absatz 2, Artikel** 50 Absatz 4 Unterabsatz 2 und Artikel 51 Absatz 2 Unterabsatz 2 sowie die Aufgaben und Befugnisse der Kommission nach Abschnitt 3 unberührt.

Änderungsantrag 326

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 41 – Absatz 2 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

e) die Befugnis, einstweilige Maßnahmen zur Vermeidung der Gefahr eines schwerwiegenden Schadens zu ergreifen.

e) die Befugnis, **verhältnismäßige** einstweilige Maßnahmen zur Vermeidung der Gefahr eines schwerwiegenden Schadens zu ergreifen.

Änderungsantrag 327

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 41 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Auf ein an die Kommission gerichtetes Ersuchen und bei einer Zuwiderhandlung, die andauert oder einen schwerwiegenden Schaden für die Nutzer verursachen oder deren Grundrechte erheblich beeinträchtigen könnte, kann der Koordinator für digitale Dienste in dem Mitgliedstaat, in dem die Endnutzer ansässig sind, im Rahmen der gemeinsamen Untersuchungen nach Artikel 46 mit zusätzlichen Befugnissen ausgestattet werden.

Änderungsantrag 328

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 42 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Mitgliedstaaten erlassen Vorschriften über Sanktionen, die bei Zuwiderhandlungen der Anbieter von Vermittlungsdiensten, die ihrer rechtlichen Zuständigkeit unterliegen, gegen diese Verordnung zu verhängen sind, und treffen alle für die Anwendung der Sanktionen im Einklang mit Artikel 41 erforderlichen Maßnahmen.

Geänderter Text

(1) Die Mitgliedstaaten erlassen Vorschriften über Sanktionen ***einschließlich Geldbußen***, die bei Zuwiderhandlungen der Anbieter von Vermittlungsdiensten, die ihrer rechtlichen Zuständigkeit unterliegen, gegen diese Verordnung zu verhängen sind, und treffen alle für die ***ordnungsgemäße und wirksame*** Anwendung der Sanktionen im Einklang mit Artikel 41 erforderlichen Maßnahmen.

Änderungsantrag 329

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 42 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission diese Vorschriften und Maßnahmen mit und melden ihr unverzüglich alle diesbezüglichen Änderungen.

Geänderter Text

(2) Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein. ***Sie tragen insbesondere den Interessen von Kleinanbietern und Start-ups sowie deren wirtschaftlicher Lebensfähigkeit Rechnung.*** Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission diese Vorschriften und Maßnahmen mit und melden ihr

unverzüglich alle diesbezüglichen Änderungen.

Änderungsantrag 330

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 43 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Die Nutzer haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter.

Geänderter Text

(1) Die Nutzer haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, **so** leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter **und unterrichtet die Person, die die Beschwerde eingereicht hat, darüber.**

Änderungsantrag 331

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 43 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) In Fällen, in denen der Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer nach Absatz 1 ansässig oder niedergelassen ist, eine Beschwerde weitergeleitet hat, prüft der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort die Angelegenheit zeitnah und informiert den Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, darüber, wie mit der

Beschwerde verfahren wurde.

Änderungsantrag 332

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 43 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 43a

Recht auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf

(1) Jeder Nutzer oder jede Vertretungsorganisation hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder außergerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf gegen einen diesen Nutzer oder diese Organisation betreffenden rechtsverbindlichen Beschluss eines Koordinators für digitale Dienste.

(2) Bei der Feststellung, ob eine sehr große Online-Plattform ihre Verpflichtungen nach Maßgabe von Artikel 27 Absatz 1 erfüllt hat, und in Anbetracht des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit wird der Verfügbarkeit von geeigneten und wirksamen Maßnahmen Rechnung getragen.

(3) Jeder Nutzer oder jede Vertretungsorganisation hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder außergerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf, wenn sich der gemäß den Artikeln 40 und 43 zuständige Koordinator für digitale Dienste nicht mit der Beschwerde befasst oder den Nutzer nicht innerhalb von drei Monaten über den Fortgang oder das Ergebnis der gemäß Artikel 43 eingereichten Beschwerde in Kenntnis setzt.

Verfahren gegen einen Koordinator für digitale Dienste nach Maßgabe dieses Absatzes werden den Gerichten des Mitgliedstaats unterbreitet, in dem der Koordinator für digitale Dienste niedergelassen ist.

Änderungsantrag 333

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 44 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Koordinatoren für digitale Dienste erstellen einen Jahresbericht über ihre Tätigkeiten im Rahmen dieser Verordnung. Sie machen die Jahresberichte der Öffentlichkeit zugänglich und übermitteln sie der Kommission und dem Gremium.

Geänderter Text

(1) Die Koordinatoren für digitale Dienste erstellen einen Jahresbericht über ihre Tätigkeiten im Rahmen dieser Verordnung. Sie machen die Jahresberichte der Öffentlichkeit zugänglich und übermitteln sie der Kommission, **dem Europäischen Parlament** und dem Gremium.

Änderungsantrag 334

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 44 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Auf der Grundlage der von den Koordinatoren für digitale Dienste vorgelegten Jahresberichte übermittelt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat alle zwei Jahre einen separaten Bericht, in dem sie die aggregierten Daten zu den von den Koordinatoren für digitale Dienste gemäß den Artikeln 8, 8a und 9 erlassenen Anordnungen analysiert, wobei sie besonderes Augenmerk auf einen etwaigen missbräuchlichen Rückgriff auf diese Artikel richtet. Der Bericht enthält einen umfassenden Überblick über die Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte und räumt für einen bestimmten Zeitraum die Möglichkeit ein,

die Aktivitäten der Koordinatoren für digitale Dienste zu beurteilen.

Änderungsantrag 335

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 44 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Anzahl und Gegenstand der Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte und der Auskunftsanordnungen, die gemäß den Artikeln 8 und 9 von einer nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörde des Mitgliedstaats des Koordinators für digitale Dienste erlassen wurden;

Geänderter Text

a) Anzahl und Gegenstand der Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte und der Auskunftsanordnungen – ***einschließlich mindestens Angaben zum Namen der erlassenden Behörde, zum Namen des Anbieters und zu der Art der in der Anordnung angegebenen Maßnahme*** –, die gemäß den Artikeln 8 und 9 von einer nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörde des Mitgliedstaats des Koordinators für digitale Dienste erlassen wurden;

Änderungsantrag 336

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Eine Aufforderung oder Empfehlung gemäß Absatz 1 schließt nicht aus, dass der Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, eine eigene Untersuchung in Bezug auf einen mutmaßlichen Verstoß gegen diese Verordnung durch einen Anbieter eines Vermittlungsdienstes durchführen kann.

Änderungsantrag 337

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort trägt der Aufforderung oder Empfehlung gemäß Absatz 1 weitestgehend Rechnung. Ist er der Auffassung, dass er nicht über ausreichende Informationen verfügt, um der Aufforderung oder der Empfehlung Folge zu leisten, und hat er Grund zu der Annahme, dass der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, **oder** das Gremium zusätzliche Informationen bereitstellen **könnte**, kann er diese Informationen anfordern. Die Frist gemäß Absatz 4 ruht, bis diese zusätzlichen Informationen vorliegen.

Geänderter Text

(3) Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort trägt der Aufforderung oder Empfehlung gemäß Absatz 1 weitestgehend Rechnung **und prüft die Angelegenheit im Hinblick auf die Ergreifung besonderer Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen, damit unverzüglich für die Einhaltung der Vorschriften gesorgt ist**. Ist er der Auffassung, dass er nicht über ausreichende Informationen verfügt, um der Aufforderung oder der Empfehlung Folge zu leisten, und hat er Grund zu der Annahme, dass der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, **und** das Gremium zusätzliche Informationen bereitstellen **könnten**, kann er diese Informationen anfordern. Die Frist gemäß Absatz 4 ruht, bis diese zusätzlichen Informationen vorliegen.

Änderungsantrag 338

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 45 – Absatz 4**

Vorschlag der Kommission

(4) Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort teilt dem Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder dem Gremium unverzüglich, in jedem Fall aber spätestens zwei Monate nach Eingang der Aufforderung oder der Empfehlung, seine Bewertung der mutmaßlichen Zuwiderhandlung oder gegebenenfalls die Bewertung einer etwaigen anderen nach nationalem Recht zuständigen Behörde sowie eine Erläuterung etwaiger Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen mit, die in diesem Zusammenhang ergriffen wurden oder geplant sind, um die Einhaltung dieser

Geänderter Text

(4) Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort teilt dem Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder dem Gremium unverzüglich, in jedem Fall aber spätestens zwei Monate nach Eingang der Aufforderung oder der Empfehlung, seine Bewertung der mutmaßlichen Zuwiderhandlung oder gegebenenfalls die Bewertung einer etwaigen anderen nach nationalem Recht zuständigen Behörde sowie eine Erläuterung etwaiger Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen mit, die in diesem Zusammenhang ergriffen wurden oder geplant sind, um die Einhaltung dieser

Verordnung sicherzustellen.

Verordnung sicherzustellen, **und übermitteln ihm eine Begründung, falls er sich im Anschluss an seine Untersuchung dafür entscheidet, keine Maßnahmen zu ergreifen.**

Änderungsantrag 339

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

(6) Die Kommission gibt innerhalb von drei Monaten nach ihrer Befassung gemäß Absatz 5 eine Bewertung der Angelegenheit ab, nachdem sie den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und das Gremium – sofern sie nicht vom diesem selbst mit der Angelegenheit befasst wurde – konsultiert hat.

Geänderter Text

(6) Die Kommission gibt innerhalb von drei Monaten nach ihrer Befassung gemäß Absatz 5 **gemeinsam mit den Koordinatoren für digitale Dienste** eine Bewertung der Angelegenheit ab, nachdem sie den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und das Gremium – sofern sie nicht vom diesem selbst mit der Angelegenheit befasst wurde – konsultiert hat.

Änderungsantrag 340

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 7

Vorschlag der Kommission

(7) Gelangt die Kommission gemäß Absatz 6 zu dem Schluss, dass die Bewertung oder die gemäß Absatz 4 ergriffenen oder geplanten Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen nicht mit dieser Verordnung vereinbar sind, fordert sie den Koordinator für den digitalen Dienst am Niederlassungsort auf, die Angelegenheit weiter zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen, und sie innerhalb von zwei Monaten nach dieser Aufforderung über diese Maßnahmen zu unterrichten.

Geänderter Text

(7) Gelangt die Kommission gemäß Absatz 6 **gemeinsam mit den Koordinatoren für digitale Dienste** zu dem Schluss, dass die Bewertung oder die gemäß Absatz 4 ergriffenen oder geplanten Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen nicht mit dieser Verordnung vereinbar sind, fordert sie den Koordinator für den digitalen Dienst am Niederlassungsort auf, die Angelegenheit weiter zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen, und sie innerhalb von zwei Monaten nach dieser Aufforderung über

diese Maßnahmen zu unterrichten.

Diese Informationen sollten auch dem Koordinator für digitale Dienste oder dem Gremium, das das Verfahren gemäß Absatz 1 eingeleitet hat, übermittelt werden.

Änderungsantrag 341

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 46 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Ist der Koordinator für digitale Dienste des Bestimmungslands der Auffassung, dass eine mutmaßliche Zuwiderhandlung vorliegt und einen schwerwiegenden Schaden für zahlreiche Nutzer in dem Mitgliedstaat verursacht oder deren Grundrechte erheblich beeinträchtigen könnte, kann er die Kommission auffordern, gemeinsame Untersuchungen des Koordinators für digitale Dienste des Niederlassungslands und des ersuchenden Koordinators für digitale Dienste des Bestimmungslands einzuleiten.

Änderungsantrag 342

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 46 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1b) Die Kommission prüft dieses Ersuchen gemeinsam mit den Koordinatoren für digitale Dienste und leitet nach einer befürwortenden Stellungnahme des Gremiums eine gemeinsame Untersuchung ein, bei der der Koordinator für digitale Dienste des Bestimmungslands mit den folgenden zusätzlichen Befugnissen hinsichtlich des von der mutmaßlichen Zuwiderhandlung

*betroffenen Anbieters von
Vermittlungsdiensten ausgestattet werden
kann:*

- a) Zugang zur vertraulichen Fassung
der vom Anbieter von
Vermittlungsdiensten gemäß Artikel 13
sowie gegebenenfalls gemäß den
Artikeln 23 und 24 veröffentlichten
Berichte sowie zu den anderen
Jahresberichten zu erhalten, die von den
anderen zuständigen Behörden gemäß
Artikel 44 erstellt wurden,*
- b) Zugang zu den Daten zu erhalten,
die der Koordinator für digitale Dienste
des Niederlassungslands für die Zwecke
der Beaufsichtigung dieses Anbieters auf
dem Gebiet des Koordinators für digitale
Dienste des Bestimmungslands erhoben
hat, wobei die Verordnung (EU) 2016/679
unberührt bleibt,*
- c) Verfahren einzuleiten und die
Angelegenheit im Hinblick auf die
Ergreifung besonderer Untersuchungs-
oder Durchsetzungsmaßnahmen zu
prüfen, damit für die Einhaltung der
Vorschriften gesorgt ist, sofern die
mutmaßliche Schwere der
Zu widerhandlung eine unmittelbare
Reaktion erforderlich machen würde,
sodass die Bestimmungen von Artikel 45
nicht zur Anwendung kommen könnten,*
- d) um einstweilige Maßnahmen nach
Maßgabe von Artikel 41 Absatz 2
Buchstabe e zu ersuchen.*

Änderungsantrag 343

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 46 – Absatz 1 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

*(1c) Die Kommission legt im Rahmen
ihres Beschlusses zur Einleitung der
gemeinsamen Untersuchung einen
Termin fest, bis zu dem sich der*

Koordinator für digitale Dienste des Niederlassungslands und der Koordinator für digitale Dienste, der das Ersuchen nach Absatz 2 gestellt hat, auf einen gemeinsamen Standpunkt zu der gemeinsamen Untersuchung und erforderlichenfalls zu den zu ergreifenden Durchsetzungsmaßnahmen einigen. Wird bis zu diesem Termin keine Einigung erzielt, wird die Kommission nach Maßgabe von Artikel 45 Absatz 5 mit der Angelegenheit befasst.

Änderungsantrag 344

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 47 – Absatz 2 – Buchstabe a a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

aa) Beitrag zur wirksamen Anwendung von Artikel 3 der Richtlinie 2000/31/EG, um eine Fragmentierung des digitalen Binnenmarkts zu verhindern, und der Verpflichtungen sehr großer Plattformen nach Artikel 5 der Verordnung 2019/1150;

Änderungsantrag 345

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 49 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) Abgabe von Empfehlungen zur Umsetzung von Artikel 27 und Beratung zur etwaigen Anwendung von Sanktionen bei wiederholten Zuwiderhandlungen;

Änderungsantrag 346

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 49 – Absatz 1 – Buchstabe e a (neu)**

ea) **Abgabe von Stellungnahmen, Empfehlungen oder Ratschlägen zu Angelegenheiten im Zusammenhang mit Artikel 34.**

Änderungsantrag 347

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 50 – Absatz 1 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Besteht Grund zu der Annahme, dass eine sehr große Online-Plattform gegen eine dieser Bestimmungen verstoßen hat, **kann** die Kommission von Amts wegen bzw. das Gremium auf eigene Initiative oder auf Aufforderung von mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort **empfehlen**, die mutmaßliche Zuwiderhandlung zu untersuchen, damit dieser Koordinator für digitale Dienste **innerhalb einer angemessenen Frist** eine diesbezügliche Entscheidung trifft.

Geänderter Text

Besteht Grund zu der Annahme, dass eine sehr große Online-Plattform gegen eine dieser Bestimmungen verstoßen hat, **empfiehlt** die Kommission von Amts wegen bzw. das Gremium auf eigene Initiative oder auf Aufforderung von mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort, die mutmaßliche Zuwiderhandlung zu untersuchen, damit dieser Koordinator für digitale Dienste **unverzüglich** eine diesbezügliche Entscheidung trifft.

Änderungsantrag 348

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 51 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission **kann** entweder auf Empfehlung des Gremiums oder von Amts wegen nach Konsultation des Gremiums Verfahren im Hinblick auf den möglichen Erlass von Beschlüssen gemäß den Artikeln 58 und 59 in Bezug auf das einschlägige Verhalten der sehr großen Online-Plattform **einleiten**, wenn

Geänderter Text

(1) Die Kommission **leitet** entweder auf Empfehlung des Gremiums oder von Amts wegen nach Konsultation des Gremiums Verfahren im Hinblick auf den möglichen Erlass von Beschlüssen gemäß den Artikeln 58 und 59 in Bezug auf das einschlägige Verhalten der sehr großen Online-Plattform **ein**, wenn

Änderungsantrag 349

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 51 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) **Beschließt** die Kommission, ein Verfahren nach Absatz 1 **einzuleiten**, so teilt sie dies allen Koordinatoren für digitale Dienste, dem Gremium und der betreffenden sehr großen Online-Plattform mit.

Geänderter Text

(2) **Wenn** die Kommission ein Verfahren nach Absatz 1 **einleitet**, so teilt sie dies allen Koordinatoren für digitale Dienste, dem Gremium und der betreffenden sehr großen Online-Plattform mit.

Änderungsantrag 350

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 52 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die Kommission durch einfaches Verlangen oder im Wege eines Beschlusses von den betreffenden sehr großen Online-Plattformen sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und Artikel 50 Absatz 3 durchführen, die Übermittlung dieser Informationen innerhalb einer angemessenen Frist verlangen.

Geänderter Text

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die Kommission durch einfaches Verlangen oder im Wege eines Beschlusses von den betreffenden sehr großen Online-Plattformen, **ihren Rechtsvertretern** sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und Artikel 50 Absatz 3 durchführen, die Übermittlung dieser Informationen innerhalb einer angemessenen Frist verlangen.

Änderungsantrag 351

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 55 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Im Rahmen eines Verfahrens, das zum Erlass eines Beschlusses wegen

Geänderter Text

(1) Im Rahmen eines Verfahrens, das zum Erlass eines Beschlusses wegen

Nichteinhaltung gemäß Artikel 58 Absatz 1 führen kann, kann die Kommission bei Dringlichkeit aufgrund der Gefahr einer schwerwiegenden Schädigung der Nutzer auf der Grundlage einer prima facie festgestellten Zuwiderhandlung im Wege eines Beschlusses einstweilige Maßnahmen gegen die betreffende sehr große Online-Plattform anordnen.

Nichteinhaltung gemäß Artikel 58 Absatz 1 führen kann, kann die Kommission bei Dringlichkeit aufgrund der Gefahr einer schwerwiegenden Schädigung der Nutzer auf der Grundlage einer prima facie festgestellten Zuwiderhandlung im Wege eines Beschlusses **verhältnismäßige** einstweilige Maßnahmen gegen die betreffende sehr große Online-Plattform anordnen.

Änderungsantrag 352

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 57 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die Kommission die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die wirksame Umsetzung und Einhaltung dieser Verordnung durch die betreffende sehr große Online-Plattform zu überwachen. Die Kommission kann auch anordnen, dass diese Plattform Zugang zu ihren Datenbanken und Algorithmen gewährt und entsprechende Erläuterungen **dazu** gibt.

Geänderter Text

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die Kommission die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die wirksame Umsetzung und Einhaltung dieser Verordnung durch die betreffende sehr große Online-Plattform zu überwachen. Die Kommission kann auch anordnen, dass diese Plattform **erforderlichenfalls** Zugang zu ihren Datenbanken und Algorithmen gewährt und entsprechende Erläuterungen **zu diesen Datenbanken und Algorithmen** gibt.

Änderungsantrag 353

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 58 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission erlässt einen Beschluss wegen Nichteinhaltung, wenn sie feststellt, dass die betreffende sehr große Online-Plattform eine oder mehrere der folgenden Anforderungen nicht erfüllt:

Geänderter Text

(1) Die Kommission erlässt **nach Rücksprache mit dem Gremium** einen Beschluss wegen Nichteinhaltung, wenn sie feststellt, dass die betreffende sehr große Online-Plattform eine oder mehrere der folgenden Anforderungen nicht erfüllt:

Änderungsantrag 354

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 59 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Die Kommission kann gegen die betreffende sehr große Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 im Wege eines Beschlusses Geldbußen bis zu einem Höchstbetrag von 1 % des im vorangegangenen Geschäftsjahr erzielten Gesamtumsatzes verhängen, wenn diese vorsätzlich oder fahrlässig

Geänderter Text

(2) Die Kommission kann gegen die betreffende sehr große Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 im Wege eines Beschlusses **und im Einklang mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit** Geldbußen bis zu einem Höchstbetrag von 1 % des im vorangegangenen Geschäftsjahr erzielten Gesamtumsatzes verhängen, wenn diese vorsätzlich oder fahrlässig

Änderungsantrag 355

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 73 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Fünf Jahre nach dem Inkrafttreten und danach alle fünf Jahre bewertet die Kommission diese Verordnung und erstattet dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss hierüber Bericht.

Geänderter Text

(1) Fünf Jahre nach dem Inkrafttreten und danach alle fünf Jahre bewertet die Kommission diese Verordnung und erstattet dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss hierüber Bericht. **Auf der Grundlage der Ergebnisse und unter weitestgehender Berücksichtigung der Stellungnahme des Gremiums wird diesem Bericht gegebenenfalls ein Vorschlag zur Änderung dieser Verordnung beigelegt.**

VERFAHREN DES MITBERATENDEN AUSSCHUSSES

Titel	Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und Änderung der Richtlinie 2000/31/EG		
Bezugsdokumente – Verfahrensnummer	COM(2020)0825 – C9-0418/2020 – 2020/0361(COD)		
Federführender Ausschuss Datum der Bekanntgabe im Plenum	IMCO 8.2.2021		
Stellungnahme von Datum der Bekanntgabe im Plenum	JURI 8.2.2021		
Assoziierte Ausschüsse – Datum der Bekanntgabe im Plenum	20.5.2021		
Verfasser(in) der Stellungnahme Datum der Benennung	Geoffroy Didier 10.5.2021		
Prüfung im Ausschuss	27.5.2021	13.7.2021	9.9.2021
Datum der Annahme	30.9.2021		
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 15 -: 9 0: 0		
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Pascal Arimont, Gunnar Beck, Geoffroy Didier, Pascal Durand, Ibán García Del Blanco, Jean-Paul Garraud, Mislav Kolakušić, Sergey Lagodinsky, Gilles Lebreton, Karen Melchior, Jiří Pospíšil, Marcos Ros Sempere, Stéphane Séjourné, Raffaele Stancanelli, Adrián Vázquez Lázara, Axel Voss, Marion Walsmann, Tiemo Wölken, Lara Wolters		
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Patrick Breyer, Daniel Buda, Emmanuel Maurel, Nacho Sánchez Amor, Kosma Zlotowski		
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 209 Abs. 7)	Isabel Benjumea Benjumea		

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

15	+
PPE	Pascal Arimont, Isabel Benjumea Benjumea, Daniel Buda, Geoffroy Didier, Axel Voss, Marion Walsmann
Renew	Pascal Durand, Stéphane Séjourné, Adrián Vázquez Lázara
ID	Jean-Paul Garraud, Gilles Lebreton
ECR	Raffaele Stancanelli, Kosma Złotowski
The Left	Emmanuel Maurel
NI	Mislav Kolakušić

9	-
S&D	Ibán García Del Blanco, Marcos Ros Sempere, Nacho Sánchez Amor, Lara Wolters, Tiemo Wölken
Renew	Karen Melchior
ID	Gunnar Beck
Verts/ALE	Patrick Breyer, Sergey Lagodinsky

0	0

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung

28.7.2021

STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR BÜRGERLICHE FREIHEITEN, JUSTIZ UND INNERES

für den Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG
(COM(2020)0825 – C9-0418/2020 – 2020/0361(COD))

Verfasser der Stellungnahme: Patrick Breyer

(*) Assoziierter Ausschuss – Artikel 57 der Geschäftsordnung

KURZE BEGRÜNDUNG

Hintergrund

Die Kommission hat im Dezember 2020 auf der Grundlage von drei vom Parlament angenommenen Entschlüssen ihren Vorschlag für ein Gesetz über digitale Dienste vorgelegt. Mit dem Gesetz soll für einheitliche Bedingungen für die Erbringung grenzüberschreitender digitaler Dienste in der Union gesorgt werden.

Stellungnahme des LIBE-Ausschusses

Die Stellungnahme zielt im Einklang mit dem Zuständigkeitsbereich des LIBE-Ausschusses in erster Linie darauf ab, die Grundrechte besser zu schützen und gegen illegale Inhalte im Digitalzeitalter vorzugehen. Die meisten Änderungsanträge beruhen auf Berichten und Stellungnahmen zum Gesetz über digitale Dienste, die bereits im Ausschuss oder im Plenum unterstützt wurden. Die wichtigsten Vorschläge lauten wie folgt:

1. Im Einklang mit dem Grundsatz der Datensparsamkeit sollte in dem Gesetz über digitale Dienste das **Recht** verankert sein, **digitale Dienste** – sofern mit vertretbarem Aufwand möglich – **anonym zu nutzen und zu vergüten**, sodass einer unbefugten Weitergabe, Identitätsdiebstahl und anderen Formen des Missbrauchs personenbezogener Daten vorgebeugt wird.
2. Eine **Ende-zu-Ende-Verschlüsselung** sollte nicht eingeschränkt werden, da sie für die Sicherheit des Internets grundlegend ist.
3. **Verhaltensbasierte und personalisierte Zielgruppenansprache** für die Zwecke nicht kommerzieller und politischer Werbung sollte eingestellt und durch kontextbezogene Werbung ersetzt werden, damit die Nutzer geschützt werden und der Fortbestand der traditionellen Medien gesichert ist. Dies sollte auch für die gezielte Ansprache von Personen auf der Grundlage sensibler Daten oder für die gezielte

Ansprache Minderjähriger gelten. Verhaltensbasierte und personalisierte Zielgruppenansprache für die Zwecke kommerzieller Werbung sollte nur dann möglich sein, wenn sich die Nutzer frei dafür entschieden haben, ohne dass sie mit „Dark Patterns“ oder dem Risiko, von den Diensten ausgeschlossen zu werden, konfrontiert sind und ohne immer wieder aufs Neue um Einwilligung ersucht zu werden, wenn sie in den Einstellungen ihres Browsers oder ihres Geräts bereits eine eindeutige Wahl getroffen haben.

4. Im Sinne der Rechtsprechung zu Kommunikationsmetadaten darf öffentlichen Stellen nur dann **Zugang zu Aufzeichnungen persönlicher Online-Aktivitäten** gewährt werden, wenn vorab eine richterliche Genehmigung vorliegt und wenn die Stellen gegen Personen ermitteln, die verdächtigt werden, eine schwere Straftat begangen zu haben, oder wenn sie ernsthafte Bedrohungen für die öffentliche Sicherheit abwenden.
5. **Vermittler, deren Rolle auf die reine Durchleitung beschränkt ist**, sollten nicht dazu verpflichtet werden, den Zugang zu Inhalten zu sperren. Illegale Inhalte sollten dort entfernt werden, wo sie gehostet werden.
6. Zum Schutz der Meinungs- und der Medienfreiheit muss die **Entscheidung über die Rechtmäßigkeit von Inhalten bei der unabhängigen Justiz** und nicht bei den Verwaltungsbehörden liegen.
7. Vermittler sollten nicht dazu verpflichtet sein, Informationen zu entfernen, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie niedergelassen sind (ihrem Ursprungsland), legal sind. Die Wirkung **grenzübergreifender Entfernungsanordnungen** sollte auf das Hoheitsgebiet des anordnenden Mitgliedstaats beschränkt sein.
8. Gegen Unternehmer, die **unrechtmäßig Produkte oder Dienstleistungen** in der Union **bewerben oder anbieten**, sollte mit einer gesonderten Regelung vorgegangen werden.
9. Die **allgemeinen Geschäftsbedingungen** von Online-Plattformen müssen die Grundrechte achten und dürfen nur dann Eingriffe in den freien Austausch rechtmäßiger Informationen gestatten, wenn diese mit dem ausgewiesenen Zweck des Dienstes unvereinbar sind.
10. Gegen nachteilige Entscheidungen von Online-Plattformen sollte ein **gerichtlicher Rechtsbehelf** eingelegt werden können.
11. Wenn mutmaßlich illegale Inhalte **gemeldet** werden, sollten qualifizierte Mitarbeiter zunächst den Verbreiter anhören und anschließend eine Entscheidung treffen.
12. **Beschwerdeverfahren** sollten auch meldenden Personen wie etwa Opfern von Straftaten, deren Meldung nicht nachgegangen wurde, offenstehen.
13. **Automatisierte Tools für die Moderation von Inhalten und Filter für die Inhalte** sollten nicht zwingend vorgeschrieben werden. Sie sollten nur in Ausnahmefällen von Online-Plattformen zur Ex-ante-Kontrolle verwendet werden, um offensichtlich illegale und kontextunabhängige Inhalte vorläufig zu blockieren, wobei jede automatisierte Entscheidung vom Menschen überprüft werden muss. Algorithmen

können illegale Inhalte nicht zuverlässig ermitteln, was immer wieder dazu führt, dass legale – darunter auch journalistische – Inhalte gesperrt werden.

14. Anbieter sollten nicht dazu **verpflichtet** werden, Nutzer für die Bereitstellung illegaler Inhalte zu **sanktionieren**, indem sie sie vorübergehend von der Plattform entfernen, da eine solche Verpflichtung zur Folge hätte, dass möglicherweise keine gerichtliche Entscheidung getroffen wird, und auf diese Weise die gesetzlich vorgeschriebenen Sanktionen umgangen würden.
15. Die von Algorithmen betriebene **Verbreitung problematischer Inhalte** sollte eingedämmt werden, indem den Nutzern die Kontrolle über die Algorithmen übertragen wird, die die Informationen, die ihnen angezeigt werden, priorisieren (Empfehlungssysteme).
16. „Koregulierungsinstrumente“ („Soft Law“) wie etwa **Verhaltenskodizes und Krisenprotokolle** sollten einem gesonderten Verfahren unterliegen, damit für Transparenz, Teilhabe, demokratische Kontrolle und die Einhaltung der Grundrechte gesorgt ist.

ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres ersucht den federführenden Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, folgende Änderungsanträge zu berücksichtigen:

Änderungsantrag 1

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 2

Vorschlag der Kommission

(2) **Die Mitgliedstaaten** führen zunehmend nationale Rechtsvorschriften zu den von dieser Verordnung abgedeckten Angelegenheiten ein, oder ziehen dies in Erwägung, und schaffen damit insbesondere Sorgfaltspflichten für Anbieter von Vermittlungsdiensten. Unter Berücksichtigung des von Natur aus grenzüberschreitenden Charakters des Internets, das im Allgemeinen für die Bereitstellung dieser Dienste verwendet wird, beeinträchtigen diese unterschiedlichen nationalen Rechtsvorschriften den Binnenmarkt, der gemäß Artikel 26 des Vertrags ein Raum ohne Binnengrenzen ist, in dem der freie Verkehr von Waren und Dienstleistungen sowie die Niederlassungsfreiheit gewährleistet sind. Die Bedingungen für die Erbringung von Vermittlungsdiensten im gesamten Binnenmarkt sollten harmonisiert werden, um Unternehmen Zugang zu neuen Märkten und Chancen zur Nutzung der Vorteile des Binnenmarkts zu verschaffen und gleichzeitig den Verbrauchern und anderen Nutzern eine größere Auswahl zu bieten.

Geänderter Text

(2) **Bislang beruht das Regulierungskonzept auf freiwilliger Zusammenarbeit, um den neuen Risiken und Herausforderungen zu begegnen. Da sich dieses Konzept als unzureichend erwiesen hat und es an harmonisierten Vorschriften auf Unionsebene mangelt,** führen **die Mitgliedstaaten** zunehmend nationale Rechtsvorschriften zu den von dieser Verordnung abgedeckten Angelegenheiten ein oder ziehen dies in Erwägung und schaffen damit insbesondere Sorgfaltspflichten für Anbieter von Vermittlungsdiensten. Unter Berücksichtigung des von Natur aus grenzüberschreitenden Charakters des Internets, das im Allgemeinen für die Bereitstellung dieser Dienste verwendet wird, beeinträchtigen diese unterschiedlichen nationalen Rechtsvorschriften den Binnenmarkt, der gemäß Artikel 26 des Vertrags ein Raum ohne Binnengrenzen ist, in dem der freie Verkehr von Waren und Dienstleistungen sowie die Niederlassungsfreiheit gewährleistet sind. Die Bedingungen für die Erbringung von Vermittlungsdiensten im gesamten Binnenmarkt sollten harmonisiert werden, um Unternehmen Zugang zu neuen Märkten und Chancen zur Nutzung der Vorteile des Binnenmarkts zu verschaffen und gleichzeitig den Verbrauchern und anderen Nutzern eine größere Auswahl zu bieten. **Zudem können sich fragmentierte Vorschriften abträglich auf die Meinungsfreiheit**

auswirken.

Änderungsantrag 2

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Komplexe regulatorische Anforderungen sowohl auf Ebene der Union als auch der Mitgliedstaaten tragen zu hohen Verwaltungskosten und Rechtsunsicherheit für im Binnenmarkt tätige Vermittlungsdienste, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, bei.

Änderungsantrag 3

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Damit das Online-Umfeld sicher, berechenbar und vertrauenswürdig ist und sowohl **Bürgerinnen** und -bürger **der Union** als auch andere Personen die ihnen in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) garantierten Grundrechte ausüben können, insbesondere **das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit**, auf unternehmerische Freiheit und auf **Nichtdiskriminierung**, ist unbedingt ein verantwortungsvolles und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von Vermittlungsdiensten erforderlich.

(3) Damit das Online-Umfeld sicher, berechenbar und vertrauenswürdig ist und sowohl **Unionsbürgerinnen** und -bürger als auch andere Personen die ihnen in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) garantierten Grundrechte ausüben können, insbesondere **die Rechte auf Privatsphäre, auf den Schutz personenbezogener Daten, auf Meinungsfreiheit einschließlich der Freiheit, Nachrichten oder Ideen ohne Einmischung öffentlicher Stellen und über Grenzen hinweg zu empfangen und mitzuteilen, auf Nichtdiskriminierung, auf Medienfreiheit**, auf unternehmerische Freiheit und auf **Verbraucherschutz**, ist unbedingt ein verantwortungsvolles und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von Vermittlungsdiensten erforderlich. **Kinder genießen besondere Rechte, die in Artikel 24 der Charta und im Kinderrechtsübereinkommen der**

Vereinten Nationen (KRK) verankert sind. In der Allgemeinen Bemerkung Nr. 25 des Kinderrechtsübereinkommens zu den Rechten des Kindes in Bezug auf das digitale Umfeld ist förmlich niedergelegt, wie diese Rechte auf die digitale Welt anzuwenden sind.

Änderungsantrag 4

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 8

Vorschlag der Kommission

(8) Eine solche wesentliche Verbindung zur Union sollte dann als gegeben gelten, wenn der Diensteanbieter eine Niederlassung in der Union hat, oder – in Ermangelung einer solchen – anhand der Existenz einer erheblichen Zahl von Nutzern in einem oder mehreren Mitgliedstaaten oder der Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten beurteilt werden. Die Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten **lässt sich** anhand aller relevanten Umstände **bestimmen**, einschließlich Faktoren wie der Verwendung einer in dem betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Sprache oder Währung oder der Möglichkeit, Produkte oder Dienstleistungen zu bestellen, oder der Nutzung einer nationalen Domäne oberster Stufe. Ferner ließe sich die Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen Mitgliedstaat auch aus der Verfügbarkeit einer Anwendung im jeweiligen nationalen App-Store, der Schaltung lokaler Werbung oder von Werbung in der im betreffenden Mitgliedstaat verwendeten Sprache oder dem Management der Kundenbeziehungen, zum Beispiel durch die Bereitstellung eines Kundendienstes in der im betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Sprache, ableiten. Das Vorhandensein einer wesentlichen Verbindung sollte auch dann angenommen werden, wenn ein

Geänderter Text

(8) Eine solche wesentliche Verbindung zur Union sollte dann als gegeben gelten, wenn der Diensteanbieter eine Niederlassung in der Union hat, oder – in Ermangelung einer solchen – anhand der Existenz einer erheblichen Zahl von Nutzern in einem oder mehreren Mitgliedstaaten oder der Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten beurteilt werden. Die Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten **sollte** anhand aller relevanten Umstände **bestimmt werden**, einschließlich Faktoren wie der Verwendung einer in dem betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Sprache oder Währung oder der Möglichkeit, Produkte oder Dienstleistungen zu bestellen, oder der Nutzung einer nationalen Domäne oberster Stufe. Ferner ließe sich die Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen Mitgliedstaat auch aus der Verfügbarkeit einer Anwendung im jeweiligen nationalen App-Store, der Schaltung lokaler Werbung oder von Werbung in der im betreffenden Mitgliedstaat verwendeten Sprache oder dem Management der Kundenbeziehungen, zum Beispiel durch die Bereitstellung eines Kundendienstes in der im betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Sprache, ableiten. Das Vorhandensein einer wesentlichen Verbindung sollte auch dann angenommen werden, wenn ein

Diensteanbieter seine Tätigkeit nach Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates²⁷ auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten ausrichtet. Die bloße technische Zugänglichkeit einer Website in der Union reicht allerdings nicht aus, damit allein aus diesem Grund **eine wesentliche Verbindung angenommen wird**.

²⁷ Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. L 351 vom 20.12.2012, S. 1).

Diensteanbieter seine Tätigkeit nach Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates²⁷ auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten ausrichtet. Die bloße technische Zugänglichkeit einer Website, **einer E-Mail-Adresse oder anderer Kontaktdaten** in der Union reicht allerdings nicht aus, damit allein aus diesem Grund **von einer wesentlichen Verbindung ausgegangen werden kann**.

²⁷ Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. L 351 vom 20.12.2012, S. 1).

Änderungsantrag 5

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 9

Vorschlag der Kommission

(9) Diese Verordnung sollte die Vorschriften, die sich aus anderen Rechtsakten der Union zur Regelung bestimmter Aspekte der Bereitstellung von Vermittlungsdiensten ergeben, ergänzen, deren Anwendung jedoch unberührt lassen; dies gilt insbesondere für die Richtlinie 2000/31/EG, mit Ausnahme der mit dieser Verordnung eingeführten Änderungen, die Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in ihrer geänderten Fassung²⁸ und die **vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte, genauer die** Verordnung (EU) .../... des Europäischen Parlaments und des Rates²⁹. Diese Verordnung berührt daher nicht

Geänderter Text

(9) Diese Verordnung sollte die Vorschriften, die sich aus anderen Rechtsakten der Union zur Regelung bestimmter Aspekte der Bereitstellung von Vermittlungsdiensten ergeben, ergänzen, deren Anwendung jedoch unberührt lassen; dies gilt insbesondere für die Richtlinie 2000/31/EG, mit Ausnahme der mit dieser Verordnung eingeführten Änderungen, die Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in ihrer geänderten Fassung²⁸ und die Verordnung (EU) **2021/784** des Europäischen Parlaments und des Rates²⁹. Diese Verordnung berührt daher nicht diese anderen Rechtsakte, die in Bezug auf den in dieser Verordnung festgelegten allgemein anwendbaren Rahmen als lex

diese anderen Rechtsakte, die in Bezug auf den in dieser Verordnung festgelegten allgemein anwendbaren Rahmen als *lex specialis* gelten. Die Vorschriften dieser Verordnung gelten jedoch für Fragen, die von den genannten anderen Rechtsakten nicht oder nicht vollständig behandelt werden, und Fragen, in denen diese anderen Rechtsakte den Mitgliedstaaten die Möglichkeit lassen, bestimmte Maßnahmen auf nationaler Ebene zu ergreifen.

²⁸ Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) (Text von Bedeutung für den EWR) (ABl. L 95 vom 15.4.2010, S. 1).

²⁹ Verordnung (EU) .../... des Europäischen Parlaments und des Rates – ***vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung*** der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte.

specialis gelten. Die Vorschriften dieser Verordnung gelten jedoch für Fragen, die von den genannten anderen Rechtsakten nicht oder nicht vollständig behandelt werden, und Fragen, in denen diese anderen Rechtsakte den Mitgliedstaaten die Möglichkeit lassen, bestimmte Maßnahmen auf nationaler Ebene zu ergreifen.

²⁸ Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) (Text von Bedeutung für den EWR) (ABl. L 95 vom 15.4.2010, S. 1).

²⁹ Verordnung (EU) **2021/784** des Europäischen Parlaments und des Rates **vom 29. April 2021 zur Bekämpfung** der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte (***Text von Bedeutung für den EWR***) (ABl. L 172 vom 17.5.2021, S. 79).

Änderungsantrag 6

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 11

Vorschlag der Kommission

(11) Es sollte präzisiert werden, dass diese Verordnung die Vorschriften des Unionsrechts über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte nicht berührt, mit denen bestimmte Vorschriften und Verfahren festgelegt sind, die unberührt bleiben sollten.

Geänderter Text

entfällt

Änderungsantrag 7

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 12

Vorschlag der Kommission

(12) Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte die Definition des Begriffs „illegale Inhalte“ für die Zwecke dieser Verordnung **weit gefasst** werden; **er umfasst** auch Informationen im Zusammenhang mit illegalen Inhalten, Produkten, Dienstleistungen **oder** Tätigkeiten. Insbesondere sollte der Begriff so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale Hassrede, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängen, etwa **der Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern**, der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, dem Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, der nicht genehmigten Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht. In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung sich aus dem Unionsrecht oder aus mit dem Unionsrecht im Einklang stehendem nationalem Recht ergibt, um welche Art von Rechtsvorschriften es geht und was diese zum Gegenstand haben.

Geänderter Text

(12) Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte die Definition des Begriffs „illegale Inhalte“ für die Zwecke dieser Verordnung **auf der generellen Vorstellung beruhen, dass alles, was offline illegal ist, auch online illegal sein sollte, wobei sichergestellt werden sollte, dass alles, was offline legal ist, auch online legal sein sollte. Der Begriff „illegale Inhalte“ sollte dementsprechend definiert werden und** auch Informationen im Zusammenhang mit illegalen Inhalten, Produkten, Dienstleistungen **und** Tätigkeiten **umfassen, wenn diese Informationen selbst nicht mit dem geltenden Unionsrecht oder Recht des Mitgliedstaats vereinbar sind.** Insbesondere sollte der Begriff so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale Hassrede, **Material über sexuellen Kindesmissbrauch**, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder **auf rechtswidrige Weise** mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängen, etwa der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, dem Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, der nicht genehmigten Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht. In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung sich aus dem Unionsrecht oder aus mit dem Unionsrecht – **insbesondere der Charta** – im Einklang stehendem nationalem Recht

ergibt, um welche Art von Rechtsvorschriften es geht und was diese zum Gegenstand haben.

Änderungsantrag 8

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 13

Vorschlag der Kommission

(13) Aufgrund der besonderen Merkmale der betreffenden Dienste und der daraus folgenden Notwendigkeit, deren Anbietern bestimmte spezifische Verpflichtungen aufzuerlegen, ist innerhalb der weiter gefassten Kategorie Hosting-Diensteanbieter gemäß der Definition in dieser Verordnung die Unterkategorie Online-Plattformen abzugrenzen. Online-Plattformen wie soziale Netzwerke oder Online-Marktplätze sollten als Hosting-Diensteanbieter definiert werden, die nicht nur im Auftrag der Nutzer von diesen bereitgestellte Informationen speichern, sondern diese Informationen, wiederum im Auftrag der Nutzer, auch öffentlich verbreiten. Um übermäßig weit gefasste Verpflichtungen zu vermeiden, sollten Hosting-Diensteanbieter jedoch nicht als Online-Plattformen betrachtet werden, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nur um eine unbedeutende und mit einem anderen Dienst verbundene reine Nebenfunktion handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen anderen Hauptdienst genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit der Vorschriften dieser Verordnung für Online-Plattformen zu umgehen. Ein Kommentarbereich einer Online-Zeitung etwa könnte eine solche Funktion darstellen, die eindeutig eine Nebenfunktion des Hauptdienstes ist, nämlich der Veröffentlichung von Nachrichten unter der redaktionellen

Geänderter Text

(13) Aufgrund der besonderen Merkmale der betreffenden Dienste und der daraus folgenden Notwendigkeit, deren Anbietern bestimmte spezifische Verpflichtungen aufzuerlegen, ist innerhalb der weiter gefassten Kategorie Hosting-Diensteanbieter gemäß der Definition in dieser Verordnung die Unterkategorie Online-Plattformen abzugrenzen. Online-Plattformen wie soziale Netzwerke, **Plattformen zum Austausch von Inhalten** oder Online-Marktplätze sollten als Hosting-Diensteanbieter definiert werden, die nicht nur im Auftrag der Nutzer von diesen bereitgestellte Informationen speichern, sondern diese Informationen, wiederum im Auftrag der Nutzer, auch öffentlich verbreiten. Um übermäßig weit gefasste Verpflichtungen zu vermeiden, sollten Hosting-Diensteanbieter jedoch nicht als Online-Plattformen betrachtet werden, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nur um eine unbedeutende und mit einem anderen Dienst verbundene reine Nebenfunktion handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen anderen Hauptdienst genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit der Vorschriften dieser Verordnung für Online-Plattformen zu umgehen. Ein Kommentarbereich einer Online-Zeitung etwa könnte eine solche Funktion darstellen, die eindeutig eine Nebenfunktion des Hauptdienstes ist, nämlich der Veröffentlichung von Nachrichten unter der redaktionellen

Änderungsantrag 9

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 14

Vorschlag der Kommission

(14) Der Begriff „öffentliche Verbreitung“ sollte im Sinne dieser Verordnung die Bereitstellung von Informationen für eine potenziell unbegrenzte Zahl von Personen umfassen, also die Bereitstellung eines leichten Zugangs für die Nutzer im Allgemeinen, ohne dass weiteres Tätigwerden durch den Nutzer, der die Informationen bereitstellt, erforderlich wäre; dabei spielt es keine Rolle, ob diese Personen tatsächlich auf die betreffenden Informationen zugreifen. ***Allein die Möglichkeit, Nutzergruppen innerhalb eines bestimmten Dienstes zu schaffen, sollte kein hinreichendes Kriterium dafür sein, dass die auf diese Weise verbreiteten Informationen nicht öffentlich verbreitet werden. Der Begriff sollte jedoch nicht die Verbreitung von Informationen innerhalb geschlossener Gruppen mit einer begrenzten Anzahl an vorab festgelegten Mitgliedern erfassen. Interpersonelle Kommunikationsdienste im Sinne der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁹, etwa E-Mail oder Instant Messaging-Dienste, fallen nicht in den Anwendungsbereich dieser Verordnung.*** Informationen sollten nur dann als öffentlich verbreitet im Sinne dieser Verordnung gelten, wenn dies direkt im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat, geschieht.

Geänderter Text

(14) Der Begriff „öffentliche Verbreitung“ sollte im Sinne dieser Verordnung die Bereitstellung von Informationen für eine potenziell unbegrenzte Zahl von Personen umfassen, also die Bereitstellung eines leichten Zugangs für die Nutzer im Allgemeinen, ohne dass weiteres Tätigwerden durch den Nutzer, der die Informationen bereitstellt, erforderlich wäre; dabei spielt es keine Rolle, ob diese Personen tatsächlich auf die betreffenden Informationen zugreifen. ***Dementsprechend sollte in Fällen, in denen eine Registrierung oder die Aufnahme in eine Nutzergruppe erforderlich ist, um Zugang zu Informationen zu erlangen, nur dann von einer öffentlichen Verbreitung von Informationen ausgegangen werden, wenn die Nutzer, die auf die Informationen zugreifen möchten, automatisch registriert oder aufgenommen werden, ohne dass eine menschliche Entscheidung darüber gefällt wird, wer Zugang erhält. Informationen, die im Wege interpersoneller Kommunikationsdienste im Sinne der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁹ – wie etwa E-Mail oder Instant Messaging-Dienste – ausgetauscht werden, gelten nicht als öffentlich verbreitet.*** Informationen sollten nur dann als öffentlich verbreitet im Sinne dieser Verordnung gelten, wenn dies direkt im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat, geschieht.

³⁹ Richtlinie (EU) 2018/172 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36).

³⁹ Richtlinie (EU) 2018/172 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36).

Änderungsantrag 10

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 15 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(15a) Die Online-Aktivitäten einer Person ermöglichen tiefe Einblicke in ihre Persönlichkeit sowie in ihr Verhalten in der Vergangenheit und in der Zukunft, wodurch es möglich wird, diese Person zu manipulieren. Der hohe Grad an Sensibilität dieser Informationen und das Potenzial zu deren missbräuchlicher Verwendung erfordern einen besonderen Schutz. Im Einklang mit dem Grundsatz der Datensparsamkeit und zur Verhinderung der unbefugten Weitergabe, des Identitätsdiebstahls und anderer Formen der missbräuchlichen Nutzung personenbezogener Daten sollten Nutzer das Recht haben, Dienste der Informationsgesellschaft anonym in Anspruch zu nehmen und zu vergüten, sofern dies mit vertretbarem Aufwand möglich ist. Dies sollte unbeschadet der im Unionsrecht festgelegten Pflichten zum Schutz personenbezogener Daten gelten. Anbieter können eine anonyme Nutzung ihrer Dienste ermöglichen, indem sie davon absehen, personenbezogene Daten zu den Nutzern und ihren Online-Aktivitäten zu erheben, und indem sie die Nutzer nicht daran hindern, anonymisierende Netzwerke für den Zugang zu dem Dienst zu nutzen. Anonyme Zahlungen können zum Beispiel in bar, unter Verwendung bar bezahlter Gutscheine oder über Prepaid-Instrumente erfolgen. Die allgemeine und

anlasslose Erhebung personenbezogener Daten bei jeder Nutzung eines digitalen Dienstes greift unverhältnismäßig stark in das Recht auf Privatsphäre und den Schutz personenbezogener Daten ein. Im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 haben die Nutzer ein Recht darauf, bei der Inanspruchnahme von Diensten der Informationsgesellschaft nicht ständig einer Rückverfolgung ausgesetzt zu sein. Laut der Rechtsprechung zu Kommunikationsmetadaten sollten Anbieter nicht verpflichtet sein, personenbezogene Daten im Zusammenhang mit der Nutzung des Dienstes durch alle Nutzer anlasslos zu speichern. Die Anwendung einer effektiven Ende-zu-Ende-Verschlüsselung von Daten ist für das Vertrauen und die Sicherheit im Internet unerlässlich und verhindert wirksam den unbefugten Zugriff durch Dritte. Auch die missbräuchliche Nutzung von Verschlüsselungstechnologien für unrechtmäßige Zwecke rechtfertigt keine generelle Schwächung der Verschlüsselung.

Änderungsantrag 11

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 15 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(15b) Die auf personenbezogenen Daten wie etwa Daten zum Nutzerverhalten beruhende Ausrichtung auf Einzelpersonen für nicht kommerzielle und politische Zwecke sollte untersagt sein. Irreführende oder verdeckte Werbung für nicht kommerzielle und politische Zwecke stellt eine besondere Kategorie von Online-Bedrohung dar, weil dadurch die zentralen Mechanismen beeinflusst werden, die das Funktionieren unserer demokratischen Gesellschaft

ermöglichen. Die gezielte Ansprache von Minderjährigen auf der Grundlage ihrer personenbezogenen Daten oder die Ausrichtung auf Einzelpersonen auf der Grundlage bestimmter Datenkategorien, die eine Ausrichtung auf schutzbedürftige Gruppen ermöglichen, sollten nicht gestattet sein. Für die gezielte Ansprache von Nutzern zu kommerziellen Zwecken sollte die Einwilligung der Nutzer erforderlich sein. Um sicherzustellen, dass die Nutzer wirklich eine Wahl haben, sollte die Verweigerung der Einwilligung nicht komplizierter sein als deren Erteilung, es sollten keine „Dark Patterns“ zur Beeinflussung der Entscheidung des Nutzers verwendet werden, und die Verweigerung der Einwilligung sollte nicht dazu führen, dass der Zugang zu den Funktionen der Plattform gesperrt wird. Damit Nutzer, die die Einwilligung verweigern, nicht immer wieder aufs Neue um die Einwilligung ersucht werden, sollten auf den Endgeräten vorgenommene Einstellungen, mit denen die Verarbeitung personenbezogener Daten abgelehnt wird, beachtet werden. Die Anzeige kontextbezogener Werbung erfordert keine Verarbeitung personenbezogener Daten und greift daher in geringerem Maße in die Privatsphäre ein.

Änderungsantrag 12

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 18

Vorschlag der Kommission

(18) Die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse sollten nicht gelten, wenn der Anbieter *sich nicht darauf beschränkt, die Dienstleistungen auf neutrale Weise und durch die bloße technische und automatische Verarbeitung der vom Nutzer*

Geänderter Text

(18) Die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse sollten nicht gelten, wenn der Anbieter *von Vermittlungsdiensten über Wissen oder über* die Kontrolle *von* Informationen *verfügt*. Diese Ausschlüsse sollten dementsprechend nicht für die Haftung im

bereitgestellten Informationen zu erbringen, sondern dahingehend eine aktive Rolle einnimmt, dass er Wissen oder Kontrolle über diese Informationen erhält. Diese Ausschlüsse sollten dementsprechend nicht für die Haftung im Zusammenhang mit Informationen gelten, die nicht vom Nutzer bereitgestellt werden, sondern vom Anbieter des Vermittlungsdienstes selbst, auch wenn diese Informationen im Rahmen der redaktionellen Verantwortung dieses Anbieters entwickelt wurden.

Änderungsantrag 13

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 22

Vorschlag der Kommission

(22) Um den Haftungsausschluss für Hosting-Dienste in Anspruch nehmen zu können, sollte der Anbieter unverzüglich tätig werden und ***illegale*** Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren, ***sobald er tatsächliche Kenntnis davon oder Wissen darüber erhält.*** Die Entfernung oder Sperrung des Zugangs sollte unter Beachtung des Grundsatzes der Freiheit der Meinungsäußerung erfolgen. Der Anbieter kann diese tatsächliche Kenntnis oder dieses Wissen insbesondere durch Untersuchungen aus eigener Initiative oder durch Meldungen erhalten, die bei ihm von Personen oder Stellen im Einklang mit dieser Verordnung eingehen, sofern diese Meldungen ausreichend präzise und hinreichend begründet sind, damit ein sorgfältiger Wirtschaftsteilnehmer die mutmaßlich illegalen Inhalte angemessen erkennen und bewerten und gegebenenfalls dagegen vorgehen kann.

Zusammenhang mit Informationen gelten, die nicht vom Nutzer bereitgestellt werden, sondern vom Anbieter des Vermittlungsdienstes selbst, auch wenn diese Informationen im Rahmen der redaktionellen Verantwortung dieses Anbieters entwickelt wurden. ***Die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse sollten nicht auf unklaren Begriffen wie einer „aktiven“, „neutralen“ oder „passiven“ Rolle der Anbieter beruhen.***

Geänderter Text

(22) Um den Haftungsausschluss für Hosting-Dienste in Anspruch nehmen zu können, sollte der Anbieter – ***nachdem er von der Rechtswidrigkeit von Inhalten Kenntnis erlangt hat*** – unverzüglich tätig werden und ***diese*** Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren. Die Entfernung oder Sperrung des Zugangs sollte unter Beachtung des Grundsatzes der Freiheit der Meinungsäußerung ***einschließlich des Rechts, Nachrichten und Ideen ohne Einmischung öffentlicher Stellen zu empfangen und mitzuteilen,*** erfolgen. Der Anbieter kann diese tatsächliche Kenntnis oder dieses Wissen insbesondere durch Untersuchungen aus eigener Initiative oder durch Meldungen erhalten, die bei ihm von Personen oder Stellen im Einklang mit dieser Verordnung eingehen, sofern diese Meldungen ausreichend präzise und hinreichend begründet sind, damit ein sorgfältiger Wirtschaftsteilnehmer die mutmaßlich illegalen Inhalte angemessen erkennen und bewerten und gegebenenfalls dagegen vorgehen kann.

Änderungsantrag 14

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 25

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(25) Um Rechtssicherheit zu schaffen und Abschreckung vor Tätigkeiten zu vermeiden, die Anbieter von Vermittlungsdiensten auf freiwilliger Basis zur Erkennung und Feststellung von illegalen Inhalten sowie zum Vorgehen dagegen durchführen können, sollte präzisiert werden, dass die bloße Durchführung solcher Tätigkeiten durch Anbieter nicht dazu führt, dass die Haftungsausschlüsse gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch genommen werden können, sofern diese Tätigkeiten nach Treu und Glauben und sorgfältig durchgeführt werden. Zudem sollte präzisiert werden, dass das bloße Ergreifen von Maßnahmen durch die Anbieter nach Treu und Glauben zur Einhaltung der Anforderungen des Unionsrechts, einschließlich derer gemäß dieser Verordnung im Hinblick auf ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen, nicht dazu führen sollte, dass diese Ausschlüsse nicht in Anspruch genommen werden können. Jegliche Tätigkeiten und Maßnahmen, die ein Anbieter möglicherweise durchgeführt bzw. ergriffen hat, sollten daher nicht berücksichtigt werden, um zu ermitteln, ob der Anbieter einen Haftungsausschluss in Anspruch nehmen kann, insbesondere in Bezug darauf, ob der Anbieter die Dienstleistung auf neutrale Weise erbringt und die einschlägige Vorschrift daher für ihn gelten kann, ohne dass dies jedoch bedeutet, dass sich der Anbieter zwangsläufig darauf berufen kann. **entfällt**

Änderungsantrag 15

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 27

Vorschlag der Kommission

(27) Seit dem Jahr 2000 wurden neue Technologien entwickelt, die für eine bessere Verfügbarkeit, Wirksamkeit, Geschwindigkeit, Verlässlichkeit, Kapazität und Sicherheit von Systemen für die Übermittlung und Speicherung von Daten im Internet sorgen, wodurch ein immer komplexeres Online-Ökosystem entstanden ist. In dieser Hinsicht sollte daran erinnert werden, dass Anbieter von Diensten zur Bereitstellung und Vereinfachung der zugrunde liegenden logischen Architektur und des reibungslosen Funktionierens des Internets, einschließlich technischer Hilfsfunktionen, ebenfalls die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse in Anspruch nehmen können, sofern ihre Dienste als „reine Durchleitung“, „Caching“ oder „Hosting“ einzuordnen sind. Zu solchen Diensten gehören gegebenenfalls lokale Funknetze (WLAN), DNS-Dienste, die Dienste von Namenregistern der Domäne oberster Stufe und Zertifizierungsstellen, die digitale Zertifikate ausstellen, oder Netze zur Bereitstellung von Inhalten, die Funktionen anderer Anbieter von Vermittlungsdiensten bereitstellen oder verbessern. Auch Dienste für Kommunikationszwecke und die technischen Mittel für ihre Bereitstellung haben sich stark entwickelt und zur Entstehung von Online-Diensten wie der Internet-Sprachtelefonie (VoIP), Nachrichtenübermittlungsdiensten und webgestützten E-Mail-Diensten geführt, bei denen die Kommunikation über einen Internetzugangsdienst ermöglicht wird. Bei diesen Diensten ist ebenfalls eine Inanspruchnahme der Haftungsausschlüsse möglich, sofern sie als „reine Durchleitung“, „Caching“ oder „Hosting“ einzuordnen sind.

Geänderter Text

(27) Seit dem Jahr 2000 wurden neue Technologien entwickelt, die für eine bessere Verfügbarkeit, Wirksamkeit, Geschwindigkeit, Verlässlichkeit, Kapazität und Sicherheit von Systemen für die Übermittlung und Speicherung von Daten im Internet sorgen, wodurch ein immer komplexeres Online-Ökosystem entstanden ist. In dieser Hinsicht sollte daran erinnert werden, dass Anbieter von Diensten zur Bereitstellung und Vereinfachung der zugrunde liegenden logischen Architektur und des reibungslosen Funktionierens des Internets, einschließlich technischer Hilfsfunktionen, ebenfalls die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse in Anspruch nehmen können, sofern ihre Dienste als „reine Durchleitung“, „Caching“ oder „Hosting“ einzuordnen sind. Zu solchen Diensten gehören gegebenenfalls lokale Funknetze (WLAN), DNS-Dienste, die Dienste von Namenregistern der Domäne oberster Stufe und Zertifizierungsstellen, die digitale Zertifikate ausstellen, oder Netze zur Bereitstellung von Inhalten, die Funktionen anderer Anbieter von Vermittlungsdiensten bereitstellen oder verbessern. Auch Dienste für Kommunikationszwecke und die technischen Mittel für ihre Bereitstellung haben sich stark entwickelt und zur Entstehung von Online-Diensten wie der Internet-Sprachtelefonie (VoIP), Nachrichtenübermittlungsdiensten, **Cloud-Infrastrukturdiensten** und webgestützten E-Mail-Diensten geführt, bei denen die Kommunikation über einen Internetzugangsdienst ermöglicht wird. Bei diesen Diensten ist ebenfalls eine Inanspruchnahme der Haftungsausschlüsse möglich, sofern sie als „reine Durchleitung“, „Caching“ oder „Hosting“

einzuordnen sind.

Änderungsantrag 16

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 28

Vorschlag der Kommission

(28) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten **keiner** allgemeinen Überwachungspflicht unterliegen. **Dies betrifft nicht die Überwachungspflichten in spezifischen Fällen und berührt insbesondere nicht Anordnungen, die von nationalen Behörden nach nationalem Recht im Einklang mit den in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen erlassen werden.** Diese Verordnung sollte in keinem Fall so ausgelegt werden, dass sie eine allgemeine Überwachungspflicht, eine Verpflichtung zur aktiven Nachforschung oder eine allgemeine Verpflichtung der Anbieter zum Ergreifen proaktiver Maßnahmen in Bezug auf illegale Inhalte auferlegt.

Geänderter Text

(28) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten **weder de jure noch de facto einer** allgemeinen Überwachungspflicht unterliegen. **Eine De-facto-Verpflichtung würde vorliegen, wenn die Nichteinrichtung einer allgemeinen oder präventiven Überwachungsinfrastruktur unwirtschaftlich wäre, beispielsweise aufgrund der erheblichen Zusatzkosten für den Bedarf an alternativer menschlicher Aufsicht oder aufgrund drohender hoher Schadenersatzleistungen.** Diese Verordnung sollte in keinem Fall so ausgelegt werden, dass sie eine allgemeine Überwachungspflicht, eine Verpflichtung zur aktiven Nachforschung oder eine allgemeine Verpflichtung der Anbieter zum Ergreifen proaktiver Maßnahmen in Bezug auf illegale Inhalte auferlegt.

Änderungsantrag 17

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 28 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(28a) Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten nicht dazu verpflichtet werden, automatisierte Tools für die Moderation von Inhalten zu verwenden, da solche Tools nicht in der Lage sind, die Feinheiten von Inhalten und Bedeutungen in der menschlichen Kommunikation effektiv

nachzuvollziehen, was jedoch erforderlich ist, um festzustellen, ob geprüfte Inhalte gegen das Gesetz oder gegen die Bedingungen für die Verwendung der Dienste verstoßen.

Änderungsantrag 18

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 29

Vorschlag der Kommission

(29) In Abhängigkeit von dem Rechtssystem der Mitgliedstaaten und dem betreffenden Rechtsgebiet können nationale **Justiz- oder Verwaltungsbehörden** die Anbieter von Vermittlungsdiensten anweisen, gegen bestimmte illegale Inhalte vorzugehen oder bestimmte Informationen zur Verfügung zu stellen. Die nationalen Rechtsvorschriften, nach denen solche Anordnungen erlassen werden, unterscheiden sich erheblich und die Anordnungen erfolgen zunehmend im grenzüberschreitenden Kontext. Um sicherzustellen, dass derlei Anordnungen wirksam und effizient befolgt werden können, damit die betreffenden Behörden ihre Aufgaben erfüllen können und die Anbieter keinen unverhältnismäßigen Belastungen ausgesetzt sind, und dabei Auswirkungen auf die Rechte und berechtigten Interessen von Dritten zu vermeiden, ist es erforderlich, bestimmte Bedingungen, denen diese Anordnungen genügen sollten, und einige zusätzliche Anforderungen im Zusammenhang mit der Bearbeitung dieser Anordnungen festzulegen.

Geänderter Text

(29) In Abhängigkeit von dem Rechtssystem der Mitgliedstaaten und dem betreffenden Rechtsgebiet können nationale **Justizbehörden** die Anbieter von Vermittlungsdiensten anweisen, gegen bestimmte illegale Inhalte vorzugehen oder bestimmte Informationen zur Verfügung zu stellen. Die nationalen Rechtsvorschriften, nach denen solche Anordnungen erlassen werden, unterscheiden sich erheblich und die Anordnungen erfolgen zunehmend im grenzüberschreitenden Kontext. Um sicherzustellen, dass derlei Anordnungen wirksam und effizient befolgt werden können, damit die betreffenden Behörden ihre Aufgaben erfüllen können und die Anbieter keinen unverhältnismäßigen Belastungen ausgesetzt sind, und dabei Auswirkungen auf die Rechte und berechtigten Interessen von Dritten zu vermeiden, ist es erforderlich, bestimmte Bedingungen, denen diese Anordnungen genügen sollten, und einige zusätzliche Anforderungen im Zusammenhang mit der Bearbeitung dieser Anordnungen festzulegen.

Änderungsantrag 19

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 30

(30) Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte oder zur Bereitstellung von Informationen sollten im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen werden, insbesondere der Verordnung (EU) 2016/679 und dem in dieser Verordnung festgelegten Verbot allgemeiner Verpflichtungen zur Überwachung von Informationen oder zur aktiven Ermittlung von Tatsachen oder Umständen, die auf illegale Tätigkeiten hindeuten. Die in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen und Anforderungen, die für Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte gelten, lassen andere Rechtsakte der Union unberührt, die ähnliche Mechanismen für das Vorgehen gegen bestimmte Arten illegaler Inhalte vorsehen, etwa die Verordnung (EU) .../... (**vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung** der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte) oder die Verordnung (EU) 2017/2394, mit der spezifische Befugnisse zur Anordnung der Bereitstellung von Informationen an die Verbraucherschutzbehörden der Mitgliedstaaten übertragen werden, während die Bedingungen und Anforderungen, die für Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen gelten, andere Rechtsakte der Union unberührt lassen, die ähnliche einschlägige Vorschriften für bestimmte Sektoren vorsehen. Diese Bedingungen und Anforderungen sollten unbeschadet der Vorschriften des anwendbaren nationalen Rechts zur Speicherung und Aufbewahrung im Einklang mit dem Unionsrecht und Ersuchen von Strafverfolgungsbehörden um vertrauliche Behandlung im Zusammenhang mit der Nichtoffenlegung von Informationen gelten.

(30) Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte oder zur Bereitstellung von Informationen sollten **von benannten zuständigen Behörden** im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen werden, insbesondere der Verordnung (EU) 2016/679 und dem in dieser Verordnung festgelegten Verbot allgemeiner Verpflichtungen zur Überwachung von Informationen oder zur aktiven Ermittlung von Tatsachen oder Umständen, die auf illegale Tätigkeiten hindeuten. Die in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen und Anforderungen, die für Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte gelten, lassen andere Rechtsakte der Union unberührt, die ähnliche Mechanismen für das Vorgehen gegen bestimmte Arten illegaler Inhalte vorsehen, etwa die Verordnung (EU) **2021/784** zur **Bekämpfung** der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte oder die Verordnung (EU) 2017/2394, mit der spezifische Befugnisse zur Anordnung der Bereitstellung von Informationen an die Verbraucherschutzbehörden der Mitgliedstaaten übertragen werden, während die Bedingungen und Anforderungen, die für Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen gelten, andere Rechtsakte der Union unberührt lassen, die ähnliche einschlägige Vorschriften für bestimmte Sektoren vorsehen. Diese Bedingungen und Anforderungen sollten unbeschadet der Vorschriften des anwendbaren nationalen Rechts zur Speicherung und Aufbewahrung im Einklang mit dem Unionsrecht und Ersuchen von Strafverfolgungsbehörden um vertrauliche Behandlung im Zusammenhang mit der Nichtoffenlegung von Informationen gelten.

Änderungsantrag 20

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 30 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(30a) Um widersprüchliche Auslegungen dessen, was illegale Inhalte ausmacht, zu vermeiden und die Zugänglichkeit von Informationen sicherzustellen, die in dem Mitgliedstaat, in dem der Anbieter niedergelassen ist, legal sind, sollten Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte grundsätzlich von den Justizbehörden des Mitgliedstaats erlassen werden, in dem sich die Hauptniederlassung des Anbieters bzw. – falls der Anbieter nicht in der Union niedergelassen ist – sein Rechtsvertreter befindet. Die Justizbehörden anderer Mitgliedstaaten sollten die Möglichkeit haben, Anordnungen zu erlassen, deren Wirkung auf das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats begrenzt ist, in dem die anordnende Justizbehörde ihren Sitz hat. Gegen unrechtmäßige kommerzielle Angebote von Waren und Dienstleistungen sollte mit einer gesonderten Regelung vorgegangen werden.

Änderungsantrag 21

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 31

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(31) Der räumliche Geltungsbereich solcher Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte sollte auf der Grundlage des geltenden Unions- oder nationalen Rechts, das den Erlass der Anordnung ermöglicht, eindeutig festgelegt werden und nicht über das zur Erreichung ihrer Ziele unbedingt erforderliche Maß hinausgehen. In dieser Hinsicht sollte die

(31) Der räumliche Geltungsbereich solcher Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte sollte auf der Grundlage des geltenden Unions- oder nationalen Rechts, das den Erlass der Anordnung ermöglicht, eindeutig festgelegt werden und nicht über das zur Erreichung ihrer Ziele unbedingt erforderliche Maß hinausgehen. In dieser Hinsicht sollte die

ationale Justiz- oder Verwaltungsbehörde, die die Anordnung erlässt, die Ziele der Anordnung im Einklang mit ihrer Rechtsgrundlage gegen die Rechte und berechtigten Interessen aller Dritten abwägen, die von der Anordnung betroffen sein könnten, insbesondere ihre Grundrechte nach der Charta. Kann eine Anordnung, die sich auf spezifische Informationen bezieht, Auswirkungen über das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats der betreffenden Behörde hinaus haben, so sollte die Behörde zudem bewerten, ob diese Informationen auch in anderen betroffenen Mitgliedstaaten illegale Inhalte darstellen könnten und gegebenenfalls sowohl die einschlägigen Vorschriften des Unionsrechts und Völkerrechts als auch die Interessen diplomatischer Gepflogenheiten berücksichtigen.

ationale Justiz- oder Verwaltungsbehörde, die die Anordnung erlässt, die Ziele der Anordnung im Einklang mit ihrer Rechtsgrundlage gegen die Rechte und berechtigten Interessen aller Dritten abwägen, die von der Anordnung betroffen sein könnten, insbesondere ihre Grundrechte nach der Charta. Kann eine Anordnung, die sich auf spezifische Informationen bezieht, Auswirkungen über das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats der betreffenden Behörde hinaus haben, so sollte die Behörde zudem bewerten, ob diese Informationen auch in anderen betroffenen Mitgliedstaaten illegale Inhalte darstellen könnten und gegebenenfalls sowohl die einschlägigen Vorschriften des Unionsrechts, **des mitgliedstaatlichen Rechts** und **des** Völkerrechts als auch die Interessen diplomatischer Gepflogenheiten berücksichtigen. **Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten nicht gesetzlich verpflichtet sein, Inhalte zu entfernen, die im Land ihrer Niederlassung rechtmäßig sind. Die zuständigen Behörden sollten die Sperrung von außerhalb der Union rechtmäßig veröffentlichten Inhalten ausschließlich für das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats anordnen können, in dem diese zuständigen Behörden angesiedelt sind. Dies sollte nicht das Recht der Anbieter berühren, bestimmte Inhalte daraufhin zu prüfen, ob sie mit ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen im Einklang stehen, und Inhalte, bei denen dies nicht der Fall ist, anschließend zu entfernen, obwohl diese Inhalte im Land ihrer Niederlassung nicht unrechtmäßig sind.**

Änderungsantrag 22

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 32

Vorschlag der Kommission

(32) Die in dieser Verordnung geregelten Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen betreffen die Vorlage spezifischer Informationen über einzelne Nutzer der betreffenden Vermittlungsdienste, die in diesen Anordnungen genannt sind, um festzustellen, ob die Nutzer die anwendbaren Rechtsvorschriften auf Unions- oder nationaler Ebene einhalten. Daher sollten Anordnungen bezüglich Informationen über eine Gruppe von Nutzern, die nicht im Einzelnen genannt werden, einschließlich Anordnungen über die Bereitstellung von für statistische Zwecke oder eine faktengestützte Politikgestaltung erforderlichen aggregierten Informationen, von den Vorschriften dieser Verordnung über die Bereitstellung von Informationen unberührt bleiben.

Geänderter Text

(32) Die in dieser Verordnung geregelten Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen betreffen die Vorlage spezifischer Informationen über einzelne Nutzer der betreffenden Vermittlungsdienste, die in diesen Anordnungen genannt sind, um festzustellen, ob die Nutzer die anwendbaren Rechtsvorschriften auf Unions- oder nationaler Ebene einhalten. Daher sollten Anordnungen bezüglich **nicht personenbezogener** Informationen über eine Gruppe von Nutzern, die nicht im Einzelnen genannt werden, einschließlich Anordnungen über die Bereitstellung von für statistische Zwecke oder eine faktengestützte Politikgestaltung erforderlichen aggregierten Informationen, von den Vorschriften dieser Verordnung über die Bereitstellung von Informationen unberührt bleiben.

Änderungsantrag 23

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 33**

Vorschlag der Kommission

(33) Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte und zur Bereitstellung von Informationen unterliegen den Vorschriften zur Wahrung der Zuständigkeit des Mitgliedstaats, in dem der Anbieter niedergelassen ist, und zur Festlegung möglicher Ausnahmen von dieser Zuständigkeit in bestimmten Fällen gemäß Artikel 3 der Richtlinie 2000/31/EG, sofern die Bedingungen des genannten Artikels erfüllt sind. Da sich die betreffenden Anordnungen auf bestimmte illegale Inhalte bzw. bestimmte Informationen beziehen, beschränken Anordnungen, die an in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassene Anbieter gerichtet sind,

Geänderter Text

(33) Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte und zur Bereitstellung von Informationen unterliegen den Vorschriften zur Wahrung der Zuständigkeit des Mitgliedstaats, in dem der Anbieter niedergelassen ist, und zur Festlegung möglicher Ausnahmen von dieser Zuständigkeit in bestimmten Fällen gemäß Artikel 3 der Richtlinie 2000/31/EG, sofern die Bedingungen des genannten Artikels erfüllt sind. Da sich die betreffenden Anordnungen auf bestimmte **nach Unionsrecht bzw. mitgliedstaatlichem Recht** illegale Inhalte bzw. bestimmte Informationen beziehen, beschränken Anordnungen, die an in einem anderen

grundsätzlich nicht die Freiheit dieser Anbieter, ihre Dienste grenzüberschreitend zu erbringen. Die Vorschriften des Artikels 3 der Richtlinie 2000/31/EG, einschließlich derer über die Notwendigkeit, Maßnahmen zu rechtfertigen, die aus bestimmten genau festgelegten Gründen eine Ausnahme von der Zuständigkeit des Mitgliedstaats, in dem der Anbieter niedergelassen ist, darstellen und über die Mitteilung solcher Maßnahmen, gelten daher nicht für diese Anordnungen.

Mitgliedstaat niedergelassene Anbieter **von Vermittlungsdiensten** gerichtet sind, grundsätzlich nicht die Freiheit dieser Anbieter, ihre Dienste grenzüberschreitend zu erbringen. Die Vorschriften des Artikels 3 der Richtlinie 2000/31/EG, einschließlich derer über die Notwendigkeit, Maßnahmen zu rechtfertigen, die aus bestimmten genau festgelegten Gründen eine Ausnahme von der Zuständigkeit des Mitgliedstaats, in dem der Anbieter niedergelassen ist, darstellen, und über die Mitteilung solcher Maßnahmen, gelten daher nicht für diese Anordnungen.

Änderungsantrag 24

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 36

Vorschlag der Kommission

(36) Um die reibungslose und wirksame Kommunikation im Zusammenhang mit den Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen, zu **gewährleisten**, sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten verpflichtet werden, eine zentrale Kontaktstelle einzurichten und einschlägige Informationen zu ihrer Kontaktstelle zu veröffentlichen, einschließlich der für diese Kommunikation zu verwendenden Sprachen. Die Kontaktstelle kann auch von vertrauenswürdigen Hinweisgebern und Gewerbetreibenden, die in einer bestimmten Beziehung zum Anbieter von Vermittlungsdiensten stehen, genutzt werden. Im Gegensatz zum Rechtsvertreter sollte die Kontaktstelle operativen Zwecken dienen und benötigt nicht unbedingt einen physischen Standort.

Geänderter Text

(36) Um die reibungslose und wirksame Kommunikation im Zusammenhang mit den Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen, zu **erleichtern**, sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten verpflichtet werden, eine zentrale Kontaktstelle einzurichten und einschlägige **und aktuelle** Informationen zu ihrer Kontaktstelle zu veröffentlichen, einschließlich der für diese Kommunikation zu verwendenden Sprachen. **Diese Informationen sollten dem Koordinator für digitale Dienste im Niederlassungsmitgliedstaat übermittelt werden.** Die Kontaktstelle kann auch von vertrauenswürdigen Hinweisgebern und Gewerbetreibenden, die in einer bestimmten Beziehung zum Anbieter von Vermittlungsdiensten stehen, genutzt werden. Im Gegensatz zum Rechtsvertreter sollte die Kontaktstelle operativen Zwecken dienen und benötigt nicht unbedingt einen physischen Standort.

Änderungsantrag 25

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 38

Vorschlag der Kommission

(38) Während die Vertragsfreiheit für Anbieter von Vermittlungsdiensten grundsätzlich geachtet werden sollte, ist es angemessen, für den Inhalt, die Anwendung und die Durchsetzung der allgemeinen Geschäftsbedingungen dieser Anbieter bestimmte Vorschriften festzulegen, um für Transparenz, den Schutz der Nutzer und die Vermeidung von unlauteren oder willkürlichen Ergebnissen zu sorgen.

Geänderter Text

(38) Während die Vertragsfreiheit für Anbieter von Vermittlungsdiensten grundsätzlich geachtet werden sollte, ist es angemessen, für den Inhalt, die Anwendung und die Durchsetzung der allgemeinen Geschäftsbedingungen dieser Anbieter bestimmte Vorschriften festzulegen, um für Transparenz, den Schutz der Nutzer und die Vermeidung von unlauteren oder willkürlichen Ergebnissen zu sorgen. ***Außerdem sollte eine Zusammenfassung der allgemeinen Geschäftsbedingungen veröffentlicht werden. Um das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung zu wahren, sollte es Anbietern nicht gestattet sein, legale Inhalte willkürlich zu entfernen oder gegen jemanden vorzugehen, der sie bereitstellt. Das Vorgehen gegen legale Informationen ist nur dann vertretbar, wenn diese Informationen nicht mit dem ausgewiesenen Zweck des Dienstes vereinbar sind. Im Falle eines Online-Forums, dessen Zweck darin besteht, ein bestimmtes Thema zu erörtern, kann beispielsweise eine Unvereinbarkeit mit dem Zweck des Dienstes vorliegen, wenn Informationen zu damit nicht zusammenhängenden Themen bereitgestellt werden.***

Änderungsantrag 26

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 39

Vorschlag der Kommission

(39) Um ein angemessenes Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, sollten die Anbieter von

Geänderter Text

(39) Um ein angemessenes Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, sollten die Anbieter von

Vermittlungsdiensten im Einklang mit den harmonisierten Anforderungen dieser Verordnung jährlich Bericht über die von ihnen betriebene Moderation von Inhalten erstatten, **einschließlich der** Maßnahmen, die sie zur Anwendung und Durchsetzung ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen ergreifen. Um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden, sollten diese Transparenzberichtspflichten nicht für Anbieter gelten, die Kleinstunternehmen oder kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission⁴⁰ sind.

⁴⁰ Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).

Vermittlungsdiensten im Einklang mit den harmonisierten Anforderungen dieser Verordnung jährlich Bericht über die von ihnen betriebene Moderation von Inhalten erstatten **sowie über die** Maßnahmen, die sie zur Anwendung und Durchsetzung ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen ergreifen. **Anbieter, die ihre Dienste in mehr als einem Mitgliedstaat anbieten, sollten eine Aufschlüsselung der Informationen nach Mitgliedstaat vorlegen.** Um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden, sollten diese Transparenzberichtspflichten **jedoch** nicht für Anbieter gelten, die Kleinstunternehmen oder kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission⁴⁰ sind.

⁴⁰ Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).

Änderungsantrag 27

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 40

Vorschlag der Kommission

(40) Hosting-Diensteanbieter spielen beim Umgang mit illegalen Online-Inhalten eine besonders wichtige Rolle, da sie im Auftrag der Nutzer von diesen übermittelte Informationen speichern und üblicherweise anderen Nutzern – manchmal in großem Umfang – den Zugang zu diesen Informationen ermöglichen. Es ist wichtig, dass sämtliche Hosting-Diensteanbieter, ungeachtet ihrer Größe, benutzerfreundliche Melde- und Abhilfeverfahren schaffen, die es erleichtern, dem Hosting-Diensteanbieter

Geänderter Text

(40) Hosting-Diensteanbieter spielen beim Umgang mit illegalen Online-Inhalten eine besonders wichtige Rolle, da sie im Auftrag der Nutzer von diesen übermittelte Informationen speichern und üblicherweise anderen Nutzern – manchmal in großem Umfang – den Zugang zu diesen Informationen ermöglichen. Es ist wichtig, dass sämtliche Hosting-Diensteanbieter, ungeachtet ihrer Größe, benutzerfreundliche Melde- und Abhilfeverfahren schaffen, die es erleichtern, dem Hosting-Diensteanbieter

bestimmte Informationen zu melden, die die meldende Partei als illegale Inhalte ansieht (im Folgenden „Meldung“), woraufhin der Anbieter entscheiden kann, ob er der Bewertung zustimmt und diese Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren möchte (im Folgenden „Abhilfe“). ***Sofern die Anforderungen an Meldungen erfüllt sind, sollte es Einzelpersonen oder Einrichtungen möglich sein, mehrere bestimmte mutmaßlich illegale Inhalte in einem zu melden.*** Die Verpflichtung zur Schaffung eines Melde- und Abhilfeverfahrens sollte etwa für Datenspeicher- und Weitergabedienste, Web-Hosting-Dienste, Werbeserver und Pastebin-Dienste gelten, sofern sie als von dieser Verordnung erfasste Anbieter von Hosting-Diensten einzustufen sind.

Änderungsantrag 28

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 41

Vorschlag der Kommission

(41) Die Vorschriften zu solchen Melde- und Abhilfeverfahren sollten auf Unionsebene harmonisiert werden, um die rasche, sorgfältige und ***objektive*** Bearbeitung von Meldungen auf der Grundlage einheitlicher, transparenter und klarer Regeln zu gewährleisten, die belastbare Mechanismen zum Schutz der Rechte und berechtigten Interessen sämtlicher betroffener Parteien unabhängig von dem Mitgliedstaat, in dem diese Parteien ansässig oder niedergelassen sind und von dem betreffenden Rechtsgebiet schaffen, insbesondere zum Schutz ihrer Grundrechte aus der Charta. Zu diesen Grundrechten gehören gegebenenfalls das Recht der Nutzer auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit, ihr Recht auf die Achtung des Privat- und Familienlebens, ihr Recht auf Schutz personenbezogener

bestimmte Informationen zu melden, die die meldende Partei als illegale Inhalte ansieht (im Folgenden „Meldung“), woraufhin der Anbieter entscheiden kann, ob er der Bewertung zustimmt und diese Inhalte ***entsprechend*** entfernen oder den Zugang dazu sperren möchte (im Folgenden „Abhilfe“). Die Verpflichtung zur Schaffung eines Melde- und Abhilfeverfahrens sollte etwa für Datenspeicher- und Weitergabedienste, Web-Hosting-Dienste, Werbeserver und Pastebin-Dienste gelten, sofern sie als von dieser Verordnung erfasste Anbieter von Hosting-Diensten einzustufen sind.

Geänderter Text

(41) Die Vorschriften zu solchen Melde- und Abhilfeverfahren sollten auf Unionsebene harmonisiert werden, um die rasche, sorgfältige, ***nicht willkürliche*** und ***diskriminierungsfreie*** Bearbeitung von Meldungen auf der Grundlage einheitlicher, transparenter und klarer Regeln zu gewährleisten, die belastbare Mechanismen zum Schutz der Rechte und berechtigten Interessen sämtlicher betroffener Parteien unabhängig von dem Mitgliedstaat, in dem diese Parteien ansässig oder niedergelassen sind, und von dem betreffenden Rechtsgebiet schaffen, insbesondere zum Schutz ihrer Grundrechte aus der Charta. Zu diesen Grundrechten gehören gegebenenfalls das Recht der Nutzer auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit, ihr Recht auf die Achtung des Privat- und Familienlebens,

Daten, ihr Recht auf Nichtdiskriminierung und ihr Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf, zudem die unternehmerische Freiheit, einschließlich der Vertragsfreiheit, der Anbieter von Vermittlungsdiensten und die Menschenwürde, die Rechte des Kindes, das Recht auf Schutz des Eigentums, einschließlich des geistigen Eigentums, und das Recht auf Nichtdiskriminierung der von illegalen Inhalten betroffenen Parteien.

ihr Recht auf Schutz personenbezogener Daten, ihr Recht auf Nichtdiskriminierung und ihr Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf, zudem die unternehmerische Freiheit, einschließlich der Vertragsfreiheit, der Anbieter von Vermittlungsdiensten und die Menschenwürde, die Rechte des Kindes, das Recht auf Schutz des Eigentums, einschließlich des geistigen Eigentums, und das Recht auf Nichtdiskriminierung der von illegalen Inhalten betroffenen Parteien.

Änderungsantrag 29

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 42

Vorschlag der Kommission

(42) Wenn ein Hosting-Diensteanbieter entscheidet, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen, etwa nach Erhalt einer Meldung oder auf eigene Initiative, zu entfernen **oder** den Zugang dazu zu sperren, **auch unter Einsatz automatisierter Mittel**, so sollte der Anbieter den Nutzer über seine Entscheidung, die Gründe dafür und die **verfügbaren** Rechtsbehelfsmöglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidung im Hinblick auf mögliche negative Folgen für den Nutzer, einschließlich bezüglich der Ausübung seines Grundrechts auf freie Meinungsäußerung, informieren. Diese Verpflichtung sollte unabhängig von den Gründen für die Entscheidung gelten, insbesondere davon, ob die Abhilfe durchgeführt wurde, weil die gemeldeten Informationen als illegale Inhalte oder als nicht mit den geltenden allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbar angesehen werden. Die verfügbaren Rechtsmittel zur Anfechtung der Entscheidung des Hosting-Diensteanbieters sollten stets gerichtliche Rechtsbehelfe

Geänderter Text

(42) Wenn ein Hosting-Diensteanbieter entscheidet, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen, etwa nach Erhalt einer Meldung oder auf eigene Initiative, zu entfernen, den Zugang dazu zu sperren **oder diesbezügliche Vorschläge von Empfehlungssystemen einzuschränken**, so sollte der Anbieter den Nutzer **und nach Möglichkeit die meldende Person auf klare und benutzerfreundliche Weise** über seine Entscheidung, die Gründe dafür und die **dem Nutzer zur Verfügung stehenden** Rechtsbehelfsmöglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidung im Hinblick auf mögliche negative Folgen für den Nutzer, einschließlich bezüglich der Ausübung seines Grundrechts auf freie Meinungsäußerung, informieren. Diese Verpflichtung sollte unabhängig von den Gründen für die Entscheidung gelten, insbesondere davon, ob die Abhilfe durchgeführt wurde, weil die gemeldeten Informationen als illegale Inhalte oder als nicht mit den geltenden allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbar angesehen werden. **Diese Verpflichtung**

umfassen.

sollte nicht gelten, wenn der Nutzer in der Vergangenheit wiederholt offensichtlich illegale Inhalte bereitgestellt hat oder wenn die Entfernung auf einer Anordnung, gegen illegale Inhalte vorzugehen, beruht und die zuständige anordnende Behörde beschlossen hat, aus Gründen der öffentlichen Sicherheit keine Informationen offenzulegen. Die verfügbaren Rechtsmittel zur Anfechtung der Entscheidung des Hosting-Diansteanbieters sollten stets gerichtliche Rechtsbehelfe umfassen. Die Einschränkung der Vorschläge von Empfehlungssystemen kann beispielsweise durch Praktiken des „Shadow Banning“ von Inhalten erfolgen.

Änderungsantrag 30

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 42 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(42a) Bei der Moderation von Inhalten sollten von Plattformen freiwillig angewendete Mechanismen prinzipiell keine Ex-ante-Kontrollmaßnahmen nach sich ziehen, die sich auf automatisierte Tools oder das Filtern hochgeladener Inhalte stützen. Automatisierte Tools sind derzeit nicht in der Lage, illegale Inhalte von Inhalten zu unterscheiden, die in einem gegebenen Kontext legal sind, sodass immer wieder übermäßig viele legale Inhalte gesperrt werden. Die menschliche Überprüfung automatisch erstellter Berichte durch Diansteanbieter oder ihre Auftragnehmer löst dieses Problem nicht vollständig, zumal wenn die Überprüfung an Mitarbeiter privater Auftragnehmer ausgelagert wird, denen es an Unabhängigkeit, Qualifikation und Rechenschaftspflicht mangelt. Ex-ante-Kontrollmaßnahmen, die auf automatisierten Tools oder dem Filtern

hochgeladener Inhalte beruhen, sollten so ausgelegt werden, dass die Veröffentlichung einer automatisierten Entscheidung unterliegt. Sie sollten in Ausnahmefällen gestattet sein, wenn die automatisierte Entscheidung für einen begrenzten Zeitraum wirksam ist, einer menschlichen Überprüfung unterzogen wird und verlässlich auf Informationen beschränkt ist, die zuvor als offensichtlich illegal eingestuft wurden, und zwar unabhängig von ihrem Kontext, der Identität und der Absicht des Nutzers, der sie bereitstellt. Das Filtern automatisiert bereitgestellter Inhalte wie Spam sollte erlaubt sein. Sofern automatisierte Tools für die Ex-post-Moderation von Inhalten verwendet werden, sollte der Anbieter sicherstellen, dass alle zu ergreifenden Abhilfemaßnahmen einer menschlichen Entscheidung unterliegen und legale Inhalte geschützt werden.

Änderungsantrag 31

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 43

Vorschlag der Kommission

(43) Um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden, sollten die zusätzlichen Verpflichtungen für Online-Plattformen im Rahmen dieser Verordnung nicht für Kleinunternehmen und kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission⁴¹ gelten, es sei denn ihre Reichweite und Wirkung sind so erheblich, dass sie die Kriterien für eine Einstufung als sehr große Online-Plattformen im Sinne dieser Verordnung erfüllen. Die in der genannten Empfehlung enthaltenen Konsolidierungsvorschriften tragen dazu bei, sicherzustellen, dass jeglicher Umgehung dieser zusätzlichen Verpflichtungen vorgebeugt wird. Dass Kleinunternehmen und kleine

Geänderter Text

(43) Um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden, sollten die zusätzlichen Verpflichtungen für Online-Plattformen im Rahmen dieser Verordnung nicht für Kleinunternehmen und kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission⁴¹ gelten, es sei denn, ihre Reichweite und Wirkung sind so erheblich, dass sie **mehr als 4,5 Millionen Nutzer in der Union haben oder** die Kriterien für eine Einstufung als sehr große Online-Plattformen im Sinne dieser Verordnung erfüllen. Die in der genannten Empfehlung enthaltenen Konsolidierungsvorschriften tragen dazu bei, sicherzustellen, dass jeglicher Umgehung dieser zusätzlichen Verpflichtungen vorgebeugt wird. Dass

Unternehmen von diesen zusätzlichen Verpflichtungen ausgenommen sind, sollte nicht dahingehend ausgelegt werden, dass ihre Fähigkeit beeinträchtigt wäre, auf freiwilliger Basis ein System einzurichten, das einer oder mehreren dieser Verpflichtungen genügt.

⁴¹ Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).

Änderungsantrag 32

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 44

Vorschlag der Kommission

(44) Die Nutzer sollten in der Lage sein, bestimmte Entscheidungen von Online-Plattformen, die sich negativ auf sie auswirken, einfach und wirksam anzufechten. Die Online-Plattformen sollten daher verpflichtet werden, interne Beschwerdemanagementsysteme einzurichten, die bestimmte Bedingungen erfüllen, um sicherzustellen, dass diese Systeme leicht zugänglich sind und zu raschen und fairen Ergebnissen führen. Zudem sollte die Möglichkeit einer außergerichtlichen Beilegung von Streitigkeiten, einschließlich solcher Streitigkeiten, die über die internen Beschwerdemanagementsysteme nicht zufriedenstellend beigelegt werden konnten, durch zertifizierte Stellen vorgesehen werden, die über die erforderliche Unabhängigkeit sowie die nötigen Mittel und Fachkenntnisse verfügen, ihre Tätigkeiten auf faire, rasche und kosteneffiziente Weise durchzuführen. Die so geschaffenen Möglichkeiten zur

Kleinstunternehmen und kleine Unternehmen von diesen zusätzlichen Verpflichtungen ausgenommen sind, sollte nicht dahingehend ausgelegt werden, dass ihre Fähigkeit beeinträchtigt wäre, auf freiwilliger Basis ein System einzurichten, das einer oder mehreren dieser Verpflichtungen genügt.

⁴¹ Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).

Geänderter Text

(44) Die Nutzer **und Organisationen oder öffentliche Stellen, die Verbraucherinteressen vertreten und von einem Mitgliedstaat zur Einreichung von Verbandsklagen befähigt wurden**, sollten in der Lage sein, bestimmte Entscheidungen von Online-Plattformen, die sich negativ auf sie auswirken, einfach und wirksam anzufechten. Die Online-Plattformen sollten daher verpflichtet werden, interne Beschwerdemanagementsysteme einzurichten, die bestimmte Bedingungen erfüllen, um sicherzustellen, dass diese Systeme leicht zugänglich sind und zu raschen und fairen Ergebnissen führen. **Diese Systeme sollten auch meldenden Personen offenstehen.** Zudem sollte die Möglichkeit einer außergerichtlichen Beilegung von Streitigkeiten, einschließlich solcher Streitigkeiten, die über die internen Beschwerdemanagementsysteme nicht zufriedenstellend beigelegt werden

Anfechtung der Entscheidungen von Online-Plattformen sollten die Möglichkeit des gerichtlichen Rechtsbehelfs im Einklang mit **den Rechtsvorschriften des betreffenden Mitgliedstaats** ergänzen, doch in jeder Hinsicht unberührt lassen.

konnten, durch zertifizierte Stellen vorgesehen werden, die über die erforderliche Unabhängigkeit sowie die nötigen Mittel und Fachkenntnisse verfügen, ihre Tätigkeiten auf faire, rasche und kosteneffiziente Weise durchzuführen. Die so geschaffenen Möglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidungen von Online-Plattformen sollten die Möglichkeit des gerichtlichen Rechtsbehelfs im Einklang mit **dem anwendbaren Recht** ergänzen, doch in jeder Hinsicht unberührt lassen. **Den betreffenden Online-Plattformen sollte zusätzlich die Möglichkeit des gerichtlichen Rechtsbehelfs gegen diese Entscheidungen im Einklang mit dem anwendbaren Recht offenstehen.**

Änderungsantrag 33

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 46

Vorschlag der Kommission

(46) Abhilfe bei illegalen Inhalten kann schneller und zuverlässiger erfolgen, wenn Online-Plattformen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass von vertrauenswürdigen Hinweisgebern im Rahmen der in dieser Verordnung vorgeschriebenen Melde- und Abhilfemechanismen eingereichte Meldungen vorrangig bearbeitet werden, unbeschadet der Verpflichtung, sämtliche über diese Mechanismen eingereichte Meldungen rasch, sorgfältig und objektiv zu bearbeiten und Entscheidungen dazu zu treffen. Dieser Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers sollte nur an Stellen, nicht an Einzelpersonen, vergeben werden, die unter anderem nachgewiesen haben, dass sie über besondere Sachkenntnis und Kompetenz im Umgang mit illegalen Inhalten verfügen, dass sie kollektive Interessen vertreten und dass sie ihre Tätigkeit

Geänderter Text

(46) Abhilfe bei illegalen Inhalten kann schneller und zuverlässiger erfolgen, wenn Online-Plattformen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass von vertrauenswürdigen Hinweisgebern, **die innerhalb ihres ausgewiesenen Fachgebiets handeln**, im Rahmen der in dieser Verordnung vorgeschriebenen Melde- und Abhilfemechanismen eingereichte Meldungen vorrangig bearbeitet werden, unbeschadet der Verpflichtung, sämtliche über diese Mechanismen eingereichte Meldungen rasch, sorgfältig und objektiv zu bearbeiten und Entscheidungen dazu zu treffen. Dieser Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers sollte nur an Stellen, nicht an Einzelpersonen, vergeben werden, die unter anderem nachgewiesen haben, dass sie über besondere Sachkenntnis und Kompetenz im Umgang mit illegalen Inhalten

sorgfältig und objektiv durchführen. Es kann sich dabei um öffentliche Stellen handeln, bei terroristischen Inhalten etwa die Meldestellen für Internetinhalte der nationalen Strafverfolgungsbehörden oder der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), oder um Nichtregierungsorganisationen und halböffentliche Stellen, etwa Organisationen, die Teil des INHOPE-Meldestellennetzes zur Meldung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch sind, oder Organisationen für die Meldung illegaler rassistischer und fremdenfeindlicher Darstellungen im Internet. Bei Rechten des geistigen Eigentums könnten Branchenorganisationen und Organisationen von **Rechtsinhabern** den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers erhalten, sofern sie nachgewiesen haben, dass sie die geltenden Bedingungen erfüllen. Die Vorschriften dieser Verordnung in Bezug auf vertrauenswürdige Hinweisgeber sollten nicht so ausgelegt werden, dass sie die Online-Plattformen daran hindern, Meldungen von Stellen oder Einzelpersonen ohne den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers im Sinne dieser Verordnung auf ähnliche Weise zu behandeln oder im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates⁴³, auf andere Art mit weiteren Stellen zusammenzuarbeiten.

⁴³ Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der

verfügen, dass sie kollektive Interessen vertreten und dass sie ihre Tätigkeit sorgfältig und objektiv durchführen. Es kann sich dabei um öffentliche Stellen handeln, bei terroristischen Inhalten etwa die Meldestellen für Internetinhalte der nationalen Strafverfolgungsbehörden oder der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), oder um Nichtregierungsorganisationen und halböffentliche Stellen, etwa Organisationen, die Teil des INHOPE-Meldestellennetzes zur Meldung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch sind, oder Organisationen für die Meldung illegaler rassistischer und fremdenfeindlicher Darstellungen im Internet. Bei Rechten des geistigen Eigentums könnten Branchenorganisationen und Organisationen von **Rechteinhabern** den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers erhalten, sofern sie nachgewiesen haben, dass sie die geltenden Bedingungen erfüllen. Die Vorschriften dieser Verordnung in Bezug auf vertrauenswürdige Hinweisgeber sollten nicht so ausgelegt werden, dass sie die Online-Plattformen daran hindern, Meldungen von Stellen oder Einzelpersonen ohne den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers im Sinne dieser Verordnung auf ähnliche Weise zu behandeln oder im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates⁴³, auf andere Art mit weiteren Stellen zusammenzuarbeiten.

⁴³ Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der

Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).

Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).

Änderungsantrag 34

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 47

Vorschlag der Kommission

(47) Der Missbrauch von Diensten von Online-Plattformen durch die häufige Bereitstellung von offensichtlich illegalen Inhalten oder die häufige Einreichung von offensichtlich unbegründeten Meldungen oder Beschwerden über die jeweiligen durch diese Verordnung eingerichteten Mechanismen und Systeme **führt** zu Vertrauensverlust und der Beeinträchtigung der Rechte und berechtigten Interessen der betroffenen Parteien. Daher **ist es erforderlich**, angemessene **und** verhältnismäßige Vorkehrungen zum Schutz vor solchem Missbrauch einzurichten. Inhalte sollten als offensichtlich illegal und Meldungen oder Beschwerden als offensichtlich unbegründet gelten, wenn es für einen Laien ohne inhaltliche Analyse klar ersichtlich ist, dass die Inhalte illegal bzw. die Meldungen oder Beschwerden unbegründet sind. Unter bestimmten Bedingungen sollten Online-Plattformen ihre einschlägigen Dienste für die an missbräuchlichem Verhalten beteiligte Person vorübergehend **aussetzen**. **Die Freiheit der Online-Plattformen, ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen festzulegen und strengere Maßnahmen im Falle offensichtlich illegaler Inhalte im Zusammenhang mit schweren Straftaten zu ergreifen bleibt hiervon unberührt.** Aus Transparenzgründen sollte diese Möglichkeit klar und hinreichend präzise in den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Online-Plattformen festgelegt werden.

Geänderter Text

(47) Der Missbrauch von Diensten von Online-Plattformen durch die häufige Bereitstellung von offensichtlich illegalen Inhalten oder die häufige Einreichung von offensichtlich unbegründeten Meldungen oder Beschwerden über die jeweiligen durch diese Verordnung eingerichteten Mechanismen und Systeme **könnte** zu Vertrauensverlust und der Beeinträchtigung der Rechte und berechtigten Interessen der betroffenen Parteien **führen**. Daher **sollten Online-Plattformen befugt sein**, angemessene, verhältnismäßige **und zuverlässige** Vorkehrungen zum Schutz vor solchem Missbrauch einzurichten. Inhalte sollten als offensichtlich illegal und Meldungen oder Beschwerden als offensichtlich unbegründet gelten, wenn es für einen Laien ohne inhaltliche Analyse klar ersichtlich ist, dass die Inhalte illegal bzw. die Meldungen oder Beschwerden unbegründet sind. Unter bestimmten Bedingungen sollten Online-Plattformen **dazu befugt sein**, ihre einschlägigen Dienste für die an missbräuchlichem Verhalten beteiligte Person vorübergehend **auszusetzen**. Aus Transparenzgründen sollte diese Möglichkeit klar und hinreichend präzise in den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Online-Plattformen festgelegt werden. Bei den Entscheidungen der Online-Plattformen diesbezüglich sollten stets Rechtsbehelfe möglich sein und sie sollten der Aufsicht **durch den** zuständigen **Koordinator** für

Bei den Entscheidungen der Online-Plattformen diesbezüglich sollten stets Rechtsbehelfe möglich sein und sie sollten der Aufsicht *des* zuständigen **Koordinators** für digitale Dienste unterliegen. Die Vorschriften dieser Verordnung über Missbrauch sollten Online-Plattformen nicht daran hindern, andere Maßnahmen zu ergreifen, um im Einklang mit dem geltenden Unionsrecht und dem geltenden nationalen Recht gegen die Bereitstellung illegaler Inhalte oder den sonstigen Missbrauch ihrer Dienste durch die Nutzer vorzugehen. Diese Vorschriften lassen jegliche im Unionsrecht oder im nationalen Recht vorgesehenen Möglichkeiten unberührt, die am Missbrauch beteiligten Personen haftbar zu machen, einschließlich für Schadensersatz.

Änderungsantrag 35

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 48

Vorschlag der Kommission

(48) Eine Online-Plattform könnte in bestimmten Fällen, etwa über eine Meldung durch eine meldende Partei oder durch ihre eigenen freiwilligen Maßnahmen, Kenntnis von Informationen über bestimmte Tätigkeiten eines Nutzers erhalten, etwa die Bereitstellung bestimmter Arten illegaler Inhalte, die unter Berücksichtigung aller relevanten Umstände, von *der* eine Online-Plattform Kenntnis hat, den Verdacht angemessen rechtfertigen, dass *der Nutzer* eine schwere Straftat ***begangen hat, begeht oder vermutlich begehen wird, die das Leben oder die Sicherheit von Personen*** in Gefahr bringt, wie eine der in der Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁴ genannten Straftaten. In solchen Fällen sollte die Online-Plattform die zuständigen Strafverfolgungsbehörden unverzüglich

digitale Dienste unterliegen. Die Vorschriften dieser Verordnung über Missbrauch sollten Online-Plattformen nicht daran hindern, andere Maßnahmen zu ergreifen, um im Einklang mit dem geltenden Unionsrecht und dem geltenden nationalen Recht gegen die Bereitstellung ***offensichtlich*** illegaler Inhalte oder den sonstigen Missbrauch ihrer Dienste durch die Nutzer vorzugehen. Diese Vorschriften lassen jegliche im Unionsrecht oder im nationalen Recht vorgesehenen Möglichkeiten unberührt, die am Missbrauch beteiligten Personen haftbar zu machen, einschließlich für Schadensersatz.

Geänderter Text

(48) Eine Online-Plattform könnte in bestimmten Fällen, etwa über eine Meldung durch eine meldende Partei oder durch ihre eigenen freiwilligen Maßnahmen, Kenntnis von Informationen über bestimmte Tätigkeiten eines Nutzers erhalten, etwa die Bereitstellung bestimmter Arten illegaler Inhalte, die unter Berücksichtigung aller relevanten Umstände, von *denen* eine Online-Plattform Kenntnis hat, den Verdacht angemessen rechtfertigen, dass eine schwere Straftat ***unmittelbar droht, die das Leben einer Person, einschließlich schutzbedürftiger Nutzer wie etwa Kindern, in Gefahr bringt, wie beispielsweise*** eine der in der Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁴ genannten Straftaten. In solchen Fällen sollte die Online-Plattform die zuständigen

über einen solchen Verdacht informieren und ihnen **alle einschlägigen ihr verfügbaren** Informationen übermitteln, **gegebenenfalls auch die jeweiligen Inhalte und eine Erläuterung ihres Verdachts**. Diese Verordnung bildet keine Rechtsgrundlage für die Erstellung von Profilen von Nutzern für eine mögliche Feststellung von Straftaten durch Online-Plattformen. Online-Plattformen sollten auch andere anwendbare Vorschriften des Unionsrechts oder des nationalen Rechts zum Schutz der Rechte und Freiheiten von Einzelpersonen beachten, wenn sie die Strafverfolgungsbehörden informieren.

⁴⁴ Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI des Rates (ABl. L 335 vom 17.12.2011, S. 1).

Strafverfolgungsbehörden unverzüglich über einen solchen Verdacht informieren und ihnen **die** Informationen übermitteln, **auf denen der Verdacht beruht**. Diese Verordnung bildet keine Rechtsgrundlage für die Erstellung von Profilen von Nutzern für eine mögliche Feststellung von Straftaten durch Online-Plattformen. Online-Plattformen sollten auch andere anwendbare Vorschriften des Unionsrechts oder des nationalen Rechts zum Schutz der Rechte und Freiheiten von Einzelpersonen beachten, wenn sie die Strafverfolgungsbehörden informieren.

⁴⁴ Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI des Rates (ABl. L 335 vom 17.12.2011, S. 1).

Änderungsantrag 36

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 52

Vorschlag der Kommission

(52) Online-Werbung spielt im Online-Umfeld eine wichtige Rolle, auch bei der Erbringung von Diensten von Online-Plattformen. Online-Werbung kann jedoch erhebliche Risiken bergen – von Werbung, die selbst illegale Inhalte aufweist, bis hin zu Beiträgen zu finanziellen Anreizen für die Veröffentlichung oder Verstärkung illegaler oder anderweitig schädlicher Online-Inhalte und -Tätigkeiten oder einer diskriminierenden Darstellung von Werbung, die der Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Bürgerinnen und Bürger zuwiderläuft. Neben den Anforderungen aus Artikel 6 der

Geänderter Text

(52) Online-Werbung spielt im Online-Umfeld eine wichtige Rolle, auch bei der Erbringung von Diensten von Online-Plattformen. Online-Werbung kann jedoch erhebliche Risiken bergen – von Werbung, die selbst illegale Inhalte aufweist, bis hin zu Beiträgen zu finanziellen Anreizen für die Veröffentlichung oder Verstärkung illegaler oder anderweitig schädlicher Online-Inhalte und -Tätigkeiten oder einer diskriminierenden Darstellung von Werbung, die der Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Bürgerinnen und Bürger zuwiderläuft. Neben den Anforderungen aus Artikel 6 der

Richtlinie 2000/31/EG sollten Online-Plattformen daher verpflichtet werden sicherzustellen, dass die Nutzer bestimmte individuelle Informationen darüber erhalten, wann und in wessen Auftrag die Werbung angezeigt wird. Zudem sollten die Nutzer Informationen darüber erhalten, anhand welcher Hauptparameter bestimmt wird, welche Werbung ihnen angezeigt wird, wobei aussagekräftige Erläuterungen zur zugrunde liegenden Logik bereitgestellt werden sollten, einschließlich der Angabe, wann Profiling genutzt wird. Die Anforderungen dieser Verordnung an die Bereitstellung von Informationen in Bezug auf Werbung gelten unbeschadet der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679, **insbesondere was das Widerspruchsrecht und die automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall betrifft, einschließlich des Profiling und insbesondere der Notwendigkeit, vor der Verarbeitung personenbezogener Daten für gezielte Werbung die Einwilligung der betroffenen Person einzuholen**. Zudem gilt sie unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie 2002/58/EG, insbesondere in Bezug auf die Speicherung von Informationen auf Endgeräten und den Zugang zu dort gespeicherten Informationen.

Änderungsantrag 37

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 53

Vorschlag der Kommission

(53) Da sehr große Online-Plattformen aufgrund ihrer Reichweite – insbesondere der Zahl der Nutzer – als Plattform für öffentliche Debatten, Wirtschaftstransaktionen und die Verbreitung von Informationen, Meinungen und Ideen sowie bei der Beeinflussung der

Richtlinie 2000/31/EG sollten Online-Plattformen daher verpflichtet werden sicherzustellen, dass die Nutzer bestimmte individuelle Informationen darüber erhalten, wann und in wessen Auftrag die Werbung angezeigt wird. Zudem sollten die Nutzer **einfachen Zugang zu** Informationen darüber erhalten, anhand welcher Hauptparameter bestimmt wird, welche Werbung ihnen angezeigt wird, wobei aussagekräftige Erläuterungen zur zugrunde liegenden Logik bereitgestellt werden sollten, einschließlich der Angabe, wann Profiling genutzt wird. Die Anforderungen dieser Verordnung an die Bereitstellung von Informationen in Bezug auf Werbung gelten unbeschadet der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679. Zudem gilt sie unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie 2002/58/EG, insbesondere in Bezug auf die Speicherung von Informationen auf Endgeräten und den Zugang zu dort gespeicherten Informationen.

Geänderter Text

(53) Da sehr große Online-Plattformen aufgrund ihrer Reichweite – insbesondere der Zahl der Nutzer – als Plattform für öffentliche Debatten, Wirtschaftstransaktionen und die Verbreitung von Informationen, Meinungen und Ideen sowie bei der Beeinflussung der

Informationsbeschaffung und -übermittlung im Internet eine bedeutende Rolle spielen, ist es notwendig, diesen Plattformen neben den für alle Online-Plattformen geltenden Pflichten besondere Pflichten aufzuerlegen. Diese zusätzlichen Pflichten sehr großer Online-Plattformen sind erforderlich, um diesen ordnungspolitischen Bedenken Rechnung zu tragen, da sich durch alternative, weniger restriktive Maßnahmen nicht dieselben Ergebnisse erzielen lassen.

Informationsbeschaffung und -übermittlung im Internet eine bedeutende Rolle spielen, ist es notwendig, diesen Plattformen neben den für alle Online-Plattformen geltenden Pflichten besondere Pflichten aufzuerlegen. Diese zusätzlichen Pflichten sehr großer Online-Plattformen sind erforderlich, um diesen ordnungspolitischen Bedenken Rechnung zu tragen, da sich durch **verhältnismäßige** alternative, weniger restriktive Maßnahmen nicht dieselben Ergebnisse erzielen lassen.

Änderungsantrag 38

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 56

Vorschlag der Kommission

(56) Die Art und Weise, in der sehr große Online-Plattformen genutzt werden, hat großen Einfluss auf die Online-Sicherheit, die öffentliche Meinungsbildung und den öffentlichen Diskurs sowie den Online-Handel. Die Gestaltung der Dienste ist im Allgemeinen auf eine Optimierung ihres oft werbegestützten Geschäftsmodells ausgerichtet und kann Anlass zu gesellschaftlichen Bedenken geben. Besteht keine wirksame Regulierung und Durchsetzung, können die Plattformen die Spielregeln bestimmen, ohne dass dabei die mit ihnen verbundenen Risiken und der dadurch möglicherweise entstehende gesellschaftliche und wirtschaftliche Schaden wirksam ermittelt und gemindert werden **kann**. Im Rahmen dieser Verordnung sollten sehr große Online-Plattformen daher prüfen, welche systemischen Risiken mit der Funktionsweise und Nutzung ihres Dienstes sowie mit einem möglichen Missbrauch durch die Nutzer verbunden sind, und angemessene Gegenmaßnahmen

Geänderter Text

(56) Die Art und Weise, in der sehr große Online-Plattformen genutzt werden, hat großen Einfluss auf die Online-Sicherheit, die öffentliche Meinungsbildung und den öffentlichen Diskurs sowie den Online-Handel. Die Gestaltung der Dienste ist im Allgemeinen auf eine Optimierung ihres oft werbegestützten Geschäftsmodells ausgerichtet und kann Anlass zu gesellschaftlichen Bedenken geben. Besteht keine wirksame Regulierung und Durchsetzung, können die Plattformen die Spielregeln bestimmen, ohne dass dabei die mit ihnen verbundenen Risiken und der dadurch möglicherweise entstehende gesellschaftliche und wirtschaftliche Schaden wirksam ermittelt und gemindert werden **können**. Im Rahmen dieser Verordnung sollten sehr große Online-Plattformen daher prüfen, welche systemischen Risiken mit der Funktionsweise und Nutzung ihres Dienstes sowie mit einem möglichen Missbrauch durch die Nutzer verbunden sind, und angemessene Gegenmaßnahmen treffen, **sofern diese Gegenmaßnahmen**

treffen.

ohne Beeinträchtigung der Grundrechte ergriffen werden können.

Änderungsantrag 39

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 57

Vorschlag der Kommission

(57) Dabei sollten drei Kategorien systemischer Risiken eingehend geprüft werden. Eine erste Kategorie betrifft die Risiken, die durch einen Missbrauch ihres Dienstes **durch** Verbreitung illegaler Inhalte **entstehen können**, darunter die Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch oder von illegaler Hassrede sowie **illegale** Tätigkeiten wie **ein** nach Unions- oder nationalem Recht **untersagter** Verkauf von Waren oder Dienstleistungen, wie z. B. **nachgeahmter Güter**. Unbeschadet der persönlichen Verantwortung der Nutzer von sehr großen Online-Plattformen für die mögliche Rechtswidrigkeit ihrer Tätigkeit nach geltendem Recht können eine solche Verbreitung oder solche Tätigkeiten z. B. dann ein erhebliches systemisches Risiko darstellen, wenn der Zugang zu diesen Inhalten durch Konten mit einer besonders großen Reichweite verstärkt werden kann. Eine zweite Kategorie betrifft die Auswirkungen des Dienstes auf die Ausübung der durch die Charta der Grundrechte geschützten Grundrechte, einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit, des Rechts auf Achtung des Privatlebens, des Rechts auf Nichtdiskriminierung und der Rechte des Kindes. Diese Risiken können beispielsweise auf die Gestaltung der Algorithmensysteme sehr großer Online-Plattformen oder auf den Missbrauch ihres Dienstes für die Übermittlung missbräuchlicher Nachrichten oder auf andere Methoden zur Verhinderung der

Geänderter Text

(57) Dabei sollten drei Kategorien systemischer Risiken eingehend geprüft werden. Eine erste Kategorie betrifft die Risiken, die durch einen Missbrauch ihres Dienstes **im Wege der** Verbreitung **offensichtlich** illegaler Inhalte, darunter die Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch oder von illegaler Hassrede, sowie **im Wege von offensichtlich illegalen** Tätigkeiten wie **einem** nach Unions- oder nationalem Recht **untersagten** Verkauf von Waren oder Dienstleistungen, wie z. B. **nachgeahmten Gütern, entstehen können**. Unbeschadet der persönlichen Verantwortung der Nutzer von sehr großen Online-Plattformen für die mögliche Rechtswidrigkeit ihrer Tätigkeit nach geltendem Recht können eine solche Verbreitung oder solche Tätigkeiten z. B. dann ein erhebliches systemisches Risiko darstellen, wenn der Zugang zu diesen Inhalten durch Konten mit einer besonders großen Reichweite verstärkt werden kann. Eine zweite Kategorie betrifft die Auswirkungen des Dienstes auf die Ausübung der durch die Charta der Grundrechte geschützten Grundrechte, einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit, des Rechts auf Achtung des Privatlebens, des Rechts auf Nichtdiskriminierung und der Rechte des Kindes. Diese Risiken können beispielsweise auf die Gestaltung der Algorithmensysteme sehr großer Online-Plattformen oder auf den Missbrauch ihres Dienstes für die Übermittlung missbräuchlicher Nachrichten oder auf

freien Meinungsäußerung oder zur Behinderung des Wettbewerbs zurückzuführen sein. Eine dritte Kategorie von Risiken betrifft die absichtliche und oftmals auch koordinierte Manipulation des Dienstes der Plattform, die absehbare Auswirkungen auf Gesundheit, den gesellschaftlichen Diskurs, Wahlprozesse, die öffentliche Sicherheit und den Schutz Minderjähriger haben kann, sodass es erforderlich ist, die öffentliche Ordnung und die Privatsphäre zu schützen und betrügerische und irreführende Handelspraktiken zu bekämpfen. Solche Risiken können beispielsweise auf die **Einrichtung von Scheinkonten, die Nutzung von Bots und anderen automatisierten oder teilautomatisierten** Verhaltensweisen zurückzuführen sein, die zu einer schnellen und umfangreichen Verbreitung von Informationen führen können, die illegale Inhalte darstellen oder mit den Geschäftsbedingungen einer Online-Plattform unvereinbar sind.

andere Methoden zur Verhinderung der freien Meinungsäußerung oder zur Behinderung des Wettbewerbs zurückzuführen sein. Eine dritte Kategorie von Risiken betrifft die absichtliche und oftmals auch koordinierte Manipulation des Dienstes der Plattform, die absehbare Auswirkungen auf Gesundheit, den gesellschaftlichen Diskurs, Wahlprozesse, die öffentliche Sicherheit und den Schutz Minderjähriger haben kann, sodass es erforderlich ist, die öffentliche Ordnung und die Privatsphäre zu schützen und betrügerische und irreführende Handelspraktiken zu bekämpfen. Solche Risiken können beispielsweise auf die Nutzung von Bots und **andere automatisierte oder teilautomatisierte** Verhaltensweisen zurückzuführen sein, die zu einer schnellen und umfangreichen Verbreitung von Informationen führen können, die **offensichtlich** illegale Inhalte darstellen oder mit den **allgemeinen** Geschäftsbedingungen einer Online-Plattform unvereinbar sind.

Änderungsantrag 40

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 58

Vorschlag der Kommission

(58) Sehr große Online-Plattformen sollten die erforderlichen Instrumente einsetzen, um die bei der Risikobewertung festgestellten systemischen Risiken sorgfältig zu mindern. Für diese Risikominderungsmaßnahmen sollten sehr große Online-Plattformen es beispielsweise in Betracht ziehen, die Gestaltung und Funktionsweise der Moderation von Inhalten, der algorithmischen Empfehlungssysteme und der **Online-Schnittstellen** zu verbessern oder anderweitig anzupassen, um der Verbreitung illegaler Inhalte entgegenzuwirken und sie einzuschränken,

Geänderter Text

(58) Sehr große Online-Plattformen sollten die erforderlichen Instrumente einsetzen, um die bei der Risikobewertung festgestellten systemischen Risiken sorgfältig zu mindern, **sofern diese Risiken ohne Beeinträchtigung der Grundrechte gemindert werden können**. Für diese Risikominderungsmaßnahmen sollten sehr große Online-Plattformen es beispielsweise in Betracht ziehen, die Gestaltung und Funktionsweise der Moderation von Inhalten, der algorithmischen Empfehlungssysteme und der **Online-Benutzeroberflächen** zu verbessern oder anderweitig anzupassen, um der

oder Anpassungen ihrer Entscheidungsverfahren oder ihrer Geschäftsbedingungen vorzunehmen. Dazu können auch Korrekturmaßnahmen zählen, wie z. B. die Beendigung von Werbeeinnahmen für bestimmte Inhalte, oder andere Maßnahmen wie eine Verbesserung der Sichtbarkeit verlässlicher Informationsquellen. Sehr große Online-Plattformen können ihre internen Verfahren oder die interne Überwachung ihrer Tätigkeiten verstärken, **insbesondere um systemische Risiken zu ermitteln**. Zudem können sie die Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern einleiten oder verstärken, Schulungsmaßnahmen und den Austausch mit **vertrauenswürdigen Hinweisgebern** organisieren **und mit anderen Anbietern zusammenarbeiten, etwa durch Einführung von Verhaltenskodizes oder anderen Selbstregulierungsmaßnahmen oder die Beteiligung an bestehenden einschlägigen Kodizes oder Maßnahmen**. Alle Maßnahmen sollten mit den Sorgfaltspflichten aus dieser Verordnung im Einklang stehen, wirksam und angemessen zur Minderung der festgestellten spezifischen Risiken beitragen und der Wahrung der öffentlichen Ordnung, dem Schutz der Privatsphäre sowie der Bekämpfung betrügerischer und irreführender Handelspraktiken dienen; sie sollten zudem in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der sehr großen Online-Plattform stehen und der Notwendigkeit Rechnung tragen, unnötige Beschränkungen für die Nutzung ihrer Dienste zu vermeiden, **wobei mögliche negative Auswirkungen auf die Grundrechte der Nutzer angemessen zu berücksichtigen sind**.

Verbreitung illegaler Inhalte entgegenzuwirken und sie einzuschränken, oder Anpassungen ihrer Entscheidungsverfahren oder ihrer **allgemeinen** Geschäftsbedingungen vorzunehmen. Dazu können auch Korrekturmaßnahmen zählen, wie z. B. die Beendigung von Werbeeinnahmen für bestimmte Inhalte, oder andere Maßnahmen wie eine Verbesserung der Sichtbarkeit verlässlicher Informationsquellen. Sehr große Online-Plattformen können ihre internen Verfahren oder die interne Überwachung ihrer Tätigkeiten verstärken. Zudem können sie die Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern einleiten oder verstärken **und** Schulungsmaßnahmen und den Austausch mit **Zusammenschlüssen vertrauenswürdiger Hinweisgeber** organisieren. **Die sehr große Online-Plattform sollte selbst über die zu wählenden Maßnahmen entscheiden**. Alle Maßnahmen sollten mit den Sorgfaltspflichten aus dieser Verordnung im Einklang stehen, wirksam und angemessen zur Minderung der festgestellten spezifischen Risiken beitragen und der Wahrung der öffentlichen Ordnung, dem Schutz der Privatsphäre sowie der Bekämpfung betrügerischer und irreführender Handelspraktiken dienen; sie sollten zudem in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der sehr großen Online-Plattform stehen und der Notwendigkeit Rechnung tragen, unnötige Beschränkungen für die Nutzung ihrer Dienste zu vermeiden, **ohne Grundrechte der Nutzer zu beeinträchtigen**.

Änderungsantrag 41

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 59

Vorschlag der Kommission

(59) Soweit angemessen, sollten sehr große Online-Plattformen bei ihren **Risikobewertungen** und bei der Gestaltung ihrer **Risikominderungsmaßnahmen** Vertreterinnen und Vertreter der Nutzer und der möglicherweise von ihren Diensten betroffenen Gruppen sowie unabhängige Sachverständige und zivilgesellschaftliche Organisationen einbeziehen.

Geänderter Text

(59) Soweit angemessen, sollten sehr große Online-Plattformen bei ihren **Folgenabschätzungen** und bei der Gestaltung ihrer **Maßnahmen, mit denen sie gegen nachteilige Auswirkungen vorgehen**, Vertreterinnen und Vertreter der Nutzer und der möglicherweise von ihren Diensten betroffenen Gruppen sowie unabhängige Sachverständige und zivilgesellschaftliche Organisationen einbeziehen. **Die Ergebnisse ihrer Folgenabschätzungen sollten dem Gremium der Koordinatoren für digitale Dienste und dem Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem sie niedergelassen sind, übermittelt werden.**

Änderungsantrag 42

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 61

Vorschlag der Kommission

(61) Der Prüfbericht sollte begründet werden, um eine aussagekräftige Bilanz über die durchgeführten Tätigkeiten und die erzielten Schlussfolgerungen ziehen zu können. Er sollte Informationen darüber enthalten, welche Maßnahmen die sehr großen Online-Plattformen zur Erfüllung ihrer Pflichten im Rahmen dieser Verordnung getroffen haben, und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge für diese Maßnahmen aufführen. Der Bericht sollte dem **für den** Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und dem Gremium zusammen mit der Risikobewertung, den Risikominderungsmaßnahmen und den Plänen der Plattform zur Umsetzung der Empfehlungen aus der Prüfung unverzüglich übermittelt werden. Der

Geänderter Text

(61) Der Prüfbericht sollte begründet werden, um eine aussagekräftige Bilanz über die durchgeführten Tätigkeiten und die erzielten Schlussfolgerungen ziehen zu können. Er sollte Informationen darüber enthalten, welche Maßnahmen die sehr großen Online-Plattformen zur Erfüllung ihrer Pflichten im Rahmen dieser Verordnung getroffen haben, und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge für diese Maßnahmen aufführen. Der Bericht sollte dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und dem Gremium zusammen mit der Risikobewertung, den Risikominderungsmaßnahmen und den Plänen der Plattform zur Umsetzung der Empfehlungen aus der Prüfung unverzüglich übermittelt werden. Der

Bericht sollte einen Bestätigungsvermerk enthalten, der auf den Schlussfolgerungen aus den Prüfbelegen beruht. Ein positiver Vermerk sollte erstellt werden, wenn alle Belege zeigen, dass die sehr große Online-Plattform die Pflichten aus dieser Verordnung oder die gegebenenfalls im Rahmen eines Verhaltenskodex oder Krisenprotokolls eingegangenen Verpflichtungszusagen erfüllt, insbesondere durch die Ermittlung, Bewertung und Minderung der mit ihrem System und ihren Diensten verbundenen systemischen Risiken. Ein positiver Vermerk sollte durch Anmerkungen ergänzt werden, wenn der Prüfer Bemerkungen hinzufügen möchte, die keine wesentlichen Auswirkungen auf das Prüfergebnis haben. Ein negativer Vermerk sollte erstellt werden, wenn der Prüfer der Ansicht ist, dass die sehr große Online-Plattform diese Verordnung nicht einhält oder die eingegangenen Verpflichtungszusagen nicht erfüllt.

Bericht sollte einen Bestätigungsvermerk enthalten, der auf den Schlussfolgerungen aus den Prüfbelegen beruht.
Gegebenenfalls sollte der Bericht eine Beschreibung spezifischer Elemente umfassen, die nicht geprüft werden konnten, sowie eine Erläuterung der Gründe, aus denen keine Prüfung stattfinden konnte. Ein positiver Vermerk sollte erstellt werden, wenn alle Belege zeigen, dass die sehr große Online-Plattform die Pflichten aus dieser Verordnung oder die gegebenenfalls im Rahmen eines Verhaltenskodex oder Krisenprotokolls eingegangenen Verpflichtungszusagen erfüllt, insbesondere durch die Ermittlung, Bewertung und Minderung der mit ihrem System und ihren Diensten verbundenen systemischen Risiken. Ein positiver Vermerk sollte durch Anmerkungen ergänzt werden, wenn der Prüfer Bemerkungen hinzufügen möchte, die keine wesentlichen Auswirkungen auf das Prüfergebnis haben. Ein negativer Vermerk sollte erstellt werden, wenn der Prüfer der Ansicht ist, dass die sehr große Online-Plattform diese Verordnung nicht einhält oder die eingegangenen Verpflichtungszusagen nicht erfüllt. ***Falls in dem Bestätigungsvermerk keine Schlussfolgerung für spezifische Elemente, die Teil des Prüfungsumfangs sind, gezogen werden konnte, sollten die Gründe hierfür angegeben werden.***

Änderungsantrag 43

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 62

Vorschlag der Kommission

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten sehr großer Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der ***Online-Schnittfläche*** dargestellt werden,

Geänderter Text

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten sehr großer Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der ***Online-Benutzeroberfläche*** dargestellt

um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. Sehr große Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und Einfluss darauf haben, welche Informationen ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer über alternative Optionen für die wichtigsten Parameter verfügen, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen.

werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. Sehr große Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und Einfluss darauf haben, welche Informationen ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer über alternative **und klar und benutzerfreundlich dargestellte** Optionen für die wichtigsten Parameter verfügen, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen.

Änderungsantrag 44

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 64

Vorschlag der Kommission

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am

Geänderter Text

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am

Niederlassungsort oder die Kommission Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die **mit den Systemen der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden** zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von Algorithmensystemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder **Werbesysteme** oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen. Alle Bestimmungen über den Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime Interessen angemessen schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer.

Niederlassungsort oder die Kommission Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die **Verbreitung illegaler Inhalte über die Systeme der Plattform** zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von Algorithmensystemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder **Werbesystemen** oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen. Alle Bestimmungen über den Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime Interessen angemessen schützen, darunter **personenbezogene Daten**, Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer. **Die Forscher sollten unabhängig sein und keinem Interessenkonflikt unterliegen. Weder die Forscher noch die Stellen oder Einrichtungen, für die sie tätig sind, sollten in den fünf Jahren vor Beginn der Forschungstätigkeiten Finanzmittel von einem Unternehmen erhalten haben, das von den Forschungsergebnissen betroffen ist oder ein unmittelbares Interesse an ihnen hat. Die Forscher sollten eine Mindestkarenzzeit von fünf Jahren**

zwischen der Veröffentlichung ihrer Ergebnisse und der Tätigkeit für ein Unternehmen verstreichen lassen, das von diesen Forschungsergebnissen betroffen ist oder ein unmittelbares Interesse daran hat.

Änderungsantrag 45

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 68

Vorschlag der Kommission

(68) In dieser Verordnung sollten bestimmte Bereiche bestimmt werden, die für solche Verhaltenskodizes in Betracht kommen. Insbesondere sollten Risikominderungsmaßnahmen für bestimmte Arten illegaler Inhalte Gegenstand von Selbst- und Koregulierungsvereinbarungen sein. Ein weiteres relevantes Thema sind die möglichen negativen Auswirkungen systemischer Risiken auf Gesellschaft und Demokratie, etwa aufgrund von Desinformation oder manipulativen und missbräuchlichen Tätigkeiten. Dazu zählen koordinierte Tätigkeiten zur Verstärkung von Informationen einschließlich Desinformation, etwa durch Nutzung von Bots oder Scheinkonten für die Erstellung falscher oder irreführender Informationen, die mitunter auch mit einer Gewinnerzielungsabsicht verbunden sein können und für schutzbedürftige Nutzer wie z. B. Kinder besonders schädlich sind. ***In diesen Bereichen kann die Beteiligung einer sehr großen Online-Plattform an einem Verhaltenskodex und dessen Einhaltung als geeignete Risikominderungsmaßnahme angesehen werden. Weigert sich eine Online-Plattform ohne angemessene Begründung, sich auf Aufforderung der Kommission an der Anwendung eines solchen Verhaltenskodex zu beteiligen, könnte dies hinsichtlich möglicher***

Geänderter Text

(68) In dieser Verordnung sollten bestimmte Bereiche bestimmt werden, die für solche Verhaltenskodizes in Betracht kommen. Insbesondere sollten Risikominderungsmaßnahmen für bestimmte Arten illegaler Inhalte Gegenstand von Selbst- und Koregulierungsvereinbarungen sein. Ein weiteres relevantes Thema sind die möglichen negativen Auswirkungen systemischer Risiken auf Gesellschaft und Demokratie, etwa aufgrund von Desinformation oder manipulativen und missbräuchlichen Tätigkeiten. Dazu zählen koordinierte Tätigkeiten zur Verstärkung von Informationen einschließlich Desinformation, etwa durch Nutzung von Bots oder Scheinkonten für die Erstellung falscher oder irreführender Informationen, die mitunter auch mit einer Gewinnerzielungsabsicht verbunden sein können und für schutzbedürftige Nutzer wie z. B. Kinder besonders schädlich sind.

***Zu widerhandlungen der Online-Plattform
im Rahmen dieser Verordnung
berücksichtigt werden.***

Änderungsantrag 46

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 69

Vorschlag der Kommission

(69) Die Bestimmungen über Verhaltenskodizes in dieser Verordnung könnten als Grundlage für bereits bestehende Selbstregulierungsmaßnahmen auf Unionsebene dienen, darunter die Verpflichtungserklärung für mehr Produktsicherheit („Product Safety Pledge“), die gemeinsame Absichtserklärung zum Verkauf nachgeahmter Güter, der Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet sowie der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation. ***Wie im Aktionsplan für Demokratie angekündigt, wird die Kommission Leitlinien zur Stärkung des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation herausgeben.***

Änderungsantrag 47

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 71 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(69) Die Bestimmungen über Verhaltenskodizes in dieser Verordnung könnten als Grundlage für bereits bestehende Selbstregulierungsmaßnahmen auf Unionsebene dienen, darunter die Verpflichtungserklärung für mehr Produktsicherheit („Product Safety Pledge“), die gemeinsame Absichtserklärung zum Verkauf nachgeahmter Güter, der Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet sowie der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation.

(71a) „Soft Law“-Instrumente wie Verhaltenskodizes und Krisenprotokolle können eine Gefahr für die Grundrechte darstellen, da sie im Gegensatz zu Rechtsvorschriften keiner demokratischen Kontrolle unterliegen und nicht gerichtlich überprüft werden kann, ob sie im Einklang mit den Grundrechten stehen. Im Interesse einer besseren

***Rechenschaftspflicht, Teilhabe und
Transparenz bedarf es
verfahrensrechtlicher Garantien für die
Erstellung von Verhaltenskodizes und
Krisenprotokollen.***

Änderungsantrag 48

**Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 89**

Vorschlag der Kommission

(89) Das Gremium sollte dazu beitragen, **mit Blick auf** eine einheitliche Anwendung dieser Verordnung **eine gemeinsame Sichtweise** der Union zu entwickeln, und die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden unterstützen, etwa durch Beratung der Kommission und der Koordinatoren für digitale Dienste zu geeigneten Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen, insbesondere gegenüber sehr großen Online-Plattformen. Zudem sollte das Gremium zur Entwicklung relevanter Muster und Verhaltenskodizes beitragen und neu aufkommende allgemeine Trends in der Entwicklung digitaler Dienste in der Union analysieren.

Geänderter Text

(89) Das Gremium sollte dazu beitragen, eine einheitliche **und gemeinsame** Anwendung dieser Verordnung **in** der Union zu entwickeln, und die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden unterstützen, etwa durch Beratung der Kommission und der Koordinatoren für digitale Dienste zu geeigneten Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen, insbesondere gegenüber sehr großen Online-Plattformen. Zudem sollte das Gremium zur Entwicklung relevanter Muster und Verhaltenskodizes beitragen und neu aufkommende allgemeine Trends in der Entwicklung digitaler Dienste in der Union analysieren.

Änderungsantrag 49

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Buchstabe c**

Vorschlag der Kommission

c) Vorschriften **über** die Durchführung und Durchsetzung dieser Verordnung, einschließlich der Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den zuständigen Behörden.

Geänderter Text

c) Vorschriften **für** die Durchführung und Durchsetzung **der in** dieser Verordnung **festgelegten Anforderungen**, einschließlich **hinsichtlich** der Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den zuständigen Behörden.

Änderungsantrag 50

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Diese Verordnung gilt für Vermittlungsdienste, die für Nutzer **mit Niederlassungsort oder Wohnsitz** in der Union erbracht werden, ungeachtet des Orts der Niederlassung des Anbieters dieser Dienste.

Geänderter Text

(3) Diese Verordnung gilt für Vermittlungsdienste, die für Nutzer in der Union erbracht werden, ungeachtet des Orts der Niederlassung des Anbieters dieser Dienste.

Änderungsantrag 51

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 5 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) **die Unionsvorschriften auf dem Gebiet des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte,**

Geänderter Text

entfällt

Änderungsantrag 52

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 5 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) die Verordnung (EU) .../... **zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte [„TOI“, sobald erlassen],**

Geänderter Text

d) die Verordnung (EU) **2021/784**,

Änderungsantrag 53

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 5 – Buchstabe i

Vorschlag der Kommission

i) **die Unionsvorschriften zum Schutz**

Geänderter Text

entfällt

personenbezogener Daten, insbesondere die Verordnung (EU) 2016/679 und die Richtlinie 2002/58/EG.

Änderungsantrag 54

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5a) Diese Verordnung gilt nicht für Fragen im Zusammenhang mit Diensten der Informationsgesellschaft, die in den Geltungsbereich der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie 2002/58/EG fallen.

Änderungsantrag 55

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe n

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

n) „Werbung“ Informationen, die dazu bestimmt sind, die **Botschaft** einer juristischen oder natürlichen Person zu verbreiten, unabhängig davon, ob damit gewerbliche oder nichtgewerbliche Zwecke verfolgt werden, und die von einer Online-Plattform auf ihrer **Online-Schnittstelle** gegen Entgelt speziell zur Bekanntmachung dieser Informationen angezeigt werden;

n) „Werbung“ Informationen, die dazu bestimmt sind, die **Informationen, Produkte oder Dienstleistungen** einer juristischen oder natürlichen Person **direkt oder indirekt** zu verbreiten, unabhängig davon, ob damit gewerbliche oder nichtgewerbliche Zwecke verfolgt werden, und die von einer Online-Plattform auf ihrer **Online-Benutzeroberfläche** gegen **direktes oder indirektes** Entgelt speziell zur Bekanntmachung dieser Informationen, **Produkte oder Dienstleistungen** angezeigt werden;

Änderungsantrag 56

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe o

Vorschlag der Kommission

o) „Empfehlungssystem“ ein vollständig oder teilweise automatisiertes System, das von einer Online-Plattform verwendet wird, um auf ihrer **Online-Schnittstelle** den Nutzern bestimmte Informationen vorzuschlagen, auch infolge einer vom Nutzer veranlassten Suche, oder das auf andere Weise die relative Reihenfolge oder Hervorhebung der angezeigten Informationen bestimmt;

Geänderter Text

o) „Empfehlungssystem“ ein vollständig oder teilweise automatisiertes System, das von einer Online-Plattform verwendet wird, um auf ihrer **Online-Benutzeroberfläche** den Nutzern bestimmte Informationen, **Produkte oder Dienstleistungen** vorzuschlagen, **in eine Rangfolge zu bringen, zu priorisieren oder zu kuratieren**, auch infolge einer vom Nutzer veranlassten Suche, oder das auf andere Weise die relative Reihenfolge oder Hervorhebung der angezeigten Informationen bestimmt;

Änderungsantrag 57

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 2a

Datenschutz im Internet

(1) Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft bemühen sich unbeschadet der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie 2002/58/EG in zumutbarem Maße darum, die Nutzung und Vergütung der Dienste zu ermöglichen, ohne personenbezogene Daten des Nutzers zu erheben.

Die Mitgliedstaaten verpflichten die Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft nicht generell, die anonyme oder pseudonyme Nutzung ihrer Dienste einzuschränken.

(2) Betreiber von Online-Plattformen dürfen personenbezogene Daten zur Nutzung des Dienstes durch einen Nutzer ausschließlich zum Zwecke des Betriebs eines Empfehlungssystems verarbeiten, jedoch nur, sofern der Nutzer seine

ausdrückliche Einwilligung gemäß Artikel 4 Nummer 11 der Verordnung (EU) 2016/679 erteilt hat.

(3) Die Mitgliedstaaten verpflichten Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft nicht, personenbezogene Daten der Nutzer ihrer Dienste generell und anlasslos zu speichern. Eine gezielte Speicherung der Daten eines bestimmten Nutzers wird von einer Justizbehörde im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem Recht des Mitgliedstaats angeordnet.

(4) Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft haben das Recht, Verschlüsselungsdienste ihrer Wahl bereitzustellen und zu unterstützen. Die Mitgliedstaaten verpflichten die Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft nicht, den Umfang ihrer Sicherheits- und Verschlüsselungsmaßnahmen einzuschränken.

Änderungsantrag 58

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 2b

Ausrichtung von digitaler Werbung

(1) Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft dürfen keine personenbezogenen Daten im Sinne von Artikel 4 Nummer 1 der Verordnung (EU) 2016/679 erheben oder verarbeiten, um gezielt die Nutzer auszuwählen, denen Werbung angezeigt wird.

(2) Abweichend von Absatz 1 dürfen Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft die personenbezogenen Daten von Nutzern für die Zwecke der gezielten Auswahl der

Nutzer, denen Werbung für kommerzielle Zwecke angezeigt wird, erheben und verwenden, wenn die Nutzer ausdrücklich ihre Einwilligung im Sinne von Artikel 4 Nummer 11 der Verordnung (EU) 2016/679 zu dieser Erhebung und Verwendung erteilt haben. Eine Verweigerung der Einwilligung ist für den Nutzer weder schwieriger noch zeitaufwendiger als deren Erteilung. Die Anbieter verwenden keine Methode, die so ausgelegt ist oder dazu führt, dass die freie Entscheidung eines Nutzers, ob er die Einwilligung erteilt, eingeschränkt oder beeinträchtigt wird. Nutzer, in deren Endgeräten festgelegt ist, dass sie gemäß Artikel 21 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2016/679 bei der Inanspruchnahme von Diensten der Informationsgesellschaft der Verarbeitung personenbezogener Daten widersprechen, werden nicht um Einwilligung ersucht.

(3) Wenn der Zugang zu einem Dienst eine Einwilligung im Sinne von Absatz 2 erfordert und der Nutzer diese Einwilligung verweigert hat, so werden ihm andere faire und angemessene Möglichkeiten des Zugangs zu dem Dienst angeboten.

(4) Die in Absatz 2 genannten personenbezogenen Daten werden nicht für folgende Zwecke erhoben oder verwendet:

a) die gezielte Ausrichtung auf Nutzer auf der Grundlage der tatsächlichen oder vermeintlichen Rasse oder ethnischen Herkunft, des politischen Standpunkts, der Religion oder Weltanschauung, der Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft, des Gesundheitszustands, des Sexuallebens oder der sexuellen Ausrichtung eines Nutzers oder

b) die gezielte Ausrichtung auf Nutzer im Alter von unter 18 Jahren.

(5) Dieser Artikel hindert die Dienste der Informationsgesellschaft nicht daran, die Nutzer, denen Werbung angezeigt wird, anhand von Kontextinformationen wie redaktionellen Inhalten, in denen die Werbung angezeigt wird, Schlüsselwörtern oder der geografischen Region der Nutzer, denen eine Werbung angezeigt wird, auszuwählen.

Änderungsantrag 59

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 3 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht oder eine Verwaltungsbehörde nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

entfällt

Änderungsantrag 60

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 4 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht *oder eine Verwaltungsbehörde* nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

(2) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Änderungsantrag 61

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht ***oder eine Verwaltungsbehörde*** nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Geänderter Text

(4) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Änderungsantrag 62

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 6**

Vorschlag der Kommission

Artikel 6

***Freiwillige Untersuchungen auf
Eigeninitiative und Einhaltung der
Rechtsvorschriften***

***Anbieter von Vermittlungsdiensten
kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5
genannten Haftungsausschlüsse auch
dann in Betracht, wenn sie auf
Eigeninitiative freiwillige
Untersuchungen oder andere Tätigkeiten
zur Erkennung, Feststellung und
Entfernung illegaler Inhalte oder zur
Sperrung des Zugangs zu illegalen
Inhalten durchführen oder die
erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um
den Anforderungen des Unionsrechts und
insbesondere dieser Verordnung
nachzukommen.***

Geänderter Text

entfällt

Änderungsantrag 63

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 7 – Überschrift**

Vorschlag der Kommission

Keine allgemeine Verpflichtung zur

Geänderter Text

Keine allgemeine Verpflichtung zur
Überwachung, aktiven Nachforschung

Überwachung *oder* aktiven Nachforschung

oder automatisierten Moderation von Inhalten

Änderungsantrag 64

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 7 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Anbietern von Vermittlungsdiensten wird keine allgemeine Verpflichtung auferlegt, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hindeuten.

Geänderter Text

Anbietern von Vermittlungsdiensten wird keine allgemeine Verpflichtung auferlegt – ***weder de jure noch de facto*** –, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hindeuten, ***oder eine solche zu verhindern.***

Änderungsantrag 65

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 7 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Anbieter von Vermittlungsdiensten sind nicht verpflichtet, automatisierte Tools für die Moderation von Inhalten oder für die Überwachung des Verhaltens einer großen Zahl natürlicher Personen zu verwenden.

Änderungsantrag 66

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Nach Eingang einer Anordnung zum Vorgehen gegen einen ***bestimmten illegalen Inhalt***, die von ***den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden*** auf der Grundlage

(1) Nach Eingang – ***über einen sicheren Kommunikationskanal*** – einer Anordnung zum Vorgehen gegen einen ***oder mehrere bestimmte illegale Inhalte***, die von ***einer*** nationalen ***Justizbehörde*** auf

des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt ergriffen wurden.

der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt ergriffen wurden.

Änderungsantrag 67

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Dieser Artikel gilt entsprechend für zuständige Verwaltungsbehörden, die Online-Plattformen anweisen, gegen Unternehmer vorzugehen, die rechtswidrig Produkte oder Dienstleistungen in der Union bewerben oder anbieten.

Änderungsantrag 68

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

a) Die **Anordnungen müssen** Folgendes enthalten:

a) Die **Anordnung muss** Folgendes enthalten:

Änderungsantrag 69

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich -1 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– ***Angaben zur Identität der die Anordnung erlassenden Justizbehörde einschließlich Datum, Zeitstempel und elektronischer Unterschrift der Behörde,***

*damit der Nutzer die Anordnung
authentisieren kann,*

Änderungsantrag 70

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich -1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– *die Angabe der Rechtsgrundlage
der Anordnung,*

Änderungsantrag 71

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– eine Begründung, warum es sich bei den Informationen um illegale Inhalte handelt, mit Bezugnahme auf die besonderen Bestimmungen des Unionsrechts oder des nationalen Rechts, gegen die verstoßen wurde,

– eine **hinreichend ausführliche eindeutige** Begründung, warum es sich bei den Informationen um illegale Inhalte handelt, mit Bezugnahme auf die besonderen Bestimmungen des Unionsrechts oder des nationalen Rechts, gegen die verstoßen wurde,

Änderungsantrag 72

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– **Angaben** über **Rechtsbehelfe**, die dem Diensteanbieter und dem Nutzer, der den Inhalt bereitgestellt hat, zur Verfügung stehen.

– **klare und benutzerfreundliche Angaben** über **Rechtsbehelfsmechanismen**, die dem Diensteanbieter und dem Nutzer, der den Inhalt bereitgestellt hat, zur Verfügung stehen, **einschließlich Angaben über wirksame Rechtsbehelfe sowie über die für die Einlegung von Rechtsbehelfen geltenden Fristen,**

Änderungsantrag 73

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– ***sofern notwendig und angemessen den Beschluss, so lange wie nötig, jedoch höchstens sechs Wochen ab dem Datum des Beschlusses, aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, etwa der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung und Verfolgung von schweren Straftaten, keine Informationen über die Entfernung von Inhalten oder die Sperrung des Zugangs zu Inhalten offenzulegen.***

Änderungsantrag 74

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) Der räumliche Geltungsbereich der **Anordnung** darf auf der Grundlage der geltenden Vorschriften des Unionsrechts und des nationalen Rechts, einschließlich der Charta, und gegebenenfalls der allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts nicht über das zur Erreichung **ihres** Ziels unbedingt erforderliche Maß hinausgehen.

b) Der räumliche Geltungsbereich **einer Anordnung, die an einen Anbieter gerichtet ist, der seine Hauptniederlassung in dem anordnenden Mitgliedstaat hat,** darf auf der Grundlage der geltenden Vorschriften des Unionsrechts und des nationalen Rechts, einschließlich der Charta, und gegebenenfalls der allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts nicht über das zur Erreichung **des Ziels der Anordnung** unbedingt erforderliche Maß hinausgehen.

Änderungsantrag 75

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) Der räumliche Geltungsbereich

einer Anordnung, die an einen Anbieter gerichtet ist, der seine Hauptniederlassung in einem anderen Mitgliedstaat hat, ist auf das Hoheitsgebiet des anordnenden Mitgliedstaats beschränkt.

Änderungsantrag 76

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe b b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

bb) Der räumliche Geltungsbereich einer an einen Anbieter oder seinen Vertreter gerichteten Anordnung, der seine Hauptniederlassung außerhalb der Union hat, ist auf das Hoheitsgebiet des anordnenden Mitgliedstaats beschränkt.

Änderungsantrag 77

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Unterabsatz 1 Buchstaben ba und bb gilt nicht, wenn Online-Plattformen angewiesen werden, gegen Unternehmen vorzugehen, die in demselben Mitgliedstaat wie die anordnende Behörde niedergelassen sind und die rechtswidrig Produkte oder Dienstleistungen in der Union bewerben oder anbieten.

Änderungsantrag 78

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Der Koordinator für digitale

(3) Der Koordinator für digitale

Dienste im Mitgliedstaat der **Justiz- oder Verwaltungsbehörde**, die die Anordnung erlassen hat, übermittelt allen anderen Koordinatoren für digitale Dienste unverzüglich über das nach Artikel 67 eingerichtete System eine Kopie der in Absatz 1 genannten Anordnung.

Dienste im Mitgliedstaat der **Behörde**, die die Anordnung erlassen hat, übermittelt allen anderen Koordinatoren für digitale Dienste unverzüglich über das nach Artikel 67 eingerichtete System eine Kopie der in Absatz 1 genannten Anordnung.

Änderungsantrag 79

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass die Justizbehörden auf Ersuchen eines Antragstellers, dessen Rechte durch zugängliche illegale Inhalte verletzt werden, gemäß diesem Artikel eine Anordnung gegen den entsprechenden Hosting-Diensteanbieter erlassen können, diese Inhalte zu entfernen oder den Zugang zu ihnen zu sperren, einschließlich durch eine einstweilige Verfügung.

Änderungsantrag 80

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Nach Eingang einer Auskunftsanordnung in Bezug auf eine bestimmte Einzelinformation über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer, die von **den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden** auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, **dass sie die Anordnung erhalten haben**

(1) Nach Eingang – **über einen sicheren Kommunikationskanal** – einer Auskunftsanordnung in Bezug auf eine bestimmte Einzelinformation über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer, die von **einer** nationalen **Justizbehörde** auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht **für die Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung und Verfolgung von schweren Straftaten oder der Abwendung schwerwiegender**

und wie sie der Anordnung nachgekommen sind.

Bedrohungen für die öffentliche Sicherheit erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich ***über einen sicheren Kommunikationskanal*** mit, *wie* sie *der* Anordnung ***nachgekommen sind, bzw. begründen, warum*** sie der Anordnung ***nicht*** nachgekommen sind.

Änderungsantrag 81

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe -a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

-a) Die Anordnung wird für die Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung und Verfolgung von schweren Straftaten oder der Abwendung schwerwiegender Bedrohungen für die öffentliche Sicherheit erlassen.

Änderungsantrag 82

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe -a a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

-aa) Mit der Anordnung wird um Auskünfte über Personen ersucht, die im Verdacht stehen, eine schwere Straftat begangen zu haben oder eine schwerwiegende Bedrohung der öffentlichen Sicherheit darzustellen.

Änderungsantrag 83

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich -1 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- ***Angaben zur Identität der anordnenden Justizbehörde und die Authentisierung der Anordnung durch die Behörde einschließlich Datum, Zeitstempel und elektronischer Unterschrift der Behörde, die die Auskunftsanordnung erlassen hat;***

Änderungsantrag 84

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich -1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- ***die Angabe der Rechtsgrundlage der Anordnung;***

Änderungsantrag 85

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- eine Begründung, wozu die ***Information*** benötigt ***wird*** und warum die ***Auskunftsanordnung erforderlich und verhältnismäßig ist, um festzustellen, ob die Nutzer des Vermittlungsdienstes das geltende Unionsrecht oder nationale Recht einhalten, es sei denn, eine solche Begründung kann aus Gründen der Verhütung, Untersuchung, Erkennung und Verfolgung von Straftaten nicht gegeben werden;***

- eine ***hinreichend ausführliche eindeutige Begründung, aus der hervorgeht, wozu die Informationen benötigt werden*** und warum die ***Anordnung – unter gebührender Berücksichtigung der Auswirkungen der Anordnung auf die Grundrechte des jeweiligen Nutzers, dessen Daten angefordert werden, und der Schwere der Straftat – erforderlich und verhältnismäßig ist;***

Änderungsantrag 86

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- ***eine eindeutige Kennung der Nutzer, über die Informationen angefordert werden;***

Änderungsantrag 87

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- ***wenn die angeforderten Informationen personenbezogene Daten im Sinne von Artikel 4 Nummer 1 der Verordnung (EU) 2016/679 oder Artikel 3 Nummer 1 der Richtlinie (EU) 2016/680 darstellen, eine Bestätigung, dass die Anordnung im Einklang mit den anwendbaren Datenschutzvorschriften steht;***

Änderungsantrag 88

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- Angaben über ***Rechtsbeihilfe***, die dem Diensteanbieter und den betreffenden Nutzern zur Verfügung stehen.

- Angaben über ***Rechtsbeihilfemechanismen***, die dem Diensteanbieter und den betreffenden Nutzern zur Verfügung stehen.

Änderungsantrag 89

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- b) Die Anordnung verpflichtet den Diensteanbieter nur zur Bereitstellung von

- b) Die Anordnung verpflichtet den Diensteanbieter nur zur Bereitstellung von

Informationen, die er ohnehin bereits für die Zwecke der Erbringung des Dienstes erfasst hat und die seiner Verfügungsgewalt unterliegen.

Informationen, die er ohnehin bereits **rechtmäßig** für die Zwecke der Erbringung des Dienstes erfasst hat und die seiner Verfügungsgewalt unterliegen.

Änderungsantrag 90

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Der Koordinator für digitale Dienste im Mitgliedstaat der nationalen **Justiz- oder Verwaltungsbehörde**, die die Anordnung erlassen hat, übermittelt allen Koordinatoren für digitale Dienste unverzüglich über das nach Artikel 67 eingerichtete System eine Kopie der in Absatz 1 genannten Anordnung.

Geänderter Text

(3) Der Koordinator für digitale Dienste im Mitgliedstaat der nationalen **Justizbehörde**, die die Anordnung erlassen hat, übermittelt allen Koordinatoren für digitale Dienste unverzüglich über das nach Artikel 67 eingerichtete System eine Kopie der in Absatz 1 genannten Anordnung.

Änderungsantrag 91

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die in diesem Artikel festgelegten Bedingungen und Anforderungen **lassen** die im Einklang mit dem Unionsrecht stehenden Anforderungen des nationalen Strafprozessrechts unberührt.

Geänderter Text

(4) **Sofern die Informationen für die Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung schwerer Straftaten angefordert werden, lassen** die in diesem Artikel festgelegten Bedingungen und Anforderungen die im Einklang mit dem Unionsrecht stehenden Anforderungen des nationalen Strafprozessrechts unberührt.

Änderungsantrag 92

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Der Anbieter unterrichtet den Nutzer, dessen Daten angefordert werden, unverzüglich. Sofern dies für die Zwecke des Schutzes der Grundrechte einer anderen Person notwendig und verhältnismäßig ist, kann die anordnende Justizbehörde unter gebührender Berücksichtigung der Auswirkungen der Anordnung auf die Grundrechte der Person, deren Daten angefordert werden, beschließen, dass der Anbieter die Unterrichtung des Nutzers aufschiebt. Ein solcher Beschluss wird ordnungsgemäß begründet; in dem Beschluss wird die Dauer der Aufschiebung angegeben, die sechs Wochen nicht überschreiten darf.

Änderungsantrag 93

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 4 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4b) Dieser Artikel gilt entsprechend für zuständige Verwaltungsbehörden, die Online-Plattformen anweisen, die in Artikel 22 aufgeführten Informationen zu anderen als den in Absatz 1 genannten Zwecken bereitzustellen.

Änderungsantrag 94

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 4 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4c) Anbieter von Vermittlungsdiensten legen von Behörden angeforderte personenbezogene Daten über Nutzer ihrer Dienste nur offen, wenn die in diesem Artikel genannten Bedingungen

erfüllt sind.

Änderungsantrag 95

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 9a

Gemeinsames europäisches System für den Informationsaustausch

***Die Kommission erlässt
Durchführungsrechtsakte gemäß
Artikel 291 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union, mit
denen ein gemeinsames europäisches
System für den Informationsaustausch
mit sicheren Kanälen für die Abwicklung
der genehmigten grenzüberschreitenden
Kommunikation, die Authentifizierung
und die Übermittlung der in den
Artikeln 8 und 9 dieser Verordnung
genannten Anordnungen und
gegebenenfalls der angeforderten Daten
zwischen der zuständigen Justizbehörde
und dem Anbieter eingerichtet wird. Diese
Durchführungsrechtsakte werden gemäß
dem in Artikel 70 genannten
Beratungsverfahren erlassen.***

Änderungsantrag 96

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 10 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten veröffentlichen die Informationen, die nötig sind, um ihre zentrale Kontaktstelle leicht aufzufinden und mit ihr zu kommunizieren.

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten veröffentlichen die Informationen, die nötig sind, um ihre zentrale Kontaktstelle leicht aufzufinden und mit ihr zu kommunizieren, ***und sorgen dafür, dass diese Informationen aktuell sind. Die Anbieter von***

Vermittlungsdiensten melden dem Koordinator für digitale Dienste in dem Mitgliedstaat, in dem sie niedergelassen sind, die besagten Informationen einschließlich des Namens, der E-Mail-Adresse und der Telefonnummer ihrer zentralen Kontaktstelle.

Änderungsantrag 97

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer **und** eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt.

Geänderter Text

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer, eindeutiger **und leicht verständlicher** Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt. ***Es wird eine Zusammenfassung der allgemeinen Geschäftsbedingungen, in der die wichtigsten Punkte in prägnanter, klarer und eindeutiger Sprache abgefasst sind, veröffentlicht. Die Anbieter von Vermittlungsdiensten räumen die Möglichkeit ein, sich auf einfache Weise gegen optionale Klauseln zu entscheiden, und informieren über die verfügbaren Rechtsbehelfe.***

Änderungsantrag 98

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten gehen bei der Anwendung und Durchsetzung der in Absatz 1 genannten Beschränkungen sorgfältig, **objektiv** und verhältnismäßig vor und berücksichtigen dabei die Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten sowie die geltenden Grundrechte der Nutzer, die in der Charta verankert sind.

Geänderter Text

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten gehen bei der Anwendung und Durchsetzung der in Absatz 1 genannten Beschränkungen ***fair, transparent, kohärent, vorhersehbar, nichtdiskriminierend***, sorgfältig, ***nicht willkürlich*** und verhältnismäßig vor und berücksichtigen dabei ***gebührend*** die Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten sowie die geltenden Grundrechte der Nutzer, die in der Charta verankert sind.

Änderungsantrag 99

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Anbieter von Vermittlungsdiensten können das Hosting rechtmäßiger Informationen aus diesen Diensten ausschließen, den Zugang zu rechtmäßigen Informationen auf andere Weise einschränken oder die Erbringung des Dienstes für Nutzer zur Bereitstellung rechtmäßiger Informationen aussetzen oder beenden, sofern die Informationen nicht mit dem ausgewiesenen Zweck des Dienstes vereinbar sind.

Änderungsantrag 100

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2b) Die allgemeinen

Geschäftsbedingungen der Anbieter von Vermittlungsdiensten müssen die in der Charta verankerten wesentlichen Prinzipien der Grundrechte achten.

Änderungsantrag 101

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2c) Bedingungen, die diesem Artikel nicht entsprechen, sind für die Nutzer nicht verbindlich.

Änderungsantrag 102

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2 d (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2d) Sehr große Online-Plattformen im Sinne von Artikel 25 veröffentlichen ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen in den Amtssprachen aller Mitgliedstaaten, in denen sie ihre Dienste anbieten.

Änderungsantrag 103

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten veröffentlichen mindestens einmal jährlich klare, leicht verständliche und ausführliche Berichte über eine Moderation von Inhalten, die sie im betreffenden Zeitraum durchgeführt haben. Diese Berichte enthalten – soweit zutreffend – insbesondere folgende Angaben:

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten veröffentlichen mindestens einmal jährlich **und in einer leicht zugänglichen Weise** klare, leicht verständliche und ausführliche Berichte über eine Moderation von Inhalten, die sie im betreffenden Zeitraum durchgeführt haben. Diese Berichte **sind durchsuchbar und werden für eine spätere Verwendung**

archiviert. Diese Berichte umfassen Aufschlüsselungen nach den einzelnen Mitgliedstaaten und enthalten – soweit zutreffend – insbesondere folgende Angaben:

Änderungsantrag 104

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die Anzahl der von Behörden der Mitgliedstaaten erhaltenen Anordnungen, aufgeschlüsselt nach der Art der betroffenen illegalen Inhalte, einschließlich der gemäß den Artikeln 8 und 9 erlassenen Anordnungen, und **die durchschnittliche** Dauer bis zur Ergreifung der **in diesen Anordnungen geforderten** Maßnahmen;

Geänderter Text

a) die Anzahl der von Behörden der Mitgliedstaaten erhaltenen Anordnungen, aufgeschlüsselt nach der Art der betroffenen illegalen Inhalte, einschließlich der gemäß den Artikeln 8 und 9 erlassenen Anordnungen, **der ergriffenen Maßnahmen und der durchschnittlichen** Dauer bis zur Ergreifung der Maßnahmen;

Änderungsantrag 105

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe a a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

aa) die vollständige Anzahl der Moderatoren von Inhalten für jede Amtssprache pro Mitgliedstaat und eine qualitative Darlegung, ob und in welcher Form automatisierte Tools zur Moderation von Inhalten in jeder Amtssprache verwendet werden;

Änderungsantrag 106

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) die Anzahl der nach Artikel 14 gemachten Meldungen, aufgeschlüsselt

Geänderter Text

b) die Anzahl der nach Artikel 14 gemachten Meldungen, aufgeschlüsselt

nach der Art der betroffenen mutmaßlich illegalen Inhalte, alle aufgrund der Meldungen ergriffenen Maßnahmen, unterschieden danach, ob dies auf gesetzlicher Grundlage oder gemäß den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters erfolgt ist, und die durchschnittliche Dauer bis zur Ergreifung der Maßnahmen;

nach der Art der betroffenen mutmaßlich illegalen Inhalte, alle aufgrund der Meldungen ergriffenen Maßnahmen, unterschieden danach, ob dies auf gesetzlicher Grundlage oder gemäß den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters erfolgt ist, und die durchschnittliche **und mittlere** Dauer bis zur Ergreifung der Maßnahmen;

Änderungsantrag 107

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) die auf Eigeninitiative des Anbieters durchgeführte Moderation von Inhalten, einschließlich der Anzahl und Art der ergriffenen Maßnahmen, die sich auf die Verfügbarkeit, Sichtbarkeit und Zugänglichkeit der von den Nutzern bereitgestellten Informationen auswirken, und der Möglichkeiten der Nutzer, solche Informationen bereitzustellen, aufgeschlüsselt nach der Art des Grundes und der Grundlage für das Ergreifen dieser Maßnahmen;

Geänderter Text

c) die auf Eigeninitiative des Anbieters durchgeführte Moderation von Inhalten, einschließlich der Anzahl und Art der ergriffenen Maßnahmen, die sich auf die Verfügbarkeit, Sichtbarkeit und Zugänglichkeit der von den Nutzern bereitgestellten Informationen auswirken, und der Möglichkeiten der Nutzer, solche Informationen bereitzustellen, aufgeschlüsselt nach der Art des Grundes und der Grundlage für das Ergreifen dieser Maßnahmen, **sowie die Maßnahmen, die zur Qualifizierung der Moderatoren von Inhalten und zur Sicherstellung getroffen wurden, dass Inhalte, bei denen keine Zuwiderhandlung vorliegt, nicht beeinträchtigt werden;**

Änderungsantrag 108

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) die Anzahl der Beschwerden, die über das in Artikel 17 genannte interne Beschwerdemanagementsystem eingegangen sind, die Grundlage dieser

Geänderter Text

d) die Anzahl der Beschwerden, die über das in Artikel 17 genannte interne Beschwerdemanagementsystem eingegangen sind, die Grundlage dieser

Beschwerden, die zu diesen Beschwerden betroffenen Entscheidungen, die durchschnittliche Entscheidungsdauer und die Anzahl der Fälle, in denen diese Entscheidungen rückgängig gemacht wurden.

Änderungsantrag 109

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Hosting-Diensteanbieter richten Verfahren ein, nach denen Personen oder Einrichtungen ihnen das Vorhandensein von Einzelinformationen in ihren Diensten melden können, die die betreffende Person oder Einrichtung als illegale Inhalte ansieht. Diese Verfahren müssen leicht zugänglich **und** benutzerfreundlich sein **und** eine Übermittlung von Meldungen ausschließlich auf elektronischem Weg **erlauben**.

Beschwerden, die zu diesen Beschwerden betroffenen Entscheidungen, die durchschnittliche **und mittlere** Entscheidungsdauer und die Anzahl der Fälle, in denen diese Entscheidungen rückgängig gemacht wurden.

Geänderter Text

(1) Hosting-Diensteanbieter richten Verfahren ein, nach denen Personen oder Einrichtungen ihnen das Vorhandensein von Einzelinformationen in ihren Diensten melden können, die die betreffende Person oder Einrichtung als illegale Inhalte ansieht. Diese Verfahren müssen leicht zugänglich, **deutlich sichtbar**, benutzerfreundlich **und in der Nähe der fraglichen Inhalte angeordnet** sein. **Sie erlauben für jeden Einzelfall** eine Übermittlung von Meldungen ausschließlich auf **nicht-automatisiertem** elektronischem Weg.

Änderungsantrag 110

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Die in Absatz 1 genannten Verfahren müssen das Übermitteln hinreichend genauer und angemessen begründeter Meldungen erleichtern, sodass ein sorgfältig handelnder Wirtschaftsteilnehmer auf ihrer Grundlage die Rechtswidrigkeit der fraglichen Inhalte feststellen kann. Dazu ergreifen die Anbieter die erforderlichen Maßnahmen, um die Übermittlung von Meldungen zu ermöglichen und zu erleichtern, die alle

Geänderter Text

(2) Die in Absatz 1 genannten Verfahren müssen das Übermitteln hinreichend genauer und angemessen begründeter Meldungen erleichtern, sodass ein sorgfältig handelnder Wirtschaftsteilnehmer auf ihrer Grundlage die **offensichtliche** Rechtswidrigkeit der fraglichen Inhalte **eindeutig und ohne begründete Zweifel** feststellen kann. Dazu ergreifen die Anbieter die erforderlichen Maßnahmen, um die Übermittlung von Meldungen zu ermöglichen und zu

folgenden Elemente enthalten:

erleichtern, die alle folgenden Elemente enthalten:

Änderungsantrag 111

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) eine eindeutige Angabe des elektronischen Speicherorts dieser Informationen, insbesondere die präzise(n) URL-Adresse(n), und nötigenfalls weitere Angaben zur Ermittlung der illegalen Inhalte;

Geänderter Text

b) eine eindeutige Angabe des elektronischen Speicherorts dieser Informationen, insbesondere – ***falls zutreffend*** – die präzise(n) URL-Adresse(n), und nötigenfalls weitere Angaben zur Ermittlung der illegalen Inhalte;

Änderungsantrag 112

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 2 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) bei der Meldung einer mutmaßlichen Verletzung eines Rechts des geistigen Eigentums den Nachweis, dass die Einrichtung, die die Meldung einreicht, der Inhaber des Rechts des geistigen Eigentums ist, das mutmaßlich verletzt wird, oder befugt ist, im Namen des Rechteinhabers zu handeln;

Änderungsantrag 113

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Die Person oder Einrichtung, die die Meldung einreicht, kann wahlweise die unter Buchstabe c aufgeführten Angaben hinterlegen, die dem Inhalteanbieter

ausschließlich in Fällen mutmaßlicher Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums gemäß Buchstabe ca offengelegt werden dürfen.

Änderungsantrag 114

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Meldungen mit den in Absatz 2 genannten Angaben bewirken, dass für die Zwecke des Artikels 5 von einer tatsächlichen Kenntnis oder einem Bewusstsein in Bezug auf die betreffende Einzelinformation ausgegangen wird.

entfällt

Änderungsantrag 115

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Nach Erhalt der Meldung unterrichtet der Diensteanbieter unter Heranziehung der verfügbaren Kontaktdaten die Anbieter der Informationen über die in Absatz 2 genannten Elemente und gibt ihnen Gelegenheit zu antworten, bevor er eine Entscheidung trifft.

Änderungsantrag 116

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 4 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4b) Gemeldete Informationen bleiben so lange zugänglich, bis eine diesbezügliche Entscheidung getroffen

wird.

Änderungsantrag 117

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 4 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4c) Der Anbieter stellt sicher, dass Entscheidungen über Meldungen von qualifiziertem Personal getroffen werden, das eine angemessene Erstausbildung und laufende Schulungen in Bezug auf die geltenden Rechtsvorschriften und internationalen Menschenrechtsnormen durchlaufen hat und das über angemessene Arbeitsbedingungen verfügt.

Änderungsantrag 118

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5) Ferner teilt der Anbieter der **betreffenden** Person oder Einrichtung unverzüglich seine Entscheidung in Bezug auf die gemeldeten Informationen mit und weist dabei auf die möglichen Rechtsbehelfe gegen diese Entscheidung hin.

(5) Ferner teilt der Anbieter der **meldenden** Person oder Einrichtung **sowie dem Anbieter der Informationen** unverzüglich seine Entscheidung in Bezug auf die gemeldeten Informationen mit und weist dabei auf die möglichen Rechtsbehelfe gegen diese Entscheidung hin.

Änderungsantrag 119

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6) Hosting-Diensteanbieter bearbeiten alle Meldungen, die sie im Rahmen der in Absatz 1 genannten Verfahren erhalten,

(6) Hosting-Diensteanbieter bearbeiten alle Meldungen, die sie im Rahmen der in Absatz 1 genannten Verfahren erhalten,

und entscheiden über die gemeldeten Informationen in zeitnaher, sorgfältiger und **objektiver** Weise. Wenn sie zu dieser Bearbeitung **oder Entscheidungsfindung** automatisierte Mittel einsetzen, machen sie in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch Angaben über den Einsatz dieser Mittel.

und entscheiden über die gemeldeten Informationen in zeitnaher, sorgfältiger, **nicht willkürlicher** und **diskriminierungsfreier** Weise. Wenn sie zu dieser Bearbeitung automatisierte Mittel einsetzen, machen sie in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch Angaben über den Einsatz dieser Mittel. **Dazu zählen auch aussagekräftige Informationen über das angewandte Verfahren, die verwendete Technologie und die Kriterien und Gründe, auf denen die Entscheidung beruht.**

Änderungsantrag 120

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 6 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6a) Das in Absatz 1 genannte Verfahren wird unentgeltlich bereitgestellt. Bei offenkundig unbegründeten oder – insbesondere im Fall von häufigen Wiederholungen – überzogenen Meldungen kann sich der Hosting-Diensteanbieter weigern, der Meldung nachzugehen.

Änderungsantrag 121

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Entscheidet ein Hosting-Diensteanbieter, eine bestimmte von einem Nutzer bereitgestellte Einzelinformation zu entfernen **oder** den Zugang dazu zu sperren, so gibt er – ungeachtet der zur **Erkennung, Feststellung, Entfernung** oder **Sperrung** dieser Information verwendeten Mittel und der **Gründe seiner Entscheidung – dem Nutzer** spätestens

(1) Entscheidet ein Hosting-Diensteanbieter, eine bestimmte von einem Nutzer bereitgestellte Einzelinformation zu entfernen, den Zugang dazu zu sperren **oder diesbezügliche Vorschläge von Empfehlungssystemen einzuschränken**, so gibt er – ungeachtet der zur **Entfernung, Sperrung des Zugangs** oder **Einschränkung von Vorschlägen**

zum Zeitpunkt der Entfernung oder der **Zugangssperrung** seine Entscheidung mit einer klaren und spezifischen Begründung bekannt.

bezüglich dieser Information verwendeten Mittel – **dem Nutzer** und der **meldenden Person, sofern sie Kontaktdaten hinterlegt haben**, spätestens zum Zeitpunkt der Entfernung, **der Sperrung des Zugangs** oder der **Einschränkung von Vorschlägen** seine Entscheidung mit einer klaren und spezifischen Begründung bekannt.

Änderungsantrag 122

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) ob die Entscheidung die Entfernung der Information **oder** die Sperrung des Zugangs zu der Information betrifft, und gegebenenfalls den räumlichen Geltungsbereich der Zugangssperrung;

Geänderter Text

a) ob die Entscheidung die Entfernung der Information, die Sperrung des Zugangs zu der Information **oder die Einschränkung von diesbezüglichen Vorschlägen von Empfehlungssystemen** betrifft, und gegebenenfalls den räumlichen Geltungsbereich der Zugangssperrung **bzw. der Einschränkung von Vorschlägen**;

Änderungsantrag 123

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) gegebenenfalls Angaben über die **Verwendung automatisierter Mittel zur Entscheidungsfindung und** ob die Entscheidung in Bezug auf Inhalte getroffen wurde, die mit automatisierten Mitteln erkannt oder festgestellt wurden;

Geänderter Text

c) gegebenenfalls Angaben über die **zur Entscheidungsfindung verwendeten Mittel und in jedem Fall Angaben dazu**, ob die Entscheidung in Bezug auf Inhalte getroffen wurde, die mit automatisierten Mitteln erkannt oder festgestellt wurden;

Änderungsantrag 124

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe f

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

f) Informationen über die dem Nutzer gegen die Entscheidung zur Verfügung stehenden Rechtsbehelfe, insbesondere interne Beschwerdemanagementverfahren, außergerichtliche Streitbeilegung und gerichtliche Rechtsmittel.

f) **klare und benutzerfreundliche** Informationen über die dem Nutzer gegen die Entscheidung zur Verfügung stehenden Rechtsbehelfe, insbesondere interne Beschwerdemanagementverfahren, außergerichtliche Streitbeilegung und gerichtliche Rechtsmittel.

Änderungsantrag 125

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die Verpflichtungen gemäß diesem Artikel gelten nicht

a) bei offensichtlich illegalen Inhalten, wenn der Nutzer in der Vergangenheit wiederholt offensichtlich illegale Inhalte bereitgestellt hat, oder

b) wenn sich die Entfernung oder Sperrung des Zugangs gemäß Absatz 1 dieses Artikels auf eine Anordnung nach Artikel 8 stützt und die zuständige Behörde, die die Anordnung erlassen hat, beschließt, dass es aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, etwa zur Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung schwerer Straftaten, erforderlich und verhältnismäßig ist, von einer Offenlegung abzusehen; in diesem Falle werden die Bestimmungen der Absätze 1 bis 4 dieses Artikels so lange wie erforderlich, höchstens aber für einen Zeitraum von sechs Wochen ab dem Datum des Beschlusses, ausgesetzt, und der Hosting-Diensteanbieter legt keine Informationen offen. Die zuständige Behörde kann diesen Zeitraum um weitere sechs Wochen verlängern, sofern die Nicht-Offenlegung nach wie vor gerechtfertigt ist.

Änderungsantrag 126

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 4 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4c) Die Absätze 2 und 4 finden keine Anwendung auf Hosting-Diensteanbieter, bei denen es sich um Kleinstunternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt.

Änderungsantrag 127

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 15a

Moderation von Inhalten

(1) Hosting-Diensteanbieter dürfen bei der Moderation von Inhalten keine Ex-ante-Kontrollmaßnahmen anwenden, die sich auf automatisierte Tools oder das Filtern hochgeladener Informationen stützen, es sei denn,

a) die Entscheidungen im Rahmen der automatisierten Moderation von Inhalten, eine bestimmte Einzelinformation zu entfernen, den Zugang dazu zu sperren oder diesbezügliche Vorschläge von Empfehlungssystemen einzuschränken, sind auf Informationen beschränkt, die mit zuvor von qualifiziertem Personal oder einer Justizbehörde als offensichtlich illegal eingestuft Informationen identisch sind, und zwar unabhängig von ihrem Kontext, der Identität und der Absicht des Nutzers, der sie bereitgestellt hat;

b) die verwendete Technologie ist an sich insofern hinreichend zuverlässig, als sie die Fehlerquote auf ein Minimum

begrenzt, wenn bei Informationen fälschlicherweise davon ausgegangen wird, dass sie mit Informationen identisch sind, die zuvor als illegale Inhalte eingestuft wurden;

c) die verwendete Technologie stellt kein Hindernis für die Zugänglichkeit zu Informationen, bei denen es sich nicht um illegale Inhalte handelt, sowie für diesbezügliche Vorschläge von Empfehlungssystemen dar und

d) die Entscheidungen im Rahmen der automatisierten Moderation von Inhalten, eine bestimmte Einzelinformation zu entfernen, den Zugang dazu zu sperren oder diesbezügliche Vorschläge von Empfehlungssystemen einzuschränken, werden zeitnah von qualifiziertem Personal überprüft und verlieren ihre Wirkung, sofern sie nicht zeitnah von einem Menschen bestätigt werden.

Wenn Hosting-Diensteanbieter anderweitig automatisierte Tools für die Moderation von Inhalten verwenden, tragen sie dafür Sorge, dass qualifiziertes Personal über die zu ergreifenden Maßnahmen entscheidet und dass legale Inhalte, die nicht gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Anbieter verstoßen, nicht betroffen sind. Der Anbieter sorgt dafür, dass das Personal eine angemessene Erstausbildung und laufende Schulungen in Bezug auf die geltenden Rechtsvorschriften und internationalen Menschenrechtsnormen durchlaufen hat und über angemessene Arbeitsbedingungen verfügt.

(2) Absatz 1 gilt nicht für die Moderation von Informationen, die mit großer Wahrscheinlichkeit mit automatisierten Mitteln hochgeladen wurden.

(3) Hosting-Diensteanbieter gehen bei der Moderation von Inhalten auf faire, transparente, kohärente, berechenbare, diskriminierungsfreie, sorgfältige, nicht

willkürliche und verhältnismäßige Weise vor und berücksichtigen dabei gebührend die Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten, was auch die in der Charta verankerten Grundrechte der Nutzer einschließt.

Änderungsantrag 128

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 16 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Dieser Abschnitt gilt nicht für Online-Plattformen, bei denen es sich um Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt.

Geänderter Text

Dieser Abschnitt gilt nicht für Online-Plattformen, bei denen es sich um Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt, ***es sei denn, diese Plattformen werden von mehr als 4,5 Millionen Nutzern in der Union verwendet.***

Änderungsantrag 129

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Online-Plattformen gewähren den Nutzern während eines Zeitraums von mindestens sechs Monaten nach einer in diesem Absatz genannten Entscheidung Zugang zu einem wirksamen internen Beschwerdemanagementsystem, das eine elektronische und kostenlose Einreichung von Beschwerden gegen folgende Entscheidungen der Online-Plattform ermöglicht, ***die damit begründet worden sind, dass die von den Nutzern bereitgestellten Informationen illegale Inhalte darstellen oder mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattform unvereinbar sind.***

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen gewähren den Nutzern ***und qualifizierten Einrichtungen im Sinne von Artikel 3 Nummer 4 der Richtlinie (EU) 2020/1828^{1a}*** während eines Zeitraums von mindestens sechs Monaten nach einer in diesem Absatz genannten Entscheidung Zugang zu einem wirksamen internen Beschwerdemanagementsystem, das eine elektronische und kostenlose Einreichung von Beschwerden gegen folgende Entscheidungen der Online-Plattform ermöglicht:

^{1a} Richtlinie (EU) 2020/1828 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG (ABl. L 409 vom 4.12.2020, S. 1).

Änderungsantrag 130

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe -a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

-a) Entscheidungen, einer nach Artikel 14 eingereichten Meldung nicht nachzugehen;

Änderungsantrag 131

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

a) Entscheidungen über die Entfernung der Information **oder** die Sperrung des Zugangs zu der Information;

a) Entscheidungen über die Entfernung der Information, die Sperrung des Zugangs zu der Information **oder die Einschränkung von diesbezüglichen Vorschlägen von Empfehlungssystemen;**

Änderungsantrag 132

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) Entscheidungen über die Aussetzung oder Schließung des Kontos des Nutzers.

c) Entscheidungen über die Aussetzung oder Schließung des Kontos des Nutzers;

Änderungsantrag 133

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) etwaige weitere Entscheidungen, die den Zugang des Nutzers zu wichtigen Funktionen der regulären Dienste der Plattform einschränken, einschließlich der Monetarisierung von Informationen.

Änderungsantrag 134

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 17 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Online-Plattformen stellen sicher, dass ihre internen Beschwerdemanagementsysteme leicht zugänglich und benutzerfreundlich sind und die Einreichung hinreichend präziser und angemessen begründeter Beschwerden ermöglichen und erleichtern.

(2) Online-Plattformen stellen sicher, dass ihre internen Beschwerdemanagementsysteme leicht zugänglich und benutzerfreundlich sind und die Einreichung hinreichend präziser und angemessen begründeter Beschwerden ermöglichen und erleichtern. **Online-Plattformen veröffentlichen die Verfahrensregeln ihrer internen Beschwerdemanagementsysteme. Wenn ein Nutzer eine Beschwerde einreichen möchte, verschafft ihm die Online-Plattform auf klare, benutzerfreundliche und leicht zugängliche Weise einen einfachen Zugang zu diesen Regeln.**

Änderungsantrag 135

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 17 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Online-Plattformen bearbeiten Beschwerden, die über ihr internes Beschwerdemanagementsystem eingereicht werden, zeitnah, sorgfältig und in

(3) Online-Plattformen bearbeiten Beschwerden, die über ihr internes Beschwerdemanagementsystem eingereicht werden, zeitnah, sorgfältig und in **nicht**

objektiver Weise. Enthält eine Beschwerde ausreichende Gründe für die Annahme, dass die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, weder rechtswidrig sind noch gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen, oder enthält sie Informationen, aus denen hervorgeht, dass das Verhalten des Beschwerdeführers keine Aussetzung oder Kündigung des Dienstes oder Schließung des Kontos rechtfertigt, so macht die Online-Plattform ihre in Absatz 1 genannte Entscheidung unverzüglich rückgängig.

willkürlicher Weise. Enthält eine Beschwerde **gegen eine Entscheidung gemäß Absatz 1 Buchstaben a bis ca** ausreichende Gründe für die Annahme, dass die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, weder **offensichtlich** rechtswidrig sind noch gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen, oder enthält sie Informationen, aus denen hervorgeht, dass das Verhalten des Beschwerdeführers keine Aussetzung oder Kündigung des Dienstes oder Schließung des Kontos rechtfertigt, so macht die Online-Plattform ihre in Absatz 1 genannte Entscheidung unverzüglich rückgängig.

Änderungsantrag 136

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Nach Eingang einer Beschwerde gegen eine Entscheidung gemäß Absatz 1 Buchstabe -a setzt die Online-Plattform den Anbieter der Informationen unter Rückgriff auf die verfügbaren Kontaktdaten von der Beschwerde in Kenntnis und gibt ihm Gelegenheit zu antworten, bevor sie eine Entscheidung trifft.

Änderungsantrag 137

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) Online-Plattformen teilen den Beschwerdeführern unverzüglich die Entscheidung mit, die sie in Bezug auf die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, getroffen haben, und weisen die

(4) Online-Plattformen teilen den Beschwerdeführern unverzüglich die Entscheidung mit, die sie in Bezug auf die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, getroffen haben, und weisen die

Beschwerdeführer auf die Möglichkeit der außergerichtlichen Streitbeilegung gemäß Artikel 18 und auf andere verfügbare Rechtsbehelfe hin.

Beschwerdeführer auf die Möglichkeit der außergerichtlichen Streitbeilegung gemäß Artikel 18 und auf andere verfügbare Rechtsbehelfe hin. ***Im Falle einer Beschwerde gegen eine Entscheidung gemäß Absatz 1 Buchstabe -a gilt dies entsprechend für Anbieter von Informationen, die Kontaktdaten hinterlegt haben. Sofern die Entscheidung gemäß Absatz 1 vom internen Beschwerdemanagementsystem aufrechterhalten wird, ist ausführlich zu erläutern, inwiefern die Entscheidung mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattform oder geltendem Recht vereinbar ist.***

Änderungsantrag 138

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 18 – Absatz 1 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Nutzer, die von den in Artikel 17 Absatz 1 genannten Entscheidungen betroffen sind, haben das Recht, zur Beilegung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit diesen Entscheidungen sowie mit Beschwerden, die nicht mit den Mitteln des in dem Artikel genannten internen Beschwerdemanagementsystems gelöst werden konnten, eine gemäß Absatz 2 zugelassene außergerichtliche Streitbeilegungsstelle zu wählen. Online-Plattformen arbeiten nach Treu und Glauben mit der für die Streitbeilegung ausgewählten Stelle zusammen und sind an die Entscheidung dieser Stelle gebunden.

Geänderter Text

Nutzer, die von den in Artikel 17 Absatz 1 genannten Entscheidungen betroffen sind, ***und qualifizierte Einrichtungen im Sinne von Artikel 3 Nummer 4 der Richtlinie (EU) 2020/1828*** haben das Recht, zur Beilegung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit diesen Entscheidungen sowie mit Beschwerden, die nicht mit den Mitteln des in dem Artikel genannten internen Beschwerdemanagementsystems gelöst werden konnten, eine gemäß Absatz 2 zugelassene außergerichtliche Streitbeilegungsstelle zu wählen. Online-Plattformen arbeiten nach Treu und Glauben mit der für die Streitbeilegung ausgewählten Stelle zusammen und sind an die Entscheidung dieser Stelle gebunden.

Änderungsantrag 139

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 18 – Absatz 1 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission

Der Unterabsatz 1 lässt das Recht des **betroffenen** Nutzers **unberührt**, im Einklang mit dem anwendbaren Recht gegen die Entscheidung **vor** Gericht **zu ziehen**.

Geänderter Text

Unterabsatz 1 lässt das Recht des **betreffenden** Nutzers, **im Einklang mit dem anwendbaren Recht gegen die Entscheidung der Online-Plattform bei einem Gericht Rechtsmittel einzulegen, und das Recht der betreffenden Online-Plattform**, im Einklang mit dem anwendbaren Recht gegen die Entscheidung **der außergerichtlichen Streitbeilegungsstelle bei einem Gericht Rechtsmittel einzulegen, unberührt**.

Änderungsantrag 140

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 18 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) sie ist unparteiisch und unabhängig von Online-Plattformen und Nutzern der von Online-Plattformen erbrachten Dienste;

Geänderter Text

a) sie ist unparteiisch und unabhängig von Online-Plattformen und Nutzern der von Online-Plattformen erbrachten Dienste **sowie rechtlich getrennt und funktional unabhängig von der Regierung des Mitgliedstaats und jeder anderen privaten Stelle**;

Änderungsantrag 141

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 18 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe a a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

aa) sie verfügt über Rechtssachverständige;

Änderungsantrag 142

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 18 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) sie besitzt die erforderliche Sachkenntnis in Bezug auf Fragen, die **sich in einem oder mehreren bestimmten Bereichen** illegaler Inhalte **ergeben**, oder in Bezug auf die Anwendung und Durchsetzung der allgemeinen Geschäftsbedingungen einer oder mehrerer Arten von Online-Plattformen, **sodass** die Stelle einen wirksamen Beitrag zur Beilegung einer Streitigkeit leisten kann;

Geänderter Text

b) sie besitzt die erforderliche Sachkenntnis **und Qualifikation** in Bezug auf Fragen, die **einen oder mehrere bestimmte Bereiche** illegaler Inhalte **betreffen**, oder in Bezug auf die Anwendung und Durchsetzung der allgemeinen Geschäftsbedingungen einer oder mehrerer Arten von Online-Plattformen, **weshalb** die Stelle einen wirksamen **und angemessenen** Beitrag zur Beilegung einer Streitigkeit leisten kann;

Änderungsantrag 143

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 18 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

e) die Streitbeilegung erfolgt nach klaren und fairen Verfahrensregeln.

Geänderter Text

e) die Streitbeilegung erfolgt nach klaren und fairen Verfahrensregeln, **die deutlich sichtbar und für die Öffentlichkeit leicht zugänglich sind.**

Änderungsantrag 144

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 18 – Absatz 3 – Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Außergerichtliche Streitbeilegungsverfahren sind für Nutzer vorzugsweise kostenlos. Werden Kosten geltend gemacht, muss das Verfahren für die Nutzer zugänglich, attraktiv und kostengünstig sein. Daher sollten die Kosten eine Schutzgebühr nicht übersteigen.

Änderungsantrag 145

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 3 – Unterabsatz 3

Vorschlag der Kommission

Die zugelassenen außergerichtlichen Streitbeilegungsstellen **geben dem Nutzer und der Online-Plattform** die Gebühren oder das zur Gebührenfestsetzung verwendete Verfahren vor der Einleitung der Streitbeilegung bekannt.

Geänderter Text

Die zugelassenen außergerichtlichen Streitbeilegungsstellen **veröffentlichen** die Gebühren oder das zur Gebührenfestsetzung verwendete Verfahren **und geben sie dem Nutzer und der Online-Plattform** vor der Einleitung der Streitbeilegung bekannt.

Änderungsantrag 146

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 – Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5a) Dieser Artikel gilt unbeschadet der in Artikel 43 festgesetzten Bestimmungen über die Möglichkeit von Nutzern, beim Koordinator für digitale Dienste im Land ihres Wohnsitzes oder, im Fall einer sehr großen Online-Plattform, bei der Kommission Beschwerde einzulegen.

Änderungsantrag 147

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 18 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 18a

Gerichtlicher Rechtsbehelf

Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass ihre Justizbehörden auf Ersuchen eines Nutzers, gegen den eine Entscheidung einer Online-Plattform ergangen ist, im Einklang mit dem einschlägigen nationalen Recht befugt sind, die Rechtmäßigkeit dieser Entscheidung zu überprüfen und gegebenenfalls einstweilige Verfügungen

zu treffen, wenn die Entscheidung

a) dazu führt, dass von dem Nutzer bereitgestellte Information entfernt werden, der Zugang zu ihnen gesperrt wird oder diesbezügliche Vorschläge von Empfehlungssystemen eingeschränkt werden;

b) dazu führt, dass die Bereitstellung des Dienstes für den Nutzer ganz oder teilweise ausgesetzt oder beendet wird;

c) dazu führt, dass das Konto des Nutzers ausgesetzt oder geschlossen wird, oder

d) den Zugang des Nutzers zu wichtigen Funktionen der regulären Dienste der Online-Plattform einschließlich der Monetarisierung von Informationen einschränkt.

Änderungsantrag 148

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 19 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Online-Plattformen ergreifen die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen, damit Meldungen, die von vertrauenswürdigen Hinweisgebern über die in Artikel 14 genannten Mechanismen übermittelt werden, vorrangig und unverzüglich bearbeitet werden und darüber entschieden wird.

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen ergreifen die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen, damit Meldungen, die von ***in ihrem ausgewiesenen Fachgebiet tätigen*** vertrauenswürdigen Hinweisgebern über die in Artikel 14 genannten Mechanismen übermittelt werden, vorrangig und unverzüglich bearbeitet werden und darüber entschieden wird.

Änderungsantrag 149

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 19 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die Stelle besitzt besondere

Geänderter Text

a) die Stelle besitzt besondere

Sachkenntnis und Kompetenz in Bezug auf die Erkennung, Feststellung und Meldung illegaler Inhalte;

Sachkenntnis und Kompetenz in Bezug auf die Erkennung, Feststellung und Meldung illegaler Inhalte ***innerhalb eines ausgewiesenen Fachgebiets***;

Änderungsantrag 150

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 19 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Die Koordinatoren für digitale Dienste teilen der Kommission und dem Gremium die Namen, Anschriften und E-Mail-Adressen der Stellen mit, denen sie den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers nach Absatz 2 zuerkannt haben.

Geänderter Text

(3) Die Koordinatoren für digitale Dienste teilen der Kommission und dem Gremium die Namen, Anschriften und E-Mail-Adressen der Stellen mit, denen sie den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers ***und das jeweilige ausgewiesene Fachgebiet*** nach Absatz 2 zuerkannt haben.

Änderungsantrag 151

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 19 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Hat eine Online-Plattform Informationen, aus denen hervorgeht, dass ein vertrauenswürdiger Hinweisgeber über die in Artikel 14 genannten ***Mechanismen*** eine erhebliche Anzahl nicht hinreichend präziser ***oder*** unzureichend begründeter Meldungen übermittelt hat, was auch Informationen einschließt, die im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Beschwerden über die in Artikel 17 Absatz 3 genannten internen Beschwerdemanagementsysteme erfasst wurden, so übermittelt sie dem Koordinator für digitale Dienste, der der betreffenden Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, diese Informationen zusammen mit den nötigen Erläuterungen

Geänderter Text

(5) Hat eine Online-Plattform Informationen, aus denen hervorgeht, dass ein vertrauenswürdiger Hinweisgeber über die in Artikel 14 genannten ***Verfahren*** eine erhebliche Anzahl nicht hinreichend präziser, unzureichend begründeter ***oder unrichtiger Meldungen oder Meldungen über legale Informationen*** übermittelt hat, was auch Informationen einschließt, die im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Beschwerden über die in Artikel 17 Absatz 3 genannten internen Beschwerdemanagementsysteme erfasst wurden, so übermittelt sie dem Koordinator für digitale Dienste, der der betreffenden Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, diese Informationen

und Nachweisen.

zusammen mit den nötigen Erläuterungen
und Nachweisen.

Änderungsantrag 152

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 19 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

(6) Der Koordinator für digitale Dienste, der einer Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, widerruft diesen Status, wenn er infolge einer Untersuchung, die er von Amts wegen oder aufgrund von Informationen durchführt, die er von Dritten erhalten hat, auch der von einer Online-Plattform nach Absatz 5 vorgelegten Informationen, feststellt, dass die betreffende Stelle die in Absatz 2 genannten Bedingungen nicht mehr erfüllt. Bevor er diesen Status widerruft, gibt der Koordinator für digitale Dienste der Stelle Gelegenheit, sich zu den Ergebnissen seiner Untersuchung und zu dem beabsichtigten Widerruf des Status der Stelle als vertrauenswürdiger Hinweisgeber zu äußern.

Geänderter Text

(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)

Änderungsantrag 153

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 20 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Online-Plattformen **setzen** die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die häufig **und** offensichtlich illegale Inhalte bereitstellen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung **aus**.

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen **sind berechtigt**, die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die häufig offensichtlich illegale Inhalte bereitstellen **oder für die sie in den vorausgegangenen zwölf Monaten zwei oder mehr Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte erhalten haben, die nicht zu einem späteren Zeitpunkt aufgehoben wurden**, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger

Warnung *auszusetzen*.

Änderungsantrag 154

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 20 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Online-Plattformen **setzen** die Bearbeitung von Meldungen und Beschwerden, die über die in den Artikeln 14 und 17 genannten Melde- und Abhilfeverfahren bzw. interne Beschwerdemanagementsysteme von Personen oder Stellen oder von Beschwerdeführern eingehen, die häufig offensichtlich unbegründete Meldungen oder Beschwerden einreichen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung **aus**.

Geänderter Text

(2) Online-Plattformen **sind berechtigt**, die Bearbeitung von Meldungen und Beschwerden, die über die in den Artikeln 14 und 17 genannten Melde- und Abhilfeverfahren bzw. interne Beschwerdemanagementsysteme von Personen oder Stellen oder von Beschwerdeführern eingehen, die häufig offensichtlich unbegründete Meldungen oder Beschwerden einreichen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung **auszusetzen**.

Änderungsantrag 155

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 20 – Absatz 3 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) die von dem Nutzer, der Person, der Einrichtung oder dem Beschwerdeführer verfolgten Absichten.

Geänderter Text

d) **sofern feststellbar**, die von dem Nutzer, der Person, der Einrichtung oder dem Beschwerdeführer verfolgten Absichten.

Änderungsantrag 156

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 20 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Online-Plattformen legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen klar und **ausführlich** ihre Regeln für den Umgang mit dem in den Absätzen 1 und 2

Geänderter Text

(4) Online-Plattformen legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen klar und **benutzerfreundlich** ihre Regeln für den Umgang mit dem in den Absätzen 1

genannten Missbrauch dar, auch bezüglich der Tatsachen und Umstände, die sie bei der Beurteilung, ob ein bestimmtes Verhalten einen Missbrauch darstellt, berücksichtigen, und der Dauer der Aussetzung.

und 2 genannten Missbrauch dar, auch bezüglich der Tatsachen und Umstände, die sie bei der Beurteilung, ob ein bestimmtes Verhalten einen Missbrauch darstellt, berücksichtigen, und der Dauer der Aussetzung.

Änderungsantrag 157

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 21 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Erhält eine Online-Plattform Kenntnis von Informationen, die den Verdacht begründen, dass eine schwere Straftat, die eine Gefahr für das Leben **oder die Sicherheit** von Personen darstellt, **begangen wurde, begangen wird oder begangen werden könnte**, so teilt sie ihren Verdacht unverzüglich den Strafverfolgungs- oder Justizbehörden des betreffenden Mitgliedstaats oder der betreffenden Mitgliedstaaten mit und stellt **alle vorliegenden einschlägigen** Informationen zur Verfügung.

Geänderter Text

(1) Erhält eine Online-Plattform Kenntnis von Informationen, die den Verdacht begründen, dass eine schwere Straftat, die eine Gefahr für das Leben von Personen darstellt, **unmittelbar droht**, so teilt sie ihren Verdacht unverzüglich den Strafverfolgungs- oder Justizbehörden des betreffenden Mitgliedstaats oder der betreffenden Mitgliedstaaten mit und stellt **die Informationen, auf denen der Verdacht beruht**, zur Verfügung.

Änderungsantrag 158

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 21 – Absatz 2 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Kann die Online-Plattform den betreffenden Mitgliedstaat nicht mit hinreichender Gewissheit ermitteln, so unterrichtet sie die Strafverfolgungsbehörden des Mitgliedstaats, in dem sie niedergelassen ist oder ihren Rechtsvertreter hat, **oder** Europol.

Geänderter Text

Kann die Online-Plattform den betreffenden Mitgliedstaat nicht mit hinreichender Gewissheit ermitteln, so unterrichtet sie die Strafverfolgungsbehörden des Mitgliedstaats, in dem sie niedergelassen ist oder ihren Rechtsvertreter hat, **und eventuell** Europol.

Änderungsantrag 159

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 21 – Absatz 2 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission

Für die Zwecke dieses Artikels gilt als betreffender Mitgliedstaat der Mitgliedstaat, in dem die Straftat **begangen wurde, begangen wird oder begangen werden könnte**, oder der Mitgliedstaat, in dem **der Verdächtige** seinen Wohnsitz oder Aufenthaltsort hat, oder der Mitgliedstaat, in dem **das** Opfer seinen Wohnsitz oder Aufenthaltsort hat.

Geänderter Text

Für die Zwecke dieses Artikels gilt als betreffender Mitgliedstaat der Mitgliedstaat, in dem die Straftat **vermutlich droht**, oder der Mitgliedstaat, in dem **ein Verdächtiger** seinen Wohnsitz oder Aufenthaltsort hat, oder der Mitgliedstaat, in dem **ein Opfer der vermutlich drohenden Straftat** seinen Wohnsitz oder Aufenthaltsort hat.

Änderungsantrag 160

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 22 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Kopie des Identitätsdokuments des Unternehmers oder eine andere elektronische Identifizierung im Sinne des Artikels 3 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates⁵⁰,

Geänderter Text

b) Kopie des Identitätsdokuments des Unternehmers, **auf dem der Name, sämtliche Informationen über die in dem Dokument enthaltene Adresse, die ausstellende Behörde und die Gültigkeitsdauer sichtbar verzeichnet sind**, oder eine andere elektronische Identifizierung im Sinne des Artikels 3 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates⁵⁰,

⁵⁰ Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG.

⁵⁰ Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG.

Änderungsantrag 161

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 22 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die Online-Plattform speichert die nach den Absätzen 1 und 2 erhaltenen Informationen für die Dauer ihres Vertragsverhältnisses mit dem betreffenden Unternehmer in sicherer Weise. Anschließend löscht sie die Informationen.

Geänderter Text

(4) Die Online-Plattform speichert die nach den Absätzen 1 und 2 erhaltenen Informationen für die Dauer ihres Vertragsverhältnisses mit dem betreffenden Unternehmer in sicherer Weise. Anschließend löscht sie die Informationen. ***Die Informationen gemäß Absatz 1 Buchstabe b werden gelöscht, sobald sie mit den Informationen gemäß Buchstabe a jenes Absatzes abgeglichen wurden.***

Änderungsantrag 162

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 23 – Absatz 1 – Buchstabe b**

Vorschlag der Kommission

b) Anzahl der Aussetzungen nach Artikel 20, wobei zwischen Aussetzungen wegen offensichtlich illegaler Inhalte, wegen Übermittlung offensichtlich unbegründeter Meldungen und wegen Einreichung offensichtlich unbegründeter Beschwerden zu unterscheiden ist;

Geänderter Text

b) Anzahl der Aussetzungen nach Artikel 20, wobei ***eindeutig*** zwischen Aussetzungen ***aufgrund des Erhalts zahlreicher Handlungsanordnungen***, wegen offensichtlich illegaler Inhalte, wegen Übermittlung offensichtlich unbegründeter Meldungen und wegen Einreichung offensichtlich unbegründeter Beschwerden zu unterscheiden ist;

Änderungsantrag 163

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 23 – Absatz 1 – Buchstabe c**

Vorschlag der Kommission

c) etwaige Verwendung automatisierter Mittel zur Moderation von Inhalten, mit Angabe der genauen Zwecke, mit Indikatoren für die Genauigkeit der automatisierten Mittel bei der Erfüllung dieser Zwecke und mit angewandten Schutzvorkehrungen.

Geänderter Text

c) etwaige Verwendung automatisierter Mittel zur Moderation von Inhalten, mit Angabe der genauen Zwecke, mit Indikatoren für die Genauigkeit der automatisierten Mittel bei der Erfüllung dieser Zwecke und mit angewandten Schutzvorkehrungen, ***einschließlich menschlicher Überprüfung, sowie mit***

aussagekräftigen Informationen über das angewandte Verfahren, die herangezogenen Kriterien und Argumente und die der automatischen Entscheidungsfindung zugrunde liegende Logik.

Änderungsantrag 164

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) dass es sich bei den angezeigten Informationen um Werbung handelt,

Geänderter Text

a) dass es sich bei den angezeigten Informationen um Werbung handelt, ***auch mithilfe einer hervorspringenden und einheitlichen Kennzeichnung;***

Änderungsantrag 165

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) die natürliche oder juristische Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird,

Geänderter Text

b) die natürliche oder juristische Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird, ***und, sofern davon abweichend, die natürliche oder juristische Person, die die Werbung finanziert,***

Änderungsantrag 166

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) aussagekräftige Informationen über die ***wichtigsten*** Parameter zur Bestimmung der Nutzer, denen die Werbung angezeigt wird.

Geänderter Text

c) ***klare***, aussagekräftige ***und einheitliche*** Informationen über die Parameter zur ***Auswahl oder*** Bestimmung der Nutzer, denen die Werbung angezeigt wird.

Änderungsantrag 167

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***Die Kommission erlässt einen
Durchführungsrechtsakt zur Festlegung
der harmonisierten Vorgaben für die
Kennzeichnung gemäß Absatz 1
Buchstabe a. Dieser
Durchführungsrechtsakt wird gemäß dem
in Artikel 70 genannten
Beratungsverfahren erlassen.***

Änderungsantrag 168

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***Online-Plattformen informieren die
natürliche oder juristische Person, in
deren Auftrag die Werbung angezeigt
wird, darüber, wo die Werbung angezeigt
wurde. Sie informieren auf Anfrage auch
die zuständigen Behörden.***

Änderungsantrag 169

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***Online-Plattformen, die Werbung auf
ihren Online-Benutzeroberflächen
anzeigen, eröffnen zuständigen Behörden,
Nichtregierungsorganisationen und
Forschern, die im öffentlichen Interesse
handeln, auf Anfrage einen einfachen
Zugang zu Informationen über direkte
und indirekte Zahlungen oder sonstige***

Vergütungen, die sie für die Anzeige der entsprechenden Werbung auf ihren Online-Benutzeroberflächen erhalten haben.

Änderungsantrag 170

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Risikobewertung

Folgenabschätzung

Änderungsantrag 171

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen ermitteln, analysieren und bewerten ab dem in Artikel 25 Absatz 4 Unterabsatz 2 genannten Anwendungsbeginn und danach mindestens einmal jährlich **alle erheblichen systemischen Risiken**, die sich aus dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste in der Union ergeben. Diese **Risikobewertung** erfolgt spezifisch für ihre Dienste und umfasst die folgenden systemischen Risiken:

(1) Sehr große Online-Plattformen ermitteln, analysieren und bewerten ab dem in Artikel 25 Absatz 4 Unterabsatz 2 genannten Anwendungsbeginn und danach mindestens einmal jährlich **und stets vor der Einführung neuer Dienste wirksam und sorgfältig die Wahrscheinlichkeit und Schwere aller nachteiligen Auswirkungen**, die sich aus **der Gestaltung**, dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste in der Union ergeben, **insbesondere mit Blick auf die Grundrechte, darunter auch systemische Auswirkungen auf mitgliedstaatlicher Ebene**. Diese **Folgenabschätzung** erfolgt spezifisch für ihre Dienste und umfasst die folgenden systemischen Risiken:

Änderungsantrag 172

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Verbreitung illegaler Inhalte über ihre Dienste;

Geänderter Text

a) Verbreitung illegaler Inhalte über ihre Dienste, ***sofern die Inhalte offensichtlich illegal sind oder Anordnungen nach Artikel 8 eingegangen sind***;

Änderungsantrag 173

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe b**

Vorschlag der Kommission

b) etwaige nachteilige Auswirkungen auf die Ausübung der Grundrechte auf Achtung des Privat- und Familienlebens, auf ***die*** Meinungs- und Informationsfreiheit, auf das Diskriminierungsverbot und auf die Rechte des Kindes, ***die in den Artikeln 7, 11, 21 und 24 der Charta verankert sind***;

Geänderter Text

b) etwaige nachteilige Auswirkungen auf die Ausübung der Grundrechte, ***insbesondere der Rechte*** auf Achtung des Privat- und Familienlebens, auf ***den Schutz personenbezogener Daten und auf*** Meinungs- und Informationsfreiheit, auf das Diskriminierungsverbot und auf die Rechte des Kindes ***sowie auf die Pressefreiheit, wie in*** der Charta verankert;

Änderungsantrag 174

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe c**

Vorschlag der Kommission

c) vorsätzliche Manipulationen ihres Dienstes, auch durch unauthentische Nutzung oder automatisierte Ausnutzung des Dienstes, mit tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen Auswirkungen ***auf den Schutz der öffentlichen Gesundheit, auf Minderjährige und auf die gesellschaftliche Debatte oder tatsächlichen oder vorhersehbaren Auswirkungen auf Wahlprozesse und die öffentliche Sicherheit.***

Geänderter Text

c) ***Fehlfunktionen oder*** vorsätzliche Manipulationen ihres Dienstes, auch durch unauthentische Nutzung – ***unbeschadet des Artikels 2a*** – oder automatisierte Ausnutzung des Dienstes ***oder nicht offengelegte vergütete Einflussnahme***, mit tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen Auswirkungen auf die ***Grundrechte***.

Änderungsantrag 175

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Bei der Durchführung der **Risikobewertung** berücksichtigen sehr große Online-Plattformen insbesondere, **wie ihre** Systeme zur Moderation von Inhalten, **ihre** Empfehlungssysteme und **ihre** Systeme zur Auswahl und Anzeige von Werbung **die in Absatz 1 genannten systemischen Risiken beeinflussen**, sowie die Möglichkeit der raschen und weiten Verbreitung von illegalen Inhalten und von Informationen, die mit ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen unvereinbar sind.

Geänderter Text

(2) Bei der Durchführung der **Folgenabschätzung** berücksichtigen sehr große Online-Plattformen insbesondere **die Auswirkungen ihrer** Systeme zur Moderation von Inhalten, **ihrer** Empfehlungssysteme und **ihrer** Systeme zur Auswahl, **Ausrichtung** und Anzeige von Werbung sowie die Möglichkeit der raschen und weiten Verbreitung von **offensichtlich** illegalen Inhalten und von Informationen, die mit ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen unvereinbar sind.

Änderungsantrag 176

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Sehr große Online-Plattformen übermitteln die Ergebnisse ihrer Folgenabschätzung sowie die entsprechenden Belege dem Gremium der Koordinatoren für digitale Dienste und dem Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem sie niedergelassen sind. Eine Zusammenfassung der Folgenabschätzung wird in einem einfach zugänglichen Format veröffentlicht.

Änderungsantrag 177

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Risikominderung

Besondere Maßnahmen zur Abmilderung

Änderungsantrag 178

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen **angemessene**, verhältnismäßige und wirksame **Risikominderungsmaßnahmen**, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen **systemischen Risiken** zugeschnitten sind. **Hierzu** können gegebenenfalls gehören:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen **transparente, geeignete**, verhältnismäßige und wirksame **Abhilfemaßnahmen**, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen **nachteiligen Auswirkungen** zugeschnitten sind, **sofern die Minderung keine nachteiligen Auswirkungen auf andere Grundrechte hat. Zu diesen Maßnahmen** können gegebenenfalls gehören:

Änderungsantrag 179

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Anpassung der Systeme zur Moderation von Inhalten oder der Empfehlungssysteme, ihrer Entscheidungsprozesse, der Merkmale oder der Funktionsweise ihrer Dienste oder ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen;

Geänderter Text

a) Anpassung der Systeme zur Moderation von Inhalten oder der Empfehlungssysteme **und Online-Benutzeroberflächen**, ihrer Entscheidungsprozesse, der Merkmale oder der Funktionsweise ihrer Dienste oder ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen;

Änderungsantrag 180

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe a a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

aa) geeignete technische und operative Maßnahmen oder Kapazitäten, beispielsweise eine angemessene

Ausstattung mit Personal oder technischen Mitteln, um illegale Inhalte unverzüglich zu entfernen oder den Zugang zu ihnen zu sperren, wenn die Plattform von diesen Inhalten Kenntnis oder eine Anordnung erhalten hat, dagegen vorzugehen;

Änderungsantrag 181

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe a b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ab) einfach zugängliche und benutzerfreundliche Mechanismen, mit denen Nutzer mutmaßlich illegale Inhalte melden oder kennzeichnen können, sowie Mechanismen für die Moderation der Nutzer;

Änderungsantrag 182

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) gezielte Maßnahmen zur Beschränkung der Anzeige von Werbung in Verbindung mit dem von ihnen erbrachten Dienst;

b) gezielte Maßnahmen zur Beschränkung **oder Beendigung** der Anzeige von Werbung in Verbindung mit dem von ihnen **für konkrete Inhalte** erbrachten Dienst;

Änderungsantrag 183

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) Stärkung der internen Prozesse oder der Beaufsichtigung ihrer Tätigkeiten, insbesondere im Hinblick auf die

c) Stärkung der internen Prozesse oder der Beaufsichtigung ihrer Tätigkeiten insbesondere im Hinblick auf die

Erkennung *systemischer Risiken*;

Erkennung *und Beseitigung nachteiliger Auswirkungen*;

Änderungsantrag 184

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

e) Beginn oder Anpassung der Zusammenarbeit mit anderen Online-Plattformen anhand der in Artikel 35 und Artikel 37 genannten Verhaltenskodizes bzw. Krisenprotokolle.

entfällt

Änderungsantrag 185

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Die sehr große Online-Plattform entscheidet selbst über die zu wählenden Maßnahmen.

Änderungsantrag 186

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Wenn eine sehr große Online-Plattform beschließt, keine der in Absatz 1 dieses Artikels aufgeführten Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, gibt sie eine schriftliche Erklärung zur Darlegung der Gründe hierfür ab, die den unabhängigen Prüfern vorzulegen ist, damit der Prüfbericht gemäß Artikel 28 Absatz 3 ausgearbeitet werden kann.

Änderungsantrag 187

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Ermittlung und Bewertung der auffälligsten wiederkehrenden **systemischen Risiken**, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

Geänderter Text

a) Ermittlung und Bewertung der auffälligsten wiederkehrenden **nachteiligen Auswirkungen**, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

Änderungsantrag 188

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) bewährte Verfahren für sehr große Online-Plattformen zur Minderung der ermittelten **systemischen Risiken**.

Geänderter Text

b) bewährte Verfahren für sehr große Online-Plattformen zur Minderung der ermittelten **nachteiligen Auswirkungen**.

Änderungsantrag 189

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Die Kommission kann in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste allgemeine **Leitlinien für die** Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere **Risiken** herausgeben, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen **zu empfehlen**, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. **Im Hinblick auf die Ausarbeitung dieser**

Geänderter Text

(3) Die Kommission kann in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste allgemeine **Empfehlungen zur** Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere **Auswirkungen** herausgeben, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen **vorzuschlagen**, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt.

Leitlinien führt **die Kommission** öffentliche Konsultationen durch.

Bevor die Kommission diese Empfehlungen annimmt, führt **sie** öffentliche Konsultationen durch.

Änderungsantrag 190

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 28 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten einer Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung **folgender** Pflichten und **Verpflichtungszusagen** bewertet **wird**:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten einer **unabhängigen** Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung **der in Kapitel III festgelegten** Pflichten und **insbesondere die Qualität der Ermittlung, Analyse und Bewertung der nachteiligen Auswirkungen nach Artikel 26 sowie die Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit der Maßnahmen zur Minderung der nachteiligen Auswirkungen gemäß Artikel 27** bewertet werden.

Änderungsantrag 191

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 28 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) **die in Kapitel III festgelegten Pflichten,**

Geänderter Text

entfällt

Änderungsantrag 192

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 28 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) **die Verpflichtungszusagen, die gemäß den in den Artikeln 35 und 36 genannten Verhaltenskodizes und den in**

Geänderter Text

entfällt

Artikel 37 genannten Krisenprotokollen gemacht wurden.

Änderungsantrag 193

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Sehr große Online-Plattformen stellen sicher, dass Prüfer Zugang zu allen relevanten Informationen haben, die sie für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben benötigen.

Änderungsantrag 194

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 2 – Buchstabe a**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

a) von der betreffenden sehr großen Online-Plattform unabhängig sind,

a) von der betreffenden sehr großen Online-Plattform ***und anderen sehr großen Online-Plattformen*** unabhängig sind ***und sich in keinen Interessenkonflikten mit diesen sehr großen Online-Plattformen befinden,***

Änderungsantrag 195

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 2 – Buchstabe c**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) ***nachweislich mit*** Objektivität und Berufsethik ***arbeiten***, insbesondere aufgrund der Einhaltung ***von*** Verhaltenskodizes oder ***geeigneten*** Normen.

c) Objektivität und Berufsethik ***unter Beweis gestellt haben***, insbesondere aufgrund der Einhaltung ***der einschlägigen*** Verhaltenskodizes oder ***geeigneter*** Normen.

Änderungsantrag 196

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe d a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

da) eine Beschreibung der konkreten Elemente, bei denen der Prüfer nicht zu einer Schlussfolgerung gelangt ist, und eine Erklärung, warum diese Elemente nicht abschließend geprüft werden konnten,

Änderungsantrag 197

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe d b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

db) die Bezeichnung der Dritten, die im Rahmen der Prüfung konsultiert wurden,

Änderungsantrag 198

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

e) Stellungnahme der Prüfer dazu, ob die geprüfte sehr große Online-Plattform den in Absatz 1 genannten Pflichten und Verpflichtungszusagen nachgekommen ist, und zwar entweder positiv, positiv mit Anmerkungen oder negativ,

e) Stellungnahme der Prüfer dazu, ob die geprüfte sehr große Online-Plattform den in Absatz 1 genannten Pflichten und Verpflichtungszusagen **befriedigend** nachgekommen ist, und zwar entweder positiv, positiv mit Anmerkungen oder negativ,

Änderungsantrag 199

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Sehr große Online-Plattformen, die einen nicht positiven Prüfbericht erhalten, tragen allen an sie gerichteten operativen Empfehlungen gebührend Rechnung **und ergreifen die erforderlichen Maßnahmen zu deren Umsetzung**. Sie nehmen innerhalb eines Monats nach Erhalt dieser Empfehlungen einen Bericht über die Umsetzung der Prüfergebnisse an, **in dem sie diese Maßnahmen darlegen**. Falls sie die operativen Empfehlungen nicht umsetzen, begründen sie dies in dem Bericht und legen etwaige alternative Maßnahmen dar, die sie ergriffen haben, um festgestellte Verstöße zu beheben.

Geänderter Text

(4) Sehr große Online-Plattformen, die einen nicht positiven Prüfbericht erhalten, tragen allen an sie gerichteten operativen Empfehlungen gebührend Rechnung. Sie nehmen innerhalb eines Monats nach Erhalt dieser Empfehlungen einen Bericht über die Umsetzung der Prüfergebnisse an. Falls sie die operativen Empfehlungen nicht umsetzen, begründen sie dies in dem Bericht und legen etwaige alternative Maßnahmen dar, die sie ergriffen haben, um festgestellte Verstöße zu beheben.

Änderungsantrag 200

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 29 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die wichtigsten Parameter dar, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, **sowie alle Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen**, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, darunter mindestens eine Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 **Absatz 4** der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise **aussagekräftige Angaben zu der zugrunde liegenden Logik und** die wichtigsten Parameter dar, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, **und stellen den Nutzern klare und benutzerfreundliche Optionen** zur Verfügung, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, darunter mindestens eine Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 **Nummer 4** der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.

Änderungsantrag 201

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 29 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, müssen dem Nutzer die Möglichkeit bieten, sich Informationen nur in chronologischer Reihenfolge anzeigen zu lassen.

Änderungsantrag 202

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) die natürliche oder juristische Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird,

b) die natürliche oder juristische Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird, **sowie – sofern diese Angabe verfügbar ist – alle damit verbundenen erhaltenen Zahlungen,**

Änderungsantrag 203

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

d) ob die Werbung gezielt **einer** oder **mehreren bestimmten** Gruppen von Nutzern angezeigt werden sollte, und falls ja, welche Hauptparameter zu diesem Zweck verwendet wurden,

d) ob die Werbung gezielt **eine** oder **mehrere bestimmte** Gruppen von Nutzern **ausschließen oder diesen gezielt** angezeigt werden sollte, und falls ja, welche Hauptparameter zu diesem Zweck verwendet wurden, **oder gegebenenfalls die ausgewählten Kontexte, in denen die Werbung platziert wurde,**

Änderungsantrag 204

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen gewähren dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission auf **deren** begründetes Verlangen innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist Zugang zu den Daten, die für die Überwachung und Bewertung der Einhaltung dieser Verordnung erforderlich sind. Dieser Koordinator für digitale Dienste und die Kommission **verwenden** diese Daten ausschließlich für diese Zwecke.

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen gewähren dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission auf begründetes Verlangen innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist Zugang zu den Daten, die für die Überwachung und Bewertung der Einhaltung dieser Verordnung erforderlich sind. Dieser Koordinator für digitale Dienste und die Kommission **verlangen** diese Daten **ausschließlich für diese Zwecke, greifen ausschließlich für diese Zwecke darauf zu und verwenden sie** ausschließlich für diese Zwecke.

Änderungsantrag 205

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, **die zur Ermittlung und zum Verständnis systemischer Risiken gemäß Artikel 26 Absatz 1 beitragen.**

Geänderter Text

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort, **von drei Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort** oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten **im öffentlichen Interesse.**

Änderungsantrag 206

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Den Zugang zu Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 gewähren sehr große Online-Plattformen über Online-Datenbanken oder über Anwendungsprogrammierschnittstellen.

Geänderter Text

(3) Den Zugang zu Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 gewähren sehr große Online-Plattformen über Online-Datenbanken oder über Anwendungsprogrammierschnittstellen.

Diese Daten dürfen nur dann personenbezogene Daten enthalten, wenn die Daten rechtmäßig für die Öffentlichkeit zugänglich sind.

Änderungsantrag 207

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 6 – Einleitung**

Vorschlag der Kommission

(6) Innerhalb von 15 Tagen nach Eingang eines Verlangens gemäß den Absätzen 1 und 2 kann eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort bzw. die Kommission ersuchen, das Verlangen zu ändern, wenn sie sich aus einem der **beiden** folgenden Gründe außerstande sieht, Zugang zu den angeforderten Daten zu gewähren:

Geänderter Text

(6) Innerhalb von 15 Tagen nach Eingang eines Verlangens gemäß den Absätzen 1 und 2 kann eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort bzw. die Kommission ersuchen, das Verlangen zu ändern, wenn sie sich aus einem der **drei** folgenden Gründe außerstande sieht, Zugang zu den angeforderten Daten zu gewähren:

Änderungsantrag 208

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 6 – Buchstabe b**

Vorschlag der Kommission

b) die Gewährung des Zugangs zu den Daten wird zu erheblichen Schwachstellen bei der Sicherheit ihres Dienstes oder beim Schutz vertraulicher Informationen, **insbesondere von Geschäftsgeheimnissen**, führen.

Geänderter Text

b) die Gewährung des Zugangs zu den Daten wird zu erheblichen Schwachstellen bei der Sicherheit ihres Dienstes oder beim Schutz vertraulicher Informationen führen;

Änderungsantrag 209

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 6 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) wenn es sich um personenbezogene Daten handelt, würde die Gewährung des Zugriffs auf die Daten gegen die anwendbaren Datenschutzbestimmungen der Union oder der Mitgliedstaaten verstoßen.

Änderungsantrag 210

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 7 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(7a) Nach Abschluss der in Absatz 2 vorgesehenen Forschungstätigkeiten machen die zugelassenen Forscher ihre Ergebnisse unter Berücksichtigung der Rechte und Interessen der betreffenden Nutzer öffentlich zugänglich.

Änderungsantrag 211

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 32 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Sehr große Online-Plattformen benennen **als Compliance-Beauftragte** nur Personen, die über die zur Erfüllung der in Absatz 3 genannten Aufgaben erforderlichen beruflichen Qualifikationen, Kenntnisse, Erfahrungen und Fähigkeiten verfügen. Compliance-Beauftragte können entweder Mitarbeiter der betreffenden sehr großen Online-Plattform sein oder diese Aufgaben auf der Grundlage eines Vertrags mit der Plattform wahrnehmen.

(2) Sehr große Online-Plattformen benennen nur Personen **als Compliance-Beauftragte**, die über die zur Erfüllung der in Absatz 3 genannten Aufgaben erforderlichen beruflichen Qualifikationen, Kenntnisse, Erfahrungen und Fähigkeiten verfügen. Compliance-Beauftragte können entweder Mitarbeiter der betreffenden sehr großen Online-Plattform sein oder diese Aufgaben auf der Grundlage eines Vertrags mit der Plattform wahrnehmen.

Änderungsantrag 212

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 33 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) einen Bericht über die Ergebnisse der **Risikobewertung** gemäß Artikel 26,

Geänderter Text

a) einen Bericht über die Ergebnisse der **Folgenabschätzung** gemäß Artikel 26,

Änderungsantrag 213

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 33 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) die gemäß Artikel 27 ermittelten und umgesetzten **Risikominderungsmaßnahmen**,

Geänderter Text

b) die gemäß Artikel 27 ermittelten und umgesetzten **besonderen Abhilfemaßnahmen**,

Änderungsantrag 214

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission und das Gremium **fördern und erleichtern** die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und **systemischer Risiken** im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

Geänderter Text

(1) Die Kommission und das Gremium **können** die Ausarbeitung von **freiwilligen** Verhaltenskodizes auf Unionsebene **erleichtern**, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und **nachteiliger Auswirkungen** im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz **der Privatsphäre und** personenbezogener Daten, verbunden sind.

Änderungsantrag 215

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Treten erhebliche **systemische Risiken** im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, **kann** die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und **gegebenenfalls** andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Beteiligte **auffordern**, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung **spezifischer Risikominderungsmaßnahmen** sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Geänderter Text

(2) Treten erhebliche **nachteilige Auswirkungen** im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, **so fordert** die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und **erforderlichenfalls** andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Beteiligte **auf**, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung **besonderer Maßnahmen zur Minderung der Auswirkungen** sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Änderungsantrag 216

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) **Bei der Umsetzung der Absätze 1 und 2 setzen sich die Kommission und das Gremium dafür ein, dass in den Verhaltenskodizes die damit verfolgten Ziele klar dargelegt werden und wesentliche Leistungsindikatoren enthalten sind, um die Verwirklichung dieser Ziele zu messen, und dass die Kodizes den Bedürfnissen und Interessen aller Beteiligten, einschließlich der Bürger, auf Unionsebene gebührend Rechnung tragen. Darüber hinaus bemühen sich die Kommission und das**

Geänderter Text

entfällt

Gremium, dass die Beteiligten der Kommission und ihren jeweiligen Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort regelmäßig über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse Bericht erstatten, gemessen anhand der wesentlichen Leistungsindikatoren in den Kodizes.

Änderungsantrag 217

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die Kommission und das Gremium bewerten, ob die Verhaltenskodizes den in den Absätzen 1 und 3 genannten Zielen entsprechen, und **überwachen und bewerten regelmäßig** die Erreichung der damit verfolgten Ziele. Sie veröffentlichen ihre Schlussfolgerungen.

Geänderter Text

(4) Die Kommission und das Gremium bewerten, ob die Verhaltenskodizes den in den Absätzen 1 und 2 genannten Zielen entsprechen, und **sie können** die Erreichung der damit verfolgten Ziele **regelmäßig überwachen und bewerten**. Sie veröffentlichen ihre Schlussfolgerungen.

Änderungsantrag 218

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 36 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission **fördert und erleichtert** die Ausarbeitung **von** Verhaltenskodizes auf Unionsebene zwischen Online-Plattformen und anderen einschlägigen Diensteanbietern, einschließlich Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung, oder Organisationen, die Nutzer vertreten, und Organisationen der Zivilgesellschaft oder einschlägigen Behörden, um über die Anforderungen der Artikel 24 und 30 hinaus zu mehr Transparenz bei Online-Werbung beizutragen.

Geänderter Text

(1) Die Kommission **kann** die Ausarbeitung **freiwilliger** Verhaltenskodizes auf Unionsebene zwischen Online-Plattformen und anderen einschlägigen Diensteanbietern, einschließlich Anbietern von Vermittlungsdiensten für Online-Werbung, oder Organisationen, die Nutzer vertreten, und Organisationen der Zivilgesellschaft oder einschlägigen Behörden **erleichtern**, um über die Anforderungen der Artikel 24 und 30 hinaus zu mehr Transparenz bei Online-Werbung beizutragen.

Änderungsantrag 219

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 36 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Die Kommission setzt sich dafür ein, dass mit den Verhaltenskodizes eine wirksame Informationsübermittlung unter uneingeschränkter Achtung der Rechte und Interessen aller Beteiligten sowie ein wettbewerbsorientiertes, transparentes und faires Umfeld in der Online-Werbung im Einklang mit dem Unionsrecht und dem nationalen Recht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, angestrebt werden. Die Kommission setzt sich dafür ein, dass sich die Verhaltenskodizes mindestens auf Folgendes erstrecken:

Geänderter Text

(2) Die Kommission setzt sich dafür ein, dass mit den Verhaltenskodizes eine wirksame Informationsübermittlung unter uneingeschränkter Achtung der Rechte und Interessen aller Beteiligten sowie ein wettbewerbsorientiertes, transparentes und faires Umfeld in der Online-Werbung im Einklang mit dem Unionsrecht und dem nationalen Recht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz **der Privatsphäre und** personenbezogener Daten, angestrebt werden. Die Kommission setzt sich dafür ein, dass sich die Verhaltenskodizes mindestens auf Folgendes erstrecken:

Änderungsantrag 220

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 36 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) **Die Kommission fördert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes innerhalb eines Jahres nach dem Geltungsbeginn dieser Verordnung und ihre Anwendung spätestens sechs Monate nach diesem Zeitpunkt.**

Geänderter Text

entfällt

Änderungsantrag 221

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 37 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Das Gremium kann der Kommission empfehlen, gemäß den Absätzen 2, 3 und 4 die Ausarbeitung von

Geänderter Text

(1) Das Gremium kann der Kommission empfehlen, gemäß den Absätzen 2, 3 und 4 die Ausarbeitung von

Krisenprotokollen zur Bewältigung von Krisensituationen einzuleiten, die strikt auf außergewöhnliche Umstände beschränkt sind, die die öffentliche Sicherheit oder Gesundheit beeinträchtigen.

freiwilligen Krisenprotokollen zur Bewältigung von Krisensituationen einzuleiten, die strikt auf außergewöhnliche Umstände beschränkt sind, die die öffentliche Sicherheit oder Gesundheit beeinträchtigen.

Änderungsantrag 222

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 37 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Die Kommission **fördert und erleichtert** die Beteiligung sehr großer Online-Plattformen und gegebenenfalls anderer Online-Plattformen **und beteiligt sich selbst** an der Ausarbeitung, Erprobung und Anwendung dieser Krisenprotokolle, die eine oder mehrere der folgenden Maßnahmen umfassen:

Geänderter Text

(2) Die Kommission **kann** die Beteiligung sehr großer Online-Plattformen und gegebenenfalls anderer Online-Plattformen an der Ausarbeitung, Erprobung und Anwendung dieser Krisenprotokolle, die eine oder mehrere der folgenden Maßnahmen umfassen, **fördern und erleichtern und beteiligt sich selbst daran**:

Änderungsantrag 223

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 37 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Die Kommission kann gegebenenfalls die Behörden der Mitgliedstaaten und die Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union in die Ausarbeitung, Erprobung und Überwachung der Anwendung der Krisenprotokolle einbeziehen. **Die Kommission kann gegebenenfalls auch Organisationen der Zivilgesellschaft oder andere einschlägige Organisationen in die Ausarbeitung der Krisenprotokolle einbeziehen.**

Geänderter Text

(3) Die Kommission kann gegebenenfalls die Behörden der Mitgliedstaaten und die Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union in die Ausarbeitung, Erprobung und Überwachung der Anwendung der Krisenprotokolle einbeziehen.

Änderungsantrag 224

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 37 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 37a

***Verfahren für die Ausarbeitung von
Verhaltenskodizes und Krisenprotokollen***

***(1) Bevor die Kommission die
Aushandlung oder Überarbeitung von
Verhaltenskodizes oder Krisenprotokollen
einleitet oder erleichtert,***

***a) prüft sie die Zweckmäßigkeit von
Legislativvorschlägen als Alternative,***

***b) veröffentlicht sie die Elemente des
Kodexes oder des Protokolls, die sie
vorschlagen oder befürworten möchte,***

***c) ersucht sie das Europäische
Parlament, den Rat, die Agentur der
Europäischen Union für Grundrechte
(FRA), den Europäischen
Datenschutzbeauftragten und die
Öffentlichkeit, Stellungnahmen
abzugeben und zu veröffentlichen,***

***d) führt sie eine Folgenabschätzung
im Hinblick auf die Grundrechte durch
und veröffentlicht die Ergebnisse.***

***(2) Die Kommission veröffentlicht
anschließend die Elemente des geplanten
Kodexes oder Protokolls, die sie
vorschlagen oder zu befürworten
beabsichtigt. Sie darf keine Elemente
vorschlagen oder befürworten, gegen die
das Europäische Parlament oder der Rat
Einwände erheben oder die nicht
Gegenstand des Verfahrens nach Absatz 1
waren.***

***(3) Die Kommission gestattet
Vertretern von Organisationen der
Zivilgesellschaft, die sich für die
Interessen der Nutzer einschlägiger
Dienste einsetzen, des Europäischen
Parlaments, des Rates und der FRA, als
Beobachter an den Verhandlungen***

teilzunehmen und alle sie betreffenden Unterlagen einzusehen. Die Kommission bietet Teilnehmern, die der Zivilgesellschaft angehören, eine Entschädigung an.

(4) Die Kommission veröffentlicht die Verhaltenskodizes und Krisenprotokolle, gibt an, für wen sie gelten, und hält die Informationen auf dem neuesten Stand.

Änderungsantrag 225

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 38 – Absatz 2 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Die Mitgliedstaaten benennen eine der zuständigen Behörden als ihren Koordinator für digitale Dienste. Der Koordinator für digitale Dienste ist für alle Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in diesem Mitgliedstaat zuständig, ***es sei denn, der betreffende Mitgliedstaat hat bestimmte besondere Aufgaben oder Sektoren anderen zuständigen Behörden übertragen.*** Der Koordinator für digitale Dienste ist in jedem Fall dafür zuständig, die Koordinierung dieser Angelegenheiten auf nationaler Ebene sicherzustellen und zu einer wirksamen und einheitlichen Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in der gesamten Union beizutragen.

Geänderter Text

Die Mitgliedstaaten benennen eine der zuständigen Behörden als ihren Koordinator für digitale Dienste. Der Koordinator für digitale Dienste ist für alle Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in diesem Mitgliedstaat zuständig. Der Koordinator für digitale Dienste ist in jedem Fall dafür zuständig, die Koordinierung dieser Angelegenheiten auf nationaler Ebene sicherzustellen und zu einer wirksamen und einheitlichen Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in der gesamten Union beizutragen.

Änderungsantrag 226

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 38 – Absatz 3 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Die Mitgliedstaaten benennen die Koordinatoren für digitale Dienste

Geänderter Text

Die Mitgliedstaaten benennen die Koordinatoren für digitale Dienste

innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung.

innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung. ***Unterliegt ein Mitgliedstaat einem Verfahren nach Artikel 7 Absätze 1 oder 2 des Vertrags über die Europäische Union, kann der von diesem Mitgliedstaat vorgeschlagene Koordinator für digitale Dienste erst benannt werden, wenn die Kommission bestätigt hat, dass er die in Artikel 39 dieser Verordnung festgelegten Anforderungen erfüllt.***

Änderungsantrag 227

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 39 – Absatz -1 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(-1) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die Koordinatoren für digitale Dienste rechtlich von ihren jeweiligen Regierungen und anderen öffentlichen oder privaten Einrichtungen getrennt und funktionell unabhängig von ihnen sind.

Änderungsantrag 228

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 41 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

a) die Befugnis, von diesen Anbietern sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und Artikel 50 Absatz 3 durchführen, zu verlangen, dass sie diese Informationen innerhalb einer angemessenen Frist übermitteln;

a) die Befugnis, von diesen Anbietern sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und Artikel 50 Absatz 3 durchführen, zu verlangen, dass sie diese Informationen innerhalb einer angemessenen Frist übermitteln; ***hiervon ausgenommen sind Informationen, die***

durch Anforderungen im Zusammenhang mit dem Berufsgeheimnis oder durch Vorrechte und Befreiungen nach anwendbarem Recht geschützt sind;

Änderungsantrag 229

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 41 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die Befugnis, die Verpflichtungszusagen dieser Anbieter in Bezug auf die Einhaltung dieser Verordnung anzunehmen und diese Verpflichtungszusagen für bindend zu erklären;

Geänderter Text

a) die Befugnis, die **rechtmäßigen** Verpflichtungszusagen dieser Anbieter in Bezug auf die Einhaltung dieser Verordnung anzunehmen und diese Verpflichtungszusagen für bindend zu erklären;

Änderungsantrag 230

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 41 – Absatz 3 – Unterabsatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(3) Soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist, haben die Koordinatoren für digitale Dienste in Bezug auf **Anbieter von Vermittlungsdiensten**, die der rechtlichen Zuständigkeit ihres Mitgliedstaats unterliegen, in Fällen, in denen alle anderen Befugnisse nach diesem Artikel zur Einstellung einer Zuwiderhandlung ausgeschöpft wurden, die Zuwiderhandlung anhält und einen schwerwiegenden Schaden verursacht, der durch die Ausübung anderer Befugnisse nach Unionsrecht oder nationalem Recht nicht vermieden werden kann, die Befugnis, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

Geänderter Text

(3) Soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist, haben die Koordinatoren für digitale Dienste in Bezug auf **Hosting-Diensteanbieter**, die der rechtlichen Zuständigkeit ihres Mitgliedstaats unterliegen, in Fällen, in denen alle anderen Befugnisse nach diesem Artikel zur Einstellung einer Zuwiderhandlung ausgeschöpft wurden, die Zuwiderhandlung anhält und einen schwerwiegenden Schaden verursacht, der durch die Ausübung anderer Befugnisse nach Unionsrecht oder nationalem Recht nicht vermieden werden kann, die Befugnis, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

Änderungsantrag 231

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 41 – Absatz 3 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) ist der Koordinator für digitale Dienste der Auffassung, dass der Anbieter die Anforderungen des ersten Spiegelstrichs nicht **ausreichend** erfüllt hat, dass die Zuwiderhandlung anhält und einen schwerwiegenden Schaden verursacht und dass die Zuwiderhandlung eine schwere Straftat darstellt, die das Leben oder die Sicherheit von Personen bedroht, so fordert er die zuständige Justizbehörde dieses Mitgliedstaats auf, anzuordnen, dass der Zugang der Nutzer **zu dem** von der Zuwiderhandlung betroffenen **Dienst** oder – nur wenn dies technisch nicht möglich ist – zur **Online-Schnittstelle** des Anbieters von Vermittlungsdiensten, auf der die Zuwiderhandlung erfolgt, vorübergehend eingeschränkt wird.

Geänderter Text

b) ist der Koordinator für digitale Dienste der Auffassung, dass der Anbieter die Anforderungen des ersten Spiegelstrichs nicht erfüllt hat, dass die Zuwiderhandlung anhält und einen schwerwiegenden Schaden verursacht und dass die Zuwiderhandlung eine schwere Straftat darstellt, die das Leben oder die Sicherheit von Personen **unmittelbar** bedroht, so fordert er die zuständige Justizbehörde dieses Mitgliedstaats auf, anzuordnen, dass der Zugang der Nutzer **des** von der Zuwiderhandlung betroffenen **Dienstes zu dem rechtsverletzenden Inhalt** oder – nur wenn dies technisch nicht möglich ist – zur **Online-Benutzeroberfläche** des Anbieters von Vermittlungsdiensten, auf der die Zuwiderhandlung erfolgt, vorübergehend eingeschränkt wird.

Änderungsantrag 232

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 42 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Höchstbetrag der Sanktionen, die bei Nichteinhaltung der in dieser Verordnung festgelegten Verpflichtungen verhängt werden, 6 % der Jahreseinnahmen oder des Jahresumsatzes des betreffenden Anbieters von Vermittlungsdiensten nicht übersteigt. Sanktionen für die Bereitstellung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen, für das Versäumnis einer Antwort oder der Berichtigung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen sowie für die Nichtduldung einer Nachprüfung vor

Geänderter Text

(3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Höchstbetrag der Sanktionen, die bei Nichteinhaltung der in dieser Verordnung festgelegten Verpflichtungen verhängt werden, 6 % der **weltweiten** Jahreseinnahmen oder des **weltweiten** Jahresumsatzes des betreffenden Anbieters von Vermittlungsdiensten nicht übersteigt. Sanktionen für die Bereitstellung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen, für das Versäumnis einer Antwort oder der Berichtigung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen sowie für

Ort dürfen 1 % der Jahreseinnahmen oder des Jahresumsatzes des betreffenden Anbieters nicht übersteigen.

die Nichtduldung einer Nachprüfung vor Ort dürfen 1 % der **weltweiten** Jahreseinnahmen oder des **weltweiten** Jahresumsatzes des betreffenden Anbieters nicht übersteigen.

Änderungsantrag 233

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 42 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Höchstbetrag eines Zwangsgelds 5 % des durchschnittlichen Tagesumsatzes des betreffenden Anbieters von Vermittlungsdiensten im vorangegangenen Geschäftsjahr, berechnet ab dem in dem betreffenden Beschluss genannten Datum, nicht übersteigt.

Geänderter Text

(4) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Höchstbetrag eines Zwangsgelds 5 % des durchschnittlichen **weltweiten** Tagesumsatzes des betreffenden Anbieters von Vermittlungsdiensten im vorangegangenen Geschäftsjahr, berechnet ab dem in dem betreffenden Beschluss genannten Datum, nicht übersteigt.

Änderungsantrag 234

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 43 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Beschwerderecht

Geänderter Text

Beschwerderecht **und Recht auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf**

Änderungsantrag 235

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 43 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Die Nutzer haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der

Geänderter Text

Die Nutzer haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der

Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter.

Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter **und setzt die Person, die die Beschwerde eingereicht hat, davon in Kenntnis.**

Änderungsantrag 236

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 43 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

In Fällen, in denen der Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, eine Beschwerde weitergeleitet hat, prüft der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort die Angelegenheit im Einklang mit Absatz 1 zeitnah und informiert den Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, darüber, wie die Beschwerde behandelt wurde.

Änderungsantrag 237

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 43 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Ein Nutzer hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder außergerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf, wenn der zuständige Koordinator für digitale Dienste eine Beschwerde nicht bearbeitet oder den Nutzer nicht innerhalb von drei

Monaten über den Fortgang oder die Ergebnisse der gemäß Absatz 1 eingelegten Beschwerde unterrichtet.

Änderungsantrag 238

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 44 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Anzahl und Gegenstand der Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte und der Auskunftsanordnungen, die gemäß den Artikeln 8 und 9 von einer nationalen **Justiz-** oder Verwaltungsbehörde des Mitgliedstaats des Koordinators für digitale Dienste erlassen wurden;

Geänderter Text

a) Anzahl und Gegenstand der Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte und der Auskunftsanordnungen, die gemäß den Artikeln 8 und 9 von einer nationalen **Justizbehörde oder gemäß Artikel 8 Absatz 1 oder Artikel 9 Absatz 4b von einer** Verwaltungsbehörde des Mitgliedstaats des **betreffenden** Koordinators für digitale Dienste erlassen wurden;

Änderungsantrag 239

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 7

Vorschlag der Kommission

(7) Gelangt die Kommission gemäß Absatz 6 zu dem Schluss, dass die Bewertung oder die gemäß Absatz 4 ergriffenen oder geplanten Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen nicht mit dieser Verordnung vereinbar sind, fordert sie den Koordinator für **den digitalen Dienst** am Niederlassungsort auf, die Angelegenheit weiter zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen, und sie innerhalb von zwei Monaten nach **dieser** Aufforderung über diese Maßnahmen zu unterrichten.

Geänderter Text

(7) Gelangt die Kommission gemäß Absatz 6 zu dem Schluss, dass die Bewertung oder die gemäß Absatz 4 ergriffenen oder geplanten Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen nicht mit dieser Verordnung vereinbar sind, fordert sie den Koordinator für **digitale Dienste** am Niederlassungsort auf, die Angelegenheit weiter zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen, und sie innerhalb von zwei Monaten nach **der** Aufforderung über diese Maßnahmen zu unterrichten. **Diese Information wird auch an den**

Koordinator für digitale Dienste oder das Gremium, das das Verfahren gemäß Absatz 1 eingeleitet hat, übermittelt.

Änderungsantrag 240

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 7 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(7a) Innerhalb von zwei Monaten nach dem Eingang der Information über Maßnahmen nach Absatz 7 klärt die Kommission abschließend, ob die Prüfung oder die gemäß dem genannten Absatz getroffenen Maßnahmen mit dieser Verordnung unvereinbar sind. Gelangt die Kommission zu der Feststellung, dass die Bewertung oder die gemäß Absatz 7 ergriffenen Maßnahmen nicht mit dieser Verordnung vereinbar sind, beschließt sie abschließend im Wege eines Durchführungsrechtsakts über diese Angelegenheit. Dieser Durchführungsrechtsakt wird gemäß dem in Artikel 70 Absatz 3 genannten Prüfverfahren erlassen.

Änderungsantrag 241

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 47 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

a) Beitrag zur einheitlichen Anwendung dieser Verordnung und zur wirksamen Zusammenarbeit der Koordinatoren für digitale Dienste und der Kommission in Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen;

a) Beitrag zur einheitlichen Anwendung dieser Verordnung ***in der gesamten Union*** und zur wirksamen Zusammenarbeit der Koordinatoren für digitale Dienste und der Kommission in Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen;

Änderungsantrag 242

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 48 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Das Gremium kann Sachverständige und Beobachter zu seinen Sitzungen einladen und mit anderen Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union sowie Beratergruppen und gegebenenfalls mit externen Sachverständigen ***zusammenarbeiten***. Das Gremium macht der Öffentlichkeit die Ergebnisse ***der*** dieser Zusammenarbeit zugänglich.

Geänderter Text

(5) Das Gremium kann Sachverständige und Beobachter zu seinen Sitzungen einladen und ***arbeitet*** mit anderen Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union sowie Beratergruppen und gegebenenfalls mit externen Sachverständigen ***zusammen***. Das Gremium macht der Öffentlichkeit die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit zugänglich.

Änderungsantrag 243

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 48 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

(6) Das Gremium gibt sich ***nach Zustimmung der Kommission*** eine Geschäftsordnung.

Geänderter Text

(6) Das Gremium gibt sich ***mit Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder*** eine Geschäftsordnung.

Änderungsantrag 244

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 49 – Absatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) Beratung der Kommission beim Ergreifen der in Artikel 51 genannten Maßnahmen und – ***auf Aufforderung der Kommission*** – Abgabe von Stellungnahmen zu Entwürfen von Maßnahmen der Kommission in Bezug auf sehr große Online-Plattformen gemäß dieser Verordnung;

Geänderter Text

d) Beratung der Kommission beim Ergreifen der in Artikel 51 genannten Maßnahmen und Abgabe von Stellungnahmen zu Entwürfen von Maßnahmen der Kommission ***und zu anderen Angelegenheiten*** in Bezug auf sehr große Online-Plattformen gemäß dieser Verordnung;

Änderungsantrag 245

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 49 – Absatz 1 – Buchstabe e a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ea) Abgabe von Stellungnahmen, Empfehlungen oder Ratschlägen zu Angelegenheiten im Zusammenhang mit Artikel 34.

Änderungsantrag 246

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 50 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Bei der Mitteilung der in Absatz 1 Unterabsatz 1 genannten Entscheidung an die betreffende sehr große Online-Plattform fordert der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort diese auf, innerhalb eines Monats nach der Entscheidung einen Aktionsplan zu erstellen, in dem dargelegt wird, wie diese Plattform die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen gedenkt, und dem Koordinator für digitale Dienste, der Kommission und dem Gremium zu übermitteln. **Die im Aktionsplan vorgesehenen Maßnahmen können gegebenenfalls die Beteiligung an einem Verhaltenskodex gemäß Artikel 35 umfassen.**

(2) Bei der Mitteilung der in Absatz 1 Unterabsatz 1 genannten Entscheidung an die betreffende sehr große Online-Plattform fordert der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort diese auf, innerhalb eines Monats nach der Entscheidung einen Aktionsplan zu erstellen, in dem dargelegt wird, wie diese Plattform die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen gedenkt, und dem Koordinator für digitale Dienste **am Niederlassungsort**, der Kommission und dem Gremium zu übermitteln.

Änderungsantrag 247

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 51 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Die Kommission kann entweder auf Empfehlung des Gremiums **oder** von Amts wegen nach Konsultation des Gremiums Verfahren im Hinblick auf den möglichen Erlass von Beschlüssen gemäß den

(1) Die Kommission kann entweder auf Empfehlung des Gremiums, von Amts wegen nach Konsultation des Gremiums **oder auf Aufforderung von mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste**

Artikeln 58 und 59 in Bezug auf das einschlägige Verhalten der sehr großen Online-Plattform einleiten, wenn

am Bestimmungsort Verfahren im Hinblick auf den möglichen Erlass von Beschlüssen gemäß den Artikeln 58 und 59 in Bezug auf das einschlägige Verhalten der sehr großen Online-Plattform einleiten, wenn

Änderungsantrag 248

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 52 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die Kommission durch einfaches Verlangen oder im Wege eines Beschlusses von den betreffenden sehr großen Online-Plattformen sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und Artikel 50 Absatz 3 durchführen, die Übermittlung dieser Informationen innerhalb einer angemessenen Frist verlangen.

Geänderter Text

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die Kommission durch einfaches Verlangen oder im Wege eines Beschlusses von den betreffenden sehr großen Online-Plattformen sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und Artikel 50 Absatz 3 durchführen, die Übermittlung dieser Informationen innerhalb einer angemessenen Frist verlangen; **hiervon ausgenommen sind Informationen, die durch Anforderungen im Zusammenhang mit dem Berufsgeheimnis oder durch Vorrechte und Befreiungen nach anwendbarem Recht geschützt sind;**

Änderungsantrag 249

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 56 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Bietet die betreffende sehr große

Geänderter Text

(1) Bietet die betreffende sehr große

Online-Plattform während des Verfahrens nach diesem Abschnitt Verpflichtungszusagen an, **die** die Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung gewährleisten, so kann die Kommission diese Verpflichtungszusagen für die betreffende sehr große Online-Plattform im Wege eines Beschlusses für bindend erklären und feststellen, dass für ein Tätigwerden der Kommission kein Anlass mehr besteht.

Online-Plattform während des Verfahrens nach diesem Abschnitt **rechtmäßige** Verpflichtungszusagen an, **um** die Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung **zu** gewährleisten, so kann die Kommission diese Verpflichtungszusagen für die betreffende sehr große Online-Plattform im Wege eines Beschlusses für bindend erklären und feststellen, dass für ein Tätigwerden der Kommission kein Anlass mehr besteht.

Änderungsantrag 250

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 56 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) wenn die betreffende sehr große Online-Plattform gegen ihre Verpflichtungszusagen verstößt oder

Geänderter Text

b) wenn die betreffende sehr große Online-Plattform gegen ihre **rechtmäßigen** Verpflichtungszusagen verstößt oder

Änderungsantrag 251

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 57 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die Kommission die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die wirksame Umsetzung und Einhaltung dieser Verordnung durch die betreffende sehr große Online-Plattform zu überwachen. Die Kommission kann auch anordnen, dass diese Plattform Zugang zu ihren Datenbanken und Algorithmen gewährt und entsprechende Erläuterungen dazu gibt.

Geänderter Text

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die Kommission die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die wirksame Umsetzung und Einhaltung dieser Verordnung **und der Charta** durch die betreffende sehr große Online-Plattform, **einschließlich des Einsatzes von Algorithmen bei der Erbringung der Dienste der Plattform**, zu überwachen. Die Kommission kann auch anordnen, dass diese Plattform Zugang zu ihren Datenbanken und Algorithmen gewährt und entsprechende Erläuterungen dazu gibt.

Änderungsantrag 252

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 59 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

In ihrem Beschluss gemäß Artikel 58 kann die Kommission gegen die betreffende sehr große Online-Plattform Geldbußen bis zu einem Höchstbetrag von 6 % ihres im vorangegangenen Geschäftsjahr erzielten Gesamtumsatzes verhängen, wenn sie feststellt, dass diese Plattform vorsätzlich oder fahrlässig

Geänderter Text

In ihrem Beschluss gemäß Artikel 58 kann die Kommission gegen die betreffende sehr große Online-Plattform Geldbußen bis zu einem Höchstbetrag von 6 % ihres im vorangegangenen Geschäftsjahr erzielten **weltweiten** Gesamtumsatzes verhängen, wenn sie feststellt, dass diese Plattform vorsätzlich oder fahrlässig

Änderungsantrag 253

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 59 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Die Kommission kann gegen die betreffende sehr große Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 im Wege eines Beschlusses Geldbußen bis zu einem Höchstbetrag von 1 % des im vorangegangenen Geschäftsjahr erzielten Gesamtumsatzes verhängen, wenn diese vorsätzlich oder fahrlässig

Geänderter Text

Die Kommission kann gegen die betreffende sehr große Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 im Wege eines Beschlusses Geldbußen bis zu einem Höchstbetrag von 1 % des im vorangegangenen Geschäftsjahr erzielten **weltweiten** Gesamtumsatzes verhängen, wenn diese vorsätzlich oder fahrlässig

Änderungsantrag 254

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 60 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Die Kommission kann – im Wege eines Beschlusses – gegen die betreffende sehr große Online-Plattform oder gegebenenfalls eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 ein Zwangsgeld pro

Geänderter Text

Die Kommission kann – im Wege eines Beschlusses – gegen die betreffende sehr große Online-Plattform oder gegebenenfalls eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 ein Zwangsgeld pro

Tag bis zu einem Höchstbetrag von 5 % des im vorangegangenen Geschäftsjahr erzielten durchschnittlichen Tagesumsatzes, berechnet ab dem im Beschluss genannten Tag, verhängen, um diese dazu zu zwingen,

Tag bis zu einem Höchstbetrag von 5 % des im vorangegangenen Geschäftsjahr erzielten durchschnittlichen **weltweiten** Tagesumsatzes, berechnet ab dem im Beschluss genannten Tag, verhängen, um diese dazu zu zwingen,

Änderungsantrag 255

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 67 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Die Kommission erlässt Durchführungsrechtsakte zur Festlegung der praktischen und operativen Modalitäten für die Funktionsweise des Informationsaustauschsystems und seine Interoperabilität mit anderen einschlägigen Systemen. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 70 genannten Beratungsverfahren erlassen.

Geänderter Text

(3) Die Kommission erlässt Durchführungsrechtsakte zur Festlegung der praktischen und operativen Modalitäten für die Funktionsweise des Informationsaustauschsystems und seine Interoperabilität mit anderen einschlägigen Systemen. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 70 **Absatz 2** genannten Beratungsverfahren erlassen.

Änderungsantrag 256

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 70 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Wird auf diesen **Artikel** Bezug genommen, so gilt Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

Geänderter Text

(2) Wird auf diesen **Absatz** Bezug genommen, so gilt Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

Änderungsantrag 257

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 70 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gilt Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

ANLAGE: LISTE DER EINRICHTUNGEN UND PERSONEN, VON DENEN DER VERFASSER BEITRÄGE ERHALTEN HAT

Die folgende Liste wurde auf rein freiwilliger Basis und unter alleiniger Verantwortung des Verfassers erstellt. Der Verfasser erhielt bei der Ausarbeitung der Stellungnahme bis zu deren Annahme im Ausschuss Beiträge von folgenden Einrichtungen bzw. Personen:

1. 5Rights Foundation
2. Access Now
3. Adevinta
4. Adigital
5. Advertising Information Group (AIG)
6. Airbnb Deutschland
7. Allied for Startups
8. Amazon
9. Amnesty International
10. APCO Worldwide
11. ARD und ZDF
12. Article 19
13. Association of Commercial Television in Europe (ACT)
14. Association of European Radios (AER)
15. Association of Television and Radio Sales Houses (EGTA)
16. Automattic, Jodel, Seznam, Twitter und Vimeo
17. Avaaz
18. AWO
19. Axel Springer
20. BEUC (Europäischer Verbraucherverband)
21. Bitkom
22. Bouygues Europe
23. Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV)
24. Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA)
25. Center for Democracy and Technology (CDT)
26. CENTR
27. Civil Liberties Union for Europe (Liberties)
28. Classifieds Marketplaces Europe (CME)
29. Cloud Infrastructure Services Providers in Europe (CISPE)
30. Cloudflare
31. Coalition for App Fairness (CAF)
32. Computer & Communications Industry Association (CCIA)
33. Deutscher Anwaltverein (DAV)
34. Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

35. Digital Online Tech Europe (DOT)
36. Dropbox
37. DuckDuckGo
38. Ecommerce Europe (ECOM)
39. Electronic Frontier Foundation (EFF)
40. Etsy
41. EU DisinfoLab
42. Eurocities
43. EuroISPA
44. Europabeauftragter der deutschen Landesmedienanstalten (DLM)
45. Europe's Video Games Industry (ISFE)
46. European Association of E-Pharmacies (EAEP)
47. European Brands Association (AIM)
48. European Broadcasting Union (EBU)
49. Europäische Städte
50. European Council of the Liberal Professions (CEPLIS)
51. European Digital Rights (EDRi)
52. European Disability Forum
53. European Federation of Journalists (EFJ)
54. European Games Developer Federation (EGDF)
55. European Gaming and Betting Association (EGBA)
56. European Holiday Home Association (EHHA)
57. European Internet Services Providers Association (EuroISPA)
58. European Magazine Media Association (EMMA)
59. Europäische Medien
60. European Newspaper Publishers' Association (ENPA)
61. European Policy Centre
62. European Regulators Group for Audiovisual Media Services (ERGA)
63. European Tech Alliance (EUTA)
64. European Telecommunications Network Operators' Association (ETNO)
65. Federation of European Data and Marketing (FEDMA)
66. Federation of Small Businesses (FSB)
67. Fondation Descartes
68. Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF)
69. Glassdoor
70. Global Witness
71. Google
72. GSM Association (GSMA)
73. HateAid
74. IAB Europe
75. Imaging Consumables Coalition of Europe, Middle East and Africa (ICCE)

76. Information Technology Industry Council (ITI)
77. International Video Federation (IVF)
78. Internet Commission
79. Internet Society
80. Magazine Media
81. Match Group
82. Microsoft
83. Missing Children Europe
84. Mozilla
85. News Media Europe
86. Orange
87. Panoptikon
88. Pinterest
89. Political Intelligence
90. Rakuten Group
91. Reddit
92. Reporter ohne Grenzen
93. Seznam.cz, Lilo, Google, Verizon Media und Microsoft
94. Shopify
95. Snap
96. Society of Audiovisual Authors (SAA)
97. Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO)
98. Schwedischer Handelsverband
99. Telefónica
100. Together Against Counterfeiting (TAC) Alliance
101. Tutanota
102. Twitch
103. Twitter
104. Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (VÖWG)
105. Verband Deutscher Zeitschriftenverleger e.V. (VDZ)
106. Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv)
107. Vodafone
108. Wikimedia Foundation
109. World Federation of Advertisers (WFA)

VERFAHREN DES MITBERATENDEN AUSSCHUSSES

Titel	Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und Änderung der Richtlinie 2000/31/EG			
Bezugsdokumente – Verfahrensnummer	COM(2020)0825 – C9-0418/2020 – 2020/0361(COD)			
Federführender Ausschuss Datum der Bekanntgabe im Plenum	IMCO 8.2.2021			
Stellungnahme von Datum der Bekanntgabe im Plenum	LIBE 8.2.2021			
Assoziierte Ausschüsse – Datum der Bekanntgabe im Plenum	20.5.2021			
Verfasser(in) der Stellungnahme Datum der Benennung	Patrick Breyer 22.4.2021			
Prüfung im Ausschuss	12.4.2021	3.6.2021	21.6.2021	14.7.2021
Datum der Annahme	14.7.2021			
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 37 -: 24 0: 0			
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Magdalena Adamowicz, Katarina Barley, Pernando Barrena Arza, Pietro Bartolo, Nicolas Bay, Vladimír Bilčík, Vasile Blaga, Ioan-Rareș Bogdan, Patrick Breyer, Saskia Bricmont, Jorge Buxadé Villalba, Damien Carême, Caterina Chinnici, Clare Daly, Anna Júlia Donáth, Lena Düpont, Cornelia Ernst, Laura Ferrara, Nicolaus Fest, Jean-Paul Garraud, Maria Grapini, Sylvie Guillaume, Evin Incir, Sophia in 't Veld, Patryk Jaki, Marina Kaljurand, Fabienne Keller, Peter Kofod, Łukasz Kohut, Moritz Körner, Alice Kuhnke, Jeroen Lenaers, Juan Fernando López Aguilar, Lukas Mandl, Nuno Melo, Nadine Morano, Javier Moreno Sánchez, Maite Pagazaurtundúa, Nicola Procaccini, Emil Radev, Paulo Rangel, Ralf Seekatz, Michal Šimečka, Birgit Sippel, Sara Skyttedal, Martin Sonneborn, Tineke Strik, Ramona Strugariu, Annalisa Tardino, Dragoș Tudorache, Tom Vandendriessche, Bettina Vollath, Jadwiga Wiśniewska, Elena Yoncheva, Javier Zarzalejos			
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Bartosz Arłukowicz, Damian Boeselager, Isabel Santos, Yana Toom, Miguel Urbán Crespo, Isabel Wiseler-Lima			

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

37	+
ID	Peter Kofod
NI	Laura Ferrara, Martin Sonneborn
PPE	Bartosz Arłukowicz
Renew	Anna Júlia Donáth, Sophia in 't Veld, Fabienne Keller, Moritz Körner, Maite Pagazaurtundúa, Michal Šimečka, Ramona Strugariu, Yana Toom, Dragoș Tudorache
S&D	Katarina Barley, Pietro Bartolo, Caterina Chinnici, Maria Grapini, Sylvie Guillaume, Evin Incir, Marina Kaljurand, Lukasz Kohut, Juan Fernando López Aguilar, Javier Moreno Sánchez, Isabel Santos, Birgit Sippel, Bettina Vollath, Elena Yoncheva
The Left	Pernando Barrena Arza, Clare Daly, Cornelia Ernst, Miguel Urbán Crespo
Verts/ALE	Damian Boeselager, Patrick Breyer, Saskia Bricmont, Damien Carême, Alice Kuhnke, Tineke Strik

24	-
ECR	Jorge Buxadé Villalba, Patryk Jaki, Nicola Procaccini, Jadwiga Wiśniewska
ID	Nicolas Bay, Nicolaus Fest, Jean-Paul Garraud, Annalisa Tardino, Tom Vandendriessche
PPE	Magdalena Adamowicz, Vladimír Bilčík, Vasile Blaga, Ioan-Rareș Bogdan, Lena Düpont, Jeroen Lenaers, Lukas Mandl, Nuno Melo, Nadine Morano, Emil Radev, Paulo Rangel, Ralf Seekatz, Sara Skyttedal, Isabel Wiseler-Lima, Javier Zarzalejos

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung

STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR WIRTSCHAFT UND WÄHRUNG

für den Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG
(COM(2020)0825 – C9-0418/2020 – 2020/0361(COD))

Verfasser der Stellungnahme: Mikuláš Peksa

ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung ersucht den federführenden Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, folgende Änderungsanträge zu berücksichtigen:

Änderungsantrag 1

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 1

Vorschlag der Kommission

(1) Dienste der Informationsgesellschaft und insbesondere Vermittlungsdienste sind mittlerweile ein wichtiger Bestandteil der Volkswirtschaft der **Union** und des Alltags ihrer Bürgerinnen und Bürger. Zwanzig Jahre nach der Annahme des bestehenden, auf derlei Dienste anwendbaren Rechtsrahmens, der in der Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates²⁵ festgelegt ist, bieten neue und innovative Geschäftsmodelle und Dienste wie soziale Netzwerke und Marktplätze im Internet Geschäftskunden und Verbrauchern nun die Möglichkeit, auf neuartige Weise Informationen weiterzugeben und darauf zuzugreifen und Geschäftsvorgänge durchzuführen. Eine Mehrheit der **Bürgerinnen und -bürger der Union** nutzt

Geänderter Text

(1) Dienste der Informationsgesellschaft und insbesondere Vermittlungsdienste sind mittlerweile ein wichtiger Bestandteil der Volkswirtschaft der **EU** und des Alltags ihrer Bürgerinnen und Bürger. Zwanzig Jahre nach der Annahme des bestehenden, auf derlei Dienste anwendbaren Rechtsrahmens, der in der Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates²⁵ festgelegt ist, bieten neue und innovative Geschäftsmodelle und Dienste wie soziale Netzwerke und Marktplätze im Internet Geschäftskunden und Verbrauchern nun die Möglichkeit, auf neuartige Weise Informationen weiterzugeben und darauf zuzugreifen und Geschäftsvorgänge durchzuführen. Eine Mehrheit der **EU-Bürger** nutzt diese Dienste inzwischen täglich. Der digitale Wandel und die

diese Dienste inzwischen täglich. Der digitale Wandel und die verstärkte Nutzung dieser Dienste haben jedoch auch neue Risiken und Herausforderungen mit sich gebracht, und zwar sowohl für den einzelnen Nutzer als auch für die Gesellschaft als Ganzes.

²⁵ Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“) (ABl. L 178 vom 17.7.2000, S. 1).

verstärkte Nutzung dieser Dienste haben jedoch auch neue Risiken – **nicht zuletzt Cybersicherheitsrisiken** – und Herausforderungen mit sich gebracht, und zwar sowohl für den einzelnen Nutzer als auch für die Gesellschaft **und die Wirtschaft** als Ganzes.

²⁵ Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“) (ABl. L 178 vom 17.7.2000, S. 1).

Änderungsantrag 2

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Die Digitalisierung der europäischen Gesellschaft und ihrer Wirtschaft führt häufig dazu, dass politische Entscheidungsträger, Unternehmen und Bürger Schwierigkeiten haben, aufzuholen. Darüber hinaus führt die Anhäufung von Daten regelmäßig zu einem ungleichen Wettbewerbsniveau auf dem Markt, da dies als Instrument genutzt wird, um zu bestimmen, wer in den Markt einsteigt und wer aus dem Markt austritt.

Änderungsantrag 3

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Die Mitgliedstaaten führen

(2) Die Mitgliedstaaten führen

zunehmend nationale Rechtsvorschriften zu den von dieser Verordnung abgedeckten Angelegenheiten ein, oder ziehen dies in Erwägung, und schaffen damit insbesondere Sorgfaltspflichten für Anbieter von Vermittlungsdiensten. Unter Berücksichtigung des von Natur aus grenzüberschreitenden Charakters des Internets, das im Allgemeinen für die Bereitstellung dieser Dienste verwendet wird, beeinträchtigen diese unterschiedlichen nationalen Rechtsvorschriften den Binnenmarkt, der gemäß Artikel 26 des Vertrags ein Raum ohne Binnengrenzen ist, in dem der freie Verkehr von Waren und Dienstleistungen sowie die Niederlassungsfreiheit gewährleistet sind. Die Bedingungen für die Erbringung von Vermittlungsdiensten im gesamten Binnenmarkt sollten harmonisiert werden, um Unternehmen Zugang zu neuen Märkten und Chancen zur Nutzung der Vorteile des Binnenmarkts zu verschaffen und gleichzeitig den Verbrauchern und anderen Nutzern eine größere Auswahl zu bieten.

zunehmend nationale Rechtsvorschriften zu den von dieser Verordnung abgedeckten Angelegenheiten ein, oder ziehen dies in Erwägung, und schaffen damit insbesondere Sorgfaltspflichten für Anbieter von Vermittlungsdiensten. Unter Berücksichtigung des von Natur aus grenzüberschreitenden Charakters des Internets, das im Allgemeinen für die Bereitstellung dieser Dienste verwendet wird, beeinträchtigen diese unterschiedlichen nationalen Rechtsvorschriften den Binnenmarkt, der gemäß Artikel 26 des Vertrags ein Raum ohne Binnengrenzen ist, in dem der freie Verkehr von Waren und Dienstleistungen sowie die Niederlassungsfreiheit gewährleistet sind. Die Bedingungen für die Erbringung von Vermittlungsdiensten im gesamten Binnenmarkt sollten harmonisiert werden, um Unternehmen Zugang zu neuen Märkten und Chancen zur Nutzung der Vorteile des Binnenmarkts zu verschaffen und gleichzeitig den Verbrauchern und anderen Nutzern eine größere Auswahl zu bieten, *ohne dass es zu Lock-in-Effekten kommt.*

Änderungsantrag 4

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 3

Vorschlag der Kommission

(3) Damit das Online-Umfeld sicher, berechenbar und vertrauenswürdig ist und sowohl **Bürgerinnen und -bürger der Union** als auch andere Personen die ihnen in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) garantierten Grundrechte ausüben können, insbesondere das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit, auf unternehmerische Freiheit und auf Nichtdiskriminierung, ist unbedingt ein verantwortungsvolles und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von

Geänderter Text

(3) Damit das Online-Umfeld sicher, **zugänglich**, berechenbar und vertrauenswürdig ist und sowohl **EU-Bürger** als auch andere Personen die ihnen in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) garantierten Grundrechte ausüben können, insbesondere das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit, auf unternehmerische Freiheit und auf Nichtdiskriminierung, ist unbedingt ein verantwortungsvolles und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von

Vermittlungsdiensten erforderlich.

Vermittlungsdiensten erforderlich.

Änderungsantrag 5

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 4

Vorschlag der Kommission

(4) Um das Funktionieren des Binnenmarkts zu **sicherzustellen** und zu **verbessern**, sollten daher auf **Unionsebene** verbindliche gezielte, einheitliche, wirksame und verhältnismäßige Vorschriften festgelegt werden. Mit dieser Verordnung werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass im Binnenmarkt innovative digitale Dienste entstehen und expandieren können. Die Angleichung der nationalen Regulierungsmaßnahmen bezüglich der Anforderungen an Anbieter von Vermittlungsdiensten auf **Unionsebene** ist erforderlich, um eine Fragmentierung des Binnenmarkts zu vermeiden und zu beenden, die Rechtssicherheit zu gewährleisten und somit die Unsicherheit für Entwickler zu verringern und die **Interoperabilität zu fördern**. Durch die technologieneutrale Gestaltung der Anforderungen **sollte** die Innovation nicht gehemmt, sondern vielmehr gefördert werden.

Geänderter Text

(4) Um das Funktionieren des Binnenmarkts **sicherzustellen und zu verbessern** und zu **gewährleisten, dass die Grundrechte der Bürger geachtet werden**, sollten daher auf **EU-Ebene** verbindliche gezielte, einheitliche, wirksame, **risikobasierte** und verhältnismäßige Vorschriften festgelegt werden. Mit dieser Verordnung werden die **richtigen** Voraussetzungen **und Wettbewerbsbedingungen** dafür geschaffen, dass im Binnenmarkt innovative digitale Dienste entstehen und expandieren können. Die Angleichung der nationalen Regulierungsmaßnahmen bezüglich der Anforderungen an Anbieter von Vermittlungsdiensten auf **EU-Ebene** ist erforderlich, um eine Fragmentierung des Binnenmarkts zu vermeiden und zu beenden, die Rechtssicherheit zu gewährleisten und somit die Unsicherheit für Entwickler zu verringern, **die Interoperabilität zu fördern** und die **Möglichkeit für neue Marktteilnehmer, in den Markt einzutreten, zu gewährleisten**. Durch die technologieneutrale Gestaltung der Anforderungen **sollten** die Innovation **und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen aus der EU** nicht gehemmt, sondern vielmehr gefördert werden.

Änderungsantrag 6

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 5

(5) Diese Verordnung sollte für die Anbieter bestimmter Dienste der Informationsgesellschaft im Sinne der Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates²⁶ gelten, also für jede in der Regel gegen Entgelt elektronisch im Fernabsatz und im individuellen Auftrag eines Nutzers erbrachte Dienstleistung. Im Einzelnen sollte diese Verordnung für die Anbieter von Vermittlungsdiensten gelten, insbesondere für Anbieter einer „reinen Durchleitung“, von „Caching-Leistungen“ und von „Hosting-Diensten“, da die Nutzung dieser Dienste – hauptsächlich zu verschiedensten berechtigten und gesellschaftlich vorteilhaften Zwecken – exponentiell angestiegen ist und sie dadurch auch bei der Vermittlung **und Verbreitung rechtswidriger oder anderweitig schädlicher Informationen und Tätigkeiten** eine **immer wichtigere Rolle spielen**.

(5) Diese Verordnung sollte für die Anbieter bestimmter Dienste der Informationsgesellschaft im Sinne der Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates²⁶ gelten, also für jede in der Regel gegen Entgelt elektronisch im Fernabsatz und im individuellen Auftrag eines Nutzers erbrachte Dienstleistung. Im Einzelnen sollte diese Verordnung für die Anbieter von Vermittlungsdiensten gelten, insbesondere für Anbieter einer „reinen Durchleitung“, von „Caching-Leistungen“ und von „Hosting-Diensten“, da die Nutzung dieser Dienste – hauptsächlich zu verschiedensten berechtigten und gesellschaftlich vorteilhaften Zwecken – exponentiell angestiegen ist und sie dadurch auch bei der Vermittlung **eine immer wichtigere Rolle spielen** und **ihnen eine größere Verantwortung mit Blick auf die Wahrung der Grundrechte zukommt**.

²⁶ Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1).

²⁶ Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1).

Änderungsantrag 7

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 5 a (neu)

(5a) Angesichts des grenzüberschreitenden Charakters der betreffenden Dienstleistungen sind Maßnahmen der EU zur Harmonisierung

*der Anforderungen für
Vermittlungsdienste in Bezug auf die
Zugänglichkeit im gesamten Binnenmarkt
von entscheidender Bedeutung, damit es
nicht zu einer Fragmentierung des
Marktes kommt und damit das gleiche
Recht auf Zugang zu und Auswahl von
diesen Dienstleistungen für alle
Verbraucher und sonstigen Nutzer, auch
für Menschen mit Behinderungen, in der
gesamten EU gewahrt wird. Das Fehlen
harmonisierter Anforderungen für
digitale Dienste und Plattformen in Bezug
auf die Zugänglichkeit schafft auch
Hindernisse für die Umsetzung der
bestehenden EU-Rechtsvorschriften zur
Barrierefreiheit, da viele der unter diese
Rechtsvorschriften fallenden Dienste auf
Vermittlungsdienste angewiesen sind, um
die Endnutzer zu erreichen zu können.
Daher sollten die
Barrierefreiheitsanforderungen für
Vermittlungsdienste, einschließlich ihrer
Internetschnittstellen, mit den geltenden
EU-Rechtsvorschriften zur
Barrierefreiheit, wie dem Europäischen
Rechtsakt zur Barrierefreiheit und der
Richtlinie über Barrierefreiheit im
Internet, im Einklang stehen, damit
niemand aufgrund von digitalen
Innovationen zurückgelassen wird. Das
Ziel steht im Einklang mit der „Union der
Gleichheit: Strategie für die Rechte von
Menschen mit Behinderungen 2021-
2030“ und den Verpflichtungen der EU in
Bezug auf die Ziele der Vereinten
Nationen für nachhaltige Entwicklung.*

Änderungsantrag 8

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 8

Vorschlag der Kommission

(8) Eine solche wesentliche Verbindung zur **Union** sollte dann als gegeben gelten, wenn der Diensteanbieter

Geänderter Text

(8) Eine solche wesentliche Verbindung zur **EU** sollte dann als gegeben gelten, wenn der Diensteanbieter

eine Niederlassung in der **Union** hat, oder – in Ermangelung einer solchen – anhand **der Existenz einer erheblichen Zahl von Nutzern in einem oder mehreren Mitgliedstaaten** oder der Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten beurteilt werden. Die Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten lässt sich anhand aller relevanten Umstände bestimmen, einschließlich Faktoren wie der Verwendung einer in dem betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Sprache oder Währung oder der Möglichkeit, Produkte oder Dienstleistungen zu bestellen, oder der Nutzung einer nationalen Domäne oberster Stufe. Ferner ließe sich die Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen Mitgliedstaat auch aus der Verfügbarkeit einer Anwendung im jeweiligen nationalen App-Store, der Schaltung lokaler Werbung oder von Werbung in der im betreffenden Mitgliedstaat verwendeten Sprache oder dem Management der Kundenbeziehungen, zum Beispiel durch die Bereitstellung eines Kundendienstes in der im betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Sprache, ableiten. Das Vorhandensein einer wesentlichen Verbindung sollte auch dann angenommen werden, wenn ein Diensteanbieter seine Tätigkeit nach Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates²⁷ auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten ausrichtet. Die bloße technische Zugänglichkeit einer Website in der **Union** reicht allerdings nicht aus, damit allein aus diesem Grund eine wesentliche Verbindung angenommen wird.

²⁷ Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. L 351 vom

eine Niederlassung in der **EU** hat, oder – in Ermangelung einer solchen – anhand der Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten beurteilt werden. Die Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten lässt sich anhand aller relevanten Umstände bestimmen, einschließlich Faktoren wie der Verwendung einer in dem betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Sprache oder Währung oder der Möglichkeit, Produkte oder Dienstleistungen zu bestellen, oder der Nutzung einer nationalen Domäne oberster Stufe. Ferner ließe sich die Ausrichtung von Tätigkeiten auf einen Mitgliedstaat auch aus der Verfügbarkeit einer Anwendung im jeweiligen nationalen App-Store, der Schaltung lokaler Werbung oder von Werbung in der im betreffenden Mitgliedstaat verwendeten Sprache oder dem Management der Kundenbeziehungen, zum Beispiel durch die Bereitstellung eines Kundendienstes in der im betreffenden Mitgliedstaat gebräuchlichen Sprache, ableiten. Das Vorhandensein einer wesentlichen Verbindung sollte auch dann angenommen werden, wenn ein Diensteanbieter seine Tätigkeit nach Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates²⁷ auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten ausrichtet. Die bloße technische Zugänglichkeit einer Website in der **EU** reicht allerdings nicht aus, damit allein aus diesem Grund eine wesentliche Verbindung angenommen wird.

²⁷ Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. L 351 vom

Änderungsantrag 9

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 12

Vorschlag der Kommission

(12) Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges **Online-Umfeld** zu gewährleisten, sollte **die Definition des Begriffs** „illegale Inhalte“ für die Zwecke dieser Verordnung **weit gefasst** werden; er **umfasst auch** Informationen im Zusammenhang mit illegalen Inhalten, Produkten, Dienstleistungen oder Tätigkeiten. **Insbesondere sollte** der Begriff so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale **Hassrede**, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängen, etwa der Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, dem Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, der nicht genehmigten Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht. In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung sich aus dem **Unionsrecht** oder aus mit dem Unionsrecht im Einklang stehendem nationalem Recht ergibt, um welche Art von Rechtsvorschriften es geht und was diese zum Gegenstand haben.

Geänderter Text

(12) Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges **digitales Umfeld** zu gewährleisten, sollte **der Begriff** „illegale Inhalte“ für die Zwecke dieser Verordnung **so bestimmt** werden, **dass** er Informationen im Zusammenhang mit illegalen Inhalten, Produkten, Dienstleistungen oder Tätigkeiten **gemäß dem Grundsatz des jeweiligen Herkunftsmitgliedstaats umfasst**. Der **illegale Charakter solcher Inhalte, Produkte oder Dienste ergibt sich aus dem einschlägigen EU-Recht oder dem nationalen Recht im Einklang mit dem EU-Recht. Dieser Begriff sollte zum Beispiel** so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale **Hetze**, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängen, etwa der Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, dem Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, der nicht genehmigten Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht. In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung sich aus dem **EU-Recht** oder aus mit dem Unionsrecht im Einklang stehendem nationalem Recht ergibt, um welche Art von Rechtsvorschriften es geht und was

diese zum Gegenstand haben.

Änderungsantrag 10

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 12 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(12a) Material, das für Bildungs-, Presse-, Forschungszwecke oder künstlerische Zwecke oder für die Zwecke der Verhütung oder Bekämpfung illegaler Inhalte verbreitet wird, gilt nicht als illegaler Inhalt, einschließlich der Inhalte, die eine Formulierung polemischer oder kontroverser Ansichten in der öffentlichen Debatte darstellen. Gleichmaßen sollten Materialien wie ein Augenzeugenvideo eines potenziellen Verbrechens nicht als illegal gelten, nur weil eine rechtswidrige Handlung dargestellt wird. Im Rahmen einer Bewertung wird der wahre Zweck dieser Verbreitung ermittelt und geprüft, ob Materialien für die genannten Zwecke öffentlich verbreitet werden.

Änderungsantrag 11

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 13

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(13) Aufgrund der besonderen Merkmale der betreffenden Dienste und der daraus folgenden Notwendigkeit, deren Anbietern bestimmte spezifische Verpflichtungen aufzuerlegen, ist innerhalb der weiter gefassten Kategorie Hosting-Diensteanbieter gemäß der Definition in dieser Verordnung die Unterkategorie Online-Plattformen abzugrenzen. Online-Plattformen wie soziale Netzwerke oder Online-Marktplätze sollten als Hosting-Diensteanbieter definiert werden, die nicht

(13) Aufgrund der besonderen Merkmale der betreffenden Dienste und der daraus folgenden Notwendigkeit, deren Anbietern bestimmte spezifische Verpflichtungen aufzuerlegen, ist innerhalb der weiter gefassten Kategorie Hosting-Diensteanbieter gemäß der Definition in dieser Verordnung die Unterkategorie Online-Plattformen abzugrenzen. Online-Plattformen wie soziale Netzwerke oder Online-Marktplätze sollten als Hosting-Diensteanbieter definiert werden, die nicht

nur im Auftrag der Nutzer von diesen bereitgestellte Informationen speichern, sondern diese Informationen, wiederum im Auftrag der Nutzer, auch öffentlich verbreiten. Um übermäßig weit gefasste Verpflichtungen zu vermeiden, sollten Hosting-Diensteanbieter jedoch nicht als Online-Plattformen betrachtet werden, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nur um eine unbedeutende und mit einem anderen Dienst verbundene reine Nebenfunktion handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen anderen Hauptdienst genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit der Vorschriften dieser Verordnung für Online-Plattformen zu umgehen. ***Ein Kommentarbereich einer Online-Zeitung*** etwa ***könnte*** eine solche Funktion darstellen, die eindeutig eine Nebenfunktion des Hauptdienstes ist, nämlich der Veröffentlichung von Nachrichten unter der redaktionellen Verantwortung des Verlegers.

nur im Auftrag der Nutzer von diesen bereitgestellte Informationen speichern, sondern diese Informationen, wiederum im Auftrag der Nutzer, auch öffentlich verbreiten. Um übermäßig weit gefasste Verpflichtungen zu vermeiden, sollten Hosting-Diensteanbieter jedoch nicht als Online-Plattformen betrachtet werden, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nur um eine unbedeutende und mit einem anderen Dienst verbundene reine Nebenfunktion handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen anderen Hauptdienst genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit der Vorschriften dieser Verordnung für Online-Plattformen zu umgehen. ***Kommentarbereiche, Leserforen oder redaktionelle Communities und redaktionelle Plattformen*** etwa ***könnten*** eine solche Funktion darstellen, die eindeutig eine Nebenfunktion des Hauptdienstes ist, nämlich der Veröffentlichung von Nachrichten unter der redaktionellen Verantwortung des Verlegers.

Änderungsantrag 12

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 14

Vorschlag der Kommission

(14) Der Begriff „öffentliche Verbreitung“ sollte im Sinne dieser Verordnung die Bereitstellung von Informationen für eine potenziell unbegrenzte Zahl von Personen umfassen, also die Bereitstellung eines leichten Zugangs für die Nutzer im Allgemeinen, ohne dass weiteres Tätigwerden durch den Nutzer, der die Informationen bereitstellt, erforderlich wäre; dabei spielt es keine Rolle, ob diese Personen tatsächlich auf die betreffenden Informationen zugreifen. ***Allein die Möglichkeit, Nutzergruppen***

Geänderter Text

(14) Der Begriff „öffentliche Verbreitung“ sollte im Sinne dieser Verordnung die Bereitstellung von Informationen für eine potenziell unbegrenzte Zahl von Personen umfassen, also die Bereitstellung eines leichten Zugangs für die Nutzer im Allgemeinen, ohne dass weiteres Tätigwerden durch den Nutzer, der die Informationen bereitstellt, erforderlich wäre; dabei spielt es keine Rolle, ob diese Personen tatsächlich auf die betreffenden Informationen zugreifen. ***Dementsprechend sollte in Fällen, in***

innerhalb eines bestimmten Dienstes zu schaffen, sollte kein hinreichendes Kriterium dafür sein, dass die auf diese Weise verbreiteten Informationen nicht öffentlich verbreitet werden. Der Begriff sollte jedoch nicht die Verbreitung von Informationen innerhalb geschlossener Gruppen mit einer begrenzten Anzahl an vorab festgelegten Mitgliedern erfassen. Interpersonelle Kommunikationsdienste im Sinne der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁹, etwa E-Mail oder Instant Messaging-Dienste, fallen nicht in den Anwendungsbereich dieser Verordnung. Informationen sollten nur dann als öffentlich verbreitet im Sinne dieser Verordnung gelten, wenn dies direkt im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat, geschieht.

³⁹ Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36).

denen eine Registrierung oder die Aufnahme in eine Nutzergruppe erforderlich ist, um Zugang zu Informationen zu erlangen, nur dann von einer öffentlichen Verbreitung der Informationen ausgegangen werden, wenn die Nutzer, die auf die Informationen zugreifen möchten, automatisch registriert oder aufgenommen werden, ohne dass die Entscheidung über den Zugang oder die Auswahl der Nutzer, die Zugang erhalten, von Menschen getroffen wird. Interpersonelle Kommunikationsdienste im Sinne der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁹, etwa E-Mail oder Instant Messaging-Dienste, fallen nicht in den Anwendungsbereich dieser Verordnung, **da bei ihnen das Kriterium der „öffentlichen Verbreitung“ nicht greift.** Informationen sollten nur dann als öffentlich verbreitet im Sinne dieser Verordnung gelten, wenn dies direkt im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat, geschieht.

³⁹ Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) (ABl. L 321 vom 17.12.2018, S. 36).

Änderungsantrag 13

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 15 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(15a) Im digitalen Zeitalter greift die allgemeine Sammlung personenbezogener Daten bei jeder Nutzung eines digitalen Dienstes unverhältnismäßig stark in das Recht auf Privatsphäre ein. In Übereinstimmung mit dem Grundsatz der Datenminimierung und zur Verhinderung

der unbefugten Weitergabe, des Identitätsdiebstahls und anderer Formen der missbräuchlichen Nutzung personenbezogener Daten sollten Nutzer das Recht haben, anonym auf Dienste der Informationsgesellschaft zuzugreifen und diese anonym zu nutzen und zu bezahlen, wann immer dies technisch möglich ist. Entsprechend sollten die Nutzer ein Recht darauf haben, bei der Nutzung von Diensten der Informationsgesellschaft keiner Rückverfolgung unterworfen zu werden. Daher sollte die Verarbeitung personenbezogener Daten für die Nutzung von Diensten auf das Maß beschränkt sein, das für die Erbringung der Dienste und für die Rechnungsstellung an die Nutzer unbedingt erforderlich ist.

Änderungsantrag 14

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 18

Vorschlag der Kommission

(18) Die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse sollten nicht gelten, wenn der Anbieter ***sich nicht darauf beschränkt, die Dienstleistungen auf neutrale Weise und durch die bloße technische und automatische Verarbeitung der vom Nutzer bereitgestellten Informationen zu erbringen, sondern dahingehend eine aktive Rolle einnimmt, dass er*** Wissen oder Kontrolle über diese Informationen ***erhält***. Diese Ausschlüsse sollten dementsprechend nicht für die Haftung im Zusammenhang mit Informationen gelten, die nicht vom Nutzer bereitgestellt werden, sondern vom Anbieter des Vermittlungsdienstes selbst, auch wenn diese Informationen im Rahmen der redaktionellen Verantwortung dieses Anbieters entwickelt wurden.

Geänderter Text

(18) Die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse sollten nicht gelten, wenn der Anbieter ***von Vermittlungsdiensten*** Wissen oder Kontrolle über diese Informationen ***hat***. Diese Ausschlüsse sollten dementsprechend nicht für die Haftung im Zusammenhang mit Informationen gelten, die nicht vom Nutzer bereitgestellt werden, sondern vom Anbieter des Vermittlungsdienstes selbst, auch wenn diese Informationen im Rahmen der redaktionellen Verantwortung dieses Anbieters entwickelt wurden.

Änderungsantrag 15

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 22

Vorschlag der Kommission

(22) Um den Haftungsausschluss für Hosting-Dienste in Anspruch nehmen zu können, sollte der Anbieter unverzüglich tätig werden und illegale Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren, sobald er tatsächliche Kenntnis davon oder Wissen darüber erhält. Die Entfernung oder Sperrung des Zugangs sollte unter Beachtung des Grundsatzes der Freiheit der Meinungsäußerung erfolgen. Der Anbieter kann diese tatsächliche Kenntnis oder dieses Wissen insbesondere durch Untersuchungen aus eigener Initiative oder durch Meldungen erhalten, die bei ihm von Personen oder Stellen im Einklang mit dieser Verordnung eingehen, sofern diese Meldungen ausreichend präzise und hinreichend begründet sind, damit ein sorgfältiger Wirtschaftsteilnehmer die mutmaßlich illegalen Inhalte angemessen erkennen und bewerten und gegebenenfalls dagegen vorgehen kann.

Geänderter Text

(22) Um den Haftungsausschluss für Hosting-Dienste in Anspruch nehmen zu können, sollte der Anbieter unverzüglich tätig werden und ***in gutem Glauben handeln und*** illegale Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren, sobald er tatsächliche Kenntnis davon oder Wissen darüber erhält. Die Entfernung oder Sperrung des Zugangs sollte unter Beachtung des Grundsatzes der Freiheit der Meinungsäußerung erfolgen. Der Anbieter kann diese tatsächliche Kenntnis oder dieses Wissen insbesondere durch Untersuchungen aus eigener Initiative oder durch Meldungen erhalten, die bei ihm von Personen oder Stellen im Einklang mit dieser Verordnung – ***unbeschadet Artikel 6*** – eingehen, sofern diese Meldungen ausreichend präzise und hinreichend begründet sind, damit ein sorgfältiger Wirtschaftsteilnehmer die mutmaßlich illegalen Inhalte angemessen erkennen und bewerten und gegebenenfalls dagegen vorgehen kann.

Änderungsantrag 16

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 27

Vorschlag der Kommission

(27) ***Seit dem Jahr 2000*** wurden neue Technologien entwickelt, die für eine bessere Verfügbarkeit, Wirksamkeit, Geschwindigkeit, Verlässlichkeit, Kapazität und Sicherheit von Systemen für die Übermittlung und Speicherung von Daten im Internet sorgen, wodurch ein

Geänderter Text

(27) ***Es*** wurden neue Technologien entwickelt, die für eine bessere Verfügbarkeit, Wirksamkeit, Geschwindigkeit, Verlässlichkeit, Kapazität und Sicherheit von Systemen für die Übermittlung und Speicherung von Daten im Internet sorgen, wodurch ein

immer komplexeres Online-Ökosystem entstanden ist. In dieser Hinsicht sollte daran erinnert werden, dass Anbieter von Diensten zur Bereitstellung und Vereinfachung der zugrunde liegenden logischen Architektur und des reibungslosen Funktionierens des Internets, einschließlich technischer Hilfsfunktionen, ebenfalls die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse in Anspruch nehmen können, sofern ihre Dienste als „reine Durchleitung“, „Caching“ oder „Hosting“ einzuordnen sind. Zu solchen Diensten gehören gegebenenfalls lokale Funknetze (WLAN), DNS-Dienste, die Dienste von Namenregistern der Domäne oberster Stufe und Zertifizierungsstellen, die digitale Zertifikate ausstellen, oder Netze zur Bereitstellung von Inhalten, die Funktionen anderer Anbieter von Vermittlungsdiensten bereitstellen oder verbessern. Auch Dienste für Kommunikationszwecke und die technischen Mittel für ihre Bereitstellung haben sich stark entwickelt und zur Entstehung von Online-Diensten wie der Internet-Sprachtelefonie (VoIP), Nachrichtenübermittlungsdiensten und webgestützten **E-Mail-Diensten** geführt, bei denen die Kommunikation über einen Internetzugangsdienst ermöglicht wird. Bei diesen Diensten ist ebenfalls eine Inanspruchnahme der Haftungsausschlüsse möglich, sofern sie als „reine Durchleitung“, „Caching“ oder „Hosting“ einzuordnen sind.

immer komplexeres Online-Ökosystem entstanden ist, ***das es sowohl den politischen Entscheidungsträgern erschwert, den Markt zu steuern, als auch neuen Marktteilnehmern, in den Markt einzutreten.*** In dieser Hinsicht sollte daran erinnert werden, dass Anbieter von Diensten zur Bereitstellung und Vereinfachung der zugrunde liegenden logischen Architektur und des reibungslosen Funktionierens des Internets, einschließlich technischer Hilfsfunktionen, ebenfalls die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse in Anspruch nehmen können, sofern ihre Dienste als „reine Durchleitung“, „Caching“ oder „Hosting“ einzuordnen sind. Zu solchen Diensten gehören gegebenenfalls lokale Funknetze (WLAN), DNS-Dienste, die Dienste von Namenregistern der Domäne oberster Stufe und Zertifizierungsstellen, die digitale Zertifikate ausstellen, ***Cloud-Infrastrukturdienste, virtuelle private Netzwerke (VPN)*** oder Netze zur Bereitstellung von Inhalten, die Funktionen anderer Anbieter von Vermittlungsdiensten bereitstellen oder verbessern. Auch Dienste für Kommunikationszwecke und die technischen Mittel für ihre Bereitstellung haben sich stark entwickelt und zur Entstehung von Online-Diensten wie der Internet-Sprachtelefonie (VoIP), Nachrichtenübermittlungsdiensten und webgestützten **E-Mail-Diensten** geführt, bei denen die Kommunikation über einen Internetzugangsdienst ermöglicht wird. Bei diesen Diensten ist ebenfalls eine Inanspruchnahme der Haftungsausschlüsse möglich, sofern sie als „reine Durchleitung“, „Caching“ oder „Hosting“ einzuordnen sind.

Änderungsantrag 17

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 28

Vorschlag der Kommission

(28) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten keiner allgemeinen Überwachungspflicht unterliegen. Dies betrifft nicht die Überwachungspflichten in spezifischen Fällen und berührt insbesondere nicht Anordnungen, die von nationalen Behörden nach nationalem Recht im Einklang mit den in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen erlassen werden. Diese Verordnung sollte in keinem Fall so ausgelegt werden, dass sie eine allgemeine Überwachungspflicht, eine Verpflichtung zur aktiven Nachforschung oder eine allgemeine Verpflichtung der Anbieter zum Ergreifen proaktiver Maßnahmen in Bezug auf illegale Inhalte auferlegt.

Geänderter Text

(28) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten keiner allgemeinen Überwachungspflicht unterliegen ***und keine automatisierte Instrumente für die Moderation von Inhalten verwenden***. Dies betrifft nicht die Überwachungspflichten in spezifischen Fällen und berührt insbesondere nicht Anordnungen, die von nationalen Behörden nach nationalem Recht im Einklang mit den in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen erlassen werden. Diese Verordnung sollte in keinem Fall so ausgelegt werden, dass sie eine allgemeine Überwachungspflicht, eine Verpflichtung zur aktiven Nachforschung oder eine allgemeine Verpflichtung der Anbieter zum Ergreifen proaktiver Maßnahmen in Bezug auf illegale Inhalte auferlegt. ***Diese Verordnung sollte die Anbieter nicht daran hindern, eine Übermittlungsverschlüsselung ihrer Dienste einzuführen.***

Änderungsantrag 18

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 31

Vorschlag der Kommission

(31) Der räumliche Geltungsbereich solcher Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte sollte auf der Grundlage des geltenden ***Unions-*** oder nationalen Rechts, das den Erlass der Anordnung ermöglicht, eindeutig festgelegt werden und nicht über das zur Erreichung ihrer Ziele unbedingt erforderliche Maß hinausgehen. In dieser Hinsicht sollte die nationale Justiz- oder Verwaltungsbehörde, die die Anordnung erlässt, die Ziele der Anordnung im Einklang mit ihrer Rechtsgrundlage gegen die Rechte und berechtigten Interessen aller Dritten

Geänderter Text

(31) Der räumliche Geltungsbereich solcher Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte sollte auf der Grundlage des geltenden ***EU-*** oder nationalen Rechts, das den Erlass der Anordnung ermöglicht, eindeutig festgelegt werden und nicht über das zur Erreichung ihrer Ziele unbedingt erforderliche Maß hinausgehen. In dieser Hinsicht sollte die nationale Justiz- oder Verwaltungsbehörde, die die Anordnung erlässt, die Ziele der Anordnung im Einklang mit ihrer Rechtsgrundlage gegen die Rechte und berechtigten Interessen aller Dritten abwägen, die von der

abwägen, die von der Anordnung betroffen sein könnten, insbesondere ihre Grundrechte nach der Charta. ***Kann eine Anordnung, die sich auf spezifische Informationen bezieht, Auswirkungen über das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats der betreffenden Behörde hinaus haben, so sollte die Behörde zudem bewerten, ob diese Informationen auch in anderen betroffenen Mitgliedstaaten illegale Inhalte darstellen könnten und gegebenenfalls sowohl die einschlägigen Vorschriften des Unionsrechts und Völkerrechts als auch die Interessen diplomatischer Gepflogenheiten berücksichtigen.***

Anordnung betroffen sein könnten, insbesondere ihre Grundrechte nach der Charta.

Änderungsantrag 19

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 31 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(31a) Die Kommission sollte die ordnungsgemäße Anwendung dieser Verordnung auf der EU-Ebene und auf der Ebene der Mitgliedstaaten sicherstellen, um auf diese Weise mögliche Ungleichheiten, Unterschiede in der Herangehensweise und einen unlauteren Wettbewerb innerhalb oder außerhalb der EU zu vermeiden.

Änderungsantrag 20

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 35

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(35) In dieser Hinsicht ist es wichtig, Sorgfaltspflichten an die Beschaffenheit und Art der betreffenden Vermittlungsdienste anzupassen. In dieser Verordnung werden daher grundlegende Verpflichtungen festgelegt, die für alle

(35) In dieser Hinsicht ist es wichtig, Sorgfaltspflichten an die Beschaffenheit und Art der betreffenden Vermittlungsdienste anzupassen. In dieser Verordnung werden daher grundlegende Verpflichtungen festgelegt, die für alle

Anbieter von Vermittlungsdiensten gelten, sowie zusätzliche Verpflichtungen für Anbieter von Hosting-Diensten und, im Einzelnen, für Online-Plattformen und sehr große Online-Plattformen. Sofern Anbieter von Vermittlungsdiensten aufgrund der Art ihrer Dienste und ihrer Größe in diese verschiedenen Kategorien fallen, sollten sie alle entsprechenden Verpflichtungen aus dieser Verordnung erfüllen. Diese harmonisierten Sorgfaltspflichten, die angemessen und nicht willkürlich sein sollten, sind erforderlich, um die ermittelten politischen Ziele umzusetzen, etwa die Wahrung der berechtigten Interessen der Nutzer, die Bekämpfung illegaler Praktiken und den Schutz der Grundrechte im Internet.

Anbieter von Vermittlungsdiensten gelten, sowie zusätzliche Verpflichtungen für Anbieter von Hosting-Diensten und, im Einzelnen, für Online-Plattformen und sehr große Online-Plattformen. Sofern Anbieter von Vermittlungsdiensten aufgrund der Art ihrer Dienste und ihrer Größe in diese verschiedenen Kategorien fallen, sollten sie **verpflichtet werden**, alle entsprechenden Verpflichtungen aus dieser Verordnung **zu** erfüllen. Diese harmonisierten Sorgfaltspflichten, die angemessen und nicht willkürlich sein sollten, sind erforderlich, um die ermittelten politischen Ziele umzusetzen, etwa die Wahrung der berechtigten Interessen der Nutzer, die Bekämpfung illegaler Praktiken, **die Wahrung des wettbewerblichen Charakters des Sektors, indem neuen Marktteilnehmern die Möglichkeit gegeben wird, in den Markt einzusteigen**, und den Schutz der Grundrechte im Internet.

Änderungsantrag 21

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 36

Vorschlag der Kommission

(36) Um die reibungslose und wirksame Kommunikation im Zusammenhang mit den Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen, zu gewährleisten, sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten verpflichtet werden, eine zentrale Kontaktstelle einzurichten und einschlägige Informationen zu ihrer Kontaktstelle zu veröffentlichen, einschließlich der für diese Kommunikation zu verwendenden Sprachen. Die Kontaktstelle kann auch von vertrauenswürdigen Hinweisgebern und Gewerbetreibenden, die in einer bestimmten Beziehung zum Anbieter von Vermittlungsdiensten stehen, genutzt werden. Im Gegensatz zum Rechtsvertreter

Geänderter Text

(36) Um die reibungslose und wirksame Kommunikation im Zusammenhang mit den Angelegenheiten, die unter diese Verordnung fallen, zu gewährleisten, sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten verpflichtet werden, eine zentrale Kontaktstelle einzurichten und einschlägige Informationen zu ihrer Kontaktstelle zu veröffentlichen, einschließlich der für diese Kommunikation zu verwendenden Sprachen. Die Kontaktstelle kann auch von vertrauenswürdigen Hinweisgebern und Gewerbetreibenden, die in einer bestimmten Beziehung zum Anbieter von Vermittlungsdiensten stehen, genutzt werden. **Diese Kontaktstelle könnte**

sollte die Kontaktstelle operativen Zwecken dienen und benötigt nicht unbedingt einen physischen Standort.

dieselbe Kontaktstelle sein, die gemäß anderen EU-Rechtsakten eingerichtet wurde. Im Gegensatz zum Rechtsvertreter sollte die Kontaktstelle operativen Zwecken dienen und benötigt nicht unbedingt einen physischen Standort.

Änderungsantrag 22

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 38

Vorschlag der Kommission

(38) Während die Vertragsfreiheit für Anbieter von Vermittlungsdiensten **grundsätzlich** geachtet werden sollte, ist es angemessen, für den Inhalt, die Anwendung und die Durchsetzung der allgemeinen Geschäftsbedingungen dieser Anbieter bestimmte Vorschriften festzulegen, um für Transparenz, den Schutz der Nutzer und die Vermeidung von unlauteren oder willkürlichen Ergebnissen zu sorgen.

Geänderter Text

(38) Während die Vertragsfreiheit für Anbieter von Vermittlungsdiensten geachtet werden sollte, ist es angemessen, für den Inhalt, die Anwendung und die Durchsetzung der allgemeinen Geschäftsbedingungen dieser Anbieter bestimmte Vorschriften festzulegen, um für Transparenz, den Schutz der Nutzer und die Vermeidung von unlauteren oder willkürlichen Ergebnissen **sowie den Schutz von Grundwerten wie Freiheit und Pluralismus der Medien** zu sorgen.

Änderungsantrag 23

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 39

Vorschlag der Kommission

(39) Um ein angemessenes Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten im Einklang mit den harmonisierten Anforderungen dieser Verordnung jährlich Bericht über die von ihnen betriebene Moderation von Inhalten erstatten, einschließlich der Maßnahmen, die sie zur Anwendung und Durchsetzung ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen ergreifen. Um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden, sollten diese Transparenzberichtspflichten jedoch nicht

Geänderter Text

(39) Um ein angemessenes Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten **in einem standardisierten und maschinenlesbaren Format** im Einklang mit den harmonisierten Anforderungen dieser Verordnung jährlich Bericht über die von ihnen betriebene Moderation von Inhalten erstatten, einschließlich der Maßnahmen, die sie zur Anwendung und Durchsetzung ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen ergreifen. Um unverhältnismäßige

für Anbieter gelten, die Kleinstunternehmen oder kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission⁴⁰ sind.

⁴⁰ Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).

Belastungen zu vermeiden, sollten diese Transparenzberichtspflichten jedoch nicht für Anbieter gelten, die Kleinstunternehmen oder kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission⁴⁰ sind.

⁴⁰ Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).

Änderungsantrag 24

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 43

Vorschlag der Kommission

(43) Um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden, sollten die zusätzlichen Verpflichtungen für Online-Plattformen im Rahmen dieser Verordnung nicht für Kleinstunternehmen und kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission⁴¹ gelten, es sei denn ihre Reichweite und Wirkung sind so erheblich, dass sie die Kriterien für eine Einstufung als sehr große Online-Plattformen im Sinne dieser Verordnung erfüllen. Die in der genannten Empfehlung enthaltenen Konsolidierungsvorschriften tragen dazu bei, sicherzustellen, dass jeglicher Umgehung dieser zusätzlichen Verpflichtungen vorgebeugt wird. Dass Kleinstunternehmen und kleine Unternehmen von diesen zusätzlichen Verpflichtungen ausgenommen sind, sollte nicht dahingehend ausgelegt werden, dass ihre Fähigkeit beeinträchtigt wäre, auf freiwilliger Basis ein System einzurichten, das einer oder mehreren dieser

Geänderter Text

(43) Um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden, sollten die zusätzlichen Verpflichtungen für Online-Plattformen im Rahmen dieser Verordnung nicht für Kleinstunternehmen und kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission⁴¹ gelten, es sei denn ihre Reichweite und Wirkung sind so erheblich, dass sie die Kriterien für eine Einstufung als sehr große Online-Plattformen im Sinne dieser Verordnung erfüllen. Die in der genannten Empfehlung enthaltenen Konsolidierungsvorschriften tragen dazu bei, sicherzustellen, dass jeglicher Umgehung dieser zusätzlichen Verpflichtungen vorgebeugt wird. Dass Kleinstunternehmen und kleine Unternehmen von diesen zusätzlichen Verpflichtungen ausgenommen sind, sollte nicht dahingehend ausgelegt werden, dass ihre Fähigkeit beeinträchtigt wäre, auf freiwilliger Basis ein System einzurichten, das einer oder mehreren dieser Verpflichtungen genügt. ***In diesem***

Verpflichtungen genügt.

Zusammenhang sollten die Kommission und die Koordinatoren für digitale Dienste die Möglichkeit haben, gemeinsam Informationen und Leitlinien für die freiwillige Umsetzung dieser Verordnung durch Kleinst- oder Kleinunternehmen ausarbeiten. Darüber hinaus werden die Kommission und die Koordinatoren für digitale Dienste aufgefordert, dies auch für mittlere Unternehmen zu tun, die zwar nicht in den Genuss der Haftungsausschlüsse nach Abschnitt 3 kommen, aber mitunter nicht über die rechtlichen Ressourcen verfügen, die erforderlich sind, um für ein angemessenes Verständnis und die Einhaltung dieser Verordnung zu sorgen.

⁴¹ Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).

⁴¹ Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).

Änderungsantrag 25

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 47

Vorschlag der Kommission

(47) Der Missbrauch von Diensten von **Online-Plattformen durch die häufige Bereitstellung von offensichtlich illegalen Inhalten oder** die häufige Einreichung von offensichtlich unbegründeten Meldungen oder Beschwerden über die jeweiligen durch diese Verordnung eingerichteten Mechanismen und Systeme führt zu Vertrauensverlust und der Beeinträchtigung der Rechte und berechtigten Interessen der betroffenen Parteien. Daher ist es erforderlich, angemessene und verhältnismäßige Vorkehrungen zum Schutz vor solchem Missbrauch einzurichten. **Inhalte sollten**

Geänderter Text

(47) Der Missbrauch von Diensten von **digitalen Plattformen durch** die häufige Einreichung von offensichtlich unbegründeten Meldungen oder Beschwerden über die jeweiligen durch diese Verordnung eingerichteten Mechanismen und Systeme führt zu Vertrauensverlust und der Beeinträchtigung der Rechte und berechtigten Interessen der betroffenen Parteien. Daher ist es erforderlich, angemessene und verhältnismäßige Vorkehrungen zum Schutz vor solchem Missbrauch einzurichten. Unter bestimmten Bedingungen sollten Online-

als offensichtlich illegal und Meldungen oder Beschwerden als offensichtlich unbegründet gelten, wenn es für einen Laien ohne inhaltliche Analyse klar ersichtlich ist, dass die Inhalte illegal bzw. die Meldungen oder Beschwerden unbegründet sind. Unter bestimmten Bedingungen sollten Online-Plattformen ihre einschlägigen Dienste für die an missbräuchlichem Verhalten beteiligte Person vorübergehend aussetzen. **Die Freiheit der Online-Plattformen, ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen festzulegen und strengere Maßnahmen im Falle offensichtlich illegaler Inhalte im Zusammenhang mit schweren Straftaten zu ergreifen, bleibt hiervon unberührt. Aus Transparenzgründen sollte diese Möglichkeit klar und hinreichend präzise in den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Online-Plattformen festgelegt werden.** Bei den Entscheidungen der **Online-Plattformen** diesbezüglich sollten stets Rechtsbehelfe möglich sein und sie sollten der Aufsicht **durch den** zuständigen **Koordinator** für digitale Dienste unterliegen. Die Vorschriften dieser Verordnung über Missbrauch sollten **Online-Plattformen** nicht daran hindern, andere Maßnahmen zu ergreifen, um im Einklang mit dem geltenden **Unionsrecht** und dem geltenden nationalen Recht gegen **die Bereitstellung illegaler Inhalte oder den sonstigen** Missbrauch ihrer Dienste **durch die Nutzer** vorzugehen. Diese Vorschriften lassen jegliche im **Unionsrecht** oder im nationalen Recht vorgesehenen Möglichkeiten unberührt, die am Missbrauch beteiligten Personen haftbar zu machen, einschließlich für Schadensersatz.

Plattformen ihre einschlägigen Dienste für die an missbräuchlichem Verhalten beteiligte Person vorübergehend aussetzen. Bei den Entscheidungen der **digitalen Plattformen** diesbezüglich sollten stets Rechtsbehelfe möglich sein und sie sollten der Aufsicht **des** zuständigen **Koordinators** für digitale Dienste unterliegen. Die Vorschriften dieser Verordnung über Missbrauch sollten **digitale Plattformen** nicht daran hindern, andere Maßnahmen zu ergreifen, um im Einklang mit dem geltenden **EU-Recht** und dem geltenden nationalen Recht gegen den Missbrauch ihrer Dienste vorzugehen. Diese Vorschriften lassen jegliche im **EU-Recht** oder im nationalen Recht vorgesehenen Möglichkeiten unberührt, die am Missbrauch beteiligten Personen haftbar zu machen, einschließlich für Schadensersatz.

Änderungsantrag 26

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 48

(48) Eine Online-Plattform könnte in bestimmten Fällen, etwa über eine Meldung durch eine meldende Partei oder durch ihre eigenen freiwilligen Maßnahmen, Kenntnis von Informationen über bestimmte Tätigkeiten eines Nutzers erhalten, etwa die Bereitstellung bestimmter Arten illegaler Inhalte, die unter Berücksichtigung aller relevanten Umstände, von der eine Online-Plattform Kenntnis hat, den Verdacht angemessen rechtfertigen, dass der Nutzer eine *schwere* Straftat begangen hat, begeht oder vermutlich begehen wird, **die das Leben oder die Sicherheit von Personen unmittelbar in Gefahr bringt, wie eine der in der Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁴ genannten Straftaten**. In solchen Fällen sollte die Online-Plattform die zuständigen Strafverfolgungsbehörden unverzüglich über einen solchen Verdacht informieren und ihnen alle einschlägigen ihr verfügbaren Informationen übermitteln, gegebenenfalls auch die jeweiligen Inhalte und eine Erläuterung ihres Verdachts. Diese Verordnung bildet keine Rechtsgrundlage für die Erstellung von Profilen von Nutzern für eine mögliche Feststellung von Straftaten durch Online-Plattformen. Online-Plattformen sollten auch andere anwendbare Vorschriften des *Unionsrechts* oder des nationalen Rechts zum Schutz der Rechte und Freiheiten von Einzelpersonen beachten, wenn sie die Strafverfolgungsbehörden informieren.

(48) Eine Online-Plattform könnte in bestimmten Fällen, etwa über eine Meldung durch eine meldende Partei oder durch ihre eigenen freiwilligen Maßnahmen, Kenntnis von Informationen über bestimmte Tätigkeiten eines Nutzers erhalten, etwa die Bereitstellung bestimmter Arten illegaler Inhalte, die unter Berücksichtigung aller relevanten Umstände, von der eine Online-Plattform Kenntnis hat, den Verdacht angemessen rechtfertigen, dass der Nutzer eine Straftat begangen hat, begeht oder vermutlich begehen wird. In solchen Fällen sollte die Online-Plattform die zuständigen Strafverfolgungsbehörden unverzüglich über einen solchen Verdacht informieren und ihnen alle einschlägigen ihr verfügbaren Informationen übermitteln, gegebenenfalls auch die jeweiligen Inhalte und eine Erläuterung ihres Verdachts. Diese Verordnung bildet keine Rechtsgrundlage für die Erstellung von Profilen von Nutzern für eine mögliche Feststellung von Straftaten durch Online-Plattformen. Online-Plattformen sollten auch andere anwendbare Vorschriften des *EU-Rechts* oder des nationalen Rechts zum Schutz der Rechte und Freiheiten von Einzelpersonen beachten, wenn sie die Strafverfolgungsbehörden informieren.

⁴⁴ *Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI des Rates (ABl. L 335 vom 17.12.2011, S. 1).*

Änderungsantrag 27

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 49

Vorschlag der Kommission

(49) Um zu einem sicheren, vertrauenswürdigen und transparenten Online-Umfeld für Verbraucher sowie für andere Beteiligte, etwa konkurrierende Unternehmer oder Inhaber von Rechten des geistigen Eigentums, beizutragen und Unternehmer vom Verkauf von Produkten und Dienstleistungen unter Verstoß gegen die geltenden Vorschriften abzuhalten, sollten Online-Plattformen, auf denen Verbraucher Fernabsatzverträge mit Unternehmern abschließen können, sicherstellen, dass diese Unternehmer nachverfolgt werden können. Der Unternehmer sollte daher verpflichtet sein, der Online-Plattform bestimmte grundlegende Informationen zur Verfügung zu stellen, auch um für Produkte zu werben oder sie anzubieten. Diese Anforderung sollte auch für Unternehmer gelten, die auf der Grundlage **zugrunde liegender** Vereinbarungen im Namen von Marken für Produkte werben oder diese anbieten. Diese Online-Plattformen sollten sämtliche Informationen für einen angemessenen Zeitraum, der nicht über das erforderliche Maß hinausgeht, sicher speichern, damit diese im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich des Rechts auf Schutz personenbezogener Daten, von Behörden und privaten Parteien mit einem berechtigten Interesse eingesehen werden können, auch aufgrund von in dieser Verordnung genannten Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen.

Geänderter Text

(49) Um zu einem sicheren, vertrauenswürdigen und transparenten Online-Umfeld für Verbraucher sowie für andere Beteiligte, etwa konkurrierende Unternehmer oder Inhaber von Rechten des geistigen Eigentums, beizutragen und Unternehmer vom Verkauf von Produkten und Dienstleistungen unter Verstoß gegen die geltenden Vorschriften abzuhalten, sollten Online-Plattformen, auf denen Verbraucher Fernabsatzverträge mit Unternehmern **auf diesen Plattformen** abschließen können, sicherstellen, dass diese Unternehmer nachverfolgt werden können. Der Unternehmer sollte daher verpflichtet sein, der Online-Plattform bestimmte grundlegende Informationen zur Verfügung zu stellen, auch um für Produkte zu werben oder sie anzubieten. Diese Anforderung sollte auch für Unternehmer gelten, die auf der Grundlage **entsprechender** Vereinbarungen im Namen von Marken für Produkte werben oder diese anbieten. Diese Online-Plattformen sollten sämtliche Informationen für einen angemessenen Zeitraum, der nicht über das erforderliche Maß hinausgeht, sicher speichern, damit diese im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich des Rechts auf Schutz personenbezogener Daten, von Behörden und privaten Parteien mit einem berechtigten Interesse eingesehen werden können, auch aufgrund von in dieser Verordnung genannten Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen.

Änderungsantrag 28

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 50

Vorschlag der Kommission

(50) Um eine effiziente und angemessene Anwendung dieser Verpflichtung sicherzustellen, ohne unverhältnismäßige Belastungen aufzuerlegen, sollten die erfassten Online-Plattformen angemessene Bemühungen um die Überprüfung der Zuverlässigkeit der von den betreffenden Unternehmern bereitgestellten Informationen unternehmen, insbesondere durch die Nutzung frei zugänglicher amtlicher Online-Datenbanken oder Online-Schnittstellen, etwa nationaler Handelsregister und des Mehrwertsteuer-Informationsaustauschsystems⁴⁵, **oder indem sie die betreffenden Unternehmer auffordern, belastbare Unterlagen als Nachweise vorzulegen, etwa Kopien von Identitätsdokumenten, zertifizierte Bankauszüge, Unternehmenszertifikate oder Auszüge aus dem Handelsregister. Sie können für die Einhaltung dieser Verpflichtung auch auf andere für die Nutzung auf Distanz verfügbare Quellen zurückgreifen, die vergleichbare Zuverlässigkeit bieten.** Die erfassten Online-Plattformen sollten **jedoch** nicht verpflichtet werden, übermäßige oder kostspielige Nachforschungen im Internet anzustellen oder Kontrollen vor Ort durchzuführen. Auch sollte nicht davon ausgegangen werden, dass Online-Plattformen, die bereits angemessene Bemühungen gemäß dieser Verordnung unternommen haben, die Zuverlässigkeit der Informationen gegenüber Verbrauchern oder anderen Beteiligten gewährleisten. Solche Online-Plattformen sollten ihre Online-Schnittstelle zudem so gestalten und aufbauen, dass Unternehmer ihren Verpflichtungen gemäß dem **Unionsrecht** nachkommen können, insbesondere den Anforderungen gemäß Artikel 6 und 8 der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen

Geänderter Text

(50) Um eine effiziente und angemessene Anwendung dieser Verpflichtung sicherzustellen, ohne unverhältnismäßige Belastungen aufzuerlegen, sollten die erfassten Online-Plattformen angemessene Bemühungen um die Überprüfung der Zuverlässigkeit **einiger** der von den betreffenden Unternehmern bereitgestellten Informationen unternehmen, insbesondere durch die Nutzung frei zugänglicher amtlicher Online-Datenbanken oder Online-Schnittstellen, etwa nationaler Handelsregister und des Mehrwertsteuer-Informationsaustauschsystems⁴⁵. Die erfassten Online-Plattformen sollten nicht verpflichtet werden, übermäßige oder kostspielige Nachforschungen im Internet anzustellen oder Kontrollen vor Ort durchzuführen. Auch sollte nicht davon ausgegangen werden, dass Online-Plattformen, die bereits angemessene Bemühungen gemäß dieser Verordnung unternommen haben, die Zuverlässigkeit der Informationen gegenüber Verbrauchern oder anderen Beteiligten gewährleisten, **und sie sollten für diese Informationen nicht haften, wenn sie sich als unrichtig erweisen.** Solche Online-Plattformen sollten ihre Online-Schnittstelle zudem so gestalten und aufbauen, dass Unternehmer ihren Verpflichtungen gemäß dem **EU-Recht** nachkommen können, insbesondere den Anforderungen gemäß Artikel 6 und 8 der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁶, Artikel 7 der Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁷ und Artikel 3 der Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁸.

Parlaments und des Rates⁴⁶, Artikel 7 der Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁷ und Artikel 3 der Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁸.

45

https://ec.europa.eu/taxation_customs/vies/vieshome.do?locale=de

⁴⁶ Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

⁴⁷ Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken).

⁴⁸ Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 über den Schutz der Verbraucher bei der Angabe der Preise der ihnen angebotenen Erzeugnisse.

45

https://ec.europa.eu/taxation_customs/vies/vieshome.do?locale=de

⁴⁶ Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

⁴⁷ Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken).

⁴⁸ Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 über den Schutz der Verbraucher bei der Angabe der Preise der ihnen angebotenen Erzeugnisse.

Änderungsantrag 29

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 52

(52) Online-Werbung spielt im Online-Umfeld eine wichtige Rolle, auch bei der Erbringung von Diensten von Online-Plattformen. Werbung im Internet kann jedoch erhebliche Risiken bergen – von Werbung, die selbst illegale Inhalte aufweist, bis hin zu Beiträgen zu finanziellen Anreizen für die Veröffentlichung oder Verstärkung illegaler oder anderweitig schädlicher Internetinhalte und entsprechender Tätigkeiten oder einer diskriminierenden Darstellung von Werbung, die der Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Bürger zuwiderläuft. Neben den Anforderungen aus Artikel 6 der Richtlinie 2000/31/EG sollten **Online-Plattformen** daher verpflichtet werden, sicherzustellen, dass die Nutzer **bestimmte** individuelle Informationen darüber erhalten, wann und in wessen Auftrag die Werbung angezeigt wird. Zudem sollten die Nutzer Informationen darüber erhalten, anhand welcher Hauptparameter bestimmt wird, welche Werbung ihnen angezeigt wird, wobei aussagekräftige Erläuterungen zur **zugrunde liegenden** Logik bereitgestellt werden sollten, einschließlich der Angabe, wann **Profiling** genutzt wird. Die Anforderungen dieser Verordnung an die Bereitstellung von Informationen in Bezug auf Werbung gelten unbeschadet der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679, insbesondere was das Widerspruchsrecht und die automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall betrifft, einschließlich **des Profiling** und insbesondere der Notwendigkeit, vor der Verarbeitung personenbezogener Daten für gezielte Werbung die Einwilligung der betroffenen Person einzuholen. Zudem gilt sie unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie 2002/58/EG, insbesondere in Bezug auf die Speicherung von Informationen auf Endgeräten und den

(52) Online-Werbung spielt im Online-Umfeld eine wichtige Rolle, auch bei der Erbringung von Diensten von Online-Plattformen. Werbung im Internet kann jedoch erhebliche Risiken bergen – von Werbung, die selbst illegale Inhalte aufweist, bis hin zu Beiträgen zu finanziellen Anreizen für die Veröffentlichung oder Verstärkung illegaler oder anderweitig schädlicher Internetinhalte und entsprechender Tätigkeiten oder einer diskriminierenden Darstellung von Werbung, die der Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Bürger zuwiderläuft. **Das werbegestützte Geschäftsmodell hat zu tiefgreifenden Veränderungen bei der Darbietung von Informationen geführt und neue Datenerhebungsmuster und Geschäftsmodelle geschaffen, die nicht immer positiv sind.** Neben den Anforderungen aus Artikel 6 der Richtlinie 2000/31/EG sollten **digitale Plattformen** daher verpflichtet werden, sicherzustellen, dass die **Datenerhebung auf ein Mindestmaß begrenzt wird, dass die Einnahmenmaximierung aufgrund von Werbung die Qualität des Dienstes nicht beeinträchtigt und dass die** Nutzer **umfangreiche** individuelle Informationen darüber erhalten, wann und in wessen Auftrag die Werbung angezeigt wird. Zudem sollten die Nutzer Informationen darüber erhalten, anhand welcher Hauptparameter bestimmt wird, welche Werbung ihnen angezeigt wird, wobei aussagekräftige Erläuterungen zur **zugrundeliegenden** Logik bereitgestellt werden sollten, einschließlich der Angabe, wann **Profilerstellung** genutzt wird. Die Anforderungen dieser Verordnung an die Bereitstellung von Informationen in Bezug auf Werbung gelten unbeschadet der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679, insbesondere was das

Zugang zu dort gespeicherten Informationen.

Widerspruchsrecht und die automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall betrifft, einschließlich **der Profilerstellung** und insbesondere der Notwendigkeit, vor der Verarbeitung personenbezogener Daten für gezielte Werbung die Einwilligung der betroffenen Person einzuholen. Zudem gilt sie unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie 2002/58/EG, insbesondere in Bezug auf die Speicherung von Informationen auf Endgeräten und den Zugang zu dort gespeicherten Informationen.

Änderungsantrag 30

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 53

Vorschlag der Kommission

(53) Da sehr große Online-Plattformen aufgrund ihrer Reichweite – insbesondere der Zahl der Nutzer – als Plattform für öffentliche Debatten, Wirtschaftstransaktionen und die Verbreitung von Informationen, Meinungen und Ideen sowie bei der Beeinflussung der Informationsbeschaffung und -übermittlung im Internet eine bedeutende Rolle spielen, ist es notwendig, diesen Plattformen neben den für alle Online-Plattformen geltenden Pflichten besondere Pflichten aufzuerlegen. Diese zusätzlichen Pflichten sehr großer **Online-Plattformen** sind erforderlich, um **diesen ordnungspolitischen Bedenken** Rechnung zu tragen, da sich durch alternative, weniger restriktive Maßnahmen nicht dieselben Ergebnisse erzielen lassen.

Geänderter Text

(53) Da sehr große Online-Plattformen aufgrund ihrer Reichweite – insbesondere der Zahl der Nutzer – als Plattform für öffentliche Debatten, Wirtschaftstransaktionen und die Verbreitung von Informationen, Meinungen und Ideen sowie bei der Beeinflussung der Informationsbeschaffung und -übermittlung im Internet eine bedeutende Rolle spielen, ist es notwendig, diesen Plattformen neben den für alle Online-Plattformen geltenden Pflichten besondere Pflichten aufzuerlegen. Diese zusätzlichen Pflichten sehr großer **digitaler Plattformen** sind erforderlich, um **problematischen Entwicklungen in Bezug auf die Grundrechte** Rechnung zu tragen, da sich durch alternative, weniger restriktive Maßnahmen nicht dieselben Ergebnisse erzielen lassen.

Änderungsantrag 31

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 54

Vorschlag der Kommission

(54) Sehr große Online-Plattformen können gesellschaftliche Risiken nach sich ziehen, die sich hinsichtlich Umfang und Auswirkungen von denen kleinerer Plattformen unterscheiden. Sobald die Zahl der Nutzer einer Plattform in der **Union** einen erheblichen Bevölkerungsanteil erreicht, haben auch die mit der Plattform verbundenen systemischen Risiken in der **Union** unverhältnismäßige negative Auswirkungen. Von einer solchen erheblichen Reichweite sollte ausgegangen werden, wenn die Zahl der Nutzer eine operative Schwelle von 45 Millionen – 10 % der Bevölkerung in der **Union** – überschreitet. Die operative Schwelle sollte durch Änderungen im Wege delegierter Rechtsakte aktualisiert werden, soweit dies erforderlich ist. Solche sehr großen Online-Plattformen sollten daher höchsten Sorgfaltspflichten unterliegen, die in einem angemessenen Verhältnis zu ihren gesellschaftlichen Auswirkungen und Mitteln stehen.

Geänderter Text

(54) Sehr große Online-Plattformen können gesellschaftliche **und wirtschaftliche** Risiken nach sich ziehen, die sich hinsichtlich Umfang und Auswirkungen von denen kleinerer Plattformen unterscheiden. Sobald die Zahl der Nutzer einer Plattform in der **EU** einen erheblichen Bevölkerungsanteil erreicht, haben auch die mit der Plattform verbundenen systemischen Risiken in der **EU** unverhältnismäßige negative **sozioökonomische** Auswirkungen. Von einer solchen erheblichen Reichweite sollte ausgegangen werden, wenn die Zahl der Nutzer eine operative Schwelle von 45 Millionen – 10 % der Bevölkerung in der **EU** – überschreitet. Die operative Schwelle sollte durch Änderungen im Wege delegierter Rechtsakte aktualisiert werden, soweit dies erforderlich **ist, wobei auch die Bevölkerungsentwicklung in der EU zu berücksichtigen** ist. Solche sehr großen Online-Plattformen sollten daher höchsten Sorgfaltspflichten unterliegen, die in einem angemessenen Verhältnis zu ihren gesellschaftlichen Auswirkungen und Mitteln stehen.

Änderungsantrag 32

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 55

Vorschlag der Kommission

(55) Angesichts der für Plattformtätigkeiten typischen Netz-Effekte kann sich die Nutzerbasis einer Online-Plattform rasch verbreitern und die einer sehr großen Online-Plattform mit den damit verbundenen Auswirkungen auf den Binnenmarkt erreichen. Dies kann z. B. der Fall sein, wenn die Online-Plattform über

Geänderter Text

(55) Angesichts der für Plattformtätigkeiten typischen Netz-Effekte kann sich die Nutzerbasis einer Online-Plattform rasch verbreitern und die einer sehr großen Online-Plattform mit den damit verbundenen Auswirkungen auf den Binnenmarkt, **die Wirtschaftsteilnehmer und die Verbraucher** erreichen. Dies kann

einen kurzen Zeitraum exponentiell wächst oder aufgrund einer breiten globalen Präsenz und ihres Umsatzes Netz-Effekte sowie Skalen- und Verbundeffekte vollständig nutzen kann. Insbesondere ein hoher Jahresumsatz oder eine hohe Marktkapitalisierung können darauf hindeuten, dass sich die Nutzerreichweite schnell erhöht. In diesen Fällen sollte der Koordinator für digitale Dienste die Plattform zu einer häufigeren Berichterstattung über die Nutzerbasis verpflichten können, um den Zeitpunkt, zu dem die Plattform als sehr große Online-Plattform im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist, rechtzeitig bestimmen zu können.

z. B. der Fall sein, wenn die Online-Plattform über einen kurzen Zeitraum exponentiell wächst oder aufgrund einer breiten globalen Präsenz und ihres Umsatzes Netz-Effekte sowie Skalen- und Verbundeffekte vollständig nutzen kann. Insbesondere ein hoher Jahresumsatz oder eine hohe Marktkapitalisierung können darauf hindeuten, dass sich die Nutzerreichweite schnell erhöht. In diesen Fällen sollte der Koordinator für digitale Dienste die Plattform zu einer häufigeren Berichterstattung über die Nutzerbasis verpflichten können, um den Zeitpunkt, zu dem die Plattform als sehr große Online-Plattform im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist, rechtzeitig bestimmen zu können.

Änderungsantrag 33

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 56

Vorschlag der Kommission

(56) Die Art und Weise, in der sehr große Online-Plattformen genutzt werden, hat großen Einfluss auf die Online-Sicherheit, die öffentliche Meinungsbildung und den öffentlichen Diskurs sowie den Online-Handel. Die Gestaltung der Dienste ist im Allgemeinen auf eine Optimierung ihres oft werbegestützten Geschäftsmodells ausgerichtet und kann Anlass zu gesellschaftlichen Bedenken geben. Besteht **keine** wirksame Regulierung und Durchsetzung, können die Plattformen die Spielregeln bestimmen, ohne dass dabei die mit ihnen verbundenen Risiken und der dadurch möglicherweise entstehende gesellschaftliche und wirtschaftliche Schaden wirksam ermittelt und gemindert werden kann. Im Rahmen dieser Verordnung sollten sehr große Online-Plattformen daher prüfen, welche systemischen Risiken mit der

Geänderter Text

(56) Die Art und Weise, in der sehr große Online-Plattformen genutzt werden, hat großen Einfluss auf die Online-Sicherheit, die öffentliche Meinungsbildung und den öffentlichen Diskurs sowie den Online-Handel. Die Gestaltung der Dienste ist im Allgemeinen auf eine Optimierung ihres oft werbegestützten Geschäftsmodells ausgerichtet und kann Anlass zu gesellschaftlichen Bedenken geben. Besteht **weder auf EU-Ebene noch auf nationaler Ebene eine** wirksame Regulierung und Durchsetzung, können die Plattformen die Spielregeln bestimmen, ohne dass dabei die mit ihnen verbundenen Risiken und der dadurch möglicherweise entstehende gesellschaftliche und wirtschaftliche Schaden wirksam ermittelt und gemindert werden kann. Im Rahmen dieser Verordnung sollten sehr große Online-Plattformen daher prüfen, welche

Funktionsweise und Nutzung ihres Dienstes sowie mit einem möglichen Missbrauch durch die Nutzer verbunden sind, und angemessene Gegenmaßnahmen treffen.

systemischen Risiken mit der Funktionsweise und Nutzung ihres Dienstes sowie mit einem möglichen Missbrauch durch die Nutzer verbunden sind, und angemessene ***und transparente*** Gegenmaßnahmen treffen, ***damit insbesondere gegen Filterblasen und Filtereffekte vorgegangen werden kann.***

Änderungsantrag 34

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 57

Vorschlag der Kommission

(57) Dabei sollten drei Kategorien systemischer Risiken eingehend geprüft werden. Eine erste Kategorie betrifft die Risiken, die durch einen Missbrauch ihres Dienstes durch Verbreitung illegaler Inhalte entstehen können, darunter die Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch oder von illegaler ***Hassrede*** sowie illegale Tätigkeiten wie ein nach ***Unions-*** oder nationalem Recht untersagter Verkauf von Waren oder Dienstleistungen, wie z. B. nachgeahmter Güter. Unbeschadet der persönlichen Verantwortung der Nutzer von sehr großen Online-Plattformen für die mögliche Rechtswidrigkeit ihrer Tätigkeit nach geltendem Recht können eine solche Verbreitung oder solche Tätigkeiten z. B. dann ein erhebliches systemisches Risiko darstellen, wenn der Zugang zu diesen Inhalten durch Konten mit einer besonders großen Reichweite verstärkt werden kann. Eine zweite Kategorie betrifft die Auswirkungen des Dienstes auf die Ausübung der durch die Charta der Grundrechte geschützten Grundrechte, einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit, des Rechts auf Achtung des Privatlebens, des Rechts auf Nichtdiskriminierung und der Rechte des Kindes. Diese Risiken können

Geänderter Text

(57) Dabei sollten drei Kategorien systemischer Risiken eingehend geprüft werden. Eine erste Kategorie betrifft die Risiken, die durch einen Missbrauch ihres Dienstes durch Verbreitung illegaler Inhalte entstehen können, darunter die Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch oder von illegaler ***Hetze*** sowie illegale Tätigkeiten wie ein nach ***EU-*** oder nationalem Recht untersagter Verkauf von Waren oder Dienstleistungen, wie z. B. nachgeahmter Güter. Unbeschadet der persönlichen Verantwortung der Nutzer von sehr großen Online-Plattformen für die mögliche Rechtswidrigkeit ihrer Tätigkeit nach geltendem Recht können eine solche Verbreitung oder solche Tätigkeiten z. B. dann ein erhebliches ***gesellschaftliches und wirtschaftliches*** systemisches Risiko darstellen, wenn der Zugang zu diesen Inhalten durch Konten mit einer besonders großen Reichweite verstärkt werden kann. Eine zweite Kategorie betrifft die Auswirkungen des Dienstes auf die Ausübung der durch die Charta der Grundrechte geschützten Grundrechte, einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit, des Rechts auf Achtung des Privatlebens, des Rechts auf Nichtdiskriminierung und der Rechte des

beispielsweise auf die Gestaltung der Algorithmensysteme sehr großer Online-Plattformen oder auf den Missbrauch ihres Dienstes für die Übermittlung missbräuchlicher Nachrichten oder auf andere Methoden zur Verhinderung der freien Meinungsäußerung oder zur Behinderung des Wettbewerbs zurückzuführen sein. Eine dritte Kategorie von Risiken betrifft die absichtliche und oftmals auch koordinierte Manipulation des Dienstes der Plattform, die absehbare Auswirkungen auf Gesundheit, den gesellschaftlichen Diskurs, Wahlprozesse, die öffentliche Sicherheit und den Schutz Minderjähriger haben kann, sodass es erforderlich ist, die öffentliche Ordnung und die Privatsphäre zu schützen und betrügerische und irreführende Handelspraktiken zu bekämpfen. Solche Risiken können beispielsweise auf die Einrichtung von Scheinkonten, die Nutzung von Bots und anderen automatisierten oder teilautomatisierten Verhaltensweisen zurückzuführen sein, die zu einer schnellen und umfangreichen Verbreitung von Informationen führen können, die illegale Inhalte darstellen oder mit den Geschäftsbedingungen einer Online-Plattform unvereinbar sind.

Kindes. Diese Risiken können beispielsweise auf die Gestaltung der Algorithmensysteme sehr großer Online-Plattformen oder auf den Missbrauch ihres Dienstes für die Übermittlung missbräuchlicher Nachrichten oder auf andere Methoden zur Verhinderung der freien Meinungsäußerung oder zur Behinderung des Wettbewerbs zurückzuführen sein. Eine dritte Kategorie von Risiken betrifft die absichtliche und oftmals auch koordinierte Manipulation des Dienstes der Plattform, die absehbare Auswirkungen auf Gesundheit, den gesellschaftlichen Diskurs, Wahlprozesse, die öffentliche Sicherheit und den Schutz Minderjähriger haben kann, sodass es erforderlich ist, die öffentliche Ordnung und die Privatsphäre zu schützen und betrügerische und irreführende Handelspraktiken zu bekämpfen. Solche Risiken können beispielsweise auf die Einrichtung von Scheinkonten, die Nutzung von Bots und anderen automatisierten oder teilautomatisierten Verhaltensweisen zurückzuführen sein, die zu einer schnellen und umfangreichen Verbreitung von Informationen führen können, die illegale Inhalte darstellen oder mit den Geschäftsbedingungen einer Online-Plattform unvereinbar sind.

Änderungsantrag 35

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 58

Vorschlag der Kommission

(58) Sehr große Online-Plattformen sollten die erforderlichen Instrumente einsetzen, um die bei der Risikobewertung festgestellten systemischen Risiken sorgfältig zu mindern. Für diese Risikominderungsmaßnahmen sollten sehr große Online-Plattformen es beispielsweise in Betracht ziehen, die Gestaltung und Funktionsweise der Moderation von

Geänderter Text

(58) Sehr große Online-Plattformen sollten die erforderlichen Instrumente einsetzen, um die bei der Risikobewertung festgestellten systemischen Risiken sorgfältig zu mindern. Für diese Risikominderungsmaßnahmen sollten sehr große Online-Plattformen es beispielsweise in Betracht ziehen, die Gestaltung und Funktionsweise der Moderation von

Inhalten, der algorithmischen Empfehlungssysteme und der Online-Schnittstellen zu verbessern oder anderweitig anzupassen, um der Verbreitung illegaler Inhalte entgegenzuwirken und sie einzuschränken, oder Anpassungen ihrer Entscheidungsverfahren oder ihrer Geschäftsbedingungen vorzunehmen. Dazu können auch Korrekturmaßnahmen zählen, wie z. B. die Beendigung von Werbeeinnahmen für bestimmte Inhalte, oder andere Maßnahmen wie eine Verbesserung der Sichtbarkeit verlässlicher Informationsquellen. Sehr große Online-Plattformen können ihre internen Verfahren oder die interne Überwachung ihrer Tätigkeiten verstärken, insbesondere um systemische Risiken zu ermitteln. Zudem können sie die Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern einleiten oder verstärken, Schulungsmaßnahmen und den Austausch mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern organisieren und mit anderen Anbietern zusammenarbeiten, etwa durch Einführung von Verhaltenskodizes oder anderen Selbstregulierungsmaßnahmen oder die Beteiligung an bestehenden einschlägigen Kodizes oder Maßnahmen. Alle Maßnahmen sollten mit den Sorgfaltspflichten aus dieser Verordnung im Einklang stehen, wirksam und angemessen zur Minderung der festgestellten spezifischen Risiken beitragen und der Wahrung der öffentlichen Ordnung, dem Schutz der Privatsphäre sowie der Bekämpfung betrügerischer und irreführender Handelspraktiken dienen; sie sollten zudem in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der sehr großen Online-Plattform stehen und der Notwendigkeit Rechnung tragen, unnötige Beschränkungen für die Nutzung ihrer Dienste zu vermeiden, wobei mögliche negative Auswirkungen auf die Grundrechte der Nutzer angemessen zu

Inhalten, der algorithmischen Empfehlungssysteme und der Online-Schnittstellen zu verbessern oder anderweitig anzupassen, um der Verbreitung illegaler Inhalte entgegenzuwirken und sie einzuschränken, oder Anpassungen ihrer Entscheidungsverfahren oder ihrer Geschäftsbedingungen vorzunehmen. Dazu können auch Korrekturmaßnahmen zählen, wie z. B. die Beendigung von Werbeeinnahmen für bestimmte Inhalte, oder andere Maßnahmen wie eine Verbesserung der Sichtbarkeit verlässlicher Informationsquellen. Sehr große Online-Plattformen können ihre internen Verfahren oder die interne Überwachung ihrer Tätigkeiten verstärken, insbesondere um systemische Risiken zu ermitteln. ***Eine solche Verstärkung könnte die Ausweitung und Zuweisung von Ressourcen für die Moderation von Inhalten in anderen Sprachen als Englisch umfassen.*** Zudem können sie die Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern einleiten oder verstärken, Schulungsmaßnahmen und den Austausch mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern organisieren und mit anderen Anbietern zusammenarbeiten, etwa durch Einführung von Verhaltenskodizes oder anderen Selbstregulierungsmaßnahmen oder die Beteiligung an bestehenden einschlägigen Kodizes oder Maßnahmen. Alle Maßnahmen sollten mit den Sorgfaltspflichten aus dieser Verordnung im Einklang stehen, wirksam und angemessen zur Minderung der festgestellten spezifischen Risiken beitragen und der Wahrung der öffentlichen Ordnung, ***dem Wettbewerbsaspekt der Wirtschaft, der Sicherheit für den Handel,*** dem Schutz der Privatsphäre sowie der Bekämpfung betrügerischer und irreführender Handelspraktiken dienen; sie sollten zudem in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der sehr großen Online-Plattform stehen und

berücksichtigen sind.

der Notwendigkeit Rechnung tragen, unnötige Beschränkungen für die Nutzung ihrer Dienste zu vermeiden, wobei mögliche negative Auswirkungen auf die Grundrechte der Nutzer angemessen zu berücksichtigen sind.

Änderungsantrag 36

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 60 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(60a) Unabhängige oder nicht unabhängige Prüfer digitaler Dienste müssen sowohl in technologischer als auch in operativer Hinsicht über spezifische Kompetenzen und Fachwissen in diesem Sektor verfügen. Sie müssen auch über Kenntnisse unter anderem in den relevanten sozialen, wirtschaftlichen und Menschenrechtsfragen verfügen. Unabhängig davon, ob es sich um KMU oder multinationale Unternehmen handelt, kann nicht automatisch davon ausgegangen werden, dass Erweiterungen bestehender Buchführungs- und Wirtschaftsprüfungs-, Rechts- und IKT-Beratungs- oder ähnlicher Unternehmen über das erforderliche Know-how verfügen, um sich als Abschlussprüfer zu qualifizieren. Die Mitgliedstaaten und die Kommission sollten daher nach Konsultation aller beteiligten Akteure Protokolle entwickeln, um Prüfer digitaler Dienste zu bewerten und zu akkreditieren, vorzugsweise nach klaren, auf Verfahrensweisen der EU fußenden Regeln, und auf diese Weise Register akkreditierter Prüfer auf nationaler und EU-Ebene einzurichten.

Änderungsantrag 37

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 62

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten **sehr großer** Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der Online-Schnittfläche dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Verhaltensweisen im Internet. **Sehr große Online-Plattformen** sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und Einfluss **darauf haben, welche** Informationen **ihnen angezeigt werden**. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten **sie** sicherstellen, dass die Nutzer über alternative Optionen für die wichtigsten Parameter verfügen, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf **dem Profiling** des Nutzers beruhen.

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten **von** Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der Online-Schnittfläche dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Verhaltensweisen im Internet. **Digitale Plattformen** sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen **über den Einsatz von Empfehlungssystemen** informiert werden und Einfluss **auf die ihnen dargebotenen** Informationen **nehmen können**. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten **sehr große digitale Plattformen** sicherstellen, dass die Nutzer über alternative Optionen für die wichtigsten Parameter verfügen, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf **der Profilerstellung** des Nutzers beruhen.

Änderungsantrag 38

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 63

Vorschlag der Kommission

(63) Von sehr großen Online-Plattformen genutzte Werbesysteme sind mit besonderen Risiken verbunden und machen angesichts ihres Umfangs und der Tatsache, dass sie die Nutzer auf der Grundlage ihres Verhaltens innerhalb und außerhalb der Online-Schnittstelle der Plattform gezielt erreichen können, eine weitergehende öffentliche und regulatorische Aufsicht erforderlich. Sehr große Online-Plattformen sollten Archive für Werbung, die auf ihren Online-Schnittstellen angezeigt wird, öffentlich zugänglich machen, um die Aufsicht und die Forschung zu neu entstehenden Risiken im Zusammenhang mit der Online-Verbreitung von Werbung zu unterstützen; dies betrifft etwa illegale Werbung oder manipulative Techniken und Desinformation mit realen und absehbaren negativen Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit oder Sicherheit, den gesellschaftlichen Diskurs, die politische Teilhabe und die Gleichbehandlung. Die Archive sollten den Inhalt der Werbung sowie damit verbundene Daten zum Werbetreibenden und zur Bereitstellung der Werbung enthalten, insbesondere was gezielte Werbung betrifft.

Geänderter Text

(63) Von sehr großen Online-Plattformen genutzte Werbesysteme sind mit besonderen Risiken verbunden, **auf wirtschaftlicher und politischer Ebene**, und machen angesichts ihres Umfangs und der Tatsache, dass sie die Nutzer auf der Grundlage ihres Verhaltens innerhalb und außerhalb der Online-Schnittstelle der Plattform gezielt erreichen können, eine weitergehende öffentliche und regulatorische Aufsicht erforderlich. **Insbesondere wird die Anhäufung personenbezogener Daten durch Online-Plattformen in massive kommerzielle Vermögenswerte umgewandelt, die häufig genutzt werden, um bestimmten Wirtschaftsakteuren einen Vorteil zu verschaffen.** Sehr große Online-Plattformen sollten **daher** Archive für Werbung, die auf ihren Online-Schnittstellen angezeigt wird, öffentlich zugänglich machen, um die Aufsicht und die Forschung zu neu entstehenden Risiken im Zusammenhang mit der Online-Verbreitung von Werbung zu unterstützen; dies betrifft etwa illegale Werbung oder manipulative Techniken und Desinformation mit realen und absehbaren negativen Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit oder Sicherheit, den gesellschaftlichen Diskurs, die politische Teilhabe und die Gleichbehandlung. Die Archive sollten den Inhalt der Werbung sowie damit verbundene Daten zum Werbetreibenden und zur Bereitstellung der Werbung enthalten, insbesondere was gezielte Werbung betrifft.

Änderungsantrag 39

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 65

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(65) Angesichts der Komplexität der Funktionsweise der genutzten Systeme und der mit ihnen verbundenen systemischen Risiken für die Gesellschaft sollten sehr große Online-Plattformen Compliance-Beauftragte ernennen, die über die erforderlichen Qualifikationen verfügen sollten, Maßnahmen umzusetzen und die Einhaltung dieser Verordnung innerhalb der Organisation der Plattform zu überwachen. Sehr große Online-Plattformen sollten sicherstellen, dass der/die Compliance-Beauftragte ordnungsgemäß und frühzeitig in alle mit dieser Verordnung zusammenhängenden Fragen eingebunden wird. Angesichts der zusätzlichen Risiken im Zusammenhang mit ihren Tätigkeiten und ihren zusätzlichen Pflichten im Rahmen dieser Verordnung sollten die übrigen Transparenzanforderungen dieser Verordnung durch zusätzliche Transparenzanforderungen ergänzt werden, die speziell für sehr große Online-Plattformen gelten, insbesondere durch die Pflicht zur Berichterstattung über die vorgenommenen Risikobewertungen und die anschließend gemäß dieser Verordnung getroffenen Maßnahmen.

(65) Angesichts der Komplexität der Funktionsweise der genutzten Systeme und der mit ihnen verbundenen systemischen Risiken für die Gesellschaft **und die Wirtschaft** sollten sehr große Online-Plattformen Compliance-Beauftragte ernennen, die über die erforderlichen Qualifikationen verfügen sollten, Maßnahmen umzusetzen und die Einhaltung dieser Verordnung innerhalb der Organisation der Plattform zu überwachen. Sehr große Online-Plattformen sollten sicherstellen, dass der/die Compliance-Beauftragte ordnungsgemäß und frühzeitig in alle mit dieser Verordnung zusammenhängenden Fragen eingebunden wird. Angesichts der zusätzlichen Risiken im Zusammenhang mit ihren Tätigkeiten und ihren zusätzlichen Pflichten im Rahmen dieser Verordnung sollten die übrigen Transparenzanforderungen dieser Verordnung durch zusätzliche Transparenzanforderungen ergänzt werden, die speziell für sehr große Online-Plattformen gelten, insbesondere durch die Pflicht zur Berichterstattung über die vorgenommenen Risikobewertungen und die anschließend gemäß dieser Verordnung getroffenen Maßnahmen.

Änderungsantrag 40

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 65 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(65a) Interoperabilitätsanforderungen für sehr große digitale Plattformen sind wünschenswert, da sie neue Möglichkeiten für die Entwicklung innovativer Dienste eröffnen, mit ihnen die Abhängigkeit von den Anbietern geschlossener Plattformen überwunden werden kann sowie Wettbewerb und Wahlmöglichkeiten für die Nutzer ermöglicht werden können. Sehr große

digitale Plattformen sollten eine Anwendungsprogrammierschnittstelle bereitstellen, über die Plattformen von Drittanbietern und deren Nutzer mit den Nebendienstleistungen und gegebenenfalls mit den Hauptfunktionen und Nutzern der Plattform interagieren können. Die Interoperabilitätsanforderungen hindern die Plattformen nicht daran, ihren Nutzern Funktionen anzubieten, die nicht zu den Hauptfunktionen gehören.

Änderungsantrag 41

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 66

Vorschlag der Kommission

(66) Zur Erleichterung einer wirksamen und einheitlichen Anwendung der Pflichten aus dieser Verordnung, für deren Umsetzung möglicherweise technische Instrumente erforderlich sind, ist es wichtig, freiwillige Branchennormen, die bestimmte technische Verfahren umfassen, zu unterstützen, soweit die Industrie dazu beitragen kann, genormte Instrumente für die Einhaltung dieser Verordnung zu entwickeln, z. B. durch die Möglichkeit, Mitteilungen etwa über Anwendungsprogrammierschnittstellen zu übermitteln, oder durch eine bessere Interoperabilität von Werbearchiven. Besonders für relativ kleine Anbieter von Vermittlungsdiensten könnten solche Normen nützlich sein. Bei den Normen könnte erforderlichenfalls zwischen verschiedenen Arten illegaler Inhalte oder verschiedenen Arten von Vermittlungsdiensten unterschieden werden.

Geänderter Text

(66) Zur Erleichterung einer wirksamen und einheitlichen Anwendung der Pflichten aus dieser Verordnung, für deren Umsetzung möglicherweise technische Instrumente erforderlich sind, ist es wichtig, freiwillige Branchennormen, die bestimmte technische Verfahren umfassen, zu unterstützen, soweit die Industrie dazu beitragen kann, genormte Instrumente für die Einhaltung dieser Verordnung zu entwickeln, z. B. durch die Möglichkeit, Mitteilungen etwa über Anwendungsprogrammierschnittstellen zu übermitteln, **durch die Interoperabilität von Plattformen zum Hosten von Inhalten** oder durch eine bessere Interoperabilität von Werbearchiven. Besonders für relativ kleine Anbieter von Vermittlungsdiensten könnten solche Normen nützlich sein. Bei den Normen könnte erforderlichenfalls zwischen verschiedenen Arten illegaler Inhalte oder verschiedenen Arten von Vermittlungsdiensten unterschieden werden.

Änderungsantrag 42

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 68

Vorschlag der Kommission

(68) In dieser Verordnung sollten bestimmte Bereiche bestimmt werden, die für solche Verhaltenskodizes in Betracht kommen. Insbesondere sollten Risikominderungsmaßnahmen für bestimmte Arten illegaler Inhalte Gegenstand von Selbst- und Koregulierungsvereinbarungen sein. Ein weiteres relevantes Thema sind die möglichen negativen Auswirkungen systemischer Risiken auf Gesellschaft und Demokratie, etwa aufgrund von Desinformation oder manipulativen und missbräuchlichen Tätigkeiten. Dazu zählen koordinierte Tätigkeiten zur Verstärkung von Informationen einschließlich Desinformation, etwa durch Nutzung von Bots oder Scheinkonten für die Erstellung falscher oder irreführender Informationen, die mitunter auch mit einer Gewinnerzielungsabsicht verbunden sein können und für schutzbedürftige Nutzer wie z. B. Kinder besonders schädlich sind. In diesen Bereichen kann die Beteiligung einer sehr großen Online-Plattform an einem Verhaltenskodex und dessen Einhaltung als geeignete Risikominderungsmaßnahme angesehen werden. Weigert sich eine Online-Plattform ohne angemessene Begründung, sich auf Aufforderung der Kommission an der Anwendung eines solchen Verhaltenskodex zu beteiligen, könnte dies hinsichtlich möglicher Zuwiderhandlungen der Online-Plattform im Rahmen dieser Verordnung berücksichtigt werden.

Geänderter Text

(68) In dieser Verordnung sollten bestimmte Bereiche bestimmt werden, die für solche Verhaltenskodizes in Betracht kommen. Insbesondere sollten Risikominderungsmaßnahmen für bestimmte Arten illegaler Inhalte Gegenstand von Selbst- und Koregulierungsvereinbarungen sein. Ein weiteres relevantes Thema sind die möglichen negativen Auswirkungen systemischer Risiken auf Gesellschaft, **Wirtschaft** und Demokratie, etwa aufgrund von Desinformation oder manipulativen und missbräuchlichen Tätigkeiten. Dazu zählen koordinierte Tätigkeiten zur Verstärkung von Informationen einschließlich Desinformation, etwa durch Nutzung von Bots oder Scheinkonten für die Erstellung falscher oder irreführender Informationen, die mitunter auch mit einer Gewinnerzielungsabsicht verbunden sein können und **aus mikroökonomischer Sicht** für schutzbedürftige Nutzer wie z. B. Kinder besonders schädlich sind, **die aber auch den Wettbewerbsaspekt des Marktes beeinträchtigen könnten**. In diesen Bereichen kann die Beteiligung einer sehr großen Online-Plattform an einem Verhaltenskodex und dessen Einhaltung als geeignete Risikominderungsmaßnahme angesehen werden. Weigert sich eine Online-Plattform ohne angemessene Begründung, sich auf Aufforderung der Kommission an der Anwendung eines solchen Verhaltenskodex zu beteiligen, könnte dies hinsichtlich möglicher Zuwiderhandlungen der Online-Plattform im Rahmen dieser Verordnung berücksichtigt werden.

Änderungsantrag 43

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 71

Vorschlag der Kommission

(71) Falls außergewöhnliche Umstände Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit haben, kann die Kommission zur Erstellung von Krisenprotokollen auffordern, um eine rasche, kollektive und grenzüberschreitende Reaktion im Online-Umfeld zu koordinieren. Außergewöhnliche Umstände können jedes unvorhersehbare Ereignis wie z. B. Erdbeben, Wirbelstürme, Pandemien und andere ernste grenzüberschreitende Bedrohungen für die öffentliche Gesundheit sowie Krieg und terroristische Handlungen umfassen, bei denen Online-Plattformen z. B. für eine schnelle Verbreitung von illegalen Inhalten oder Desinformation missbraucht werden können oder eine rasche Verbreitung verlässlicher Informationen erforderlich ist. Angesichts der wichtigen Rolle sehr großer Online-Plattformen bei der Verbreitung von Informationen auf gesellschaftlicher und internationaler Ebene sollten diese Plattformen dazu aufgefordert werden, spezielle Krisenprotokolle zu erstellen und anzuwenden. Solche Krisenprotokolle sollten nur für einen begrenzten Zeitraum aktiviert werden, und die getroffenen Maßnahmen sollten sich auf das für die Bewältigung der außergewöhnlichen Umstände absolut notwendige Maß beschränken. Diese Maßnahmen sollten mit dieser Verordnung im Einklang stehen und nicht zu einer allgemeinen Verpflichtung der teilnehmenden sehr großen Online-Plattformen führen, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Fakten oder Umständen zu forschen, die auf illegale Inhalte hindeuten.

Geänderter Text

(71) Falls außergewöhnliche Umstände Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit, **die Wirtschaft eines Mitgliedstaates oder mehrerer Mitgliedstaaten** oder die öffentliche Gesundheit haben, kann die Kommission zur Erstellung von Krisenprotokollen auffordern, um eine rasche, kollektive und grenzüberschreitende Reaktion im Online-Umfeld zu koordinieren. Außergewöhnliche Umstände können jedes unvorhersehbare Ereignis wie z. B. Erdbeben, Wirbelstürme, Pandemien und andere ernste grenzüberschreitende Bedrohungen für die öffentliche Gesundheit sowie Krieg und terroristische Handlungen umfassen, bei denen Online-Plattformen z. B. für eine schnelle Verbreitung von illegalen Inhalten oder Desinformation missbraucht werden können oder eine rasche Verbreitung verlässlicher Informationen erforderlich ist. Angesichts der wichtigen Rolle sehr großer Online-Plattformen bei der Verbreitung von Informationen auf gesellschaftlicher und internationaler Ebene sollten diese Plattformen dazu aufgefordert werden, spezielle Krisenprotokolle zu erstellen und anzuwenden. Solche Krisenprotokolle sollten nur für einen begrenzten Zeitraum aktiviert werden, und die getroffenen Maßnahmen sollten sich auf das für die Bewältigung der außergewöhnlichen Umstände absolut notwendige Maß beschränken. Diese Maßnahmen sollten mit dieser Verordnung im Einklang stehen und nicht zu einer allgemeinen Verpflichtung der teilnehmenden sehr großen Online-Plattformen führen, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Fakten oder Umständen zu forschen, die auf illegale Inhalte hindeuten.

Änderungsantrag 44

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 71 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(71a) Um sicherzustellen, dass die systemische Rolle sehr großer Online-Plattformen nicht den Binnenmarkt gefährdet, indem innovative neue Marktteilnehmer, darunter KMU, Unternehmer und Start-up-Unternehmen, auf ungerechte Weise ausgeschlossen werden, sind zusätzliche Vorschriften erforderlich, um es Nutzern zu ermöglichen, zwischen Online-Plattformen oder Internet-Ökosystemen zu wechseln oder Verbindungen herzustellen und zu interagieren. Daher sollten sehr große Online-Plattformen mithilfe von Interoperabilitätsanforderungen verpflichtet werden, geeignete Instrumente, Daten, Fachwissen und Ressourcen weiterzugeben. Im Rahmen dieser Maßnahmen sollte die Kommission verschiedene Technologien und offene Standards und Protokolle, einschließlich der Möglichkeit technischer Schnittstellen (Anwendungsprogrammierschnittstellen), prüfen, die es Nutzern oder anderen Marktteilnehmern ermöglichen würden, die zentralen Funktionalitäten sehr großer Online-Plattformen zu nutzen, um Informationen auszutauschen.

Änderungsantrag 45

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 77

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(77) Die Mitgliedstaaten sollten dem Koordinator für digitale Dienste und jeder anderen im Rahmen dieser Verordnung benannten zuständigen Behörde ausreichende Befugnisse und Mittel

(77) Die Mitgliedstaaten sollten dem Koordinator für digitale Dienste und jeder anderen im Rahmen dieser Verordnung benannten zuständigen Behörde ausreichende Befugnisse, Mittel für

zuweisen, um die Wirksamkeit der Untersuchungen und Durchsetzung sicherzustellen. Insbesondere sollte der Koordinator für digitale Dienste Informationen, die sich in seinem Gebiet befinden, ermitteln und einholen können, auch im Rahmen gemeinsamer Untersuchungen, wobei der Tatsache angemessen Rechnung zu tragen ist, dass Aufsichts- und Durchsetzungsmaßnahmen in Bezug auf Anbieter, die der rechtlichen Zuständigkeit eines anderen Mitgliedstaates unterliegen, vom Koordinator für digitale Dienste dieses anderen Mitgliedstaates, gegebenenfalls im Einklang mit den Verfahren für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, beschlossen werden sollten.

Personal und finanzielle Mittel, zuweisen, um die Wirksamkeit der Untersuchungen und Durchsetzung sicherzustellen. Insbesondere sollte der Koordinator für digitale Dienste Informationen, die sich in seinem Gebiet befinden, ermitteln und einholen können, auch im Rahmen gemeinsamer Untersuchungen, wobei der Tatsache angemessen Rechnung zu tragen ist, dass Aufsichts- und Durchsetzungsmaßnahmen in Bezug auf Anbieter, die der rechtlichen Zuständigkeit eines anderen Mitgliedstaates unterliegen, vom Koordinator für digitale Dienste dieses anderen Mitgliedstaates, gegebenenfalls im Einklang mit den Verfahren für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, beschlossen werden sollten. ***Darüber hinaus sollte der Koordinator für digitale Dienste jedes Mitgliedstaats strukturierte Arbeitsbeziehungen zu den nationalen Wettbewerbsbehörden und den in ihrem Hoheitsgebiet tätigen Finanzaufsichtsbehörden aufbauen.***

Änderungsantrag 46

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 87

Vorschlag der Kommission

(87) Angesichts der besonderen Herausforderungen, die mit der Überprüfung und Sicherstellung der Einhaltung dieser Verordnung durch eine sehr große Online-Plattform verbunden sein können, etwa aufgrund des Umfangs oder der Komplexität einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung oder der Notwendigkeit besonderer Kenntnisse oder Kapazitäten auf **Unionsebene**, sollten die Koordinatoren für digitale Dienste die Kommission auf freiwilliger Basis ersuchen können, einzugreifen und ihre Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse im Rahmen

Geänderter Text

Angesichts der besonderen Herausforderungen, die mit der Überprüfung und Sicherstellung der Einhaltung dieser Verordnung durch eine sehr große Online-Plattform verbunden sein können, etwa aufgrund des Umfangs oder der Komplexität einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung oder der Notwendigkeit besonderer Kenntnisse oder Kapazitäten auf **EU-Ebene**, sollten die Koordinatoren für digitale Dienste die Kommission **um Unterstützung auf freiwilliger Basis ersuchen können oder ansonsten die Kommission** ersuchen können, einzugreifen und ihre Untersuchungs- und

dieser Verordnung auszuüben.

Durchsetzungsbefugnisse im Rahmen
dieser Verordnung auszuüben.

Änderungsantrag 47

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 93 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(93a) Der Sektor der digitalen Dienste ist jedoch ein dynamischer Sektor, in dem die EU sich keine Regulierung leisten kann, die hinter technologischen und operativen Innovationen zurückbleibt. Die Verwaltungsstrukturen sollten ihren Zweck erfüllen, flexibel und transparent bleiben. Während die Rechenschaftspflicht der Akteure des Sektors gewährleistet ist, sollten sie selbst rechenschaftspflichtig bleiben. Regulierungsstrukturen, in denen ein und dasselbe Organ Befugnisse erhält, damit es anscheinend als Strafverfolgung, Jury und Richter agieren kann, könnte leicht zu Problemen bei der Kontrolle und Gegenkontrolle führen und somit mehr Rechtsstreitigkeiten anregen; Der Sektor könnte auch im Umgang mit Innovationen weniger flexibel sein. Daher sollte das Gremium in den ersten fünf Jahren nach Inkrafttreten dieser Verordnung eine kontinuierliche Bewertung der Steuerungsstrukturen im Zusammenhang mit dieser Verordnung vornehmen und schließlich Empfehlungen für ihre Verbesserung, ihre Straffung und die Konsolidierung wirksamer Mechanismen der gegenseitigen Kontrolle abgeben.

Änderungsantrag 48

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 94

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(94) Da sehr große Online-Plattformen aufgrund ihrer Reichweite und Auswirkungen erhebliche Bedeutung haben, könnte die fehlende Einhaltung der ihnen obliegenden spezifischen Pflichten Auswirkungen auf eine erhebliche Zahl von Nutzern in verschiedenen Mitgliedstaaten haben und zu großen gesellschaftlichen Schäden führen; gleichzeitig kann eine solche fehlende Einhaltung besonders schwierig zu erkennen und zu behandeln sein.

(94) Da sehr große Online-Plattformen aufgrund ihrer Reichweite und Auswirkungen erhebliche Bedeutung haben, könnte die fehlende Einhaltung der ihnen obliegenden spezifischen Pflichten Auswirkungen auf eine erhebliche Zahl von Nutzern in verschiedenen Mitgliedstaaten haben und zu großen gesellschaftlichen **und wirtschaftlichen** Schäden führen; gleichzeitig kann eine solche fehlende Einhaltung besonders schwierig zu erkennen und zu behandeln sein.

Änderungsantrag 49

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 97

Vorschlag der Kommission

(97) Die Kommission sollte selbst entscheiden können, ob sie in den Fällen, in denen sie nach dieser Verordnung entsprechend befugt ist, eingreift oder nicht. Wenn die Kommission das Verfahren eingeleitet hat, sollte es den Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort untersagt sein, ihre Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse in Bezug auf das fragliche Verhalten der betreffenden sehr großen Online-Plattform auszuüben, um Doppelmaßnahmen, Uneinheitlichkeit und Risiken unter dem Gesichtspunkt des Verbots der Doppelbestrafung (ne bis in idem) zu vermeiden. Im Interesse der Wirksamkeit sollte es diesen Koordinatoren für digitale Dienste jedoch nicht untersagt sein, ihre Befugnisse auszuüben, um entweder die Kommission auf deren Verlangen bei der Ausübung der Aufsichtsaufgaben zu unterstützen oder anderen Verhaltensweisen nachzugehen, die auch Verhaltensweisen derselben sehr großen Online-Plattform umfassen können, die mutmaßlich eine neue

Geänderter Text

(97) Die Kommission sollte **auf der Grundlage dieser Verordnung und anderer einschlägiger EU-Rechtsvorschriften** selbst entscheiden können, ob sie in den Fällen, in denen sie nach dieser Verordnung entsprechend befugt ist, eingreift oder nicht. Wenn die Kommission das Verfahren eingeleitet hat, sollte es den Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort untersagt sein, ihre Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse in Bezug auf das fragliche Verhalten der betreffenden sehr großen Online-Plattform auszuüben, um Doppelmaßnahmen, Uneinheitlichkeit und Risiken unter dem Gesichtspunkt des Verbots der Doppelbestrafung (ne bis in idem) zu vermeiden. Im Interesse der Wirksamkeit sollte es diesen Koordinatoren für digitale Dienste jedoch nicht untersagt sein, ihre Befugnisse auszuüben, um entweder die Kommission auf deren Verlangen bei der Ausübung der Aufsichtsaufgaben zu unterstützen oder anderen Verhaltensweisen nachzugehen, die auch Verhaltensweisen derselben sehr

Zu widerhandlung darstellen. Diese Koordinatoren für digitale Dienste sowie das Gremium und gegebenenfalls andere Koordinatoren für digitale Dienste sollten der Kommission alle erforderlichen Informationen und Unterstützungsleistungen bereitstellen, damit diese ihre Aufgaben wirksam erfüllen kann, und im Gegenzug sollte die Kommission sie angemessen über die Ausübung ihrer Befugnisse informieren. In diesem Zusammenhang sollte die Kommission gegebenenfalls relevante Bewertungen durch das Gremium oder die betreffenden Koordinatoren für digitale Dienste sowie von ihnen gesammelte einschlägige Nachweise und Informationen berücksichtigen, unbeschadet der Befugnisse und Verantwortung der Kommission, bei Bedarf zusätzliche Untersuchungen durchzuführen.

großen Online-Plattform umfassen können, die mutmaßlich eine neue Zu widerhandlung darstellen. Diese Koordinatoren für digitale Dienste sowie das Gremium und gegebenenfalls andere Koordinatoren für digitale Dienste sollten der Kommission alle erforderlichen Informationen und Unterstützungsleistungen bereitstellen, damit diese ihre Aufgaben wirksam erfüllen kann, und im Gegenzug sollte die Kommission sie angemessen über die Ausübung ihrer Befugnisse informieren. In diesem Zusammenhang sollte die Kommission gegebenenfalls relevante Bewertungen durch das Gremium oder die betreffenden Koordinatoren für digitale Dienste sowie von ihnen gesammelte einschlägige Nachweise und Informationen berücksichtigen, unbeschadet der Befugnisse und Verantwortung der Kommission, bei Bedarf zusätzliche Untersuchungen durchzuführen.

Änderungsantrag 50

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 99

Vorschlag der Kommission

(99) Insbesondere sollte die Kommission Zugang zu allen einschlägigen Unterlagen, Daten und Informationen haben, die für die Einleitung und Durchführung von Untersuchungen und die Überwachung der Einhaltung der in dieser Verordnung festgelegten einschlägigen Pflichten erforderlich sind, unabhängig davon, in wessen Besitz sich die betreffenden Unterlagen, Daten oder Informationen befinden und ungeachtet ihrer Form oder ihres Formats, ihres Speichermediums oder des genauen Orts der Speicherung. Die Kommission sollte die betreffende sehr große Online-Plattform, einschlägige Dritte oder natürliche Personen direkt dazu

Geänderter Text

(99) Insbesondere sollte die Kommission, **wenn sie belegen kann, dass Grund zu der Annahme besteht, dass eine sehr große Online-Plattform diese Verordnung nicht einhält**, Zugang zu allen einschlägigen Unterlagen, Daten und Informationen haben, die für die Einleitung und Durchführung von Untersuchungen und die Überwachung der Einhaltung der in dieser Verordnung festgelegten einschlägigen Pflichten erforderlich sind, unabhängig davon, in wessen Besitz sich die betreffenden Unterlagen, Daten oder Informationen befinden und ungeachtet ihrer Form oder ihres Formats, ihres Speichermediums oder des genauen Orts der Speicherung. Die Kommission sollte

verpflichten können, ihr alle einschlägigen Belege, Daten und Informationen vorzulegen. Darüber hinaus sollte die Kommission einschlägige Informationen für die Zwecke dieser Verordnung bei jeder Behörde, Einrichtung oder Agentur innerhalb des Mitgliedstaates sowie bei jeder natürlichen oder juristischen Person einholen können. Die Kommission sollte befugt sein, Zugang zu Datenbanken und Algorithmen relevanter Personen sowie diesbezügliche Erläuterungen zu verlangen und alle Personen, die nützliche Informationen besitzen können, mit deren Zustimmung zu befragen und die gemachten Aussagen aufzunehmen. Zudem sollte die Kommission befugt sein, die für die Durchsetzung der einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung erforderlichen Nachprüfungen durchzuführen. Diese Untersuchungsbefugnisse sollen die Möglichkeit der Kommission ergänzen, Koordinatoren für digitale Dienste und andere Behörden der Mitgliedstaaten um Unterstützung zu ersuchen, etwa durch Bereitstellung von Informationen oder die Ausübung ihrer Befugnisse.

die betreffende sehr große Online-Plattform, einschlägige Dritte oder natürliche Personen direkt dazu verpflichten können, ihr alle einschlägigen Belege, Daten und Informationen **im Zusammenhang mit diesen Bedenken** vorzulegen. Darüber hinaus sollte die Kommission einschlägige Informationen für die Zwecke dieser Verordnung bei jeder Behörde, Einrichtung oder Agentur innerhalb des Mitgliedstaates sowie bei jeder natürlichen oder juristischen Person einholen können. Die Kommission sollte befugt sein, Zugang zu Datenbanken und Algorithmen relevanter Personen sowie diesbezügliche Erläuterungen zu verlangen und alle Personen, die nützliche Informationen besitzen können, mit deren Zustimmung zu befragen und die gemachten Aussagen aufzunehmen. Zudem sollte die Kommission befugt sein, die für die Durchsetzung der einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung erforderlichen Nachprüfungen durchzuführen. Diese Untersuchungsbefugnisse sollen die Möglichkeit der Kommission ergänzen, Koordinatoren für digitale Dienste und andere Behörden der Mitgliedstaaten um Unterstützung zu ersuchen, etwa durch Bereitstellung von Informationen oder die Ausübung ihrer Befugnisse.

Änderungsantrag 51

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 100

Vorschlag der Kommission

(100) Die Einhaltung der einschlägigen Pflichten aus dieser Verordnung sollte durch Geldbußen und Zwangsgelder durchgesetzt werden können. Zu diesem Zweck sollten Geldbußen und Zwangsgelder in angemessener Höhe auch für die Nichteinhaltung verfahrensrechtlicher Pflichten und

Geänderter Text

(100) Die Einhaltung der einschlägigen Pflichten aus dieser Verordnung sollte durch Geldbußen und Zwangsgelder durchgesetzt werden können. Zu diesem Zweck sollten Geldbußen und Zwangsgelder in angemessener Höhe auch für die **systemische** Nichteinhaltung **einschlägiger** verfahrensrechtlicher

Bestimmungen festgelegt werden, vorbehaltlich angemessener Verjährungsfristen.

Pflichten und Bestimmungen festgelegt werden, vorbehaltlich angemessener Verjährungsfristen. ***Eine systemische Nichteinhaltung ist ein Muster von Online-Schäden, die, wenn die individuellen Schäden addiert werden, eine Aggregation systemischer Schäden für aktive Nutzer des Dienstes in drei oder mehr Mitgliedstaaten darstellen.***

Änderungsantrag 52

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) In dieser Verordnung werden harmonisierte Vorschriften für die Erbringung von Vermittlungsdiensten ***im Binnenmarkt festgelegt***. Insbesondere wird Folgendes festgelegt:

Geänderter Text

(1) In dieser Verordnung werden harmonisierte Vorschriften für die Erbringung von Vermittlungsdiensten ***festgelegt, um die Funktionsweise des Binnenmarkts zu verbessern und gleichzeitig die in der Charta verankerten Rechte, insbesondere die Meinungs- und Informationsfreiheit in einer offenen und demokratischen Gesellschaft, zu wahren***. Insbesondere wird Folgendes festgelegt:

Änderungsantrag 53

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Beitrag zum reibungslosen Funktionieren des Binnenmarkts für Vermittlungsdienste;

Geänderter Text

a) Beitrag zum reibungslosen Funktionieren des Binnenmarkts für Vermittlungsdienste ***und betroffene Wirtschaftsteilnehmer und Förderung des Wettbewerbs***;

Änderungsantrag 54

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

(b) Festlegung einheitlicher Regeln für ein sicheres, vorhersehbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld, in dem die in der Charta verankerten Grundrechte wirksam geschützt sind.

Geänderter Text

b) Festlegung einheitlicher Regeln für ein sicheres, **zugängliches – auch für Menschen mit Behinderungen –**, vorhersehbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld, in dem die in der Charta verankerten Grundrechte wirksam geschützt sind;

Änderungsantrag 55

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) Erreichung eines hohen Verbraucherschutzniveaus im digitalen Binnenmarkt.

Änderungsantrag 56

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 3**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Diese Verordnung gilt für Vermittlungsdienste, die **für** Nutzer mit Niederlassungsort oder Wohnsitz in der Union erbracht werden, ungeachtet des Orts der Niederlassung des Anbieters dieser Dienste.

(3) Diese Verordnung gilt für Vermittlungsdienste, die **sich an** Nutzer mit Niederlassungsort oder Wohnsitz in der Union **richten oder für diese** erbracht werden, ungeachtet des Orts der Niederlassung des Anbieters dieser Dienste.

Änderungsantrag 57

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 4 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Diese Verordnung wahrt die mit der Charta der Grundrechte der

Europäischen Union anerkannten Grundrechte sowie die Grundrechte, die allgemeine Grundsätze des Unionsrechts darstellen. Diese Verordnung darf daher nur im Einklang mit diesen Grundrechten ausgelegt und angewandt werden, einschließlich der Meinungs- und Informationsfreiheit sowie der Pressefreiheit und dem Medienpluralismus. Bei der Ausübung der in dieser Verordnung vorgesehenen Befugnisse streben alle beteiligten Behörden bei einer Kollision von verschiedenen Grundrechten eine faire und ausgewogene Berücksichtigung der betreffenden Rechte an.

Änderungsantrag 58

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 5 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) die Richtlinie (EU) 2019/882,

Änderungsantrag 59

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 5 – Buchstabe b b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

bb) die Richtlinie (EU) 2019/770 – digitaler Inhalt,

Änderungsantrag 60

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 5 – Buchstabe b c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

bc) COM(2018)0819 – Richtlinie über Fernverkäufe von Gegenständen;

Änderungsantrag 61

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5a) Die Kommission veröffentlicht bis zum ... [ein Jahr nach Annahme dieser Verordnung] Leitlinien für das Verhältnis zwischen dieser Verordnung und den in Artikel 1 Absatz 5 aufgeführten Gesetzgebungsakten. In diesen Leitlinien wird auf mögliche Konflikte zwischen den in diesen Rechtsakten aufgeführten Bedingungen und Verpflichtungen sowie darauf hingewiesen, welche Rechtsakte Vorrang haben, wenn Maßnahmen im Einklang mit dieser Verordnung die Verpflichtungen eines anderen Gesetzgebungsakts erfüllen, und welche Regulierungsbehörde zuständig ist.

Änderungsantrag 62

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe d – Spiegelstrich 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– einer erheblichen Zahl von Nutzern in einem oder mehreren Mitgliedstaaten oder

– einer erheblichen **durchschnittlichen monatlichen** Zahl von **aktiven** Nutzern in einem oder mehreren Mitgliedstaaten oder

Änderungsantrag 63

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe g

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

g) „illegale Inhalte“ alle Informationen, die als solche oder durch **ihre Bezugnahme auf eine Tätigkeit, einschließlich des Verkaufs** von Produkten oder **der** Erbringung von Dienstleistungen,

g) „illegale Inhalte“ alle Informationen, die als solche oder durch **den Verkauf** von Produkten oder **die** Erbringung von Dienstleistungen, **die** nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder

nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem Recht *eines Mitgliedstaats* stehen, ungeachtet des genauen Gegenstands oder der Art der betreffenden Rechtsvorschriften;

dem Recht *des Herkunftsmitgliedstaats* stehen, ungeachtet des genauen Gegenstands oder der Art der betreffenden Rechtsvorschriften;

Änderungsantrag 64

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe h

Vorschlag der Kommission

h) „Online-Plattform“ einen Hosting-Diansteanbieter, der im Auftrag eines Nutzers Informationen speichert und öffentlich verbreitet, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nicht nur um eine unbedeutende und mit einem anderen Dienst verbundene reine Nebenfunktion handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen anderen Dienst genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit dieser Verordnung zu umgehen;

Geänderter Text

h) „Online-Plattform“ einen Hosting-Diansteanbieter, der im Auftrag eines Nutzers Informationen speichert und öffentlich verbreitet, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nicht nur um eine unbedeutende und mit einem anderen Dienst *oder dem Hauptdienst* verbundene reine Nebenfunktion *oder eine Funktionalität* handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen anderen Dienst genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion *oder der Funktionalität* in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit dieser Verordnung zu umgehen;

Änderungsantrag 65

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe n

Vorschlag der Kommission

n) „Werbung“ Informationen, die dazu bestimmt sind, die *Botschaft* einer juristischen oder natürlichen Person zu verbreiten, unabhängig davon, ob damit gewerbliche oder nichtgewerbliche Zwecke verfolgt werden, und die von einer Online-Plattform auf ihrer Online-Schnittstelle gegen Entgelt speziell zur Bekanntmachung dieser Informationen angezeigt werden;

Geänderter Text

n) „Werbung“ Informationen, die dazu bestimmt sind, die *Informationen, Produkte oder Dienstleistungen* einer juristischen oder natürlichen Person *direkt oder indirekt* zu verbreiten *oder einer bestimmten Rangordnung zu bringen*, unabhängig davon, ob damit gewerbliche oder nichtgewerbliche Zwecke verfolgt werden, und die von einer Online-Plattform auf ihrer Online-Schnittstelle *oder Teilen davon* gegen *direktes oder*

indirektes Entgelt speziell zur Bekanntmachung dieser Informationen, **Produkte oder Dienstleistungen** angezeigt werden;

Änderungsantrag 66

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe o

Vorschlag der Kommission

o) „Empfehlungssystem“ ein vollständig oder teilweise automatisiertes System, das von einer Online-Plattform verwendet wird, um auf ihrer Online-Schnittstelle den Nutzern bestimmte Informationen vorzuschlagen, auch infolge einer vom Nutzer veranlassten Suche, oder das auf andere Weise die relative Reihenfolge oder Hervorhebung der angezeigten Informationen bestimmt;

Geänderter Text

o) „Empfehlungssystem“ ein vollständig oder teilweise automatisiertes System, das von einer Online-Plattform verwendet wird, um auf ihrer Online-Benutzeroberfläche den Nutzern bestimmte Informationen vorzuschlagen, auch infolge einer vom Nutzer veranlassten Suche, oder das auf andere Weise die relative Reihenfolge oder Hervorhebung der angezeigten Informationen bestimmt **und Reihungs- und Priorisierungsmethoden anwendet**;

Änderungsantrag 67

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe p

Vorschlag der Kommission

p) „Moderation von Inhalten“ die Tätigkeiten der Anbieter von Vermittlungsdiensten, mit denen illegale Inhalte oder Informationen, die von Nutzern bereitgestellt werden und mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters unvereinbar sind, erkannt, festgestellt und bekämpft werden sollen, darunter auch Maßnahmen in Bezug auf die Verfügbarkeit, Sichtbarkeit und Zugänglichkeit der illegalen Inhalte oder Informationen, z. B. Herabstufung, Sperrung des Zugangs oder Entfernung, oder in Bezug auf die Möglichkeit der Nutzer, solche Informationen

Geänderter Text

p) „Moderation von Inhalten“ die **automatisch oder manuell ausgeführten** Tätigkeiten der Anbieter von Vermittlungsdiensten, mit denen illegale Inhalte oder Informationen, die von Nutzern bereitgestellt werden und mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters unvereinbar sind, erkannt, festgestellt und bekämpft werden sollen, darunter auch Maßnahmen in Bezug auf die Verfügbarkeit, Sichtbarkeit, **Monetisierung** und Zugänglichkeit der illegalen Inhalte oder Informationen, z. B. Herabstufung, Sperrung des Zugangs, **Streichung von der Liste**,

bereitzustellen, z. B. Schließung oder Aussetzung des Kontos eines Nutzers;

Demonetisierung oder Entfernung, oder in Bezug auf die Möglichkeit der Nutzer, solche Informationen bereitzustellen, z. B. Schließung oder Aussetzung des Kontos eines Nutzers;

Änderungsantrag 68

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe q a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

qa) „digitaler Marktplatz“ gemäß der Richtlinie (EU) 2019/2161 einen Dienst, der es Verbrauchern durch die Verwendung von Software, einschließlich einer Website, eines Teils einer Website oder einer Anwendung, die vom oder im Namen des Unternehmers betrieben wird, ermöglicht, Fernabsatzverträge mit anderen Unternehmern oder Verbrauchern abzuschließen;

Änderungsantrag 69

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe q b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

qb) „vertrauenswürdiger Hinweisgeber“ eine wirtschaftlich und politisch neutrale Stelle, die kollektive Interessen vertritt und sich mit der Aufdeckung, Identifizierung und Meldung illegaler Inhalte befasst und über einschlägige Fachkenntnisse und Kompetenzen verfügt;

Änderungsantrag 70

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe q c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***qc) „Menschen mit Behinderungen“
Menschen im Sinne von Artikel 3
Nummer 1 der Richtlinie (EU) 2019/882;***

Änderungsantrag 71

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 2a

Schutz der Verbraucherrechte in einer datengestützten Wirtschaft

(1) Soweit technisch möglich und mit dem Unionsrecht vereinbar, ermöglicht ein Anbieter eines Dienstes der Informationsgesellschaft, der als Anbieter von Vermittlungsdiensten auftritt, die Nutzung und Bezahlung dieses Dienstes, ohne die personenbezogenen Daten des Nutzers zu erheben.

(2) Anbieter eines Dienstes der Informationsgesellschaft, die als Anbieter von Vermittlungsdiensten auftreten, verarbeiten personenbezogene Daten über die Nutzung des Dienstes durch einen Nutzer nur insoweit, als dies unbedingt erforderlich ist, um dem Nutzer die Nutzung des Dienstes zu ermöglichen oder dem Nutzer die Nutzung des Dienstes in Rechnung zu stellen. Betreiber von Online-Plattformen dürfen personenbezogene Daten über die Nutzung des Dienstes durch einen Nutzer ausschließlich zum Zwecke des Betriebs eines Empfehlungssystems verarbeiten, wenn der Nutzer seine ausdrückliche Einwilligung gemäß Artikel 4 Absatz 11 der Verordnung (EU) 2016/679 gegeben hat. Die Mitgliedstaaten schreiben Anbietern von Diensten der Informationsgesellschaft nicht vor, personenbezogene Daten über die

Nutzung des Dienstes durch alle Nutzer zu speichern.

(3) Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft haben das Recht, Übermittlungsverschlüsselungsdienste bereitzustellen und zu unterstützen.

(4) Die Erstellung von Nutzerprofilen durch Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft erfolgt ausschließlich auf der Grundlage der Daten, die mit der eindeutigen Einwilligung des Nutzers gemäß der Verordnung 2016/679 bereitgestellt wurden. Anbietern von Diensten der Informationsgesellschaft ist es ausdrücklich untersagt, Profile von Dritten zu erstellen, die keine Nutzer des Dienstes sind.

Änderungsantrag 72

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 4 – Absatz 1 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

e) er handelt zügig, um von ihm gespeicherte Informationen zu entfernen oder den Zugang zu ihnen zu sperren, sobald er tatsächliche Kenntnis davon erhält, dass die Informationen am ursprünglichen Ausgangsort der Übermittlung aus dem Netz entfernt wurden oder der Zugang zu ihnen gesperrt wurde oder ein Gericht oder eine Verwaltungsbehörde die Entfernung oder Sperrung angeordnet hat.

Geänderter Text

e) er handelt zügig **und nach Treu und Glauben**, um von ihm gespeicherte Informationen zu entfernen oder den Zugang zu ihnen zu sperren, sobald er tatsächliche Kenntnis davon erhält, dass die Informationen am ursprünglichen Ausgangsort der Übermittlung aus dem Netz entfernt wurden oder der Zugang zu ihnen gesperrt wurde oder ein Gericht oder eine Verwaltungsbehörde die Entfernung oder Sperrung angeordnet hat.

Änderungsantrag 73

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

a) keine tatsächliche Kenntnis von **einer rechtswidrigen Tätigkeit oder** illegalen Inhalten hat und sich in Bezug auf Schadensersatzansprüche auch keiner Tatsachen oder Umstände bewusst ist, aus denen **eine rechtswidrige Tätigkeit oder** illegale Inhalte offensichtlich werden, oder

a) keine tatsächliche Kenntnis von illegalen Inhalten hat und sich in Bezug auf Schadensersatzansprüche auch keiner Tatsachen oder Umstände bewusst ist, aus denen illegale Inhalte offensichtlich werden, oder

Änderungsantrag 74

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) sobald er diese Kenntnis oder dieses Bewusstsein erlangt, zügig tätig wird, um den Zugang zu den illegalen Inhalten zu sperren oder diese zu entfernen.

Geänderter Text

b) sobald er diese Kenntnis oder dieses Bewusstsein erlangt, zügig **und nach Treu und Glauben** tätig wird, um den Zugang zu den illegalen Inhalten zu sperren oder diese zu entfernen.

Änderungsantrag 75

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Absatz 1 findet keine Anwendung auf die Verbraucherschutzrechtliche Haftung von Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmen ermöglichen, **wenn die Online-Plattform die spezifischen Einzelinformationen dazu darstellt oder die betreffende Einzeltransaktion anderweitig** in einer Weise **ermöglicht**, bei der ein durchschnittlicher und angemessen informierter Verbraucher **davon ausgehen kann, dass die Information oder das Produkt oder die Dienstleistung, die bzw. das Gegenstand der Transaktion ist, entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht unterstehenden Nutzer bereitgestellt wird.**

Geänderter Text

(3) Absatz 1 findet keine Anwendung auf die Verbraucherschutzrechtliche Haftung von Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmen ermöglichen. **Es ist wichtig, dass die Anbieter von Hostingdiensten die höchsten Transparenzstandards anwenden, um** in einer Weise, bei der ein durchschnittlicher und angemessen informierter Verbraucher **dies auch versteht, hervorzuheben, dass die Informationen von einem Dritten stammen und nicht vom Anbieter des Hostingdienstes angeboten werden.**

Änderungsantrag 76

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 6 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Die Anbieter von Vermittlungsdiensten stellen sicher, dass solche Maßnahmen mit angemessenen Schutzmaßnahmen einhergehen, wie z. B. menschliche Aufsicht, Dokumentation, Rückverfolgbarkeit oder andere zusätzliche Maßnahmen, mit denen dafür gesorgt wird, dass Untersuchungen auf eigene Initiative genau, fair, nicht diskriminierend und transparent sind.

Änderungsantrag 77

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 7 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Keine allgemeine Verpflichtung zur Überwachung oder aktiven Nachforschung

Keine allgemeine Verpflichtung zur Überwachung, aktiven Nachforschung oder ***automatisierten Moderation von Inhalten***

Änderungsantrag 78

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 7 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Anbietern von Vermittlungsdiensten wird keine allgemeine Verpflichtung auferlegt, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hindeuten.

Anbietern von Vermittlungsdiensten wird keine allgemeine Verpflichtung auferlegt, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hindeuten. ***Die Bestimmungen dieser Verordnung enthalten keinerlei***

Vorschriften, Voraussetzungen oder Empfehlungen in Bezug auf die Nutzung automatisierter Entscheidungsfindung oder die Überwachung des Verhaltens einer großen Zahl von natürlichen Personen. Bei der Verwendung automatisierter Instrumente zur Moderation von Inhalten sollten Vermittlungsdienste stets sicherstellen, dass jede Entscheidung über die Entfernung, Sperrung, Beschränkung und sonstige Änderung von Informationsinhalten menschlicher Aufsicht unterliegt.

Änderungsantrag 79

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 7 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Diese Verordnung hindert Anbieter nicht daran, Übermittlungsverschlüsselungsdienste anzubieten. Die Bereitstellung solcher Dienste stellt keinen Grund für eine Haftung oder für die Nichtanwendbarkeit der Haftungsausschlüsse dar.

Änderungsantrag 80

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Nach Eingang einer Anordnung zum Vorgehen gegen einen bestimmten illegalen Inhalt, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, **teilen** die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, wie

(1) Nach Eingang einer Anordnung zum Vorgehen gegen einen bestimmten illegalen Inhalt, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, **führen** die Anbieter von Vermittlungsdiensten **die Anordnung aus und teilen** der erlassenden

sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt ergriffen wurden.

Behörde unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt ergriffen wurden.

Änderungsantrag 81

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 3

Vorschlag der Kommission

– Angaben über **Rechtsbeihilfe**, die dem Diensteanbieter und dem Nutzer, der den Inhalt bereitgestellt hat, zur Verfügung stehen.

Geänderter Text

– Angaben über **Rechtsbeihilfemechanismen**, die dem Diensteanbieter und dem Nutzer, der den Inhalt bereitgestellt hat, zur Verfügung stehen **und die im Mitgliedstaat der Niederlassung des Diensteanbieters und/oder im Mitgliedstaat der Niederlassung des Nutzers, der den Inhalt bereitgestellt hat, beantragt werden können,**

Änderungsantrag 82

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– **die Anordnung wird über sichere Kanäle übermittelt, die zwischen dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und den Anbietern von Vermittlungsdiensten eingerichtet wurden,**

Änderungsantrag 83

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 3 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– **in der Anordnung müssen die Neutralität und der nichtdiskriminierende**

Ansatz des Beschlusses klargestellt werden,

Änderungsantrag 84

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– **genaue Angaben zur Identifizierung der betroffenen Nutzer.**

Änderungsantrag 85

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) Die Anordnung wird über sichere Kanäle übermittelt, die zwischen dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und den Anbietern von Vermittlungsdiensten eingerichtet wurden.

Änderungsantrag 86

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 10 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten veröffentlichen die Informationen, die **nötig** sind, **um** ihre **zentrale Kontaktstelle** leicht **aufzufinden** und mit **ihr zu kommunizieren**.

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten veröffentlichen die Informationen, die **erforderlich** sind, **damit die Nutzer** ihre **zentralen Kontaktstellen** leicht **ermitteln** und mit **ihnen kommunizieren können, und zwar auf eindeutige und benutzerfreundliche Weise**.

Änderungsantrag 87

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 10 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten können eine zentrale Kontaktstelle für diese Verordnung und eine andere zentrale Anlaufstelle gemäß anderen Rechtsvorschriften der Union einrichten. In diesem Fall unterrichten sie die Kommission über diese Entscheidung.

Änderungsantrag 88

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 10 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) In den in Absatz 2 genannten Informationen machen die Anbieter von Vermittlungsdiensten Angaben zu der bzw. den Amtssprachen der Union, die zur Kommunikation mit ihrer Kontaktstelle verwendet werden können, zu denen **mindestens eine der** Amtssprachen des Mitgliedstaats gehören **muss**, in dem der Anbieter von Vermittlungsdiensten seine Hauptniederlassung hat oder in dem sein Rechtsvertreter ansässig oder niedergelassen ist.

(3) In den in Absatz 2 genannten Informationen machen die Anbieter von Vermittlungsdiensten Angaben zu der bzw. den Amtssprachen der Union, die zur Kommunikation mit ihrer Kontaktstelle verwendet werden können, zu denen **die** Amtssprachen des Mitgliedstaats gehören **müssen**, in dem der Anbieter von Vermittlungsdiensten seine Hauptniederlassung hat, **seine Tätigkeiten anbietet** oder in dem sein Rechtsvertreter ansässig oder niedergelassen ist.

Änderungsantrag 89

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 10 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Anfragen an Anbieter von Vermittlungsdiensten gemäß dieser Verordnung werden über den Koordinator für digitale Dienste im Mitgliedstaat der Niederlassung übermittelt, der dafür zuständig ist,

Anfragen und Informationen aus allen einschlägigen Quellen zusammenzutragen.

Änderungsantrag 90

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt.

Geänderter Text

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. ***Derartige Beschränkungen dürfen in keiner Weise dazu dienen, ausgewählten Wirtschaftsteilnehmern Wettbewerbsvorteile zu verschaffen.*** Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. ***Die Nutzer sind davon in Kenntnis zu setzen, wenn algorithmische Entscheidungsprozesse angewandt werden.***

Änderungsantrag 91

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten führen die Beschränkungen in Bezug auf die Nutzung ihres Dienstes für die Verbreitung von Inhalten, die gemäß Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten als illegal gelten, in klarer

und benutzerfreundlicher Weise getrennt von den allgemeinen Bedingungen für die Nutzung ihres Dienstes auf, um für die Nutzer kenntlich zu machen, was verboten ist und welche allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Nutzung des Dienstes gelten.

Änderungsantrag 92

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1b) Die in den Absätzen 1 und 1a genannten Informationen sind in klarer und eindeutiger Sprache abzufassen und in leicht zugänglicher und maschinenlesbarer Form öffentlich zugänglich zu machen. Anbieter von Vermittlungsdiensten, mit Ausnahme derjenigen, die als Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission gelten, machen eine Zusammenfassung der allgemeinen Geschäftsbedingungen öffentlich zugänglich, in der die wichtigsten Punkte in knapper, klarer und eindeutiger Sprache dargelegt werden.

Änderungsantrag 93

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten gehen bei der Anwendung und Durchsetzung der in Absatz 1 genannten Beschränkungen sorgfältig, **objektiv** und verhältnismäßig vor und berücksichtigen dabei die Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten sowie die geltenden

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten gehen bei der Anwendung und Durchsetzung der in Absatz 1 genannten Beschränkungen sorgfältig, **transparent, diskriminierungsfrei, kohärent, vorhersehbar, nicht willkürlich** und verhältnismäßig vor und berücksichtigen

Grundrechte der Nutzer, die in der Charta verankert sind.

dabei die Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten sowie die geltenden Grundrechte der Nutzer, die in der Charta verankert sind.

Änderungsantrag 94

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Im Rahmen der allgemeinen Geschäftsbedingungen der Anbieter von Vermittlungsdiensten müssen die wesentlichen Grundsätze der Grundrechte, wie sie in der Charta und im Völkerrecht verankert sind, geachtet werden.

Änderungsantrag 95

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2b) Allgemeine Geschäftsbedingungen, die diesem Artikel nicht entsprechen, sind für die Nutzer im Einklang mit der Richtlinie 93/13/EG nicht verbindlich.

Änderungsantrag 96

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2c) Sämtliche Änderungen an den allgemeinen Geschäftsbedingungen müssen mit diesem Artikel uneingeschränkt im Einklang stehen. Anbieter von Vermittlungsdiensten informieren die Nutzer über sämtliche

*Änderungen an den allgemeinen
Geschäftsbedingungen mindestens einen
Monat vor deren Umsetzung.*

Änderungsantrag 97

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2 d (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**(2d) Um den Binnenmarkt und die
Transparenz der bereitgestellten Dienste
zu erhalten und zu stärken, verwendet der
Anbieter soweit möglich ähnliche
allgemeine Geschäftsbedingungen im
gesamten Binnenmarkt, wobei
Abweichungen eindeutig gekennzeichnet
und gerechtfertigt werden.**

Änderungsantrag 98

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2 e (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**(2e) Die sehr großen Online-
Plattformen konsultieren ihre
Dienstbedingungen mit dem Koordinator
für digitale Dienste und berücksichtigen
die Empfehlungen, die der Koordinator
für digitale Dienste möglicherweise hat.**

Änderungsantrag 99

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**(1) Die Anbieter von
Vermittlungsdiensten veröffentlichen
mindestens einmal jährlich klare, leicht
verständliche und ausführliche Berichte
über eine Moderation von Inhalten, die sie**

**(1) Die Anbieter von
Vermittlungsdiensten veröffentlichen
mindestens einmal jährlich *in einem
standardisierten und maschinenlesbaren
Format* klare, leicht verständliche und**

im betreffenden Zeitraum durchgeführt haben. Diese Berichte enthalten – soweit zutreffend – insbesondere folgende Angaben:

ausführliche Berichte über eine Moderation von Inhalten, die sie im betreffenden Zeitraum durchgeführt haben. Diese Berichte enthalten – soweit zutreffend – insbesondere folgende Angaben:

Änderungsantrag 100

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) die auf Eigeninitiative des Anbieters durchgeführte Moderation von Inhalten, einschließlich der Anzahl und Art der ergriffenen Maßnahmen, die sich auf die Verfügbarkeit, Sichtbarkeit und Zugänglichkeit der von den Nutzern bereitgestellten Informationen auswirken, und der Möglichkeiten der Nutzer, solche Informationen bereitzustellen, aufgeschlüsselt nach der Art des Grundes und der Grundlage für das Ergreifen dieser Maßnahmen;

Geänderter Text

c) die **im Rahmen der freiwilligen Untersuchungen** auf Eigeninitiative des Anbieters **im Sinne von Artikel 6** durchgeführte Moderation von Inhalten, einschließlich der Anzahl und Art der ergriffenen Maßnahmen, die sich auf die Verfügbarkeit, Sichtbarkeit und Zugänglichkeit der von den Nutzern bereitgestellten Informationen auswirken, und der Möglichkeiten der Nutzer, solche Informationen bereitzustellen, aufgeschlüsselt nach der Art des Grundes und der Grundlage für das Ergreifen dieser Maßnahmen, **sowie die Maßnahmen, die zur Qualifizierung der Moderatoren von Inhalten ergriffen werden, und die Schutzmaßnahmen, mit denen sichergestellt wird, dass Inhalte, bei denen kein Verstoß vorliegt, nicht beeinträchtigt werden;**

Änderungsantrag 101

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Absatz 1 **gilt** nicht für Anbieter von Vermittlungsdiensten, bei denen es sich um Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt.

Geänderter Text

(2) Absatz 1 **Buchstaben b, c und d gelten** nicht für Anbieter von Vermittlungsdiensten, bei denen es sich um Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG **der**

Kommission handelt.

Änderungsantrag 102

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Hosting-Diensteanbieter richten Verfahren ein, nach denen Personen oder Einrichtungen ihnen das Vorhandensein von Einzelinformationen in ihren Diensten melden können, die die betreffende Person oder Einrichtung als illegale Inhalte ansieht. Diese Verfahren müssen leicht zugänglich und benutzerfreundlich sein und eine Übermittlung von Meldungen ausschließlich auf elektronischem Weg erlauben.

Geänderter Text

(1) Hosting-Diensteanbieter richten Verfahren ein, nach denen Personen oder **nichtstaatliche** Einrichtungen ihnen das Vorhandensein von Einzelinformationen in ihren Diensten melden können, die die betreffende Person oder Einrichtung als illegale Inhalte ansieht. Diese Verfahren müssen leicht zugänglich und benutzerfreundlich sein und eine Übermittlung von Meldungen ausschließlich auf elektronischem Weg erlauben **und können ein klar erkennbares Banner oder eine einzige Schaltfläche umfassen, das bzw. die es den Nutzern ermöglicht, die Anbieter von Hosting-Diensten schnell und einfach in Kenntnis zu setzen.**

Änderungsantrag 103

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) eine eindeutige Angabe des elektronischen Speicherorts dieser Informationen, insbesondere die präzise(n) URL-Adresse(n), und nötigenfalls weitere Angaben zur Ermittlung der illegalen Inhalte;

Geänderter Text

b) **soweit möglich** eine eindeutige Angabe des elektronischen Speicherorts dieser Informationen, insbesondere die präzise(n) URL-Adresse(n), und nötigenfalls weitere Angaben zur Ermittlung der illegalen Inhalte;

Änderungsantrag 104

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) den Namen und die E-Mail-Adresse der meldenden Person oder Einrichtung, es sei denn, es handelt sich um Informationen, bei denen davon ausgegangen wird, dass sie eine in den Artikeln 3 bis 7 der Richtlinie 2011/93/EU genannte Straftat betreffen;

Geänderter Text

c) **soweit möglich** den Namen und die E-Mail-Adresse der meldenden Person oder Einrichtung, es sei denn, es handelt sich um Informationen, bei denen davon ausgegangen wird, dass sie eine in den Artikeln 3 bis 7 der Richtlinie 2011/93/EU genannte Straftat betreffen;

Änderungsantrag 105

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 2 – Buchstabe c a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) bei der Meldung einer mutmaßlichen Verletzung eines Rechts des geistigen Eigentums den Nachweis, dass es sich bei der die Meldung einreichenden Stelle um den Inhaber des mutmaßlich verletzten Rechts des geistigen Eigentums handelt oder dass sie befugt ist, im Namen des Inhabers dieses Rechts zu handeln;

Änderungsantrag 106

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 2 – Buchstabe d**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

d) eine Erklärung darüber, dass die meldende natürliche oder juristische Person in gutem Glauben davon überzeugt ist, dass die in der Meldung enthaltenen Angaben und Anführungen richtig und vollständig sind.

d) eine Erklärung darüber, dass die meldende natürliche oder juristische Person in gutem Glauben davon überzeugt ist, dass die in der Meldung enthaltenen Angaben und Anführungen richtig und vollständig sind, **und in welcher wirtschaftlichen oder sonstigen Beziehung zu der benachrichtigten Einrichtung die natürliche oder juristische Person steht.**

Änderungsantrag 107

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Meldungen mit den in Absatz 2 genannten Angaben bewirken, dass für die Zwecke des Artikels 5 von einer tatsächlichen Kenntnis oder einem Bewusstsein in Bezug auf die betreffende Einzelinformation ausgegangen wird.

Geänderter Text

(3) Meldungen mit den in Absatz 2 genannten Angaben bewirken, dass für die Zwecke des Artikels 5 von einer tatsächlichen Kenntnis oder einem Bewusstsein **nur** in Bezug auf die betreffende Einzelinformation ausgegangen wird, **wenn der Hosting-Diensteanbieter eindeutig nachweisen kann, dass der Inhalt illegal ist.**

Änderungsantrag 108

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Nach Erhalt der Meldung über eine mutmaßliche Verletzung des Urheberrechts unterrichtet der Diensteanbieter die Informationsanbieter unter Heranziehung der verfügbaren Kontaktdaten über die in Absatz 2 genannten Elemente und gibt ihnen Gelegenheit, innerhalb einer Frist von mindestens fünf Werktagen zu antworten, bevor eine Entscheidung getroffen und gegebenenfalls der Zugang zu dem betreffenden Inhalt gesperrt wird.

Änderungsantrag 109

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 4 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4b) Der Anbieter stellt sicher, dass Entscheidungen über Mitteilungen von qualifiziertem Personal getroffen werden,

*das über angemessene
Arbeitsbedingungen, einschließlich
professioneller Unterstützung,
qualifizierter psychologischer Betreuung
und Rechtsberatung, verfügt.*

Änderungsantrag 110

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Ferner teilt der Anbieter der **betreffenden** Person oder Einrichtung unverzüglich seine Entscheidung in Bezug auf die gemeldeten Informationen mit und weist dabei auf die möglichen Rechtsbehelfe gegen diese Entscheidung hin.

Geänderter Text

(5) Ferner teilt der Anbieter der Person oder Einrichtung, **die die Meldung eingereicht hat, und dem Informationsanbieter** unverzüglich seine Entscheidung in Bezug auf die gemeldeten Informationen mit und weist dabei auf die möglichen Rechtsbehelfe gegen diese Entscheidung hin.

Änderungsantrag 111

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

(6) Hosting-Diensteanbieter bearbeiten alle Meldungen, die sie im Rahmen der in Absatz 1 genannten Verfahren erhalten, und entscheiden über die gemeldeten Informationen in zeitnaher, sorgfältiger und **objektiver** Weise. Wenn sie zu dieser Bearbeitung oder Entscheidungsfindung automatisierte Mittel einsetzen, machen sie in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch Angaben über den Einsatz dieser Mittel.

Geänderter Text

(6) Hosting-Diensteanbieter bearbeiten alle Meldungen, die sie im Rahmen der in Absatz 1 genannten Verfahren erhalten, und entscheiden über die gemeldeten Informationen in zeitnaher, sorgfältiger, **fairer** und **nicht willkürlicher** Weise. Wenn sie zu dieser Bearbeitung oder Entscheidungsfindung automatisierte Mittel einsetzen, machen sie in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch Angaben über den Einsatz dieser Mittel. **Die Mitteilung enthält unter anderem aussagekräftige Informationen über das angewandte Verfahren, die verwendete Technologie und die Kriterien und Gründe für die Entscheidung sowie die Logik, die der automatisierten**

Änderungsantrag 112

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) ob die Entscheidung die Entfernung der Information oder die Sperrung des Zugangs zu der Information betrifft, und gegebenenfalls den räumlichen Geltungsbereich der Zugangsspernung;

Geänderter Text

a) ob die Entscheidung die Entfernung der Information oder die Sperrung des Zugangs zu der Information betrifft, und gegebenenfalls den räumlichen Geltungsbereich **und die Dauer** der Zugangsspernung;

Änderungsantrag 113

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) falls die Entscheidung mutmaßlich illegale Inhalte betrifft, einen Verweis auf die Rechtsgrundlage und Erläuterungen, warum die Informationen auf dieser Grundlage als illegale Inhalte angesehen werden;

Geänderter Text

d) falls die Entscheidung mutmaßlich illegale Inhalte betrifft, einen Verweis auf die Rechtsgrundlage und Erläuterungen, warum die Informationen auf dieser Grundlage als illegale Inhalte angesehen werden, **einschließlich Erläuterungen in Bezug auf die nach Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe a vorgebrachten Argumente, falls zutreffend;**

Änderungsantrag 114

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

e) falls die Entscheidung auf der mutmaßlichen Unvereinbarkeit der Informationen mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Diensteanbieters beruht, einen Verweis auf die betreffende vertragliche Bestimmung

Geänderter Text

e) falls die Entscheidung auf der mutmaßlichen Unvereinbarkeit der Informationen mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Diensteanbieters **oder der Unvereinbarkeit mit den Grundrechten** beruht, einen

und Erläuterungen, warum die Informationen als damit unvereinbar angesehen werden;

Verweis auf die betreffende vertragliche Bestimmung und Erläuterungen, warum die Informationen als damit unvereinbar angesehen werden;

Änderungsantrag 115

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Beschließt ein Hosting-Diensteanbieter, bestimmte von den Nutzern bereitgestellte Informationen, die durch die in Artikel 14 festgelegten Mechanismen ermittelt wurden, nicht zu entfernen oder den Zugang zu ihnen nicht zu sperren, so unterrichtet er den Nutzer, der die Online-Plattform über den Inhalt informiert hat, und erforderlichenfalls den Empfänger der Entscheidung umgehend. Die Mitteilung einer solchen Entscheidung kann automatisiert erfolgen.

Änderungsantrag 116

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Die von den Hosting-Diensteanbietern nach diesem Artikel übermittelten Informationen müssen klar und leicht verständlich und so genau und spezifisch sein, wie dies unter den gegebenen Umständen nach vernünftigem Ermessen möglich ist. Die Informationen müssen insbesondere so beschaffen sein, dass der betreffende Nutzer damit nach vernünftigem Ermessen in der Lage ist, die in Absatz 2 Buchstabe f genannten Rechtsbehelfe wirksam wahrzunehmen.

(3) Die von den Hosting-Diensteanbietern nach diesem Artikel übermittelten Informationen müssen ***zugänglich – auch für Menschen mit Behinderungen*** –, klar und leicht verständlich und so genau und spezifisch sein, wie dies unter den gegebenen Umständen nach vernünftigem Ermessen möglich ist. Die Informationen müssen insbesondere so beschaffen sein, dass der betreffende Nutzer damit nach vernünftigem Ermessen in der Lage ist, die in Absatz 2 Buchstabe f genannten Rechtsbehelfe wirksam wahrzunehmen.

Änderungsantrag 117

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) **Hosting-Diensteanbieter** veröffentlichen die in Absatz 1 genannten Entscheidungen und Begründungen in einer öffentlich zugänglichen Datenbank, die von der Kommission verwaltet wird. Diese Informationen dürfen keine personenbezogenen Daten enthalten.

Geänderter Text

(4) **Sehr große Online-Plattformen** veröffentlichen die in Absatz 1 genannten Entscheidungen und Begründungen in einer öffentlich zugänglichen – **auch für Menschen mit Behinderungen –, maschinenlesbaren und wiederverwendbaren** Datenbank, die von der Kommission verwaltet **und veröffentlicht** wird. Diese Informationen dürfen keine personenbezogenen Daten enthalten.

Änderungsantrag 118

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) **Kleinstunternehmen und kleine Unternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission sind von den in Absatz 2 Buchstaben b, c und f dieses Artikels dargelegten Verpflichtungen ausgenommen.**

Änderungsantrag 119

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 16 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Die Kommission und die Koordinatoren für digitale Dienste können gemeinsam Informationen und Leitlinien für die freiwillige Umsetzung der Bestimmungen

*dieser Verordnung durch
Kleinstunternehmen oder kleine
Unternehmen im Sinne des Anhangs der
Empfehlung 2003/361/EG der
Kommission ausarbeiten.*

Änderungsantrag 120

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Online-Plattformen gewähren **den** Nutzern während eines Zeitraums von mindestens sechs Monaten nach einer in diesem Absatz genannten Entscheidung Zugang zu einem wirksamen internen Beschwerdemanagementsystem, das eine elektronische und kostenlose Einreichung von Beschwerden gegen folgende Entscheidungen der Online-Plattform **ermöglicht**, die damit begründet worden sind, dass die von den Nutzern bereitgestellten Informationen illegale Inhalte darstellen oder mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattform unvereinbar sind:

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen gewähren **allen** Nutzern **und qualifizierten Einrichtungen im Sinne von Artikel 3 Nummer 4 der Richtlinie (EU) 2020/1828** während eines Zeitraums von mindestens sechs Monaten nach einer in diesem Absatz genannten Entscheidung Zugang zu einem wirksamen **und benutzerfreundlichen** internen Beschwerdemanagementsystem, das eine elektronische und kostenlose Einreichung von Beschwerden **ermöglicht. Beschwerden können** gegen folgende Entscheidungen der Online-Plattform **eingereicht werden**, die damit begründet worden sind, dass die von den Nutzern bereitgestellten Informationen illegale Inhalte darstellen oder mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattform unvereinbar sind:

Änderungsantrag 121

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Entscheidungen über die Entfernung der Information oder die Sperrung des Zugangs zu der Information;

Geänderter Text

a) Entscheidungen über die Entfernung der Information oder die Sperrung, **Beschränkung oder sonstige Änderung** des Zugangs zu der Information;

Änderungsantrag 122

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Beschwerden können auch gegen Entscheidungen der Online-Plattform eingereicht werden, Konten nicht zu entfernen und den Zugang dazu nicht zu sperren, nicht auszusetzen und nicht zu beenden.

Änderungsantrag 123

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Online-Plattformen stellen sicher, dass ihre internen Beschwerdemanagementsysteme leicht zugänglich und benutzerfreundlich sind und die Einreichung hinreichend präziser und angemessen begründeter Beschwerden ermöglichen und erleichtern.

(2) Online-Plattformen stellen sicher, dass ihre internen Beschwerdemanagementsysteme leicht zugänglich und benutzerfreundlich sind und die Einreichung hinreichend präziser und angemessen begründeter Beschwerden ermöglichen und erleichtern. ***Online-Plattformen geben die Verfahrensregeln ihres internen Beschwerdemanagementsystems in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, benutzerfreundlicher und leicht zugänglicher Weise – auch für Menschen mit Behinderungen – an.***

Änderungsantrag 124

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Online-Plattformen bearbeiten Beschwerden, die über ihr internes Beschwerdemanagementsystem eingereicht werden, zeitnah, sorgfältig und in

(3) Online-Plattformen bearbeiten Beschwerden, die über ihr internes Beschwerdemanagementsystem eingereicht werden, zeitnah, sorgfältig, ***transparent***

objektiver Weise. Enthält eine Beschwerde ausreichende Gründe für die Annahme, dass die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, weder rechtswidrig sind noch gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen, oder enthält sie Informationen, aus denen hervorgeht, dass das Verhalten des Beschwerdeführers keine Aussetzung oder Kündigung des Dienstes oder Schließung des Kontos rechtfertigt, so macht die Online-Plattform ihre in Absatz 1 genannte Entscheidung unverzüglich rückgängig.

und in **nicht willkürlicher** Weise. Enthält eine Beschwerde ausreichende Gründe für die Annahme, dass die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, weder rechtswidrig sind noch gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen, oder enthält sie Informationen, aus denen hervorgeht, dass das Verhalten des Beschwerdeführers keine Aussetzung oder Kündigung des Dienstes oder Schließung des Kontos rechtfertigt, so macht die Online-Plattform ihre in Absatz 1 genannte Entscheidung unverzüglich rückgängig. **Auf Antrag des Beschwerdeführers informiert die Online-Plattform öffentlich darüber, dass die Entscheidung rückgängig gemacht wurde. Unbeschadet horizontaler Rechtsvorschriften leistet die sehr große Online-Plattform, wenn die Entscheidung gemäß Absatz 1 offenkundig falsch ist und die Grundrechte des Nutzers verletzt, finanzielle Entschädigung. Bei der Bestimmung der Höhe der finanziellen Entschädigung berücksichtigt die sehr große Online-Plattform auch, ob mit der Entscheidung gemäß Absatz 1 verhindert wurde, dass der Nutzer von der Nutzung der Plattform profitiert.**

Änderungsantrag 125

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Online-Plattformen stellen sicher, dass die in Absatz 4 genannten Entscheidungen nicht allein mit automatisierten Mitteln getroffen werden.

Geänderter Text

(5) Online-Plattformen stellen sicher, dass die in Absatz 4 genannten Entscheidungen nicht allein mit automatisierten Mitteln getroffen werden **und von qualifiziertem Personal überprüft werden, das über angemessene Arbeitsbedingungen, einschließlich professioneller Unterstützung, qualifizierter psychologischer Betreuung und Rechtsberatung, verfügt.**

Änderungsantrag 126

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 18 – Absatz 1 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Nutzer, die von den in Artikel 17 Absatz 1 genannten Entscheidungen betroffen sind, haben das Recht, zur Beilegung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit diesen Entscheidungen sowie mit Beschwerden, die nicht mit den Mitteln des in dem Artikel genannten internen Beschwerdemanagementsystems gelöst werden konnten, eine gemäß Absatz 2 zugelassene außergerichtliche Streitbeilegungsstelle zu wählen. Online-Plattformen arbeiten nach Treu und Glauben mit der für die Streitbeilegung ausgewählten Stelle zusammen und sind an die Entscheidung dieser Stelle gebunden.

Geänderter Text

Nutzer, die von den in Artikel 17 Absatz 1 genannten Entscheidungen betroffen sind, **und qualifizierte Einrichtungen gemäß Artikel 3 Nummer 4 der Richtlinie (EU) 2020/2018** haben das Recht, zur Beilegung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit diesen Entscheidungen sowie mit Beschwerden, die nicht mit den Mitteln des in dem Artikel genannten internen Beschwerdemanagementsystems gelöst werden konnten, eine gemäß Absatz 2 zugelassene außergerichtliche Streitbeilegungsstelle zu wählen. Online-Plattformen arbeiten nach Treu und Glauben mit der **vom Nutzer** für die Streitbeilegung ausgewählten Stelle zusammen und sind an die Entscheidung dieser Stelle gebunden.

Änderungsantrag 127

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 18 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) die Streitbeilegung ist über elektronische Kommunikationsmittel leicht zugänglich;

Geänderter Text

c) die Streitbeilegung ist – **auch für Menschen mit Behinderungen** – über elektronische Kommunikationsmittel leicht zugänglich;

Änderungsantrag 128

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 18 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

d) sie ist in der Lage, Streitigkeiten rasch, effizient und kostengünstig **in** mindestens **einer Amtssprache** der **Union** beizulegen;

d) sie ist in der Lage, Streitigkeiten rasch, effizient und kostengünstig **und** mindestens **in der Sprache des Nutzers**, der **von der in Artikel 17 genannten Entscheidung betroffen ist**, beizulegen;

Änderungsantrag 129

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 18 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

e) die Streitbeilegung erfolgt nach klaren und fairen Verfahrensregeln.

Geänderter Text

e) die Streitbeilegung erfolgt nach klaren, **transparenten** und fairen Verfahrensregeln.

Änderungsantrag 130

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 18 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

(6) Dieser Artikel lässt die Richtlinie 2013/11/EU sowie die alternativen Streitbeilegungsverfahren und -stellen für Verbraucher, die nach dieser Richtlinie eingerichtet wurden, unberührt.

Geänderter Text

(6) Dieser Artikel lässt **weder** die Richtlinie 2013/11/EU sowie die alternativen Streitbeilegungsverfahren und -stellen für Verbraucher, die nach dieser Richtlinie eingerichtet wurden, **noch das Recht des Nutzers, Streitigkeiten auf gerichtlichem Wege beizulegen**, unberührt.

Änderungsantrag 131

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 19 – Absatz 2 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) **sie ist operationell unabhängig von der Regierung und den Behörden und hat keine Interessenkonflikte im Zusammenhang mit der Übermittlung dieser Meldungen.**

Änderungsantrag 132

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 19 – Absatz 2 – Buchstabe c b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

cb) sie veröffentlicht mindestens einmal jährlich einen klaren und leicht verständlichen Bericht über die Meldungen, die während des entsprechenden durch den Bericht abgedeckten Zeitraums gemäß Artikel 14 übermittelt wurden. Der Bericht muss Folgendes enthalten:

- eine Übersicht über die übermittelten Meldungen, die nach der Identität des Hosting-Diensteanbieters aufgeschlüsselt ist,**
- die Art der gemeldeten Inhalte,**
- die konkreten rechtlichen Bestimmungen, die mutmaßlich mit dem gemeldeten Inhalt verletzt wurden,**
- die vom Anbieter ergriffenen Maßnahmen,**
- potenzielle Interessenkonflikte und Finanzierungsquellen, und**
- eine Erläuterung der bestehenden Verfahren, mit denen sichergestellt wird, dass der vertrauenswürdige Hinweisgeber seine Unabhängigkeit bewahrt.**

Änderungsantrag 133

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 19 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Die Koordinatoren für digitale Dienste **teilen der Kommission** und dem Gremium die Namen, Anschriften und E-Mail-Adressen der Stellen mit, denen sie

(3) Die Koordinatoren für digitale Dienste und **das** Gremium **teilen** die Namen, Anschriften und E-Mail-Adressen der Stellen mit, denen sie den Status des

den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers nach Absatz 2 zuerkannt haben.

vertrauenswürdigen Hinweisgebers nach Absatz 2 zuerkannt haben.

Änderungsantrag 134

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 19 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die Kommission veröffentlicht die in Absatz 3 genannten Angaben in einer öffentlich zugänglichen Datenbank und hält diese auf dem neuesten Stand.

Geänderter Text

(4) Die Kommission veröffentlicht die in Absatz 3 genannten Angaben in ***einem leicht zugänglichen – auch für Menschen mit Behinderungen – und maschinenlesbaren Format in*** einer öffentlich zugänglichen Datenbank und hält diese auf dem neuesten Stand.

Änderungsantrag 135

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 19 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Hat eine Online-Plattform Informationen, aus denen hervorgeht, dass ein vertrauenswürdiger Hinweisgeber über die in Artikel 14 genannten Mechanismen eine erhebliche Anzahl nicht hinreichend präziser oder unzureichend begründeter Meldungen übermittelt hat, was auch Informationen einschließt, die im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Beschwerden über die in Artikel 17 Absatz 3 genannten internen Beschwerdemanagementsysteme erfasst wurden, so übermittelt sie dem Koordinator für digitale Dienste, der der betreffenden Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, diese Informationen zusammen mit den nötigen Erläuterungen und Nachweisen.

Geänderter Text

(5) Hat eine Online-Plattform Informationen, aus denen hervorgeht, dass ein vertrauenswürdiger Hinweisgeber über die in Artikel 14 genannten Mechanismen eine erhebliche Anzahl nicht hinreichend präziser oder unzureichend begründeter Meldungen ***oder Meldungen über legale Inhalte*** übermittelt hat, was auch Informationen einschließt, die im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Beschwerden über die in Artikel 17 Absatz 3 genannten internen Beschwerdemanagementsysteme erfasst wurden, so übermittelt sie dem Koordinator für digitale Dienste, der der betreffenden Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, diese Informationen zusammen mit den nötigen Erläuterungen und Nachweisen.

Änderungsantrag 136

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 20 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Online-Plattformen setzen die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die häufig **und offensichtlich** illegale Inhalte bereitstellen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung aus.

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen setzen die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die häufig illegale Inhalte bereitstellen, **nur** für einen angemessenen **kurzen** Zeitraum nach vorheriger Warnung **und Bereitstellung einer umfassenden Erläuterung** aus.

Änderungsantrag 137

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 20 – Absatz 3 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die absolute Anzahl der **offensichtlich** illegalen Inhalte oder der offensichtlich unbegründeten Meldungen oder Beschwerden, die im vergangenen Jahr bereitgestellt bzw. eingereicht wurden;

Geänderter Text

a) die absolute Anzahl der illegalen Inhalte oder der offensichtlich unbegründeten Meldungen oder Beschwerden, die im vergangenen Jahr bereitgestellt bzw. eingereicht wurden;

Änderungsantrag 138

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 20 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Der Anbieter stellt sicher, dass die Bewertung von qualifiziertem Personal vorgenommen wird, das über angemessene Arbeitsbedingungen, einschließlich professioneller Unterstützung, qualifizierter psychologischer Betreuung und Rechtsberatung, verfügt.

Änderungsantrag 139

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Online-Plattformen legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen klar und ausführlich ihre Regeln für den Umgang mit dem in den Absätzen 1 und 2 genannten Missbrauch dar, auch bezüglich der Tatsachen und Umstände, die sie bei der Beurteilung, ob ein bestimmtes Verhalten einen Missbrauch darstellt, berücksichtigen, und der Dauer der Aussetzung.

Geänderter Text

(4) Online-Plattformen legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen **auf zugängliche Weise – auch für Menschen mit Behinderungen** – klar und ausführlich ihre Regeln für den Umgang mit dem in den Absätzen 1 und 2 genannten Missbrauch dar, auch bezüglich der Tatsachen und Umstände, die sie bei der Beurteilung, ob ein bestimmtes Verhalten einen Missbrauch darstellt, berücksichtigen, und der Dauer der Aussetzung.

Änderungsantrag 140

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 21 – Absatz 2 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Kann die Online-Plattform den betreffenden Mitgliedstaat nicht mit hinreichender Gewissheit ermitteln, so unterrichtet sie die Strafverfolgungsbehörden des Mitgliedstaats, in dem sie niedergelassen ist oder ihren Rechtsvertreter hat, oder Europol.

Geänderter Text

Kann die Online-Plattform den betreffenden Mitgliedstaat nicht mit hinreichender Gewissheit ermitteln, so unterrichtet sie die Strafverfolgungsbehörden des Mitgliedstaats, in dem sie **ihre Hauptniederlassung** oder ihren Rechtsvertreter hat, **und übermittelt die Informationen zudem für geeignete Folgemaßnahmen an** Europol.

Änderungsantrag 141

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 22 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Ermöglicht eine Online-Plattform Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmen, so stellt sie sicher, dass Unternehmer ihre

Geänderter Text

(1) Ermöglicht eine Online-Plattform Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmen **auf der Plattform**, so stellt sie sicher, dass

Dienste nur dann **benutzen** können, um bei Verbrauchern in der Union für ihre Produkte oder Dienstleistungen zu werben und ihnen diese anzubieten, wenn die Online-Plattform vor der **Benutzung** ihrer Dienste folgende Informationen **erhalten hat**:

Unternehmer ihre Dienste nur dann **nutzen** können, um bei Verbrauchern in der Union für ihre Produkte oder Dienstleistungen zu werben und ihnen diese anzubieten, wenn die **Unternehmer der** Online-Plattform vor der **Nutzung** ihrer Dienste folgende Informationen **übermittelt haben**:

Änderungsantrag 142

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Kopie des Identitätsdokuments des Unternehmers oder eine andere elektronische Identifizierung im Sinne des Artikels 3 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates⁵⁰,

⁵⁰ Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG.

Geänderter Text

b) Kopie des **Reisepasses oder** Identitätsdokuments des Unternehmers oder eine andere elektronische Identifizierung im Sinne des Artikels 3 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates⁵⁰,

⁵⁰ Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG.

Änderungsantrag 143

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) **Name, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse** des **Wirtschaftsakteurs im Sinne des Artikels 3 Nummer 13** und des **Artikels 4** der Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates⁵¹ **oder anderer einschlägiger Rechtsakte der Union**,

Geänderter Text

d) **sofern sich der Vertrag auf Produkte bezieht, die den in Artikel 4 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates genannten Verordnungen unterliegen, Name, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse des in der Union niedergelassenen Wirtschaftsakteurs nach Artikel 4**

Absatz 1 der Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates⁵¹,

⁵¹ Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über Marktüberwachung und die Konformität von Produkten sowie zur Änderung der Richtlinie 2004/42/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 765/2008 und (EU) Nr. 305/2011 (ABl. L 169 vom 25.6.2019, S. 1).

⁵¹ Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über Marktüberwachung und die Konformität von Produkten sowie zur Änderung der Richtlinie 2004/42/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 765/2008 und (EU) Nr. 305/2011 (ABl. L 169 vom 25.6.2019, S. 1).

Änderungsantrag 144

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Im Zusammenhang mit Buchstabe f haben Unternehmer aus der Union und aus Drittstaaten auch die Möglichkeit, freiwillig die einschlägigen Dokumente hochzuladen, aus denen hervorgeht, dass ihre Waren den Verbraucherschutzstandards der EU entsprechen. Online-Plattformen, die den Verkauf harmonisierter Verbrauchsgüter durch einen Verkäufer in einem Drittstaat an einen Verbraucher in der Union ermöglichen, unternehmen angemessene Bemühungen, um zu überprüfen, ob das Produkt mit dem erforderlichen Konformitätszeichen (CE-Zeichen) versehen ist und ob es über andere einschlägige Dokumente (z. B. die EU-Konformitätserklärung) verfügt. Diese Bestimmungen gelten unbeschadet des Artikels 6 der Richtlinie 2011/83/EU, des Artikels 7 der Richtlinie 2005/29/EU und des Artikel 4 der Verordnung (EU) 2019/1020.

Änderungsantrag 145

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 22 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Nach Erhalt dieser Informationen unternimmt die Online-Plattform angemessene Bemühungen, um zu prüfen, ob die in Absatz 1 Buchstaben a, d und e genannten Informationen verlässlich sind, indem sie frei zugängliche amtliche Online-Datenbanken abfragt oder Online-Schnittstellen nutzt, die von einem Mitgliedstaat oder der Union zur Verfügung gestellt werden, oder indem sie vom Unternehmer Nachweise aus verlässlichen Quellen verlangt.

Geänderter Text

(2) Nach Erhalt dieser Informationen unternimmt die Online-Plattform angemessene Bemühungen, um zu prüfen, ob die in Absatz 1 Buchstaben a, d und e genannten Informationen verlässlich sind, indem sie frei zugängliche amtliche Online-Datenbanken abfragt oder Online-Schnittstellen nutzt, die von einem Mitgliedstaat oder der Union zur Verfügung gestellt werden, oder indem sie vom Unternehmer Nachweise aus verlässlichen Quellen verlangt. ***Sofern die Online-Plattform angemessene Anstrengungen unternommen hat, um die Informationen gemäß den Buchstaben a, d und e zu prüfen, haftet die Online-Plattform nicht für falsche Informationen des Unternehmers.***

Änderungsantrag 146

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 22 – Absatz 3 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Erhält die Online-Plattform Hinweise darauf, dass eine in Absatz 1 genannte Einzelinformation, die sie vom betreffenden Unternehmer erhalten hat, unrichtig oder unvollständig ist, fordert sie den Unternehmer unverzüglich oder innerhalb der im Unionsrecht und im nationalen Recht festgelegten Frist auf, die Information insoweit zu berichtigen, wie dies erforderlich ist, damit alle Informationen richtig und vollständig sind.

Geänderter Text

Erhält die Online-Plattform ***aufgrund ihrer angemessenen Bemühungen nach Absatz 2 oder durch Verbraucherschutzbehörden von Mitgliedstaaten*** Hinweise darauf, dass eine in Absatz 1 genannte Einzelinformation, die sie vom betreffenden Unternehmer erhalten hat, unrichtig oder unvollständig ist, fordert sie den Unternehmer unverzüglich oder innerhalb der im Unionsrecht und im nationalen Recht festgelegten Frist auf, die Information insoweit zu berichtigen, wie dies erforderlich ist, damit alle Informationen richtig und vollständig sind.

Änderungsantrag 147

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die Online-Plattform speichert die nach den Absätzen 1 und 2 erhaltenen Informationen für die Dauer ihres Vertragsverhältnisses mit dem betreffenden Unternehmer in sicherer Weise. Anschließend löscht sie die Informationen.

Geänderter Text

(4) Die Online-Plattform speichert die nach den Absätzen 1 und 2 erhaltenen Informationen für die Dauer ihres Vertragsverhältnisses mit dem betreffenden Unternehmer, ***einschließlich des Zeitraums, in dem Rechtsbehelfe eingelegt werden können***, in sicherer Weise. Anschließend löscht sie die Informationen.

Änderungsantrag 148

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 23 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Anzahl der Aussetzungen nach Artikel 20, wobei zwischen Aussetzungen wegen ***offensichtlich*** illegaler Inhalte, wegen Übermittlung offensichtlich unbegründeter Meldungen und wegen Einreichung offensichtlich unbegründeter Beschwerden zu unterscheiden ist;

Geänderter Text

b) Anzahl der Aussetzungen nach Artikel 20, wobei zwischen Aussetzungen wegen illegaler Inhalte, wegen Übermittlung offensichtlich unbegründeter Meldungen und wegen Einreichung offensichtlich unbegründeter Beschwerden zu unterscheiden ist;

Änderungsantrag 149

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 23 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Online-Plattformen legen eindeutig dar, wie und zu welchem Zweck sie Daten von Nutzern des Dienstes erfassen und wie und an wen sie die erfassten Daten zu welchem Zweck weitergeben.

Änderungsantrag 150

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Online-Plattformen, die Werbung auf ihren **Online-Schnittstellen** anzeigen, gewährleisten, dass die Nutzer für jede einzelne Werbung, die jedem einzelnen **Nutzer** angezeigt wird, in klarer und eindeutiger Weise und in Echtzeit Folgendes sehen können:

Geänderter Text

Online-Plattformen, die ***direkt oder indirekt*** Werbung auf ihren ***Online-Benutzeroberflächen oder Teilen davon*** anzeigen, gewährleisten, dass die Nutzer für jede einzelne Werbung, die jedem einzelnen ***Verbraucher*** angezeigt wird, in klarer, ***prägnanter, aussagekräftiger, einheitlicher*** und eindeutiger Weise und in Echtzeit Folgendes sehen können:

Änderungsantrag 151

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) dass es sich bei den angezeigten Informationen um Werbung handelt,

Geänderter Text

a) dass es sich bei den angezeigten Informationen um Werbung handelt ***und ob die Werbung auf einen automatisierten Mechanismus, z. B. einen Mechanismus einer Online-Werbeborse, zurückgeht,***

Änderungsantrag 152

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) die natürliche oder juristische Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird,

Geänderter Text

b) die natürliche oder juristische Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird ***und die die Werbung direkt oder indirekt finanziert,***

Änderungsantrag 153

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) ob sich die Werbung auf eine Form der Zielgruppenausrichtung auf der Grundlage von Algorithmen stützt,

Änderungsantrag 154

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) aussagekräftige Informationen über die **wichtigsten** Parameter zur **Bestimmung** der **Nutzer, denen** die Werbung angezeigt wird.

c) aussagekräftige Informationen über die Parameter zur **Zielgruppenausrichtung und Anzeige** der Werbung, mit deren **Hilfe Verbraucher bestimmen können, warum und wie ihnen** die Werbung angezeigt wird. **Diese Informationen umfassen auch eine Erläuterung, wie diese Parameter geändert werden können,**

Änderungsantrag 155

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) die Vergütung, die der Werbetreibende entrichtet.

Änderungsantrag 156

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Wenn die Online-Plattform einen Teil ihrer Online-Darstellung an einen Dritten untervermietet, muss sie sicherstellen, dass alle in diesem Artikel aufgeführten Transparenzanforderungen erfüllt sind.

Änderungsantrag 157

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Online-Plattformen ergreifen Maßnahmen zur schrittweisen Einstellung der Erhebung oder Verarbeitung personenbezogener Daten im Sinne von Artikel 4 Nummer 1 der Verordnung (EU) 2016/679, die dem Zweck dienen, gezielt die Nutzer auszuwählen, denen nicht kommerzielle und politische Werbung angezeigt wird, und greifen stattdessen auf kontextbezogene Werbung zurück. Dies würde auch für die gezielte Ansprache von Personen auf der Grundlage sensibler Daten oder für die gezielte Ansprache Minderjähriger gelten. Dieser Artikel gilt unbeschadet der Verordnung (EU) .../.... für mehr Transparenz bei politischer Werbung.

Änderungsantrag 158

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Für die Zwecke der gezielten Ansprache von Nutzern, denen Werbung für kommerzielle Zwecke angezeigt wird, bieten Online-Plattformen Nutzern die Möglichkeit, sich problemlos gegen auf Mikrotargeting beruhende Nachverfolgung und Werbung zu entscheiden, die auf ihren verhaltensbezogenen Daten oder anderen Profiling-Techniken im Sinne von Artikel 4 Nummer 4 der Verordnung (EU) 2016/679 beruht. Die Nutzung von personenbezogenen Daten für Online-Werbung erfolgt im Einklang mit den in Artikel 7 der Verordnung (EU) 2016/679

aufgeführten Bedingungen für die Einwilligung.

Änderungsantrag 159

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 25 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Dieser Abschnitt gilt für Online-Plattformen, die ihre Dienste für aktive Nutzer in der Union erbringen, deren durchschnittliche monatliche Zahl sich auf mindestens 45 Mio. Personen beläuft, berechnet nach der Methode, die in den in Absatz 3 genannten delegierten Rechtsakten festgelegt wird.

Geänderter Text

(1) Dieser Abschnitt gilt für Online-Plattformen, die ihre Dienste für aktive Nutzer in der Union erbringen, deren durchschnittliche monatliche Zahl sich auf mindestens 45 Mio. Personen beläuft, berechnet nach der Methode, die in den in Absatz 3 genannten delegierten Rechtsakten festgelegt wird, **oder für Online-Plattformen, die eine marktbeherrschende Stellung in einem bestimmten Marktsegment gemäß den einschlägigen Rechtsvorschriften der Union einnehmen.**

Änderungsantrag 160

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Verbreitung illegaler Inhalte über ihre Dienste;

Geänderter Text

a) **Angaben zur** Verbreitung illegaler Inhalte über ihre Dienste **und zu den betroffenen Zuständigkeitsbereichen;**

Änderungsantrag 161

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) etwaige nachteilige Auswirkungen auf die Ausübung der Grundrechte auf Achtung des Privat- und Familienlebens, auf die Meinungs- und

Geänderter Text

b) etwaige nachteilige Auswirkungen auf die Ausübung **eines oder mehrerer der in der Charta aufgeführten Grundrechte, insbesondere der Rechte** auf Achtung des

Informationsfreiheit, auf das Diskriminierungsverbot und auf die Rechte des Kindes, die in *den Artikeln 7, 11, 21 und 24 der Charta verankert sind*;

Privat- und Familienlebens, auf die Meinungs- und Informationsfreiheit, auf das Diskriminierungsverbot und auf die Rechte des Kindes, die *jeweils in der Charta verankert sind, und zwar auch dann, wenn diese nachteiligen Auswirkungen von diskriminierenden Algorithmen verursacht werden*;

Änderungsantrag 162

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) vorsätzliche Manipulationen ihres Dienstes, auch durch *unauthentische Nutzung oder* automatisierte Ausnutzung des Dienstes, mit tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen Auswirkungen auf *den Schutz der öffentlichen Gesundheit, auf Minderjährige und auf die gesellschaftliche Debatte oder tatsächlichen oder vorhersehbaren Auswirkungen auf Wahlprozesse und die öffentliche Sicherheit.*

Geänderter Text

c) *Fehlfunktionen oder* vorsätzliche Manipulationen ihres Dienstes, auch durch automatisierte Ausnutzung des Dienstes, mit tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen Auswirkungen auf die *Grundrechte*;

Änderungsantrag 163

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) *Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Mitgliedstaaten bzw. des einschlägigen Unionsmarkts.*

Änderungsantrag 164

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Bei der Durchführung der Risikobewertung berücksichtigen sehr große Online-Plattformen insbesondere, **wie ihre** Systeme zur Moderation von Inhalten, **ihre** Empfehlungssysteme und **ihre** Systeme zur Auswahl und Anzeige von Werbung **die in Absatz 1 genannten systemischen Risiken beeinflussen, sowie die Möglichkeit der raschen und weiten Verbreitung von illegalen Inhalten und von Informationen, die mit ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen unvereinbar sind.**

Änderungsantrag 165

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 2 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Bei der Durchführung der Risikobewertung berücksichtigen sehr große Online-Plattformen insbesondere **die Auswirkungen ihrer** Systeme zur Moderation von Inhalten, **ihrer** Empfehlungssysteme und **ihrer** Systeme zur Auswahl und Anzeige von Werbung.

Änderungsantrag 166

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 2 b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Um ein hohes Maß an öffentlicher Kontrolle und Transparenz sicherzustellen, sollten diese jährlichen Risikobewertungen unbeschadet der Richtlinie (EU) 2016/943 (Geschäftsgeheimnisse) mittels frei zugänglicher Daten so transparent wie möglich durchgeführt werden.

(2b) Das Ergebnis der Risikobewertung und die dazugehörigen Unterlagen werden dem Gremium und dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort übermittelt. Eine Zusammenfassung der Risikobewertung wird in einem auch für Menschen mit

Änderungsantrag 167

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe a a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

aa) eine angemessene Personalausstattung für die Bearbeitung von Meldungen und Beschwerden (auch dann, wenn automatische Systeme verwendet werden);

Änderungsantrag 168

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) Stärkung der internen Prozesse oder der Beaufsichtigung ihrer Tätigkeiten, insbesondere im Hinblick auf die Erkennung systemischer Risiken;

c) Stärkung der internen Prozesse, **die nicht ausschließlich auf automatisierten Systemen beruhen**, oder der Beaufsichtigung ihrer Tätigkeiten, insbesondere im Hinblick auf die Erkennung systemischer Risiken;

Änderungsantrag 169

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe e a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ea) gezielte Maßnahmen zur Verringerung des Strom- und Wasserverbrauchs, der Wärmeerzeugung und der CO₂-Emissionen im Zusammenhang mit der Bereitstellung des Dienstes und der technischen Infrastruktur.

Änderungsantrag 170

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Ermittlung und Bewertung der auffälligsten wiederkehrenden systemischen Risiken, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

Geänderter Text

a) Ermittlung und Bewertung der auffälligsten wiederkehrenden systemischen Risiken, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden, **und gegebenenfalls Bestandsaufnahme ihrer tatsächlichen oder wahrscheinlichen Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Wettbewerb;**

Änderungsantrag 171

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Diese Berichte werden unentgeltlich und unter angemessener Berücksichtigung von Geschäftsgeheimnissen öffentlich verbreitet und umfassen standardisierte und offene Daten zur Beschreibung der Systemrisiken, insbesondere der Risiken für die Grundrechte und der sozioökonomischen Risiken.

Änderungsantrag 172

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Die Kommission kann in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste allgemeine **Leitlinien**

(3) Die Kommission kann in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste allgemeine

für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere Risiken herausgeben, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu empfehlen, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. Im Hinblick auf die Ausarbeitung dieser **Leitlinien** führt die Kommission öffentliche Konsultationen durch.

Empfehlungen für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere Risiken herausgeben, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu empfehlen, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. Im Hinblick auf die Ausarbeitung dieser **Empfehlungen** führt die Kommission öffentliche Konsultationen durch.

Änderungsantrag 173

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 28 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten einer Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung folgender Pflichten und Verpflichtungszusagen bewertet wird:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens einmal jährlich auf eigene Kosten einer **unabhängigen** Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung folgender Pflichten und Verpflichtungszusagen bewertet wird:

Änderungsantrag 174

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 28 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Zu mindestens folgenden Punkten sollten Prüfungen durchgeführt werden:

- a) Klarheit, Kohärenz und vorhersehbare Durchsetzung der Bedingungen des Dienstes unter besonderer Berücksichtigung der in der Charta verankerten anwendbaren Grundrechte;**
- b) Vollständigkeit, Methodik und Kohärenz der Transparenzberichtspflichten gemäß den Artikeln 13, 23, 24 und 30 sowie**

Einhaltung der höchstmöglichen Standards bei der Transparenzberichterstattung;

c) Genauigkeit, Vorhersehbarkeit und Klarheit der Folgemaßnahmen des Anbieters für Nutzer und für meldende Personen hinsichtlich Meldungen über illegale Inhalte und Verstöße gegen die Bedingungen des Dienstes sowie Richtigkeit der Einstufung entfernter Informationen (rechtswidrig oder Verstoß gegen die Geschäftsbedingungen);

d) interne und externe Mechanismen zur Bearbeitung von Beschwerden;

e) Interaktion mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern und unabhängige Bewertung der Genauigkeit, der Reaktionszeiten, der Effizienz und der Frage, ob es Hinweise auf missbräuchliche Nutzung gibt;

f) Sorgfalt bei der Überprüfung der Rückverfolgbarkeit der Unternehmen;

g) Wirksamkeit und Einhaltung von Verhaltenskodizes;

h) Datensuffizienz, wobei nach Möglichkeit auf die Verringerung der Datengenerierung im Allgemeinen und des Datenverkehrs abgezielt wird, was insbesondere auch die Verringerung des damit verbundenen Strom- und Ressourcenverbrauchs von Datenzentren im Sinne von Artikel 27 einschließt;

i) Bereitschaft zur Beteiligung an den in Artikel 37 genannten Krisenprotokollen.

Die Prüfungen zu den unter den Buchstaben a bis g genannten Punkten können kombiniert werden, wenn die Organisation, die die Prüfungen durchführt, über fachspezifische Fachkenntnisse in dem jeweiligen Bereich verfügt.

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1b) Die Koordinatoren für digitale Dienste stellen sehr großen Online-Plattformen, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, einen jährlichen Prüfplan zur Verfügung, in dem die vorrangigen zentralen Bereiche für den kommenden Prüfungszyklus festgelegt sind.

Änderungsantrag 176

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Die Prüfungen gemäß **Absatz 1** werden von Stellen durchgeführt, die

(2) Die Prüfungen gemäß **den vorstehenden Absätzen** werden von Stellen durchgeführt, die

Änderungsantrag 177

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

a) von der betreffenden sehr großen Online-Plattform unabhängig sind,

a) von der betreffenden sehr großen Online-Plattform unabhängig sind **und in den vorangegangenen 12 Monaten keine anderen Dienstleistungen für die Plattform erbracht haben,**

Änderungsantrag 178

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 28 – Absatz 2 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) nicht mehr als drei Jahre in Folge

dieselbe sehr große Online-Plattform einer Prüfung unterzogen haben.

Änderungsantrag 179

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe f

Vorschlag der Kommission

f) falls die Stellungnahme nicht positiv ist, operative Empfehlungen für besondere Maßnahmen im Hinblick auf die Einhaltung aller Pflichten und Verpflichtungszusagen.

Geänderter Text

f) falls die Stellungnahme nicht positiv ist, operative Empfehlungen für besondere Maßnahmen im Hinblick auf die Einhaltung aller Pflichten und Verpflichtungszusagen ***und risikobasierte Zeitpläne für die Abhilfemaßnahmen zur Beseitigung von Mängeln, wobei der Schwerpunkt vorrangig auf der Behebung der Probleme liegt, die den Nutzern den größten Schaden zufügen können.***

Änderungsantrag 180

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 28 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die Prüfungsergebnisse sollten den Koordinatoren für digitale Dienste, der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte und der Kommission unmittelbar nach dem Abschluss der Prüfungen vorgelegt werden. Die Prüfungsfeststellungen, die keine sensiblen Informationen enthalten, werden veröffentlicht. Die Koordinatoren für digitale Dienste, die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte und die Kommission können eine öffentliche Stellungnahme zu den Prüfungen abgeben.

Änderungsantrag 181

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 29 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) **Sehr große** Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die **wichtigsten** Parameter dar, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, sowie alle Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, **darunter** mindestens eine Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 **Absatz 4** der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die Parameter dar, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, sowie alle Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können. **Sehr große Online-Plattformen bieten** mindestens eine Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 **Nummer 4** der Verordnung (EU) 2016/679 beruht, **und protokollieren alle wesentlichen Änderungen, die an dem Empfehlungssystem vorgenommen werden.**

Änderungsantrag 182

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) die natürliche oder juristische Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird,

Geänderter Text

b) die natürliche oder juristische Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird **und die die Werbung direkt oder indirekt finanziert hat,**

Änderungsantrag 183

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) die Berechnungsmethoden, die zur Festsetzung der Höhe der Ausgleichszahlung herangezogen werden,

die die Plattform für die Verbreitung der jeweiligen Werbung erhält;

Änderungsantrag 184

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen gewähren dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission auf deren begründetes Verlangen innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist Zugang zu den Daten, die für die Überwachung und Bewertung der Einhaltung dieser Verordnung erforderlich sind. ***Dieser Koordinator für digitale Dienste und die Kommission verwenden diese Daten ausschließlich für diese Zwecke.***

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen gewähren dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission auf deren begründetes Verlangen innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist Zugang zu den Daten, die für die Überwachung und Bewertung der Einhaltung dieser Verordnung erforderlich sind.

Änderungsantrag 185

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten ***zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung und zum Verständnis systemischer Risiken gemäß Artikel 26 Absatz 1 beitragen.***

Geänderter Text

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten.

Änderungsantrag 186

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Sehr große Online-Plattformen gewähren zugelassenen Forschern, die die Anforderungen des Absatzes 4 erfüllen, auf begründetes Verlangen Zugang zu Daten, insbesondere zu aggregierten und anonymisierten Daten, zum Zwecke der wissenschaftlichen und akademischen Forschung. Sehr große Online-Plattformen können den Zugang zu den Daten verweigern, wenn durch diesen Zugang Geschäftsgeheimnisse oder die Sicherheit des Dienstes gefährdet würden. Eine solche Weigerung ist ordnungsgemäß zu begründen.

Änderungsantrag 187

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Den Zugang zu Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 gewähren sehr große Online-Plattformen über Online-Datenbanken oder über Anwendungsprogrammierschnittstellen.

(3) Den Zugang zu Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 gewähren sehr große Online-Plattformen über Online-Datenbanken oder über Anwendungsprogrammierschnittstellen. **Dies gilt für personenbezogene Daten nur, wenn sie rechtmäßig für die Öffentlichkeit zugänglich sind.**

Änderungsantrag 188

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) Um zugelassen zu werden, müssen die Forscher mit **akademischen**

(4) Um zugelassen zu werden, müssen die Forscher mit **wissenschaftlichen**

Einrichtungen verbunden sein, unabhängig von gewerblichen Interessen sein, nachweislich über *Sachkenntnis* auf den *Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen*, und sich verpflichten *und in der Lage sein*, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

Änderungsantrag 189

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 zur Verfügung stellen müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe an zugelassene Forscher im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen der sehr großen Online-Plattformen und der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von vertraulichen Informationen, insbesondere von Geschäftsgeheimnissen, und der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Dienstes.

Einrichtungen verbunden sein, unabhängig von gewerblichen Interessen sein, nachweislich über *Kenntnisse* auf den mit den *Untersuchungen in Zusammenhang stehenden Gebieten verfügen* und sich verpflichten, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

Geänderter Text

(5) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 zur Verfügung stellen müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. *In den delegierten Rechtsakten sollten auch die technischen Voraussetzungen festgelegt werden, die erforderlich sind, damit die Vertraulichkeit und Sicherheit der Informationen, auf die die zugelassenen Forscher Zugriff erhalten, gewahrt sind.* In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe an zugelassene Forscher im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen der sehr großen Online-Plattformen und der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von vertraulichen Informationen, insbesondere von Geschäftsgeheimnissen, und der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Dienstes.

Änderungsantrag 190

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 6 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(6) Innerhalb von 15 Tagen nach Eingang eines Verlangens gemäß den Absätzen 1 und 2 kann eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort bzw. die Kommission ersuchen, das Verlangen zu ändern, wenn sie sich aus einem der beiden folgenden Gründe außerstande sieht, Zugang zu den angeforderten Daten zu gewähren:

Geänderter Text

(6) Innerhalb von 15 Tagen nach Eingang eines Verlangens gemäß den Absätzen 1 und 2 kann eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort bzw. die Kommission ***oder die zugelassenen Forscher*** ersuchen, das Verlangen zu ändern, wenn sie sich aus einem der beiden folgenden Gründe außerstande sieht, Zugang zu den angeforderten Daten zu gewähren:

Änderungsantrag 191

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 7 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission

Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort ***oder*** die Kommission ***entscheidet*** innerhalb von 15 Tagen über den Änderungsantrag und ***teilt*** der sehr großen Online-Plattform den betreffenden Beschluss sowie gegebenenfalls das geänderte Verlangen mit der neuen Frist für dessen Erfüllung mit.

Geänderter Text

Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort, die Kommission ***oder die zugelassenen Forscher entscheiden*** innerhalb von 15 Tagen über den Änderungsantrag und ***teilen*** der sehr großen Online-Plattform den betreffenden Beschluss sowie gegebenenfalls das geänderte Verlangen mit der neuen Frist für dessen Erfüllung mit.

Änderungsantrag 192

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 7 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(7a) Die im Rahmen dieser Regelung durchgeführten Forschungsarbeiten sollten unbeschadet der Rechtsvorschriften zum Urheberrecht

stets auf Grundsätzen des offenen Zugangs beruhen und auf standardisierte Datensätze zurückgreifen, um mit Blick auf die ordnungsgemäße Nutzung der bereitgestellten Daten ein hohes Maß an Transparenz und Rechenschaft sicherzustellen.

Änderungsantrag 193

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 7 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(7b) Zugelassene Forscher, denen Zugang zu Daten gewährt wurde, müssen unbeschadet der Richtlinie (EU) 2016/943 (Geschäftsgeheimnisse) nach Abschluss ihrer Forschungsarbeiten ihre gewonnenen Erkenntnisse veröffentlichen, ohne personenbezogene Daten offenzulegen.

Änderungsantrag 194

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 33 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen veröffentlichen innerhalb von sechs Monaten nach dem in Artikel 25 Absatz 4 genannten Anwendungsbeginn und danach alle **sechs** Monate die in Artikel 13 genannten Berichte.

(1) Sehr große Online-Plattformen veröffentlichen innerhalb von sechs Monaten nach dem in Artikel 25 Absatz 4 genannten Anwendungsbeginn und danach alle **drei** Monate **in einem standardisierten, maschinenlesbaren und auch für Menschen mit Behinderungen leicht zugänglichen Format** die in Artikel 13 genannten Berichte.

Änderungsantrag 195

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 33 a (neu)

Artikel 33a

Interoperabilität

(1) Sehr große Online-Plattformen müssen zumindest Nebendienstleistungen und nach Möglichkeit die Hauptfunktionen ihrer Dienste so gestalten, dass diese mit anderen Online-Plattformen interoperabel sind, um soweit technisch möglich eine plattformübergreifende Kommunikation zu ermöglichen. Diese Verpflichtung darf ihre Fähigkeit, Sicherheitsprobleme zu lösen, weder einschränken noch behindern oder verzögern und muss mit all ihren Verantwortungsbereichen, insbesondere in Bezug auf die Grundrechte, den Schutz der Privatsphäre und der Daten, die Rechte des geistigen Eigentums sowie Sicherheit, vereinbar sein.

(2) Sehr große Online-Plattformen müssen alle von ihnen bereitgestellten Anwendungsprogrammierschnittstellen öffentlich dokumentieren und regelmäßig aktualisieren.

(3) Sehr große Online-Plattformen ergreifen Maßnahmen, damit Dritte in die Lage versetzt werden, ihre Empfehlungssysteme einer Prüfung zu unterziehen und operative Empfehlungen dazu abzugeben, wie der Verbreitung illegaler Inhalte besser vorgebeugt werden kann. Diese Prüfungen tragen der Sicherheit und der Privatsphäre der Nutzer in höchstem Maße Rechnung. Der Zugang zu Empfehlungssystemen Dritter wird vorübergehend eingeschränkt, wenn ein nachweisbarer Missbrauch durch den Drittanbieter vorliegt oder wenn dies durch eine unmittelbare Anforderung, technische Probleme wie eine schwerwiegende Sicherheitsschwachstelle zu beseitigen, gerechtfertigt ist.

(4) Die Kommission erlässt Durchführungsmaßnahmen, in denen Art und Umfang der in den Absätzen 1 und 2 genannten Verpflichtungen festgelegt werden, wobei sie nicht nur die konkreten Fälle der verschiedenen sehr großen Online-Anbieter, sondern auch die Vielfalt und die Komplexität des Marktes insgesamt berücksichtigt.

Änderungsantrag 196

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe f a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fa) Interoperabilität der Hauptfunktionen der sehr großen Online-Plattformen gemäß Artikel 33a.

Änderungsantrag 197

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Die Kommission und das Gremium fördern und erleichtern die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten **illegaler Inhalte und** systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

(1) Die Kommission und das Gremium fördern und erleichtern die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

Änderungsantrag 198

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 36 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) die verschiedenen Arten von Daten, die verwendet werden können.

Änderungsantrag 199

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 37 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Das Gremium kann der Kommission empfehlen, gemäß den Absätzen 2, 3 und 4 die Ausarbeitung von Krisenprotokollen zur Bewältigung von Krisensituationen einzuleiten, die strikt auf außergewöhnliche Umstände beschränkt sind, die die öffentliche Sicherheit oder Gesundheit beeinträchtigen.

(1) Das Gremium kann der Kommission empfehlen, gemäß den Absätzen 2, 3 und 4 die Ausarbeitung von Krisenprotokollen zur Bewältigung von Krisensituationen einzuleiten, die strikt auf außergewöhnliche Umstände beschränkt sind, die die öffentliche Sicherheit, **die Wirtschaft** oder **die öffentliche** Gesundheit beeinträchtigen. **Die Kommission ist für die Ausarbeitung, Durchführung und Kontrolle der Krisenprotokolle zuständig und legt dem Europäischen Parlament diesbezüglich jährlich einen Bericht vor.**

Änderungsantrag 200

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 37 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Die Kommission fördert und erleichtert die Beteiligung sehr großer Online-Plattformen und gegebenenfalls anderer Online-Plattformen und beteiligt sich selbst an der Ausarbeitung, Erprobung und Anwendung dieser Krisenprotokolle, die eine oder mehrere der folgenden Maßnahmen umfassen:

(2) Die Kommission fördert und erleichtert die Beteiligung sehr großer Online-Plattformen und gegebenenfalls anderer Online-Plattformen, **insbesondere solcher in marktbeherrschender Stellung**, und beteiligt sich selbst an der Ausarbeitung, Erprobung und Anwendung dieser Krisenprotokolle, die eine oder mehrere der folgenden Maßnahmen

umfassen:

Änderungsantrag 201

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 37 – Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5a) Alle Krisenprotokolle werden von den jeweiligen Ausschüssen des Europäischen Parlaments geprüft.

Änderungsantrag 202

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 37 – Absatz 5 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5b) Die Bereitschaft zur Teilnahme an bereits bestehenden Krisenprotokollen sollte im Rahmen einer Risikobewertung gemäß Artikel 26 bewertet werden.

Änderungsantrag 203

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 39 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Bei der Benennung einer Behörde als Koordinator für digitale Dienste wenden die Mitgliedstaaten die folgenden Kriterien an:

- a) Die Behörde besitzt besondere Sachkenntnis und Kompetenz in Bezug auf die Erkennung, Feststellung und Meldung illegaler Inhalte;**
- b) sie vertritt kollektive Interessen und ist unabhängig von jeder Online-Plattform;**
- c) sie ist in der Lage, ihre Tätigkeiten**

zügig, sorgfältig und in objektiver Weise auszuüben.

Änderungsantrag 204

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 39 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Absatz 2 lässt die Aufgaben der Koordinatoren für digitale Dienste innerhalb des in dieser Verordnung vorgesehenen Überwachungs- und Durchsetzungssystems und die Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Behörden gemäß Artikel 38 Absatz 2 unberührt. Absatz 2 steht einer Aufsicht der betreffenden Behörden im Einklang mit dem nationalen Verfassungsrecht nicht entgegen.

Geänderter Text

(3) Absatz 2 lässt die Aufgaben der Koordinatoren für digitale Dienste innerhalb des in dieser Verordnung vorgesehenen Überwachungs- und Durchsetzungssystems und die Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Behörden gemäß Artikel 38 Absatz 2 unberührt. Absatz 2 steht einer Aufsicht der betreffenden Behörden im Einklang mit dem nationalen Verfassungsrecht nicht entgegen. ***Die Koordinatoren für digitale Dienste erstellen einen Bericht, veröffentlichen diesen im Informationsaustauschsystem gemäß Artikel 67 und legen ihn dem Europäischen Parlament vor.***

Änderungsantrag 205

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 44 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Koordinatoren für digitale Dienste erstellen einen Jahresbericht über ihre Tätigkeiten im Rahmen dieser Verordnung. Sie machen die Jahresberichte ***der Öffentlichkeit zugänglich*** und übermitteln sie der Kommission und dem Gremium.

Geänderter Text

(1) Die Koordinatoren für digitale Dienste erstellen einen Jahresbericht über ihre Tätigkeiten im Rahmen dieser Verordnung. Sie machen die Jahresberichte ***für die Öffentlichkeit in einem standardisierten, maschinenlesbaren und auch für Menschen mit Behinderungen zugänglichen Format verfügbar*** und übermitteln sie der Kommission und dem Gremium.

Änderungsantrag 206

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 44 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) eine Bewertung der Auslegung des Herkunftslandprinzips bei den Aufsichts- und Durchsetzungsmaßnahmen der Koordinatoren für digitale Dienste, insbesondere im Hinblick auf Artikel 45.

Änderungsantrag 207

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 44 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Diese Berichte tragen hochsensiblen Informationen und Geschäftsgeheimnissen gebührend Rechnung.

Änderungsantrag 208

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 1 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Hat ein Koordinator für digitale Dienste Grund zu der Annahme, dass ein Anbieter von Vermittlungsdiensten, der nicht der rechtlichen Zuständigkeit des betreffenden Mitgliedstaats unterliegt, gegen diese Verordnung verstoßen hat, fordert er den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort auf, die Angelegenheit zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen.

Hat ein Koordinator für digitale Dienste Grund zu der Annahme, dass ein Anbieter von Vermittlungsdiensten, der nicht der rechtlichen Zuständigkeit des betreffenden Mitgliedstaats unterliegt, gegen diese Verordnung verstoßen hat, fordert er den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort auf, die Angelegenheit zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen. ***Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort bestätigt, dass die Aufforderung***

eingegangen ist und er die Angelegenheit prüfen und innerhalb von zehn Arbeitstagen die erforderlichen Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen ergreifen wird.

Leitet der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort ein Verfahren ein, so teilt er dem Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, alle Informationen mit, die er während des Verfahrens im Zusammenhang mit der Sache zusammengetragen hat.

Änderungsantrag 209

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort stellt jedem Koordinator für digitale Dienste in dem Gebiet, in dem der Diensteanbieter tätig ist, die Daten zur Verfügung, die für die Zwecke der Beaufsichtigung dieses Anbieters erhoben wurden und sich auf das Zuständigkeitsgebiet des Koordinators für digitale Dienste beziehen.

Änderungsantrag 210

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort trägt der Aufforderung oder Empfehlung gemäß Absatz 1 weitestgehend Rechnung. Ist er der Auffassung, dass er nicht über ausreichende Informationen verfügt, um der Aufforderung oder der Empfehlung

(3) Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort trägt der Aufforderung oder Empfehlung gemäß Absatz 1 weitestgehend Rechnung. Ist er der Auffassung, dass er nicht über ausreichende Informationen verfügt, um der Aufforderung oder der Empfehlung

Folge zu leisten, und hat er Grund zu der Annahme, dass der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder das Gremium zusätzliche Informationen bereitstellen könnte, kann er diese Informationen anfordern. **Die Frist gemäß Absatz 4 ruht, bis diese zusätzlichen Informationen vorliegen.**

Änderungsantrag 211

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort teilt dem Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder dem Gremium unverzüglich, in jedem Fall aber spätestens zwei Monate nach Eingang der Aufforderung oder der Empfehlung, seine Bewertung der mutmaßlichen Zuwiderhandlung oder gegebenenfalls die Bewertung einer etwaigen anderen nach nationalem Recht zuständigen Behörde sowie eine Erläuterung etwaiger Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen mit, die in diesem Zusammenhang ergriffen wurden oder geplant sind, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen.

Änderungsantrag 212

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 47 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Es wird eine unabhängige **Beratergruppe** der Koordinatoren für digitale Dienste für die Beaufsichtigung

Folge zu leisten, und hat er Grund zu der Annahme, dass der Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder das Gremium zusätzliche Informationen bereitstellen könnte, kann er diese Informationen anfordern.

Geänderter Text

(4) Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort teilt dem Koordinator für digitale Dienste, der die Aufforderung übermittelt hat, oder dem Gremium unverzüglich, in jedem Fall aber spätestens zwei Monate nach Eingang der Aufforderung oder der Empfehlung, seine Bewertung der mutmaßlichen Zuwiderhandlung oder gegebenenfalls die Bewertung einer etwaigen anderen nach nationalem Recht zuständigen Behörde sowie eine Erläuterung etwaiger Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen mit, die in diesem Zusammenhang ergriffen wurden oder geplant sind, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen, **oder gegebenenfalls die Gründe, aus denen er der Auffassung ist, dass dem Fall nicht weiter nachgegangen werden sollte.**

(1) Es wird eine unabhängige **Berater- und Koordinierungsgruppe** der Koordinatoren für digitale Dienste für die

der Anbieter von Vermittlungsdiensten mit der Bezeichnung „Europäisches Gremium für digitale Dienste“ (im Folgenden das „Gremium“) eingerichtet.

Beaufsichtigung der Anbieter von Vermittlungsdiensten mit der Bezeichnung „Europäisches Gremium für digitale Dienste“ (im Folgenden das „Gremium“) eingerichtet.

Änderungsantrag 213

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 47 – Absatz 2 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) Erleichterung der Kommunikation zwischen mehreren Koordinatoren für digitale Dienste und Schaffung eines sicheren Raums für den offenen Informationsaustausch.

Änderungsantrag 214

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 48 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Den Vorsitz des Gremiums führt **die Kommission**. **Die Kommission** beruft die Sitzungen ein und bereitet die Tagesordnung im Einklang mit den Aufgaben des Gremiums gemäß dieser Verordnung und seiner Geschäftsordnung vor.

(3) Den Vorsitz des Gremiums führt **ein Vorsitzender, der aus den Mitgliedern des Gremiums gewählt wird. Dem Vorsitz des Gremiums ist es nicht gestattet, gleichzeitig eine nationale Regulierungsstelle in einem Mitgliedstaat zu leiten. Das Mandat des Vorsitzes ist auf höchstens drei Jahre begrenzt und kann einmal verlängert werden. Der Vorsitz des Gremiums** beruft die Sitzungen ein und bereitet die Tagesordnung im Einklang mit den Aufgaben des Gremiums gemäß dieser Verordnung und seiner Geschäftsordnung vor.

Änderungsantrag 215

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 48 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

(6) Das Gremium gibt sich ***nach Zustimmung der Kommission*** eine Geschäftsordnung.

Geänderter Text

(6) Das Gremium gibt sich ***mit Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder*** eine Geschäftsordnung ***und regelt seine Arbeitsabläufe selbst.***

Änderungsantrag 216

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 50 – Absatz 1 – Unterabsatz 2**

Vorschlag der Kommission

Besteht Grund zu der Annahme, dass eine sehr große Online-Plattform gegen eine dieser Bestimmungen verstoßen hat, kann die Kommission von Amts wegen bzw. das Gremium auf eigene Initiative oder auf Aufforderung von mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort empfehlen, die mutmaßliche Zuwiderhandlung zu untersuchen, damit dieser Koordinator für digitale Dienste innerhalb einer angemessenen Frist eine diesbezügliche Entscheidung trifft.

Geänderter Text

(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)

Änderungsantrag 217

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 51 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 51a

Anforderungen an die Kommission

(1) Die Kommission nimmt ihre Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung unparteiisch, transparent und zeitnah wahr. Die Kommission sorgt dafür, dass ihre Referate, die für diese Verordnung zuständig sind, über angemessene technische, finanzielle und personelle Ressourcen verfügen, damit sie ihre

Aufgaben erfüllen können.

(2) Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Befugnisse gemäß dieser Verordnung handelt die Kommission völlig unabhängig. Sie arbeitet frei von direkten oder indirekten äußeren Einflüssen und holt weder Weisungen von anderen Behörden oder privaten Stellen ein noch nimmt sie solche Weisungen entgegen.

Änderungsantrag 218

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 52 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Auf Anfrage leitet die Kommission die erhaltenen Informationen an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und an das Gremium weiter.

Änderungsantrag 219

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 55 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Ein Beschluss gemäß Absatz 1 hat eine befristete Geltungsdauer und kann – sofern erforderlich und angemessen – verlängert werden.

(2) Ein Beschluss gemäß Absatz 1 hat eine befristete Geltungsdauer und kann – sofern erforderlich und angemessen – verlängert werden. *Wenn die Kommission einen solchen Beschluss erlässt, unterrichtet sie unverzüglich das Gremium und den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort.*

Änderungsantrag 220

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 57 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die Kommission die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die wirksame Umsetzung und Einhaltung dieser Verordnung durch die betreffende sehr große Online-Plattform zu überwachen. Die Kommission kann auch anordnen, dass diese Plattform Zugang zu ihren Datenbanken und Algorithmen gewährt und entsprechende Erläuterungen dazu gibt.

Geänderter Text

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die Kommission die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die wirksame Umsetzung und Einhaltung dieser Verordnung durch die betreffende sehr große Online-Plattform zu überwachen. Die Kommission kann auch anordnen, dass diese Plattform ***unbeschadet der Richtlinie (EU) 2016/943 über Geschäftsgeheimnisse*** Zugang zu ihren Datenbanken und Algorithmen gewährt und entsprechende Erläuterungen dazu gibt.

Änderungsantrag 221

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 58 – Absatz 2**

Vorschlag der Kommission

(2) Vor Erlass des Beschlusses gemäß Absatz 1 teilt die Kommission der betreffenden sehr großen Online-Plattform ihre vorläufige Beurteilung mit. In dieser vorläufigen Beurteilung erläutert die Kommission, welche Maßnahmen sie zu ergreifen beabsichtigt bzw. die betreffende sehr große Online-Plattform ergreifen sollte, um der vorläufigen Beurteilung wirksam Rechnung zu tragen.

Geänderter Text

(2) Vor Erlass des Beschlusses gemäß Absatz 1 teilt die Kommission der betreffenden sehr großen Online-Plattform, ***dem Gremium und dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort*** ihre vorläufige Beurteilung mit. In dieser vorläufigen Beurteilung erläutert die Kommission, welche Maßnahmen sie zu ergreifen beabsichtigt bzw. die betreffende sehr große Online-Plattform ergreifen sollte, um der vorläufigen Beurteilung wirksam Rechnung zu tragen.

Änderungsantrag 222

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 58 – Absatz 5**

Vorschlag der Kommission

(5) Stellt die Kommission fest, dass die Bedingungen des Absatzes 1 nicht erfüllt sind, so schließt sie die Untersuchung mit

Geänderter Text

(5) Stellt die Kommission fest, dass die Bedingungen des Absatzes 1 nicht erfüllt sind, so schließt sie die Untersuchung mit

einem Beschluss ab.

einem Beschluss ab ***und informiert das Gremium und den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort.***

Änderungsantrag 223

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 67 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die einschlägigen Ausschüsse des Europäischen Parlaments erhalten Zugang zu diesem Informationsaustauschsystem, damit eine demokratische Kontrolle stattfinden kann.

Änderungsantrag 224

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 73 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) ***Fünf*** Jahre nach dem Inkrafttreten und danach alle ***fünf*** Jahre bewertet die Kommission diese Verordnung und erstattet dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss hierüber Bericht.

(1) ***Spätestens drei*** Jahre nach dem Inkrafttreten und danach alle ***drei*** Jahre bewertet die Kommission diese Verordnung und erstattet dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss hierüber Bericht.

VERFAHREN DES MITBERATENDEN AUSSCHUSSES

Titel	Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und Änderung der Richtlinie 2000/31/EG
Bezugsdokumente – Verfahrensnummer	COM(2020)0825 – C9-0418/2020 – 2020/0361(COD)
Federführender Ausschuss Datum der Bekanntgabe im Plenum	IMCO 8.2.2021
Stellungnahme von Datum der Bekanntgabe im Plenum	ECON 8.2.2021
Verfasser(in) der Stellungnahme Datum der Benennung	Mikuláš Peksa 10.5.2021
Prüfung im Ausschuss	1.9.2021
Datum der Annahme	26.10.2021
Ergebnis der Schlussabstimmung	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> +: 52 </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> –: 5 </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> 0: 3 </div>
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Gerolf Annemans, Gunnar Beck, Marek Belka, Isabel Benjumea Benjumea, Lars Patrick Berg, Stefan Berger, Gilles Boyer, Engin Eroglu, Markus Ferber, Jonás Fernández, Raffaele Fitto, Frances Fitzgerald, Luis Garicano, Sven Giegold, Valentino Grant, Claude Gruffat, José Gusmão, Enikő Győri, Eero Heinäluoma, Michiel Hoogeveen, Danuta Maria Hübner, Stasys Jakeliūnas, France Jamet, Othmar Karas, Billy Kelleher, Ondřej Kovařík, Georgios Kyrtos, Aurore Lalucq, Aušra Maldeikienė, Pedro Marques, Costas Mavrides, Jörg Meuthen, Csaba Molnár, Siegfried Mureşan, Caroline Nagtegaal, Luděk Niedermayer, Lefteris Nikolaou-Alavanos, Piernicola Pedicini, Lídia Pereira, Kira Marie Peter-Hansen, Sirpa Pietikäinen, Dragoş Pîslaru, Evelyn Regner, Antonio Maria Rinaldi, Alfred Sant, Martin Schirdewan, Joachim Schuster, Ralf Seekatz, Pedro Silva Pereira, Paul Tang, Irene Tinagli, Ernest Urtasun, Inese Vaidere, Johan Van Oortveldt, Stéphanie Yon-Courtin, Marco Zanni, Roberts Zīle
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Janusz Lewandowski, Mikuláš Peksa, Mick Wallace

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

52	+
ECR	Lars Patrick Berg, Raffaele Fitto, Michiel Hoogeveen, Johan Van Overtveldt, Roberts Zīle
ID	Valentino Grant, Antonio Maria Rinaldi, Marco Zanni
NI	Enikő Győri
PPE	Isabel Benjumea Benjumea, Stefan Berger, Markus Ferber, Frances Fitzgerald, Danuta Maria Hübner, Othmar Karas, Georgios Kyrtos, Janusz Lewandowski, Aušra Maldeikienė, Siegfried Mureşan, Luděk Niedermayer, Lídia Pereira, Sirpa Pietikäinen, Ralf Seekatz, Inese Vaidere
Renew	Gilles Boyer, Engin Eroglu, Luis Garicano, Billy Kelleher, Ondřej Kovářik, Caroline Nagtegaal, Dragoş Pîslaru, Stéphanie Yon-Courtin
S&D	Marek Belka, Jonás Fernández, Eero Heinäluoma, Aurore Lalucq, Pedro Marques, Costas Mavrides, Csaba Molnár, Evelyn Regner, Alfred Sant, Joachim Schuster, Pedro Silva Pereira, Paul Tang, Irene Tinagli
Verts/ALE	Sven Giegold, Claude Gruffat, Stasys Jakeliūnas, Piernicola Pedicini, Mikuláš Peksa, Kira Marie Peter-Hansen, Ernest Urtasun

5	-
ID	Gunnar Beck, Jörg Meuthen
NI	Lefteris Nikolaou-Alavanos
The Left	José Gusmão, Mick Wallace

3	0
ID	Gerolf Annemans, France Jamet
The Left	Martin Schirdewan

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung

A

STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR VERKEHR UND TOURISMUS

für den Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG

(COM(2020)0825 – C9-0418/2020 – 2020/0361(COD))

Verfasser der Stellungnahme: Roman Haider

KURZE BEGRÜNDUNG

Hintergrund

Der grundlegende Rahmen, der die Erbringung digitaler Dienste im Binnenmarkt regelt, ist in der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr aus dem Jahr 2000 festgelegt. Das Ziel dieser Richtlinie besteht darin, den grenzüberschreitenden Zugang zu digitalen Diensten in der gesamten EU zu ermöglichen und die Kernaspekte für solche Dienste zu harmonisieren. Seitdem haben sich die Art, der Umfang und die Bedeutung der digitalen Dienste für die Wirtschaft und die Gesellschaft drastisch verändert. Geschäftsmodelle, die mit großen Online-Plattformen entstanden sind, haben die Landschaft der digitalen Dienste in der EU verändert. Inzwischen werden diese Dienste von einer Mehrheit der EU-Bürger täglich genutzt und beruhen auf mehrseitigen Geschäftsmodellen. Im Beherbergungssektor haben Online-Plattformen für kurzzeitige Vermietungen in den letzten Jahren den Markt umgestaltet.

Im Verlauf der Jahre hat sich für Anbieter digitaler Dienste eine wesentliche Rechtsunsicherheit herausgebildet, die den Umfang der Definition von Diensten der Informationsgesellschaft im EU-Besitzstand und insbesondere die Online-Plattformen der kollaborativen Wirtschaft im Transport- und Beherbergungssektor betrifft. Die Grenze zwischen den Online-Diensten, die im Fernabsatz angeboten werden, und den zugrunde liegenden Dienstleistungen, die üblicherweise offline erbracht werden, war und ist nicht immer eindeutig. Die Trennung dieser Dienste hat erhebliche Folgen, da Online-Dienste in den Anwendungsbereich der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr fallen können, während für die zugrunde liegenden Dienstleistungen gegebenenfalls sektorspezifische Vorschriften oder horizontale EU-Rechtsakte gelten. Betreiber haben häufig geäußert, dass sie aufgrund dieser Rechtsunsicherheit um ihr Wachstum besorgt sind.

Die einschlägigen Bestimmungen der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr wurden in den letzten Jahren vom Gerichtshof der EU ausgelegt. UberPop (C-434/15) wird nicht als Dienst der Informationsgesellschaft angesehen, Airbnb (C-390/18) und Star Taxi App

(C-62/19) hingegen schon.

Der Kommissionsvorschlag folgt der Auslegung des Gerichtshofs zum Umfang der Definition für die Dienste der Informationsgesellschaft. Nach dem neuen Vorschlag gilt die Definition des Begriffs „Dienst der Informationsgesellschaft“ nicht, wenn es sich bei dem Vermittlungsdienst um einen festen Bestandteil einer Gesamtdienstleistung handelt, deren Hauptbestandteil eine Dienstleistung ist, die unter eine andere rechtliche Qualifizierung fällt (Transport).

Standpunkt des Verfassers der Stellungnahme

Die digitalen Dienste sind zu einem wichtigen Rückgrat der digitalen Wirtschaft geworden und haben tiefgreifend zum sozialen und wirtschaftlichen Wandel in der EU beigetragen. Gleichzeitig hat die Nutzung dieser Dienste auch neue Risiken und Herausforderungen mit sich gebracht. Der Reformbedarf ist nach Auffassung des Verfassers durch die COVID-19-Pandemie zwangsläufig noch dringlicher geworden, da Geschäftsvorgänge aller Art zunehmend online abgewickelt werden. Zudem ist die wirtschaftliche Erholung in vielen krisengeschüttelten Wirtschaftszweigen vom Online-Geschäft abhängig – wie auch im Tourismus, der besonders unter den Auswirkungen der Pandemie gelitten hat und leidet.

Der Verfasser weist darauf hin, dass die in der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr dargelegten Grundsätze auch heute noch gültig sind, und betont, dass eine weitere Regulierung dieses Bereichs die Situation für Plattformen oder Nutzer nicht verschlechtern darf. Dies betrifft sowohl die Überwachung der digitalen Dienste als auch, insbesondere im Fall von Online-Plattformen, die zunehmenden Herausforderungen bei der Überwachung der von ihnen vermittelten Dienstleistungen.

In den letzten Jahren hat sich das Angebot an illegalen Diensten wie nicht-konformen Beherbergungsdienstleistungen auf Plattformen für Kurzzeitvermietungen deutlich ausgeweitet. Den Behörden fehlt es an Informationen und technischen Möglichkeiten, um technisch komplexe digitale Dienste zu überprüfen. Dies betrifft sowohl die Beaufsichtigung der digitalen Dienste als auch, insbesondere im Fall von Online-Plattformen, die zunehmenden Herausforderungen bei der Beaufsichtigung der zugrunde liegenden Dienstleistungen, die diese Dienste vermitteln, wie z. B. Beherbergungs- oder Transportdienstleistungen. Die bestehenden Vorschriften wurden von den Mitgliedstaaten und letztlich auch von den nationalen Gerichten differenziert angewandt.

Angesichts der oben genannten Unzulänglichkeiten bietet der Kommissionsvorschlag nach Ansicht des Verfassers einen horizontalen Rechtsrahmen, der für die grenzüberschreitende Erbringung digitaler Dienste rechtliche Klarheit gewährleistet und rechtliche Fragmentierung verringert. Der Verfasser dieser Stellungnahme ist jedoch der Auffassung, dass der Kommissionsvorschlag nicht ehrgeizig genug ist, wenn es um das Problem der illegalen Kurzzeitvermietungen geht. Auch wenn die Befugnisse der nationalen und lokalen Behörden, gegen illegale Inhalte (illegale Kurzzeitvermietungen) vorzugehen und Informationen bereitzustellen, ein Schritt in die richtige Richtung sind, sollte das Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA) nach Ansicht des Verfassers dieser Stellungnahme die Verantwortung der Plattformen klären, die Einhaltung der Registrierungssysteme und anderer geltender Vorschriften in der EU sicherzustellen, wie z. B. dann, wenn bei Kurzzeitvermietungen keine Registrierungsnummer existiert oder geltende Obergrenzen für Übernachtungen überschritten werden.

Der Verfasser geht davon aus, dass die Beherbergungsanbieter für die Einhaltung aller geltenden Vorschriften und die Behörden für die Durchsetzung dieser Vorschriften verantwortlich bleiben sollten, während die Plattformen dafür sorgen sollten, dass nur Unterkünfte mit einer validierten Registrierungsnummer vermietet werden können. In dieser Hinsicht ist der Verfasser der Auffassung, dass ein Verhaltenskodex für Kurzzeitvermietungen die Handlungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten sowie den Umfang der den Plattformen obliegenden Sorgfaltspflicht klären könnte.

Dem Verfasser zufolge kann nur ein freier Marktzugang zu einer wirtschaftlichen Erholung führen und muss nicht unbedingt als Nachteil für KMU gegenüber sehr großen Online-Plattformen angesehen werden. In diesem Zusammenhang ist der Verfasser der Ansicht, dass die Verordnung den KMU keinen zusätzlichen bürokratischen Aufwand aufbürden sollte, der ihren Marktzugang einschränken oder sogar unmöglich machen könnte.

Der Verfasser hebt die folgenden Aspekte hervor:

- Der übergeordnete Grundsatz der vorgeschlagenen Verordnung muss der Schutz der Nutzer sein, dem Vorrang gegenüber dem Schutz der Plattformen einzuräumen ist;
- Der Verfasser ist der Auffassung, dass die Definition von Werbung zu weit gefasst ist, was zu Unklarheiten und Einschränkungen im Beherbergungssektor führen könnte, da die Werbung in vielen Bereichen sehr spezifisch ist;
- Das Gesetz über digitale Dienste muss den Grundsatz des freien Wettbewerbs anerkennen und darf kein Instrument sein, das den Marktzugang für Marktteilnehmer aufgrund ihrer Größe, ihres Marktanteils oder ihres Geschäftskonzepts behindert;
- Der Verfasser betont, dass diese Verordnung nicht das Recht der Mitgliedstaaten berührt, die von den Plattformen für die Nutzer erbrachten Dienste zu regulieren.

ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Ausschuss für Verkehr und Tourismus ersucht den federführenden Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, folgende Änderungsanträge zu berücksichtigen:

Änderungsantrag 1

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) **Die Mitgliedstaaten führen zunehmend nationale Rechtsvorschriften zu den von dieser Verordnung abgedeckten Angelegenheiten ein, oder ziehen dies in Erwägung, und schaffen damit insbesondere Sorgfaltspflichten für Anbieter von Vermittlungsdiensten. Unter Berücksichtigung des von Natur aus grenzüberschreitenden Charakters des Internets, das im Allgemeinen für die Bereitstellung dieser Dienste verwendet wird, beeinträchtigen diese unterschiedlichen nationalen Rechtsvorschriften den Binnenmarkt, der gemäß Artikel 26 des Vertrags ein Raum ohne Binnengrenzen ist, in dem der freie Verkehr von Waren und Dienstleistungen sowie die Niederlassungsfreiheit gewährleistet sind. Die Bedingungen für die Erbringung von Vermittlungsdiensten im gesamten Binnenmarkt sollten harmonisiert werden, um Unternehmen Zugang zu neuen Märkten und Chancen zur Nutzung der Vorteile des Binnenmarkts zu verschaffen und gleichzeitig den Verbrauchern und anderen Nutzern eine größere Auswahl zu bieten.** *entfällt*

Änderungsantrag 2

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Komplexe regulatorische Anforderungen sowohl auf der Ebene der Union als auch der Ebene der Mitgliedstaaten haben zu hohen Verwaltungskosten und Rechtsunsicherheit für im Binnenmarkt tätige Vermittlungsdienste, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, beigetragen.

Änderungsantrag 3

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 3

Vorschlag der Kommission

(3) Damit das Online-Umfeld sicher, berechenbar und vertrauenswürdig ist und sowohl Bürgerinnen und -bürger der Union als auch andere Personen die ihnen in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) garantierten Grundrechte ausüben können, insbesondere das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit, auf unternehmerische Freiheit und auf Nichtdiskriminierung, ist unbedingt ein verantwortungsvolles und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von Vermittlungsdiensten erforderlich.

Geänderter Text

(3) Damit das Online-Umfeld sicher, berechenbar und vertrauenswürdig ist, **zur Gewährleistung von Rechtssicherheit** und sowohl Bürgerinnen und -bürger der Union als auch andere Personen die ihnen in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) garantierten Grundrechte ausüben können, insbesondere das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit, auf unternehmerische Freiheit und auf Nichtdiskriminierung, ist unbedingt ein verantwortungsvolles, **transparentes** und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von Vermittlungsdiensten erforderlich.

Änderungsantrag 4

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 4

Vorschlag der Kommission

(4) Um das Funktionieren des Binnenmarkts zu sicherzustellen und zu verbessern, sollten daher auf Unionsebene verbindliche gezielte, einheitliche, wirksame und verhältnismäßige Vorschriften festgelegt werden. Mit dieser

Geänderter Text

(4) Um das Funktionieren des Binnenmarkts zu sicherzustellen und zu verbessern, sollten daher auf Unionsebene verbindliche gezielte, einheitliche, wirksame und verhältnismäßige Vorschriften festgelegt werden. Mit dieser

Verordnung werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass im Binnenmarkt innovative digitale Dienste entstehen und expandieren können. Die Angleichung der nationalen Regulierungsmaßnahmen bezüglich der Anforderungen an Anbieter von Vermittlungsdiensten auf Unionsebene ist erforderlich, um eine Fragmentierung des Binnenmarkts zu vermeiden und zu beenden, die Rechtssicherheit zu **gewährleisten** und somit die Unsicherheit für Entwickler zu verringern und die Interoperabilität zu fördern. Durch die technologieneutrale Gestaltung der Anforderungen sollte die Innovation nicht gehemmt, sondern vielmehr gefördert werden.

Verordnung werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass im Binnenmarkt innovative digitale Dienste entstehen und expandieren können. Die Angleichung der nationalen Regulierungsmaßnahmen bezüglich der Anforderungen an Anbieter von Vermittlungsdiensten auf Unionsebene ist erforderlich, um eine Fragmentierung des Binnenmarkts zu vermeiden und zu beenden, **eine sichere Umgebung und die Rechtssicherheit für Plattformen, Benutzer und öffentliche Behörden zu schaffen und erhalten** und somit die Unsicherheit für Entwickler zu verringern und die Interoperabilität zu fördern. Durch die technologieneutrale Gestaltung der Anforderungen sollte die Innovation nicht gehemmt, sondern vielmehr gefördert werden.

Änderungsantrag 5

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 5

Vorschlag der Kommission

(5) Diese Verordnung sollte für die Anbieter bestimmter Dienste der Informationsgesellschaft im Sinne der Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates²⁶ gelten, also für jede in der Regel gegen Entgelt elektronisch im Fernabsatz und im individuellen Auftrag eines Nutzers erbrachte Dienstleistung. Im Einzelnen sollte diese Verordnung für die Anbieter von Vermittlungsdiensten gelten, insbesondere für Anbieter einer „reinen Durchleitung“, von „Caching-Leistungen“ und von „Hosting-Diensten“, da die Nutzung dieser Dienste – hauptsächlich zu verschiedensten berechtigten und gesellschaftlich vorteilhaften Zwecken – exponentiell angestiegen ist und sie dadurch auch bei der Vermittlung und Verbreitung rechtswidriger oder anderweitig schädlicher Informationen und

Geänderter Text

(5) Diese Verordnung sollte für die Anbieter bestimmter Dienste der Informationsgesellschaft im Sinne der Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates²⁶ gelten, also für jede in der Regel gegen Entgelt elektronisch im Fernabsatz und im individuellen Auftrag eines Nutzers erbrachte Dienstleistung. Im Einzelnen sollte diese Verordnung für die Anbieter von Vermittlungsdiensten gelten, insbesondere für Anbieter einer „reinen Durchleitung“, von „Caching-Leistungen“ und von „Hosting-Diensten“, da die Nutzung dieser Dienste – hauptsächlich zu verschiedensten berechtigten und gesellschaftlich vorteilhaften Zwecken – exponentiell angestiegen ist und sie dadurch auch bei der Vermittlung und Verbreitung rechtswidriger oder anderweitig schädlicher Informationen und

Tätigkeiten eine immer wichtigere Rolle spielen.

Tätigkeiten eine immer wichtigere Rolle spielen. ***Hebt in diesem Zusammenhang die Bedeutung und die Besonderheiten des Marktes der Online-Plattformen in den Bereichen Verkehr und Tourismus hervor, die einen branchenspezifischen Ansatz und besondere Aufmerksamkeit erforderlich machen.***

²⁶ Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1).

²⁶ Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1).

Änderungsantrag 6

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 6

Vorschlag der Kommission

(6) In der Praxis vermitteln bestimmte Anbieter von Vermittlungsdiensten Dienstleistungen, die auf elektronischem oder nicht elektronischem Wege erbracht werden können, etwa IT-Dienstleistungen auf Distanz oder ***Transport-***, Beherbergungs- oder Lieferdienste. Diese Verordnung sollte nur für Vermittlungsdienste gelten und die Anforderungen unberührt lassen, die im Unions- oder nationalen Recht für über Vermittlungsdienste vermittelte Produkte oder Dienstleistungen festgelegt sind; dies gilt auch, wenn der Vermittlungsdienst fester Bestandteil einer anderen Dienstleistung ist, bei der es sich nicht um einen Vermittlungsdienst im Sinne der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union handelt.

Geänderter Text

(6) In der Praxis vermitteln bestimmte Anbieter von Vermittlungsdiensten Dienstleistungen, die auf elektronischem oder nicht elektronischem Wege erbracht werden können, etwa IT-Dienstleistungen auf Distanz oder ***Transportdienste für Personen und Waren***, Beherbergungs- oder Lieferdienste. Diese Verordnung sollte nur für Vermittlungsdienste gelten und die Anforderungen unberührt lassen, die im Unions- oder nationalen Recht für über Vermittlungsdienste vermittelte Produkte oder Dienstleistungen festgelegt sind; dies gilt auch, wenn der Vermittlungsdienst fester Bestandteil einer anderen Dienstleistung ist, bei der es sich nicht um einen Vermittlungsdienst im Sinne der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union handelt.

Änderungsantrag 7

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 7

Vorschlag der Kommission

(7) Um die Wirksamkeit der in dieser Verordnung festgelegten Vorschriften sowie faire Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt zu gewährleisten, sollten diese Vorschriften für Anbieter von Vermittlungsdiensten unabhängig von ihrem Niederlassungsort oder Wohnsitz gelten, sofern sie Dienste in der Union erbringen, belegt durch eine wesentliche Verbindung zur Union.

Geänderter Text

(7) Um die Wirksamkeit der in dieser Verordnung festgelegten Vorschriften sowie faire Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt zu gewährleisten, sollten diese Vorschriften für Anbieter von Vermittlungsdiensten unabhängig von ihrem Niederlassungsort oder Wohnsitz gelten, sofern sie Dienste in der Union erbringen, belegt durch eine wesentliche Verbindung zur Union. ***In Anbetracht der Tatsache, dass die digitale Wirtschaft, insbesondere Plattformen, erhebliche Auswirkungen auf seit langem etablierte regulierte Geschäftsmodelle in vielen strategischen Sektoren wie Verkehr und Tourismus haben kann, sollte die Kommission gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen Online-Plattformen und traditionellen Unternehmen, die im Verkehrs- und Tourismussektor tätig sind, fördern.***

Änderungsantrag 8

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 12

Vorschlag der Kommission

(12) Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte die Definition des Begriffs „illegale Inhalte“ für die Zwecke dieser Verordnung weit gefasst werden; er umfasst auch Informationen im Zusammenhang mit illegalen Inhalten, Produkten, Dienstleistungen oder Tätigkeiten. Insbesondere sollte der Begriff so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form

Geänderter Text

(12) Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte die Definition des Begriffs „illegale Inhalte“ für die Zwecke dieser Verordnung weit gefasst werden ***und auf dem allgemeinen Gedanken beruhen, dass das, was offline illegal ist, auch online illegal sein sollte***; er umfasst auch Informationen im Zusammenhang mit illegalen Inhalten, Produkten, Dienstleistungen oder Tätigkeiten

bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale Hassrede, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängen, etwa der Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, dem Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, der nicht genehmigten Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht. In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung sich aus dem Unionsrecht oder aus mit dem Unionsrecht im Einklang stehendem nationalem Recht ergibt, um welche Art von Rechtsvorschriften es geht und was diese zum Gegenstand haben.

Insbesondere sollte der Begriff so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale Hassrede, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängen, etwa der Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder **oder Videos** ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, dem Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, der nicht genehmigten Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht, **dem Anbieten von Diensten, für die eine Lizenz oder Genehmigung einer zuständigen nationalen Behörde erforderlich ist, ohne über die entsprechenden Berechtigungsnachweise zu verfügen, und dem Anbieten einer illegalen Kurzzeitvermietung von touristischen Unterkünften.** In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung sich aus dem Unionsrecht oder aus mit dem Unionsrecht im Einklang stehendem nationalem Recht ergibt, um welche Art von Rechtsvorschriften es geht und was diese zum Gegenstand haben.

Änderungsantrag 9

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 23

Vorschlag der Kommission

(23) Um den wirksamen Schutz der Verbraucher bei Geschäftsvorgängen im Internet über Vermittlungsdienste zu gewährleisten, sollten bestimmte Anbieter von Hosting-Diensten, nämlich Online-Plattformen, die Verbrauchern das

Geänderter Text

(23) Um den wirksamen **und zuverlässigen** Schutz der Verbraucher bei Geschäftsvorgängen im Internet über Vermittlungsdienste zu gewährleisten, sollten bestimmte Anbieter von Hosting-Diensten, nämlich Online-Plattformen, die

Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmern ermöglichen, den Haftungsausschluss für Anbieter von Hosting-Diensten gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch nehmen können, sofern diese Online-Plattformen die einschlägigen Informationen bezüglich der betreffenden Vorgänge in einer Weise darstellen, bei der Verbraucher davon ausgehen können, dass die Informationen entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht oder Kontrolle unterstehenden Nutzer bereitgestellt werden und die Online-Plattformen deshalb Kenntnis von oder Kontrolle über die Informationen haben müssen, selbst wenn dem nicht tatsächlich so ist. In dieser Hinsicht sollte objektiv und auf Grundlage aller relevanten Umstände ermittelt werden, ob die Darstellung bei einem durchschnittlichen und angemessen informierten Verbraucher diesen Eindruck erwecken kann.

Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmern ermöglichen, den Haftungsausschluss für Anbieter von Hosting-Diensten gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch nehmen können, sofern diese Online-Plattformen die einschlägigen **und zutreffenden** Informationen bezüglich der betreffenden Vorgänge in einer Weise darstellen, bei der Verbraucher davon ausgehen können, dass die Informationen entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht oder Kontrolle unterstehenden Nutzer bereitgestellt werden und die Online-Plattformen deshalb Kenntnis von oder Kontrolle über die Informationen haben müssen, selbst wenn dem nicht tatsächlich so ist. In dieser Hinsicht sollte objektiv und auf Grundlage aller relevanten Umstände ermittelt werden, ob die Darstellung bei einem durchschnittlichen und angemessen informierten Verbraucher diesen Eindruck erwecken kann.

Änderungsantrag 10

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 34

Vorschlag der Kommission

(34) Um die Ziele dieser Verordnung zu erreichen und insbesondere das Funktionieren des Binnenmarkts zu verbessern und ein sicheres und transparentes Online-Umfeld zu gewährleisten, ist es erforderlich, eindeutige und ausgewogene harmonisierte Sorgfaltspflichten für die Anbieter von Vermittlungsdiensten festzulegen. Mit diesen Verpflichtungen sollte insbesondere darauf abgezielt werden, die Verwirklichung verschiedener politischer Ziele wie der Sicherheit und des Vertrauens der Nutzer, einschließlich der minderjährigen und schutzbedürftigen Nutzer, zu gewährleisten, die einschlägigen

Geänderter Text

(34) Um die Ziele dieser Verordnung zu erreichen und insbesondere das Funktionieren des Binnenmarkts zu verbessern und ein sicheres und transparentes Online-Umfeld zu gewährleisten, ist es erforderlich, eindeutige und ausgewogene harmonisierte Sorgfaltspflichten für die Anbieter von Vermittlungsdiensten festzulegen. Mit diesen Verpflichtungen sollte **illegalen Praktiken entgegengetreten und** insbesondere darauf abgezielt werden, die Verwirklichung verschiedener politischer Ziele wie der Sicherheit und des Vertrauens der Nutzer, einschließlich der minderjährigen und schutzbedürftigen

in der Charta verankerten Grundrechte zu schützen, die sinnvolle Rechenschaftspflicht der Anbieter sicherzustellen und die Nutzer sowie andere betroffene Parteien zu stärken und den zuständigen Behörden zugleich die erforderliche Aufsicht zu erleichtern.

Nutzer, zu gewährleisten, die einschlägigen in der Charta verankerten Grundrechte zu schützen, die sinnvolle Rechenschaftspflicht der Anbieter sicherzustellen und die Nutzer sowie andere betroffene Parteien zu stärken und den zuständigen Behörden zugleich die erforderliche Aufsicht zu erleichtern.

Änderungsantrag 11

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 37

Vorschlag der Kommission

(37) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten mit Sitz in einem Drittstaat, die Dienste in der Union anbieten, sollten einen hinreichend bevollmächtigten Rechtsvertreter in der Union benennen und Informationen über ihren Rechtsvertreter bereitstellen, um die wirksame Aufsicht und erforderlichenfalls die Durchsetzung dieser Verordnung in Bezug auf diese Anbieter zu ermöglichen. Die Rechtsvertreter sollten auch als Kontaktstellen fungieren können, sofern die einschlägigen Anforderungen dieser Verordnung eingehalten werden.

Geänderter Text

(37) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten mit Sitz in einem Drittstaat, die Dienste in der Union anbieten, sollten einen hinreichend bevollmächtigten Rechtsvertreter in der Union benennen und Informationen über ihren Rechtsvertreter bereitstellen, um die wirksame Aufsicht und erforderlichenfalls die Durchsetzung dieser Verordnung in Bezug auf diese Anbieter zu ermöglichen. Die Rechtsvertreter sollten auch als Kontaktstellen fungieren können, sofern die einschlägigen Anforderungen dieser Verordnung eingehalten werden. ***Keine Bestimmung dieser Verordnung verbietet es den Anbietern von Vermittlungsdiensten, eine kollektive Vertretung einzurichten oder die Dienste eines Rechtsvertreters auf andere Weise, auch vertraglich, in Anspruch zu nehmen, sofern der Rechtsvertreter die ihm in dieser Verordnung zugewiesene Rolle erfüllen kann. Anbieter von Vermittlungsdiensten, bei denen es sich um Kleinstunternehmen oder kleine Unternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt und denen es nach angemessenen Bemühungen nicht gelungen ist, die Dienste eines Rechtsvertreters in Anspruch zu nehmen, sollten beantragen können, dass der Koordinator für digitale***

Dienste des Mitgliedstaats, in dem das Unternehmen einen Rechtsvertreter zu etablieren beabsichtigt, die weitere Zusammenarbeit erleichtert und mögliche Lösungen empfiehlt. Dazu gehören auch Möglichkeiten der kollektiven Vertretung.

Änderungsantrag 12

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 43

Vorschlag der Kommission

(43) Um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden, sollten die zusätzlichen Verpflichtungen für Online-Plattformen im Rahmen dieser Verordnung nicht für Kleinstunternehmen **und** kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission⁴¹ gelten, es sei denn ihre Reichweite und Wirkung sind so erheblich, dass sie die Kriterien für eine Einstufung als sehr große Online-Plattformen im Sinne dieser Verordnung erfüllen. Die in der genannten Empfehlung enthaltenen Konsolidierungsvorschriften tragen dazu bei, sicherzustellen, dass jeglicher Umgehung dieser zusätzlichen Verpflichtungen vorgebeugt wird. Dass Kleinstunternehmen **und** kleine Unternehmen von diesen zusätzlichen Verpflichtungen ausgenommen sind, sollte nicht dahingehend ausgelegt werden, dass ihre Fähigkeit beeinträchtigt wäre, auf freiwilliger Basis ein System einzurichten, das einer oder mehreren dieser Verpflichtungen genügt.

Geänderter Text

(43) Um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden, sollten die zusätzlichen Verpflichtungen **und verwaltungstechnischen Erfordernisse** für Online-Plattformen im Rahmen dieser Verordnung nicht für Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission⁴¹ gelten, es sei denn ihre Reichweite und Wirkung sind so erheblich, dass sie die Kriterien für eine Einstufung als sehr große Online-Plattformen im Sinne dieser Verordnung erfüllen. **In diese Verordnung sollte betont werden, wie wichtig Plattformen der kollaborativen Wirtschaft, auf denen Dienste sowohl von Einzelpersonen als auch von gewerblichen Anbietern angeboten werden, für die Verkehrs- und Tourismusbranche sind. Außerdem sollte vermieden werden, dass den Anbietern von Peer-to-Peer-Diensten unverhältnismäßige Informationspflichten und unnötiger Verwaltungsaufwand auferlegt werden.** Die in der genannten Empfehlung enthaltenen Konsolidierungsvorschriften tragen dazu bei, sicherzustellen, dass jeglicher Umgehung dieser zusätzlichen Verpflichtungen vorgebeugt wird. Dass Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen von diesen zusätzlichen Verpflichtungen ausgenommen sind, sollte nicht

dahingehend ausgelegt werden, dass ihre Fähigkeit beeinträchtigt wäre, auf freiwilliger Basis ein System einzurichten, das einer oder mehreren dieser Verpflichtungen genügt.

⁴¹ Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).

⁴¹ Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).

Änderungsantrag 13

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 46

Vorschlag der Kommission

(46) Abhilfe bei illegalen Inhalten kann schneller und zuverlässiger erfolgen, wenn Online-Plattformen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass von vertrauenswürdigen Hinweisgebern im Rahmen der in dieser Verordnung vorgeschriebenen Melde- und Abhilfemechanismen eingereichte Meldungen vorrangig bearbeitet werden, unbeschadet der Verpflichtung, sämtliche über diese Mechanismen eingereichte Meldungen rasch, sorgfältig und objektiv zu bearbeiten und Entscheidungen dazu zu treffen. Dieser Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers sollte nur an Stellen, nicht an Einzelpersonen, vergeben werden, die unter anderem nachgewiesen haben, dass sie über besondere Sachkenntnis und Kompetenz im Umgang mit illegalen Inhalten verfügen, dass sie kollektive Interessen vertreten und dass sie ihre Tätigkeit sorgfältig und objektiv durchführen. Es kann sich dabei um öffentliche Stellen handeln, bei terroristischen Inhalten etwa die Meldestellen für Internetinhalte der nationalen Strafverfolgungsbehörden oder

Geänderter Text

(46) Abhilfe bei illegalen Inhalten kann schneller und zuverlässiger erfolgen, wenn Online-Plattformen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass von vertrauenswürdigen Hinweisgebern im Rahmen der in dieser Verordnung vorgeschriebenen Melde- und Abhilfemechanismen eingereichte Meldungen vorrangig bearbeitet werden, **in Abhängigkeit von der Schwere der rechtswidrigen Tätigkeit**, unbeschadet der Verpflichtung, sämtliche über diese Mechanismen eingereichte Meldungen rasch, sorgfältig und objektiv zu bearbeiten und Entscheidungen dazu zu treffen. Dieser Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers sollte nur an Stellen, nicht an Einzelpersonen, vergeben werden, die unter anderem nachgewiesen haben, dass sie über besondere Sachkenntnis und Kompetenz im Umgang mit illegalen Inhalten verfügen, dass sie kollektive Interessen vertreten und dass sie ihre Tätigkeit sorgfältig und objektiv durchführen. Es kann sich dabei um öffentliche Stellen handeln, bei terroristischen Inhalten etwa die

der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), oder um Nichtregierungsorganisationen und halböffentliche Stellen, etwa Organisationen, die Teil des INHOPE-Meldestellennetzes zur Meldung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch sind, oder Organisationen für die Meldung illegaler rassistischer und fremdenfeindlicher Darstellungen im Internet. Bei Rechten des geistigen Eigentums könnten Branchenorganisationen und Organisationen von Rechtsinhabern den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers erhalten, sofern sie nachgewiesen haben, dass sie die geltenden Bedingungen erfüllen. Die Vorschriften dieser Verordnung in Bezug auf vertrauenswürdige Hinweisgeber sollten nicht so ausgelegt werden, dass sie die Online-Plattformen daran hindern, Meldungen von Stellen oder Einzelpersonen ohne den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers im Sinne dieser Verordnung auf ähnliche Weise zu behandeln oder im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates⁴³, auf andere Art mit weiteren Stellen zusammenzuarbeiten.

⁴³ Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).

Meldestellen für Internetinhalte der nationalen Strafverfolgungsbehörden oder der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), oder um Nichtregierungsorganisationen und halböffentliche Stellen, etwa Organisationen, die Teil des INHOPE-Meldestellennetzes zur Meldung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch sind, oder Organisationen für die Meldung illegaler rassistischer und fremdenfeindlicher Darstellungen im Internet. Bei Rechten des geistigen Eigentums könnten Branchenorganisationen und Organisationen von Rechtsinhabern den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers erhalten, sofern sie nachgewiesen haben, dass sie die geltenden Bedingungen erfüllen. Die Vorschriften dieser Verordnung in Bezug auf vertrauenswürdige Hinweisgeber sollten nicht so ausgelegt werden, dass sie die Online-Plattformen daran hindern, Meldungen von Stellen oder Einzelpersonen ohne den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers im Sinne dieser Verordnung auf ähnliche Weise zu behandeln oder im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates⁴³, auf andere Art mit weiteren Stellen zusammenzuarbeiten.

⁴³ Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).

Änderungsantrag 14

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 49

Vorschlag der Kommission

(49) Um zu einem sicheren, vertrauenswürdigen und transparenten Online-Umfeld für Verbraucher sowie für andere Beteiligte, etwa konkurrierende Unternehmer oder Inhaber von Rechten des geistigen Eigentums, beizutragen und Unternehmer vom Verkauf von Produkten und Dienstleistungen unter Verstoß gegen die geltenden Vorschriften abzuhalten, sollten Online-Plattformen, auf denen Verbraucher Fernabsatzverträge mit Unternehmern abschließen können, sicherstellen, dass diese Unternehmer nachverfolgt werden können. Der Unternehmer sollte daher verpflichtet sein, der Online-Plattform bestimmte grundlegende Informationen zur Verfügung zu stellen, auch um für Produkte zu werben oder sie anzubieten. Diese Anforderung sollte auch für Unternehmer gelten, die auf der Grundlage zugrunde liegender Vereinbarungen im Namen von Marken für Produkte werben oder diese anbieten. Diese Online-Plattformen sollten **sämtliche** Informationen für einen angemessenen Zeitraum, der nicht über das erforderliche Maß hinausgeht, sicher speichern, damit diese im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich des Rechts auf Schutz personenbezogener Daten, von Behörden und privaten Parteien mit einem berechtigten Interesse eingesehen werden können, auch aufgrund von in dieser Verordnung genannten Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen.

Geänderter Text

(49) Um zu einem sicheren, vertrauenswürdigen und transparenten Online-Umfeld für Verbraucher sowie für andere Beteiligte, etwa konkurrierende Unternehmer oder Inhaber von Rechten des geistigen Eigentums, beizutragen und Unternehmer vom Verkauf von Produkten und Dienstleistungen unter Verstoß gegen die geltenden Vorschriften abzuhalten, sollten Online-Plattformen, auf denen Verbraucher Fernabsatzverträge mit Unternehmern abschließen können, sicherstellen, dass diese Unternehmer, **ihre angebotenen Produkte und Dienstleistungen** nachverfolgt werden können. Der Unternehmer sollte daher verpflichtet sein, der Online-Plattform bestimmte grundlegende Informationen zur Verfügung zu stellen, auch um für Produkte **oder Dienstleistungen** zu werben oder sie anzubieten. Diese Anforderung sollte auch für Unternehmer gelten, die auf der Grundlage zugrunde liegender Vereinbarungen im Namen von Marken für Produkte werben oder diese anbieten. Diese Online-Plattformen sollten **solche** Informationen **verifizieren und sie** für einen angemessenen Zeitraum, der nicht über das erforderliche Maß hinausgeht, sicher speichern, damit diese im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich des Rechts auf Schutz personenbezogener Daten, von Behörden und privaten Parteien mit einem berechtigten Interesse eingesehen werden können, auch aufgrund von in dieser Verordnung genannten Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen.

Änderungsantrag 15

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 50

Vorschlag der Kommission

(50) Um eine effiziente und angemessene Anwendung dieser Verpflichtung sicherzustellen, ohne unverhältnismäßige Belastungen aufzuerlegen, sollten die erfassten Online-Plattformen angemessene Bemühungen um die Überprüfung der Zuverlässigkeit der von den betreffenden Unternehmern bereitgestellten Informationen unternehmen, insbesondere durch die Nutzung frei zugänglicher amtlicher Online-Datenbanken oder Online-Schnittstellen, etwa nationaler Handelsregister und des Mehrwertsteuer-Informationsaustauschsystems⁴⁵, **oder indem** sie die betreffenden Unternehmer auffordern, belastbare Unterlagen als Nachweise vorzulegen, etwa Kopien von Identitätsdokumenten, zertifizierte Bankauszüge, Unternehmenszertifikate oder Auszüge aus dem Handelsregister. Sie können für die Einhaltung dieser Verpflichtung auch auf andere für die Nutzung auf Distanz verfügbare Quellen zurückgreifen, die vergleichbare Zuverlässigkeit bieten. Die erfassten Online-Plattformen sollten jedoch nicht verpflichtet werden, übermäßige oder kostspielige Nachforschungen im Internet anzustellen oder Kontrollen vor Ort durchzuführen. Auch sollte nicht davon ausgegangen werden, dass Online-Plattformen, die bereits angemessene Bemühungen gemäß dieser Verordnung unternommen haben, die Zuverlässigkeit der Informationen gegenüber Verbrauchern oder anderen Beteiligten gewährleisten. Solche Online-Plattformen sollten ihre Online-Schnittstelle zudem so gestalten und aufbauen, dass Unternehmer ihren Verpflichtungen gemäß dem Unionsrecht nachkommen können, insbesondere den

Geänderter Text

(50) Um eine effiziente und angemessene Anwendung dieser Verpflichtung sicherzustellen, ohne unverhältnismäßige Belastungen aufzuerlegen, sollten die erfassten Online-Plattformen angemessene Bemühungen um die Überprüfung der Zuverlässigkeit der von den betreffenden Unternehmern bereitgestellten Informationen unternehmen, insbesondere durch die Nutzung frei zugänglicher amtlicher Online-Datenbanken oder Online-Schnittstellen, etwa nationaler Handelsregister und des Mehrwertsteuer-Informationsaustauschsystems⁴⁵. **Zum Beispiel könnten frei zugängliche Datenbanken für Kurzzeitvermietungen von touristischen Unterkünften, die den nationalen und örtlichen Anforderungen entsprechen, durch die zuständigen Behörden eingerichtet und gepflegt werden. Online-Plattformen, die solche Objekte listen, könnten überprüfen, ob die Kurzzeitvermietung von touristischen Unterkünften legal möglich ist. Zusätzliche Verifizierung könnte für Plattformen bedeuten, dass** sie die betreffenden Unternehmer auffordern, belastbare Unterlagen als Nachweise vorzulegen, etwa Kopien von Identitätsdokumenten, zertifizierte Bankauszüge, Unternehmenszertifikate oder Auszüge aus dem Handelsregister. Sie können für die Einhaltung dieser Verpflichtung auch auf andere für die Nutzung auf Distanz verfügbare Quellen zurückgreifen, die vergleichbare Zuverlässigkeit bieten. Die erfassten Online-Plattformen sollten jedoch nicht verpflichtet werden, übermäßige oder kostspielige Nachforschungen im Internet anzustellen oder Kontrollen vor Ort

Anforderungen gemäß Artikel 6 und 8 der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁶, Artikel 7 der Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁷ und Artikel 3 der Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁸.

durchzuführen. Auch sollte nicht davon ausgegangen werden, dass Online-Plattformen, die bereits angemessene Bemühungen gemäß dieser Verordnung unternommen haben, die Zuverlässigkeit der Informationen gegenüber Verbrauchern oder anderen Beteiligten gewährleisten. Solche Online-Plattformen sollten ihre Online-Schnittstelle zudem so gestalten und aufbauen, dass Unternehmer ihren Verpflichtungen gemäß dem Unionsrecht nachkommen können, insbesondere den Anforderungen gemäß Artikel 6 und 8 der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁶, Artikel 7 der Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁷ und Artikel 3 der Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁸.

45

https://ec.europa.eu/taxation_customs/vies/vieshome.do?locale=de

⁴⁶ Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

⁴⁷ Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken).

⁴⁸ Richtlinie 98/6/EG des Europäischen

45

https://ec.europa.eu/taxation_customs/vies/vieshome.do?locale=de

⁴⁶ Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

⁴⁷ Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken).

⁴⁸ Richtlinie 98/6/EG des Europäischen

Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 über den Schutz der Verbraucher bei der Angabe der Preise der ihnen angebotenen Erzeugnisse.

Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 über den Schutz der Verbraucher bei der Angabe der Preise der ihnen angebotenen Erzeugnisse.

Begründung

Die DSA kann eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung des Verkaufs illegaler Kurzzeitvermietungen (STR) spielen.

Änderungsantrag 16

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 52

Vorschlag der Kommission

(52) Online-Werbung spielt im Online-Umfeld eine wichtige Rolle, auch bei der Erbringung von Diensten von Online-Plattformen. Online-Werbung kann jedoch erhebliche Risiken bergen – von Werbung, die selbst illegale Inhalte aufweist, bis hin zu Beiträgen zu finanziellen Anreizen für die Veröffentlichung oder Verstärkung illegaler oder anderweitig schädlicher Online-Inhalte und -Tätigkeiten oder einer diskriminierenden Darstellung von Werbung, die der Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Bürgerinnen und Bürger zuwiderläuft. Neben den Anforderungen aus Artikel 6 der Richtlinie 2000/31/EG sollten Online-Plattformen daher verpflichtet werden sicherzustellen, dass die Nutzer bestimmte individuelle Informationen darüber erhalten, wann und in wessen Auftrag die Werbung angezeigt wird. **Zudem sollten die Nutzer Informationen darüber erhalten, anhand welcher Hauptparameter bestimmt wird, welche Werbung ihnen angezeigt wird, wobei aussagekräftige Erläuterungen zur zugrunde liegenden Logik bereitgestellt werden sollten, einschließlich der Angabe, wann Profiling genutzt wird.** Die Anforderungen dieser Verordnung an die

Geänderter Text

(52) Online-Werbung spielt im Online-Umfeld eine wichtige Rolle, auch bei der Erbringung von Diensten von Online-Plattformen. Online-Werbung kann jedoch erhebliche Risiken bergen – von Werbung, die selbst illegale Inhalte aufweist, bis hin zu Beiträgen zu finanziellen Anreizen für die Veröffentlichung oder Verstärkung illegaler oder anderweitig schädlicher Online-Inhalte und -Tätigkeiten oder einer diskriminierenden Darstellung von Werbung, die der Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Bürgerinnen und Bürger zuwiderläuft. Neben den Anforderungen aus Artikel 6 der Richtlinie 2000/31/EG sollten Online-Plattformen daher verpflichtet werden sicherzustellen, dass die Nutzer bestimmte individuelle Informationen darüber erhalten, wann und in wessen Auftrag die Werbung angezeigt wird. Die Anforderungen dieser Verordnung an die Bereitstellung von Informationen in Bezug auf Werbung gelten unbeschadet der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679, insbesondere was das Widerspruchsrecht und die automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall betrifft, einschließlich des Profiling und insbesondere der

Bereitstellung von Informationen in Bezug auf Werbung gelten unbeschadet der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679, insbesondere was das Widerspruchsrecht und die automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall betrifft, einschließlich des Profiling und insbesondere der Notwendigkeit, vor der Verarbeitung personenbezogener Daten für gezielte Werbung die Einwilligung der betroffenen Person einzuholen. Zudem gilt sie unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie 2002/58/EG, insbesondere in Bezug auf die Speicherung von Informationen auf Endgeräten und den Zugang zu dort gespeicherten Informationen.

Notwendigkeit, vor der Verarbeitung personenbezogener Daten für gezielte Werbung die Einwilligung der betroffenen Person einzuholen. Zudem gilt sie unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie 2002/58/EG, insbesondere in Bezug auf die Speicherung von Informationen auf Endgeräten und den Zugang zu dort gespeicherten Informationen.

Begründung

Diese Verpflichtung sollte kleine und mittelständische Unternehmen, die stark von gezielter Werbung als Hauptweg zur Akquise potenzieller Kunden abhängig sind, nicht zu sehr belasten.

Änderungsantrag 17

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 54 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(54a) In diesem Zusammenhang ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass bestimmte Sektoren wie Plattformen für die Kurzzeitvermietung von Unterkünften, selbst wenn sie als sehr große Online-Plattform eingestuft werden, nur ein geringes Risiko für den Schutz der Grundrechte der Nutzer darstellen können.

Änderungsantrag 18

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 55

(55) Angesichts der für Plattformtätigkeiten typischen Netz-Effekte kann sich die Nutzerbasis einer Online-Plattform rasch verbreitern und die einer sehr großen Online-Plattform mit den damit verbundenen Auswirkungen auf den Binnenmarkt erreichen. Dies kann z. B. der Fall sein, wenn die Online-Plattform über einen kurzen Zeitraum exponentiell wächst oder aufgrund einer breiten globalen Präsenz und ihres Umsatzes Netz-Effekte sowie Skalen- und Verbundeffekte vollständig nutzen kann. Insbesondere ein hoher Jahresumsatz oder eine hohe Marktkapitalisierung können darauf hindeuten, dass sich die Nutzerreichweite schnell erhöht. In diesen Fällen *sollte* der Koordinator für digitale Dienste die Plattform zu einer häufigeren Berichterstattung über die Nutzerbasis verpflichten *können*, um den Zeitpunkt, zu dem die Plattform als sehr große Online-Plattform im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist, rechtzeitig bestimmen zu können.

(55) Angesichts der für Plattformtätigkeiten, **Gig- und anfragenbasierte Ökonomie** typischen Netz-Effekte kann sich die Nutzerbasis einer Online-Plattform rasch verbreitern und die einer sehr großen Online-Plattform mit den damit verbundenen Auswirkungen auf den Binnenmarkt erreichen. Dies kann z. B. der Fall sein, wenn die Online-Plattform über einen kurzen Zeitraum exponentiell wächst oder aufgrund einer breiten globalen Präsenz und ihres Umsatzes Netz-Effekte sowie Skalen- und Verbundeffekte vollständig nutzen kann. Insbesondere ein hoher Jahresumsatz oder eine hohe Marktkapitalisierung können darauf hindeuten, dass sich die Nutzerreichweite schnell erhöht. In diesen Fällen *könnte* der Koordinator für digitale Dienste die Plattform zu einer häufigeren Berichterstattung über die Nutzerbasis verpflichten, um den Zeitpunkt, zu dem die Plattform als sehr große Online-Plattform im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist, rechtzeitig bestimmen zu können, *unter der Voraussetzung, dass ein legitimer Grund dafür vorhanden ist*.

Änderungsantrag 19

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 56

(56) Die Art und Weise, in der sehr große Online-Plattformen genutzt werden, hat großen Einfluss auf die Online-Sicherheit, die öffentliche Meinungsbildung und den öffentlichen Diskurs sowie den Online-Handel. Die Gestaltung der Dienste ist im Allgemeinen auf eine Optimierung ihres oft werbegestützten Geschäftsmodells ausgerichtet und kann Anlass zu

(56) Die Art und Weise, in der sehr große Online-Plattformen genutzt werden, hat großen Einfluss auf die Online-Sicherheit, die öffentliche Meinungsbildung und den öffentlichen Diskurs sowie den Online-Handel *und Verkehrs- und Tourismusdienstleistungen*. Die Gestaltung der Dienste ist im Allgemeinen auf eine Optimierung ihres oft

gesellschaftlichen Bedenken geben. Besteht keine wirksame Regulierung und Durchsetzung, können die Plattformen die Spielregeln bestimmen, ohne dass dabei die mit ihnen verbundenen Risiken und der dadurch möglicherweise entstehende gesellschaftliche und wirtschaftliche Schaden wirksam ermittelt und gemindert werden kann. Im Rahmen dieser Verordnung sollten sehr große Online-Plattformen daher prüfen, welche systemischen Risiken mit der Funktionsweise und Nutzung ihres Dienstes sowie mit einem möglichen Missbrauch durch die Nutzer verbunden sind, und angemessene Gegenmaßnahmen treffen.

werbegestützten Geschäftsmodells ausgerichtet und kann Anlass zu gesellschaftlichen Bedenken geben. Besteht keine wirksame Regulierung und Durchsetzung, können die Plattformen die Spielregeln bestimmen, ohne dass dabei die mit ihnen verbundenen Risiken und der dadurch möglicherweise entstehende gesellschaftliche und wirtschaftliche Schaden wirksam ermittelt und gemindert werden kann. Im Rahmen dieser Verordnung sollten sehr große Online-Plattformen daher prüfen, welche systemischen Risiken mit der Funktionsweise und Nutzung ihres Dienstes sowie mit einem möglichen Missbrauch durch die Nutzer verbunden sind, und angemessene Gegenmaßnahmen treffen.

Änderungsantrag 20

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 59

Vorschlag der Kommission

(59) Soweit angemessen, sollten sehr große Online-Plattformen bei ihren Risikobewertungen und bei der Gestaltung ihrer Risikominderungsmaßnahmen Vertreterinnen und Vertreter der Nutzer und der möglicherweise von ihren Diensten betroffenen Gruppen sowie unabhängige Sachverständige **und** zivilgesellschaftliche Organisationen einbeziehen.

Geänderter Text

(59) Soweit angemessen, sollten sehr große Online-Plattformen bei ihren Risikobewertungen und bei der Gestaltung ihrer Risikominderungsmaßnahmen Vertreterinnen und Vertreter der Nutzer und der möglicherweise von ihren Diensten betroffenen Gruppen sowie unabhängige Sachverständige, zivilgesellschaftliche Organisationen **und Verbraucherschutzverbände** einbeziehen.

Änderungsantrag 21

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 61

Vorschlag der Kommission

(61) Der Prüfbericht sollte begründet werden, um eine aussagekräftige Bilanz

Geänderter Text

(61) Der Prüfbericht sollte begründet werden, um eine aussagekräftige,

über die durchgeführten Tätigkeiten und die erzielten Schlussfolgerungen ziehen zu können. Er sollte Informationen darüber enthalten, welche Maßnahmen die sehr großen Online-Plattformen zur Erfüllung ihrer Pflichten im Rahmen dieser Verordnung getroffen haben, und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge für diese Maßnahmen aufführen. Der Bericht sollte dem für den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und dem Gremium zusammen mit der Risikobewertung, den Risikominderungsmaßnahmen und den Plänen der Plattform zur Umsetzung der Empfehlungen aus der Prüfung unverzüglich übermittelt werden. Der Bericht sollte einen Bestätigungsvermerk enthalten, der auf den Schlussfolgerungen aus den Prüfbelegen beruht. Ein positiver Vermerk sollte erstellt werden, wenn alle Belege zeigen, dass die sehr große Online-Plattform die Pflichten aus dieser Verordnung oder die gegebenenfalls im Rahmen eines Verhaltenskodex oder Krisenprotokolls eingegangenen Verpflichtungszusagen erfüllt, insbesondere durch die Ermittlung, Bewertung und Minderung der mit ihrem System und ihren Diensten verbundenen systemischen Risiken. Ein positiver Vermerk sollte durch Anmerkungen ergänzt werden, wenn der Prüfer Bemerkungen hinzufügen möchte, die keine wesentlichen Auswirkungen auf das Prüfergebnis haben. Ein negativer Vermerk sollte erstellt werden, wenn der Prüfer der Ansicht ist, dass die sehr große Online-Plattform diese Verordnung nicht einhält oder die eingegangenen Verpflichtungszusagen nicht erfüllt.

sachliche und objektive Bilanz über die durchgeführten Tätigkeiten und die erzielten Schlussfolgerungen ziehen zu können. Er sollte Informationen darüber enthalten, welche Maßnahmen die sehr großen Online-Plattformen zur Erfüllung ihrer Pflichten im Rahmen dieser Verordnung getroffen haben, und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge für diese Maßnahmen aufführen. Der Bericht sollte dem für den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort und dem Gremium zusammen mit der Risikobewertung, den Risikominderungsmaßnahmen und den Plänen der Plattform zur Umsetzung der Empfehlungen aus der Prüfung unverzüglich übermittelt werden. Der Bericht sollte einen Bestätigungsvermerk enthalten, der auf den Schlussfolgerungen aus den Prüfbelegen beruht. Ein positiver Vermerk sollte erstellt werden, wenn alle Belege zeigen, dass die sehr große Online-Plattform die Pflichten aus dieser Verordnung oder die gegebenenfalls im Rahmen eines Verhaltenskodex oder Krisenprotokolls eingegangenen Verpflichtungszusagen erfüllt, insbesondere durch die Ermittlung, Bewertung und Minderung der mit ihrem System und ihren Diensten verbundenen systemischen Risiken. Ein positiver Vermerk sollte durch Anmerkungen ergänzt werden, wenn der Prüfer Bemerkungen hinzufügen möchte, die keine wesentlichen Auswirkungen auf das Prüfergebnis haben. Ein negativer Vermerk sollte erstellt werden, wenn der Prüfer der Ansicht ist, dass die sehr große Online-Plattform diese Verordnung nicht einhält oder die eingegangenen Verpflichtungszusagen nicht erfüllt.

Änderungsantrag 22

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 62

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten sehr großer Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der Online-Schnittfläche dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. Sehr große Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und Einfluss darauf haben, welche Informationen ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer über alternative Optionen für die wichtigsten Parameter verfügen, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen.

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten sehr großer Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der Online-Schnittfläche dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. Sehr große Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und Einfluss darauf haben, welche Informationen ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer über alternative Optionen für die wichtigsten Parameter verfügen, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen ***und diesem eine Wahlmöglichkeit beim Erwerb von Dienstleistungen und Produkten bieten.***

Änderungsantrag 23

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 63

(63) Von sehr großen Online-Plattformen genutzte Werbesysteme sind mit besonderen Risiken verbunden und machen angesichts ihres Umfangs und der Tatsache, dass sie die Nutzer auf der Grundlage ihres Verhaltens innerhalb und außerhalb der Online-Schnittstelle der Plattform gezielt erreichen können, eine weitergehende öffentliche und regulatorische Aufsicht erforderlich. Sehr große Online-Plattformen sollten Archive für Werbung, die auf ihren Online-Schnittstellen angezeigt wird, öffentlich zugänglich machen, um die Aufsicht und die Forschung zu neu entstehenden Risiken im Zusammenhang mit der Online-Verbreitung von Werbung zu unterstützen; dies betrifft etwa illegale Werbung oder manipulative Techniken und Desinformation mit realen und absehbaren negativen Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit oder Sicherheit, den gesellschaftlichen Diskurs, die politische Teilhabe und die Gleichbehandlung. Die Archive sollten den Inhalt der Werbung sowie damit verbundene Daten zum Werbetreibenden und zur Bereitstellung der Werbung enthalten, insbesondere was gezielte Werbung betrifft.

(63) Von sehr großen Online-Plattformen genutzte Werbesysteme sind mit besonderen Risiken verbunden und machen angesichts ihres Umfangs und der Tatsache, dass sie die Nutzer auf der Grundlage ihres Verhaltens innerhalb und außerhalb der Online-Schnittstelle der Plattform gezielt erreichen können, eine weitergehende öffentliche und regulatorische Aufsicht **und Durchsetzung** erforderlich. Sehr große Online-Plattformen sollten Archive für Werbung, die auf ihren Online-Schnittstellen angezeigt wird, öffentlich zugänglich machen, um die Aufsicht und die Forschung zu neu entstehenden Risiken im Zusammenhang mit der Online-Verbreitung von Werbung zu unterstützen; dies betrifft etwa illegale Werbung oder manipulative Techniken und Desinformation mit realen und absehbaren negativen Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit oder Sicherheit, den gesellschaftlichen Diskurs, die politische Teilhabe und die Gleichbehandlung. Die Archive sollten den Inhalt der Werbung sowie damit verbundene Daten zum Werbetreibenden und zur Bereitstellung der Werbung enthalten, insbesondere was gezielte Werbung betrifft. **Dennoch sollten diese Verpflichtungen nicht für transaktionsbasierte Plattformen wie Online-Reisebüros gelten, da diese sich von werbebasierten Plattformen unterscheiden und bereits angeforderte Informationen zur Verfügung stellen, es sei denn, die Vergütung ist an eine bestimmte Vermittlung gebunden.**

Änderungsantrag 24

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 71

(71) Falls außergewöhnliche Umstände Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit haben, kann die Kommission zur Erstellung von Krisenprotokollen auffordern, um eine rasche, kollektive und grenzüberschreitende Reaktion im Online-Umfeld zu koordinieren. Außergewöhnliche Umstände können jedes unvorhersehbare Ereignis wie z. B. Erdbeben, Wirbelstürme, Pandemien und andere ernste grenzüberschreitende Bedrohungen für die öffentliche Gesundheit sowie Krieg und terroristische Handlungen umfassen, bei denen Online-Plattformen z. B. für eine schnelle Verbreitung von illegalen Inhalten oder Desinformation missbraucht werden können **oder** eine rasche Verbreitung verlässlicher Informationen erforderlich ist. Angesichts der wichtigen Rolle sehr großer Online-Plattformen bei der Verbreitung von Informationen auf gesellschaftlicher und internationaler Ebene sollten diese Plattformen dazu aufgefordert werden, spezielle Krisenprotokolle zu erstellen und anzuwenden. Solche Krisenprotokolle sollten nur für einen begrenzten Zeitraum aktiviert werden, und die getroffenen Maßnahmen sollten sich auf das für die Bewältigung der außergewöhnlichen Umstände absolut notwendige Maß beschränken. Diese Maßnahmen sollten mit dieser Verordnung im Einklang stehen und nicht zu einer allgemeinen Verpflichtung der teilnehmenden sehr großen Online-Plattformen führen, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Fakten oder Umständen zu forschen, die auf illegale Inhalte hindeuten.

(71) Falls außergewöhnliche Umstände Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit haben, kann die Kommission zur Erstellung von Krisenprotokollen auffordern, um eine rasche, kollektive und grenzüberschreitende Reaktion im Online-Umfeld zu koordinieren. Außergewöhnliche Umstände können jedes unvorhersehbare Ereignis wie z. B. Erdbeben, Wirbelstürme, Pandemien und andere ernste grenzüberschreitende Bedrohungen für die öffentliche Gesundheit sowie Krieg und terroristische Handlungen umfassen, bei denen Online-Plattformen z. B. für eine schnelle Verbreitung von illegalen Inhalten oder Desinformation missbraucht werden können, **bei denen** eine rasche Verbreitung verlässlicher Informationen erforderlich ist **oder bei denen unter Umständen Notfallpläne für bestimmte Bereiche notwendig sind, die von diesen außergewöhnlichen Umständen ernsthaft betroffen sein könnten**. Angesichts der wichtigen Rolle sehr großer Online-Plattformen bei der Verbreitung von Informationen auf gesellschaftlicher und internationaler Ebene sollten diese Plattformen dazu aufgefordert werden, spezielle Krisenprotokolle zu erstellen und anzuwenden. **Solche Krisenprotokolle sollten transparent und unter Berücksichtigung der Benutzer und ihrer Rechte entwickelt werden**. Solche Krisenprotokolle sollten nur für einen begrenzten Zeitraum aktiviert werden, und die getroffenen Maßnahmen sollten sich auf das für die Bewältigung der außergewöhnlichen Umstände absolut notwendige Maß beschränken. Diese Maßnahmen sollten mit dieser Verordnung im Einklang stehen und nicht zu einer allgemeinen Verpflichtung der teilnehmenden sehr großen Online-Plattformen führen, die von ihnen

übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Fakten oder Umständen zu forschen, die auf illegale Inhalte hindeuten.

Änderungsantrag 25

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 81

Vorschlag der Kommission

(81) Im Interesse einer wirksamen Durchsetzung dieser Verordnung sollten natürliche Personen oder Vertretungsorganisationen in dem Hoheitsgebiet, in dem sie die Dienstleistung in Anspruch genommen haben, jede Beschwerde hinsichtlich der Einhaltung dieser Verordnung beim Koordinator für digitale Dienste einreichen können, unbeschadet der Bestimmungen dieser Verordnung über die rechtliche Zuständigkeit. Beschwerden sollten einen faktengetreuen Überblick über die Bedenken hinsichtlich der Einhaltung der Verordnung durch einen bestimmten Anbieter von Vermittlungsdiensten geben und könnten auch Informationen über übergreifende Probleme für den Koordinator für digitale Dienste enthalten. Der Koordinator für digitale Dienste sollte andere zuständige nationale Behörden und, soweit eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit erforderlich ist, den Koordinator für digitale Dienste eines anderen Mitgliedstaates einbeziehen, insbesondere den Koordinator des Mitgliedstaates, in dem der betreffende Anbieter der Vermittlungsdienste seine Niederlassung hat.

Geänderter Text

(81) Im Interesse einer wirksamen Durchsetzung dieser Verordnung sollten natürliche Personen oder Vertretungsorganisationen **und Parteien mit einem berechtigten Interesse** in dem Hoheitsgebiet, in dem sie die Dienstleistung in Anspruch genommen haben, jede Beschwerde hinsichtlich der Einhaltung dieser Verordnung beim Koordinator für digitale Dienste einreichen können, unbeschadet der Bestimmungen dieser Verordnung über die rechtliche Zuständigkeit. Beschwerden sollten einen faktengetreuen Überblick über die Bedenken hinsichtlich der Einhaltung der Verordnung durch einen bestimmten Anbieter von Vermittlungsdiensten geben und könnten auch Informationen über übergreifende Probleme für den Koordinator für digitale Dienste enthalten. Der Koordinator für digitale Dienste sollte andere zuständige nationale Behörden und, soweit eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit erforderlich ist, den Koordinator für digitale Dienste eines anderen Mitgliedstaates einbeziehen, insbesondere den Koordinator des Mitgliedstaates, in dem der betreffende Anbieter der Vermittlungsdienste seine Niederlassung hat.

Änderungsantrag 26

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 106 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(106a) Um die Beziehung zwischen den Interessenträgern und den lokalen Behörden auf dem Markt für Kurzzeitvermietung und Mobilitätsdienste zu verbessern, sollte diese Verordnung darauf abzielen, Rechtssicherheit und Klarheit auf diesem Markt zu gewährleisten, indem ein Governance-Rahmen geschaffen wird, der die Zusammenarbeit zwischen Plattformen in den Bereichen Kurzzeitvermietung und Mobilität und nationalen, regionalen und lokalen Behörden formalisiert, um sich insbesondere über bewährte Methoden auszutauschen und so ihr Tagesgeschäft zu erleichtern;

Änderungsantrag 27

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) Vorschriften über besondere Sorgfaltspflichten, die auf bestimmte Kategorien von Anbietern von Vermittlungsdiensten zugeschnitten sind;

b) Vorschriften über besondere Sorgfaltspflichten, die auf bestimmte Kategorien von Anbietern von Vermittlungsdiensten zugeschnitten sind, **unter Berücksichtigung des branchenspezifischen Geschäftsmodells;**

Änderungsantrag 28

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) Förderung von Innovationen, Unterstützung des digitalen Wandels, Förderung des Wirtschaftswachstums und

***Schaffung gleicher
Wettbewerbsbedingungen für digitale
Dienste im Binnenmarkt.***

Änderungsantrag 29

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe c**

Vorschlag der Kommission

c) „Verbraucher“ jede natürliche Person, die zu Zwecken handelt, die außerhalb ihrer gewerblichen, geschäftlichen oder beruflichen Tätigkeit liegen;

Geänderter Text

c) „Verbraucher“ jede natürliche Person, die zu Zwecken handelt, die außerhalb ihrer gewerblichen, geschäftlichen, ***handwerklichen*** oder beruflichen Tätigkeit liegen;

Änderungsantrag 30

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe f – Spiegelstrich 3**

Vorschlag der Kommission

– eine „Hosting“-Leistung, die darin besteht, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen in dessen Auftrag zu speichern;

Geänderter Text

– eine „Hosting“-Leistung ***der Informationsgesellschaft***, die darin besteht, von einem Nutzer bereitgestellte ***digitale*** Informationen in dessen Auftrag zu speichern, ***es sei denn, diese Tätigkeit ist ein Zusatzmerkmal eines anderen Dienstes und kann aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen anderen Dienst genutzt werden;***

Änderungsantrag 31

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe h a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ha) „Kurzzeit-Mietobjekt“ möblierte Unterkünfte zu Wohnzwecken, die wiederholt für kurze Zeiträume gegen Entgelt, auch nicht gewerbsmäßig, an

eine vorübergehende Kundschaft vermietet werden, die dort keinen Wohnsitz nimmt, und die nicht die Hauptwohnung des Vermieters darstellen.

Änderungsantrag 32

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe n

Vorschlag der Kommission

n) „Werbung“ Informationen, die dazu bestimmt sind, **die Botschaft** einer juristischen oder natürlichen Person **zu verbreiten**, unabhängig davon, ob damit gewerbliche oder nichtgewerbliche Zwecke verfolgt werden, und die von einer Online-Plattform auf ihrer Online-Schnittstelle gegen Entgelt speziell zur Bekanntmachung dieser Informationen angezeigt werden;

Geänderter Text

n) „Werbung“ Informationen, die dazu bestimmt sind, **Informationen, Produkte oder Dienstleistungen** einer juristischen oder natürlichen Person **direkt oder indirekt zu fördern oder einzustufen**, unabhängig davon, ob damit gewerbliche oder nichtgewerbliche Zwecke verfolgt werden, und die von einer Online-Plattform auf ihrer Online-Schnittstelle gegen Entgelt speziell zur Bekanntmachung dieser Informationen angezeigt werden **und die nicht vom Abschluss einer bestimmten Transaktion abhängig ist**;

Änderungsantrag 33

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe o

Vorschlag der Kommission

o) „Empfehlungssystem“ ein vollständig oder teilweise automatisiertes System, das von einer Online-Plattform verwendet wird, um auf ihrer Online-Schnittstelle den Nutzern bestimmte Informationen vorzuschlagen, auch infolge einer vom Nutzer veranlassten Suche, oder das auf andere Weise die relative Reihenfolge oder Hervorhebung der angezeigten Informationen bestimmt;

Geänderter Text

o) „Empfehlungssystem“ ein vollständig oder teilweise automatisiertes System, das von einer Online-Plattform verwendet wird, um auf ihrer Online-Schnittstelle **oder Teilen davon** den Nutzern bestimmte Informationen, **Produkte oder Dienstleistungen** vorzuschlagen, **einzustufen oder priorisieren**, auch infolge einer vom Nutzer veranlassten Suche, oder das auf andere Weise die relative Reihenfolge oder Hervorhebung der angezeigten

Informationen bestimmt;

Änderungsantrag 34

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe q a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

qa) „Online-Marktplatz“ ein Dienst, der eine Software verwendet, einschließlich einer Website, eines Teils einer Website oder einer Anwendung, die von einem Unternehmer oder in dessen Namen betrieben wird und es Verbrauchern ermöglicht, Fernabsatzverträge mit anderen Unternehmern oder Verbrauchern abzuschließen.

Änderungsantrag 35

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 5 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) sobald er diese Kenntnis oder dieses Bewusstsein erlangt, **zügig** tätig wird, um den Zugang zu den illegalen Inhalten zu sperren oder diese zu entfernen.

b) sobald er diese Kenntnis oder dieses Bewusstsein erlangt, **unverzüglich** tätig wird, um den Zugang zu den illegalen Inhalten zu sperren oder diese zu entfernen.

Änderungsantrag 36

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 5 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Absatz 1 findet keine Anwendung, wenn der Nutzer dem Diensteanbieter untersteht oder von ihm beaufsichtigt wird.

(2) Absatz 1 findet keine Anwendung, wenn der Nutzer dem Diensteanbieter untersteht oder **seinem vorherrschenden Einfluss untersteht oder** von ihm beaufsichtigt wird.

Änderungsantrag 37

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) ***Absatz 1 findet keine Anwendung auf die Verbraucherschutzrechtliche Haftung von Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmern ermöglichen***, wenn die Online-Plattform die spezifischen Einzelinformationen dazu darstellt oder die betreffende Einzeltransaktion anderweitig in einer Weise ermöglicht, bei der ein ***durchschnittlicher und angemessen informierter*** Verbraucher davon ausgehen kann, dass die Information oder das Produkt oder die Dienstleistung, die bzw. das Gegenstand der Transaktion ist, entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht unterstehenden Nutzer bereitgestellt wird.

Geänderter Text

(3) ***Anbieter von Online-Marktplatzdiensten können nicht in den Genuss der Haftungsbefreiung nach Artikel 5 Absatz 1 kommen***, wenn die Online-Plattform die spezifischen Einzelinformationen dazu, ***das Produkt oder die Dienstleistung*** darstellt oder die betreffende Einzeltransaktion anderweitig in einer Weise ermöglicht, bei der ein Verbraucher davon ausgehen kann, dass die Information oder das Produkt oder die Dienstleistung, die bzw. das Gegenstand der Transaktion ist, entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht unterstehenden Nutzer bereitgestellt wird.

Änderungsantrag 38

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 6 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse auch dann in Betracht, wenn sie auf Eigeninitiative ***freiwillige Untersuchungen oder andere Tätigkeiten zur*** Erkennung, Feststellung und Entfernung illegaler Inhalte oder zur Sperrung des Zugangs zu illegalen Inhalten ***durchführen oder die erforderlichen Maßnahmen*** ergreifen, um den Anforderungen des Unionsrechts und insbesondere dieser Verordnung nachzukommen.

Geänderter Text

Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse auch dann in Betracht, wenn sie auf Eigeninitiative ***erforderliche freiwillige Untersuchungsmaßnahmen für*** Erkennung, Feststellung und Entfernung illegaler Inhalte oder zur Sperrung des Zugangs zu illegalen Inhalten ergreifen, um den Anforderungen des Unionsrechts und insbesondere dieser Verordnung nachzukommen.

Änderungsantrag 39

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 7 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Anbietern von Vermittlungsdiensten wird keine allgemeine Verpflichtung auferlegt, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hindeuten.

Geänderter Text

Anbietern von Vermittlungsdiensten wird keine allgemeine Verpflichtung auferlegt, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hindeuten, ***es sei denn, der Dienst der Informationsgesellschaft spielt eine aktive Rolle bei der Genehmigung, Änderung oder Bearbeitung der vom Empfänger des Dienstes ausgegebenen Informationen.***

Änderungsantrag 40

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1

Vorschlag der Kommission

– eine Begründung, warum es sich bei den Informationen um illegale Inhalte handelt, mit Bezugnahme auf die besonderen ***Bestimmungen des Unionsrechts oder des nationalen Rechts***, gegen die verstoßen wurde,

Geänderter Text

– eine Begründung, warum es sich bei den Informationen um illegale Inhalte handelt, mit Bezugnahme auf die besonderen ***Rechtsvorschriften***, gegen die verstoßen wurde,

Änderungsantrag 41

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Nach Eingang einer Auskunftsanordnung in Bezug auf eine bestimmte Einzelinformation über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer, die von den zuständigen nationalen Justiz-

Geänderter Text

(1) Nach Eingang einer Auskunftsanordnung in Bezug auf eine bestimmte Einzelinformation über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer, die von den zuständigen nationalen Justiz-

oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden *Unionsrechts oder des nationalen* Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, dass sie die Anordnung erhalten haben und wie sie der Anordnung nachgekommen sind.

Änderungsantrag 42

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 10 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, dass sie die Anordnung erhalten haben und wie sie der Anordnung nachgekommen sind.

Geänderter Text

(2a) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten übermitteln dem Koordinator für digitale Dienste in dem Mitgliedstaat, in dem sie niedergelassen sind, ihre Kontaktdaten.

Änderungsantrag 43

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer **und** eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer, eindeutiger, **einfacher und verständlicher** Sprache abgefasst und in

zur Verfügung gestellt.

leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt.

Änderungsantrag 44

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Anbieter von Vermittlungsdiensten, bei denen es sich um Kleinstunternehmen oder kleine Unternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt und denen es nach angemessenen Bemühungen nicht gelungen ist, die Dienste eines Rechtsvertreters in Anspruch zu nehmen, können beantragen, dass der Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem das Unternehmen einen Rechtsvertreter zu etablieren beabsichtigt, die weitere Zusammenarbeit erleichtert und mögliche Lösungen empfiehlt, auch Möglichkeiten der kollektiven Vertretung.

Änderungsantrag 45

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Absatz 1 gilt nicht für Anbieter von Vermittlungsdiensten, bei denen es sich um Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Anbieter von Vermittlungsdiensten, bei denen es sich um Kleinstunternehmen, kleine oder mittlere Unternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt.
Darüber hinaus gilt Absatz 1 zwölf Monate nach Verlust dieses Status gemäß Artikel 4 Absatz 2 der Empfehlung nicht für Unternehmen, die zuvor den Status eines Kleinstunternehmens, kleinen oder mittleren Unternehmens im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG

hatten.

Änderungsantrag 46

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Meldungen mit den in Absatz 2 genannten Angaben bewirken, dass für die Zwecke des Artikels 5 von einer tatsächlichen Kenntnis oder einem Bewusstsein in Bezug auf die betreffende Einzelinformation ausgegangen wird.

Geänderter Text

(3) Meldungen mit den in Absatz 2 genannten Angaben bewirken, dass für die Zwecke des Artikels 5 von einer tatsächlichen Kenntnis oder einem Bewusstsein in Bezug auf die betreffende Einzelinformation ausgegangen wird, **wenn die Rechtswidrigkeit der spezifischen Information auf der Grundlage der Beurteilung des Anbieters hinreichend genau und angemessen begründet ist.**

Änderungsantrag 47

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Ferner teilt der Anbieter der betreffenden Person oder Einrichtung **unverzüglich** seine Entscheidung in Bezug auf die gemeldeten Informationen mit und weist dabei auf die möglichen Rechtsbehelfe gegen diese Entscheidung hin.

Geänderter Text

(5) Ferner teilt der Anbieter der betreffenden Person oder Einrichtung **ohne nicht begründbare Verzögerung** seine Entscheidung in Bezug auf die gemeldeten Informationen mit und weist dabei auf die möglichen Rechtsbehelfe gegen diese Entscheidung hin.

Änderungsantrag 48

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

(6) Hosting-Diensteanbieter bearbeiten alle Meldungen, die sie im Rahmen der in

Geänderter Text

(6) Hosting-Diensteanbieter bearbeiten **dort, wo die bereitgestellte Information**

Absatz 1 genannten Verfahren erhalten, und entscheiden über die gemeldeten Informationen in zeitnaher, sorgfältiger und objektiver Weise. Wenn sie zu dieser Bearbeitung oder Entscheidungsfindung automatisierte Mittel einsetzen, machen sie in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch Angaben über den Einsatz dieser Mittel.

ausreichend verständlich ist, alle Meldungen, die sie im Rahmen der in Absatz 1 genannten Verfahren erhalten, und entscheiden über die gemeldeten Informationen ***innerhalb von höchstens 30 Tagen und*** in zeitnaher, sorgfältiger und objektiver Weise. Wenn sie zu dieser Bearbeitung oder Entscheidungsfindung automatisierte Mittel einsetzen, machen sie in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch Angaben über den Einsatz dieser Mittel.

Änderungsantrag 49

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 6 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6a) Die Absätze 2, 4 und 5 gelten nicht für Anbieter von Vermittlungsdiensten, bei denen es sich um Kleinstunternehmen, kleine oder mittlere Unternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt. Zusätzlich finden die Absätze 2, 4 und 5 keine Anwendung für Unternehmen, die zuvor den Status eines mittleren Unternehmens, kleinen Unternehmens bzw. Kleinstunternehmens im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG in den zwölf Monaten nach dem Verlust dieses Status gemäß Artikel 4 Absatz 2 der genannten Empfehlung hatten.

Änderungsantrag 50

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Entscheidet ein Hosting-Diensteanbieter, eine bestimmte von einem Nutzer bereitgestellte Einzelinformation zu entfernen oder den Zugang dazu zu

(1) Entscheidet ein Hosting-Diensteanbieter, eine bestimmte von einem Nutzer bereitgestellte Einzelinformation zu entfernen oder den Zugang dazu zu

sperren, so gibt er – ungeachtet der zur Erkennung, Feststellung, Entfernung oder Sperrung dieser Information verwendeten Mittel und der Gründe seiner Entscheidung – dem Nutzer spätestens **zum Zeitpunkt der** Entfernung oder der Zugangssperrung seine Entscheidung mit einer klaren und spezifischen Begründung bekannt.

sperren, so gibt er – ungeachtet der zur Erkennung, Feststellung, Entfernung oder Sperrung dieser Information verwendeten Mittel und der Gründe seiner Entscheidung – dem Nutzer **unverzüglich und** spätestens **innerhalb von 24 Stunden nach einer solchen** Entfernung oder der Zugangssperrung seine Entscheidung mit einer klaren und spezifischen Begründung bekannt.

Änderungsantrag 51

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) die Tatsachen und Umstände, auf denen die Entscheidung beruht, **und gegebenenfalls ob die Entscheidung infolge einer nach Artikel 14 gemachten Meldung getroffen wurde;**

Geänderter Text

b) die Tatsachen und Umstände, auf denen die Entscheidung beruht;

Änderungsantrag 52

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die Absätze 2, 3 und 4 gelten nicht für Anbieter von Vermittlungsdiensten, bei denen es sich um Kleinstunternehmen, kleine oder mittlere Unternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt. Darüber hinaus gelten diese Absätze zwölf Monate nach Verlust dieses Status gemäß Artikel 4 Absatz 2 der Empfehlung nicht für Unternehmen, die zuvor den Status eines Kleinstunternehmens, kleinen oder mittleren Unternehmens im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG hatten.

Änderungsantrag 53

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 16 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Ausnahme für **Kleinst-** und
Kleinunternehmen

Geänderter Text

Ausnahme für **Kleinstunternehmen sowie
kleine und mittlere Unternehmen**

Änderungsantrag 54

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 16 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Dieser Abschnitt gilt nicht für Online-Plattformen, bei denen es sich um **Kleinst-** oder **Kleinunternehmen** im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt.

Geänderter Text

Dieser Abschnitt gilt nicht für Online-Plattformen, bei denen es sich um **Kleinstunternehmen, kleine oder mittlere Unternehmen** im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt. **Dieser Abschnitt findet keine Anwendung für Unternehmen, die zuvor den Status eines mittleren Unternehmens, eines kleinen Unternehmens oder eines Kleinstunternehmens im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG in den zwölf Monaten nach dem Verlust dieses Status gemäß Artikel 4 Absatz 2 der genannten Empfehlung hatten.**

Änderungsantrag 55

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Entscheidungen über die Entfernung der Information oder die Sperrung des Zugangs zu der Information;

Geänderter Text

a) Entscheidungen über die Entfernung **oder Einschränkung** der Information oder die Sperrung des Zugangs zu der Information;

Änderungsantrag 56

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) sonstige Entscheidungen, die sich auf die Verfügbarkeit, Sichtbarkeit oder Zugänglichkeit des Inhalts und/oder des Kontos des Nutzers oder des Zugangs des Nutzers zu einschlägigen Dienstleistungen und Merkmalen der Plattform auswirken.

Änderungsantrag 57

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 17 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Online-Plattformen stellen sicher, dass ihre internen Beschwerdemanagementsysteme leicht zugänglich und benutzerfreundlich sind und die Einreichung hinreichend präziser und angemessen begründeter Beschwerden ermöglichen und erleichtern.

(2) Online-Plattformen stellen sicher, dass ihre internen Beschwerdemanagementsysteme leicht zugänglich und benutzerfreundlich sind, ***in der offiziellen Landessprache und auf Englisch zur Verfügung gestellt werden***, und die Einreichung hinreichend präziser und angemessen begründeter Beschwerden ermöglichen und erleichtern.

Änderungsantrag 58

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 17 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Online-Plattformen bearbeiten Beschwerden, die über ihr internes Beschwerdemanagementsystem eingereicht werden, ***zeitnah***, sorgfältig und in objektiver Weise. Enthält eine Beschwerde ausreichende Gründe für die Annahme, dass die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, weder rechtswidrig sind noch gegen die allgemeinen

(3) Online-Plattformen bearbeiten Beschwerden, die über ihr internes Beschwerdemanagementsystem eingereicht werden, ***innerhalb von höchstens 30 Tagen und*** sorgfältig und in objektiver Weise. Enthält eine Beschwerde ausreichende Gründe für die Annahme, dass die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, weder rechtswidrig

Geschäftsbedingungen verstoßen, oder enthält sie Informationen, aus denen hervorgeht, dass das Verhalten des Beschwerdeführers keine Aussetzung oder Kündigung des Dienstes oder Schließung des Kontos rechtfertigt, so macht die Online-Plattform ihre in Absatz 1 genannte Entscheidung unverzüglich rückgängig.

sind noch gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen, oder enthält sie Informationen, aus denen hervorgeht, dass das Verhalten des Beschwerdeführers keine Aussetzung oder Kündigung des Dienstes oder Schließung des Kontos rechtfertigt, so macht die Online-Plattform ihre in Absatz 1 genannte Entscheidung unverzüglich rückgängig.

Änderungsantrag 59

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Online-Plattformen teilen den Beschwerdeführern **unverzüglich** die Entscheidung mit, die sie in Bezug auf die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, getroffen haben, und weisen die Beschwerdeführer auf die Möglichkeit der außergerichtlichen Streitbeilegung gemäß Artikel 18 und auf andere verfügbare Rechtsbehelfe hin.

Geänderter Text

(4) Online-Plattformen teilen den Beschwerdeführern **ohne nicht begründbare Verzögerung** die Entscheidung mit, die sie in Bezug auf die Informationen, auf die sich die Beschwerde bezieht, getroffen haben, und weisen die Beschwerdeführer auf die Möglichkeit der außergerichtlichen Streitbeilegung gemäß Artikel 18 und auf andere verfügbare Rechtsbehelfe hin.

Änderungsantrag 60

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 19 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Online-Plattformen ergreifen die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen, damit Meldungen, die von vertrauenswürdigen Hinweisgebern über die in Artikel 14 genannten Mechanismen übermittelt werden, vorrangig und unverzüglich bearbeitet werden und darüber entschieden wird.

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen ergreifen die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen, damit Meldungen, die von vertrauenswürdigen Hinweisgebern **innerhalb ihres jeweiligen Fachbereichs** über die in Artikel 14 genannten Mechanismen übermittelt werden, vorrangig und unverzüglich **in Abhängigkeit von der Schwere der rechtswidrigen Tätigkeit** bearbeitet werden und darüber entschieden wird. **Die**

Verpflichtung, Meldungen, die von vertrauenswürdigen Hinweisgebern eingereicht werden, vorrangig zu behandeln, gilt unbeschadet anderer Meldungen, wenn die Vertrauenswürdigkeit, Schwere und Dringlichkeit dieser Meldungen als außergewöhnlich angesehen werden kann.

Änderungsantrag 61

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 19 – Absatz 7 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(7a) Meldungen, die von lokalen, regionalen und nationalen Behörden eingereicht werden, sollten mit der gleichen Priorität und innerhalb der gleichen Fristen bearbeitet und entschieden werden wie die Meldungen von Stellen, denen der Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt wurde.

Änderungsantrag 62

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 20 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen setzen die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die häufig und offensichtlich illegale Inhalte bereitstellen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung aus.

(1) Online-Plattformen setzen die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die häufig und offensichtlich illegale Inhalte bereitstellen, für einen angemessenen Zeitraum **von höchstens 30 Tagen** nach vorheriger Warnung aus.

Änderungsantrag 63

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 20 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Online-Plattformen setzen die Bearbeitung von Meldungen und Beschwerden, die über die in den Artikeln 14 und 17 genannten Melde- und Abhilfeverfahren bzw. interne Beschwerdemanagementsysteme von Personen oder Stellen oder von Beschwerdeführern eingehen, die häufig offensichtlich unbegründete Meldungen oder Beschwerden einreichen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung aus.

Geänderter Text

(2) Online-Plattformen setzen die Bearbeitung von Meldungen und Beschwerden, die über die in den Artikeln 14 und 17 genannten Melde- und Abhilfeverfahren bzw. interne Beschwerdemanagementsysteme von Personen oder Stellen oder von Beschwerdeführern eingehen, die häufig offensichtlich unbegründete Meldungen oder Beschwerden einreichen, für einen angemessenen Zeitraum **von höchstens 60 Tagen** nach vorheriger Warnung aus.

Änderungsantrag 64

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 4 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die Plattformen sorgen dafür, dass personenbezogene Daten von Verbrauchern gemäß der Verordnung (EU) 2016/679 verarbeitet werden.

Änderungsantrag 65

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 22 – Überschrift**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Nachverfolgbarkeit von Unternehmern

Nachverfolgbarkeit von Unternehmern,
Produkten und Dienstleistungen

Änderungsantrag 66

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 22 – Absatz 1 – Einleitung**

Vorschlag der Kommission

(1) Ermöglicht eine Online-Plattform Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmern, so stellt sie sicher, dass Unternehmer ihre Dienste nur dann benutzen können, um bei Verbrauchern in der Union für ihre Produkte oder Dienstleistungen zu werben und ihnen diese anzubieten, wenn die Online-Plattform vor der Benutzung ihrer Dienste folgende Informationen erhalten hat:

Geänderter Text

(1) Ermöglicht eine Online-Plattform Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmern, so stellt sie sicher, dass Unternehmer ihre Dienste nur dann benutzen können, um bei Verbrauchern in der Union für ihre Produkte oder Dienstleistungen zu werben und ihnen diese anzubieten, wenn die Online-Plattform vor der Benutzung ihrer Dienste folgende Informationen erhalten hat ***und angemessene Anstrengungen unternommen hat, um die Vollständigkeit und Zuverlässigkeit der Informationen zu verifizieren:***

Änderungsantrag 67

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 22 – Absatz 1 – Buchstabe a**

Vorschlag der Kommission

a) Name, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse des Unternehmers,

Geänderter Text

a) Name, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse des Unternehmers, ***und, soweit nach Unionsrecht oder nationalem Recht erforderlich, des bevollmächtigten Vertreters des Unternehmers, sofern erforderlich.***

Änderungsantrag 68

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 22 – Absatz 1 – Buchstabe c**

Vorschlag der Kommission

c) Bankverbindung des Unternehmers, ***wenn es sich bei dem Unternehmer um eine natürliche Person handelt,***

Geänderter Text

c) Bankverbindung des Unternehmers,

Änderungsantrag 69

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 22 – Absatz 1 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

e) falls der Unternehmer in einem Handelsregister oder einem ähnlichen öffentlichen Register **eingetragen ist**, das **Handelsregister**, in dem er eingetragen ist, und seine Handelsregisternummer oder eine gleichwertige in diesem Register verwendete Kennung,

Geänderter Text

e) falls der Unternehmer **der Pflicht zur Eintragung** in einem Handelsregister oder einem ähnlichen öffentlichen Register **unterliegt**, das **Register**, in dem er eingetragen ist, und seine Handelsregisternummer oder eine gleichwertige in diesem Register verwendete Kennung, **insbesondere durch automatisierte Mittel, ohne dass eine allgemeine Überwachung gemäß Artikel 7 erfolgt;**

Änderungsantrag 70

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 22 – Absatz 1 – Buchstabe e a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ea) Informationen und Unterlagen über Produkte und Dienstleistungen, die nach dem Unionsrecht, dem nationalen Recht oder einschlägigen technischen Normen und Spezifikationen, einschließlich Produktsicherheitsanforderungen, erforderlich sind.

Änderungsantrag 71

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 22 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Der Anbieter des Online-Marktplatzes muss sich nach besten Kräften darum zu bemühen, nur das Angebot von Produkten oder Dienstleistungen durch Unternehmer zuzulassen, die den geltenden

Änderungsantrag 72

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Nach Erhalt dieser Informationen unternimmt die Online-Plattform angemessene Bemühungen, um zu **prüfen**, ob die in Absatz 1 **Buchstaben a, d und e** genannten Informationen verlässlich sind, indem sie frei zugängliche amtliche Online-Datenbanken abfragt oder Online-Schnittstellen nutzt, die von einem Mitgliedstaat oder der Union zur Verfügung gestellt werden, oder indem sie vom Unternehmer Nachweise aus verlässlichen Quellen verlangt.

Geänderter Text

(2) Nach Erhalt dieser Informationen **und vor Zulassung des Unternehmers für die Nutzung ihrer Dienste** unternimmt die Online-Plattform angemessene Bemühungen, um zu **verifizieren**, ob die in Absatz 1 genannten Informationen verlässlich sind, indem sie frei zugängliche amtliche Online-Datenbanken abfragt oder Online-Schnittstellen nutzt, die von einem Mitgliedstaat oder der Union zur Verfügung gestellt werden, oder indem sie vom Unternehmer Nachweise aus verlässlichen Quellen **auf eine Art und Weise** verlangt, **die nicht zu kostspieligen aktiven Nachforschungen führt**.

Änderungsantrag 73

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 3 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Erhält die Online-Plattform Hinweise darauf, dass eine in Absatz 1 genannte Einzelinformation, die sie vom betreffenden Unternehmer erhalten hat, unrichtig oder unvollständig ist, fordert sie den Unternehmer unverzüglich oder innerhalb der im Unionsrecht und im nationalen Recht festgelegten Frist auf, die Information **insoweit** zu berichtigen, **wie dies erforderlich ist**, damit alle Informationen richtig und vollständig sind.

Geänderter Text

Erhält die Online-Plattform Hinweise darauf, dass eine in Absatz 1 genannte Einzelinformation, die sie vom betreffenden Unternehmer erhalten hat, **oder eine visuelle Darstellung oder Beschreibung davon** unrichtig oder unvollständig ist, fordert sie den Unternehmer unverzüglich oder innerhalb der im Unionsrecht und im nationalen Recht festgelegten Frist auf, die Information **rasch** zu berichtigen, damit alle Informationen richtig und vollständig sind.

Änderungsantrag 74

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die Online-Plattform speichert die nach den Absätzen 1 und 2 erhaltenen Informationen für die Dauer ihres Vertragsverhältnisses mit dem betreffenden Unternehmer in sicherer Weise. Anschließend löscht sie die Informationen.

Geänderter Text

(4) Die Online-Plattform speichert die nach den Absätzen 1 und 2 erhaltenen Informationen für die Dauer ihres Vertragsverhältnisses mit dem betreffenden Unternehmer in sicherer Weise. Anschließend löscht sie die Informationen ***innerhalb eines angemessenen Zeitraums***.

Änderungsantrag 75

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Unbeschadet des Absatzes 2 gibt die Online-Plattform die Informationen nur dann an Dritte weiter, wenn sie nach geltendem Recht, einschließlich der in ***Artikel 9*** genannten Anordnungen und der Anordnungen, die von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten oder der Kommission zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäß dieser Verordnung erlassen werden, dazu verpflichtet ist.

Geänderter Text

(5) Unbeschadet des Absatzes 2 gibt die Online-Plattform die Informationen nur dann an Dritte weiter, wenn sie nach geltendem Recht, einschließlich der in ***den Artikeln 8 und 9*** genannten Anordnungen und der Anordnungen, die von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten oder der Kommission zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäß dieser Verordnung erlassen werden, dazu verpflichtet ist.

Änderungsantrag 76

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 22 – Absatz 7 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(7a) Die Online-Plattform darf die Entscheidungs- und Wahlmöglichkeiten der Verbraucher nicht durch den Aufbau oder die Funktionsweise ihrer Online-Schnittstelle untergraben oder

beeinträchtigen.

Änderungsantrag 77

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, gewährleisten, dass die Nutzer für jede einzelne Werbung, die jedem einzelnen Nutzer angezeigt wird, in klarer und eindeutiger Weise und in Echtzeit Folgendes sehen können:

Geänderter Text

Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, gewährleisten, dass die Nutzer für jede einzelne Werbung, die jedem einzelnen Nutzer angezeigt wird, in klarer, ***prägnanter aber aussagekräftiger, einheitlicher*** und eindeutiger Weise und in Echtzeit Folgendes sehen können:

Änderungsantrag 78

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) dass es sich bei den angezeigten Informationen um Werbung handelt,

Geänderter Text

a) dass es sich bei den angezeigten Informationen um Werbung handelt, ***auch wenn sie das Ergebnis eines automatischen Mechanismus ist;***

Änderungsantrag 79

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) aussagekräftige Informationen über die wichtigsten Parameter zur Bestimmung der Nutzer, denen die Werbung angezeigt wird.

Geänderter Text

c) aussagekräftige Informationen über die wichtigsten Parameter zur ***Auswahl und*** Bestimmung der Nutzer, denen die Werbung angezeigt wird.

Änderungsantrag 80

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 24a

Empfehlungssysteme für Online-Plattformen

(1) Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die wichtigsten Parameter dar, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, sowie alle Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können. Online-Plattformen stellen sicher, dass Verbraucher nicht standardmäßig dem Profiling unterzogen werden, es sei denn, die Verbraucher haben sich, im Einklang mit den Anforderungen der Verordnung (EU) 2016/679, tatsächlich dafür entschieden.

(2) Online-Plattformen stellen auf ihrer Online-Schnittstelle eine leicht zugängliche Funktion bereit, die es dem Nutzer ermöglicht, jederzeit für jedes Empfehlungssystem, das die relative Reihenfolge der ihm angezeigten Informationen bestimmt, seine bevorzugte Option auszuwählen und zu ändern. Die Online-Plattform darf jedoch die Autonomie, die Entscheidungsfreiheit und die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher nicht durch die Struktur, die Funktion oder die Art der Bedienung ihrer Online-Schnittstelle oder eines Teils davon untergraben oder beeinträchtigen.

Änderungsantrag 81

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 25 – Absatz 4 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort überprüft mindestens alle *sechs* Monate, ob *auf den seiner Zuständigkeit unterliegenden Online-Plattformen die durchschnittliche monatliche Zahl der aktiven Nutzer in der Union der in Absatz 1 genannten Zahl entspricht oder darüber liegt*. Auf der Grundlage dieser Überprüfung fasst er einen Beschluss, in dem die Online-Plattform für die Zwecke dieser Verordnung als sehr große Online-Plattform benannt oder diese Benennung aufgehoben wird, und teilt diesen Beschluss unverzüglich der betreffenden Online-Plattform und der Kommission mit.

Geänderter Text

Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort überprüft *regelmäßig und* mindestens alle *zwei* Monate, ob *es sich bei einer Online-Plattform um eine sehr große Online-Plattform im Sinne von Absatz 1 handelt*. Auf der Grundlage dieser Überprüfung fasst er einen Beschluss, in dem die Online-Plattform für die Zwecke dieser Verordnung als sehr große Online-Plattform benannt oder diese Benennung aufgehoben wird, und teilt diesen Beschluss unverzüglich der betreffenden Online-Plattform und der Kommission mit.

Änderungsantrag 82

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 25 – Absatz 4 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission

Die Kommission sorgt dafür, dass die Liste der benannten sehr großen Online-Plattformen im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht wird, und *hält* diese Liste *auf dem neuesten Stand*. Die Pflichten dieses Abschnitts gelten bzw. gelten nicht mehr für die betreffenden sehr großen Online-Plattformen nach Ablauf von vier Monaten nach dieser Veröffentlichung.

Geänderter Text

Die Kommission sorgt dafür, dass die Liste der benannten sehr großen Online-Plattformen im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht wird, und *aktualisiert* diese Liste *regelmäßig*. Die Pflichten dieses Abschnitts gelten bzw. gelten nicht mehr für die betreffenden sehr großen Online-Plattformen nach Ablauf von vier Monaten nach dieser Veröffentlichung.

Änderungsantrag 83

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 25 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 25a

Das Recht auf ein Konto

(1) Sehr große Online-Plattformen unterliegen der Pflicht, jedem Nutzer mit legalen Absichten die Möglichkeit zu geben, ein Konto zu erstellen. Der Benutzer muss die Möglichkeit haben, sein Konto zu verifizieren.

Änderungsantrag 84

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 29 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die wichtigsten Parameter dar, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, sowie alle Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, darunter mindestens eine Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme ***oder andere Systeme zur Priorisierung von Inhalten, einschließlich der Verringerung der Sichtbarkeit von Inhalten***, verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die wichtigsten Parameter dar, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, sowie alle Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, darunter mindestens eine Option, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.

Änderungsantrag 85

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 29 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) ***Stehen mehrere Optionen nach Absatz 1 zur Verfügung, so stellen*** sehr große Online-Plattformen auf ihrer Online-Schnittstelle eine leicht zugängliche Funktion bereit, die es dem Nutzer ermöglicht, jederzeit für jedes

Geänderter Text

(2) Sehr große Online-Plattformen ***stellen*** auf ihrer Online-Schnittstelle eine leicht zugängliche Funktion bereit, die es dem Nutzer ermöglicht, jederzeit für jedes Empfehlungssystem, das die relative Reihenfolge der ihm angezeigten

Empfehlungssystem, das die relative Reihenfolge der ihm angezeigten Informationen bestimmt, seine bevorzugte Option auszuwählen und zu ändern.

Informationen bestimmt, seine bevorzugte Option auszuwählen und zu ändern. ***Die Online-Plattform darf jedoch die Autonomie, die Entscheidungsfreiheit oder die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher nicht durch die Struktur, die Funktion oder die Art des Betriebs ihrer Online-Schnittstelle oder eines Teils davon untergraben oder beeinträchtigen.***

Änderungsantrag 86

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Um zugelassen zu werden, müssen die Forscher mit akademischen Einrichtungen verbunden sein, unabhängig von gewerblichen Interessen sein, nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

Geänderter Text

(4) Um zugelassen zu werden, müssen die Forscher mit akademischen Einrichtungen verbunden sein, unabhängig von gewerblichen Interessen ***oder Interessenkonflikten*** sein, nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

Änderungsantrag 87

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission und das Gremium fördern und erleichtern die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten

Geänderter Text

(1) Die Kommission und das Gremium fördern und erleichtern die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten

illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den **fairen** Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

Änderungsantrag 88

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 36 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(2) Die Kommission setzt sich dafür ein, dass mit den Verhaltenskodizes eine wirksame Informationsübermittlung unter uneingeschränkter Achtung der Rechte und Interessen aller Beteiligten sowie ein wettbewerbsorientiertes, transparentes und faires Umfeld in der Online-Werbung im Einklang mit dem Unionsrecht und dem nationalen Recht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, angestrebt werden. Die Kommission setzt sich dafür ein, dass sich die Verhaltenskodizes mindestens auf Folgendes erstrecken:

Geänderter Text

(2) Die Kommission setzt sich dafür ein, dass mit den Verhaltenskodizes eine wirksame **und korrekte** Informationsübermittlung unter uneingeschränkter Achtung der Rechte und Interessen aller Beteiligten sowie ein wettbewerbsorientiertes, transparentes und faires Umfeld in der Online-Werbung im Einklang mit dem Unionsrecht und dem nationalen Recht, insbesondere in Bezug auf den **fairen** Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, angestrebt werden. Die Kommission setzt sich dafür ein, dass sich die Verhaltenskodizes mindestens auf Folgendes erstrecken:

Änderungsantrag 89

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 36 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 36a

Verhaltenskodizes für das Beherbergungsgewerbe

(1) Die Kommission fördert und erleichtert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene zwischen den Online-Plattformen, einschlägigen Dienstleistern im Beherbergungsgewerbe und den

zuständigen Behörden, um einen Beitrag zur Bekämpfung illegaler Kurzzeitvermietungen zu leisten und die Durchsetzung von Registrierungs- und Genehmigungsregelungen zu erleichtern;

Änderungsantrag 90

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 37 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Das Gremium kann der Kommission empfehlen, gemäß den Absätzen 2, 3 und 4 die Ausarbeitung von Krisenprotokollen zur Bewältigung von Krisensituationen einzuleiten, die strikt auf außergewöhnliche Umstände beschränkt sind, die die öffentliche Sicherheit oder Gesundheit beeinträchtigen.

Geänderter Text

(1) Das Gremium kann der Kommission empfehlen, gemäß den Absätzen 2, 3 und 4 die Ausarbeitung von Krisenprotokollen zur Bewältigung von Krisensituationen einzuleiten, die strikt auf außergewöhnliche Umstände beschränkt sind, die die öffentliche Sicherheit oder Gesundheit beeinträchtigen. ***Der Kommission wird empfohlen, in Zusammenarbeit mit Online-Plattformen, nationalen und europäischen Verbraucherverbänden und Organisationen der Zivilgesellschaft sowie allen betroffenen Akteuren Notfallpläne für den Tourismussektor für künftige Krisen zu entwickeln, einschließlich Standards für Stornierungen aufgrund höherer Gewalt, Reisewarnungen und den Informationsfluss.***

Änderungsantrag 91

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 38 – Absatz 3 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Die Mitgliedstaaten machen die Namen ihrer als Koordinator für digitale Dienste benannten zuständigen Behörden und Informationen darüber, wie sie kontaktiert werden können, öffentlich zugänglich und

Geänderter Text

Die Mitgliedstaaten machen die Namen ihrer als Koordinator für digitale Dienste benannten zuständigen Behörden und Informationen darüber, wie sie kontaktiert werden können, öffentlich zugänglich und

teilen diese der Kommission und dem Gremium mit.

teilen diese der Kommission und dem Gremium mit. ***Die Kommission stellt nach Anhörung der Mitgliedstaaten Leitlinien zur Verfügung, um ein einheitliches Konzept dafür zu gewährleisten, wie nationale, lokale und regionale Behörden mit ihren Koordinatoren für digitale Dienste zusammenarbeiten sollten.***

Änderungsantrag 92

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 39 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ihre Koordinatoren für digitale Dienste ihre Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung unparteiisch, transparent und zeitnah erfüllen. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass ihren Koordinatoren für digitale Dienste angemessene technische, finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stehen, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können.

Geänderter Text

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ihre Koordinatoren für digitale Dienste ihre Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung unparteiisch, transparent und zeitnah erfüllen. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass ihren Koordinatoren für digitale Dienste erforderliche technische, finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stehen, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können. ***Solche Ressourcen könnten unter anderem den Zugang zu Schulungen und den regelmäßigen Austausch mit dem Dienstleister umfassen, um die Besonderheiten seines Geschäftsmodells zu verstehen.***

Änderungsantrag 93

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 39 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Befugnisse gemäß dieser Verordnung handeln die Koordinatoren für digitale Dienste völlig unabhängig. Sie arbeiten frei von äußeren Einflüssen und dürfen weder direkt noch indirekt Weisungen von anderen Behörden oder privaten Stellen ***einholen*** oder

Geänderter Text

(2) Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Befugnisse gemäß dieser Verordnung handeln die Koordinatoren für digitale Dienste völlig unabhängig. Sie arbeiten frei von äußeren Einflüssen und dürfen weder direkt noch indirekt Weisungen von anderen Behörden oder privaten Stellen ***entgegennehmen. Der***

entgegennehmen.

Koordinator für digitale Dienste muss in der Lage sein, Informationen von einer Behörde oder einer privaten Partei einzuholen, wenn er dies für notwendig hält, um seine Rolle und Befugnisse wahrzunehmen und dennoch seine Unabhängigkeit und Neutralität zu wahren.

Begründung

Jeder DSC sollte in der Lage sein, Informationen von einer Behörde oder einer privaten Partei einzuholen, wenn er dies für Angelegenheiten, die außerhalb seiner Kompetenz und seines Wissens liegen, für notwendig erachtet.

Änderungsantrag 94

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 43 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Die Nutzer haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter.

Geänderter Text

Nutzer, repräsentative Organisationen und andere Parteien mit berechtigtem Interesse haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter.

Änderungsantrag 95

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 48 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Den Vorsitz des Gremiums führt die Kommission. Die Kommission beruft die Sitzungen ein und bereitet die Tagesordnung im Einklang mit den Aufgaben des Gremiums gemäß dieser Verordnung und seiner Geschäftsordnung vor.

(3) Den Vorsitz des Gremiums führt **und leitet** die Kommission. Die Kommission beruft die Sitzungen ein und bereitet die Tagesordnung im Einklang mit den Aufgaben des Gremiums gemäß dieser Verordnung und seiner Geschäftsordnung vor.

Begründung

Die Governance des DSA ist eine Schlüsseldeterminante, um die Harmonisierung und konsequente Anwendung der Regeln zu gewährleisten, und die Rolle der Kommission als Verteidigerin und Durchsetzerin des (digitalen) Binnenmarktes muss in diesem Zusammenhang angemessen anerkannt und hervorgehoben werden.

Änderungsantrag 96

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 48 – Absatz 4**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) Die Kommission leistet administrative und analytische Unterstützung für die Tätigkeiten des Gremiums gemäß dieser Verordnung.

(4) Die Kommission leistet administrative und analytische Unterstützung für die Tätigkeiten des Gremiums gemäß dieser Verordnung. **Das Gremium achtet und berücksichtigt bei seinen Entscheidungen die Leitlinien und die analytische Unterstützung der Kommission als Hüterin des digitalen Binnenmarkts.**

Begründung

Die Governance des DSA ist eine Schlüsseldeterminante, um die Harmonisierung und konsequente Anwendung der Regeln zu gewährleisten, und die Rolle der Kommission als Verteidigerin und Durchsetzerin des (digitalen) Binnenmarktes muss in diesem Zusammenhang angemessen anerkannt und hervorgehoben werden.

Änderungsantrag 97

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 49 – Absatz 1 – Buchstabe c**

Vorschlag der Kommission

c) Abgabe von Stellungnahmen, Empfehlungen **oder Ratschlägen** für die **Koordinatoren digitaler Dienste gemäß** dieser Verordnung;

Geänderter Text

c) Abgabe von **nicht rechtsverbindliche** Stellungnahmen **und** Empfehlungen **auf Ersuchen eines Koordinators für digitale Dienste und in Absprache mit allen beteiligten Interessenträgern**, die zur **Behebung des Problems und zur Sicherstellung einer konsequenten Durchsetzung** dieser Verordnung **dienen**.

Änderungsantrag 98

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 49 – Absatz 1 – Buchstabe e a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ea) Übernahme der Verantwortung dafür, dass die Bedingungen für die Ausnahmeregelung für das Herkunftsland streng und eng ausgelegt werden, um für eine konsequente Anwendung dieser Verordnung zu sorgen.

Änderungsantrag 99

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 50 – Absatz 4 – Einleitung**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) Der Koordinator für digitale Dienste **am Niederlassungsort** teilt der Kommission, dem Gremium und der betroffenen sehr großen Online-Plattform seinen Standpunkt dazu mit, ob die sehr große Online-Plattform die Zuwiderhandlung beendet oder Abhilfe geschaffen hat, und legt die Gründe hierfür dar. Dabei hält er jeweils wie zutreffend die folgenden Fristen ein:

(4) Der **zuständige** Koordinator für digitale Dienste teilt der Kommission, dem Gremium und der betroffenen sehr großen Online-Plattform seinen Standpunkt dazu mit, ob die sehr große Online-Plattform die Zuwiderhandlung beendet oder Abhilfe geschaffen hat, und legt die Gründe hierfür dar. Dabei hält er jeweils wie zutreffend die folgenden Fristen ein:

Änderungsantrag 100

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 51 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die Kommission nimmt die in diesem Abschnitt beschriebenen Aufgaben in völliger Unabhängigkeit von unzulässiger politischer oder unternehmerischer Einflussnahme wahr.

Änderungsantrag 101

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 52 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die Kommission durch einfaches Verlangen oder im Wege eines Beschlusses von den betreffenden sehr großen Online-Plattformen sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und Artikel 50 Absatz 3 durchführen, die Übermittlung dieser Informationen innerhalb einer **angemessenen** Frist verlangen.

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben kann die Kommission durch einfaches Verlangen oder im Wege eines Beschlusses von den betreffenden sehr großen Online-Plattformen sowie von allen anderen Personen, die zu Zwecken ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handeln und Kenntnis von Informationen über eine mutmaßliche Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung haben dürften, einschließlich Organisationen, die die Prüfungen gemäß Artikel 28 und Artikel 50 Absatz 3 durchführen, die Übermittlung dieser Informationen innerhalb einer Frist **von zwei Monaten** verlangen.

Änderungsantrag 102

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 52 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Bei der Übermittlung eines einfachen Auskunftsverlangens an die betreffende sehr große Online-Plattform

(2) Bei der Übermittlung eines einfachen Auskunftsverlangens an die betreffende sehr große Online-Plattform

oder an eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 gibt die Kommission die Rechtsgrundlage und den Zweck des Verlangens an, führt auf, welche Informationen erforderlich sind, und setzt die Frist für die Übermittlung der Informationen und nennt die in Artikel 59 vorgesehenen Sanktionen für den Fall, dass unrichtige oder irreführende Angaben gemacht werden.

Änderungsantrag 103

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 52 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die Eigentümer der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 oder deren Vertreter und im Falle juristischer Personen, von Gesellschaften oder Unternehmen oder, wenn sie keine Rechtspersönlichkeit besitzen, die nach Gesetz oder Satzung zur Vertretung der betreffenden sehr großen Online-Plattform berufenen Personen stellen die angeforderten Informationen im Namen der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 bereit. Ordnungsgemäß bevollmächtigte Rechtsanwälte können die Informationen im Namen ihrer Mandanten erteilen. Letztere bleiben in vollem Umfang dafür verantwortlich, dass die erteilten Informationen vollständig, sachlich richtig und nicht irreführend sind.

Änderungsantrag 104

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 54 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

oder an eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 gibt die Kommission die Rechtsgrundlage und den Zweck des Verlangens an, führt auf, welche Informationen erforderlich sind, und setzt die Frist für die Übermittlung der Informationen und nennt die in Artikel 59 vorgesehenen Sanktionen für den Fall, dass unrichtige, *falsche* oder irreführende Angaben gemacht werden.

Geänderter Text

(4) Die Eigentümer der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 oder deren Vertreter und im Falle juristischer Personen, von Gesellschaften oder Unternehmen oder, wenn sie keine Rechtspersönlichkeit besitzen, die nach Gesetz oder Satzung zur Vertretung der betreffenden sehr großen Online-Plattform berufenen Personen stellen die angeforderten Informationen im Namen der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 bereit. Ordnungsgemäß bevollmächtigte Rechtsanwälte können die Informationen im Namen ihrer Mandanten erteilen. Letztere bleiben in vollem Umfang dafür verantwortlich, dass die erteilten Informationen vollständig, sachlich richtig, *zutreffend* und nicht irreführend sind.

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben **kann** die Kommission Nachprüfungen vor Ort in den Räumlichkeiten der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 durchführen.

(1) Zur Wahrnehmung der ihr in diesem Abschnitt übertragenen Aufgaben **können die zuständigen Behörden des Mitgliedstaats auf Antrag der** Kommission Nachprüfungen vor Ort **im Sinne von Artikel 12 der Verordnung (EU) Nr. 139/2004** in den Räumlichkeiten der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 durchführen.

Änderungsantrag 105

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 54 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Bei Nachprüfungen vor Ort können die **Kommission und die von ihr benannten Prüfer oder Sachverständigen** von der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 Erläuterungen zu Organisation, Funktionsweise, IT-System, Algorithmen, Datenverwaltung und Geschäftsgebaren verlangen. Die Kommission und die von ihr benannten Prüfer oder Sachverständigen können Schlüsselpersonal der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 befragen.

Geänderter Text

(3) Bei Nachprüfungen vor Ort können die **zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten** von der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 Erläuterungen zu Organisation, Funktionsweise, IT-System, Algorithmen, Datenverwaltung und Geschäftsgebaren verlangen. Die Kommission und die von ihr benannten Prüfer oder Sachverständigen können Schlüsselpersonal der betreffenden sehr großen Online-Plattform oder einer anderen Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 befragen.

Änderungsantrag 106

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 54 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die betreffende sehr große Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 ist verpflichtet, die Nachprüfungen vor Ort zu dulden, die **die Kommission durch Beschluss** angeordnet. In dem **Beschluss** werden Gegenstand und

Geänderter Text

(4) Die betreffende sehr große Online-Plattform oder eine andere Person gemäß Artikel 52 Absatz 1 ist verpflichtet, die Nachprüfungen vor Ort zu dulden, die **auf Antrag der Kommission** angeordnet **werden**. In dem **Antrag** werden

Zweck des Besuchs aufgeführt, das Datum des Beginns des Besuchs festgelegt, die in den Artikeln 59 und 60 vorgesehenen Sanktionen angegeben sowie auf das Recht hingewiesen, den Beschluss vom Gerichtshof der Europäischen Union überprüfen zu lassen.

Gegenstand und Zweck des Besuchs aufgeführt, das Datum des Beginns des Besuchs festgelegt, die in den Artikeln 59 und 60 vorgesehenen Sanktionen angegeben sowie auf das Recht hingewiesen, den Beschluss vom Gerichtshof der Europäischen Union überprüfen zu lassen.

Änderungsantrag 107

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 59 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) in Beantwortung eines Verlangens gemäß Artikel 52 unrichtige, unvollständige oder irreführende Angaben macht oder, wenn die Informationen im Wege eines Beschlusses verlangt werden, das Verlangen nicht innerhalb der gesetzten Frist beantwortet;

Geänderter Text

a) in Beantwortung eines Verlangens gemäß Artikel 52 unrichtige, unvollständige, **falsche** oder irreführende Angaben macht oder, wenn die Informationen im Wege eines Beschlusses verlangt werden, das Verlangen nicht innerhalb der gesetzten Frist beantwortet;

Änderungsantrag 108

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 69 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte gemäß den Artikeln 23, 25 und 31 wird der Kommission **auf unbestimmte Zeit** ab dem [voraussichtliches Datum der Annahme der Verordnung] übertragen.

Geänderter Text

(2) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte gemäß den Artikeln 23, 25 und 31 wird der Kommission **für fünf Jahre** ab dem [voraussichtliches Datum der Annahme der Verordnung] übertragen.

VERFAHREN DES MITBERATENDEN AUSSCHUSSES

Titel	Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und Änderung der Richtlinie 2000/31/EG
Bezugsdokumente – Verfahrensnummer	COM(2020)0825 – C9-0418/2020 – 2020/0361(COD)
Federführender Ausschuss Datum der Bekanntgabe im Plenum	IMCO 8.2.2021
Stellungnahme von Datum der Bekanntgabe im Plenum	TRAN 8.2.2021
Verfasser(in) der Stellungnahme Datum der Benennung	Roman Haider 8.3.2021
Datum der Annahme	27.9.2021
Ergebnis der Schlussabstimmung	+ : 42 - : 7 0 : 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Magdalena Adamowicz, Andris Ameriks, José Ramón Bauzá Díaz, Izaskun Bilbao Barandica, Paolo Borchia, Marco Campomenosi, Massimo Casanova, Ciarán Cuffe, Johan Danielsson, Karima Delli, Anna Deparnay-Grunenberg, Ismail Ertug, Gheorghe Falcă, Giuseppe Ferrandino, Mario Furore, Søren Gade, Isabel García Muñoz, Jens Gieseke, Elsi Katainen, Kateřina Konečná, Elena Kountoura, Julie Lechanteux, Peter Lundgren, Benoît Lutgen, Elżbieta Katarzyna Łukacijewska, Marian-Jean Marinescu, Tilly Metz, Cláudia Monteiro de Aguiar, Caroline Nagtegaal, Jan-Christoph Oetjen, Philippe Olivier, João Pimenta Lopes, Rovana Plumb, Tomasz Piotr Poręba, Dominique Riquet, Dorien Rookmaker, Massimiliano Salini, Vera Tax, Barbara Thaler, István Ujhelyi, Henna Virkkunen, Petar Vitanov, Elissavet Vozemberg-Vrionidi, Roberts Zīle, Kosma Złotowski
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Ignazio Corrao, Josianne Cutajar, Tomasz Frankowski, Markus Pieper

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

42	+
ECR	Peter Lundgren, Tomasz Piotr Poręba, Roberts Zīle, Kosma Złotowski
ID	Paolo Borchia, Marco Campomenosi, Massimo Casanova, Julie Lechanteux, Philippe Olivier
NI	Mario Furore
PPE	Magdalena Adamowicz, Gheorghe Falcă, Tomasz Frankowski, Jens Gieseke, Elżbieta Katarzyna Łukacijewska, Benoît Lutgen, Marian-Jean Marinescu, Cláudia Monteiro de Aguiar, Markus Pieper, Massimiliano Salini, Barbara Thaler, Henna Virkkunen, Elissavet Vozemberg-Vrionidi
Renew	José Ramón Bauzá Díaz, Izaskun Bilbao Barandica, Søren Gade, Elsi Katainen, Caroline Nagtegaal, Jan-Christoph Oetjen, Dominique Riquet
S&D	Andris Ameriks, Josianne Cutajar, Johan Danielsson, Ismail Ertug, Giuseppe Ferrandino, Isabel García Muñoz, Rovana Plumb, Vera Tax, István Ujhelyi, Petar Vitanov
The Left	Kateřina Konečná, Elena Kountoura

7	-
NI	Dorien Rookmaker
The Left	João Pimenta Lopes
Verts/ALE	Ignazio Corrao, Ciarán Cuffe, Karima Delli, Anna Deparnay-Grunenberg, Tilly Metz

0	0

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung

D

STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR KULTUR UND BILDUNG

für den Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG

(COM(2020)0825 – C9-0418(2020) – 2020/0361(COD))

Verfasserin der Stellungnahme: Sabine Verheyen

KURZE BEGRÜNDUNG

Am 15. Dezember 2020 veröffentlichte die Europäische Kommission ihren Legislativvorschlag für ein Gesetz über digitale Dienste; dabei handelt es sich um einen wichtigen Schritt zur Regulierung von Online-Inhalten auf Unionsebene, insbesondere zur Gewährleistung der Onlinesicherheit und des Schutzes der Grundrechte im digitalen Umfeld.

Die vorgeschlagene Verordnung zielt darauf ab, ein verantwortungsvolleres Online-Umfeld zu schaffen, indem sie Plattformen verpflichtet, gegen rechtswidrige Inhalte vorzugehen und den Nutzern mehr Transparenz und Rückverfolgbarkeit sowie bessere Berichterstattungssysteme zu bieten.

Sie legt als lex generalis horizontale und harmonisierte Standards für eine breite Palette von Online-Plattformen fest. Der Vorschlag zielt auch darauf ab, die Haftungsregelung der Richtlinie 2000/13/EG (Richtlinie zum elektronischen Handel) zu überarbeiten, insbesondere indem die Verfahren zur Meldung und Entfernung rechtswidriger Inhalte („notice and take down“) durch Melde- und Abhilfeverfahren („notice and action“) ersetzt werden. Eine solche Regelung und das Prinzip „keine generelle Überwachungspflicht für Anbieter“ bildeten bei der Richtlinie (EU) 2018/1808 über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie) die Grundlage, was die Regulierung von Video-Sharing-Plattformen betrifft.

Ein solcher umfassender Ansatz könnte jedoch unbeabsichtigte Folgen nach sich ziehen und mit sektorspezifischen Vorschriften kollidieren. Im Medien- und audiovisuellen Sektor führt dies zu Überschneidungen mit den nationalen Rechtsvorschriften und den Vorschriften auf Unionsebene sowie zu rechtlichen Unklarheiten und Diskrepanzen, während die Mitgliedstaaten bei der Ergreifung von Regulierungsmaßnahmen in Bezug auf kulturelle Fragen im Zusammenhang mit Anbietern von Online-Diensten eingeschränkt werden.

Insgesamt begrüßt die Verfasserin den Vorschlag. Die Verfasserin unterstützt zwar die Hauptziele des Vorschlags, möchte jedoch betonen, dass die Verordnung es den Nutzern ermöglichen sollte, weiterhin auf Inhalte zuzugreifen, die den Medienpluralismus sowie die

kulturelle und sprachliche Vielfalt widerspiegeln und vertrauenswürdige Nachrichten und Informationen enthalten, wobei die Grundfreiheiten sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung zu beachten sind.

In diesem Zusammenhang schlägt die Verfasserin eine Reihe von Änderungen vor, um in den vorgeschlagenen Bestimmungen für mehr Klarheit zu sorgen und die mit ihnen angestrebten Ziele zu verbessern.

Im Einzelnen geht es in dem Entwurf einer Stellungnahme um folgende Punkte:

(i) Sicherstellung der rechtlichen Kohärenz mit der AVMD-Richtlinie:

Da mit der Verordnung einige Bestimmungen der Richtlinie zum elektronischen Handel geändert und eine Reihe von Artikeln (Artikel 14 ff. des Vorschlags) vorgeschlagen werden, die sich mit Artikel 28b der AVMD-Richtlinie überschneiden oder diesen teilweise abdecken, muss unbedingt sichergestellt werden, dass sich die Überarbeitung nicht auf die Regulierung von Video-Sharing-Plattformen gemäß der überarbeiteten AVMD-Richtlinie auswirkt. Die Verfasserin hält es daher für entscheidend, dass die Richtlinie als das wichtigste Rechtsinstrument zur Harmonisierung der Standards für audiovisuelle Online-Inhalte auf Unionsebene bestehen bleibt, indem klargestellt wird, dass die Verordnung weder bestehende oder künftige branchenspezifische Maßnahmen noch solche, die auf die Förderung der kulturellen Vielfalt, der Freiheit der Medien und ihre Pluralität abzielen, berührt.

(ii) Harmonisierung der bestehenden Vorschriften über die Entfernung rechtswidriger Inhalte:

Die Verfasserin begrüßt die Tatsache, dass die allgemeinen Grundsätze der in der Richtlinie zum elektronischen Handel festgelegten Haftungsregelung beibehalten wurden, und unterstützt die vorgeschlagenen Melde- und Abhilfeverfahren als grundlegende Anforderung für alle Plattformen, die Dienste im digitalen Binnenmarkt anbieten.

In dieser Hinsicht ist es entscheidend, klare Definitionen aufzustellen und effektive Verfahren festzulegen. Darüber hinaus muss in Fällen von rechtswidrigen Inhalten, wie z. B. Anstiftung zum Terrorismus, Hassrede oder Material über sexuellen Missbrauch von Kindern sowie Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums, unbedingt sichergestellt werden, dass die Diensteanbieter innerhalb kurzer Zeit schnelle und wirksame Maßnahmen ergreifen, um rechtswidrige Inhalte von ihren Diensten zu entfernen sowie um dafür zu sorgen, dass diese Inhalte nach ihrer Entfernung unzugänglich bleiben.

(iii) Redaktionelle Verantwortung:

Anbieter von Mediendiensten unterliegen strengen Regulierungen auf nationaler Ebene sowie auf Unionsebene und müssen sich an professionellen redaktionellen Standards orientieren, unabhängig davon, wie ihre Inhalte und Dienste konsumiert werden. Der Schutz der redaktionellen Unabhängigkeit im Mediensektor ist daher entscheidend. In diesem Zusammenhang ist die Verfasserin der Ansicht, dass es kommerziellen Online-Plattformen nicht gestattet sein sollte, eine Aufsichtsfunktion über Online-Inhalte auszuüben, die auf legalem Wege verbreitet werden und die von Dienstleistern stammen, die redaktionelle Verantwortung ausüben und sich konsequent an das Unionsrecht und das nationale Recht sowie an journalistische und redaktionelle Grundsätze halten. Anbieter von Mediendiensten

sollten auch weiterhin allein für die von ihnen produzierten Inhalte und Dienste verantwortlich sein, da Plattformen für die von Anbietern von Mediendiensten auf ihren Plattformen angebotenen Inhalte weder verantwortlich noch haftbar gemacht werden können.

(iv) Erhöhung der Transparenz

Die Verfasserin ist der Ansicht, dass die Verordnung hohe Transparenzstandards auf allen Online-Plattformen in Bezug auf algorithmische Entscheidungsprozesse und der Empfehlung von Inhalten festlegen sollte. Es ist wichtig, dass die Nutzer besser verstehen, wie sich die Empfehlungssysteme der Plattformen auf die Sichtbarkeit, Zugänglichkeit und Verfügbarkeit von Inhalten und Diensten im Internet auswirken, da algorithmusbasierte Inhaltsempfehlungen gravierende Auswirkungen auf die kulturelle Vielfalt haben können.

ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Ausschuss für Kultur und Bildung ersucht den federführenden Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, folgende Änderungsanträge zu berücksichtigen:

Änderungsantrag 1

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 2

Vorschlag der Kommission

(2) Die Mitgliedstaaten führen zunehmend nationale Rechtsvorschriften zu den von dieser Verordnung abgedeckten Angelegenheiten ein, oder ziehen dies in Erwägung, und schaffen damit insbesondere Sorgfaltspflichten für Anbieter von Vermittlungsdiensten. Unter Berücksichtigung des von Natur aus grenzüberschreitenden Charakters des Internets, das im Allgemeinen für die Bereitstellung dieser Dienste verwendet wird, beeinträchtigen diese unterschiedlichen nationalen Rechtsvorschriften den Binnenmarkt, der gemäß Artikel 26 des Vertrags ein Raum ohne Binnengrenzen ist, in dem der freie Verkehr von Waren und Dienstleistungen sowie die Niederlassungsfreiheit gewährleistet sind. Die Bedingungen für die Erbringung von Vermittlungsdiensten im gesamten Binnenmarkt sollten harmonisiert werden, um Unternehmen Zugang zu neuen Märkten und Chancen zur Nutzung der Vorteile des Binnenmarkts zu verschaffen und gleichzeitig den Verbrauchern und anderen Nutzern eine größere Auswahl zu bieten.

Geänderter Text

(2) Die Mitgliedstaaten führen zunehmend nationale Rechtsvorschriften zu den von dieser Verordnung abgedeckten Angelegenheiten ein, oder ziehen dies in Erwägung, und schaffen damit insbesondere Sorgfaltspflichten für Anbieter von Vermittlungsdiensten. Unter Berücksichtigung des von Natur aus grenzüberschreitenden Charakters des Internets, das im Allgemeinen für die Bereitstellung dieser Dienste verwendet wird, beeinträchtigen diese unterschiedlichen nationalen Rechtsvorschriften den Binnenmarkt, der gemäß Artikel 26 des Vertrags ein Raum ohne Binnengrenzen ist, in dem der freie Verkehr von Waren und Dienstleistungen sowie die Niederlassungsfreiheit gewährleistet sind. Die Bedingungen für die Erbringung von Vermittlungsdiensten im gesamten Binnenmarkt sollten harmonisiert werden, um Unternehmen Zugang zu neuen Märkten und Chancen zur Nutzung der Vorteile des Binnenmarkts zu verschaffen und gleichzeitig den Verbrauchern und anderen Nutzern eine größere Auswahl **und mehr Rechte** zu bieten.

Änderungsantrag 2

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 3

(3) Damit das Online-Umfeld sicher, berechenbar und vertrauenswürdig ist und sowohl Bürgerinnen und -bürger der Union als auch andere Personen die ihnen in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) garantierten Grundrechte ausüben können, **insbesondere** das Recht auf **Meinungs- und Informationsfreiheit, auf unternehmerische Freiheit und auf Nichtdiskriminierung, ist unbedingt ein verantwortungsvolles und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von Vermittlungsdiensten erforderlich.**

(3) Damit das Online-Umfeld sicher, berechenbar und vertrauenswürdig ist und sowohl Bürgerinnen und -bürger der Union als auch andere Personen die ihnen in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) garantierten Grundrechte ausüben können, **ist unbedingt ein verantwortungsvolles und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von Vermittlungsdiensten erforderlich. Zu diesen Rechten zählen unter anderem** das Recht auf **freie Meinungsäußerung** und Informationsfreiheit, **die Freiheit und Pluralität der Medien, das Recht auf Privatsphäre und den Schutz personenbezogener Daten, die unternehmerische Freiheit, das Recht auf Menschenwürde, die Rechte des Kindes, das Recht auf Schutz des Eigentums einschließlich des geistigen Eigentums und das Recht auf Nichtdiskriminierung.**

Änderungsantrag 3

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 9

(9) Diese Verordnung sollte die Vorschriften, die sich aus anderen Rechtsakten der Union zur Regelung bestimmter Aspekte der Bereitstellung von Vermittlungsdiensten ergeben, ergänzen, deren Anwendung jedoch unberührt lassen; dies gilt insbesondere für die Richtlinie 2000/31/EG, mit Ausnahme der mit dieser Verordnung eingeführten Änderungen, die Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in ihrer geänderten Fassung²⁸ und die vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte, genauer die Verordnung (EU) .../... des Europäischen

(9) **Diese Verordnung sollte die subsidiäre Zuständigkeit der Union achten, bei ihrem Handeln gemäß Artikel 167 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union kulturellen Aspekten Rechnung zu tragen, und nicht die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten im Bereich ihrer jeweiligen Kulturpolitik berühren, insbesondere im Hinblick auf nationale Maßnahmen, die sich an Anbieter von Vermittlungsdiensten richten, um die Meinungs- und Informationsfreiheit und die Medienfreiheit zu schützen und den Medienpluralismus sowie die kulturelle und sprachliche Vielfalt zu fördern. Diese**

Parlaments und des Rates²⁹. Diese Verordnung *berührt* daher *nicht diese* anderen Rechtsakte, die *in Bezug auf den* in dieser Verordnung festgelegten allgemein anwendbaren Rahmen als *lex specialis* gelten. Die Vorschriften dieser Verordnung gelten jedoch für *Fragen*, die von *den genannten* anderen *Rechtsakten nicht oder nicht vollständig behandelt werden*, und *Fragen, in denen diese anderen* Rechtsakte den Mitgliedstaaten die Möglichkeit lassen, bestimmte Maßnahmen auf nationaler Ebene zu ergreifen.

Verordnung sollte die Vorschriften, die sich aus anderen Rechtsakten der Union zur Regelung bestimmter Aspekte der Bereitstellung von Vermittlungsdiensten ergeben, ergänzen, deren Anwendung jedoch unberührt lassen; dies gilt insbesondere für die Richtlinie 2000/31/EG, mit Ausnahme der mit dieser Verordnung eingeführten Änderungen, die Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in ihrer geänderten Fassung²⁸ und die vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte, genauer die Verordnung (EU) .../... des Europäischen Parlaments und des Rates²⁹. Diese Verordnung *lässt* daher *die genannten* anderen Rechtsakte, die *im Verhältnis zu dem* in dieser Verordnung festgelegten allgemein anwendbaren Rahmen als *lex specialis* gelten, *unberührt*. Die Vorschriften dieser Verordnung gelten jedoch *unbeschadet der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für den Erlass und die Weiterentwicklung von Gesetzen, Verordnungen und sonstigen Maßnahmen zur Sicherung und Förderung der Meinungs- und Informationsfreiheit in den Medien, zur Förderung der Pressefreiheit im Einklang mit der Charta der Grundrechte sowie zur Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt. Soweit diese* Rechtsakte den Mitgliedstaaten die Möglichkeit lassen, bestimmte Maßnahmen auf nationaler Ebene zu ergreifen, *sollte diese Möglichkeit und insbesondere das Recht der Mitgliedstaaten, strengere Maßnahmen zu erlassen, von der vorliegenden Verordnung unberührt bleiben. Im Falle eines Widerspruchs zwischen dieser Verordnung einerseits und der Richtlinie 2010/13/EU oder den Umsetzungsinstrumenten, die die Mitgliedstaaten erlassen haben, um dieser Richtlinie nachzukommen, andererseits sollte letztere Vorrang haben.*

²⁸ Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) (Text von Bedeutung für den EWR) (ABl. L 95 vom 15.4.2010, S. 1).

²⁹ Verordnung (EU) .../... des Europäischen Parlaments und des Rates – vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte.

²⁸ Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) (Text von Bedeutung für den EWR) (ABl. L 95 vom 15.4.2010, S. 1).

²⁹ Verordnung (EU) .../... des Europäischen Parlaments und des Rates – vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte.

Änderungsantrag 4

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 11

Vorschlag der Kommission

(11) Es sollte präzisiert werden, dass diese Verordnung die Vorschriften des Unionsrechts über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte nicht berührt, *mit* denen bestimmte Vorschriften und Verfahren festgelegt sind, die unberührt bleiben sollten.

Geänderter Text

(11) Es sollte präzisiert werden, dass diese Verordnung die Vorschriften des Unionsrechts über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte nicht berührt, ***insbesondere die Richtlinie (EU) 2019/790 des Europäischen Parlaments und des Rates^{1a} und deren nationale Umsetzungsrechtsakte, in*** denen bestimmte Vorschriften und Verfahren festgelegt sind, die unberührt bleiben sollten. ***Insgesamt ist es notwendig, dass mit dieser Verordnung Rechtssicherheit für Plattformen gewährleistet und die Grundrechte der Nutzer gewahrt werden. Keine Bestimmung dieser Verordnung sollte zu weniger günstigen Lösungen bei der Sicherstellung eines hohen Niveaus des Schutzes des Urheberrechts und verwandter Schutzrechte führen als die, die vor ihrem Inkrafttreten oder danach im positiven Recht der Union und der Mitgliedstaaten zum Schutz des literarischen und künstlerischen***

Eigentums galten.

1a Richtlinie (EU) 2019/790 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte im digitalen Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinien 96/9/EG und 2001/29/EG (ABl. L 130 vom 17.5.2019, S. 92).

Änderungsantrag 5

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 12

Vorschlag der Kommission

(12) **Um** das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte die Definition des Begriffs „**illegale Inhalte**“ für die Zwecke dieser Verordnung **weit gefasst werden; er umfasst** auch Informationen im Zusammenhang mit **illegalen** Inhalten, Produkten, Dienstleistungen oder Tätigkeiten. Insbesondere sollte der Begriff so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale Hassrede, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängen, etwa der Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, dem Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, der **nicht genehmigten Verwendung** urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht. In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung sich aus dem Unionsrecht oder aus mit dem

Geänderter Text

(12) **Der Begriff „rechtswidriger Inhalt“ ist derzeit in den nationalen Rechtsvorschriften unterschiedlich definiert, und unklare Definitionen dieses Begriffs in der Verordnung würden ein unvorhersehbares Regulierungsumfeld für sämtliche Anbieter von digitalen Diensten in Europa schaffen. Ohne eine klare Definition wären Anbieter und Vermittler digitaler Dienste an intransparente und unangemessene Standards gebunden. Wenn nicht eindeutig geklärt ist, was unter einem rechtswidrigen Inhalt zu verstehen ist, könnte dies dazu führen, dass Anbieter und Vermittler von Diensten einige Arten von Inhalten zu Unrecht einschränken, wodurch Grundrechte wie die Meinungsfreiheit und die freie Meinungsbildung beeinträchtigt würden. Um daher** das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte die Definition des Begriffs „**rechtswidriger Inhalt**“ für die Zwecke dieser Verordnung **auf dem allgemeinen Gedanken beruhen, dass alles, was offline rechtswidrig ist, auch online rechtswidrig sein sollte, und alles, was offline rechtmäßig ist, auch online rechtmäßig sein sollte. Der Begriff sollte**

Unionsrecht im Einklang stehendem nationalem Recht ergibt, um welche Art von Rechtsvorschriften es geht und was diese zum Gegenstand haben.

zudem so definiert werden, dass Informationen im Zusammenhang mit **rechtswidrigen** Inhalten, Produkten, Dienstleistungen oder Tätigkeiten **angemessen erfasst werden**. Insbesondere sollte der Begriff so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale Hassrede, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängen, etwa der Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, dem Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, der **unerlaubten Verwendung oder rechtswidrigen Verbreitung** urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht. In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung sich aus dem Unionsrecht oder aus mit dem Unionsrecht im Einklang stehendem nationalem Recht ergibt, um welche Art von Rechtsvorschriften es geht und was diese zum Gegenstand haben.

Änderungsantrag 6

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 13

Vorschlag der Kommission

(13) Aufgrund der besonderen Merkmale der betreffenden Dienste und der daraus folgenden Notwendigkeit, deren Anbietern bestimmte spezifische Verpflichtungen aufzuerlegen, ist innerhalb der weiter gefassten Kategorie Hosting-Diensteanbieter gemäß der Definition in

Geänderter Text

(13) Aufgrund der besonderen Merkmale der betreffenden Dienste und der daraus folgenden Notwendigkeit, deren Anbietern bestimmte spezifische Verpflichtungen aufzuerlegen, ist innerhalb der weiter gefassten Kategorie Anbieter von Hosting-Diensten gemäß der

dieser Verordnung die Unterkategorie Online-Plattformen abzugrenzen. Online-Plattformen wie soziale Netzwerke oder Online-Marktplätze sollten als Hosting-Diensteanbieter definiert werden, die nicht nur im Auftrag der Nutzer von diesen bereitgestellte Informationen speichern, sondern diese Informationen, wiederum im Auftrag der Nutzer, auch öffentlich verbreiten. Um übermäßig weit gefasste Verpflichtungen zu vermeiden, sollten Hosting-Diensteanbieter jedoch nicht als Online-Plattformen betrachtet werden, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nur um eine unbedeutende und mit einem anderen Dienst verbundene reine Nebenfunktion handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen anderen Hauptdienst genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit der Vorschriften dieser Verordnung für Online-Plattformen zu umgehen. Ein Kommentarbereich einer Online-Zeitung etwa könnte eine solche Funktion darstellen, die eindeutig eine Nebenfunktion des Hauptdienstes ist, nämlich der Veröffentlichung von Nachrichten unter der redaktionellen Verantwortung des Verlegers.

Definition in dieser Verordnung die Unterkategorie Online-Plattformen abzugrenzen. Online-Plattformen wie soziale Netzwerke, **Suchmaschinen, Plattformen zum Austausch von Inhalten** oder Online-Marktplätze sollten als Anbieter von Hosting-Diensten definiert werden, die nicht nur im Auftrag der Nutzer von diesen bereitgestellte Informationen speichern, sondern diese Informationen, wiederum im Auftrag der Nutzer, auch öffentlich verbreiten. Um übermäßig weit gefasste Verpflichtungen zu vermeiden, sollten Anbieter von Hosting-Diensten jedoch nicht als Online-Plattformen **im Sinne dieser Verordnung** betrachtet werden, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nur um eine unbedeutende und mit einem anderen Dienst verbundene reine Nebenfunktion handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen anderen Hauptdienst genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit der Vorschriften dieser Verordnung für Online-Plattformen zu umgehen. Ein Kommentarbereich einer Online-Zeitung etwa könnte eine solche Funktion darstellen, die eindeutig eine Nebenfunktion des Hauptdienstes ist, nämlich der Veröffentlichung von Nachrichten unter der redaktionellen Verantwortung des Verlegers.

Änderungsantrag 7

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 15 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(15a) Um Vertrauen in digitale Dienste herzustellen, die Sicherheit solcher Dienste im digitalen Binnenmarkt zu gewährleisten und unbefugte Zugriffe Dritter wirksam zu verhindern, kommt es entscheidend darauf an, dafür zu sorgen, dass die Anbieter von

*Vermittlungsdiensten eine wirksame
Ende-zu-Ende-Verschlüsselung der
übermittelten Daten anbieten können.*

Änderungsantrag 8

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 18

Vorschlag der Kommission

(18) Die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse sollten nicht **gelten**, wenn der Anbieter sich nicht darauf beschränkt, die Dienstleistungen auf neutrale Weise und durch die bloße technische und **automatische** Verarbeitung der vom Nutzer bereitgestellten Informationen zu erbringen, sondern dahingehend eine aktive Rolle einnimmt, dass er Wissen oder Kontrolle über diese Informationen erhält. Diese Ausschlüsse sollten dementsprechend nicht **für** die Haftung im Zusammenhang mit Informationen **gelten**, die nicht vom Nutzer bereitgestellt werden, sondern vom Anbieter des Vermittlungsdienstes selbst, auch wenn **diese** Informationen im Rahmen der redaktionellen Verantwortung dieses Anbieters entwickelt wurden.

Geänderter Text

(18) Die in dieser Verordnung festgelegten Haftungsausschlüsse sollten nicht **zur Anwendung kommen**, wenn der Anbieter sich nicht darauf beschränkt, die Dienstleistungen auf neutrale Weise und durch die bloße technische, **automatische** und **passive** Verarbeitung der vom Nutzer bereitgestellten Informationen zu erbringen, sondern dahingehend eine aktive Rolle einnimmt, dass er Wissen oder Kontrolle über diese Informationen erhält. Diese Ausschlüsse sollten dementsprechend nicht **auf** die Haftung im Zusammenhang mit Informationen **zur Anwendung kommen**, die nicht vom Nutzer bereitgestellt werden, sondern vom Anbieter des Vermittlungsdienstes selbst, **darunter auch in Fällen, in denen der Anbieter über grundlegende Such- und Indexierungsfunktionen hinaus, die für die Navigation durch die Inhalte unbedingt erforderlich sind, Inhalte optimiert, fördert oder moderiert oder die Nutzer zum Hochladen von Inhalten anregt, unabhängig davon, ob der Vorgang automatisiert ist**, wenn die Informationen im Rahmen der redaktionellen Verantwortung dieses Anbieters entwickelt wurden.

Änderungsantrag 9

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 18 a (neu)

(18a) Gemäß der Richtlinie 2000/31/EG gelten die Haftungsausschlüsse nur für Fälle, in denen sich die Tätigkeit des Anbieters von Diensten der Informationsgesellschaft auf den technischen Vorgang beschränkt, ein Kommunikationsnetz zu betreiben und den Zugang zu diesem zu vermitteln, über das von Dritten zur Verfügung gestellte Informationen übermittelt oder ausschließlich zu dem Zweck vorübergehend gespeichert werden, die Übermittlung effizienter zu gestalten, wobei diese Tätigkeit rein technischer, automatischer und passiver Art ist, was bedeutet, dass der Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft weder Kenntnis noch Kontrolle über die übermittelten oder gespeicherten Informationen hat. Dies bedeutet, dass alle aktiven Dienste vom System der beschränkten Haftung ausgenommen sind. Diese Ausnahmen sollte daher auch nicht Anbietern von Vermittlungsdiensten gewährt werden, die den in dieser Verordnung festgelegten Sorgfaltspflichten nicht nachkommen.

Änderungsantrag 10

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 20

(20) Ein Anbieter von Vermittlungsdiensten, der **bewusst** mit einem Nutzer zusammenarbeitet, um **illegale Tätigkeiten auszuüben**, erbringt die Dienstleistung nicht auf neutrale Weise und sollte dementsprechend die in dieser Verordnung vorgesehenen Haftungsausschlüsse nicht in Anspruch

(20) Ein Anbieter von Vermittlungsdiensten, der mit einem Nutzer zusammenarbeitet, um **rechtswidrige Handlungen zu begehen**, erbringt die Dienstleistung nicht auf neutrale Weise und sollte dementsprechend die in dieser Verordnung vorgesehenen Haftungsausschlüsse nicht in Anspruch

nehmen können.

nehmen können.

Änderungsantrag 11

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 22

Vorschlag der Kommission

(22) Um den Haftungsausschluss für Hosting-Dienste in Anspruch nehmen zu können, sollte der Anbieter unverzüglich tätig werden und **illegale** Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren, sobald er tatsächliche Kenntnis davon oder Wissen darüber **erhält**. Die Entfernung oder Sperrung des Zugangs sollte unter Beachtung **des Grundsatzes** der Freiheit der Meinungsäußerung erfolgen. Der Anbieter kann **diese** tatsächliche Kenntnis oder **dieses** Wissen **insbesondere** durch Untersuchungen aus eigener Initiative oder durch Meldungen **erhalten**, die bei ihm von Personen oder Stellen im Einklang mit dieser Verordnung eingehen, sofern diese Meldungen ausreichend präzise und hinreichend begründet sind, damit ein sorgfältiger Wirtschaftsteilnehmer die mutmaßlich **illegalen** Inhalte angemessen erkennen und bewerten und gegebenenfalls dagegen vorgehen kann.

Geänderter Text

(22) Um den Haftungsausschluss für Hosting-Dienste in Anspruch nehmen zu können, sollte der Anbieter unverzüglich tätig werden und **rechtswidrige** Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren, sobald er tatsächliche Kenntnis davon oder Wissen darüber **erlangt**. ***Um in der gesamten Union eine harmonisierte Umsetzung der Entfernung rechtswidriger Inhalte zu gewährleisten, sollte der Anbieter die betreffenden rechtswidrigen Inhalte unverzüglich entfernen oder den Zugang zu ihnen sperren. In der Praxis könnte mit einer Anordnung zur Entfernung rechtswidriger Inhalte auch wirksam gegen eine erneute Bereitstellung der rechtswidrigen Inhalte vorgegangen werden. Wenn ein Anbieter von Hosting-Diensten von einer Verwaltungs- oder Justizbehörde angewiesen wird, Verstöße zu unterbinden, sollte sich diese Anordnung grundsätzlich auf einen bestimmten Verstoß und auf bestimmte Teile des Dienstes beschränken, kann aber auf alle Vervielfältigungen dieses spezifischen Inhalts ausgeweitet werden, um wirksam sicherzustellen, dass die rechtsverletzenden Inhalte nicht erneut angezeigt werden, wobei der potenzielle Schaden, den die betreffenden rechtswidrigen Inhalte verursachen können, zu berücksichtigen ist. Das Unterbinden einer erneuten Bereitstellung eines rechtswidrigen Inhalts sollte unter keinen Umständen eine allgemeine Überwachungspflicht oder eine Verpflichtung des Anbieters zur Durchführung von Ermittlungen ohne***

konkreten Anlass nach sich ziehen, und es müssen Vorkehrungen getroffen werden, damit Maßnahmen zur dauerhaften Entfernung niemals dazu führen, dass rechtmäßige Inhalte nicht zur Verfügung gestellt werden können. Es sollte davon ausgegangen werden, dass eine allgemeine Überwachungspflicht besteht, wenn ein Anbieter von Hosting-Diensten verpflichtet ist, eine unbestimmte Menge von Informationen, die von einem Nutzer des Dienstes bereitgestellt werden, zu überprüfen, um einen konkreten Rechtsverstoß zu verhindern. Die Entfernung oder Sperrung des Zugangs sollte unter *gebührender Beachtung der in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Grundsätze, einschließlich* der Freiheit der Meinungsäußerung, erfolgen. Der Anbieter kann *eine solche* tatsächliche Kenntnis oder *ein solches* Wissen durch Untersuchungen aus eigener Initiative oder durch Meldungen *erlangen*, die bei ihm von Personen oder Stellen im Einklang mit dieser Verordnung eingehen, sofern diese Meldungen ausreichend präzise und hinreichend begründet sind, damit ein sorgfältiger Wirtschaftsteilnehmer die mutmaßlich *rechtswidrigen* Inhalte angemessen erkennen und bewerten und gegebenenfalls dagegen vorgehen kann.

Änderungsantrag 12

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 23

Vorschlag der Kommission

(23) Um den wirksamen Schutz der Verbraucher bei Geschäftsvorgängen im Internet über Vermittlungsdienste zu gewährleisten, sollten bestimmte Anbieter von Hosting-Diensten, nämlich Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit

Geänderter Text

(23) Um den wirksamen Schutz der Verbraucher bei Geschäftsvorgängen im Internet über Vermittlungsdienste zu gewährleisten, sollten bestimmte Anbieter von Hosting-Diensten, nämlich Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit

Unternehmern ermöglichen, den Haftungsausschluss für Anbieter von Hosting-Diensten gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch nehmen können, sofern diese Online-Plattformen die einschlägigen Informationen bezüglich der betreffenden Vorgänge in einer Weise darstellen, bei der Verbraucher davon ausgehen können, dass die Informationen entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht oder Kontrolle unterstehenden Nutzer bereitgestellt werden und die Online-Plattformen deshalb Kenntnis von oder Kontrolle über die Informationen haben müssen, selbst wenn dem nicht tatsächlich so ist. In dieser Hinsicht sollte objektiv und auf Grundlage aller relevanten Umstände ermittelt werden, ob die Darstellung bei einem durchschnittlichen **und angemessen informierten** Verbraucher diesen Eindruck erwecken kann.

Unternehmern ermöglichen, den Haftungsausschluss für Anbieter von Hosting-Diensten gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch nehmen können, sofern diese Online-Plattformen die einschlägigen Informationen bezüglich der betreffenden Vorgänge in einer Weise darstellen, bei der Verbraucher davon ausgehen können, dass die Informationen entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht oder Kontrolle unterstehenden Nutzer bereitgestellt werden und die Online-Plattformen deshalb Kenntnis von oder Kontrolle über die Informationen haben müssen, selbst wenn dem nicht tatsächlich so ist. In dieser Hinsicht sollte objektiv und auf Grundlage aller relevanten Umstände ermittelt werden, ob die Darstellung bei einem durchschnittlichen Verbraucher diesen Eindruck erwecken kann.

Änderungsantrag 13

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 25

Vorschlag der Kommission

(25) Um Rechtssicherheit zu schaffen und Abschreckung vor Tätigkeiten zu vermeiden, die Anbieter von Vermittlungsdiensten auf freiwilliger Basis **zur** Erkennung und Feststellung von **illegalen** Inhalten sowie zum Vorgehen dagegen durchführen können, sollte präzisiert werden, dass die bloße Durchführung solcher Tätigkeiten durch Anbieter nicht dazu führt, dass die Haftungsausschlüsse gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch genommen werden können, sofern diese Tätigkeiten nach Treu und Glauben und sorgfältig durchgeführt werden. Zudem sollte präzisiert werden, dass das bloße Ergreifen von Maßnahmen durch die Anbieter nach Treu und Glauben zur Einhaltung der

Geänderter Text

(25) Um Rechtssicherheit zu schaffen und Abschreckung vor Tätigkeiten zu vermeiden, die Anbieter von Vermittlungsdiensten auf freiwilliger Basis **zwecks** Erkennung und Feststellung von **rechtswidrigen** Inhalten sowie zum Vorgehen dagegen durchführen können, sollte präzisiert werden, dass die bloße Durchführung solcher Tätigkeiten durch Anbieter nicht dazu führt, dass die Haftungsausschlüsse gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch genommen werden können, sofern diese Tätigkeiten nach Treu und Glauben und sorgfältig durchgeführt werden. Zudem sollte präzisiert werden, dass das bloße Ergreifen von Maßnahmen durch die Anbieter nach Treu und Glauben zur Einhaltung der

Anforderungen des Unionsrechts, einschließlich derer gemäß dieser Verordnung im Hinblick auf ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen, nicht dazu führen sollte, dass diese Ausschlüsse nicht in Anspruch genommen werden können. Jegliche Tätigkeiten und Maßnahmen, die ein Anbieter möglicherweise durchgeführt bzw. ergriffen hat, sollten daher nicht berücksichtigt werden, um zu ermitteln, ob der Anbieter einen Haftungsausschluss in Anspruch nehmen kann, insbesondere in Bezug darauf, ob der Anbieter die Dienstleistung auf neutrale Weise erbringt und die einschlägige Vorschrift daher für ihn gelten kann, ohne dass dies jedoch bedeutet, dass sich der Anbieter zwangsläufig darauf berufen kann.

Anforderungen des Unionsrechts, einschließlich derer gemäß dieser Verordnung im Hinblick auf ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen, nicht dazu führen sollte, dass diese Ausschlüsse nicht in Anspruch genommen werden können. Jegliche Tätigkeiten und Maßnahmen, die ein Anbieter möglicherweise durchgeführt bzw. ergriffen hat, sollten daher nicht berücksichtigt werden, um zu ermitteln, ob der Anbieter einen Haftungsausschluss in Anspruch nehmen kann, insbesondere in Bezug darauf, ob der Anbieter die Dienstleistung auf neutrale Weise erbringt und die einschlägige Vorschrift daher für ihn gelten kann, ohne dass dies jedoch bedeutet, dass sich der Anbieter zwangsläufig darauf berufen kann.

Änderungsantrag 14

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 26

Vorschlag der Kommission

(26) Während es bei den Vorschriften in Kapitel II dieser Verordnung vor allem um den Haftungsausschluss für Anbieter von Vermittlungsdiensten geht, ist es wichtig, **darauf hinzuweisen, dass trotz der wichtigen Rolle**, die diese Anbieter im Allgemeinen einnehmen, **das Problem der illegalen Inhalte und Tätigkeiten im Internet nicht allein durch den Fokus auf deren Haftung und Verantwortung bewältigt werden sollte. Wenn möglich sollten Dritte, die von im Internet übertragenen oder gespeicherten illegalen Inhalten betroffen sind, versuchen, Konflikte im Zusammenhang mit solchen Inhalten beizulegen, ohne die betreffenden Anbieter von Vermittlungsdiensten zu beteiligen. Die Nutzer sollten für die von ihnen bereitgestellten und möglicherweise über Vermittlungsdienste verbreiteten illegalen**

Geänderter Text

(26) Während es bei den Vorschriften in Kapitel II dieser Verordnung vor allem um den Haftungsausschluss für Anbieter von Vermittlungsdiensten geht, ist es wichtig, **auf die wichtige Rolle hinzuweisen**, die diese Anbieter im Allgemeinen einnehmen. In vielen Fällen sind die Anbieter am besten in der Lage, gegen das Problem der rechtswidrigen Inhalte und Aktivitäten vorzugehen, indem sie den Zugang zu solchen Inhalten einschränken oder sperren bzw. solche Aktivitäten unterbinden. Die Nutzer sollten für die von ihnen bereitgestellten und möglicherweise über Vermittlungsdienste verbreiteten rechtswidrigen Inhalte haften, sofern die geltenden Vorschriften des Unionsrechts und des nationalen Rechts zur Festlegung einer solchen Haftung dies vorsehen. Gegebenenfalls sollten auch andere Akteure, etwa Gruppenmoderatoren im

Inhalte haften, sofern die geltenden Vorschriften des Unionsrechts und des nationalen Rechts zur Festlegung solcher Haftung dies vorsehen. Gegebenenfalls sollten auch andere Akteure, etwa Gruppenmoderatoren im nicht öffentlichen Online-Umfeld, insbesondere in großen Gruppen, dabei helfen, die Verbreitung ***illegaler*** Inhalte im Internet im Einklang mit dem geltenden Recht zu verhindern. ***Ist*** es ***erforderlich***, die Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft ***zu beteiligen***, einschließlich der Anbieter von Vermittlungsdiensten, ***so*** sollten zudem sämtliche Aufforderungen zu einer solchen Beteiligung oder entsprechende Anordnungen grundsätzlich an denjenigen Akteur gerichtet werden, der über die technischen und operativen Fähigkeiten verfügt, gegen bestimmte ***illegale*** Inhalte vorzugehen, um jegliche negativen Auswirkungen auf die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von ***nicht illegalen Informationen*** zu vermeiden und so gering wie möglich zu halten.

nicht öffentlichen Online-Umfeld, insbesondere in großen Gruppen, dabei helfen, die Verbreitung ***rechtswidriger*** Inhalte im Internet im Einklang mit dem geltenden Recht zu verhindern. ***Soweit*** es ***angezeigt ist***, die Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft, einschließlich der Anbieter von Vermittlungsdiensten, ***zu beteiligen***, sollten zudem sämtliche Aufforderungen zu einer solchen Beteiligung oder entsprechende Anordnungen grundsätzlich an denjenigen Akteur gerichtet werden, der über die technischen und operativen Fähigkeiten verfügt, gegen bestimmte ***rechtswidrige*** Inhalte vorzugehen, um jegliche negativen Auswirkungen auf die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von ***Informationen, die keinen rechtswidrigen Inhalt darstellen***, zu vermeiden und so gering wie möglich zu halten.

Änderungsantrag 15

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 28

Vorschlag der Kommission

(28) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten keiner allgemeinen Überwachungspflicht unterliegen. Dies betrifft nicht die Überwachungspflichten in spezifischen Fällen und berührt insbesondere nicht Anordnungen, die von nationalen Behörden nach nationalem Recht im Einklang mit den in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen erlassen werden. Diese Verordnung sollte in keinem Fall so ausgelegt werden, dass sie eine allgemeine Überwachungspflicht, eine Verpflichtung zur aktiven Nachforschung oder eine allgemeine Verpflichtung der Anbieter

Geänderter Text

(28) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten keiner allgemeinen Überwachungspflicht unterliegen. Dies betrifft nicht die Überwachungspflichten in spezifischen Fällen und berührt insbesondere nicht Anordnungen, die von nationalen Behörden nach nationalem Recht ***in Bezug auf Inhalte, die mit den zuvor für rechtswidrig erklärten Inhalten identisch sind, oder die Sperrung des Zugangs zu diesen Inhalten sowie zu gleichwertigen Inhalten, die im Vergleich zu den Inhalten, die Anlass zur Feststellung der Rechtswidrigkeit gaben, im Wesentlichen***

zum Ergreifen proaktiver Maßnahmen in Bezug auf *illegale* Inhalte auferlegt.

unverändert bleiben, im Einklang mit den in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen erlassen werden. Diese Verordnung sollte in keinem Fall so ausgelegt werden, dass sie eine allgemeine Überwachungspflicht, eine Verpflichtung zur aktiven Nachforschung oder eine allgemeine Verpflichtung der Anbieter zum Ergreifen proaktiver Maßnahmen in Bezug auf *rechtswidrige* Inhalte auferlegt ***oder ihre Fähigkeit behindert, proaktive Maßnahmen zu ergreifen, um rechtswidrige Inhalte zu erkennen und zu entfernen und deren erneute Bereitstellung zu verhindern.***

Änderungsantrag 16

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 28 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(28a) Da die Anbieter redaktioneller Inhalte die redaktionelle Verantwortung für die von ihnen zur Verfügung gestellten Inhalte und Dienste tragen, sollte für die von diesen Anbietern bereitgestellten Inhalte, die ihre Tätigkeit unter Achtung der europäischen Werte und Grundrechte ausüben, eine Vermutung der Rechtmäßigkeit gelten. Für solche Inhalte und Dienste sollte eine spezielle Regelung gelten, die eine mehrfache Kontrolle dieser Inhalte und Dienste verhindert. Die fraglichen Inhalte und Dienste sollten im Einklang mit beruflichen und journalistischen Standards und Rechtsvorschriften angeboten werden und unterliegen bereits Aufsichts- und Kontrollsystemen, die häufig in allgemein anerkannten Selbstregulierungsstandards und -kodizes verankert sind. Darüber hinaus sind in der Regel Beschwerdemanagementsysteme zur Beilegung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit Inhalten vorgesehen.

Redaktionelle Verantwortung bedeutet die Ausübung einer wirksamen Kontrolle sowohl über die Auswahl des Inhalts als auch über dessen Bereitstellung durch Präsentation, Zusammensetzung und Organisation. Die redaktionelle Verantwortung geht nicht zwangsläufig mit einer rechtlichen Haftung nach einzelstaatlichem Recht für die bereitgestellten Inhalte oder Dienste einher. In jedem Fall sollten Anbieter audiovisueller Mediendienste im Sinne von Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie 2010/13/EU und Presseverlage im Sinne von Artikel 2 Nummer 4 der Richtlinie (EU) 2019/790 für die Zwecke dieser Verordnung als Anbieter redaktioneller Inhalte betrachtet werden. Die Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten davon absehen, den Zugang zu solchen Inhalten oder Diensten vorübergehend oder dauerhaft zu sperren, und von der Haftung für solche Inhalte und Dienste befreit sein. Die Einhaltung dieser Vorschriften und Normen durch die Anbieter von redaktionellen Inhalten sollte von unabhängigen Regulierungsbehörden und/oder -stellen sowie den jeweiligen Europäischen Netzen, in denen sie organisiert sind, überwacht werden.

Änderungsantrag 17

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 31 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(31a) Es ist zwingend erforderlich, dass die Kommission die wirksame Durchsetzung dieser Verordnung in den Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene sicherstellt, um mögliche Ungleichheiten, unterschiedliche Ansätze und unfairen Wettbewerb innerhalb oder außerhalb der Union zu verhindern.

Änderungsantrag 18

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 34

Vorschlag der Kommission

(34) Um die Ziele dieser Verordnung zu erreichen und insbesondere das Funktionieren des Binnenmarkts zu verbessern und ein sicheres und transparentes Online-Umfeld zu gewährleisten, ist es erforderlich, eindeutige und ausgewogene harmonisierte Sorgfaltspflichten für die Anbieter von Vermittlungsdiensten festzulegen. Mit diesen Verpflichtungen sollte insbesondere darauf abgezielt werden, die Verwirklichung verschiedener politischer Ziele wie der **Sicherheit** und des Vertrauens der Nutzer, einschließlich der minderjährigen und schutzbedürftigen Nutzer, zu gewährleisten, die einschlägigen in der Charta verankerten Grundrechte zu **schützen**, die sinnvolle Rechenschaftspflicht der Anbieter sicherzustellen und die Nutzer sowie andere betroffene Parteien zu stärken und den zuständigen Behörden zugleich die erforderliche Aufsicht zu erleichtern.

Geänderter Text

(34) Um die Ziele dieser Verordnung zu erreichen und insbesondere das Funktionieren des Binnenmarkts zu verbessern und ein sicheres und transparentes Online-Umfeld zu gewährleisten, ist es erforderlich, eindeutige und ausgewogene harmonisierte Sorgfaltspflichten für die Anbieter von Vermittlungsdiensten festzulegen. Mit diesen Verpflichtungen sollte insbesondere darauf abgezielt werden, die Verwirklichung verschiedener politischer Ziele wie der **Informationsfreiheit und Datensicherheit** und des Vertrauens der Nutzer, einschließlich der minderjährigen und schutzbedürftigen Nutzer, zu gewährleisten, die einschlägigen in der Charta verankerten Grundrechte **auf Meinungsfreiheit und Schutz vor Diskriminierung zu garantieren**, die sinnvolle Rechenschaftspflicht der Anbieter sicherzustellen und die Nutzer sowie andere betroffene Parteien zu stärken und den zuständigen Behörden zugleich die erforderliche Aufsicht zu erleichtern.

Änderungsantrag 19

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 36 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(36a) Sehr große Online-Plattformen sollten die Möglichkeit zur Kommunikation mit ihren Kontaktstellen in allen Amtssprachen der Mitgliedstaaten vorsehen, in denen sie ihre Dienste anbieten. Andere Anbieter

von Vermittlungsdiensten sollten sicherstellen, dass die Sprachwahl keine unverhältnismäßige Belastung für die mitgliedstaatlichen Behörden darstellt, und alle erdenklichen Anstrengungen zur Einrichtung effektiver Kommunikationsoptionen unternehmen. Eine eventuelle Sprachbarriere sollte nicht als Grund herangezogen werden, um die Kommunikation mit den Behörden eines Mitgliedstaats zu ignorieren oder zu verweigern, und sollte nicht als Vorwand für Untätigkeit dienen. Sofern erforderlich, können die Behörden von Mitgliedstaaten und die Anbieter von Vermittlungsdiensten eine gesonderte Vereinbarung über die Kommunikationssprache treffen.

Änderungsantrag 20

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 38

Vorschlag der Kommission

(38) Während die Vertragsfreiheit für Anbieter von Vermittlungsdiensten grundsätzlich geachtet werden sollte, ist es angemessen, für den Inhalt, die Anwendung und die Durchsetzung der allgemeinen Geschäftsbedingungen dieser Anbieter bestimmte Vorschriften festzulegen, um für Transparenz, den Schutz der Nutzer und die Vermeidung von unlauteren oder willkürlichen Ergebnissen zu sorgen.

Geänderter Text

(38) Während die Vertragsfreiheit für Anbieter von Vermittlungsdiensten grundsätzlich geachtet werden sollte, ist es angemessen, für den Inhalt, die Anwendung und die Durchsetzung der allgemeinen Geschäftsbedingungen dieser Anbieter bestimmte Vorschriften festzulegen, um für Transparenz, den Schutz der Nutzerrechte und die Vermeidung von unlauteren oder willkürlichen Ergebnissen zu sorgen. ***Die allgemeinen Geschäftsbedingungen sollten in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise zusammengefasst werden und eine Opt-out-Möglichkeit für optionale Klauseln bieten. Den Anbietern von Vermittlungsdiensten sollte es untersagt sein, allgemeine Geschäftsbedingungen festzulegen, die im Widerspruch zu europäischen und nationalen Rechtsvorschriften stehen und zur vorübergehenden oder dauerhaften***

Sperrung des Zugangs oder zu anderen Arten der Beeinträchtigung von Anbietern redaktioneller Inhalte führen. Die Medienfreiheit und der Medienpluralismus sollten geachtet werden. Zu diesem Zweck sollten die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die Möglichkeiten von Anbietern redaktioneller Inhalte, Entscheidungen von Online-Plattformen anzufechten oder in Übereinstimmung mit den nationalen Rechtsvorschriften des jeweiligen Mitgliedstaats einen gerichtlichen Rechtsbehelf einzulegen, unberührt bleiben.

Änderungsantrag 21

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 38 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(38b) Anbieter von Hosting-Diensten spielen beim Umgang mit rechtswidrigen Online-Inhalten eine besonders wichtige Rolle, da sie im Auftrag der Nutzer von diesen übermittelte Informationen speichern und üblicherweise anderen Nutzern – manchmal in großem Umfang – den Zugang zu diesen Informationen ermöglichen. Es ist wichtig, dass sämtliche Anbieter von Hosting-Diensten, ungeachtet ihrer Größe, benutzerfreundliche Melde- und Abhilfeverfahren schaffen, die es erleichtern, einem Anbieter von Hosting-Diensten bestimmte Informationen zu melden, die die meldende Partei als rechtswidrige Inhalte ansieht (im Folgenden „Meldung“), woraufhin der Anbieter entscheiden kann, ob er der Bewertung zustimmt und diese Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren möchte (im Folgenden „Abhilfe“). Sofern die Anforderungen an Meldungen erfüllt sind, sollte es Einzelpersonen oder Einrichtungen möglich sein, mehrere

bestimmte mutmaßlich rechtswidrige Inhalte in einem zu melden, um das wirksame Funktionieren der Melde- und Abhilfeverfahren zu gewährleisten. Die Verpflichtung zur Schaffung eines Melde- und Abhilfeverfahrens sollte etwa für Datenspeicherdienste, Dienste für die gemeinsame Datennutzung, Web-Hosting-Dienste, Werbeserver und Pastebin-Dienste gelten, sofern sie als von dieser Verordnung erfasste Anbieter von Hosting-Diensten einzustufen sind.

Änderungsantrag 22

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 39

Vorschlag der Kommission

(39) Um ein angemessenes Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten **im Einklang mit** den harmonisierten Anforderungen dieser Verordnung **jährlich** Bericht über die von ihnen betriebene Moderation von Inhalten **erstatten, einschließlich der** Maßnahmen, die sie zur Anwendung und Durchsetzung ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen **ergreifen**. Um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden, sollten diese Transparenzberichtspflichten **jedoch** nicht für Anbieter gelten, die Kleinstunternehmen oder kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission⁴⁰ sind.

Geänderter Text

(39) Um ein angemessenes Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten **einen Jahresbericht erstellen und in einem standardisierten und maschinenlesbaren Format gemäß** den harmonisierten Anforderungen dieser Verordnung **öffentlich zugänglich machen; dieser Bericht sollte** über die von ihnen betriebene Moderation von Inhalten **Auskunft geben, auch in Bezug auf die** Maßnahmen, die sie zur Anwendung und Durchsetzung ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen **ergriffenen ergriffen haben, und einschließlich einer umfassenden anonymisierten statistischen Analyse der ergriffenen Maßnahmen und der missbräuchlichen Inanspruchnahme von Diensten sowie der offensichtlich unbegründeten Hinweise oder Beschwerden im Rahmen der nach dieser Verordnung eingerichteten Mechanismen, und wenn es sich bei einer Plattform um einen Online-Marktplatz handelt, auch in Bezug auf ihre gewerbsmäßigen Nutzer**. Um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden, sollten diese

Transparenzberichtspflichten nicht für Anbieter gelten, die Kleinstunternehmen oder kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission ***oder Dienste ohne Erwerbszweck mit weniger als 100 000 aktiven Nutzern im Monat*** sind.

⁴⁰ Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).

⁴⁰ Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).

Änderungsantrag 23

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 39 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(39a) Die Nutzer sollten befugt sein, bei der Interaktion mit Vermittlungsdiensten autonome Entscheidungen zu treffen, unter anderem in Bezug auf die Annahme und Änderung von Geschäftsbedingungen, Werbepraktiken, Privatsphäre- und anderen Einstellungen sowie Empfehlungssystemen. Anbietern von Vermittlungsdiensten ist es jedoch möglich, kognitive Verzerrungen auszunutzen und Online-Verbraucher dazu zu bewegen, Waren und Dienstleistungen zu erwerben, die sie nicht wollen, oder personenbezogene Informationen preiszugeben, die sie nicht offenlegen möchten, indem die Empfänger der Dienstleistung getäuscht oder nuanciert werden und die Autonomie, Entscheidungsfindung oder Auswahl der Dienstleistungsempfänger über die Struktur, das Design oder die Funktionen einer Online-Schnittstelle oder eines Teils davon untergraben oder beeinträchtigt werden („dunkles Muster“). Anbietern von

Vermittlungsdiensten sollte es untersagt sein, solche dunklen Muster zu nutzen. Dazu gehören unter anderem die ausbeuterische Gestaltung von Wahlmöglichkeiten, mit denen die Nutzer zu Handlungen geleitet werden, die dem Erbringer von Vermittlungsdiensten zugutekommen, aber möglicherweise nicht im Interesse der Nutzer liegen, die Präsentation von Wahlmöglichkeiten in einer nicht neutralen Weise, wiederholte Aufforderungen an oder Druck auf den Empfänger, eine Entscheidung zu treffen, oder das Verschweigen oder Verschleiern bestimmter Optionen.

Änderungsantrag 24

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 40

Vorschlag der Kommission

(40) **Hosting-Diansteanbieter** spielen beim Umgang mit **illegalen** Online-Inhalten eine besonders wichtige Rolle, da sie im Auftrag der Nutzer von diesen übermittelte Informationen speichern und üblicherweise anderen Nutzern – manchmal in großem Umfang – den Zugang zu diesen Informationen ermöglichen. Es ist wichtig, dass sämtliche **Hosting-Diansteanbieter**, ungeachtet ihrer Größe, benutzerfreundliche Melde- und Abhilfepverfahren schaffen, die es erleichtern, **dem Hosting-Diansteanbieter** bestimmte Informationen zu melden, die die meldende Partei als **illegale** Inhalte ansieht (im Folgenden „Meldung“), woraufhin der Anbieter entscheiden kann, ob er der Bewertung zustimmt und diese Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren möchte (im Folgenden „Abhilfe“). Sofern die Anforderungen an Meldungen erfüllt sind, sollte es Einzelpersonen oder Einrichtungen möglich sein, mehrere bestimmte mutmaßlich **illegale** Inhalte in einem zu melden. Die Verpflichtung zur

Geänderter Text

(40) **Anbieter von Hosting-Diensten** spielen beim Umgang mit **rechtswidrigen** Online-Inhalten eine besonders wichtige Rolle, da sie im Auftrag der Nutzer von diesen übermittelte Informationen speichern und üblicherweise anderen Nutzern – manchmal in großem Umfang – den Zugang zu diesen Informationen ermöglichen. Es ist wichtig, dass sämtliche **Anbieter von Hosting-Diensten**, ungeachtet ihrer Größe, benutzerfreundliche Melde- und Abhilfepverfahren schaffen, die es erleichtern, **einem Anbieter von Hosting-Diensten** bestimmte Informationen zu melden, die die meldende Partei als **rechtswidrige** Inhalte ansieht (im Folgenden „Meldung“), woraufhin der Anbieter entscheiden kann, ob er der Bewertung zustimmt und diese Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren möchte (im Folgenden „Abhilfe“). Sofern die Anforderungen an Meldungen erfüllt sind, sollte es Einzelpersonen oder Einrichtungen möglich sein, mehrere

Schaffung eines Melde- und Abhilfeverfahrens sollte etwa für Datenspeicher- und Weitergabedienste, Web-Hosting-Dienste, Werbeserver und Pastebin-Dienste gelten, sofern sie als von dieser Verordnung erfasste Anbieter von Hosting-Diensten einzustufen sind.

bestimmte mutmaßlich **rechtswidrige** Inhalte in einem zu melden, **um das wirksame Funktionieren der Melde- und Abhilfeverfahren zu gewährleisten**. Die Verpflichtung zur Schaffung eines Melde- und Abhilfeverfahrens sollte etwa für Datenspeicherdienste, Dienste für die gemeinsame Nutzung von Daten, Web-Hosting-Dienste, Werbeserver und Pastebin-Dienste gelten, sofern sie als von dieser Verordnung erfasste Anbieter von Hosting-Diensten einzustufen sind.

Darüber hinaus sollte der Melde- und Abhelfemechanismus durch Maßnahmen ergänzt werden, mit denen verhindert werden soll, dass Inhalte erneut angezeigt werden, die als rechtswidrig eingestuft wurden oder mit Inhalten identisch sind, die als rechtswidrig eingestuft und entfernt wurden. Die Anwendung dieser Anforderung sollte auf keinen Fall zu einer Pflicht zur allgemeinen Überwachung führen.

Änderungsantrag 25

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 42

Vorschlag der Kommission

(42) Wenn ein Hosting-Diensteanbieter entscheidet, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen, etwa nach Erhalt einer Meldung oder auf eigene Initiative, zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren, auch unter Einsatz automatisierter Mittel, so sollte der Anbieter den Nutzer über seine Entscheidung, die Gründe dafür und die verfügbaren **Rechtsbehelfsmöglichkeiten** zur Anfechtung der Entscheidung im Hinblick auf mögliche negative Folgen für den Nutzer, einschließlich bezüglich der Ausübung seines Grundrechts auf freie Meinungsäußerung, informieren. **Diese Verpflichtung sollte unabhängig von den Gründen für die Entscheidung gelten,**

Geänderter Text

(42) Wenn ein Anbieter von Hosting-Diensten entscheidet, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen, etwa nach Erhalt einer Meldung oder auf eigene Initiative, zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren, auch unter Einsatz **effizienter, verhältnismäßiger und präziser** automatisierter Mittel **in Verbindung mit menschlicher Aufsicht**, so sollte der Anbieter den Nutzer über seine Entscheidung, die Gründe dafür und die verfügbaren **Möglichkeiten zur Einlegung eines wirksamen und schnellen Rechtsbehelfs** zur Anfechtung der Entscheidung im Hinblick auf mögliche negative Folgen für den Nutzer, einschließlich bezüglich der Ausübung

insbesondere davon, ob die Abhilfe durchgeführt wurde, weil die gemeldeten Informationen als illegale Inhalte oder als nicht mit den geltenden allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbar angesehen werden. Die verfügbaren **Rechtsmittel** zur Anfechtung der Entscheidung des Hosting-Diensteanbieters sollten stets gerichtliche Rechtsbehelfe umfassen.

Änderungsantrag 26

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 42 a (neu)

Vorschlag der Kommission

seines Grundrechts auf freie Meinungsäußerung, informieren. Die verfügbaren **Rechtsbehelfe** zur Anfechtung der Entscheidung des Anbieters der Hosting-Dienste sollten stets gerichtliche Rechtsbehelfe umfassen.

Geänderter Text

(42a) Bei der Moderation von Inhalten sollten freiwillig von Plattformen eingesetzte Mechanismen nicht zu Ex-ante-Kontrollmaßnahmen führen, die sich auf automatisierte Instrumente oder das Filtern hochgeladener Inhalte stützen. Automatisierte Instrumente sind derzeit nicht in der Lage, rechtswidrige Inhalte von Inhalten zu unterscheiden, die in einem gegebenen Kontext rechtmäßig sind, sodass regelmäßig zahlreiche rechtmäßige Inhalte gesperrt werden. Die menschliche Überprüfung automatisch erstellter Berichte durch Dienstleister oder ihre Auftragnehmer löst dieses Problem nicht umfassend, insbesondere, wenn diese an Mitarbeiter von privaten Unternehmen ausgelagert wird, denen es an Unabhängigkeit, Qualifikation und Rechenschaftspflicht mangelt. Ex-ante-Kontrollen sollten so verstanden werden, dass die Veröffentlichung einer automatisierten Entscheidung unterliegt. Das Filtern automatisiert bereitgestellter Inhalte wie Spam sollte erlaubt sein. Wenn automatisierte Instrumente in sonstiger Weise für die Moderation von Inhalten eingesetzt werden, sollte der Anbieter eine menschliche Überprüfung und den Schutz rechtmäßiger Inhalte

sicherstellen.

Änderungsantrag 27

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 43

Vorschlag der Kommission

(43) Um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden, sollten die zusätzlichen Verpflichtungen für Online-Plattformen im Rahmen dieser Verordnung nicht für Kleinstunternehmen und kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission⁴¹ gelten, es sei denn ihre Reichweite und Wirkung sind so erheblich, dass sie die Kriterien für eine Einstufung als sehr große Online-Plattformen im Sinne dieser Verordnung erfüllen. Die in der genannten Empfehlung enthaltenen Konsolidierungsvorschriften tragen dazu bei, sicherzustellen, dass jeglicher Umgehung dieser zusätzlichen Verpflichtungen vorgebeugt wird. Dass Kleinstunternehmen und kleine Unternehmen von diesen zusätzlichen Verpflichtungen ausgenommen sind, sollte nicht dahingehend **ausgelegt** werden, dass ihre Fähigkeit beeinträchtigt wäre, auf freiwilliger Basis ein System einzurichten, das einer oder mehreren dieser Verpflichtungen genügt.

⁴¹ Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).

Geänderter Text

(43) Um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden, sollten die zusätzlichen Verpflichtungen für Online-Plattformen im Rahmen dieser Verordnung nicht für Kleinstunternehmen und kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission⁴¹ gelten, es sei denn ihre Reichweite und Wirkung sind so erheblich, dass sie die Kriterien für eine Einstufung als sehr große Online-Plattformen im Sinne dieser Verordnung erfüllen. Die in der genannten Empfehlung enthaltenen Konsolidierungsvorschriften tragen dazu bei, sicherzustellen, dass jeglicher Umgehung dieser zusätzlichen Verpflichtungen vorgebeugt wird. Dass Kleinstunternehmen und kleine Unternehmen von diesen zusätzlichen Verpflichtungen ausgenommen sind, sollte nicht dahingehend **verstanden** werden, dass ihre Fähigkeit beeinträchtigt wäre, auf freiwilliger Basis ein System einzurichten, das einer oder mehreren dieser Verpflichtungen genügt, **was gefördert werden sollte.**

⁴¹ Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).

Änderungsantrag 28

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 44

Vorschlag der Kommission

(44) Die Nutzer sollten in der Lage sein, bestimmte Entscheidungen von Online-Plattformen, die sich negativ auf sie auswirken, einfach und wirksam anzufechten. Die Online-Plattformen sollten daher verpflichtet werden, interne Beschwerdemanagementsysteme einzurichten, die bestimmte Bedingungen erfüllen, um sicherzustellen, dass diese Systeme leicht zugänglich sind und zu raschen und fairen Ergebnissen führen. Zudem sollte die Möglichkeit einer außergerichtlichen Beilegung von Streitigkeiten, einschließlich solcher Streitigkeiten, die über die internen Beschwerdemanagementsysteme nicht zufriedenstellend beigelegt werden konnten, durch zertifizierte Stellen vorgesehen werden, die über die erforderliche Unabhängigkeit sowie die nötigen Mittel und Fachkenntnisse verfügen, ihre Tätigkeiten auf faire, rasche und kosteneffiziente Weise durchzuführen. Die so geschaffenen Möglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidungen von Online-Plattformen sollten die Möglichkeit des gerichtlichen Rechtsbehelfs im Einklang mit den Rechtsvorschriften des betreffenden Mitgliedstaats ergänzen, doch in jeder Hinsicht unberührt lassen.

Geänderter Text

(44) Die Nutzer, **auch Menschen mit Behinderungen**, sollten in der Lage sein, bestimmte Entscheidungen von Online-Plattformen, die sich negativ auf sie auswirken, einfach und wirksam anzufechten. Die Online-Plattformen sollten daher verpflichtet werden, interne Beschwerdemanagementsysteme einzurichten, die bestimmte Bedingungen erfüllen, um sicherzustellen, dass diese Systeme leicht zugänglich sind und zu raschen und fairen Ergebnissen führen. **Solche internen Systeme sollten auch Personen oder Einrichtungen zur Verfügung stehen, die eine Meldung eingereicht haben.** Zudem sollte die Möglichkeit einer außergerichtlichen Beilegung von Streitigkeiten, einschließlich solcher Streitigkeiten, die über die internen Beschwerdemanagementsysteme nicht zufriedenstellend beigelegt werden konnten, durch zertifizierte Stellen vorgesehen werden, die über die erforderliche Unabhängigkeit sowie die nötigen Mittel und Fachkenntnisse verfügen, ihre Tätigkeiten auf faire, rasche und kosteneffiziente Weise durchzuführen. Die so geschaffenen Möglichkeiten zur Anfechtung der Entscheidungen von Online-Plattformen sollten die Möglichkeit des gerichtlichen Rechtsbehelfs im Einklang mit den Rechtsvorschriften des betreffenden Mitgliedstaats ergänzen, doch in jeder Hinsicht unberührt lassen.

Änderungsantrag 29 Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 46

Vorschlag der Kommission

(46) Abhilfe bei **illegalen** Inhalten kann schneller und zuverlässiger erfolgen, wenn

Geänderter Text

(46) Abhilfe bei **rechtswidrigen** Inhalten kann schneller und zuverlässiger erfolgen,

Online-Plattformen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass von vertrauenswürdigen Hinweisgebern im Rahmen der in dieser Verordnung vorgeschriebenen Melde- und Abhilfemechanismen eingereichte Meldungen vorrangig bearbeitet werden, unbeschadet der Verpflichtung, sämtliche über diese Mechanismen eingereichte Meldungen rasch, sorgfältig und objektiv zu bearbeiten und Entscheidungen dazu zu treffen. Dieser Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers sollte nur an Stellen, **nicht an Einzelpersonen**, vergeben werden, die unter anderem nachgewiesen haben, dass sie über besondere Sachkenntnis und Kompetenz im Umgang mit **illegalen** Inhalten verfügen, dass sie **kollektive Interessen vertreten** und dass sie ihre Tätigkeit sorgfältig und objektiv durchführen. Es kann sich dabei um öffentliche Stellen handeln, bei terroristischen Inhalten etwa die Meldestellen für Internetinhalte der nationalen Strafverfolgungsbehörden oder der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), oder um Nichtregierungsorganisationen und halböffentliche Stellen, etwa Organisationen, die Teil des INHOPE-Meldestellennetzes zur Meldung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch sind, oder Organisationen für die Meldung **illegaler** rassistischer und fremdenfeindlicher Darstellungen im Internet. Bei Rechten des geistigen Eigentums könnten **Branchenorganisationen und Organisationen von Rechteinhabern** den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers erhalten, sofern sie nachgewiesen haben, dass sie die geltenden Bedingungen erfüllen. Die Vorschriften dieser Verordnung in Bezug auf vertrauenswürdige Hinweisgeber sollten nicht so ausgelegt werden, dass sie die Online-Plattformen daran hindern, Meldungen von Stellen oder

wenn Online-Plattformen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass von vertrauenswürdigen Hinweisgebern im Rahmen der in dieser Verordnung vorgeschriebenen Melde- und Abhilfemechanismen eingereichte Meldungen vorrangig bearbeitet werden, unbeschadet der Verpflichtung, sämtliche über diese Mechanismen eingereichte Meldungen rasch, sorgfältig und objektiv zu bearbeiten und Entscheidungen dazu zu treffen. Dieser Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers sollte nur an Stellen vergeben werden, die unter anderem nachgewiesen haben, dass sie über besondere Sachkenntnis und Kompetenz im Umgang mit **rechtswidrigen** Inhalten verfügen, dass sie **ein erhebliches berechtigtes Interesse haben und nachweislich Kompetenz in Bezug auf die Erkennung, Feststellung und Meldung illegaler Inhalte besitzen**, und dass sie ihre Tätigkeit sorgfältig und objektiv durchführen. Es kann sich dabei **auch** um öffentliche Stellen handeln, bei terroristischen Inhalten etwa die Meldestellen für Internetinhalte der nationalen Strafverfolgungsbehörden oder der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), oder um Nichtregierungsorganisationen und halböffentliche Stellen, etwa Organisationen, die Teil des INHOPE-Meldestellennetzes zur Meldung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch sind, oder Organisationen für die Meldung **rechtswidriger** rassistischer und fremdenfeindlicher Darstellungen im Internet. Bei Rechten des geistigen Eigentums könnten **Vertreter von Rechteinhabern sowie Branchenorganisationen** den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers erhalten, sofern sie nachgewiesen haben, dass sie die geltenden Bedingungen, **auch in Bezug auf Kompetenz und Objektivität**, erfüllen. Die Vorschriften dieser

Einzelpersonen ohne den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers im Sinne dieser Verordnung auf ähnliche Weise zu behandeln oder im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates⁴³, auf andere Art mit weiteren Stellen zusammenzuarbeiten.

Verordnung in Bezug auf vertrauenswürdige Hinweisgeber sollten nicht so ausgelegt werden, dass sie die Online-Plattformen daran hindern, Meldungen von Stellen oder Einzelpersonen ohne den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers im Sinne dieser Verordnung auf ähnliche Weise zu behandeln oder im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates⁴³, auf andere Art mit weiteren Stellen zusammenzuarbeiten.

⁴³ Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).

⁴³ Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).

Änderungsantrag 30

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 46 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(46a) Vertrauenswürdige Hinweisgeber sollten auch bei den Koordinatoren für digitale Dienste Beschwerden über Aktivitäten von Online-Plattformen einreichen können, die ein systemisches Risiko darstellen.

Änderungsantrag 31

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 47

(47) Der Missbrauch von Diensten von Online-Plattformen durch die häufige Bereitstellung von offensichtlich illegalen Inhalten oder die häufige Einreichung von offensichtlich unbegründeten Meldungen oder Beschwerden über die jeweiligen durch diese Verordnung eingerichteten Mechanismen und Systeme führt zu Vertrauensverlust und der Beeinträchtigung der Rechte und berechtigten Interessen der betroffenen Parteien. Daher ist es erforderlich, angemessene und verhältnismäßige Vorkehrungen zum Schutz vor solchem Missbrauch einzurichten. Inhalte sollten als offensichtlich illegal und Meldungen oder Beschwerden als offensichtlich unbegründet gelten, wenn es für einen Laien ohne inhaltliche Analyse klar ersichtlich ist, dass die Inhalte illegal bzw. die Meldungen oder Beschwerden unbegründet sind. Unter bestimmten Bedingungen sollten Online-Plattformen ihre einschlägigen Dienste für die an missbräulichem Verhalten beteiligte Person vorübergehend aussetzen. **Die Freiheit der Online-Plattformen, ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen festzulegen und strengere Maßnahmen im Falle offensichtlich illegaler Inhalte im Zusammenhang mit schweren Straftaten zu ergreifen bleibt hiervon unberührt. Aus Transparenzgründen sollte diese Möglichkeit klar und hinreichend präzise in den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Online-Plattformen festgelegt werden.** Bei den Entscheidungen der Online-Plattformen diesbezüglich sollten stets Rechtsbehelfe möglich sein und sie sollten der Aufsicht durch den zuständigen Koordinator für digitale Dienste unterliegen. Die Vorschriften dieser Verordnung über Missbrauch sollten Online-Plattformen nicht daran hindern, andere Maßnahmen zu ergreifen, um im Einklang mit dem

(47) Der Missbrauch von Diensten von Online-Plattformen durch die wiederholte Bereitstellung oder Verbreitung von rechtswidrigen Inhalten oder die wiederholte Einreichung von offensichtlich unbegründeten Meldungen oder Beschwerden über die jeweiligen durch diese Verordnung eingerichteten Mechanismen und Systeme führt zu Vertrauensverlust und der Beeinträchtigung der Rechte und berechtigten Interessen der betroffenen Parteien. Daher ist es erforderlich, angemessene und verhältnismäßige Vorkehrungen zum Schutz vor solchem Missbrauch einzurichten. Inhalte sollten als rechtswidrig und Meldungen oder Beschwerden als offensichtlich unbegründet gelten, wenn es für einen Laien ohne inhaltliche Analyse klar ersichtlich ist, dass die Inhalte rechtswidrig bzw. die Meldungen oder Beschwerden unbegründet sind. Unter bestimmten Bedingungen sollten Online-Plattformen ihre einschlägigen Dienste für die an missbräulichem Verhalten beteiligte Person vorübergehend aussetzen. Bei den Entscheidungen der digitalen Plattformen diesbezüglich sollten stets Rechtsbehelfe möglich sein und sie sollten der Aufsicht des zuständigen Koordinators für digitale Dienste unterliegen. Die Vorschriften dieser Verordnung über Missbrauch sollten digitale Plattformen nicht daran hindern, andere Maßnahmen zu ergreifen, um im Einklang mit dem geltenden EU-Recht und dem geltenden nationalen Recht gegen den Missbrauch ihrer Dienste vorzugehen. Diese Vorschriften lassen jegliche im EU-Recht oder im nationalen Recht vorgesehenen Möglichkeiten unberührt, die am Missbrauch beteiligten Personen haftbar zu machen, einschließlich für Schadensersatz.

geltenden Unionsrecht und dem geltenden nationalen Recht gegen die Bereitstellung illegaler Inhalte oder den sonstigen Missbrauch ihrer Dienste durch die Nutzer vorzugehen. Diese Vorschriften lassen jegliche im Unionsrecht oder im nationalen Recht vorgesehenen Möglichkeiten unberührt, die am Missbrauch beteiligten Personen haftbar zu machen, einschließlich für Schadensersatz.

Änderungsantrag 32

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 48 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(48a) Die Anforderungen an die Online-Transparenz für Unternehmen sind von entscheidender Bedeutung für die Gewährleistung von Rechenschaftspflicht, Vertrauen und Zugang zu wirksamem Rechtsschutz. Zu diesem Zweck sieht Artikel 5 der Richtlinie 2000/31/EG allgemeine Informationspflichten für Diensteanbieter vor, die diese gegenüber den Nutzern und den zuständigen Behörden erfüllen müssen. Darüber hinaus erlaubt Artikel 6 der Verordnung (EU) 2016/679 die Verarbeitung und Offenlegung aller Informationen über Domänennamensinhaber aus der WHOIS-Datenbank zur Erfüllung von Aufgaben, die im öffentlichen Interesse liegen, und mehrere Mitgliedstaaten verpflichten ihre Registrierungsstellen für landesspezifische Domänennamen der obersten Stufe, diese Informationen öffentlich zugänglich zu machen. Da es jedoch an einer effektiven Durchsetzung von Artikel 5 der Richtlinie 2000/31/EG mangelt und die Information der WHOIS-Datenbank häufig veraltet und ungenau sind, besteht die Notwendigkeit, eine klare Verpflichtung für Anbieter von Vermittlungsdiensten einzuführen, die Identität ihrer Geschäftskunden zu

überprüfen. Die Pflicht zur Überprüfung der Geschäftskunden sollte Anbieter von Vermittlungsdiensten auch davon abhalten, ihre Dienste für nicht verifizierte Kunden zu erbringen, und sie verpflichten, die Erbringung ihrer Dienste einzustellen, wenn sich die angegebene Identifizierung als unvollständig, ungenau oder betrügerisch erweist.

Änderungsantrag 33

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 49

Vorschlag der Kommission

(49) Um zu einem sicheren, vertrauenswürdigen und transparenten Online-Umfeld für Verbraucher sowie für andere Beteiligte, etwa konkurrierende Unternehmer oder Inhaber von Rechten des geistigen Eigentums, beizutragen und **Unternehmer vom Verkauf** von Produkten und Dienstleistungen unter Verstoß gegen die geltenden Vorschriften **abzuhalten, sollten Online-Plattformen, auf denen Verbraucher Fernabsatzverträge mit Unternehmern abschließen können, sicherstellen, dass diese Unternehmer nachverfolgt werden können. Der Unternehmer sollte daher verpflichtet sein, der Online-Plattform bestimmte grundlegende Informationen zur Verfügung zu stellen, auch um für Produkte zu werben oder sie anzubieten.** Diese Anforderung sollte auch für **Unternehmer** gelten, die auf der Grundlage zugrunde liegender Vereinbarungen im Namen von Marken für Produkte werben oder diese anbieten. **Diese Online-Plattformen** sollten sämtliche Informationen für einen angemessenen Zeitraum, der nicht über das erforderliche Maß hinausgeht, sicher speichern, damit diese im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich des Rechts auf Schutz personenbezogener

Geänderter Text

(49) Um zu einem sicheren, vertrauenswürdigen und transparenten Online-Umfeld für Verbraucher **und sonstige Nutzer** sowie für andere Beteiligte, etwa konkurrierende Unternehmer oder Inhaber von Rechten des geistigen Eigentums, beizutragen und **den Verkauf und die Verbreitung** von Produkten und Dienstleistungen unter Verstoß gegen die geltenden Vorschriften **zu verhindern, sollten alle Anbieter von Vermittlungsdiensten, darunter auch Anbieter von Hosting-Diensten, Domänennamen-Registrierungsstellen, Anbieter von Netzen zur Bereitstellung von Inhalten, Proxy- und Reverse-Proxy-Anbieter, Online-Marktplätze, Online-Zahlungsdienstleister und Online-Werbedienstleister, sicherstellen, dass ihre Geschäftskunden nachverfolgt werden können.** Der Geschäftskunde sollte daher verpflichtet sein, der Online-Plattform bestimmte grundlegende Informationen zur Verfügung zu stellen, auch um für Produkte zu werben oder sie anzubieten. Diese Anforderung sollte auch für **Geschäftskunden** gelten, die auf der Grundlage zugrunde liegender Vereinbarungen im Namen von Marken für Produkte werben oder diese anbieten. **Die Anbieter von Vermittlungsdiensten** sollten

Daten, von Behörden und privaten Parteien mit einem berechtigten Interesse eingesehen werden können, auch aufgrund von in dieser Verordnung genannten Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen.

sämtliche Informationen für einen angemessenen Zeitraum, der nicht über das erforderliche Maß hinausgeht, sicher speichern, damit diese im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich des Rechts auf Schutz personenbezogener Daten, von **den Anbietern von Vermittlungsdiensten**, Behörden und privaten Parteien mit einem berechtigten Interesse eingesehen **und überprüft** werden können, auch aufgrund von in dieser Verordnung genannten Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen.

Änderungsantrag 34

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 50

Vorschlag der Kommission

(50) Um eine effiziente und angemessene Anwendung dieser Verpflichtung sicherzustellen, ohne unverhältnismäßige Belastungen aufzuerlegen, sollten die erfassten **Online-Plattformen angemessene** Bemühungen um die Überprüfung der Zuverlässigkeit der von den betreffenden **Unternehmern bereitgestellten** Informationen unternehmen, insbesondere durch die Nutzung frei zugänglicher amtlicher Online-Datenbanken oder Online-Schnittstellen, etwa nationaler Handelsregister und des Mehrwertsteuer-Informationsaustauschsystems⁴⁵, oder indem sie die betreffenden **Unternehmer** auffordern, belastbare Unterlagen als Nachweise vorzulegen, etwa Kopien von Identitätsdokumenten, zertifizierte Bankauszüge, Unternehmenszertifikate oder Auszüge aus dem Handelsregister. Sie können für die Einhaltung dieser Verpflichtung auch auf andere für die Nutzung auf Distanz verfügbare Quellen zurückgreifen, die vergleichbare Zuverlässigkeit bieten. Die erfassten

Geänderter Text

(50) Um eine effiziente und angemessene Anwendung dieser Verpflichtung sicherzustellen, ohne unverhältnismäßige Belastungen aufzuerlegen, sollten die erfassten **Anbieter von Vermittlungsdiensten angemessene** Bemühungen um die Überprüfung der Zuverlässigkeit der von den betreffenden **Geschäftskunden bereitgestellten** Informationen unternehmen, insbesondere durch die Nutzung frei zugänglicher amtlicher Online-Datenbanken oder Online-Schnittstellen, etwa nationaler Handelsregister und des Mehrwertsteuer-Informationsaustauschsystems, oder indem sie die betreffenden **Geschäftskunden** auffordern, belastbare Unterlagen als Nachweise vorzulegen, etwa Kopien von Identitätsdokumenten, zertifizierte Bankauszüge, Unternehmenszertifikate oder Auszüge aus dem Handelsregister. Sie können für die Einhaltung dieser Verpflichtung auch auf andere für die Nutzung auf Distanz verfügbare Quellen zurückgreifen, die vergleichbare Zuverlässigkeit bieten. Die erfassten

Online-Plattformen sollten jedoch nicht verpflichtet werden, übermäßige oder kostspielige Nachforschungen im Internet anzustellen oder Kontrollen vor Ort durchzuführen. Auch sollte nicht davon ausgegangen werden, dass **Online-Plattformen**, die bereits angemessene Bemühungen gemäß dieser Verordnung unternommen haben, die Zuverlässigkeit der Informationen gegenüber Verbrauchern oder anderen Beteiligten gewährleisten. Solche **Online-Plattformen** sollten ihre Online-Schnittstelle zudem so gestalten und aufbauen, dass **Unternehmer** ihren Verpflichtungen gemäß dem Unionsrecht nachkommen können, insbesondere den Anforderungen gemäß Artikel 6 und 8 der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁶, Artikel 7 der Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁷ und Artikel 3 der Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁸.

45

https://ec.europa.eu/taxation_customs/vies/vieshome.do?locale=de

⁴⁶ Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

⁴⁷ Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im

Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten jedoch nicht verpflichtet werden, übermäßige oder kostspielige Nachforschungen im Internet anzustellen oder Kontrollen vor Ort durchzuführen. Auch sollte nicht davon ausgegangen werden, dass **Anbieter von Vermittlungsdiensten**, die bereits angemessene Bemühungen gemäß dieser Verordnung unternommen haben, die Zuverlässigkeit **und Genauigkeit** der Informationen gegenüber Verbrauchern oder anderen Beteiligten gewährleisten. Solche **Anbieter von Vermittlungsdiensten** sollten **die ihnen vorliegenden Informationen auf risikoorientierter Grundlage und mindestens einmal im Jahr aktualisieren und** ihre Online-Schnittstelle zudem so gestalten und aufbauen, dass **ihre Geschäftskunden** ihren Verpflichtungen gemäß dem Unionsrecht nachkommen können, insbesondere den Anforderungen gemäß Artikel 6 und 8 der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁶, Artikel 7 der Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁷ und Artikel 3 der Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁴⁸.

45

https://ec.europa.eu/taxation_customs/vies/vieshome.do?locale=de

⁴⁶ Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

⁴⁷ Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im

innenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken).

⁴⁸ Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 über den Schutz der Verbraucher bei der Angabe der Preise der ihnen angebotenen Erzeugnisse.

Änderungsantrag 35

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 51

Vorschlag der Kommission

(51) ***Angesichts der besonderen Verantwortung und Pflichten von Online-Plattformen sollten ihnen – neben den von allen Anbietern von Vermittlungsdiensten im Rahmen dieser Verordnung zu erfüllenden Transparenzberichtspflichten – zusätzliche Transparenzberichtspflichten auferlegt werden. Damit festgestellt werden kann, ob eine Online-Plattform als sehr große Online-Plattform anzusehen ist, der im Rahmen dieser Verordnung bestimmte zusätzliche Pflichten auferlegt werden, sollten die Transparenzberichtspflichten von Online-Plattformen auch bestimmte Pflichten zur Veröffentlichung und Mitteilung von Informationen über die durchschnittliche Zahl aktiver Nutzer in der Union umfassen.***

innenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken).

⁴⁸ Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 über den Schutz der Verbraucher bei der Angabe der Preise der ihnen angebotenen Erzeugnisse.

Geänderter Text

(51) ***Die Art und Weise, in der sehr große Online-Plattformen genutzt werden, hat großen Einfluss auf die Online-Sicherheit, die öffentliche Meinungsbildung und den öffentlichen Diskurs sowie den Online-Handel. Die Gestaltung der Dienste ist im Allgemeinen auf eine Optimierung ihres werbegestützten Geschäftsmodells ausgerichtet, was Anlass zu gesellschaftlichen Bedenken geben kann. Besteht keine wirksame Regulierung und Durchsetzung, können die Plattformen die Spielregeln bestimmen, ohne dass dabei die mit ihnen verbundenen Risiken und der dadurch möglicherweise entstehende gesellschaftliche und wirtschaftliche Schaden wirksam ermittelt und gemindert werden kann. Im Rahmen dieser Verordnung sollten sehr große Online-Plattformen daher prüfen, welche systemischen Risiken mit der Funktionsweise und Nutzung ihres Dienstes sowie mit einem möglichen***

Missbrauch durch die Nutzer verbunden sind, und angemessene Gegenmaßnahmen treffen.

Änderungsantrag 36

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 52

Vorschlag der Kommission

(52) **Online-Werbung spielt im Online-Umfeld eine wichtige Rolle, auch bei der Erbringung von Diensten von Online-Plattformen.** Online-Werbung kann jedoch erhebliche Risiken bergen – von Werbung, die selbst illegale Inhalte aufweist, bis hin zu Beiträgen zu finanziellen Anreizen für die Veröffentlichung oder Verstärkung illegaler oder anderweitig schädlicher Online-Inhalte und -Tätigkeiten oder einer diskriminierenden Darstellung von Werbung, die der Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Bürgerinnen und Bürger zuwiderläuft. Neben den Anforderungen aus Artikel 6 der Richtlinie 2000/31/EG sollten Online-Plattformen daher verpflichtet werden sicherzustellen, dass die Nutzer bestimmte individuelle Informationen darüber erhalten, wann und in wessen Auftrag die Werbung angezeigt wird. Zudem sollten die Nutzer Informationen darüber erhalten, anhand welcher Hauptparameter bestimmt wird, welche Werbung ihnen angezeigt wird, wobei aussagekräftige Erläuterungen zur zugrunde liegenden Logik bereitgestellt werden sollten, einschließlich der Angabe, wann Profiling genutzt wird. Die Anforderungen dieser Verordnung an die Bereitstellung von Informationen in Bezug auf Werbung gelten unbeschadet der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679, insbesondere was das Widerspruchsrecht und die automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall betrifft, einschließlich des Profiling und

Geänderter Text

(52) **Einnahmen aus Werbung tragen dazu bei, dass die europäischen Bürger Nachrichten und Unterhaltungsdienstleistungen kostenlos oder zu ermäßigten Preisen in Anspruch nehmen können. Ohne wirksame Werbung wäre die Finanzierung aller Arten von Medien stark beeinträchtigt, was zu teureren TV-Abonnements führen, die Pluralität und Unabhängigkeit von Zeitungen und Zeitschriften einschränken und einigen Radiosendern die Möglichkeit nehmen würde, den ganzen Tag über Nachrichten und Unterhaltung anzubieten, was dem Medienpluralismus und der kulturellen Vielfalt abträglich wäre. Werbung ist eine Hauptwachstumsquelle für eine Reihe von Anbietern audiovisueller Mediendienste, Presseverlage und Radiostationen. Durch die Nutzung von Daten unter uneingeschränkter Einhaltung der in der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie 2002/58/EG festgelegten Verpflichtungen lässt sich die Wirksamkeit von Werbung verbessern. Daher ist es wichtig, dass sich diese Verordnung darauf konzentriert, für mehr Transparenz in der Werbung zu sorgen, ohne sich negativ auf die Wirksamkeit der Werbung von Nachrichtenagenturen und Dienstleistungen im Unterhaltungssektor auszuwirken.** Online-Werbung kann jedoch erhebliche Risiken bergen – von Werbung, die selbst illegale Inhalte

insbesondere der Notwendigkeit, vor der Verarbeitung personenbezogener Daten für **gezielte** Werbung die Einwilligung der betroffenen Person einzuholen. Zudem gilt sie unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie 2002/58/EG, insbesondere in Bezug auf die Speicherung von Informationen auf Endgeräten und den Zugang zu dort gespeicherten Informationen.

aufweist, bis hin zu Beiträgen zu finanziellen Anreizen für die Veröffentlichung oder Verstärkung illegaler oder anderweitig schädlicher Online-Inhalte und -Tätigkeiten oder einer diskriminierenden Darstellung von Werbung, die der Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Bürgerinnen und Bürger zuwiderläuft. Neben den Anforderungen aus Artikel 6 der Richtlinie 2000/31/EG sollten Online-Plattformen daher verpflichtet werden sicherzustellen, dass die Nutzer bestimmte individuelle Informationen darüber erhalten, wann und in wessen Auftrag die Werbung angezeigt wird. Zudem sollten die Nutzer Informationen darüber erhalten, anhand welcher Hauptparameter bestimmt wird, welche Werbung ihnen angezeigt wird, wobei aussagekräftige Erläuterungen zur zugrunde liegenden Logik bereitgestellt werden sollten, einschließlich der Angabe, wann Profiling genutzt wird, **und Online-Plattformen sollten sich für weniger aufdringliche Werbeformen entscheiden, für die keine umfassende Verfolgung der Benutzerinteraktion mit Inhalten erforderlich ist.** Die Anforderungen dieser Verordnung an die Bereitstellung von Informationen in Bezug auf Werbung gelten unbeschadet der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679, insbesondere was das Widerspruchsrecht und die automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall betrifft, einschließlich des Profiling und insbesondere der Notwendigkeit, vor der Verarbeitung personenbezogener Daten für Werbung die Einwilligung der betroffenen Person einzuholen. **Darüber hinaus sollten Online-Plattformen den Nutzern ihrer Dienste, an die sie Online-Werbung richten, auf Anfrage soweit wie möglich Informationen zur Verfügung stellen, anhand derer die Nutzer der Dienste nachvollziehen können, wie die Daten verarbeitet wurden, welche Datenkategorien oder Kriterien die**

Grundlage für angezeigte Werbung bilden und welche Daten Werbetreibenden oder Dritten offengelegt wurden, und sie sollten ohne die ausdrückliche Einwilligung der betroffenen Person keine aggregierten oder nichtaggregierten Daten nutzen, die auch anonymisierte und personenbezogene Daten umfassen können. Zudem gilt sie unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie 2002/58/EG, insbesondere in Bezug auf die Speicherung von Informationen auf Endgeräten und den Zugang zu dort gespeicherten Informationen.

Änderungsantrag 37

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 53

Vorschlag der Kommission

(53) Da sehr große Online-Plattformen aufgrund ihrer Reichweite – insbesondere der Zahl der Nutzer – als Plattform für öffentliche Debatten, Wirtschaftstransaktionen und die Verbreitung von Informationen, Meinungen und Ideen sowie bei der Beeinflussung der Informationsbeschaffung und -übermittlung im Internet eine bedeutende Rolle spielen, ist es notwendig, diesen Plattformen neben den für alle Online-Plattformen geltenden Pflichten besondere Pflichten aufzuerlegen. Diese zusätzlichen Pflichten sehr großer Online-Plattformen sind erforderlich, um diesen ordnungspolitischen Bedenken Rechnung zu tragen, da sich durch alternative, weniger restriktive Maßnahmen nicht dieselben Ergebnisse erzielen lassen.

Geänderter Text

(53) Da sehr große Online-Plattformen aufgrund ihrer Reichweite – insbesondere der Zahl der Nutzer – als Plattform für öffentliche Debatten, Wirtschaftstransaktionen und die Verbreitung von Informationen, Meinungen und Ideen sowie bei der Beeinflussung der Informationsbeschaffung und -übermittlung im Internet eine bedeutende Rolle spielen, ist es notwendig, diesen Plattformen neben den für alle Online-Plattformen geltenden Pflichten besondere Pflichten aufzuerlegen. Diese zusätzlichen Pflichten sehr großer Online-Plattformen sind erforderlich, um diesen ordnungspolitischen Bedenken, ***insbesondere hinsichtlich Desinformation, Online-Belästigung, Hetze oder anderer Arten schädlicher Inhalte***, Rechnung zu tragen, da sich durch alternative, weniger restriktive Maßnahmen nicht dieselben Ergebnisse erzielen lassen.

Änderungsantrag 38

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 56

Vorschlag der Kommission

(56) Die Art und Weise, in der sehr große Online-Plattformen genutzt werden, hat großen Einfluss auf die Online-Sicherheit, die öffentliche Meinungsbildung und den öffentlichen Diskurs sowie den Online-Handel. Die Gestaltung der Dienste ist im Allgemeinen auf eine Optimierung ihres oft werbegestützten Geschäftsmodells ausgerichtet und kann Anlass zu gesellschaftlichen Bedenken geben. Besteht keine wirksame Regulierung und Durchsetzung, können die Plattformen die Spielregeln bestimmen, ohne dass dabei die mit ihnen verbundenen Risiken und der dadurch möglicherweise entstehende gesellschaftliche und wirtschaftliche Schaden wirksam ermittelt und gemindert werden können. Im Rahmen dieser Verordnung sollten sehr große Online-Plattformen daher prüfen, welche ***systemischen Risiken mit der Funktionsweise und Nutzung ihres Dienstes sowie mit einem möglichen Missbrauch durch die Nutzer verbunden sind***, und angemessene Gegenmaßnahmen treffen.

Geänderter Text

(56) Die Art und Weise, in der sehr große Online-Plattformen genutzt werden, hat großen Einfluss auf die Online-Sicherheit, die öffentliche Meinungsbildung und den öffentlichen Diskurs sowie den Online-Handel. Die Gestaltung der Dienste ist im Allgemeinen auf eine Optimierung ihres oft werbegestützten Geschäftsmodells ausgerichtet und kann Anlass zu gesellschaftlichen Bedenken geben. Besteht keine wirksame Regulierung und Durchsetzung, können die Plattformen die Spielregeln bestimmen, ohne dass dabei die mit ihnen verbundenen Risiken und der dadurch möglicherweise entstehende gesellschaftliche und wirtschaftliche Schaden wirksam ermittelt und gemindert werden können. Im Rahmen dieser Verordnung sollten sehr große Online-Plattformen daher prüfen, welche ***Auswirkungen die Funktionsweise und Nutzung ihres Dienstes sowie ein möglicher Missbrauch durch die Nutzer auf die Grundrechte hat, und angemessene Gegenmaßnahmen treffen, auch durch die Anpassung der algorithmischen Empfehlungssysteme und Online-Oberflächen, insbesondere mit Blick auf deren Potenzial zur Verstärkung bestimmter Inhalte, darunter auch Desinformation.***

Änderungsantrag 39

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 57

Vorschlag der Kommission

(57) Dabei sollten drei Kategorien

Geänderter Text

(57) Dabei sollten drei Kategorien ***von***

systemischer Risiken eingehend geprüft werden. Eine erste Kategorie betrifft die Risiken, die durch einen Missbrauch ihres Dienstes durch Verbreitung illegaler Inhalte entstehen können, darunter die Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch oder von illegaler **Hassrede** sowie illegale Tätigkeiten wie ein nach Unions- oder nationalem Recht untersagter Verkauf von Waren oder Dienstleistungen, wie z. B. nachgeahmter Güter. Unbeschadet der persönlichen Verantwortung der Nutzer von sehr großen Online-Plattformen für die mögliche Rechtswidrigkeit ihrer Tätigkeit nach geltendem Recht können eine solche Verbreitung oder solche Tätigkeiten z. B. dann ein erhebliches **systemisches** Risiko darstellen, wenn der Zugang zu diesen Inhalten durch Konten mit einer besonders großen Reichweite verstärkt werden kann. Eine zweite Kategorie betrifft die Auswirkungen des Dienstes auf die Ausübung der durch die Charta der Grundrechte geschützten Grundrechte, einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit, des Rechts auf Achtung des Privatlebens, des Rechts auf Nichtdiskriminierung und der Rechte des Kindes. Diese Risiken können beispielsweise **auf** die **Gestaltung** der **Algorithmensysteme** sehr großer Online-Plattformen oder auf den Missbrauch ihres Dienstes für die Übermittlung missbräuchlicher Nachrichten oder auf andere Methoden zur Verhinderung der freien Meinungsäußerung oder zur Behinderung des Wettbewerbs zurückzuführen sein. Eine dritte Kategorie von Risiken betrifft die absichtliche und oftmals auch koordinierte Manipulation des Dienstes der Plattform, die absehbare Auswirkungen auf Gesundheit, den gesellschaftlichen Diskurs, Wahlprozesse, die öffentliche Sicherheit und den Schutz Minderjähriger haben kann, sodass es erforderlich ist, die öffentliche Ordnung und die Privatsphäre zu schützen und

Risiken eingehend geprüft werden. Eine erste Kategorie betrifft die Risiken, die durch einen Missbrauch ihres Dienstes durch Verbreitung illegaler Inhalte entstehen können, darunter die Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch oder von illegaler **Hetze** sowie illegale Tätigkeiten wie ein nach Unions- oder nationalem Recht untersagter Verkauf von Waren oder Dienstleistungen, wie z. B. nachgeahmter Güter, **oder die illegale Anzeige urheberrechtlich geschützter Inhalte**. Unbeschadet der persönlichen Verantwortung der Nutzer von sehr großen Online-Plattformen für die mögliche Rechtswidrigkeit ihrer Tätigkeit nach geltendem Recht können eine solche Verbreitung oder solche Tätigkeiten z. B. dann ein erhebliches Risiko darstellen, wenn der Zugang zu diesen Inhalten durch Konten mit einer besonders großen Reichweite verstärkt werden kann. Eine zweite Kategorie betrifft die Auswirkungen des Dienstes auf die Ausübung der durch die Charta der Grundrechte geschützten Grundrechte, einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit, des Rechts auf Achtung des Privatlebens, des Rechts auf Nichtdiskriminierung und der Rechte des Kindes. Diese Risiken können beispielsweise **in** die **grundlegende Programmierung** der **Algorithmen** sehr großer Online-Plattformen **integriert** oder auf den Missbrauch ihres Dienstes für die Übermittlung missbräuchlicher Nachrichten oder auf andere Methoden zur Verhinderung der freien Meinungsäußerung oder zur Behinderung des Wettbewerbs **oder auf die Art und Weise, wie die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattformen, einschließlich ihrer Strategien zur Moderation von Inhalten, durchgesetzt werden**, zurückzuführen sein. **Daher müssen geeignete Änderungen des Verhaltens von Plattformen, ein verantwortungsvolleres Informationsumfeld, bessere**

betrügerische und irreführende Handelspraktiken zu bekämpfen. Solche Risiken können beispielsweise auf die Einrichtung von Scheinkonten, die Nutzung von Bots und anderen automatisierten oder teilautomatisierten Verhaltensweisen zurückzuführen sein, die zu einer schnellen und umfangreichen Verbreitung von Informationen führen können, die illegale Inhalte darstellen oder mit den Geschäftsbedingungen einer Online-Plattform unvereinbar sind.

Faktenprüfungskompetenzen und ein größeres kollektives Wissen über Desinformation und die Nutzung neuer Technologien zur Verbesserung der Produktion und Verbreitung von Informationen im Internet gefördert werden. Eine dritte Kategorie von Risiken betrifft die absichtliche und oftmals auch koordinierte Manipulation des Dienstes der Plattform, die absehbare Auswirkungen auf Gesundheit, den gesellschaftlichen Diskurs, Wahlprozesse, die öffentliche Sicherheit und den Schutz Minderjähriger haben kann, sodass es erforderlich ist, die öffentliche Ordnung und die Privatsphäre zu schützen und betrügerische und irreführende Handelspraktiken zu bekämpfen. Solche Risiken können beispielsweise auf die Einrichtung von Scheinkonten, die Nutzung von Bots und anderen automatisierten oder teilautomatisierten Verhaltensweisen zurückzuführen sein, die zu einer schnellen und umfangreichen Verbreitung von Informationen führen können, die illegale Inhalte darstellen oder mit den Geschäftsbedingungen einer Online-Plattform unvereinbar sind.

Änderungsantrag 40

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 58

Vorschlag der Kommission

(58) Sehr große Online-Plattformen sollten die ***erforderlichen Instrumente einsetzen, um die*** bei der Risikobewertung festgestellten ***systemischen Risiken*** sorgfältig ***zu*** mindern. Für diese Risikominderungsmaßnahmen sollten sehr große Online-Plattformen es beispielsweise in Betracht ziehen, die Gestaltung und Funktionsweise der Moderation von Inhalten, der algorithmischen Empfehlungssysteme und der ***Online-***

Geänderter Text

(58) Sehr große Online-Plattformen sollten die bei der Risikobewertung festgestellten ***Risiken mit den erforderlichen Instrumenten*** sorgfältig mindern. Für diese Risikominderungsmaßnahmen sollten sehr große Online-Plattformen es beispielsweise in Betracht ziehen, die Gestaltung und Funktionsweise der Moderation von Inhalten, der algorithmischen Empfehlungssysteme und der ***Online-***

Schnittstellen zu verbessern oder anderweitig anzupassen, um der Verbreitung illegaler Inhalte entgegenzuwirken und sie einzuschränken, oder Anpassungen ihrer Entscheidungsverfahren oder ihrer Geschäftsbedingungen **vorzunehmen**. Dazu können auch Korrekturmaßnahmen zählen, **wie** z. B. die Beendigung von Werbeeinnahmen für bestimmte Inhalte, oder andere Maßnahmen wie eine Verbesserung der **Sichtbarkeit** verlässlicher Informationsquellen. Sehr große Online-Plattformen können ihre internen Verfahren oder die interne Überwachung ihrer Tätigkeiten verstärken, insbesondere um systemische Risiken zu ermitteln. Zudem **können** sie die Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern einleiten oder verstärken, Schulungsmaßnahmen und den Austausch mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern organisieren und mit anderen Anbietern zusammenarbeiten, etwa durch Einführung von Verhaltenskodizes oder anderen Selbstregulierungsmaßnahmen oder die Beteiligung an bestehenden einschlägigen Kodizes oder Maßnahmen. Alle Maßnahmen sollten mit den Sorgfaltspflichten aus dieser Verordnung im Einklang stehen, wirksam und angemessen zur Minderung der festgestellten spezifischen Risiken beitragen und der Wahrung der öffentlichen Ordnung, dem Schutz der Privatsphäre sowie der Bekämpfung betrügerischer und irreführender Handelspraktiken dienen; sie sollten zudem in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der sehr großen Online-Plattform stehen und der Notwendigkeit Rechnung tragen, **unnötige Beschränkungen für** die Nutzung ihrer Dienste zu **vermeiden**, wobei mögliche negative Auswirkungen auf die Grundrechte der Nutzer angemessen zu berücksichtigen sind.

Oberflächen zu verbessern oder anderweitig anzupassen, um der Verbreitung illegaler Inhalte entgegenzuwirken und sie einzuschränken, **indem sie beispielsweise Systeme zur Herabstufung von Inhalten, die als schädlich erkannt wurden, einbauen, künstliche Verzögerungsmechanismen einführen, um die virusartige Ausbreitung zu begrenzen** oder Anpassungen ihrer Entscheidungsverfahren oder ihrer Geschäftsbedingungen **vornehmen**. Dazu können auch Korrekturmaßnahmen zählen, z. B. die Beendigung von Werbeeinnahmen für bestimmte Inhalte, oder andere Maßnahmen wie eine Verbesserung der **Erkennbarkeit** verlässlicher Informationsquellen, **etwa von Informationen von öffentlichem Interesse, die von den Behörden oder internationalen Organisationen bereitgestellt werden, oder Inhalte, die unter der redaktionellen Kontrolle eines Anbieters redaktioneller Inhalte stehen und bestimmten Normen, branchenspezifischen Vorschriften und einer Aufsicht unterliegen**. Sehr große Online-Plattformen können ihre internen Verfahren oder die interne Überwachung ihrer Tätigkeiten verstärken, insbesondere um systemische Risiken zu ermitteln. Zudem **sollten** sie die Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern einleiten oder verstärken, Schulungsmaßnahmen und den Austausch mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern organisieren und mit anderen Anbietern zusammenarbeiten, etwa durch Einführung von Verhaltenskodizes oder anderen Selbstregulierungsmaßnahmen oder die Beteiligung an bestehenden einschlägigen Kodizes oder Maßnahmen. Alle Maßnahmen sollten mit den Sorgfaltspflichten aus dieser Verordnung im Einklang stehen, wirksam und angemessen zur Minderung der festgestellten spezifischen Risiken beitragen und der Wahrung der öffentlichen Ordnung, dem Schutz der

Privatsphäre sowie der Bekämpfung betrügerischer und irreführender Handelspraktiken dienen; sie sollten zudem in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der sehr großen Online-Plattform stehen und der Notwendigkeit Rechnung tragen, die Nutzung ihrer Dienste **nicht unnötig zu beschränken**, wobei mögliche negative Auswirkungen auf die Grundrechte der Nutzer angemessen zu berücksichtigen sind. **Eine Risikominderung, die dazu führt, dass Inhalte und Dienste, für die ein Anbieter redaktioneller Inhalte die redaktionelle Verantwortung trägt, entfernt würden, der Zugang dazu gesperrt würde oder sie dadurch anderweitig beeinträchtigt würden, sollte nicht als angemessen oder verhältnismäßig gelten.**

Änderungsantrag 41

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 59

Vorschlag der Kommission

(59) Soweit angemessen, sollten sehr große Online-Plattformen bei ihren Risikobewertungen und bei der Gestaltung ihrer Risikominderungsmaßnahmen **Vertreterinnen und** Vertreter der Nutzer und der möglicherweise von ihren Diensten betroffenen Gruppen sowie unabhängige Sachverständige und zivilgesellschaftliche Organisationen einbeziehen.

Geänderter Text

(59) Soweit angemessen, sollten sehr große Online-Plattformen bei ihren Risikobewertungen und bei der Gestaltung ihrer Risikominderungsmaßnahmen Vertreter der Nutzer, **der einschlägigen Regulierungsbehörden** und der möglicherweise von ihren Diensten betroffenen Gruppen sowie unabhängige Sachverständige und zivilgesellschaftliche Organisationen einbeziehen.

Änderungsantrag 42

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 62

Vorschlag der Kommission

(62) Ein zentraler Bestandteil der

Geänderter Text

(62) Ein zentraler Bestandteil der

Geschäftstätigkeiten **sehr großer Online-Plattformen** ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der **Online-Schnittfläche** dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. Sehr große Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und Einfluss darauf haben, welche Informationen ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer über alternative Optionen für die wichtigsten Parameter verfügen, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen.

Geschäftstätigkeiten **einer Online-Plattform** ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der **Online-Oberfläche** dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. **Überdies können sich diese Empfehlungssysteme auf den Medienkonsum und die kulturellen Gepflogenheiten der Nutzer auswirken und die Gefahr bergen, dass sich um sie herum eine Infoblase bildet, die sie nicht mehr verlassen, sodass sie keine Möglichkeit haben, andere Inhalte kennenzulernen.** Sehr große Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und Einfluss darauf haben, welche Informationen ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer über alternative Optionen für die wichtigsten Parameter verfügen, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen.

Änderungsantrag 43

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 63

Vorschlag der Kommission

(63) Von **sehr großen** Online-Plattformen genutzte Werbesysteme sind mit besonderen Risiken verbunden und machen angesichts ihres Umfangs und der Tatsache, dass sie die Nutzer auf der Grundlage ihres Verhaltens innerhalb und außerhalb der Online-Schnittstelle der Plattform gezielt erreichen können, eine weitergehende öffentliche und regulatorische Aufsicht erforderlich. **Sehr große** Online-Plattformen sollten Archive für Werbung, die auf ihren **Online-Schnittstellen** angezeigt wird, öffentlich zugänglich machen, um die Aufsicht und die Forschung zu neu entstehenden Risiken im Zusammenhang mit der Online-Verbreitung von Werbung zu unterstützen; dies betrifft etwa illegale Werbung oder manipulative Techniken und Desinformation mit **realen und absehbaren** negativen Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit oder Sicherheit, den gesellschaftlichen Diskurs, die politische Teilhabe und die Gleichbehandlung. Die Archive sollten den Inhalt der Werbung sowie damit verbundene Daten zum Werbetreibenden und zur Bereitstellung der Werbung enthalten, **insbesondere was gezielte Werbung betrifft**.

Änderungsantrag 44

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 64

Vorschlag der Kommission

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große

Geänderter Text

(63) Von Online-Plattformen genutzte Werbesysteme sind mit besonderen Risiken verbunden und machen angesichts ihres Umfangs und der Tatsache, dass sie die Nutzer auf der Grundlage ihres Verhaltens innerhalb und außerhalb der Online-Schnittstelle der Plattform gezielt erreichen können, eine weitergehende öffentliche und regulatorische Aufsicht erforderlich. Online-Plattformen sollten Archive für Werbung, die auf ihren **Online-Oberflächen** angezeigt wird, öffentlich zugänglich machen, um die Aufsicht und die Forschung zu neu entstehenden Risiken im Zusammenhang mit der Online-Verbreitung von Werbung zu unterstützen; dies betrifft etwa illegale Werbung oder manipulative Techniken und Desinformation mit negativen Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit oder Sicherheit, den gesellschaftlichen Diskurs, die politische Teilhabe und die Gleichbehandlung. Die Archive sollten **durchsuchbar, leicht zugänglich und funktional sein und sollten** den Inhalt der Werbung sowie damit verbundene Daten zum Werbetreibenden und zur Bereitstellung der Werbung enthalten.

Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von Algorithmensystemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen **von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken** sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher **einen** Rahmen für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für **zugelassene Forscherinnen und Forscher** zugänglich zu machen. Alle Bestimmungen über den Zugang zu Daten innerhalb **dieses Rahmens** sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime Interessen angemessen schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse **und andere vertrauliche Informationen der Plattform** und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer.

Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von Algorithmensystemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung, **indem der relevante Quellcode und die damit verbundenen Daten zur Verfügung gestellt werden, die die Erkennung möglicher Verzerrungen oder Bedrohungen der Grundrechte ermöglichen**. Untersuchungen **möglicher Verzerrungen oder Bedrohungen der Grundrechte** sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher Rahmen für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen **dem Koordinatoren für digitale Dienste und der Kommission** zugänglich zu machen. Alle Bestimmungen über den Zugang zu Daten innerhalb **dieser Rahmen** sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime Interessen angemessen schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse **im Einklang mit der Richtlinie (EU) 2016/943 des Europäischen Parlaments und des Rates^{1a} und die Privatsphäre** sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer.

1a Richtlinie (EU) 2016/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz vertraulichen Know-hows und vertraulicher Geschäftsinformationen (Geschäftsgeheimnisse) vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung (ABl. L 157 vom 15.6.2016, S. 1).

Änderungsantrag 45

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 64 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(64a) Die Moderations- und Empfehlungsalgorithmen sehr großer Online-Plattformen bergen hohe Risiken und erfordern eine engere und tiefgreifendere regulatorische Aufsicht, da algorithmische Verzerrungen häufig zu einer massiven Verbreitung illegaler Inhalte oder Bedrohungen der Grundrechte, insbesondere der Freiheit der Meinungsäußerung, führen. Da diese Algorithmen ständig weiterentwickelt werden und von ihnen unmittelbare Risiken bei ihrem Einsatz ausgehen können, sollten sehr große Online-Plattformen dafür sorgen, dass sie dem Koordinator für digitale Dienste oder der Kommission vollständig und zeitnah offengelegt werden. Hierbei sollten sämtliche Daten bezüglich der Erstellung und Einstellung dieser Algorithmen offengelegt werden, z. B. die entsprechenden Datensätze. Um die Aufsicht durch den Koordinator für digitale Dienste oder die Kommission zu erleichtern, ist in dieser Verordnung ein Rahmen von Verpflichtungen für sehr große Online-Plattformen vorgesehen, darunter die Erklärbarkeit von Algorithmen, die Rechenschaftspflicht und die enge Zusammenarbeit mit dem Koordinator für digitale Dienste oder der

Kommission. Wird eine algorithmische Verzerrung festgestellt, so sollten sehr große Online-Plattformen sie zügig korrigieren und dabei den Anforderungen des Koordinators für digitale Dienste oder der Kommission nachkommen.

Änderungsantrag 46

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 65 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(65a) Da die betreffenden Dienste einen grenzüberschreitenden Charakter haben, sind Maßnahmen der Union zur Harmonisierung der Barrierefreiheitsanforderungen für sehr große Online-Plattformen auf dem gesamten Binnenmarkt erforderlich, damit keine Marktfragmentierung entsteht und für Menschen mit Behinderung das gleiche Recht auf Zugang zu diesen Diensten und Auswahl dieser Dienste gewahrt wird. Durch den Mangel an harmonisierten Barrierefreiheitsanforderungen für digitale Dienste können Hindernisse für die Umsetzung des geltenden Unionsrechts zur Barrierefreiheit entstehen, da viele der Dienste, die unter dieses Recht fallen, zum Erreichen der Endnutzer von Vermittlungsdiensten abhängig sind. Daher müssen die Barrierefreiheitsanforderungen für sehr große Online-Plattformen, einschließlich ihrer Nutzeroberflächen, mit dem geltenden Unionsrecht zur Barrierefreiheit einschließlich der Richtlinien (EU) 2016/2102^{1a} und (EU) 2019/882^{1b} des Europäischen Parlaments und des Rates im Einklang stehen.

^{1a} Richtlinie (EU) 2016/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über den

barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen (ABl. L 327 vom 2.12.2016, S. 1).

^{1b} Richtlinie (EU) 2019/882 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen (ABl. L 151 vom 7.6.2019, S. 70).

Änderungsantrag 47

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 66

Vorschlag der Kommission

(66) Zur Erleichterung einer wirksamen und einheitlichen Anwendung der Pflichten aus dieser Verordnung, für deren Umsetzung möglicherweise technische Instrumente erforderlich sind, ist es wichtig, freiwillige Branchennormen, die bestimmte technische Verfahren umfassen, zu unterstützen, soweit die Industrie dazu beitragen kann, genormte Instrumente für die Einhaltung dieser Verordnung zu entwickeln, z. B. durch die Möglichkeit, Mitteilungen etwa über Anwendungsprogrammierschnittstellen zu übermitteln, oder durch eine bessere Interoperabilität von Werbearchiven. Besonders für relativ kleine Anbieter von Vermittlungsdiensten könnten solche Normen nützlich sein. Bei den Normen könnte **gegebenenfalls** zwischen verschiedenen Arten illegaler Inhalte oder verschiedenen Arten von Vermittlungsdiensten unterschieden werden.

Geänderter Text

(66) Zur Erleichterung einer wirksamen und einheitlichen Anwendung der Pflichten aus dieser Verordnung, für deren Umsetzung möglicherweise technische Instrumente erforderlich sind, ist es wichtig, freiwillige Branchennormen, die bestimmte technische Verfahren umfassen, zu unterstützen, soweit die Industrie dazu beitragen kann, genormte Instrumente für die Einhaltung dieser Verordnung zu entwickeln, z. B. durch die Möglichkeit, Mitteilungen etwa über Anwendungsprogrammierschnittstellen zu übermitteln, **durch die Interoperabilität von Plattformen zum Hosten von Inhalten** oder durch eine bessere Interoperabilität von Werbearchiven. Besonders für relativ kleine Anbieter von Vermittlungsdiensten könnten solche Normen nützlich sein. Bei den Normen könnte **erforderlichenfalls** zwischen verschiedenen Arten illegaler Inhalte oder verschiedenen Arten von Vermittlungsdiensten unterschieden werden.

Änderungsantrag 48

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 67

Vorschlag der Kommission

(67) Die Kommission und das Gremium sollten die Erstellung von Verhaltenskodizes als Beitrag zur Anwendung dieser Verordnung **fördern**. Die Umsetzung der Verhaltenskodizes sollte messbar sein und der öffentlichen Aufsicht unterliegen, **doch sollte dies den Freiwilligkeitscharakter dieser Kodizes und die Wahlfreiheit der Interessenträger hinsichtlich ihrer Beteiligung nicht beeinträchtigen**. Unter bestimmten Umständen kann es wichtig sein, dass sehr große Online-Plattformen bestimmte Verhaltenskodizes gemeinsam erstellen und diese einhalten. Diese Verordnung hält andere Anbieter in keiner Weise davon ab, durch Beteiligung an denselben Verhaltenskodizes dieselben Sorgfaltsstandards einzuhalten, bewährte Verfahren zu übernehmen und die Leitlinien der Kommission und des Gremiums anzuwenden.

Geänderter Text

(67) Die Kommission und das Gremium sollten **in der Lage sein**, die Erstellung von Verhaltenskodizes als Beitrag zur Anwendung dieser Verordnung **zu verlangen und zu koordinieren**. Die Umsetzung der Verhaltenskodizes sollte messbar sein und der öffentlichen Aufsicht unterliegen. Unter bestimmten Umständen kann es wichtig sein, dass sehr große Online-Plattformen bestimmte Verhaltenskodizes gemeinsam erstellen und diese einhalten. Diese Verordnung hält andere Anbieter in keiner Weise davon ab, durch Beteiligung an denselben Verhaltenskodizes dieselben Sorgfaltsstandards einzuhalten, bewährte Verfahren zu übernehmen und die Leitlinien der Kommission und des Gremiums anzuwenden.

Änderungsantrag 49

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 68

Vorschlag der Kommission

(68) In dieser Verordnung sollten bestimmte Bereiche **bestimmt** werden, die für solche Verhaltenskodizes in Betracht kommen. Insbesondere sollten Risikominderungsmaßnahmen für bestimmte Arten illegaler Inhalte Gegenstand von Selbst- und Koregulierungsvereinbarungen sein. Ein weiteres relevantes Thema sind die möglichen negativen Auswirkungen **systemischer** Risiken auf Gesellschaft **und Demokratie, etwa aufgrund von Desinformation oder manipulativen und missbräuchlichen Tätigkeiten. Dazu zählen** koordinierte Tätigkeiten zur

Geänderter Text

(68) In dieser Verordnung sollten bestimmte Bereiche **festgelegt** werden, die für solche Verhaltenskodizes in Betracht kommen. Insbesondere sollten Risikominderungsmaßnahmen für bestimmte Arten illegaler **oder schädlicher** Inhalte Gegenstand von Selbst- und Koregulierungsvereinbarungen sein. Ein weiteres relevantes Thema sind die möglichen negativen Auswirkungen **von** Risiken auf **die** Gesellschaft, **z. B.** koordinierte Tätigkeiten, **die auf die** Verstärkung von Informationen **abzielen**, etwa durch Nutzung von Bots, Scheinkonten **und Proxy-Diensten** für die

Verstärkung von Informationen **einschließlich Desinformation**, etwa durch Nutzung von Bots **oder** Scheinkonten für die Erstellung falscher oder irreführender Informationen, die mitunter auch mit einer Gewinnerzielungsabsicht verbunden sein können und für schutzbedürftige Nutzer wie z. B. Kinder besonders schädlich sind. In diesen Bereichen kann die Beteiligung einer sehr großen Online-Plattform an einem Verhaltenskodex und dessen Einhaltung als geeignete Risikominderungsmaßnahme angesehen werden. Weigert sich eine Online-Plattform **ohne angemessene Begründung**, sich auf Aufforderung der Kommission an der Anwendung eines solchen Verhaltenskodex zu beteiligen, **könnte** dies hinsichtlich **möglicher** Zuwiderhandlungen der Online-Plattform im Rahmen dieser Verordnung berücksichtigt werden.

Erstellung **und Verbreitung** falscher oder irreführender Informationen, die mitunter auch mit einer Gewinnerzielungsabsicht **oder politischen Absichten** verbunden sein können und für schutzbedürftige Nutzer wie z. B. Kinder besonders schädlich sind. **Weitere zu berücksichtigende Bereiche sind die Erhöhung der Transparenz in Bezug auf den Ursprung der Informationen und die Art, wie sie erzeugt, finanziert, verbreitet und auf ein Ziel ausgerichtet werden, die Förderung der Informationsvielfalt durch Unterstützung eines hochwertigen Journalismus und der Beziehung zwischen den Erstellern und Verteilern der Informationen sowie die Förderung der Glaubwürdigkeit der Informationen, indem ein Anhaltspunkt zu ihrer Vertrauenswürdigkeit gegeben und die Rückverfolgbarkeit der Informationen einflussreicher Informationsvermittler verbessert wird, wobei die Vertraulichkeit journalistischer Quellen gewahrt bleibt.** In diesen Bereichen kann die Beteiligung einer sehr großen Online-Plattform an einem Verhaltenskodex und dessen Einhaltung als geeignete Risikominderungsmaßnahme angesehen werden. Weigert sich eine Online-Plattform, sich auf Aufforderung der Kommission an der Anwendung eines solchen Verhaltenskodex zu beteiligen, **so muss** dies hinsichtlich Zuwiderhandlungen der Online-Plattform im Rahmen dieser Verordnung berücksichtigt werden. **Wenn Verhaltenskodizes als Risikominderungsmaßnahme verwendet werden, sollten sie für sehr große Online-Plattformen, die der Aufsicht durch den Koordinator für digitale Dienste unterliegen, verbindlich sein.**

Änderungsantrag 50

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 73 a (neu)

(73a) Die Benennung eines Koordinators für digitale Dienste in den Mitgliedstaaten sollte den bereits bestehenden Durchsetzungsmechanismus, z. B. im Unionsrecht oder einzelstaatlichen Recht über die elektronische Kommunikation oder die elektronischen Medien, sowie unabhängige Regulierungsstrukturen in diesen Bereichen, wie durch Unionsrecht und einzelstaatliches Recht vorgegeben, nicht berühren. Die Zuständigkeiten des Koordinators für digitale Dienste und die Zuständigkeiten der benannten Behörden sollten einander nicht überlappen. Die verschiedenen europäischen Netze, insbesondere die Gruppe europäischer Regulierungsstellen für audiovisuelle Mediendienste (ERGA) und das Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK), sollten dafür zuständig sein, für die Koordinierung zu sorgen und zur wirksamen einheitlichen Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung in der gesamten Union beizutragen. Zur wirksamen Durchführung dieser Aufgabe sollten diese Netze geeignete Verfahren entwickeln, die in Fällen anzuwenden sind, die mit dieser Verordnung in Zusammenhang stehen.

Änderungsantrag 51

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 76 a (neu)

(76a) Verbraucher, Verbraucherorganisationen und Rechteinhaber sollten Beschwerden im Hinblick darauf, ob ein Marktplatz dieser Verordnung entspricht, bei dem Koordinator für digitale Dienste in dem Mitgliedstaat einreichen, in dem sie

niedergelassen sind. In Beschwerden sollte ein faktengetreuer Überblick über die Probleme in Verbindung mit der Einhaltung der Vorschriften durch einen bestimmten Anbieter von Vermittlungsdiensten gegeben werden. Der Koordinator für digitale Dienste sollte die zuständigen nationalen Behörden einbeziehen und den Mitgliedstaat, in dem der betroffene Anbieter von Vermittlungsdiensten niedergelassen ist, unterrichten, wenn das Problem eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit erfordert. Beschwerden sollten zeitnah und spätestens einen Monat nach Eingang der Beschwerde bearbeitet werden.

Änderungsantrag 52

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 77

Vorschlag der Kommission

(77) Die Mitgliedstaaten sollten dem Koordinator für digitale Dienste und jeder anderen im Rahmen dieser Verordnung benannten zuständigen Behörde ausreichende Befugnisse und Mittel zuweisen, um die Wirksamkeit der Untersuchungen und Durchsetzung sicherzustellen. Insbesondere sollte der Koordinator für digitale Dienste Informationen, die sich in seinem Gebiet befinden, ermitteln und einholen können, auch im Rahmen gemeinsamer Untersuchungen, wobei der Tatsache angemessen Rechnung zu tragen ist, dass Aufsichts- und Durchsetzungsmaßnahmen in Bezug auf Anbieter, die der rechtlichen Zuständigkeit eines anderen Mitgliedstaates unterliegen, vom Koordinator für digitale Dienste dieses anderen Mitgliedstaates, gegebenenfalls im Einklang mit den Verfahren für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, beschlossen werden

Geänderter Text

(77) Die Mitgliedstaaten sollten dem Koordinator für digitale Dienste und jeder anderen im Rahmen dieser Verordnung benannten zuständigen Behörde ausreichende Befugnisse und Mittel zuweisen, um die Wirksamkeit der Untersuchungen und Durchsetzung sicherzustellen. Insbesondere sollte der Koordinator für digitale Dienste Informationen, die sich in seinem Gebiet befinden, ermitteln und einholen können, auch im Rahmen gemeinsamer Untersuchungen, wobei der Tatsache angemessen Rechnung zu tragen ist, dass Aufsichts- und Durchsetzungsmaßnahmen in Bezug auf Anbieter, die der rechtlichen Zuständigkeit eines anderen Mitgliedstaates unterliegen, vom Koordinator für digitale Dienste dieses anderen Mitgliedstaates, gegebenenfalls im Einklang mit den Verfahren für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, beschlossen werden sollten. **Die Mitgliedstaaten sollten in**

sollten.

Zusammenarbeit mit den Einrichtungen, Ämtern und Agenturen der Union auch die Erbringung spezieller Schulungen für die zuständigen nationalen Behörden, insbesondere die Verwaltungsbehörden, in Erwägung ziehen, die für die Anordnung von Maßnahmen gegen illegale Inhalte und die Bereitstellung von Informationen zuständig sind.

Änderungsantrag 53

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 81

Vorschlag der Kommission

(81) Im Interesse einer wirksamen Durchsetzung dieser Verordnung sollten natürliche Personen oder Vertretungsorganisationen in dem Hoheitsgebiet, in dem sie die Dienstleistung in Anspruch genommen haben, jede Beschwerde hinsichtlich der Einhaltung dieser Verordnung beim Koordinator für digitale Dienste einreichen können, unbeschadet der Bestimmungen dieser Verordnung über die rechtliche Zuständigkeit. Beschwerden sollten einen faktengetreuen Überblick über die Bedenken hinsichtlich der Einhaltung der Verordnung durch einen bestimmten Anbieter von Vermittlungsdiensten geben und könnten auch Informationen über übergreifende Probleme für den Koordinator für digitale Dienste enthalten. Der Koordinator für digitale Dienste sollte andere zuständige nationale Behörden und, soweit eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit erforderlich ist, den Koordinator für digitale Dienste eines anderen Mitgliedstaates einbeziehen, insbesondere den Koordinator des Mitgliedstaates, in dem der betreffende Anbieter der Vermittlungsdienste seine Niederlassung hat.

Geänderter Text

(81) Im Interesse einer wirksamen Durchsetzung dieser Verordnung sollten natürliche Personen oder Vertretungsorganisationen ***sowie Parteien mit berechtigtem Interesse, die die einschlägigen Kriterien für Expertise und Unabhängigkeit von Anbietern von Hosting-Diensten oder Plattformen erfüllen***, in dem Hoheitsgebiet, in dem sie die Dienstleistung in Anspruch genommen haben, jede Beschwerde hinsichtlich der Einhaltung dieser Verordnung beim Koordinator für digitale Dienste einreichen können, unbeschadet der Bestimmungen dieser Verordnung über die rechtliche Zuständigkeit. Beschwerden sollten einen faktengetreuen Überblick über die Bedenken hinsichtlich der Einhaltung der Verordnung durch einen bestimmten Anbieter von Vermittlungsdiensten geben und könnten auch Informationen über übergreifende Probleme für den Koordinator für digitale Dienste enthalten. Der Koordinator für digitale Dienste sollte andere zuständige nationale Behörden und, soweit eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit erforderlich ist, den Koordinator für digitale Dienste eines anderen Mitgliedstaates einbeziehen, insbesondere den Koordinator des Mitgliedstaates, in dem der betreffende

Anbieter der Vermittlungsdienste seine Niederlassung hat.

Änderungsantrag 54

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 91

Vorschlag der Kommission

(91) Das Gremium sollte **Vertreterinnen und** Vertreter der Koordinatoren für digitale Dienste und **gegebenenfalls** anderer zuständiger Behörden umfassen und unter dem Vorsitz der Kommission stehen, um die ihm vorgelegten Angelegenheiten aus umfassender **europäischer Perspektive** bewerten zu können. Angesichts möglicher weiterreichender Aspekte, die auch für andere Regulierungsrahmen auf Unionsebene von Bedeutung sein können, sollte **das** Gremium mit anderen Einrichtungen, Ämtern, Agenturen und Beratungsgruppen der Union **zusammenarbeiten können**, die z. B. in den Bereichen Gleichbehandlung, auch von Männern und Frauen, **Nichtdiskriminierung**, Datenschutz, elektronische Kommunikation, audiovisuelle Dienste, Aufdeckung und Untersuchung von Betrug zulasten des EU-Haushalts im Zusammenhang mit Zöllen oder Verbraucherschutz tätig sind, soweit dies für die Ausübung der Aufgaben erforderlich ist.

Änderungsantrag 55

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 98 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(91) Das Gremium sollte Vertreter der Koordinatoren für digitale Dienste und **erforderlichenfalls** anderer zuständiger Behörden umfassen und unter dem Vorsitz der Kommission stehen, um die ihm vorgelegten Angelegenheiten aus umfassender **Perspektive der Union** bewerten zu können. Angesichts möglicher weiterreichender Aspekte, die auch für andere Regulierungsrahmen auf Unionsebene von Bedeutung sein können, sollte **dem** Gremium **nahegelegt werden**, mit anderen Einrichtungen, Ämtern, Agenturen und Beratungsgruppen der Union **zusammenzuarbeiten**, die z. B. in den Bereichen Gleichbehandlung, auch von Männern und Frauen, **Diskriminierungsverbot**, Datenschutz, elektronische Kommunikation, **geistiges Eigentum**, audiovisuelle Dienste, Aufdeckung und Untersuchung von Betrug zulasten des EU-Haushalts im Zusammenhang mit Zöllen oder Verbraucherschutz tätig sind, soweit dies für die Ausübung der Aufgaben erforderlich ist.

(98a) Damit die wirksame Durchsetzung dieser Verordnung sichergestellt ist, sollte die Kommission eingreifen, wenn ein

übergreifendes Zuwiderhandlungsmuster von Anordnungen nationaler Justiz- oder Verwaltungsbehörden von mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste oder vom Gremium gegenüber ein und derselben Online-Plattform – unabhängig von deren Größe – festgestellt wird. Ein übergreifendes Zuwiderhandlungsmuster kann unter anderem festgestellt werden, wenn eine offensichtliche Missachtung oder ungerechtfertigte Verzögerungen bei der Ausführung verbindlicher Anordnungen nationaler Justiz- oder Verwaltungsbehörden in Bezug auf illegale Inhalte oder Informationersuchen gemäß den Artikeln 8 und 9 dieser Verordnung vorliegen.

Änderungsantrag 56

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Festlegung einheitlicher Regeln für ein sicheres, vorhersehbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld, in dem die in der Charta verankerten Grundrechte wirksam geschützt sind.

Geänderter Text

b) Festlegung einheitlicher Regeln für ein sicheres, **barrierefreies**, vorhersehbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld, in dem die in der Charta verankerten Grundrechte wirksam geschützt sind.

Änderungsantrag 57

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 5 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(5) Diese Verordnung **lässt** die folgenden Vorschriften **unberührt**:

Geänderter Text

(5) Diese Verordnung **betrifft** die folgenden Vorschriften **nicht**:

Änderungsantrag 58

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 5 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) die Unionsvorschriften auf dem Gebiet des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte,

Geänderter Text

c) die Unionsvorschriften auf dem Gebiet des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte, ***insbesondere die Richtlinie (EU) 2019/790 und die nationalen Umsetzungsinstrumente, die von den Mitgliedstaaten erlassen wurden, um der Richtlinie nachzukommen,***

Änderungsantrag 59

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 5 – Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Diese Verordnung betrifft nicht die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten, Rechtsvorschriften zu erlassen, die sich an Anbieter von Vermittlungsdiensten richten und auf den Schutz oder die Förderung der Meinungs- und Informationsfreiheit, der Medienfreiheit und des Pluralismus der Medien sowie der kulturellen und sprachlichen Vielfalt abzielen, wenn die Annahme solcher Rechtsvorschriften für notwendig erachtet wird, um die Informationsfreiheit und die Medienfreiheit zu wahren, zu schützen und zu fördern oder die Medienvielfalt und die Meinungsvielfalt oder die kulturelle und sprachliche Vielfalt zu fördern.

Änderungsantrag 60

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5a) Vertragsbestimmungen zwischen

einem Anbieter von Vermittlungsdiensten und einem Unternehmer, einem gewerblichen Nutzer oder einem Nutzer von Vermittlungsdiensten, die dieser Verordnung zuwiderlaufen, sind ungültig. Diese Verordnung gilt ungeachtet des Rechts, das für Verträge zwischen Anbietern von Vermittlungsdiensten und einem Nutzer, einem Verbraucher, einem Unternehmer oder einem gewerblichen Nutzer gilt.

Änderungsantrag 61

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Buchstabe e a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ea) „Geschäftskunde“

– juristische Personen mit Ausnahme von juristischen Personen, die als große Unternehmen im Sinne von Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates^{1a} einzustufen sind;

– jede natürliche Person, die Dienstleistungen von einer Art oder in einem Umfang erwirbt oder auf andere Weise mit ihnen handelt, die darauf schließen lässt, dass die Person ein Unternehmen im Internet betreiben will, oder die innerhalb eines Jahres Dienstleistungen des Anbieters von Vermittlungsdiensten im Wert von mehr als 10 000 EUR erwirbt;

^{1a} Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen

Änderungsantrag 62

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Buchstabe f – Spiegelstrich 3

Vorschlag der Kommission

– eine „**Hosting**“-**Leistung**, die darin besteht, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen in dessen Auftrag zu speichern;

Geänderter Text

– eine **Hosting-Leistung**, die darin besteht, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen in dessen Auftrag zu speichern **oder die Speicherung zu gestatten**;

Änderungsantrag 63

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Buchstabe g

Vorschlag der Kommission

g) „illegale Inhalte“ alle Informationen, die als solche oder durch ihre Bezugnahme auf eine Tätigkeit, einschließlich des Verkaufs von Produkten oder der Erbringung von Dienstleistungen, nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem Recht eines Mitgliedstaats stehen, ungeachtet des genauen Gegenstands oder der Art der betreffenden Rechtsvorschriften;

Geänderter Text

g) „illegale Inhalte“ alle **verfügbar gemachten** Informationen, die als solche oder durch ihre Bezugnahme auf eine Tätigkeit, einschließlich des Verkaufs von Produkten oder der Erbringung von Dienstleistungen, nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem Recht eines Mitgliedstaats stehen, ungeachtet des genauen Gegenstands oder der Art der betreffenden Rechtsvorschriften;

Änderungsantrag 64

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Buchstabe g b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**gb) „personenbezogene Daten“
personenbezogene Daten im Sinne des
Artikels 4 Nummer 1 der Verordnung**

Änderungsantrag 65

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Buchstabe h

Vorschlag der Kommission

h) „Online-Plattform“ einen Hosting-Diensteanbieter, der im Auftrag eines Nutzers Informationen speichert und öffentlich verbreitet, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nicht nur um eine unbedeutende und mit einem anderen Dienst verbundene reine Nebenfunktion handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen anderen **Dienst** genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit dieser Verordnung zu umgehen;

Geänderter Text

h) „Online-Plattform“ einen Hosting-Diensteanbieter, der im Auftrag eines Nutzers Informationen speichert und öffentlich verbreitet, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nicht nur um eine unbedeutende und mit einem anderen Dienst verbundene reine Nebenfunktion handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen anderen **Hauptdienst** genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit dieser Verordnung zu umgehen;

Änderungsantrag 66

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Buchstabe o

Vorschlag der Kommission

o) „Empfehlungssystem“ ein vollständig oder teilweise automatisiertes System, das von einer Online-Plattform verwendet wird, um auf ihrer **Online-Schnittstelle** den Nutzern bestimmte Informationen vorzuschlagen, auch infolge einer vom Nutzer veranlassten Suche, oder das auf andere Weise die relative Reihenfolge oder Hervorhebung der angezeigten Informationen bestimmt;

Geänderter Text

o) „Empfehlungssystem“ ein vollständig oder teilweise automatisiertes System, das **als vom angebotenen Hauptdienst getrenntes Tool konzipiert ist und** von einer Online-Plattform verwendet wird, um auf ihrer **Online-Oberfläche** den Nutzern bestimmte Informationen vorzuschlagen, **einzustufen, zu priorisieren, auszuwählen und anzuzeigen**, auch infolge einer vom Nutzer veranlassten Suche, oder das auf andere Weise die relative Reihenfolge oder Hervorhebung der angezeigten Informationen bestimmt;

Änderungsantrag 67

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Buchstabe q a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

qa) „Anbieter redaktioneller Inhalte“ die natürliche oder juristische Person, die die redaktionelle Verantwortung für die angebotenen Inhalte und Dienste trägt und die Art bestimmt, wie sie organisiert sind, die branchenspezifischen Regelungen unterliegt, einschließlich Selbstregulierungsstandards in der Medien- und Pressebranche, und die Verfahren zur Behandlung von Beschwerden eingerichtet hat, um Streitigkeiten im Zusammenhang mit Inhalten beizulegen;

Änderungsantrag 68

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Buchstabe q b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

qb) „Menschen mit Behinderungen“ Menschen mit Behinderungen im Sinne von Artikel 3 Nummer 1 der Richtlinie (EU) 2019/882;

Änderungsantrag 69

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Bei der Durchführung eines Dienstes der Informationsgesellschaft, der in der Speicherung der von einem Nutzer bereitgestellten Informationen besteht, haftet der Diensteanbieter nicht für die im Auftrag eines Nutzers gespeicherten

(1) Bei der Durchführung eines Dienstes der Informationsgesellschaft, der in der Speicherung **oder der Gestattung der Speicherung** der von einem Nutzer bereitgestellten Informationen besteht, haftet der Diensteanbieter nicht für die im Auftrag eines Nutzers gespeicherten

Informationen, sofern er

Informationen, sofern er

Änderungsantrag 70

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Betrifft die illegale Tätigkeit bzw. betreffen die illegalen Inhalte die Ausstrahlung einer Live-Sport- oder Unterhaltungsveranstaltung, so gilt die Bedingung nach Absatz 1 Buchstabe b als erfüllt, wenn der Anbieter umgehend oder so schnell wie möglich handelt, in jedem Fall jedoch spätestens innerhalb von 30 Minuten, nachdem er Kenntnis oder Bewusstsein von der illegalen Tätigkeit oder der illegalen Inhalte erlangt hat.

Änderungsantrag 71

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1b) Unbeschadet spezifischer Fristen, die im Unionsrecht oder im einzelstaatlichen Recht festgelegt sind, müssen Anbieter von Hosting-Diensten, sobald sie tatsächlich Kenntnis oder Bewusstsein von illegalen Inhalten erlangen, diese Inhalte so schnell wie möglich entfernen oder so schnell wie möglich den Zugang zu ihnen sperren, in jedem Fall aber innerhalb von 24 Stunden. In Fällen, in denen der Anbieter von Hosting-Diensten dieser Verpflichtung aus Gründen höherer Gewalt oder aus sachlich gerechtfertigten technischen oder betrieblichen Gründen nicht nachkommen kann, informiert er unverzüglich die zuständige Behörde, die eine Anordnung gemäß Artikel 8 erlassen hat, oder den Nutzer, der eine Meldung

gemäß Artikel 14 eingereicht hat, über diese Gründe.

Änderungsantrag 72

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Absatz 1 findet keine Anwendung auf die **verbraucherschutzrechtliche** Haftung von Online-Plattformen, **die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmen ermöglichen**, wenn **die Online-Plattform die spezifischen** Einzelinformationen **dazu darstellt** oder die betreffende Einzeltransaktion anderweitig in einer Weise **ermöglicht**, bei der ein durchschnittlicher und angemessen informierter **Verbraucher** davon ausgehen kann, dass die Information oder das Produkt oder die Dienstleistung, die bzw. das Gegenstand der Transaktion ist, entweder von **der Online-Plattform** selbst oder von einem **ihrer** Aufsicht unterstehenden Nutzer bereitgestellt wird.

Geänderter Text

(3) Absatz 1 findet keine Anwendung auf die Haftung von **Hosting-Diensten, insbesondere** Online-Plattformen, wenn **diese spezifische** Einzelinformationen **darstellen** oder die betreffende Einzeltransaktion anderweitig in einer Weise **ermöglichen**, bei der ein durchschnittlicher und angemessen informierter **Nutzer** davon ausgehen kann, dass die Information oder das Produkt oder die Dienstleistung, die bzw. das Gegenstand der Transaktion ist, entweder von **dem Anbieter von Hosting-Diensten** selbst oder von einem **seiner** Aufsicht unterstehenden Nutzer bereitgestellt wird. **Dies ist insbesondere der Fall, wenn Online-Plattformen die Informationen in einer Art und Weise präsentieren, die nicht neutral ist, da sie speziell auf das Profil eines Nutzers zugeschnitten ist, um ihren Gewinn zu maximieren und möglichst große Aufmerksamkeit des Nutzers auf sich zu ziehen. Dies ist auch der Fall, wenn eine Online-Plattform die Informationen, Produkte oder Dienstleistungen so organisieren oder bewerben, dass die Plattform auf der Grundlage menschlicher Eingriffe oder Algorithmen entscheidet, welche Informationen, Produkte oder Dienstleistungen aufgerufen oder gefunden werden und wie der Aufruf erfolgt.**

Absatz 1 gilt nicht für Hosting-Dienste mit redaktionell gesteuerter Werbung im Sinne von Artikel 2 Buchstabe n.

Die in den Artikeln 3, 4 und 5 aufgeführten Haftungsausschlüsse gelten für Anbieter von Vermittlungsdiensten nicht, wenn ihr Hauptzweck darin besteht, illegale Tätigkeiten auszuüben oder zu erleichtern.

Änderungsantrag 73

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 5a

Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse nicht in Betracht und müssen Zwangsgelder gemäß Artikel 42 entrichten, wenn sie die in dieser Verordnung festgelegten Sorgfaltspflichten nicht erfüllen.

Änderungsantrag 74

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 6

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse auch dann in Betracht, wenn sie auf Eigeninitiative freiwillige Untersuchungen oder andere Tätigkeiten **zur** Erkennung, Feststellung und Entfernung illegaler Inhalte oder **zur** Sperrung des Zugangs zu illegalen Inhalten durchführen oder die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Anforderungen des Unionsrechts und insbesondere dieser Verordnung nachzukommen.

Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse auch dann in Betracht, wenn sie auf Eigeninitiative freiwillige Untersuchungen oder andere Tätigkeiten, **die dem spezifischen Zweck der** Erkennung, Feststellung und Entfernung illegaler Inhalte oder **der dienen**, durchführen oder die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Anforderungen des Unionsrechts und insbesondere dieser Verordnung nachzukommen.

Änderungsantrag 75

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 6 – Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Die gemäß Unterabsatz 1 ergriffenen Maßnahmen müssen wirksam, verhältnismäßig, spezifisch und zielgerichtet sein und im Einklang mit der Charta stehen.

Änderungsantrag 76

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 7

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Anbietern von Vermittlungsdiensten wird keine allgemeine Verpflichtung auferlegt, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hindeuten.

Anbietern von Vermittlungsdiensten wird keine allgemeine Verpflichtung auferlegt, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hindeuten. ***Keine Bestimmung dieser Verordnung ist so zu verstehen, dass der Einsatz einer automatisierten Entscheidungsfindung oder die Überwachung des Verhaltens einer großen Anzahl von natürlichen Personen – auch nicht zu statistischen Zwecken – vorgeschrieben, gefördert oder empfohlen wird.***

Änderungsantrag 77

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 7 – Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Anbieter von Vermittlungsdiensten sind nicht verpflichtet, automatisierte Tools für die Moderation von Inhalten zu

verwenden.

Änderungsantrag 78

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 7 – Unterabsatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Die Bestimmungen dieser Verordnung hindern Anbieter von Vermittlungsdiensten nicht daran, von Endstelle zu Endstelle verschlüsselte Dienste anzubieten, und die Erbringung solcher Dienste wird dadurch auch nicht zu einem Grund für die Haftung oder den Verlust der Immunität gemacht.

Änderungsantrag 79

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 7 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 7a

Verbot der Einflussnahme auf von Anbietern redaktioneller Inhalte angebotene Inhalte und Dienste

Anbieter von Vermittlungsdiensten dürfen Inhalte und Dienste, die von Anbietern redaktioneller Inhalte bereitgestellt werden, nicht entfernen, den Zugang zu ihnen nicht sperren und sie nicht anderweitig beeinträchtigen.

Die Konten Anbietern redaktioneller Inhalte dürfen auf der Grundlage rechtmäßiger Inhalte und Dienste, die sie anbieten, nicht vorübergehend gesperrt werden. Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass eine unabhängige Justiz- oder Verwaltungsbehörde im Einklang mit der Richtlinie 2010/13/EU den Anbieter redaktioneller Inhalte auffordert, einen

Verstoß gegen geltendes Unionsrecht oder einzelstaatliches Recht zu beenden oder zu verhindern.

Änderungsantrag 80

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte

Geänderter Text

Grenzüberschreitende Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte

Änderungsantrag 81

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Nach Eingang einer Anordnung zum Vorgehen gegen einen bestimmten illegalen Inhalt, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, ***teilen*** die Anbieter von Vermittlungsdiensten der ***erlassenden*** Behörde unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt ergriffen wurden.

Geänderter Text

(1) Nach Eingang einer ***grenzüberschreitenden*** Anordnung zum Vorgehen gegen einen bestimmten illegalen Inhalt, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht ***und nationalem Recht*** erlassen wurde, ***ergreifen*** die Anbieter von Vermittlungsdiensten ***Maßnahmen, um der Anordnung nachzukommen und die Vorschriften einzuhalten, informieren die erlassende Behörde über den Eingang der Anordnung und teilen ihr*** unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt ergriffen wurden. ***Unter der Voraussetzung, dass die erforderlichen Garantien vorgesehen sind, kann es sich bei solchen Anordnungen insbesondere um katalogweite und dynamische Anordnungen von Gerichten oder Verwaltungsbehörden handeln, mit denen die grenzüberschreitende Beendigung***

oder Verhinderung von Verstößen verlangt wird.

Änderungsantrag 82

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 2

Vorschlag der Kommission

– ***eine oder mehrere präzise URL-Adresse(n) (Uniform Resource Locator) und nötigenfalls*** weitere Angaben zur Ermittlung der betreffenden illegalen Inhalte,

Geänderter Text

– weitere Angaben zur Ermittlung der betreffenden illegalen Inhalte,

Änderungsantrag 83

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 3

Vorschlag der Kommission

– Angaben über Rechtsbehelfe, die dem Diensteanbieter und dem Nutzer, der den Inhalt bereitgestellt hat, zur Verfügung stehen.

Geänderter Text

– Angaben über Rechtsbehelfe, die dem Diensteanbieter und dem Nutzer, der den Inhalt bereitgestellt hat, zur Verfügung stehen, ***einschließlich Informationen über wirksame Rechtsbehelfe.***

Änderungsantrag 84

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) Die Anordnung wird ***in der vom Diensteanbieter angegebenen Sprache abgefasst und*** an die vom Anbieter gemäß Artikel 10 benannte Kontaktstelle geschickt.

Geänderter Text

c) Die Anordnung wird an die vom Anbieter gemäß Artikel 10 benannte Kontaktstelle geschickt.

Änderungsantrag 85

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Auskunftsanordnungen

Geänderter Text

Grenzüberschreitende
Auskunftsanordnungen

Änderungsantrag 86

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Nach Eingang einer Auskunftsanordnung in Bezug auf ***eine bestimmte Einzelinformation*** über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, dass sie die Anordnung erhalten haben und wie sie der Anordnung nachgekommen sind.

Geänderter Text

(1) Nach Eingang einer ***grenzüberschreitenden*** Auskunftsanordnung in Bezug auf ***Informationen*** über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, dass sie die Anordnung erhalten haben und wie sie der Anordnung nachgekommen sind.

Änderungsantrag 87

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 2

Vorschlag der Kommission

– Angaben über Rechtsbehelfe, die dem Diensteanbieter und den betreffenden Nutzern zur Verfügung stehen.

Geänderter Text

– Angaben über ***die Inhalte der Anordnung und*** Rechtsbehelfe, die dem Diensteanbieter und den betreffenden Nutzern zur Verfügung stehen.

Änderungsantrag 88

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Die Anordnung verpflichtet den Diensteanbieter nur zur Bereitstellung von Informationen, die *er ohnehin bereits für die Zwecke der Erbringung des Dienstes erfasst hat* und die seiner Verfügungsgewalt unterliegen.

Geänderter Text

b) Die Anordnung verpflichtet den Diensteanbieter nur zur Bereitstellung von Informationen, die die **Identifizierung** der **Nutzer ermöglichen** und die seiner Verfügungsgewalt unterliegen;

Änderungsantrag 89

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) Die Anordnung wird **in der vom Diensteanbieter angegebenen Sprache abgefasst und** an die vom Anbieter gemäß Artikel 10 benannte Kontaktstelle geschickt.

Geänderter Text

c) Die Anordnung wird an die vom Anbieter gemäß Artikel 10 benannte Kontaktstelle geschickt.

Änderungsantrag 90

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 10 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) In den in Absatz 2 genannten Informationen machen die Anbieter von Vermittlungsdiensten Angaben zu der bzw. den Amtssprachen der Union, die zur Kommunikation mit ihrer Kontaktstelle verwendet werden können, zu denen mindestens eine der Amtssprachen des Mitgliedstaats gehören muss, in dem der Anbieter von Vermittlungsdiensten seine Hauptniederlassung hat oder in dem sein Rechtsvertreter ansässig oder niedergelassen ist.

Geänderter Text

(3) In den in Absatz 2 genannten Informationen machen die Anbieter von Vermittlungsdiensten Angaben zu der bzw. den Amtssprachen der Union, die zur Kommunikation mit ihrer Kontaktstelle verwendet werden können, zu denen mindestens eine der Amtssprachen des Mitgliedstaats gehören muss, in dem der Anbieter von Vermittlungsdiensten seine Hauptniederlassung hat oder in dem sein Rechtsvertreter ansässig oder niedergelassen ist. **Sehr große Online-Plattformen sehen die Möglichkeit zur**

***Kommunikation mit ihren Kontaktstellen
in allen Amtssprachen der
Mitgliedstaaten vor, in denen sie ihre
Dienste anbieten.***

Änderungsantrag 91

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 11 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Anbieter von Vermittlungsdiensten, die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienstleistungen in der Union anbieten, benennen schriftlich eine juristische oder natürliche Person in einem der Mitgliedstaaten, in denen sie ihre Dienste anbieten, als ihren Rechtsvertreter.

Geänderter Text

(1) Anbieter von Vermittlungsdiensten, die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienstleistungen in der Union anbieten, benennen schriftlich eine juristische oder natürliche Person in ***mindestens*** einem der Mitgliedstaaten, in denen sie ihre Dienste anbieten, als ihren Rechtsvertreter. ***Das Recht der Mitgliedstaaten, von sehr großen Online-Plattformen zu verlangen, einen gesetzlichen Vertreter in ihrem Land zu benennen, bleibt unberührt.***

Änderungsantrag 92

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in

Geänderter Text

(1) ***Im Rahmen der allgemeinen Geschäftsbedingungen der Anbieter von Vermittlungsdiensten müssen die Grundsätze der Menschenrechte, wie sie in der Charta und im Völkerrecht verankert sind, geachtet werden.*** Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen ***oder Änderungen*** in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen, ***und***

klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt.

veröffentlichen sie. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher und maschinenlesbarer Form in der Sprache, in der der Dienst angeboten wird, öffentlich zur Verfügung gestellt. ***Die Anbieter von Vermittlungsdiensten informieren die Nutzer zeitnah über Änderungen ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen.***

Änderungsantrag 93

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten veröffentlichen eine Zusammenfassung ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, benutzerfreundlicher und eindeutiger Sprache und in leicht zugänglicher und maschinenlesbarer Form. Diese Zusammenfassungen müssen die wichtigsten Elemente der Informationsanforderungen enthalten, einschließlich der Möglichkeit, auf fakultative Klauseln zu verzichten, sowie Informationen über verfügbare Rechtsbehelfe und Abhilfemaßnahmen, wie die Möglichkeit, die wichtigsten Parameter von Empfehlungssystemen und Werbeoptionen zu ändern oder zu beeinflussen.

Änderungsantrag 94

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1b) Sehr große Online-Plattformen stellen sicher, dass ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie andere Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zum Zweck der Moderation von Inhalten eingesetzt werden, gemäß Artikel 26 Absatz 2 angewandt und durchgesetzt werden.

Änderungsantrag 95

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten gehen bei der Anwendung und Durchsetzung der in Absatz 1 genannten Beschränkungen sorgfältig, **objektiv** und verhältnismäßig vor und berücksichtigen dabei die Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten **sowie** die geltenden Grundrechte der Nutzer, die in der Charta verankert sind.

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten gehen bei der Anwendung und Durchsetzung der in Absatz 1 genannten Beschränkungen **kohärent, vorhersehbar, diskriminierungsfrei, transparent, sorgfältig, nicht willkürlich** und verhältnismäßig **sowie unter Einhaltung der Verfahrensgarantien** vor und berücksichtigen dabei **gebührend das Unionsrecht und das nationale Recht sowie** die Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten **und** die geltenden Grundrechte der Nutzer, **insbesondere die Meinungs- und Informationsfreiheit**, die in der Charta verankert sind.

Änderungsantrag 96

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Allgemeine Geschäftsbedingungen oder besondere Bestimmungen daraus,

Gemeinschaftsstandards oder sonstige interne Leitlinien oder Instrumente, die von einem Anbieter von Vermittlungsdiensten eingeführt wurden, müssen im Einklang mit Artikel 7a angewandt werden. Die Anbieter von Vermittlungsdiensten stellen sicher, dass ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie andere Strategien, Verfahren, Maßnahmen und Instrumente, die zum Zweck der Inhaltsmoderation eingesetzt werden, so angewandt und durchgesetzt werden, dass jede Entfernung, Aussetzung, Sperrung des Zugangs zu redaktionellen Inhalten und Diensten eines Anbieters redaktioneller Inhalte oder seines Kontos in Bezug auf die von diesem Anbieter redaktioneller Inhalte angebotenen legalen Inhalte oder jeder andere Eingriff in diese Inhalte untersagt ist. Dieser Artikel berührt nicht die Möglichkeit einer unabhängigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde im Einklang mit der Richtlinie 2010/13/EU, den Anbieter redaktioneller Inhalte aufzufordern, einen Verstoß gegen geltendes Unionsrecht oder nationales Recht zu beenden oder zu verhindern. Die Anbieter von Vermittlungsdiensten teilen den Anbietern redaktioneller Inhalte gemäß Artikel 7a im Voraus alle vorgeschlagenen Änderungen ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen und ihrer Parameter oder Algorithmen mit, die sich auf die Organisation, Darstellung und Anzeige der vom Anbieter redaktioneller Inhalte angebotenen Inhalte und Dienste auswirken könnten. Die vorgeschlagenen Änderungen werden nicht vor Ablauf einer Mitteilungsfrist umgesetzt, die der Art und dem Umfang der vorgeschlagenen Änderungen und ihren Auswirkungen auf die Anbieter redaktioneller Inhalte und die von ihnen angebotenen Inhalte und Dienste angemessen und verhältnismäßig ist. Diese Frist beginnt an dem Tag, an dem der Anbieter von Online-Vermittlungsdiensten die Anbieter

redaktioneller Inhalte von den vorgeschlagenen Änderungen in Kenntnis setzt. Die Bereitstellung neuer Inhalte und Dienste durch einen Anbieter redaktioneller Inhalte, der die Vermittlungsdienste nutzt, vor Ablauf der Mitteilungsfrist gilt nicht als abschließende oder bestätigende Maßnahme, da diese Inhalte für die Ausübung der Grundrechte, insbesondere der Meinungs- und Informationsfreiheit, von besonderer Bedeutung sind. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Anbieter redaktioneller Inhalte die Möglichkeit haben, Entscheidungen von Online-Plattformen anzufechten oder Rechtsmittel nach dem nationalen Recht des betreffenden Mitgliedstaats einzulegen.

Änderungsantrag 97

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2b) Einzelpersonen, die Beschränkungen auf der Grundlage der allgemeinen Geschäftsbedingungen von Anbietern von Vermittlungsdiensten durchsetzen, erhalten eine angemessene Erst- und Weiterbildung zu den geltenden Rechtsvorschriften und internationalen Menschenrechtsnormen sowie zu den Maßnahmen, die im Falle eines Konflikts mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen zu ergreifen sind. Diesen Einzelpersonen werden angemessene Arbeitsbedingungen zur Verfügung gestellt, wozu bei Bedarf auch professionelle Hilfe, qualifizierte psychologische Betreuung und qualifizierte Rechtsberatung gehören.

Änderungsantrag 98

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 2 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2c)

Änderungsantrag 99

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 13 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten veröffentlichen mindestens einmal jährlich klare, leicht verständliche und **ausführliche** Berichte über eine Moderation von Inhalten, die sie im betreffenden Zeitraum durchgeführt haben. Diese Berichte enthalten – soweit zutreffend – insbesondere folgende Angaben:

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten veröffentlichen mindestens einmal jährlich klare, leicht verständliche, **ausführliche** und **barrierefreie** Berichte über eine Moderation von Inhalten, die sie im betreffenden Zeitraum durchgeführt haben. Diese Berichte enthalten – soweit zutreffend – insbesondere folgende Angaben:

Änderungsantrag 100

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

a) die Anzahl der von Behörden der Mitgliedstaaten erhaltenen Anordnungen, aufgeschlüsselt nach der Art der betroffenen illegalen Inhalte, einschließlich der gemäß den Artikeln 8 und 9 erlassenen Anordnungen, und die durchschnittliche Dauer bis zur Ergreifung der in diesen Anordnungen geforderten Maßnahmen;

a) die Anzahl der von Behörden der Mitgliedstaaten erhaltenen Anordnungen, **je Mitgliedstaat separat** aufgeschlüsselt nach der Art der betroffenen illegalen Inhalte, einschließlich der gemäß den Artikeln 8 und 9 erlassenen Anordnungen, und die durchschnittliche Dauer bis zur Ergreifung der in diesen Anordnungen geforderten Maßnahmen;

Änderungsantrag 101

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) die Anzahl der nach Artikel 14 gemachten Meldungen, aufgeschlüsselt nach der Art der betroffenen mutmaßlich illegalen Inhalte, alle aufgrund der Meldungen ergriffenen Maßnahmen, unterschieden danach, ob dies auf gesetzlicher Grundlage oder gemäß den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters erfolgt ist, und die durchschnittliche Dauer bis zur Ergreifung der Maßnahmen;

Geänderter Text

b) die Anzahl der nach Artikel 14 gemachten Meldungen, aufgeschlüsselt nach der **Kategorie, einschließlich der** Art der betroffenen mutmaßlich illegalen Inhalte, alle aufgrund der Meldungen ergriffenen Maßnahmen, unterschieden danach, ob dies auf gesetzlicher Grundlage oder gemäß den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters erfolgt ist, und die durchschnittliche Dauer bis zur Ergreifung der Maßnahmen;

Änderungsantrag 102

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe b a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) die Anzahl der Faktenprüfer, der Moderatoren von Inhalten und der vertrauenswürdigen Hinweisgeber, die für jeden Mitgliedstaat Meldungen einreichen, zusammen mit statistischen Analysen zum Einsatz automatisierter Mittel und zur menschlichen Aufsicht über solche Mittel;

Änderungsantrag 103

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe d**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

d) die Anzahl der Beschwerden, die über das in Artikel 17 genannte interne Beschwerdemanagementsystem eingegangen sind, die Grundlage dieser Beschwerden, die zu diesen Beschwerden getroffenen Entscheidungen, die durchschnittliche Entscheidungsdauer und die Anzahl der Fälle, in denen diese Entscheidungen rückgängig gemacht

d) die Anzahl der Beschwerden, die über das in Artikel 17 genannte interne Beschwerdemanagementsystem eingegangen sind, die Grundlage dieser Beschwerden, die zu diesen Beschwerden getroffenen Entscheidungen, die durchschnittliche Entscheidungsdauer und die Anzahl der Fälle, in denen diese Entscheidungen rückgängig gemacht

wurden.

wurden, *einschließlich auf Grundlage der möglichen Rechtsbehelfe rückgängig gemachter Entscheidungen.*

Änderungsantrag 104

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Online-Marktplätze
veröffentlichen mindestens einmal im Jahr öffentlich verfügbare Statistiken zum Anteil an Inhalten, Waren oder Diensten, die den Verbraucherinnen und Verbrauchern von Händlern angeboten werden, sowie zu deren Standort.

Änderungsantrag 105

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Absatz 1 gilt nicht für Anbieter von Vermittlungsdiensten, bei denen es sich um Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt.

(2) Die Absätze 1 und 1a gelten nicht für Anbieter von Vermittlungsdiensten, bei denen es sich um Kleinst- oder Kleinunternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG handelt.

Änderungsantrag 106

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 13a

Rückverfolgbarkeit von Geschäftskunden

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten stellen sicher, dass Geschäftskunden ihre Dienste nur dann nutzen können, um bei Verbrauchern in

der Union für ihre Produkte, ihren Inhalt oder ihre Dienstleistungen zu werben und ihnen diese anzubieten, wenn die Anbieter von Vermittlungsdiensten vor der Nutzung ihrer Dienste folgende Informationen erhalten haben:

- a) Name, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse des Geschäftskunden,*
 - b) eine Kopie des Identitätsdokuments des Geschäftskunden oder eine andere elektronische Identifizierung im Sinne von Artikel 3 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates^{1a},*
 - c) die Kontodaten des Geschäftskunden, wenn es sich bei dem Geschäftskunden um eine natürliche Person handelt,*
 - d) Name, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse des Wirtschaftsakteurs im Sinne des Artikels 3 Nummer 13 und des Artikels 4 der Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates^{1b} oder anderer einschlägiger Rechtsakte der Union,*
 - e) falls der Geschäftskunde in einem Unternehmensregister oder einem ähnlichen öffentlichen Register eingetragen ist, das Register, in dem er eingetragen ist, sowie seine Registrierungsnummer oder eine gleichwertige in dem betreffenden Register verwendete Kennung,*
 - f) eine Erklärung des Geschäftskunden, in der sich dieser verpflichtet, nur Produkte oder Dienstleistungen anzubieten, die den geltenden Vorschriften des Unionsrechts entsprechen.*
- (2) Nach Erhalt dieser Informationen unternimmt der Anbieter von Vermittlungsdiensten angemessene Bemühungen um zu prüfen, ob die in*

Absatz 1 Buchstaben a, d und e genannten Informationen verlässlich sind, indem er frei zugängliche amtliche Online-Datenbanken abfragt oder Online-Schnittstellen nutzt, die von einem Mitgliedstaat oder der Union zur Verfügung gestellt werden, oder indem er vom Geschäftskunden Nachweise aus verlässlichen und unabhängigen Quellen verlangt.

(3) Erhält ein Anbieter von Vermittlungsdiensten Hinweise, einschließlich durch eine Mitteilung von Strafverfolgungsbehörden oder anderen Personen mit berechtigtem Interesse, darauf, dass eine der in Absatz 1 genannten Einzelinformationen, die er von dem betreffenden Geschäftskunden erhalten hat, unrichtig, irreführend oder unvollständig oder anderweitig ungültig ist, fordert er den Geschäftskunden unverzüglich beziehungsweise innerhalb der im Unionsrecht und im nationalen Recht festgelegten Frist auf, die Information insoweit zu berichtigen, als dies erforderlich ist, damit alle Informationen richtig und vollständig sind. Versäumt es der Geschäftskunde, diese Informationen zu berichtigen oder zu vervollständigen, setzt der Anbieter von Vermittlungsdiensten die Erbringung seiner Dienste für den Geschäftskunden aus, bis dieser der Aufforderung nachgekommen ist.

(4) Der Anbieter von Vermittlungsdiensten speichert die nach den Absätzen 1 und 2 erhaltenen Informationen für einen Zeitraum von zwei Jahren nach Beendigung des Vertragsverhältnisses mit dem betreffenden Geschäftskunden auf sichere Weise. Anschließend löscht er die Informationen.

(5) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten wenden die Identifizierungs- und Überprüfungsmaßnahmen nach den

Absätzen 1 und 2 nicht nur in Bezug auf neue Geschäftskunden an, sondern sie aktualisieren auch die ihnen vorliegenden Informationen über bestehende Geschäftskunden auf risikobasierter Grundlage und mindestens einmal jährlich oder wenn sich die relevanten Umstände eines Geschäftskunden ändern.

(6) Unbeschadet des Absatzes 2 geben die Anbieter von Vermittlungsdiensten die Informationen an Dritte weiter, wenn sie nach geltendem Recht, einschließlich der in Artikel 9 genannten Anordnungen und der Anordnungen, die von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten oder der Kommission zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäß dieser Verordnung erlassen werden, dazu verpflichtet sind, sowie aufgrund von Verfahren, die nach anderen einschlägigen Bestimmungen des Unionsrechts oder des nationalen Rechts eingeleitet werden.

(7) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten stellen den Nutzern die in Absatz 1 Buchstaben a, d, e und f genannten Informationen auf klare, leicht zugängliche und verständliche Weise zur Verfügung.

(8) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten gestalten und organisieren ihre Online-Schnittstelle so, dass Geschäftskunden ihren Verpflichtungen in Bezug auf vorvertragliche Informationen und Produktsicherheitsinformationen gemäß dem geltendem Unionsrecht nachkommen können.

(9) Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort legt abschreckende finanzielle Sanktionen für die Nichteinhaltung dieses Artikels fest.

^{1a} Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für

elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 73).

^{1b} Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über Marktüberwachung und die Konformität von Produkten sowie zur Änderung der Richtlinie 2004/42/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 765/2008 und (EU) Nr. 305/2011 (ABl. L 169 vom 25.6.2019, S. 1).

Änderungsantrag 107

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 13b

Angabe der Identität von Unternehmern

Die Anbieter von Vermittlungsdiensten stellen sicher, dass die Identität des Anbieters, der Inhalte, Waren oder Dienstleistungen unter Nutzung der Vermittlungsdienste angeboten, wie die Handelsmarke, das Logo oder andere charakteristische Merkmale, neben den angebotenen Inhalten, Waren oder Dienstleistungen deutlich sichtbar ist.

Änderungsantrag 108

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Die in Absatz 1 genannten Verfahren müssen das Übermitteln hinreichend genauer und angemessen begründeter Meldungen erleichtern, sodass ein sorgfältig handelnder

(2) Die in Absatz 1 genannten Verfahren müssen das Übermitteln hinreichend genauer und angemessen begründeter Meldungen erleichtern, sodass ein sorgfältig handelnder

Wirtschaftsteilnehmer auf ihrer Grundlage die Rechtswidrigkeit der fraglichen Inhalte feststellen kann. Dazu ergreifen die Anbieter die erforderlichen Maßnahmen, um die Übermittlung von Meldungen zu ermöglichen und zu erleichtern, die alle folgenden Elemente enthalten:

Wirtschaftsteilnehmer auf ihrer Grundlage die Rechtswidrigkeit der fraglichen Inhalte feststellen **und beurteilen** kann. Dazu ergreifen die Anbieter die erforderlichen Maßnahmen, um die Übermittlung von Meldungen zu ermöglichen und zu erleichtern, die alle folgenden Elemente enthalten:

Änderungsantrag 109

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) **eine eindeutige Angabe des elektronischen Speicherorts dieser Informationen, insbesondere die präzise(n) URL-Adresse(n), und nötigenfalls weitere Angaben zur Ermittlung der illegalen Inhalte;**

Geänderter Text

b) **ausreichend präzise und hinreichend begründete** Informationen, die **es einen sorgfältigen Wirtschaftsteilnehmer ermöglichen, die illegalen Inhalte mit zumutbarem Aufwand zu erkennen;**

Änderungsantrag 110

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) **Meldungen** mit den in Absatz 2 genannten Angaben bewirken, dass für die Zwecke des Artikels 5 von einer tatsächlichen Kenntnis oder einem Bewusstsein in Bezug auf die betreffende Einzelinformation ausgegangen wird.

Geänderter Text

(3) **Angemessen genaue und begründete Meldungen** mit den in Absatz 2 genannten Angaben bewirken, dass für die Zwecke des Artikels 5 von einer tatsächlichen Kenntnis oder einem Bewusstsein in Bezug auf die betreffende Einzelinformation ausgegangen wird.

Änderungsantrag 111

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Ferner teilt der Anbieter der betreffenden Person oder Einrichtung unverzüglich seine **Entscheidung** in Bezug auf die gemeldeten Informationen mit und weist dabei auf die möglichen Rechtsbehelfe gegen diese **Entscheidung** hin.

Geänderter Text

(5) Ferner teilt der Anbieter der betreffenden Person oder Einrichtung, **deren Inhalt entfernt oder beanstandet wurde**, unverzüglich seine **Maßnahme** in Bezug auf die gemeldeten Informationen mit und weist dabei auf die möglichen Rechtsbehelfe gegen diese **Maßnahme, einschließlich der Möglichkeit zur Stellungnahme**, hin, **es sei denn, dies würde die Verhütung und Verfolgung schwerer Straftaten behindern. Der Anbieter stellt sicher, dass der Entscheidungsprozess überprüft wird und alle endgültigen Maßnahmen von qualifiziertem Personal ergriffen werden.**

Änderungsantrag 112

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 6**

Vorschlag der Kommission

(6) Hosting-Diensteanbieter bearbeiten alle Meldungen, die sie im Rahmen der in Absatz 1 genannten Verfahren erhalten, und entscheiden über die gemeldeten Informationen in zeitnaher, sorgfältiger und objektiver Weise. Wenn sie zu dieser Bearbeitung oder Entscheidungsfindung automatisierte Mittel einsetzen, machen sie in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch Angaben über den Einsatz dieser Mittel.

Geänderter Text

(6) Hosting-Diensteanbieter bearbeiten alle Meldungen, die sie im Rahmen der in Absatz 1 genannten Verfahren erhalten, und entscheiden über die gemeldeten Informationen in zeitnaher, sorgfältiger und objektiver Weise **und im Einklang mit der Verpflichtung nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b, zügig tätig zu werden, um den Zugang zu den illegalen Inhalten zu sperren oder diese zu entfernen. Wurde eine Entscheidung zur Entfernung oder Sperrung von Informationen getroffen, ergreifen die Hosting-Diensteanbieter alle erforderlichen Maßnahmen um zu verhindern, dass derselbe oder gleichwertiger illegaler Inhalt erneut in ihrem Dienst erscheint.** Wenn sie zu dieser Bearbeitung oder Entscheidungsfindung automatisierte Mittel einsetzen, machen sie in ihrer Mitteilung nach Absatz 4 auch Angaben über den Einsatz dieser Mittel.

Änderungsantrag 113

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 6 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6a) Wenn der Hosting-Diensteanbieter beschließt, vom Nutzer bereitgestellte illegale Informationen zu entfernen oder zu sperren, muss er auch das erneute Auftauchen dieser Informationen verhindern. Diese Anordnung kann sich auch auf spezifische Informationen erstrecken, die mit den gemeldeten Informationen identisch sind, oder auf gleichwertige Informationen, die im Vergleich zu den zuvor gemeldeten und entfernten Informationen oder zu den Informationen, zu denen der Zugang gesperrt wurde, im Wesentlichen unverändert bleiben. Die Anwendung dieser Anforderung darf nicht zu einer Pflicht zur allgemeinen Überwachung führen.

Änderungsantrag 114

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 6 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6b) Dieser Artikel gilt nicht für die redaktionellen Inhalte und Dienste, die von einem gemäß Artikel 12 bestimmten Mediendiensteanbieter bereitgestellt werden.

Änderungsantrag 115

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 6 c (neu)

(6c) Eine Entscheidung, die auf der Grundlage einer nach Artikel 14 Absatz 1 übermittelten Mitteilung ergeht, schützt die Rechte und berechtigten Interessen aller Betroffenen, insbesondere ihre in der Charta verankerten Grundrechte, unabhängig von dem Mitgliedstaat, in dem die Betroffenen ansässig oder niedergelassen sind, und von dem betroffenen Rechtsgebiet.

Änderungsantrag 116

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 6 d (neu)

(6d) Der Hosting-Diensteanbieter stellt sicher, dass die Bearbeitung von Meldungen durch qualifizierte Personen vorgenommen wird, die eine angemessene Grundausbildung und laufende Schulungen in Bezug auf die geltenden Rechtsvorschriften und internationalen Menschenrechtsnormen erhalten haben sowie über angemessene Arbeitsbedingungen verfügen, wozu gegebenenfalls auch professionelle Hilfe, qualifizierte psychologische Betreuung und Rechtsberatung gehören.

Änderungsantrag 117

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 1

(1) Entscheidet ein Hosting-Diensteanbieter, eine bestimmte von einem Nutzer bereitgestellte Einzelinformation zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren, so gibt er – ungeachtet der zur Erkennung, Feststellung, Entfernung oder

(1) Entscheidet ein Hosting-Diensteanbieter, eine bestimmte von einem Nutzer bereitgestellte Einzelinformation zu entfernen oder den Zugang dazu zu sperren, so gibt er – ungeachtet der zur Erkennung, Feststellung, Entfernung oder

Sperrung dieser Information verwendeten Mittel und der Gründe seiner Entscheidung – dem Nutzer *spätestens zum Zeitpunkt* der Entfernung oder der Zugangssperrung seine Entscheidung mit einer klaren und spezifischen Begründung bekannt.

Sperrung dieser Information verwendeten Mittel und der Gründe seiner Entscheidung – dem Nutzer *und Melder unverzüglich nach* der Entfernung oder der Zugangssperrung seine Entscheidung mit einer klaren und spezifischen Begründung bekannt.

Änderungsantrag 118

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) gegebenenfalls Angaben über die Verwendung automatisierter Mittel *zur Entscheidungsfindung* und ob die Entscheidung in Bezug auf Inhalte getroffen wurde, die mit automatisierten Mitteln erkannt oder festgestellt wurden;

Geänderter Text

c) gegebenenfalls Angaben über die *mit der Entscheidungsfindung einhergehende* Verwendung automatisierter Mittel und ob die Entscheidung in Bezug auf Inhalte getroffen wurde, die mit automatisierten Mitteln erkannt oder festgestellt wurden;

Änderungsantrag 119

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 15 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 15a

Vertrauenswürdige Hinweisgeber

(1) *Hosting-Diensteanbieter ergreifen die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen, damit bei Meldungen, die von vertrauenswürdigen Hinweisgebern über die in Artikel 14 genannten Mechanismen übermittelt werden, eine vorrangige und unverzügliche Bearbeitung und Entscheidung gewährleistet werden.*

(2) *Der Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers nach dieser Verordnung wird auf Antrag einer Stelle vom Koordinator für digitale Dienste des*

Mitgliedstaats, in dem der Antragsteller niedergelassen ist, zuerkannt, nachdem der Antragsteller nachgewiesen hat, dass er alle folgenden Bedingungen erfüllt:

a) er besitzt besondere Sachkenntnis und Kompetenz in Bezug auf die Erkennung, Feststellung und Meldung illegaler Inhalte;

b) er vertritt kollektive Interessen oder hat ein erhebliches berechtigtes Interesse und verfügt über nachgewiesene Sachkenntnis und Erfahrung bei der Kennzeichnung illegaler Inhalte mit hoher Trefferquote und ist dabei unabhängig von einem Online-Hosting-Diensteanbieter oder einer Online-Plattform;

c) er widmet mindestens einen Teil seiner Tätigkeiten der zeitnahen, sorgfältigen und objektiven Übermittlung von Meldungen.

(3) Die Koordinatoren für digitale Dienste teilen der Kommission und dem Gremium die Namen, Anschriften und E-Mail-Adressen der Stellen mit, denen sie den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers nach Absatz 2 zuerkannt haben.

(4) Die Kommission veröffentlicht die in Absatz 3 genannten Angaben in einer öffentlich zugänglichen Datenbank und hält diese auf dem neuesten Stand.

(5) Verfügt ein Hosting-Diensteanbieter über Informationen, aus denen hervorgeht, dass ein vertrauenswürdiger Hinweisgeber über die in Artikel 14 genannten Mechanismen eine erhebliche Anzahl nicht hinreichend präziser oder unzureichend begründeter Meldungen übermittelt hat, was auch Informationen einschließt, die im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Beschwerden über die in Artikel 17 Absatz 3 genannten internen Beschwerdemanagementsysteme erfasst wurden, übermittelt er dem Koordinator

für digitale Dienste, der der betreffenden Stelle den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, diese Informationen zusammen mit den nötigen Erläuterungen und Nachweisen.

(6) Der Koordinator für digitale Dienste, der einer Stelle den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, widerruft diesen Status, wenn er infolge einer Untersuchung, die er von Amts wegen oder aufgrund von Informationen durchführt, die er von Dritten erhalten hat, auch der von einem Hosting-Diensteanbieter nach Absatz 5 vorgelegten Informationen, feststellt, dass die betreffende Stelle die in Absatz 2 genannten Bedingungen nicht mehr erfüllt. Bevor er diesen Status widerruft, gibt der Koordinator für digitale Dienste der Stelle Gelegenheit, sich zu den Ergebnissen seiner Untersuchung und zu dem beabsichtigten Widerruf des Status der Stelle als vertrauenswürdiger Hinweisgeber zu äußern.

(7) Die Kommission kann nach Konsultation des Gremiums Leitlinien herausgeben, um die Online-Plattformen und die Koordinatoren für digitale Dienste bei der Anwendung der Absätze 5 und 6 zu unterstützen.

Änderungsantrag 120

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Online-Plattformen gewähren den Nutzern während eines Zeitraums von mindestens sechs Monaten nach einer in diesem Absatz genannten Entscheidung Zugang zu einem wirksamen internen Beschwerdemanagementsystem, das eine elektronische und kostenlose Einreichung von Beschwerden gegen folgende

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen gewähren den Nutzern **sowie Personen oder Einrichtungen, die eine Meldung eingereicht haben**, während eines Zeitraums von mindestens sechs Monaten nach einer in diesem Absatz genannten Entscheidung Zugang zu einem wirksamen internen Beschwerdemanagementsystem,

Entscheidungen der Online-Plattform ermöglicht, die damit begründet worden sind, dass die von den Nutzern bereitgestellten Informationen illegale Inhalte darstellen oder mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattform unvereinbar sind:

das eine elektronische und kostenlose Einreichung von Beschwerden gegen folgende Entscheidungen der Online-Plattform ermöglicht, die damit begründet worden sind, dass die von den Nutzern bereitgestellten Informationen illegale Inhalte darstellen oder mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattform unvereinbar sind:

Änderungsantrag 121

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Entscheidungen über die Entfernung der Information oder die Sperrung des Zugangs zu der Information;

Geänderter Text

a) Entscheidungen über die Entfernung, ***Beschränkung oder Herabstufung*** der Information oder die Sperrung des Zugangs zu der Information ***oder die Verhängung anderer Sanktionen gegen die Information***;

Änderungsantrag 122

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) Entscheidungen über die Aussetzung oder Schließung des Kontos des Nutzers.

Geänderter Text

c) Entscheidungen über die Aussetzung oder Schließung des Kontos des Nutzers;

Änderungsantrag 123

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) Entscheidungen, bei Eingang einer Meldung nicht zu handeln.

Änderungsantrag 124

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Online-Plattformen stellen sicher, dass ihre internen Beschwerdemanagementsysteme leicht zugänglich und **benutzerfreundlich** sind **und** die Einreichung hinreichend präziser und angemessen begründeter Beschwerden ermöglichen und erleichtern.

Geänderter Text

(2) Online-Plattformen stellen sicher, dass ihre internen Beschwerdemanagementsysteme leicht zugänglich – **auch für Menschen mit Behinderungen** –, **benutzerfreundlich** und **diskriminierungsfrei** sind **sowie** die Einreichung hinreichend präziser und angemessen begründeter Beschwerden ermöglichen und erleichtern. **Online-Plattformen geben die Verfahrensregeln ihres internen Beschwerdemanagementsystems in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, benutzerfreundlicher und leicht zugänglicher Weise – auch für Menschen mit Behinderungen – an.**

Änderungsantrag 125

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Online-Plattformen stellen sicher, dass die in Absatz 4 genannten Entscheidungen nicht allein mit automatisierten Mitteln getroffen werden.

Geänderter Text

(5) Online-Plattformen stellen sicher, dass die in Absatz 4 genannten Entscheidungen nicht allein mit automatisierten Mitteln getroffen werden, **sondern auch einer angemessenen menschlichen Kontrolle unterliegen und von qualifiziertem Personal überprüft werden, das eine angemessene Erstausbildung und fortlaufende Schulungen in Bezug auf die geltenden Rechtsvorschriften erhält, gegebenenfalls einschließlich professioneller Unterstützung, qualifizierter psychologischer Betreuung und Rechtsberatung.**

Änderungsantrag 126

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 18 – Absatz 1 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Nutzer, die von den in Artikel 17 Absatz 1 genannten Entscheidungen betroffen sind, haben das Recht, zur Beilegung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit diesen Entscheidungen sowie mit Beschwerden, die nicht mit den Mitteln des in dem Artikel genannten internen Beschwerdemanagementsystems gelöst werden konnten, eine gemäß Absatz 2 zugelassene außergerichtliche Streitbeilegungsstelle zu wählen. Online-Plattformen arbeiten nach Treu und Glauben mit der für die Streitbeilegung ausgewählten Stelle zusammen und sind an die Entscheidung dieser Stelle gebunden.

Geänderter Text

Nutzer **sowie Personen oder Einrichtungen, die eine Meldung eingereicht haben und** die von den in Artikel 17 Absatz 1 genannten Entscheidungen betroffen sind, haben das Recht, zur Beilegung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit diesen Entscheidungen sowie mit Beschwerden, die nicht mit den Mitteln des in dem Artikel genannten internen Beschwerdemanagementsystems gelöst werden konnten, eine gemäß Absatz 2 zugelassene außergerichtliche Streitbeilegungsstelle zu wählen. Online-Plattformen arbeiten nach Treu und Glauben mit der für die Streitbeilegung ausgewählten Stelle zusammen und sind an die Entscheidung dieser Stelle gebunden.

Änderungsantrag 127

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 18 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) die Streitbeilegung ist über elektronische Kommunikationsmittel leicht zugänglich;

Geänderter Text

c) die Streitbeilegung ist über elektronische Kommunikationsmittel leicht zugänglich **und barrierefrei zu gestalten**;

Änderungsantrag 128

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 18 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) die Anonymität der an dem Streitbeilegungsverfahren beteiligten Personen kann gewährleistet werden;

Änderungsantrag 129

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 18 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) sie **ist in der Lage, Streitigkeiten rasch, effizient und kostengünstig** in mindestens einer Amtssprache der Union **beizulegen**;

Geänderter Text

d) sie **stellt die rasche, effiziente und kostengünstige Beilegung einer Streitigkeit** in mindestens einer Amtssprache der Union **oder auf Ersuchen des Nutzers zumindest auf Englisch sicher**;

Änderungsantrag 130

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 18 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

e) die Streitbeilegung erfolgt nach klaren und fairen Verfahrensregeln.

Geänderter Text

e) die Streitbeilegung erfolgt nach klaren und fairen Verfahrensregeln, **die leicht und öffentlich zugänglich sind**;

Änderungsantrag 131

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 18 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe e a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ea) sie stellt sicher, dass innerhalb von sieben Tagen ab Eingang der Beschwerde eine vorläufige Entscheidung getroffen wird und dass das Ergebnis der Streitbeilegung innerhalb von 90 Kalendertagen ab dem Datum, an dem die vollständige Beschwerdeakte bei der Stelle eingegangen ist, zur Verfügung gestellt wird.

Änderungsantrag 132

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) sie vertritt kollektive Interessen und ist unabhängig von jeder Online-Plattform;

Geänderter Text

b) sie vertritt kollektive Interessen, **stellt die unabhängige Vertretung öffentlicher Interessen sicher** und ist unabhängig von jeder Online-Plattform;

Änderungsantrag 133

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Die Koordinatoren für digitale Dienste teilen der Kommission und dem Gremium die Namen, Anschriften und E-Mail-Adressen der Stellen mit, denen sie den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers nach Absatz 2 zuerkannt haben.

Geänderter Text

(3) Die Koordinatoren für digitale Dienste teilen der Kommission und dem Gremium die Namen, Anschriften und E-Mail-Adressen der Stellen mit, denen sie den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers nach Absatz 2 zuerkannt haben. **Die Koordinatoren für digitale Dienste pflegen einen regelmäßigen Dialog mit Plattformen und Rechteinhabern, um die Genauigkeit und Wirksamkeit des Systems vertrauenswürdiger Hinweisgeber aufrechtzuerhalten.**

Änderungsantrag 134

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 19 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Hat eine Online-Plattform Informationen, aus denen hervorgeht, dass ein vertrauenswürdiger Hinweisgeber über die in Artikel 14 genannten Mechanismen eine erhebliche Anzahl nicht hinreichend präziser oder unzureichend begründeter Meldungen übermittelt hat, was auch Informationen einschließt, die im Zusammenhang mit der Bearbeitung von

Geänderter Text

(5) Hat eine Online-Plattform Informationen, aus denen hervorgeht, dass ein vertrauenswürdiger Hinweisgeber über die in Artikel 14 genannten Mechanismen eine erhebliche Anzahl **falscher**, nicht hinreichend präziser oder unzureichend begründeter Meldungen **oder Meldungen zu legalem Inhalt** übermittelt hat, was auch Informationen einschließt, die im

Beschwerden über die in Artikel 17 Absatz 3 genannten internen Beschwerdemanagementsysteme erfasst wurden, so übermittelt sie dem Koordinator für digitale Dienste, der der betreffenden Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, diese Informationen zusammen mit den nötigen Erläuterungen und Nachweisen.

Zusammenhang mit der Bearbeitung von Beschwerden über die in Artikel 17 Absatz 3 genannten internen Beschwerdemanagementsysteme erfasst wurden, so übermittelt sie dem Koordinator für digitale Dienste, der der betreffenden Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, diese Informationen zusammen mit den nötigen Erläuterungen und Nachweisen ***und unterrichtet das Gremium und andere Koordinatoren für digitale Dienste entsprechend.***

Änderungsantrag 135

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 19 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

(6) Der Koordinator für digitale Dienste, der einer Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, widerruft diesen Status, wenn er infolge einer Untersuchung, die er von Amts wegen oder aufgrund von Informationen durchführt, die er von Dritten erhalten hat, auch der von einer Online-Plattform nach Absatz 5 vorgelegten Informationen, feststellt, dass die betreffende Stelle die in Absatz 2 genannten Bedingungen nicht mehr erfüllt. Bevor er diesen Status widerruft, gibt der Koordinator für digitale Dienste der Stelle Gelegenheit, sich zu den Ergebnissen seiner Untersuchung und zu dem beabsichtigten Widerruf des Status der Stelle als vertrauenswürdiger Hinweisgeber zu äußern.

Geänderter Text

(6) Der Koordinator für digitale Dienste, der einer Stelle den Status des vertrauenswürdigen Hinweisgebers zuerkannt hat, widerruft diesen Status, wenn er infolge einer Untersuchung, die er von Amts wegen oder aufgrund von Informationen durchführt, die er von Dritten erhalten hat, auch der von einer Online-Plattform nach Absatz 5 vorgelegten Informationen, feststellt, dass die betreffende Stelle die in Absatz 2 genannten Bedingungen nicht mehr erfüllt. Bevor er diesen Status widerruft, gibt der Koordinator für digitale Dienste der Stelle Gelegenheit, sich zu den Ergebnissen seiner Untersuchung und zu dem beabsichtigten Widerruf des Status der Stelle als vertrauenswürdiger Hinweisgeber zu äußern. ***Bevor er diesen Status widerruft, unterrichtet der Koordinator für digitale Dienste das Gremium und andere Koordinatoren für digitale Dienste von der Widerrufsentscheidung.***

Änderungsantrag 136
Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Online-Plattformen setzen die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die häufig und offensichtlich illegale Inhalte bereitstellen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung aus.

Geänderter Text

(1) Online-Plattformen setzen die Erbringung ihrer Dienste für Nutzer, die häufig und offensichtlich illegale Inhalte bereitstellen **oder verbreiten**, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung aus **oder legen ihnen andere Beschränkungen auf. Im Falle einer wiederholten Aussetzung stellen die Hosting-Diansteanbieter die Erbringung ihrer Dienste ein und führen Mechanismen ein, die eine erneute Registrierung von Nutzern, die häufig illegale Inhalte bereitstellen oder verbreiten, verhindern.**

Änderungsantrag 137

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 20 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Online-Plattformen **setzen** die Bearbeitung von Meldungen und Beschwerden, die über die in den Artikeln 14 und 17 genannten Melde- und Abhilfeverfahren **bzw.** interne Beschwerdemanagementsysteme von Personen oder Stellen oder von Beschwerdeführern eingehen, die **häufig offensichtlich unbegründete** Meldungen oder Beschwerden einreichen, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung **aus**.

Geänderter Text

(2) Online-Plattformen **können** die Bearbeitung von Meldungen und Beschwerden, die über die in den Artikeln 14, 17 und 18 genannten Melde- und Abhilfeverfahren, interne Beschwerdemanagementsysteme **bzw.** **Stellen für außergerichtliche Streitbeilegung** von Personen oder Stellen oder von Beschwerdeführern eingehen, die **wiederholt** Meldungen oder Beschwerden einreichen **oder Streitbeilegungsverfahren einleiten, die offensichtlich unbegründet sind**, für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung **aussetzen**.

Änderungsantrag 138

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 20 – Absatz 3 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die absolute Anzahl der **offensichtlich** illegalen Inhalte oder der **offensichtlich** unbegründeten Meldungen oder Beschwerden, die im vergangenen Jahr bereitgestellt bzw. eingereicht wurden;

Geänderter Text

a) die absolute Anzahl der illegalen Inhalte oder der unbegründeten Meldungen oder Beschwerden, die im vergangenen Jahr bereitgestellt bzw. eingereicht wurden;

Änderungsantrag 139

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 20 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Online-Plattformen legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen klar und ausführlich ihre Regeln für den Umgang mit dem in den Absätzen 1 und 2 genannten Missbrauch dar, auch bezüglich der Tatsachen und Umstände, die sie bei der Beurteilung, ob ein bestimmtes Verhalten einen Missbrauch darstellt, berücksichtigen, und der Dauer der Aussetzung.

Geänderter Text

(4) Online-Plattformen legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen klar und ausführlich **und unter gebührender Berücksichtigung ihrer Verpflichtungen nach Artikel 12 Absatz 2 in Bezug auf die geltenden Grundrechte des Nutzers, die in der Charta verankert sind**, ihre Regeln für den Umgang mit dem in den Absätzen 1 und 2 genannten Missbrauch dar, auch bezüglich der Tatsachen und Umstände, die sie bei der Beurteilung, ob ein bestimmtes Verhalten einen Missbrauch darstellt, berücksichtigen, und der Dauer der Aussetzung **oder anderer Einschränkungen der Dienste für Nutzer**.

Änderungsantrag 140

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 23 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Anzahl der Aussetzungen nach Artikel 20, wobei zwischen Aussetzungen wegen **offensichtlich** illegaler Inhalte, wegen Übermittlung **offensichtlich**

Geänderter Text

b) Anzahl der Aussetzungen **oder anderer Einschränkungen der Dienste** nach Artikel 20, wobei zwischen Aussetzungen wegen illegaler Inhalte,

unbegründeter Meldungen und wegen Einreichung ***offensichtlich*** unbegründeter Beschwerden zu unterscheiden ist;

wegen Übermittlung unbegründeter Meldungen und wegen Einreichung unbegründeter Beschwerden zu unterscheiden ist ***und diese getrennt nach den angegebenen Mitteln, d. h. außergerichtliche Streitigkeiten, Melde- und Abhilfeverfahren oder Anordnungen von Justiz- oder Verwaltungsbehörden, dargestellt werden;***

Änderungsantrag 141

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 23 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) etwaige Verwendung automatisierter Mittel zur Moderation von Inhalten, mit Angabe der genauen Zwecke, mit Indikatoren für die Genauigkeit der automatisierten Mittel bei der Erfüllung dieser Zwecke und mit angewandten Schutzvorkehrungen.

Geänderter Text

c) etwaige Verwendung automatisierter Mittel zur Moderation von Inhalten, mit Angabe der genauen Zwecke, mit Indikatoren für die Genauigkeit der automatisierten Mittel bei der Erfüllung dieser Zwecke und mit angewandten Schutzvorkehrungen, ***einschließlich menschlicher Aufsicht und getroffener Entscheidungen.***

Änderungsantrag 142

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz -1 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, barrierefreier und leicht verständlicher Weise die wichtigsten Parameter dar, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, sowie alle Optionen, die sie den Nutzern zur Verfügung stellen, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, darunter mindestens eine Option, die nicht auf

Änderungsantrag 143

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz -1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Stehen mehrere Optionen nach Absatz 1 zur Verfügung, stellen sehr große Online-Plattformen auf ihrer Online-Schnittstelle eine leicht zugängliche Funktion bereit, die es dem Nutzer ermöglicht, jederzeit für jedes Empfehlungssystem, das die relative Reihenfolge der ihm angezeigten Informationen bestimmt, seine bevorzugte Option auszuwählen und zu ändern.

Änderungsantrag 144

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) die natürliche oder juristische Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird,

b) die natürliche oder juristische Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird, **und die Werbeagentur oder der Herausgeber, die bzw. der die Werbung steuert, einschließlich der Kriterien, die von den Ad-Tech-Plattformdiensten verwendet werden, wie z. B. Preisbildungsmechanismen, Werbeauktionen und deren Gewichtung sowie von Ad-Exchanges erhobene Gebühren, und der Identität der natürlichen oder juristischen Personen, die für das möglicherweise automatisierte System zuständig sind;**

Änderungsantrag 145

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) aussagekräftige Informationen über die **wichtigsten** Parameter zur Bestimmung der Nutzer, denen die Werbung angezeigt wird.

Geänderter Text

c) aussagekräftige Informationen über die Parameter zur Bestimmung der Nutzer, denen die Werbung angezeigt wird, **einschließlich der Art, wie die Informationen durch algorithmische Empfehlungen auf den Online-Schnittstellen der Nutzer eingestuft und priorisiert werden, auf einfach verständliche Weise;**

Änderungsantrag 146

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen Nutzer nicht standardmäßig zum Subjekt gezielter, mikrogezielter und verhaltensbezogener Werbung, es sei denn, der Nutzer hat über Opt-in ausdrücklich eine Einwilligung erteilt.

Änderungsantrag 147

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Im Hinblick auf die in den Buchstaben b und c genannten Anforderungen müssen die Anbieter von Online-Werbemittlern die Übermittlung der bei ihnen vorhandenen Informationen an die Nutzer sicherstellen.

Änderungsantrag 148

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 24 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 24a

Zusätzliche Sorgfaltspflichten für Online-Marktplätze

Online-Marktplätze treffen angemessene Vorkehrungen, wie regelmäßige Stichprobenkontrollen der auf ihren Plattformen verfügbaren Produkte und Dienste, um zu ermitteln, welche Produkte und Dienste nicht mit dem Unionsrecht oder dem nationalen Recht im Einklang stehen, und ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um dagegen verstoßende Unternehmer teilweise oder vollständig auszuschließen.

Änderungsantrag 149

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen ermitteln, analysieren und bewerten ab dem in Artikel 25 Absatz 4 Unterabsatz 2 genannten Anwendungsbeginn und danach mindestens einmal jährlich alle erheblichen systemischen Risiken, die sich aus dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste in der Union ergeben. Diese Risikobewertung erfolgt spezifisch für ihre Dienste und umfasst die folgenden systemischen Risiken:

(1) Sehr große Online-Plattformen ermitteln, analysieren und bewerten ab dem in Artikel 25 Absatz 4 Unterabsatz 2 genannten Anwendungsbeginn und danach mindestens einmal jährlich alle erheblichen systemischen Risiken, die sich aus dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste in der Union ergeben, ***und übermitteln der zuständigen nationalen Behörde des Mitgliedstaates, in dem ihr Rechtsvertreter niedergelassen ist, einen Bericht über diese Risikobewertung.*** Diese Risikobewertung erfolgt spezifisch für ihre Dienste und umfasst die folgenden systemischen Risiken:

Änderungsantrag 150

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Verbreitung illegaler Inhalte über ihre Dienste;

Geänderter Text

a) Verbreitung **und Verstärkung** illegaler Inhalte über ihre Dienste;

Änderungsantrag 151

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) etwaige nachteilige Auswirkungen auf die Ausübung der Grundrechte auf Achtung des Privat- und Familienlebens, auf die Meinungs- und Informationsfreiheit, auf das Diskriminierungsverbot und auf die Rechte des Kindes, die in **den Artikeln 7, 11, 21 und 24** der Charta verankert sind;

Geänderter Text

b) etwaige nachteilige Auswirkungen auf die Ausübung der Grundrechte, **auch auf Achtung der Würde des Menschen sowie** des Privat- und Familienlebens, auf die Meinungs- und Informationsfreiheit, **einschließlich der Freiheit und Pluralität der Medien, der Freiheit der Kunst und der Wissenschaft und des Rechts auf Bildung**, auf das Diskriminierungsverbot und auf die Rechte des Kindes, die in der Charta verankert sind;

Änderungsantrag 152

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) **vorsätzliche Manipulationen ihres Dienstes, auch durch unauthentische Nutzung oder automatisierte Ausnutzung des Dienstes, mit tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen** Auswirkungen auf den Schutz der öffentlichen Gesundheit, auf Minderjährige und auf die gesellschaftliche Debatte oder tatsächlichen oder vorhersehbaren Auswirkungen auf Wahlprozesse und die öffentliche Sicherheit.

Geänderter Text

c) **etwaige nachteilige** Auswirkungen auf den Schutz der öffentlichen Gesundheit, auf Minderjährige und auf die gesellschaftliche Debatte oder tatsächlichen oder vorhersehbaren Auswirkungen auf Wahlprozesse und die öffentliche Sicherheit.

Änderungsantrag 153

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Bei der Durchführung der Risikobewertung berücksichtigen sehr große Online-Plattformen insbesondere, wie ihre Systeme zur Moderation von Inhalten, ihre Empfehlungssysteme und ihre Systeme zur Auswahl und Anzeige von Werbung die in Absatz 1 genannten **systemischen** Risiken beeinflussen, sowie die Möglichkeit der raschen und weiten Verbreitung von illegalen Inhalten und von Informationen, die mit ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen unvereinbar sind.

Geänderter Text

(2) Bei der Durchführung der Risikobewertung berücksichtigen sehr große Online-Plattformen insbesondere, wie ihre Systeme zur Moderation von Inhalten, ihre Empfehlungssysteme und ihre Systeme zur Auswahl und Anzeige von Werbung die in Absatz 1 genannten Risiken beeinflussen, sowie die Möglichkeit der raschen und weiten Verbreitung von illegalen Inhalten und von Informationen, die mit ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen unvereinbar sind.
Sehr große Online-Plattformen stellen sicher, dass ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie andere Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zum Zweck der Moderation von Inhalten eingesetzt werden, so angewandt und durchgesetzt werden, dass eine Entfernung, vorübergehende oder endgültige Sperrung des Zugangs zu redaktionellen Inhalten und Diensten vom Konto eines anerkannten Mediendiensteanbieters im Sinne von Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie (EU) 2018/1808 oder jegliche sonstige Beeinträchtigung dieser Inhalte und Dienste untersagt ist.

Änderungsantrag 154

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame

Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen **systemischen** Risiken zugeschnitten sind. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu können gegebenenfalls gehören:

Änderungsantrag 155

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) gezielte Maßnahmen zur Beschränkung der Anzeige von Werbung in Verbindung mit dem von ihnen erbrachten Dienst;

Geänderter Text

b) gezielte Maßnahmen zur Beschränkung der Anzeige von Werbung in Verbindung mit dem von ihnen erbrachten Dienst, **mit denen die Bereitstellung von Desinformation, die Monetarisierung von Falschmeldungen, die Reichweite von Werbung und Werbung, die gemäß Artikel 26 ein Risiko darstellt, eingeschränkt werden;**

Änderungsantrag 156

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe d a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

da) die Aufnahme oder Anpassung der Zusammenarbeit mit Mediendiensteanbietern;

Änderungsantrag 157

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Die Plattform entscheidet selbst über die zu wählenden Maßnahmen.

Änderungsantrag 158

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Ermittlung und Bewertung der auffälligsten wiederkehrenden **systemischen** Risiken, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

Geänderter Text

a) Ermittlung und Bewertung der auffälligsten wiederkehrenden Risiken, die von sehr großen Online-Plattformen gemeldet oder über andere Informationsquellen, insbesondere aus den gemäß Artikel 31 und 33 bereitgestellten Informationen, ermittelt wurden;

Änderungsantrag 159

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Die Kommission **kann** in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste **allgemeine** Leitlinien für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere Risiken **herausgeben**, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu empfehlen, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. Im Hinblick auf die Ausarbeitung dieser Leitlinien führt die Kommission öffentliche Konsultationen durch.

Geänderter Text

(3) Die Kommission **gibt** in Zusammenarbeit mit den Koordinatoren für digitale Dienste Leitlinien für die Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf besondere Risiken **heraus**, um insbesondere bewährte Verfahren vorzustellen und mögliche Maßnahmen zu empfehlen, wobei sie die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend berücksichtigt. Im Hinblick auf die Ausarbeitung dieser Leitlinien führt die Kommission öffentliche Konsultationen durch.

Änderungsantrag 160

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 28 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens **einmal** jährlich auf

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen werden mindestens **zweimal** jährlich auf

eigene Kosten einer Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung folgender Pflichten und Verpflichtungszusagen bewertet wird:

eigene Kosten einer Prüfung unterzogen, bei der die Einhaltung folgender Pflichten und Verpflichtungszusagen bewertet wird:

Änderungsantrag 161

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 29 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) **Sehr große** Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen in klarer, **barrierefreier** und leicht verständlicher Weise die wichtigsten Parameter **dar**, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, **sowie alle** Optionen, die **sie den Nutzern** zur Verfügung **stellen**, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, darunter **mindestens eine Option**, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/679 beruht.

Geänderter Text

(1) **Die Parameter, die in Empfehlungssystemen verwendet werden, müssen so eingestellt werden, dass sie eine mögliche Verzerrung reduzieren, nicht diskriminierend sind und angepasst werden können.** Online-Plattformen, die Empfehlungssysteme verwenden, legen **gesondert** in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen **und auf einer dafür vorgesehenen, leicht zugänglichen Webseite** in klarer, **zugänglicher** und **für alle** leicht verständlicher Weise die **Informationen über die Rolle und die Funktionsweise von Empfehlungssystemen und die wichtigsten Parameter, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, dar und bieten den Nutzern die Kontrolle über die Optionen, die ihnen zur Verfügung stehen**, damit diese die wichtigsten Parameter ändern oder beeinflussen können, darunter **auch Optionen**, die nicht auf Profiling im Sinne des Artikels 4 Nummer 4 der Verordnung (EU) 2016/679 **beruhen. Die Online-Plattformen stellen sicher, dass die für den Nutzer standardmäßig aktivierte Option nicht auf Profiling beruht.**

Zusätzlich zu den in Unterabsatz 1 dieses Absatzes genannten Verpflichtungen können sehr große Online-Plattformen den Nutzern die Möglichkeit bieten, Empfehlungssysteme von Drittanbietern zu nutzen, sofern diese verfügbar sind. In diesen Fällen wird den Drittanbietern der Zugang zu denselben Betriebssystemen

und Hardware- oder Softwarefunktionen angeboten, die bei der Bereitstellung der eigenen Empfehlungssysteme durch die Plattform verfügbar sind oder verwendet werden. Jede Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit diesen Aktivitäten muss mit der Verordnung (EU) 2016/679, insbesondere Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a und Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c, im Einklang stehen.

Änderungsantrag 162

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 29 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Stehen mehrere Optionen nach Absatz 1 zur Verfügung, so stellen sehr große Online-Plattformen auf ihrer Online-Schnittstelle eine leicht zugängliche Funktion bereit, die es dem Nutzer ermöglicht, jederzeit für jedes Empfehlungssystem, das die relative Reihenfolge der ihm angezeigten Informationen bestimmt, seine bevorzugte Option auszuwählen und zu ändern.

Geänderter Text

(2) Stehen mehrere Optionen nach Absatz 1 zur Verfügung, so stellen sehr große Online-Plattformen auf ihrer Online-Schnittstelle eine leicht ***und deutlich*** zugängliche Funktion bereit, die es dem Nutzer ermöglicht, jederzeit für jedes Empfehlungssystem, das die relative Reihenfolge der ihm angezeigten Informationen bestimmt, seine bevorzugte Option auszuwählen und zu ändern. ***Wenn ein Nutzer ein Konto anlegt, müssen die Einstellungen für Empfehlungssysteme die Standardeinstellungen sein, die nicht auf Profiling beruhen, und der Nutzer muss auf leicht verständliche Weise die Möglichkeit haben, die wichtigsten Parameter für Empfehlungssysteme festzulegen.***

Änderungsantrag 163

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 29 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die sehr großen Online-Plattformen stellen sicher, dass ihre

Online-Schnittstelle so gestaltet ist, dass die Nutzer nicht in die Irre geführt oder manipuliert werden.

Änderungsantrag 164

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 30 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, stellen die in Absatz 2 genannten Angaben in einem Archiv zusammen und machen diese über Anwendungsprogrammierschnittstellen ein Jahr lang nach der letzten Anzeige der Werbung auf ihren Online-Schnittstellen öffentlich zugänglich. Sie stellen sicher, dass das Archiv keine personenbezogenen Daten der Nutzer enthält, denen die Werbung angezeigt wurde oder hätte angezeigt werden können.

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Werbung auf ihren Online-Schnittstellen anzeigen, stellen die in Absatz 2 genannten Angaben in einem ***durchsuchbaren, leicht zugänglichen und funktionellen*** Archiv zusammen und machen diese über Anwendungsprogrammierschnittstellen ein Jahr lang nach der letzten Anzeige der Werbung auf ihren Online-Schnittstellen öffentlich zugänglich. Sie stellen sicher, dass das Archiv keine personenbezogenen Daten der Nutzer enthält, denen die Werbung angezeigt wurde oder hätte angezeigt werden können.

Änderungsantrag 165

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) die natürliche oder juristische Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird,

Geänderter Text

b) die natürliche oder juristische Person, in deren Namen die Werbung angezeigt wird, ***und die natürliche oder juristische Person, die die Werbung finanziert,***

Änderungsantrag 166

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

d) ob die Werbung gezielt einer oder mehreren bestimmten Gruppen von Nutzern angezeigt werden sollte, und falls ja, welche Hauptparameter zu diesem Zweck verwendet wurden,

d) ob die Werbung gezielt einer oder mehreren bestimmten Gruppen von Nutzern angezeigt **oder vor ihnen verborgen** werden sollte, und falls ja, welche Hauptparameter zu diesem Zweck verwendet wurden,

Änderungsantrag 167

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

e) die Gesamtzahl der erreichten Nutzer und gegebenenfalls aggregierte Zahlen für die Gruppe oder Gruppen von Nutzern, an die die Werbung gezielt gerichtet war.

Geänderter Text

e) die Gesamtzahl der erreichten Nutzer und gegebenenfalls aggregierte Zahlen für die Gruppe oder Gruppen von Nutzern, an die die Werbung gezielt gerichtet war,

Änderungsantrag 168

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 30 – Absatz 2 – Buchstabe e a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ea) die Angabe, ob die Werbung gekennzeichnet, moderiert oder gesperrt wurde.

Änderungsantrag 169

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen gewähren dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission auf deren begründetes Verlangen **innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist** Zugang zu **den** Daten, die für die Überwachung und Bewertung der Einhaltung dieser

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen gewähren dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission auf deren begründetes Verlangen **unverzüglich uneingeschränkten** Zugang zu **allen verfügbaren und relevanten** Daten, die für die Überwachung und Bewertung der

Verordnung erforderlich sind. Dieser Koordinator für digitale Dienste und die Kommission verwenden diese Daten ausschließlich für diese Zwecke.

Einhaltung dieser Verordnung erforderlich sind. Dieser Koordinator für digitale Dienste und die Kommission verwenden diese Daten ausschließlich für diese Zwecke.

Änderungsantrag 170

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Sehr große Online-Plattformen **gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung und zum Verständnis systemischer Risiken gemäß Artikel 26 Absatz 1 beitragen.**

Geänderter Text

(2) ***In Bezug auf Moderations- und Empfehlungssysteme gewähren sehr große Online-Plattformen dem Koordinator für digitale Dienste oder der Kommission oder beiden auf Anfrage Zugang zu Algorithmen, indem sie den entsprechenden Quellcode und die zugehörigen Daten zur Verfügung stellen, die die Erkennung möglicher Verzerrungen ermöglichen. Wird eine Verzerrung festgestellt, sollten sehr große Online-Plattformen diese nach Aufforderung durch den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission zügig korrigieren. Wird eine Verzerrung festgestellt, müssen sehr große Online-Plattformen diese nach Aufforderung durch den Koordinator für digitale Dienste oder die Kommission zügig korrigieren. Sehr große Online-Plattformen müssen in der Lage sein, die Einhaltung der in diesem Artikel festgelegten Anforderungen in jeder Phase des Prozesses nachzuweisen.***

Änderungsantrag 171

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) ***Um zugelassen zu werden, müssen***

Geänderter Text

entfällt

die Forscher mit akademischen Einrichtungen verbunden sein, unabhängig von gewerblichen Interessen sein, nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

Änderungsantrag 172

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen Daten gemäß **den Absätzen 1 und 2** zur Verfügung stellen müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe an **zugelassene Forscher** im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen der sehr großen Online-Plattformen und der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von vertraulichen Informationen, insbesondere von Geschäftsgeheimnissen, und der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Dienstes.

Änderungsantrag 173

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 6

Geänderter Text

(5) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen Daten gemäß **Absatz 1** zur Verfügung stellen müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe an **den Koordinator für digitale Dienste oder die Kommission** im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen der sehr großen Online-Plattformen und der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von vertraulichen Informationen, insbesondere von Geschäftsgeheimnissen, und der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Dienstes.

- (6) Innerhalb von 15 Tagen nach Eingang eines Verlangens gemäß den Absätzen 1 und 2 kann eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort bzw. die Kommission ersuchen, das Verlangen zu ändern, wenn sie sich aus einem der beiden folgenden Gründe außerstande sieht, Zugang zu den angeforderten Daten zu gewähren:**
- a) sie hat keinen Zugriff auf die Daten;**
- b) die Gewährung des Zugangs zu den Daten wird zu erheblichen Schwachstellen bei der Sicherheit ihres Dienstes oder beim Schutz vertraulicher Informationen, insbesondere von Geschäftsgeheimnissen, führen.**

Änderungsantrag 174

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 7

- (7) Änderungsanträge nach Absatz 6 Buchstabe b müssen Vorschläge für ein oder mehrere Alternativen enthalten, wie der Zugang zu den angeforderten Daten oder zu anderen Daten gewährt werden kann, die für die Zwecke des Verlangens angemessen und ausreichend sind.**
- Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission entscheidet innerhalb von 15 Tagen über den Änderungsantrag und teilt der sehr großen Online-Plattform den betreffenden Beschluss sowie gegebenenfalls das geänderte Verlangen mit der neuen Frist für dessen Erfüllung mit.**

Änderungsantrag 175

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 31a

(1) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung und zum Verständnis systemischer Risiken gemäß Artikel 26 Absatz 1 beitragen.

(2) Um zugelassen zu werden, müssen die Forscher mit akademischen Einrichtungen, den Medien, der Zivilgesellschaft oder internationalen Organisationen, die das öffentliche Interesse vertreten, verbunden sein, unabhängig von gewerblichen Interessen sein, nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

(3) Den Zugang zu Daten gemäß den Absätzen 1 und 2 gewähren sehr große Online-Plattformen über Online-Datenbanken oder über Anwendungsprogrammierschnittstellen.

(4) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums delegierte Rechtsakte zur Festlegung der technischen Bedingungen, unter denen sehr große Online-Plattformen Daten

gemäß den Absätzen 1 und 2 zur Verfügung stellen müssen, und der Zwecke, für die die Daten verwendet werden dürfen. In diesen delegierten Rechtsakten werden die besonderen Bedingungen festgelegt, unter denen eine solche Datenweitergabe an zugelassene Forscher im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 erfolgen darf, wobei die Rechte und Interessen der sehr großen Online-Plattformen und der Nutzer zu berücksichtigen sind, einschließlich des Schutzes von vertraulichen Informationen, insbesondere von Geschäftsgeheimnissen, und der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Dienstes.

(5) Innerhalb von 15 Tagen nach Eingang eines Verlangens gemäß den Absätzen 1 und 2 kann eine sehr große Online-Plattform den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort bzw. die Kommission auffordern, das Verlangen zu ändern, wenn sie sich aus einem der beiden folgenden Gründe außerstande sieht, Zugang zu den von den zugelassenen Forschern angeforderten Daten zu gewähren:

a) sie hat keinen Zugriff auf die Daten;

b) die Gewährung des Zugangs zu den Daten würde zu einer erheblichen Gefährdung der Sicherheit ihres Dienstes oder des Schutzes vertraulicher Informationen, insbesondere von Geschäftsgeheimnissen, führen. Dies gilt in Ausnahmefällen, wenn es durch eine Verpflichtung gemäß Artikel 18 der Richtlinie (EU) 2020/0359 und Artikel 32 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) 2016/679 gerechtfertigt ist.

(6) Verlangen einer Änderung nach Absatz 5 Buchstabe b müssen Vorschläge für ein oder mehrere Alternativen enthalten, wie der Zugang zu den angeforderten Daten oder zu anderen Daten gewährt werden kann, die für die

Zwecke des Verlangens angemessen und ausreichend sind.

Der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission entscheidet innerhalb von 15 Tagen über das Verlangen einer Änderung und teilt der sehr großen Online-Plattform den betreffenden Beschluss sowie gegebenenfalls das geänderte Verlangen mit der neuen Frist für dessen Erfüllung mit.

Änderungsantrag 176

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 32 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen benennen einen oder mehrere Compliance-Beauftragte, die für die Überwachung der Einhaltung dieser Verordnung durch die Plattform zuständig sind.

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen benennen **für jeden Mitgliedstaat in dessen Amtssprache** einen oder mehrere Compliance-Beauftragte, die für die Überwachung der Einhaltung dieser Verordnung durch die Plattform zuständig sind.

Änderungsantrag 177

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 33 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen veröffentlichen innerhalb von sechs Monaten nach dem in Artikel 25 Absatz 4 genannten Anwendungsbeginn und danach alle sechs Monate die in Artikel 13 genannten Berichte.

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen veröffentlichen innerhalb von sechs Monaten nach dem in Artikel 25 Absatz 4 genannten Anwendungsbeginn und danach alle sechs Monate die in Artikel 13 genannten Berichte. **Die Berichte enthalten nach Mitgliedstaat aufgeschlüsselte Informationen und liefern Angaben zur Personalausstattung und zu den technischen Ressourcen, die für jede Amtssprache der Union zum Zweck der Moderation von Inhalten**

zugewiesen wurden.

Änderungsantrag 178

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 33 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 33a

Barrierefreiheitsanforderungen

(1) Sehr große Online-Plattformen, die Dienste in der Union anbieten, stellen sicher, dass sie ihre Dienste im Einklang mit den Anforderungen an die Barrierefreiheit gemäß Anhang I Abschnitte III, IV, VI und VII der Richtlinie (EU) 2019/882 gestalten und erbringen.

(2) Sehr große Online-Plattformen erstellen die erforderlichen Informationen gemäß Anhang V der Richtlinie (EU) 2019/882 und erläutern, wie die Dienste die geltenden Anforderungen an die Barrierefreiheit erfüllen. Diese Informationen werden der Allgemeinheit in schriftlicher und mündlicher Form bereitgestellt, auch in einer für Menschen mit Behinderungen zugänglichen Form. Die Anbieter von Vermittlungsdiensten bewahren die Informationen so lange auf, wie die Dienste angeboten werden.

(3) Sehr große Online-Plattformen stellen sicher, dass Informationen und gemäß Artikel 10, Artikel 12 Absatz 1, Artikel 13 Absatz 1, Artikel 14 Absätze 1 und 5, Artikel 15 Absätze 3 und 4, Artikel 17 Absätze 1, 2 und 4, Artikel 23 Absatz 2, Artikel 24, Artikel 29 Absätze 1 und 2, Artikel 30 Absatz 1 und Artikel 33 Absatz 1 bereitgestellte Maßnahmen so zur Verfügung gestellt werden, dass sie leicht auffindbar und für Menschen mit Behinderung zugänglich sind.

(4) Sehr große Online-Plattformen,

die Dienste in der Union anbieten, stellen sicher, dass Verfahren vorhanden sind, damit die Erbringung von Diensten auch in Zukunft in Übereinstimmung mit den geltenden Anforderungen an die Barrierefreiheit erfolgt.

(5) Bei Nichtübereinstimmung ergreifen die Anbieter von Vermittlungsdiensten die erforderlichen Korrekturmaßnahmen, um die Übereinstimmung des Dienstes mit den geltenden Anforderungen an die Barrierefreiheit herzustellen, und informieren unverzüglich den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder eine andere zuständige nationale Behörde der Mitgliedstaaten, in denen der Dienst niedergelassen ist.

(6) Sehr große Online-Plattformen arbeiten auf begründeten Antrag mit der zuständigen Behörde oder dem Koordinator für digitale Dienste zusammen und übermitteln alle erforderlichen Informationen, um die Übereinstimmung des Dienstes mit den geltenden Anforderungen an die Barrierefreiheit zu belegen.

(7) Bei sehr großen Online-Plattformen wird von der Übereinstimmung mit den Barrierefreiheitsanforderungen dieser Verordnung ausgegangen, wenn eine Übereinstimmung mit den harmonisierten Normen oder Teilen davon, zu denen die Bezugsdokumente im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht wurden, gegeben ist.

(8) Bei sehr großen Online-Plattformen, die den für die Richtlinie (EU) 2019/882 angenommenen technischen Spezifikationen oder Teilen davon entsprechen, wird insofern von einer Übereinstimmung mit den Barrierefreiheitsanforderungen dieser Verordnung ausgegangen, als sich diese technischen Spezifikationen oder Teile

davon auf diese Anforderungen erstrecken.

(9) Sehr große Online-Plattformen erstatten den Koordinatoren für digitale Dienste oder anderen zuständigen Behörden mindestens einmal jährlich Bericht über ihre Verpflichtung zur Gewährleistung der Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderung gemäß dieser Verordnung.

(10) Zusätzlich zu den in Artikel 44 Absatz 2 genannten Informationen müssen die Tätigkeitsberichte der Koordinatoren für digitale Dienste Maßnahmen gemäß Artikel 10 enthalten.

Änderungsantrag 179

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission und das Gremium **fördern und erleichtern** die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

Geänderter Text

(1) Die Kommission und das Gremium **verlangen** die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene **an und koordinieren diese**, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

Änderungsantrag 180

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Treten **erhebliche systemische**

Geänderter Text

(2) Treten Risiken im Sinne von

Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, **kann** die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und gegebenenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Beteiligte **auffordern**, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, **fordert** die Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und gegebenenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft, **das Europäische Parlament** und andere Beteiligte **auf**, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Änderungsantrag 181

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Bei der Umsetzung der Absätze 1 und 2 setzen sich die Kommission und das Gremium dafür ein, dass in den Verhaltenskodizes die damit verfolgten Ziele klar dargelegt werden und wesentliche Leistungsindikatoren enthalten sind, um die Verwirklichung dieser Ziele zu messen, und dass die Kodizes den Bedürfnissen und Interessen aller Beteiligten, einschließlich der Bürger, auf Unionsebene gebührend Rechnung tragen. Darüber hinaus bemühen sich die Kommission und das Gremium, dass die Beteiligten der Kommission und ihren jeweiligen Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort regelmäßig über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse Bericht erstatten, gemessen anhand der wesentlichen Leistungsindikatoren in den Kodizes.

Geänderter Text

(3) Bei der Umsetzung der Absätze 1 und 2 setzen sich die Kommission und das Gremium dafür ein, dass in den Verhaltenskodizes die damit verfolgten Ziele klar dargelegt werden und **überprüfbare** wesentliche Leistungsindikatoren enthalten sind, um die Verwirklichung dieser Ziele zu messen, und **über ein unabhängiges Begleit- und Kontrollsystem verfügen, sowie** dass die Kodizes den Bedürfnissen und Interessen aller Beteiligten, einschließlich der Bürger, auf Unionsebene gebührend Rechnung tragen. Darüber hinaus bemühen sich die Kommission und das Gremium, dass die Beteiligten der Kommission und ihren jeweiligen Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort regelmäßig **und nach Treu und Glauben** über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse Bericht erstatten, gemessen

anhand der wesentlichen
Leistungsindikatoren in den Kodizes.

Änderungsantrag 182

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die Kommission und das Gremium bewerten, ob die Verhaltenskodizes den in den Absätzen 1 und 3 genannten Zielen entsprechen, und überwachen und bewerten regelmäßig die Erreichung der damit verfolgten Ziele. Sie veröffentlichen ihre Schlussfolgerungen.

Geänderter Text

(4) Die Kommission und das Gremium bewerten, ob die Verhaltenskodizes den in den Absätzen 1 und 3 genannten Zielen entsprechen, und überwachen und bewerten regelmäßig die Erreichung der damit verfolgten Ziele. Sie veröffentlichen ihre Schlussfolgerungen ***und fordern die beteiligten Organisationen auf, ihre Verhaltenskodizes entsprechend zu ändern.***

Änderungsantrag 183

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 37 – Absatz 2 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) hervorgehobene Darstellung von Informationen über die Krisensituation, die von den Behörden der Mitgliedstaaten oder auf Unionsebene bereitgestellt werden;

Geänderter Text

a) hervorgehobene Darstellung von Informationen über die Krisensituation, die von den Behörden der Mitgliedstaaten oder auf Unionsebene bereitgestellt werden ***und auch für Menschen mit Behinderung zugänglich sind;***

Änderungsantrag 184

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 37 – Absatz 4 – Buchstabe f a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fa) Maßnahmen zur Gewährleistung der Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung während der Umsetzung der Krisenprotokolle, auch durch

Änderungsantrag 185

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 39 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ihre Koordinatoren für digitale Dienste ihre Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung unparteiisch, transparent und zeitnah erfüllen. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass ihren Koordinatoren für digitale Dienste angemessene technische, finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stehen, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können.

Geänderter Text

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ihre Koordinatoren für digitale Dienste ihre Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung unparteiisch, transparent und zeitnah erfüllen. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass ihren Koordinatoren für digitale Dienste angemessene technische, finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stehen, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können. ***Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ihre Koordinatoren für digitale Dienste rechtlich von der Regierung getrennt und funktionell unabhängig von ihren jeweiligen Regierungen und anderen öffentlichen oder privaten Einrichtungen sind.***

Änderungsantrag 186

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 39 – Absatz 2**

Vorschlag der Kommission

(2) Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Befugnisse gemäß dieser Verordnung handeln die Koordinatoren für digitale Dienste völlig unabhängig. Sie arbeiten frei von äußeren Einflüssen und dürfen weder direkt noch indirekt Weisungen von ***anderen*** Behörden oder privaten Stellen einholen oder entgegennehmen.

Geänderter Text

(2) Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Befugnisse gemäß dieser Verordnung handeln die Koordinatoren für digitale Dienste völlig unabhängig. Sie arbeiten frei von äußeren Einflüssen und dürfen weder direkt noch indirekt Weisungen von Behörden oder privaten Stellen einholen oder entgegennehmen.

Änderungsantrag 187

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 43 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Die Nutzer haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter.

Geänderter Text

Die Nutzer ***sowie andere Parteien, die ein berechtigtes Interesse haben und die einschlägigen Kriterien hinsichtlich Sachkenntnis und Unabhängigkeit von etwaigen Anbietern von Vermittlungsdiensten erfüllen***, haben das Recht, beim Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats, in dem der Nutzer ansässig oder niedergelassen ist, Beschwerde gegen Anbieter von Vermittlungsdiensten wegen einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung einzulegen. Der Koordinator für digitale Dienste prüft die Beschwerde und leitet sie gegebenenfalls an den Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort weiter. Fällt die Beschwerde in die Zuständigkeit einer anderen zuständigen Behörde in seinem Mitgliedstaat, leitet der Koordinator für digitale Dienste, der die Beschwerde erhält, sie an diese Behörde weiter.

Änderungsantrag 188

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 7 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(7a) Die Mitgliedstaaten führen beschleunigte Verfahren ein, nach denen eine von einem Gericht oder einer zuständigen Verwaltungsbehörde in einem anderen Mitgliedstaat gegen einen Anbieter von Vermittlungsdiensten, dessen Dienste zur Verbreitung illegaler Inhalte genutzt werden, erlassene Anordnung als Grundlage für eine gerichtliche oder verwaltungsrechtliche Anordnung in dem Mitgliedstaat gegen

*ähnliche Anbieter von
Vermittlungsdiensten, deren Dienste zur
Verbreitung derselben illegalen Inhalte
genutzt werden, verwendet werden kann.
Die nationalen Koordinatoren für digitale
Dienste veröffentlichen die
Entscheidungen der Justiz- oder
Verwaltungsbehörden, die ihnen von
anderen Koordinatoren für digitale
Dienste gemäß Artikel 8 dieser
Verordnung übermittelt wurden.*

Änderungsantrag 189

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 46 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

*(2a) Stellen mindestens drei
Koordinatoren für digitale Dienste oder
das Gremium bei ein und demselben
Anbieter ein gemeinsames
Zu widerhandlungsmuster in Bezug auf
Anordnungen nach den Artikeln 8 und 9
fest, können sie die Kommission
unabhängig von der Größe der Online-
Plattform ersuchen, ein Verfahren im
Hinblick auf den möglichen Erlass von
Entscheidungen nach den Artikeln 58
und 59 dieser Verordnung einzuleiten.
Ein solcher Antrag muss die in Artikel 45
Absatz 2 Buchstaben a und c
aufgeführten Informationen sowie alle
relevanten Informationen im
Zusammenhang mit den nach Artikel 8
oder 9 erlassenen Anordnungen und der
Nichteinhaltung dieser Anordnungen
enthalten.*

Änderungsantrag 190

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 48 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Das Gremium setzt sich aus den Koordinatoren für digitale Dienste zusammen, die durch hochrangige Beamte vertreten werden. Sofern dies im nationalen Recht vorgesehen ist, beteiligen sich neben dem Koordinator für digitale Dienste auch andere zuständige Behörden, die mit spezifischen operativen Zuständigkeiten für die Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung betraut sind, an der Arbeit des Gremiums. Weitere nationale Behörden können zu den Sitzungen eingeladen werden, wenn die erörterten Fragen für sie von Belang sind.

(1) Das Gremium setzt sich aus den Koordinatoren für digitale Dienste zusammen, die durch hochrangige Beamte vertreten werden. Sofern dies im nationalen Recht vorgesehen ist, beteiligen sich neben dem Koordinator für digitale Dienste auch andere zuständige Behörden, die mit spezifischen operativen Zuständigkeiten für die Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung betraut sind, ***insbesondere Vertreter europäischer Regulierungsnetzwerke unabhängiger nationaler Regulierungsbehörden und/oder -stellen***, an der Arbeit des Gremiums. Weitere nationale Behörden können zu den Sitzungen eingeladen werden, wenn die erörterten Fragen für sie von Belang sind.

Änderungsantrag 191

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 50 – Absatz 1 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission

Besteht Grund zu der Annahme, dass eine sehr große Online-Plattform gegen eine dieser Bestimmungen verstoßen hat, kann die Kommission von Amts wegen bzw. das Gremium auf eigene Initiative oder auf Aufforderung von mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort empfehlen, die mutmaßliche Zuwiderhandlung zu untersuchen, damit dieser Koordinator für digitale Dienste ***innerhalb einer angemessenen Frist*** eine diesbezügliche Entscheidung trifft.

Geänderter Text

Besteht Grund zu der Annahme, dass eine sehr große Online-Plattform gegen eine dieser Bestimmungen verstoßen hat, kann die Kommission von Amts wegen bzw. das Gremium auf eigene Initiative oder auf Aufforderung von mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort empfehlen, die mutmaßliche Zuwiderhandlung zu untersuchen, damit dieser Koordinator für digitale Dienste ***unverzüglich*** eine diesbezügliche Entscheidung trifft.

Änderungsantrag 192

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 50 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Bei der Mitteilung der in Absatz 1 Unterabsatz 1 genannten Entscheidung an die betreffende sehr große Online-Plattform fordert der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort diese auf, innerhalb eines Monats nach der Entscheidung einen Aktionsplan zu erstellen, in dem dargelegt wird, wie diese Plattform die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen gedenkt, und dem Koordinator für digitale Dienste, der Kommission und dem Gremium zu übermitteln. Die im Aktionsplan vorgesehenen Maßnahmen **können** gegebenenfalls die Beteiligung an einem Verhaltenskodex gemäß Artikel 35 **umfassen**.

Geänderter Text

(2) Bei der Mitteilung der in Absatz 1 Unterabsatz 1 genannten Entscheidung an die betreffende sehr große Online-Plattform fordert der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort diese auf, innerhalb eines Monats nach der Entscheidung einen Aktionsplan zu erstellen, in dem dargelegt wird, wie diese Plattform die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen gedenkt, und dem Koordinator für digitale Dienste, der Kommission und dem Gremium zu übermitteln. Die im Aktionsplan vorgesehenen Maßnahmen **umfassen** gegebenenfalls die Beteiligung an einem Verhaltenskodex gemäß Artikel 35.

Änderungsantrag 193

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 50 – Absatz 3 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission

Hat der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort Bedenken, ob die Maßnahmen geeignet sind, die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen, so **kann** er die betreffende sehr große Online-Plattform **auffordern**, sich einer zusätzlichen, unabhängigen Prüfung zur Bewertung der Wirksamkeit dieser Maßnahmen zu unterziehen. In diesem Fall übermittelt die Plattform dem Koordinator für digitale Dienste, der Kommission und dem Gremium innerhalb von **vier** Monaten nach dem im Unterabsatz 1 genannten Beschluss den Prüfbericht. Bei der Aufforderung zu einer solchen zusätzlichen Prüfung kann der Koordinator für digitale Dienste eine bestimmte auf der Grundlage der in Artikel 28 Absatz 2 genannten Kriterien ausgewählte Prüfstelle benennen, die die

Geänderter Text

Hat der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort Bedenken, ob die Maßnahmen geeignet sind, die Zuwiderhandlung zu beenden oder Abhilfe zu schaffen, so **fordert** er die betreffende sehr große Online-Plattform **auf**, sich einer zusätzlichen, unabhängigen Prüfung zur Bewertung der Wirksamkeit dieser Maßnahmen zu unterziehen. In diesem Fall übermittelt die Plattform dem Koordinator für digitale Dienste, der Kommission und dem Gremium innerhalb von **zwei** Monaten nach dem im Unterabsatz 1 genannten Beschluss den Prüfbericht. Bei der Aufforderung zu einer solchen zusätzlichen Prüfung kann der Koordinator für digitale Dienste eine bestimmte auf der Grundlage der in Artikel 28 Absatz 2 genannten Kriterien ausgewählte Prüfstelle benennen, die die Prüfung auf Kosten der

Prüfung auf Kosten der betreffenden
Plattform durchführen soll.

betreffenden Plattform durchführen soll.

VERFAHREN DES MITBERATENDEN AUSSCHUSSES

Titel	Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und Änderung der Richtlinie 2000/31/EG
Bezugsdokumente – Verfahrensnummer	COM(2020)0825 – C9-0418/2020 – 2020/0361(COD)
Federführender Ausschuss Datum der Bekanntgabe im Plenum	IMCO 8.2.2021
Stellungnahme von Datum der Bekanntgabe im Plenum	CULT 8.2.2021
Verfasser(in) der Stellungnahme Datum der Benennung	Sabine Verheyen 20.1.2021
Prüfung im Ausschuss	13.7.2021
Datum der Annahme	27.9.2021
Ergebnis der Schlussabstimmung	+ : 23 - : 2 0 : 4
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Asim Ademov, Ilana Cicurel, Gilbert Collard, Gianantonio Da Re, Laurence Farreng, Tomasz Frankowski, Romeo Franz, Chiara Gemma, Alexis Georgoulis, Irena Joveva, Petra Kammerevert, Predrag Fred Matic, Dace Melbārde, Victor Negrescu, Niklas Nienäß, Peter Pollák, Marcos Ros Sempere, Domènec Ruiz Devesa, Monica Semedo, Andrey Slabakov, Massimiliano Smeriglio, Michaela Šojdrová, Sabine Verheyen, Maria Walsh, Theodoros Zagorakis, Milan Zver
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Marcel Kolaja, Elżbieta Kruk
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 209 Abs. 7)	Evelyne Gebhardt

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

23	+
ECR	Elzbieta Kruk, Dace Melbārde, Andrey Slabakov
NI	Chiara Gemma
PPE	Asim Ademov, Tomasz Frankowski, Peter Pollák, Michaela Šojdrová, Sabine Verheyen, Maria Walsh, Theodoros Zagorakis, Milan Zver
Renew	Ilana Cicurel, Laurence Farreng, Monica Semedo
S&D	Evelyne Gebhardt, Petra Kammerevert, Predrag Fred Matić, Victor Negrescu, Marcos Ros Sempere, Domènec Ruiz Devesa, Massimiliano Smeriglio
The Left	Alexis Georgoulis

2	-
Verts/ALE	Romeo Franz, Marcel Kolaja

4	0
ID	Gilbert Collard, Gianantonio Da Re
Renew	Irena Joveva
Verts/ALE	Niklas Nienab

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung

13.10.2021

STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR DIE RECHTE DER FRAUEN UND DIE GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER

für den Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG
(COM(2020)0825 – C9-0418/2020 – 2020/0361(COD))

Verfasserin der Stellungnahme: Jadwiga Wiśniewska

KURZE BEGRÜNDUNG

Das Internet gewinnt in unserem Alltag zunehmend an Bedeutung. Es hilft uns auf vielfältige Weise, eröffnet aber auch neue Möglichkeiten des Missbrauchs gegenüber den Nutzern, sowohl durch andere Nutzer als auch durch Online-Plattformen, die eine wichtige Rolle bei der Zusammenführung von Menschen spielen. Durch die Covid-19-Pandemie wurden beide Trends noch vertieft, den positiven der Nutzung der Online-Umgebung zur Erleichterung unserer Arbeit und unseres Alltags und den negativen der zunehmenden Online-Gewalt und der Nutzung des Internets zur Begehung schwerer Straftaten, wie Menschenhandel oder Kindesmissbrauch.

Frauen sind von diesen negativen Trends besonders betroffen. Dies führt zu sehr negativen Folgen auf persönlicher (psychische Gesundheit), sozialer (fehlende vollständige digitale Inklusion) und wirtschaftlicher (ungenutztes Potenzial) Ebene. Frauen werden häufig davon abgehalten, digitale Lösungen in vollem Umfang zu nutzen, was insbesondere für Frauen in der Politik und anderen äußerst öffentlichkeitswirksamen Berufen gilt. Darüber hinaus werden Online-Tools immer häufiger für schwere Verbrechen wie Menschenhandel genutzt, bei dem die meisten Opfer Frauen oder Kinder sind.

Der Vorschlag der Kommission zum Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) enthält bereits eine Reihe nützlicher Lösungen. Darin wird zu Recht zwischen sehr großen Online-Plattformen, die enorme Auswirkungen auf Millionen von Menschen haben, und anderen Diensteanbietern, die ersteren mehr Verpflichtungen auferlegen, unterschieden. In dem Vorschlag werden einige besondere Schutzbedürfnisse von Frauen nicht berücksichtigt; daher wird vorgeschlagen, insbesondere in den Erwägungsgründen des Vorschlags mehr Gewicht auf ihre Situation zu legen. Für sehr große Online-Plattformen wird vorgeschlagen, dass diese nicht nur verpflichtet sind, ihre Algorithmen den Nutzern offenzulegen, sondern sie auch regelmäßig überprüfen müssen, um negative Auswirkungen

auf die Nutzer so gering wie möglich zu halten. Diese negativen Auswirkungen können auch als Verstärkung von Problemen verstanden werden, mit denen sie konfrontiert sind, wie Depressionen oder Suchtverhalten. Sehr große Online-Plattformen sollten verpflichtet werden, zu versuchen, sie nicht den Inhalten auszusetzen, die zu einer Verschärfung ihrer Probleme führen könnten. Eine Überwachung ihrer Maßnahmen sollte auch von den Mitgliedsstaaten unter Berücksichtigung ihres soziokulturellen Kontextes und ihrer jeweiligen Gesetze verstärkt werden.

Dennoch gibt es auch einige Bedenken hinsichtlich der Meinungsfreiheit. Die Regulierung des Online-Umfelds muss immer gegen den wichtigen Wert abgewogen werden, den Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Meinung zu äußern. Und obwohl diese Freiheit nicht absolut ist und nicht missbraucht werden kann, ist eine sorgfältige Abwägung beider Werte notwendig, um zu guten Lösungen zu kommen. Daher werden nur wenige Änderungen am Kommissionsvorschlag vorgeschlagen, um negative Auswirkungen auf die Meinungsfreiheit zu vermeiden.

ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter ersucht den federführenden Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, folgende Änderungsanträge zu berücksichtigen:

Änderungsantrag 1

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 2

Vorschlag der Kommission

(2) **Die** Mitgliedstaaten **führen** zunehmend nationale Rechtsvorschriften zu den von dieser Verordnung abgedeckten Angelegenheiten **ein**, oder ziehen dies in Erwägung, und schaffen damit insbesondere Sorgfaltspflichten für Anbieter von Vermittlungsdiensten. Unter Berücksichtigung des von Natur aus grenzüberschreitenden Charakters des Internets, das im Allgemeinen für die Bereitstellung dieser Dienste verwendet wird, beeinträchtigen diese unterschiedlichen nationalen Rechtsvorschriften den Binnenmarkt, der gemäß Artikel 26 des Vertrags ein Raum ohne Binnengrenzen ist, in dem der freie Verkehr von Waren und Dienstleistungen sowie die Niederlassungsfreiheit gewährleistet sind. Die Bedingungen für die Erbringung von Vermittlungsdiensten im gesamten Binnenmarkt sollten harmonisiert werden, um Unternehmen Zugang zu neuen Märkten und Chancen zur Nutzung der Vorteile des Binnenmarkts zu verschaffen und gleichzeitig den Verbrauchern und anderen Nutzern eine größere Auswahl zu bieten.

Geänderter Text

(2) **Bisher setzt die Politik auf freiwillige Zusammenarbeit, um diesen Risiken und Herausforderungen zu begegnen. Da sich dieser Ansatz als unzureichend erwiesen hat und es an harmonisierten Vorschriften auf Unionsebene mangelt, haben die** Mitgliedstaaten zunehmend nationale Rechtsvorschriften zu den von dieser Verordnung abgedeckten Angelegenheiten **eingeführt**, oder ziehen dies in Erwägung, und schaffen damit insbesondere Sorgfaltspflichten für Anbieter von Vermittlungsdiensten. Unter Berücksichtigung des von Natur aus grenzüberschreitenden Charakters des Internets, das im Allgemeinen für die Bereitstellung dieser Dienste verwendet wird, beeinträchtigen diese unterschiedlichen nationalen Rechtsvorschriften den Binnenmarkt, der gemäß Artikel 26 des Vertrags ein Raum ohne Binnengrenzen ist, in dem der freie Verkehr von Waren und Dienstleistungen sowie die Niederlassungsfreiheit gewährleistet sind. Die Bedingungen für die Erbringung von Vermittlungsdiensten im gesamten Binnenmarkt sollten harmonisiert werden, um Unternehmen Zugang zu neuen Märkten und Chancen zur Nutzung der Vorteile des Binnenmarkts zu verschaffen und gleichzeitig den

Verbrauchern und anderen Nutzern eine größere Auswahl zu bieten.

Änderungsantrag 2

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 3

Vorschlag der Kommission

(3) Damit das Online-Umfeld sicher, berechenbar und vertrauenswürdig ist und sowohl Bürgerinnen und **-bürger** der Union als auch andere Personen die ihnen in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) garantierten Grundrechte ausüben können, insbesondere das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit, auf unternehmerische Freiheit und auf Nichtdiskriminierung, ist unbedingt ein verantwortungsvolles und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von Vermittlungsdiensten erforderlich.

Geänderter Text

(3) Damit das Online-Umfeld sicher, berechenbar und vertrauenswürdig ist und sowohl Bürgerinnen und **Bürger** der Union als auch andere Personen die ihnen in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) garantierten Grundrechte ausüben können, insbesondere das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit, auf unternehmerische Freiheit und auf **Gleichstellung der Geschlechter und** Nichtdiskriminierung, ist unbedingt ein verantwortungsvolles und sorgfältiges Verhalten der Anbieter von Vermittlungsdiensten erforderlich. **Damit diese Rechte wahrgenommen werden können, muss die Online-Welt ein sicherer Raum sein, insbesondere für Frauen und Mädchen, in dem alle sich frei bewegen können. Daher sind Maßnahmen zum Schutz vor und zur Prävention von Phänomenen wie Online-Gewalt, Cyberstalking, Belästigung, Hassreden und Ausbeutung von Frauen und Mädchen unerlässlich.**

Änderungsantrag 3

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Die Gleichstellung der Geschlechter ist einer der Grundwerte der Union (Artikel 2 und Artikel 3 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union

(EUV)). Diese Ziele sind zudem in Artikel 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (die „Charta“) verankert. Gemäß Artikel 8 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union hat die Union die Aufgabe, bei allen ihren Tätigkeiten und Maßnahmen darauf hinzuwirken, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern. Um die Rechte von Frauen zu schützen und geschlechtsspezifische Online-Gewalt zu bekämpfen, sollte das Recht auf Gleichstellung der Geschlechter geachtet und das Prinzip des Gender Mainstreaming in allen Politikbereichen der Union angewandt werden, einschließlich der Regulierung der Funktionsweise des Binnenmarktes und seiner digitalen Dienste.

Änderungsantrag 4

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 3 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3b) Kinder, insbesondere Mädchen, haben besondere Rechte, die in Artikel 24 der Charta und im Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes verankert sind. Daher sollte das Wohl des Kindes in allen Angelegenheiten, die es betreffen, eine vorrangige Erwägung sein. In der Allgemeinen Bemerkung Nr. 25 des Ausschusses der Vereinten Nationen für die Rechte des Kindes zu den Rechten des Kindes in Bezug auf das digitale Umfeld ist förmlich niedergelegt, wie diese Rechte in der digitalen Welt anwendbar sind:

Änderungsantrag 5

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 5

Vorschlag der Kommission

(5) Diese Verordnung sollte für die Anbieter bestimmter Dienste der Informationsgesellschaft im Sinne der Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates²⁶ gelten, also für jede in der Regel gegen Entgelt elektronisch im Fernabsatz und im individuellen Auftrag eines Nutzers erbrachte Dienstleistung. Im Einzelnen sollte diese Verordnung für die Anbieter von Vermittlungsdiensten gelten, insbesondere für Anbieter einer „reinen Durchleitung“, von „Caching-Leistungen“ und von „Hosting-Diensten“, da die Nutzung dieser Dienste – hauptsächlich zu verschiedensten berechtigten und gesellschaftlich vorteilhaften Zwecken – exponentiell angestiegen ist und sie dadurch auch bei der Vermittlung und Verbreitung rechtswidriger oder anderweitig schädlicher Informationen und Tätigkeiten eine immer wichtigere Rolle spielen.

²⁶ Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein

Geänderter Text

(5) Diese Verordnung sollte für die Anbieter bestimmter Dienste der Informationsgesellschaft im Sinne der Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates²⁶ gelten, also für jede in der Regel gegen Entgelt elektronisch im Fernabsatz und im individuellen Auftrag eines Nutzers erbrachte Dienstleistung. Im Einzelnen sollte diese Verordnung für die Anbieter von Vermittlungsdiensten gelten, insbesondere für Anbieter einer „reinen Durchleitung“, von „Caching-Leistungen“ und von „Hosting-Diensten“, da die Nutzung dieser Dienste – hauptsächlich zu verschiedensten berechtigten und gesellschaftlich vorteilhaften Zwecken – exponentiell angestiegen ist und sie dadurch auch bei der Vermittlung und Verbreitung rechtswidriger oder anderweitig schädlicher Informationen und Tätigkeiten eine immer wichtigere Rolle spielen. ***Da Online-Plattformen zu unserem Alltag gehören und seit der Pandemie nicht mehr wegzudenken sind, hat auch die Verbreitung illegaler und schädlicher Inhalte - z. B. Material über sexuellen Kindesmissbrauch, sexuelle Belästigung im Internet, unrechtmäßiges, nicht einvernehmliches Teilen privater Bilder und Videos sowie Cybergewalt - dramatisch zugenommen. Die Gewährleistung eines sicheren Raums im Internet setzt gezielte Maßnahmen gegen alle Phänomene voraus, die unser soziales Leben negativ beeinflussen, unter anderem durch einen erwarteten Vorschlag, wie mit schädlichen, aber nicht illegalen Online-Inhalten umgegangen werden soll.***

²⁶ Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein

Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1).

Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1).

Änderungsantrag 6

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 9

Vorschlag der Kommission

(9) Diese Verordnung sollte die Vorschriften, die sich aus anderen Rechtsakten der Union zur Regelung bestimmter Aspekte der Bereitstellung von Vermittlungsdiensten ergeben, ergänzen, deren Anwendung jedoch unberührt lassen; dies gilt insbesondere für die Richtlinie 2000/31/EG, mit Ausnahme der mit dieser Verordnung eingeführten Änderungen, die Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in ihrer geänderten Fassung²⁸ **und die vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte, genauer die Verordnung (EU) .../... des Europäischen Parlaments und des Rates²⁹.** Diese Verordnung berührt daher nicht diese anderen Rechtsakte, die in Bezug auf den in dieser Verordnung festgelegten allgemein anwendbaren Rahmen als *lex specialis* gelten. Die Vorschriften dieser Verordnung gelten jedoch für Fragen, die von den genannten anderen Rechtsakten nicht oder nicht vollständig behandelt werden, und Fragen, in denen diese anderen Rechtsakte den Mitgliedstaaten die Möglichkeit lassen, bestimmte Maßnahmen auf nationaler Ebene zu ergreifen.

²⁸ Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter

Geänderter Text

(9) Diese Verordnung sollte die Vorschriften, die sich aus anderen Rechtsakten der Union zur Regelung bestimmter Aspekte der Bereitstellung von Vermittlungsdiensten ergeben, ergänzen, deren Anwendung jedoch unberührt lassen; dies gilt insbesondere für die Richtlinie 2000/31/EG, mit Ausnahme der mit dieser Verordnung eingeführten Änderungen, die Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in ihrer geänderten Fassung²⁸, die **Verordnung (EU) 2021/784 des Europäischen Parlaments und des Rates²⁹ und die Verordnung 2021/1232 des Europäischen Parlaments und des Rates^{29a}.** Diese Verordnung berührt daher nicht diese anderen Rechtsakte, die in Bezug auf den in dieser Verordnung festgelegten allgemein anwendbaren Rahmen als *lex specialis* gelten. Die Vorschriften dieser Verordnung gelten jedoch für Fragen, die von den genannten anderen Rechtsakten nicht oder nicht vollständig behandelt werden, und Fragen, in denen diese anderen Rechtsakte den Mitgliedstaaten die Möglichkeit lassen, bestimmte Maßnahmen auf nationaler Ebene zu ergreifen.

²⁸ Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter

Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) (Text von Bedeutung für den EWR) (ABl. L 95 vom 15.4.2010, S. 1).

²⁹ Verordnung (EU) .../... des Europäischen Parlaments und des Rates – **vorgeschlagene Verordnung** zur **Verhinderung** der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte.

Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) (Text von Bedeutung für den EWR) (ABl. L 95 vom 15.4.2010, S. 1).

²⁹ Verordnung (EU) **2021/784** des Europäischen Parlaments und des Rates **vom 29. April 2021 zur Bekämpfung der Verbreitung** terroristischer Online-Inhalte (ABl. L 172 vom 17.5.2021, S. 79).

^{29a} **Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juli 2021 über eine vorübergehende Ausnahme von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2002/58/EG hinsichtlich der Verwendung von Technologien durch Anbieter nummernunabhängiger interpersoneller Kommunikationsdienste zur Verarbeitung personenbezogener und anderer Daten zwecks Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet (Abl. L 274 vom 30.7.2021, S. 41).**

Änderungsantrag 7

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 12

Vorschlag der Kommission

(12) Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte die Definition des Begriffs „illegale Inhalte“ für die Zwecke dieser Verordnung weit gefasst werden; **er umfasst** auch Informationen im Zusammenhang mit illegalen Inhalten, Produkten, Dienstleistungen oder Tätigkeiten. Insbesondere sollte der Begriff so ausgelegt werden, dass er sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale Hassrede, terroristische Inhalte

Geänderter Text

(12) Um das Ziel zu erreichen, ein sicheres, berechenbares, **zugängliches (auch für Menschen mit Behinderungen)** und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu gewährleisten, sollte die Definition des Begriffs „illegale Inhalte“ für die Zwecke dieser Verordnung weit gefasst werden, **um den allgemeinen Gedanken zu untermauern, dass alles, was offline illegal ist, auch online illegal sein sollte. Das Konzept sollte** auch Informationen im Zusammenhang mit illegalen Inhalten, Produkten, Dienstleistungen oder Tätigkeiten **umfassen**. Insbesondere sollte der Begriff so ausgelegt werden, dass er

oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängen, etwa der Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, dem Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, der nicht genehmigten Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht. In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung sich aus dem Unionsrecht oder aus mit dem Unionsrecht im Einklang stehendem nationalem Recht ergibt, um welche Art von Rechtsvorschriften es geht und was diese zum Gegenstand haben.

sich auf Informationen unabhängig von ihrer Form bezieht, die nach geltendem Recht entweder an sich rechtswidrig sind, etwa illegale Hassrede, **Kinderpornografie**, terroristische Inhalte oder rechtswidrige diskriminierende Inhalte, oder mit rechtswidrigen Handlungen zusammenhängen, etwa **Menschenhandel, Online-Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Zwangsverheiratung**, der Weitergabe von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder **und Videos** ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, **Doxing, Mobbing, Sextortion, Grooming von Jugendlichen, der sexuellen Belästigung im Internet und anderer Formen geschlechtsbezogener Gewalt**, dem Verkauf nicht konformer oder gefälschter Produkte, der nicht genehmigten Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials und Handlungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Verbraucherschutzrecht. In dieser Hinsicht ist es unerheblich, ob die Rechtswidrigkeit der Information oder der Handlung sich aus dem Unionsrecht oder aus mit dem Unionsrecht im Einklang stehendem nationalem Recht ergibt, um welche Art von Rechtsvorschriften es geht und was diese zum Gegenstand haben.

Änderungsantrag 8

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 12 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(12a) Da es keine allgemein akzeptierte Definition für die Anerkennung von Cybergewalt und Hassreden gegen Frauen im Internet gibt, ist es dringend notwendig, eine gemeinsame Definition für die verschiedenen Formen von Gewalt und Hassreden gegen Frauen und sexuelle Minderheiten im Internet zu definieren und zu verabschieden, die als

Grundlage für die Gesetzgebung dienen würde.

Änderungsantrag 9

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 12 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(12b) Der Zugang zum Internet wird schnell zu einer Notwendigkeit für das wirtschaftliche Wohlergehen; daher muss unbedingt dafür gesorgt werden, dass dieser digitale öffentliche Raum für alle, auch für Frauen und Mädchen, ein sicherer und positiver Ort ist. Online-Gewalt ist ein Phänomen, das im Interesse der Sicherheit aller Nutzer angegangen werden muss, wobei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen und anderen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte. Sie verursacht nicht nur psychische Schäden und körperliches Leid, sondern hält die Opfer auch von der digitalen Teilhabe am politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben ab und betrifft Frauen und Mädchen in unverhältnismäßig hohem Maße. Es zeigt sich, dass Frauen im Durchschnitt stärker der Online-Gewalt ausgesetzt sind als Männer, insbesondere Frauen, die politisch oder anderweitig öffentlichkeitswirksam tätig sind. Aus Untersuchungen der Weltgesundheitsorganisation geht hervor, dass jede dritte Frau in ihrem Leben eine Form von Gewalt erfährt, und trotz des relativ neuen und wachsenden Phänomens der Internetanbindung wird geschätzt, dass jede zehnte Frau bereits seit dem 15. Lebensjahr eine Form von Gewalt im Internet erlebt hat. Eine Umfrage der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte aus dem Jahr 2014, die umfassendste auf Unionsebene

in diesem Bereich, hat gezeigt, dass jede zehnte Frau in der EU im Alter von 15 Jahren oder älter schon einmal online belästigt wurde.

Änderungsantrag 10

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 12 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(12c) Die COVID-19-Pandemie hat sich auf fast alle Lebensbereiche ausgewirkt, auch auf die organisierte Kriminalität. So waren Menschenhändler in jeder Phase des Menschenhandels zunehmend im Internet unterwegs. Sie nutzen den digitalen Raum bei der Anwerbung und Ausbeutung von Opfern, der Organisation ihres Transports und ihrer Unterbringung, der Online-Werbung für Opfer und der Kontaktaufnahme mit potenziellen Kunden, der Kontrolle von Opfern, der Kommunikation zwischen Tätern und der Verschleierung von Erträgen aus Straftaten. Andere Formen der organisierten Kriminalität, die durch digitale Tools erleichtert werden, sind verschiedene Arten der Ausbeutung, insbesondere zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung, aber auch zum Zwecke der Ausbeutung der Arbeitskraft, Zwangsbettelei, Zwangs- und Scheinehen, Zwangskriminalität, Organentnahme, illegale Adoption von Kindern und Zwangsverheiratung.

Änderungsantrag 11

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 25

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(25) Um Rechtssicherheit zu schaffen und Abschreckung vor Tätigkeiten zu

(25) Um Rechtssicherheit zu schaffen und Abschreckung vor Tätigkeiten zu

vermeiden, die Anbieter von Vermittlungsdiensten auf freiwilliger Basis zur Erkennung und Feststellung von illegalen Inhalten sowie zum Vorgehen dagegen durchführen können, sollte präzisiert werden, dass die bloße Durchführung solcher Tätigkeiten durch Anbieter nicht dazu führt, dass die Haftungsausschlüsse gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch genommen werden können, sofern diese Tätigkeiten nach Treu und Glauben und sorgfältig durchgeführt werden. Zudem sollte präzisiert werden, dass das bloße Ergreifen von Maßnahmen durch die Anbieter nach Treu und Glauben zur Einhaltung der Anforderungen des Unionsrechts, einschließlich derer gemäß dieser Verordnung im Hinblick auf ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen, nicht dazu führen sollte, dass diese Ausschlüsse nicht in Anspruch genommen werden können. Jegliche Tätigkeiten und Maßnahmen, die ein Anbieter möglicherweise durchgeführt bzw. ergriffen hat, sollten daher nicht berücksichtigt werden, um zu ermitteln, ob der Anbieter einen Haftungsausschluss in Anspruch nehmen kann, insbesondere in Bezug darauf, ob der Anbieter die Dienstleistung auf neutrale Weise erbringt und die einschlägige Vorschrift daher für ihn gelten kann, ohne dass dies jedoch bedeutet, dass sich der Anbieter zwangsläufig darauf berufen kann.

vermeiden, die Anbieter von Vermittlungsdiensten auf freiwilliger Basis zur Erkennung und Feststellung von illegalen Inhalten sowie zum Vorgehen dagegen durchführen können, sollte präzisiert werden, dass die bloße Durchführung solcher Tätigkeiten durch Anbieter nicht dazu führt, dass die Haftungsausschlüsse gemäß dieser Verordnung nicht in Anspruch genommen werden können, sofern diese Tätigkeiten nach Treu und Glauben und sorgfältig **und diskriminierungsfrei** durchgeführt werden. Zudem sollte präzisiert werden, dass das bloße Ergreifen von Maßnahmen durch die Anbieter nach Treu und Glauben zur Einhaltung der Anforderungen des Unionsrechts, einschließlich derer gemäß dieser Verordnung im Hinblick auf ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen, nicht dazu führen sollte, dass diese Ausschlüsse nicht in Anspruch genommen werden können. Jegliche Tätigkeiten und Maßnahmen, die ein Anbieter möglicherweise durchgeführt bzw. ergriffen hat, sollten daher nicht berücksichtigt werden, um zu ermitteln, ob der Anbieter einen Haftungsausschluss in Anspruch nehmen kann, insbesondere in Bezug darauf, ob der Anbieter die Dienstleistung auf neutrale Weise erbringt und die einschlägige Vorschrift daher für ihn gelten kann, ohne dass dies jedoch bedeutet, dass sich der Anbieter zwangsläufig darauf berufen kann.

Änderungsantrag 12

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 26 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(26a) Obwohl die Vermittlungsdienste bereits eine Risikobewertung durchgeführt haben gibt es noch Verbesserungspotenzial für die Sicherheit aller Benutzer, insbesondere für Kinder,

Frauen und andere gefährdete Gruppen. Daher sollten Anbieter von Vermittlungsdiensten, genauer gesagt Online-Plattformen und sehr große Online-Plattformen, ihre Risikobewertung regelmäßig evaluieren und, falls dies als notwendig erachtet wird, verbessern. In Anbetracht der Bedeutung der Anbieter von Vermittlungsdiensten und ihres Potenzials, das gesellschaftliche Leben zu beeinflussen, sollten gemeinsame Regeln für das Online-Verhalten der Nutzer gelten. Die Anwendung eines Verhaltenskodex sollte für jeden Anbieter von Vermittlungsdiensten, der unter diese Verordnung fällt, obligatorisch sein.

Änderungsantrag 13

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 30

Vorschlag der Kommission

(30) Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte oder zur Bereitstellung von Informationen sollten im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen werden, insbesondere der Verordnung (EU) 2016/679 und dem in dieser Verordnung festgelegten Verbot allgemeiner Verpflichtungen zur Überwachung von Informationen oder zur aktiven Ermittlung von Tatsachen oder Umständen, die auf illegale Tätigkeiten hindeuten. Die in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen und Anforderungen, die für Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte gelten, lassen andere Rechtsakte der Union unberührt, die ähnliche Mechanismen für das Vorgehen gegen bestimmte Arten illegaler Inhalte vorsehen, etwa die Verordnung (EU) .../... (*vorgeschlagene Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte*) oder die Verordnung (EU) 2017/2394, mit der spezifische Befugnisse zur Anordnung der Bereitstellung von Informationen an

Geänderter Text

(30) Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte oder zur Bereitstellung von Informationen sollten im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen werden, insbesondere der Verordnung (EU) 2016/679, *der Verordnung 2021/1232* und dem in dieser Verordnung festgelegten Verbot allgemeiner Verpflichtungen zur Überwachung von Informationen oder zur aktiven Ermittlung von Tatsachen oder Umständen, die auf illegale Tätigkeiten hindeuten. Die *Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass die zuständigen Behörden ihre Aufgaben auf objektive, unabhängige und diskriminierungsfreie Weise erfüllen.* Die in dieser Verordnung festgelegten Bedingungen und Anforderungen, die für Anordnungen zum Vorgehen gegen illegale Inhalte gelten, lassen andere Rechtsakte der Union unberührt, die ähnliche Mechanismen für das Vorgehen gegen bestimmte Arten illegaler Inhalte vorsehen, etwa die Verordnung (EU) *2021/784* zur

die Verbraucherschutzbehörden der Mitgliedstaaten übertragen werden, während die Bedingungen und Anforderungen, die für Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen gelten, andere Rechtsakte der Union unberührt lassen, die ähnliche einschlägige Vorschriften für bestimmte Sektoren vorsehen. Diese Bedingungen und Anforderungen sollten unbeschadet der Vorschriften des anwendbaren nationalen Rechts zur Speicherung und Aufbewahrung im Einklang mit dem Unionsrecht und Ersuchen von Strafverfolgungsbehörden um vertrauliche Behandlung im Zusammenhang mit der Nichtoffenlegung von Informationen gelten.

Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte, **die Verordnung (EU) 2021/1232** oder die Verordnung (EU) 2017/2394, mit der spezifische Befugnisse zur Anordnung der Bereitstellung von Informationen an die Verbraucherschutzbehörden der Mitgliedstaaten übertragen werden, während die Bedingungen und Anforderungen, die für Anordnungen zur Bereitstellung von Informationen gelten, andere Rechtsakte der Union unberührt lassen, die ähnliche einschlägige Vorschriften für bestimmte Sektoren vorsehen. Diese Bedingungen und Anforderungen sollten unbeschadet der Vorschriften des anwendbaren nationalen Rechts zur Speicherung und Aufbewahrung im Einklang mit dem Unionsrecht und Ersuchen von Strafverfolgungsbehörden um vertrauliche Behandlung im Zusammenhang mit der Nichtoffenlegung von Informationen gelten.

Änderungsantrag 14

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 34

Vorschlag der Kommission

(34) Um die Ziele dieser Verordnung zu erreichen und insbesondere das Funktionieren des Binnenmarkts zu verbessern **und** ein sicheres und transparentes Online-Umfeld zu gewährleisten, ist es erforderlich, eindeutige und ausgewogene harmonisierte Sorgfaltspflichten für die Anbieter von Vermittlungsdiensten festzulegen. Mit diesen Verpflichtungen sollte insbesondere darauf abgezielt werden, die Verwirklichung verschiedener politischer Ziele wie der Sicherheit und des Vertrauens der Nutzer, einschließlich der minderjährigen und schutzbedürftigen Nutzer, zu gewährleisten, die einschlägigen

Geänderter Text

(34) Um die Ziele dieser Verordnung zu erreichen und insbesondere das Funktionieren des Binnenmarkts zu verbessern, ein sicheres und transparentes Online-Umfeld **sowie das Recht auf Nichtdiskriminierung** zu gewährleisten, ist es erforderlich, eindeutige und ausgewogene harmonisierte Sorgfaltspflichten für die Anbieter von Vermittlungsdiensten festzulegen. Mit diesen Verpflichtungen sollte insbesondere darauf abgezielt werden, die Verwirklichung verschiedener politischer Ziele wie **Gesundheit, einschließlich der psychischen Gesundheit**, der Sicherheit und des Vertrauens der Nutzer,

in der Charta verankerten Grundrechte zu schützen, die sinnvolle Rechenschaftspflicht der Anbieter sicherzustellen und die Nutzer sowie andere betroffene Parteien zu stärken und den zuständigen Behörden zugleich die erforderliche Aufsicht zu erleichtern.

einschließlich der minderjährigen *Nutzer, der Frauen, der LGBTIQ+-Personen* und der schutzbedürftigen Nutzer, *die geschützte Merkmale gemäß Artikel 21 der Charta aufweisen*, zu gewährleisten, die einschlägigen in der Charta verankerten Grundrechte zu schützen, die sinnvolle Rechenschaftspflicht der Anbieter sicherzustellen und die Nutzer sowie andere betroffene Parteien zu stärken und den zuständigen Behörden zugleich die erforderliche Aufsicht zu erleichtern. *Die Weltgesundheitsorganisation definiert den Begriff Gesundheit als einen Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur des Freiseins von Krankheit oder Gebrechen. Diese Definition untermauert die Tatsache, dass die Entwicklung neuer Technologien neue Gesundheitsrisiken für die Nutzer mit sich bringen kann, insbesondere für Kinder und Frauen, wie z. B. psychologische Risiken, Entwicklungsrisiken, psychische Risiken, Depressionen, Schlafverlust oder veränderte Gehirnfunktionen.*

Änderungsantrag 15

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 39

Vorschlag der Kommission

(39) Um ein angemessenes Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten im Einklang mit den harmonisierten Anforderungen dieser Verordnung jährlich Bericht über die von ihnen betriebene Moderation von Inhalten erstatten, einschließlich der Maßnahmen, die sie zur Anwendung und Durchsetzung ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen ergreifen. Um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden, sollten diese Transparenzberichtspflichten nicht für Anbieter gelten, die Kleinstunternehmen

Geänderter Text

(39) Um ein angemessenes Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, sollten die Anbieter von Vermittlungsdiensten im Einklang mit den harmonisierten Anforderungen dieser Verordnung jährlich Bericht über die von ihnen betriebene Moderation von Inhalten erstatten, einschließlich der Maßnahmen, die sie zur Anwendung und Durchsetzung ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen ergreifen. *Die Daten sollten so aufgliedert wie möglich gemeldet werden. So sollten z. B. anonymisierte individuelle Merkmale wie Geschlecht,*

oder kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission⁴⁰ sind.

Altersgruppe und sozialer Hintergrund der Anmelder angegeben werden, sofern verfügbar. Anbieter, die ihre Dienste in mehr als einem Mitgliedstaat anbieten, sollten auch eine Aufstellung der Informationen nach Mitgliedstaat vorlegen. Um unverhältnismäßige Belastungen zu vermeiden, sollten diese Transparenzberichtspflichten nicht für Anbieter gelten, die Kleinstunternehmen oder kleine Unternehmen im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission⁴⁰ sind. ***In Anlehnung an die Jahresberichte, die nach Maßnahmen der Inhaltsmoderation und Mitgliedstaat aufgeschlüsselt sind, sollten die Ergebnisse aller Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen im Internet, Hassreden und anderer illegaler Inhalte wieder in der Kriminalstatistik auftauchen. Alle Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen sollten in diesen Kriminalstatistiken als eigene Kategorie erfasst und von den Strafverfolgungsbehörden gesondert aufgeführt werden.***

⁴⁰ Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).

⁴⁰ Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).

Änderungsantrag 16

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 40

Vorschlag der Kommission

(40) Hosting-Diensteanbieter spielen beim Umgang mit illegalen Online-Inhalten eine besonders wichtige Rolle, da sie im Auftrag der Nutzer von diesen übermittelte Informationen speichern und üblicherweise anderen Nutzern –

Geänderter Text

(40) Hosting-Diensteanbieter spielen beim Umgang mit illegalen Online-Inhalten eine besonders wichtige Rolle, da sie im Auftrag der Nutzer von diesen übermittelte Informationen speichern und üblicherweise anderen Nutzern –

manchmal in großem Umfang – den Zugang zu diesen Informationen ermöglichen. Es ist wichtig, dass sämtliche Hosting-Diansteanbieter, ungeachtet ihrer Größe, benutzerfreundliche Melde- und Abhilfeverfahren schaffen, die es erleichtern, dem Hosting-Diansteanbieter bestimmte Informationen zu melden, die die meldende Partei als illegale Inhalte ansieht (im Folgenden „Meldung“), woraufhin der Anbieter entscheiden kann, ob er der Bewertung zustimmt und diese Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren möchte (im Folgenden „Abhilfe“). Sofern die Anforderungen an Meldungen erfüllt sind, sollte es Einzelpersonen oder Einrichtungen möglich sein, mehrere bestimmte mutmaßlich illegale Inhalte in einem zu melden. Die Verpflichtung zur Schaffung eines Melde- und Abhilfeverfahrens sollte etwa für Datenspeicher- und Weitergabedienste, Web-Hosting-Dienste, Werbeserver und Pastebin-Dienste gelten, sofern sie als von dieser Verordnung erfasste Anbieter von Hosting-Diensten einzustufen sind.

manchmal in großem Umfang – den Zugang zu diesen Informationen ermöglichen. Es ist wichtig, dass sämtliche Hosting-Diansteanbieter, ungeachtet ihrer Größe, benutzerfreundliche Melde- und Abhilfeverfahren schaffen, die es erleichtern, dem Hosting-Diansteanbieter bestimmte Informationen zu melden, die die meldende Partei als illegale Inhalte ansieht (im Folgenden „Meldung“), woraufhin der Anbieter entscheiden kann, ob er der Bewertung zustimmt und diese Inhalte entfernen oder den Zugang dazu sperren möchte (im Folgenden „Abhilfe“). Sofern die Anforderungen an Meldungen erfüllt sind, sollte es Einzelpersonen oder Einrichtungen möglich sein, mehrere bestimmte mutmaßlich illegale Inhalte in einem zu melden. **Online-Plattformen können es Nutzern oder vertrauenswürdigen Hinweisgebern auch ermöglichen, Inhalte, einschließlich ihrer eigenen, zu melden, auf die andere mit illegalen Inhalten, wie z. B. illegalen Hassreden, reagieren.** Die Verpflichtung zur Schaffung eines Melde- und Abhilfeverfahrens sollte etwa für Datenspeicher- und Weitergabedienste, Web-Hosting-Dienste, Werbeserver und Pastebin-Dienste gelten, sofern sie als von dieser Verordnung erfasste Anbieter von Hosting-Diensten einzustufen sind.

Änderungsantrag 17

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 41

Vorschlag der Kommission

(41) Die Vorschriften zu solchen Melde- und Abhilfeverfahren sollten auf Unionsebene harmonisiert werden, um die rasche, sorgfältige und objektive Bearbeitung von Meldungen auf der Grundlage einheitlicher, transparenter und klarer Regeln zu gewährleisten, die belastbare Mechanismen zum Schutz der

Geänderter Text

(41) Die Vorschriften zu solchen Melde- und Abhilfeverfahren sollten auf Unionsebene harmonisiert werden, um die rasche, sorgfältige und objektive Bearbeitung von Meldungen auf der Grundlage einheitlicher, transparenter und klarer Regeln zu gewährleisten, die belastbare Mechanismen zum Schutz der

Rechte und berechtigten Interessen sämtlicher betroffener Parteien unabhängig von dem Mitgliedstaat, in dem diese Parteien ansässig oder niedergelassen sind und von dem betreffenden Rechtsgebiet schaffen, insbesondere zum Schutz ihrer Grundrechte aus der Charta. Zu diesen Grundrechten gehören gegebenenfalls das Recht der Nutzer auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit, ihr Recht auf die Achtung des Privat- und Familienlebens, ihr Recht auf Schutz personenbezogener Daten, *ihr* Recht auf Nichtdiskriminierung und *ihr* Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf, zudem die unternehmerische Freiheit, einschließlich der Vertragsfreiheit, der Anbieter von Vermittlungsdiensten und die Menschenwürde, die Rechte des Kindes, das Recht auf Schutz des Eigentums, einschließlich des geistigen Eigentums, und das Recht auf Nichtdiskriminierung der von illegalen Inhalten betroffenen Parteien.

Rechte und berechtigten Interessen sämtlicher betroffener Parteien unabhängig von dem Mitgliedstaat, in dem diese Parteien ansässig oder niedergelassen sind und von dem betreffenden Rechtsgebiet schaffen, insbesondere zum Schutz ihrer Grundrechte aus der Charta. Zu diesen Grundrechten gehören gegebenenfalls das Recht der Nutzer auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit, ihr Recht auf die Achtung des Privat- und Familienlebens, ihr Recht auf Schutz personenbezogener Daten, ***das Recht auf Gleichstellung der Geschlechter und das*** Recht auf Nichtdiskriminierung und ***das*** Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf, zudem die unternehmerische Freiheit, einschließlich der Vertragsfreiheit, der Anbieter von Vermittlungsdiensten und die Menschenwürde, die Rechte des Kindes, das Recht auf Schutz des Eigentums, einschließlich des geistigen Eigentums, und das Recht auf Nichtdiskriminierung der von illegalen Inhalten betroffenen Parteien.

Änderungsantrag 18

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 46

Vorschlag der Kommission

(46) Abhilfe bei illegalen Inhalten kann schneller und zuverlässiger erfolgen, wenn Online-Plattformen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass von vertrauenswürdigen Hinweisgebern im Rahmen der in dieser Verordnung vorgeschriebenen Melde- und Abhilfemechanismen eingereichte Meldungen vorrangig bearbeitet werden, unbeschadet der Verpflichtung, sämtliche über diese Mechanismen eingereichte Meldungen rasch, sorgfältig und objektiv zu bearbeiten und Entscheidungen dazu zu treffen. Dieser Status des

Geänderter Text

(46) Abhilfe bei illegalen Inhalten kann schneller und zuverlässiger erfolgen, wenn Online-Plattformen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass von vertrauenswürdigen Hinweisgebern im Rahmen der in dieser Verordnung vorgeschriebenen Melde- und Abhilfemechanismen eingereichte Meldungen vorrangig bearbeitet werden, unbeschadet der Verpflichtung, sämtliche über diese Mechanismen eingereichte Meldungen rasch, sorgfältig und objektiv zu bearbeiten und Entscheidungen dazu zu treffen. Dieser Status des

vertrauenswürdigen Hinweisgebers sollte nur an Stellen, nicht an Einzelpersonen, vergeben werden, die unter anderem nachgewiesen haben, dass sie über besondere Sachkenntnis und Kompetenz im Umgang mit illegalen Inhalten verfügen, dass sie kollektive Interessen vertreten und dass sie ihre Tätigkeit sorgfältig und objektiv durchführen. Es kann sich dabei um öffentliche Stellen handeln, bei terroristischen Inhalten etwa die Meldestellen für Internetinhalte der nationalen Strafverfolgungsbehörden oder der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), oder um Nichtregierungsorganisationen und halböffentliche Stellen, etwa Organisationen, die Teil des INHOPE-Meldestellennetzes zur Meldung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch sind, **oder** Organisationen für die Meldung illegaler rassistischer und fremdenfeindlicher Darstellungen im Internet. Bei Rechten des geistigen Eigentums könnten Branchenorganisationen und Organisationen von Rechtsinhabern den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers erhalten, sofern sie nachgewiesen haben, dass sie die geltenden Bedingungen erfüllen. Die Vorschriften dieser Verordnung in Bezug auf vertrauenswürdige Hinweisgeber sollten nicht so ausgelegt werden, dass sie die Online-Plattformen daran hindern, Meldungen von Stellen oder Einzelpersonen ohne den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers im Sinne dieser Verordnung auf ähnliche Weise zu behandeln oder im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates⁴³, auf andere Art mit weiteren Stellen zusammenzuarbeiten.

vertrauenswürdigen Hinweisgebers sollte nur an Stellen, nicht an Einzelpersonen, vergeben werden, die unter anderem nachgewiesen haben, dass sie über besondere Sachkenntnis und Kompetenz im Umgang mit illegalen Inhalten verfügen, dass sie kollektive Interessen vertreten und dass sie ihre Tätigkeit sorgfältig und objektiv durchführen. Es kann sich dabei um öffentliche Stellen handeln, bei terroristischen Inhalten etwa die Meldestellen für Internetinhalte der nationalen Strafverfolgungsbehörden oder der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), oder um Nichtregierungsorganisationen und halböffentliche Stellen, etwa Organisationen, die Teil des INHOPE-Meldestellennetzes zur Meldung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch sind, Organisationen für die Meldung illegaler rassistischer und fremdenfeindlicher Darstellungen im Internet **und Frauenrechtsorganisationen wie die Europäische Frauenlobby**. Bei Rechten des geistigen Eigentums könnten Branchenorganisationen und Organisationen von Rechtsinhabern den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers erhalten, sofern sie nachgewiesen haben, dass sie die geltenden Bedingungen erfüllen. Die Vorschriften dieser Verordnung in Bezug auf vertrauenswürdige Hinweisgeber sollten nicht so ausgelegt werden, dass sie die Online-Plattformen daran hindern, Meldungen von Stellen oder Einzelpersonen ohne den Status eines vertrauenswürdigen Hinweisgebers im Sinne dieser Verordnung auf ähnliche Weise zu behandeln oder im Einklang mit dem geltenden Recht, einschließlich dieser Verordnung und der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates⁴³, auf andere Art mit weiteren Stellen zusammenzuarbeiten.

⁴³ Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).

⁴³ Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).

Änderungsantrag 19

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 52

Vorschlag der Kommission

(52) Online-Werbung spielt im Online-Umfeld eine wichtige Rolle, auch bei der Erbringung von Diensten von Online-Plattformen. Online-Werbung kann jedoch erhebliche Risiken bergen – von Werbung, die selbst illegale Inhalte aufweist, bis hin zu Beiträgen zu finanziellen Anreizen für die Veröffentlichung oder Verstärkung illegaler oder anderweitig schädlicher Online-Inhalte und -Tätigkeiten oder einer diskriminierenden Darstellung von Werbung, die der Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Bürgerinnen und Bürger **zuwiderläuft**. Neben den Anforderungen aus Artikel 6 der Richtlinie 2000/31/EG sollten Online-Plattformen daher verpflichtet werden sicherzustellen, dass die Nutzer bestimmte individuelle Informationen darüber erhalten, wann und in wessen Auftrag die Werbung angezeigt wird. Zudem sollten die Nutzer Informationen darüber erhalten, anhand welcher Hauptparameter bestimmt wird, welche Werbung ihnen angezeigt wird, wobei aussagekräftige Erläuterungen zur zugrunde liegenden Logik bereitgestellt werden sollten, einschließlich der Angabe, wann Profiling genutzt wird. Die Anforderungen dieser Verordnung an die

Geänderter Text

(52) Online-Werbung spielt im Online-Umfeld eine wichtige Rolle, auch bei der Erbringung von Diensten von Online-Plattformen. Online-Werbung kann jedoch erhebliche Risiken bergen – von Werbung, die selbst illegale Inhalte aufweist, bis hin zu Beiträgen zu finanziellen Anreizen für die Veröffentlichung oder Verstärkung illegaler oder anderweitig schädlicher Online-Inhalte und -Tätigkeiten oder einer diskriminierenden Darstellung von Werbung, die **sowohl** der Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Bürgerinnen und Bürger **zuwiderlaufen** – **insbesondere in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter – als auch schädliche Stereotype und -normen verfestigen kann**. Neben den Anforderungen aus Artikel 6 der Richtlinie 2000/31/EG sollten Online-Plattformen daher verpflichtet werden sicherzustellen, dass die Nutzer bestimmte individuelle Informationen darüber erhalten, wann und in wessen Auftrag die Werbung angezeigt wird. Zudem sollten die Nutzer Informationen darüber erhalten, anhand welcher Hauptparameter bestimmt wird, welche Werbung ihnen angezeigt wird, wobei aussagekräftige Erläuterungen

Bereitstellung von Informationen in Bezug auf Werbung gelten unbeschadet der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679, insbesondere was das Widerspruchsrecht und die automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall betrifft, einschließlich des Profiling und insbesondere der Notwendigkeit, vor der Verarbeitung personenbezogener Daten für gezielte Werbung die Einwilligung der betroffenen Person einzuholen. Zudem gilt sie unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie 2002/58/EG, insbesondere in Bezug auf die Speicherung von Informationen auf Endgeräten und den Zugang zu dort gespeicherten Informationen.

zur zugrunde liegenden Logik bereitgestellt werden sollten, einschließlich der Angabe, wann Profiling genutzt wird. Die Anforderungen dieser Verordnung an die Bereitstellung von Informationen in Bezug auf Werbung gelten unbeschadet der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679, insbesondere was das Widerspruchsrecht und die automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall betrifft, einschließlich des Profiling und insbesondere der Notwendigkeit, vor der Verarbeitung personenbezogener Daten für gezielte Werbung die Einwilligung der betroffenen Person einzuholen. Zudem gilt sie unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie 2002/58/EG, insbesondere in Bezug auf die Speicherung von Informationen auf Endgeräten und den Zugang zu dort gespeicherten Informationen.

Änderungsantrag 20

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 57

Vorschlag der Kommission

(57) Dabei sollten drei Kategorien systemischer Risiken eingehend geprüft werden. Eine erste Kategorie betrifft die Risiken, die durch einen Missbrauch ihres Dienstes durch Verbreitung illegaler Inhalte entstehen können, darunter die Verbreitung von Material über sexuellen **Kindesmissbrauch** oder **von** illegaler Hassrede sowie illegale Tätigkeiten wie ein nach Unions- oder nationalem Recht untersagter Verkauf von Waren oder Dienstleistungen, wie z. B. nachgeahmter Güter. Unbeschadet der persönlichen Verantwortung der Nutzer von sehr großen Online-Plattformen für die mögliche Rechtswidrigkeit ihrer Tätigkeit nach geltendem Recht können eine solche Verbreitung oder solche Tätigkeiten z. B.

Geänderter Text

(57) Dabei sollten drei Kategorien systemischer Risiken eingehend geprüft werden. Eine erste Kategorie betrifft die Risiken, die durch einen Missbrauch ihres Dienstes durch Verbreitung illegaler Inhalte entstehen können, darunter die Verbreitung von Material über **sexuelle Ausbeutung und** sexuellen **Missbrauch von Kindern, die rechtswidrige Weitergabe privater Bilder und Videos ohne Zustimmung, Cyber-Stalking, Doxing, Cybermobbing, Vergewaltigungsdrohungen** oder **die Verbreitung** illegaler Hassrede sowie illegale Tätigkeiten wie ein nach Unions- oder nationalem Recht untersagter Verkauf von Waren oder Dienstleistungen, wie z. B. nachgeahmter Güter. Unbeschadet der

dann ein erhebliches systemisches Risiko darstellen, wenn der Zugang zu diesen Inhalten durch Konten mit einer besonders großen Reichweite verstärkt werden kann. Eine zweite Kategorie betrifft die Auswirkungen des Dienstes auf die Ausübung der durch die Charta der Grundrechte geschützten Grundrechte, einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit, des Rechts auf Achtung des Privatlebens, des Rechts auf Nichtdiskriminierung **und** der Rechte des Kindes. Diese Risiken können beispielsweise auf die Gestaltung der Algorithmensysteme sehr großer Online-Plattformen oder auf den Missbrauch ihres Dienstes für die Übermittlung missbräuchlicher Nachrichten oder auf andere Methoden zur Verhinderung der freien Meinungsäußerung oder zur Behinderung des Wettbewerbs **zurückzuführen sein**. Eine dritte Kategorie von Risiken betrifft die absichtliche und oftmals auch koordinierte Manipulation des Dienstes der Plattform, die absehbare Auswirkungen auf Gesundheit, den gesellschaftlichen Diskurs, Wahlprozesse, die öffentliche Sicherheit und den Schutz Minderjähriger haben kann, sodass es erforderlich ist, die öffentliche Ordnung und die Privatsphäre zu schützen und betrügerische und irreführende Handelspraktiken zu bekämpfen. Solche Risiken können beispielsweise auf die Einrichtung von Scheinkonten, die Nutzung von Bots und anderen automatisierten oder teilautomatisierten Verhaltensweisen zurückzuführen sein, die zu einer schnellen und umfangreichen Verbreitung von Informationen führen können, die illegale Inhalte darstellen oder mit den Geschäftsbedingungen einer Online-Plattform unvereinbar sind.

persönlichen Verantwortung der Nutzer von sehr großen Online-Plattformen für die mögliche Rechtswidrigkeit ihrer Tätigkeit nach geltendem Recht können eine solche Verbreitung oder solche Tätigkeiten z. B. dann ein erhebliches systemisches Risiko darstellen, wenn der Zugang zu diesen Inhalten durch **Werbung, durch Empfehlungssysteme oder durch** Konten mit einer besonders großen Reichweite verstärkt werden kann. Eine zweite Kategorie betrifft die Auswirkungen des Dienstes auf die Ausübung der durch die Charta der Grundrechte geschützten Grundrechte, einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit, des Rechts auf Achtung des Privatlebens, des Rechts auf Nichtdiskriminierung, **des Rechts auf die Gleichstellung der Geschlechter**, der Rechte des Kindes **und des Rechtes auf Schutz personenbezogener Daten. Die soziale Dimension - da Online-Plattformen eine große Rolle in unserem Alltag spielen - ist auch von Phänomenen wie Online-Mobbing und Cyber-Gewalt betroffen**. Diese Risiken können beispielsweise auf die Gestaltung der Algorithmensysteme sehr großer Online-Plattformen **zurückzuführen sein, auch wenn die Algorithmen diskriminierend sind, was zu einer Vergrößerung der geschlechtsspezifischen Unterschiede führt und diskriminierende Äußerungen und Inhalte verstärkt**, oder auf den Missbrauch ihres Dienstes für die Übermittlung missbräuchlicher Nachrichten oder auf andere Methoden zur Verhinderung der freien Meinungsäußerung, **die Schaden verursachen, wie z. B. langfristige Schäden für die geistige Gesundheit, psychologische Schäden und Schäden für die Gesellschaft** oder zur Behinderung des Wettbewerbs. Eine dritte Kategorie von Risiken betrifft die absichtliche und oftmals auch koordinierte Manipulation des Dienstes der Plattform, die absehbare Auswirkungen auf Gesundheit, den

gesellschaftlichen Diskurs, Wahlprozesse, die öffentliche Sicherheit und den Schutz Minderjähriger haben kann, sodass es erforderlich ist, die öffentliche Ordnung und die Privatsphäre zu schützen und betrügerische und irreführende Handelspraktiken zu bekämpfen. Solche Risiken können beispielsweise auf die Einrichtung von Scheinkonten, die Nutzung von Bots und anderen automatisierten oder teilautomatisierten Verhaltensweisen zurückzuführen sein, die zu einer schnellen und umfangreichen Verbreitung von Informationen führen können, die illegale Inhalte darstellen oder mit den Geschäftsbedingungen einer Online-Plattform unvereinbar sind.

Änderungsantrag 21

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 58

Vorschlag der Kommission

(58) Sehr große Online-Plattformen sollten die erforderlichen Instrumente einsetzen, um **die** bei der Risikobewertung festgestellten systemischen Risiken sorgfältig zu mindern. Für diese Risikominderungsmaßnahmen sollten sehr große Online-Plattformen es beispielsweise in Betracht ziehen, die Gestaltung und Funktionsweise der Moderation von Inhalten, der algorithmischen Empfehlungssysteme und der Online-Schnittstellen zu verbessern oder anderweitig anzupassen, um der Verbreitung illegaler Inhalte entgegenzuwirken und sie einzuschränken, oder Anpassungen ihrer Entscheidungsverfahren oder ihrer Geschäftsbedingungen vorzunehmen. Dazu können auch Korrekturmaßnahmen zählen, wie z. B. die Beendigung von Werbeeinnahmen für bestimmte Inhalte, oder andere Maßnahmen wie eine Verbesserung der Sichtbarkeit verlässlicher

Geänderter Text

(58) Sehr große Online-Plattformen sollten die erforderlichen Instrumente einsetzen, um **den** bei der Risikobewertung festgestellten systemischen Risiken sorgfältig **ein Ende zu setzen, sie zu verhindern und sie** zu mindern. Für diese Risikominderungsmaßnahmen sollten sehr große Online-Plattformen es beispielsweise in Betracht ziehen, die Gestaltung und Funktionsweise der Moderation von Inhalten, der algorithmischen Empfehlungssysteme und der Online-Schnittstellen zu verbessern oder anderweitig anzupassen, um der Verbreitung illegaler Inhalte entgegenzuwirken und sie einzuschränken, oder Anpassungen ihrer Entscheidungsverfahren oder ihrer Geschäftsbedingungen vorzunehmen, **um Aspekte wie Online-Gewalt, insbesondere die geschlechtsspezifische Online-Gewalt, abzudecken**. Dazu können auch Korrekturmaßnahmen zählen, wie z. B. die

Informationsquellen. Sehr große Online-Plattformen **können** ihre internen Verfahren oder die interne Überwachung ihrer Tätigkeiten verstärken, insbesondere um systemische Risiken zu ermitteln. Zudem **können** sie die Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern einleiten oder verstärken, Schulungsmaßnahmen und den Austausch mit **vertrauenswürdigen Hinweisgebern** organisieren und mit anderen **Anbietern** zusammenarbeiten, etwa durch Einführung von Verhaltenskodizes oder anderen Selbstregulierungsmaßnahmen oder die Beteiligung an bestehenden einschlägigen Kodizes oder Maßnahmen. Alle Maßnahmen sollten mit den Sorgfaltspflichten aus dieser Verordnung im Einklang stehen, wirksam und angemessen zur Minderung der festgestellten spezifischen Risiken beitragen und der Wahrung der öffentlichen Ordnung, dem Schutz der Privatsphäre sowie der Bekämpfung betrügerischer und irreführender Handelspraktiken dienen; sie sollten zudem in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der sehr großen Online-Plattform stehen und der Notwendigkeit Rechnung tragen, unnötige Beschränkungen für die Nutzung ihrer Dienste zu vermeiden, wobei mögliche negative Auswirkungen auf die Grundrechte der Nutzer angemessen zu berücksichtigen sind.

Beendigung von Werbeeinnahmen für bestimmte Inhalte, oder andere Maßnahmen wie eine Verbesserung der Sichtbarkeit verlässlicher Informationsquellen. **Die Plattformen können auch in Betracht ziehen, ihrem Personal und Moderatoren von Inhalten im Besonderen Schulungen anzubieten, damit sie in Bezug auf geheime Formulierungen, die als Form illegaler Hassreden und von Gewalt gegen Frauen und Minderheiten verwendet werden, auf dem neuesten Stand bleiben können.** Sehr große Online-Plattformen **sollten** ihre internen Verfahren oder die interne Überwachung ihrer Tätigkeiten verstärken, insbesondere um systemische Risiken zu ermitteln. Zudem **sollten** sie die Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Hinweisgebern **und Organisationen der Zivilgesellschaft, z. B. Frauenrechtsorganisationen**, einleiten oder verstärken, Schulungsmaßnahmen und den Austausch mit **derartigen Organisationen** organisieren und mit anderen **Diensteanbietern** zusammenarbeiten, etwa durch Einführung von Verhaltenskodizes oder anderen Selbstregulierungsmaßnahmen oder die Beteiligung an bestehenden einschlägigen Kodizes oder Maßnahmen. Alle Maßnahmen sollten mit den Sorgfaltspflichten aus dieser Verordnung im Einklang stehen, wirksam und angemessen zur Minderung der festgestellten spezifischen Risiken beitragen und der Wahrung der öffentlichen Ordnung, dem Schutz der Privatsphäre **und der Gleichstellung** sowie der Bekämpfung betrügerischer und irreführender Handelspraktiken dienen; sie sollten zudem in einem angemessenen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der sehr großen Online-Plattform stehen und der Notwendigkeit Rechnung tragen, unnötige Beschränkungen für die Nutzung ihrer Dienste zu vermeiden, wobei mögliche negative Auswirkungen auf die

Grundrechte der Nutzer angemessen zu berücksichtigen sind.

Änderungsantrag 22

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 58 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(58a) Die Transparenz und Wirksamkeit der Prozesse sind der Schlüssel dafür, die Nutzung von Online-Plattformen sicherer zu machen und gegen Online-Gewalt und illegale Inhalte vorzugehen. Die Maßnahmen gemäß Entscheidungen von Online-Plattformen darüber, wie sie vorgehen bzw. ob sie nichts unternehmen, um illegale, missbräuchliche und schädliche Inhalte zu entfernen, unterscheiden sich erheblich, und es kann sein, dass auf manche Berichte nicht reagiert wird. Informationen darüber, wie und warum Inhalte entfernt werden, müssen für alle Nutzer leicht zugänglich bereitgestellt werden. Diese Prozesse müssen vollkommen transparent sein. Sehr große Online-Plattformen sollten aussagekräftige Daten zu ihrem Umgang mit geschlechtsspezifischer und sonstiger identitätsbezogener Gewalt aktiv melden und veröffentlichen und diese Informationen jährlich auf einfache und zugängliche Weise auf ihren Plattformen zur Verfügung stellen. Dabei sollten unter anderem die Anzahl der jährlich bei ihnen eingegangenen Berichte sowie die Anzahl der bei ihnen eingegangenen Berichte, auf die sie nicht reagiert haben, nach der Kategorie der gemeldeten illegalen, schädlichen und missbräuchlichen Inhalte aufgeschlüsselt angegeben werden. Sehr große Plattformen sollten sicherstellen, dass Sachverständige und Wissenschaftler Zugang zu den relevanten Daten haben, damit sie beispielsweise vergleichen und evaluieren können, wie Maßnahmen

funktionieren, um das Ausmaß des Problems besser zu erfassen. Darüber hinaus sollten sie ihre Maßnahmen mit den internationalen Menschenrechten in Verbindung bringen und die Umsetzung ihrer eigenen ethischen Normen regelmäßig evaluieren und aktualisieren.

Änderungsantrag 23

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 58 b(neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(58b) Die Inhalte sehr großer Online-Plattformen müssen für all ihre Nutzer vollständig und leicht zugänglich sein. Dies kann erreicht werden, indem im Zusammenhang mit den von sehr großen Online-Plattformen angebotenen Diensten nutzerfreundliche Maßnahmen ergriffen werden. Sehr große Online-Plattformen sollten ihre Geschäftsbedingungen in einem maschinenlesbaren Format vorlegen und zudem alle vorherigen Fassungen ihrer Geschäftsbedingungen für die Öffentlichkeit, einschließlich Menschen mit Behinderungen, leicht zugänglich machen. Möglichkeiten für die Meldung potenziell illegaler, missbräuchlicher und schädlicher Inhalte sollten in der Muttersprache des Nutzers leicht auffindbar und nutzbar sein. Informationen zu Unterstützung für betroffene Personen und zu nationalen Kontaktstellen sollten leicht zugänglich sein. Sehr große Online-Plattformen sollten in derartigen und ähnlichen Fällen leicht zugängliche Dienste für alle Nutzer anbieten und entwickeln. Sie sollten die Moderation außerdem möglichst einfach gestalten, und zwar mithilfe von Instrumenten, Schulungen usw. für Personen, die Online-Gruppen verwalten und moderieren, die ihre Plattformen und Dienste nutzen. Sie

sollten zudem die Barrierefreiheit der Elemente und Funktionen ihrer Dienste für Menschen mit Behinderungen verbessern und sicherstellen.

Änderungsantrag 24

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 59

Vorschlag der Kommission

(59) Soweit angemessen, sollten sehr große Online-Plattformen bei ihren Risikobewertungen und bei der Gestaltung ihrer Risikominderungsmaßnahmen Vertreterinnen und Vertreter der Nutzer und der möglicherweise von ihren Diensten betroffenen Gruppen sowie unabhängige Sachverständige und zivilgesellschaftliche Organisationen einbeziehen.

Geänderter Text

(59) Soweit angemessen, sollten sehr große Online-Plattformen bei ihren Risikobewertungen und bei der Gestaltung ihrer Risikominderungsmaßnahmen Vertreterinnen und Vertreter der Nutzer und der möglicherweise von ihren Diensten betroffenen Gruppen, **z. B. von Verbraucher- und Frauenrechtsorganisationen**, sowie unabhängige Sachverständige und zivilgesellschaftliche Organisationen einbeziehen.

Änderungsantrag 25

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 62

Vorschlag der Kommission

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten sehr großer Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der Online-Schnittfläche dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme

Geänderter Text

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten sehr großer Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der Online-Schnittfläche dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme

können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. Sehr große Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und Einfluss darauf haben, welche Informationen ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer über alternative Optionen für die wichtigsten Parameter verfügen, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen.

können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. ***Diese Algorithmen können negative Folgen haben, wie etwa eine Zunahme von Fällen von Online-Gewalt und infolgedessen auch physischer Gewalt, oder die Förderung von Inhalten, die persönliche Probleme wie Depressionen oder Suchtverhalten verschärfen.*** Sehr große Online-Plattformen sollten daher ***ihre Algorithmen regelmäßig überprüfen, um solche negativen Folgen zu minimieren, diskriminierende geschlechtsspezifische Algorithmen und jegliche diskriminierende Auswirkung auf Frauen und Mädchen vermeiden und*** sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und Einfluss darauf haben, welche Informationen ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich ***und zugänglich*** darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer über alternative Optionen für die wichtigsten Parameter verfügen, wozu auch ***eine sichtbare, nutzerfreundliche und leicht zugängliche Option zur vollständigen Deaktivierung der algorithmischen Auswahl mit dem Empfehlungssystem und*** Optionen zählen sollten, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen. ***Sie sollten unabhängigen Forschern und einschlägigen Regulierungsbehörden die Möglichkeit geben, ihre algorithmischen Werkzeuge zu prüfen, um sicherzustellen, dass sie wie vorgesehen verwendet werden.***

Änderungsantrag 26

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 63

Vorschlag der Kommission

(63) Von sehr großen Online-Plattformen genutzte Werbesysteme sind mit besonderen Risiken verbunden und machen angesichts ihres Umfangs und der Tatsache, dass sie die Nutzer auf der Grundlage ihres Verhaltens innerhalb und außerhalb der Online-Schnittstelle der Plattform gezielt erreichen können, eine weitergehende öffentliche und regulatorische Aufsicht erforderlich. Sehr große Online-Plattformen sollten Archive für Werbung, die auf ihren Online-Schnittstellen angezeigt wird, öffentlich zugänglich machen, um die Aufsicht und die Forschung zu neu entstehenden Risiken im Zusammenhang mit der Online-Verbreitung von Werbung zu unterstützen; dies betrifft etwa illegale Werbung oder manipulative Techniken und Desinformation mit realen und absehbaren negativen Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit oder Sicherheit, den gesellschaftlichen Diskurs, die politische Teilhabe und die Gleichbehandlung. Die Archive sollten den Inhalt der Werbung sowie damit verbundene Daten zum Werbetreibenden und zur Bereitstellung der Werbung enthalten, insbesondere was gezielte Werbung betrifft.

Geänderter Text

(63) Von sehr großen Online-Plattformen genutzte Werbesysteme sind mit besonderen Risiken verbunden und machen angesichts ihres Umfangs und der Tatsache, dass sie die Nutzer auf der Grundlage ihres Verhaltens innerhalb und außerhalb der Online-Schnittstelle der Plattform gezielt erreichen können, eine weitergehende öffentliche und regulatorische Aufsicht erforderlich. Sehr große Online-Plattformen sollten Archive für Werbung, die auf ihren Online-Schnittstellen angezeigt wird, öffentlich zugänglich machen, um die Aufsicht und die Forschung zu neu entstehenden Risiken im Zusammenhang mit der Online-Verbreitung von Werbung zu unterstützen; dies betrifft etwa illegale Werbung oder manipulative Techniken und Desinformation mit realen und absehbaren negativen Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit oder Sicherheit, den gesellschaftlichen Diskurs, die politische Teilhabe und die Gleichbehandlung. Die Archive sollten den Inhalt der Werbung sowie damit verbundene Daten zum Werbetreibenden und zur Bereitstellung der Werbung enthalten, insbesondere was gezielte Werbung betrifft. ***Desinformation, insbesondere politische Desinformation, hat sich zu einem enormen Problem entwickelt, und sehr große Online-Plattformen sind immer mehr zu den Plattformen geworden, auf denen derartige Inhalte weitergegeben werden, insbesondere über Werbung. Sehr große Online-Plattformen sollten extremistische Akteure in Absprache mit unabhängigen Sachverständigen bei wiederholten Verstößen ausschließen. Sehr große Online-Plattformen sollten umfassende und überprüfbare Normen und***

Maßnahmen umsetzen, um den Spielraum für extremistische Akteure und gezielte Desinformation einzuschränken.

Änderungsantrag 27

**Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 64**

Vorschlag der Kommission

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von Algorithmensystemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen. Alle Bestimmungen über den Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein und

Geänderter Text

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von Algorithmensystemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen. ***Diese Daten sollten möglichst stark aufgeschlüsselt bereitgestellt werden, damit auf ihrer Grundlage***

Rechte und legitime Interessen angemessen schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer.

aussagekräftige Schlussfolgerungen gezogen werden können. Es ist beispielsweise wichtig, dass sehr große Online-Plattformen in möglichst großem Umfang nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten bereitstellen, damit zugelassene Forscher untersuchen können, ob und inwiefern sich bestimmte Online-Risiken unterschiedlich auf Männer und Frauen auswirken. Alle Bestimmungen über den Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime Interessen angemessen schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer.

Änderungsantrag 28

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 74

Vorschlag der Kommission

(74) Der Koordinator für digitale Dienste und andere gemäß dieser Verordnung benannte zuständige Behörden spielen eine entscheidende Rolle bei der Gewährleistung der Wirksamkeit der Rechte und Pflichten aus dieser Verordnung und bei der Verwirklichung ihrer Ziele. Daher muss sichergestellt werden, dass diese Behörden völlig unabhängig von privaten und öffentlichen Einrichtungen handeln und keine Verpflichtung oder Möglichkeit besteht, Anweisungen, auch von der Regierung, einzuholen oder entgegenzunehmen, unbeschadet der spezifischen Pflichten zur Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Behörden, dem Koordinator für digitale Dienste, dem Gremium und der Kommission. Andererseits sollte die Unabhängigkeit dieser Behörden nicht bedeuten, dass sie keinen nationalen Kontroll- oder

Geänderter Text

(74) Der Koordinator für digitale Dienste und andere gemäß dieser Verordnung benannte zuständige Behörden spielen eine entscheidende Rolle bei der Gewährleistung der Wirksamkeit der Rechte und Pflichten aus dieser Verordnung und bei der Verwirklichung ihrer Ziele. Daher muss sichergestellt werden, dass diese Behörden völlig unabhängig von privaten und öffentlichen Einrichtungen handeln und keine Verpflichtung oder Möglichkeit besteht, Anweisungen, auch von der Regierung, einzuholen oder entgegenzunehmen, unbeschadet der spezifischen Pflichten zur Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Behörden, dem Koordinator für digitale Dienste, dem Gremium und der Kommission. Andererseits sollte die Unabhängigkeit dieser Behörden nicht bedeuten, dass sie keinen nationalen Kontroll- oder

Überwachungsmechanismen hinsichtlich ihrer finanziellen Ausgaben oder keiner gerichtlichen Überprüfung unterliegen können oder keine Möglichkeit haben, andere nationale Behörden wie z. B. Strafverfolgungsbehörden oder Krisenmanagementbehörden zu konsultieren, soweit dies mit der nationalen Verfassung im Einklang steht und die Verwirklichung der Ziele dieser Verordnung nicht beeinträchtigt.

Überwachungsmechanismen hinsichtlich ihrer finanziellen Ausgaben oder keiner gerichtlichen Überprüfung unterliegen können oder keine Möglichkeit haben, andere nationale Behörden wie z. B. Strafverfolgungsbehörden oder Krisenmanagementbehörden zu konsultieren, soweit dies mit der nationalen Verfassung im Einklang steht und die Verwirklichung der Ziele dieser Verordnung nicht beeinträchtigt. ***Zudem ist es wichtig, sicherzustellen, dass der Koordinator für digitale Dienste und andere zuständige Behörden über die Kenntnisse verfügen, die notwendig sind, um die Achtung der Rechte und Pflichten gemäß dieser Verordnung sicherzustellen. Daher sollten sie die Aus- und Weiterbildung ihres Personals zu den Grundrechten und zu Diskriminierung fördern, unter anderem Schulungen in Partnerschaft mit Strafverfolgungsbehörden, Krisenmanagementbehörden oder Organisationen der Zivilgesellschaft, die Opfer illegaler Online- und Offline-Aktivitäten, z. B. von Belästigung, geschlechtsspezifischer Gewalt und illegalen Hassreden, unterstützen.***

Änderungsantrag 29

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 82

Vorschlag der Kommission

(82) Die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass die Koordinatoren für digitale Dienste wirksame und verhältnismäßige Maßnahmen treffen können, um bestimmten besonders schweren und dauerhaften Zuwiderhandlungen entgegenzuwirken. Insbesondere wenn diese Maßnahmen die Rechte und Interessen von Dritten berühren können, was besonders bei Einschränkungen des Zugangs zu Online-

Geänderter Text

(82) Die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass die Koordinatoren für digitale Dienste wirksame und verhältnismäßige Maßnahmen treffen können, um bestimmten besonders schweren und dauerhaften Zuwiderhandlungen entgegenzuwirken. Insbesondere wenn diese Maßnahmen die Rechte und Interessen von Dritten berühren können, was besonders bei Einschränkungen des Zugangs zu Online-

Schnittstellen der Fall sein kann, sollte dafür gesorgt werden, dass die Maßnahmen auf Antrag der Koordinatoren für digitale Dienste von einer zuständigen Justizbehörde angeordnet werden müssen und weiteren Schutzmaßnahmen unterliegen. Insbesondere sollten möglicherweise betroffene Dritte Anspruch auf rechtliches Gehör haben, und diese Anordnungen sollten nur erteilt werden, wenn nach anderen Unionsvorschriften oder nach nationalem Recht keine Befugnisse zur Durchführung solcher Maßnahmen in angemessener Weise zur Verfügung stehen, etwa um kollektive Verbraucherinteressen zu schützen, für eine umgehende Entfernung von Websites, die Kinderpornographie enthalten oder verbreiten, zu sorgen oder den Zugang zu Diensten, die von Dritten für Zuwiderhandlungen gegen Rechte des geistigen Eigentums missbraucht werden, zu unterbinden.

Schnittstellen der Fall sein kann, sollte dafür gesorgt werden, dass die Maßnahmen auf Antrag der Koordinatoren für digitale Dienste von einer zuständigen Justizbehörde angeordnet werden müssen und weiteren Schutzmaßnahmen unterliegen. Insbesondere sollten möglicherweise betroffene Dritte Anspruch auf rechtliches Gehör haben, und diese Anordnungen sollten nur erteilt werden, wenn nach anderen Unionsvorschriften oder nach nationalem Recht keine Befugnisse zur Durchführung solcher Maßnahmen in angemessener Weise zur Verfügung stehen, etwa, um kollektive Verbraucherinteressen zu schützen, für eine umgehende Entfernung von Websites, die Kinderpornografie, **mit der sexuellen Ausbeutung oder dem sexuellen Missbrauch von Frauen und Mädchen zusammenhängende Inhalte und Rachepornografie** enthalten oder verbreiten, zu sorgen oder den Zugang zu Diensten, die von Dritten für Zuwiderhandlungen gegen Rechte des geistigen Eigentums missbraucht werden, zu unterbinden.

Änderungsantrag 30

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 88

Vorschlag der Kommission

(88) Im Interesse einer einheitlichen Anwendung dieser Verordnung ist es erforderlich, auf Unionsebene eine unabhängige Beratungsgruppe einzusetzen, die die Kommission unterstützt und zur Koordinierung der Tätigkeiten der Koordinatoren für digitale Dienste beiträgt. Dieses Europäische Gremium für digitale Dienste sollte die Koordinatoren für digitale Dienste umfassen, wobei die Koordinatoren für digitale Dienste jedoch die Möglichkeit haben sollten, ad hoc auch Vertreterinnen und Vertreter anderer

Geänderter Text

(88) Im Interesse einer einheitlichen Anwendung dieser Verordnung ist es erforderlich, auf Unionsebene eine unabhängige Beratungsgruppe einzusetzen, die die Kommission unterstützt und zur Koordinierung der Tätigkeiten der Koordinatoren für digitale Dienste beiträgt. **Diese Beratungsgruppe sollte sich bei ihrer Zusammensetzung um eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern bemühen.** Dieses Europäische Gremium für digitale Dienste sollte die Koordinatoren für digitale Dienste

zuständiger Behörden, denen bestimmte Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung zugewiesen wurden, zu Sitzungen einzuladen oder zu ernennen, wenn dies aufgrund der Zuweisung von Aufgaben und Zuständigkeiten auf nationaler Ebene erforderlich ist. Nehmen mehrere Personen aus einem Mitgliedstaat teil, sollte sich das Stimmrecht auf eine(n) Vertreter(in) je Mitgliedstaat beschränken.

umfassen, wobei die Koordinatoren für digitale Dienste jedoch die Möglichkeit haben sollten, ad hoc auch Vertreterinnen und Vertreter anderer zuständiger Behörden, denen bestimmte Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung zugewiesen wurden, zu Sitzungen einzuladen oder zu ernennen, wenn dies aufgrund der Zuweisung von Aufgaben und Zuständigkeiten auf nationaler Ebene erforderlich ist. Nehmen mehrere Personen aus einem Mitgliedstaat teil, sollte sich das Stimmrecht auf eine(n) Vertreter(in) je Mitgliedstaat beschränken.

Änderungsantrag 31

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 91

Vorschlag der Kommission

(91) Das Gremium sollte Vertreterinnen und Vertreter der Koordinatoren für digitale Dienste und gegebenenfalls anderer zuständiger Behörden umfassen und unter dem Vorsitz der Kommission stehen, um die ihm vorgelegten Angelegenheiten aus umfassender europäischer Perspektive bewerten zu können. Angesichts möglicher weiterreichender Aspekte, die auch für andere Regulierungsrahmen auf Unionsebene von Bedeutung sein können, sollte das Gremium mit anderen Einrichtungen, Ämtern, Agenturen und Beratungsgruppen der Union zusammenarbeiten können, die z. B. in den Bereichen **Gleichbehandlung, auch von Männern und Frauen, Nichtdiskriminierung**, Datenschutz, elektronische Kommunikation, audiovisuelle Dienste, Aufdeckung und Untersuchung von Betrug zulasten des EU-Haushalts im Zusammenhang mit Zöllen oder Verbraucherschutz tätig sind, soweit dies für die Ausübung der Aufgaben

Geänderter Text

(91) Das Gremium sollte Vertreterinnen und Vertreter der Koordinatoren für digitale Dienste und gegebenenfalls anderer zuständiger Behörden **wie des Europäischen Datenschutzbeauftragten und der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte** umfassen und unter dem Vorsitz der Kommission stehen, um die ihm vorgelegten Angelegenheiten aus umfassender europäischer Perspektive bewerten zu können. Angesichts möglicher weiterreichender Aspekte, die auch für andere Regulierungsrahmen auf Unionsebene von Bedeutung sein können, sollte das Gremium mit anderen Einrichtungen, Ämtern, Agenturen und Beratungsgruppen der Union zusammenarbeiten können, die z. B. in den Bereichen **Gleichstellung, insbesondere Geschlechtergleichstellung und Nichtdiskriminierung, Beseitigung aller Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen und anderer Formen geschlechtsspezifischer Gewalt, einschließlich Gewalt und Belästigung im Internet, Cyber-Stalking,**

erforderlich ist.

Menschenhandel im Internet zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung, Kindesmissbrauch, Datenschutz, elektronische Kommunikation, audiovisuelle Dienste, Aufdeckung und Untersuchung von Betrug zulasten des EU-Haushalts im Zusammenhang mit Zöllen oder Verbraucherschutz tätig sind, soweit dies für die Ausübung der Aufgaben erforderlich ist.

Änderungsantrag 32

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Festlegung einheitlicher Regeln für ein sicheres, vorhersehbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld, in dem die in der Charta verankerten Grundrechte wirksam geschützt sind.

Geänderter Text

b) Festlegung einheitlicher Regeln für ein sicheres, ***zugängliches***, vorhersehbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld, in dem ***Menschen mit Behinderungen einbezogen werden und*** die in der Charta verankerten Grundrechte, ***insbesondere diejenigen in Bezug auf die Gleichstellung***, wirksam geschützt sind.

Änderungsantrag 33

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 5 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) die Verordnung (EU) .../... ***zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte [„TOI“, sobald erlassen]***,

Geänderter Text

d) die Verordnung (EU) ***2021/784 des Europäischen Parlaments und des Rates^{1a}***;

^{1a} ***Verordnung (EU) 2021/784 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2021 zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte (ABl. L 172 vom 17.5.2021, S. 79).***

Änderungsantrag 34

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 5 – Buchstabe d a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

da) Verordnung (EU) 2021/1232 des Europäischen Parlaments und des Rates^{1a};

^{1a} Verordnung (EU) 2021/1232 des Europäischen Parlaments und des Rates über eine vorübergehende Ausnahme von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2002/58/EG hinsichtlich der Verwendung von Technologien durch Anbieter nummernunabhängiger interpersoneller Kommunikationsdienste zur Verarbeitung personenbezogener und anderer Daten zwecks Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet (Abl. L 274 vom 30.7.2021, S. 41).

Änderungsantrag 35

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe d a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

da) „Kind“ jede natürliche Person im Alter von unter 18 Jahren;

Änderungsantrag 36

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe g

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

g) „illegale Inhalte“ alle Informationen, die als solche oder durch ihre Bezugnahme auf eine Tätigkeit, einschließlich des Verkaufs von Produkten oder der Erbringung von Dienstleistungen,

g) „illegale Inhalte“ alle Informationen, die als solche oder durch ihre Bezugnahme auf eine Tätigkeit, einschließlich des Verkaufs von Produkten oder der Erbringung von Dienstleistungen,

nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem Recht eines Mitgliedstaats stehen, ungeachtet des genauen Gegenstands oder der Art der betreffenden Rechtsvorschriften;

offensichtlich nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem Recht eines Mitgliedstaats stehen, ungeachtet des genauen Gegenstands oder der Art der betreffenden Rechtsvorschriften; ***die Meldung oder Warnung in Bezug auf eine illegale Handlung wird nicht als illegaler Inhalt angesehen;***

Änderungsantrag 37

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe q a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

qa) „geschlechtsspezifische Gewalt im Internet“ jeden Akt geschlechtsspezifischer Gewalt, der teilweise oder vollständig durch den Einsatz von IKT, beispielsweise von Mobiltelefonen und Smartphones, Internet, Social-Media-Plattformen oder E-Mail gegenüber einer Frau begangen, unterstützt oder verschlimmert wird, weil es sich um eine Frau handelt oder Frauen unverhältnismäßig stark betrifft, oder aber gegen LGBTI-Personen aufgrund ihrer Geschlechtsidentität, ihres Ausdrucks der Geschlechtlichkeit oder ihrer Geschlechtsmerkmale und die zu körperlichem, sexuellem, psychologischem oder wirtschaftlichem Schaden, einschließlich der Androhung solcher Handlungen, Nötigung oder willkürlicher Freiheitsberaubung, im öffentlichen oder privaten Leben führt oder führen kann.

Änderungsantrag 38

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 8 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 8a

Einstweilige Verfügungen

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Empfänger von Dienstleistungen nach Maßgabe ihrer nationalen Rechtsvorschriften als vorläufige Maßnahme eine einstweilige Verfügung beantragen können, um offensichtlich illegale Inhalte zu entfernen.

Änderungsantrag 39

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 10 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 10a

Kontaktstelle für Empfänger von Dienstleistungen

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten legen eine zentrale Kontaktstelle fest, die eine direkte elektronische Kommunikation mit den Empfängern ihrer Dienstleistungen ermöglicht. Die Kommunikationsmittel sind benutzerfreundlich und leicht zugänglich.

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten veröffentlichen die Informationen, die erforderlich sind, damit die Empfänger ihre zentralen Kontaktstellen leicht ermitteln und mit ihnen kommunizieren können.

Änderungsantrag 40

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren

allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt.

allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich ***in einem mit einer Suchfunktion versehenen Archiv*** zur Verfügung gestellt, ***das alle vorherigen Fassungen mit der Angabe des Beginns ihrer Anwendung enthält.***

Änderungsantrag 41

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten gehen bei der Anwendung und Durchsetzung der in Absatz 1 genannten Beschränkungen sorgfältig, objektiv und verhältnismäßig vor und berücksichtigen dabei die Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten sowie die geltenden Grundrechte der Nutzer, die in der Charta verankert sind.

Geänderter Text

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten gehen bei der Anwendung und Durchsetzung der in Absatz 1 genannten Beschränkungen sorgfältig, ***nicht diskriminierend, transparent***, objektiv und verhältnismäßig vor und berücksichtigen dabei die Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten sowie die geltenden Grundrechte der Nutzer, die in der Charta verankert sind.

Änderungsantrag 42

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten nehmen in ihre Plattformen ihre Geschäftsbedingungen auf, in denen sie Verhaltensregeln für ihre Nutzer festlegen. Diese Regeln sind in leicht verständlicher Form öffentlich zugänglich, gewährleisten die Gleichstellung der Geschlechter und Nichtdiskriminierung, sind altersgerecht, werden in klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und entsprechen den höchsten europäischen oder internationalen Standards gemäß Artikel 34.

Änderungsantrag 43

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2b) Sehr große Online-Plattformen gemäß Artikel 25 Absatz 1 veröffentlichen ihre Geschäftsbedingungen in allen Sprachen der Mitgliedstaaten, in denen sie Dienstleistungen erbringen, und auf Anfrage in allen Amtssprachen der Union. Sie legen ihre Geschäftsbedingungen in maschinenlesbarem Format fest.

Änderungsantrag 44

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 2 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2c) Der Koordinator für digitale Dienste jedes Mitgliedstaats kann sich bemühen, in Abstimmung mit dem Ausschuss mit sehr großen Online-Plattformen gemäß Artikel 25 Absatz 1 zusammenzuarbeiten, um Maßnahmen

und Instrumente für die Moderation von Inhalten anzuwenden, um Verstöße gegen die in dieser Verordnung festgelegten Pflichten zu ahnden.

Änderungsantrag 45

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 12a

Beurteilungen der Auswirkungen auf Kinder

(1) Alle Anbieter von Vermittlungsdiensten überprüfen, ob Kinder, insbesondere Mädchen, auf ihre Dienste zugreifen, vermutlich darauf zugreifen oder deren Auswirkungen ausgesetzt sind. Anbieter von Diensten, die sich vermutlich auf Kinder, insbesondere auf Mädchen, auswirken, ermitteln, analysieren und bewerten bei der Ausgestaltung und Entwicklung neuer Dienste fortlaufend und mindestens einmal jährlich alle systemischen Risiken, die sich aus dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste für Kinder und insbesondere für Mädchen in der Union ergeben. Diese Risikobewertungen erfolgen spezifisch für die angebotenen Dienste, erfüllen die höchsten europäischen oder internationalen Normen nach Artikel 34 und berücksichtigen alle im Vertrag enthaltenen bekannten Risiken im Zusammenhang mit Inhalten, Kontakten, Verhaltensweisen oder Handelsvorgängen. Ferner umfassen die Bewertungen die folgenden systemischen Risiken:

a) Verbreitung von illegalen Inhalten oder Verhaltensweisen, die durch die angebotenen Dienste ermöglicht werden, zutage treten oder ausgelöst werden;

b) etwaige nachteilige Auswirkungen auf die Ausübung der Rechte des Kindes, die in Artikel 24 der Charta und dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes verankert und hinsichtlich des digitalen Umfelds in der Allgemeinen Bemerkung Nr. 25 des Ausschusses der Vereinten Nationen für die Rechte des Kindes ausgeführt sind;

c) etwaige nachteilige Auswirkungen auf das Recht auf Gleichstellung der Geschlechter gemäß Artikel 23 der Charta, insbesondere auf das Recht auf ein gewaltfreies Leben, wie dies im Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Übereinkommen von Istanbul) vorgesehen ist;

d) etwaige nachteilige Auswirkungen auf das Recht auf Nichtdiskriminierung gemäß Artikel 21 der Charta;

e) beabsichtigte oder unbeabsichtigte Folgen des Betriebs oder der vorsätzlichen Manipulation ihres Dienstes, auch durch unauthentische Nutzung oder automatisierte Ausnutzung des Dienstes, mit tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen Auswirkungen auf die Rechte von Kindern, insbesondere von Mädchen.

(2) Bei der Durchführung solcher Folgenabschätzungen berücksichtigen die Anbieter von Vermittlungsdiensten, die sich vermutlich auf Kinder und insbesondere auf Mädchen auswirken, vor allem welchen Einfluss ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen, ihre Systeme zur Moderation von Inhalten, ihre Empfehlungssysteme und ihre Systeme zur Auswahl und Anzeige von Werbung auf die in Absatz 1 genannten systemischen Risiken haben, einschließlich der Möglichkeit einer raschen und großflächigen Verbreitung von illegalen Inhalten und von Informationen, die mit ihren allgemeinen

Geschäftsbedingungen oder den Rechten von Kindern, insbesondere von Mädchen, unvereinbar sind.

Änderungsantrag 46

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 12b

Minderung der Risiken für Kinder, insbesondere für Mädchen

Die Anbieter von Vermittlungsdiensten, die sich vermutlich auf Kinder und insbesondere auf Mädchen auswirken, ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame

Risikominderungsmaßnahmen, die auf die gemäß Artikel 12a ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind.

Hierzu gehören gegebenenfalls:

- a) Umsetzung der in Artikel 27 genannten Maßnahmen zur Risikominderung mit Blick auf das Kindeswohl;*
- b) Anpassung oder Entfernung von Systemgestaltungsmerkmalen, durch die Kinder Risiken hinsichtlich Inhalten, Kontakt, Verhaltensweisen und vertraglichen Regelungen ausgesetzt werden, wie im Verfahren der Beurteilung der Auswirkungen auf Kinder dargelegt;*
- c) Umsetzung einer verhältnismäßigen und die Privatsphäre schützenden Altersabfrage, die der in Artikel 34 angeführten Norm entspricht;*
- d) Anpassung der Systeme zur Moderation von Inhalten oder der Empfehlungssysteme, ihrer Entscheidungsprozesse, der Merkmale*

*oder der Funktionsweise ihrer Dienste
oder ihrer allgemeinen
Geschäftsbedingungen, um die
Priorisierung des Kindeswohls und der
Gleichstellung der Geschlechter
sicherzustellen;*

*e) Gewährleistung eines
Höchstmaßes an Privatsphäre, Schutz
und eingebauter Sicherheit durch
Voreinstellungen für Kinder;*

*f) Verhinderung des Profilings von
Kindern, auch zu gewerblichen Zwecken
wie gezielter Werbung;*

*g) Sicherstellung, dass die
veröffentlichten Geschäftsbedingungen
altersgerecht sind und die Rechte von
Kindern und die Gleichstellung der
Geschlechter dabei eingehalten werden;*

*h) Bereitstellung eines kindgerechten
und inklusiven Rechtsbehelfs- und
Rechtshilfemechanismus, der den
einfachen Zugang zu fachkundiger
Beratung und Unterstützung einschließt.*

Änderungsantrag 47

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten veröffentlichen mindestens einmal jährlich klare, leicht verständliche und ausführliche Berichte über eine Moderation von Inhalten, die sie im betreffenden Zeitraum durchgeführt haben. Diese Berichte enthalten – soweit zutreffend – insbesondere folgende Angaben:

Geänderter Text

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten veröffentlichen mindestens einmal jährlich klare, leicht verständliche und ausführliche Berichte über eine Moderation von Inhalten, die sie im betreffenden Zeitraum durchgeführt haben. Diese Berichte ***sind nach den einzelnen Mitgliedstaaten aufgeschlüsselt und*** enthalten – soweit zutreffend – insbesondere folgende Angaben:

Änderungsantrag 48

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) die Anzahl der nach Artikel 14 gemachten Meldungen, aufgeschlüsselt nach der Art der betroffenen mutmaßlich illegalen Inhalte, alle aufgrund der Meldungen ergriffenen Maßnahmen, unterschieden danach, ob dies auf gesetzlicher Grundlage oder gemäß den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters erfolgt ist, und die durchschnittliche Dauer bis zur Ergreifung der Maßnahmen;

Geänderter Text

b) die Anzahl der nach Artikel 14 gemachten Meldungen, aufgeschlüsselt nach der Art der betroffenen mutmaßlich illegalen Inhalte, ***anonymisierte Daten über individuelle Merkmale derjenigen, die diese Meldungen einreichen, wie Geschlecht, Altersgruppe und sozialer Hintergrund***, alle aufgrund der Meldungen ergriffenen Maßnahmen, unterschieden danach, ob dies auf gesetzlicher Grundlage oder gemäß den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters erfolgt ist, und die durchschnittliche Dauer bis zur Ergreifung der Maßnahmen;

Änderungsantrag 49

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) die Anzahl der Beschwerden, die über das in Artikel 17 genannte interne Beschwerdemanagementsystem eingegangen sind, die Grundlage dieser Beschwerden, die zu diesen Beschwerden getroffenen Entscheidungen, die durchschnittliche Entscheidungsdauer und die Anzahl der Fälle, in denen diese Entscheidungen rückgängig gemacht wurden.

Geänderter Text

d) die Anzahl der Beschwerden, die über das in Artikel 17 genannte interne Beschwerdemanagementsystem eingegangen sind, ***anonymisierte Daten über die individuellen Merkmale derjenigen, die diese Beschwerden einreichen, wie Geschlecht, Altersgruppe und sozialer Hintergrund***, die Grundlage dieser Beschwerden, die zu diesen Beschwerden getroffenen Entscheidungen, die durchschnittliche Entscheidungsdauer und die Anzahl der Fälle, in denen diese Entscheidungen rückgängig gemacht wurden.

Änderungsantrag 50

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 13 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Der Schutz der Identität der betroffenen Opfer wird im Einklang mit den DSGVO-Standards gewährleistet.

Änderungsantrag 51

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 13 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1b) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten, die sich auf Kinder, insbesondere auf Mädchen, auswirken, veröffentlichen mindestens einmal jährlich:

a) die Beurteilung der Auswirkungen auf Kinder zur Ermittlung bekannter Schäden, unbeabsichtigter Folgen und neu entstehender Risiken; diese Beurteilungen der Auswirkungen entsprechen den in Artikel 34 dargelegten Normen;

b) klare, leicht verständliche und ausführliche Berichte über die Maßnahmen für die Gleichstellung der Geschlechter und zur Minderung der Risiken für Kinder sowie deren Wirksamkeit und über etwaige notwendige und noch ausstehende Maßnahmen; diese Berichte entsprechen den in Artikel 34 dargelegten Normen, auch was eine Altersabfrage und Altersverifizierung im Einklang mit einer kindgerechten Gestaltung betrifft, wodurch auch die Gleichstellung der Geschlechter gefördert wird.

Änderungsantrag 52

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 14 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Hosting-Diensteanbieter richten Verfahren ein, nach denen Personen oder Einrichtungen ihnen das Vorhandensein von Einzelinformationen in ihren Diensten melden können, die die betreffende Person oder Einrichtung als illegale Inhalte ansieht. Diese Verfahren müssen leicht zugänglich und benutzerfreundlich sein und eine Übermittlung von Meldungen ausschließlich auf elektronischem Weg erlauben.

Geänderter Text

(1) Hosting-Diensteanbieter richten Verfahren ein, nach denen Personen oder Einrichtungen ihnen das Vorhandensein von Einzelinformationen in ihren Diensten – ***in allen Sprachen der Mitgliedstaaten, in denen sie Dienstleistungen erbringen, und auf Anfrage in allen Amtssprachen der Union*** – melden können, die die betreffende Person oder Einrichtung als illegale Inhalte ansieht, ***oder von Informationen, die nicht mit den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters vereinbar sind.*** Diese Verfahren müssen leicht zugänglich und benutzerfreundlich sein und eine Übermittlung von Meldungen ausschließlich auf elektronischem Weg erlauben.

Änderungsantrag 53

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 2 – Buchstabe d a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

da) die Möglichkeit für diejenigen, die Meldungen einreichen, einige ihrer individuellen Merkmale darzulegen, etwa Geschlecht, Altersgruppe oder sozialer Hintergrund; die Anbieter stellen klar, dass diese Informationen nicht Teil des Entscheidungsprozesses im Zusammenhang mit der Meldung sind sowie vollständig anonymisiert und nur zu Meldezwecken verwendet werden.

Änderungsantrag 54

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 4 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Der Anbieter von Vermittlungsdiensten unterrichtet auch die Empfänger, sofern Kontaktangaben verfügbar sind, und gibt ihnen Gelegenheit, darauf zu antworten, es sei denn, dies würde die Verhütung und Verfolgung schwerer Straftaten behindern, unnötige Verzögerungen verursachen oder die Gefahr einer weiteren Verbreitung illegaler Inhalte erhöhen.

Änderungsantrag 55

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 6 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6a) Nach Erhalt einer gültigen Meldung handeln die Hosting-Dienstanbieter zügig, um den Zugang zu offensichtlich illegalen Inhalten zu sperren.

Änderungsantrag 56

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 6 b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6b) Der Hosting-Dienstanbieter stellt sicher, dass die Verarbeitung von Meldungen durch qualifiziertes Personal vorgenommen wird, das eine angemessene Grundausbildung und laufende Schulung in Bezug auf die geltenden Rechtsvorschriften und internationalen Menschenrechtsnormen, darunter im Bereich der Nichtdiskriminierung, erhalten haben sowie über angemessene

Arbeitsbedingungen verfügen muss, wozu gegebenenfalls auch professionelle Hilfe, qualifizierte psychologische Betreuung und Rechtsberatung gehören.

Änderungsantrag 57

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Entscheidungen über **die** Entfernung der Information oder **die** Sperrung des Zugangs zu der Information;

Geänderter Text

a) Entscheidungen über **eine mögliche** Entfernung der Information oder Sperrung des Zugangs zu der Information;

Änderungsantrag 58

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Entscheidungen über **die** vollständige oder teilweise Aussetzung oder Kündigung des Dienstes gegenüber den Nutzern;

Geänderter Text

b) Entscheidungen über **eine mögliche** vollständige oder teilweise Aussetzung oder Kündigung des Dienstes gegenüber den Nutzern;

Änderungsantrag 59

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) Entscheidungen über **die** Aussetzung oder Schließung des Kontos des Nutzers.

Geänderter Text

c) Entscheidungen über **eine mögliche** Aussetzung oder Schließung des Kontos des Nutzers.

Änderungsantrag 60

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)

ca) Entscheidungen über eine mögliche Beschränkung der Möglichkeit der Monetisierung der von Nutzern bereitgestellten Inhalte.

Änderungsantrag 61

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2) Online-Plattformen stellen sicher, dass ihre internen **Beschwerdemanagementsysteme** leicht zugänglich und benutzerfreundlich sind und die Einreichung hinreichend präziser und angemessen begründeter Beschwerden ermöglichen und erleichtern.

(2) Online-Plattformen stellen sicher, dass ihre internen **Beschwerdemanagement- und Rechtsbehelfssysteme** leicht zugänglich und benutzerfreundlich sind, **auch für Kinder**, und die Einreichung hinreichend präziser und angemessen begründeter Beschwerden ermöglichen und erleichtern.

Änderungsantrag 62

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 17 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Online-Plattformen geben denjenigen, die Beschwerden einreichen, die Möglichkeit, einige ihrer individuellen Merkmale darzulegen, etwa Geschlecht, Altersgruppe und sozialer Hintergrund. Online-Plattformen stellen klar, dass diese Informationen nicht Teil des Entscheidungsprozesses im Zusammenhang mit der Beschwerde sind sowie vollständig anonymisiert und nur zu Meldezwecken verwendet werden.

Änderungsantrag 63

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 24a

Empfehlungssysteme

(1) Online-Plattformen dürfen die Nutzer nicht auf Profiling basierenden Empfehlungssystemen unterwerfen, es sei denn, der Nutzer hat eine frei gegebene, spezifische, informierte und eindeutige Zustimmung erteilt. Online-Plattformen müssen sicherstellen, dass die Option, die nicht auf Profiling basiert, standardmäßig aktiviert ist.

(2) Online-Plattformen legen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen und bei der Empfehlung von Inhalten in klarer, zugänglicher und leicht verständlicher Weise die wichtigsten Parameter dar, die in ihren Empfehlungssystemen verwendet werden, sowie alle Optionen, die sie den Dienstleistungsempfängern zur Verfügung stellen, um diese wichtigsten Parameter zu ändern oder zu beeinflussen, einschließlich mindestens einer Option, die nicht auf Profiling im Sinne von Artikel 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/679 basiert. Online-Plattformen müssen es den Dienstleistungsempfängern auch ermöglichen, das oder die Profile, die zum Kuratieren der eigenen Inhalte verwendet werden, auf benutzerfreundliche Art und Weise einzusehen. Sie müssen den Nutzern eine leicht zugängliche Möglichkeit bieten, ihr Profil oder die Profile zu löschen, die zur Kuratierung der Inhalte verwendet werden, die der Empfänger sieht.

(3) Die Parameter nach Absatz 2 betreffen mindestens:

- a) die vom jeweiligen System verwendeten Empfehlungskriterien;**
- b) wie diese Kriterien gegeneinander**

gewichtet werden;

c) für welche Zielvorgaben das jeweilige System optimiert wurde; und

d) gegebenenfalls eine Erläuterung der Rolle, die das Verhalten der Nutzer dabei spielt, wie das betreffende System seine Leistungen erzeugt.

(4) Stehen mehrere Optionen nach Absatz 1 zur Verfügung, so stellen sehr große Online-Plattformen auf ihrer Online-Schnittstelle eine leicht zugängliche Funktion bereit, die es den Nutzern ermöglicht, jederzeit für jedes Empfehlungssystem, das die relative Reihenfolge der ihnen angezeigten Informationen bestimmt, ihre bevorzugte Option auszuwählen und zu ändern.

(5) Online-Plattformen müssen ihre Nutzer über die Identität der für das Empfehlungssystem verantwortlichen Person informieren.

(6) Online-Plattformen stellen sicher, dass der von ihrem Empfehlungssystem verwendete Algorithmus so gestaltet ist, dass er die Dienstleistungsempfänger bei der Nutzung nicht in die Irre führt oder manipuliert.

(7) Online-Plattformen müssen sicherstellen, dass Informationen aus vertrauenswürdigen Quellen, wie z. B. Informationen von Behörden oder aus wissenschaftlichen Quellen, als erste Ergebnisse nach Suchanfragen angezeigt werden, die sich auf Bereiche von öffentlichem Interesse beziehen.

Änderungsantrag 64

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 24 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 24b

**Schutz vor bildbasiertem sexuellem
Missbrauch**

Wird eine Online-Plattform in erster Linie für die Verbreitung von pornografischen Inhalten genutzt, die von Nutzern selbst erzeugt wurden, so trifft die Plattform die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass

- a) die Identität von Nutzern, die Inhalte verbreiten, durch eine Registrierung im Rahmen von Double-Opt-In-Verfahren per E-Mail- und Handy verifiziert wurde;***
- b) Inhalte professionell und von Menschen gemäß Artikel 14 Absatz 6b moderiert werden, sodass Inhalte, die mit hoher Wahrscheinlichkeit illegal sind, wie beispielsweise voyeuristische Inhalte oder Inhalte, die Vergewaltigungsszenen darstellen, überprüft werden;***
- c) ein als anonym eingestuftes Meldeverfahren verfügbar ist, dass Einzelpersonen zusätzlich zu dem in Artikel 14 genannten Mechanismus und unter Beachtung derselben Grundsätze mit Ausnahme von Absatz 4a des genannten Artikels der Plattform melden können, dass Bildmaterial, auf dem sie abgebildet oder mutmaßlich abgebildet sind, ohne ihre Zustimmung verbreitet wird, und der Plattform einen Prima-facie-Beweis für ihre physische Identität liefern können; Inhalte, die im Rahmen dieses Verfahrens gemeldet werden, als offensichtlich illegal im Sinne von Artikel 14 Absatz 6a eingestuft und innerhalb von 48 Stunden ausgesetzt werden.***

Änderungsantrag 65

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 1 – Einleitung**

Vorschlag der Kommission

(1) Sehr große Online-Plattformen ermitteln, analysieren und bewerten ab dem in Artikel 25 Absatz 4 Unterabsatz 2 genannten Anwendungsbeginn **und danach mindestens einmal jährlich alle** erheblichen systemischen Risiken, die sich aus dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste in der Union ergeben. Diese Risikobewertung erfolgt spezifisch für ihre Dienste und umfasst die folgenden systemischen Risiken:

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen ermitteln, analysieren und bewerten ab dem in Artikel 25 Absatz 4 Unterabsatz 2 genannten Anwendungsbeginn **fortlaufend die Wahrscheinlichkeit und Relevanz aller** erheblichen systemischen Risiken, die sich aus dem Betrieb und der Nutzung ihrer Dienste in der Union ergeben. Diese Risikobewertung erfolgt spezifisch für ihre Dienste und umfasst die folgenden systemischen Risiken:

Änderungsantrag 66

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe b**

Vorschlag der Kommission

b) etwaige nachteilige Auswirkungen auf die Ausübung der Grundrechte auf Achtung des Privat- und Familienlebens, auf die Meinungs- und Informationsfreiheit, auf das Diskriminierungsverbot und auf die Rechte des Kindes, die in den Artikeln 7, 11, 21 und 24 der Charta verankert sind;

Geänderter Text

b) etwaige nachteilige Auswirkungen auf die Ausübung der **in der Charta aufgeführten Grundrechte, insbesondere auf die** Grundrechte auf Achtung des Privat- und Familienlebens, auf die Meinungs- und Informationsfreiheit, auf das Diskriminierungsverbot, **auf Gleichstellung der Geschlechter** und auf die Rechte des Kindes, die in den Artikeln 7, 11, 21, **23** und 24 der Charta verankert sind;

Änderungsantrag 67

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 26 – Absatz 1 – Buchstabe c**

Vorschlag der Kommission

c) vorsätzliche Manipulationen ihres Dienstes, auch durch unauthentische Nutzung oder automatisierte Ausnutzung des Dienstes, mit tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen Auswirkungen auf

Geänderter Text

c) vorsätzliche Manipulationen ihres Dienstes, auch durch unauthentische Nutzung oder automatisierte Ausnutzung des Dienstes, mit tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen Auswirkungen auf

den Schutz der öffentlichen Gesundheit, auf Minderjährige und auf die gesellschaftliche Debatte oder tatsächlichen oder vorhersehbaren Auswirkungen auf Wahlprozesse und die öffentliche Sicherheit.

die Gleichstellung der Geschlechter, Online-Gewalt oder den Schutz der öffentlichen Gesundheit (**einschließlich der psychischen Gesundheit**), auf Minderjährige und auf die gesellschaftliche Debatte oder tatsächlichen oder vorhersehbaren Auswirkungen auf Wahlprozesse und die öffentliche Sicherheit.

Änderungsantrag 68

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Bei der Durchführung der Risikobewertung berücksichtigen sehr große Online-Plattformen insbesondere, wie ihre Systeme zur Moderation von Inhalten, ihre Empfehlungssysteme und ihre Systeme zur Auswahl und Anzeige von Werbung die in Absatz 1 genannten systemischen Risiken beeinflussen, sowie die Möglichkeit der raschen und weiten Verbreitung von illegalen Inhalten und von Informationen, die mit ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen unvereinbar sind.

Geänderter Text

(2) Bei der Durchführung der Risikobewertung berücksichtigen sehr große Online-Plattformen insbesondere, wie ihre Systeme zur Moderation von Inhalten, ihre Empfehlungssysteme und ihre Systeme zur Auswahl und Anzeige von Werbung die in Absatz 1 genannten systemischen Risiken beeinflussen, sowie die Möglichkeit der raschen und weiten Verbreitung von illegalen Inhalten **oder von Inhalten, bei denen die Gefahr besteht, dass sie zu einer Zunahme von Online-Gewalt oder zur Verschärfung der Marginalisierung schutzbedürftiger Gemeinschaften, gegen die sich Hetze im Internet häufig richtet, führen**, und von Informationen, die mit ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen unvereinbar sind.

Änderungsantrag 69

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Sehr große Online-Plattformen überprüfen regelmäßig ihre Algorithmen, um negative Folgen, wie etwa eine

Zunahme von Fällen von Online-Gewalt und infolgedessen auch physischer Gewalt, zu minimieren. Sehr große Online-Plattformen setzen umfassende und überprüfbare Normen und Maßnahmen um, um vorsätzliche Fehlinformationen einzuschränken.

Änderungsantrag 70

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 26 – Absatz 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2b) Sehr große Online-Plattformen stellen leicht zugängliche Erklärungen bereit, die es den Nutzern ermöglichen, zu verstehen, wann, warum, für welche Aufgaben und in welchem Umfang algorithmische Werkzeuge verwendet werden. Sie lassen den Nutzern auf einfache und zugängliche Weise die Wahl, ob sie die auf ihren Plattformen und in ihren Diensten verwendeten Algorithmen akzeptieren wollen. Sie geben unabhängigen Forschern und einschlägigen Regulierungsbehörden die Möglichkeit, ihre algorithmischen Werkzeuge zu prüfen, um sicherzustellen, dass sie wie vorgesehen verwendet werden.

Änderungsantrag 71

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame **Risikominderungsmaßnahmen**, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind.

(1) Sehr große Online-Plattformen ergreifen angemessene, verhältnismäßige und wirksame **Maßnahmen zur Beseitigung, Verhinderung und Minderung systemischer Risiken**, die auf die gemäß Artikel 26 ermittelten

Hierzu **können** gegebenenfalls **gehören**:

besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind. Hierzu **gehören** gegebenenfalls:

Änderungsantrag 72

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) gezielte Maßnahmen zur Beschränkung der Anzeige von Werbung in Verbindung mit dem von ihnen erbrachten Dienst;

Geänderter Text

b) gezielte Maßnahmen zur Beschränkung der Anzeige von Werbung, **illegalen oder schädlichen Inhalten** in Verbindung mit dem von ihnen erbrachten Dienst;

Änderungsantrag 73

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) beschließt eine sehr große Online-Plattform, keine der in Absatz 1 dieses Artikels aufgeführten Risikominderungsmaßnahmen einzuführen, so begründet sie dies schriftlich. Diese Gründe werden den unabhängigen Prüfern für die Zwecke des Prüfberichts gemäß Artikel 28 Absatz 3 mitgeteilt.

Änderungsantrag 74

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 27 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) bewährte Verfahren für sehr große Online-Plattformen zur Minderung der ermittelten systemischen Risiken.

Geänderter Text

b) bewährte Verfahren für sehr große Online-Plattformen zur **Beseitigung, Verhinderung und** Minderung der ermittelten systemischen Risiken.

Änderungsantrag 75

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 28 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) die in Kapitel III festgelegten Pflichten,

Geänderter Text

a) die in Kapitel III festgelegten Pflichten, ***insbesondere die Qualität der Ermittlung, Analyse und Bewertung der in Artikel 26 genannten Risiken sowie die Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit der Risikominderungsmaßnahmen gemäß Artikel 27,***

Änderungsantrag 76

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 31 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung und zum Verständnis systemischer Risiken gemäß Artikel 26 Absatz 1 beitragen.

Geänderter Text

(2) Sehr große Online-Plattformen gewähren auf begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort oder der Kommission innerhalb einer darin genannten angemessenen Frist zugelassenen Forschern, die die Anforderungen in Absatz 4 dieses Artikels erfüllen, Zugang zu Daten zum ausschließlichen Zweck der Durchführung von Forschungsarbeiten, die zur Ermittlung und zum Verständnis systemischer Risiken gemäß Artikel 26 Absatz 1 ***und zur Prüfung der Wirksamkeit der von der betreffenden sehr großen Online-Plattform gemäß Artikel 27 ergriffenen Risikominderungsmaßnahmen*** beitragen.

Änderungsantrag 77

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Die Daten, die den zugelassenen Forschern zur Verfügung gestellt werden, sind so gut wie möglich aufzuschlüsseln, es sei denn, der Forscher wünscht etwas anderes.

Änderungsantrag 78

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 31 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) Um zugelassen zu werden, müssen die Forscher mit akademischen Einrichtungen verbunden sein, unabhängig von gewerblichen Interessen sein, nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

(4) Um zugelassen zu werden, müssen die Forscher mit akademischen Einrichtungen verbunden sein, unabhängig von gewerblichen Interessen sein, **die Finanzierung der Forschung offenlegen**, nachweislich über Sachkenntnis auf den Gebieten verfügen, die mit den untersuchten Risiken oder den diesbezüglichen Forschungsmethoden zusammenhängen, und sich verpflichten und in der Lage sein, die mit jedem Verlangen verbundenen besonderen Anforderungen an die Datensicherheit und die Vertraulichkeit einzuhalten.

Änderungsantrag 79

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 33 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 33a

Rechenschaftspflicht für Algorithmen

(1) Bei der Nutzung automatisierter Entscheidungsfindung nimmt die sehr große Online-Plattform eine Bewertung

der verwendeten Algorithmen vor.

(2) Bei der Durchführung der Bewertung gemäß Absatz 1 wird von der sehr großen Online-Plattform Folgendes bewertet:

- a) die Einhaltung der entsprechenden Anforderungen der Union;*
- b) die Art, wie der Algorithmus verwendet wird, und seine Auswirkungen auf die Bereitstellung des Dienstes;*
- c) die Auswirkungen auf die Grundrechte, einschließlich der Verbraucherrechte, sowie die sozialen Auswirkungen der Algorithmen und*
- d) ob die von der sehr großen Online-Plattform umgesetzten Maßnahmen zur Sicherstellung der Widerstandsfähigkeit des Algorithmus im Hinblick auf die Bedeutung des Algorithmus für die Bereitstellung des Dienstes und seine Auswirkungen auf die unter Buchstabe c genannten Elemente angemessen sind.*

(3) Bei der Durchführung ihrer Bewertung kann die sehr große Online-Plattform sich von einschlägigen nationalen Behörden, Forschern und Nichtregierungsorganisationen beraten lassen.

(4) Nach der Bewertung gemäß Absatz 2 teilt die sehr große Online-Plattform der Kommission ihre Ergebnisse mit. Die Kommission ist berechtigt, zusätzliche Erläuterungen in Bezug auf die Schlussfolgerungen zu den Ergebnissen oder, falls die zusätzlichen Informationen über die Ergebnisse, die bereitgestellt wurden, nicht ausreichend sind, alle einschlägigen Informationen über den betreffenden Algorithmus im Zusammenhang mit Absatz 2 Buchstaben a, b, c und d anzufordern. Die sehr große Online-Plattform übermittelt diese zusätzlichen Informationen innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach dem Antrag der

Kommission.

(5) Wenn die sehr große Online-Plattform zu der Auffassung gelangt, dass der verwendete Algorithmus mit Absatz 2 Buchstabe a oder d nicht im Einklang steht, ergreift der Anbieter der sehr großen Online-Plattform geeignete und angemessene Korrekturmaßnahmen, um sicherzustellen, dass der Algorithmus die in Absatz 2 dargelegten Kriterien erfüllt.

(6) Wenn die Kommission auf der Grundlage der von der sehr großen Online-Plattform bereitgestellten Informationen zu der Auffassung gelangt, dass der von der sehr großen Online-Plattform verwendete Algorithmus mit Absatz 2 Buchstabe a, c oder d nicht im Einklang steht, und die sehr große Online-Plattform keine Korrekturmaßnahmen gemäß Absatz 5 ergriffen hat, empfiehlt die Kommission geeignete Maßnahmen, die in dieser Verordnung festgelegt sind, um den Verstoß zu beenden.

Änderungsantrag 80

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 34 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die Kommission unterstützt und fördert die Entwicklung und Umsetzung von Branchennormen, die von den einschlägigen europäischen und internationalen Normungsgremien zum Schutz und zur Förderung der Rechte des Kindes und des Rechts auf die Gleichstellung der Geschlechter festgelegt werden und deren Einhaltung nach ihrer Verabschiedung zumindest in folgenden Punkten verbindlich ist:

a) Altersprüfung und -verifizierung gemäß Artikel 13,

b) Bewertung der Auswirkungen auf Kinder gemäß Artikel 13,

c) altersgerechte allgemeine Geschäftsbedingungen, mit denen gleichermaßen die Gleichstellung der Geschlechter gefördert wird, gemäß Artikel 12,

d) kindgerechte Gestaltung, mit der gleichermaßen die Gleichstellung der Geschlechter gefördert wird, gemäß Artikel 13.

Änderungsantrag 81

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Kommission und das Gremium **fördern und erleichtern** die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

Geänderter Text

(1) Die Kommission und das Gremium **haben das Recht**, die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes auf Unionsebene **zu veranlassen und zu fördern**, um zur ordnungsgemäßen Anwendung dieser Verordnung beizutragen, wobei sie insbesondere den besonderen Herausforderungen Rechnung tragen, die mit der Bekämpfung verschiedener Arten illegaler Inhalte und systemischer Risiken im Einklang mit dem Unionsrecht, insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb und den Schutz personenbezogener Daten, verbunden sind.

Änderungsantrag 82

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 35 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Treten erhebliche systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, **kann** die

Geänderter Text

(2) Treten erhebliche systemische Risiken im Sinne von Artikel 26 Absatz 1 auf, die mehrere sehr große Online-Plattformen betreffen, **fordert** die

Kommission die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und gegebenenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Beteiligte **auffordern**, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden.

Kommission ***nach Anhörung des Gremiums*** die betreffenden sehr großen Online-Plattformen und gegebenenfalls andere sehr große Online-Plattformen, andere Online-Plattformen und andere Anbieter von Vermittlungsdiensten sowie Organisationen der Zivilgesellschaft, ***einschließlich Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen, Sachverständige für Grundrechte*** und andere Beteiligte ***auf***, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen; dabei können unter anderem auch Verpflichtungen zur Ergreifung spezifischer Risikominderungsmaßnahmen sowie ein Rahmen für die regelmäßige Berichterstattung über alle ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse festgelegt werden. ***Vertrauenswürdige Hinweisgeber und zugelassene Forscher können der Kommission und dem Gremium Anträge für Verhaltenskodizes vorlegen, die auf der Grundlage der Berichte über systemische Risiken gemäß Artikel 13 und von Forschungsarbeiten zur Bewertung der Auswirkungen der von Online-Plattformen ergriffenen Maßnahmen zur Bewältigung dieser systemischen Risiken zu prüfen sind.***

Änderungsantrag 83

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 36 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 36a

Verhaltenskodizes zur Bekämpfung von Online-Gewalt

(1) Die Kommission fördert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zur Bekämpfung von Online-Gewalt auf Unionsebene unter Online-Plattformen und sonstigen einschlägigen

Diensteanbietern, Organisationen, die Opfer von Online-Gewalt vertreten, Organisationen der Zivilgesellschaft und Strafverfolgungsbehörden. Diese Verhaltenskodizes tragen zu mehr Transparenz und Berichterstattungsanforderungen in Bezug auf Fälle von Online-Gewalt bei, wobei geschlechtsspezifischer Gewalt besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Mit diesen Verhaltenskodizes werden außerdem die Anforderungen in Bezug darauf, wie Online-Plattformen und sonstige Diensteanbieter mit diesen Fällen umgehen, gestärkt.

(2) Die Kommission strebt an, sicherzustellen, dass die in Absatz 1 genannten Verhaltenskodizes auf eine wirksame Übermittlung von Informationen unter uneingeschränkter Achtung der Rechte aller Beteiligten ausgerichtet sind, und macht deutlich, wie Online-Plattformen und sonstige einschlägige Diensteanbieter im Einklang mit dem Unionsrecht und dem nationalen Recht mit besonders sensiblen Fällen illegaler Inhalte, etwa mit Inhalten im Zusammenhang mit der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder und Videos ohne Zustimmung, umgehen sollten. Die Kommission setzt sich dafür ein, dass sich die Verhaltenskodizes mindestens auf Folgendes erstrecken:

a) die Kategorien illegaler Inhalte im Zusammenhang mit Online-Gewalt, die Anbieter von Vermittlungsdiensten in den detaillierten Berichten gemäß Artikel 13 verwenden sollten;

b) die Arten illegaler Inhalte im Zusammenhang mit Online-Gewalt, etwa Inhalte im Zusammenhang mit der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder und Videos ohne Zustimmung, die sehr großen Plattformen bei ihren Risikobewertungen gemäß Artikel 26 als mögliche systemische Risiken erachten sollten;

c) *die Informationen, die Online-Plattformen und sonstige einschlägige Diensteanbieter Strafverfolgungs- oder Justizbehörden gemäß Artikel 21 bereitstellen sollten, wenn der Verdacht einer schweren Straftat im Zusammenhang mit Online-Gewalt wie der rechtswidrigen Weitergabe privater Bilder und Videos ohne Zustimmung, besteht;*

d) *standardisierte Informationen, die zusätzlich zu Artikel 14 Absatz 4 der Person oder Einrichtung, die eine Meldung über das Vorliegen mutmaßlich illegaler Inhalte im Zusammenhang mit Online-Gewalt übermittelt hat, bereitgestellt werden sollten, etwa die Kontaktdaten von Organisationen, die Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt unterstützen, und Informationen darüber, wie öffentliche Dienste wie psychologische Unterstützung in Anspruch genommen werden können;*

(3) *Die Kommission fördert die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes innerhalb eines Jahres nach dem Geltungsbeginn dieser Verordnung und ihre Anwendung spätestens sechs Monate nach diesem Zeitpunkt.*

Änderungsantrag 84

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 37 – Absatz 4 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

e) Schutzvorkehrungen zur Vermeidung negativer Auswirkungen auf die Ausübung der in der Charta verankerten Grundrechte, insbesondere der Meinungs- und Informationsfreiheit und des Rechts auf Nichtdiskriminierung;

Geänderter Text

e) Schutzvorkehrungen zur Vermeidung negativer Auswirkungen auf die Ausübung der in der Charta verankerten Grundrechte, insbesondere der Meinungs- und Informationsfreiheit, **des Rechts auf die Gleichstellung von Frauen und Männern**, des Rechts auf Nichtdiskriminierung **und der Rechte des Kindes**;

Änderungsantrag 85

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 45 – Absatz 7

Vorschlag der Kommission

(7) Gelangt die Kommission gemäß Absatz 6 zu dem Schluss, dass die Bewertung oder die gemäß Absatz 4 ergriffenen oder geplanten Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen nicht mit dieser Verordnung vereinbar sind, fordert sie den Koordinator für den digitalen Dienst am Niederlassungsort auf, die Angelegenheit weiter zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen, und sie innerhalb von zwei Monaten nach dieser Aufforderung über diese Maßnahmen zu unterrichten.

Geänderter Text

(7) Gelangt die Kommission gemäß Absatz 6 zu dem Schluss, dass die Bewertung oder die gemäß Absatz 4 ergriffenen oder geplanten Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen nicht mit dieser Verordnung vereinbar sind, fordert sie den Koordinator für den digitalen Dienst am Niederlassungsort auf, die Angelegenheit weiter zu prüfen und die erforderlichen Untersuchungs- oder Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen, und sie innerhalb von zwei Monaten nach dieser Aufforderung über diese Maßnahmen zu unterrichten. ***Diese Informationen werden auch dem Koordinator für digitale Dienste oder dem Gremium, das das Verfahren gemäß Absatz 1 eingeleitet hat, übermittelt.***

Änderungsantrag 86

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 48 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Das Gremium kann Sachverständige und Beobachter zu seinen Sitzungen einladen und mit anderen Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union sowie Beratergruppen und gegebenenfalls mit externen Sachverständigen zusammenarbeiten. Das Gremium macht der Öffentlichkeit die Ergebnisse der dieser Zusammenarbeit zugänglich.

Geänderter Text

(5) Das Gremium kann Sachverständige und Beobachter zu seinen Sitzungen einladen und mit anderen Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union sowie Beratergruppen und gegebenenfalls mit externen Sachverständigen ***in Bereichen wie Gleichstellung, insbesondere Gleichstellung der Geschlechter, Nichtdiskriminierung, Online-Gewalt und Belästigung im Internet, Cyber-Stalking und Kindesmissbrauch*** zusammenarbeiten

Das Gremium macht der Öffentlichkeit die Ergebnisse der dieser Zusammenarbeit zugänglich.

Änderungsantrag 87

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 48 – Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5a) Die Zusammensetzung des Gremiums muss ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis aufweisen.

Änderungsantrag 88

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 50 – Absatz 1 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Besteht Grund zu der Annahme, dass eine sehr große Online-Plattform gegen eine dieser Bestimmungen verstoßen hat, **kann** die Kommission von Amts wegen bzw. das Gremium auf eigene Initiative oder auf Aufforderung von mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort **empfehlen**, die mutmaßliche Zuwiderhandlung zu untersuchen, damit dieser Koordinator für digitale Dienste innerhalb **einer angemessenen Frist** eine diesbezügliche Entscheidung trifft.

Besteht Grund zu der Annahme, dass eine sehr große Online-Plattform gegen eine dieser Bestimmungen verstoßen hat, **empfiehlt** die Kommission von Amts wegen bzw. das Gremium auf eigene Initiative oder auf Aufforderung von mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste am Bestimmungsort dem Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort, die mutmaßliche Zuwiderhandlung zu untersuchen, damit dieser Koordinator für digitale Dienste **ohne unangemessene Verzögerung, in jedem Fall aber innerhalb von zwei Monaten**, eine diesbezügliche Entscheidung trifft.

Änderungsantrag 89

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 51 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Die Kommission **kann** entweder auf Empfehlung des Gremiums oder von Amts wegen nach Konsultation des Gremiums Verfahren im Hinblick auf den möglichen Erlass von Beschlüssen gemäß den Artikeln 58 und 59 in Bezug auf das einschlägige Verhalten der sehr großen Online-Plattform **einleiten**, wenn

(1) Die Kommission **leitet** entweder auf Empfehlung des Gremiums oder von Amts wegen nach Konsultation des Gremiums Verfahren im Hinblick auf den möglichen Erlass von Beschlüssen gemäß den Artikeln 58 und 59 in Bezug auf das einschlägige Verhalten der sehr großen Online-Plattform **ein**, wenn

Änderungsantrag 90

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 51 – Absatz 2 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Beschließt die Kommission, ein Verfahren nach Absatz 1 **einzuleiten**, so teilt sie dies allen Koordinatoren für digitale Dienste, dem Gremium und der betreffenden sehr großen Online-Plattform mit.

Geänderter Text

Wenn die Kommission ein Verfahren nach Absatz 1 **einleitet**, so teilt sie dies allen Koordinatoren für digitale Dienste, dem Gremium und der betreffenden sehr großen Online-Plattform mit.

VERFAHREN DES MITBERATENDEN AUSSCHUSSES

Titel	Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und Änderung der Richtlinie 2000/31/EG
Bezugsdokumente – Verfahrensnummer	COM(2020)0825 – C9-0418/2020 – 2020/0361(COD)
Federführender Ausschuss Datum der Bekanntgabe im Plenum	IMCO 8.2.2021
Stellungnahme von Datum der Bekanntgabe im Plenum	FEMM 11.3.2021
Verfasser(in) der Stellungnahme Datum der Benennung	Jadwiga Wiśniewska 12.4.2021
Prüfung im Ausschuss	1.7.2021 30.9.2021 11.10.2021
Datum der Annahme	12.10.2021
Ergebnis der Schlussabstimmung	+ : 30 - : 0 0 : 1
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Isabella Adinolfi, Simona Baldassarre, Vilija Blinkevičiūtė, Annika Bruna, Margarita de la Pisa Carrión, Rosa Estaràs Ferragut, Frances Fitzgerald, Cindy Franssen, Helène Fritzon, Lina Gálvez Muñoz, Elżbieta Katarzyna Łukacijewska, Karen Melchior, Andželika Anna Mozdżanowska, Maria Noichl, Pina Picierno, Sirpa Pietikäinen, Samira Rafaela, Evelyn Regner, Diana Riba i Giner, María Soraya Rodríguez Ramos, Christine Schneider, Sylwia Spurek, Jessica Stegrud, Ernest Urtasun, Hilde Vautmans, Elissavet Vozemberg-Vrionidi, Chrysoula Zacharopoulou, Marco Zullo
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Lena Düpont, Maria-Manuel Leitão-Marques, Kira Marie Peter-Hansen

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

30	+
ECR	Andželika Anna Mozdżanowska, Margarita de la Pisa Carrión
ID	Simona Baldassarre, Annika Bruna
PPE	Isabella Adinolfi, Lena Düpont, Rosa Estaràs Ferragut, Frances Fitzgerald, Cindy Franssen, Sirpa Pietikäinen, Christine Schneider, Elissavet Vozemberg-Vrionidi, Elżbieta Katarzyna Łukacijewska
Renew	Karen Melchior, Samira Rafaela, María Soraya Rodríguez Ramos, Hilde Vautmans, Chrysoula Zacharopoulou, Marco Zullo
S&D	Vilija Blinkevičiūtė, Helène Fritzon, Lina Gálvez Muñoz, Maria-Manuel Leitão-Marques, Maria Noichl, Pina Picierno, Evelyn Regner
Verts/ALE	Kira Marie Peter-Hansen, Diana Riba i Giner, Sylwia Spurek, Ernest Urtasun

0	-

1	0
ECR	Jessica Stegrud

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung

VERFAHREN DES FEDERFÜHRENDEN AUSSCHUSSES

Titel	Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und Änderung der Richtlinie 2000/31/EG			
Bezugsdokumente – Verfahrensnummer	COM(2020)0825 – C9-0418/2020 – 2020/0361(COD)			
Datum der Übermittlung an das EP	16.12.2020			
Federführender Ausschuss Datum der Bekanntgabe im Plenum	IMCO 8.2.2021			
Mitberatende Ausschüsse Datum der Bekanntgabe im Plenum	ECON 8.2.2021	ITRE 8.2.2021	TRAN 8.2.2021	CULT 8.2.2021
	JURI 8.2.2021	LIBE 8.2.2021	FEMM 11.3.2021	
Assoziierte Ausschüsse Datum der Bekanntgabe im Plenum	ITRE 20.5.2021	JURI 20.5.2021	LIBE 20.5.2021	
Berichterstatter(in/innen) Datum der Benennung	Christel Schaldemose 27.1.2021			
Prüfung im Ausschuss	11.1.2021	21.6.2021	27.9.2021	27.10.2021
Datum der Annahme	14.12.2021			
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 36 -: 7 0: 2			
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Alex Agius Saliba, Andrus Ansip, Pablo Arias Echeverría, Alessandra Basso, Brando Benifei, Adam Bielan, Hynek Blaško, Biljana Borzan, Markus Buchheit, Andrea Caroppo, Anna Cavazzini, Dita Charanzová, Deirdre Clune, David Cormand, Carlo Fidanza, Evelyne Gebhardt, Alexandra Geese, Sandro Gozi, Maria Grapini, Svenja Hahn, Krzysztof Hetman, Virginie Joron, Eugen Jurzyca, Arba Kokalari, Andrey Kovatchev, Jean-Lin Lacapelle, Maria-Manuel Leitão-Marques, Morten Løkkegaard, Adriana Maldonado López, Antonius Manders, Beata Mazurek, Leszek Miller, Anne-Sophie Pelletier, Miroslav Radačovský, Christel Schaldemose, Andreas Schwab, Tomislav Sokol, Ivan Štefanec, Róza Thun und Hohenstein, Tom Vandenkendelaere, Kim Van Sparrentak, Marion Walsmann, Marco Zullo			
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Claude Gruffat, Martin Schirdewan			
Datum der Einreichung	21.12.2021			

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM FEDERFÜHRENDEN AUSSCHUSS

36	+
ECR	Adam Bielan, Carlo Fidanza, Beata Mazurek
PPE	Pablo Arias Echeverría, Andrea Caroppo, Deirdre Clune, Krzysztof Hetman, Arba Kokalari, Andrey Kovatchev, Antonius Manders, Andreas Schwab, Tomislav Sokol, Ivan Štefanec, Tom Vandenkendelaere, Marion Walsmann
Renew	Andrus Ansip, Dita Charanzová, Sandro Gozi, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Róza Thun und Hohenstein, Marco Zullo
S&D	Alex Agius Saliba, Brando Benifei, Biljana Borzan, Evelyne Gebhardt, Maria Grapini, Maria-Manuel Leitão-Marques, Adriana Maldonado López, Leszek Miller, Christel Schaldemose
Verts/ALE	Anna Cavazzini, David Cormand, Alexandra Geese, Claude Gruffat, Kim Van Sparrentak

7	-
ECR	Eugen Jurzyca
ID	Alessandra Basso, Hynek Blaško, Markus Buchheit
NI	Miroslav Radačovský
The Left	Anne-Sophie Pelletier, Martin Schirdewan

2	0
ID	Virginie Joron, Jean-Lin Lacapelle

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung